DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

24

1. 1. 1967–31. 12. 1969

CHRONOS • ARMANDO DADÒ EDITORE • EDITIONS ZOÉ

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME 24

(1. 1. 1967–31. 12. 1969)

FORSCHUNGSGRUPPE – GROUPE DE RECHERCHE – GRUPPO DI RICERCA:
Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca

Sacha Zala

Mitarbeiter/innen – Collaborateurs/Collaboratrices – Collaboratori/Collaboratrici

Marc Perrenoud
Ursina Bentele
Marisa Birri
Thomas Bürgisser
Vincent Juillerat
Maurizio Rossi
Franziska Ruchti

CHRONOS VERLAG, ZÜRICH
ARMANDO DADÒ, LOCARNO
ÉDITIONS ZOÉ, GENÈVE

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Président	Hans Ulrich Jost, Professeur honoraire à l'Université de Lausanne (Bureau)
Vizepräsident	Andreas Kellerhals, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss)
Sekretär	Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Ausschuss)
Direttore	Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Ausschuss)

Mitglieder / Membres / Membri

Rudolf Bolzern	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
Daniel Bourgeois	a. Adjoint scientifique aux Archives fédérales suisses
Adelheid Jann	Leiterin Abteilung Informationszugang des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss)
Andreas Gross	Nationalrat
Sébastien Guex	Professeur à l'Université de Lausanne
Georg Kreis	em. Professor an der Universität Basel
Carlo Moos	em. Professor an der Universität Zürich
Francis Python	Professeur à l'Université de Fribourg
Davide Rodogno	Professeur à l'Institut de Hautes Etudes Internationales et du Développement
Matthias Schulz	Professeur à l'Université de Genève
Brigitte Studer	Professorin an der Universität Bern
Laurent Tissot	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Andreas Wenger	Professor an der ETH Zürich
François Wisard	Chef du Service historique du Département fédéral des affaires étrangères (Bureau)
Markus Zürcher	Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

© 2012 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1133-4 (Chronos Verlag, Zürich)
ISBN 978-88-8281-338-3 (Armando Dadò Editore, Locarno)
ISBN 978-2-88182-876-8 (Éditions Zoé, Genève)

TABLE DES MATIÈRES / INHALTSÜBERSICHT / INDICE

I. Vorwort / Avant-propos / Prefazione VII

II. Editorische Notiz / Note éditoriale / Introduzione editoriale.... XIII

III. Einleitung..... XXIX

IV. Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni..... XXXIX

V. Dokumentenverzeichnis / Table des documents / Indice e sommario dei documenti XLV

VI. Dokumente / Documents / Documenti..... 1

Anhang / Annexes / Appendice

VII. Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica 479

VIII. Register / Index / Indice..... 483

VIII.1. Personenregister / Index des noms de personnes / Indice delle persone 483

VIII. 2. Körperschaftsregister / Index des organisations / Indice delle organizzazioni 506

VIII. 3. Register der geografischen Bezeichnungen / Index des noms géographiques / Indice dei nomi geografici 517

IX. Verzeichnis der benutzten Bestände / Liste des fonds utilisés / Elenco dei fondi utilizzati 525

X. Verzeichnis nicht frei gegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv / Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles / Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili..... 531

I. VORWORT

Das Anliegen der Reihe *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ist ein wissenschaftliches und praktisches zugleich. Den verantwortlichen Herausgeberinnen und Herausgebern geht es darum, der Forschung und der Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung zu stellen, die für eine Rekonstruktion und das Verständnis der Geschichte der Aussenbeziehungen und der transnationalen Verflechtung der Schweiz zentral ist – eines neutralen Staates, der jedoch zutiefst ins internationale System eingebunden ist.

Als Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) stehen die DDS unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) und können auf die Unterstützung des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR), des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zählen. Die Verantwortung für die Publikation trägt die Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der die historischen Institute der Schweizer Universitäten und Hochschulen, das Bundesarchiv, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, die Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften und der Schweizerische Nationalfonds vertreten sind.

Die erste Serie der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* deckt in 15 Bänden die Periode 1848–1945 ab und umfasst insgesamt mehr als 7'000 Dokumente. Diese Bände wurden retrodigitalisiert und sind online verfügbar. Die zweite Serie wird sich über die Periode 1945–1989 erstrecken. Die Bände 16 bis 21 dokumentieren den Zeitraum von 1945 bis 1961, d. h. die Amtsperiode von Bundesrat Max Petitpierre (1899–1994) als Vorsteher des Politischen Departements. Obschon seine Nachfolger, Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984, im Amt bis Ende 1965) und Willy Spühler (1902–1990, Rücktritt auf 31. Januar 1970) nicht mit den traditionellen Leitlinien der Aussenpolitik brachen, so suchten sie doch nach neuen Optionen. Spühler war zudem der erste Sozialdemokrat an der Spitze des Politischen Departements. In der Zeitperiode 1967–1969, die nun Band 24 abdeckt, wurde, wenn auch zögerlich, die Idee einer Atombewaffnung der Schweizer Armee begraben und 1969 schliesslich das Non-Proliferationsabkommen unterzeichnet. Gedrängt von der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements musste sich die Aussenpolitik aber auch vermehrt für die Wirtschaftsinteressen einsetzen. Trotz des im Inland immer noch dominierenden Antikommunismus richtete sich der Blick vermehrt nach den Staaten des Ostblocks, und die Swissair eröffnete 1967 eine direkte Linie nach Moskau. Neben diesen Aspekten kommen nun im vorliegenden Band auch andere Herausforderungen zum Ausdruck. Zu nennen wären etwa die erneute Frage eines UNO-Beitritts, die Krise in der Tschechoslowakei, der Bürgerkrieg in Biafra oder die Weiterentwicklung des Krieges in Vietnam. Wie

schon seit Jahrzehnten bildeten die Beziehungen zu den USA einen wichtigen Eckpfeiler der schweizerischen Aussenpolitik, wobei in Bezug auf Finanzplatz und Bankgeheimnis sich zunehmend kritische Stimmen bemerkbar machten. Daneben schufen die zahlreichen bilateralen Probleme – die Immigration von Arbeitskräften, die technische Hilfe an Drittweltländer – ein weites Feld, in dem sich die schweizerische Aussenpolitik zu behaupten versuchte. Es gab in den 1960er Jahren etliche neue Optionen, die jedoch von der Aussenpolitik nicht wirklich aufgenommen wurden, und gegenüber der europäischen Integration beharrte die Schweiz auf ihrer skeptischen Zurückhaltung.

Da bei der stetig wachsenden Menge von relevanten Dossiers nur eine sehr beschränkte Auswahl von Schlüsseldokumenten in der gedruckten Serie veröffentlicht werden kann, haben wir in den letzten Jahren in bedeutendem Umfang in die Informatikmittel investiert. Unsere auf dem Internet frei zugängliche Datenbank Dodis (dodis.ch) enthält knapp 15'000 Dokumente, von welchen etwa die Hälfte als digitalisierte Reproduktion heruntergeladen werden können. Die Datenbank liefert zusätzlich eine Fülle von Informationen zu Personen, Körperschaften (Verwaltungsstellen, Berufs- und Interessenverbände, politische Parteien, Gesellschaften oder Firmen), zu geographischen Orten und zu Abkommen und rechtlichen Erlassen, die in den Dokumenten erwähnt werden. Dank der Vernetzung mit andern Datenbanken (zum Beispiel dem Historischen Lexikon der Schweiz) verfügen die Benutzerinnen und Benutzer nun über ein für Forschung und Information höchst effizientes Instrument, das mit einem modern gestalteten Internetauftritt und einer vielseitigen Suchmaske ausgestattet ist.

Von der Publikation der Quellenbände sowie der Erstellung und Erweiterung ihrer Datenbank zu den internationalen Beziehungen der Schweiz erhoffen sich die beteiligten Historikerinnen und Historiker zweierlei: Einerseits soll das Forschungsprojekt dazu beitragen, ein besseres Verständnis für die internationalen Problemstellungen zu schaffen, mit denen sich die schweizerische Regierung und Bevölkerung stets konfrontiert sahen. Andererseits soll es sowohl den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Journalistinnen und Journalisten, Forscherinnen und Forschern, Analytikerinnen und Analytikern als auch den amtierenden Magistratinnen und Magistraten, Beamtinnen und Beamten, Diplomatinnen und Diplomaten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern Orientierungshilfen zur Formulierung und Führung der schweizerischen Aussenpolitik liefern.

Die unter der Leitung von Sacha Zala arbeitende Forschungsgruppe von acht Historikerinnen und Historikern hat mit Band 24 eine ausgezeichnete Auswahl von Dokumenten aufgearbeitet. Wir danken ihnen an dieser Stelle für ihre wertvolle Arbeit und für ihren aussergewöhnlichen Einsatz.

Bern, Mai 2012

Kommission für die Veröffentlichung
Diplomatischer Dokumente der Schweiz:
Hans Ulrich Jost, *Präsident*
Andreas Kellerhals, *Vizepräsident*

I. AVANT-PROPOS

L'objectif de la collection des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) est à la fois scientifique et pratique. Il s'agit, dans l'esprit de celles et ceux qui en assument la responsabilité, de mettre à la disposition des chercheurs et des praticiens les sources officielles essentielles à la reconstitution et à la compréhension de l'histoire des relations internationales et transnationales de la Suisse, un Etat neutre mais profondément impliqué dans le système international.

En tant qu'entreprise affiliée à l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), les DDS sont placés sous le patronage de la Société suisse d'histoire (SSH) et peuvent s'appuyer sur le soutien des Archives fédérales suisses (AFS), du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS). La responsabilité de la publication est assumée par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle sont représentés les instituts d'histoire des universités et hautes écoles suisses, les Archives fédérales, le Département fédéral des affaires étrangères, l'Académie suisse des sciences humaines et sociales et le Fonds national suisse.

La première série des *Documents Diplomatiques Suisses* couvre en 15 volumes la période 1848–1945 et comprend en tout plus de 7'000 documents. Ces volumes ont été numérisés par la suite et sont disponibles en ligne. La deuxième série s'étendra sur la période 1945–1989. Les volumes 16–21 retracent les années 1945–1961, «l'ère Petitpierre», du nom du Conseiller fédéral en charge du Département politique fédéral pendant cette période. Alors que ses successeurs, Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984), en poste jusqu'à fin 1965, et Willy Spühler (1902–1990), qui quitte le Département le 31 janvier 1970, ne rompent pas avec les grandes lignes traditionnelles de la politique étrangère suisse, ils explorent toutefois de nouvelles voies. Spühler est par ailleurs le premier socialiste à la tête du Département politique. Durant la période allant de 1967 à 1969, qui fait l'objet du volume 24, la perspective de se doter de l'arme nucléaire est abandonnée, non sans hésitations, et le traité sur la non-prolifération des armes nucléaires est signé en 1969. Sous la pression de la Division du commerce du Département de l'économie publique, la politique extérieure est amenée à s'engager de façon accrue en faveur des intérêts économiques. En dépit de l'anticommunisme ambiant, les regards se tournent de plus en plus vers les Etats du bloc de l'Est et Swissair ouvre une ligne aérienne directe vers Moscou. D'autres enjeux apparaissent dans le présent volume. L'on peut citer par exemple la question de longue durée de l'adhésion à l'ONU, la crise en Tchécoslovaquie, la guerre civile au Biafra ou encore la poursuite du conflit au Vietnam. Les relations avec les Etats-Unis continuent d'occuper depuis des décennies une place centrale de la politique étrangère suisse alors que des voix critiques se font de plus en plus entendre au sujet de la place financière et du secret bancaire suisses. A cela s'ajoutent

de nombreux problèmes bilatéraux, tels que l'immigration de main-d'œuvre ou l'aide au développement, où la Suisse tente de se défendre. Les années 1960 voient se dessiner quelques ouvertures qui ne sont cependant pas suivies par la politique extérieure tandis que la Suisse maintient son attitude réservée et sceptique face à l'intégration européenne.

Alors que les dossiers pertinents augmentent constamment et que seule une sélection rigoureuse de documents-clés peut être publiée dans l'édition imprimée, un investissement important dans les moyens informatiques a été effectué au cours des dernières années. La base de données internet Dodis (dodis.ch), librement accessible, contient environ 15'000 documents, dont près de la moitié peut être téléchargée sous forme de reproduction numérisée. La base de données fournit en outre une profusion d'informations sur des personnes, des organisations (structures administratives, associations professionnelles, organisations représentant des intérêts particuliers, partis politiques, sociétés ou entreprises), des lieux géographiques, des accords ou autres normes juridiques mentionnés dans les documents. Grâce aux liens mis en place avec d'autres bases de données (par exemple avec le Dictionnaire historique de la Suisse), les personnes qui la consultent disposent désormais d'un instrument de recherche des plus efficaces, accompagné d'un support internet moderne doté d'une nouvelle mise en forme et d'un moteur de recherche performant.

Par la publication des volumes, la mise sur pied et l'extension de la base de données, les historiens et les historiennes poursuivent deux objectifs. D'une part, permettre une meilleure compréhension des enjeux internationaux auxquels le gouvernement et la population suisses sont confrontés de manière continue. D'autre part, fournir des points de repère autant bien aux citoyens et citoyennes, aux journalistes, aux chercheurs et chercheuses, aux analystes, qu'aux magistrats et magistrates, fonctionnaires, diplomates, parlementaires pour les épauler dans leur compréhension et leur conduite de la politique extérieure suisse.

Constitué sous la conduite de Sacha Zala, le groupe de recherche, composé de huit historiennes et historiens, a procédé à une remarquable sélection et édition de documents en vue du volume 24. Nous tenons à les remercier de leur précieux travail et de leur engagement exceptionnel.

Berne, mai 2012

Commission pour la publication
de Documents Diplomatiques Suisses:
Hans Ulrich Jost, *Président*
Andreas Kellerhals, *Vice-Président*

I. PREFAZIONE

La collana dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) ha uno scopo sia scientifico sia pratico: si tratta, per chi se ne assume la responsabilità, di mettere a disposizione dei ricercatori e degli esperti le fonti ufficiali essenziali per ricostruire e comprendere la storia delle relazioni internazionali e transnazionali della Svizzera, uno Stato neutrale profondamente connesso con il sistema politico internazionale.

Finanziati dall'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS), i DDS sono posti sotto il patrocinio della Società Svizzera di Storia (SSS) e possono contare sul sostegno dell'Archivio federale svizzero (AFS), del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS). Responsabile della pubblicazione è una Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri, comprendente rappresentanti degli istituti di storia delle università svizzere, dell'Archivio federale, del Dipartimento federale degli affari esteri, dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali e del Fondo nazionale.

La prima serie dei *Documenti Diplomatici Svizzeri,* composta di 15 volumi, copre il periodo 1848–1945 e comprende più di 7'000 documenti. I volumi sono stati digitalizzati e sono disponibili online. I volumi 16–21 documentano il periodo che va dal 1945 al 1961, vale a dire gli anni in cui alla testa della diplomazia svizzera c'era il consigliere federale Max Petitpierre (1899–1994). Sebbene i suoi successori Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984, in carica fino alla fine del 1965) e Willy Spühler (1902–1990, ritiratosi il 31 gennaio 1970) non abbiano stravolto le linee guida tradizionali della politica estera svizzera, entrambi cercarono di scandagliare nuove opzioni. Spühler fu inoltre il primo socialista alla testa del Dipartimento politico. Nel periodo 1967–1969, preso in considerazione nel volume 24, l'ipotesi di dotare l'esercito svizzero dell'arma nucleare fu abbandonata, anche se con qualche titubanza. Nel 1969 la Svizzera firmò il Trattato di non proliferazione nucleare. Su pressione della Divisione commerciale del Dipartimento dell'economia, la politica estera dovette però dedicare una crescente attenzione anche agli interessi commerciali del paese. Nonostante l'anticomunismo ancora dominante all'interno del paese, lo sguardo si rivolse sempre più spesso verso gli Stati del blocco sovietico. Nel 1967 la Swissair inaugurò un volo diretto per Mosca.

Accanto a questi aspetti, il presente volume mette in luce anche altre sfide, tra cui per esempio la rinnovata questione di un'adesione alle Nazioni Unite, la crisi cecoslovacca, la guerra civile nel Biafra o l'evoluzione del conflitto in Vietnam. Analogamente ai decenni precedenti, i rapporti con gli Stati Uniti rappresentavano un pilastro importante della politica estera svizzera. In questo contesto si nota però una crescente espressione di opinioni critiche verso la piazza finanziaria ed il segreto bancario. Numerosi problemi bilaterali – relativi all'immigrazione di forza lavoro e all'aiuto tecnico ai paesi del Terzo mondo – rappresentavano un altro vasto terreno di azione per la politica estera

svizzera. Gli anni Sessanta offrivano numerose nuove opzioni, che però non furono concretamente prese in considerazione dalla politica estera. Rispetto all'integrazione europea, la Svizzera mantenne il suo scettico riserbo.

La grande quantità di fascicoli rilevanti, in costante crescita, permette di selezionare per la versione a stampa solo un numero molto limitato di documenti chiave. Per questo, negli ultimi anni, abbiamo investito molto nei mezzi informatici. La nostra banca dati Dodis (dodis.ch), accessibile liberamente su internet, contiene quasi 15'000 documenti, di cui circa la metà può essere scaricata in facsimile digitale. La banca dati fornisce inoltre numerose informazioni su persone, enti (uffici dell'amministrazione pubblica, associazioni professionali e gruppi d'interesse, partiti politici, società e aziende), località, trattati e decreti legislativi menzionati nei documenti. Grazie al collegamento con altre banche dati (per esempio con il Dizionario storico della Svizzera), gli utenti possono contare su uno strumento molto efficiente per la ricerca e la raccolta d'informazioni, dotato di una versatile e moderna maschera di ricerca.

Dalla pubblicazione dei volumi di fonti e dall'allestimento e ampliamento della loro banca dati sulle relazioni internazionali della Svizzera, le storiche e gli storici coinvolti si aspettano due cose: il progetto dovrebbe prima di tutto contribuire a migliorare la comprensione delle problematiche internazionali con le quali la popolazione e il governo svizzero hanno sempre dovuto confrontarsi. D'altro canto dovrebbe fornire alle cittadine e ai cittadini interessati, alle giornaliste e ai giornalisti, alle ricercatrici e ai ricercatori, alle analiste e agli analisti, ma anche alle autorità in carica, alle funzionarie e ai funzionari, alle diplomatiche e ai diplomatici e ai membri del parlamento un orientamento utile per elaborare e dirigere la politica estera svizzera.

Il gruppo di ricerca, diretto da Sacha Zala e composto di otto storiche e storici, ha compiuto un eccellente lavoro di selezione e d'edizione dei documenti. Desideriamo ringraziarli per la loro preziosa opera e per il loro impegno eccezionale.

Berna, maggio 2012

Commissione per la pubblicazione
di documenti diplomatici svizzeri:
Hans Ulrich Jost, *presidente*
Andreas Kellerhals, *vicepresidente*

II. EDITORISCHE NOTIZ

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) sind ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und als solches ein Projekt der freien Forschung. Die Forschungsgruppe der DDS ist eine Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, die in der «Botschaft des Bundesrates über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013–2016» als Langzeitunternehmen der Akademien der Wissenschaften Schweiz aufgeführt wird. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz; mit der laufenden Serie soll die Zeit des «Kalten Krieges» 1945–1989 dokumentiert und für die historische Forschung erschlossen werden. Die Forschungsstelle besteht zurzeit aus acht Historikerinnen und Historikern sowie fünf bis sechs wissenschaftlichen Hilfskräften oder Praktikantinnen und Praktikanten, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Die Mitglieder der Forschungsgruppe haben sich in unterschiedlichen Themenbereichen des Forschungsprojektes und in Aspekten der internationalen Beziehungen spezialisiert; sie publizieren zu verschiedenen Fragestellungen und Methoden, organisieren internationale Konferenzen und nehmen mit Vorträgen an Tagungen und Kolloquien teil. Der Direktor der DDS wird von der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz wissenschaftlich unterstützt. In ihr sind, nebst institutionellen Vertretungen, insbesondere Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten. Die personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen von zentraler Bedeutung.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) mit punktuellen Ergänzungen durch Quellen anderer Provenienz eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche möglichst das gesamte Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der damaligen Akteure exemplarisch wiedergibt. Diese Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsgruppe untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Eine limitierte Anzahl der ausgewählten Dokumente wird in den Bänden publiziert, während eine ca. sechs bis sieben Mal grössere Auswahl in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis (dodis.ch) als digitales Abbild veröffentlicht wird. In den Band werden insbesondere Dokumente aufgenommen, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen

Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat des Bandes werden Permalinks (Uniform Resource Identifier, URI) angegeben, die auch als Internet-Adresse verwendet werden können, so zum Beispiel in der Form dodis.ch/32356. Diese Permalinks ermöglichen direkte Verweise auf Dokumente sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geographische Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch. Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* als Langzeitunternehmen der Akademien der Wissenschaften Schweiz verpflichten sich, alle veröffentlichten Permalinks aktiv zu bewirtschaften und garantieren somit ihre Langzeit-Zitierbarkeit.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Perspektive an; so kann es nicht alle Entwicklungen der Aussenpolitik der Schweiz vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht die Forschungsgruppe, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; sodann Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen, Entscheidungsprozessen sowie der Rolle der Akteure zentral sind.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, publiziert die Forschungsgruppe der DDS im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang X) alle Dossiers, die sie auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die

Forschungsgruppe der DDS nicht konsultierbaren Dossiers mit dem Datum des ablehnenden Entscheides des zuständigen eidgenössischen Departements ist ferner im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA publiziert.

Das *Verzeichnis der benutzten Bestände* (Anhang IX) gibt Rechenschaft über die von der Forschungsgruppe der DDS konsultierten Bestände. Die forschungsstrategisch relevantesten Bestände sind im Verzeichnis besonders hervorgehoben. Für die in diesem Band und in der Datenbank Dodis abgedeckte Periode hat die Forschungsgruppe der DDS einen Aktenbestand in der Grössenordnung von ca. 4'000 Archivbänden konsultiert. Aus dieser enormen Aktenfülle hat die Forschungsgruppe 190 Dokumente für die Publikation im vorliegenden Band ausgewählt sowie ca. 1'500 für die Publikation in der Datenbank Dodis.

Die abgedruckten Dokumente in diesem Band und in der Datenbank Dodis stammen in der Regel aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide von einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen gilt es jeweils zu berücksichtigen.

Die Dokumente werden nach klassischen Editionsgrundsätzen in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Das neu konzipierte *Thematische Verzeichnis* (Anhang VII) gruppiert die Dokumente nach Themenschwerpunkten. Zum raschen Auffinden der gesuchten Informationen enthält der Band schliesslich ein *Personenregister* (Anhang VIII.1), ein *Körperschaftsregister* (Anhang VIII.2) sowie ein *Register der geografischen Bezeichnungen* (Anhang VIII.3). In letzterem werden neu die für die Beziehung zu einem bestimmten Land besonders relevanten Dokumente mit einem * speziell hervorgehoben. Alle diese Register verweisen über ihre Permalinks auf die Datenbank Dodis, wo sich eine Vielzahl zusätzlicher Informationen befindet. Dodis ermöglicht ferner gezieltere und ausgedehntere Suchfunktionen.

Im Allgemeinen sind die Dokumente im Band vollständig und in ihrer Originalsprache abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit edierten Dokumenten im Band und mit deren digitalen Abbildern im Internet ermöglicht es, im Band vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit

auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichte oder Rapporte, aber auch Protokolle von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind *immer* durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Dokument *immer* vollständig konsultierbar. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugedacht werden kann.

Die Einführung der *Online Recherche* (OLR) durch das Schweizerische Bundesarchiv hat für die Forschenden diverse Konsequenzen. Zum einen enthält nun die *Signatur* einen direkten Verweis auf das Dossier, zum anderen ist nun ein grosser Teil der Bestände online bestellbar. Aus diesem Grund wurde die Zitierweise der Aktenstücke im vorliegenden Band angepasst. Die neuen Signaturen sind durch das die verschiedenen Signatur-Teile trennende Zeichen # und das Schlusszeichen * zu erkennen (z. B. E2001E#1980/83#785*). In den Fällen, in denen die neuen Signaturen noch nicht zugänglich sind, findet das herkömmliche System mit der Angabe der Behältnis-Nummer Anwendung. Zusätzlich zur Signatur werden im Band die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. C.41.775.03), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sowie weiterführende Recherchen erleichtert. Um den Übergang zum neuen System für Forschende zu erleichtern, werden für die Dokumente aus der in diesem Band abgedeckten Periode in der Datenbank Dodis beide Zitierweisen angegeben.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente und den Anmerkungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgeber in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht. Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. dodis.ch/33034) für das Auffinden des digitalen Abbildes und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in KAPITÄLCHEN gesetzt. In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ggf. dessen Ordnungsnummer angegeben sowie ein Hinweis, wenn es sich nicht um ein Originalexemplar (Kopie) handelt. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur, ggf. die Aufschlüsselung von Paraphen und weitere relevante quellenkritische Informationen. Schliesslich wird die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben aus Gründen der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und

quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text *immer* mit dem Abbild des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden Hinweise zu weiterführenden Dokumenten oder Dossiers angegeben. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen. Konnte ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden, steht die Formel *«nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato»*.

Um so rasch wie möglich zur gesetzlich verankerten 30-jährigen Schutzfrist des Archivgutes des Bundes aufzuschliessen, sieht der Editionsplan der DDS seit Band 23 einen akzelerierten Erscheinungsrhythmus der Bände vor. Dass der vorliegende Band und die ergänzend in Dodis publizierten Dokumente nun rechtzeitig aufgelegt werden konnten, war nur durch den ausserordentlichen Einsatz aller Mitglieder der Forschungsgruppe möglich. Trotz einer Vielzahl anderer gleichzeitig laufender Projekte und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Rahmen der DDS verlor die Forschungsgruppe das Ziel der Edition nie aus den Augen. Für ihren grossen Einsatz zur erfolgreichen Auflegung dieses Bandes, für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für die Freude an der täglichen Arbeit danke ich herzlich Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi und Franziska Ruchti. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsgruppe kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften, den Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie den verschiedenen Zivildienstleistenden, denen ich für ihren wertvollen Beitrag für den speditiven Fortgang der Edition danke: Thierry Beyeler, Franziska Brunner, Samuel Fehr, Silvia Gebhard, Alexandra Graber, Marc Hermann, Sandro Imhasly, Bruno Keller, Martin Klingler, Dominik Matter, Yves Steiner und Sascha Wüthrich.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, die das Kompetenzzentrum der DDS finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser; dem Schweizerischen Bundesarchiv, insbesondere dessen Direktor Andreas Kellerhals und dessen Abteilungsleiterin Adelheid Jann; dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, vertreten durch den Chef des Historischen Dienstes François Wisard; sowie dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, vertreten durch Rudolf Bolzern. *Last but not least* gilt mein Dank den Mitgliedern der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz und insbesondere ihrem Präsidenten Hans Ulrich Jost, die mir stets die nötige Unterstützung und die untrennbar dazu gehörende Freiheit für die erfolgreiche Durchführung dieses einzigartigen Forschungsprojektes gegeben haben.

Bern, Mai 2012 SACHA ZALA

II. NOTE ÉDITORIALE

Les *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) sont une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) et constituent à ce titre un projet indépendant de recherche. Le groupe de recherche des DDS forme pour sa part un centre de compétence pour l'histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure, cité dans le «Message du Conseil fédéral relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2013 à 2016» comme entreprise à long terme des Académies suisses des sciences. L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* se conçoit comme une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. La série en cours documente la période de la Guerre froide, de 1945 à 1989, et devrait ouvrir de nouvelles perspectives de recherche. Le groupe de recherche est à l'heure actuelle composée de huit historiennes et historiens ainsi que de cinq à six assistants-étudiants et stagiaires issus des universités suisses. Les membres du groupe de recherche se sont spécialisés dans différents domaines du projet de recherche et dans divers aspects des relations extérieures de la Suisse. Ils publient des contributions thématiques, organisent des conférences internationales et interviennent au cours de colloques. Le Directeur des DDS est soutenu du point de vue scientifique par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle siègent notamment des professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels entre les DDS et les universitaires jouent un rôle essentiel afin de déterminer des thèmes et des problématiques pertinentes.

Le but de l'édition imprimée est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les Archives fédérales suisses (AFS) complétées de manière ponctuelle par des sources d'autres provenances, une sélection de documents retraçant la politique extérieure de la Suisse dans son ensemble et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les acteurs de l'époque ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le groupe de recherche.

Une partie restreinte des documents sélectionnés est publiée dans les volumes alors qu'un ensemble de documents, six à sept fois plus nombreux, est reproduit sous forme numérique dans la base de données en ligne Dodis (dodis.ch), librement accessible. Les documents qui offrent un large aperçu sur un sujet particulier sont publiés dans le volume et de nombreuses notes de bas de page renvoient à des documents supplémentaires qui se trouvent dans la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permalink (Uniform Resource Identifier, URI) figurent dans l'appareil critique du volume et peuvent être utilisés comme adresse internet, comme dans l'exemple dodis.ch/32356. Ces permalink renvoient directement à des documents ou à des

informations supplémentaires au sujet de personnes, d'organisations ou de lieux géographiques et simplifient l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique. Les *Documents Diplomatiques Suisses*, membres des Académies suisses des sciences, s'engagent à gérer les permalink de manière active et garantissent, de la sorte, la possibilité de les citer à long terme.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique, mais en aucun cas exhaustive, d'événements de politique internationale perçus selon le point de vue suisse. Il ne peut dès lors retracer l'évolution des relations extérieures de la Confédération dans leur intégralité. Le groupe de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers des domaines politiques les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue d'un Etat neutre sur des événements importants et enfin des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets, de processus de décision et du rôle des acteurs.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du groupe de recherche des DDS sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que tous les chercheurs. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la recherche. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique appartient au Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr). A des fins de vérification scientifique de ses recherches, le groupe des DDS publie désormais dans la *Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles* (Annexe X) tous les dossiers qu'il n'a pu consulter sur la base des normes actuellement en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y figurent également, de même que des explications sur le nombre de demandes de consultations adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au groupe des DDS et les dates de la décision négative du Département fédéral compétent sont disponibles sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

La *Liste des fonds utilisés* (Annexe IX) rend compte des dossiers consultés par le groupe de recherche des DDS. Les fonds stratégiques pour la recherche sont marqués en gras dans la liste. Pour la période couverte dans ce volume, environ 4'000 volumes d'archives ont été consultés. De ce corpus important,

le groupe de recherche a sélectionné 190 documents en vue de la publication dans ce volume, auxquels s'ajoutent environ 1'500 documents retenus pour la publication dans la base de données Dodis.

Les documents publiés dans ce volume et dans la base de donnés Dodis proviennent en règle générale des Archives fédérales suisses, chargées de conserver les actes du Parlement, du Conseil fédéral (gouvernement) et des Départements fédéraux (ministères). Le gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. Cela a pour effet que tous les Départements et les offices sont en prise avec des questions de politique extérieure et les imbrications entre politique intérieure et extérieure se reflètent dans les relations internationales et transnationales de la Suisse. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du gouvernement lui-même, tels que les protocoles de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents Départements et offices, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du Parlement. A cela s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique conformément aux principes classiques d'édition de sources. Pour faciliter l'utilisation, la *Table des documents* est accompagnée de résumés dans la langue dans laquelle ils ont été rédigés. La nouvelle *Table méthodique* (Annexe VII) regroupe les documents selon les thèmes principaux. Pour permettre un accès rapide aux informations recherchées, le volume contient un *Index des noms de personnes* (Annexe VIII.1), un *Index des organisations* (Annexe VIII.2) et un *Index des noms géographiques* (Annexe VIII.3). Celui-ci contient comme nouveauté la mention des documents importants qui se réfèrent à un pays en particulier. Ces index renvoient par l'intermédiaire de leurs permalink à la base de données Dodis, où des informations supplémentaires se trouvent. Dodis offre par ailleurs des fonctions de recherche plus ciblées et plus grandes.

Les documents sont en principe publiés dans leur intégralité et dans la langue d'origine. La publication conjointe des documents dans le volume et sur internet, sous forme de reproduction numérique, permet de réduire dans le volume certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place dans les volumes. Les passages laissés de côté sont cependant *toujours* indiqués comme tels par des crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les documents en question sont par ailleurs *toujours* consultables dans leur intégralité dans la base de données Dodis. Les formules de politesse ont été sans autre omises, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière.

L'introduction de l'*Online Recherche* (OLR) par les Archives fédérales suisses entraîne plusieurs conséquences pour les chercheuses et les chercheurs. Désormais, la *cote* renvoie directement au dossier et une grande partie des fonds peut être commandée en ligne. C'est la raison pour laquelle le mode de

citation des documents publiés dans le volume présent a été adapté. La nouvelle cote est reconnaissable au caractère # qui en sépare les différentes parties et au caractère final * (p. ex. E2001E#1980/83#785*). Lorsque la nouvelle cote n'est pas encore disponible, la provenance du dossier est complétée par son numéro de volume. En plus de la cote, les *références* des dossiers (selon les divers systèmes de classement utilisés par les offices fédéraux), telles qu'elles apparaissent dans les inventaires, sont indiquées entre parenthèses (p. ex. C.41.775.03), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Pour rendre plus aisée la transition vers le nouveau mode de citation, les documents publiés dans le volume sont accompagnés des deux modes de citation dans la base de données.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du document choisi, soit en français, en allemand ou en italien. Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (soulignés, en caractères espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte. L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalink (p. ex. dodis.ch/33034) qui renvoie à la reproduction numérisée du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, la classification et le degré d'urgence éventuels (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de sa rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en PETITES CAPITALES de caractère romain. La première note de bas de page de chaque document contient toujours une mention sur le type de document et, si c'est le cas, son numéro d'ordre, de même que la qualification du texte (copie) dans le cas où l'original n'a pas pu être reproduit. S'y trouvent également la cote d'archives et d'autres informations pertinentes pour l'examen critique des sources. Enfin, les majuscules et les minuscules dans les télégrammes ont été adaptées pour faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est *toujours* possible de comparer et de contrôler le texte publié dans le volume avec la reproduction numérique du document dans la base de données Dodis.

L'appareil critique contient en particulier des renvois à des documents ou dossiers connexes. Dans la mesure du possible, des références sont faites à des documents mentionnés dans le corps des textes publiés. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, la formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» est indiquée.

Pour s'approcher au plus près du délai de protection de 30 ans des Archives fédérales prévu par la loi, le plan d'édition des DDS depuis le volume 23 prévoit un rythme accéléré de publication des volumes. Le présent volume

et la publication des documents dans Dodis ont été rendus possibles par l'engagement exceptionnel de tous les membres du groupe de recherche. Malgré un nombre important de projets parallèles et de manifestations scientifiques dans le cadre des DDS, le groupe de recherche n'a jamais perdu de vue l'objectif de la publication. Je tiens à remercier Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi et Franziska Ruchti pour leur engagement de tous les instants qui a permis la parution de ce volume, pour le plaisir lié au partage des résultats des recherches ainsi que pour la joie de travailler ensemble au quotidien. Les assistants-étudiants, les stagiaires issus des universités suisses, ainsi que plusieurs personnes astreintes au service civil ont apporté un précieux soutien au groupe de recherche et ont de la sorte contribué à la bonne marche de la parution du volume. J'adresse ainsi mes remerciements à: Thierry Beyeler, Franziska Brunner, Samuel Fehr, Silvia Gebhard, Alexandra Graber, Marc Hermann, Sandro Imhasly, Bruno Keller, Martin Klingler, Dominik Matter, Yves Steiner et Sascha Wüthrich.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de compétence des DDS et le soutiennent d'un point de vue logistique, et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, notamment son Secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les Archives fédérales suisses, en particulier Andreas Kellerhals, Directeur, et Adelheid Jann, Cheffe de division; le Département fédéral des affaires étrangères, par l'intermédiaire du Chef du Service historique, François Wisard; ainsi que le Fonds national suisse de la recherche scientifique, par l'intermédiaire de Rudolph Bolzern. *Last but not least*, mes remerciements s'adressent aux membres de la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, et en particulier à son Président Hans Ulrich Jost, qui m'ont accordé l'appui et la liberté indispensables à la réussite de ce projet de recherche unique en son genre.

Berne, mai 2012 SACHA ZALA

II. INTRODUZIONE EDITORIALE

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) sono un'impresa dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS) e come tali rappresentano un progetto di ricerca libero e indipendente. Il gruppo di ricerca dei DDS costituisce un centro di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera che è annoverato nel «Messaggio del Consiglio federale concernente il promovimento dell'educazione, della ricerca e dell'innovazione negli anni 2013–2016» quale progetto a lungo termine delle Accademie svizzere delle scienze. L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. La serie in corso è dedicata alla documentazione della «Guerra fredda» 1945–1989. Attualmente nel gruppo di ricerca lavorano otto storici e cinque o sei aiuto assistenti o praticanti reclutati nelle università svizzere. Ogni ricercatore è specializzato in determinati ambiti tematici del progetto e in aspetti specifici delle relazioni internazionali. I membri del gruppo di ricerca pubblicano articoli su differenti questioni, organizzano conferenze internazionali e partecipano attivamente a convegni e colloqui scientifici. Nel suo compito, il direttore dei DDS è sostenuto scientificamente dalla Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri. Oltre a rappresentanti istituzionali, la Commissione riunisce soprattutto professoresse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. I contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria sono di primaria importanza per individuare le questioni di ricerca e i temi rilevanti in base ai quali procedere, in seguito, alla selezione dei documenti.

L'obiettivo che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'Archivio federale svizzero (AFS) – con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza – è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più importanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori problematiche e gli interrogativi che si ponevano agli attori dell'epoca. I temi – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal gruppo di ricerca.

Un numero limitato dei documenti selezionati è pubblicato nei volumi a stampa, mentre un numero da sei a sette volte superiore è riprodotto in facsimile nella banca dati on-line Dodis (dodis.ch). L'accesso alla banca dati è gratuito. L'edizione cartacea presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione cartacea riporta anche dei permalink (Uniform Resource Identifier, URI) che possono essere utilizzati come indirizzo internet (ad

esempio dodis.ch/32356). I permalink permettono rimandi diretti a documenti e ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I *Documenti Diplomatici Svizzeri*, in quanto impresa istituzionalizzata delle Accademie svizzere delle scienze, si impegnano a gestire attivamente tutti i permalink pubblicati, garantendone la citabilità a lungo termine.

Il progetto di ricerca mira a creare una documentazione ampia e caratteristica, ma certamente non completa sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti politici. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo degli attori.

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori dei DDS sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il gruppo di ricerca dei DDS è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla Società Svizzera di Storia (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il gruppo di ricerca dei DDS pubblica un *Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili* (appendice X). La lista contiene i fascicoli dell'Archivio federale svizzero la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'appendice X si trovano una spiegazione delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure informazioni sul numero di richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. All'indirizzo dodis.ch/dds/LArc è pubblicato un elenco completo e costantemente aggiornato dei fascicoli che il gruppo di ricerca dei DDS non ha potuto consultare. L'elenco riporta anche il nome del Dipartimento federale competente e la data della decisione negativa.

L'*Elenco dei fondi utilizzati* (appendice IX) rende conto dei fondi consultati dal gruppo di ricerca dei DDS. Nell'elenco i fondi di importanza strategica per la ricerca sono segnalati in grassetto. Per il periodo storico preso in con-

siderazione in questo volume e nella banca dati Dodis, sono stati consultati grosso modo 4'000 volumi d'archivio. Da questa abbondanza di materiale, il gruppo di ricerca ha selezionato i 190 documenti pubblicati in questo volume e altri 1'500 circa pubblicati nella banca dati Dodis.

I documenti selezionati in questo volume e nella banca dati Dodis provengono di regola dall'Archivio federale svizzero che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei dipartimenti federali (ministeri). Poiché la Svizzera ha un governo collegiale, tutte le decisioni di una certa importanza dipendono dal Consiglio federale *in corpore*. Inoltre nella politica estera si rispecchiano in misura crescente anche questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così di fatto tutti i dipartimenti e gli uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti pubblicati non provengono pertanto solo dal Dipartimento federale degli affari esteri: una parte non trascurabile dei documenti selezionati è costituita da atti dello stesso Consiglio federale (quali i processi verbali delle riunioni e le decisioni), di vari dipartimenti e singoli uffici, ma anche di delegazioni e missioni speciali e non da ultimo del parlamento; sono inoltre prese in considerazione lettere scritte da personalità ufficiali o che esercitavano funzioni semiufficiali e da esponenti d'istituzioni private.

Per la pubblicazione sono stati seguiti i principi editoriali classici. Ciò significa che i documenti sono presentati in ordine strettamente cronologico. Per facilitarne la consultazione, il volume riporta un *Indice e sommario dei documenti* (appendice V) con regesti nella lingua originale del documento. Altro strumento utile per orientarsi tra le pagine del volume è la nuova *Tavola metodica* (appendice VII), che raggruppa i documenti in grandi ambiti tematici. A disposizione del lettore ci sono inoltre gli indici delle *persone* (appendice VIII.1), delle *organizzazioni* (appendice VIII.2) e dei *nomi geografici* (appendice VIII.3). In quest'ultimo, i documenti particolarmente rilevanti per le relazioni con uno specifico paese sono contrassegnati con un *. Tutti questi indici comprendono dei permalink che rimandano alla banca dati Dodis, nella quale e si trovano molte informazioni supplementari. Dodis offre dal canto suo nuove funzioni che permettono una ricerca più ampia e mirata.

In linea di massima, i documenti nel volume sono pubblicati integralmente e nella lingua originale. La doppia pubblicazione dei materiali, in forma trascritta nel volume e in facsimile su internet, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione dei testi per il volume per evitare lungaggini e ridondanze. Questo consente la pubblicazione in estratto di fonti che per la loro lunghezza non avrebbero altrimenti trovato posto in un'edizione di documenti, p. es. studi, rapporti, verbali dei dibattiti di diversi organi. I passi soppressi sono *sempre* indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. I tagli riguardano soltanto l'edizione a stampa; nella banca dati Dodis i documenti sono *sempre* riportati nella loro integralità. Le formule di saluto sono state tacitamente soppresse, tranne quando parevano rivestire un significato particolare.

L'introduzione di un sistema di ricerca on-line (OLR) da parte dell'Archivio federale svizzero comporta varie conseguenze per i ricercatori. Prima di tutto,

la *segnatura* contiene ora un riferimento diretto ai fascicoli. Inoltre, gran parte dei fondi può essere richiesta on-line. La forma di citazione dei documenti pubblicati in questo volume è perciò stata adattata. Le nuove segnature sono riconoscibili per il carattere #, che separa le varie parti della segnatura, e per il carattere *, che chiude la segnatura (p. es. E2001E#1980/83#785*). Nei casi in cui le nuove segnature non sono ancora disponibili, è stato utilizzato il vecchio sistema, con l'indicazione del numero del volume. Oltre alle segnature, nel volume sono indicati tra parentesi i numeri d'ordine (*Aktenzeichen*) dei fascicoli, così come appaiono negli inventari (p. es. C.41.775.03). Questo facilita il reperimento dei singoli fascicoli e l'estensione delle ricerche. Per facilitare ai ricercatori il passaggio al nuovo sistema, i documenti del periodo considerato da questo volume sono pubblicati nella banca dati Dodis con entrambe le forme di citazione.

La parte redazionale si compone dell'intestazione dei documenti e dell'apparato critico, redatti nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo. L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p. es. dodis.ch/33034) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. Titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in MAIUSCOLETTO tondo. Nella prima nota a piè pagina di ogni documento sono menzionati il genere di fonte e la sua eventuale numerazione; è inoltre indicato se non si tratta un documento originale (copia). Infine vengono riportate la segnatura d'archivio, la risoluzione di eventuali iniziali o sigle del redattore e della segreteria come pure altre informazioni rilevanti relative alla fonte. Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per qualsiasi questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono sempre confrontare il testo dell'edizione con la versione digitale del documento nella banca dati on-line Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti nella banca dati Dodis o a fascicoli d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nei testi pubblicati. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula *«nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato»*.

A partire dal volume 23, il piano di edizione dei DDS prevede un ritmo accelerato di pubblicazione, per avvicinarsi il più rapidamente possibile al termine di protezione di 30 anni a cui sono sottoposti i documenti dell'ammi-

nistrazione federale. La pubblicazione nei termini previsti del presente volume e dei documenti nella banca dati Dodis è stata possibile solo grazie all'impegno straordinario di tutti i membri del gruppo di ricerca. Nonostante il gran numero di altri progetti in corso e di eventi scientifici nell'ambito delle attività dei DDS, il gruppo di ricerca non ha mai perso di vista l'obiettivo editoriale. Per il loro grande impegno a favore della pubblicazione di questo volume, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica e per la gioia nell'affrontare il lavoro quotidiano ringrazio di cuore Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi e Franziska Ruchti. Il gruppo di ricerca ha potuto contare sull'importante sostegno di personale ausiliario: aiuto assistenti e praticanti provenienti dalle università svizzere come pure persone impegnate nel servizio civile. Si tratta di Thierry Beyeler, Franziska Brunner, Samuel Fehr, Silvia Gebhard, Alexandra Graber, Marc Hermann, Sandro Imhasly, Bruno Keller, Martin Klingler, Dominik Matter, Yves Steiner e Sascha Wüthrich. Anche a loro va il mio sentito ringraziamento per il prezioso contributo a una prosecuzione speditiva del progetto editoriale.

Desidero inoltre ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di competenza dei DDS e che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in particolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che ripongono nella mia persona: l'Accademia svizzera di scienze umane e sociali, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'Archivio federale svizzero, in particolare il direttore Andreas Kellerhals e la caposezione Adelheid Jann; il Dipartimento federale degli affari esteri, rappresentato dal capo del suo servizio storico, François Wisard; il Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica, in particolare Rudolf Bolzern. Infine, ringrazio sentitamente i membri della Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri – ed in particolare il suo presidente Hans Ulrich Jost – che mi hanno garantito il sostegno e la libertà necessari alla realizzazione di questo progetto di ricerca unico nel suo genere.

Berna, maggio 2012 SACHA ZALA

III. EINLEITUNG

Der Band 24 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* dokumentiert die drei Jahre vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1969 und schliesst somit die 1960er Jahre ab. Aus Sicht der schweizerischen Aussenpolitik trug die Dekade die Handschrift von drei Aussenministern – Max Petitpierre (1. Januar 1945 bis 30. Juni 1961), Friedrich Traugott Wahlen (1. Juli 1961–31. Dezember 1965) und Willy Spühler (1. Januar 1966–31. Januar 1970) –, doch prägten internationale Konstellationen und Entwicklungen die schweizerische Aussenpolitik stärker, als der jeweilige Vorsteher des Politischen Departements (EPD) es vermocht hätte. Stellvertretend für viele Entwicklungen auf der weltpolitischen Bühne des Kalten Krieges kann die Deutschlandfrage betrachtet werden: Stand am Anfang des Jahrzehnts der Bau der Berliner Mauer (1961) als Krise des Kalten Krieges im Zentrum der politischen Überlegungen, so endete das Jahrzehnt schon unter dem Zeichen von Willy Brandts «Neuer Ostpolitik» (1969).

Entsprechend wurden viele *Grundfragen der schweizerischen Aussenpolitik* mehr vom internationalen Kontext als durch deklamatorische und flexibel auslegbare Maximen und Parolen determiniert. Parallel zur internationalen Entwicklung standen die Jahre 1967 bis 1969 auch für die Schweiz unter dem Zeichen einer vorsichtigen Annäherung an das kommunistische Osteuropa. Diese Entwicklung setzte sich trotz der Ereignisse in der Tschechoslowakei im August 1968 (Dok. 100) fort, die für die Schweiz eine vorübergehende Irritation (Dok. 102), jedoch keine Zäsur in der «Entspannungspolitik» darstellten. Anders als zu Beginn des Jahrzehnts, so hielt der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, Raymond Probst, fest, müsse man keiner «Apologie des Osthandels mehr das Wort reden» (Dok. 135): Die Ausweitung des Handelsverkehrs mit den Oststaaten wurde zunehmend als Chance gesehen (Dok. 48). Tatsächlich lotete im August 1967 Bundesrat Spühler bei Staatssekretär Dean Rusk die amerikanischen Befindlichkeiten in Bezug auf eine Lockerung der von den USA im Rahmen des sogenannten Hotz-Linder-Agreement von 1951 durchgesetzten schweizerischen Beschränkung des West-Ost-Handels aus (Dok. 41). Das «schweizerische autonome Ausfuhrüberwachungs-System» der Embargoliste gegenüber Comecom-Staaten, das bereits 1959 gelockert worden war, wurde im Dezember 1969 mit einer praktischen Verdoppelung des schweizerischen Jahreskontingents noch stärker abgeschwächt, um über «genügend Bewegungsfreiheit in Bezug auf den Export von Listenwaren nach den Oststaaten» zu verfügen (Dok. 189).

Die vorsichtige Öffnung gegenüber dem Osten spiegelte sich in der «Besuchsdiplomatie» wider, die während dieser Zeit tatsächlich nicht nur allgemein, sondern vor allem auch in Bezug auf die Oststaaten einen Aufschwung erlebte. Den Anfang machte der Besuch von Verkehrsminister Rudolf Gnägi in Moskau – der erste Besuch eines Bundesrats in der UdSSR – anlässlich der Einweihung der direkten Flugverbindung zwischen Zürich und der sowjetischen

Hauptstadt (Dok. 44). Im selben Jahr reiste Generalstabschef Paul Gygli nach Polen (Dok. 61): Zum ersten Mal besuchte ein hoher Schweizer Offizier damit einen Staat des Warschauer Paktes. Willy Spühler, der als erster vielreisender schweizerischer Aussenminister Bekanntheit erlangte, besuchte 1969 Rumänien (Dok. 140) und Jugoslawien (Dok. 170), also die beiden Staaten des Ostblockes, die – nach dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei – einer, freilich aus ungleichen Gründen, vom Moskauer Kurs abweichenden Linie folgten. Auch der Generalsekretär des EPD, Pierre Micheli, wurde vom Departementschef mit Besuchsreisen etwa nach Polen oder Rumänien beauftragt (Dok. 45). Selbst in die heikle Frage der Beziehungen zu den geteilten Staaten kam Bewegung, indem die schweizerische Aussenpolitik erstmals auf Annäherungsversuche der DDR (Dok. 149), Nordkoreas (Dok. 169) oder Nordvietnams (Dok. 127) zumindest teilweise einging: «Objectif final: normaliser nos relations avec les deux parties des Etats divisés là où cela paraîtrait conforme à nos intérêts, en application du principe d'universalité de nos relations diplomatiques, corollaire de notre politique de neutralité.»

Die vorsichtige Annäherung an die Staaten des Ostblockes soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei den *Wirtschafts- und Finanzbeziehungen* die Schweiz ihre primären Interessen in der westlichen Welt verfolgte. Die Expansion des Finanzplatzes zeitigte verschiedene Konsequenzen: So waren Schweizer Banken auf dem Goldweltmarkt derart aktiv, dass sie die britische Dominanz arg konkurrenzierten, was die internationale Presse unter dem allegorischen Titel «Gentlemen versus Gnomes – The gold battle between London and Zurich» thematisierte (Dok. 78). Auch die Schweizerische Nationalbank spielte in der internationalen Diskussion über die Goldfrage eine aktive Rolle (Dok. 35) und setzte ihre Währungshilfe zu Gunsten Grossbritanniens fort (Dok. 116). Generell lässt sich in der Untersuchungsperiode eine signifikante Auseinandersetzung mit Währungsfragen feststellen (Dok. 134, 179, 181). Die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft liess zu diesem Zeitpunkt die Frage eines eventuellen Beitritts der Schweiz zu Weltbank und Internationalem Währungsfond aufkommen, von dem jedoch «aus innenpolitischer Rücksichtnahme» abgesehen wurde (Dok. 72). Das Bankgeheimnis kam unter Druck und stand im Zentrum internationaler Kritiken, die in Bern als «souvent fausses, aussi bien qu'injustifiées» wahrgenommen wurden (Dok. 23). Entsprechend bemühte sich die Schweizer Diplomatie Hand in Hand mit den Banken, im Ausland für eine positive Rezeption des Bankgeheimnisses zu sorgen. Insbesondere bezüglich der USA gestaltete sich dieses Unterfangen aber zunehmend schwierig. Ende Dezember 1967 begannen die amerikanischen Justizbehörden offiziell, die schweizerische Botschaft mit dem Bankgeheimnis zu konfrontieren: «Es ist daher nicht ausgeschlossen», meldete der schweizerische Botschafter in Washington, Felix Schnyder, an die Zentrale in Bern, «dass die Frage des Bankgeheimnisses mit der Zeit zu einem ernstlichen Politikum in den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen werden könnte» (Dok. 58).

Nach dreijährigen Verhandlungen und einer Marathon-Sitzung in Genf konnte am 15. Mai 1967 die 6. Session des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), die Kennedy-Runde, erfolgreich abgeschlossen werden. In

einer Radioansprache am nächsten Tag erklärte der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Hans Schaffner, der Schweizer Bevölkerung die Vorteile einer liberalen Aussenhandelspolitik, die eine Senkung vieler Zolltarife für schweizerische Exportprodukte bewirken konnte, obschon die gesetzten Ziele zum Schutz der heimischen Landwirtschaft vor Importen nicht erreicht wurden (Dok. 24). Bereits im Januar 1967 hatte US-Präsident Lyndon B. Johnson den Entscheid getroffen, die Anwendung der sogenannten «Escape-clause» für Uhrenimporte aus der Schweiz abzuschaffen, womit die seit 1950 andauernde virulente Auseinandersetzung mit den USA eine für die schweizerische Uhrenindustrie günstige Wendung nahm (Dok. 3).

Zunehmend in den Fokus des Interesses rückten die Märkte im Fernen Osten. Die Beziehungen mit der Volksrepublik China blieben aber auf Grund der 1966 ausgebrochenen Kulturrevolution belastet, was sich etwa im Streit um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Tibet in der Schweiz manifestierte. Das wachsende schweizerische Interesse an Asien fand seinen Niederschlag im Besuch des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Hans Schaffner, in Japan und Hongkong im Frühjahr 1967 (Dok. 22, 25). Japan war der wichtigste asiatische Handelspartner der Schweiz: Das kleine europäische Binnenland figurierte hinter den USA als zweitgrösster Investor und nach der BRD als drittgrösster Lizenzgeber. Die rasante technologische und industrielle Entwicklung Japans machte das Land auch zu einem begehrten Partner in der Frage der Wissenschaftspolitik.

Die zunehmende Interdependenz von internationalen Kontrollregimen, z. B. im Bereich der Heilmittelkontrollen (Dok. 26, 66, 119), führte in der Schweiz zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, denn die Frage berührte einen Bereich, der in die ausschliessliche Kompetenz der Kantone fiel (Dok. 26), und die entsprechend mit einem «ungewöhnlichen Aufwand an Emotionen behandelt» wurde (Dok. 66). Weitere wichtige Vorstösse im Bereich der Finanzbeziehungen galten der Regelung der Doppelbesteuerung (Dok. 82), Entschädigungen für Nationalisierungen schweizerischen Vermögens (Dok. 13, 96, 159) sowie der Frage von in der Schweiz liegenden nachrichtenlosen Vermögen (Dok. 6, 151). Die schweizerische Diplomatie setzte sich aber auch eingehend mit verschiedenen Verkehrs- (Dok. 90, 99, 131), Energie- und Rohstofffragen (Dok. 29, 148) sowie mit den Interessen der Schweizer Industrie (Dok. 84, 138, 162) auseinander. Dass dies nicht immer problemlos ging, zeigte sich beispielsweise im Bereich der bewilligungspflichtigen Ausfuhr von Kriegsmaterial (Dok. 43, 146), vor allem 1968, als illegale Kriegsmaterialexporte der Oerlikon-Bührle AG aufgedeckt wurden: Durch unrichtige Angaben betreffend Empfängerstaat und Fälschung von Endverbraucherzertifikaten gelang es der Waffenfabrik, die Exportverbote des Bundesrates zu umgehen und Kriegsmaterial in Staaten wie Südafrika, Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und Nigeria zu exportieren (Dok. 118, 132). Dabei mussten sich auch die Bundesbehörden die Frage einer zu laschen Kontrolle stellen (Dok. 132).

Ein reges Betätigungsfeld der Schweizer Diplomatie betraf die *wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern.* Seit dem «Afrika-Jahr» von 1960, als zahlreiche Kolonien auf dem Kontinent

die Unabhängigkeit erlangten, galt es für die Schweiz, diplomatische Beziehungen zu den neuen Staaten zu knüpfen, was der schweizerischen Aussenpolitik nicht nur neue Tätigkeitsfelder eröffnete, sondern auch zu neuen Dynamiken und Konstellationen in den internationalen Organisationen führte. Ausdruck des wachsenden Interesses der Schweiz an Afrika war Spühlers Ostafrikareise im Sommer 1969 – der erste Besuch eines Bundesrates auf dem Kontinent –, die zum Ziel hatte, die Entwicklungszusammenarbeit zu vertiefen (Dok. 161). Nachdem der Bundesrat am 8. Mai 1968 den Beitritt in das Entwicklungskomitee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beschlossen hatte, wurde die schweizerische Entwicklungshilfe eingehend von dieser Organisation evaluiert. Dabei zeigte sich ein Spezifikum der schweizerischen Entwicklungshilfe: Zwar wurde das anvisierte Ziel eines jährlichen Entwicklungshilfebeitrags von 1% des Bruttosozialproduktes meistens erreicht, doch basierte dieser fast ausschliesslich auf privatem Kapital. Die Schweiz war somit das Land mit der im Verhältnis höchsten Quote an privatem Kapital, rangierte hingegen bei den staatlichen Zuwendungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Abstand auf dem letzten Platz (Dok. 125). Die «schweizerische Formel» der unscharfen Trennung zwischen staatlicher und privater Hilfe ermöglichte es dennoch, eine beachtliche Präsenz in Afrika, Asien und Lateinamerika aufzubauen (Dok. 101). Mit der Exportrisikogarantie (Dok. 86, 113, 122) verfügte man auch über ein Instrument, um in den wirtschaftlich zunehmend interessanten lateinamerikanischen (Dok. 46, 94, 160) und asiatischen (Dok. 77, 144, 184) Schwellenländern mit der Legitimation der Entwicklungshilfe effektive Handelsförderung zu betreiben und schweizerische Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Ausdruck dieser, wenn nicht ambivalenten, so doch zumindest dualen Politik war ein Kompetenzkonflikt zwischen Politischem Departement und Volkswirtschaftsdepartement bei der Revision der Vollziehungsverordnung zur Exportrisikogarantie, der sich in einer generellen Auseinandersetzung über die Federführung in der Entwicklungshilfe entlud (Dok. 34, 122).

Die zunehmende Bedeutung des Multilateralismus führte zu einer generellen Stärkung der Rolle von *internationalen Organisationen* und internationalen Regimen, wie die Kennedy-Runde des GATT eindrücklich gezeigt hatte. Dies führte zwangsläufig zu einer Schwächung des Bilateralismus, was sich beispielsweise auf völkerrechtlicher Ebene im massiven Bedeutungsverlust der (bilateralen) Schiedsgerichtsbarkeit zeigte. Seit der Gründung des Bundesstaates hatte sich die Schweiz stark für dieses völkerrechtliche Instrument eingesetzt und dieses auch im Sinne einer Profilierung ihrer «guten Dienste» aktiv propagiert. Mit der wachsenden Bedeutung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag mussten diese Aktivitäten schliesslich faktisch aufgegeben werden (Dok. 9).

Die Wahl Willy Spühlers in den Bundesrat hatte 1959 im Zeichen der Konkordanz gestanden: Nicht nur war die Sozialdemokratie seit dem Rücktritt von Max Weber im Jahre 1954 überhaupt wieder im Bundesrat vertreten; da gleichzeitig Hans-Peter Tschudi in den Bundesrat gewählt wurde, beteiligten sich nun zum ersten Mal in der Geschichte zwei Sozialdemokraten an der

Regierung. Als Spühler 1966, nach Wahlens Rücktritt, vom Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement ins Politische Departement wechselte, wurde mit ihm erstmals ein Sozialdemokrat mit der Leitung der Aussenpolitik betraut. Der Wechsel schlug sich tatsächlich auch in einer breiteren Debatte über die Rolle der Schweiz im multilateralen Kontext und über einen weniger eng aufgefassten Neutralitätsbegriff nieder, der mehrere aussenpolitische Optionen offen liess. Zwar beschloss der Bundesrat, dass der Zeitpunkt für einen UNO-Beitritt wegen der strittigen Frage der Beteiligung an Sanktionen ungünstig sei (Dok. 4), doch nutzte Spühler die Gelegenheit eines parlamentarischen Postulates, um einen umfassenden Bericht über die Beziehungen der Schweiz zu den Vereinten Nationen vorzulegen, der nicht nur die Frage des Beitritts erörterte, sondern auch eine «Standortsbestimmung de la politique de neutralité» bot (Dok. 32). Obschon der UNO-Beitritt der Schweiz in weite Ferne rücken sollte, konnte auf Grund des Berichts eine generelle Klärung der Beziehungen zu den Vereinten Nationen herbeigeführt werden, was die aktive Teilnahme der Schweiz in deren Sonderorganisationen erleichtern sollte.

Die Frage der Befolgung der UNO-Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika sowie Rhodesien stellte hingegen für die Schweiz eine schwierige Gratwanderung zwischen wirtschaftlicher Interessenwahrung und Berücksichtigung internationaler Forderungen dar (Dok 8, 171). Bezüglich Südafrika verurteilte der Schweizer Delegationschef August R. Lindt anlässlich der UNO-Menschenrechtskonferenz in Teheran am 2. Mai 1968 das Apartheid-Regime einerseits deutlich (Dok. 80), andererseits hiess die von der Schweizer Nationalbank konsultierte Bundesverwaltung – trotz Bedenken des Politischen Departements (Dok. 60) – die Kapitalexporte nach Südafrika gut. Um internationale Kritik am schweizerischen Kapitalexport nach Südafrika zu minimieren, intervenierte die Schweizer Diplomatie diskret bei den südafrikanischen Behörden in Pretoria, damit in der Publikation der Statistik die Schweiz nicht mehr namentlich erwähnt, sondern unter «Westeuropa» subsumiert wurde (Dok. 124).

Die Entwicklungen in EWG und EFTA in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verstärkten die Bedeutung der *Europapolitik* für die Schweiz massiv; sowohl innen- wie aussenpolitisch. Am 1. Juli 1967 trat der EG-Fusionsvertrag in Kraft, welcher die Institutionalisierung einer gemeinsamen Kommission und eines gemeinsamen Rates für die drei Europäischen Gemeinschaften vorsah. Ein Jahr später wurde durch die Abschaffung der letzten Binnenzölle zwischen den EG-Staaten eine Zollunion geschaffen, worauf sich die Schweiz mit einem gemeinsamen Zolltarif konfrontiert sah. Die Stärkung der EG bedeutete eine direkte Schwächung der EFTA, die sich besonders im britischen Verhandlungsgesuch an die EG manifestierte. Zwar vermochte Charles de Gaulle 1967, wie bereits schon 1963, durch Frankreichs Veto die Ausweitung der EG noch zu verhindern, doch sollte schon 1969 der neue Präsident der Republik, Georges Pompidou, die Obstruktionspolitik gegen einen britischen Beitritt aufgeben. In dieser Situation nahm der Bundesrat eine vorsichtige und abwartende Haltung ein, indem er zwar keine offiziellen Demarchen startete, Ende Juni 1967 jedoch im schweizerischen Parlament durch eine Erklärung

das potentielle Interesse der Schweiz an weiteren Integrationsentwicklungen signalisierte: «Mit anderen Worten», wie es der Direktor der Handelsabteilung, Paul R. Jolles, formulierte, segelt die Schweiz «nicht automatisch im britischen Kielwasser, sondern wartet eine Klärung der gegenwärtigen Lage ab» (Dok. 33). Im Frühjahr 1968 war sich die schweizerische Diplomatie doch nicht mehr so sicher, ob die eingenommene Haltung von der EG nicht als zu passiv aufgefasst werden könnte, weshalb in einer koordinierten Aktion durch «lediglich mündlich» zu erfolgende Demarchen in allen EWG-Hauptstädten und bei der EG-Kommission in Brüssel die Schweizer Position nochmals bekräftigt wurde (Dok. 68). Die Verhandlungen von EFTA-Mitgliedern mit der EG sollten 1973 zum Übertritt Grossbritanniens, Dänemarks und Irlands in die Europäischen Gemeinschaften führen. Die Unsicherheitsfaktoren in der europäischen Integration führten zu einer Aufwertung des schweizerischen Interesses an einer europäischen Sicherheitskonferenz (Dok. 154, 188) und am Europarat (Dok. 69), obschon die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht zuletzt wegen des fehlenden Frauenstimmrechts und der Jura-Frage noch etliche Probleme stellte. Als im September 1968 etwa fünfzig pro-jurassische Frauen und einige Mitglieder der «Gruppe Bélier» in Strassburg vor dem Europarat protestierten, reagierte die offizielle Schweiz sehr gereizt (Dok. 111).

Die Politik der *guten Dienste und der humanitären Aktionen* entfaltete sich in der Periode 1967–1969 einerseits in der Vertretung fremder Interessen und andererseits in Aktivitäten zu Gunsten des Friedens in den Kriegsgebieten in Vietnam, im Nahen Osten und in Biafra. Als politisch relevant und für die Schweiz am ergiebigsten erwies sich nach wie vor die Vertretung der Interessen der USA auf Kuba, was der Schweizer Diplomatie den direkten Zugang zu einer Weltmacht sicherte (Dok. 7). So überbrachte der schweizerische Botschafter in Havanna, Alfred Fischli, US-Staatssekretär William P. Rogers im Frühjahr 1968 Fidel Castros Avancen bezüglich einer möglichen Entspannung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (Dok. 126), was von amerikanischer Seite mit Interesse aufgenommen wurde (Dok. 133). Der privilegierte Draht zu Washington wurde durchaus auch für die Klärung bilateraler Fragen benutzt.

Die schweizerische Diplomatie versuchte auch im Vietnam-Krieg zu vermitteln und Genf als Konferenzort für Friedensverhandlungen zwischen den Kriegsparteien anzubieten – vergeblich. Das Fehlen formeller diplomatischer Beziehungen zu Nordvietnam erleichterte die diesbezüglichen Bestrebungen nicht (Dok. 30, 75): «wir neigen aber zur Ansicht», urteilte die Zentrale, «dass diese Bemühungen dennoch nicht überflüssig waren» (Dok. 83).

Die pro-israelische Haltung der Schweizer Bevölkerung anlässlich des Sechstage-Kriegs vom Juni 1967 brachte eine deutliche Verstimmung in den Beziehungen mit den arabischen Ländern. Die in Bern akkreditierten Missionschefs von acht arabischen Staaten stellten in der Folge die Fähigkeit der Schweiz, «gute Dienste» zu leisten, in Frage (Dok. 28). Die Möglichkeit für eine schweizerische Aktion ergab sich überraschend im August 1967 durch die Intervention von UNO-Generalsekretär Sithu U Thant, der mit dem Segen

des Bundesrates den Chef des Dienstes für internationale Organisationen, Ernesto Thalmann, zu seinem persönlichen Ad-hoc-Vertreter ernannte und ihn mit dem Verfassen eines wichtigen Berichts über die Lage in Jerusalem betraute (Dok. 50).

Eine Eskalation der Lage für die Schweiz brachte das am 18. Februar 1969 am Flughafen in Kloten durch palästinensische Terroristen verübte Attentat auf ein Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft El-Al, bei welchem der Co-Pilot und einer der Attentäter starben. Dabei sorgten eine schweizerische Protestnote bei arabischen Ländern (Dok. 130) sowie das Vorgehen der Zürcher Justizbehörden im Vorfeld des Prozesses (Dok. 173, 177) für diplomatische Verstimmungen.

Im Biafra-Krieg schliesslich unterstützte das Politische Departement das humanitäre Engagement des IKRK, indem es den erfahrenen Botschafter August R. Lindt für die Koordination der IKRK-Mission zur Verfügung stellte (Dok. 136). Die IKRK-Mission erwies sich in der Folge als sehr schwierig – so wurde sie von der nigerianischen Zentralregierung stark kritisiert und als parteiisch verurteilt. Lindt trat daraufhin von seiner Mission zurück, und das Politische Departement bemühte sich, der verbreiteten Gleichsetzung der Schweiz mit dem IKRK entgegen zu wirken. Einem Versuch, zusammen mit anderen Neutralen einen Waffenstillstand zu vermitteln, war aber kein Erfolg beschieden (Dok. 185).

Im Bereich der *Migrations- und Flüchtlingspolitik* war die Schweiz auch in der Schlussphase des Jahrzehnts von einer während der ganzen 1960er Jahre andauernden, konjunkturell bedingten starken Immigration von ausländischen Arbeitskräften, insbesondere aus Italien, Spanien und Jugoslawien, geprägt. Dies wirkte sich vornehmlich auf vier Hauptbereiche aus: Zunächst galt es, der spanischen Forderung nach einer Gleichbehandlung der spanischen Gastarbeiter und ihrer Familienangehörigen mit den Italienern in der Schweiz zu begegnen. Diese Verhandlungen konnten bis zum Februar 1967 erfolgreich abgeschlossen werden (Dok. 10). Eine weitere grosse Aufgabe bestand darin, die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien in die schweizerischen Sozialwerke zu integrieren (Dok. 56, 98, 157). Mit dem Familiennachzug verstärkte sich auch der Handlungsdruck auf die Sprachenfrage, insbesondere bezüglich des Schulunterrichts der Gastarbeiterkinder in ihrer angestammten Sprache (Dok. 85, 166). Die bedeutsame Immigration von ausländischen Arbeitskräften, die viele Alltagsbereiche von Schweizerinnen und Schweizern bis beispielsweise ins Kulinarische hinein erfassen sollte, liess schliesslich einen von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Überfremdungsdiskurs aufflammen, der sich auch in offenen Akten von Fremdenfeindlichkeit entladen konnte (Dok. 120). Die «Fünfte Schweiz» versuchte ihrerseits, die schweizerische Diplomatie für die Regelung verschiedener Sozialversicherungsfragen für Auslandschweizerinnen und -schweizer zu gewinnen (Dok. 91), während der Bund die Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal für ausländische Firmen durch Inserate in der schweizerischen Presse mittels des Bundesgesetzes betreffend des Geschäftsbetriebs von Auswanderungsagenturen von 1888 zu bekämpfen trachtete (Dok. 66).

Nebst des aufsehenerregenden Falles von Stalins Tochter Swetlana I. Allilujewa, die sich 1967 via Schweiz in die USA absetzte (Dok. 14), wurde die Flüchtlingspolitik durch Asylsuchende aus Tibet (Dok. 40) und ab August 1968 vor allem durch die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei (Dok. 108) geprägt, die – wie 1956 anlässlich der Ungarn-Krise – im Kontext des Kalten Krieges grosszügig aufgenommen wurden.

Das politische System der Schweiz mit einer als Kollegialbehörde konstituierten Exekutive und (halb-)direktdemokratischen Volksrechten führt zu einer besonders ausgeprägten Rückkoppelung der Aussenpolitik mit der Innenpolitik, die sich in unterschiedlichen *innenpolitischen Aspekten der Aussenpolitik* manifestiert. Zu nennen ist zunächst die in den 1960er Jahren zunehmend bedeutende Rolle des Parlaments, die sich nicht nur im Arsenal der öffentlichkeitswirksamen parlamentarischen Instrumente wie Interpellationen oder Motionen (Dok. 61), sondern auch in gezielten Fragen während den vertraulichen Beratungen der Kommissionen des National- und Ständerates niederschlug, insbesondere den Aussenpolitischen und den Geschäftsprüfungskommissionen (Dok. 84, 112, 136). Dabei zeigte sich, dass für den Bundesrat das Parlament nicht nur eine bremsende Kontrollfunktion hatte, sondern dass die Exekutive die Öffentlichkeit parlamentarischer Debatten auch für die Durchsetzung der eigenen aussenpolitischen Linie aktiv suchte (Dok. 32).

Weitere innenpolitische Aspekte betrafen die wissenschaftliche Kooperation und die gemeinsame Grundlagenforschung, die sich in der Schaffung der Posten von Wissenschaftsattachés und in der Entsendung von Expertendelegationen manifestierte, und die sich nebst der Achse Washington (Dok. 115), Moskau (Dok. 163), Tokio (Dok. 22) nun auch in einer diesbezüglichen Zusammenarbeit mit Organen der Europäischen Gemeinschaften (Dok. 178) konsolidierten.

Dass religiöse Fragen für die schweizerische Innenpolitik ein hohes Potenzial an Konfliktstoff bergen konnten, hatten die aussenpolitischen Entscheidungsträger stets deutlich vor Augen. Dies zeigte sich beispielsweise in der Behandlung der Frage der Normalisierung der Beziehungen mit dem Vatikan (Dok. 112), die gemäss Bundesrat erst nach einer Beseitigung der konfessionellen Ausnahmeartikel aus der Verfassung zu erfolgen hätte, und die somit indirekt von einem Volks- und Stände-Entscheid abhängig gemacht wurde. Zunehmend zeigte sich für die vielsprachige Schweiz ausserdem, dass auch aussenpolitische Kultur- und Sprachenfragen wenn nicht gefährliche, so doch zumindest unerwünschte innenpolitische Fragen aufwerfen konnten. Dies offenbarte sich insbesondere bei der Frage eines schweizerischen Engagements bei den Institutionalisierungsbestrebungen der Frankophonie, da das Land sich durch eine Teilnahme in eine Situation begeben würde, «die der Struktur und dem politischen Denken (dessein politique) unseres Landes nicht entsprechen würde» (Dok. 38). Die offene Jura-Frage verstärkte die abwehrende Haltung gegenüber der Förderung supranationaler sprachlicher Identitäten. Auch gegenüber der italienischen Schweiz verdeutlichten sich die Dilemmata einer auf dem Territorialitätsprinzip neutralisierten Sprachpolitik: In der Frage des Schulunterrichts der Gastarbeiterkinder aus Italien in ihrer angestammten Sprache zeigte sich der Bund nämlich zu grosszügigeren Lösungen bereit, als

er dies für die eigenen nationalen Minderheiten ausserhalb der autochthonen Gebiete zu tun bereit war (Dok. 85, 166).

Die Vermittlung einer multikulturellen Schweiz war insgesamt nicht immer einfach, wie die Debatte um die Teilnahme an der Weltausstellung von 1970 in Osaka zeigte. So erstaunt es letztlich nicht, dass auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen verschiedene Doppelspurigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beteiligten halbstaatlichen Stellen konstatiert wurden (Dok. 31).

Die *innere und äussere Sicherheitspolitik* ist ein letzter Bereich, der sich stark in der Aussenpolitik widerspiegelte, insbesondere durch eine im Kontext des Kalten Krieges bisweilen überzogene Kriegsvorbereitung. Auf der einen Seite stellte sich das Volkswirschaftsdepartement vergeblich deutlich gegen das von militärischer Seite initiierte Projekt eines an jeden schweizerischen Haushalt zu verteilenden «Zivilverteidigungsbuches» (Dok. 2); andererseits vereinbarte die Schweizer Diplomatie im November 1968 vertraulich mit Australien, im Kriegsfall den Sitz schweizerischer Firmen dorthin auslagern zu dürfen (Dok. 103). Nebst den wiederholt aufkommenden Fällen von Spionage (Dok. 173, 174) hatte das Attentat von Kloten deutlich vor Augen geführt, dass die Schweiz nicht vom Terrorismus (130, 143, 173) verschont blieb. Auch die Frage des Kriegsmaterialexportes (Dok. 146) verdeutlichte, wie stark internationale Entwicklungen die Schweiz treffen konnten. So schufen angesichts des Vietnam-Konflikts die Lieferungen von Kriegsmaterial in die USA «gewisse Schwierigkeiten» (Dok. 43). Weiter ausgebaut wurde die militärische Zusammenarbeit mit den Neutralen Österreich (Dok. 76) und Schweden (Dok. 167), selbst wenn gegenüber dem östlichen Nachbarn stets ein latentes Malaise über die als zu lasch empfundene Auslegung der Neutralität herrschte und bezüglich Schweden dessen Konkurrenz im humanitären Bereich und als Vermittler gefürchtet wurde: «Elle voudrait supplanter la Suisse dans ces deux domaines» (Dok. 127).

Zwei wichtige internationale Entwicklungen zwangen die Schweiz dazu, eine klare sicherheitspolitische Position zu beziehen: die Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz und die Atombewaffnung. Auf den Budapester Appell zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz reagierte die Schweiz vorsichtig zurückhaltend (Dok. 154). Trotz aller Skepsis demonstrierte der Bundesrat mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe seinen Willen, an einer allfälligen Konferenz mitzuwirken (Dok. 188), was in der Folge auch geschah. Bei der Frage der Atombewaffnung zeigte sich rasch, dass für den bewaffneten neutralen Staat kaum eine andere Option offen stand, als den Anti-Proliferationsvertrag zu unterschreiben (Dok. 87, 155). Dennoch tat sich die Schweizer Politik schwer mit der Aufgabe der Option der Atombewaffnung: Der Vertrag wurde zwar 1969 unterschrieben, aber vom Parlament erst 1976 ratifiziert. Mit diesem Beschluss endete auch eine lange Debatte, welche die Sicherheitspolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stark geprägt hatte.

Bern, Mai 2012 SACHA ZALA

III. ABKÜRZUNGEN / ABRÉVIATIONS / ABBREVIAZIONI

aa	ad acta
a. i. / ad int.	ad interim
ABC	Atomare, biologische und chemische (Waffen)
Abs.	Absatz
ACF	Arrêté du Conseil fédéral
AELE	Association européenne de libre-échange
AF	Arrêté fédéral
AFP	Agence France-Presse
AG	Aktiengesellschaft
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AI	Assurance Invalidité
Anm.	Anmerkung
Art. / art.	Artikel / article
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
AESOR	Association Européenne des Sous-Officiers de Réserve
ASP	American Selling Price
BB	Bundesbeschluss
BBC	Brown, Boveri & Cie
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd. / Bde.	Band / Bände
Beil.	Beilage
betr.	betreffend
bes.	insbesondere
BID	Banque interaméricaine de développement
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BIRPI	Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle
BIT	Bureau international du Travail
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRI	Banque des règlements internationaux
BR-Beschlussprot. II	Beschlussprotokoll II des Bundesrates
BR-Prot.	Bundesratsprotokoll
BR-Verhandlungsprot.	Verhandlungsprotokoll des Bundesrates
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848–1947
bspw.	beispielsweise
Bupo	Bundespolizei
BV	Bundesverfassung
BYS	Balayu Yantra Shala Pvt. Ltd.
bzw. / bezw.	beziehungsweise
bzgl.	bezüglich
ca.	circa
CAD	Comité d'aide au développement (de l'OECD)
CE	Communautés européennes
CECA	Communauté européenne du charbon et de l'acier

CEEA	Communauté européenne de l'énergie atomique
CEE	Communauté économique européenne
cf.	confer
CFF	Chemins de fer fédéraux suisses
CGT	Confédération générale du travail (France)
Cia. / Cía	Companhia / Compañía
CIBA	Gesellschaft für Chemische Industrie Basel
CICR	Comité international de la Croix-Rouge
Cie	Companie
CIF	Cost Insurance Freight
CNUCED	Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement
Co.	Company
CO	Code des obligations
CoCom	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance
c/o	Care of
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
C-Waffen	Chemische Waffen
d. h.	das heisst
d. J.	dieses Jahres
d. M. / d. Mts.	dieses Monats
DAC	Development Assistance Committee (of the OECD)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz / Documents Diplomatiques Suisses
Dept.	Department
DFJP	Département fédéral de justice et police
DftZ	Der Delegierte für Technische Zusammenarbeit
dgl.	dergleichen
d. h.	dass heisst
Dir.	Direktor / Directeur
DM / D-Mark	Deutsche Mark
DMR	Département missionnaire des Eglises protestantes de la Suisse romande
Dok. / Doc.	Dokument / Document
dodis.ch	Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz / Base de données des Documents Diplomatiques Suisses
DPF	Département politique fédéral
Dr. / Dr	Doktor / Docteur
DRV / DRVN	Demokratische Republik Vietnam
EAO	Employment Assistance Office (Boeing Co.)
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren
EFTA	European Free Trade Association
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EG	Europäische Gemeinschaften
ehem.	ehemaliger
Eidg.	Eidgenössisch
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
engl.	englisch
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPER	Entraide protestante suisse

ERG	Exportrisikogarantie
ES - V	Emergency Special Session V (of the General Assembly of the United Nations)
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ev. / evt. / evtl. / event.	eventuell
evang.	evangelisch
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschafts-departement
EVK	Eidgenössische Versicherungskasse
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ex.	exemple
f.	folgende
FAO	Food and Agriculture Organization (of the United Nations)
FC	Fidel Castro
FF	Feuille fédérale de la Confédération
FH	Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie / Verband der schweizerischen Uhrenindustrie
FIP	Fondo de Inversiones Privadas (Colombia / Perú)
FLN	Front de Libération Nationale (Algérie)
FMI	Fonds monétaire international
FNL	Front national de libération du Viêtnam du Sud
Fr. / fr. / frs.	Schweizer Franken / Francs suisses
franz.	französisch
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique / Liberation Front of Mozambique
GA	Geldanlagen
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB	Grossbritannien
GBI	Gewerkschaft Bau und Industrie
ggf.	gegebenenfalls
GMI	Groupe pour les missions internationales
ha	Hektar / hectare
h. c.	honoris causa
H. E.	His / Her Excellency
HEI	(Institut universitaire de) hautes études internationales (de Genève)
HEKS	Hilfswerk evangelischer Kirchen Schweiz
HELVETAS	Schweizer Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
Hon.	Honourable
ibid.	ibidem
IDA	International Development Association
IGGI	Intergovernmental Group on Indonesia
IKH / IKS	Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMF	International Monetary Fund
INAM	Istituto nazionale per l'assicurazione contro le malattie
inkl.	inklusive
internat.	international
IO	(Abteilung für) Internationale Organisationen (des Politischen Departements)

IPC	International Petroleum Company
i. S.	in Sachen
ITU	International Telecommunication Union
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JPD	Justiz- und Polizeidepartement
Kg	Kilogramm / kilogramme
KHK	Kontrollstelle für den Handel mit Kriegsmaterial
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
Leg.	Livre égyptienne
lit.	Littera
Ltda.	Sociedade Limitada
Ltd.	Limited
LW	Landwirtschaft
M. / MM.	Monsieur / Messieurs
m. a. W.	mit anderen Worten
Me	Maître
m. E.	meines Erachtens
MFO	Maschinenfabrik Oerlikon
Mia.	Milliarden
Mio. / mio	Millionen / millions
Mlle	Mademoiselle
Mme	Madame
Mr.	Mister
Mrd. / Mia.	Milliarden
MUBA	Mustermesse Basel
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (in Korea)
N° / N^os^	numéro / numéros
NR	Nationalrat
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NU	Nations Unies
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organization of American States
OAU	Organisation of African Unity
Oberstdiv.	Oberstdivisionär
Oberstkorpskdt.	Oberstkorpskommandant
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OFIAMT	Office fédéral de l'industrie des arts et métiers et du travail
OIT	Organisation internationale du travail
OMS	Organisation mondiale de la santé
ONU	Organisation des Nations Unies
ONUDI	Organisation des Nations Unies pour le Développement Industriel
OSEC	Office suisse d'expansion commerciale
OSEO	Œuvre suisse d'entraide ouvrière
Org.	Organisation
OTAN	Organisation du traité de l'Atlantique Nord
OUA	Organisation de l'unité africaine
p. / pp.	page / pages suivantes

PAR	Paraguay
PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
p. e. / p. ex.	par exemple
PM	Premierminister / Premier ministre / Prime Minister
port.	portugiesisch
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll / Protocole
PS / P. S.	Post scriptum
Pt.	Punkt
PTT	Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung / Entreprise des postes téléphones télégraphes
PV	Procès-verbal
PVCF	Procès-verbal du Conseil fédéral
PVCN	Procès-verbal du Conseil national
RAU	République arabe unie
RD	Rechtsdienst (des Politischen Departements)
RDA	République démocratique allemande
resp.	respectiv / respektiv
RFA	République fédérale d'Allemagne
RO	Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
RS	Recueil systématique des lois et ordonnances 1848–1947
S.	Seite
s.	suivant
SA	Société anonyme
SAH	Schweizer Auslandhilfe
SAM	Surface to Air Missile
S.A.R.	Son Altesse royale
SATA	Swiss Association for Technical Assistance
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft
SCOA	Société commerciale de l'Ouest Africain
schweiz.	schweizerisch
SDN	Société des Nations
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAB	Schweizerisches Handelsamtsblatt
SNB	Schweizerische Nationalbank
SNCF	Société nationale des chemins de fer français
sog./sogen.	sogenannt
SPATiF	Verband polnischer Theater- und Filmschaffender
SR	Ständerat
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
Sten. Bull.	Stenographisches Bulletin
stv.	stellvertretend
SUOV	Schweizerischer Unteroffiziersverband
SVB	Schweizerische Volksbank
SZH	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
t / to.	Tonne
TEE	Trans-Europ-Express
TRAFIPRO	Travail, Fidélité, Progrès (Rwanda)
TV	Télévision
TZ	(Der Delegierte für) Technische Zusammenarbeit
u.	und
u. a.	unter anderem

UBS	Union des banques suisses
UDI	Unilateral Declaration of Independence (Rhodesia)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens
UEBL	Union économique belgo-luxembourgeoise
u. U.	unter Umständen
UIT	Union internationale des télécommunications
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UN / UNO	United Nations (Organization)
UNCMAC	United Nations Command Military Armistice Commission
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNR	Union pour la Nouvelle République (France)
UOV	Unteroffiziersverband
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques
USA / US	United States (of America)
USAID	United States Agency for International Development
USC	Union suisse des coopératives de consommation
USEGO	Union schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten
USFB	Union suisse des fabricants de boîtes de montres
US $ / $	US Dollar
USS	United States Ship
USSR	vgl. UdSSR
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
u. W.	unseres Wissens
v.	vom
VAR	Vereinigte Arabische Republik
vgl. / vergl.	vergleiche
v. J.	vergangenen Jahres
VN	Vereinte Nationen
vol.	volume
VSK	Verband schweizerischer Konsumvereine
VSM	Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
WEU	Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme (of the United Nations)
WO	Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon
z. B.	zum Beispiel
ZGB	Zivilgesetzbuch
z. H.	zuhanden
z. K.	zur Kenntnisnahme
z. T.	zum Teil
zz. / z. Z. / z. Zt.	zur Zeit
Ziff.	Ziffer

IV. DOKUMENTENVERZEICHNIS / TABLE DES DOCUMENTS INDICE E SOMMARIO DEI DOCUMENTI

1
3. 1. 1967 dodis.ch/33689 *L'Ambassadeur de Suisse à Kinshasa, Th. Curchod, au Chef du Département politique, W. Spühler*
L'Ambassadeur de Suisse à Kinshasa souhaite conclure les quatre accords actuellement en discussion avec le Gouvernement du Congo. Ils portent sur les échanges commerciaux, la protection des investissements, la navigation aérienne et la coopération au développement.

2
16. 1. 1967 dodis.ch/33143 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Standpunkt der Handelsabteilung über den Teil des Zivilverteidigungsbuches, der sich mit der schweizerischen Aussenhandelspolitik befasst.

3
17. 1. 1967 dodis.ch/33140 *Déclaration du Chef du Département de l'économie publique, H. Schaffner*
Selon H. Schaffner, la décision du Président américain, L. B. Johnson, d'abolir des droits de douane protectionnistes démontre que même un petit pays comme la Suisse ne demeure pas impuissant lorsqu'il a une bonne cause à défendre.

4
19. 1. 1967 dodis.ch/33242 *Procès-verbal délibératif de la séance extraordinaire du Conseil fédéral à la maison de Watteville du 19 janvier 1967*
Echanges de vue au sein du Conseil fédéral sur la question de l'accession de la Suisse à l'ONU, qui n'est pour l'heure pas jugée souhaitable, en raison notamment de l'incompatibilité entre neutralité et sanctions.

5
21. 1. 1967 dodis.ch/32461 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler*
Die neue Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Oststaaten wird als Bemühung in Richtung einer Entspannung begrüsst. Sie habe allerdings keinen Einfluss auf die eigenständige Haltung der Schweiz gegenüber den Oststaaten und der DDR.

6
30. 1. 1967 dodis.ch/32245 *L'Ambassadeur de Suisse à Tel Aviv, J. de Stoutz, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
L'Ambassadeur se plaint des obstacles que les autorités suisses continuent de dresser en vue de la restitution de biens en déshérence.

7
30. 1. 1967 dodis.ch/33714 *Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
Bericht über ein Treffen mit dem amerikanischen Staatssekretär, D. Rusk, betreffend die Wahrung der amerikanischen Interessen in Kuba. Dabei kam auch das durch die Schweiz zustande gebrachte Flüchtlingsabkommen und die Evakuierung von US-Bürgern zur Sprache.

8
17. 2. 1967 *L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, B. Turrettini, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/33239 La position de la Suisse sur la Rhodésie pourrait avoir des conséquences défavorables sur les relations entre la Suisse et les Nations Unies et plus spécialement ses membres africains.

9
22. 2. 1967 *Notice pour le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32154 Le DPF s'interroge sur la pertinence de conclure des traités d'arbitrage avec des Etats nouvellement indépendants.

10
27. 2. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/32342 Die Besprechungen mit Spanien über die Gleichbehandlung spanischer Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen mit den italienischen Arbeitern konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

11
1. 3. 1967 *L'Ambassadeur de Suisse à Sofia, L. Guillaume, au Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/33137 Au cours de sa visite de courtoisie au Chef du Gouvernement bulgare, T. Jivkov, l'Ambassadeur de Suisse évoque la neutralité et remarque que les échanges économiques entre les deux pays profitent d'une croissance marquée.

12
6. 3. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32673 Indien verweigerte nach Belieben Visa für schweizerische Experten, die für private Organisationen arbeiten, gleichgültig ob die betreffenden Projekte vom Bund subventioniert wurden.

13
7. 3. 1967 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/32269 Bericht über den Hintergrund und den Verlauf der Verhandlungen über die Nationalisierungsentschädigungen zwischen Kuba und der Schweiz, welche zum Abkommen vom 2. März 1967 geführt haben.

14
17. 3. 1967 *Procès-verbal délibératif de la 20ème séance du Conseil fédéral du 17 mars 1967*
dodis.ch/33244 Les Etats-Unis et l'URSS apprécient le comportement de la Suisse dans l'affaire de la fuite de la fille de Staline. La politique du Conseil fédéral, entre raison d'Etat et considérations humanitaires, ressemble à une partie de poker.

15
20. 3. 1967 *Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Weitnauer, à l'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder*
dodis.ch/33250 Vue d'ensemble des négociations en cours au Kennedy-Round. Discussion du problème de la consolidation des droits sur les montres et de la transposition dans le GATT des concessions faites.

16
21. 3. 1967 *Rapport de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid, R. Maurice*
dodis.ch/32243 Rapport sur l'évolution positive des relations entre la Suisse et l'Egypte et analyse du régime de Nasser.

17
11. 4. 1967 *Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Wien*
dodis.ch/32313 Die Befürchtung, dass Sozialversicherungsabkommen mit Fremdstaaten die Auswanderung qualifizierter österreichischer Arbeitskräfte begünstige, ist einer der Gründe, weshalb Österreich keine Sozialversicherungsverhandlungen mit der Schweiz aufnehmen will.

18
12. 4. 1967 *Notice du Chef-suppléant de la Division des affaires politiques, M. Gelzer, au Service financier du Département politique*
dodis.ch/32864 Officiellement, la coopération technique fournie par la Suisse ne poursuit pas de but politique. Il est toutefois difficilement concevable de soutenir des pays avec lesquels la Suisse a des difficultés ou des prétentions d'indemnisation.

19
14. 4. 1967 *Notice pour l'Ambassadeur de Suisse à Paris, P. Dupont*
dodis.ch/32591 Discussions d'un accord de coopération entre pays francophones, de l'affaire du Jura et des victimes suisses des événements d'Algérie avant l'indépendance.

20
17. 4. 1967 *Der Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli, an den Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, A. Grübel*
dodis.ch/32396 Die Frage der Aufhebung des Clearings mit der Schweiz ist für Jugoslawien eine Prestigefrage. Da es sich ohnehin um ein veraltetes Instrument handelt, könnte sich die Aufhebung als Geste positiv auf die bilateralen Beziehungen auswirken.

21
5. 5. 1967 *L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, B. Turrettini, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/33202 Les Autrichiens sont contrariés suite aux entretiens de W. Spühler à Vienne. Le jugement qu'il a émis sur la neutralité autrichienne devant la presse a été perçu comme trop direct.

22
12. 5. 1967 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements, F. Bieri*
dodis.ch/32486 Während des Aufenthalts von H. Schaffner in Japan wurden verschiedene administrative Fragen aufgeworfen, darunter auch zur Rolle der Wissenschaftsattachés.

23
16. 5. 1967 *Le Chef du Service des affaires économiques et financières du Département politique, P. A. Nussbaumer, à diverses représentations suisses*
dodis.ch/33015 Dans de nombreux pays, la pratique bancaire suisse a fait l'objet de critiques jugées comme injustifiées. Les représentations suisses à l'étranger reçoivent ainsi de la documentation pour y répondre.

24
16. 5. 1967 *Radioansprache des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33255 Information über die in letzter Minute erreichte Einigung zwischen den wichtigsten Handelspartnern für einen erfolgreichen Abschluss der Kennedy-Runde. Dies soll als eine wichtige Errungenschaft in die Geschichte der schweizerischen Handelspolitik eingehen.

25
31. 5. 1967 *Bericht des Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge, R. Probst*
dodis.ch/32485 Die Reise von H. Schaffner nach Japan, dem wichtigsten Handelspartner in Asien, war ein voller Erfolg. Erörtert wurden u. a. die Liberalisierung von ausländischen Kapitalinvestitionen, die Zulassung eines vierten Swissair-Fluges und die Frage der Doppelbesteuerung.

26
31. 5. 1967 *Referat des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/32619 Ausführungen über die Notwendigkeit kantonale Kompetenzen betreffend Kontrolle von Heilmittel an den Bund abzugeben, um die Einführung einer zentralen schweizerischen Ersatzkontrolle zu ermöglichen.

27
1. 6. 1967 *Notice du Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, P. Languetin*
dodis.ch/32941 L'attitude suisse à l'égard du Danemark dans les négociations agricoles est conditionnée par les négociations avec la Communauté économique européenne dans le cadre du Kennedy-Round.

28
6. 6. 1967 *Aufzeichnung des Politischen Departements über die Vorsprache von acht arabischen Missionschefs*
dodis.ch/33280 Arabischer Protest gegen die Erklärung des Bundesrates zum Nahost-Konflikt und die öffentliche Meinung zu Gunsten Israels, welche der Schweizer Neutralität widerspreche. Damit würde auch die Möglichkeit der Schweiz, Gute Dienste zu leisten, beeinträchtigt.

29
9. 6. 1967 *Verhandlungsprotokoll der 39. Sitzung des Bundesrates vom 9. Juni 1967*
dodis.ch/33283 Orientierung über die Lage im Nahen Osten und Diskussion über die Preiserhöhung der Brennstoffe. Die Schweiz wurde von verschiedenen Ländern zur Übernahme fremder Interessen angefragt, zudem hat eine Demarche der arabischen Länder stattgefunden.

30
13. 6. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32170 Darlegung der wichtigsten Etappen zur Etablierung von Kontakten zu Nordvietnam und Evaluierung weiterer Schritte.

31
21. 6. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32697 Konflikte zwischen der Zentrale für Handelsförderung, der Verkehrszentrale und Pro Helvetia bei Ausstellungen, die nicht bloss wirtschaftlichen Charakter haben, führten zu Doppelspurigkeiten. Eine verbesserte Zusammenarbeit ist notwendig.

32
21. 6. 1967 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32940 Indications concernant les grandes lignes que devra suivre le rapport du Conseil fédéral sur les relations entre la Suisse et l'ONU.

33
29. 6. 1967 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an diverse schweizerische Vertretungen*
dodis.ch/33238 Da eine formelle Demarche in Brüssel für die Schweiz nicht in Frage kommt, wurde die Form einer offiziellen Erklärung des Bundesrats im Parlament gewählt, um das schweizerische Interesse am europäischen Integrationsprozess zu demonstrieren.

34
5. 7. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32830 Der Dienst für technische Zusammenarbeit kritisiert, dass Unklarheiten betreffend der Kompetenzenaufteilung zwischen dem Volkswirtschaftsdepartement und dem Politischen Departement in Sachen Entwicklungshilfe bestehen.

35
12. 7. 1967 *Le Chef du Département des finances et des douanes, R. Bonvin, à la Direction générale de la Banque nationale suisse*
dodis.ch/33016 Les conversations officielles au sein du Groupe des Dix sur la réforme du système monétaire international sont entrées dans une phase décisive.

36
20. 7. 1967 *Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, à l'Ambassadeur de Suisse à Athènes, J.-A. Cuttat*
dodis.ch/32733 La thèse de l'Ambassadeur de Suisse en poste à Athènes, J.-A. Cuttat, selon laquelle la Grèce ne serait pas mûre pour la démocratie, ne saurait être exprimée en dehors du DPF.

37
22. 7. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33132 Zusammenstellung von Gesprächsthemen und konkreten bilateralen Fragen zum Verhältnis der Schweiz zu den USA für den bevorstehenden Besuch von W. Spühler in Washington.

38
10. 8. 1967 *Notiz des schweizerischen Botschafters in Ottawa, H. W. Gasser*
dodis.ch/32700 Gespräch mit dem Premierminister, L. B. Pearson, während des Besuches von W. Spühler in Kanada, über die Vereinten Nationen, die Nahost-Situation, den Besuch Ch. de Gaulles in Canada, die Frankophonie und die pharmazeutische Industrie.

39
11. 8. 1967 *Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann*
dodis.ch/33051 Le retrait de l'Unité Médicale Suisse (UMS) de l'hôpital de Kintambo au Congo, s'il s'effectue de manière appropriée, ne devrait pas avoir de répercussions sur les relations économiques avec ce pays.

40
16. 8. 1967 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/33131 Le Conseil fédéral communique qu'il n'est pas disposé à discuter avec le Gouvernement de Pékin de l'aide apportée aux réfugiés tibétains. Il exprime toutefois le désir de maintenir des relations cordiales avec la Chine.

41
29. 8. 1967 *Notiz des Chefs des Informations- und Pressedienstes des Politischen Departements, W. Jaeggi*
dodis.ch/33135 Im Gespräch zwischen W. Spühler und dem US-Staatssekretär, D. Rusk, werden die Frage der Handelsbeziehungen und des Militärdienstes von Schweizerbürgern, die europäische Integration sowie die Haltung Europas in internationalen Konflikten aufgegriffen.

42
13. 9. 1967 *Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, A. Janner*
dodis.ch/32217
Der schweizerische Botschafter in Budapest schätze die Situation falsch ein. Es sei naiv von W. Fuchss, um mehr Verständnis und Sachlichkeit zu werben. Gegenüber den kommunistischen Staaten müsse die Schweiz mit Stärke auftreten.

43
21. 9. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33141
Wegen der Neutralitätspolitik werden Kriegsmateriallieferungen nach kriegsführenden Ländern nicht bewilligt, was angesichts des Vietnamkonflikts für Exporte in die USA Schwierigkeiten schafft. Im vorliegenden Fall überwiegen aber handelspolitische Gründe.

44
22. 9. 1967 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32783
Lors du séjour en URSS de R. Gnägi à l'occasion de l'inauguration de la ligne aérienne Zurich-Moscou, des visites à des personnalités soviétiques ont lieu au Kremlin.

45
26. 9. 1967 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32145
P. Micheli a été invité par des officiels polonais à effectuer une visite en Pologne. W. Spühler est favorable à ce que le Secrétaire général se rende dans des pays de l'Est avec lesquels il est difficile d'avoir des contacts directs.

46
26. 9. 1967 *Der Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Mexiko, J.-L. Pahud*
dodis.ch/32160
Die Uhrenfrage belastet die Wirtschaftsbeziehungen mit Mexiko. In der Schweiz sei der Export von Produkten für die Uhrenherstellung in Mexiko keine reine Privatangelegenheit, sondern weise eine starke öffentlich-rechtliche Komponente auf.

47
5. 10. 1967 *L'Ambassadeur de Suisse à Manille, M. Grossenbacher, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32230
Des fonctionnaires philippins cherchent à obtenir des informations sur le système bancaire suisse en général et sur la question des comptes numérotés en particulier.

48
6. 10. 1967 *Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdienstes des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer*
dodis.ch/32688
Obwohl die UdSSR wohl nie ein wichtiger Handelspartner der Schweiz werden wird, sind die Beziehungen ausbaubar. Der Wille Moskaus scheint vorhanden, verschiedene Massnahmen sollen die Wirtschaftskontakte fördern.

49
6. 10. 1967 *Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, O. Seifert, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
dodis.ch/33263
Die «Goodwill-Mission» von E. Stopper in Argentinien war erfolgreich, es konnten wichtige Gespräche mit dem argentinischen Wirtschaftsminister und dem Staatssekretär über die bilateralen Beziehungen geführt werden.

50
18. 10. 1967 *Le Chef de la Division des organisations internationales du Département*
dodis.ch/33287 *politique, E. Thalmann, aux représentations suisses*
Rapport du représentant personnel du Secrétaire général de l'ONU, E. Thalmann, sur la situation à Jérusalem ainsi que sur les conditions dans lesquelles les autorités israéliennes ont assumé le contrôle et le traitement des résidents arabes.

51
24. 10. 1967 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32558 Lors de la visite prochaine en Suisse de deux ministres rwandais, les projets de la coopération suisse dans ce pays seront abordés. La Suisse ne souhaite pas accroître son engagement, contrairement aux désirs probables de la délégation rwandaise.

52
27. 10. 1967 *Notice du Chef du Service économique et financier, P. A. Nussbaumer,*
dodis.ch/32560 *au Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard*
La poursuite de la coopération technique avec le Rwanda est importante dans la mesure où le projet Trafipro joue un rôle déterminant dans l'équilibre économique du Rwanda et renforce de manière générale le crédit de la Suisse en Afrique.

53
3. 11. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33257
Die Schweiz unterstützt die Position der USA in der Frage der Gewährung von Präferenzen an die Entwicklungsländer, obschon diese in Opposition zu Grossbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland steht.

54
14. 11. 1967 *Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Rom*
dodis.ch/32991 Die Stellung der Schweiz innerhalb der FAO wird als schwach beurteilt.

55
16. 11. 1967 *Notice du Chef de la Mission suisse auprès des Communautés*
dodis.ch/33252 *européennes à Bruxelles, P. H. Wurth*
Résumé des entretiens de P. R. Jolles à Bruxelles à l'occasion de sa visite de courtoisie au cours desquels il a confirmé la position suisse à l'égard de l'intégration européenne.

56
20. 11. 1967 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32300 Es wird erwartet, dass der italienische Unterstaatssekretär für Auswanderung bei seinem Besuch bei W. Spühler hauptsächlich die Frage der Krankenversicherung von in Italien verbliebenen Familienangehörigen von Gastarbeitern in der Schweiz ansprechen wird.

57
22. 11. 1967 *Le Chef de la Division des organisations internationales du Département*
dodis.ch/32891 *politique, E. Thalmann, à l'Ambassadeur de Suisse à Cologne, M. Troendle*
Les relations de la Suisse avec l'ONU sont en partie conditionnées par l'avenir de la question allemande et, en particulier, par l'octroi d'un statut à la République démocratique allemande et par son admission dans les agences spécialisées.

58
6. 12. 1967 *Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den Chef*
dodis.ch/33138 *der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
Das einzige Problem in den sonst guten Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA sei die Tätigkeit der Schweizer Banken im Zeichen des Bankgeheimnisses und der Nummernkonten.

59
12. 12. 1967 *Le Chef du Département politique, W. Spühler, à l'Ambassadeur de*
dodis.ch/32780 *Suisse à Paris, P. Dupont*
La politique française est en train de modifier la situation internationale. Cela ne sera pas sans répercussions sur de nombreux Etats, dont la Suisse. Pour s'y préparer, le DPF organise une enquête auprès de l'Ambassade de Suisse en France.

60
13. 12. 1967 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/33642 En raison de ses relations avec l'Afrique australe, la Suisse a fait l'objet d'attaques durant la 22ème session de l'Assemblée générale de l'ONU. Le DPF s'interroge s'il convient d'adopter des mesures en vue de répliquer à ces critiques.

61
20. 12. 1967 *Le Chef du Département militaire, N. Celio, devant le Conseil national,*
dodis.ch/32401 *le 20 décembre 1967*
Le voyage en Pologne du Commandant de corps P. Gygli a permis pour la première fois d'accepter une invitation venant d'une armée d'un pays membre du Pacte de Varsovie. La visite relève de la courtoisie militaire et est conforme à la politique de neutralité.

62
11. 1. 1968 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32400 La Police fédérale des étrangers craint qu'en cas de suppression réciproque de l'obligation de visa pour touristes, des citoyens yougoslaves se rendent en Suisse comme touristes pour y chercher du travail.

63
19. 1. 1968 *Der Generalstabschef, Oberstkorpskdt. P. Gygli, an den Vorsteher des*
dodis.ch/33194 *Militärdepartements, N. Celio*
Darlegung der Unterschiede zwischen politischen und militärstrategischen Betrachtungen über die Erhöhung der Sicherheit kleiner Staaten durch den Besitz von Atomwaffen.

64
25. 1. 1968 *Der Stellvertreter des Chefs des Rechtsdienstes des Politischen Departe-*
dodis.ch/32651 *ments, B. Dumont, an den Direktor der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements, O. Schürch*
Der schweizerisch-britische Auslieferungsvertrag von 1880 ist auch im Verhältnis zwischen der Schweiz und Indien als bindend zu betrachten.

65
13. 2. 1968 *Interne Notiz des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des*
dodis.ch/32326 *Volkswirtschaftsdepartements*
Die Abwanderung von Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftern aus der Schweiz hält seit Jahren unvermindert an. Die Rückgewinnungsbestrebungen sind nur sehr mühsam und mit bescheidenem Ergebnis verlaufen.

66
20. 2. 1968 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an den*
dodis.ch/32685 *schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder*
Bemerkungen zum Problem der Heilmittelkontrolle mit den USA, welches in der Schweiz von den Interessenten mit einem ungewöhnlichen Aufwand an Emotionen behandelt werde.

67
27. 2. 1968 *L'Ambassade de Belgique à Berne au Département politique*
dodis.ch/33199 Lors de la visite à H. Schaffner du Prince de Liège et du Ministre belge du Commerce, J. Van Offelen, l'encouragement d'investissements suisses en Belgique et la conclusion d'une convention de double imposition ont été discutés.

68
4. 3. 1968 *Der Chef des Integrationsbüros, J. Iselin an diverse schweizerische*
dodis.ch/33241 *Vertretungen*
Das Ziel der schweizerischen Demarche in Brüssel und in den EWG-Hauptstädten, die nur mündlich zu erfolgen hat, ist es zu verhindern, dass die Schweiz bei allfälligen Verhandlungen mit den vier Beitrittskandidaten erst nachträglich beigezogen wird.

69
5. 3. 1968 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32480 Résumé du rôle général du Conseil de l'Europe, des relations entre la Suisse et le Conseil ainsi que de l'importance de la collaboration entre le Conseil fédéral et les parlementaires suisses pour défendre les intérêts suisses.

70
6. 3. 1968 *L'Ambassadeur de Suisse à Helsinki, J.-J. de Tribolet, au Secrétaire*
dodis.ch/32884 *général du Département politique, P. Micheli*
A l'occasion de la visite en Suisse du Président du Parlement finlandais, J. Virolainen, il ressort que l'administration fédérale entretient une opinion plutôt réservée au sujet de la neutralité finnoise.

71
7. 3. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Departement des Innern, H.-P. Tschudi*
dodis.ch/33017 Die Ergebnisse der OECD-Untersuchung über das technologische Gefälle zwischen ihren Mitgliedstaaten wurde in der Schweiz mit Interesse zur Kenntnis genommen, insbesondere durch die hochspezialisierte schweizerische Industrie.

72
13. 3. 1968 *Der Vizedirektor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in Guatemala,*
dodis.ch/32796 *J. Humbert*
Überblick über die Beziehungen der Schweiz zu den regionalen Entwicklungsbanken und die Position bei multilateralen Finanzierungsaktionen. Die Prüfung der Frage eines eventuellen Beitritts zur Weltbank und zum Währungsfonds hat Priorität.

73
19. 3. 1968 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/32304 Die Verhandlungen über die Revision des schweizerisch-spanischen Sozialversicherungsabkommen haben zu Lösungen geführt, die für die Schweiz äussert günstig einzustufen sind. Es ist deshalb nicht auszuschliessen, dass Spanien darauf zurückkommen wird.

74
20. 3. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33240
Um die amerikanische Zahlungsbilanz zu sanieren schlägt die Schweiz vor, die Inkraftsetzung der Kennedy-Runde des GATT zu beschleunigen. Die USA sind mit dieser Form der Unterstützung einverstanden.

75
25. 3. 1968 *Bericht des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
dodis.ch/32171
Gespräch mit dem nordvietnamesischen Abgesandten über die humanitäre Hilfe und den Umgang mit Kriegsgefangenen. Dem Wunsch einer offiziellen Erklärung für eine Einstellung der Bombardierungen könne aus neutralitätspolitischen Gründen nicht entsprochen werden.

76
25. 3. 1968 *Notiz für den Unterstabschef Front, Oberstdiv. R. Stucki*
dodis.ch/33200
Überlegungen in welchen Gebieten eine militärische Kooperation mit Österreich sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten möglich wäre.

77
4. 4. 1968 *Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst, à diverses représentations suisses*
dodis.ch/32552
Une vaste opération d'assainissement du marché horloger a dû être engagée à Hong Kong pour mettre fin aux nombreuses contrefaçons de marques de montres suisses et aux fausses indications d'origine.

78
9. 4. 1968 *Der schweizerische Botschafter in Pretoria, R. Hunziker, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
dodis.ch/33018
Infolge der neuen Regelung des internationalen Goldmarktes kann Südafrika Gold auf dem freien Markt absetzen. Diese Möglichkeit ist für Schweizer Bankiers von Interesse und verursacht einen Konkurrenzkampf zwischen London und Zürich.

79
29. 4. 1968 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/33711
Rapport de O. Long sur sa rencontre avec le Ministre des Affaires étrangères algérien, A. Bouteflika, qui a été organisée pour surmonter les difficultés entre la Suisse et l'Algérie. Toute action «offensive» conduirait à une escalade.

80
2. 5. 1968 *Déclaration suisse à la Conférence des Nations Unies sur les droits de l'homme*
dodis.ch/33245
La Suisse condamne le système de l'apartheid parce qu'il viole de manière délibérée et constante la déclaration universelle des droits de l'homme.

81
3. 5. 1968 *Protokoll der schweizerisch-norwegischen Arbeitssitzung vom 2. April 1968*
dodis.ch/32905
Gespräch anlässlich des Staatsbesuchs des norwegischen Königs zwischen der norwegischen Delegation unter der Leitung von Aussenminister J. D. Lyng und der schweizerischen unter der Leitung von W. Spühler über den Atomwaffensperrvertrag und die europäische Integration.

82
7. 5. 1968
dodis.ch/32330
Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat
Das bestehende Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien soll revidiert werden, eine Revision des Abkommens mit Österreich erscheint als nicht opportun, während mit Portugal, dem einzigen EFTA-Land, mit dem die Schweiz kein Abkommen hat, Gespräche geführt werden.

83
8. 5. 1968
dodis.ch/32172
Der Chef des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch, an den schweizerischen Botschafter in Peking, O. Rossetti
Obwohl nun Paris als Ort für die Friedensvorverhandlungen zum Vietnam-Konflikt gewählt wurde, seien die Bemühungen der Schweiz als potentielle Vermittlerin nicht umsonst gewesen.

84
14. 5. 1968
dodis.ch/32622
Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler
Die schweizerischen Botschaften und die pharmazeutische Industrie verfolgen die Entwicklungen in Indien, Kolumbien und Peru, den Patentschutz zu schwächen, aufmerksam und intervenieren, sofern die Möglichkeit dazu besteht.

85
30. 5. 1968
dodis.ch/32361
Der Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, M. Holzer, an den Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern, H. Rogger
Die zuständigen kantonalen Behörden vermitteln aus eigener Initiative einen Zusatzunterricht in spanischer Sprache und Kultur, was positiv beurteilt wird.

86
30. 5. 1968
dodis.ch/33269
Der Sektionschef für Lateinamerika der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Léchot, an den schweizerischen Botschafter in Bogota, J. Merminod
Darlegung der Vor- und Nachteile eines Rahmenkredits für Kolumbien im Vergleich mit den Vereinbarungen mit Ecuador und Chile. Bei der Gestaltung der Zahlungsfristen spielen Exportrisikogarantie und die Verpflichtung der Exporteure eine wichtige Rolle.

87
6. 6. 1968
dodis.ch/33144
Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Lindt, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler
Die reservierte Haltung der Schweiz gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag birgt die Gefahr, sich international zu isolieren.

88
10. 6. 1968
dodis.ch/33019
Notice pour le Chef du Service juridique du Département Politique, E. Diez
Discussion de la demande d'entraide judiciaire du Ghana qui souhaite la levée du secret bancaire au sujet des fonds déposés en Suisse par N'Krumah. Ce cas peut être comparé à l'affaire Khider et aux fonds déposés en Suisse par Soekarno.

89
18. 6. 1968
dodis.ch/32410
Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Vorsteher des Militärdepartements, N. Celio
Von einer allfälligen Mitgliedschaft des Schweizerischen Unteroffiziersverbands in der Europäischen Unteroffiziersvereinigung wird aus Neutralitätsgründen abgeraten.

90
21. 6. 1968 *Der Direktor des Luftamts des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, W. Guldimann, an den Generalsekretär der Swissair, H. Haas*
dodis.ch/32289
Obwohl die Swissair für den täglichen Betrieb mit den ausländischen Luftfahrtsbehörden in direktem Kontakt stehen muss, ist es nicht ihre Aufgabe, mit ausländischen Behörden Vorverhandlungen über den Abschluss neuer Luftverkehrsabkommen zu führen.

91
3. 7. 1968 *Protokoll der Sitzung des interdepartementalen Arbeitsausschusses vom 4. Juni 1968*
dodis.ch/32283
Bislang wurden die Fürsorgeleistungen an Schweizerbürger im Ausland durch die Kantone und Gemeinden erbracht. Es stellt sich nun die Frage, ob neu der Bund diese übernehmen soll, oder ob sich die Kantone auch daran zu beteiligen haben.

92
3. 7. 1968 *Notice interne de la Division des organisations internationales du Département politique*
dodis.ch/32824
Entretien entre R. Gallopin, Directeur général du CICR, et E. Thalmann, Chef de la Division des organisations internationales, sur la possibilité pour le DPF de mettre à disposition de l'organisation humanitaire des collaborateurs.

93
8. 7. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33021
Ein schweizerischer Vorstoss in Richtung einer gesamteuropäischen Lösung sei aussichtslos. Die Idee von handelspolitischen Zwischenlösungen soll aber unterstützt werden und Einzelprobleme sollen auf bilateralem Weg pragmatisch angegangen werden.

94
19. 7. 1968 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Sekretär der Vereinigung der industriellen Holdingsgesellschaften, Th. Faist*
dodis.ch/32865
Übersicht über die Frage der Investitionsschutzverträge mit Lateinamerika.

95
8. 8. 1968 *L'Ambassadeur de Suisse à Londres, R. Keller, au Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32418
Entretiens de E. Stopper, Président de la Direction générale de la Banque nationale suisse, avec des membres du gouvernement britannique, H. Wilson et R. Jenkins, sur l'économie britannique et la politique monétaire.

96
9. 8. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32222
Im August 1966 wurden die Verhandlungen mit Ungarn über das Entschädigungsproblem auf Grund unannehmbarer ungarischer Gegenforderungen abgebrochen. Der Bundesrat ist Willens zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen, falls Budapest es ernst meine.

97
13. 8. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33020
Da die Zahl der Vertreter ausländischer Banken in der Schweiz zunimmt, ist die bisherige Bewilligungspraxis zu ändern. Insbesondere die Vertreter von Instituten der Ostblockstaaten sind einer verstärkten behördlichen Einflussnahme zu unterwerfen.

98
15. 8. 1968
dodis.ch/32294
Le Chef-suppléant de la Division des organisations internationales du Département politique, H. Langenbacher, au Directeur de l'Office fédéral des assurances sociales du Département de l'intérieur, M. Frauenfelder
Au cours de la Conférence internationale des ministres responsables de la protection sociale à New York, la Suisse prévoit de faire une déclaration soulignant l'importance qu'elle attache à la protection sociale des travailleurs migrants.

99
20. 8. 1968
dodis.ch/33249
Der schweizerische Botschafter in Kuala Lumpur, Th. Schmidlin, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli
Beim Antrittsbesuch werden mit dem malaysischen Premier- und Aussenminister, T. Abdul Rahman, die relevanten bilateralen Dossiers wie der Investitionsschutzvertrag und die Abkommen in den Bereichen Luftverkehr und Doppelbesteuerung besprochen.

100
21. 8. 1968
dodis.ch/32192
Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler
Die Behauptung der UdSSR, die Regierung der ČSSR habe militärische Hilfe angefordert, stehe im Widerspruch zu der Aussage von tschechoslowakischer Seite. Die Gefühle des Schweizervolkes sind ganz auf der Seite des tschechoslowakischen Volkes.

101
22. 8. 1968
dodis.ch/32839
Le Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard, à diverses représentations diplomatiques suisses dans les pays en voie de développement
Circulaire concernant la coopération technique avec divers pays d'Afrique, d'Asie et d'Amérique latine.

102
27. 8. 1968
dodis.ch/32194
Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch
Der sowjetische Geschäftsträger beschwert sich wegen Übergriffen auf sowjetische Einrichtungen in der Schweiz und über die Beschimpfung per Funk des Piloten einer landenden Aeroflot-Maschine.

103
28. 8. 1968
dodis.ch/32152
Proposition du Département politique au Conseil fédéral
Grâce à la bonne volonté de l'Australie, la Suisse a pu conclure un accord qui permet aux entreprises suisses de transférer, en cas de guerre, leurs sièges dans ce pays.

104
4. 9. 1968
dodis.ch/33713
Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler
Um die schweizerisch-algerischen Beziehungen zu normalisieren soll beim Bundesrat die Aufnahme von Globalverhandlungen beantragt werden.

105
5. 9. 1968
dodis.ch/32176
Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch
Der tschechoslowakische Aussenminister, J. Hájek, schildert offen seine Interpretation der Ereignisse in seiner Heimat und bedankt sich für die Unterstützung der Schweiz.

106
5. 9. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32667 Überblick über die Handels-, fremdenpolizeilichen, Sozialversicherungs- und Steuerfragen in den Beziehungen zu Italien im Hinblick auf den Besuch des italienischen Aussenministers, G. Medici.

107
17. 9. 1968 *Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartement, N. Celio*
dodis.ch/32130 Anlässlich des Besuchs des australischen Premierministers, W. Mc Mahon, sollen von schweizerischer Seite der Abschluss von Abkommen über die Luftfahrt sowie die Verhinderung von Doppelbesteuerung zur Sprache gebracht werden.

108
18. 9. 1968 *Der Chef der Fürsorgesektion des Justiz- und Polizeidepartements, H. Mumenthaler, an den Chef des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
dodis.ch/33048 Grundsätzlich sind Zusammensetzung und Haltung der tschechoslowakischen Emigration positiv zu beurteilen, obschon sich einige Schwierigkeiten bei der Betreuung von Emigranten ergeben und weitere Massnahmen überlegt werden müssen.

109
27. 9. 1968 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Buenos Aires, A. Janner*
dodis.ch/33169 Überblick über die Bestrebungen mit Paraguay ein Meistbegünstigungsabkommen abzuschliessen.

110
1. 10. 1968 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/32370 Un projet de règlement de la CEE relatif à la définition de son territoire douanier pose la question du maintien ou de la modification du régime des zones franches entre la Suisse et la France.

111
7. 10. 1968 *Rapport au Chef du Département politique, W. Spühler*
dodis.ch/32600 L'Association féminine pour la défense du Jura a manifesté à Strasbourg devant le siège de l'Assemblée Consultative du Conseil de l'Europe où ses membres ont été reçus par des parlementaires français. La délégation suisse a protesté contre cette réception.

112
9. 10. 1968 *Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 16. August 1968*
dodis.ch/32151 Die Errichtung einer diplomatischen Vertretung beim Heiligen Stuhl ist von der Frage der konfessionellen Ausnahmeartikel in der Bundesverfassung abhängig.

113
18. 10. 1968 *Der Sektionschef für Lateinamerika der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Léchot, an G. Stäubli, Firma Gebr. Stäubli & Co.*
dodis.ch/33260 Die schweizerische Wirtschaft versucht sich einen Anteil an den lateinamerikanischen Märkten zu sichern, wobei Brasilien ein bedeutender Handelspartner ist. Der Bundesrat unterstützt dies durch Gewährung der Exportrisikogarantie und Rahmenkrediten.

114
23. 10. 1968 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/32168
Die Zeichnung der Mexiko-Anleihe war von Schwierigkeiten geprägt und birgt die Gefahr, dass die Bereitschaft der Banken, Anleihen von Entwicklungsländern aufzulegen, stark leiden könnte.

115
5. 11. 1968 *Le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann, à diverses universités et institutions suisses de recherche*
dodis.ch/30266
Présentation des domaines dans lesquels une collaboration américano-suisse en recherche fondamentale aurait les plus grandes chances de se réaliser et d'avoir des effets positifs. Les sciences de l'environnement notamment offriraient de bonnes perspectives de collaboration.

116
11. 11. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departement, W. Spühler*
dodis.ch/33022
Die schweizerische Nationalbank spielt in der internationalen Diskussion über die Goldfrage eine aktive Rolle. Ebenso ist sie an der Währungshilfe an Grossbritannien beteiligt und arbeitet im Währungssektor eng mit den USA zusammen.

117
27. 11. 1968 *Der Präsident der ständigen Wirtschaftsdelegation, P. R. Jolles, an deren Mitglieder*
dodis.ch/33014
Orientierung über die Haltung der Schweiz bezüglich der europäischen Integration an der EFTA-Ministerkonferenz in Wien. Die Schweiz hat sich konsequent für ein handelspolitisches Arrangement eingesetzt und konnte ihre Partner weitgehend davon überzeugen.

118
29. 11. 1968 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33266
Beantwortung der Fragen von W. Spühler betreffend die Massnahmen, die ergriffen wurden, als Unregelmässigkeiten beim Kriegsmaterialexport festgestellt wurden, und welche Verbesserungen sich für die Zukunft aufdrängen.

119
6. 12. 1968 *Notiz für den Chef des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/32506
Besprechung über das weitere Vorgehen bezüglich Heilmittelkontrolle durch Grossbritannien. Die Aufnahme von bilateralen Gesprächen ist erwünscht, allerdings müssen diese mit den multilateralen Verhandlungen im Rahmen der EFTA koordiniert werden.

120
10. 12. 1968 *Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Chef du Département politique, W. Spühler, et au Chef du Département de justice et police, L. von Moos*
dodis.ch/32837
Suite à la mort d'un travailleur italien à St. Moritz, l'Italie se montre très préoccupée par les manifestations de xénophobie à l'égard d'ouvriers italiens en Suisse.

121
20. 12. 1968 *Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
dodis.ch/33129
Diskussion über die gegenwärtige Situation der peruanischen Wirtschaft, die Stabilisierung der Staatsfinanzen durch Stand-by-Kredite von schweizerischen Banken und private Investitionen aus der Schweiz.

122
8. 1. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33047 Da bei der Revision der Vollziehungsverordnung zum Exportrisikogesetz das EPD nicht involviert wurde, werden eine bessere Koordination, die Ergänzung der Vorlage in Bezug auf Entwicklungsländer und die Verschiebung der Diskussion im Bundesrat gefordert.

123
18. 1. 1969 *La Division des organisations internationales du Département politique à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève*
dodis.ch/32909 Le DPF préfère ne pas être officiellement associé aux commémorations du 50ème anniversaire du choix de Genève comme siège de la SDN car il juge la question sensible, à l'heure où la Suisse s'interroge sur ses relations à l'ONU.

124
18. 1. 1969 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/33248 Der Kapitalexport nach Südafrika gilt wegen den Reaktionen der UNO weiterhin als bedenklich. Die Schweiz hat deshalb in Pretoria erreicht, dass sie in der südafrikanischen Statistik nicht mehr namentlich aufgeführt, sondern unter «Westeuropa» subsumiert wird.

125
23. 1. 1969 *Bericht des Vorsitzenden des Entwicklungskomitees der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit, E. M. Martin*
dodis.ch/32843 Gefordert wird ein Ausbau der schweizerischen technischen Hilfe, besonders der staatlichen Hilfe, denn diesbezüglich steht die Schweiz unter allen DAC-Mitgliedern an letzter Stelle. Ausserdem sollen die Bedingungen der Exportkreditgewährung verbessert werden.

126
3. 2. 1969 *Der schweizerische Botschafter in Havanna, A. Fischli, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33715 Gespräch mit dem kubanischen Staatspräsidenten, F. Castro, über eine mögliche Entspannung der Beziehungen zu den USA sowie das Problem der kubanischen Subversion in Lateinamerika. Die Schweiz sollte keine Möglichkeit zu nutzbringenden Guten Diensten vernachlässigen.

127
5. 2. 1969 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32173 Un programme d'action a pour objet de normaliser les relations avec les Etats divisés (Vietnam, Corée, Allemagne) dans les domaines d'intérêts suisses en application du principe d'universalité des relations diplomatiques.

128
18. 2. 1969 *Déclaration suisse à l'OCDE*
dodis.ch/33024 Point de vue suisse sur les moyens de concilier expansion et stabilité économiques à travers les mesures de régulation de la demande, la formation de l'épargne, la hausse des revenus des salariés et la libéralisation des échanges.

129
27. 2. 1969 *L'Ambassadeur de Suisse à Rome, J. de Rham, au Secrétaire général du*
dodis.ch/32639 *Département politique, P. Micheli*
Entretien avec le Sous-Secrétaire d'Etat italien en charge de l'émigration, M. Pedini, sur les problèmes politiques que soulève, pour le gouvernement italien, la présence de main-d'oeuvre italienne en Suisse.

130
28. 2. 1969 *Notiz des stellvertretenden Chefs der Abteilung für Politische Angele-*
dodis.ch/33710 *genheiten, M. Gelzer*
Aufgrund des Attentats der Volksfront für die Befreiung Palästinas auf ein israelisches Flugzeug in Kloten empfängt W. Spühler einzeln die Botschafter Libanons, Israels, Jordaniens sowie den Generalkonsul Syriens und übergibt ihnen eine Protestnote.

131
1. 3. 1969 *Le Chef du Département fédéral des transports et communications et*
dodis.ch/32369 *de l'énergie, R. Bonvin, au Chef du Département politique, W. Spühler*
Les problèmes en suspens avec la France sont énumérés en vue de pourparlers prochains.

132
7. 3. 1969 *Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech*
dodis.ch/33268 *an den Bundesanwalt, H. Walder*
Im Zusammenhang mit den Untersuchungen der illegalen Kriegsmaterialexporte der Bührle-Unternehmung wird dargelegt, wie das verwaltungsinterne Kontrollsystem für den Kriegsmaterialexport funktioniert.

133
11. 3. 1969 *L'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder, au Secrétaire*
dodis.ch/33716 *général du Département politique, P. Micheli*
Entretien à Washington sur les relations entre Cuba et les USA. Transmission d'un message personnel de F. Castro, suggestion de continuer les discussions techniques, questions des hijackers, des réfugiés à Guantanamo et des prisonniers américains.

134
17. 3. 1969 *Protokoll der Sitzung vom 17. März 1969 der Delegation des Bundesrates*
dodis.ch/33023 *für Finanz und Wirtschaft*
Diskussion über die allgemeine Zinsentwicklung, die letzte BIZ-Tagung, das Instrumentarium der Nationalbank, die internationalen Stützungsaktionen, an denen sich die Schweiz beteiligt, und einen allfälligen Beitritt der Schweiz zum Währungsfond.

135
25. 3. 1969 *Referat des Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge, R. Probst,*
dodis.ch/33630 *vor der Gruppe Biel der Neuen Helvetischen Gesellschaft*
Der Westen überbietet sich darin, dem Osten seine Erzeugnisse zu offerieren. Auch die Schweiz darf den Osten nicht vernachlässigen, zumal sich durch den Handelsverkehr und die Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft der Systemwandel beschleunigen kann.

136
1. 4. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/33251 Übersicht und Evaluation des personellen, finanziellen und diplomatischen Engagements der Schweiz im Rahmen des Biafra-Konflikts.

137
3. 4. 1969 *Notice du Chef du Service des Suisses à l'étranger du Département*
dodis.ch/33712 *politique, M. Jaccard*
Les délégations suisse et algérienne discutent les points en suspens: fonds FLN, opposition algérienne, nationalisations, investissements et prisonniers suisses.

138
10. 4. 1969 *Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Vor-*
dodis.ch/32241 *steher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio*
Stellungnahme für die Lieferung eines Medikaments der CIBA für die Bilharziosebekämpfung in Ägypten. Diese humanitäre Aktion schaffe einen Ausgleich zu Israel und verbessere die Beziehungen zu Ägypten.

139
30. 4. 1969 *Der schweizerische Botschafter in Warschau, G. Keel, an das Politische*
dodis.ch/32142 *Departement*
1967 waren die Bedingungen für eine zufriedenstellende Weiterentwicklung der Beziehungen gegeben. Die Kontakte wurden auf allen Ebenen intensiviert. Seit der Intervention des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei stehe man nun jedoch vor einem Scherbenhaufen.

140
30. 4. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32536 Im Gespräch mit dem rumänischen Präsidenten, N. Ceauşescu, und dem Ministerpräsidenten, I. G. Maurer, werden Fragen der Integration im West- und Ostblock, des sino-sowjetischen Konflikts, einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie des Deutschlandproblems besprochen.

141
30. 4. 1969 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32892 Aperçu des sujets qui ont été abordés lors de la rencontre entre W. Spühler et le Secrétaire général de l'ONU, S. U Thant.

142
1. 5. 1969 *Beschlussprotokoll II der 17. Sitzung des Bundesrats vom 30. April*
dodis.ch/33246 *1969*
Diskussion über die politische, soziale und wirtschaftliche Zukunft Frankreichs nach der Niederlage und der Demission von Ch. de Gaulle.

143
6. 5. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/33201 Überblick über die schweizerisch-österreichischen Beziehungen, die von keinerlei schwerwiegenden Problemen belastet werden und aufgrund der zahlreichen Treffen freundschaftlich sind.

144
19. 5. 1969 *Zusammenfassung des Antrags des Volkswirtschaftsdepartements vom*
dodis.ch/32801 *19. Mai 1969*
Pakistan soll ein neuer Transferkredit von 45 Mio. Fr. gewährt werden. Es handelt sich dabei um einen Mischkredit, der je zur Hälfte durch eine Bankengruppe und durch den Bund eröffnet würde.

145
19. 5. 1969 *Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen*
dodis.ch/33236 *Departements, P. A. Nussbaumer*
Da die EWG-Erweiterung noch in weiter Ferne liegt, muss die Schweiz durch bilaterale Kontakte Lösungen für Einzelprobleme suchen. Bei den Demarchen ist Vorsicht geboten, damit der Eindruck nicht erweckt wird, man wolle ein Sonderabkommen abschliessen.

146
22. 5. 1969 *Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat*
dodis.ch/33261 Ein generelles Kriegsmaterialausfuhr-Embargo gegenüber ganz Afrika wird abgelehnt, das Kriegsmaterialexportverbot wird aber auf weitere afrikanische Staaten ausgeweitet. Der Kriegsmaterialexport nach Indien und Pakistan bleibt weiterhin möglich.

147
22. 5. 1969 *Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech, an die Oerlikon-Bührle*
dodis.ch/33270 Ein Gesuch von der Méditerranéenne de Transit de Marseille bei den französischen Behörden wirft Fragen auf, da als Herkunftsland die Schweiz und als Absender Oerlikon-Bührle angegeben wird. Die Erklärungen von Oerlikon-Bührle vermögen nicht zu überzeugen.

148
23. 5. 1969 *Beschlussprotokoll II der 20. Sitzung des Bundesrats vom 21. Mai 1969*
dodis.ch/33142 Zwischen der Beantwortung der Interpellation Wartmann und dem Kreditbegehren von 2,8 Mio. Franken für die Abklärung des Vorfalles im Atomreaktor in Lucens könnte ein gewisser Widerspruch herausgelesen werden.

149
29. 5. 1969 *Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
dodis.ch/32468 Analyse der Gründe für und wider eine Annäherung an die DDR aus Sicht der schweizerischen Interessenspolitik. Weitere Vorgehensweise bei der nächsten Verhandlungsrunde mit einer ostdeutschen Delegation.

150
6. 6. 1969 *L'Ambassadeur de Suisse à Nairobi, H. K. Frey, au Chef de la Division des affaires administratives du Département politique, F. Bieri*
dodis.ch/32575 Aperçu des divers conseillers suisses à la présidence rwandaise, de leurs titres et de leurs fonctions depuis 1963.

151
12. 6. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/32250 Mit der Meldestelle für nachrichtenlose Vermögen wird die Frage des Verschollenheitsverfahrens besprochen. Im Falle von erblosen Vermögenswerten soll dieses gegenüber Bürgern von Oststaaten nicht durchgeführt werden.

152
21. 6. 1969 *Der schweizerische Botschafter in Peking, O. Rossetti, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33134 Die Beziehungen zwischen Bern und Peking seien ausgezeichnet. Das Verhältnis Pekings zu den USA wird sich jedoch so bald nicht normalisieren. China hofft, dass die Schweiz Verständnis für seine Position im Ussuri-Konflikt mit der UdSSR aufbringt.

153
25. 6. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/32372 Die Schweiz erwartet keine Einladung für die geplante Konferenz der blockfreien Staaten. Eine Beteiligung kam wegen der starken politischen Akzente bereits früher nicht in Frage. Der Unterschied zwischen Neutralität und Neutralismus darf nicht verwischt werden.

154
25. 6. 1969 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/32403 Le DPF propose au Conseil fédéral que la Suisse participe à une conférence de sécurité, si celle-ci est ouverte également aux Puissances extra-européennes et qu'elle fait l'objet d'une préparation approfondie.

155
30. 6. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
dodis.ch/33145 Aufgrund der Haltung der Nachbarstaaten zum Atomwaffensperrvertrag ist es für die Schweiz nicht möglich sich der Unterzeichnung des Vertrages zu verweigern.

156
3. 7. 1969 *La Police fédérale du Département fédéral de justice et police au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32599 Le Ministère public de la Confédération s'intéresse au déroulement du Congrès de la francophonie qui s'est tenu à Paris et auquel des représentants du «Groupe Bélier» ont été invités.

157
4. 7. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/32303 Bei den Verhandlungen über die Zusatzvereinbarung zum Abkommen über soziale Sicherheit stellte die italienische Delegation Forderungen, die inakzeptabel waren. Dennoch konnte eine Lösung gefunden und die Vereinbarung unterzeichnet werden.

158
7. 7. 1969 *Le Chef-suppléant de la Division politique du Département politique, H. Miesch, au Chargé d'affaires de l'Ambassade de Suisse à Séoul, M. Leu*
dodis.ch/33139 La visite à Berne du Vice-Ministre des Affaires étrangères de la Corée du Sud était une tentative de contrer les efforts déployés par Pyongyang pour développer ses contacts avec l'Ouest.

159
8. 7. 1969 *Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler*
dodis.ch/32242 Besprechung mit ägyptischen Vertretern über die noch offenen Fragen in Bezug auf die Durchführung des Nationalisierungsabkommens (Sequesterfälle, Agrarreform), Schweizer Investitionen in Ägypten und die Entwicklungszusammenarbeit.

160
14. 7. 1969 *Der Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge, R. Probst, an diverse schweizerische diplomatische Vertretungen*
dodis.ch/33267 Zusammenfassung der wichtigsten Gespräche während der Argentinienreise von H. Schaffner mit Vertretern aus Argentiniens Politik und Wirtschaft.

161
16. 7. 1969 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, an den kenianischen Generalstaatsanwalt, C. Njonjo*
dodis.ch/33643 Anlässlich der Reise von W. Spühler in Ostafrika versucht der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, Treffen mit den Präsidenten von Kenia, Tansania, Uganda und Ruanda zu organisieren.

162
18. 8. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/32504 Die EG-Kommission hat in einem Kartellverfahren u. a. Basler Chemiefirmen wegen Preisabsprachen mit hohen Geldbussen belegt. Seitens der schweizerischen Behörden besteht aber kein Anlass zu einer Intervention.

163
20. 8. 1969 *L'Ambassadeur de Suisse à Moscou, J. de Stoutz, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/32701 Les relations commerciales entre la Suisse et l'Union soviétique sont perçues comme bonnes, de même que les contacts qui se sont établis dans les domaines de la science, de la technique et de la culture.

164
25. 8. 1969 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/32244 In den Verhandlungen über die Entschädigungen von Nationalisierungsmassnahmen mit Entwicklungsländern wie Algerien muss die Schweiz den Druck massiv erhöhen.

165
28. 8. 1969 *Notiz über die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 28. August 1969*
dodis.ch/33034 Diskussion der bereinigten Texte der integrationspolitischen Arbeitsgruppen, bes. über das komplexe Problem der indirekten Steuern und den Gesamtbericht über die Schweiz und die EWG.

166
9. 1969 *Interne Notiz des Departements des Innern*
dodis.ch/32356 Die italienischsprachigen Schulen für italienische Kinder in der Schweiz stellen innenpolitisch, bezüglich der Gleichbehandlung von Schweizer Bürgern aus der italienischen Schweiz, ein Problem dar.

167
23. 9. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi*
dodis.ch/32962 Zwischenbilanz der Zusammenarbeit mit Schweden auf militärtechnischem Gebiet, bei welcher der Informationsaustausch im Vordergrund steht. Dieser wird durch ein Geheimhalteabkommen erleichtert.

168
26. 9. 1969 *Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung, M. Frauenfelder*
dodis.ch/32872 Die Schweizer in Skandinavien beginnen die Geduld zu verlieren, da in Sachen Sozialversicherungsabkommen keine Fortschritte erzielt werden. Es müssen deshalb von schweizerischer Seite erste Schritte unternommen werden.

169
[30.] 9. 1969 *Bericht des Delegierten des Bundesrates für Handelsverträges, R. Probst*
dodis.ch/33133 In den Gesprächen mit einer nordkoreanischen Handelsdelegation wich die Schweiz nicht von ihrem Standpunkt ab, die Einrichtung einer Vertretung sei nur auf privater Basis vorstellbar.

170
1. 10. 1969 *Notiz des schweizerischen Botschafters in Belgrad, H. Keller*
dodis.ch/32381 Als Vorbereitung für den Besuch W. Spühlers in Belgrad werden die Beziehungen in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fremdenverkehr und ausländische Arbeitskräfte erörtert.

171
10. 10. 1969 *Protokoll der Botschafterkonferenz 1969*
dodis.ch/30859 Übersicht über die UNO-Sanktionen gegenüber Rhodesien sowie die Haltung der Schweiz dazu. Während man negative Auswirkungen auf die Beziehungen zur UNO und zu den afrikanischen Staaten befürchtet, scheinen negative Reaktionen auf bilateraler Ebene auszubleiben.

172
10. 10. 1969 *Circulaire du Chef du Département de justice et police, L. von Moos*
dodis.ch/32362 L'octroi de l'asile est régi par un ensemble de principes et de directives précises et suit une procédure bien établie.

173
10. 10. 1969 *Notiz des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/33275 Der libanesische Botschafter spricht die Spionageangelegenheit Frauenknecht und das Strafverfahren gegen die El Al-Attentäter an. Das EPD beruft sich auf mangelnde rechtliche Möglichkeiten, die Gewaltentrennung sowie die Kompetenzaufteilung zwischen Kanton und Bund.

174
14. 10. 1969 *Notice pour le Chef de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève, J. Humbert*
dodis.ch/33128 Au cours des dernières années, plusieurs affaires d'espionnage dans lesquelles des fonctionnaires internationaux soviétiques étaient impliqués, ont été découvertes à Genève. Une démarche auprès de la représentation permanente d'URSS s'impose.

175
15. 10. 1969 *Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard, au Service économique et financier du Département politique*
dodis.ch/33035 Discussion du problème de la fuite des capitaux en provenance des pays en voie de développement et de la proposition de J. Ziegler de le lier aux conventions de coopération technique signées par la Suisse.

176
23. 10. 1969 *Le Directeur de la Police fédérale des étrangers du Département de justice et police, E. Mäder, aux polices des étrangers des cantons de Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Soleure, Berne, Neuchâtel, Vaud, Genève et Valais*
dodis.ch/32371 La nouvelle réglementation française relative aux frontaliers non français domiciliés en France et désirant travailler en Suisse est devenue plus restrictive que par le passé.

177
6. 11. 1969 *Beschlussprotokoll II der 40. Sitzung des Bundesrates vom 5. November 1969*
dodis.ch/33291 Eine Übertragung der Zuständigkeiten im Strafverfahren gegen die Attentäter von Kloten vom Zürcher Gericht an das Bundesstrafgericht ist ohne eine Desavouierung der Zürcher Justiz nicht mehr möglich.

178
12. 11. 1969 *Le Chef du Département politique, W. Spühler, au Président du Conseil des Communautés européennes, J. Luns*
dodis.ch/33038 Présentation de la politique du Conseil fédéral en matière de coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique.

179
17. 11. 1969 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/33041 Les autorités suisses ont décidé de maintenir la parité du franc suisse malgré la réévaluation du deutsche mark.

180
24. 11. 1969 *Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, W. Brandt*
dodis.ch/33243 Erläuterung der Rolle der Schweiz als neutraler Staat in der europäischen Friedenspolitik und im europäischen Integrationsprozess.

181
25. 11. 1969 *Die Schweizerische Nationalbank an die Generaldirektionen des Schweizerischen Bankvereins, der Schweizerischen Bankgesellschaft und der Schweizerischen Kreditanstalt*
dodis.ch/32446 Der Gouverneur der Bank of England, L. O'Brien, beschwert sich beim Präsidenten der Nationalbank, E. Stopper, darüber, dass einzelne schweizerische Banken Hand zur Kapitalflucht aus dem Sterlinggebiet böten.

182
26. 11. 1969 *Vortrag des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler, vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats*
dodis.ch/32847 An der Schwelle zum zweiten Entwicklungsjahrzehnts betont W. Spühler die Notwendigkeit einer Erhöhung der schweizerischen bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe in den kommenden Jahren, besonders was die staatliche Hilfe angeht.

183
27. 11. 1969 *Interne Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements*
dodis.ch/32819 Der gegenwärtige Umfang und der geplante Ausbau der schweizerischen technischen Zusammenarbeit mit Nepal rechtfertigen die Entsendung eines offiziellen Koordinators für technische Zusammenarbeit nach Nepal.

184
28. 11. 1969 *Der Vize-Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in Den Haag, C. Caillat*
dodis.ch/33254 Anlässlich des Berner Besuches des Vizegouverneurs der indonesischen Staatsbank fand mit Direktor P. R. Jolles ein Informationsaustausch statt, bei dem die Haltung der Schweiz bezüglich der direkten Wirtschafts- und Finanzhilfe diskutiert wurde.

185
29. 11. 1969 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
dodis.ch/33253 Die Chancen, in Nigeria einen von der Schweiz initiierten Waffenstillstand durchzuführen, verschlechtern sich durch die Indiskretion eines Parlamentariers. Die Schweiz und ihre Partner wurden dadurch diskreditiert.

186
12. 12. 1969 *Notice interne de l'Ambassade de Suisse à Paris*
dodis.ch/33247 Entretien entre W. Spühler et M. Schumann, le Ministre français des Affaires étrangères, sur le soutien français à la Suisse au sommet de La Haye, sur la question grecque devant le Conseil de l'Europe et sur les relations bilatérales franco-suisses.

187
23. 12. 1969 *La Division des organisations internationales au Service juridique du*
dodis.ch/32665 *Département politique*
L'Italie, en tant que pays de «premier asile», est plus exposée que la Suisse à l'arrivée de réfugiés sur son territoire. Cet état de fait explique en partie son changement d'attitude envers les autorités suisses au sujet de la réadmission de réfugiés.

188
29. 12. 1969 *Protokoll der Arbeitsgruppe des Politischen Departements*
dodis.ch/32405 Der Bundesrat hat seine Haltung zum Budapester Appell zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz in einer vorläufigen Stellungnahme festgelegt. Nun gilt es im Rahmen einer Arbeitsgruppe das weitere Vorgehen zu besprechen.

189
29. 12. 1969 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an*
dodis.ch/33136 *den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder*
Nachdem sich die Schweiz über ein Jahrzehnt an die mündlichen Abmachungen mit den USA von 1951 (Hotz-Linder-Agreement) und 1959 gehalten hat, soll nun mit dem Einverständnis der USA die Bewegungsfreiheit für den Export nach den Oststaaten erweitert werden.

190
30. 12. 1969 *Der schweizerische Geschäftsträger a. i. in Bagdad, P. Dumont, an den*
dodis.ch/33638 *Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
Die von Irak angegeben administrativen Gründe für den Entzug des Schutzmachtmandates in der Bundesrepublik Deutschland werden von der Schweiz angezweifelt, insbesondere da gleichzeitig die irakische Botschaft in Bern geschlossen wurde.

VI. DOKUMENTE / DOCUMENTS / DOCUMENTI

1

dodis.ch/33689

L'Ambassadeur de Suisse à Kinshasa, Th. Curchod, au Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Présentation de ma lettre de créance au Président de la République Démocratique du Congo[2]

Kinshasa, 3 janvier 1967

Une semaine[3] après mon arrivée à Kinshasa, soit dans un délai extrêmement court, j'ai présenté ma lettre de créance au Général Mobutu au cours d'une cérémonie qui ne diffère guère de celle pratiquée dans d'autres pays. Ici, le caractère solennel se trouve cependant tempéré par le déploiement de couleurs vives où chatoient uniformes et habits parés de l'Ordre du Léopard, emblème de la jeune République, dont un magnifique spécimen peut d'ailleurs être admiré par le visiteur dans un vaste enclos érigé à proximité immédiate de la résidence du Chef de l'Etat. «Tel Rome avait sa louve, Kinshasa a son léopard» a déclaré malicieusement le Président Mobutu au Nonce Apostolique[4] qui récemment lui faisait compliment sur l'aménagement de sa maison admirablement située au-dessus des rapides du Congo.

Dans l'allocution que j'ai prononcée, j'ai discrètement glissé le souhait de pouvoir conclure sans retard les accords suisso-congolais[5] actuellement en discussion. Le Président Mobutu, prenant à son tour la parole, a relevé entre autres le rôle éloquent tenu par la Suisse dans le concert des nations. Il s'est également plu à souligner l'attention toute particulière que son gouvernement accorde aux propositions de traités entre les deux pays.

La partie oratoire terminée, nous nous sommes entretenus à bâtons rompus en la seule présence de M. Justin Bomboko, Ministre des Affaires étrangères, les autres personnes présentes à la cérémonie dont mes deux collaborateurs[6] s'étant retirées dans un salon voisin. Le Président Mobutu a visiblement manifesté du plaisir à savoir que j'avais déjà passé 15 années en Afrique[7] et il m'a félicité d'y être revenu malgré les difficultés de l'époque actuelle. Il a fait l'éloge

1. *Lettre:* E2500#1990/6#498* (a.21). *Visée par W. Spühler, M. Gelzer et R.-E. Campiche.*
2. *J. D. Mobutu.*
3. *La lettre de créance a été présentée à J. D. Mobutu le 29 décembre 1966.*
4. *J.-M. Maury.*
5. *Sur les négociations des quatre accords ayant trait respectivement aux échanges commerciaux, à la protection des investissements, à la navigation aérienne et à la coopération au développement, cf. doc. 39,* dodis.ch/33051.
6. *Il s'agit probablement de A. Tripet et P. Vigny.*
7. *Avant son entrée au Département politique, Th. Curchod a travaillé pendant 3 ans à la Société commerciale de l'Ouest africain (SCOA) à Accra au Ghana. De 1946 à 1950 il a été Gérant du Consulat de Suisse à Tananarive à Madagascar. De 1954 à 1960 il a occupé le poste de Consul à Léopoldville au Congo. Cf. doss. comme note 1.*

de la Suisse et de ses médecins[8], particulièrement du Professeur Vannotti qui, en mars dernier, s'est penché au chevet de son épouse[9] avec une conscience et un dévouement remarquables. M. Mobutu m'a décrit en détail les qualités de ce praticien lausannois avec lequel il s'est lié d'amitié. De mon côté, je lui ai fait part de l'esprit avec lequel j'entendais exercer mes fonctions auprès de son gouvernement et j'ai abordé la question de nos rapports communs en reprenant la phrase de son discours consacrée à notre collaboration. J'ai renouvelé le vœu de voir signer sans retard les différents accords dont les principes ont été admis et qui ne présentent aucune divergence notoire, les points de vue des deux pays pouvant fort bien se rencontrer et trouver une solution autour d'une table de conférence. Le Président, sans me répondre directement, s'est tourné vers son Ministre des Affaires étrangères qui, d'un signe de tête, fit savoir qu'il était au courant de la question. J'ai senti qu'il ne fallait pas allonger davantage l'audience tirant d'ailleurs à sa fin. Nous avons alors rejoint la suite du Président pour la photographie officielle prise dans le jardin. La voiture du Général Mobutu, escortée de dix gendarmes à motocyclette, m'a ramené à 17 h 30 à mon domicile.

Le fait intéressant déjà mentionné au début de cette communication est le délai très court qui s'est écoulé entre le jour de mon arrivée et celui de la présentation de ma lettre de créance. Rares en effet ont été les Chefs de Mission qui furent reçus une semaine après avoir foulé le sol congolais. On cite deux exceptions: le Nonce Apostolique[10] et l'Ambassadeur de France[11]. Mon collègue allemand[12] a dû attendre presque trois mois et l'Ambassadeur d'Italie[13], arrivé ici au début de novembre, a présenté ses lettres le même jour où je remettais les miennes au Chef de l'Etat. Il est vrai que, selon la rumeur, ce retard serait dû à une faute commise du côté italien dans la procédure relative à la demande d'agrément.

L'empressement manifesté à l'égard de la Suisse semble de bon augure et nous devons certes nous en réjouir. Le Président Mobutu, en agissant de la sorte, a certainement tenu à témoigner la sympathie qu'il nous porte. D'ailleurs, depuis mon arrivée, j'ai déjà recueilli de nombreuses preuves à ce sujet.

Cette bienveillance est agréable à relever. Mais est-elle la seule raison de la diligence dont nous venons d'être l'objet? Je ne le pense pas. Les circonstances actuelles peuvent avoir plaidé en notre faveur. Il est permis d'admettre que le Président Mobutu désirait resserrer les liens avec les pays entretenant des relations diplomatiques avec le Congo afin de pouvoir compter sur leur soutien éventuel dans la lutte acharnée qu'il mène contre l'Union Minière du Haut-Katanga et dont le point culminant coïncidait avec le jour de la réception du 1er janvier où le Corps Diplomatique au complet était réuni. Car, en dépit de

---

8. *Sur les séjours médicaux des dirigeants congolais en Suisse, cf. la lettre de Th. Curchod à P. Micheli du 23 avril 1969,* dodis.ch/33859.
9. *M.-A. Gbiatene Gbiatibua.*
10. *J.-M. Maury.*
11. *J. Kosciusko-Morizet.*
12. *B. Freiherr von Müllenheim-Rechberg.*
13. *E. Baistrocchi.*

la détermination et de la fermeté des dirigeants dans cette affaire, on perçoit l'inquiétude des milieux gouvernementaux devant le rebondissement de décisions prises de manière trop hâtive. Les conséquences risquent d'ébranler dangereusement le régime si une solution de compromis n'est pas trouvée[14].

Mais à aucun instant durant notre entretien et au cours de la réception du 1er janvier, le Président Mobutu n'a laissé apparaître la moindre trace d'agitation, de fatigue ou de souci. Il m'a donné au contraire l'impression d'une grande maîtrise de soi. C'est un homme élégant, d'allure jeune, dont le contact est direct et sympathique.

Pour votre information, je vous remets ci-joint photocopies[15] de mon discours et de la réponse du Président Mobutu qui, tous deux, ont été partiellement diffusés sur les ondes de Radio-Kinshasa. La télévision était également présente à la cérémonie de même que les cinéastes des actualités congolaises.

14. *Sur la nationalisation de l'Union minière du Haut-Katanga et les répercussions sur la Suisse, cf. la lettre de Th. Curchod à P. R. Jolles du 9 décembre 1967,* dodis.ch/33849. *Cf. aussi doss.* E2001E#1978/84#4497* (C.41.157) *et* E 2200.147(-) 1987/120 vol. 13 (512.212 ZA).
15. *Cf. doss.* E 2200.147(-) 1986/117 vol. 1 (063.8).

2

dodis.ch/33143

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

[Bern,] 16. Januar 1967

Herr Dr. Frank ersuchte mich, Ihnen auch noch schriftlich meinen Standpunkt kurz darzulegen mit Bezug auf die Seite 245 betreffend den Aussenhandel bzw. die Aussenhandelspolitik eines sog. *«Zivilverteidigungsbuches»*.

1. Allgemeiner Eindruck. Wie ich von Herrn Generalsekretär Huber vernommen habe, ist er und vor allem auch der Herr Departementschef[2] eindeutig negativ zur Herausgabe eines solchen Zivilverteidigungsbuches eingestellt. Herr Prof. Bindschedler, der sich mit der Sache schon seit langem zu befassen hatte[3], ist auch skeptisch, glaubt jedoch, dass verschiedene Bundesstellen die Herausgabe eines solchen Buches nicht ungern sähen. Wenn man davon ausgeht, dass das Werk in jede Haushaltung bzw. in die Hand eines jeden mehrjährigen Schweizerbürgers und Schweizerbürgerin kommen sollte[4], stellt sich

1. *Notiz (Kopie):* E7001C#1982/115#65* (016.7). *Unterzeichnet von H. Marti. Kopie an K. Huber, F. Halm, und V. Frank.*
2. *H. Schaffner.*
3. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#1009* (B.51.20.01.Uch).
4. *Zur Herausgabe des Zivilverteidigungsbuches und dessen Abgabe an alle Haushalte und Eheschliessungen in der Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 2116 vom 23. Dezember 1968,* dodis.ch/33178.

von vornherein die Frage, ob mit Bezug auf den vielgestaltigen Inhalt und die zu vertretende behördliche Tendenz es nicht technisch gänzlich ausgeschlossen ist, etwas Einheitliches bzw. Vernünftiges vorzusehen. Der Vergleich mit dem Soldatenbuch[5] ist völlig abwegig. Das zivile Leben jedes Einzelnen bzw. der Bevölkerung lässt sich nicht auf Jahre hinaus für alle Eventualfälle einer gespannten Lage oder kriegerischer Entwicklungen festlegen. Der Bundesrat und die Behörden haben dafür andere, viel einfachere und wirksamere Möglichkeiten (Anschläge in den Gemeinden über das Verhalten der Zivilbevölkerung im Kriegsfall, Presse, Radio, Fernsehen).

2. Kapitel betreffend den Aussenhandel. Die Tatsache, dass auf bloss einer Seite versucht wird, etwas Vernünftiges zu schreiben, beweist, wie dilettantisch die Sache eigentlich herauskommt. Im Text, wovon Sie in der Beilage eine Photokopie[6] finden, wird verschiedentlich vom «Feind», vom «Gegner» bzw. von einem «uns feindlich gesinnten Staat» gesprochen. Dadurch ist eindeutig anzunehmen, dass diese Seite 245 vom Vorliegen eines Kriegszustandes in der Schweiz ausgeht. Ein Aussenhandel mit einem feindlichen Staat ist jedoch sowohl kommerziell wie handelspolitisch praktisch gar nicht denkbar. Vorgängig eines faktischen Kriegszustandes, also unter dem Regime der bewaffneten Neutralität, empfiehlt es sich sicherlich nicht, vom «Handel mit einem Feind» zu sprechen.

Gerade der Schlussabsatz ist zudem geeignet, der Universalität des Aussenhandels auch im Neutralitätsfall, wie sie je und je vom Bundesrat verkündet worden ist, entgegenzuwirken. Dieser Schlussabsatz enthält gewissermassen eine Negation der behördlichen Stellungnahme. Es wird praktisch von einer offiziellen schweizerischen Meinung abstrahiert.

3. Weiteres Vorgehen. Angesichts der Bedenken des Departementschefs erweist es sich unbedingt als angezeigt, dass auch die Handelsabteilung überall, wo es ihr möglich ist, Einspruch erhebt. Auch wenn ein Verzicht auf das Erscheinen des Werkes den Bund 500'000 Fr. kosten sollte, ist es, wie Herr Dr. Huber bemerkte, u. U. besser, diesen Verlust in Kauf zu nehmen, als den Bundesrat durch eine von vorneherein falsch aufgezogene Sache zu exponieren (die Idee stammt nämlich von einem jungen Generalstabsoffizier[7], der einer Verlagsfirma[8] nahe steht und beauftragt worden ist, für alle Fälle einmal einen Entwurf zu machen, der nun durch eine Kommission bereits weitgehend umgestaltet werden musste[9]).

Praktisch sehe ich zwei Möglichkeiten:

a) Der Bundesrat beschliesst, auf das «Zivilverteidigungsbuch» zu verzichten. Auch Prof. Bindschedler sähe es als das Gegebene an, einmal den Organen und Funktionären des Zivilschutzes eine für sie beschränkte Fassung auszuhändigen. Scheinbar hat man diese Idee schon als zu wenig weitgehend verlassen.

---

5. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#196* (A.14.41.48).
6. *Doss. wie Anm. 1.*
7. *A. Bachmann.*
8. *Miles-Verlag.*
9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1580 vom 18. September 1967,* dodis.ch/33177.

b) Nach Rücksprache mit Herrn Prof. Bindschedler könnte man von der Handelsabteilung aus die These vertreten, dass bei einem Hinweis mit Bezug auf den Aussenhandel die Verhältnisse viel zu komplex sind und je nach der Situation, in der sich die Schweiz befindet, ad hoc geregelt werden müssen. Dem Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge[10] bleibt es völlig unbenommen, in das Zivilverteidigungsbuch alsdann gleichwohl Hinweise auf Haushaltvorräte etc. aufzunehmen.

Um Herrn Dr. Frank seine Aufgabe zu erleichtern, scheint es mir angezeigt, dass er von Ihnen ganz bestimmte Weisungen bekommt und dass parallel dazu Sie gelegentlich mit Herrn Bundesrat Schaffner und Herrn Generalsekretär Huber die Sache besprechen.

10. *F. Halm.*

3

dodis.ch/33140

Déclaration du Chef du Département de l'économie publique, H. Schaffner[1]

Abolition des droits de douane américains sur les montres appliqués en vertu de la clause échappatoire[2]

[Berne,] 17 janvier 1967

Les circonstances qui ont préludé à la décision prise le 11 janvier 1967 par le Président Johnson de ramener les droits de douance américains sur les montres à leur niveau antérieur vous sont connues. Une documentation[3] détaillée vous a été remise hier à ce sujet. Les aspects techniques ont également fait l'objet d'une information complète[4]. J'aimerais néanmoins vous faire part de certaines réflexions d'ordre plus général que m'inspire cette décision.

Tout d'abord, je tiens à rendre hommage à l'esprit de décision, au courage et aux convictions du Président des Etats-Unis. Le Président Johnson avait

1. *Discours (copie):* E7110#1978/50#2188* (841.8). *La déclaration de H. Schaffner a été faite le 13 janvier 1967.*
2. *Sur la «escape-clause», cf. DDS, vol. 11, doc. 197; DDS, vol. 18, doc. 63,* dodis.ch/7803; *DDS, vol. 19, doc. 10,* dodis.ch/9205; *doc. 18,* dodis.ch/9206; *doc. 118,* dodis.ch/9215 *et doc. 136,* dodis.ch/9219; *DDS, vol. 22, doc. 178,* dodis.ch/18884; *DDS, vol. 23, doc. 11,* dodis.ch/30947; *le télégramme N° 5 de A. Weitnauer à l'Ambassade de Suisse à Washington du 10 janvier 1967,* dodis.ch/33931; *la notice de J. Bourgeois du 17 février 1967,* dodis.ch/33934 *et la lettre de F. Walthard à H. Schaffner du 1er mars 1967,* dodis.ch/33933. *Sur la situation de l'industrie horlogère suisse et américaine après le «rollback», cf. la lettre de F. Schnyder à P. R. Jolles du 5 mars 1968,* dodis.ch/33938 *et la lettre de R. Probst à P. Micheli du 23 août 1967,* dodis.ch/33944.
3. *Cf. le communiqué de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 11 janvier 1967,* dodis.ch/33932.
4. *Cf. doss. comme note 1.*

une décision difficile à prendre. Les milieux protectionnistes[5] étaient parvenus à donner au cas horloger le caractère d'un problème de haute politique intérieure. Ces milieux n'ont épargné aucun effort pour tirer parti de la guerre du Vietnam, des exigences de l'armement atomique et de la recherche spatiale, des multiples difficultés de la conjoncture politique intérieure, etc. en vue de bloquer, de quelque manière que ce soit, une décision conforme à une politique commerciale libérale, car c'est de cela qu'il s'agissait en fait. Toutes ces oppositions, le Président Johnson est parvenu à les surmonter sans se laisser détourner des seules considérations qui entraient véritablement en jeu, à savoir: les principes et les besoins de la politique commerciale extérieure des Etats-Unis, l'état des rapports avec la Suisse et la situation générale sur le front du Kennedy Round[6], au moment où cette importante négociation économique et commerciale est entrée dans sa phase finale. Une lucidité et un esprit de décision aussi marqués méritent la reconnaissance non seulement du gouvernement suisse, mais aussi de l'ensemble de la communauté commerciale internationale.

En second lieu, la décision du Président Johnson démontre que même un petit pays ne demeure pas impuissant dans notre monde des grands, lorsqu'il a une bonne cause à défendre et qu'il s'emploie avec ténacité à la faire prévaloir. Nous avons cependant dû patienter longuement jusqu'à ce que les circonstances se modifient en notre faveur. Tel a été le cas lorsque les Etats-Unis ont pris l'initiative des négociations Kennedy. L'occasion nous était ainsi donnée d'établir le parallélisme entre nos propres arguments et les objectifs généraux du Kennedy Round qui visent une très large libéralisation des politiques tarifaires et commerciales à l'échelle mondiale, sans reculer devant les sacrifices individuels inhérents à une telle libéralisation. Ainsi, la requête suisse tendant à l'annulation de la décision du Président Eisenhower de soumettre les montres au régime de la clause échappatoire coïncidait avec les intérêts bien compris du gouvernement américain. Il fallait encore la volonté bien arrêtée – une volonté qui ne se laissait rebuter par aucun détail – des fonctionnaires directement concernés – à la tête desquels se trouvait, du côté suisse, l'Ambassadeur Weitnauer – pour écarter, l'un après l'autre, les obstacles qui se dressaient encore sur la voie conduisant à une décision. C'est sur près de 13 ans que se sont étendues les différentes phases de ce conflit de politique commerciale.

J'aimerais rappeler ici le souvenir du regretté Secrétaire d'Etat et chargé de missions spéciales pour le Kennedy Round, Christian Herter. Nous lui devons beaucoup, ainsi qu'à ses collaborateurs. L'une de ses toutes dernières activités officielles avant son décès a été de présenter, sous sa signature, au Président, la proposition de rapporter les droits de douane fondés sur la clause échappatoire.

Décrire toutes les vicissitudes qu'a connues le problème avant qu'une solution favorable soit trouvée reviendrait pratiquement à rédiger un roman-fleuve. Les plus hauts principes et la simple anecdote, le sublime et les banalités se sont côtoyés, certains épisodes ont frôlé le vaudeville. Les détours et les manœuvres

---

5. *Cf. les initiatives de W. Mills, doc. 41,* dodis.ch/33135, *note 5.*
6. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. 15,* dodis.ch/33250.

dilatoires de toute sorte auxquels nos antagonistes ont recouru ont parfois tenu de l'extraordinaire, voire de la farce.

Je ne puis toutefois passer sous silence ce que cette situation cache de sérieux et les réflexions qu'elle nous inspire. Il s'agit du fait que des entreprises qui, aux Etats-Unis, se retranchent derrière des protections douanières exorbitantes et qui ont tout essayé pour en imposer le maintien, possèdent des usines en Suisse[7], fabriquent une grande partie de leur production dans notre pays et tirent le meilleur parti de l'esprit d'invention, de la perfection technique et du travail qualifié des horlogers suisses. La Suisse est un pays libéral; elle ouvre ses portes de bon gré aux entreprises étrangères qui désirent s'y établir et son industrie ne manque certes pas de se montrer, comme il se doit, large d'idées vis-à-vis des filiales d'entreprises étrangères installées sur notre sol. Que l'on puisse croire, en tant qu'entrepreneur américain, qu'il soit possible d'engager, sans hésitation aucune, le combat contre les intérêts de politique commerciale suisse aux Etats-Unis et, simultanément, de profiter de tous les avantages d'une implantation en Suisse, voilà qui suscite l'étonnement des autorités suisses et méritait d'être dit.

Je terminerai par quelques mots sur la portée de la décision prise par le Président Johnson pour l'avenir du Kennedy Round et pour la politique commerciale mondiale. Nous aimerions y voir un signe de la volonté du gouvernement américain d'entreprendre tout ce qui est en son pouvoir pour assurer le succès des négociations en cours à Genève et pour contribuer au progrès des discussions dans d'autres domaines. Cela implique comme contre-partie nécessaire et inévitable que les autres pays participant au Kennedy Round – les grands comme les petits – ne prennent pas d'emblée prétexte des hésitations présumées de l'un quelconque des partenaires à rechercher les solutions à des problèmes qui donnent bien du fil à retordre pour retenir leurs propres concessions. Le Kennedy Round ne peut contribuer de façon significative à la libéralisation du commerce mondial que si tous les participants font preuve d'un maximum de bonne volonté et sont prêts à fournir un apport constructif. Ce n'est que dans cet esprit que les efforts présents et futurs seront couronnés du succès, dont la communauté commerciale internationale a un urgent besoin afin d'éliminer définitivement des entraves périmées aux échanges. Une économie mondiale florissante et en plein expansion en sera la récompense.

---

7. *Sur les firmes américaines en Suisse, cf. doss.* E2001E#1978/84#7169* (B.41.31.21.3).

4

dodis.ch/33242

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de la séance extraordinaire à la maison de Watteville du 19 janvier 1967[1]

Question de l'accession de la Suisse à l'ONU

M. le Président: Alors que l'ONU fait siens les principes suisses de paix et de respect de la personne, nous nous trouvons dans cette situation de ne pouvoir nous associer pleinement, à cause de notre statut de pays neutre et malgré la similitude des principes. Par esprit de solidarité, nous avons toutefois adhéré à la plupart des organisations spécialisées[2]. Le problème rhodésien concerne essentiellement la Grande-Bretagne, mais l'ONU nous demande néanmoins d'étudier la question de notre participation aux sanctions. Nous avons dû examiner, l'année dernière, comment il serait possible de prendre des mesures autonomes[3]. Nous avons décidé de limiter le mouvement commercial au courant normal pour éviter que la Suisse ne devienne une plaque tournante pour les échanges[4]. Cette fois-ci, U Thant nous a communiqué la décision du Conseil de sécurité[5]. Nous sommes invités à nous conformer à cette décision. On fait appel à notre sentiment de solidarité, sans invoquer une obligation contractuelle. La Commission des affaires étrangères du Conseil national a siégé entre temps. Nous avons pour répondre un délai expirant le 3 mars.

M. Spühler: Nous avons décidé de discuter une fois à fond le problème de l'accession de la Suisse à l'ONU[6]. Le problème rhodésien n'est qu'un aspect mineur. La Commission du Conseil national avait demandé à être renseignée. Je lui ai fait rapport en mai 1966. La Commission du Conseil des Etats a été renseignée ensuite[7]. Stadlin a publié sur ces entrefaites un article disant que la Commission du Conseil national avait conclu qu'il convenait d'attirer l'attention du public sur la question. La Commission du Conseil national unanime partageait ma manière de voir. Lors de l'examen de la gestion, des avis ont été exprimés dans le même sens. En octobre, j'ai fait une conférence à l'université de Lausanne; j'y ai traité, entre autres, ce problème. Même les adversaires d'une accession souhaitent des échanges de vues. Le problème de l'accession

1. *PVCF délibératif:* E1003#1994/26#8*. *Présidence: R. Bonvin. Absent: personne. Secrétaire: Ch. Oser. Ouverture: 9 h. Clôture: 11 h 30.*
2. *Cf. la notice de H. Langenbacher de février 1968,* dodis.ch/32979.
3. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/33239, *en particulier notes 2 et 5 et doc. 171,* dodis.ch/30859.
4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 154,* dodis.ch/31951.
5. *Cf. la lettre de S. U Thant à W. Spühler du 13 janvier 1967,* E2807#1974/12#477* (09).
6. *Cf. doc. 32,* dodis.ch/32940; *doc. 141,* dodis.ch/32892 *et le PVCF délibératif de la 56ème séance du 12 septembre 1967,* E1003#1994/26#8*.
7. *Cf. l'exposé de W. Spühler présenté devant les Commissions des affaires étrangères du Conseil national et du Conseil des Etats du 16 mai 1966,* dodis.ch/31561.

à l'ONU est mouvant. Il n'y a pas de solution définitive. Il y a deux principes à sauvegarder: maintien de notre indépendance et de la politique de neutralité. En novembre 1945, le Conseil fédéral avait convoqué une conférence d'experts qui avaient conclu que le seul obstacle à l'adhésion résidait dans la neutralité perpétuelle et que l'adhésion serait désirable[8]. La situation de l'ONU n'était alors pas très brillante. Il est normal que le Conseil fédéral n'ait rien fait à cette époque. Au sortir des années de guerre, le peuple suisse était peu accessible à l'idée d'un ralliement international. Depuis lors, la Suisse a adhéré à presque toutes les organisations spécialisées. Elle a même participé à des mesures (Corée[9], avions pour Suez[10] et le Congo, experts pour le Congo[11], emprunt ONU[12], aide financière dans l'affaire de Chypre[13]). Après 21 ans d'existence, l'ONU ne peut avoir conservé son caractère initial. Il y a maintenant plus de 120 Etats membres, avec prédominance d'Etats jeunes, à population de couleur. Il y a presque universalité. L'objectif «sauvegarder la paix» n'a pas été réalisé. L'institution du veto paralyse le Conseil de sécurité, cas de la Rhodésie mis à part. Les appels à la paix ont empêché le pire, sans résoudre les problèmes. C'est déjà un résultat. La situation juridique est la même qu'au début. Le chapitre de la charte concernant les sanctions est maintenant dépassé. Dans deux cas, les sanctions n'ont pas joué (Hongrie, Vietnam) à cause de l'implication de grandes puissances. Elles ne jouent pas dans les grands conflits mais peuvent jouer dans des conflits locaux (actions de police). Le problème de la sécurité collective ne doit pas être jugé sous le seul angle juridique. Le problème de la participation aux sanctions dans l'affaire rhodésienne est le même, que nous soyons membres de l'ONU ou pas. Il est politique. L'ONU a le pouvoir d'imposer les sanctions. Neutralité et sécurité collective sont inconciliables. Il est vrai que la charte autorise des dérogations dans les cas de sanctions. La participation aux sanctions militaires exige la conclusion d'un accord. Il n'y en a pas eu jusqu'à présent. Le Conseil de sécurité n'est d'ailleurs pas obligé d'appeler tous les Etats à participer aux sanctions militaires. L'accord doit être conclu dans le respect des formes constitutionnelles. En cas de sanctions militaires, la Suisse demeurerait libre, mais non pas dans le cas de sanctions économiques. On commence à reconnaître que notre neutralité n'est pas contraire aux buts de l'ONU. La neutralité et la sécurité collective ont le même but: la paix. La neutralité suisse est devenue une notion du droit des gens (droit coutumier). Elle est reconnue comme étant d'intérêt international. Elle a servi de modèle à la neutralité autrichienne[14], sans avoir été reconnue expressément par les

---

8. *Cf. DDS, vol. 16, doc. 54,* dodis.ch/54.
9. *Sur la Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée, cf. doc. 169,* dodis.ch/33133, *note 10.*
10. *Sur la mise à disposition d'avions pour le transport des troupes de l'ONU au Proche-Orient, cf. DDS, vol. 20, doc. 90,* dodis.ch/12738.
11. *Sur la participation de la Suisse à la mission de l'ONU au Congo, cf. DDS, vol. 23, doc. 103,* dodis.ch/31503, *en particulier note 4.*
12. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 51,* dodis.ch/30184.
13. *Cf. doc. 141,* dodis.ch/32892, *note 10 et le PVCF délibératif de la 14ème séance du 1er mars 1966,* dodis.ch/32029, *p. 1.*
14. *Cf. doc. 21,* dodis.ch/33202, *note 4.*

signataires du «Staatsvertrag». Dans ma conférence de Lausanne, j'avais dit que la Suisse ne chercherait pas à obtenir un traitement spécial à l'ONU et qu'il serait peu sage d'essayer d'en obtenir un. Pour l'ONU, le cas de la Suisse n'est pas un cas spécial, si ce n'est en sa qualité de siège des organisations internationales[15] et à cause du CICR. La Suisse ne peut entrer dans l'ONU que comme Etat neutre. Si elle ne peut y entrer, elle continuera à prêter ses bons offices, sans que le problème de la neutralité soit examiné plus à fond. Il y a des cas, où elle ne peut rester à l'écart. Exemple: la Rhodésie. L'abstention ne nous serait pas propice. Il y a la «présence au monde», qui doit être comprise dans un sens large. La défense des intérêts étrangers présente dans certains cas des avantages pour nous, mais elle a l'inconvénient de nous faire passer pour appartenir à tel ou tel camp. Nous n'avons d'ailleurs pas le monopole de ces activités. Algérie[16] et Cuba[17] étaient des cas spéciaux. Nos succès à Cuba ne sont pas extraordinaires. Le Mexique a obtenu plus dans l'affaire des rapatriements. L'universalité de l'ONU est quasi totale. On ne comprend pas notre abstention. La politique internationale se concentre en main de l'ONU. Le multilatéralisme se développe, dans le cadre de l'ONU. Ma conclusion est que le moment n'est pas venu, ni matériellement ni psychologiquement, de proposer au peuple et aux cantons l'adhésion à l'ONU. Je propose cependant de ne pas s'opposer à une évolution dans le sens de la participation. Il faut maintenir nos activités et conserver notre politique de neutralité. Il faut pourvoir à une bonne information (à l'ONU), dans les pays amis et en Suisse, mais s'abstenir de ce qui est spectaculaire. Nous devons continuer méthodiquement notre collaboration actuelle pour assurer la position de Genève. Je pense qu'il faudrait présenter un rapport complet[18] à l'Assemblée fédérale, mais sans conclusion. La Commission du Conseil national a déjà envisagé la question d'un rapport et parlé d'une motion dans ce sens.

M. von Moos: Je suis heureux de cette occasion de discuter et d'avoir entendu le rapport général de M. Spühler. Je suis largement d'accord avec lui, tout en faisant quelques réserves. Je réserve l'avenir, sans dire un non définitif. Je ne mets pas en doute l'utilité de l'activité et l'importance de l'ONU. Il est très possible que l'ONU ait étouffé de très graves conflits (Suez, Corée, etc.). Savoir si la Suisse doit faire des efforts en vue d'une accession, c'est une autre question. Qui devrait décider en l'occurrence? Il n'est dit nulle part que la décision appartiendrait au peuple et aux cantons. Nous serions en présence d'un traité, sans clause de retrait. Admettre la possibilité d'un referendum

---

15. *Sur l'importance de la Genève internationale pour la Suisse, cf. l'exposé de H. Langenbacher du 15 avril 1967,* dodis.ch/32911; *la lettre de E. Thalmann à B. Turrettini du 25 septembre 1967*, dodis.ch/32916; *le télégramme N° 61 du Département politique à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève du 4 avril 1968,* dodis.ch/32910 *et le procès-verbal de la séance d'une commission spéciale du Conseil national du 3 avril 1969,* dodis.ch/32982.

16. *Cf. vol. 22, doc. 56,* dodis.ch/10392; *doc. 77,* dodis.ch/10397 *et doc. 86,* dodis.ch/30357.

17. *Cf. DDS, vol. 21, doc. 116,* dodis.ch/15005 *et DDS, vol. 23, doc. 2,* dodis.ch/30978 *et doc. 146,* dodis.ch/30985.

18. *Cf. note 6.*

facultatif serait insuffisant. L'entrée dans l'ONU toucherait à la neutralité permanente. Cela justifie «gefühlsmässig» une consultation du peuple et des cantons, comme dans le cas de la *Société des Nations*. Ce serait une question à étudier d'une manière interne. La condition d'un examen du problème envisagée par M. Spühler ne me paraît pas remplie. Selon un journal, U Thant aurait dit que la Suisse devrait, si elle devenait membre, participer aux sanctions militaires et économiques. Cela ne signifie-t-il pas qu'il serait irréaliste d'annoncer un examen (autre qu'interne) du problème d'une adhésion? Pour les sanctions militaires, il faudrait la conclusion d'un accord dans les formes constitutionnelles. Cela laisserait la porte ouverte à un régime spécial, mais la déclaration d'U Thant ne laisse pas cette porte ouverte. Une décision négative du peuple et des cantons aurait des conséquences fâcheuses. L'adhésion aurait des avantages et des inconvénients. Notre isolement serait encore relatif, étant donné notre participation aux organisations spécialisées. La politique internationale passe par l'ONU, mais le nouveau droit des gens passe aussi par elle, du fait que l'adhésion consacre le statut juridique des Etats neufs. La Suisse ne pourrait pas travailler davantage pour le développement du droit international en devenant membre. L'adhésion aurait l'inconvénient que notre politique de neutralité serait à la merci des décisions du Conseil de sécurité. Peut-être notre rôle d'intermédiaire en souffrirait-il aussi. Le problème d'un «corps de paix international» me préoccupe. Un groupe de travail interdépartemental l'étudie. Le département militaire a été chargé d'une étude spéciale. N'est-ce pas mettre la charrue avant les bœufs? Il faudrait d'abord voir si la constitution le permet. Je ne suis pas suffisamment au clair sur les inconvénients d'une adhésion à l'ONU. En tout cas, la question ne doit faire l'objet que d'un examen interne. Cela ne doit pas empêcher de renseigner le public sur la situation de fait. Il faudrait recommander aux Suisses travaillant dans les organisations internationales de s'exprimer avec prudence sur ces questions. En revanche, nous devrions manifester partout où cela est possible que nous sommes prêts à jouer un rôle d'intermédiaire. Nous devrions faire des sondages absolument discrets et confidentiels afin d'apprendre si nous ne pourrions pas faire quelque chose pour amener la fin de la guerre au Vietnam. Le pape agissant dans le même sens[19], nous devrions avant tout chercher la façon d'entrer en contact avec le Vatican. Je conclus qu'on doit renoncer à l'idée d'adresser un rapport aux chambres, qu'il ne faut rien dire du travail interne à faire et que la priorité doit être accordée à la question de l'intégration européenne.

M. Tschudi: Je suis d'accord avec M. Spühler. Il n'a rien dit qui soit contraire à une politique suivie depuis au moins 7 ans. Cette constante de notre politique extérieure est chose appréciable. La confiance en dépend. La politique extérieure a ses assises dans le pays. Une proposition d'adhésion ne serait pas opportune. Il faut se contenter de collaborer aux organisations spécialisées, notamment à l'UNESCO, où notre rayonnement est grand (grâce à Barbey). Notre représentation à l'OIT devrait être améliorée, même si l'importance de l'institution a diminué. Il convient de fortifier la position de Genève et de renseigner le peuple suisse sur le problème international. Ne pas présenter de

19. *Cf. doc. 112,* dodis.ch/32151, *note 14.*

rapport pour le moment. Cela ferait mauvaise impression à l'étranger, faute de conclusion positive.

M. Schaffner: On ne peut qu'approuver les grandes lignes de l'exposé de M. Spühler. La neutralité est l'instrument qui assure notre indépendance. La difficulté est de savoir comment la sauvegarder au milieu de situations mouvantes. Il importe de considérer d'une façon réaliste les avantages et les inconvénients d'une adhésion et l'opportunité d'une discussion des conseils sur la base d'un rapport du Conseil fédéral. Selon Micheli, les expériences de l'Autriche «neutre» à l'ONU ne sont pas très encourageantes. Dès qu'on s'y montre raisonnable, on suscite des critiques violentes. Il y a surenchère pour plaire au tiers monde. L'homologue autrichien[20] de Micheli l'envie de ne pas devoir participer à ces débats. Défendre des positions raisonnables isole parfois un pays plus que la non-participation. Si nous entrons dans l'ONU, nous ne pouvons pas rester à l'écart des discussions. Réserver la non-participation aux sanctions économiques et militaires n'arrangerait pas les choses, car on ne l'obtiendrait pas, en tout cas pas la non-participation aux sanctions économiques. Le Conseil de sécurité peut pratiquer une politique unilatérale (en raison du droit de veto). L'union se fera contre les petits Etats. Si nous ne sommes pas sûrs de faire prévaloir notre politique de neutralité, pourquoi vouloir adhérer? On ne nous y invite pas. La discussion a été déclenchée en Suisse (par la Commission du Conseil national, à la suite d'un article de la NZZ). Changer de politique nous exposerait au reproche d'avoir fait fausse route pendant 20 ans. L'adhésion entraînerait de lourdes charges financières. Il faut tout faire pour assurer la position de Genève. C'est le meilleur investissement. L'ONU a été «partie belligérante». La neutralité suisse peut jouer un rôle utile en pareille occurrence. Le prédécesseur[21] d'U Thant l'avait mieux compris. Si nous adhérons à l'ONU, nous devrons développer notre appareil de représentation mais sans résultats supérieurs aux actuels. Nous ne devons pas oublier notre rôle dans l'UNCTAD[22] et le GATT[23] et la bonne réputation dont nous jouissons dans les Etats neufs. Il vaut mieux développer notre participation aux organisations spécialisées. Créer un corps d'intervention en cas de catastrophes serait plus utile que d'envisager des «Casques bleus». Cela intéresserait les jeunes. Il faut surtout éviter qu'une discussion publique nous place dans une plus mauvaise position qu'avant. Si la commission est bien inspirée, elle devrait renoncer au rapport.

M. Gnägi: Le problème a été beaucoup discuté et cela continuera. Chaque ministre des affaires étrangères a ajouté quelque chose à la notion de la neutralité (solidarité, disponibilité, etc.). Au fond, rien n'a changé depuis l'adoption de la charte en 1946. Il n'y a pas d'amélioration. Les guerres locales continuent. Les dispositions de la charte concernant les sanctions sont

---

20. *E. Bielka.*

21. *D. Hammarskjöld.*

22. *Cf. la déclaration de P. R. Jolles à la 5ème session du Conseil de l'UNCTAD d'août 1968,* dodis.ch/32988 *et la déclaration de la Suisse à la même session,* dodis.ch/32989.

23. *Cf. doc. 15,* dodis.ch/33250.

restées les mêmes. Le nombre des membres ayant fortement augmenté (122), nous faisons de plus en plus figure de «Sonderling», mais les choses n'ont pas changé pour autant. Cela étant, devons-nous changer notre manière de voir? Je ne le crois pas, même si l'impression que nous faisons à l'étranger a changé. Etant donné notre statut de neutralité invoqué à l'égard de l'ONU, il ne paraît pas opportun de renoncer à la politique actuelle. Attendons l'évolution. Si l'on veut changer de politique, il faut pouvoir invoquer des motifs percutants. Il n'y a pas lieu de présenter un rapport aux chambres. Il y a eu, l'année dernière, un débat de politique extérieure. Cela suffit pour le moment.

M. Celio: Nous devons pratiquer une politique européenne et une politique envers l'ensemble des nations. Les problèmes européens sont les plus importants[24]. Il faut se concentrer sur ceux-ci, sans négliger les autres. Il ne s'agit pas aujourd'hui de décision à prendre, mais plutôt d'une tendance à fixer. Nous devons chercher à diriger l'opinion publique. Pour cela, il faut la renseigner. Il est clair que l'adhésion à l'ONU nécessiterait une votation populaire. Si M. Spühler est plutôt pour une adhésion, moi, j'ai dû modifier mon attitude depuis l'affaire rhodésienne. L'ONU m'a déçu. Les grands poissons échappent au filet, comme on peut le constater quand les USA ou l'URSS sont mêlés à une affaire. Même si nous pouvions rester en dehors des sanctions militaires, nous serions liés jusqu'à un certain point. Une décision concernant les sanctions économiques nous obligerait, sans que nous puissions nous contenter du «courant normal». En cas de participation de la Suisse, nous devrons nous abstenir lors du vote de nombreuses résolutions, ce qui nous mettrait en mauvaise posture. Il faut donc continuer à étudier le problème sans dire «il n'y aura jamais d'adhésion». L'ONU se transformera ou se détruira. Les choses ne peuvent durer longtemps ainsi. Il convient d'intensifier notre activité dans les organisations spécialisées et y envoyer nos meilleurs éléments. La position de Genève doit être renforcée. Nous devons faire des grands efforts pour cela. Il ne faut pas attacher trop d'importance à notre rôle d'amiable compositeur, même si l'on a enregistré des résultats remarquables (Cuba). Il ne faudrait pas favoriser une intervention parlementaire parce que nous n'avons rien de nouveau à dire, que la prudence s'impose et qu'il faut éviter de provoquer une discussion malencontreuse en Suisse et à l'étranger. Au Département militaire, on est d'avis que la mise à disposition de «casques bleus» suisses serait impossible sans une révision de la constitution, à moins qu'il ne s'agisse de volontaires. La mission de l'armée est clairement fixée. Nous ne devrions pas nous mêler de démarches en faveur de la paix au Vietnam si nous ne sommes pas sollicités d'agir. Ceux qui réclament une politique active n'ont pas l'expérience des difficultés à prévoir. Une information serait désirable. Il serait bon d'étudier le problème d'une organisation qui interviendrait en cas de catastrophes. Chacun aurait compris que la Suisse envoie un bataillon de sapeurs en Italie, en passant par dessus les obstacles d'ordre constitutionnel.

---

24. *Cf. p. ex. doc. 21,* dodis.ch/33238 *et doc. 55,* dodis.ch/33252.

M. le Président: J'ai relu la charte. Je suis frappé par les dispositions obligeant de participer aux sanctions militaires, sans refus possible. Mais il y a aussi la question des mesures à prendre dans les divers domaines (économie, transports, communications, diplomatie). Or nous devons rester neutres envers chacun. Il faut poursuivre l'étude du problème de l'adhésion pour être prêt à prendre une décision suivant les circonstances dans lesquelles nous nous trouverons. Dans les petits pays, on pense souvent que la Suisse aurait plus d'influence si elle pouvait faire entendre sa voix à l'ONU. Mais il faut penser à l'aspect passionnel qu'ont parfois les débats. La tendance africaine est l'élimination des Européens, mais des Africains éclairés demandent qu'on n'abandonne pas l'Afrique avant qu'elle ait pu former ses cadres. Il faut poursuivre notre effort d'information et mettre en valeur notre collaboration aux organisations spécialisées. Il importe de renforcer Genève (au sens large du terme). Il serait bon de dresser la liste des Suisses occupant des postes importants dans les organisations de l'ONU[25]. On doit renoncer à faire un rapport aux chambres, mais on pourrait effleurer la question en liaison avec la gestion.

M. Celio: Si la Commission du Conseil national demande vraiment un rapport, il ne faudra pas le refuser.

M. le Président: Nous devons étudier la question d'une troupe d'intervention en cas de catastrophes se produisant en Suisse. Si une possibilité d'action se manifestait pour la Suisse en faveur de la paix au Vietnam, notre pays pourrait jouer un rôle utile, mais il faudrait une préparation très soignée. Il y a une évolution au Vietnam Nord, puisque l'on y a accepté l'aide de la Croix-Rouge suisse.

M. Spühler: La discussion a été très utile pour moi. Il faut chercher à rester dans la ligne de l'évolution. On a parlé tout à l'heure de la question d'une clause de retrait dans la charte de l'ONU. L'absence de clause n'a pas empêché l'Indonésie de sortir de l'ONU. Mais cela ne doit pas compter pour nous! U Thant ne pouvait pas s'exprimer autrement qu'il l'a fait. La Suisse ne pourrait invoquer un statut spécial en cas d'adhésion pure et simple. Il faudrait régler préalablement la question de la neutralité. Un vote populaire négatif serait une catastrophe pour la réputation de la Suisse. L'adhésion à l'ONU nous causerait moins de difficultés que le problème de l'intégration européenne. Il serait bon de développer notre collaboration aux organisations spécialisées, mais il ne faut pas se faire d'illusions sur l'effet qui en résultera. Il est important de fortifier «Genève». Il faudra évoquer le problème de l'adhésion, puisqu'il y a une interpellation Schmitt-Genève[26], mais éviter de provoquer un débat. Pour les «casques bleus», la seule solution est le volontariat.

---

25. *Cf. la* Liste des hauts fonctionnaires de nationalité suisse appartenant aux cadres d'organisations intergouvernementales *du 20 octobre 1967,* dodis.ch/34165.

26. *Sur le traitement commun de l'interpellation Schmitt et du postulat Bretscher par le Conseil fédéral, cf. le PVCF délibératif de la 40ème séance du 12 juin 1967,* E1003#1994/26#8*, *p. 3. Cf. aussi note 6.*

5

dodis.ch/32461

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Besuch des deutschen Botschafters, Herrn Friedrich Buch, Freitag, 20. Januar 1967, 17 Uhr

Bern, 21. Januar 1967

Herr Botschafter Buch hat den Auftrag seiner Regierung, ein Aide-mémoire[2] betreffend die Osteuropa-Politik zu übergeben und mir mündlich vorzutragen.

Wie er dabei ausführt, ist das Politische Departement über diesen Schritt der deutschen Regierung bereits orientiert, hat es doch in deren Auftrag unlängst eine gleichlautende Mitteilung dem algerischen Aussenminister[3] übergeben.

Er fügt mündlich dem Verlesen des Aide-mémoires bei, er hoffe, dass die Schweiz der deutschen Regierung behilflich sei, das Misstrauen, das Deutschland entgegengebracht werde, bei den Oststaaten abzubauen.

Ich gebe meiner Genugtuung Ausdruck, dass die deutsche Regierung bestrebt ist, eine Normalisierung mit den Oststaaten herbeizuführen. Eine Änderung unserer Haltung gegenüber der DDR[4] sei im Zusammenhang mit dem Schritt, den die deutsche Regierung gegenüber den Oststaaten unternehme, nicht geplant. Diese Aktion könne keinen Einfluss auf unsere Haltung zur DDR haben. Schon deswegen nicht, weil die Schweiz immer selbstständig Stellung zu diesem Problem genommen habe[5]. Zu den mündlichen Bemerkungen des Botschafters stelle ich fest, dass man von uns keine besonderen Schritte erwarte. Es liege durchaus in unserer bisherigen Haltung, im politischen Gespräch zu den Bemühungen in Richtung einer Entspannung beizutragen.

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#498* (11). *Kopie an P. Micheli.*
2. *Memorandum der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern an das Politische Departement vom 20. Januar 1967, Doss. wie Anm. 1. Vgl. dazu ferner die Notiz von H. Zimmermann vom 24. Februar 1967,* dodis.ch/33396.
3. *A. Bouteflika. Zur Übergabe des Memorandums vgl. das Telegramm Nr. 115 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Algier vom 17. Januar 1967,* E2003-06#1979/15#16* (o.841.06.6). *Vgl. auch das Schreiben von A. R. Ganz an P. Micheli vom 3. Juni 1967,* dodis.ch/34008.
4. *Vgl. dazu Dok. 149,* dodis.ch/32468.
5. *Zur schweizerischen Haltung gegenüber der Hallstein-Doktrin vgl. z. B. die Notiz von A. Zehnder vom 19. Oktober 1955,* dodis.ch/12555.

6

dodis.ch/32245

L'Ambassadeur de Suisse à Tel Aviv, J. de Stoutz, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli[1]

Tel Aviv, 30 janvier 1967

J'ai lu avec beaucoup d'intérêt votre lettre du 20 décembre[2] et les copies[3] de celles de la Division fédérale de la Justice qui y étaient annexées et qui concernent le problème des avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques. J'apprécie beaucoup le soin que vous avez mis à répondre aux questions que je vous avais posées antérieurement à ce sujet.

La lettre du 29 juillet[4] de la Division fédérale de la Justice ne fournit pas d'explications très convaincantes ni tout à fait satisfaisantes en ce sens qu'elle se borne, grosso modo, à relever que le Bureau chargé de traiter les demandes tendant à la restitution de biens en déshérence, n'est pas compétent pour se prononcer sur le cas de ceux déposés sous le couvert d'une raison sociale et que les dépositaires ne sont pas, en vertu de l'AF du 20. 12. 62[5], tenus de déclarer. Pour tout dire, il m'était apparu depuis assez longtemps et assez clairement que le Bureau en question n'ayant été constitué que pour être l'instrument d'application de l'AF de 1962 qui n'oblige nulle part les dépositaires à annoncer les biens appartenant, fictivement ou non, à une personne morale, ce même Bureau était évidemment incompétent pour traiter du cas de ces biens. A ce propos il est permis de se demander si l'AF ne comporte pas là une lacune.

Le contenu de la lettre du 13 décembre[6] de la Division fédérale de la Justice est indubitablement plus satisfaisant. Il est heureux que les demandes des ayants droit concernant des biens en déshérence que les dépositaires ne sont pas tenus d'annoncer au Bureau ad hoc, échappent à la prescription de l'article 127 CO et ne peuvent, dans la règle, être prescrits aussi longtemps que le mandat n'a pas été dénoncé et les biens réclamés. Le fait que cette prescription ne peut intervenir est bien dans le sens du Message du

---

1. *Lettre:* E2001E#1978/84#955* (B.42.13).
2. *Lettre de E. Diez à J. de Stoutz du 20 décembre 1966,* E2200.170#1980/92#61* (223.1).
3. *Cf. les lettres du Service des avoirs d'étrangers disparus du Département de justice et police au Service juridique du Département politique du 29 juillet 1966 et du 13 décembre 1966, ibid.*
4. *Cf. note 3.*
5. Arrêté fédéral sur les avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques *du 20 décembre 1962, RO, 1963, pp. 423–432. Cf. aussi DDS, vol. 22, doc. 147,* dodis.ch/30752; *DDS, vol. 23, doc. 179,* dodis.ch/31451, *en particulier note 21 et DDS, vol. 24, doc. 151,* dodis.ch/32250.
6. *Cf. note 3.*
7. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale à l'appui d'un projet d'arrêté fédéral sur les avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques *du 4 mai 1962, FF, 1962, I, pp. 969–984.*

Conseil fédéral du 4 mai 1962[7] relevant que la Suisse «ne doit pas être, ne serait-ce que soupçonnée de vouloir s'enrichir des avoirs ayant appartenu aux victimes d'événements ... etc».

Il reste à souhaiter que le maximum soit fait par les autorités suisses, et bien entendu par les dépositaires de biens en déshérence, afin de ne pas décourager, mais bien au contraire de faciliter les efforts des ayants droit présumés visant à entrer en possession de biens dont ils seraient les héritiers mais qui auraient été déposés en Suisse sous le couvert d'une raison sociale. Il me semble que ce n'est qu'ainsi que nous pourrons éviter, ou en tout cas résolument écarter, des reproches qui pourraient nous être faits et dont le Conseil fédéral avait envisagé la possibilité dans son Message du 4. 5. 62.

Je vous saurais gré de bien vouloir continuer à me tenir au courant et je vous en remercie par avance.

7

dodis.ch/33714

Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Vertraulich Washington, 30. Januar 1967

Wie Sie wissen, wurde Botschafter Stadelhofer am 25. d. M. vom amerikanischen Staatssekretär Dean Rusk empfangen. Auf Wunsch von Dr. Stadelhofer möchte ich Sie kurz über diesen Besuch, an dem ich teilgenommen habe, unterrichten.

Mr. Rusk lag offenbar viel daran, Dr. Stadelhofer persönlich die Dankbarkeit der amerikanischen Behörden für seinen inspirierten, unermüdlichen und effektiven Einsatz bei der Wahrung der amerikanischen Interessen in Kuba[2] auszusprechen, und gleichzeitig selbstverständlich auch die Dienste, welche die Schweiz den USA dort leistet, anzuerkennen.

Im Lauf des Gesprächs kam erneut die grosse Bedeutung zum Ausdruck, welche die amerikanische Regierung dem von Dr. Stadelhofer zustandegebrachten Flüchtlings-Abkommen[3] beimisst.

---

1. *Schreiben:* E2001E#1978/84#7127* (B.24). *Visiert von W. Spühler, M. Gelzer und L. Mossaz.*

2. *Zur Interessensvertretung der Schweiz in Kuba vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 116,* dodis.ch/15005; *DDS, Bd. 23, Dok. 2,* dodis.ch/30978 *und die Notiz vom 22. Juli 1967,* dodis.ch/33928. *Für einen Überblick über die Schutzmachtmandate der Schweiz vgl. das Rundschreiben des Diensts für Fremde Interessen des Politischen Departements an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 6. Mai 1968,* dodis.ch/31489.

3. *Zur Aktion der Flüchtlingstransporte via Luftbrücke Varadero–Miami vgl. den Bericht von R.-E. Campiche vom 7. Juni 1966,* dodis.ch/30987; *den Bericht von R. Probst an W. Spühler vom 14. Juni 1966,* dodis.ch/30986; *das Schreiben von E. Stadelhofer an W. Spühler vom 23. Dezember 1966,* dodis.ch/30989; *den Bericht von G. Kappeler vom 1. Februar 1967,* dodis.ch/33719 *und das Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 31. Mai 1967,* dodis.ch/33723.

Auch die Frage der «Amcits»[4] wurde erwähnt, wobei Mr. Rusk sehr klar auf den Gegensatz hinwies zwischen den desinteressierten «guten Diensten», welche die Schweiz leistet, und dem «politischen Geschäft», das Kuba in diesem Fall mit den Amcits mit Mexiko zu machen sucht.

Mr. Rusk unterhielt sich mit Dr. Stadelhofer auch über die allgemeinen Verhältnisse in Kuba und zeigte dabei eine bemerkenswerte Vertrautheit mit allen wesentlichen Aspekten der politischen Entwicklung in und um Kuba und mit den Persönlichkeiten, die dort am Ruder sind. Offenbar bedeutet Kuba für die amerikanische Regierung immer noch einen sehr empfindlichen politischen Fragenkomplex.

Mr. Rusk interessierte sich besonders für die in Kuba feststellbaren Tendenzen zu einer institutionellen Konsolidierung einer «kollektiven» Staatsführung, welche diese in Richtung auf eine ruhigere und weniger virulente Haltung zu orientieren scheint.

Offenbar beobachtet man hier mit besonderer Aufmerksamkeit die Rückwirkungen, welche die amerikanischen Bemühungen um einen Brückenschlag nach Osteuropa auf die Lage und die Politik Kubas zeigen könnten.

In diesem Zusammenhang bemerkte Mr. Rusk, dass man amerikanischerseits durchaus nicht das Regime in Kuba selbst anfechten wolle sondern nur an zwei wesentlichen Voraussetzungen zu einer allfälligen Flurbereinigung unbedingt festhalte, nämlich dem Verzicht Kubas auf die Anstiftung subversiver Aktionen in den lateinamerikanischen Nachbarstaaten und dem Verzicht auf ein militärisches Bündnis mit der UdSSR.

Zum Schluss möchte ich noch zwei bemerkenswerte Fragen erwähnen, die Mr. Rusk an Dr. Stadelhofer stellte.

Mr. Rusk erwähnte die Kontrollflüge über der Insel Kuba, welche die Amerikaner im Interesse ihrer Sicherheit «diskret», wie er bemerkte, weiterführen und fragte, ob das in der kubanischen Öffentlichkeit zu offenen Irritationen Anlass gebe (was Dr. Stadelhofer verneinte).

Ferner wollte er wissen, ob der Misserfolg der SAM-Raketen in Vietnam, wo mit 1'200 Abschüssen nur 30 Treffer erzielt worden seien, in Kuba Aufsehen erregt habe (was Dr. Stadelhofer ebenfalls verneinte).

---

4. *Zur Frage der «American citizens» auf Kuba vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 146,* dodis.ch/30985; *das Schreiben von H. Taylor an A. Fischli vom 17. April 1967,* dodis.ch/33721; *die Notiz von M. Gelzer an P. Micheli vom 20. Juni 1967,* dodis.ch/33726; *das Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 1. Dezember 1967,* dodis.ch/33728 *sowie das Schreiben von L. Mossaz an A. Fischli vom 12. Dezember 1967,* dodis.ch/33731.

8

dodis.ch/33239

L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, B. Turrettini, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

New York, 17 février 1967

La déclaration suisse[2] que j'ai transmise selon les instructions du Conseil fédéral au Secrétaire général[3] lundi dernier, n'a pas provoqué jusqu'à maintenant de réactions très spectaculaires de la part des membres des Nations Unies ni du Secrétariat. Seul parmi mes collègues, Lord Caradon crut devoir m'exprimer ses critiques, ajoutant qu'il ne comprenait pas pourquoi la Suisse ne s'associait pas au monde entier pour contribuer à la chute du régime de Ian Smith. Divers collègues africains exprimèrent également leur déception, ce que je m'efforçai de dissiper[4], ainsi que le firent mes collaborateurs, auprès de tous ceux qui d'une manière ou d'une autre voulaient connaître exactement le sens de la décision des autorités suisses.

Le représentant du Portugal, par contre, se félicita vivement de la fermeté de notre position. Dans une conversation avec des collègues français, le Chargé d'affaires Antonio Patricio déclara que c'étaient des petits pays comme le Portugal et la Suisse qui donnaient à l'Organisation des leçons de sagesse et de courage. De façon générale, la majorité des autres missions ne se manifesta pas directement à notre égard. Certains pensent pourtant, en particulier les Hollandais, que notre prise de position va placer les Allemands dans une situation difficile et qu'ils vont subir la pression de leurs industriels pour que leur Gouvernement ne coupe pas tous les ponts avec la Rhodésie, en raison notamment des énormes contrats déjà passés. Bien entendu, chaque fois que nous en avons l'occasion, nous nous efforçons d'expliquer la position suisse dans cette affaire, nous appliquant à en souligner les aspects positifs, c'est-à-dire les mesures qui ont été prises en 1965[5] et renforcées en 1966[6] pour empêcher que la Suisse ne devienne une plaque tournante pour le régime rebelle de Ian Smith.

---

1. *Lettre:* E2807#1974/12#477* (09). *Visée par P. Micheli et W. Spühler.*
2. *Cf. le PVCF N° 237 du 10 février 1967,* dodis.ch/33664 *et le PVCF délibératif de la 10ème séance du 10 février 1967,* dodis.ch/33265. *La déclaration se base sur le* Bericht der Arbeitsgruppe des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Haltung der Schweiz in der Sanktionenfrage gegen Rhodesien *du 11 janvier 1967,* dodis.ch/33750. *Sur la discussion du rapport au sein du Conseil fédéral, cf. le PVCF délibératif de la 9ème séance du 7 février 1967,* E1003#1994/26#8*.
3. *S. U Thant.*
4. *Cf. aussi la lettre de B. Turrettini à W. Spühler du 22 décembre 1966,* dodis.ch/31113.
5. *Sur les mesures prises à l'encontre de la Rhodésie par le Conseil fédéral le 17 décembre 1965, cf. DDS, vol. 23, doc. 138,* dodis.ch/31090, *en particulier notes 3–9.*
6. C*f. DDS, vol. 23, doc. 138,* dodis.ch/31090, *en particulier notes 22 et 23.*

Je crois cependant que les critiques éventuelles[7] viendront lors de la parution du rapport[8] du Secrétaire général au Conseil de sécurité[9]. A ce moment-là, certaines nations africaines pourraient ne plus nous épargner comme elles l'avaient fait jusqu'ici, d'autant moins que nous courrons le risque d'être assimilés à l'Afrique du Sud et au Portugal.

Il a paru également étonnant à quelques collègues en particulier scandinaves, que pas la moindre phrase n'ait été introduite dans la déclaration pour condamner d'une manière ou d'une autre le régime rebelle de Ian Smith et sa philosophie raciste et que ce texte n'ait pas rappelé que nous ne reconnaissons pas ce régime. C'est probablement ce qu'on risque d'interpréter comme un défaut de solidarité envers les principes d'égalité raciale unanimement sanctionnés par l'Organisation mondiale qui pourrait un jour nous être le plus reproché.

Il est vraiment difficile de formuler tout pronostic quant aux conséquences que notre attitude dans l'affaire rhodésienne exercera sur nos rapports avec les Etats du continent noir. Il n'est cependant pas complètement exclu qu'un préjudice nous soit porté lorsqu'il s'agira d'obtenir des contrats, notamment par le biais des Nations Unies, d'autant plus que nos concurrents européens ne se gêneront pas d'entretenir les griefs des Africains à notre égard.

J'espère, en conclusion, que notre prise de position et la manière dont elle a été présentée n'auront pas de conséquences défavorables sur nos relations avec l'Organisation et plus spécialement ses membres africains. S'il m'est permis de présenter une remarque pour l'avenir, je voudrais exprimer l'espoir d'avoir la possibilité – ce qui n'a pas été le cas cette fois-ci – de pouvoir vous faire part en temps voulu des observations que je jugerais de mon devoir de formuler à l'égard de décisions importantes affectant nos rapports avec l'ONU, en me plaçant dans l'optique de mon poste[10].

---

7. *Sur les réactions internationales à la position de la Suisse en ce qui concerne la situation en Rhodésie, cf. doc. 171,* dodis.ch/30859, *en particulier note 9.*

8. ONU, Conseil de sécurité, Rapport présenté par le Secrétaire général en application de la résolution 232 (1966) *du 21 février 1967,* E2001E#1978/84#5791* (C.23.2).

9. *Suite à cette prévision, le Département politique a chargé l'Observateur de la Suisse auprès de l'ONU à New York de contacter au préalable le responsable du rapport pour s'assurer que la partie du rapport qui concerne la Suisse soit conforme à son point de vue. Cf. le télégramme N° 26 du Département politique au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès de l'ONU à New York du 24 février 1967,* dodis.ch/33665.

10. *Sur les informations fournies par l'Observateur de la Suisse auprès de l'ONU à New York au sujet de la position suisse face à la situation en Rhodésie, cf. DDS, vol. 23, doc. 120,* dodis.ch/31085; *DDS, vol. 24, doc. 171,* dodis.ch/30859 *et la lettre de B. Turrettini à W. Spühler du 16 janvier 1969,* dodis.ch/33738.

9

dodis.ch/32154

Notice pour le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

TRAITÉS D'ARBITRAGE OBLIGATOIRE

Berne, 22 février 1967

La question se pose si nous voulons proposer aux Etats nouvellement constitués depuis 1962 la conclusion de tels traités. Il s'agirait de continuer notre politique inaugurée en 1962[2]. La notice ci-jointe[3] contient des informations sur les Etats dont il s'agit.

Personnellement je serais en faveur de continuer notre initiative[4], en tout cas avec certains Etats.

Il serait peut-être utile de discuter la question lors d'une séance[5] avec les chefs de section[6].

---

1. *Notice:* E2001E#1978/84#653* (B.14.41). *Rédigée et signée par R. Bindschedler.*
2. *Sur la politique de la Suisse en matière de conclusion de traités d'arbitrage obligatoire depuis 1962, cf. la notice de R. Bindschedler du 14 octobre 1963,* dodis.ch/33842; *la lettre de P. Micheli à A. Däniker du 7 février 1962,* dodis.ch/18852; *le PVCF N° 1162 du 2 juillet 1965,* dodis.ch/31432; *la notice de R. Bindschedler du 23 septembre 1965,* dodis.ch/32072 *et la proposition de W. Spühler au Conseil fédéral du 20 juin 1966,* dodis.ch/32073.
3. *Notice de H. Zoelly à R. Bindschedler du 18 février 1967,* dodis.ch/32155.
4. *Sur l'état général des discussions en cours en vue de la conclusion de nouveaux traités d'arbitrage, cf. la notice de J. Cuendet à R. Bindschedler du 7 mars 1967,* dodis.ch/32156 *et la lettre de R. Bindschedler à P. Erb du 1er novembre 1967,* dodis.ch/32150.
5. *Cf. le procès-verbal de la séance des Chefs de section du Département politique du 8 mars 1967,* E2807#1974/12#133* (023.1-05).
6. *Annotation manuscrite en bas de page de A. Janner du 24 février 1967:* Für Ost scheint nur Singapur interessant. Immerhin behandelt die Notiz die Mongolei diskriminatorisch. *Annotation manuscrite ultérieure de M. Gelzer:* Wurde an Sektionschef-Sitzung vorbesprochen. Inzwischen überholt durch Notiz B*[indschedler]* vom 8. März 1967 *[doss. comme note 1]*. ad acta.

10

dodis.ch/32342

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

VERHANDLUNGEN MIT SPANIEN

Bern, 27. Februar 1967

Die im Sommer 1966 eingeleiteten Besprechungen[2] mit Spanien über die Gleichbehandlung spanischer Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen mit den Italienern[3] konnten am 23. Februar 1967 erfolgreich abgeschlossen werden.

Das beiliegende Aide-mémoire[4], von dem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 21. Februar 1967[5] in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen hat, fasst die Zugeständnisse zusammen, die wir im Einvernehmen mit den Kantonen und den Sozialpartnern – der Gewerkschaftsbund hat nachträglich ebenfalls seine Zustimmung erklärt – den Spaniern im Rahmen einer autonomen Regelung einräumen können.

Das Aide-mémoire wurde der spanischen Delegation, bestehend aus Minister Garcia Lahiguera und den Generaldirektoren der Arbeitsmarktverwaltung und der Auswanderungsanstalt, überreicht[6] und mündlich erläutert. Ich legte insbesondere dar, dass die Umwandlung des Saisonnierstatuts in ein Nichtsaisonnierstatut für spanische Arbeitskräfte, welche innerhalb von 5 Jahren mindestens 45 Monate bei uns beschäftigt waren, gegenwärtig nicht in Betracht falle, dass wir aber bereit sind, in einem späteren Zeitpunkt darauf zurückzukommen. Die Spanier waren über unsere Zugeständnisse überrascht und hoch erfreut und zeigten alles Verständnis für unsere Situation und damit für die Unmöglichkeit, die Umwandlung des Saisonnier- in ein Nichtsaisonnierstatut in Erwägung zu ziehen.

Nachdem sozusagen sämtliche Begehren der Spanier erfüllt werden konnten, gab ich der Erwartung Ausdruck, dass in Zukunft für die Kündigung des

---

1. *Notiz (Kopie):* E7001C#1978/59#957* (530.02). *Unterzeichnet von M. Holzer. Visiert von H. Schaffner. Handschriftliche Marginalie von H. Schaffner:* Herr Stopper Präs. NB. orient.
2. *Zu den am 28. Juni 1966 begonnenen Besprechungen vgl. Doss.* E7170B#1977/67#1391* (241.2).
3. *Zum Abkommen vom 10. August 1964 zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte in die Schweiz vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 37,* dodis.ch/30798; *Dok. 48,* dodis.ch/30799; *Dok. 53,* dodis.ch/30796; *Dok. 54,* dodis.ch/30797 *und Dok. 64,* dodis.ch/31048; *Bd. 24, Dok. 85,* dodis.ch/32361 *und Dok. 187,* dodis.ch/32665; *das Rundschreiben von H. Schaffner und L. von Moos an die Polizeidirektionen der Kantone und an die für den Arbeitsmarkt zuständigen kantonalen Departemente vom 30. März 1967,* dodis.ch/32341 *und die Notiz von H. Miesch an W. Spühler vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/32340.
4. *Memorandum der schweizerischen Delegation vom 23. Februar 1967,* dodis.ch/32343.
5. *Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 13. Sitzung vom 21. Februar 1967,* E1003#1994/26#8*.
6. *Zur Unterredung zwischen M. Holzer und A. Garcia Lahiguera vgl. die Notiz* Visite de M. Garcia Lahiguera du 23 février 1967, dodis.ch/33918.

Abkommens erneut die Bestimmung von Art. 19 rechtswirksam werde, wonach das Abkommen jeweils auf Ende des Jahres nach Ablauf einer sechsmonatigen Frist gekündigt werden kann. Die Spanier sicherten zu, ihrer Regierung eine wohlwollende Prüfung dieses Begehrens zu beantragen.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird in einer Note, die dem spanischen Botschafter zuhanden seiner Regierung überreicht werden wird, festgehalten werden.

Die spanische Delegation benützte die Gelegenheit der in einer freundschaftlichen Atmosphäre geführten Besprechungen, um einige alte und neue Begehren anzubringen, die sich auf die Revision des Abkommens vom 2. März 1961[7], die Erhebung einer Gebühr für die Ausstellung der Dienstverträge und auf die Durchführung der sanitarischen Untersuchung[8] bezogen. Wie beiliegendem Verhandlungsprotokoll[9] entnommen werden kann, nahmen wir diese Begehren zur Prüfung entgegen, brachten aber gleichzeitig unsere Bedenken grundsätzlicher und praktischer Natur an.

Den Kantonen werden nun in einem gemeinsamen Kreisschreiben[10] des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements Richtlinien über die Neuordnung der Rechtsstellung nicht nur der spanischen, sondern sämtlicher westeuropäischer Arbeitskräfte erteilt werden. Die Kantone haben diesen Richtlinien bereits zugestimmt. Ich werde Ihnen ausserdem demnächst den Entwurf einer Verfügung[11] des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung durch die öffentliche Arbeitsvermittlung zur Genehmigung vorlegen. Wir werden auch die Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber orientieren.

---

7. Abkommen zwischen der Schweiz und Spanien über die Anwerbung spanischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in der Schweiz *vom 2. März 1961, AS, 1961, S. 982–988.*
8. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Holzer an A. Sauter vom 9. März 1967,* dodis.ch/32346.
9. *Protokoll von A. Garcia Lahiguera und E. Mäder vom 23. Februar 1967,* dodis.ch/32344.
10. *Rundschreiben des Justiz- und Polizeidepartements und des Volkswirtschaftsdepartements an die Polizeidirektionen der Kantone vom 30. März 1967, Doss. wie Anm. 1. Vgl. dazu auch das BR-Prot. Nr. 1359 vom 15. August 1967,* dodis.ch/33381.
11. *Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements vom 22. März 1967, Doss. wie Anm. 1.*

11

dodis.ch/33137

L'Ambassadeur de Suisse à Sofia, L. Guillaume,
au Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Visite à M. Todor Jivkov, Chef du Gouvernement,
le 28 février 1967

Sofia, 1er mars 1967

Pour me conformer à un usage suivi à Sofia selon lequel un Ambassadeur nouvellement accrédité se doit de faire une visite de courtoisie au Chef du Gouvernement – généralement dans les trois mois qui suivent la remise des lettres de créance –, j'ai été amené à demander une audience au Premier Ministre, M. Todor Jivkov. J'ai été reçu le 28 février.

Le Président du Conseil, en présence du Vice-Ministre Guéro Grozev, avec qui j'entretiens depuis quelques années de bonnes relations, a bien voulu donner à cette audience une note de cordialité. Après l'échange coutumier de quelques paroles aimables, je lui demandai de m'accorder un instant de son obligeante attention pour me permettre de lui parler de la neutralité suisse, un sujet peut-être souvent mentionné mais plus rarement précisé quant à ses très lointaines origines historiques.

Passant ensuite en revue nos relations bilatérales, je remarquai avec mon interlocuteur qu'en ce qui concerne entre autres nos échanges économiques, ceux-ci accusent, depuis ces dernières années, un accroissement que l'on peut qualifier de frappant. De 1962 à 1966, le volume de nos échanges s'est en effet accru de 400%[2]. J'ajoutai que ce développement heureux témoignait certes d'un intérêt croissant qui est porté chez nous au marché bulgare, à telle enseigne qu'un groupe de fabricants de machines suisses se proposait d'ouvrir ce printemps même une exposition[3] de leurs produits à Sofia.

---

1. *Rapport politique N° 8:* E2300-01#1973/156#153* (A.21.31). *Visé par P. Micheli et A. Janner.*

2. *Annotation dans le texte original:* Selon les statistiques suisses, le volume global du commerce entre les deux pays a passé de 13,5 en 1962 à 56,9 millions de frs en 1966; le même rythme d'accroissement se retrouve dans les statistiques bulgares, lesquelles englobent dans leurs chiffres non seulement l'échange des marchandises proprement dit, mais également les chiffres des affaires réalisées avec des Etats tiers par l'entremise de notre pays. Selon le ministère du Commerce extérieur bulgare, ces chiffres sont, pour l'année 1962: 9,3 millions de dollars; et pour 1966: 39,1 millions de dollars. Il est peut-être intéressant de noter que durant la période considérée le volume total du commerce extérieur bulgare s'est accru de 165%. La comparaison de ce dernier chiffre avec le taux d'accroissement des échanges entre les deux pays en fait ressortir encore davantage le caractère saillant. *Sur le développement des relations commerciales entre la Suisse et la Bulgarie dès 1962, cf. aussi DDS, vol. 23, doc. 61,* dodis.ch/31449*, note 5; la lettre de L. Guillaume à P. R. Jolles du 17 mars 1967,* dodis.ch/33465 *et la notice de L. Roches du 17 mai 1968,* dodis.ch/33480.

3. *Cf. la lettre de L. Guillaume à P. R. Jolles du 18 juin 1967,* dodis.ch/33475.

En fin d'entretien, M. Todor Jivkov qualifia de normales les relations existantes entre nos deux pays et se félicita de l'accroissement de nos échanges commerciaux tout en assurant que le projet d'exposition de machines suisses rencontrerait l'intérêt et l'appui des Autorités bulgares. D'autre part, il m'annonça son très prochain voyage à Moscou pour y régler, dit-il, des questions de routine et y mettre au point la prochaine visite officielle de M. Brejnev en Bulgarie où il est attendu vers la fin du mois[4].

4. *Pour une évaluation des relations soviéto-bulgares, cf. la lettre de L. Guillaume à P. Micheli du 26 juillet 1968,* dodis.ch/33485. *Sur d'autres aspects des relations avec la Bulgarie, cf. le PVCF N° 1838 du 20 novembre 1968,* dodis.ch/32353 *et la notice de H. Miesch à W. Spühler du 30 avril 1969,* dodis.ch/33490.

12

dodis.ch/32673

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Schreiben von Me Brahier vom 14. 2. 1967[2]

Bern, 6. März 1967

Diese Angelegenheit beschäftigt uns schon seit einiger Zeit. Der Fall Gerber[3] ist nicht der einzige dieser Art. Die Inder beanspruchen, nach Belieben den schweizerischen Experten die Visa zu verweigern, sofern es sich um Experten privater Organisationen handelt, gleichgültig ob die betreffenden Projekte vom Bund subventioniert werden oder nicht. Es ist klar, dass wir uns damit nicht abfinden können. Wir haben denn auch über unsere Botschaft in Delhi und über den hiesigen Botschafter Indiens gegen das Verhalten der indischen Visabehörden protestiert[4], das in grossem Widerspruch zum Geiste der technischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern steht, und Abhilfe verlangt. Der Erfolg dieser Schritte bleibt nun abzuwarten. Unsere künftige Haltung in der Entwicklungshilfe an Indien[5] wird davon nicht unbeeinflusst bleiben. Von unserem Antwortschreiben an Me Brahier vom 28. Februar[6] haben Sie Kopie erhalten.

Die Haltung der indischen Behörden gegenüber den privaten Hilfswerken ist völlig uneinheitlich. So geht z. B. Frau Indira Gandhi die Berufsschule des HEKS[7] in Südindien einweihen und ist des Lobes voll (was Herrn National-

1. *Notiz:* E2005A#1980/82#358* (t.311.050-1). *Verfasst von R. Pestalozzi und unterzeichnet von S. Marcuard. Kopie an A. Janner und die schweizerische Botschaft in New Delhi.*
2. *Schreiben von M. Brahier an R. Bonvin und R. Gnägi vom 14. Februar 1967,* dodis.ch/34127.
3. *Zu den Schwierigkeiten ein Visa für H. Gerber zu erhalten vgl. Doss. Anm. 1.*
4. *Zu den diversen Interventionen vgl. Doss. wie Anm. 1.*
5. *Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 30.*
6. *Schreiben von R. Pestalozzi an M. Brahier vom 28. Februar 1967, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1066 vom 9. Juli 1968,* E1004.1#1000/9#736*.

rat Korner veranlasst, in der Kommission für den 100 Mio-Kredit zu sagen, die indische Regierung sei den christlichen Hilfswerken günstig gesinnt[8]), aber wenn der Schweizer Leiter[9] dieser Schule einen Schweizer Mitarbeiter wünscht, wird diesem das Visum nicht erteilt (das im Mai 1966 verlangte Visum ist bis heute nicht eingetroffen). Von solchen Massnahmen werden selbst allgemein anerkannte Organisationen wie das Schweizerische Rote Kreuz betroffen, mit der Begründung, das Personal von dessen Projekten sollte indianisiert werden.

Es wäre sicher nützlich, wenn Sie bei Gelegenheit dem indischen Botschafter[10] eine Bemerkung machen würden, ganz unabhängig davon, wie die gegenwärtig hängigen Fälle geregelt werden. Es geht um die prinzipielle Frage, ob die Inder mit uns zusammenarbeiten wollen.

---

8. *Zum Votum von H. Korner vgl. das Protokoll der Kommission des Nationalrats für die Vorlage des Bundesrats vom 27. Dezember 1966 über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern vom 8. Februar 1967,* E2005A#1980/82#66* (t.143.0(3)), *S. 16 f. Zum dritten Rahmenkredit für die technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 182,* dodis.ch/32847, *Anm. 4.*

9. *W. Kellenberger.*

10. *Zur Unterredung mit V. Trivedi vgl. die Notiz von R. Pestalozzi vom 7. April 1967,* dodis.ch/34132. *Die Frage wurde beim Besuch des indischen Aussenministers, M. C. Chagla, aufgegriffen. Vgl. dazu die Notiz von S. Marcuard vom 29. April 1967,* dodis.ch/32675.

13

dodis.ch/32269

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Kuba. Nationalisierungsverhandlungen

Vertraulich *[Bern,]* 7. März 1967

Im Oktober 1960[2] waren vom revolutionären Kuba drei industrielle Betriebe[3], an denen die Nestlé massgebend beteiligt war, nationalisiert worden. Im Laufe der Jahre kam ausserdem eine Anzahl Schweizerbürger in Kuba individuell zu Schaden. Schliesslich sind die Erlöse aus der Liquidation der

---

1. *Notiz:* E7110#1978/50#2025* (863.0.1). *Verfasst und unterzeichnet von R. Probst. Kopie an A. Weitnauer, P. Languetin, A. Grübel, H. Bühler, H. Marti, E. Moser, H. Hofer, E. Léchot, H. Aebli, P. Micheli, M. Gelzer, C. Jagmetti, E. Diez, A. Janner, an den Delegierten für Technische Zusammenarbeit des politischen Departements und an die schweizerische Botschaft in Havanna.*

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 98,* dodis.ch/14968. *Für einen Überblick über die Entwicklung Kubas seit der Machtübernahme durch F. Castro vgl. den Politischen Bericht Nr. 5 von A. Fischli an W. Spühler vom 14. Dezember 1967,* dodis.ch/32266.

3. *Compañia Nacional de Alimentos SA, Conservas Selectas SA, Latas Modernas SA.*

Geschäftstätigkeit schweizerischer Versicherungsunternehmen[4] in Kuba notleidend geblieben.

Die Bemühungen von EPD und Handelsabteilung, für diese Fragen, unter denen dem Nestlé-Komplex zentrale Bedeutung zukommt, eine Lösung zu finden, hatten sich jahrelang ohne viel Erfolgsaussicht hingezogen[5]. Auf Perioden scheinbarer kubanischer Kompromissbereitschaft folgte jeweils wieder längeres Stillschweigen. Als wir indessen letzten Herbst[6] erfuhren, dass kubanischerseits mit Frankreich über gewisse Nationalisierungsprobleme Besprechungen eingeleitet worden waren, verlangten wir unserseits erneut mit Nachdruck die Aufnahme formeller Verhandlungen. Diesmal erklärten sich die Kubaner einverstanden.

Die schweizerische Delegation[7], bestehend aus dem Unterzeichneten (der sich mit der Materie bereits auf dem EPD befasst hatte) als Delegationschef, den Herren Dr. Jagmetti von der Abteilung für Politische Angelegenheiten und Direktor André Muller von der Nestlé als Delegationsmitgliedern, sowie den Subdirektoren Maffli (Rechtsabteilung) und Muggli (Rohstoffspezialist) von der Nestlé als Experten, begab sich auf den 20. Februar hin nach Havanna. Der kubanischen Delegation, vom «Gerente» der Nationalbank, Hector Carbó geleitet, gehörten namentlich Vertreter des Aussen- und des Aussenhandelsministeriums[8] an.

Die Verhandlungen waren von Anfang an, wie nicht anders zu erwarten, mühsam und «zähflüssig». Es fehlte auch nicht an dramatischen Zuspitzungen. Als aber nach Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Verhandlungswoche zumindest über die Bewertung der drei Nestlé-Unternehmen eine befriedigende Lösung erzielt war und eine gewisse Aussicht zu bestehen schien, auch über den Zahlungsmodus zu einer Einigung zu gelangen, entschlossen wir uns, die Besprechungen um vier weitere Tage zu verlängern.

Dieser Entschluss hat sich als richtig erwiesen. Nach einem intensiven Endspurt und harten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Unterzeichnete u. a. auch persönlich an den ihm von früher her bekannten[9] Präsidenten der Nationalbank Orlando Perez (Regierungsmitglied) und den Vize-Aussen-

---

4. *An den Entschädigungsverhandlungen beteiligt sind die Basler Feuer, Basler Transport, Basler Unfall, Schweiz Allgemeine, Schweizerische Rückversicherungsgesellschaft und die Union-Rückversicherungsgesellschaft.*

5. *Zum bisherigen Verhandlungsverlauf vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 112,* dodis.ch/14971; *DDS, Bd. 22, Dok. 148,* dodis.ch/18933 *und Dok. 168,* dodis.ch/30262 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 145,* dodis.ch/30968.

6. *Vgl. dazu den Antrag von W. Spühler an den Bundesrat vom 22. Dezember 1966,* dodis.ch/30965.

7. *Zur Ernennung der schweizerischen Delegation bei den Verhandlungen mit Kuba vgl. das BR-Prot. Nr. 28 vom 10. Januar 1967,* dodis.ch/32273.

8. *O. Miranda, C. Neira und A. Sotolongo. Zur Zusammensetzung der kubanischen Delegation bei den Entschädigungsverhandlungen vgl. das Schreiben von A. Monnier an P. Micheli vom 23. Januar 1967,* E2001E#1978/84#4563* (B.34.66).

9. *Zum Treffen von R. Probst mit O. Perez am 1. Juni 1966 in Havanna vgl. den Bericht von R. Probst vom 14. Juni 1966,* dodis.ch/30986. *Für nachfolgende Treffen zwischen R. Probst und O. Perez vgl. die Notiz von R. Probst vom 21. Februar 1967,* dodis.ch/32270 *sowie das Schreiben von H. Hofer an A. Fischli vom 1. Dezember 1967,* E7110#1978/50#2025* (863.0.1).

handelsminister[10] appellierte, gelang es in der Tat, das schweizerisch-kubanische Nationalisierungsabkommen[11] am 2. März endgültig unter Dach zu bringen. Zwar erklärte der kubanische Delegationschef noch in der Nacht vor der Vertragsunterzeichnung entgegen seiner früheren Aussage überraschend, zur Unterzeichnung letzten Endes doch nicht ermächtigt worden zu sein, sodass diese auf «später» verschoben werden müsse (wobei dann Botschafter Fischli an meine Stelle treten könne). Auf meine kategorische Erklärung, dass ich auf jeden Fall unterschreiben würde, auch wenn er lediglich paraphiere, fand sich dann aber Herr Carbó, eine Stunde vor unserem Abflug, doch noch zur Unterzeichnung bereit!

Materiell erscheint das Abkommen zufriedenstellend. Für die drei Nestlé-Unternehmungen ist darin – zum Schutze vor kubanischen Abwertungsmassnahmen in unserer eigenen Währung ausgedrückt – ein Entschädigungswert von 18 Millionen Franken festgelegt (Nestlé wäre bereit gewesen, als äusserste Konzession bis auf 12 Mio. Fr. hinunterzugehen). Die Abzahlung erfolgt, in festen Jahresraten über acht Jahre gestaffelt, auf dem Wege über Zuckerlieferungen zu Weltmarktpreisen an Nestlé zur Verwendung in ihrer eigenen Produktion sowie in jener ihrer Geschäftsfreunde auf der ganzen Welt. Der Zahlungsmechanismus ist derart gestaltet, dass Nestlé die Zuckerbezüge aus Kuba zu einem Teil in Devisen bezahlt, während ein anderer Teil als Entschädigungsabzahlung kostenlos übernommen wird. Die Kubaner forderten zu diesem Zweck eine jährliche feste Abnahmeverpflichtung der Nestlé von total 60'000 to. Zucker, um auf diese Weise den prozentualen Anteil der jährlichen Entschädigungsrate an den Zuckerlieferungen möglichst tief zu halten. Nestlé offerierte demgegenüber die Abnahme von 30'000 to., wäre aber bereit gewesen, notfalls bis auf 50'000 to. zu gehen[12]. Wir einigten uns schliesslich, nachdem ich eine weitergehende Verpflichtung für Nestlé als unzumutbar zurückgewiesen hatte, diesseits der Mitte auf 40'000 to. Zu den gegenwärtigen Weltmarktpreisen bedeutet dies im Durchschnitt, dass etwa ein Drittel der Zuckerlieferungen als Nationalisierungsabzahlungen dienen wird. Nestlé erhält zudem die Möglichkeit, seine Zuckerkäufe durch Bezüge von Kaffee und Melasse zu substituieren; ferner kann Nestlé durch zusätzliche Käufe von Kaffee, dessen Produktion von Kuba zwecks Diversifizierung seiner Wirtschaft stark gefördert wird, die Abzahlung der kubanischen Entschädigungsleistungen in den vier letzten Vertragsjahren vermittelst einer zwanzigprozentigen Abspaltung beschleunigen. Diese im offiziellen Abkommen niedergelegte grundsätzliche Regelung wird hinsichtlich der kommerziellen Ausführungsmodalitäten in einer «Convention» privatwirtschaftlicher Natur zwischen Nestlé und den staatlichen kubanischen Exportorganismen (namentlich Cubazucar) noch ergänzt werden; ein erster

10. *R. Torras.*

11. *Vgl. den* Accord entre le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement révolutionnaire de la république de Cuba concernant l'indemnisation des biens, droits et intérêts suisses touchés par les lois promulguées par le Gouvernement révolutionnaire de la république de Cuba à partir du 1 janvier 1959 *vom 2. März 1967, BBl, 1972, II, S. 2649–2653.*

12. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 31 von R. Probst an M. Gelzer und O. Exchaquet vom 1. März 1967, Doss. wie Anm. 8.*

Entwurf hiefür, der demnächst in London unterzeichnet werden soll[13], konnte bereits in Havanna aufgestellt werden.

Was die Liquidationserlöse der Versicherungsgesellschaften[14] und die Schäden einzelner Schweizerbürger[15] (ca. 20 Fälle) anbelangt, die sich insgesamt auf maximal 4–5 Mio. Fr. belaufen dürften, so war deren Abklärung noch zu wenig ausgereift, als dass ein fixer Betrag bereits ins Abkommen hätte aufgenommen werden können. Immerhin wurde vertraglich vereinbart, dass die Klärung dieser Fälle im gegenseitigen Einvernehmen (die Hauptarbeit wird hier von der Botschaft in Havanna zu leisten sein) in naher Zukunft beendet werden soll und dass die Entschädigungsbeträge, sobald sie bekannt sind, gleich den Nestlé-Entschädigungen proportional in den «Zuckertransfer» der Nestlé eingeschlossen werden, wobei sich die im Abkommen fixierten jährlichen Abzahlungsraten entsprechend erhöhen sollen. Auch für diese Entschädigungszahlungen werden die zu errechnenden Pesos-Beträge zwecks Transfers zum Kurs von 4'295 Fr. pro Peso (kubanischer Peso = US Dollar) in Schweizerfranken umgewandelt (vertraulicher Briefwechsel[16]). Schliesslich haben die Kubaner in Aussicht gestellt, unsern Wunsch wohlwollend zu prüfen, wonach die Villa des Schweizers Alfred von Schulthess[17], die unserem Botschafter in Havanna als Residenz dient, in Bundeseigentum übergehen soll (Schulthess würde gegebenenfalls vom EPD statt von den Kubanern schadlos gehalten).

Zusätzliche Bestimmungen über Decharge, Commission mixte etc. ergänzen das Abkommen. Damit der «Zuckertransfer» möglichst bald zu unsern Gunsten spielen kann[18] und keine weiteren Zuckerkäufe für uns nutzlos bleiben, gelangt das Abkommen, gemäss Schlussartikel, sofort provisorisch zur Anwendung,

---

13. *Zu den Schwierigkeiten bei den Verhandlungen eines «convenio comercial» in London vgl. die Notiz von C. Jagmetti vom 18. März 1968,* dodis.ch/32276; *das Schreiben von R. Probst an A. Muller vom 23. Juni 1967,* E2001E#1978/84#4568* (B.34.71) *sowie das Schreiben von R. Probst an A. Fischli vom 23. Oktober 1967, Doss. wie Anm. 8. Zum Abschluss des «convenio comercial» mit Cubazucar vgl. das Schreiben von R. Probst an A. Fischli vom 14. Februar 1968,* E2001E#1980/83#1986* (B.34.66.0) *sowie den Notenwechsel vom 22. März 1968,* E 2200.174 (-)1983/88 Bd. 2 (222.311).

14. *Zu den schweizerischen Versicherungsinteressen in Kuba vgl. das Schreiben von R. Probst an den Verband schweizerischer Versicherungsgesellschaften vom 16. März 1967,* dodis.ch/32279.

15. *Am 6. und 7. September 1967 fanden die ersten Verhandlungen über die Beurteilung der Einzelfälle statt. Vgl. dazu das Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 8. September 1967, Doss. wie Anm. 8. Zu den Entschädigungen für die Einzelfälle vgl. ferner die Notiz von C. Jagmetti an R. Probst und M. Gelzer vom 12. März 1968,* E2001E#1980/83#1986* (B.34.66.0). *Vgl. auch den* Aufruf betreffend Anmeldung in Kuba entstandener Nationalisierungsschäden *vom 13. April 1967, BBl, I, 1967, S. 729–732.*

16. *Briefwechsel zwischen H. Carbo und R. Probst vom 2. März 1967,* E2001E#1978/84#4568* (B.34.71). *Vgl. dazu auch die Notiz von H. Hofer an R. Probst zur* Kursklausel für Nationalisierungsentschädigungen *vom 28. Februar 1967,* J1.301#2003/74#13* *sowie das Telegramm Nr. 31 von R. Probst an M. Gelzer und O. Exchaquet vom 1. März 1967, Doss. wie Anm. 8.*

17. *Vgl. dazu die Notiz von C. Jagmetti vom 19. Februar 1968,* dodis.ch/32280.

18. *Zum Eingang der ersten kubanischen Quartalszahlung im Rahmen des Abkommens vgl. die Notiz C. Jagmetti an M. Gelzer vom 5. September 1967,* dodis.ch/32275.

während es erst nach Austausch der Ratifikationsurkunden[19] formell in Kraft tritt. Wir bereiten nun den Antrag[20] an den Bundesrat vor. Ob das Abkommen auch den eidgenössischen Räten vorzulegen[21] ist, wird zurzeit geprüft. Ich werde auf diese Frage später zurückkommen.

Das Bestreben, die Beziehungen nach aussen vermehrt zu normalisieren, mit Hilfe der Nestlé neue Zuckermärkte zu öffnen, das kubanische «credit rating» zu verbessern, eventuell von uns auch technische Hilfe[22] zu erhalten, hat zweifellos zur kubanischen Verständigungsbereitschaft beigetragen. Ein Problem, das uns bald sieben Jahre lang belastet hat, ist auf diese Weise, nicht zuletzt auch durch ständige schweizerische Beharrlichkeit, einer Regelung, die sich hoffentlich als lebensfähig erweisen wird[23], zugeführt worden. Auch bei Nestlé (Anruf Corthésy) ist man über das erzielte Resultat unter den obwaltenden Umständen sehr befriedigt.

---

19. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 90 vom 23. Januar 1968,* E1004.1#1000/9#718*.
20. *Für den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 12. Mai 1967 vgl. das BR-Prot. Nr. 872 vom 26. Mai 1967,* dodis.ch/32274. *Vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 26. Mai 1967,* dodis.ch/33942.
21. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an F. Schnyder vom 1. Mai 1967,* dodis.ch/32272; *das Protokoll der Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaft des Ständerats von M. Jost vom 20. November 1967,* dodis.ch/32212 *sowie die Notiz von E. Diez für R. Probst vom 22. März 1967,* E2001E#1978/84#4592* (C.41.237).
22. *Zur Frage von Landwirtschaftsexperten für Kuba vgl. die Notiz von R. Probst vom 8. März 1967, Doss. wie Anm. 8.*
23. *Zum Funktionieren des Abkommens vgl. die Notiz von R. Probst vom 7. Juni 1968,* dodis.ch/32281 *sowie die Notiz von J. Ruedi an H. Schaffner vom 8. Mai 1969,* dodis.ch/32278.

14

dodis.ch/33244

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal délibératif de la 20ème séance du 17 mars 1967[1]

Extrait

Mme Allilueva

M. Spühler constate que les membres du Conseil ont reçu une notice de Janner[2]. Pour le moment, Mme Allilueva[3] est «abgedischt», mais il faudra bien un jour normaliser la situation de cette étrangère qui est censée séjourner

---

1. *PVCF délibératif:* E1003#1994/26#8*. *Présidence: R. Bonvin. Absent: personne. Secrétaire: Ch. Oser. Ouverture: 9 h. Clôture: 11 h 30.*
2. *Cf. la notice de A. Janner* Bemerkungen zum Fall Svetlana Allilueva *du 16 mars 1967,* dodis.ch/33318.
3. *S. I. Allilouïeva, la fille de J. V. Staline, avait profité d'un séjour en Inde pour s'enfuir d'URSS et demander l'asile politique. Par l'intermédiaire des Etats-Unis (cf. la notice de P. Micheli à*

librement en Suisse comme touriste. Elle dispose de papiers et envisage la publication de mémoires. Des éditeurs la poussent d'ailleurs à cette publication[4]. Les autorités des USA et de l'URSS apprécient notre comportement[5]. Faut-il autoriser Mme Allilueva à entrer en contact avec des éditeurs? Cela la tranquilliserait. Mais il y a la question de la réaction soviétique en cas de publication. Ce sera une question à examiner plus tard. Seule la question des contacts est actuelle. La promesse[6] de prise en charge par les USA n'est que verbale.

M. von Moos relève que notre comportement rend service aux USA et à l'URSS. Il y a en réalité «Absprung». Mme A*[llilueva]* voudrait pouvoir faire des déclarations mais on l'en empêche pour le moment. Cette situation n'est pas satisfaisante. Un réfugié ne peut exercer une activité politique en Suisse. Mme A*[llilueva]* n'est cependant formellement pas une réfugiée. Elle a, il est vrai, pris une engagement[7], mais dont on pourrait la libérer. Il faudrait éviter qu'elle joue un certain rôle d'agitateur du simple fait de ses publications. Il faut chercher, pour le moment, à résoudre la question en autorisant les contacts désirés, mais sans préjuger la question d'une publication tant que durera le séjour en Suisse. Il faudra examiner la question de savoir s'il n'y aurait pas lieu de publier un communiqué disant qu'une conférence de presse de Mme A*[llilueva]* n'entre pas en considération.

M. Tschudi pense qu'il faut s'en tenir à la version du séjour touristique, en assurant des conditions de vie acceptables et des possibilités de contacts. Il faut tenir compte de l'aspect international et bien réfléchir au problème des publications.

M. Schaffner est d'avis qu'il faudrait assurer à Mme A*[llilueva]* un traitement plus humain et empêcher la «chasse à l'homme». Il faudrait dire que le Conseil fédéral condamne ces procédés des «gangsters» du reportage. L'aspect politique est très délicat.

Il faut chercher à ne pas compromettre nos relations avec l'URSS[8]. Les pourparlers avec des éditeurs doivent être autorisés, mais il ne devra pas y avoir de publications durant le séjour en Suisse, tant en ce qui concerne un livre que les articles de revues.

M. Gnägi constate que le Conseil devra décider un jour si la question de l'asile se pose ou pas. Nous ne devons pas être l'instrument des USA ou de l'URSS. L'asile s'imposerait en cas de publication durant le séjour en Suisse. Ne rien décider aujourd'hui quant à la publication. Le statut touristique suppose l'absence de difficultés politiques. Il convient d'étudier les différentes solutions

---

W. Spühler du 7 mars 1967, dodis.ch/33317), *elle a obtenu du Conseil fédéral l'autorisation d'entrer en Suisse le 11 mars 1967. Puis elle a été transférée à New York le 21 avril 1967. Pour un rapport détaillé du séjour de S. I. Allilouïeva, cf. la notice de A. Janner,* dodis.ch/33320.

4. *Sur la correspondance des éditeurs, cf. doss.* E2001E#1980/83#3938* (B.41.11). *Sur la question de la publication, cf. la notice de A. Janner du 16 mars 1967,* dodis.ch/33130.

5. *Cf. la lettre de F. Schnyder à P. Micheli du 16 mars 1967 et le télégramme N° 72 de A. R. Lindt à A. Janner du 16 mars 1967, doss. comme note 4.*

6. *Cf. la notice de H. Kaufmann* Zusammenfassung der Besprechung vom 10. März 1967 betreffend die Einreise von Frau Svetlana Allilueva, *ibid.*

7. *Cf. la déclaration de S. I. Allilouïeva auprès du Conseil fédéral du 10 mars 1967*, *ibid.*

8. *Cf. doc. 44,* dodis.ch/32783.

qui s'offriraient dans le cas d'une publication. Il est impossible d'assurer le respect des droits de la personne. Il faudrait un appareil trop considérable.

M. Celio fait remarquer qu'il y a là une question de temps et de mesure. Il y a une sorte de partie de «pocker». Comme touriste, Mme A*[llilueva]* doit éviter de nous créer des difficultés internationales. Il faudrait faire comprendre à la presse qu'elle doit renoncer à ses investigations. On a bien fait d'empêcher les contacts, mais cela ne peut durer. Il faut autoriser les pourparlers «commerciaux» de Mme A*[llilueva]* et relâcher un peu les mesures. Nos relations avec l'URSS comptent plus que le statut de Mme A*[llilueva]*.

M. Bonvin fait quelques remarques sur l'efficacité des mesures suivant l'importance du lieu de séjour et sur les risques que court Mme A*[llilueva]*. Je suis aussi d'avis qu'il ne faut pas de conférence de presse, mais que les mesures doivent être relâchées.

M. Spühler constate, en manière de récapitulation, qu'il y a intérêt à ne pas compliquer les choses (raison d'Etat) et qu'il faut considérer aussi l'aspect humain. Il importe de ne pas déclarer à Mme A*[llilueva]* qu'elle pourra publier ses mémoires durant son séjour en Suisse. Il faut procéder graduellement. Le chancelier[9] doit dire à la presse que le Conseil fédéral condamne la «chasse à l'homme».

M. Schaffner ne pense pas qu'il soit utile de chercher à conclure des arrangements de non-publication avec les éditeurs. Ils ne sont pas suffisamment sûrs. Se contenter de dire que Mme A*[llilueva]* pourra rédiger ses mémoires, mais sans possibilité de publication tant qu'elle sera en Suisse.

M. von Moos s'exprime dans le même sens, en précisant qu'il ne devrait pas même y avoir remise d'un manuscrit à l'éditeur.

M. Bonvin exprime le vœu que le Conseil fédéral réponde sans délai à la question Schaffer[10].

Conclusion: Le chancelier fera un communiqué[11] condamnant les procédés indiscrets de certains reporters et démentant les rumeurs relatives à une conférence de presse[12].

[…][13]

---

9. *Ch. Oser.*

10. *E. Schaffer a posé la petite question concernant le* Comportement de la presse à sensation à l'égard de Mme Allilueva *le 16 mars 1967. Le 6 juin 1967 il a retiré sa question. Cf. le* Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale, Session d'été, 5 au 28 juin 1967, *p. 43.*

11. *Cf. le communiqué du Conseil fédéral du 17 mars 1967, doss. comme note 4.*

12. *Sur le déroulement ultérieur de l'affaire, cf. la notice de A. Janner du 28 mars 1967,* dodis.ch/33322; *la notice de P. Musy du 3 avril 1967,* dodis.ch/33319; *le PVCF délibératif de la 26ème séance du 14 avril 1967,* dodis.ch/33258; *le PVCF délibératif de la 27ème séance du 21 avril 1967,* E1003#1994/26#8* *et le télégramme N° 118 de A. R. Lindt à A. Janner du 22 avril 1967,* dodis.ch/33321.

13. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/33244.

15

dodis.ch/33250

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, A. Weitnauer, à l'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder[1]

KENNEDY-ROUND[2]. NÉGOCIATIONS AVEC LES ETATS-UNIS

Berne, 20 mars 1967

Faisant suite à notre lettre du 6 mars[3], nous vous envoyons en annexe une deuxième notice[4] vous renseignant sur la suite de nos négociations bilatérales avec les Etats-Unis (réunion du 14 mars).

Saisissant l'occasion qui nous est offerte, nous vous remercions ici de votre récente réponse[5] à nos lignes du 14 février[6] concernant la transposition dans le GATT des concessions bilatérales[7] de 1936 et 1955. La délégation américaine ne nous a pas encore saisis officiellement de l'affaire, comme vous nous en avez avisés. Cela ne saurait toutefois tarder. De toute façon, nous envisageons de prendre les devants, conscients que c'est maintenant à Genève qu'il nous faut mener cette affaire à chef et ce dans le cadre même du Kennedy-Round.

La discussion du problème a d'ailleurs en quelque sorte été amorcée à notre réunion du 14 mars, puisque nous y avons traité de la consolidation des droits sur les montres[8] qui nous ont été concédés en 1936. A ce sujet, nous sommes heureux de vous faire savoir que les réticences américaines concernant cette consolidation et rapportées dans votre communication précitée n'ont trouvé aucune confirmation à Genève. Bien au contraire, la délégation américaine a expressément déclaré que cette consolidation nous était acquise dans le

---

1. *Lettre:* E2200.36#1980/24#485* (532.21). *Visée par F. Schnyder, K. Jacobi et J .Bourgeois.*
2. *Sur le cycle de négociations du GATT des années 1964 à 1967, nommé «Kennedy-Round», cf. DDS, vol. 22, doc. 112,* dodis.ch/30300; *doc. 162,* dodis.ch/30326; *doc. 178,* dodis.ch/18884; *doc. 179,* dodis.ch/18885; *doc. 181,* dodis.ch/18903 *et doc. 182,* dodis.ch/30703; *DDS, vol. 23, doc. 1,* dodis.ch/30938; *doc. 11,* dodis.ch/30947; *doc. 12,* dodis.ch/31817; *doc. 76,* dodis.ch/30950; *doc. 77,* dodis.ch/30957; *doc. 99,* dodis.ch/31418; *doc. 125,* dodis.ch/31815 *et doc. 132,* dodis.ch/30939 *et DDS, vol. 24, doc. 24,* dodis.ch/33255; *doc. 53,* dodis.ch/33257 *et doc. 74,* dodis.ch/33240.
3. *Cf. la lettre de A. Weitnauer à F. Schnyder du 6 mars 1967, doss. comme note 1.*
4. *Cf. la notice sur la réunion du 14 mars 1967 de M. Krell du 16 mars 1967, doss. comme note 1.*
5. *Cf. le télégramme N° 95 de l'Ambassade de Suisse à Washington du 10 mars 1967,* E2001E#1978/84#7248* (C.41.111).
6. *Cf. la lettre* Adaptation des concessions tarifaires américaines au nouveau tarif douanier des Etats-Unis et suspension de l'accord commercial de 1936 avec transposition de toutes les concessions bilatérales dans le GATT *de A. Weitnauer à F. Schnyder du 14 février 1967, ibid.*
7. *Cf. l'*Accord commercial entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique *du 1er janvier 1936, RS, 14, pp. 423–456. Cf. aussi l'*Accord supplémentaire à l'accord commercial entre la Suisse et les Etats-Unis d'Amérique du 9. 1. 1936 *du 8 juin 1955, RO, 1955, pp. 579–591.*
8. *Sur la «escape-clause», cf. doc. 3,* dodis.ch/33140, *note 2.*

Kennedy-Round. Ce que les Américains veulent en revanche, c'est – sans trop se faire d'illusions à ce sujet – essayer d'obtenir de pays tiers éventuellement intéressés (Japon, CEE) quelque avantage en compensation de leur offre de consolidation du rollback; si une consolidation résultait d'une telle négociation, le nécessaire serait fait pour nous réserver les «initial negotiation rights». Au cas où cette tentative ne mènerait à rien, la consolidation se ferait tout de même avant la fin du Kennedy Round, mais alors sur la base de la transposition prévue pour les concessions bilatérales de 1936 et 1955.

Nous revenons ici au problème même que pose la transposition dans le GATT desdites concessions, dont les concessions horlogères ne représentent évidemment qu'une partie. D'une récente prise de contact avec le Secrétariat du GATT il ressort qu'une solution serait possible dans le cadre du protocole final du Kennedy Round, avec confirmation de nos «initial negotiation rights». Par ailleurs, le secrétariat a fait remarquer qu'à son avis la consolidation de concessions qui se trouveraient dépassées par les réductions négociées au sein du Kennedy Round n'auraient pas grand sens. Nous partageons cette opinion et entendons proposer aux Américains d'éliminer de telles positions de l'opération de transposition des concessions de 1936 et 1955.

Nous ne manquerons pas de vous tenir au courant de la manière dont nos pourparlers avec la délégation américaine évolueront.

16

dodis.ch/32243

Rapport de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid, R. Maurice[1]

Confidentiel Madrid, 21 mars 1967

Lorsqu'en décembre 1962 je suis arrivé au Caire les relations entre la Suisse et l'Egypte étaient c'est le moins que l'on puisse dire dépourvues de toute cordialité. Notre Ambassade avait vécu pendant l'année 1961 les événements pénibles dûs à l'arrestation des membres de la mission des biens français qui bien que jouissant en vertu des accords de Zürich de l'immunité diplomatique avaient été mis en prison sous l'inculpation d'espionnage. En 1961 également avait eu lieu la rupture des relations diplomatiques avec la Belgique et l'incendie de l'Ambassade de ce pays au Caire. En tant que puissance protectrice de la France, de la Belgique et de la Turquie en RAU[2], notre représentation diplomatique au Caire s'était à de nombreuses reprises heurtée à l'incompréhension des autorités égyptiennes dans l'exercice de ces divers mandats. De plus rien ne permettait alors d'espérer la conclusion d'un accord acceptable en vue de régler le contentieux suisse. Une première négociation à Berne en

1. *Rapport (copie):* E2001E#1978/84#1544* (B.34.66). *Redigé par l'ancien Ambassadeur de Suisse au Caire, R. Maurice, et adressé à son successeur, A. Parodi.*
2. *Cf. DDS, vol. 21, doc. 154,* dodis.ch/16005, *en particulier note 4.*

avril 1962[3] n'avait fait que souligner les divergences de vue entre la Suisse et la RAU en ce qui concernait l'indemnisation de nos compatriotes dont les biens en Egypte avaient été nationalisés ou séquestrés. Tel était le climat de nos rapports avec le Caire en décembre 1962[4].

A notre Ambassade le personnel assez déprimé par toutes les situations désagréables où il s'était trouvé placé affichait un pessimisme bien compréhensible et beaucoup de scepticisme quant à une possibilité d'amélioration de ce climat. Lors de la présentation de mes lettres de créance au Président Nasser, en janvier 1963, je n'avais donc pu dans le discours d'usage que formuler le vœu que les rapports entre la Suisse et la RAU s'amélioreraient en ajoutant que je m'y emploierais dans la mesure de mes possibilités. Au cours de la conversation qui suivit je profitai de l'occasion qui m'était donnée de m'entretenir avec le Président pour mettre l'accent sur notre désir de trouver des solutions équitables permettant de régler nos problèmes. Quatre ans plus tard au moment où j'ai quitté mon poste nous pouvons considérer que le vœu mentionné ci-dessus a été en partie réalisé. Ce résultat a été dû en premier lieu à la patience et à la compréhension de notre délégation et en particulier aux qualités de négociateur de M. Hans Bühler, Vice-Directeur de la Division du Commerce, très bien secondé par le ministre Probst et mon ancien collaborateur l'Ambassadeur Masnata[5]. Il a été dû en second lieu à la compréhension que nous avons rencontrée auprès de nos interlocuteurs égyptiens plus spécialement de la part de M. Zacharia Tewfik Abdel Fattah, ancien sous-secrétaire d'Etat à l'Economie, aujourd'hui Président de la Commission pour l'indemnisation des biens étrangers et Président également de l'organisme du Coton. Du fait de l'entrée en vigueur effective, dès avril 1965, de notre accord d'indemnisation signé à Berne le 20 juin 1964[6], du fait également que depuis lors le gouvernement égyptien a honoré ses engagements non sans certains retards il faut bien le dire et de nombreuses interventions de l'Ambassade. Par suite enfin d'un arrangement séparé conclu entre le groupe Schmidheiny et les autorités égyptiennes en 1964[7], arrangement en partie déjà réalisé, les critiques formulées dans la presse suisse contre le régime nassérien se sont calmées ce qui a contribué à détendre les relations.

La dictature nassérienne et le régime policier qu'elle comporte ne seront sans doute jamais acceptés en Suisse. Néanmoins en tant que diplomates nous devons nous en accommoder au mieux de nos intérêts et chercher à démontrer à nos interlocuteurs égyptiens que nous n'avons pas d'autres ambitions que de régler équitablement nos problèmes.

A mon avis et dans la mesure où nous avons obtenu satisfaction et à cet égard la Suisse est jusqu'à présent à ma connaissance le seul pays européen qui

---

3. *Cf. la lettre de J.-L. Pahud à P. Micheli du 17 avril 1962,* dodis.ch/30462 *et la notice de R. Probst du 5 mai 1962,* dodis.ch/30468.
4. *Cf. le PVCF N° 2238 du 28 décembre 1962,* dodis.ch/30480.
5. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 23,* dodis.ch/31746.
6. *Sur l'application de l'accord trois ans après sa conclusion, cf. la notice de H. Jossen à M. Gelzer du 18 septembre 1967,* dodis.ch/32261.
7. Protocol of Understanding *du 12 avril 1964*, dodis.ch/31759.

soit parvenu à toucher des indemnités, nous devrions tâcher de tenir compte dans une plus grande mesure des difficultés de tous ordres que connaît la RAU pour des raisons le plus souvent étrangères à son régime ou à sa politique. Nous devrions donc prendre en considération la misère latente du pays, les efforts qu'il déploie pour y remédier, les besoins qu'il éprouve d'une aide technique et nous montrer un peu plus généreux vis-à-vis d'une population aussi démunie. Je sais que le Département partage de telles vues mais que malheureusement l'opinion publique suisse et les Chambres Fédérales ne sont pas disposées à les admettre ce que je trouve regrettable. Les pays scandinaves bien que réprouvant tout comme la Suisse le régime nasserien ont néanmoins contribué beaucoup plus que nous à venir en aide de la population égyptienne. Je considère le Président Nasser comme un homme désintéressé et intègre qui se voue entièrement au service de son pays. Les moyens qu'il utilise peuvent ne pas être appréciés ses buts restent néanmoins honorables. Un régime démocratique à la manière suisse serait inconcevable en Egypte.

J'ajoute pour terminer que nous ne devons pas minimiser la bonne volonté que les autorités égyptiennes ont manifesté à notre égard. J'espère que ces quelques considérations pourront vous être utiles pour entreprendre votre nouvelle mission.

17

dodis.ch/32313

Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Wien[1]

Revision des Sozialversicherungsabkommens[2]

Wien, 11. April 1967

Herr Sektionsrat Dr. Hausner (x) vom Bundesministerium für soziale Verwaltung gibt mir heute *streng vertraulich* die Gründe, welche Österreich hindern, am 3. Mai 1967[3] mit der Schweiz Sozialversicherungsverhandlungen zu beginnen, bekannt.

Im letzten Herbst hätte es anlässlich der Expertenbesprechungen[4] den Anschein gehabt, als ob sämtliche, an der Materie beteiligten Bundesministerien mit dem Abschluss eines neuen Sozialversicherungsabkommens[5]

---

1. *Notiz:* E2200.53#1985/85#85* (151.4). *Verfasst und unterzeichnet von F. Schnyder.*
2. Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich über Sozialversicherung *vom 15. Juli 1950, AS, 1951, S. 787–795. Zu dessen Revision vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 149,* dodis.ch/31201. *Zur Sozialversicherung vgl. Dok. 98,* dodis.ch/32294, *Anm. 5.*
3. *Zu den Verhandlungen in Bern vom 3.–11. Mai 1967 vgl. die Notiz von M. Leippert von 17. Mai 1967,* dodis.ch/32314.
4. *Für die Besprechungen in Wien vom 5.–12. Oktober 1966 vgl. das Protokoll von F. Hausner und C. Motta vom 14. Oktober 1966, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Das neue Abkommen wurde am 15. November 1967 abgeschlossen:* Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über Soziale Sicher-

mit der Schweiz einverstanden wären. Seit wenigen Tagen ist nun wiederum eine massive Opposition gegen diese beabsichtigte Massnahme, und zwar seitens des Handelsministeriums, laut geworden. Der verantwortliche Ressortchef dieses Ministeriums, Herr Vizekanzler Bock, vertrete ebenfalls die Ansicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer, wonach jedes Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und einem anderen Staat die Auswanderung qualifizierter österreichischer Arbeitskräfte begünstige[6].

Im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von Herrn Bundesrat Spühler in Wien[7] wurde das Aussenministerium (Herr Botschafter Reichmann) von der vorbereiteten Antwortnote des Bundesministeriums für soziale Verwaltung an das Bundesamt für Soziale Verwaltung in Bern in Kenntnis gesetzt. Auch wurde Herr Botschafter Reichmann, der mit dieser Materie bestens vertraut sei, gebeten, Herrn Aussenminister Tončić über den heutigen Stand der Angelegenheit zu orientieren.

Herr Bundesminister Tončić sei, wie allgemein bekannt ist, mit dem Sozial- und dem Finanzministerium für die Aufnahme von Sozialversicherungsverhandlungen. Einzig und allein das Handelsministerium verhindere die tatsächliche Aufnahme von Revisionsverhandlungen.

Ergänzend teilt mir Dr. Hausner noch mit, dass durch die unerwartete Opposition von Herrn Vizekanzler Bock die vorgesehenen Sozialversicherungsverhandlungen mit Liechtenstein ebenfalls abgeblasen werden müssen. Ein ähnliches Schicksal dürfte auch Frankreich und den Beneluxländern beschieden sein, die ebenfalls mit Österreich die Aufnahme von Sozialversicherungsverhandlungen anstrebten.

Mein österreichischer Gesprächspartner bat ausdrücklich, seinen Namen in keiner Weise zu erwähnen.

---

heit *vom 15. November 1967*, *AS, 1969, S. 11–34. Vgl. dazu die Notizen von M. Leippert vom 20. November 1967,* dodis.ch/32315 *und vom 6. Februar 1968,* dodis.ch/32316 *sowie das BR-Prot. Nr. 1445 vom 29. August 1967,* E1004.1#1000/9#725*.

6. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 35 von A. Escher an das Politische Departement vom 14. April 1967, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Vgl. dazu die Notiz von M. Jaccard an W. Spühler* Ihre Besprechung in Wien. Sozialversicherung, Fürsorgevertrag *vom 15. April 1967,* dodis.ch/33323. *Allgemein zum Besuch von W. Spühler in Wien vom 17.–20. April 1967 vgl. Dok. 22,* dodis.ch/33202.

18

dodis.ch/32864

Notice du Chef-suppléant de la Division des affaires politiques, M. Gelzer, au Service financier du Département politique[1]

[Berne,] 12 avril 1967[2]

En réponse à votre notice du 10 avril[3] sur la coopération technique et la protection des investissements privés à l'étranger, nous vous faisons part ci-après de quelques réflexions que soulève cette question[4].

1. Depuis longtemps le service politique Ouest a insisté auprès du Délégué du Conseil fédéral à la coopération technique[5] pour que nous soyons mis au courant des projets de programmes prévus pour certains pays afin que nous puissions éventuellement indiquer nos objections. Théoriquement la coopération technique ne fait aucun lien entre ses projets et des buts politiques; toutefois, il nous paraîtrait difficile de faire admettre aux contribuables suisses que nous faisons de la coopération technique dans des pays avec lesquels nous avons des difficultés ou des prétentions d'indemnisation pour des nationalisations[6]. Donc, *mutatis mutandis,* nous suivons la même ligne que l'amendement Hickenlooper[7].

2. C'est partant de ce principe que nous avons prié le Délégué à la coopération technique de surseoir, pour le moment, à tout programme de grande envergure en Algérie[8] et au Maroc[9], et cela tant que nous avons des prétentions à des indemnisations des intérêts suisses lésés dans ces deux Etats[10].

3. Toutefois, nous estimons qu'il vaut mieux être pragmatique que trop dogmatique en l'occurrence; en effet, une aide de petite envergure peut inciter les autorités du pays recevant à faire un geste utile à nos intérêts. C'est ainsi que, par exemple, nous nous sommes montrés, l'année passée, très en faveur de l'octroi de deux bourses à des fromagers cubains[11], et cela malgré le fait que les autorités de La Havane se montraient à l'époque peu enclines à négocier

---

1. *Notice:* E2001E#1978/84#1262* (C.41.124.5).
2. *Annotation manuscrite dans la marge:* abwarten bis TZ + RD antworten.
3. *Cf. doss. comme note 1.*
4. *Cf. aussi la lettre de W. Spühler à E. Reinhardt du 16 août 1967,* dodis.ch/32862.
5. *S. Marcuard.*
6. *Sur cette question, cf. aussi DDS, vol. 23, doc. 24,* dodis.ch/31351, *en particulier note 8 et doc. 95,* dodis.ch/31334; *le PVCF N° 1576 du 18 septembre 1967,* dodis.ch/32871 *et le procès-verbal de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 9 octobre 1968,* dodis.ch/32151.
7. *Cf. la lettre de H. Schaffner à E. Reinhardt du 8 août 1967,* E7001C#1978/59#709* (2301.05).
8. *Sur la coopération au développement entre la Suisse et l'Algérie, cf. doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 11.*
9. *Sur la coopération au développement entre la Suisse et le Maroc, cf. doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 12.*
10. *Sur la question de la nationalisation en Algérie et au Maroc, cf. doc. 164,* dodis.ch/32244.
11. *Cf. la lettre de E. Stadelhofer à A. Lindt du 28 avril 1965,* E2001E-01#1982/58#2804* (B.55.40).

l'indemnisation des filiales nationalisées de la maison Nestlé à Cuba. Ce petit geste semble avoir eu un effet dépassant sa portée et les Cubains maintenant ont signé un accord pour les biens lésés suisses à Cuba[12].

4. *Conclusions.* Nous estimons que la procédure suivie jusqu'à maintenant est la bonne et qu'il n'y a pas lieu de prendre des dispositions trop strictes en la matière. Ce qui importe pour nous, c'est que la coordination[13] se fasse au sein du Département pour ces questions.

12. *Sur la question des nationalisations à Cuba, cf. doc. 13,* dodis.ch/32269.
13. *Sur la question de la coordination et des divergences entre le Département politique et le Département de l'économie publique, cf. doc. 34,* dodis.ch/32830, *en particulier note 8.*

19

dodis.ch/32591

Notice pour l'Ambassadeur de Suisse à Paris, P. Dupont[1]

Berne, 14 avril 1967

1. *La francophonie*. Depuis un an et demi environ, de très nombreuses initiatives sont prises en France, en Afrique francophone (particulièrement Sénégal, Côte d'Ivoire et Tunisie) pour arriver à une entente parmi les Etats francophones (Union interparlementaire des pays de langue française, Association de solidarité française, Ethnie française, etc.) L'Ambassade à Paris possède les études qui ont été faites au Département à ce sujet[2]. Elle nous a, de son côté, extrêmement bien renseignés sur les différents mouvements concernant cette question en France. Toutefois ces informations provenaient généralement des entretiens de M. Bär. Il serait peut-être indiqué que lors de vos visites de courtoisie auprès des organes français et de vos collègues, vous cherchiez à savoir quelle est l'attitude du Quai d'Orsay et de l'Elysée concernant les mouvements cherchant une solidarité des pays francophones. On peut se demander si l'Elysée a une politique plus dynamique en l'occurrence que le Quai d'Orsay qui a toujours eu à cet égard une certaine prudence. Selon nos informations, au Canada[3] l'Ambassade de France, sur ordre de l'Elysée, chercherait à favoriser les mouvements d'indépendance culturelle de la province de Québec et bouderait les Canadiens français du gouvernement central. Il serait évidemment intéressant de pouvoir discerner si le Général de Gaulle a une politique personnelle en l'occurrence (la grandeur française!) qui pourrait être en contradiction avec celle de

1. *Notice (copie):* E2001E#1978/84#489* (A.31.02). *Rédigée par O. Exchaquet et signée par M. Gelzer.*
2. *Cf. l'étude* La Francophonie *de 1967,* E2001E#1978/84#3039* (B.73.0) .
3. *Sur la question de la francophonie, cf. doc. 38,* dodis.ch/32700, *en particulier note 9.*

M. Couve de Murville (prudence, réserve et surtout ne pas faire croire au néo-colonialisme!). Signalons à ce sujet, à toutes fins utiles, que M. Chaban-Delmas, Président de l'Assemblée nationale, a invité le Président du Conseil national à participer au mouvement de l'Union interparlementaire des pays de langue française; M. Schaller lui a répondu très poliment que cela n'était guère possible pour nos parlementaires (les copies de ces échanges de lettres[4] se trouvent à l'Ambassade).

2. Dans ce même contexte, il y a évidemment l'affaire du Jura[5]. L'Ambassade de France à Berne a toujours prétendu que les Français étaient malheureux qu'une certaine presse suisse associe le mouvement séparatiste jurassien et un désir d'expansion de la France. Rien ne nous permet de penser que les séparatistes jurassiens ont été soutenus par les autorités françaises (Elysée ou Quai). Toutefois, on peut se demander si les milieux politiques de l'UNR partagent le désir des autorités françaises de ne pas empoisonner cette question. Si vous pouvez avoir des contacts avec les parlementaires UNR et déceler des intentions politiques allant au-delà du cadre de l'hexagone et qui pourraient toucher le Jura, nous vous lirons avec beaucoup d'intérêt!

3. *Algérie: victimes suisses des événements d'Algérie avant l'indépendance de ce pays (3. 7. 1962)*[6]. Vous trouverez sous ce pli photocopie de la note remise le 2 août 1966[7] au Quai d'Orsay au sujet de l'affaire rappelée en marge. L'Ambassade nous a écrit le 22 septembre[8] dernier ce qui suit à ce sujet:

«Mein Mitarbeiter hat sich dieser Tage über den Stand der Angelegenheit erkundigt und dabei seinen Gesprächspartner in grossen Zügen über das Ausmass der Schäden orientiert. Offenbar sind die seinerzeit von unserer Botschaft der französischen Botschaft in Algier übergebenen Listen nicht dem Aussenministerium zugestellt worden. Wie sich aus der Unterhaltung ergab, ist unsere Note vom 2. August 1966 Gegenstand einlässlicher Überprüfung seitens der verschiedenen zuständigen Stellen. Eine Beantwortung soll offenbar relativ bald erfolgen.»

Depuis lors, c'est le silence. Nos services ont fait et terminé un grand travail de recherche sur tous nos compatriotes lésés par les événements d'Algérie avant l'indépendance. Dans la note de l'Ambassade du 2 août 1966, celle-ci se réserve de présenter un état aussi précis que possible de tous ces cas. Cet état toutefois n'est pas encore terminé car nous devons écrire dans de très nombreux cas aux familles lésées pour avoir des renseignements sur les pièces justificatives, le montant des dommages, etc. Il serait bon que lors de vos visites

---

4. *Cf. la lettre de A. Schaller à J. Chaban-Delmas du 15 mars 1967, doss. comme note 2.*

5. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 141,* dodis.ch/31820; *vol. 24, doc. 111,* dodis.ch/32600 ; *doc. 156,* dodis.ch/32599; *la lettre de R. Bauder et F. Häusler au Conseil fédéral du 13 septembre 1967,* dodis.ch/32592; *le PVCF N° 1629 du 25 septembre 1967,* dodis.ch/32593; *le PVCF déliberatif de la 41ère séance du 25 octobre 1968,* dodis.ch/32596; *la lettre de E. Thalmann à diverses représentations suisses du 5 novembre 1968,* dodis.ch/32594 *et l'exposé de R. Gnägi du 7 novembre 1968,* dodis.ch/32597.

6. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 56,* dodis.ch/10392 *et doc. 77,* dodis.ch/10397.

7. *Note de l'Ambassade de Suisse à Paris au Ministère des Affaires étrangères du 2 août 1966,* E2010A#1999/250#2409* (B.51.30).

8. *Lettre de l'Ambassade de Suisse à Paris au Département politique du 22 septembre 1966,* E2200.41(-)1980/104 vol. 29 (250.30).

au Quai, vous indiquiez que cette affaire tient à cœur à Berne, qu'un état sera remis le plus rapidement possible au Quai sur le nombre des personnes lésées et les montants pour lesquels nous avons des prétentions, que notre silence ne signifie pas manque d'intérêt et que nous aimerions, si cela est possible, avoir une réponse de principe sur la question de savoir si la France oui ou non s'estime responsable des dommages en cause.

4. Nous avons eu un certain nombre de compatriotes qui se sont fait emprisonner en France pour contrebande (de montres notamment). Il semble que l'appréciation de la durée de détention ou des amendes infligées à ces ressortissants suisses dépende de certains fonctionnaires de l'Administration centrale des douanes à Paris (l'Ambassade connaît leurs noms et leur rang). S'il vous était possible d'avoir de bons rapports avec ces fonctionnaires, cela pourrait éventuellement aider dans certains cas particuliers et simplifier notre travail.

5. Vous nous avez indiqué que l'Ambassadeur Bonneau se plaignait de l'attitude de certains journaux suisses à l'égard du Général de Gaulle. M. Bonneau s'est ouvert souvent de cette question avec l'un de mes collaborateurs. Ce qui le choque notamment, c'est l'attitude de la presse romande. Il n'y a pas de doute que la presse et la radio romandes ont à l'égard du Général de Gaulle une attitude critique, souvent ironique et quelquefois irrévérencieuse. Si le «Canard enchaîné» se réjouit de voir la liberté de notre presse, M. Bonneau en revanche, compagnon de la Libération de la première heure, en souffre. Toutefois, jusqu'à maintenant, nous ne croyons pas savoir que les autorités françaises aient émis de plaintes à cet égard.

20

dodis.ch/32396

Der Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli, an den Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, A. Grübel[1]

Aufhebung des Clearings mit Jugoslawien

Bern, 17. April 1967

Wir haben das Problem der Aufhebung des Clearings mit Jugoslawien untersucht und sind zum Schluss gekommen, dass, politisch gesehen, ein solcher Schritt wünschbar ist.

Unter den kommunistischen Oststaaten hat sich Jugoslawien den grössten Bewegungsspielraum zu sichern gewusst. Das Land verdankt diese Entwicklung günstigen Umständen, u. a. der Tatsache, dass es keine gemeinsame Grenze mit der UdSSR besitzt. Die Jugoslawen haben diese Ellenbogenfreiheit zu nutzen verstanden. Politisch haben sie, allerdings ohne viel Erfolg, eine Politik der Blockfreiheit propagiert und versucht, sich an die Spitze der sog. Neutralisten[2]

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1978/84#4163* (C.41.111). *Verfasst von P. A. Nussbaumer.*
2. *Vgl. dazu Dok. 153,* dodis.ch/32372.

zu stellen. Die in Gang gesetzten Wirtschaftsreformen[3] fussen auf Grundlagen, die sich stark von der ursprünglichen marxistischen Theorie unterscheiden. Diese Reformen haben sich bisher positiv ausgewirkt, die erzielten Resultate müssen aber konsolidiert werden. Ferner ist Jugoslawien Mitglied der GATT geworden und die Regierung bemüht sich, eine Annäherung an die EFTA[4] zu erreichen. In der OECD hat Jugoslawien die Stellung eines Beobachters, beteiligt sich aber darüber hinaus aktiv an gewissen Arbeiten der Organisation.

Sicher ist Jugoslawien noch immer ein kommunistisches Land, das sich dem «Ostblock» zugehörig fühlt. Von allen Ostblockländern dürfte es aber, wie dargelegt, dasjenige sein, das sich am weitesten von Moskau entfernt hat. So sind z. B. die Jugoslawen die einzigen Fremdarbeiter aus dem Osten, die in der Schweiz tätig sein dürfen[5].

Abgesehen von allen wirtschaftlich-technischen Überlegungen betrachtet Jugoslawien den Clearing mit der Schweiz als ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges. Es wird diese leicht emotional gefärbte Haltung auch nicht aufgeben, wenn wir dartun, dass die Schweiz den Clearing nicht aus politischen Gründen eingeführt hat, sondern um ihre bedrohte Ausfuhr nach Jugoslawien zu sichern. Die jugoslawische Betrachtungsweise ist übrigens aus «optischen» Gründen nicht ganz unverständlich, ist es doch so, dass der gebundene Zahlungsverkehr zur Zeit, abgesehen von der VAR und der Türkei, nur noch mit Oststaaten aufrechterhalten wird und somit das Argument auf der Hand liegt, wir hätten bei der Aufhebung dieses Instrumentes dem Westen gegenüber mehr guten Willen gezeigt.

Da die Clearingfrage in jugoslawischen Augen ein «Politikum» darstellt, sollten auch wir das Problem u. a. unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Die Aufhebung des Clearings würde, nachdem sie verschiedentlich und nachdrücklich verlangt wurde, jugoslawischerseits als eine Geste anerkannt und könnte sich, wie auch die schon erfolgte Lockerung des Visumzwanges, nur günstig auf unsere bilateralen Beziehungen auswirken. Die Aufhebung des Clearings, ein veraltetes Instrument, ist offenbar nur noch eine Frage der Zeit. Warum sollen wir zuwarten und diese Aufhebung statt als eine Geste, als unter dem Druck der Verhältnisse zustande gekommen erscheinen lassen? Wir haben in einer Zeit, da die Weichen auf Entspannung gestellt sind, kein Interesse daran, ohne Not als «Nachzügler» zu erscheinen.

Die Aufhebung des Clearings mit Jugoslawien würde bei den Besonderheiten, die den jugoslawischen Fall kennzeichnen, kein Präjudiz für andere Oststaaten bedeuten[6].

---

3. *Vgl. dazu z. B. die Notiz von G. Lepori vom 26. Juni 1965,* dodis.ch/31159.

4. *Zu den Beziehungen zwischen der EFTA und Jugoslawien vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 74,* dodis.ch/14740 *und Dok. 77,* dodis.ch/14681 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 182,* dodis.ch/31149.

5. *Zu den jugoslawischen Arbeitskräften in der Schweiz vgl. Dok. 170,* dodis.ch/32381.

6. *Zur Aufhebung des Clearings vgl. ferner Doss.* E7110#1978/50#973* (890.1). *Der Beschluss zur Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs wurde im BR-Prot. Nr. 1621 vom 16. Oktober 1968,* E1004.1#1000/9#739* *festgehalten und trat mit dem* Notenaustausch zwischen der Schweiz und Jugoslawien betreffend die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs zwischen den beiden Ländern *vom 16. Dezember 1968, AS, 1969, S. 175 f. in Kraft.*

21

dodis.ch/33202

L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, B. Turrettini, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Personnel et confidentiel New York, 5 mai 1967

J'ai lu avec un grand intérêt la notice que vous avez envoyée à certains postes après le voyage à Vienne du Chef du Département[2].

Un hasard de circonstances a voulu que je rencontre avant-hier, au cours d'un déjeuner chez mon collègue autrichien[3], le Vice-Chancelier Bock qui avait manifesté une certaine mauvaise humeur à notre égard lors des entretiens de Vienne. Il était accompagné par l'ambassadeur Treu, qui connaît très bien Genève.

Le Ministre du Commerce autrichien et son collaborateur furent particulièrement aimables avec moi et s'exprimèrent extrêmement librement. Ils ne me cachèrent pas qu'un certain malaise était apparu lors de la visite du Chef du Département du fait, dirent-ils, des paroles trop directes qu'il aurait prononcées devant la presse au sujet de la neutralité autrichienne[4] à propos du Marché commun et de la question qui touche au siège de Vienne en tant que ville internationale[5]. Cela aurait, toujours selon mes interlocuteurs, mis leur Gouvernement dans une position quelque peu délicate[6], car bien que le point de vue suisse soit en général compris dans les milieux gouvernementaux, le fait de l'avoir relevé publiquement et surtout d'y avoir inclus certaines critiques à l'égard de la manière dont procédaient les Autrichiens, aurait contrarié leurs dirigeants.

L'Ambassadeur Treu ajouta que déjà lors d'une récente réunion des ministres de l'AELE à Stockholm, le Conseiller fédéral Schaffner aurait attaqué violemment la position autrichienne en présence des autres ministres des pays de l'AELE[7]. Le coup fut accusé; cependant, comme ces remarques avaient été

---

1. *Lettre:* E2001E#1978/84#5338* (B.15.21). *Visée par W. Spühler, P. Micheli et A. Janner.*

2. *Notice de P. Micheli du 24 avril 1967,* E 2210.5(-) 1981/113 Bd. 28 (7-i). *Sur le voyage de W. Spühler à Vienne du 17 au 20 avril 1967, cf. la notice de M. Jaccard à W. Spühler du 15 avril 1967,* dodis.ch/33323 *et les procès-verbaux de F. Blankart du 12 mai 1967,* dodis.ch/33382 *et* dodis.ch/33383.

3. *K. Waldheim.*

4. *Sur la neutralité autrichienne, cf. aussi doc. 143,* dodis.ch/33201; *la lettre de A. R. Lindt à la Division des affaires politiques du Département politique du 16 mars 1967,* dodis.ch/33331; *le discours de J. Klaus du 16 mars 1967,* dodis.ch/33405 *et la lettre de A. Escher à P. Micheli du 10 décembre 1968,* dodis.ch/33332.

5. *Sur le rôle international de Vienne, cf. doc. 143,* dodis.ch/33201, *note 11.*

6. *Cf. la notice de P. R. Jolles à W. Spühler du 4 avril 1967,* dodis.ch/33377.

7. *Sur la réunion ministérielle de l'AELE à Stockholm du 1 au 5 mars 1967, cf. le PVCF N° 345 du 24 février 1967,* E1004.1#1000/9#719*. *L'intervention de H. Schaffner n'a pas été transcrite, cf. la notice de H. Schaffner aux membres du Conseil fédéral du 8 mars 1967,* E7001C#1978/59#772* (2520.05).

faites dans le cadre d'une session des ministres, on pensa qu'on en resterait là. Aussi, lorsque le Chef du Département politique reprit d'une manière que les Autrichiens auraient trouvée trop catégorique ce même genre de critiques, cela causa un sentiment de réprobation. Après ces explications fort franches, il ne manqua pas de déclarer qu'il espérait que d'ici quelque temps tout serait oublié, mais que cela avait tout de même laissé certaines traces.

Ces remarques, dont je laisse naturellement la responsabilité à mes interlocuteurs, semblent refléter, d'après ce qu'a rapporté la Nouvelle Gazette de Zurich, les commentaires faits par la presse autrichienne[8] après cette visite. Sans vouloir y attacher trop d'importance, elles me paraissent révélatrices d'un certain état d'esprit des dirigeants autrichiens, aussi je pense qu'il vous intéressera d'en prendre connaissance à titre purement personnel.

8. *Neue Zürcher Zeitung du 19 avril 1967, doss. comme note 1. Sur les commentaires de la presse autrichienne, cf. la lettre de A. Escher à W. Jaeggi du 25 avril 1967 avec les coupures de presse en annexe, ibid.*

22

dodis.ch/32486

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements, F. Bieri[1]

Ostasienreise

Bern, 12. Mai 1967

Wenn einer eine Reise tut, namentlich wenn es eine Dienstreise ist und er von Bern kommt, erscheint es fast unvermeidlich, dass ihm verschiedene Anliegen, auch solche administrativer Natur, unterbreitet werden. Auf der Ostasienreise[2], auf der ich Herrn Bundesrat Schaffner begleitete, war dies nicht anders. Es sei mir gestattet, die betreffenden Anliegen, soweit sie in Ihre Zuständigkeit fallen, nachstehend an Sie weiterzuleiten. Ich nehme an, dass Botschafter de Rham, sobald er in der Schweiz eintrifft, seinerseits darauf zurückkommen wird.

1. Kanzlei Tokio
[...][3]

2. Wissenschaftsattaché
Im Einvernehmen mit Herrn Minister Thalmann bin ich nochmals der Frage eines Wissenschaftsattachés für Tokio nachgegangen. Dessen Notwendigkeit

1. *Notiz:* E2004B#1982/69#628* (a.633.11). *Kopie an P. Micheli und E. Thalmann.*
2. *Vgl. dazu Dok. 25,* dodis.ch/32485.
3. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32486.

bedarf wohl keines näheren Nachweises mehr, nachdem die vom Bundesrat auf Antrag[4] des EPD anfangs 1966 nach Japan entsandte wissenschaftliche Delegation[5] an Ort und Stelle eine erste Abklärung vorgenommen und der schweizerische Wissenschaftsrat sich inzwischen sehr positiv zur Idee ausgesprochen hat[6]. Es sei hier lediglich erwähnt, wie sehr wir auf unserer Japanreise von der sich überstürzenden, schwindelerregenden technischen und industriellen Entwicklung des Landes beeindruckt gewesen sind. Dies ist zwar nicht Neues; ein persönlicher Augenschein lässt es aber noch intensiver erkennen. Da ausserdem die japanische Entwicklung in mancher Hinsicht Gebiete beschlägt, die auch im Rahmen unserer Möglichkeiten lägen und für die wir von Haus aus beste Voraussetzungen mitbrächten (Elektronik, Optik, Miniaturisierung, namentlich auch im Hinblick auf die Raumforschung, Zusammenarbeit zwischen Uhren- und elektronischer Industrie, etc.), erscheint die Bezeichnung eines Wissenschaftsattachés, der diese Gebiete betreuen könnte (hinsichtlich seiner Aufgaben vgl. Eingabe[7] des Wissenschaftsrates vom 10. November 1966 an den Chef des EPD[8]) immer dringender, wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen. Man kann sich sogar fragen, ob ein Wissenschaftsattaché für Tokio, wo der Kontakt mit Wissenschaft, Forschung und Industrie keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bietet, im Effekt nicht nützlicher wäre als für Moskau[9], wo der Tätigkeit eines solchen Attachés dauernd Schranken entgegenstünden und wo auch materiell – ähnlich wie in Amerika[10] – in Proportionen gearbeitet wird, die uns praktisch nicht mehr zugänglich sind. Nach Ansicht von Botschafter de Rham wäre es ausreichend, einen jungen Wissenschafter, der Informationen für uns, aber auch Erfahrungen zu seiner eigenen weiteren Ausbildung sammeln könnte, jeweils für eine kürzere Periode von vielleicht zwei Jahren nach Japan zu delegieren. Auch in dieser Angelegenheit könnten Sie übrigens wohl damit rechnen, in Bundesrat Schaffner, der von Tüchtigkeit, Talent und «réalisations» der Japaner stark beeindruckt war, einen grundsätzlichen Befürworter zu finden. Interessant war übrigens die Feststellung, dass schweizerische Industrievertreter (so z. B. der Vertreter von Geigy[11]) auf Grund eigener Erfahrungen gesprächsweise ihrerseits die Wünschbarkeit eines Wissenschaftsattachés betonten[12].

---

4. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 88,* dodis.ch/31322.
5. *Vgl. dazu den Bericht von E. Baldinger, E. Baumann, R. Dessoulavy und G. Eprecht* über die Japanreise vom 13. Februar 1966 bis 24. März 1966 veranlasst durch das Eidg. Politische Departement, E2003A#1978/29#595* (o.301.2).
6. *Vgl. dazu den Jahresbericht 1966 des Schweizerischen Wissenschaftsrats,* E3375A#1992/25#120* (9.07).
7. *Vgl. das Schreiben von M. Imboden an W. Spühler vom 10. November 1966,* E2807#1974/12#157* (023.1-10).
8. *W. Spühler.*
9. *Vgl. dazu Dok. 48,* dodis.ch/32688, *Anm. 5.*
10. *Vgl. dazu Dok. 115*, dodis.ch/30266.
11. *R. E. Stutz.*
12. *Zur Einrichtung eines Wissenschaftsattachés in Tokio vgl. das BR-Prot. Nr. 1813 vom 31. Oktober 1967,* dodis.ch/30774. *Am 17. Februar 1969 trat J.-J. Rollard den Posten eines Wis-*

3. *Konsulat Kobe*

Dieses wird zurzeit von unserem Landsmann Rud. Ed. Stutz (Geigy) als Honorarkonsul betreut. Konsul Stutz selbst, mit dem wir uns längere Zeit unterhielten, betrachtet den bestehenden Zustand, obwohl er sich persönlich mit Geschick einsetzt, vom schweizerischen Standpunkt als nicht voll befriedigend. Die Zeit reiche ihm nicht aus, neben seiner beruflichen Tätigkeit auch all den zahlreichen ausserhalb seiner Fachsphäre sich bietenden Möglichkeiten zur Förderung des schweizerischen Exports nachzugehen. Er glaubt deshalb, dass die richtige Lösung in der Entsendung eines Berufskonsuls nach dem Hafenplatz Osaka (statt nach dem benachbarten, wirtschaftlich weniger bedeutenden Kobe) bestünde. Osaka (samt Vororten gegen 7 Millionen Einwohner) stelle gewissermassen das Manchester Japans dar und dürfe nicht vernachlässigt werden.

Botschafter de Rham teilt diese Auffassung grundsätzlich. Japan hat heute für uns eine derartige Bedeutung gewonnen (jährliche Exporte von gegen 300 Mio. Fr.)[13] und bietet noch so grosse potentielle Ausbaumöglichkeiten, die erst fragmentarisch erfasst werden, dass die Anregung – im Rahmen unserer gegenwärtigen personellen und finanziellen Limitierungen – Beachtung verdient.

Sollte die Schweiz, was anzunehmen ist, an der Weltausstellung 1970 in Osaka teilnehmen, so würde die Entsendung eines Berufskonsuls (oder eines Berufskanzlers) in diese Stadt stark an Aktualität gewinnen[14].

4. *Konsulat Seoul*

Ähnliche Überlegungen dürften – wiederum im Rahmen unserer gegenwärtigen geringen Bewegungsfreiheit – für Seoul gelten. Wir besitzen dort in der Person des Herrn Paul Benz (Vertreter für Ciba, deutsche Firmen, etc.) einen Honorarkonsul. Herr Benz scheint seine Sache an sich recht zu machen. Doch besteht der Eindruck (Botschafter de Rham), dass er dabei etwas über Gebühr seine eigenen Geschäftsinteressen in den Vordergrund stellt, was kaum geeignet sei, ihm das Vertrauen anderer Landsleute zu gewinnen.

Dieser Eindruck wird übrigens auch vom Länderdienst der Handelsabteilung geteilt. Zum personellen Aspekt[15] kommt noch ein sachlicher, nämlich der rapide Aufschwung, den Süd-Korea zurzeit wirtschaftlich unter dem massiven Impuls amerikanischen Kapitals und japanischer Initiative erfährt. Die sich hier bietenden Möglichkeiten werden bereits in unseren Handelsstatistiken[16]

---

senschaftsattachés in Tokio an, vgl. Doss. E2500#1990/6#1982* (a.21). *Vgl. ferner den Bericht von J.-J. Rollard vom Januar 1969,* dodis.ch/30467.

13. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Japan vgl. Dok. 25,* dodis.ch/32485.

14. *Zur Aufhebung des Honorarkonsulats in Kobe und zur Eröffnung eines Berufs-Generalkonsulats in Osaka vgl. das BR-Prot. Nr. 1906 vom 17. November 1967,* E1004.1#1000/9#728* *sowie Doss.* E2004B#1982/69#161* (a.162.4) *und* E2004B#1982/69#140* (a.162.3). *Mit der Leitung des Generalkonsulats in Osaka wurde L. Scalabrino betraut. Zur Teilnahme an der Weltausstellung in Osaka vgl. Dok. 25,* dodis.ch/32485, *bes. Anm. 19.*

15. *Vgl. dazu auch Dok. 158,* dodis.ch/33139 *sowie Doss.* E2500#1982/120#174* (a.21) *und* E2500#1982/120#173* (a.21).

16. *Zu den Handelsbeziehungen mit Südkorea vgl. Dok. 169,* dodis.ch/33133, *bes. Anm. 11.*

sichtbar: während die Exporte nach Südkorea vorher um 4 Mio. Fr. herum oszillierten, mit ungefähr gleichviel Importen aus diesem Land, stiegen sie 1966 sprunghaft auf 10,8 Mio. Fr. Exporte gegenüber 7,1 Mio. Fr. Importen; diese Tendenz nach oben scheint anzuhalten. Indessen seien die bestehenden Möglichkeiten noch in keiner Weise ausgeschöpft. Auch hier wären wir aber daran interessiert, uns einen angemessenen Anteil an der Expansion zu sichern, was jedoch aus der Distanz von Tokio aus nicht bewerkstelligt werden kann und wofür auch die gegenwärtige Regelung in Seoul offenbar kaum die besten Voraussetzungen schafft. Um den vollen Nutzen zu erhalten, wäre vielmehr, nach Ansicht von Botschafter de Rham, die mir auch von Schweizer Geschäftsleuten bestätigt wurde, ein Berufskonsul an Ort und Stelle von Vorteil[17].

17. *Zur Umwandlung des Konsulats in Seoul in eine Botschaft mit Geschäftsträger vgl. das BR-Prot. Nr. 2024 vom 16. Dezember 1968,* E1004.1#1000/9#741*. *Am 4. Juni 1969 trat M. Leu den Posten eines Geschäftsträgers a. i. in Seoul an. Vgl. dazu Doss.* E2004B#1982/69#174* (a.162.4) *und* E2024-02A#1999/137#1463* (a.215 P).

23

dodis.ch/33015

Le Chef du Service des affaires économiques et financières du Département politique, P. A. Nussbaumer, à diverses représentations suisses[1]

Secret bancaire[2] – relations financières avec l'étranger

Berne, 16 mai 1967

En choisissant le secret bancaire comme thème de son exposé devant l'Association de la presse étrangère le 20 avril[3], le Président de la Confédération a mis en évidence l'importance de la question traitée et son actualité.

Le même sujet a servi de prétexte, il y a quelques mois, à la publication d'un ouvrage[4] sur les banques suisses. Nous vous en avons entretenu dans notre circulaire du 23 novembre 1966[5]. Du livre de T. R. Fehrenbach, des commentateurs étrangers ont retenu surtout les inexactitudes et dans de nombreux pays la pratique bancaire suisse a fait l'objet de critiques le plus souvent fausses, aussi bien qu'injustifiées.

1. *Circulaire:* E2001E#1978/84#1269* (C.41.129). *Rédigée par L. Rochat. Copies au Service d'information et de presse du Département fédéral, à la Banque nationale suisse, à l'Association suisse des banquiers, à l'Administration fédérale des finances et au Crédit Suisse.*
2. *Sur le secret bancaire, cf. aussi DDS, vol. 19, doc. 149,* dodis.ch/9200; *DDS, vol. 22, doc. 54,* dodis.ch/18897; *doc. 83,* dodis.ch/30715 *et doc. 91,* dodis.ch/30740; *DDS*, *vol. 23, doc. 177,* dodis.ch/31445 *et DDS vol. 24, doc. 47,* dodis.ch/32230 *et doc. 58,* dodis.ch/33138.
3. *Exposé de R. Bonvin du 20 avril 1967,* dodis.ch/33699.
4. *Cf. la publication de T. R. Fehrenbach*, The Swiss banks, New York 1966.
5. *Cf. la circulaire de O. Morand aux représentations diplomatiques et consulaires suisses du 23 novembre 1966, doss. comme note 1.*

Nous avions déjà mis à votre disposition, ces derniers temps, divers textes exposant le fondement, l'étendue et les limites du secret bancaire, tel qu'il est pratiqué en Suisse.

L'exposé ci-joint de M. Bonvin complète cette documentation. Nous souhaiterions qu'il puisse vous aider à réfuter les informations erronées. Nous sommes d'avis qu'il serait aussi à utiliser «préventivement», pour autant que vous le jugiez utile et s'il vous paraît être de nature à contribuer, dans votre pays de résidence, à la formation d'une meilleure connaissance de notre pratique bancaire.

Dans la même intention de compléter votre matériel d'information, nous vous remettons les traductions française et anglaise de la conférence donnée à Bâle le 27 février[6] par M. Iklé, directeur général de la Banque nationale. Le texte original en allemand vous a été envoyé avec la circulaire du 15 mars[7]. Il nous semble que cet exposé, d'un aspect plutôt technique, qui met notamment en évidence la solidarité existant entre nos établissements financiers et les banques centrales étrangères, pourrait, au gré des circonstances, être remis aussi bien à des rédacteurs financiers qu'à des hommes politiques, à des fonctionnaires, à des professeurs d'instituts d'études économiques ou à toute autre personne s'intéressant à ces questions. Nous sommes à votre disposition pour vous en procurer, si nécessaire, des exemplaires supplémentaires.

Nous serons toujours désireux de connaître l'utilisation donnée à cette documentation et les réactions que sa diffusion peut susciter.

Nous saisissons cette occasion pour attirer votre attention sur une circulaire du 12 avril[8] du Studio suisse des ondes courtes. Celui-ci diffusera au cours de ces prochains mois une série d'émissions, sous le titre «Pleins feux sur les banques suisses». Nous pouvons vous en procurer le programme détaillé si la lettre en question ne vous est pas parvenue et que vous trouviez un intérêt à donner quelque publicité à ces émissions.

---

6. *Cf. l'exposé* Les relations financières de la Suisse avec l'étranger *de M. Iklé devant la Société de statistiques et d'économie du 27 février 1967, doss. comme note 1.*

7. *Cf. la circulaire de V. Martin du 15 mars 1967, doss. comme note 1.*

8. *Cf. la circulaire de l'Association suisse des banquiers aux banques membres du 10 mai 1967 sur les* Sendungen des Studios des Schweizerischen Kurzwellendienstes über das schweizerische Bankwesen, *doss. comme note 1.*

24

dodis.ch/33255

Radioansprache des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Erklärung von Herrn Bundesrat Dr. H. Schaffner vom 16. Mai 1967 im schweizerischen Radio über die Ergebnisse der Kennedy-Runde

[Bern,] 16. Mai 1967

Die Nachricht von der günstigen Wendung in der Kennedy-Runde[2] verdient es, von der Schweiz mit Freude und Genugtuung aufgenommen zu werden. Das Schicksal dieses grossen Unternehmens hing während der letzten Wochen in der Schwebe. Mehr als einmal schien ein Abbruch und damit ein Scheitern der Bemühungen, die mehr als vier Jahre gedauert haben, unvermeidbar. Umso grösser ist unsere Befriedigung, dass diese Gefahr nun abgewendet ist und die Verhandlungen erfolgreich zu Ende geführt werden können[3].

Es ist für viele von uns sicher nicht leicht verständlich, um was es im einzelnen eigentlich bei der grossen Auseinandersetzung in Genf ging. Auch die Handelspolitik ist, wie so manches in der modernen Zeit, zu einer Angelegenheit für Spezialisten geworden, die neben vielem andern ein gewaltiges Fachwissen stets zur Hand haben müssen, um die Interessen ihres Landes angemessen zu vertreten.

In kurzen Worten gesagt stand zur Diskussion, ob es gelingen würde, einen überaus kühnen Plan des verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, John Kennedy, – darum trägt die Kennedy-Runde seinen Namen – zu verwirklichen. Dieser Plan bestand darin, vor allem zwischen den industrialisierten, hochentwickelten Ländern der Welt einen Durchbruch zu freieren Formen des Handelsaustausches zu erzielen, die Zolltarife weitgehend abzubauen und auch andere Handelshindernisse mannigfacher Art zu beseitigen oder in ihren Auswirkungen zu mildern. Industrie und Landwirtschaft sollten gleichermassen in diese ambitiöse Zielsetzung einbezogen werden.

Dieses Ziel ist nicht ganz, aber in den meisten Bereichen doch zu einem guten Teil erreicht worden[4]. Wenn man sich vergegenwärtigt, was alles an

---

1. *Rede (Kopie):* E7110#1978/50#262* (783.0). *Verfasst von V. Frank. Die Rede wurde am selben Tag auch als Fernsehansprache auf Französisch gehalten, vgl. Doss.* E7001C#1978/59#801* (2540.01).

2. *Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 15,* dodis.ch/33250.

3. *Zur Ausstellung der Vollmachten für die Unterzeichnung der Schlussdokumente vgl. das BR-Prot. Nr. 1110 vom 26. Juni 1967,* dodis.ch/33789. *Die sechste Handels- und Zollkonferenz des GATT (Kennedy-Runde) wurde am 30. Juni 1967 abgeschlossen. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 31. Sitzung vom 9. Mai 1967,* E1003#1994/26#8*; *die Notiz von P. R. Jolles an R. Gnägi vom 31. Mai 1967,* dodis.ch/33788 *sowie das BR-Prot. Nr. 1569 vom 15. September 1967,* E1004.1#1000/9#726*.

4. *Vgl. dazu die schweizerische «Positivliste» im Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 11. April 1967,* dodis.ch/33787.

Schwierigkeiten zu überwinden war, so wird man die Unterhändler nicht tadeln dürfen, wenn sie auf gewissen Gebieten – und ich denke hier vor allem an das überaus dornenreiche Gebiet des internationalen Handels mit landwirtschaftlichen Produkten – das Unmögliche einfach nicht schaffen konnten.

Die Schweiz hat an der Kennedy-Runde von Anfang an ein besonderes Interesse genommen. Dies nicht nur deshalb, weil sie als Gastland dieser in Genf abgehaltenen Konferenz wirkte und die offizielle Eröffnung im Mai 1963 unter dem Vorsitz eines schweizerischen Bundesrates[5] stattfand. Für uns handelte es sich darum, zu erreichen, dass unsere hauptsächlichen Handelspartner – in erster Linie die Europäische Wirtschaftgemeinschaft und die Vereinigten Staaten – ihre Tore dem schweizerischen Export wesentlich weiter öffnen, als dies bisher der Fall war. Wir wissen alle, dass unser Land von der Erhaltung und weiteren Entwicklung der ausländischen Märkte für die Erzeugnisse seines Fleisses vital abhängt. Der Wohlstand, dessen wir uns erfreuen, wäre ohne diese Voraussetzung nicht denkbar. Nicht umsonst haben wir deshalb seit jeher auch unsererseits eine betont liberale Aussenhandelspolitik betrieben und keine Möglichkeit ausgelassen, um unsere Partner zu einer ähnlichen Haltung zu bewegen.

Die grösste Gelegenheit, die es auf diesem Gebiet für uns je gegeben hat, ist die Kennedy-Runde[6]. Sie wird uns, wenn die Bereinigung der Einzelergebnisse in den nächsten Tagen nicht noch unliebsame Überraschungen bringt, einen schönen und sehr schätzenswerten Ertrag sichern. Um nur von unserem grossen Nachbarn, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft[7] zu sprechen, werden wir auf dem Gebiete der Industrie auf durchschnittliche Zollsenkungen[8] zählen dürfen, die – Einzelberechnung vorbehalten – zwischen 30 und 40% betragen werden. Für die *Uhren* z. B. wurde ein guter Abschluss erzielt: eine 30%ige Senkung des EWG-Tarifs gegen den teilweisen Abbau gewisser verbandsrechtlich bedingter schweizerischer Importbeschränkungen. Dies ist aber nur der Beginn; eine konstruktive Zusammenarbeit der Uhrenindustrie der EWG und der Schweiz vorausgesetzt, wird später eine weitere Herabsetzung der EWG-Zölle möglich machen[9]. Auch mit den Ver-

---

5. *H. Schaffner. Vgl. BBl, 1967, II, S. 605–864, bes. S. 608.*

6. *Durch die Ernennung des schweizerischen Botschafters in London, O. Long, zum Generaldirektor des GATT, wurde die Stellung der Schweiz innerhalb des GATT verstärkt. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 76. Sitzung vom 24. November 1967,* dodis.ch/34167; *das BR-Verhandlungsprot. der 77. Sitzung vom 28. November 1967,* dodis.ch/33271; *das Schreiben von H. Schaffner an E. White vom 29. November 1967,* dodis.ch/33801; *das Schreiben von E. White an H. Schaffner vom 19. Dezember 1967,* dodis.ch/33802*; das Schreiben von H. Schaffner an die Redaktion der «Stuttgarter Nachrichten» vom 7. Dezember 1967,* dodis.ch/33760; *das Schreiben von R. Bernhard an H. Schaffner vom 12. Dezember 1967,* dodis.ch/33762.

7. *Zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der EWG und in der Schweiz vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 30. Juni 1967,* dodis.ch/33778 *und das Referat von H. Schaffner vor den Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats vom Februar 1969,* dodis.ch/33872, *S. 26–32.*

8. *Vgl. dazu die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 2. Oktober 1969,* dodis.ch/33697.

9. *Vgl. dazu das Bulletin* Bilan horloger du «Kennedy Round» et intégration européenne *der schweizerischen Uhrenkammer vom August 1967,* E7001C#1978/59#801* (2540.01).

einbarungen betreffend die *Chemie*[10] können wir zufrieden sein. Hier steht eine Reduktion des EWG-Tarifes um 50% für die meisten schweizerischen Hauptlieferantenpositionen in Aussicht, allerdings unter der Voraussetzung, dass der amerikanische Kongress ein antiquiertes Zollbewertungssystem, den sogenannten «American Selling Price»[11] abschafft, an dessen Beseitigung alle übrigen Chemie-Grossproduzenten der Welt ebenso sehr interessiert sind. Aber auch für den Fall, dass der sog. ASP bestehen bleibt, werden wir für die schweizerischen Spezialitäten – und *nur* ihnen wurde diese Sonderbehandlung zugestanden – von der EWG eine Senkung von rund 35% der gegenwärtigen Zölle erhalten. Auf dem Gebiete der *Maschinenindustrie* sind die getroffenen Regelungen noch besser: hier gehen die Senkungen für viele wichtige schweizerische Exportartikel bis zu 50%, von einigen enttäuschenden Ausnahmen (vor allem den Werkzeugmaschinen, wo die Senkungen geringer sind) allerdings abgesehen. Es gibt anderseits Sparten in unserer Industrie, die etwas im Schatten liegen, wobei ich vor allem an die Textilien denke. Eine maximale Anstrengung unserer Unterhändler konnte gerade hier nicht alle Wünsche erfüllen. Gesamthaft betrachtet aber werden der schweizerischen Industrie im Ergebnis der Kennedy-Runde beträchtliche Zollsenkungen zufallen, die eine wesentliche Erleichterung ihrer Exportsituation gegenüber der EWG herbeiführen werden. Dasselbe gilt für unsere Ausfuhren nach den Vereinigten Staaten. Hier darf ich daran erinnern, dass in einem gewissen Sinne ein erstes Resultat der Kennedy-Runde der Uhrenzollentscheid[12] Präsident Johnsons vom 11. Januar dieses Jahres war, der die Zollbelastung auf diesem wichtigsten Markt unserer Uhrenindustrie um etwa einen Drittel verringert hat.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft[13] sind die Ergebnisse, wie ich schon andeutete, bescheidener. Es werden noch lange Jahre vergehen und noch viele Anstrengungen gemacht werden müssen, um – vielleicht auf Grund ganz neuer Methoden – hier eine besser Ordnung der internationalen Austauschverhältnisse und eine gerechte Regelung für alle Beteiligten zu finden. Die Kennedy-Runde aber wird uns voraussichtlich auch hier ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis in Gestalt verbesserter Absatzverhältnisse für unser Hauptexportprodukt, den Käse, auf dem Markt der EWG und demjenigen der Vereinigten Staaten bringen.

So wir das «kleine Pfingstwunder», als das ich die schliessliche Lösung der Hauptschwierigkeiten in der Kennedy-Runde bezeichnen möchte, als ein markantes Datum in die Geschichte der schweizerischen Handelspolitik eingehen. Als nächstes bleibt uns nun, eine zusätzliche Bereinigung unserer handelspolitischen Schwierigkeiten in Europa zu erreichen. Auch in dieser Richtung hat die Kennedy-Runde uns eine bedeutende Erleichterung unserer

---

10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2010 vom 10. Dezember 1968,* dodis.ch/33769.
11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2199 vom 22. Dezember 1969,* dodis.ch/33785 *sowie die Notiz von A. Weitnauer an H. Schaffner vom 22. Dezember 1969,* dodis.ch/33237.
12. *Für H. Schaffners Einschätzung zur Aufhebung der Uhrenzölle vgl. Dok. 3,* dodis.ch/33140.
13. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/32941.

Position gebracht, so dass wir mit frischem Mut und der beruhigenden Hoffnung der Zukunft entgegenblicken können, dass, wenn die Zeichen, die von Genf zu uns gekommen sind, nicht trügen, ein günstiger Wind in den Bereichen des internationalen Handels weht.

25

dodis.ch/32485

Bericht des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst[1]

Reise nach Japan und Hong Kong. April 1967

Auszug *[Bern, 31. Mai 1967]*[2]

I. Einleitende Bemerkungen

1. Am 6. Februar 1964 hatte sich der Abschluss des ersten *Handels- und Freundschaftsvertrags* zwischen der *Schweiz und Japan* zum hundertsten Male gejährt[3]. Nach den fünf führenden Seemächten der damaligen Zeit – England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Holland und Preussen – war die Schweiz als kleines Binnenland der sechste Staat, der mit seinen Kaufleuten in Japan Fuss fasste, seitdem sich das Land der aufgehenden Sonne nach langer Isolierung Mitte des vorigen Jahrhunderts endlich der modernen Umwelt geöffnet hatte.

Schon vor drei Jahren war erwogen worden, der Feier dieses Ereignisses, das den Ausgangspunkt einer langen, gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gebildet hat, durch die Entsendung einer offiziellen schweizerischen Persönlichkeit nach Tokio ein besonderes Gepräge zu geben[4].

Verschiedener Umstände wegen hatte sich der Plan in jenem Zeitpunkt leider nicht verwirklichen lassen. Die damalige Absenz ist nunmehr durch den

---

1. *Bericht:* E7001C#1978/59#470* (120.02). *Kopien an H. Schaffner, P. R. Jolles, A. Weitnauer, P. Languetin, A. Grübel, H. Marti, H. Bühler, E. Moser, J. Iselin, J. de Rham, F. Châtelain, P. Micheli, E. Thalmann, S. Marcuard, E. Diez, A. Janner, M. Gelzer, P. H. Wurth, die schweizerische Delegation bei der OECD in Paris, P. Aebi, J.-E. Töndury, A. Schnebli, L. Roches, E. Léchot, H. Hofer, U. Andina, M. Lusser, M. Jost, A. Dunkel, J.-D. Vermeil, H.-U. Greiner, H. Sieber und die Bibliothek der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.*

2. *Der Bericht ist undatiert. R. Probst übermittelte ein* definitives Exemplar samt Beilagen des Japan/Hong Kong-Berichtes *am 31. Mai 1967 an H. Schaffner. Dieser versandte den Bericht am 8. Juni 1967 an die Mitglieder des Bundesrats, vgl. Doss. wie Anm. 1.*

3. Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem schweizerischen Bundesrathe und Seiner Majestät dem Taïkun von Japan *vom 6. Februar 1864, AS, 1863–1866, S. 683–709. Vgl. dazu DDS, Bd. 1, Dok. 494, Dok. 507 und Dok. 509. Zu den Jubiläumsfeierlichkeiten vgl. das Schreiben von J. de Rham an P. Micheli vom 27. Februar 1964,* dodis.ch/32024 *und Doss.* E2003A#1978/29#594* (o.301.1). *Vgl. ferner den Bericht von M. Grossenbacher vom 14. August 1963,* dodis.ch/18950.

4. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#4004* (B.14.21.1).

Beschluss des Bundesrates[5], Herrn Bundesrat Schaffner nach Japan zu delegieren, ausgeglichen worden. Den äussern Anlass dazu bot die aktive Teilnahme der Schweiz an der diesjährigen Tokioter internationalen Handelsmesse. Der eigentliche Grund lag aber im Bestreben, dem befreundeten Japan, das zu einer führenden Industriemacht geworden ist und mit dem uns nicht nur intensive Handelsbeziehungen, sondern – in OECD, GATT und anderen internationalen Gremien – auch eine echte Partnerschaft verbindet[6], unsere Wertschätzung zu bekunden. Der Besuch wurde denn auch, dank den grossen Bemühungen der schweizerischen Botschaft in Tokio sowie dem Entgegenkommen des japanischen Aussenministeriums, von Anfang an in einen Rahmen gestellt, der den nötigen Widerhall und ein Maximum an ebenso freundschaftlichen wie nützlichen Kontakten verbürgte; wir werden auf Näheres zurückkommen.

2. *Japan* ist heute in Asien unser *wichtigster Handelspartner*. Während sich unsere Exporte 1966 auf über 290 Millionen Franken beliefen, erreichten unsere Importe aus Japan 241 Millionen. Bereits an dritter Stelle unserer Kunden im asiatischen Raum figuriert indessen, nach Japan und Indien, überraschend die britische Kronkolonie *Hong Kong*, der wir 1966 schweizerische Waren im Wert von fast 204 Millionen Franken geliefert haben; im gleichen Zeitraum beliefen sich unsere Bezüge aus Hong Kong auf rund 48 Millionen. Zusammen nehmen uns also Japan und Hong Kong für fast eine halbe Milliarde Franken schweizerische Exportprodukte ab, während unsere Bezüge weniger als 300 Millionen ausmachen. Diese beiden Wirtschaftsgebiete sind also mit einem Überschuss zu unsern Gunsten von total 205 Millionen Franken an der Korrektur unserer in ihrer Gesamtheit chronisch passiven Handelsbilanz beteiligt; Hong Kong allein trägt zu diesem Ergebnis rund drei Viertel bei. Es erschien deshalb naheliegend, auf dem Rückweg auch dieser Hafenstadt einen kurzen Besuch abzustatten.

3. Herr Bundesrat Schaffner war auf seiner *Reise*, die in die Zeit vom 14. bis zum 26. April fiel, von seiner Gemahlin[7] sowie vom Unterzeichneten in seiner Eigenschaft als Delegierter für Handelsverträge begleitet. Das schwer befrachtete offizielle Programm in Tokio (vgl. Beilage 1[8]) konzentrierte sich auf die vier Tage vom Montag 17. April bis und mit Donnerstag 20. April. Die beiden folgenden Tage waren einem Besuch der alten japanischen Kaiserstadt Kyoto gewidmet. Durch Überspringen eines Swissair-Kurses wurde vom Sonntag 23. April bis Dienstag 25. April die nötige Zeit für den Aufenthalt in Hong Kong gewonnen. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch 26. April landete die Reisegesellschaft in Cointrin wieder auf Schweizerboden.

---

5. *Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 13. Sitzung vom 21. Februar 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 3*: M. Spühler communique que M. Schaffner est disposé à se rendre à Tokio pour visiter l'exposition internationale mais désire, dans ce cas, être remplacé par M. Spühler pour l'exposition de Montréal. Il considère que la présence du vice-président du Conseil fédéral serait plus indiquée que la sienne. Le Conseil se déclare d'accord.

6. *Zur Zusammenarbeit mit Japan im GATT und der OECD vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 127,* dodis.ch/31332.

7. *R. Schaffner-Rudolf.*

8. *Vgl. das* Programm für den Besuch von Herrn und Frau Bundesrat Schaffner sowie Herrn Minister Probst vom 15.–23. April 1967 in Tokio, *Doss. wie Anm. 1.*

II. Japan

1. Es scheint angezeigt, dem Bericht über den Besuch in Japan einige Streiflichter auf das Land und seine Rolle als Wirtschaftsfaktor vorauszuschicken.

[...][9]

2. Die Bedeutung Japans als *Handelspartner der Schweiz* wurde schon einleitend umrissen. Von unseren Exporten in der Höhe von 290 Mio. Franken (1966) entfielen 131 Millionen auf chemische und pharmazeutische Produkte, 78 Millionen auf Maschinen, Apparate und Instrumente, 40 Mio. auf Uhren, 17 Mio. auf Textilien, gegen 6 Mio. auf Nahrungsmittel, die restlichen 18 Millionen auf diverse Waren. Die schweizerischen Importe aus Japan im Werte von 241 Mio. verteilten sich demgegenüber zur Hauptsache auf 100 Mio. Maschinen, Instrumente und Apparate, 32 Mio. Textilien, 31 Mio. chemische Produkte sowie 15 Mio. Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Kaum weniger beachtlich ist für uns aber die Rolle Japans im Sektor der *Invisibles*. Das Talent der Japaner auf dem Gebiete des Kopierens ist bekannt. Es hat ihnen erlaubt, ihren anfänglichen technischen Rückstand aufzuholen. Sofern das Kopieren in unzulässiger Weise erfolgt, haben wir dagegen angekämpft und tun es wenn nötig weiterhin[10], wobei anerkannt sei, dass uns die japanischen Behörden hierin seit einiger Zeit, auch im Interesse ihres eigenen Rufes im Ausland, unterstützen. Legitim wird das Kopieren, wenn es sich auf Lizenzverträge stützt. Allerdings geht Japan auch zunehmend dazu über, blosses Imitieren durch eigene Forschungs- und Erfindungsleistungen, besonders sichtbar auf dem Gebiete der Elektronik und der Miniaturisierung, zu ersetzen; bereits werden gewisse japanische Lizenzen nach dem Ausland vergeben. Über weite Strecken ist Japan aber immer noch von fremden *know how* abhängig. Zum überwiegenden Teil stammt dieses aus den USA; im dritten Rang der ausländischen Lizenzgeber, nach der BRD, aber weit vor Grossbritannien und Frankreich, taucht indessen schon die Schweiz auf. Da zudem Lizenzverträge oft zur Beteiligung an japanischen Gesellschaften Anlass geben und da schweizerische Unternehmungen (namentlich die traditionellen Ostasienfirmen und solche der chemischen, pharmazeutischen, Lebensmittel- und Maschinenbranche) auch sonst in Japan aktiv sind, kann die Schweiz, obschon genaue Unterlagen fehlen, hinter den USA wohl weiterhin als zweitgrösster ausländischer Investor gelten.

3. Anlass zum bundesrätlichen Besuch in Tokio bildete, wie schon erwähnt, die Eröffnung des ersten offiziellen *Schweizerpavillons* an der *«Tokyo International Trade Fair»*. Die Beschickung dieser Messe hat sich als ausgezeichnete Idee erwiesen. Zwar begegnet unsere Exportindustrie, namentlich in Asien, aber auch anderswo, seitens der japanischen Produktion in mancher Hinsicht einer immer fühlbarer werdenden Konkurrenz. Durch seine fortschreitende

---

9. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32485.

10. *Zur Imitationen von schweizerischen Produkten und der missbräuchlichen Verwendung von geschützten Markenbegriffen sowie des Schweizerwappens durch japanische Firmen vgl. die Schreiben von J.-L. Marro an P. Micheli vom 17. Mai 1967,* dodis.ch/32496 *und vom 5. September 1969,* dodis.ch/32495 *sowie das Schreiben von R. Probst an P. Micheli vom 29. Oktober 1969,* dodis.ch/32497.

wirtschaftliche und industrielle Entwicklung wird aber Japan, wie die Erfahrung zeigt, gleichzeitig ein besserer Markt für unsere auf anspruchsvolle Abnehmer zugeschnittene Qualitätsproduktion; ein sprechendes Beispiel sind unsere Uhren, deren Ausfuhr nach Japan trotz der Existenz einer leistungsfähigen japanischen Uhrenindustrie immer noch den Wert von 40 Mio. Fr. erreicht, wobei sich aber der Absatz auf die höhere Preiskategorie verlagert.

Es ist die Politik der Zentrale für Handelsförderung, hinsichtlich der Beschickung von Messen zwar eine Selektion zu treffen, aber dort, wo die Schweiz mittut, eine Schwerpunktbildung anzustreben. Unsere Beteiligung an der Tokioter Messe, die von annähernd drei Millionen Besuchern besichtigt wurde (fast das Dreifache der Eintritte zur Basler Mustermesse), konnte auf diese Weise zu einem vollen Erfolg gestaltet werden. Während sich der Grossteil der 35 an der Messe vertretenen ausländischen Staaten mit der Belegung einer gewissen Bodenfläche in der internationalen Messehalle begnügte, waren die Schweiz, die BRD und der amerikanischen Bundesstaat Washington an der Pazifikküste die einzigen Aussteller, die eigene Pavillons errichteten. Aus diesen stach der Schweizer Pavillon, in zentraler Lage, sowohl durch Grösse (1'800 m^2 Grundfläche) als auch durch architektonische Gestaltung und gediegende Präsentation des qualitativ hochstehenden Ausstellungsgutes entschieden hervor. Er wurde allgemein, so auch seitens des japanischen Wirtschaftsministers[11] gegenüber der Presse, die darüber einlässlich berichtete, als die beste ausländische Beteiligung bezeichnet. In Verbindung mit der Zentrale für Handelsförderung haben die Stiftung Pro Helvetia, der Schweizerische Buchhändler- und Verleger-Verein (u. a. Schweizer Kinderbücher auf japanisch), Verkehrszentrale, Swissair, Fédération Horlogère, zudem 130 Firmen der verschiednen Exportbranchen, die auch für die Kosten im Betrage von 800'000 Fr. aufkommen am guten Gelingen mitgewirkt.

Auf Initiative unserer Botschaft in Tokio und der führenden Schweizerhäuser in Japan wurde diese Beteiligung, gewissermassen im Anschluss an das Centenarium der schweizerisch-japanischen Beziehungen von 1964, zu einer eigentlichen Manifestation ausgeweitet. Schon an der *Eröffnung der Gesamtausstellung* durch die japanischen Behörden trat unser Land in der Person von *Botschafter de Rham*, der als Doyen des diplomatischen Corps eine Ansprache hielt, sichtbar in Erscheinung. Am 20. April folgte im Rahmen einer besonderen Feier die *Einweihung des Schweizerpavillons* durch Herrn *Bundesrat Schaffner*. Ein glanzvoller *Empfang* am Abend des gleichen Tages durch Botschafter de Rham und OSEC-Präsident Edgar Primault zu Ehren des bundesrätlichen Besuchers mit zahlreichen prominenten japanischen und schweizerischen Gästen im grossen Ballsaal des Hilton-Hotel rundete das Ereignis ab.

4. Schon zuvor, am 17. April, erhielt Bundesrat Schaffner Gelegenheit, durch *Fabrikbesichtigungen* in zwei grundverschiedene Zweige der weitgespannten japanischen Industrie Einblick zu nehmen. Der erste Besuch galt der bekannten Sony-Corporation (Tonbandgeräte, Transistoren, Fernseh- und andere elektro-

---

11. *W. Kanno. Zur japanischen Presseberichterstattung vgl.* E2200.136#1981/136#157* (612.5).

nische Apparate), die unlängst in Zürich ihre Niederlassung für Europa eröffnet hat. Der zweite war den bedeutenden Nippon-Kokan-Schiffswerften gewidmet, wo u. a. in Japan in Lizenz hergestellte Sulzer-Dieselmotoren Verwendung finden. In beiden Betrieben bemühten sich die leitenden Herren zuvorkommend um die Führung und Betreuung der Schweizer Gäste. Beachtenswert die Andeutungen des Gründers und Präsidenten der Sony-Corporation, Masaru Ibuka, über eine mögliche Zusammenarbeit der japanischen elektronischen Industrie mit der grössten einheimischen Uhrenproduzentin Seiko (Hattori) zwecks Entwicklung einer eigenen elektronischen Uhr; es bahnen sich hier Entwicklungen an, die von unserer Uhrenindustrie sorgfältig verfolgt werden sollten.

5. Je eine *Dinner-Party* und ein *Herren-Luncheon*, am 17. und am 19. April von Herrn und Frau[12] Botschafter de Rham auf ihrer Residenz offeriert, zu denen neben einigen führenden Mitgliedern der Schweizerkolonie und Vertretern des diplomatischen Corps vor allem ausgewählte japanische Gäste aus Regierung, Verwaltung, Industrie, Finanz, Wirtschaft und Diplomatie geladen waren, boten Herrn Bundesrat Schaffner und dem Unterzeichneten willkommene Gelegenheit zu zahlreichen interessanten Kontakten sowie zur Erörterung gewisser Sachfragen. Unter den Gästen vom 17. April ist namentlich Wirtschaftsminister Kanno, unter jenen vom 19. April der parlamentarische Vizeminister der japanischen Agentur für Wissenschaft und Technik[13] zu nennen. Hinsichtlich der weiteren Geladenen vgl. die angehefteten Listen (Beilagen 2 und 3[14]).

6. Besonders wertvoll und aufschlussreich erwies sich eine *Aussprache mit den Schweizer Geschäftsleuten* in Tokio, die für Herrn Bundesrat Schaffner, assistiert von Botschafter de Rham, Botschaftsrat Miesch und dem Unterzeichneten, am 18. April in den modernen Bureauräumlichkeiten der Firma Siber Hegner organisiert worden war. Der Chef des EVD eröffnete den Gedankenaustausch, der von den Teilnehmern sichtlich geschätzt und lebhaft benützt wurde, mit einem Exposé über die heutige Wirtschaftslage der Schweiz, ihre konjunkturellen Probleme und die Stellung unseres Landes in der Weltwirtschaft; auf besondern Wunsch liess er einen Überblick über den Stand der Kennedy-Runde nachfolgen. Die anschliessenden Fragen der Teilnehmer betrafen u. a. den erhofften Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens und das akute Problem der Liberalisierung von Kapitalinvestitionen in Japan; wir kommen darauf weiter unten noch zu sprechen. Besondere Aufmerksamkeit galt gewissen Schwierigkeiten infolge einer neuen Berechnungsart des Zollwerts seitens der japanischen Fiskalbehörden (Einschluss von Publizitätskosten sowie von immateriellen Werten wie Patent- und Markenrechten etc. in den

---

12. *I. de Rham-Campanari.*

13. *Y. Shiseki. Zur Entsendung eines Wissenschaftsattachés nach Tokio vgl. Dok. 22,* dodis.ch/32486.

14. *Vgl. die* Note concernant les quelques personnalités qui prendront part au Dîner à la résidence, le 17 avril 1967, à 19.30 h *und* Note concernant les quelques personnalités qui prendront part au Déjeuner à la résidence, le 19 avril 1967, à 12.45 h, *Doss. wie Anm. 1. Y. Shiseki figuriert jedoch auf keiner der beiden Teilnehmerlisten.*

Zollwert). Diese Neuerung, die unter Umständen eine fühlbare Verteuerung mit sich bringen kann, bereitet den schweizerischen Vertretern erhebliche Sorge. Das Problem wird von der Handelsabteilung zurzeit geprüft; sie wird gegenüber der Botschaft auf die Sache zurückkommen[15].

Ein Buffet-Dinner am Abend des folgenden Tages im Imperial Hotel mit der *Schweizer Kolonie* und den Mitgliedern der *schweizerisch-japanischen Gesellschaft*, an dem auch einige Schweizer Urlauber der neutralen Überwachungskommission in Korea teilnahmen, bot Gelegenheit, den Kontakt mit den Landsleuten (samt Damen) und den japanischen Freunden unseres Landes gesellig auszuweiten. Eine Begrüssungsansprache durch NZZ-Korrespondent Fritz Steck und ein Dankeswort[16] durch Bundesrat Schaffner auf «bärndütsch» und englisch gaben dem Anlass die festlich Note.

7. Am 20. April hielt Herr Bundesrat Schaffner wie vorgesehen an einem zu seinen Ehren veranstalteten Lunch des *«Foreign Correspondents' Club»* eine *Ansprache* über das Thema *«Some Topics of Swiss Trade Policy»* (Text Beilage 4[17]). Die von liberalem Geist und realistischer Beurteilung getragenen Ausführungen des Vorstehers des eidg. Volkswirtschaftsdepartements galten vor allem der Kennedy-Runde sowie der europäischen Integration. Sie wurden von den zahlreich erschienen Zuhörern, darunter mehreren Mitgliedern des diplomatischen Corps, mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Einige Fragen und Antworten schlossen die Veranstaltung ab.

8. Zeremonieller Höhepunkt des Tokioter Aufenthalts war zweifellos die Herrn und Frau Bundesrat Schaffner, in Begleitung Botschafter de Rhams, von *Kaiser Hirohito und der Kaiserin*[18] am 20. April gewährte *Audienz*. Materielle Fragen konnte dieses Gespräch, das angenehm und ungezwungen verlief, wobei sich der Kaiser als interessante Persönlichkeit erwies, erwartungsgemäss nicht beschlagen. Doch legte der Kaiser Wert darauf, unserem Land, das er offenbar schätzt, seine Sympathie zu bekunden.

9. Konkreter gestalteten sich die Unterredungen mit *japanischen Regierungsmitgliedern*: am 17. April sprach Bundesrat Schaffner, begleitet von Botschafter de Rham und dem Unterzeichneten, bei *Wirtschaftsminister Wataro Kanno* vor; am 18. April gab Aussenminister *Takeo Miki* den schweizerischen Gästen ein Nachtessen in traditionellem japanischem Stil; am 19. April folgte ein Besuch bei *Premierminister Eisaku Satu* in seiner offiziellen Residenz. Jedes der drei Gespräche gab einleitend Gelegenheit, das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Nationen hervorzuheben, auf den fruchtbaren Handelsaustausch hinzuweisen und die gegenseitige Wertschätzung zu betonen. Darüber hinaus konnten auch einige konkrete Sachfragen angeschnitten werden:

---

15. *Zu den Problemen mit der Zollwertberechnung für die Importeure von Schweizer Waren vgl. das Schreiben von R. Probst an E. Stadelhofer vom 19. Februar 1968,* dodis.ch/32492.

16. *Vgl. die* Skizze einer kurzen Ansprache am Dîner der Schweizerkolonie und der Gesellschaft Schweiz-Japan, Tokio, 19. April 1967, *Doss. wie Anm. 1.*

17. *Vgl.* Some Topics of Swiss Policy, by Dr h. c. Hans Schaffner, Federal Councillor, Head of the Swiss Federal Department of Public Economy, Address delivered at the Foreign Correspondents' Club in Tokyo, April 20, 1967, *Doss. wie Anm. 1.*

18. *Kōjun.*

– Eine davon war das Problem der *Liberalisierung ausländischer Kapitalinvestitionen*. Eine solche Massnahme, die teils auch von japanischen Wirtschaftskreisen postuliert wird, wäre geeignet, Schweizerfirmen in Japan eine angemessene Expansion zu erleichtern. Namentlich der Premierminister erklärte sich aus liberalem Geist, zu dem er sich ausdrücklich bekannte, mit dieser Zielsetzung einig, auch wenn, wie er beifügte, noch erhebliche Hindernisse zu überwinden seien.

– Die zweite Frage betraf die schon seit langem angestrebte Zulassung eines *vierten Swissair-Fluges* nach Tokio. Bundesrat Schaffner trug sie namentlich dem Aussenminister, der sie zu prüfen versprach, als persönliches Anliegen vor. Als der Premierminister für unsere Beteiligung an der Tokioter Messe dankte und der Hoffnung Ausdruck gab, dass sich die Schweiz auch an der Weltausstellung 1970 in Osaka[19] beteiligen werde, nahm sein Schweizer Gast dies zum Anlass eines neuen Vorstosses: die Gewährung des vierten Fluges könnte den Entscheid hinsichtlich der Weltausstellung positiv beeinflussen; denn wir müssten, wenn die Schweiz in Osaka vertreten wäre, verständlicherweise auch über die nötige Transportkapazität zur Beförderung schweizerischer Interessenten nach Japan verfügen.

– Drittens sprach Herr Bundesrat Schaffner die Erwartung aus, dass es gelingen möge, die nun schon seit Jahren hängigen *Doppelbesteuerungsverhandlungen* zwischen den beiden Ländern zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Er stiess damit auf volle Zustimmung.

Zum Abschluss richtete Herr Bundesrat Schaffner, der während seines offiziellen Aufenthalts in Tokio zusammen mit seiner Gemahlin Ehrengast der japanischen Regierung gewesen war, an Premierminister Sato die *Einladung*, dem Bundesrat in Bern zu einem geeigneten Zeitpunkt einen Gegenbesuch abzustatten. Die beiden anderen Minister wurden aufgefordert, falls sie nach Europa kämen, ihrerseits bei uns vorzusprechen. Bundesrat Schaffner hat diese Einladung inzwischen von Bern aus schriftlich bestätigt[20].

10. Es erschien angezeigt, die oben erwähnten Sachfragen, in Ergänzung zum ministeriellen Gedankenaustausch, auf dem Niveau der *Chefbeamten* weiter zu verfolgen. Die Schweizerische Botschaft hatte dem *Unterzeichneten*, der von *Botschaftsrat Dr. Miesch* begleitet wurde, zu diesem Zweck ein Sonderprogramm für Besuche beim Wirtschafts-, beim Transport- und beim Finanzministerium vorbereitet (Beilage 5[21]). Diese Vorsprachen erwiesen sich als recht ergiebig. Insbesondere konnte eine Wiederaufnahme der Doppelbesteuerungsverhandlungen für den kommenden Herbst prinzipiell erwogen

---

19. *Zur Weltausstellung in Osaka vgl. Dok. 22,* dodis.ch/32486; *den* Bundesbeschluss über die Beteiligung der Schweiz an der Internationalen Weltausstellung in Osaka 1970 *vom 14. März 1968, BBl, 1968, I, S. 531–532; die Notiz von H. Müller an E. Thalmann, R. Hartmann, M. Jaccard, W. Jäggi und H. Miesch vom 17. Mai 1968,* dodis.ch/32493 *und das Protokoll vom 10. Oktober 1969 der Botschaftertagung vom 3.–5. September 1969,* dodis.ch/30859, *S. 41–42.*

20. *Vgl. das Schreiben von H. Schaffner an E. Sato vom 9. Mai 1967,* E2001E#1978/84#4006* (B.15.51).

21. *Vgl.* Tokio, Separates Arbeitsprogramm für Herrn Minister Raymond Probst, *Doss. wie Anm. 1.*

werden. Nähere Einzelheiten über unsere Bemühungen sind den Beilagen 6[22] (Kapitalliberalisierung), 7[23] (vierter Swissair-Flug) und 8[24] (Doppelbesteuerung) zu entnehmen.

11. Nach Beendigung des offiziellen Programms erlaubte es uns ein zweitägiger Ausflug in die alte Kaiserstadt *Kyoto*, den Eindruck des rasch voranschreitenden modernen Landes, wie es uns in der Kapitale entgegengetreten war, durch das Bild des traditionellen und kulturellen Japan zu ergänzen. In Herrn Heinz Brasch, Leiter der Schweizerischen Übersee-Handel A. G. in Tokio, einem der besten Kenner japanischer Geschichte und Kunst, stand uns ein feinsinniger Führer zur Verfügung. Die Reise ermöglichte es ausserdem, mit dem schweizerischen Honorarkonsul in Kobe[25], Herrn Rudolf Eduard Stutz (Geigy-Vertreter), Fühlung zu nehmen.

12. *Rückblickend* lässt sich sagen, dass unsere Mission nach Japan die Mühe gelohnt hat. Ihr Zweck, für «rayonnement» zu sorgen und «good-will» zu schaffen, dürfte erreicht sein. Die zahlreichen Kontakte waren fruchtbar, und es ist zu hoffen, dass sie nachwirken werden. Die japanische Presse hat dem ersten Besuch eines schweizerischen Regierungsmitglieds ihrerseits beträchtlich Aufmerksamkeit gewidmet[26].

Indessen war die Reise gewiss auch für die Beteiligten selbst ein Gewinn. Sie konnten von der überbordenden Aktivität und der intensiven Ausstrahlung Japans, aber auch von der nüchternen Sachlichkeit und zielbewussten Tüchtigkeit des Japaners, der in vielen entscheidenden Zügen unasiatisch und ausgesprochen eigenständig wirkt, eine unmittelbare Vorstellung gewinnen, die weit über die blosse Kenntnis zugrunde liegender Fakten hinausgeht.

Gleichzeitig sind hinter der imponierenden Leistung gewisse Beschränkungen erkennbar geworden, die wohl teils im japanischen Wesen selbst begründet liegen, teils aus der unvollständig bewältigten Synthese zwischen überkommener Lebensform und moderner Dynamik fliessen dürften. Auch wirtschaftlich beginnen retardierende Faktoren fühlbarer zu werden. Der Vorsprung, den Japan im internationalen Wettbewerb durch tiefere Lebenskosten und billige Arbeitskraft vom Start weg aufwies, ist zwar immer noch beträchtlich, aber nicht mehr unangefochten. Die mit einer raschen Wirtschaftsexpansion einhergehende Inflation fängt an, selbst in Japan in Erscheinung zu

---

22. *Aktennotiz von R. Probst vom 22. Mai 1967,* dodis.ch/32491.

23. *Schreiben von R. Probst an H. Haas vom 10. Mai 1967, Doss. wie Anm. 1. Zu den Verhandlungen über den vierten Swissair-Flug vgl. auch das Schreiben von R. Probst an E. Stadelhofer vom 29. Januar 1968,* dodis.ch/32488; *den* Bericht über die Verhandlungen mit den japanischen Luftfahrtsbehörden in Tokio, 17. bis 23. April 1968 *von W. H. Frei vom 30. April 1968,* dodis.ch/32489 *und das Schreiben von H. Haas an H. Schaffner vom 1. Mai 1968,* dodis.ch/32490.

24. *Schreiben von R. Probst an K. Locher vom 10. Mai 1967, Doss. wie Anm. 1. Zum geplanten Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Japan vgl. auch die Notiz von R. Probst vom 15. November 1967,* dodis.ch/32487; *das Schreiben von R. Probst an E. Stadelhofer vom 29. Januar 1968,* dodis.ch/32488 *und den Bericht der Steuerverwaltung vom 10. April 1969,* dodis.ch/32335.

25. *Zur Tätigkeit des Konsulats in Kobe vgl. auch Dok. 22,* dodis.ch/32486.

26. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#3994* (A.15.41.10).

treten. Schon in den letzten Jahren wurde die durchschnittliche Produktivitätssteigerung von 8,7% durch eine mittlere Lohnerhöhung von 8,1% fast absorbiert. Im Jahr 1966 haben sich die Löhne gegenüber dem Vorjahr um 11,5% erhöht, womit die Produktivitätssteigerung überholt worden ist. Zunehmende Konsumentenpreise, Mangel an Arbeitskräften, vermehrte Sozialforderungen, knapper werdendes Kapital sind weitere Anzeichen des durch rapides Wachstum beeinträchtigten Gleichgewichts.

Ungeachtet dieser Symptome, die einen gewissen Wandel erwarten lassen, bleibt Japan indessen ein Land, das seitens der Schweiz als Handelspartner weiterhin grösste Aufmerksamkeit und intensive Pflege verdient.

III. Hong Kong
[...][27]

27. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32485. *Zu den schweizerischen Beziehungen zu Hong Kong vgl. Dok. 77,* dodis.ch/32552.

26

dodis.ch/32619

Referat des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

Jahreskonferenz der Interkantonalen Vereinigung für Heilmittel vom 31. Mai 1967 in Genf

Vor Ihnen liegt der Entwurf[2] zu einem Beschluss, mit dem Sie der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel die Befugnis erteilen die Herstellung von Heilmitteln zu inspizieren, wenn derartige Kontrollen vom Bestimmungsland vorgeschrieben werden. In aller Offenheit möchte ich Ihnen gestehen, dass der alleinige Zweck meines kurzen Votums ist, Sie zu bitten, diesem Entwurf zuzustimmen. Ich bin mir bewusst dass ich mit dieser Erklärung den Vorwurf

1. *Referat:* E2001E#1978/84#7092* (B.11.42). *Beigefügte Notiz von M. Gelzer:* Improvisierte Einleitungsbemerkung, die ich dem Referat voranschickte: Als Herr Botschafter Weitnauer mich anfragte, ob ich bereit wäre, mich an seiner Stelle an Ihre Tagung zu begeben, um die kurze Orientierung zu übernehmen, habe ich gerne ja gesagt. Es ist mir eine Ehre und Freude zugleich, als einer der *Vertreter des Bundes* unter Ihnen zu weilen und zu Ihnen sprechen zu dürfen. Als Bürger eines *Kantons [Basel-Stadt]* und einer *Stadt*, in der die Herstellung von Heilmitteln beheimatet ist wie kaum anderswo, bin ich mir des Problems, das Sie heute beschäftigt, ganz besonders bewusst. Dieses Bewusstsein gründet sich zugleich auch auf die dritte Eigenschaft, in der ich unter Ihnen weile, als Angehöriger der 5. Schweiz sozusagen, der ich bis vor kurzem war und dem sich in Washington an der «Front» somit immer wieder Gelegenheit bot, sich intensiv mit dem jetzt zur Diskussion stehenden Fragenkomplex zu befassen.

2. *Vgl. den Entwurf* Anforderungen und Qualitäts-Kontrollen im Zusammenhang mit der Fabrikation von pharmazeutischen Produkten *vom 10. April 1967, Doss. wie Anm. 1.*

geradezu provoziere, die eidgenössische Verwaltung mische sich in eine Angelegenheit, die der ausschliesslichen kantonalen Kompetenz vorbehalten ist. Ich glaube jedoch, hier stehen so gewichtige Gesamtinteressen unseres Landes auf dem Spiele, dass der Bund eine eindeutige Stellungnahme nicht zu scheuen braucht, ja dass er Stellung beziehen *muss*. Es scheint mir, hier liegt das Beispiel einer schwierigen Aufgabe vor uns, die Bund und Kantone nur in enger Zusammenarbeit und in gegenseitigem Einvernehmen lösen können. Nur wenn der Wille zu dieser Art von gemeinsamem Vorgehen stark ist, kann unsere föderalistische Staatsstruktur erhalten bleiben, nur dann ist sie den Aufgaben unserer Zeit gewachsen.

Wie kam es zur heutigen Lage?

Die Schweiz beherbergt in ihren Grenzen Firmen, die zu den grössten und modernsten Herstellern von pharmazeutischen Produkten gehören. Unser Land exportierte im Jahre 1966 Heilmittel für einen Betrag von rund 600 Millionen Franken. Dies sind rund 21% unserer gesamten Exporte von chemischen Erzeugnissen (2,9 Mrd. Fr.) oder 4,2% unserer Totalexporte (14,2 Mrd. Fr.). Vergleichsweise sei angeführt, dass die Schweiz im selben Jahr für 1,9 Mrd. Fr. Uhren und für 3,2. Mrd. Fr. Maschinen und Apparate exportierte. Jedes Land hat ein grosses Interesse daran, dass nur einwandfreie Heilmittel zum Verkauf gelangen. Nachteilige Folgen der Einnahme von nicht genügend geprüften Medikamenten – man erinnere sich an den tragischen Conterganfall – müssen um jeden Preis verhindert werden. Es versteht sich, dass importierte Produkte denselben strengen Vorschriften zu unterwerfen sind wie Inlanderzeugnisse. Gewisse Kontrollen lassen sich am Fertigprodukt also z. B. auch bei der Einfuhr-Verzollung vornehmen, doch versichern uns die Fachleute, dass genügende Sicherheit nur dann besteht, wenn auch das Herstellungsverfahren gewissen Mindestanforderungen genügt, die natürlich periodisch überprüft werden müssen. Wie aber sollen derartige Kontrollen durchgeführt werden, wenn die Fabrikation in einem fernen Land erfolgt? Länder mit einem grossen Verwaltungsapparat wie die Vereinigten Staaten können es sich leisten ihre eigenen Inspektoren in der ganzen Welt umherreisen zu lassen, um die erforderlichen Erhebungen an Ort und Stelle vorzunehmen.

Nun widerspricht aber die Ausübung – auf Schweizerboden – von amtlichen Funktionen für einen fremden Staat dem Völkerrecht und unserer Gesetzgebung, namentlich Artikel 271 des Strafgesetzbuches, dessen massgeblicher Absatz wie folgt lautet[3]:

«Wer auf schweizerischem Gebiet ohne Bewilligung für einen fremden Staat Handlungen vornimmt, die einer Behörde oder einem Beamten zukommen. (...) Wer solchen Handlungen Vorschub leistet, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.»

Der genannte Artikel sieht zwar vor, dass der Bundesrat Ausnahmen bewilligen kann. Er hat dies um nur ein Beispiel unter vielen zu nennen, für die in Grenzbahnhöfen tätigen ausländischen Zollbeamten getan. Der Bundesrat

---

3. *Zur Frage verbotener Handlungen für einen fremden Staat in der Schweiz vgl. Dok. 47,* dodis.ch/32230; *Dok. 66,* dodis.ch/32685; *Dok. 119,* dodis.ch/32506; *Dok. 162,* dodis.ch/32504 *sowie die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T981.

möchte jedoch derartige Ausnahmen wirklich nur in Ausnahmefällen erteilen müssen. Ein kleines und neutrales Land, das einen äussert intensiven Austausch von Gütern Kapitalien, Dienstleistungen usf. mit allen Staaten[4] der Welt pflegt, muss in dieser Beziehung besonders vorsichtig sein, denn jede Bewilligung wird automatisch Präjudiz für weitere Fälle. Alle Staaten[5] wollen gleich behandelt werden und zwischen der Inspektion von pharmazeutischen Laboratorien und Nachforschungen ausländischer Steuerbeamter in unserem Land besteht grundsätzlich[6] kein Unterschied. Wo müsste die Grenze gezogen werden, ohne dass die Unparteilichkeit des Bundesrates in Frage gestellt werden könnte? Und wer sollte alle diese ausländischen Beamten beaufsichtigen? Im Zeitalter der wachsenden zwischenstaatlichen Verflechtung würde jede allzu nachgiebige Politik sehr bald zu einer unkontrollierbaren Vielzahl von Amtshandlungen fremder Hoheitsträger und damit schlussendlich zu einer Aushöhlung der Souveränität führen. Wir müssen Herr im eigenen Haus bleiben und dürfen uns dennoch nicht nach aussen abkapseln. Dass es sich gerade im vorliegenden Fall um eine Sache nach völlig gerechtfertigte, im Interesse der Gesundheit liegende Kontroll-Tätigkeit handelt, kann leider an dieser Sachlage nichts ändern. Was ist zu tun?

Bis vor kurzem konnten ernsthafte Schwierigkeiten vermieden werden. Die zuständige amerikanische Behörde, die Food and Drug Administration, verzichtete, auf Grund einer Art stillschweigenden gentlemen's agreement[7] und im Vertrauen auf den guten Ruf unserer Exportfirmen, auf die Durchführung der Kontrollen in der Schweiz. Sie konnte dies tun, weil das amerikanische Gesetz ein Fakultativum vorsah. Nun sind aber die einschlägigen Bestimmungen in Revision begriffen. Das Fakultativum ist zu einem Obligatorium geworden und bereits sind zwei konkrete Fälle hängig[8], wo die Food and Drug Administration die Registrierung neuer Heilmittel von einer Fabrikinspektion abhängig macht. Dafür, dass die amerikanischen Behörden auf der Durchführung einer Inspektion bestehen, müssen wir Verständnis aufbringen, denn auch für sie stellt sich das Problem des Präjudizes, auch sie müssen alle Lieferländer gleich behandeln. Sich den durchaus vernünftigen Forderungen unserer Partner einfach zu widersetzen, scheint uns im Interesse weder des Landes noch unserer Industrie zu liegen.

Ein Mittelweg zwischen nationaler und ausländischer Kontrolle würde in der Kontrolle durch Beamte einer internationalen Organisation bestehen. Vielleicht liegt hier für die Zukunft die gegebene Lösung ähnlicher Fälle eines Konflikts zweier oder mehrerer Rechtsordnungen. Doch scheint mir, dass auch diese Möglichkeit nur in Betracht gezogen werden sollte, wenn wir selbst nicht in der Lage sind, eine eigene nationale Ersatzkontrolle anzubieten.

---

4. *Handschriftliche Korrektur aus:* Ländern.
5. *Handschriftliche Korrektur aus:* Länder.
6. *Handschriftliche Korrektur aus*: in grundsätzlicher Hinsicht.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 84,* dodis.ch/31434, *Anm. 11.*
8. *Für das Produkt Locacorten der Firma Ciba vgl.* Doss. E7110#1979/14#2223* (867.3) *und für das Gesuch des schweizerischen Serum- und Impfinstituts vgl. das Schreiben der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie an A. Weitnauer vom 11. Juli 1968,* dodis.ch/32689.

Überdies stellen sich auch in dieser Lösung zahlreiche Fragen der fachlichen Kompetenz, der Vertrauenswürdigkeit, des Präjudizes usf. Schliesslich ist kaum anzunehmen, dass die Kantone so ohne weiteres ihre Befugnisse an eine internationale Behörde delegieren[9] und mit ihr eine direkte Zusammenarbeit pflegen möchten.

Der einzige gangbare, der richtige Weg schien sich uns nur in der Einführung einer rein schweizerischen Ersatzinspektion zu eröffnen, wie ja überhaupt zwischenstaatliche Rechtshilfe und Ersatzvornahme auch in anderen, ähnlich gelagerten Fällen die beste Lösung darstellt, sofern nicht sogar die gegenseitige Anerkennung der nationalen Systeme möglich ist. In der Schweiz besitzen wir noch kein eigenes Kontroll-System. Doch sind Sie, wenn ich richtig informiert bin, daran, dessen Einführung zu beraten. Vielleicht wird sodann eines Tages eine Ersatzkontrolle für ausländische Behörden sogar überflüssig. Doch soweit sind wir noch nicht. Vorläufig müssen wir eine Sofortlösung für eine heute bestehende Schwierigkeit finden. Es ist uns denn auch gelungen, die amerikanischen Behörden von der Notwendigkeit einer derartigen Formel zu überzeugen. Unser Botschafter[10] in Washington hat vom Chef[11] der Food and Drug Administration die Zusage[12] erhalten, dass er bereit ist, eine schweizerische Kontrolle zu anerkennen, falls er die Gewissheit hat, dass in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht diese Kontrolle den amerikanischen Anforderungen in jeder Hinsicht genügt. Diese Prüfung des von der IKS sorgfältig vorbereiteten Inspektionsprogramms steht noch bevor, doch zweifle ich keinen Augenblick daran, dass unsere Spezialisten ihre Aufgabe lösen werden. Wesentlich ist das grundsätzliche Einverständnis. Die Verhandlung in Washington[13] musste der Bund führen, doch die Durchführung der Kontrolle in der Schweiz ist Sache der Kantone. Ihre Zuständigkeit soll in vollem Umfang gewahrt bleiben.

Der Beschluss, den Sie heute fassen werden, bildet die Grundlage für die Einführung einer schweizerischen Ersatzkontrolle, die auf dem Boden der heutigen Kompetenzverteilung bleiben würde. Ihre Zustimmung wird dem Bundesrat gestatten, eine Politik weiterzuführen, deren staatspolitische Notwendigkeit heute offensichtlicher denn je ist. Verweigern wir dagegen die Inspektion, ohne einen Ersatz anzubieten, so dürfte nicht bloss die Einführung neuer Schweizer Heilmittel auf dem amerikanischen Markt unmöglich werden, auch die Exporte nach anderen Ländern wären gefährdet, denn z. B. auch Grossbritannien[14] will bei uns inspizieren und zahlreiche weitere Staaten, vor allem Entwicklungsländer, machen die Registrierung eines Heilmittels durch die amerikanische Food and Drug Administration zur Vorbedingung

---

9. *Handschriftlich gestrichen:* möchten.
10. *F. Schnyder.*
11. *J. Goddard.*
12. *Vgl. das Schreiben von F. Schnyder an P. R. Jolles vom 28. April 1967, Doss. wie Anm. 1.*
13. *Vgl. das Telegramm Nr. 145 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 14. April 1967,* dodis.ch/32636. *Zum Besuch von Vertretern der Food and Drug Administration in Bern vgl. das Telegramm Nr. 267 von der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 12. Juli 1967,* dodis.ch/32650.
14. *Vgl. dazu Dok. 119,* dodis.ch/32506.

für die Zulassung dieses Produktes im eigenen Lande. Man kennt in der ganzen Welt die Gründlichkeit der amerikanischen Kontrollen und viele Staaten besitzen keine zuverlässigen eigenen Prüfungsmöglichkeiten. Die Zulassung auf dem amerikanischen Markt bedeutet für ein neues Heilmittel den besten Qualitätsausweis. Zu verbergen hat ja unsere Industrie gewiss nichts, und hätte sie es, so wären wir schlecht beraten, wenn wir ihr dabei behilflich wären.

Dass wir auch Gegenrecht halten müssen, dies sei nebenbei bemerkt, scheint mir eine Selbstverständlichkeit. Sollten wir eines Tages eine eigene nationale Kontrolle besitzen, so müssen wir bereit sein, ebenfalls die nationalen Kontrollen oder Ersatzkontrollen anderer Staaten in bezug auf Pharmazeutika, die nach der Schweiz exportiert werden, anzuerkennen, d. h. auf Kontrollen im Ausland verzichten. Eine solche Anerkennung wird jedoch nur möglich sein, wenn auch wir von der wissenschaftlichen Qualität der Kontrollen anderer Staaten überzeugt sind.

Noch etwas möchte ich betonen: Es scheint mir unerlässlich, dass die Herstellungskontrolle für fremde Staaten auf dem Boden der Interkantonalen Vereinigung geregelt wird, dass sie mit anderen Worten zwar nicht eidgenössisch, aber doch gesamtschweizerisch ist. Es ist den amerikanischen Behörden schlechterdings nicht zuzumuten und würde unnötigerweise ihr Misstrauen erwecken, wenn sie sich mit mehreren verschiedenen kantonalen Inspektionsteams und Inspektionsmethoden auseinanderzusetzen hätten. Eine Ersatzinspektion ohne Mitwirkung amerikanischer Beamten hat nur dann Aussicht anerkannt zu werden, wenn ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen den schweizerischen und ausländischen Inspektoren herrscht, wenn sie einander auch persönlich kennen und schätzen. Dies ist nur bei einer Zentralisierung erreichbar. Aber in jedem Falle bleiben ja nicht bloss die Zustimmung der betreffenden Firma, sondern auch die Mitwirkung des Kantons, auf dessen Gebiet sich die Herstellungsanlagen befinden, vorbehalten. Auch die durch die schweizerische Gesetzgebung, namentlich Art. 273 des Strafgesetzbuches – Schutz der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse – gesetzten Grenzen müssen respektiert werden.

Der Vollständigkeit halber sei noch beigefügt, dass für das Spezialgebiet der Sera und Impfstoffe eine Sonderlösung getroffen werden muss. Das Eidg. Gesundheitsamt besitzt hier bereits Befugnisse, so dass es sich empfiehlt, einfach seinen heutigen Aufgabenbereich zu erweitern. Ein entsprechender Beschlussesentwurf[15] liegt ebenfalls vor Ihnen – genauer gesagt vor der Sanitätsdirektorenkonferenz. Das Problem stellt sich für eine einzige schweizerische Firma[16], die biologische Stoffe nach den USA und Grossbritannien liefert. In beiden Ländern besteht für diese Produkte ein Inspektionsobligatorium. Die Firma besitzt eine der ältesten amerikanischen Lizenzen, die jedoch verfallen würde, wenn die Inspektion dieses Jahr nicht durchgeführt werden kann. Das

15. *Vgl. den Begleitbericht zum Entwurf eines Beschlusses der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz über die Kontrolle der Herstellung von Seren und Impfstoffen in der Schweiz vom 18. Mai 1967, Doss. wie Anm. 1.*

16. *Ciba AG.*

Weiterbestehen dieser Impfstoffabrikation liegt nicht zuletzt aus Gründen der Kriegsvorsorge im Interesse aller.

Ich möchte nicht schliessen ohne dem Direktor der Interkantonalen Kontrollstelle, Herrn Dr. Fischer, für die grosse Arbeit zu danken, die er in die Vorbereitung dieses Beschlusses und der Inspektionsvorschriften investiert hat.

27

dodis.ch/32941

Notice du Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, P. Languetin[1]

Echanges agricoles entre la Suisse et le Danemark[2]. Visite de M. Dahlgaard[3], ministre du marché du Danemark le 1er juin 1967

Une des conséquences des négociations avec la Communauté économique européenne dans le cadre du Kennedy Round[4] est que la Suisse doit plus que jamais conduire sa politique commerciale en conformité des règles du GATT. En particulier, la CEE a demandé des assurances selon lesquelles la liberté que la Suisse s'est réservée au GATT dans le secteur agricole[5] ne soit pas utilisée d'une manière contraire aux intérêts de la CEE. Celle-ci considère que la politique «des petits cadeaux» en faveur des pays de l'AELE constitue un usage abusif de notre liberté.

Il n'est pas possible d'accepter entièrement cette thèse de la Communauté puisque celle-ci a elle-même une politique agricole commune dont les effets sont discriminatoires pour les pays tiers. Aussi longtemps qu'il n'existe pas un marché européen unique, des discriminations sont inévitables, pour l'AELE comme pour la CEE.

Néanmoins, vu d'une part les intérêts que nous avons à maintenir de bonnes relations avec la CEE qui est un bien meilleur client que l'AELE dans le secteur agricole, vu d'autre part que le Danemark poursuit une politique d'infidélité systématique vis-à-vis de l'AELE, nous n'avons pas intérêt à aggraver les problèmes déjà difficiles que nous pose notre politique agricole sur le plan international. En conséquence, notre attitude vis-à-vis du Danemark pourrait être la suivante:

---

1. *Notice (copie):* E7110#1978/50#422* (821). *Adressée à H. Schaffner, P. R. Jolles, A. Weitnauer, A. Grübel, J.-E. Töndurry, M. Lusser, H. Brunner, G.-A. Cuendet et P. Languetin. Cette copie a été adressée à A. Grübel.*
2. *Cf. la notice pour H. Schaffner du 30 mai 1967,* dodis.ch/32939 *et la lettre de R. Juri à P. R. Jolles du 1er juillet 1967,* dodis.ch/32942.
3. *Sur la visite, cf. aussi la notice de P. R. Jolles à H. Schaffner et P. Languetin du 1er février 1967,* dodis.ch/32931.
4. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. 15,* dodis.ch/33250.
5. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 129,* dodis.ch/31815 *et la notice de A. Weitnauer à P. Languetin du 10 février 1967,* dodis.ch/32938.

A. Etant donné la candidature du Danemark à la CEE[6], le moment est mal choisi pour que la Suisse accorde de nouvelles concessions.

B. A l'avenir, si les conditions redevenaient plus favorables à une collaboration entre pays de l'AELE dans le secteur agricole, la politique suisse devrait s'inspirer des quatre principes suivants qui paraissent conciliables avec notre position au GATT et vis-à-vis de la CEE:

1. La Suisse peut passer avec le Danemark des accords qui constituent en réalité l'exécution d'obligations déjà contractées (ex.: le prix du beurre[7]).

2. La Suisse pourrait accorder des concessions qui intéresseraient le Danemark à condition que ces concessions aient une application générale, non discriminatoire (ex.: parties de volaille morte).

3. La Suisse pourrait s'engager à rechercher des solutions mutuellement avantageuses dans des discussions ou des négociations tripartites, c'est-à-dire entre elle-même, la Communauté et le Danemark (ex.: discussions entre la Suisse, le Danemark et la France au sujet de prix minimums à l'importation de fromage en Suisse[8]).

4. La Suisse doit se réserver la possibilité de participer à des décisions prises conformément à la Convention de Stockholm[9] (ex.: retrait de certains produits de l'annexe D à la Convention).

Ces principes, dont l'application peut être de quelque utilité pour le Danemark, nous conduiraient à renoncer à des solutions purement préférentielles et, dans la mesure du possible, à aménager les arrangements discriminatoires anciens dans un sens plus conforme à notre position au sein du GATT.

---

6. *Cf. l'exposé de J. Iselin* Aspects économiques des relations entre la Suisse et la CEE *de novembre 1967,* dodis.ch/33598 *et doss.* E2001E#1978/84#1386* (C.41.770).

7. *Cf. la notice de P. Languetin à H. Schaffner du 24 janvier 1969,* dodis.ch/34015.

8. *Cf. le PVCF N° 1122 du 10 juillet 1968,* dodis.ch/32943 *et le procès-verbal* der Sitzung der konsultativen Kommission für Handelspolitik vom 15. Oktober 1968 *du 18 janvier 1969,* dodis.ch/32941.

9. *Cf. DDS, vol. 21, doc. 47,* dodis.ch/15943 *et doc. 58,* dodis.ch/15944, *en particulier note 3.*

28

dodis.ch/33280

Aufzeichnung des Politischen Departements[1]

Vorsprache der in Bern akkreditierten Missionschefs von acht arabischen Staaten beim Departementsvorsteher vom 6. Juni 1967

Vertraulich Bern, 6. Juni 1967

Herr Bundesrat Spühler begrüsst die Vertreter der acht arabischen Staaten[2] [die vormittags um eine Audienz ersucht hatten] und forderte deren Sprecher auf, das Wort zu ergreifen.

Botschafter Farah (Libanon): Seit bald 20 Jahren greift Israel die arabischen Staaten stets erneut wieder an, während in dieser Zeit kein arabischer Staat irgend eine Aggression gegen Israel ausgelöst hat. Vierzehnmal hat der Sicherheitsrat Israel wegen dieser seiner aggressiven Aktivität verurteilt. Am 5. Juni hat der Staat Israel *als erster* die Aggression ausgelöst, nachdem er während langer Zeit schon die arabischen Staaten bedroht hatte.

Die arabischen Staaten respektieren das Völker- und das Menschenrecht. Sie haben stets auf das Verständnis jener Länder gezählt, deren Politik ebenso in den Grundsätzen dieses Rechts begründet liegt, zum Beispiel auf das Verständnis der Schweiz, mit der sie Beziehungen unterhalten, die herzlich sind und die sie täglich noch zu verstärken suchen. Um so mehr sind die arabischen Staaten über das letzte Alinea der gestrigen Erklärung des Bundesrates[3] überrascht. Zudem erstaunen sie die Presse und die übrigen Kommunikationsmittel, welche ununterbrochen und jeden Tag die öffentliche Stimmung zugunsten Israels in allen grossen Städten der Schweiz mobilisieren. Schweizerische Organisationen bemühen sich, freiwillige Arbeitskräfte für Israel zu rekrutieren, sammeln heute öffentlich Geldbeträge für dieses Land - und morgen vielleicht Waffen[4]. Dies widerspricht dem Geist der schweizerischen Neutralität. In diesem Zusammenhang möchte ich ein kleines Beispiel nennen: Das schweiz. Fernsehen hat gestern dem Botschafter der VAR telephoniert, um ihn um eine Erklärung zu den Ereignissen im Nahen Osten zu bitten. Der Botschafter hat gerne akzeptiert und versprochen, ihm die Deklaration der VAR vor den VN zusammen mit den entsprechenden Dokumenten und Erklärungen abgeben zu wollen. Am selben Abend hat das Fernsehen eine ganze Stunde den Ereignissen im

---

1. *Protokoll:* E2003A#1980/85#787* (o.222). *Verfasst von F. Blankart.*
2. *Arabische Vertreter: M. Farah (Libanon), M. Yousfi (Algerien), J. Nadhmi (Irak), Z. Chelli (Tunesien), M. Abdel Fattah (VAR), N. Douay (Syrien), M. Bensouda (Marokko), A. Alturky (Saudi-Arabien). Schweizerische Vertreter: W. Spühler, M. Gelzer, F. Blankart.*
3. *Erklärung von W. Spühler vom 5. Juni 1967,* dodis.ch/33961. *Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 38. Sitzung vom 5. Juni 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 8–9.*
4. *Zum schweizerischen Kriegsmaterialexport nach Israel und den arabischen Staaten vgl. Dok. 146,* dodis.ch/33261, *Anm. 3.*

Nahen Osten gewidmet. Hierbei hat der Speaker ausgeführt, der israelische Botschafter sei um eine Erklärung gebeten worden. Dieser habe zwar einen Fernsehvertreter empfangen; da er aber mit der Entgegennahme all der Sympathiekundgebungen und der Aufnahme der Personalien von 400 Freiwilligen für Israel sehr beschäftigt gewesen sei, habe er keine Deklaration abgeben können. Zudem sei auch, wie der Sprecher sagte, der Botschafter der VAR um eine Deklaration angegangen worden; dieser habe indessen keine solche abgeben wollen und habe lediglich auf die Erklärung des arabischen Botschafters in Paris verwiesen. Dies war unrichtig. Alsdann hat das Fernsehen den Chef des Büros der arabischen Liga in Genf[5] um eine Deklaration gebeten. Dieser hat eine Erklärung abgegeben; doch wurde sie lediglich um ¾ gekürzt ausgestrahlt. Es besteht hier eine gewisse Parteilichkeit, die nicht den guten Beziehungen entspricht, die zwischen Ihrem Land und den arabischen Staaten unterhalten werden. Die Schweiz hat in den arabischen Ländern beträchtliche Interessen; sie geniesst dort zudem das Vertrauen der Öffentlichkeit, welche die Schweiz als das Musterbeispiel eines neutralen Landes in der Welt ansieht. Wir haben Vertrauen in diese Neutralität, doch bitten wir Sie, Herr Bundesrat, uns zu helfen, dieses Vertrauen in unsern Ländern aufrecht zu erhalten.

Bundesrat Spühler: Ich danke Ihnen, Herr Botschafter, für Ihre Ausführungen und möchte folgendes erwidern: Sie haben gesagt, dass die Haltung der schweizerischen Kommunikationsmittel mit dem Geist der Neutralität in Widerspruch stehe. Hierzu wäre mit allem Nachdruck festzuhalten, dass die schweizerische Neutralität eine Haltung des *Staates* darstellt, während der einzelne Bürger denken und sagen kann, was ihm – seiner *persönlichen* Ansicht nach – als richtig erscheint. Presse, Radio und Fernsehen sind in der Schweiz frei, d. h. sie unterstehen in ihrer Berichterstattung nicht der Kontrolle des Staates; sie können somit nicht zu einer Gesinnungsneutralität verpflichtet werden. Wir wissen, dass dieser Grundsatz der Informationsfreiheit im Ausland oft nicht verstanden wird. Schon während des letzten Weltkrieges mussten wir unseren Nachbarn wiederholt dieses Prinzip erklären, nachdem sie sich darüber aufgehalten hatten, dass die Haltung der Presse mit jener der Regierung nicht übereinstimme. Ich wiederhole: Die Neutralität als aussenpolitische Maxime verpflichtet die Regierung, und nur sie, zu einer bestimmten Haltung, der einzelne Bürger aber, sowie Presse, Radio und Fernsehen sind in ihrer Äusserungsfreiheit nicht eingeschränkt.

Botschafter Farah: In Alinea 2 seiner Deklaration[6] hat der Bundesrat gesagt, er fühle sich einig mit dem Empfinden des Schweizervolkes, «dem in diesen Tagen erneut und stark bewusst geworden ist, dass der neutrale Kleinstaat in der Treue zum Recht und in der Bekräftigung seines entschlossenen Wehrwillens die erste Voraussetzung zur Sicherung seiner Existenz und seiner Lebensrechte findet». Herr Bundesrat, wir sprechen hier unter Freunden: In diesem Text ist doch mit dem genannten «Kleinstaat» Israel und nicht die Schweiz gemeint. Jedermann hat dies so interpretiert, und wir können nichts Besseres wünschen, als von Ihnen zu hören, dass dem nicht so ist.

---

5. *K. Zhiri.*
6. *Vgl. Anm. 3.*

Bundesrat Spühler: Es ist völlig klar, dass der Bundesrat wenn er vom neutralen Kleinstaat spricht, hiermit natürlich die Schweiz meint: Israel ist ja nicht ein *neutraler* Staat. In dieser Zeit erhöhter Kriegsgefahr ist unserem Volk erneut bewusst geworden, dass die Schweiz in der Treue zum Recht und in der Bekräftigung ihres Wehrwillens die beste Voraussetzung zur Sicherung ihrer kleinstaatlichen Existenz findet.

Botschafter Abdel Fattah (VAR): Ich habe von meiner Regierung den Auftrag erhalten, Sie offiziell von der Teilnahme («participation») Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten an der Aggression Israels gegen die VAR in Kenntnis zu setzen: Es befinden sich Flugzeugträger vor der israelischen Küste, die gegen uns eingesetzt sind («working against us»). Dies ist der Beweis für den amerikanischen und britischen Angriff gegen die arabischen Länder und zugleich für die Widerhandlung gegen die von den beiden Staaten abgegebenen Neutralitätserklärungen.

Botschafter Nadhmi (Irak) gibt eine analoge Erklärung im Auftrag seiner Regierung ab. Die amerikanisch-britische Aggression gegen die arabischen Staaten sei der Grund für die Schliessung der Pipe-Lines in Richtung Mittelmeer.

Botschafter Chelli (Tunesien): Im Namen des Kollegen zur Rechten des Chargé d'Affaires von Syrien, möchte ich Ihnen mitteilen, dass auch er von seiner Regierung den Auftrag erhalten hat, Sie über die amerikanisch-britische Intervention zugunsten Israels in Kenntnis zu setzen. Es scheint («il semble»), dass vier gefangene israelische Piloten eine Erklärung abgegeben haben, nach welcher schon seit zwei Wochen englische Militärflugzeuge auf israelischen Basen stationiert gewesen sein sollen, bereit, um gegen arabische Ziele eingesetzt zu werden.

Bundesrat Spühler: Ich nehme diese Mitteilung zur Kenntnis. Natürlich unterscheiden sich unsere Informationen zum Teil von denjenigen, die Sie mir jetzt haben zukommen lassen; dies ist normal. Als neutraler Staat erhalten wir zur Zeit eine ganze Menge von Mitteilungen und Deklarationen, die, wie Sie sich denken können, in ihrem Inhalt oft nicht übereinstimmen.

Botschafter Abdel Fattah: Es geschehen Dinge in der Schweiz, die hier nicht übergangen werden können. Zum Beispiel wird die Bevölkerung aufgefordert, gegen die Araber zu demonstrieren[7]. Nationalrat Bringolf, ein Parlamentsmitglied also, wiegelt die Zürcher Bevölkerung gegen die arabischen Staaten auf. Die Schweizer Jugend wird aufgerufen, in Israel auf dem zivilen Sektor Arbeiter und Techniker zu ersetzen, um diesen zu ermöglichen, an die Front zu gehen. Ich nehme nicht an, dass Sie, Herr Bundesrat, und die Schweizerische Regierung befürworten, dass sich Schweizer auf der einen oder andern Seite am Konflikt beteiligen.

Bundesrat Spühler: Es besteht kein Zweifel, dass sich die öffentliche Meinung gegenwärtig eher zugunsten Israels ausspricht; umgekehrt ist es jedem Schweizer auch unbenommen, sich zugunsten der arabischen Staaten zu

---

7. *Vgl. den Bericht des politischen Diensts West des Politischen Departements vom 25. August 1967*, E2001E#1978/84#1091* (B.75.21.7).

äussern. Der Bundesrat hat keine Kompetenz, die diesbezügliche öffentlich Meinung zu beeinflussen. Wenn Sie mich fragen, wieso die Sympathien der schweizerischen Öffentlichkeit, nicht der Schweizerischen Regierung, mehrheitlich auf Seiten Israel stehen, so möchte ich erwidern: weil es sich bei Israel um einen Staat handelt, dessen Bevölkerung im 2. Weltkrieg viel zu leiden hatte, um einen Staat aber auch, der in besonders wirksamer Weise seine demokratischen Einrichtungen auszubauen vermochte, was nicht heissen will, dass dies auf arabischer Seite nicht auch möglich gewesen ist.

Seien Sie versichert, dass der Bundesrat den Lauf der Entwicklung im Nahen Osten zutiefst bedauert. Die Schweiz hat stets die Ansicht vertreten, zwischenstaatliche Differenzen müssten um jeden Preis auf dem Verhandlungswege gelöst werden. Sicher ist es die UNO, welche am besten geeignet wäre, diese Angelegenheit im Rahmen von Gesprächen zu regeln.

Botschafter Farah: In der Deklaration des Bundesrates wird auch auf die Möglichkeit der Schweiz, gute Dienste zu leisten, hingewiesen. Wenn die Öffentlichkeit geschlossen gegen die arabischen Staaten Partei ergreift, so ist dies zwar nicht eine Stellungnahme der Schweiz als Staat; doch färbt dies dennoch auf ihre neutrale Haltung ab. Dies würde die Möglichkeit ihres Landes, gute Dienste[8] zu leisten, beeinträchtigen. Damit diese segensreiche Rolle der Schweiz weiterhin gewährleistet bleibe, bitten wir Sie, Herr Bundesrat, mitzuhelfen, die gegenwärtige antiarabische Tendenz, die die öffentliche Meinung beherrscht, einzudämmen.

Bundesrat Spühler: Der Bundesrat kann die Verantwortung für die Äusserungen der Öffentlichkeit nicht übernehmen. Umgekehrt ändert die öffentliche Meinung nichts an der strikten Neutralität, welche die Schweizerische Regierung in diesem Konflikt einnimmt. Lassen wir uns nicht zu sehr von der gegenwärtigen Situation beeindrucken: Auch hier wird und muss eine Lösung gefunden werden. Hoffen wir auf Frieden und hoffen wir, dass die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und der Schweiz bleiben, was sie sind, nämlich Beziehungen der Freundschaft.[9]

---

8. *Vgl. dazu Dok. 29,* dodis.ch/33283.

9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1034 vom 13. Juni 1967,* dodis.ch/33950; *das BR-Prot. Nr. 1060 vom 19. Juni 1967,* dodis.ch/33953 *und das BR-Prot. Nr. 1732 vom 17. Oktober 1967,* dodis.ch/33957.

29

dodis.ch/33283

BUNDESRAT
Verhandlungsprotokoll der 39. Sitzung vom 9. Juni 1967[1]

Auszug

Lage im Nahem Osten[2]

Herr Spühler führt aus, der politische Aspekt der Lage liege in den Schwierigkeiten, welche die Sowjetunion trifft, wegen der Situation in China und ihrer Haltung zu den USA. Sie hat feststellen müssen, dass das stillschweigende Abkommen mit der USA keine Früchte trägt und dass der Vietnamkonflikt weiter geht. Deshalb hat sie gerne die Gelegenheit benützt, sich im Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel eine günstige Position zu schaffen. Dabei hat sie sich aber offensichtlich verrechnet. Sie hat aus der zahlenmässigen Übermacht geschlossen, dass sich die Situation für Israel ungünstig gestalten werde. Offensichtlich arbeitet die kollektive Führung langsam und muss auf die verschiedensten Widersprüche bedacht nehmen. Man weiss nicht, wie weit Gromyko die Fäden in Kairo gespannt hat. Auch in diesem Fall zeigte sich ein innerer Widerspruch. Auf der einen Seite die Deklamation in der Öffentlichkeit und auf der andern Seite der Versuch, auf dem Wege der Diplomatie die Araber zur Mässigung zu bringen. Es kommt dazu, dass die Israeli ganz anders in der Lage sind, die modernen Kriegsmaschinen einzusetzen, als die Araber. Sie haben bewiesen, dass sie allein im Stande sind, den Sieg zu erringen. Damit ist die Spekulation der Russen nicht aufgegangen. Man hat wieder einmal erkennen können, dass sie nicht bereit sind, zum Letzten zu greifen. Beide Supermächte schrecken zurück vor dem Einsatz der atomaren Waffen. Die Situation ist wieder durch das Gleichgewicht des Schreckens gerettet worden. Die Sowjetunion hat eine diplomatische Niederlage erlitten. Es ist selbstverständlich, dass die Russen nun versuchen werden, mit den Arabern auf dem diplomatischen Felde erneut zu Erfolgen zu kommen. Es sieht so aus, wie wenn man in diesem Teil der Welt für ein Dezennium Ruhe bekäme. Ob aber die Araber einverstanden sind, das hängt weitgehend von den Russen ab.

Der Sprechende gibt nun einen Überblick über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der kriegführenden Staaten vor allem mit den USA und Grossbritannien. Die Schweiz wurde am 6. Juni angegangen, die Interessen Grossbritanniens in Syrien zu vertreten. Die Übernahme dieses Auftrages wurde durch Präsidialverfügung[3] entschieden, nachdem sich Syrien

1. *BR-Verhandlungsprot.:* E1003#1994/26#8*. *Vorsitz: R. Bonvin. Abwesend: niemand. Schriftführer: Ch. Oser und F. Weber. Beginn: 9 Uhr. Schluss: 11.05 Uhr.*
2. *Vgl. dazu auch Dok. 28,* dodis.ch/33280; *Dok. 50,* dodis.ch/33287; *die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 25. Mai 1967,* dodis.ch/34022; *die Notiz von J. A. Graf an W. Spühler vom 11. November 1967,* dodis.ch/33962 *sowie das BR-Verhandlungsprot. der 36. Sitzung vom 30. Mai 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 1.*
3. *BR-Prot. Nr. 975 vom 7. Juni 1967,* E1004.1#1000/9#723*.

einverstanden erklärt hat. Am 7. Juni hat Israel um Übernahme der diplomatischen Vertretung in Guinea ersucht[4]. Bisher fehlt eine Antwort. Weitere Gesuche stellten die USA für Algerien[5] und Grossbritannien gegenüber Marokko[6], für den Fall, dass die Beziehungen abgebrochen werden sollten. Der Sprechende ersucht den Bundesrat damit einverstanden zu sein, dass auch diese und weitere Gesuche durch Präsidialverfügung erledigt werden. Offensichtlich sind ja Leib und Gut von Amerikanern und Briten in vielen dieser Staaten bedroht.

Herr Spühler erwähnt nun weitere Staaten, an welche Schutzmandate erteilt wurde, u. a. vertritt Spanien die amerikanischen Interessen in der VAR, während die VAR ihr Mandat an Indien gegeben hat. Der Generalsekretär der UNESCO[7] hat telegraphisch unter Berufung auf das Haagerabkommen für Kulturgüterschutz angefragt, ob wir bereit wären, den Kulturgüterschutz durch Ernennung von Generalkommissären zu übernehmen. Nach dem Abkommen kann unter gewissen Voraussetzungen ein neutraler Staate ersucht werden, die Funktion der Schutzmacht zu übernehmen. Herr Spühler hat telegraphisch die Bereitschaft der Schweiz erklärt.

Es haben auch Demarchen seitens der arabischen Länder stattgefunden. Am 6. Juni sind sämtliche 8 Botschafter bei Herrn Spühler erschienen[8]. Sprecher war der libanesische Botschafter[9]. Dieser habe über den Standpunkt der arabischen Staaten orientiert. Er habe erklärt, dass wir uns nicht neutral verhalten. Dabei verwies er auf Erklärungen von Parlamentariern, auf Presseberichte und die Einstellung der öffentlichen Meinung. Der Vorsteher des EPD klärte ihn darüber auf, dass ein Unterschied zu machen sei zwischen der neutralen Haltung des Bundesrates und der Einstellung des Bürgers. Er habe auch versucht zu erklären, weshalb die öffentliche Meinung zu dieser Einstellung gekommen sei. Es handle sich bei Israel um einen Kleinstaat, der sich gegen eine Übermacht habe wehren müssen; auch habe die Erinnerung der Vernichtung der Juden mitgespielt. Die arabischen Staaten haben sich auch aufgehalten über die Stelle in der Erklärung des Bundesrates, wonach ein Kleinstaat auf sich selbst angewiesen sei. Herr Spühler hat diesem Vorhalt pariert durch den Hinweis, dass man von einem «neutralen Kleinstaat» gesprochen habe, was sich natürlich auf die Schweiz beziehe.

Der Sprechende hatte auch den privaten Besuch des tunesischen Botschafters[10]. Dieser habe damals schon die Niederlage Nassers vorausgesehen. Die tunesische Regierung sei von den Ereignissen im eigenen Lande überrascht worden. Sie habe geglaubt, alles in der Hand zu haben.

---

4. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 980 vom 8. Juni 1967,* dodis.ch/33690.
5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 981 vom 8. Juni 1967, Doss. wie Anm. 3 und das BR-Verhandlungsprot. der 40. Sitzung vom 12. Juni 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 1.*
6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 985 vom 9. Juni 1967, Doss. wie Anm. 3.*
7. *R. Maheu. Vgl. die Notiz von E. Diez an W. Spühler vom 7. Juni 1967,* dodis.ch/33945.
8. *Zur Vorsprache der Botschafter bei W. Spühler und dessen Erklärungen vgl. Dok. 28,* dodis.ch/33280.
9. *M. Farah.*
10. *Z. Chelli.*

Der *Herr Bundespräsident* nimmt an, dass der Bundesrat die Präsidialverfügungen in dieser Sache genehmigen werde.

Herr Gnägi orientiert über den Flugverkehr zu den kriegführenden Länder und über die Ölzufuhr.

Herr Spühler bemerkt, die PTT habe zu früh erklärt, dass sie den Postverkehr mit Israel eingestellt hat. Man soll sie darauf aufmerksam machen, dass sie vor solchen Entscheidungen das EPD zu konsultieren habe.

Herr Schaffner hat veranlasst, dass die Brennstoffhändler und die Wiederverkäufer von Brennstoff aufgeboten werden, weil sie die Wiederbeschaffungspreise jetzt schon auf den Preis schlagen wollen. Er versuche mit diesen Leuten zu verhandeln. Er werde ihnen androhen, wenn sie nicht Zurückhaltung üben, dann werde man eine Vorlage an die Räte richten zur Einführung der Preisüberwachung, womit auch das Recht zur Preisfestsetzung verbunden sei. Er werde mit diesen Herren etwas Traktur reden, wenn der Bundesrat damit einverstanden sei. Allerdings werde man nicht viel machen können gegen die Preiserhöhungen der Grosslieferländer[11].

[...][12]

---

11. *Vgl. dazu die Notiz des Politischen Departements vom 21. November 1967,* E2001E#1978/84#1090* (B.75.21.6).

12. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33283.

30

dodis.ch/32170

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Umrisse unserer Ausgangslage für das weitere Vorgehen gegenüber Hanoi (gemäss Schreiben vom 16. und 18. Mai 1967 aus Peking[2])

Geheim Bern, 13. Juni 1967

1. Der nordvietnamesische Botschafter in Peking[3] tritt auf Sondierungen Botschafter Rossettis über die Reise Kellers[4] nicht ein. (16. 5. 67)

Er gab Herrn Rossetti gegenüber zu verstehen, er hoffe auf gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen der schweizerischen und nordvietnamesischen Mission in Peking, die auch zu einer Anknüpfung von «Beziehungen» zwischen den beiden Ländern führen könnten; unsere Präsenz in Südvietnam[5] wurde dabei nicht beanstandet. (16. 5. 67)

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#490* (09). *Verfasst von H. Kaufmann. Von A. Janner an W. Spühler am 13. Juni 1967 weitergeleitet:* Für die Besprechung von Dienstag, 9 Uhr.

2. *Vgl. das Schreiben von O. Rossetti an P. Micheli vom 16. Mai 1967, Doss. wie Anm. 1 sowie das Schreiben von O. Rossetti an P. Micheli vom 18. Mai 1967,* dodis.ch/32179.

3. *Ngo Ninh Loan.*

4. *Vgl. Dok. 75,* dodis.ch/32171, *Anm. 2.*

5. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 116,* dodis.ch/31154.

(Dies deutet darauf hin, dass Hanoi nicht an einer bestimmten Person, wohl aber an Peking als Basis für die Kontakte interessiert ist; event. als «Alibi» gegenüber Peking?)

2. Botschafter Rossetti hat den Eindruck, dass Hanoi von uns etwas mehr «Aktivität» erwartet, ansonst es an unserem guten Willen zu zweifeln beginnen könnte. (16. 5. 67)

3. Im übrigen dankte der Nordvietnamese für die Bereitschaft, unsere Guten Dienste für die Beilegung des Vietnam-Konfliktes zur Verfügung zu stellen. (16. 5. 67)

Er kam in diesem Zusammenhang interessanterweise – wie auch die beiden von Buchbinder an der Bieler Demonstration vom vergangenen April betreuten FNL-Leute in Bern – auf die Evian-Verhandlungen[6] zwischen Algier und Frankreich zu sprechen, nach deren Vorbild auch eine Lösung im Vietnamkonflikt möglich sein sollte. (16. 5. 67)

Der Nordvietnamese führte weiter aus, Hanoi sei jederzeit zu Verhandlungen auf der Basis der Genfer Abkommen bereit, und die Haltung Hanois sei nicht so steif, wie angenommen werde; Bedingung sei allerdings, dass die Verhandlungen zwischen «gleichberechtigten Partnern» erfolgen müssten, d. h. Washington müsse die Souveränität Nordvietnams anerkennen. (16. 5. 67)

Die Nationale Befreiungsfront im Süden – immer nach dem nordvietnamesischen Botschafter – suche nur, die den Franzosen seinerzeit abgerungene Freiheit jetzt nicht an die USA zu verlieren; sie befürworte freie Wahlen und werde die aus diesen Wahlen hervorgehende politische Richtung Südvietnams akzeptieren. Die Wiedervereinigung sei nicht vordringlich. (16. 5. 67)

(Es sei hier daran erinnert, dass Buchbinder seinerzeit behauptete, die beiden FNL-Leute rechneten stillschweigend damit, dass wir über einen Kanal nach Washington verfügten, über den Sondierungen ihrerseits geheim weitergeleitet werden könnten.)

4. Die USA haben in letzter Zeit immer wieder Kontakte zu Hanoi gesucht und uns zu verstehen gegeben, dass sie einer Vermittlertätigkeit unsererseits nicht ablehnend gegenüberstehen[7]. (18. 5. 67)

5. Ohne ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen, können wir unsere weitern Kontakte zu Hanoi nicht ausbauen. (18. 5. 67)

(Bei den Evian-Verhandlungen lag zwar als Ausgangspunkt das ausdrückliche Einverständnis beider Seiten vor, doch haben offenbar die schweizerischen Mittelsmänner gelegentlich von sich aus – d. h. auf eigenes Risiko – zwischen den Delegationen vermittelt.)

6. Der nordvietnamesische Botschafter tritt auch nicht auf Gesprächsversuche über unsere bisherige humanitäre Hilfe an Hanoi ein; offenbar gilt dieses Kapitel in Hanoi als erledigt und kann den beiden nationalen Rotkreuzgesellschaften überlassen werden. (16. 5. 67)

---

6. *Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 56,* dodis.ch/10392 *sowie Dok. 77,* dodis.ch/10397.

7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 166 des Politischen Departements an F. Schnyder vom 5. April 1968,* dodis.ch/32177.

7. Die bevorstehende Spedition der Hilfssendung[8] nach Hanoi könnte nach aussen hin einen Grund für die zweite Reise nach Hanoi abgeben; intern sollte unserem Beauftragten aber ein gewisser Spielraum für weitere Gespräche eingeräumt werden. (18. 5. 67)

(An sich könnte die Sendung ohne weiteres allein in Hanoi eintreffen, und die «Begleitung» durch einen Beauftragten unsererseits hat tatsächlich nur einen Sinn, wenn wir zusätzlich noch anderes bieten bzw. besprechen wollen – was anderseits wieder einen Besuch in Hanoi auch ohne den Vorwand der Rotkreuz-Sendung rechtfertigen würde. Solche zusätzlichen Gespräche könnten sich vernünftigerweise nur auf zwei Themen erstrecken; einmal die Anknüpfung irgendwelcher Beziehungen, z. B. in Form einer «Akkreditierung» von Generaldelegierten – wie Frankreich – wobei unser Botschafter in Peking diese Funktion vorläufig kumulativ übernehmen würde; zum andern eine deutlichere Herausstellung unseres Willens zur Vermittlung, wobei es allerdings tunlich wäre, vorerst eine Reaktion Washingtons auf den wahrscheinlich gerade in dieser Absicht erfolgten Besuch der beiden FNL-Leute zu veranlassen.)

P. S.

Betreffend Leistung Guter Dienste darf nicht vergessen werden, dass wir als kleines Land aus Verhandlungen keinen politischen Prestigegewinn ziehen würden (im Gegensatz z. B. zu de Gaulle); dies kann uns für die Konfliktsparteien zusätzlich attraktiv machen, da diese ja kein Interesse daran haben, dass auf Kosten ihrer Schwierigkeiten ein Dritter sein eigenes Prestige erhöht.

8. *Vgl. Dok. 75,* dodis.ch/32171, *bes. Anm. 4.*

31

dodis.ch/32697

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Weltausstellung Osaka 1970[2]

Bern, 21. Juni 1967

Zum beiliegenden Mitbericht[3] betreffend Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes sei noch folgendes bemerkt.

Die im Zusammenhang mit dem Thema «Präsenz der Schweiz» geführten Gespräche haben gezeigt, dass die Art, wie sich unser Land an der Welt-

1. *Notiz:* E2807#1974/12#533* (16-05). *Verfasst und unterzeichnet von M. Jaccard. Visiert von P. Micheli.*
2. *Zur Teilnahme an der Weltausstellung in Osaka vgl. auch Dok. 25,* dodis.ch/32485, *bes. Anm. 19.*
3. *Zum Mitbericht des Politischen Departements vom 21. Juni 1967 vgl. den Antrag des Volkswirtschaftsdepartement vom 5. Juni 1967,* E1001#1973/76#20*.

ausstellung in Montreal beteiligt, umstritten ist. Die Presse ist, soweit ich das bisher überblicken konnte, zwar positiv eingestellt. Bei Pro Helvetia, der Verkehrszentrale usw. werden aber ziemlich scharfe Kritiken laut. So kam es anlässlich der Diskussion um unsere Beteiligung an der Hemisfair[4] in San Antonio (Texas) zu einer scharfen Auseinandersetzung. Es wurde geltend gemacht, die Zentrale für Handelsförderung sei in Montreal selbstherrlich vorgegangen, habe die mitinteressierten Kreise nicht oder zu spät konsultiert; der schweizerische Pavillon gewähre der Wirtschaft (Uhren) zu viel Raum. Es habe sich nicht bewährt, dass der Bund aus Spargründen von der Privatwirtschaft eine Beteiligung erlangt habe. Der politische und kulturelle Gesichtspunkt werde gegenüber dem Wirtschaftlichen zu sehr in den Hintergrund gedrängt.

Wie weit diese Kritik berechtigt ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Es scheint aber festzustehen, dass die Kritik insofern berechtigt ist, als die Koordination unter den beteiligten Kreisen nicht in ganz befriedigender Weise geklappt hat.

Deshalb der Hinweis im Mitbericht auf die Notwendigkeit einer verbesserten Zusammenarbeit, welche die in Montreal gemachten Erfahrungen berücksichtigt. Es sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass für die Beteiligung an einer Ausstellung, die nicht einfach eine Messe ist, nicht bloss die Gesichtspunkte wirtschaftlicher Organisationen massgebend sein können.

Unerfreulich ist, dass die interessierten halbstaatlichen Stellen miteinander einen Kleinkrieg führen. Die Zentrale für Handelsförderung beruft sich auf eine jahrzehnte alte Tradition, wonach sie im Ausstellungswesen federführend ist, ein Gesichtspunkt, der – wenigstens indirekt – auch im Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes zum Ausdruck kommt. Die Verkehrszentrale möchte auch mitreden, interessiert sich aber grundsätzlich nur für den Tourismus. Die Stiftung Pro Helvetia[5] versucht immer mehr, bei Ausstellungen, die nicht bloss wirtschaftlichen Charakter haben, das massgebende Wort zu sprechen. Diese Auseinandersetzungen schaffen eine nicht gerade günstige Atmosphäre, führen zu Doppelspurigkeiten und erschweren die Haltung unseres Departementes in mancherlei Beziehung. Es wird noch vieler Anstrengungen bedürfen, um den interessierten Kreisen verständlich zu machen, dass auf dem Gebiet der Präsenz der Schweiz[6] niemandem eine Priorität zukommt, sondern dass wir alle aufeinander angewiesen sind.

---

4. *Zur Frage der schweizerischen Ausstellungspolitik sowie zur Frage der Beteiligung der Schweiz an der Internationalen Ausstellung Hemisfair 1968 vgl. die Notiz von M. Jaccard an W. Spühler vom 7. April 1967,* dodis.ch/33622.

5. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an M. Stettler vom 29. Mai 1968,* dodis.ch/33427.

6. *Vgl. dazu die Notiz von R. Hartmann vom 22. Mai 1967,* dodis.ch/33623.

32

dodis.ch/32940

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Berne, 21 juin 1967

Le Chef du Département[2] m'a donné les indications suivantes sur sa conception du rapport[3] que le Conseil fédéral devrait présenter au Conseil national à la suite du postulat Bretscher.

Tout d'abord, cet exposé devrait donner un aperçu de l'activité des institutions spécialisées avec lesquelles nous collaborons[4]. Cette partie historique devrait être rédigée par quelqu'un de vos services.

Il faudrait ensuite énoncer notre politique de neutralité; les principes en sont permanents, mais il y a lieu d'examiner si quelque chose a changé dans les circonstances actuelles. Cette partie serait confiée à une commission d'experts du Droit des Gens; M. Spühler pense à M. Guggenheim comme président; devraient faire partie de la commission des juristes tels que M. Bindschedler, M. Furgler, M. Schindler, M. Zellweger, M. Hans Huber, M. Perrin ou M. Thévenaz. En particulier, cette commission devrait dire si la neutralité est compatible avec la Charte.

D'une façon générale, le Chef du Département ne voudrait pas qu'on se limite uniquement à la question de l'entrée éventuelle de la Suisse dans l'ONU, mais voudrait profiter de cette occasion pour procéder à une Standortsbestimmung de la politique de neutralité.

---

1. *Notice:* E2003A#1984/84#1763* (o.714.0.Uch). *Adressée à E. Thalmann. Visée par E. Thalmann, M. Gelzer et H. Langenbacher.*

2. *W. Spühler.*

3. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec les Nations Unies *du 16 juin 1969*, *FF, 1969, I, pp. 1457–1621. Cf. aussi doc. 4,* dodis.ch/33242; *doc. 141,* dodis.ch/32892 *et le procès-verbal de la Commission des affaires étrangères du Conseil des Etats du 20 novembre 1969,* dodis.ch/32946.

4. *Sur la collaboration de la Suisse avec les organisations spécialisées de l'ONU, cf. doc. 54,* dodis.ch/32991; *le PVCF N° 675 du 21 avril 1967,* dodis.ch/32998; *le PVCF N° 1319 du 11 août 1967,* dodis.ch/32987; *le PVCF N° 1662 du 2 octobre 1967,* dodis.ch/32992; *le compte rendu de la rencontre entre R. Probst, R. Pestalozzi et S. Quijano-Caballero du 12 octobre 1967,* dodis.ch/32984; *le PVCF N° 1554 du 9 octobre 1968,* dodis.ch/32993 *et la notice de Ch. H. Steinhäuslin à W. Spühler du 25 mars 1969,* dodis.ch/32994.

33

dodis.ch/33238

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an diverse schweizerische Vertretungen[1]

Bern, 29. Juni 1967

Wie Sie wissen, hat während der Märzsession Herr Bundesrat Schaffner in Beantwortung der Interpellationen Eisenring und Duft[2] die schweizerische Haltung in der Integrationsfrage ausführlich dargelegt. Da in der Zwischenzeit das damals vorausgesehene britische Verhandlungsgesuch[3] gestellt worden ist, Dänemark und Irland ähnliche Schritte in Brüssel unternommen haben und insbesondere da damit gerechnet werden muss, dass in den nächsten Wochen auch Norwegen und eventuell Schweden sich in Brüssel zu Verhandlungen anmelden werden[4], erschien es angezeigt, die Haltung der Schweiz zu bekräftigen. Der Bundesrat liess sich dabei von folgenden Überlegungen leiten:

Sowohl die Begründung des britischen Verhandlungsgesuches als auch die französische Reaktion zeigen deutlich, dass die gegenwärtige Phase des Integrationsgesprächs durch eine politische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Grossbritannien gekennzeichnet ist. Unter diesen Umständen und angesichts der Ungewissheit der britischen Beitrittschancen wäre es verfehlt, wenn die Schweiz dem Beispiel anderer EFTA-Staaten folgen und ihrerseits in Brüssel eine formelle Demarche unternehmen würde.

Anderseits könnte ein schweizerisches Stillschweigen insbesondere im Falle eines norwegischen und schwedischen Vorstosses den falschen Eindruck erwecken, unser Land gebe sich mit dem Ergebnis der Kennedy-Runde[5]

---

1. *Schreiben:* E2200.161#1982/60#276* (531.12.18). *Gerichtet an die schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die schweizerischen Botschaften in Brüssel, Den Haag, Köln, Paris und Rom und die schweizerische Delegation bei der OECD in Paris. Kopien an H. Schaffner, W. Spühler, P. Micheli, A. Weitnauer, P. Languetin und J. Iselin.*

2. *Antwort von H. Schaffner auf die Interpellationen von P. Eisenring und von E. Duft vom 14. März 1967,* dodis.ch/33869.

3. *Vgl. dazu die Notiz von J. Iselin vom 10. Februar 1967,* dodis.ch/33860; *die Erklärung von H. Schaffner an der EFTA-Ministerkonferenz in London vom 28. April 1967,* dodis.ch/33013; *das Protokoll der Sitzungen vom 10.–11. Mai 1967 der Aussenpolitischen Kommission und der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 11. Mai 1967,* dodis.ch/30770; *das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 18. Oktober 1967,* dodis.ch/30769; *die Notiz von H. Schaffner an den Bundesrat vom 29. Dezember 1967*, dodis.ch/33519; *die Notiz von P. R. Jolles vom 1. Dezember 1969,* dodis.ch/33856 *sowie die BR-Verhandlungsprot. der 27. Sitzung vom 21. April 1967; der 28. Sitzung vom 25. April 1967 und der 29. Sitzung vom 27. April 1967,* E1003#1994/26#8*.

4. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 26. Juni 1967,* dodis.ch/33513 *und die* Table synoptique des propositions d'arrangements intérimaires présentées après l'échec des délibérations du Conseil des Communautés européennes (CE) concernant les demandes d'adhésion du Royaume-Uni, du Danemark, de la Norvège et de l'Irlande *vom Dezember 1967,* E 2807(-) 1974/12 Bd. 28 (060).

5. *Vgl. dazu Dok. 15,* dodis.ch/33250.

endgültig zufrieden und verzichte, in eine allfällige Gesamtbereinigung des Integrationsproblems miteinbezogen zu werden. Schon heute wird gelegentlich das Klischee einer «um Grossbritannien und die skandinavischen Staaten erweiterten EWG» verwendet. Wir müssen vermeiden, einen Vorwand zu derartigen falschen Denkschemata zu liefern.

Unter diesen Umständen schien der geeignete Weg darin zu bestehen, in Form einer offiziellen Erklärung des Bundesrates im schweizerischen Parlament[6] unser Interesse an der weiteren Integrationsentwicklung in eindeutiger Weise zu bestätigen und daran zu erinnern, dass das seinerzeitige schweizerische Verhandlungsgesuch[7] nie zurückgezogen worden ist und weiterhin als Willensäusserung, eine Regelung mit der EWG zu finden, aufgefasst werden muss. Indem der Bundesrat es im gegenwärtigen Zeitpunkt mit dieser Erklärung bewenden lassen wird, bringt er gleichzeitig unsere unabhängige, von anderen EFTA-Staaten abweichende Einschätzung zur heutigen integrationspolitischen Lage zum Ausdruck, die darin besteht, dass wir noch keine Schlussfolgerung darüber gezogen haben, ob die objektiven Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Integrationsgesprächs heute für gegeben erachtet werden können. Mit anderen Worten, die Schweiz segelt nicht automatisch im britischen Kielwasser, sondern wartet eine Klärung der gegenwärtigen Lage ab.

Die Schweiz bringt ihre Stellungnahme vor den allfälligen Schritten weiterer skandinavischer Staaten, die um den 10. Juli herum erfolgen könnten, zum Ausdruck und handelt somit auch nicht aus einer durch die von den übrigen EFTA-Staaten für sie geschaffene Zwangslage heraus.

Die Interpellation Weber[8] über das Ergebnis der Kennedy-Runde bot dem Bundesrat insofern einen besonders günstigen Anknüpfungspunkt für eine integrationspolitische Erklärung, als dadurch gleichzeitig die konstruktive Haltung der EWG in diesen Verhandlungen gewürdigt und die Hoffnung ausgesprochen werden konnte, im Falle eines neuerlichen Scheiterns der Beitrittsbemühungen weitere Fortschritte mit der klassischen Methode bilateraler Vertragsverhandlungen zu erzielen[9].

Um ihren Zweck zu erfüllen, ist es jedoch wichtig, dass die Erklärung von Herrn Bundesrat Schaffner, die ausdrücklich im Namen des Gesamtbundesrates abgegeben worden ist, im Sinne einer offiziellen schweizerischen Stellungnahme von den Brüsseler Behörden und den Regierungen der EWG-Staaten zur Kenntnis genommen wird. Wir bitten Sie daher, diesen Text Ihren üblichen Gesprächspartnern zwar auf informelle Weise, d. h. ohne diplomatische Note, aber doch mit den nötigen Erläuterungen zu übergeben, um die Bedeutung dieser Klarstellung der schweizerischen Haltung richtig zum Ausdruck zu

---

6. *Die Erklärung des Bundesrats über die schweizerische Einstellung zur europäischen Integration umfasst den letzten Teil der Antwort von H. Schaffner auf die Interpellation von M. Weber vom 27. Juni 1967, Sten. Bull. NR, 1967, S. 304. Zu den verschiedenen diskutierten Varianten vgl. das Schreiben von P. R. Jolles an P. H. Wurth vom 21. Juni 1967,* dodis.ch/33858. *Zur Vorberatung im Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 43. Sitzung vom 26. Juni 1967,* dodis.ch/33274.

7. *Vgl. dazu Dok. 165,* dodis.ch/33034, *Anm. 13.*

8. *Sten. Bull. NR, 1967, S.* 297–304.

9. *Zu den verschiedenen Optionen der Schweiz vgl. Dok. 145,* dodis.ch/33236.

bringen. Insbesondere können Sie diesen Text sowie die Ausführungen zu den Interpellationen Eisenring und Duft zur Beantwortung von Fragen über die von der Schweiz verfolgten Absichten benützen. Sie erhalten mit separatem Schreiben[10] den vollen Text auf deutsch der bundesrätlichen Erklärung (der Passus über die Integration findet sich auf S. 14–16) und beiliegend in französischer Übersetzung die vom Bundesrat spezifisch genehmigten Ausführungen über die Integration.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass die Frage der Modalitäten einer schweizerischen Teilnahme an einem erweiterten Markt offen gelassen worden ist. Allfällige Fragen können Sie jedoch mit der Gegenfrage beantworten, ob die Verhältnisse im heutigen Zeitpunkt dermassen fortgeschritten seien, dass eine detailliertere Stellungnahme schon erforderlich sei. Ferner können Sie darauf hinweisen, dass der Bundesrat die Unvoreingenommenheit der Schweiz hervorgehoben und auch die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hat, allfällige neue Formen in offenem Geist zu prüfen (gemeint sind natürlich die französischen Anspielungen auf eine multilaterale Assoziation oder Sektorenpräferenzen).

Wir bitten Sie, uns über die Art und Weise, wie Sie die schweizerische Stellungnahme bekanntgegeben haben, und die Reaktionen Ihres Gesprächspartners orientiert zu halten[11].

---

10. *Vgl. Doss. Anm. 4.*

11. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 66 von P. H. Wurth an P. R. Jolles vom 3. Juli 1967,* dodis.ch/33514; *das Schreiben von W. Sigg an J. Iselin vom 31. Juli 1967,* dodis.ch/33515; *das Telegramm Nr. 493 von P. Dupont an P. R. Jolles, P. Micheli und A. Weitnauer vom 1. Oktober 1967,* dodis.ch/33517 *sowie das BR-Verhandlungsprot. der 45. Sitzung vom 7. Juli 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 11.*

34

dodis.ch/32830

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Botschaft[2] über das Darlehen an die IDA[3]

Dringlich *[Bern,]* 5. Juli 1967

Die Vorlage ist wegen ihres sehr umfangreichen und substantiellen allgemeinen Teiles von grosser Bedeutung für unsere aussenpolitische Orientierung. Es ist deshalb ausserordentlich bedauerlich, dass sie in aller Eile

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#518* (14-10). *Verfasst und unterzeichnet von R. Pestalozzi, visiert von W. Spühler. Kopie an P. Micheli.*

2. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Wirtschafts- und Finanzhilfe an die Entwicklungsländer und insbesondere die Gewährung eines Darlehens an die Internationale Entwicklungs-Organisation (IDA) *vom 7. Juli 1967, BBl, 1967, II, S. 1–45.*

3. *Vgl. das Schreiben von P. R. Jolles an G. Woods vom 12. Januar 1967,* dodis.ch/32816; *die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 2. Juni 1967,* dodis.ch/32828 *sowie das Protokoll der Sitzung vom 12. September 1967 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 20. September 1967,* dodis.ch/32213.

im Bundesrat durchgepeitscht werden muss. Der Bundesrat soll sie in der Sitzung vom 7. Juli[4] behandeln. Der Antrag an den Bundesrat[5] ist unserem Departement noch nicht zugekommen. Dagegen übergebe ich Ihnen in der Beilage eine undatierte Vorauskopie[6], die ich soeben erhielt und von der ich annehme, sie werde mit dem offiziellen Antrag übereinstimmen. Der deutsche Text der Botschaft ist noch nicht bereit, soll aber noch vor der Sitzung des Bundesrates herauskommen.

Teile I und II der Botschaft (S. 1–44) befassen sich im allgemeinen mit Fragen der Entwicklungshilfe und münden in eine Skizze der schweizerischen Entwicklungshilfepolitik aus[7]. Hier werden zahlreiche Fragen berührt, die das Politische Departement sehr direkt interessieren. Wir haben ja die wenig befriedigende Situation[8], dass sich zwei Departemente mit diesen Fragen befassen, das Volkswirtschaftsdepartement unter dem handelspolitischen Gesichtspunkt, das Politische Departement unter dem aussenpolitischen Gesichtspunkt. Die aussenpolitischen Aspekte werden in der Botschaft meines Erachtens in dieser Vorlage des Volkswirtschaftsdepartementes genügend berücksichtigt, sodass wir dem Text zustimmen können. Nichtsdestoweniger erlaube ich mir die Bemerkung, dass es sich hier um ein sehr weitgehendes Hinübergreifen des Volkswirtschaftsdepartementes in die Sphäre des Politischen Departementes handelt. Dem möchte ich allerdings gleich beifügen, dass die Handelsabteilung das Gespräch mit uns über Entwicklungshilfepolitik nicht etwa ablehnt. Es wird lediglich immer deutlicher, dass sie die Federführung innehaben möchte.

In dem beiliegenden Entwurf zu einem Mitbericht[9] habe ich einen Punkt, den einzigen, erwähnt, wo eine Einigung mit der Handelsabteilung nicht zustande kam. Das Volkswirtschaftsdepartement wird versuchen, diesen Punkt als einen unfruchtbaren Terminologiestreit abzutun (der Vertreter des Finanzdepartementes in den Vorbesprechungen schien diese Auffas-

---

4. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1185 vom 7. Juli 1967, Doss.* E1004.1#1000/9#724*.

5. *Vgl. den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat vom 5. Juli 1967, Doss. wie Anm. 4.*

6. *Vgl. Doss.* E7110#1978/50#224* (712).

7. *Laut P. R. Jolles wird hier erstmals eine Gesamtkonzeption der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit entworfen. Vgl. die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 19. August 1967,* dodis.ch/32934 *und das Protokoll der Sitzung vom 16. August 1968 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 9. Oktober 1968,* dodis.ch/32151. *Zu den Grundsätzen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 100,* dodis.ch/31763, *bes. Anm. 2 sowie die Notiz vom 2. Oktober 1968,* dodis.ch/32930.

8. *Zur Frage der Koordination und den Divergenzen zwischen Politischem Departement und Volkswirtschaftsdepartement in Sachen Entwicklungszusammenarbeit, resp. Wirtschaftsförderung, vgl. ferner Dok. 122,* dodis.ch/33047*; das Referat von R. Pestalozzi vom 27. November 1967,* dodis.ch/32898; *das Referat von R. Pestalozzi vom 10. September 1968,* dodis.ch/32899; *das Referat von P. R. Jolles vom 2. Oktober 1968,* dodis.ch/32918; *die Notiz von R. Pestalozzi an W. Spühler vom 21. Januar 1969,* dodis.ch/32900; *das Votum von W. Spühler im Ständerat vom 7. Oktober 1969,* dodis.ch/32849; *die Notiz von R. Pestalozzi an W. Spühler vom 24. November 1969,* dodis.ch/32895 *und das Referat von R. Pestalozzi vom 27 November 1967,* dodis.ch/32898.

9. *Für den Mitbericht des Politischen Departements vom 6. Juli 1967 vgl. Anm. 4.*

sung zu teilen)[10]. In Wirklichkeit geht es aber um wesentlich mehr. Die Unklarheit, mit der die verschiedenen Begriffe in der Botschaft verwendet werden, ist für mich ein Zeichen, dass es trotz der vielen gescheiten Dinge, die in der Botschaft gesagt werden, an einer klaren Konzeption fehlt. Jeder wird das Gesagte nach seiner Art auslegen, wo doch für das an sich schon schwierige Gespräch über Entwicklungshilfe – in der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Verwaltung – die Klarheit der Begriffe so wichtig wäre. Nur ein Beispiel: Die Wirtschaftshilfe (aus der Botschaft wird man nicht klug, was damit gemeint ist) wird gemeinhin als eine Angelegenheit des Volkswirtschaftsdepartementes betrachtet. Was wir in der Technischen Zusammenarbeit tun, ist aber zum weitaus grössten Teil Wirtschaftshilfe, wenn man darunter die Förderung der Wirtschaft der Entwicklungsländer versteht. Daraus könnte gefolgert werden, dass die Technische Zusammenarbeit dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert werden sollte und überhaupt die ganze Entwicklungshilfe nicht mehr Sache des Politischen Departements sein sollte. Dem Politischen Departement bliebe noch die humanitäre Hilfe. Dabei handelt es sich bei der Entwicklungshilfe um eine eminent politische Frage, wenn auch mit weitgehenden wirtschaftlichen Implikationen.

Man kann vielleicht sagen, in dieser Argumentation liege zu viel Spekulation. Ich halte es aber für meine Pflicht, darauf hinzuweisen. Sicher darf das Politische Departement verlangen, dass in einer Botschaft von dieser Bedeutung klare Begriffe verwendet werden und nicht eine Situation geschaffen wird, in der man in der Folge gezwungen ist, im Trüben zu fischen.

---

10. *B. Müller. Zur Diskussion über die Terminologie «Wirtschafts- und Finanzhilfe» vgl. die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 5. Juli 1967, Doss. wie Anm. 6:* Herr Dr. Müller versuchte, Herrn Pestalozzi davon zu überzeugen, dass wir bei dem in der Besprechung vereinbarten Terminus bleiben sollten. *[...]* Im Hinblick auf die Behandlung des Geschäftes in der nächsten Bundesratssitzung würde es sich m. E. empfehlen, Herrn Bundesrat Schaffner über dieses Problem zu orientieren, damit er der Auffassung des Dienstes für technische Zusammenarbeit entgegentreten kann.

35

dodis.ch/33016

Le Chef du Département des finances et des douanes, R. Bonvin, à la Direction générale de la Banque nationale suisse[1]

INTERVENTION SUISSE À LA RÉUNION DES MINISTRES DES FINANCES ET DES GOUVERNEURS DES BANQUES CENTRALES DU GROUPE DE DIX LES 17 ET 18 JUILLET 1967, À LONDRES

Berne, 12 juillet 1967

Par lettre du 5 de ce mois[2], vous avez bien voulu nous faire savoir que les conversations officielles sur la réforme du système monétaire international sont entrées dans une phase décisive et que des ministres des finances et des gouverneurs des banques centrales du Groupe des Dix se réuniront à Londres les 17 et 18 juillet[3].

Il nous est agréable d'apprendre qu'une entente générale semble possible sur les principaux éléments du plan tendant à créer des liquidités internationales supplémentaires en cas de pénurie des réserves mondiales et que le groupe s'en tiendra aux droits de tirages automatiques dans le cadre du Fonds monétaire international[4]. Nous sommes aussi satisfaits de savoir que MM. Stopper, président, Iklé, directeur général, et Lademann, directeur, représenteront la Suisse, en tant qu'observateurs, aux séances du Groupe des Dix.

Ainsi que nous l'avons fait savoir par téléphone à M. le Directeur Lademann, l'intervention[5] que vous vous proposez de faire à cette réunion, et dont vous avez également soumis le texte au Département fédéral de l'économie publique et au Département politique fédéral, ne donne lieu à aucune remarque de notre part.

---

1. *Lettre (copie):* E7001C#1978/59#548* (161.01). *Cette copie a été adressée au Département de l'économie publique, une autre copie au Département politique. Annotation dans la marge de P. Languetin:* Gemäss Weisung von Frl. Frey a*[d]* a*[cta]* gelegt am 13. 7. 67. Herr BR Schaffner hat telephonisch mit Herrn Stopper gesprochen.
2. *Lettre de E. Stopper et M. Iklé à R. Bonvin du 5 juillet 1967,* dodis.ch/34147.
3. *Cf. le rapport de R. Lademann du 26 juillet 1967,* dodis.ch/34161.
4. *Cf. aussi doc. 134,* dodis.ch/33023.
5. Intervention suisse à la réunion des ministres des finances et des gouverneurs des banques centrales du Groupe de Dix les 17/18 juillet à Londres *du 5 juillet 1967,* dodis.ch/34149.

36

dodis.ch/32733

Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, à l'Ambassadeur de Suisse à Athènes, J.-A. Cuttat[1]

Berne, 20 juillet 1967

Cher ami,

En réponse à votre lettre du 13 juillet[2], je m'empresse de vous faire savoir que le Chef du Département[3] m'a récemment remis votre communication du 8 juin[4] et votre étude politique[5] sur la démocratie en Grèce.

J'ai lu ce texte avec la plus grande attention et je l'ai transmis, à titre personnel, à M. Olivier Reverdin dont l'intérêt pour tout ce qui touche la Grèce vous est connu. En revanche, je me suis abstenu de le porter à la connaissance des signataires du «Manifeste»[6]. Vous prenez en effet tellement à cœur la défense du nouveau régime[7] que j'ai craint que votre plaidoyer ne choque ses destinataires. Si l'on peut admettre qu'en certaines circonstances et en certains lieux les dictatures sont un moindre mal, elles restent à mes yeux et à ceux de la plupart de nos compatriotes un système condamnable. Il est possible qu'à Athènes il ait été nécessaire de mettre le holà à une crise susceptible de dégénérer[8]. En conclure que la Grèce n'est pas mûre pour la démocratie relève de l'appréciation personnelle des observateurs. Mais c'est une thèse qui me paraît dangereuse lorsqu'elle est émise par un ambassadeur de Suisse s'adressant à des personnes qui ne font pas partie de l'administration.

Loin de moi l'idée d'apporter une limitation quelconque à votre liberté de jugement et d'expression quand elle se manifeste dans le cadre du Département. Dès qu'il s'agit d'en sortir, il faut être particulièrement prudent, surtout lorsqu'on applique à un pays étranger des critères différents de ceux que l'on trouve bons pour nous.

J'espère que vous ne m'en voudrez pas d'avoir exprimé ma pensée en toute franchise et je vous prie de croire, cher ami, à mes sentiments les meilleurs.

---

1. *Lettre (copie):* E2806#1971/57#104* (17-37). *Rédigée par A. Natural et signée par P. Micheli. Cette copie a été adressée à P. Micheli.*
2. *Lettre de J.-A. Cuttat à P. Micheli du 13 juillet 1967,* E2001E#1978/84#3197* (B.73.0).
3. *W. Spühler.*
4. *Lettre de J.-A. Cuttat à W. Spühler du 8 juin 1967, doss. comme note 2.*
5. *Rapport de J.-A. Cuttat du 6 juin 1967, doss. comme note 2.*
6. *Sur les activités en Suisse d'organisations en faveur du retour de la démocratie en Grèce, cf. doss.* E2001E#1980/83#2550* (B.73.0.(1)).
7. *Sur les controverses liées à l'appréciation du nouveau régime par J.-A. Cuttat, cf. la lettre de J.-A. Cuttat à P. Micheli du 12 mai 1967,* dodis.ch/32729; *la lettre de W. Spühler à R. Jost du 13 octobre 1967,* dodis.ch/32730; *la notice de M. Gelzer à W. Spühler du 30 octobre 1967,* dodis.ch/32731; *la notice de M. Gelzer du 30 octobre 1967,* dodis.ch/32732 *et le télégramme N° 11 de J.-A. Cuttat au Département politique du 4 avril 1968,* dodis.ch/32736.
8. *Sur le déroulement du coup d'Etat du 21 avril 1967, cf. le rapport politique N° 1 de E. Bourgnon à W. Spühler du 23 avril 1967,* dodis.ch/32749.

37

dodis.ch/33132

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Bern, 22. Juli 1967

1. Im Hinblick auf Ihren bevorstehenden Besuch in Washington übermitteln wir Ihnen anbei zu Ihrer Orientierung eine Reihe von Notizen[2] betreffend konkrete bilaterale Fragen, die uns im Verhältnis Schweiz/USA beschäftigen. Im Einzelnen handelt es sich um die nachstehenden Probleme:

Militärdienst von Schweizern in USA[3],

Heilmittelkontrolle[4],

Sequestrierte schweizerische Guthaben in USA[5],

Amerikanisches Anliegen betreffend «voice of America»,

Frage des liberalen Verkehrs zwischen der Schweiz und den USA gemäss Working Paper vom 18. April 1967,

Wahrnehmung der amerikanischen Interessen in Kuba[6],

Allgemeiner Überblick über die schweizerisch/amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.

2. In Übereinstimmung mit Herrn Botschafter Schnyder würden wir vorschlagen, bei Ihrer Begegnung mit Staatssekretär Rusk[7] die obenaufgezählten bilateralen Fragen höchstens beiläufig zu erwähnen (in Frage käme dabei wohl überhaupt nur das Militärdienstproblem) und die hohe Bedeutung einer unbehinderten Entwicklung unseres reichen Verkehrs mit Amerika auf jedem Gebiet menschlichen Interessens zu betonen.

Das hauptsächliche Augenmerk wäre bei dieser Unterredung auf die grösseren weltpolitischen Zusammenhänge und die besondere Rolle der Schweiz zu richten. Dies böte Gelegenheit die Bedeutung und den Sinn unserer guten Dienste und humanitären Interessen in Kuba, Algerien, dem Nahen Osten und vielleicht auch Vietnam, ebenso wie die sehr beträchtlichen Leistungen des CICR zu erwähnen.

---

1. *Notiz:* E2001E#1978/84#7100* (B.15.21). *Verfasst von M. Gelzer und E. Diez, unterzeichnet von M. Gelzer, visiert von P. Micheli.*

2. *Vgl. die Notiz der schweizerischen Botschaft in Washington vom 18. April 1967,* dodis.ch/33927; *sowie die sechs Notizen vom 22. Juli 1967,* dodis.ch/33923; dodis.ch/33924; dodis.ch/33925; dodis.ch/33926; dodis.ch/33928 *sowie* dodis.ch/33929.

3. *Zur Frage der Militärdienstpflicht von Schweizern in den USA vgl. DDS, Bd. 1, Dok. 481; DDS, Bd. 19, Dok. 117,* dodis.ch/9225; *DDS, Bd. 20, Dok. 81,* dodis.ch/11260 *und Dok. 128,* dodis.ch/11355; *DDS, Bd. 21, Dok. 24,* dodis.ch/14868 *und Dok. 136,* dodis.ch/14961 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 16,* dodis.ch/30942.

4. *Zur Heilmittelkontrolle vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32619.

5. *Zu den sequestrierten Guthaben in den USA vgl. DDS, Bd. 16, Dok. 103,* dodis.ch/1957 *und Dok. 118,* dodis.ch/1958; *DDS, Bd. 17,* dodis.ch/4350 *und Dok. 79,* dodis.ch/8674; *DDS, Bd. 18, Dok. 2,* dodis.ch/4680 *sowie Dok. 83,* dodis.ch/8662.

6. *Zur Vertretung der amerikanischen Interessen in Kuba vgl. Dok. 7,* dodis.ch/33714.

7. *W. Spühler traf D. Rusk am 14. August 1967, vgl. dazu Dok. 41,* dodis.ch/33135.

Dem gegenüber könnte im Gespräch mit Herrn Leddy[8] mehr auf die bilateralen Fragen eingetreten werden. Dieser ist von seiner früheren Tätigkeit her namentlich mit Fragen der europäischen Integration vertraut und es erscheint daher nicht ausgeschlossen, dass bei diesem Besuch auch die Frage unserer Haltung in Bezug auf das Integrationsproblem zur Sprache kommen könnte.

3. Im Hinblick auf Ihre Begegnung mit Herrn Botschafter Harriman habe ich den Dienst Ost gebeten, noch eine besondere Notiz über den letzten Stand in der Frage unserer Kontakte mit Hanoi auszuarbeiten[9].

8. *Vgl. die Notiz von Ch. Müller vom 18. August 1967,* dodis.ch/33407.
9. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/32170.

38

dodis.ch/32700

Notiz des schweizerischen Botschafters in Ottawa, H. W. Gasser[1]

Ottawa. Gespräch beim Prime Minister

[Ottawa,] 10. August 1967

Nach ein paar einleitenden Worten der Begrüssung brachte der PM das Gespräch auf die

1. Vereinigten Nationen

Er erläuterte die Haltung Kanadas und BR Spühler seinerseits jene der Schweiz[2]. Der PM gab der Hoffnung Ausdruck, dass der schweizerische Neutralitätspunkt, für den er volles Verständnis hat, sich im Laufe der Zeit mit dem Statut der UNO vereinbaren (reconcile) lässt. Die Schweiz könnte in seinen Augen einen wertvollen Beitrag leisten.

BR Spühler erinnerte an die Zeit von San Francisco und die damalige Einstellung gegenüber den Neutralen (Paul-Boncour[3]). Er betonte, dass die in der UNO-Charta vorgesehenen Sanktionen militärischer und wirtschaftlicher Natur das hauptsächlichste Hindernis für einen Beitritt der neutralen Schweiz bilden. Überdies muss in der Schweiz das Volk über einen Beitritt abstimmen. Eine Aufklärung der Bevölkerung ist im Gange. Es handelt sich u. a. um ein

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1978/84#4295* (B.73.0). *Anwesend waren* Prime Minister L. B. Pearson; Hon. Charles M. Drury, Minister of Industry and Defence Production; Kanadischer Botschafter in der Schweiz René Garneau; Mr. John Halstead, Leiter der European Division im Aussenministerium; Mr. Fortier, Leiter der Information Division im Aussenministerium; Mr. Desrochers, Aussenministerium; Vizepräsident Spühler; Botschafter Gasser; Herr Walter Jäggi. *Punkte 1–3 basieren auf einer Notiz von W. Jaeggi; Punkte 4–5 auf einer Notiz zu Québec vom 2./3. August 1967, Doss. wie Anm. 1.*
2. *Zur Frage des Beitritts der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 4,* dodis.ch/33242; *Dok. 32,* dodis.ch/32940 *und Dok. 141,* dodis.ch/32892, *Anm. 13.*
3. *Französischer Delegierter an der Konferenz in San Francisco 1946. Vgl. auch die Rede von M. Petitpierre vom 9. November 1957,* dodis.ch/14037.

Generationenproblem. Ein negativer Abstimmungsentscheid wäre «désavantageux», d. h. höchst unerfreulich. BR Spühler unterstrich, dass die Schweiz bereits Mitglied fast aller nichtpolitischer Organisationen der UNO ist und dort einen wichtigen Beitrag leistet. Die Frage von «Peace-Keeping Operations» wird gegenwärtig eingehend geprüft[4] und in der Öffentlichkeit diskutiert. Die kürzliche Nahostkrise brachte indessen einen Rückschlag.

Der PM begrüsste die vermehrte Aufklärung des Volkes und wies darauf hin, dass Kanada in gewisser Beziehung sich in einer ähnlichen Lage wie die Schweiz befinde, nämlich im Verhältnis zur Organization of American States (OAS). Kanada ist bekanntlich dort nicht beigetreten, trotz starkem Druck der beteiligten Staaten. (Kanadas Bedenken sind u. a. die militärische Hilfe und finanziellen Aspekte.)

Zurückkommend auf das Problem der Sanktionen bemerkte der PM, dass im Rhodesien-Konflikt[5] deren Anwendung nicht so integral erfolgte wie dies der Fall hätte sein sollen. Leider bestehen zwischen der juristischen und der tatsächlichen Haltung Unterschiede.

BR Spühler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass inbezug auf Rhodesien die Schweiz de facto aber in autonomer Weise dem Sanktionsbeschluss nachlebt.

2. Nahost-Situation[6]

Diese beschäftigt die kanadische Regierung ganz besonders. Der PM ist persönlich beunruhigt (worried) und ist hinsichtlich einer Lösung ohne Optimismus. Er sieht keine Möglichkeit für einen Brückenschlag und hofft lediglich, die Lage werde sich nicht noch verschärfen. Dies hängt ab von der Haltung der UdSSR. Berichte aus Moskau lassen erkennen, dass der Kreml sich über die Gefahr einer zu weitgehenden Unterstützung der Araber Rechenschaft gibt. Er ist anderseits aber darauf bedacht, sein eigenes diplomatisches Prestige wieder herzustellen (to restore its diplomatic position).

BR Spühler erwähnte die einseitig pro-israelische Haltung der schweizerischen Bevölkerung (Kollektivblutspenden, etc.), was den Bundesrat veranlasste – als Gegengewicht – humanitäre Subsidien für die arabische Bevölkerung zur Verfügung zu stellen[7].

3. Besuch de Gaulle[8]

Der PM brachte spontan und von sich aus, das Gespräch auf den Besuch des französischen Staatschefs und gab seinem Bedauern über die Vorkommnisse

---

4. *Zur Beteiligung der Schweiz an Friedensoperationen der UNO vgl. Dok. 141,* dodis.ch/32892, *Anm. 10.*

5. *Zur Schweiz und zum Rhodesienkonflikt vgl. Dok. 8,* dodis.ch/33239 *und Dok. 171,* dodis.ch/30859.

6. *Zum 6-Tage Krieg vgl. Dok. 29,* dodis.ch/33283.

7. *Vgl. dazu Dok. 28,* dodis.ch/33280; *Dok. 138,* dodis.ch/32241; *das BR.-Prot. Nr. 1034 vom 13. Juni 1967,* dodis.ch/33950; *das BR.-Prot Nr. 1060 vom 19. Juni 1967,* dodis.ch/33953 *und das BR.-Prot. Nr. 1732 vom 17. Oktober 1967,* dodis.ch/33957.

8. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 6* La visite du Général de Gaulle au Québec *von H. W. Gasser an W. Spühler vom 27. Juli 1967,* dodis.ch/32706 *sowie Doss. wie Anm. 1.*

Ausdruck. Man hätte es begrüsst, wenn de Gaulle zuerst nach Ottawa gekommen wäre, statt seine Reise in Quebec zu beginnen. Er ging damit ein Risiko ein. Sein Gehaben und seine doppelsinnigen (ambiguous) und anmassenden Reden, haben nicht nur Ottawa verstimmt, sondern die Kanadier, darunter auch viele Französischkanadier, schockiert. Seine Aussprüche wurden als «almost theological» empfunden. Darin war keine ambiguity enthalten, gebrauchte er doch den Slogan der kanadischen Separatisten. Was Pearson persönlich verletzte (hurt) und mit ihm auch viele Kanadier, war die Bemerkung de Gaulles, er habe auf dem Weg von Quebec nach Montreal die gleiche Atmosphäre wie anlässlich der Libération vorgefunden. Dies, wenn bedacht werde, dass Tausende von Kanadiern ihr Leben zweimal für die Befreiung Frankreichs verloren hätten.

Der PM und sein Kabinett hoffen bestimmt, dass diese Vorkommnisse «will not interfere with good relations with France and with the English and French speaking partnership» (in Kanada).

In diesem Zusammenhang sagte der PM die kanadische Regierung sei sich darüber im klaren, dass den französischsprechenden Mitbürgern nicht die gleichen Möglichkeiten gegeben worden seien wie dem englischsprechenden Bevölkerungsteil. «We are conscious of this problem». In den letzten Jahren sei aber ein bedeutender Fortschritt erzielt worden. Kanada sei indessen in der Lage, dieses Problem allein zu lösen. Leider sei nun zu befürchten, dass der im Gange befindliche Fortschritt möglicherweise (likely) durch diese Einmischung gestört werde. Wir werden bemüht sein, dieselbe einzudämmen (keep down). "We will not let de Gaulle stop the progress."

Für Kanada könnte die Schweiz als Vorbild dienen. Immerhin sei zu bedenken, dass den 200 Millionen englischsprechender Nordamerikaner lediglich 6 Millionen Menschen französischer Zunge gegenüberstehen. Somit liegt das Problem nach seiner Ansicht weniger in der Konfrontation engl. versus franz. Kanadas, sondern vielmehr in derjenigen Kanada versus USA. Dieselbe ist vielleicht deshalb noch kraftvoller (forceful), weil sie einem freundschaftlichen Druck ausgesetzt ist. Auch Quebec ist in Gefahr amerikanisiert zu werden (Quebec is being americanized), wenn es nicht heftig (vigorously) reagiert.

Der PM musste sich zum Empfang einer Delegation der ukrainischen Jugendverbände wegbegeben und Mr. Charles M. Drury, Minister of Industry, übernahm das Gespräch.

Notiz Gasser

4. Man kam auf die *Francophonie*[9] zu sprechen. Hier bestehen bekanntlich verschiedene Ansichten. BR Spühler nahm Bezug auf die Antwort[10] des Präsidenten des Nationalrats an M. Chaban-Delmas und erklärte, dass die

---

9. *Zur Diskussion über die Frankophonie vgl. auch DDS, Bd. 23, Dok. 6,* dodis.ch/31298 *und Dok. 170,* dodis.ch/31304; *DDS, Bd. 24, Dok. 19,* dodis.ch/32591; *Dok. 156,* dodis.ch/32599 *sowie die Notiz von R. Bär vom 10. Januar 1968,* dodis.ch/32791.

10. *Vgl. das Schreiben von A. Schaller an J. Chaban-Delmas vom 15. März 1967,* E2001E#1978/84#3039* (B.73.0).

Beteiligung einer schweizerischen Gruppe von Parlamentariern an der ersten Versammlung der Union interparlementaire francophone abgelehnt worden sei. (Der Referent für Europa, John Halstead, war hierüber von seiten der Botschaft bereits orientiert und kennt unsere Einstellung.)

Eine einseitige Beteiligung an dieser Organisation komme für ein mehrsprachiges Land wie die Schweiz nicht in Frage. Logischerweise müssten ähnliche allfällige Vereinigungen für die «germanophone» bzw. die «italophone» Sprachgruppe ebenfalls beschickt werden. Man begäbe sich dadurch in eine Situation, die der Struktur und dem politischen Denken (dessein politique) unseres Landes nicht entsprechen würde. Anderseits sei die Romandie kulturell mit Frankreich durch eine Reihe von Beziehungen verbunden; dies sei indessen Sache der Bildungsinstitute und der Einzelpersonen.

Minister Drury versuchte, die grundsätzliche Einstellung der kanadischen Bundesregierung zur Francophonie zu erklären indem er darauf hinwies, dass im Rahmen des britischen Commonwealth seit Jahren in vielen Sektoren Beziehungen, Kontakte und Bindungen mit Grossbritannien und den Mitgliedern des Commonwealth bestehen. Die Regierung habe es deshalb «in all fairness» als ihre Aufgabe betrachtet, ähnliche Bindungen mit der französischsprechenden Welt zu ermutigen, um hier einen gewissen Ausgleich zu schaffen und den Französisch-Kanadiern in diesem Sinne entgegenzukommen. Im übrigen wies er auf die Erklärung des kanadischen Delegierten Gérard Pelletier an der ersten Versammlung (über welche die Botschaft im Detail berichtet hat[11]) hin, die den Standpunkt der Bundesregierung definierte und auch die Grenzen der Zusammenarbeit klar umschrieben habe.

BR Spühler erklärte noch, dass wir vor allem einer «Institualisation» im Rahmen der Francophonie abgeneigt sind. Es wurde entgegnet, dass auch Kanada in dieser Beziehung nicht zu weit gehen will.

Auf diesem Gebiet wird die Fortsetzung des bestehenden Gedankenaustauschs beiderseits als wünschenswert betrachtet.

5. Zur abschliessenden Feststellung, dass zwischen den beiden Ländern keine ernsten Probleme existieren, erwähnte Botschafter Gasser die Beunruhigung (Préoccupation) der schweizerischen *pharmazeutischen Industrie*[12] inbezug auf bestimmte in Aussicht stehende gesetzgeberische Massnahmen (Patentfragen, Preise für Pharma-Spezialitäten), die allenfalls zu einem Problem werden und im schlimmsten Fall die weitere Existenz der kanadischen Filialbetriebe unserer chemischen-pharmazeutischen Industrie in Frage stellen könnten. Man hoffe schweizerischerseits, dass eine diesbezügliche Gesetzgebung solange nicht erfolge, bis die vorliegenden kanadischen Studien geprüft worden seien. Im übrigen glaube er, dass Industrievertreter die Angelegenheit in nächster Zeit mit den zuständigen Kabinettsmitgliedern zu besprechen wünschten.

Minister Drury, der das Problem genau kennt, erklärte sich jederzeit bereit, diese zu empfangen und erwähnte lediglich allgemein, dass die Regierung jede

---

11. *Vgl. Doss.* E2300-01#1973/156#141* (A.21.31).
12. *Vgl. Doss.* E7110#1979/14#2155* (841.9).

Industrieunternehmung unterstütze, welche leistungsfähig sei (profitable et efficace). (Siehe unsere Spezialberichte[13]).

13. *Vgl. die Schreiben H. W. Gasser an P. R. Jolles vom 16. und 4. August 1967,* E7110#1978/50#2142* (813).

39

dodis.ch/33051

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann[1]

Berne, 11 août 1967

Le 19 juillet dernier[2], vous nous avez informés de votre intention de cesser dès la fin de 1969 l'aide que vous apportez par l'intermédiaire de la Croix-Rouge suisse à l'hôpital Kintambo[3] à Kinshasa, aide qui, si nous sommes bien informés, s'élève à environ 1 million de francs par an. Vous nous demandez notre point de vue à ce sujet, en particulier si un tel désengagement pourrait avoir des conséquences particulières sur nos relations économiques avec le Congo.

Comme vous le savez, ces relations sont relativement ténues compte tenu, d'une part, de l'état de développement du pays et, d'autre part, de la dépendance marquée dans laquelle celui-ci se trouve encore à l'égard de l'ancienne puissance coloniale et des Etats-Unis notamment qui fournissent au gouvernement une aide financière et technique non négligeable.

Il n'en demeure pas moins que sur le plan commercial le Congo constitue un marché relativement important puisque nos exportations en 1966 s'élevaient à environ 20 millions de francs, tandis que nos importations atteignaient quelque 13 millions. Evidemment en valeur absolue ces chiffres sont modestes, mais comparés à d'autres Etats d'Afrique noire, il s'agit là tout de même de montants dignes de retenir l'attention. Il y a quelques semaines un nouveau régime d'importation est entré en vigueur à la suite de la réforme monétaire et financière préconisée par le Fonds monétaire international. Il est encore difficile de prévoir quelles en seront les répercussions sur nos échanges commerciaux. Nous ne pensons toutefois pas que les courants traditionnels seront sensiblement modifiés car, étant donné que le commerce congolais est encore

1. *Lettre:* E2003A#1980/85#690* (o.222.1).
2. *Lettre de V. Martin à P. R. Jolles du 19 juillet 1967,* E7110#1978/50#1457* (821).
3. *Le Conseil fédéral décide le 14 août 1968 de mettre un terme à l'appui suisse au projet de l'hôpital Kintambo; cf. le PVCF N° 1188 du 14 août 1968,* dodis.ch/33851. *Sur la discussion précédente, cf. la notice de R. Bührer à E. Thalmann du 17 juin 1966,* dodis.ch/31504; *la notice à V. Martin du 24 août 1967,* dodis.ch/33852 *et le procès-verbal de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 27 mai 1969,* dodis.ch/33052. *Sur le projet de l'hôpital Kintambo en général, cf. DDS, vol. 21, doc. 95,* dodis.ch/15341; *doc. 128,* dodis.ch/15378 *et le PVCF N° 251 du 8 février 1963,* dodis.ch/30234.

en grande partie entre les mains de personnes et sociétés privées, un désengagement tel que vous l'envisagez ne devrait pas avoir de conséquences sensibles sur les échanges commerciaux, en particulier sur nos exportations.

Au sujet de ces dernières, nous aimerions relever que les autorités congolaises ont manifesté à notre égard jusqu'à maintenant une certaine mansuétude dans la mesure où elles ont bien voulu faire une entorse au système de surveillance des importations qu'elles avaient établi afin d'éviter des fraudes tant dans le domaine de la qualité que dans celui des prix. En effet, la législation congolaise oblige les exportateurs étrangers à fournir des indications que le code pénal fédéral interdit de divulguer. Tenant compte de cette situation juridique, les autorités congolaises ont accepté pour les importations de produits suisses un régime beaucoup plus souple qui évite à nos industries soit de se mettre en infraction avec la loi suisse, soit de devoir renoncer à leurs ventes au Congo. Il s'agit en l'occurrence d'une attitude conciliante dont nous devons savoir gré aux Congolais.

Il y a maintenant bientôt 3 ans que nous sommes en négociations avec les Congolais pour la signature de quatre accords ayant trait respectivement aux échanges commerciaux, à la protection des investissements, à la coopération technique et à la navigation aérienne[4]. Des projets ont été remis à plusieurs reprises aux autorités congolaises qui, dans certains cas, ont réagi en nous soumettant des contre-projets tandis que dans d'autres, nos propositions restaient lettre morte. Périodiquement la négociation de l'un ou l'autre de ces accords «refait surface», particulièrement lorsque notre Ambassadeur à Kinshasa parvient à engager le dialogue avec un interlocuteur congolais valable; généralement celui-ci se déclare enchanté à la perspective de signer un accord avec la Suisse, mais son enthousiasme doit probablement être par la suite refréné par l'un ou l'autre des nombreux conseillers belges, français, etc. qui en fait contrôlent l'activité de l'administration congolaise et qui semblent considérer d'un mauvais œil toute extension des relations du Congo avec des pays tiers. Aujourd'hui, nous ne sommes guère plus avancés qu'il y a 2 ou 3 ans malgré les nombreuses déclarations de bonne volonté qui nous ont été faites. Nous ne perdons toutefois pas espoir de parvenir un jour à nos fins tout au moins en ce qui concerne l'un ou l'autre des accords en question, plus particulièrement celui ayant trait à la navigation aérienne qui, pour nous, présente l'intérêt le plus immédiat[5]. Dans ce secteur, un renoncement à l'aide que nous apportons à l'hôpital de Kinshasa pourrait peut-être avoir certaines répercussions négatives sur la suite de nos pourparlers avec les Congolais.

A notre avis, les réactions congolaises pourraient dépendre de la manière dont nous procéderons pour le désengagement envisagé; à cet égard la façon dont pourra être assurée la relève de l'équipe médicale suisse financée par votre Division sera déterminante. En effet si à la suite de la suspension de

---

4. *Sur les négociations des divers accords entre la Suisse et le Congo, cf. DDS, vol. 23, doc. 94,* dodis.ch/31502, *en particulier note 2 et la lettre de Th. Curchod à P. Micheli du 27 septembre 1967,* dodis.ch/33853.

5. *Sur l'accord aérien en particulier, cf. la lettre de G. Gut à Th. Curchod du 24 novembre 1967,* dodis.ch/33855.

notre aide, le fonctionnement de l'hôpital ne pouvait plus être assuré dans des conditions normales, on devrait s'attendre à ce que des critiques s'élèvent à Kinshasa, critiques qui pourraient se traduire par un certain refroidissement de l'attitude des autorités congolaises à l'égard de notre pays. Si, par contre, la relève de l'équipe suisse est assurée d'une manière ou d'une autre, nous ne pensons pas que les Congolais aient des raisons majeures de se plaindre de notre décision[6].

Etant donné que l'aide humanitaire a toujours constitué pour la Suisse un élément important de sa politique envers les pays en voie de développement, nous croyons qu'il serait bon que toutes les garanties soient prises pour que notre décision ne soulève pas d'objections majeures de la part de Congolais.

6. *Sur les répercussions du retrait de la Suisse de l'hôpital Kintambo, cf. aussi la lettre de Th. Curchod à P. Micheli du 23 avril 1969,* dodis.ch/33859.

40

dodis.ch/33131

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

Protestation de la Chine au sujet des réfugiés tibétains en Suisse

Confidentiel Berne, 16 août 1967

I.

L'accueil en Suisse de réfugiés tibétains[2] a donné lieu ces dernières années à des représentations de l'Ambassade de Chine à Berne à intervalles plus ou moins réguliers. De son côté, notre représentant diplomatique à Pékin[3] fut convoqué en avril 1964 au Ministère des affaires étrangères pour entendre les récriminations chinoises. En particulier, notre accord[4] donné en février 1964 à l'établissement d'un représentant personnel[5] du Dalaï Lama[6] en Suisse fit l'objet de démarches chinoises.

Chaque intervention des Chinois fut pour nous l'occasion de leur expliquer et de leur rappeler que la Suisse observe très strictement une politique de neutralité permanente mais que, par ailleurs, elle est tout aussi attachée à sa tradition humanitaire; celle-ci lui fait un devoir de venir en aide à ceux qui souffrent, sans distinction de race, d'appartenance politique ou de religion,

1. *Proposition:* E1004.1#1000/9#725*. *Rédigée par F. Châtelain et signée par W. Spühler.*
2. *Sur l'accueil de réfugiés tibétains en Suisse et les protestations chinoises, cf. DDS, vol. 21, doc. 79,* dodis.ch/15293; *DDS, vol. 22, doc. 129,* dodis.ch/18991 *et DDS, vol. 23, doc. 30,* dodis.ch/30912. *Sur l'accueil de nouveaux réfugiés, cf. la lettre de M. Holzer à R. Fässler du 22 juin 1967,* dodis.ch/33532. S*ur les activités des institutions d'entraide en faveur des réfugiés tibétains, cf. la notice de A. Boss du 17 juillet 1968,* dodis.ch/32664.
3. *H. Keller. Cf. DDS, vol. 23, doc. 30,* dodis.ch/30912, *en particulier note 6.*
4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 5,* dodis.ch/30916 *et doc. 30,* dodis.ch/30912, *en particulier note 10.*
5. *Phala Thubten Wonden.*
6. *Tenzin Gyatso.*

raison pour laquelle elle accueille libéralement des réfugiés, leur posant comme seule condition de s'abstenir de toute activité politique. Il fut aussi toujours précisé que c'est dans cet esprit et à cette condition que notre pays héberge des réfugiés tibétains et que d'ailleurs nous ne tolérions aucune activité politique dirigée contre la Chine[7]. Le représentant du Dalaï Lama et ses compatriotes en Suisse ont, à notre connaissance, observé ces conditions, même si pour le premier ce fut au début un peu difficile à admettre, d'autant plus que par une erreur, dont ni lui ni les réfugiés tibétains ne sont responsables, il fut désigné par une partie de notre presse comme «représentant diplomatique».

II.

Ces deux derniers mois, les protestations chinoises à propos de l'activité déployée en Suisse pour les réfugiés tibétains ont redoublé d'intensité.

Après une démarche du Chargé d'affaires[8] chinois auprès du Secrétaire général[9] du Département politique, le 15 juin écoulé, l'ambassade chinoise adressa en date du 30 juin au département une note[10], dont copie ci-jointe, à laquelle il fut répondu par écrit[11] le 11 juillet, selon note ci-annexée. Le texte chinois ne faisait que répéter des griefs bien connus sans élément nouveau et notre réponse précisait derechef notre position au sujet des réfugiés.

Après avoir revu le Secrétaire général du Département politique le 14 juillet[12] pour se plaindre de ce qu'une délégation de Taïwan[13] avait pris part au congrès de «La Paix par le Droit» qui s'était tenu à Genève, le chargé d'affaires chinois insista quatre jours plus tard pour être à nouveau reçu par M. Micheli. Au cours de l'entrevue accordée le 25 juillet[14], évoquant l'installation en Suisse de cinq Lamas[15] salués à leur arrivée à Kloten par un représentant[16] du Dalaï Lama, qualifié par la presse de représentant diplomatique, il protesta sur un ton très agressif contre notre ingérence dans les affaires intérieures de la Chine, dont le Tibet est partie intégrante, et *exigea* que la Suisse modifie son attitude. Le Secrétaire général répondit à son interlocuteur qu'au cours de son histoire la Suisse n'avait jamais accepté de se plier à la volonté d'Etats étrangers, même lorsqu'ils étaient beaucoup plus puissants qu'elle et même lorsqu'ils étaient ses voisins et qu'ils la menaçaient dans son existence; le Département politique devait repousser le mot «j'exige» utilisé par le chargé d'affaires; il

---

7. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 30,* dodis.ch/30912.
8. *Chang Yun.*
9. *P. Micheli. Cf. la notice de A. Janner du 15 juin 1967,* E2001E#1978/84#6545* (B.41.21).
10. *Note de l'Ambassade de Chine à Berne au Département politique du 30 juin 1967, ibid.*
11. *Note du Département politique à l'Ambassade de Chine à Berne du 11 juillet 1967, ibid.*
12. *Cf. la notice de F. Châtelain du 15 juillet 1967,* E2001E#1978/84#2322* (B.15.21). *Sur le congrès, cf. la notice de A. Lacher du 21 juillet 1967, ibid.*
13. *Sur le problème des «deux Chines», cf. aussi la notice de A. Janner du 26 octobre 1967,* dodis.ch/33540 *et la notice de F. Châtelain du 21 mai 1968,* dodis.ch/33539. *Sur la question des Etats divisés, cf. doc. 127,* dodis.ch/32173.
14. *Cf. la notice de F. Châtelain du 25 juillet 1967,* dodis.ch/33527.
15. *Il s'agit de Geshey Ugen Chiten, Jongchay, Sherab Gyaltsen, Kusho Lori et Tenzin Phuntsog, se rendant en Suisse pour la gestion du futur monastère de l'Institut tibétain à Rikon.*
16. *Phala Thubten Wonden.*

ne reconnaissait à aucun Gouvernement le droit d'exiger quelque chose des autorités fédérales; à maintes reprises, le caractère purement humanitaire de l'aide apportée aux Tibétains avait été expliqué à l'ambassade; le département avait eu également l'occasion de préciser souvent qu'aucun statut diplomatique n'était reconnu au représentant du Dalaï Lama; la Suisse ayant une vocation humanitaire très ancienne, elle entendait y rester fidèle; elle la trahirait si elle fixait à l'aide octroyée aux réfugiés tibétains les limites réclamées par le Gouvernement chinois.

En date du 7 août, dans l'après-midi, le Département politique reçut la note[17] ci-jointe de l'ambassade chinoise. Le Secrétaire général fit rapport à M. le Conseiller fédéral N. Celio en sa qualité de Chef intérimaire du département et, avec son approbation, renvoya le 8 août cette note dont les termes étaient inacceptables. Si le département n'informa pas immédiatement la presse de cet incident, c'était afin de ne pas aggraver davantage la situation et ne pas exposer inutilement nos représentants à Pékin.

Le 10 août, le département apprit par la rédaction de la «Gazette de Lausanne» que l'Ambassade de Chine, dans son bulletin d'information[18] du 7 août, en annexe également, (posté à Berne le 9 août et reçu au département le 11 août seulement) avait publié le texte intégral de sa note du 5 août, précédé d'une citation de Mao Tsé-toung, avant donc de connaître notre réaction. Devant ce procédé pour le moins contraire aux usages diplomatiques, le département, avec l'accord de M. le Conseiller fédéral N. Celio, rendit aussi public[19] le renvoi motivé de la note chinoise.

Le 14 août, l'ambassade fit porter à nouveau ladite note du 5 août au département qui la lui renvoya immédiatement une seconde fois sans commentaire.

A Pékin, l'ambassadeur[20] de Suisse fut convoqué le 16 août au Ministère des Affaires étrangères qui lui remit une nouvelle note[21] de protestation, dont copie ci-jointe fut déposée le même jour au Département politique par l'ambassade chinoise à Berne. Vu le précédent relatif à la note chinoise du 5 août, M. le Conseiller fédéral W. Spühler, Chef du Département politique, en fit immédiatement publier[22] le texte.

III.

L'ambassade chinoise a donc mis publiquement et grossièrement en cause la bonne foi des autorités suisses à propos des réfugiés tibétains dans notre pays, malgré nos mises au point répétées. Le moment paraît donc venu pour le

---

17. *Note de l'Ambassade de Chine à Berne au Département politique du 5 août 1967,* dodis.ch/34001.

18. *Bulletin d'information N° 224 de l'Ambassade de Chine à Berne du 7 août 1967, doss. comme note 9.*

19. *Notice du Département politique à l'intention de la presse du 10 août 1967, ibid. Cf. aussi le PVCF délibératif de la 47ème séance du 11 août 1967,* dodis.ch/33530.

20. *O. Rossetti.*

21. *Note du Ministère des Affaires étrangères de Chine à l'Ambassade de Suisse à Pékin du 16 août 1967, doss. comme note 9. Cf. la lettre de O. Rossetti à W. Spühler du 16 août 1967,* dodis.ch/33528.

22. *Cf. le communiqué du Département politique du 16 août 1967, doss. comme note 9.*

Conseil fédéral de réaffirmer, aussi bien à l'intention de Pékin que pour l'opinion publique en Suisse, sa volonté de rester fidèle à sa vocation humanitaire en ce qui concerne les réfugiés tibétains et de décider de ne plus admettre d'interventions chinoises à ce sujet.

Il est cependant nécessaire de s'interroger sur les éventuelles conséquences, sur le plan diplomatique, d'une telle attitude qui pourrait le cas échéant conduire jusqu'à la rupture des relations avec Pékin. Le Département politique doute que le Gouvernement de Pékin en arrive de lui-même à cette extrémité, si l'on se base sur les exemples de la détérioration des rapports entre la Chine et l'URSS, l'Inde, l'Indonésie, la Birmanie, la Mongolie, la Grande-Bretagne, les Pays-Bas, etc. Il se peut que la violence des attaques chinoises soit seulement dans le style actuel des dirigeants de Pékin. Mais il n'est pas non plus impensable qu'elles aient pour but de nous pousser à une rupture, afin d'empêcher la Suisse de prêter éventuellement ses bons offices dans le conflit du Vietnam. Selon notre ambassadeur à Belgrade[23], la Yougoslavie qui aurait voulu s'entremettre entre les belligérants n'y a pas réussi parce que ses rapports avec Pékin étaient mauvais. Il n'est pas tout à fait exclu que les Chinois essaient de nous éliminer également. Sans que l'on puisse établir une relation de cause à effet avec la tension provoquée par la Chine dans nos relations diplomatiques, le Gouvernement du Vietnam Nord, qui avait invité M. Rossetti à se rendre à Hanoï[24], lui a demandé de remettre son voyage. Les Chinois y seraient-ils pour quelque chose? On peut se demander. Nous constatons aussi, sans pouvoir l'expliquer, que le personnel de l'Ambassade de Chine à Berne a été progressivement réduit et qu'il ne comprend plus que des fonctionnaires de rang subalterne: tous les conseillers, y compris M. Chang Yun, conseiller culturel, qui a entrepris les dernières démarches auprès du Département politique, ont quitté notre pays[25].

Une rupture de nos relations avec la Chine ne porterait guère préjudice dans l'immédiat à la défense de nos intérêts en Chine; nous n'y avons plus de colonie et même une rupture n'empêcherait probablement pas des transactions commerciales de s'effectuer, si l'on en juge d'après le cas du Japon, de l'Australie, du Canada, de la République fédérale d'Allemagne, de l'Italie et d'autres Etats n'ayant pas reconnu Pékin. Par contre, à plus longue échéance, une rupture serait sans doute défavorable. Nous pensons donc qu'elle devrait être si possible évitée. La Chine est un trop grand pays pour être simplement ignorée. C'est la raison pour laquelle nous avons été parmi les premiers à établir des relations avec la Gouvernement de Pékin[26]. Une fois brisées, nous aurions de la peine à les renouer.

Dans ces conditions, le Département politique estime qu'il conviendrait de déclarer publiquement qu'une discussion avec la Gouvernement de Pékin sur

---

23. *H. Keller.*

24. *Sur les contacts entre la Suisse et le Vietnam du Nord, cf. doc. 75,* dodis.ch/32171.

25. *Cf. le rapport de M. Babey du 15 août 1967, doss. comme note 12. Yang Hsu a remplacé Chang Yun comme Chargé d'affaires a. i. Sur la composition du personnel diplomatique de l'Ambassade de Chine à Berne, cf. aussi DDS, vol. 23, doc. 175,* dodis.ch/30922, *note 19.*

26. *Cf. le télégramme de M. Petitpierre à Mao Zedong du 17 janvier 1950,* dodis.ch/8016.

l'aide apportée en Suisse aux réfugiés tibétains n'entre pas en ligne de compte; mais en même temps, il lui semble que notre désir de maintenir des relations officielles correctes avec Pékin devrait être réaffirmé.

Le Département politique a donc l'honneur de

proposer

au Conseil fédéral

a) de prendre acte du présent rapport et de l'approuver

b) de publier le communiqué[27] ci-joint[28].

---

27. *Communiqué du Conseil fédéral du 18 août 1967,* dodis.ch/34002.

28. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 1386 du 18 août 1967,* dodis.ch/33131. *Sur la réaction de la Chine, cf. la lettre de O. Rossetti à W. Spühler du 2 septembre 1967,* dodis.ch/33592. *Sur les réflexions au niveau parlementaire sur cette affaire, cf. aussi le procès-verbal de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 13 septembre 1967,* dodis.ch/33531.

41

dodis.ch/33135

Notiz des Chefs des Informations- und Pressedienstes des Politischen Departements, W. Jaeggi[1]

Aufzeichnung des Gesprächs des Departementvorstehers mit Staatssekretär Dean Rusk im Staatsdepartement Washington am 14. August 1967 von 12.30 bis 13.00 Uhr

Streng vertraulich — Bern, 29. August 1967

Bundesrat Spühler dankt zunächst für den ihm gebotenen. Empfang. Er rekapituliert kurz sein Gespräch[2] mit John Leddy, Assistant Secretary of State for European Affairs.

Zur Frage der *Handelsbeziehungen* und niedrigerer Zolltarife, gab auch Rusk seiner Befriedigung über den Ausgang der Kennedy-Runde[3] Ausdruck. Nun sei aber bereits wieder ein Guerilla-Krieg ausgebrochen. Das Staatsdepartement verfolge mit grösster Aufmerksamkeit das Uhrenproblem[4]. Präsident Johnson werde sein Bestes tun, um einen Vorstoss vom Congressman Wilbur Mills[5] zu bekämpfen. In dessen Wahldistrikt befindet

---

1. *Notiz:* E2001E#1978/84#7100* (B.15.21). *Kopie an F. Schnyder, P. Micheli und W. Jaeggi. Am Gespräch nahmen auf schweizerischer Seite W. Spühler, F. Schnyder, Ch. Mueller und W. Jaeggi teil; auf amerikanischer Seite D. Rusk, J. Hayes und A. Foley.*

2. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller vom 18. August 1967,* dodis.ch/33407.

3. *Vgl. dazu Dok. 15,* dodis.ch/33250.

4. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/33140, *Anm. 2.*

5. *Zu den Vorstössen von W. Mills betr. Uhrenzölle vgl. das Schreiben von A. Weitnauer an F. Schnyder vom 7. August 1967,* dodis.ch/33936 *sowie den Bericht von R. Bosshard vom 22. September 1967,* dodis.ch/33937.

sich jedoch eine Uhrenfabrik[6]. Dies ist der Grund für die Forderung Mills nach erhöhtem Zollschutz für Uhren.

Der *Militärdienst*[7], d. h. die Befreiung von Schweizerbürgern schafft ein schwieriges Problem. Um dieses zu lösen, müsste man pragmatisch vorgehen. Solange der Vietnam-Krieg andauert, wird es schwierig sein, den Kongress dazu zu bringen, einer grundsätzlichen Lösung zuzustimmen. Auf kurze Sicht gesehen werde man eine praktische Antwort zu finden wissen. Die Schweiz sei nicht das einzige Land, das von dieser Frage berührt wird.

Eine Zwischenfrage Rusk's beantwortete Botschafter Schnyder dahin, dass jährlich etwa 40 Fälle von Schweizerbürgern bekannt sind, die eine Einberufung zum Militärdienst in den USA erhalten. Der Modus vivendi bleibe nur bis Ende des Jahres in Kraft. Die Bemühungen des Staatsdepartements zur Lösung dieser Frage werde sehr geschätzt. Rusk erklärte, das Staatsdepartement werde diese Frage direkt mit dem schweizerischen Botschafter weiter verfolgen.

Zum eigentlichen Gespräch übergehend stellte Rusk fest, dass folgende zwei Fragen das Staatsdepartement beschäftigen:

1. Wird de Gaulle eine europäische Integration verhindern?
2. Die Isolation Europas

BR Spühler glaubt nicht, dass Grossbritannien mit seinem Beitrittsgesuch zur EWG[8] bald zum Ziele kommt. Im übrigen sei die Integration nicht nur ein Problem der EWG, es sei ein viel weiterumfassendes Problem.

Auf eine Zwischenbemerkung Rusk's, ob die Schweiz neutraler als de Gaulle sei, erwiderte BR Spühler, de Gaulle sei nicht neutral; er glaube nicht, dass Europa sich von der übrigen Welt wegbegibt. Das Verhältnis BRD/Frankreich könne zwar darauf schliessen lassen; die Politik de Gaulle's ist indessen nicht so dominierend. Man könne eine Auflockerung des Bündnisses feststellen, ebenso eine Anlehnung an die Grossmächte.

Rusk erklärte: er sei «concerned about the trend of policies in Europe», d. h. er sei beunruhigt über die heutigen politischen Entwicklungen in Europa. Die Teilnahme Amerikas im ersten und zweiten Weltkrieg sei ein «act of will contrary to emotional responses», also nicht ein gefühlsbetonter, sondern ein politischer Entscheid gewesen. Isolation in Europa werde zur Isolation in den USA führen. Es stimme bedenklich, dass Grossbritannien eine Reduktion seines Truppenbestandes und die BRD eine Reduktion seiner Verteidigungsauslagen ankündigen. Europa habe der Nahost-Krise[9] keine ernsthafte Aufmerksamkeit gewidmet, obschon der Krisenherd nur 30 Flugminuten entfernt lag. Europa habe auch vollständige Gleichgültigkeit gegenüber den Ereignissen in Afrika bekundet. Als Beispiel erwähnte Rusk den Kongo. Dieser stelle für alle Europäer eine Gefahr dar. Nur zwei

---

6. *Die Fabrik US Time in Arkansas. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an P. Micheli vom 23. August 1967,* dodis.ch/33944.
7. *Vgl. Dok. 37,* dodis.ch/33132, *bes. Anm. 3.*
8. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*
9. *Zum 6-Tage Krieg vgl. Dok. 29,* dodis.ch/33283.

Länder hätten Massnahmen getroffen: die Schweiz[10] (das Internationale Komitee für das Rote Kreuz) und die USA, um den im Kongo befindlichen Europäern beizustehen. Als die Vereinigten Staaten beschlossen, drei Transportflugzeuge aus dem Kongo zurückzuziehen, intervenierte Italien beim Staatsdepartement, um diesen Beschluss rückgängig zu machen. Ein solches Verhalten vermehre sich allzuviel «is multiplied in too many cases». Kurz zusammengefasst kennzeichne sich die europäische Haltung durch «security, tranquillity and laziness», durch Sicherheit, Gelassenheit (Passivität) und Trägheit. Dies töne extrem, sei jedoch notwendig «to make the point». Die USA werden nicht die Landsknechte für die ganze Welt spielen, «We are not going to be mercenaries for the whole world». Hier wandte BR Spühler ein, die USA dürfe aber auch nicht die Polizei sein.

Auf die weitere Bemerkung von BR Spühler, in Europa stelle man eine Aufweichung der Allianzen fest, erwiderte Rusk, der Zweck aller Bündnisse sei, den Frieden zu wahren «to maintain peace». Erst 5 Jahre sind verflossen, seit der letzten ernsthaften Krise; als Khrushchov den Rückzug der alliierten Truppen aus Berlin forderte und mit Krieg drohte, falls seinen Forderungen nicht entsprochen würde. Die Antwort Präsident Kennedy's lautete: «In diesem Falle sei der Krieg unvermeidlich». Die Leute haben sich seither nicht geändert, aber beide Seiten sind vorsichtiger geworden. Er, Rusk, sei nicht beunruhigt darüber, dass die Allianzen sich etwas abschwächen, wichtig sei aber, dass sie bestehen, wenn eine Krise ausbricht, «I am not disturbed that alliances are subdued but they must be available in crises».

Europa fühle sich in der Mitte zwischen der UdSSR und den USA als «innocent bystanders», als unbeteiligte Zuschauer. In Europa glaube man, dass, wenn man sich zurückziehe, man damit auch einen Zusammenstoss verhindern könnte, «if Europe could withdraw they would avoid a clash». Europa ist indessen die Quelle, der Mittelpunkt der Auseinandersetzungen «but Europe is the issue, the heart of the struggle». Europa ist nicht eine dritte Welt. Europa kann dem Problem nicht entgehen.

BR Spühler dankt für diese offenen Worte. Er teile die Meinung, dass Europa ohne den Rückhalt der USA zu schwach sei.

Schliesslich kommt Rusk noch auf die direkten Kontakte zwischen Washington und Moskau zu sprechen und erklärt: es sei ihm unverständlich, dass solche Kontakte das europäische Misstrauen erwecke. Dies sei besonders kennzeichnend bei den Bemühungen um den Ausbau der Handelsbeziehungen. 26,6% des Handels bestünde zwischen Ost-Europa und Europa und nur 1,6% zwischen Ost-Europa und den USA. Wie könne da von einer «conspiracy» zwischen den USA und der UdSSR die Rede sein? Ein solcher Vorwurf sei unbegründet.

---

10. *Dabei geht es höchstwahrscheinlich um die Evakuierung von Söldnern aus dem Kongo durch das IKRK. Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II der 61. Sitzung vom 29. September 1967; das BR-Beschlussprot. II der 71. Sitzung 7. November 1967,* E1003#1994/26#8* *sowie Doss.* E2003A#1980/85#694* (o.222.3) *und* E2807#1974/12#414* (074).

Die Frage von BR Spühler, ob dann die USA keine Einwände gegen vermehrte Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Ost-Europa erhebe[11], verneinte Rusk.

11. *Zur Fortführung der schweizerischen Beschränkung des West–Ost-Handels in der Folge des sog. Hotz-Linder Agreement von 1951 vgl. Dok. 189,* dodis.ch/33136. *Zum schweizerischen Handelsverkehr mit Oststaaten vgl. Dok. 135,* dodis.ch/33630, *Anm. 3.*

42

dodis.ch/32217

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, A. Janner[1]

Aktennotiz (in eigener Sache)

Vertraulich Bern, 13. September 1967

Der «Rapport politique hors série» vom 22. August 1967 von Botschafter Fuchss über «Stand und Analyse der Beziehungen zu Ungarn»[2] gibt mir als «unsachlichem, unwürdigem, unkorrektem und impulsivem Sündenbock» zu folgenden Bemerkungen Anlass:

Allgemein ist zu sagen, dass F*[uchss]* einmal mehr überhaupt nichts begriffen hat. Sein «Approach» (der eher demjenigen eines ungarischen Botschafters gleicht) sowie seine Prämissen mögen in einem westlichen Lande im letzten Jahrhundert angängig gewesen sein. Die Erfahrung lehrt, dass sich Freundlichkeit an sich und Vorleistungen in kommunistischen Staaten nicht bezahlt machen. Schliesslich übersieht F*[uchss]* geflissentlich, dass alle beanstandeten Vorkommnisse und die entsprechenden Entscheide dem Departementschef[3] bzw. meistens sogar dem Bundesrat vorgelegt und von diesen beschlossen wurden.

Zu den einzelnen Absätzen folgendes:

ad Absatz 1: Wenn Jemand in den letzten Monaten «Anzeichen für eine Verstimmung» haben dürfte, dann sicher wir, weil die Gründe hiezu von ungarischer Seite gesetzt wurden. Dass die ungarischen Gäste am 1. August-Empfang den Refus der ungarischen Note[4] nicht erwähnten, ist begreiflich; sie hatten keinen Grund, damit anzugeben.

ad Absatz 2: Der Verkauf des Grundstückes Szerena ut 7[5] ist für die Ungaren ein saftiges Devisengeschäft, das an Wucher erinnert (also kaum ein Zeichen

1. *Notiz:* E2001E#1978/84#6900* (B.15.21).
2. *Politischer Bericht von W. Fuchss an W. Spühler vom 22. August 1967,* dodis.ch/32218.
3. *W. Spühler.*
4. *Vgl. die* Note verbale du Ministère des affaires étrangères hongrois *vom 24. Juni 1967, Doss.* E2001E#1978/84#6910* (B.22.84.4). *Die ungarischen Demarchen bezogen sich auf den angeblichen Einbruch bei der Handelssektion der ungarischen Botschaft in Bern in der Nacht auf den 23. Juni 1967. Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 28. Juni 1967,* dodis.ch/32220.
5. *Zum Kauf des Grundstücks an der Szeréna út in Budapest durch die Eidgenossenschaft vgl.* E2200.50#1981/152#1* (021.30).

von Grosszügigkeit), wenn man bedenkt, dass einerseits wir dafür das Doppelte bezahlen von dem was *wir* für entsprechend nationalisierte Häuser als Entschädigung[6] verlangten, und andererseits das Finanzministerium 10% unserer Schätzungen offerierte! Das Zustandekommen des Luftverkehrsabkommens[7] interessierte die ungarische Seite mindestens so sehr wie die Schweiz (schon von wegen Salonfähigkeit).

ad Absatz 3 (Ziffer 1): Die Kommentierung des Verhandlungsergebnisses im Geschäftsbericht 1966[8] wurde vom *Bundesrat* ausdrücklich genehmigt. Eine ähnliche Kritik im Vorjahr führte schliesslich zum Erfolg mit Prag[9]. F*[uchss]* übersieht im übrigen, dass die eidgenössischen Räte niemals ein schäbiges und überdies präjudizielles Entschädigungsabkommen genehmigen würden, lediglich um unserem Botschafter zu erlauben, heiteren Gemütes Klavier zu spielen[10]. Bezüglich der ungarischen Gegenforderungen gingen ich und Dr. Diez bei der entscheidenden Besprechung mit dem ungarischen Delegationschef[11] in Lajos Forras weiter als die bundesrätlichen Instruktionen[12]. Wir waren übrigens in Bezug auf «Erblose» ganz klar durch den *Bundesrat* bzw. das Justiz- und Polizeidepartement gebunden, bei den übrigen Forderungen immerhin durch Bundesgerichtsentscheide und parlamentarische Beschlüsse. Bezüglich der Entschädigungsverhandlungen können wir warten. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit eines «package deal», falls es zu Wirtschaftsverhandlungen kommt. Diesbezügliche Absprachen sind mit Botschafter Weitnauer bzw. Minister Grübel längst getroffen.

ad Absatz 4 (Ziffer 2): Man kann die Feiern und Manifestationen zum 10. Jahrestag der ungarischen Revolution[13] bedauern, aber F*[uchss]* beweist, dass er keine Ahnung hat, um was es 1956 ging und wie die schweizerische Öffentlichkeit darauf reagierte. Die Manifestationen 1966[14] waren spontan und schweizerisch. Es wäre lächerlich zu glauben, dass ein paar Tausend Emigranten das Schweizervolk aufhetzen könnten. Es ist im übrigen nicht wahr, dass aus dem Bundeshaus Winke erteilt wurden, auf jeden Fall nicht vom EPD; die Wirkung wäre nämlich gegenteilig gewesen. Die Schlussfolgerung, dass infolge der Winke, das was wirklich geschah, autorisiert gewesen sei, ist reichlich primitiv.

---

6. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#6954* (B.51.358).
7. Accord entre la Confédération Suisse et la République Populaire Hongroise relatif aux transports aériens réguliers *vom 19. Juli 1967,* dodis.ch/33709. *Vgl. dazu auch das Schreiben von W. Fuchss an E. Thalmann vom 1. März 1967,* dodis.ch/32219.
8. *Vgl. den* Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1966, *S. 31.*
9. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 179,* dodis.ch/31451, *bes. Anm. 10.*
10. *W. Fuchss war bekennender Musikliebhaber und Pianist. Vgl.* E2500#1982/120#691* (a.21).
11. *K. Réti. Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 21,* dodis.ch/31540, *Anm. 2.*
12. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 2260 vom 28. Dezember 1965,* dodis.ch/31682 *und das* Protokoll der schweizerisch-ungarischen Verhandlungen über vermögensrechtliche Fragen, Budapest, 9.–19. August 1966, E2001E#1978/84#6951* (B.51.358).
13. *Vgl. DDS, Bd. 20,* thematisches Verzeichnis: I.6. Die Krisen in Suez und Ungarn.
14. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 174,* dodis.ch/31632.

ad Absatz 5: Bevor das ungarische Aussenministerium sein Befremden äusserte, hatte immerhin Botschafter Gyemant vor den Feiern verlangt, dass wir sie verhindern. Er hat überdies in seiner Berichterstattung über die Manifestationen gelogen, indem er beispielsweise behauptete, auf den bei der Bellevue-Garage ausgestellten Photos, die in ihrer Wortlosigkeit umso erschütternder wirkten, seien hetzerische Kommentare gestanden. Die Indiskretion bezüglich der Demarche des Aussenministeriums ging nicht von Bundesstellen aus; sie erschien in der Zürcher Woche (!) und stammte von Ahmed Huber, wobei einige Indizien dafür sprechen, dass es dieser von Botschaftsrat Kapcsos wusste. Das EPD hat versucht, die Sache herunterzuspielen. Von einer unkorrekten Berichterstattung an die schweizerische Öffentlichkeit ist keine Rede; deshalb brauchte sie auch nicht richtiggestellt zu werden. Budapest hat sich die schweizerischen Pressereaktionen selbst zuzuschreiben.

ad Absatz 6 (Ziffer 3): Die Entfernung Laszlos[15] wurde vom *Bundesrat* beschlossen. Der Departementschef hatte noch versucht, in der Sache zu bremsen und brachte in der Bundesratssitzung die Problematik der Ungarn-Flüchtlinge zur Sprache. Der Bundesrat hat im Sinne des Antrages des EJPD entschieden[16]. Es ist richtig, dass es sich nicht um einen schwerwiegenden Fall handelte, jedoch um eine wiederholte und systematische Bespitzelung der Flüchtlinge. Es mag sein, dass wenn die Beziehungen mit Budapest vorzüglich gewesen wären, dass EPD darauf bestanden hätte, Laszlo nur zu verwarnen. Der Rausschmiss war aber nicht etwa eine besonders scharfe Behandlung und entspricht durchaus unserer Praxis. Immerhin haben wir, was schon ein Entgegenkommen ist, für die Ausweisung keine Frist gesetzt, und es ist dem Departementschef und mir in einer besonderen Aussprache mit Bundesrat von Moos und Dr. Riesen nicht ohne Mühe gelungen, das vom Bundesrat bereits genehmigte Pressecommuniqué[17] zurückzustellen. Budapest hatte es also in der Hand, die Sache nicht hochzuspielen. Wir haben ihm eine Chance gegeben. Ob übrigens eine Verwarnung Budapest weniger in Harnisch gebracht hätte, bleibt eine offene Frage. Richtig ist, dass wir mit der Ausweisung Laszlos ein Exempel statuieren wollten.

ad Absatz 7: Die Gleichzeitigkeit der Mitteilung betreffend Laszlo und der Antwort in Bezug auf den Film «Ungarn in Flammen»[18] ist nachweisbar rein zufällig; es besteht auch kein ursächlicher Zusammenhang. Der Antrag des EJPD datiert vom 30. März; er wurde dem EPD zum Mitbericht am 31. März zugestellt. Infolge Arbeitsüberlastung des Departementschefs wurde der Mitbericht erst am 15. April unterzeichnet. Der Bundesrat beschloss am 21. April[19],

---

15. *Zur Erklärung von I. László als persona non grata durch den Bundesrat vgl. die Notiz von A. Janner an W. Spühler vom 1. Juni 1967,* dodis.ch/32221. *Vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 33. Sitzung des Bundesrats vom 16. Mai 1967,* E1003#1994/26#8*.

16. *BR-Prot. Nr. 685 vom 21. April 1967,* E1004.1#1000/9#721*.

17. *Communiqué des Justiz- und Polizeidepartements vom 19. Juni 1967,* E2001E#1978/84#6893* (A.44.2).

18. *Vgl. das Telegramm Nr. 16 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Budapest vom 28. April 1967, ibid.*

19. *Für den Mitbericht des Politischen Departements vom 15. April, den Antrag des Justiz- und*

wobei noch eine Unklarheit bezüglich des Communiqués bestehen blieb, sodass wir erst am 28. April Gyemant zitieren[20] konnten. Der ungarische Protest wegen des Filmes «Ungarn in Flammen» wurde von Botschafter Gyemant am 29. März beim Generalsekretär[21] vorgebracht. Das EJPD erhielt davon erst nach Abfassung seines Antrages betreffend Laszlo Kenntnis. Es stimmt also einfach nicht, dass die Laszlo-Ausweisung eine Kompensation für die Film-Affäre ist. Die von uns gewünschten Abklärungen der BuPo wurden uns am 19. April zur Kenntnis gebracht, sodass es auf der Hand lag, den Bundesratsentscheid i. S. Laszlo vor Mitteilung an Botschafter Gyemant abzuwarten. Zu behaupten, wie das F*[uchss]* tut, die Ausweisung Laszlos sei von den Ungaren als Schlag ins Gesicht empfunden worden, ist komisch. Das Innenministerium empfindet überhaupt nichts, schon gar nicht im Gesicht. Auch die Folgerung von F*[uchss]*, die ungarische Reaktion, nämlich die Ausweisung Schweingrubers[22] sei unausweichlich gewesen, stimmt nicht. Wir haben in den letzen 6½ Jahren über ein Dutzend kommunistische Diplomaten fortgeschickt[23], ohne dass ein einziges Mal eine Retourkutsche gekommen wäre. Im übrigen haben wir wochenlang versucht, Budapest zur Vernunft zu bringen und seine sogen. Empfindlichkeit dadurch geschont, dass wir nichts publizierten. Es ist auch übertrieben zu sagen, die Ausweisung Schweingrubers hätte «für uns schwerwiegendere Konsequenzen» gehabt als für die Ungarn. Es war lediglich eine administrative Belästigung. Finanzielle Argumente sind im übrigen in diesem Zusammenhang sekundär.

ad Absatz 8: Das arme Innenministerium ist wirklich zu bedauern, dass der Bundesrat es so brüskiert hat, soweit es überhaupt möglich ist, solch harte Gesellen zu brüskieren. Eine temporäre Verschlechterung der Beziehungen mussten wir in Kauf nehmen; sie bringt uns nicht um. Aber es ist ein hoffnungsloser Irrtum zu glauben, die Beziehung zu kommunistischen Staaten würden dadurch wirklich und auf echte Weise besser, dass man ja nichts unternimmt, was diesen missfällt. Es spricht hier dieselbe Mentalität, wie wenn im umgekehrten Sinne gesagt wird, die Beziehungen sind zu gut, als dass sie eine Belastung ertragen. Die Verschlechterung mit Ungarn hat, wie F*[uchss]* selbst hervorhebt, Budapest nicht gehindert, uns die Szerena ut-Villa zu verkaufen, das Luftverkehrsabkommen zu unterschreiben und eine Reise von Minister Grübel nach Budapest[24] zu vereinbaren. Die Entschä-

---

Polizeidepartements vom 30. März 1967 und den Entscheid vgl. das BR-Prot. Nr. 685 vom 21. April 1967, E1004.1#1000/9#721*.

20. *Vgl. Anm. 18.*

21. *P. Micheli. Vgl. die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 29. März 1967,* E2001E#1978/84#6892* (A.15.43.11).

22. *Zur Erklärung von A. Schweingruber zur persona non grata durch die ungarische Regierung vgl. Anm. 15.*

23. *Für eine Zusammenstellung vgl. Doss.* E2001E-01#1982/58#292* (B.22.84.51.0). *Vgl. ferner bspw. DDS, Bd. 23, Dok. 21,* dodis.ch/31540, *Anm. 4; Dok. 126,* dodis.ch/31034, *Anm. 12 und Dok. 143,* dodis.ch/31543, *Anm. 10 und 11.*

24. *Vgl. den* Bericht über die Besprechungen zwischen Herrn Minister Albert Grübel, Delegierter für Handelsverträge, und den Herren Jozef Biro, ungarischer Aussenhandelsminister, Jenö Baczoni und Bela Szalai, Vizeminister im ungarischen Aussenhandelsministerium, sowie

digungsverhandlungen[25] befinden sich ohnehin im Tiefkühlfach. Keineswegs war der Grund oder das Ziel unserer Handlungsweise, den ungarischen Emigranten Satisfaktion zu erteilen.

ad Absatz 9 (Ziffer 4): Der Einbruch in die ungarische Botschaft ist nicht so harmlos, wie F*[uchss]* «pour les besoins de sa cause» gerne haben möchte. Es bestand von Anfang an der dringende Verdacht, dass er von der Botschaft auf Weisung Budapests inszeniert wurde. Das Motiv wäre auf alle Fälle vorhanden, d. h. sich für unser Communiqué vom 19. Juni[26] i. S. Laszlo zu rächen. Es ist doch auffällig, wie rasch Budapest reagierte mit der unverschämten Note[27], die den Diebstahl politisierte und dem Begehren, die Polizei möchte in der Botschaft Ermittlungen anstellen. Letzteres ist für Kommunisten ein absolutes Novum. Bei der Note handelte es sich um einen direkten Angriff auf den Bundesrat, der, wenn der Nachweis der Selbstinszenierung erbracht werden könnte, unabsehbare Folgen haben müsste. Der Vorschlag von F*[uchss]*, den Polizeirapport[28] schlicht weiterzuleiten, ist angesichts dessen Inhalts unmöglich. (Wir haben es deshalb vorgezogen, die Ungaren mündlich kurz zu orientieren.)

ad Absatz 10: Nach meinen Begriffen sollte die Aufgabe des schweizerischen Botschafters darin bestehen, den ungarischen Gesprächspartnern die schweizerische Haltung zu erklären und nicht uns die ungarische; dafür gibt es einen ungarischen Botschafter. Unter den gegebenen Umständen und angesichts der unwahrscheinlichen Naivität von F*[uchss]* bin ich gerne «ein die schweizerisch-ungarischen Beziehungen unnötig belastendes Element». (Warum wagt es übrigens F*[uchss]* nicht, mich beim Namen zu nennen?)

ad Absatz 11: Die Flüchtlinge spielten für die Entscheide des Bundesrates weder eine wichtige und noch weniger eine ausschlaggebende Rolle. Von einer formellen Notifizierung der Ausweisung Laszlos den ungarischen Vereinen gegenüber, ist keine Rede; es ging lediglich darum, da die Vereine die Abreise Laszlos über kurz oder lang erfahren hätten, ihnen klar zu machen, dass wir keine diesbezügliche Publizität akzeptieren würden. Die Emigrantenfeindlichkeit von F*[uchss]* geht in derselben Richtung wie sein Wunsch, der Schweizerpresse einen Maulkorb[29] anzulegen.

ad Absatz 12: Die mangelnde Objektivität von Herrn Laszlo Nagy geht daraus hervor, dass er der ungarischen Version der bestehenden Spannungen weitgehend Glauben schenkte und sich damit begnügte, als altera pars F*[uchss]* anzuhören, der ins gleiche Horn blies. Beim EPD hat sich Nagy, bevor er seinen Artikel[30] in der Gazette de Lausanne vom 16. August schrieb, bemerkenswerterweise nie erkundigt.

ad Absatz 13: Der Antagonismus zwischen Emigranten und Zurückgebliebenen ist bekannt; er ist auch tragisch. Dass aber gerade die Tapfersten, die in

---

Bela Szilagyi, Vizeminister im ungarischen Aussenministerium, vom 28./29. September 1967, dodis.ch/32226.

25. *Vgl. Dok. 96,* dodis.ch/32222.

26. *Vgl. Anm. 17.*

27. *Vgl. Anm. 4.*

28. *Vgl. Doss. Anm. 4.*

29. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 166,* dodis.ch/30805.

30. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

Ungarn geblieben sind, an uns Freude haben sollen, wenn wir gegenüber ihrer kommunistischen Regierung weich sind, möchte ich bezweifeln.

ad Absatz 14: Dass der Handelssektor bisher verschont geblieben ist, ist nicht erstaunlich, da ja Ungarn stark aktiv ist. Wenn jemand unkorrekt war, dann nicht wir, wie F*[uchss]* insinuiert, sondern die Ungaren (Laszlo-Tätigkeit, Diebstahlaffäre, unverschämte Note usw.). Über was «Dignität» ist und was wem ansteht, schweige ich lieber.

ad Absatz 15: Mit einer festen Haltung einverstanden, aber was heisst in der Sprache von F*[uchss]* «feste Haltung». Sachlich ist offenbar nur, wer dem Gegner nicht wehtut. Ich ziehe meine sogen. vorgefassten bzw. durch die Erfahrung erhärteten Meinungen einer gefühlsduseligen Naivität vor. Impulsiv fällt auf den Bundesrat zurück und eine scharfe Sprache ist die einzige, die die Kommunisten verstehen. Der Bundesrat ist offenbar auch keine «hohe Warte» und im übrigen: o sancta simplicitas (nicht zu verwechseln mit einer bekannten Oper von Janacek).

ad Absatz 16: Nichts gegen das ungarische Volk, im Gegenteil. Dieses hat aber nichts zu sagen und freut sich bestimmt mehr, wenn wir mit seinen Gewalthabern eine klare Sprache sprechen. Wenn wir uns mit den Behörden arrangieren, würde das den Ungaren nicht Mut und Hoffnung geben, sondern das Gegenteil.

43

dodis.ch/33141

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Export von Munitionsbestandteilen nach USA (Bundesratssitzung vom Freitag, 22. September)

[Bern,] 21. September 1967

Exporte von Kriegsmaterial[2] unterliegen bekanntlich der Bewilligungspflicht (durch das EMD im Einvernehmen mit dem EPD, in gewissen Fällen auch mit der Handelsabteilung). Für Lieferungen nach kriegführenden Ländern werden aus neutralitätspolitischen Gründen Bewilligungen grundsätzlich nicht erteilt. Angesichts des Vietnam-Konflikts schafft dies für Lieferungen nach den USA gewisse Schwierigkeiten[3].

Als letztes Jahr eine grössere Bestellung von Hispano Suiza-Geschützen (samt Munition) für die amerikanischen Truppen in der BRD zur Diskussion

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1978/84#7177* (B.51.14.21.2). *Unterzeichnet von R. Probst. Kopien an A. Weitnauer und M. Gelzer.*
2. *Zum schweizerischen Kriegsmaterialexport vgl. Dok. 135,* dodis.ch/33261.
3. *Zur Frage des Einsatzes von Pilatus Porter in Vietnam vgl. das Schreiben von M. Gelzer an B. Turrettini vom 21. März 1967,* dodis.ch/33577; *die Notiz von C. Jagmetti vom 14. August 1967,* dodis.ch/33431 *sowie die Notiz von P. Dietschi vom 15. Oktober 1969,* dodis.ch/33418.

stand, die dem Bundesrat zum Entscheid vorgelegt wurde[4], behalfen wir uns mit einer amerikanischen Zusicherung, dass dieses Material in Europa verbleiben, somit nicht in Vietnam zum Einsatz gelangen werde. Angesichts der weltweiten Verantwortung der USA, worin Vietnam nur *einen* Aspekt bildet, bot dies einen brauchbaren Ausweg.

Heute liegen uns zwei Gesuche[5] für den Export schweizerischer Zünderbestandteile nach den USA, offensichtlich zwecks Verwendung in der amerikanischen Munitionsfabrikation vor. Die in Kopie beiliegende Notiz von Herrn Dr. Gelzer, Chef des Politischen Dienstes West EPD, an Herrn Bundesrat Spühler vom 6. d. M. (Beil. 1)[6] enthält die näheren Angaben über den Sachverhalt. Hier lässt sich nun das Kriterium der Scheidung je nach dem eventuellen späteren Verwendungsort des Kriegsmaterials praktisch nicht mehr anwenden. Denn man wird von den Amerikanern vernünftigerweise kaum erwarten können, dass sie jene Geschosse, in welche zufällig schweizerische Zünderteile zum Einbau gelangen, von der übrigen Munition ausscheiden, damit gerade diese Geschosse nicht nach Vietnam verschifft werden. Es stellt sich die Frage, ob der Export schweizerischerseits bewilligt werden kann.

Mit Schreiben vom 23. August (Beil. 2)[7] hatte sich die Handelsabteilung beim EPD, von dem sie konsultiert worden war, vornehmlich aus handelspolitischen Gründen *für* eine Erteilung der Bewilligungen verwendet. Es ging uns vor allem darum, eine Wiederbelebung des «defense essentiality»-Arguments («Nur die amerikanische Uhrenindustrie kann solche Zünderteile in USA herstellen; diese Industrie wird aber von der schweizerischen Konkurrenz erdrückt; gleichzeitig weigern sich die Schweizer, solche Teile aus der Schweiz zu liefern; also wird die nationale Sicherheit durch den ‹roll back› der Uhrenzölle[8] bedroht») zu vermeiden. Dieses Argument, das zwar offiziell als unzutreffend erkannt wurde, aber gerade in der heutigen politischen und psychologischen Atmosphäre der USA vermehrtes Gehör finden könnte, wäre Wasser auf die Mühlen unserer sich wieder regenden protektionistischen Widersacher, die den hart erkämpften «roll back» ungeschehen machen möchten (Bill von Congressman Mills[9]). Es wäre fatal, wenn unsere Uhrenexporte, die vergangenes Jahr fast eine halbe Milliarde Franken erreichten, dadurch erneut in Schussfeld geraten würden.

Herr Bundesrat Spühler schliesst sich der Meinung, dass im vorliegenden Fall die handelspolitischen Gründe gegenüber anderen Aspekten überwiegen sollten, an. Er möchte aber dafür noch den Segen des Gesamtbundesrates erhalten, weshalb er die Angelegenheit zwar nicht formell in einem Antrag

---

4. *Vgl. Bd. 23, Dok. 159,* dodis.ch/30964 *und Dok. 161,* dodis.ch/30976.
5. *Gesuch der Firma Dixi SA, Le Locle, zur Lieferung von 1–1.65 Mio. Zünderbestandteilen für Artillerieraketen vom 7. Juli 1967 sowie Gesuch der Firma Sauser AG, Solothurn, betr. 500'000 Messingkörper und 250'000 Stahlkörper für Uhrwerkzünder, Doss. wie Anm. 1.*
6. *Vgl. die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 6. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. das Schreiben von R. Probst an P. Micheli vom 23. August 1967,* dodis.ch/33944.
8. *Zum Uhrenkonflikt mit den USA vgl. Dok. 3,* dodis.ch/33140, *bes. Anm. 2.*
9. *Zu den Vorstössen von W. Mills vgl. Dok. 41,* dodis.ch/33135, *Anm. 5.*

unterbreiten, aber an der *Bundesratssitzung vom Freitag, 22. September*[10], *mündlich aufwerfen* will.

Die vorliegende Notiz bezweckt, Sie darauf vorzubereiten.

10. *Die entsprechende Bundesratssitzung fand bereits am 21. September 1967 statt. Vgl.* E1003#1994/26#8*. *Herr Spühler* teilt mit *[...]:* Wenn man andere Beziehungen zu den USA hätte, müsste man die Ausfuhr verweigern. Handelspolitisch ist unser Risiko derart, dass man Bedenken hätte. *[...]* Wegen der Situation bei der Uhrenindustrie würde er auf ein Verbot verzichten. *Herr Schaffner* bemerkt, dass die Leute diese Frage gar nicht hätten stellen müssen. *[...]* Im Grunde genommen könnte festgestellt werden, dass es sich hier um Uhrenbestandteile handle. *Für die Zustimmung des Politischen Departements und der Handelsabteilung zu den vorliegenden Ausfuhrgesuchen vgl. das Schreiben von M. Gelzer an die Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung vom 28. September 1967,* E 5001(G)1980/31 Bd. 78 (793.2).

44

dodis.ch/32783

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Vol inaugural Swissair Zurich–Moscou[2] 12–21 août 1967

Berne, 22 septembre 1967

Lors du séjour à Moscou de M. le Conseiller fédéral Gnägi[3] pour l'inauguration de la ligne aérienne Zurich–Moscou[4], deux visites de courtoisie avaient été inscrites au programme[5]. La première chez M. Ilyashenko, vice-président du Présidium suprême, Président de la République de Moldavie et remplaçant M. Podgorny absent de Moscou; la seconde chez M. Efremov, vice-président du Conseil des Ministres, remplaçant de M. Kossygin également absent de Moscou.

L'accueil fut courtois, avec la touche de solennité de rigueur au Kremlin (aide de camp attendant au pied du perron, marche lente à travers d'interminables corridors, introduction dans les salles d'audience à la minute fixée); du côté russe, à côté des deux vice-présidents, l'Ambassadeur de l'URSS[6] à Berne et

1. *Notice:* E2001E#1979/28#54* (B.15.11.2).
2. *Sur les visites de fonctionnaires soviétiques en Suisse auprès de W. Spühler et R. Bonvin à l'occasion du vol inaugural Moscou–Zurich, cf. la note de A. Janner, doss. comme note 1.*
3. *Il s'agit de la première visite officielle d'un Conseiller fédéral en URSS; cf. la lettre de A. R. Lindt à P. Micheli du 12 juillet 1967,* dodis.ch/32797. *Cf. aussi le dossier* E8809#1985/145#8* (2).
4. *Sur l'*Accord entre le Conseil Fédéral Suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques relatif aux transports aériens *du 8 juin 1967,* dodis.ch/33627. C*f. aussi le PVCF N° 2290 du 23 décembre 1966,* dodis.ch/31037; *le PVCF délibératif de la 19ème séance du 13 mars 1967,* dodis.ch/33244, *p. 3 et le PVCF No 2083 du 23 décembre 1967,* dodis.ch/32354.
5. *Sur les autres visites des membres de la délégation suisse auprès de fonctionnaires soviétiques, cf. la notice de A. Janner* Eröffnungsflug Swissair, Aussprache im sowjetischen Aussenminsterium am 19. 8. 67, dodis.ch/32795 *et la notice de R. Probst à A. Weitnauer* Moskaureise: Handelsbeziehungen *du 25 août 1967,* dodis.ch/32798.
6. *G. A. Kisseliov.*

quelques hauts fonctionnaires, du côté suisse, à côté de M. Gnägi, l'Ambassadeur Lindt et moi-même.

Conversation courtoise ne sortant pas de généralités.

Nos hôtes se sont tous deux félicités de l'ouverture de la ligne Zurich–Moscou et ont exprimé l'espoir qu'elle servira à développer les relations entre les deux pays dans tous les domaines. M. Efremov, dont le ton était très direct, a relevé que les échanges entre les deux pays, bien que s'étant développés de façon réjouissante au cours des dernières années, étaient loin d'atteindre le niveau qui devrait être le leur[7]. Il a franchement déclaré que l'ambition de l'URSS était d'enlever à la Suisse la première place parmi les producteurs d'horlogerie, mais qu'elle savait également que nous déployerions tous nos efforts pour la maintenir.

M. Ilyashenko a surtout cherché à nous expliquer le mécanisme des institutions soviétiques, alors que M. Efremov qui supervise des ministères couvrant les mêmes domaines que notre Département des transports et communications et de l'énergie a échangé avec M. Gnägi quelques propos sur des questions techniques qui l'intéressaient.

Chaque entretien a duré 20 minutes environ. Entre les deux nous avons été admis à visiter les appartements de Lénine.

Lorsqu'on pénètre au Kremlin on éprouve un peu le même sentiment que l'on ressent à Washington: celui de se trouver au centre d'une gigantesque machine politique et administrative sortant tout à fait des normes habituelles; on y perçoit les pulsations des organes vitaux d'immenses empires à côté desquels la Suisse est bien petite. Cependant ni au Kremlin ni au Ministère des Affaires étrangères je n'ai eu l'impression que notre pays était considéré comme une quantité négligeable.

---

7. *Sur le développement des relations commerciales entre la Suisse et l'URSS, cf. doc. 48,* dodis.ch/32688; *doc. 135,* dodis.ch/33630 *et doc. 163,* dodis.ch/32701.

45

dodis.ch/32145

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Berne, 26 septembre 1967

Par notice du 8 septembre[2], je vous avais fait part de l'invitation que m'ont adressée les Polonais pour me rendre dans leur pays l'année prochaine.

L'Ambassadeur de Pologne[3], qui part pour Varsovie, a demandé à me voir vendredi prochain. Il veut sans doute avoir une réponse. Je me propose de lui dire que je serais heureux d'aller en Pologne, mais pas comme invité du

---

1. *Notice:* E2806#1971/57#147* (17-80). *Rédigée et signée par P. Micheli.*
2. *Cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 8 septembre 1967, doss. comme note 1.*
3. *T. Kopczyński.*

Gouvernement polonais[4]. Cela n'excluerait naturellement pas des visites au Ministère des affaires étrangères.

J'aimerais savoir si vous approuvez cette manière de faire[5].

4. *Cf. la notice de P. Micheli du 28 septembre 1967, doss. comme note 1.*

5. *Annotation manuscrite dans la marge de W. Spühler:* Meines Erachtens ist es zu begrüssen, wenn der Generalsekretär des EPD gelegentliche Besuche offizieller Natur in Ländern, mit denen weniger Kontakte direkter Natur möglich sind, macht. Dies gilt z. B. für gewisse osteuropäische Staaten. Im Falle Polen ist eine solche Reise gerechtfertigt, sie sollte, wie Sie vorschlagen, nicht auf Einladung der polnischen Regierung, sondern aus eigener Absicht durchgeführt werden. *Cf. aussi la notice de P. Micheli* Voyage en Pologne, Finlande et Suède du 8 au 23 septembre 1969 *du 25 septembre 1969*, dodis.ch/32890. *Entre 1967 et 1969, plusieurs visites officielles de Conseillers fédéraux à l'étranger ont eu lieu. Sur la visite de W. Spühler en Suède, cf. le procès-verbal de J. Schneeberger du février 1967,* dodis.ch/32952; *sur les visites de W. Spühler en Autriche, cf. doc. 21,* dodis.ch/33202 *et le procès-verbal de F. Blankart et H. Zimmermann du 27 octobre 1969,* dodis.ch/33813; *sur la visite de H. Schaffner au Japon et à Hong Kong, cf. doc. 25,* dodis.ch/32485; *sur la visite de W. Spühler au Canada, cf. doc. 38,* dodis.ch/32700; *sur la visite de W. Spühler aux Etats-Unis, cf. doc. 41,* dodis.ch/33135; *sur la visite de R. Gnägi en URSS, cf. doc. 44,* dodis.ch/32783; *sur la visite de W. Spühler en Roumanie, cf. doc. 140,* dodis.ch/32536; *sur la visite de H. Schaffner en Argentine, cf. doc. 160,* dodis.ch/33267; *sur la visite de W. Spühler en Yougoslavie, cf. doc. 170,* dodis.ch/32381, *en particulier note 1 et sur la visite de W. Spühler en France, cf. doc. 186,* dodis.ch/33247. *Sur le voyage semi-officiel de W. Spühler en Afrique de l'Est, cf. doc. 161,* dodis.ch/33643. *Pour une réflexion sur la nécessité d'une «Besuchsdiplomatie», cf. DDS, vol. 23, doc. 164,* dodis.ch/31628.

46

dodis.ch/32160

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Mexiko, J.-L. Pahud[1]

Uhrenproblem

Bern, 26. September 1967

In der Frage des Uhrenproblems, das schon seit einiger Zeit auf den schweizerisch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen lastet, sind in den letzten Wochen schweizerischerseits weitreichende Entschlüsse gefasst worden, über die wir Sie heute zu orientieren wünschen und welche die erneute Einschaltung Ihrer Botschaft notwendig machen. Wir dürfen dabei die Vorgeschichte aus den eigenen Erfahrungen Ihrer Botschaft, unserer bisherigen Korrespondenz, insbesondere aber aus den Besprechungen, welche eine Gruppe schweizerischer Uhrenfabrikanten[2] vom 23. bis 27. April 1967[3] mit den mexikanischen Behörden führte, als weitgehend bekannt voraussetzen.

1. *Schreiben:* E 2200.192(-) 1985/216 Bd. 3 (512.21). *Verfasst von R. Probst und H. Hofer.*

2. *Zur Gruppe gehörten 41 Schweizer Uhrenfabrikanten, vgl. dazu Doss.* E7110#1978/50#2053* (873.1).

3. *Die Delegation bestand aus S. Kocher, R. Anker, J. Knoepfler, W. Schaeren, L. Tissot und R. Vogt.*

Die ernst zu nehmenden Drohungen, durch Verweigerung der Importlizenzen die dominierende Stellung der Schweizeruhr auf dem mexikanischen Markt zu gefährden, bewog bekanntlich die erwähnte Gruppe schweizerischer Uhrenindustrieller, dem Wunsche der mexikanischen Behörden auf Einreichung eines Projektes zur Aufnahme der Uhrenfabrikation in Mexiko zu entsprechen. Sie sah sich umso mehr zu diesem Vorgehen veranlasst, als bereits ein ähnliches deutsch-mexikanisches Projekt vorgelegt und ein japanisches angemeldet war[4].

Die ursprünglich als Studiengruppe formierte Gesellschaft der am mexikanischen Markt hauptsächlich interessierten Uhrenexporteure wurde, wie Ihnen ebenfalls bekannt ist, in die «Société anonyme pour l'industrialisation horlogère au Mexique» umgewandelt. Diese stellte anfangs September d. J. an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement das Begehren, es seien ihr die zur Aufnahme der Fabrikation in Mexiko erforderlichen Ausnahmebewilligungen zum Uhrenstatut zu erteilen (vgl. beiliegende Briefkopie vom 1. 9. 67[5]). Dieses Begehren wurde von der beratenden Exportkommission[6] der schweizerischen Uhrenindustrie zunächst einer aus Vertretern von Behörden und Industrie zusammengesetzten Arbeitsgruppe zur Prüfung übergeben. Den zu diesem Zweck von der «Société» eingereichten ergänzenden Lagebericht[7] vom 19. 8. 67 sowie den Rapport[8] der Arbeitsgruppe vom 8. 9. 67 finden Sie mit einem Begleitbrief der Schweizerischen Uhrenkammer ebenfalls in der Beilage.

Die Überlegungen und Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe, deren Einzelheiten Sie den Beilagen entnehmen wollen, wurden hierauf wiederum der beratenden Exportkommission der schweizerischen Uhrenindustrie unterbreitet. Diese beschloss, wenn auch ohne Begeisterung und nur unter dem Druck der Verhältnisse, dem EVD unter gewissen Voraussetzungen das Eintreten auf das Begehren zu empfehlen.

Wie Sie der gleichfalls beiliegenden Kopie[9] entnehmen wollen, hat das EVD inzwischen im Sinne dieser Empfehlung mit seinen Weisungen vom 19. September 1967 die Uhrenkammer, die hier als öffentlichrechtliches Organ handelt, entsprechend dem von der «Société» für die Fabrikation aufgestellten

---

Zu den Besprechungen in Mexiko vgl. den Bericht vom 8. Mai 1967, E2001E#1978/84#1242* (C.41.107.2.2.(28)).

4. *Ende Oktober 1967 waren die Verhandlungen zum deutsch-mexikanischen Projekt abgeschlossen, während jene zum japanisch-mexikanischen Projekt noch im Gange waren. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an den Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie vom 27. Oktober 1967, Doss. wie Anm. 2.*

5. *Schreiben von S. Kocher an das Politische Departement vom 1. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*

6. *S. Kocher, R. Anker, Th. Girard, J. Knoepfler, W. Schaeren, W. Schlup, L. Tissot. Über die Aussprache mit Vertretern der Société anonyme suisse pour l'industrialisation suisse horlogère au Mexique vom 23. August 1967 vgl. die Notiz H.-U. Greiner vom 24. August 1967, Doss. wie Anm. 2.*

7. *Bericht* Industrialisation horlogère au Mexique. Rapport de Situation *vom 19. August 1967, Doss. wie Anm. 3.*

8. *Vgl. die Notiz vom 8. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Vgl. das Schreiben* Implantation d'une fabrication horlogère au Mexique *von K. Huber an die Schweizerische Uhrenkammer vom 19. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*

Plan ermächtigt, die erforderlichen Bewilligungen für die Ausfuhr von Uhrenbestandteilen, Werkzeugen, Plänen und Apparaten zu erteilen.

An diese Zustimmung sind allerdings einige wichtige Vorbehalte geknüpft, die auf den Seiten 8 und 9 des Berichtes der Arbeitsgruppe, insbesondere unter Ziff. 5, lit. A angeführt sind. Eine Fabrikation in Mexiko wird gemäss den Weisungen des EVD nur dann durchführbar sein, wenn wir mit den mexikanischen Behörden zu einer Verständigung in bezug auf die künftige Zollpolitik, den Umfang der Einfuhrbewilligungen und den Grundsatz der Nichtdiskriminierung bei deren Zuteilung gelangen.

Hier ist der Punkt, an dem sich Ihre Botschaft nunmehr offiziell einzuschalten hat, um die mexikanischen Behörden zur Annahme unserer Voraussetzungen zu bewegen. Wir wissen, dass diese Aufgabe, mit der wir Sie hiermit betrauen, nicht leicht sein wird. Nachdem sich die Verhandlungen bisher naturgemäss zwischen der schweizerischen Privatindustrie und den zuständigen mexikanischen Stellen im wesentlichen direkt abwickelten, könnte auf mexikanischer Seite allzu leicht der Eindruck entstehen, dass nun, nachdem die Einigung erzielt ist, von schweizerischer behördlicher Seite versucht wird, neue Schwierigkeiten zu schaffen. Diesem Eindruck sollten Sie von vorneherein vorbeugen. Es ist keineswegs unsere Absicht, die offensichtlich unvermeidlich gewordene Etablierung unserer Industrie in Mexiko nachträglich sabotieren zu wollen. Indessen müssen sich die mexikanischen Behörden bewusst werden, dass die Ausfuhr der für die Uhrenherstellung in Mexiko benötigten Produkte in der Schweiz keine blosse Privatangelegenheit ist, sondern zudem innerhalb unserer Rechtsordnung eine starke öffentlichrechtliche Komponente aufweist. Die Abmachungen auf der «geschäftlichen» Ebene zwischen der schweizerischen «Société» und den mexikanischen Stellen bedürfen daher, bevor sie wirksam werden können, auf der öffentlichrechtlichen Ebene einer ergänzenden Übereinkunft. Dabei müssen die mexikanischen Behörden verstehen, dass der Entschluss der schweizerischen Regierung, von ihrer traditionellen Uhrenpolitik (Verhinderung des Schablonierens und der Verpflanzung der Uhrenindustrie ins Ausland) abzugehen, ein schwerwiegender Schritt ist, zu dem wir uns nur im Sinne eines besonderen Entgegenkommens gegenüber Mexiko entschliessen konnten. Dieses Abweichen von den bisherigen Grundsätzen wurde nicht leichten Herzens getroffen, und an die Erwartung geknüpft, dass sich Mexiko seinerseits bereit findet, die Struktur der Uhrenimporte aus der Schweiz zu respektieren.

Um Ihnen Ihre Demarche zu erleichtern, haben wir den Entwurf[10] zu einem Text vorbereitet, der dieser öffentlichrechtlichen Übereinkunft zugrunde gelegt werden könnte. Wir nehmen an, dass Sie diesen Entwurf vorerst in einer Aussprache mit den zuständigen Stellen unter Verwendung unserer obigen Argumente einlässlich erörtern werden. Hinsichtlich der Form, in die diese Übereinkunft, sobald über den Wortlaut Einigkeit vorliegt, gekleidet werden sollte, würden wir uns mit einem Notenwechsel oder einem Briefwechsel begnügen. Wir glauben in der Tat, dass eine solche formlosere Erklärung angesichts des doch recht weitgehenden materiellen

10. *Entwurf vom 26. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*

Inhalts unserer Wünsche (insbesondere Verpflichtung, auf Zollerhöhungen zu verzichten) relativ leichter erhältlich sein wird als eine eigentliche zwischenstaatliche Vereinbarung, die auch von uns nicht gewünscht würde. In Noten- oder Briefform lassen sich zudem unsere Anliegen in einer Weise präsentieren, der kein ultimativer Charakter anhaftet und die[11] den allfälligen Empfindlichkeiten Ihrer Gesprächspartner Rechnung tragen dürfte.

Bezüglich des Vorgehens in zeitlicher Hinsicht bitten wir Sie, dieses mit den Vertretern der Uhrenindustrie in Mexiko[12], welche das Projekt der «Société» bis zum 3. Oktober 1967 definitiv hinterlegen müssen, zu koordinieren. Die «Société» weiss, dass sie die Hinterlage ihres Projektes mit dem Vorbehalt, dass auch im zwischenstaatlichen Sektor eine Einigung erzielt wird, zu verbinden hat. Es wäre aber gut, wenn Sie noch überprüfen wollten, dass dies tatsächlich geschieht. Im übrigen möchten wir Ihnen freistellen, im Einvernehmen mit den Vertretern der Uhrenindustrie darüber zu befinden, ob es Ihnen psychologisch richtiger erscheint, mit Ihrer Demarche bis nach Hinterlage des «Société»-Projektes zuzuwarten, oder ob Sie die mexikanischen Behörden schon vorher auf die Anliegen der schweizerischen Behörden aufmerksam machen wollen.

Sollten die mexikanischen Behörden unseren Brieftext «tel quel» akzeptieren, so können wir Sie schon jetzt ermächtigen, den Austausch vorzunehmen. Andernfalls wollen Sie uns vorerst über die weitere Entwicklung der Angelegenheit Bericht[13] erstatten.

---

11. *Handschriftlich ergänzt.*
12. *S. Kocher und R. Anker.*
13. *Vgl. das Schreiben von J.-L. Pahud an R. Probst vom 1. November 1967,* dodis.ch/32162. *Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. das Schreiben von R. Probst an die Société anonyme suisse pour l'industrialisation horlogère au Mexique vom 24. Oktober 1967,* dodis.ch/32161; *das Schreiben von R. Probst an J.-L. Pahud vom 30. August 1968,* dodis.ch/32163 *sowie die Notiz von H.-U. Greiner über die Sitzung mit Vertretern der «Société» vom 23. November 1967, Doss wie Anm. 2.*

47

dodis.ch/32230

L'Ambassadeur de Suisse à Manille, M. Grossenbacher, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli[1]

Urgent et Confidentiel Manille, 5 octobre 1967

En me référant à votre lettre du 24 juin[2] dernier, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Ministère des Affaires étrangères m'a prié par téléphone, le 28 septembre, de mettre à sa disposition le lendemain un collaborateur de l'Ambassade pour y entretenir un petit groupe de fonctionnaires philippins

---

1. *Lettre:* E2001E#1978/84#5562* (B.11.44). *Annotation manuscrite dans la marge de M. Scheurer:* Kopie Hr. Gautschi, Bundesan*[walt]*schaft am 6. 8. 67 17.40 Uhr übergeben.
2. *Lettre de F. Châtelain à H.-R. Karlen du 24 juin 1967,* dodis.ch/32246.

du système bancaire suisse. J'ai offert de me présenter moi-même, mais mon interlocuteur parut éprouver de l'embarras et me laissa entendre – bien que le nom du sous-secrétaire d'Etat Ingles eût été initialement avancé – qu'il s'agirait d'un colloque à un échelon inférieur. J'ai alors désigné M. Cuénoud pour remplir la mission d'information.

Comme je soupçonnais qu'il pût y avoir une relation entre la demande du Ministère et l'affaire qui fait l'objet de votre lettre précitée, j'avais donné pour instructions à M. Cuénoud de ne pas entrer en matière dans cette éventualité et de se déclarer incompétent.

D'emblée, M. Cuénoud dut se rendre compte que les trois fonctionnaires présents, dont le porte-parole était un certain Rosario, du Ministère des Finances, n'étaient pas spécialement avides de renseignements sur le fonctionnement de nos établissements bancaires et sur la législation y relative. En fait, ce qu'ils voulaient savoir, c'était si «légalement» ou «par d'autres moyens» (étant donné les bonnes relations qui existent entre la Suisse et les Philippines[3] – sic) il était possible d'obtenir des informations sur des comptes bancaires appartenant à des ressortissants philippins[4]. M. Cuénoud ne cacha pas son étonnement et déclara qu'il pensait avoir été appelé pour une séance d'orientation d'un tout autre ordre. Pour couper court à tout palabre, il tendit séance tenante à ses interlocuteurs la documentation qu'il avait emportée, à savoir la brochure «Banking Secrecy in Switzerland» [5] éditée par le Crédit suisse à Zurich et un exemplaire en langue anglaise de l'exposé fait par le Président de la Confédération devant l'Association de la presse étrangère en date du 24 avril[6].

Normalement, l'entretien aurait dû se terminer là. Mais un collègue de Rosario, du même Ministère, prit le relais et attaqua de front la question des comptes numérotés, se préoccupant de savoir avant tout si au moyen d'un «Court Order» il serait possible de parvenir à la levée du secret. Supposons, releva-t-il en substance, que des documents et une importante somme d'argent soient déposés dans une banque à Zurich (cette place a été évoquée plusieurs fois), quelle serait la personne avec qui nous devrions prendre contact pour nous aider à venir à bout du secret? M. Cuénoud réitéra son incompétence et se déclara prêt à me soumettre, comme on le lui demandait, un questionnaire écrit. Voici, pour mémoire, les trois questions posées, pour lesquelles je me suis borné à renvoyer le Ministère à l'étude de la documentation remise et à exciper que je n'avais pas qualité pour en apprécier la portée juridique:

1) What are the laws in Switzerland pertaining to divulgence of banking deposits of a depositor?

---

3. *Sur les négociations entre la Suisse et les Philippines, cf. la lettre de R. Probst à W. Spühler du 19 janvier 1968,* dodis.ch/32231 *et la lettre de P. A. Nussbaumer à R. Probst du 12 juillet 1968,* dodis.ch/32232.

4. *Sur les efforts philippins dans ce domaine, cf. la lettre de H. Fürst à E. Diez du 26 avril 1967,* dodis.ch/32248. *Sur la question des actes exécutés en Suisse sans droit pour un Etat étranger, cf. doc. 26,* dodis.ch/32619.

5. *Cf. doss.* E2001E#1978/84#1269* (C.41.129). *Sur le secret bancaire, cf. doc. 23,* dodis.ch/33015 *et doc. 58,* dodis.ch/33138.

6. *Exposé de R. Bonvin du 20 avril 1967, et non du 24 avril 1967,* dodis.ch/33699.

2) If valuable documents are involved, how can our Government request the Swiss banking institutions to turn over valuable documents belonging to Philippine residents, for our possession?

3) How can an executor of an estate of a deceased client who was formerly a resident of the Philippines secure the authority of the Swiss banking institutions to turn over to him valuable documents and monies belonging to his deceased client?

A toutes fins utiles, j'ajoute que trois fonctionnaires philippins[7], dont deux étaient présents au «colloque», ont sollicité des visas pour se rendre cette semaine encore à Zurich et Genève[8].

[…][9]

7. *M. del Rosario, A. Larin et J. Mejia.*
8. *Annotation manuscrite dans la marge:* M. Maurer de la Bupo a été informé.
9. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/32230.

48

dodis.ch/32688

Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer[1]

Erweiterung des Handels zwischen der UdSSR und der Schweiz

Vertraulich Bern, 6. Oktober 1967

Diese Angelegenheit wurde heute besprochen zwischen den Herren Direktor Jolles, Botschafter Micheli, Weitnauer und Lindt, Minister Probst, Dr. Janner, Roches und dem Unterzeichneten.

Die Frage der Erweiterung des Handels zwischen der UdSSR und der Schweiz stellt sich unter einem wirtschaftlichen und einem politischen Gesichtspunkt.

Wirtschaftlich kann folgendes gesagt werden: Die UdSSR wird für die Schweiz wohl nie ein sehr wichtiger Handelspartner werden. Es ergeben sich im gegenseitigen Verhältnis zu viele Schwierigkeiten. Die Hochkonjunktur brachte es mit sich, dass die schweizerische Industrie leichtere Märkte pflegt als es der russische ist. Ferner stellt die Abhängigkeit von den staatlichen Importprogrammen den schweizerischen Exporteur jeweilen vor schwer zu lösende Probleme. Zudem fehlen die traditionellen Geschäftsbeziehungen, wie z. B. mit den meisten übrigen europäischen Ostländern, welche vor dem 2. Weltkrieg ihre bourgeoise Periode hatten. Immerhin sollte es möglich sein, eine Steigerung des gegenseitigen Handels zu erreichen. Schweden z. B. tauscht jährlich für ca. 300 Millionen Rubel Waren mit Russland aus, wogegen die entsprechende

1. *Notiz:* E2001E#1978/84#5959* (C.41.111). *Visiert von P. Micheli, A. Janner und F. Châtelain.*

schweizerische Zahl 25 Millionen Rubel beträgt. Auch geniesst die Schweiz in der UdSSR grosses Ansehen. Bereits recht aktiv ist die chemische Industrie. Gewisse Erfolge hatte auch die Verpackungs- und Lebensmittelindustrie. Es sind also nicht in erster Linie unsere grossen Industrien, welche in der UdSSR zum Zuge gekommen sind.

Fast mehr als der wirtschaftliche, fällt der *politische* Gesichtspunkt ins Gewicht. Es ist für die Schweiz wichtig, in der UdSSR präsent zu sein. Für uns lohnt es sich – z. B. im Hinblick auf die durch die Integration aufgeworfenen Probleme – dort gut angeschrieben zu sein.

Folgende Massnahmen werden zur Förderung des gegenseitigen Handels in Aussicht genommen.

1) Bildung eines schweizerischen *Komitees*[2], dem interessierte Verbände, Industrielle und Vertreter der Verwaltung angehören würden. Es wäre die Aufgabe dieses Komitees, Mittel und Wege zur Förderung des gegenseitigen Handels zu suchen und entsprechende Aktionen zu unternehmen (Reisen in die UdSSR, Organisation von Messen usw.). Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine einseitige Förderung der schweizerischen Exporte nicht möglich sein wird, dass vielmehr auch eine entsprechende Erhöhung der Importe erforderlich ist. Zu prüfen wäre die Frage der Einfuhr von Erdgas, Petroleum, gewissen Werkzeugmaschinen usw. Immerhin ist nicht zu vergessen, dass die Schweiz vor allem mit denjenigen Ländern Handel treibt, die marktwirtschaftlich orientiert sind, sodass man sich bezüglich der Möglichkeiten, die Importe aus der UdSSR zu beleben, nicht allzu grosse Hoffnungen machen darf. Mit ähnlichen Schwierigkeiten haben aber auch andere Länder des Westens zu kämpfen. Es ist eine Tatsache, dass nur zähe Anstrengungen in Russland zum Erfolg führen (Fiat arbeitete 8 Jahre, um schlussendlich den Zuschlag zum Bau eines Automobilwerkes zu erhalten). Nach Herrn Botschafter Lindt ist jedenfalls davon auszugehen, dass die Russen nunmehr grundsätzlich bereit sind, langfristig mit dem Westen zusammenzuarbeiten, wobei kaum zu befürchten ist, dass diese Orientierung durch allfällige politische Änderungen an der Spitze der sowjetischen Regierung in Frage gestellt werden könnte.

Botschafter Lindt fügte bei, das Problem der Kreditgewährung[3] könne solange als sekundär betrachtet werden, als eine einigermassen ausgeglichene Zahlungsbilanz besteht. Das Verlangen nach Krediten steige mit zunehmendem russischem Zahlungsbilanzdefizit. Herr Botschafter Weitnauer denkt, dass es möglich sein wird, das Komitee bis Ende 1967 aufzustellen. Dies wird allerdings nicht ganz einfach sein, da mit dem traditionellen schweizerischen Skeptizismus in solchen Dingen zu rechnen ist. Was die grossen Firmen anbetrifft, so haben diese oft ihre eigenen entrées in Moskau und dürften daher dem Komitee gegenüber eher zurückhaltend eingestellt sein.

---

2. *Zur ersten Aussprache zwischen Verwaltung, Vorort, Bauernverband, Chemie- und Maschinen-Verbände zu den Entwicklungsmöglichkeiten der schweizerisch-sowjetischen Handelsbeziehungen vom 26. Januar 1968 vgl. das Schreiben von A. Weitnauer vom 10. Januar 1968,* E2001E#1980/83#3949* (C.41.111.0).

3. *Zur Frage der Kreditgewährung gegenüber den Staaten Osteuropas vgl. z. B. das Schreiben von L. Roches an L. Guillaume vom 5. Mai 1969,* dodis.ch/33488.

2) *Messen und Ausstellungen.* In Frage käme gegebenenfalls die Vorbereitung einer neuen Ausstellung[4] im Jahre 1969, wobei sich das oben genannte Komitee damit befassen könnte. Wichtig wäre allerdings, dass nach Abschluss der Ausstellung ein richtiges follow-through folgen würde.

3) Ernennung eines *Wirtschaftsattachés*[5], der in Moskau als «Spürhund» der schweizerischen Industrie die Geschäftsmöglichkeiten zu untersuchen hätte. Herr Botschafter Lindt unterstreicht, dass keine Publikationen bestehen, die über die Einfuhrmöglichkeiten Auskunft geben; diese Möglichkeiten können einzig und allein durch Kontakte an Ort und Stelle in Erfahrung gebracht werden. Es müsste sich vorzugsweise um einen Ingenieur handeln der russisch spricht und bereit ist, längere Zeit in der sowjetischen Hauptstadt Wohnsitz zu nehmen. Er hätte diplomatischen Status und wäre unserer Botschaft zugeteilt. Die durch ihn entstehenden Kosten könnten durch unsere Wirtschaft beigebracht werden.

4) Einladung *sowjetischer Persönlichkeiten*[6] in die Schweiz.

---

4. *Zur ersten schweizerischen Industrieausstellung in Moskau im Mai und Juni 1966 vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 151,* dodis.ch/31032.

5. *Zur möglichen Ernennung eines Wissenschaftsattachés in Moskau vgl. das BR-Prot. Nr. 1813 vom 31. Oktober 1967,* dodis.ch/30774. *Zur Bestellung von J. Fardel als Industrierat in Moskau vgl. das BR-Prot. Nr. 1792 vom 13. November 1968,* dodis.ch/32693. *Vgl. auch den Bericht über* Besprechungen mit der Industrie und Werkbesichtigungen *von J. Fardel vom März 1969,* dodis.ch/32694.

6. *Vgl dazu Dok. 163,* dodis.ch/32701.

49

dodis.ch/33263

Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, O. Seifert, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

Besuch Dr. Edwin Stopper in Argentinien vom 16.–24. September 1967

Buenos Aires, 6. Oktober 1967

Im Anschluss an mein Schreiben vom 29. September[2] und in dessen Ergänzung übermittle ich Ihnen in der Beilage[3] einen einlässlichen Bericht über den chronologischen Verlauf dieses Besuchs, der unter den vielen ausländischer Finanz-Minister und -Fachleute, die vor oder nach Dr. Stopper Argentinien besuchen, zweifellos als der erfolgreichste und interessanteste gelten darf[4].

---

1. *Schreiben:* E2001E#1978/84#1881* (C.41.111). *Kopie an E. Stopper und die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.*

2. *Schreiben von O. Seifert an P. Micheli vom 29. September 1967, Doss. wie Anm. 1.*

3. *Bericht von O. Seifert an P. Micheli vom 6. Oktober 1967, Doss. wie Anm. 1.*

4. *Vgl. den Bericht von E. Stopper vom 10. Oktober 1967,* dodis.ch/33571. *Zum Besuch von H. Schaffner in Argentinien im Juli 1969 vgl. Dok. 160,* dodis.ch/33267.

Der Präsident des Direktoriums unserer Nationalbank erfreut sich auch in Argentinien und besonders bei den hiesigen in Finanz- und Volkswirtschaft versierten Persönlichkeiten eines sehr hohen Ansehens. Sowohl der Chef des Wirtschaftskabinetts Dr. Krieger Vasena als auch Staatssekretär Ing. Gotelli scheuten sich nicht, Dr. Stopper in wichtigen und schwierigen Belangen ihrer Amtsführung ganz offen und vertrauensvoll zu Rate zu ziehen, als zuverlässigen Freund und in Finanz- und Wirtschaftsfragen international anerkannten Fachexperten.

Dem beiliegenden Bericht über den Verlauf der dreitägigen Flugreise ins Landesinnere, die insgesamt 12½ Flugstunden dauerte und 4'460 km umfasste, drei Provinzen berührte, die insgesamt etwa einen Drittel des Staatsgebietes (2,7 Mio. km^2) ausmachen, werden Sie entnehmen können, dass Herr Dr. Stopper sich seiner anstrengenden Goodwill-Mission mit Eifer und schonungslos hingegeben hat.

Ein solcher Tour de force verdient unsere Anerkennung, denn er hat in den argentinischen Regierungskreisen und ganz allgemein in der öffentlichen Meinung des Landes die Stellung der Schweiz als einem der bedeutendsten Weltfinanzzentren erneut ins Licht gerückt und unser Vertrauen in die Entwicklungsfähigkeit Argentiniens unterstrichen.

Gerade dieser letztere Aspekt im Bild, das wir uns von Argentinien zu machen pflegen, ist im Laufe der Reise Dr. Stoppers ins Landesinnere zur Geltung gekommen. Es wurden viele Hunderte von Quadratkilometern brachliegenden Landes überflogen, durch das der träg fliessende, gefällsarme Río Negro zum Atlantik fliesst. Da wo Bewässerungskanäle angelegt worden sind und Menschenhand den Boden bearbeitet, wie es die Pioniere im oberen Río Negro-Tal getan haben, entstehen Obst- und Agrumenpflanzungen, deren Früchte im Januar–Februar reifen und deren Qualität und Preise auf den Märkten der nördlichen Halbkugel mit denjenigen der südafrikanischen und australischen Produkte zweifellos konkurrieren können.

Es ist bekannt, dass Argentinien südlich von Bahía Blanca, dessen Atlantikhafen «Ingeniero White» für die Verschiffung des in seinem Hinterland geernteten Getreides ungenügend ist, keine einzige moderne Hafenanlage besitzt, während doch natürliche Einbuchtungen, wie beispielsweise im Deltagebiet des Río Negro bestehen, vorhanden sind, die mit verhältnismässig bescheidenen Finanzmitteln ausgebaut werden könnten.

Herr Dr. Stopper hat im Zuge der Beantwortung der vielen Fragen, die ihm über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Landes gestellt wurden, immer wieder darauf hingewiesen, dass es in erster Linie die Argentinier selbst sein müssten, die vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Der Beitrag des ausländischen Kapitals, der im Zuge der jetzigen Stabilisierungs- und Rationalisierungspolitik bestimmt nicht ausbleiben würde, könne nur als zusätzliches Vertrauenselement oder integrierender Bestandteil der Gesamtinvestierungen gelten, die das zurückkehrende argentinische Kapital bei Beibehaltung des jetzigen wirtschaftspolitischen Kurses tätigen werde.

Ich glaube aus seinen Äusserungen schliessen zu können, dass Dr. Stopper meine Auffassung teilt, dass wenn es dieser Regierung gelingt – und alles spricht dafür, dass dem so sein wird – die wahlpolitische Demagogie

für einige Jahre auszuschalten und sich auf die Durchführung der längst fälligen Reformen in der Staatsverwaltung, im Gerichtswesen (es ist dringend notwendig und ist bereits in Angriff genommen worden, das zivil- und strafrechtliche Prozessrecht zu reformieren), im Gewerkschaftswesen, im Sozialversicherungswesen (unter dem die Industrie nur in inflationärem Impuls nicht erstickte) zu konzentrieren und dabei den jetzigen Wirtschaftskurs weiter unbeirrt zu befolgen, der potentielle Reichtum des Landes den erwarteten Aufschwung erleichtern wird.

Es sei noch erwähnt, dass, nachdem sich bei diesen neuen Begegnungen das Vertrauensverhältnis zwischen Dr. Stopper und den beiden Regierungsmitgliedern Dr. Krieger Vasena und Ing. Luis María Gotelli sichtlich vertieft und gefestigt hat, mit einer günstigen Entwicklung der schweizerisch-argentinischen Wirtschaftsbeziehungen[5] gerechnet werden darf.

5. *Vgl. dazu das Schreiben von P. R. Jolles an die Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt vom 30. September 1967,* dodis.ch/33569. *Für den Besuch von A. Krieger Vasena in der Schweiz vom 2.–3. November 1967 vgl. Doss.* E7110#1978/50#1868* (877.3).

50

dodis.ch/33287

Le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann, aux représentations suisses[1]

Résumé du rapport du représentant personnel du Secrétaire général des Nations Unies à Jérusalem[2]

Berne, 18 octobre 1967

La mission spéciale du représentant du Secrétaire général, M. l'Ambassadeur Thalmann[3], avait pour l'objet d'aider le Secrétaire général des Nations Unies à donner suite à la résolution 2254 (ES - V) de l'Assemblée générale du 14 juillet 1967[4]. La résolution 2254 réitère la demande adressée à Israël dans la résolution 2253[5] de rapporter toutes les mesures déjà prises et de s'abstenir immédiatement de toute action qui changerait le statut de Jérusalem. Enfin, elle prie le Secrétaire général de faire rapport au Conseil de sécurité et à l'Assemblée générale sur la situation et sur la mise en oeuvre de cette résolution.

Le Secrétaire général a adressé à son représentant les précisions suivantes:

1. *Rapport:* E2003A#1980/85#1878* (o.713.27.1). *Rédigé par F. Pometta.*
2. *Document publié sous les cotes S/8146 et A/6793. Ces cotes font partie du système de classement de l'ONU. Pour le rapport complet, cf. doss.* E2811#1984/106#1* (prov.1).
3. *Cf. le PVCF délibératif de la 47ème séance du 11 août 1967,* E1003#1994/26#8*, *p. 4.*
4. *Cf. le télégramme No 150 de B. Turrettini à P. Micheli du 8 août 1967,* E2807#1974/12#471* (09).
5. *Cf. la notice de H. Langenbacher à N. Celio du 11 août 1967,* dodis.ch/32897.

«Je souhaiterais que vous recueilliez autant de renseignements qu'il est raisonnablement possible d'en obtenir en deux semaines sur la situation à Jérusalem, c'est-à-dire, très précisément, sur les conditions dans lesquelles les autorités israéliennes ont assumé le contrôle de la ville de Jérusalem tout entière. Ainsi vous devriez faire porter la majeure partie de vos efforts sur l'examen de la situation dans la vieille ville de Jérusalem en ce qui concerne plus précisément la situation et le traitement des résidents arabes et de leurs biens et la situation de tous les Lieux saints de Jérusalem.» [6]

Le rapport porte sur la situation de Jérusalem du 21 août[7] au 3 septembre 1967.

Politique de l'Etat d'Israël à l'égard de Jérusalem-Est

Les mesures d'ordre législatif, administratif et économique édictées par les autorités israéliennes ont pour objet avoué de faire passer la partie jordanienne de la ville traditionnelle. Enfin, les Arabes craignent de se trouver dans une situation économique défavorable dans un Etat beaucoup plus développé que la Jordanie.

Attitude des représentants des diverses communautés religieuses

Tous les représentants des diverses communautés religieuses estiment que les Lieux saints devraient bénéficier d'une protection spéciale et qu'il importe d'en garantir le libre-accès aux fidèles de toutes les religions. Les déclarations rassurantes du Gouvernement israélien ont été accueillies favorablement par les communautés chrétiennes. Seule l'Eglise catholique a manifesté systématiquement son désaccord, car le Saint-Siège reste convaincu que la seule solution offrant des garanties suffisantes pour la protection de Jérusalem et des Lieux saints consiste à placer cette ville et ses environs sous un régime international comme «corpus separatum».

Le rapport comporte diverses annexes[8], notamment des renseignements d'ordre administratif donnés par les autorités israéliennes et diverses déclarations de personnalités jordaniennes et musulmanes protestant contre les actes de l'Etat d'Israël et réaffirmant les droits de l'Islam sur la mosquée El-Aksa qui est située sur l'emplacement de l'ancien temple de Jérusalem.

Le rapport du représentant personnel[9] a été bien accueilli aux Nations Unies et surtout aussi par les parties directement intéressées. Il a été repris presque intégralement dans le rapport[10] que le Secrétaire général des Nations Unies a rédigé en application de la résolution 2254.

---

6. *Cf. les lettres de S. U Thant à E. Thalmann du 12 août 1967,* dodis.ch/32620 *et du 17 août 1967,* dodis.ch/32621.

7. *Cf. le rapport J. de Stoutz à W. Spühler sur l'arrivée de E. Thalmann à Jérusalem du 22 août 1967,* dodis.ch/33955.

8. *Cf. doss. comme note 2. Cf. aussi la lettre de E. Thalmann à P. Micheli du 15 septembre 1967*, E2001E#1978/84#1091* (B.75.21.7).

9. *Sur les motifs de la nomination d'un représentant suisse par S. U Thant, cf. la lettre de B. Turrettini à W. Spühler du 27 septembre 1967*, dodis.ch/32896.

10. *Pour le rapport de S. U Thant du 12 septembre 1967, cf. doss. comme note 2. Cf. aussi la lettre de S. U Thant à E. Thalmann du 11 septembre 1967,* dodis.ch/32623. *Dans un autre*

Nous nous efforçons d'obtenir un nombre suffisant de textes du rapport pour le mettre à la disposition des postes particulièrement intéressés.

Nous vous prions de nous informer sur les échos ou les réactions éventuelles que le rapport a suscités dans les milieux officiels de votre pays de résidence.

---

résumé transmis au Conseil fédéral le 3 octobre 1967, doss. comme note 4, les conclusions suivantes du rapport de Thalmann sont tirées: Aussi bien les Arabes que les Israéliens sont intransigeants quant au fond des choses, et ne démordent pas de leurs positions que voici: Les autorités israéliennes ont déclaré à M. Thalmann, sans aucune équivoque possible, que le processus d'intégration de la zone jordanienne était irréversible et ne pourrait faire l'objet d'aucune négociation.

De leur côté, les personnalités arabes avec lesquelles il s'entretint signifièrent presque à l'unanimité qu'elles pouvaient accepter un régime d'occupation militaire, mais jamais l'intégration civile de l'Est de Jérusalem dans l'Etat d'Israël. A leur avis, celle-ci constituerait une violation du droit international en matière d'occupation, ainsi que du principe de l'autodétermination des peuples, la population de l'Est de Jérusalem n'ayant pas été consultée au sujet de l'intégration. Ils déclarent mettre leur espoir dans les Nations Unies et les résolutions que celles-ci ont prises sur Jérusalem.

51

dodis.ch/32558

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Visite d'une délégation rwandaise comprenant les Ministres des affaires étrangères et du commerce

Berne, 24 octobre 1967

1. Comme vous le savez, le Rwanda est l'un de nos centres de gravité les plus importants en matière de coopération technique[2]. M. Bagaragaza, Ministre des affaires étrangères, de la coopération internationale et du plan, a été dès le début, notre interlocuteur; il est intelligent, vif et très coopératif. De ce point de vue déjà, je serais heureux que l'on fasse le meilleur accueil[3] à M. Bagaragaza et à son collègue[4].

---

1. *Notice:* E2005A#1980/82#712* (t.311). *Rédigée et signée par S. Marcuard. Visée par W. Spühler.*

2. *Sur les pays prioritaires de la coopération au développement, cf. DDS, vol. 23, doc. 100,* dodis.ch/31763, *note 8. Pour un aperçu de la coopération au développement entre la Suisse et le Rwanda, cf. DDS, vol. 22, doc. 153,* dodis.ch/30258; *DDS, vol. 23, doc. 178,* dodis.ch/31359, *note 5; la lettre de S. Marcuard à H. K. Frey du 12 juin 1967,* dodis.ch/32566; *la notice de O. Hafner du 21 août 1967,* dodis.ch/34042 *et la notice de S. Marcuard du 8 novembre 1967,* dodis.ch/32559.

3. *Sur la visite de la délégation rwandaise du 9 novembre 1967, cf. doss.* E2001E#1978/84#5977* (B.25.31).

4. *S. Nsanzimana.*

2. Notre action au Rwanda traverse actuellement une période difficile. L'expansion rapide de Trafipro[5], coopérative d'achat et de vente, encadrée par nos experts, soulève de nombreux problèmes. Il nous appartient maintenant de consolider les structures de cette entreprise quasi nationale, ce qui est une tâche peu spectaculaire et de longue haleine.

Le Collège officiel de Kigali, projet du département missionnaire romand mais que nous finançons en grande partie, nous cause également quelques soucis. Pour l'instant, la direction du collège n'est assurée que grâce à une solution provisoire, nos budgets de construction sont bousculés par le renchérissement des matériaux et des salaires, enfin, au fur et à mesure que le collège grandit, le recrutement d'enseignants qualifiés devient plus ardu.

Nos autres projets: experts (M. Heimo, conseiller du Président[6], MM. Bertossa et Corminboeuf, géologues), actions dans le secteur de la vulgarisation agricole, de la santé publique et du volontariat se poursuivent normalement.

Le programme actuel me semble suffisant; nous ne devons pas, tout au moins pour le moment, nous engager davantage au Rwanda mais concentrer nos efforts sur la consolidation et l'encadrement de ce que nous avons déjà entrepris. Aussi n'ai-je pas été malheureux de pouvoir renoncer à entreprendre un projet douanier[7] important qui nous avait été soumis et qui donnait lieu à certaines controverses au sein de l'administration rwandaise; de même, il m'a paru prématuré de nous lancer, comme nous l'avions envisagé pendant quelque temps, dans la création d'une deuxième coopérative de commerçants indépendants cette fois, type USEGO[8].

3. Compte tenu de ce qui précède, je ne pourrai vraisemblablement pas donner suite à la plupart des propositions que formuleront sans doute M. Bagaragaza et son collègue. Cela ne sera guère facile de leur refuser ce qu'ils demandent sans qu'ils aient l'impression que nous nous désintéressons quelque peu du Rwanda. C'est là un motif supplémentaire, d'entourer la délégation rwandaise, formellement au moins, de toutes les prévenances.

4. Puis-je, dans ces conditions, vous prier d'envisager la possibilité

a) d'accorder une audience aux deux ministres[9];

b) de prévoir, si possible, un déjeuner en leur honneur à la Maison de Watteville[10];

c) de m'autoriser à mettre sur pied avec le service du protocole, le cas échéant, un projet d'excursion pour la délégation rwandaise durant le week-end[11].

---

5. *Sur le projet de coopérative TRAFIPRO, cf. doc. 52,* dodis.ch/32560, *en particulier note 6.*

6. *Sur la question du conseiller du président rwandais, cf. doc. 150,* dodis.ch/32575.

7. *Sur le projet de douanes, cf. le PVCF N° 239 du 10 février 1967,* dodis.ch/32572; *la lettre du 12 avril 1967 de H. K. Frey à S. Marcuard,* dodis.ch/32573 *et la lettre de S. Marcuard à H. K. Frey du 12 juin 1967,* dodis.ch/32566.

8. *Sur le projet ASCOR, cf. la lettre de S. Marcuard à H. K. Frey du 12 juin 1967,* dodis.ch/32566 *et la lettre de O. Hafner à S. Marcuard du 12 juin 1967,* dodis.ch/32565.

9. *Annotation manuscrite dans la marge de W. Spühler:* oui avant le déj*[euner].*

10. *Annotation manuscrite dans la marge de W. Spühler:* oui 9/11.

11. *Annotation manuscrite dans la marge de W. Spühler:* oui. *2ème annotation manuscrite dans la marge:* Protokoll + TZ informiert 25. 10. 67.

Je mettrai naturellement à disposition, chaque fois que cela pourrait sembler utile, un fonctionnaire pour piloter nos hôtes. Je pense à M. Hafner qui a séjourné plusieurs mois à Kigali en tant que coordinateur de nos actions dans ce pays et qui connaît de ce fait la majorité des membres de la délégation.

52

dodis.ch/32560

Le Chef du Service économique et financier, P. A. Nussbaumer, au Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard[1]

Coopération technique avec le Rwanda

[Berne,] 27 octobre 1967

Nous revenons à la note[2] que vous nous avez adressée le 20 octobre dernier et au projet de proposition[3] au Conseil fédéral que vous nous avez soumis en annexe, concernant la poursuite de la coopération technique suisse avec le Rwanda[4].

Le texte de votre projet appelle de notre part les considérations suivantes:

Les données introductives que vous portez à notre connaissance nous induisent à reconnaître la nécessité de nouveaux crédits pour permettre à l'effort entrepris d'atteindre son objectif.

En dépit des difficultés[5] qui sont apparues ici et là, et que vous avez évoquées, la coopérative Trafipro[6] semble d'ores et déjà jouer un rôle déterminant dans l'équilibre économique du Rwanda et mérite par là tout notre appui. Il nous plaît par ailleurs de relever que cette réalisation est connue et appréciée dans d'autres pays d'Afrique[7].

---

1. *Notice:* E2005A#1980/82#715* (t.311.002). *Redigée par G. Ducrey et signée par P. A. Nussbaumer.*

2. *Notice de S. Marcuard au Département des finances et des douanes, à la Division du commerce du Département de l'économie publique et à la Division des affaires politiques du Département politique du 20 octobre 1967,* Coopération technique avec le Rwanda: Octroi d'un crédit de fr. 950'000.– pour le développement de la Coopérative TRAFIPRO, 5ème phase (1968), *doss. comme note 1.*

3. *Projet de proposition du Délégué à la coopération technique du Département politique au Conseil fédéral, doss. comme note 1. La proposition est approuvée par le Conseil fédéral le 4 décembre 1967, cf. le PVCF N° 2029 du 4 décembre 1967,* dodis.ch/32561.

4. *Pour un aperçu de la coopération au développement entre la Suisse et le Rwanda, cf. doc. 51,* dodis.ch/32558, *en particulier note 2.*

5. *Sur les difficultés de la coopérative TRAFIPRO, cf. la notice de R. Ulrich du 19 octobre 1966,* dodis.ch/31365 *et le PVCF N° 1835 du 21 octobre 1966,* dodis.ch/31364.

6. *Sur le projet de coopérative TRAFIPRO, cf. DDS, vol. 22, doc. 153,* dodis.ch/30258; *vol. 23, doc. 89,* dodis.ch/31353, *note 5; le PVCF N° 2029 du 4 décembre 1967,* dodis.ch/3256; *le PVCF N° 1840 du 20 novembre 1968,* dodis.ch/32562 et *la notice de O. Hafner du 16 septembre 1968,* dodis.ch/32564.

7. *La Tanzanie et Madagascar ont adressé à la Suisse des demandes de coopération au*

En apportant ainsi la preuve de l'efficacité de notre aide, notre coopération avec le Rwanda est de nature à fortifier le crédit de la Suisse en Afrique, d'une manière générale.

Quant à la présentation, votre projet nous suggère cependant une remarque.

De vos indications, il ressort entre autres que votre service, pour continuer valablement son programme rwandais, doit désormais faire face à des frais supplémentaires et envisager l'envoi sur place d'un plus grand nombre d'experts. Notre engagement dans ce pays s'intensifie alors que les Rwandais devraient maintenant assurer leurs responsabilités et nous permettre de diriger nos efforts de coopération autre part. Pour éviter que ne s'élèvent ici ou là des préventions à l'encontre de votre requête, ne convient-il pas d'insister davantage sur le caractère *provisoire* et sur la *nécessité* d'un engagement accru, et de mettre en évidence la relation qu'il y a entre cet accroissement et la relève que doivent prendre les Rwandais.

En tout état de cause nous vous remercions vivement d'avoir bien voulu nous soumettre votre projet de proposition et c'est bien volontiers que nous recevrons des informations sur la suite qui sera donnée à cette question[8].

---

développement dans le domaine des coopératives en faisant référence à la coopérative rwandaise, cf. le PVCF N° 2029 du 4 décembre 1967, dodis.ch/32561. *Concernant des coopératives en Afrique, cf. la lettre politique N° 2 de H. K. Frey du 10 avril 1969,* dodis.ch/32563.

8. *Annotation manuscrite dans la marge de O. Hafner:* Habe Ducrey telefoniert und ihm erklärt, dass unser Engagement noch ziemlich lange dauern könne u. deshalb mehr als nur provisorisch sei 9. 11. 67.

53

dodis.ch/33257

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Bern, 3. November 1967

Da wir in der Frage der Gewährung von Präferenzen an die Entwicklungsländer, die im Zentrum der Welthandelskonferenz in New Dehli[2] stehen wird, mit den USA stets in engem Kontakt waren und die Amerikaner für unsere Erwägungen ein offenes Ohr zeigten, wäre es vielleicht nützlich, wenn Sie in Washington auch ein Wort darüber fallen lassen würden.

Die Situation ist kurz zusammengefasst die folgende:

Die Amerikaner haben im Frühjahr ihre Opposition gegen Präferenzen fallen gelassen. Infolgedessen ist nunmehr in der OECD-Gruppe der vier Weisen (USA, UK, Frankreich, BRD) eine grundsätzliche Einigung auf einen

---

1. *Notiz:* E7001C#1978/59#759* (2510.05). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*

2. *Vgl. Dok. 69,* dodis.ch/32480, *Anm. 14.*

Vorschlag für ein *generelles* Präferenzsystem zustande gekommen. Die Amerikaner sind jedoch in zwei wichtigen Punkten im Widerspruch zu den drei anderen. Sie beharren nämlich darauf, dass das Zugeständnis allgemeiner Präferenzen vom Verzicht der Industrieländer auf reziproke Präferenzen, wie sie die EWG[3] in Afrika und Grossbritannien im Commonwealth geniessen, abhängig gemacht wird. Diese Haltung verdient unsere volle Unterstützung. Wir sollten die Amerikaner ermutigen, von dieser Forderung unter keinen Umständen abzugehen. So hat beispielsweise das Begehren der EWG, von Nigeria Zollpräferenzen für Uhren zu erhalten, sicher nichts mehr mit Entwicklungshilfe zu tun!

Zweitens vertreten die Amerikaner die Auffassung, dass im Falle der Einführung eines allgemeinen Präferenzsystems die bisherigen sektoriellen Präferenzen (EWG/Afrika), die die Lateinamerikaner diskriminieren, auslaufen sollten (phasing out). Dies ist nur möglich, wenn bei der Auswahl der Produkte, die in ein allgemeines Präferenzabkommen eingeschlossen würden, auch Rohstoffe und verarbeitete Nahrungsmittel der ersten 20 Kapitel des Zolltarifs einbezogen würden. Auch hier laufen unsere Interessen mit den amerikanischen parallel.

Im übrigen scheint es den Amerikanern gelungen zu sein, die andern drei von der Notwendigkeit zu überzeugen, den temporären Charakter der Präferenzen dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass möglichst gleichzeitig die Bereitschaft erklärt würde, weitere Zollreduktionrunden auf GATT-Basis durchzuführen. Mit anderen Worten, die Präferenzen wären dann eine Vorleistung an die Entwicklungsländer auf zukünftige Zollsenkungsrunden auf Meistbegünstigungsbasis. Auch dieser Gedanke, der von der EWG keineswegs geschätzt wird, verdient natürlich unsere volle Unterstützung.

PS. Beiliegend einen Auszug[4] aus dem Pressebulletin der amerikanischen Botschaft in Bern, der die Stellungnahme Staatssekretär Rusks gegen die protektionistische Welle wiedergibt.

---

3. *Zu den Beziehungen der EWG und dem GATT vgl. das BR-Prot. Nr. 601 vom 7. April 1967,* dodis.ch/33486 *und die Notiz von P. R. Jolles vom 7. Juli 1969,* dodis.ch/33840. *Vgl. auch Dok. 24,* dodis.ch/33255, *bes. Anm. 7.*

4. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

54

dodis.ch/32991

Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in Rom[1]

DIE SCHWEIZERISCHE FAO-POLITIK

Rom, 14. November 1967

Wenn es zutrifft, dass in Bern die schweizerische FAO-Politik überdacht wird[2], dürfte es angezeigt sein, im Sinne eines Diskussionsbeitrages von der Römer Warte aus gesehen einige Hinweise und Feststellungen vorzutragen.

Die Schweiz hatte sich während den 50er-Jahren in FAO-Kreisen durch den ausserordentlichen Einsatz und die auch heute noch sehr oft in Erinnerung gerufenen Fähigkeiten der Herren Wahlen und Maire einen Platz in der vorderen Linie der sogenannten FAO-aktiven Nationen erworben[3].

Dieses Kapital schmilzt dahin wie Schnee an der Frühlingssonne.

Der Achtungsschwund unseres Landes kommt in offenen Gesprächen mit FAO-Funktionären, Vertretern im FAO-Geneva Group und Regierungsdelegierten zum Ausdruck und hat zudem Ursachen in unserer organisatorischen Beteiligung an der globalen FAO-Tätigkeit:

1. Die vollamtliche Mitarbeit in der Organisation beschränkt sich auf Funktionäre der zweiten und dritten Garnitur. Höchster Beamte ist ein P-5 (zudem nur für zwei Jahre von der UNESCO der FAO ausgeborgt), 7 P-4 in Stellungen ohne Gewicht, und schliesslich 3 P-3 und 3 P-2[4].

2. In den Aufsichtsorganen und technischen Komitees finden sich keine Schweizer mehr im Rampenlicht.

3. Der USA-Chefdelegierte im Produktenkomitee fragte mich kürzlich, warum sich die Schweiz überhaupt noch in diesem Komitee vertreten lasse. Unser Sitz sei zu einem reinen Zuhörersessel abgesunken.

4. Man wirft allgemein der Schweiz vor, nur noch in jenen Sparten mitzumachen – und dies meistens durch Vertreter der Industrie oder von Verbänden – wo sie spezifisch interessierende Aspekte zur Diskussion stehen. Die sich fächerartig ausweitende Aktivität der FAO bedinge jedoch eine aktive und wenn möglich mit Initiativen gespickte Mitarbeit in ad hoc-Komitees, in den drafting groups usw. Kurz gesagt, ein Einsatz auch in Arbeitsgebieten, die unser Land nicht direkt berühren, aber in welchen es dank seiner hochstehenden Entwicklung und seiner internationalen Verbindungen ausgezeichnet mitwirken könnte.

---

1. *Notiz:* E2003A#1980/85#2108* (o.732.21). *Verfasst und unterzeichnet von Ch. Zogg.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von F. Pictet an P. A. Nussbaumer vom 21. Juni 1968,* E2001E#1980/83#665* (C.41.110.1).
3. *Vgl dazu den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 3. November 1953,* dodis.ch/9587.
4. *K. Forcart. Vgl. auch die* Liste des hauts fonctionnaires de nationalité suisse appartenant aux cadres d'organisations intergouvernementales *vom 20. Oktober 1967,* dodis.ch/34165.

5. Mit der rapid zunehmenden Verpolitisierung der FAO, lautet eine andere Meinungsäusserung, ist die Organisation mehr denn je auf eine Ausgleichstätigkeit der gut quotierten Neutralen angewiesen.

6. Die Schweiz ist bei der FAO-Exekutive unzulänglich, d. h. nicht durch einen Agrarspezialisten, vertreten.

Dies sind die hauptsächlichsten Feststellungen bezüglich unsere heutige Position im Rahmen unserer FAO-Mitwirkung. Als dazu gehörende Unterlagen füge ich der Notiz bei:

a) Das Verzeichnis der Teilnehmer am letzten Produktenkomitee. Als einziges Land ohne offiziellen Vertreter, d. h. nur mit einem Teilnehmer aus der Industrie, figuriert die Schweiz.

b) Das Teilnehmerverzeichnis der der 14. Konferenz unmittelbar vorausgegangenen Ratsession. Von den wichtigsten Beobachterländern war nur die Schweiz weder durch Regierungsvertreter noch durch in Rom domizilierte Spezialisten oder Diplomaten in gehobener Stellung vertreten.

c) Das im Juni 1967 herausgegebene Verzeichnis der in Rom ansässigen, bei der FAO akkreditierten Ländervertreter. Unser Land nimmt auch in dieser Beziehung eine bescheidene Stellung ein.

Ohne Zweifel – und ohne die vorstehenden Hinweise näher zu analysieren – befindet sich die schweizerische FAO-Politik in einer Schwächeperiode. Etwaige Vorwürfe von seiten der FAO-Exekutive können wir auf die leichte Schulter nehmen. Die Organisation selbst ist in ihrer Produktivität auf allen Stufen, und im Standing ihrer Exponenten, gemäss fast einmütigem Urteil, auch aus eigenen Reihen, hart angeschlagen. Man kann sich schlechthin die Frage stellen, ob sie den ihr gestellten Aufgaben unter den gegebenen Voraussetzungen überhaupt noch gewachsen ist. Man ist fast versucht zu sagen, dass das Römer Klima der FAO nicht gut bekommen hat!

Ernster hingegen sind Ansporne zu vermehrter Mitarbeit der Schweiz aus Kreisen des Rates und der Komitees zu nehmen. Es gibt heute eine Gruppe von Ländern, auch kleinere, die in der FAO-Aktivität routinierte Spezialistenequipen einsetzen. In diesem Zusammenhang erwähne ich: Argentinien, Australien, Kanada, Ceylon, Tschad, Dänemark, Frankreich, Indien, Irland, Japan, Kenya, Neuseeland, Holland, Pakistan, Polen, Rumänien, Bundesrepublik Deutschland, Senegal, Schweden, Grossbritannien und natürlich die USA mit ihrem Heer von Spezialisten. Die Aufzählung zeigt andererseits, dass Brancheninteressen mit dem Sondereinsatz einhergehen. Die genannten Länder sind an Sitzungen und Sessionen ohne Ausnahme durch Regierungsfunktionäre vertreten.

Die Frage, ob sich für die Schweiz im Rahmen ihrer Solidaritätstätigkeit eine Aufwertung der FAO-Politik (nicht nur in den sich in der agrartechnischen Zusammenarbeit ergebenden Möglichkeiten) überhaupt lohnt, ist bereits gestellt, oder wird sich den verantwortlichen Behörden kurzfristig, besonders im Falle eines Wechsels in der obersten FAO-Exekutive, stellen.

Sofern die Problemstellung positiv entschieden wird, wäre von Rom aus gesehen folgenden Faktoren Rechnung zu tragen:

I. In der FAO-Exekutive müsste die schweizerische Position systematisch gestärkt werden, d. h. Einschleusung von erprobten Spezialisten in frei werdende Topstellungen, unter Umständen durch vorübergehende Beurlaubung

(einige Jahre) von tüchtigen Nachwuchsleuten aus der Verwaltung. Das Innehalten von massgebenden Funktionen in der Organisation durch Landsleute hat u. a. in der Zusprache von Projektdurchführungen an schweizerische Unternehmen Bedeutung.

II. Die schweizerischen Delegationen an Sitzungen und Sessionen sollten grundsätzlich von Regierungsvertretern angeführt werden. Den vorhandenen Spezialisten sollten frühzeitig Nachwuchsleute zur Seite gestellt werden. Die Einarbeit in die globalen FAO-Belange erheischt nach Ansicht von Sachkundigen 3–5 Jahre.

III. Die permanente schweizerische Vertretung bei der FAO und im ad hoc-Geneva Group sollte wenn möglich einem Agrarspezialisten vollamtlich oder in Verbindung mit den schweizerischen LW-Interessen in Italien übertragen werden. Dieser Beamte könnte nach einer gewissen Anlaufzeit die offizielle schweizerische Vertretung an Routinesitzungen und -sessionen übernehmen, mit entsprechenden Einsparungen auf den Dienstreisekonti der Bundesverwaltung.

55

dodis.ch/33252

Notice du Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes à Bruxelles, P. H. Wurth[1]

VISITE DE M. LE DIRECTEUR JOLLES À BRUXELLES[2] (8–10 NOVEMBRE 1967)

Extrait Confidentiel Bruxelles, 16 novembre 1967

I. Impressions générales

1. Les entretiens se sont déroulés dans un excellent climat et dans un esprit constructif. La manière dont les entretiens ont été organisés, les deux déjeuners offerts respectivement par le Président de la Commission[3] et par M. Martino, chargé des relations extérieures, ont montré que la Commission s'est donnée une peine particulière pour recevoir M. Jolles et pour lui permettre de faire un tour d'horizon très complet des problèmes qui nous intéressent. En outre, M. Jolles a pu s'entretenir avec le Secrétaire général des Conseils (M. Calmes) ainsi qu'avec les six Représentants permanents.

2. L'objectif de la visite n'était pas d'ouvrir, ni même de préparer sous une forme quelconque des négociations avec la Communauté[4]. Il s'agissait d'une visite de courtoisie, de bon voisinage. Les rapports établis pendant les

1. *Notice:* E7113-02#1988/128#98* (61).
2. *Cf. aussi le* Bericht über den Besuch bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel 8.–10. November 1967 *de P. R. Jolles,* dodis.ch/33838 *et la lettre de P. H. Wurth du 16 novembre 1967,* dodis.ch/33839.
3. *J. Rey.*
4. *Sur les diverses options de la Suisse, cf. doc. 145,* dodis.ch/33236.

négociations Kennedy entre la Suisse et la Commission constituaient une excellente base à cet égard. D'autre part, M. Jolles occupe sa nouvelle position[5] depuis un peu plus d'un an, tandis qu'une nouvelle Commission unique, dirigée par un nouveau Président[6], siège à Bruxelles depuis l'été 1967. Un contact direct était non seulement souhaitable, mais nécessaire, cela d'autant plus que du côté suisse une grande discrétion avait été marquée quant aux contacts directs avec la Commission sauf ceux, très bénéfiques, qui eurent lieu à l'occasion du Kennedy Round. Par la façon dont M. Jolles a été accueilli et la manière ouverte et compréhensive dont les membres de la Commission ont exprimé leurs vues quant à notre position et nos préoccupations, on a manifestement voulu souligner ici qu'on était sensible au geste[7] des Autorités fédérales à l'égard de la Communauté.

3. Lors de tous les entretiens, M. Jolles a pu s'entendre confirmer que la position suisse était connue, et que notre attitude était considérée comme sage et raisonnable. Il n'a eu nul besoin de l'expliquer, ni quant au principe, ni quant à la procédure. En ce qui concerne la solution à long terme, il est frappant de constater combien souvent nos interlocuteurs ont employé le mot «flexibilité»... Sans attacher du tout à ce propos une importance décisive quant à la participation de la Suisse à un éventuel marché commun européen, il vaut la peine de noter tout de même que cette approche du problème contraste avec certaines doctrines émises à une époque plus dogmatique et qui ont encore cours d'ailleurs à certains niveaux moins élevés de la hiérarchie communautaire ainsi que dans certains milieux des Européens fédéralistes en général.

4. Il est évident, à la suite de ces entretiens, que la préoccupation majeure aussi bien du côté de la Commission que du côté des R*[eprésentants]* P*[ermanents]* est le problème de la candidature britannique[8]. Je crois que l'on peut également inférer de nos conversations que tous – à l'exception des interlocuteurs français – veulent l'ouverture de négociations avec le Royaume-Uni débouchant sur une adhésion à la Communauté. Il y a naturellement des nuances plus ou moins prononcées dans l'expression des opinions. On constate aussi une acceptation du fait que la candidature britannique soulève des problèmes réels. Tous, sans exception, sont désireux d'éviter une crise sérieuse dans la Communauté à ce sujet. Aucun pronostic n'a été fait quant à l'avenir, mais le sentiment semble bien être qu'après une certaine période d'examen à Six, il faudra en arriver à une décision sur l'ouverture des négociations avec le Royaume-Uni ou non. Certains interlocuteurs, même très favorables à l'adhésion britannique, ne paraissaient pas écarter, *à titre personnel,* certaines solutions transitoires de compromis.

5. L'avis général était qu'en tout état de cause, la solution d'ensemble du problème européen prendrait du temps, beaucoup de temps. M. Jolles a relevé à cet égard qu'en attendant, des problèmes subsistaient ou se présenteraient entre la Suisse et la Communauté.

---

5. *Comme Directeur de la Division du commerce du Département de l'économie publique.*
6. *J. Rey.*
7. *Cf. doc. 33,* dodis.ch/33238.
8. *Cf. doc. 33,* dodis.ch/33238, *note 3.*

a) Malgré la réussite du Kennedy Round, il restait des problèmes non réglés dans le domaine agricole, comme dans le domaine industriel (textiles)[9].

b) L'entrée en vigueur de la politique agricole commune[10] et de l'union douanière, en 1968, créerait de nouveaux problèmes. Ainsi, toute la question des restitutions en agriculture.

Par ailleurs, les questions très «quotidiennes» que nous traitons régulièrement avec nos voisins dans le cadre de commissions mixtes bilatérales[11] deviendront, en partie tout au moins, des affaires communautaires. Il était impossible d'imaginer qu'une période de carence s'instaure alors dans nos relations avec nos voisins et M. Jolles en a donné les raisons par plusieurs exemples pratiques. La solution appartient à la fois à la Communauté en tant que telle et aux Etats membres. La Suisse serait prête à étudier les suggestions qui pourraient nous être faites et qui ne devraient pas tarder, vu les délais qui se rapprochent.

c) Il existe de nombreux domaines – non tarifaires – où la Suisse est non seulement intéressée, mais prête à apporter une contribution. Mention a été faite notamment des assurances, des brevets, des transports, de la politique industrielle, de la recherche, du droit des sociétés, etc. Un ou deux Commissaires ont manifesté leur intérêt à prendre directement contact avec les milieux officiels et privés en Suisse. M. Jolles les y a encouragés.

Nos interlocuteurs ont pris note des observations de M. Jolles et de nos préoccupations. Aucune promesse n'a été faite du côté de la Communauté. Elle n'était d'ailleurs pas demandée. Mais cette prise de conscience était utile: les problèmes sont sur la table. Il sera, de ce fait, plus facile, en temps opportun, soit de les soumettre à la Commission, soit de poursuivre les démarches déjà entreprises.

6. Avec certains interlocuteurs, des échanges de vues ont eu lieu sur des problèmes d'intérêt mutuel. M. Jolles a pu, par exemple, échanger des idées avec ses interlocuteurs sur le problème des pays sous-développés. Par ailleurs, nous avons pu constater une concordance de vues sur les dangers de la vague protectionniste aux USA et sur la nécessité d'une solidarité européenne à cet égard.

7. Plusieurs interlocuteurs ont rendu attentif au fait qu'il n'était pas possible d'établir une comparaison entre la situation de négociation de la Commission – et partant de la Communauté dans le Kennedy Round – et la situation en dehors du Kennedy Round. En d'autres termes, il ne fallait pas se faire d'illusions sur la possibilité de conduire des négociations en matière de politique tarifaire et commerciale dans le prolongement et sur la lancée, si je puis dire, du K*[ennedy]* R*[ound]*. Pour les négociations de Genève, il y avait un accord politique au sein du Conseil et un mandat donné à la Commission, mais ces décisions ne portaient que sur ces seules négociations.

---

9. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. 15,* dodis.ch/33250 *et sur les problèmes en suspens, cf. doc. 93,* dodis.ch/33021.

10. *Cf. doc. 27,* dodis.ch/33941.

11. *Cf. le PVCF N° 601 du 7 avril 1967,* dodis.ch/33486 *et la lettre de W. Sigg à P. R. Jolles du 28 novembre 1969,* dodis.ch/33489.

8. Il est frappant de constater que plusieurs interlocuteurs – dont le Président Rey – ont marqué leur intérêt dans le développement de l'AELE[12] et le fait qu'il s'agissait d'une construction valable et utile. Quelques-uns d'entre eux ont même laissé entendre qu'ils estimaient nécessaire que les résultats de l'AELE ne soient pas mis en cause à l'avenir, lors de l'élargissement éventuel du Marché commun.

9. En résumé, je considère le bilan de la visite comme très positif. Sur le plan pratique, la Communauté a pu entendre directement de la bouche du plus haut fonctionnaire suisse responsable, l'inventaire de nos préoccupations et de nos problèmes dans nos relations avec la Communauté. Mais c'est avant tout sur le plan psychologique et des «human relations» que j'estime cette visite un succès. La manière dont M. Jolles a présenté les divers aspects de ces problèmes, manière à la fois ferme et précise dans le fond, mais souple dans la forme, a été appréciée par nos interlocuteurs. Je l'ai senti très nettement lors des entretiens et les quelques premiers échos que j'ai de sa visite me le confirment.

[...][13]

12. *Cf. doc. 117,* dodis.ch/33014.

13. *Pour la* Liste des entretiens avec des impressions sommaires du soussigné, *cf.* dodis.ch/33252.

56

dodis.ch/32300

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Bern, 20. November 1967

Gemäss Kabel[2] unserer Botschaft in Rom befindet sich der italienische Unterstaatssekretär für Auswanderung im Aussenministerium Oliva seit Sonntag, den 19. November, in der Schweiz. Wie wir dem von der italienischen Botschaft in Bern aufgestellten Programm[3] entnehmen, ist neben Besuchen bei den Regierungen des Kantons Wallis, Bern und Neuenburg auch eine Höflichkeitsvisite[4] bei Ihnen für Dienstag, den 21. November 1967, 11.45 Uhr, vorgesehen. Am Abend des gleichen Tages wird Herr Oliva an einem Dîner in der italienischen Botschaft in Bern teilnehmen, zu dem auch die Herren Bundesrat Tschudi und Vizedirektor Motta vom Bundesamt für Sozialversicherung eingeladen sind.

1. *Notiz:* E2001E#1978/84#3944* (B.41.11). *Verfasst von M. Leippert und unterzeichnet von P. Micheli.*

2. *Telegramm Nr. 211 der schweizerischen Botschaft in Rom an den politischen Dienst West des Politischen Departements vom 16. November 1967, Doss. wie Anm. 1.*

3. *Programm des Besuchs vom 19.–23. November 1967, Doss. wie Anm. 1.*

4. *Zum Inhalt der Höflichkeitsvisite vgl. das Telegramm Nr. 178 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Rom vom 25. November 1967 und das Schreiben von J. de Rham an P. Micheli vom 2. November 1967, Doss. wie Anm. 1.*

Vertraulichen Informationen zufolge dürfte das Hauptanliegen von Herrn Oliva die Frage der Krankenversicherung von in Italien verbliebenen Familienangehörigen der in der Schweiz arbeitenden Gastarbeiter[5] sein. Diese Frage soll heute in Italien zu einem Politikum geworden sein. An ihrer Lösung sind sowohl die Christlichdemokraten wie auch die Sozialisten und Kommunisten sehr interessiert, hauptsächlich auch im Hinblick auf die kommenden italienischen Parlamentswahlen[6]. Das Aussenministerium soll deshalb auf eine rasche Lösung des Problems dringen. Herr Oliva soll beabsichtigen, in Bern vorzuschlagen, dass die bestehenden Abkommen[7] zwischen den schweizerischen Gewerkschaften[8] und der italienischen Krankenversicherungsanstalt auf die Krankenversicherung der Familienangehörigen ausgedehnt werden. Voraussetzung dazu sei aber, dass die Prämien dieser Versicherung durch Beiträge beider Regierungen vermindert würden.

Nach dem Bundesamt für Sozialversicherung liegen die Schwierigkeiten in erster Linie auf finanzieller Seite, da die gesetzlichen Grundlagen für Bundesbeiträge bis dato fehlen.

---

5. *Vgl. dazu Dok. 106,* dodis.ch/32667; *Dok. 129,* dodis.ch/32639; *Dok. 120,* dodis.ch/32837 *sowie das BR-Prot. Nr. 1414 vom 11. September 1968,* dodis.ch/33376.
6. *Zu den Wahlen vom 19. und 20. Mai 1968 vgl. das Schreiben von J. de Rham an P. Micheli vom 22. Mai 1968,* E2300-01#1973/156#243* (A.21.31).
7. *Vgl. dazu das* Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband und der Nationalen Krankenversicherungsanstalt (INAM) *vom 6. November 1959,* dodis.ch/33847 *und das Protokoll der Sitzung des Zentralvorstandes des schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes vom 20. November 1959,* Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (CH-SozArch), GBI 01C-0098 [1959] (Protokoll des Zentralvorstandes).
8. *Handschriftliche Marginalie:* ?

57

dodis.ch/32891

Le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann, à l'Ambassadeur de Suisse à Cologne, M. Troendle [1]

Confidentielle Berne, 22 novembre 1967

Nous avons lu avec une grande attention votre rapport politique du 8 novembre[2] concernant le problème de la reconnaissance de la République Démocratique allemande.

---

1. *Lettre (copie):* E2003A#1980/85#1984* (o.714.0). *Rédigée par F. Pictet. Copies au Service de la documentation politique et au Service politique Est du Département politique, au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès de l'ONU à New York, et à la Mission permanente de la Suisse auprès des Organisations internationales à Genève.*
2. *Rapport politique N° 46 de M. Troendle du 8 novembre 1967,* E2300-01#1973/156#124* (A.21.31).

Ce sujet nous intéresse, en effet, à un haut degré car il a une incidence sur les relations de la Suisse avec l'Organisation des Nations Unies.

Notre appartenance aux agences spécialisées et notre qualité d'Etat partie au Statut de la Cour internationale de justice nous a jusqu'à présent permis, bien que non membre de l'ONU, d'être associés à nombre d'activités des Nations Unies par le jeu de la clause dite de Vienne, qui délimite le cercle des Etats admis à être invités à participer à une conférence internationale convoquée sous les auspices de l'ONU. De cette façon, l'accès aux conférences qui élaborent des conventions, notamment dans le domaine du droit international, ou qui posent les fondations de nouveaux organismes internationaux, nous a toujours été reconnu.

Depuis quelque temps toutefois, nous observons à New York une tendance à confier à la Sixième commission de l'assemblée générale elle-même, plutôt qu'à une conférence de plénipotentiaires, la préparation et la rédaction de nouvelles conventions dans le domaine juridique. C'est ainsi que la Sixième commission a décidé le mois dernier, à la suite d'une proposition de la Pologne, d'élaborer elle-même une convention sur les missions spéciales (diplomatie ad hoc). Cette procédure aboutit à nous priver de toute possibilité de faire entendre notre voix sur une question qui, si l'on pense aux nombreuses négociations diplomatiques qui se déroulent sur notre territoire, nous concerne très directement[3].

En approuvant le proposition polonaise, la majorité de la commission aura sans doute été sensible avant tout à des considérations de prestige. Nous avons cependant lieu de croire que le délégué de la Pologne visait en fait à écarter la République fédérale faute de pouvoir s'assurer la présence de la DDR dans une conférence diplomatique. Les puissances occidentales ont cédé d'autant plus facilement que la clause de Vienne devient avec le temps plus fragile et qu'un nouveau débat sur la question de l'admission des deux Allemagne l'eût encore affaiblie.

La question du statut de notre observateur permanent illustre également cette situation. Ce statut, qui n'est pas prévu par la Charte, est à bien des égards précaire, sans que nous puissions espérer son aménagement, celui-ci posant inévitablement le problème du traitement privilégié dont bénéficie actuellement la République fédérale par rapport à la DDR[4].

Nous constatons donc que nos relations avec l'ONU sont, dans une mesure certaine, conditionnées par l'avenir de la question allemande et, en particulier, par l'octroi d'un statut à la DDR et son admission dans les agences spécialisées.

Nous vous sommes donc à l'avance reconnaissants de bien vouloir continuer à suivre de près ce problème.

---

3. *Cf. la lettre de R. Bindschedler à B. Turrettini du 26 octobre 1967,* E2003A#1980/85#1918* (o.713.345).

4. *Sur la question des Etats divisés, cf. doc. 127,* dodis.ch/32173.

58

dodis.ch/33138

Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

Vertraulich Washington, D. C., 6. Dezember 1967

Das einzige Problem, das im Rahmen der sonst so gedeihlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA hier gelegentlich zu unfreundlichen und kritischen Bemerkungen[2] Anlass gibt, ist die Tätigkeit der Schweizer Banken im Zeichen unseres Bankgeheimnisses[3] und der Nummer-Konten. Auch den Beamten unserer Botschaft gegenüber fallen deswegen hin und wieder, auch von Seiten von Leuten, die im öffentlichen Leben stehen, nicht sehr angenehme Äusserungen. Anderseits habe ich bei Persönlichkeiten, welche im amerikanischen Bankwesen höchste Stellungen bekleiden, ein grosses Mass von Anerkennung und Respekt für die internationale Bedeutung und die Leistungen unseres Bankwesens feststellen dürfen (nicht zuletzt in jüngster Zeit im Hinblick auf die Massnahmen, die die Schweizer Grossbanken zur Entmutigung der Goldspekulation[4] von sich aus getroffen haben).

Zum ersten Mal wurde ich nun gestern von einem Regierungsmitglied, und zwar bei Anlass eines Höflichkeitsbesuchs beim Justizminister, Attorney General Ramsey Clark, auf die Frage der Praxis unserer Banken «offiziell» angesprochen. Mr. Clark, der allerdings sogleich einräumte, mit der Sachlage persönlich nicht eingehend vertraut zu sein, gab der Befürchtung Ausdruck, dass kriminelle Kreise in Amerika unter Missbrauch schweizerischer Nummer-Bankkonten die Früchte ihrer verbrecherischen Tätigkeit in Sicherheit bringen. Er wisse zwar, dass unsere alten und bewährten Banken ihre Geschäfte bekanntlich sorgfältig und mit Verantwortungsbewusstsein führen. Es gebe aber anscheinend kleine neuere, oft von ausländischem Kapital, zum Teil wohl auch von amerikanischen Geldgebern beherrschte Bankinstitute, denen vielleicht nicht so viel Vertrauen entgegengebracht werden könne. Es stelle sich die Frage, ob sich hier einer erfolgreichen Verbrechensbekämpfung ein Hindernis entgegenstelle.

Ich wies meinerseits darauf hin, dass die Einrichtung der Nummer-Konten rechtlich weder die (ihrer Natur nach selbstverständlich keineswegs

1. *Schreiben:* E2001E#1978/84#7098* (B.14.21.3.2). *Visiert von M. Gelzer und P. A. Nussbaumer.*

2. *Vgl. z. B. DDS, Bd. 23, Dok. 1,* dodis.ch/30938, *Anm. 12.*

3. *Vgl. dazu Dok. 23,* dodis.ch/33015.

4. *Vgl. dazu den* Rapport sur la situation économique et monétaire présenté au Conseil de Banque de la Banque nationale suisse en séance *von E. Stopper vom 15. Dezember 1967,* E2001E#1978/84#1223*: Le run sur l'or s'est traduit principalement dans les importants achats d'or des banques suisses. *[...]* C'est pourquoi, le 25 novembre, la Banque nationale a réuni les principales banques intéressées au commerce de l'or pour s'entretenir avec elles des mesures propres à endiguer cette poussée.

anonymen) Beziehungen zwischen den Banken und ihren Kunden noch die Frage öffentlicher Massnahmen, im Zusammenhang mit den fraglichen Bankkonten, berühren könne. Offenbar stelle sich nicht so sehr die Frage von Nummer-Konten sondern diejenige unseres Bankgeheimnisses und das Problem einer zwischenstaatlichen Rechtshilfe, und einer Zusammenarbeit der Polizeiorgane, worüber die beiderseitigen Fachleute sich sicher die nötigen praktischen Aufschlüsse würden geben können. Meine Botschaft sei aber selbstverständlich gern bereit, den Mitarbeitern von Mr. Clark, wenn sie sich über diese Frage näher informieren möchten, nach Möglichkeit behilflich zu sein. Voraussetzung einer schweizerischen Strafrechtshilfe sei aber jedenfalls, dass es sich bei dem in Frage kommenden Delikt nicht um ein Fiskalvergehen handle und dass es auch in der Schweiz als strafbar betrachtet werde. Mr. Clark ging auf diese Frage nicht weiter ein und bemerkte nur noch, dass es sich um einen sehr weitgespannten Kreis möglicher Delikte handeln könne, Erpressungen, «Gambling», illegaler Handel mit Narkotika usw. In vielen Fällen (vide den berühmten Fall von Al Capone[5]) biete allerdings den Bundesbehörden das Delikt der Steuerhinterziehung die wirksamste Handhabe im Kampf gegen die Verbrecher, ein Delikt, das sich, wie ich nochmals erwähnte, als Grundlage für eine schweizerische Rechtshilfe nicht eignet.

Ich weiss nicht, ob der Attorney General oder seine Mitarbeiter im Justice Department auf diese Frage der Botschaft gegenüber zurückkommen werden. Es ist durchaus denkbar, dass die Frage von den beiderseitigen zuständigen Organen in nützlicher Weise direkt erörtert werden kann.

Warten wir ab. Dass die Frage unserer Bankpraxis[6] und besonders unseres Bankgeheimnisses nun auch höchste amerikanische Regierungsstellen zu beschäftigen und zu Äusserungen gegenüber dem diplomatischen Vertreter der Schweiz veranlasst, ist aber auf jeden Fall eine Tatsache, die wir nicht unbeachtet lassen können[7]. Auch der Zusammenhang, der zwischen dieser Tatsache und dem in Amerika in erschreckender Weise überhand nehmenden Verbrecherunwesen besteht, ist nicht zu übersehen. (Man könnte allerdings hier einwenden, dass *nicht* das organisierte Verbrechertum (Mafia etc.), das

---

5. *Zur Tätigkeit des organisierten Verbrechens in der Schweiz vgl. die kleine Anfrage von J. Ziegler vom 26. Juni 1969,* E4260D-01#1995/257#169* (002.3.30) *sowie Doss.* E6100B-01#1981/29#162* (0.085); E4110B#1981/85#696* (M.599); E2001E#1980/83#683* (C.41.129.1) *und* E2001E#1980/83#688* (C.41.129.1.(11)).

6. *Für eine Stellungnahme zur Berufsgeheimhaltepflicht vgl. das Schreiben von M. Lusser und M. Oetterli an die Schweizerische Bundesanwaltschaft vom 9. März 1964,* dodis.ch/33698 *sowie das Kreisschreiben von A. Sarasin und M. Oetterli an die Mitgliedbanken vom 18. Oktober 1968,* dodis.ch/33702.

7. *Am 12. Januar 1968 fand eine Besprechung zum Verhältnis der Schweizer Banken zu den USA statt. Vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Schweizerische Bankiervereinigung vom 29. Januar 1968,* dodis.ch/33700. *Zum weiteren Verlauf der Diskussion vgl. das Schreiben von W. Spühler an L. von Moos vom 10. März 1969,* dodis.ch/33703; *die Notiz von S. Arioli vom 27. März 1969,* dodis.ch/33706; *den Bericht über informelle Gespräche von P. A. Nussbaumer vom 22. April 1969,* dodis.ch/33707 *sowie den Bericht über die dritte Gesprächsrunde von C. Markees und P. A. Nussbaumer vom 9. Juli 1969,* dodis.ch/33708.

Mr. Clark vor Augen hatte, sondern tatsächlich soziale Unruhen und mehr oder weniger spontane Gewaltverbrechen hier stark zunehmen).

Der Kampf gegen das Verbrechen ist hier zu einer brennenden innenpolitischen Frage geworden, und die Administration Johnson bemüht sich, der zunehmenden Kriminalität mit scharfen Massnahmen entgegenzuwirken. Man muss unter diesen Umständen erwarten, die zu Recht oder Unrecht bestehenden Vermutung, dass amerikanische Verbrecherorganisationen ihre unrechtmässig erworbenen Vermögen in Schweizerbanken deponieren, werde wieder häufiger und lauter zur Sprache kommen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Frage des Bankgeheimnisses mit der Zeit zu einem ernstlichen Politikum in den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen werden könnte.

Alles, was getan werden kann, um solche Tendenzen durch die Gewährung einer internationalen Strafrechtshilfe, soweit diese mit den Bestimmungen unserer Gesetzgebung und Praxis vereinbar ist, ist deshalb sicher vom Gesichtspunkt unserer Beziehungen zu den USA willkommen. Die Frage verdient auch deshalb Beachtung, weil die amerikanischen Justizbehörden sonst ihrerseits vielleicht in vermehrtem Masse versucht sein könnten, massgebenden Persönlichkeiten oder Beauftragten der schweizerischen Banken gegenüber einseitige Untersuchungsmassnahmen zu treffen, welche sich unter Umständen auf unsere zwischenstaatlichen Beziehungen sehr störend auswirken könnten. (Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere Korrespondenz[8] betreffend den Banquier Paravicini in Bern und «Vanderbilt Tire and Rubber Corporation»).

8. *Zur Bank Paravicini vgl. das Schreiben von F. Schnyder an P. Micheli vom 30. Juni 1967,* E2200.36#1980/24#410* (521.52). *Zur Vanderbilt Tire and Rubber Corporation vgl. Doss.* E2200.36#1980/24#412* (521.55).

59

dodis.ch/32780

Le Chef du Département politique, W. Spühler, à l'Ambassadeur de Suisse à Paris, P. Dupont[1]

Enquête sur la politique française

Confidentiel Berne, 12 décembre 1967

La politique française est en train de modifier profondément la situation internationale. S'il s'agit d'un fait évident, on est beaucoup moins au clair sur les perspectives qu'il ouvre et sur ses conséquences pratiques proches et lointaines. Mais en tout état de cause, cette évolution aura des répercussions sur notre pays comme sur beaucoup d'autres états.

1. *Lettre (copie):* E2807#1974/12#450* (09). *Rédigée par A. Natural. Copies au Service de documentation politique et au Bureau d'étude politique du Département politique.*

Il convient donc de faire d'abord le point de la situation, d'envisager ensuite sur quoi elle peut déboucher et d'apprécier enfin les réactions et les prévisions des principales puissances intéressées.

En conséquence, nous avons l'intention d'ouvrir une enquête[2] à ce sujet auprès de nos ambassades en Europe, aux Etats-Unis, au Canada et au Japon. Mais puisqu'il s'agit de politique française, le point de départ de cette enquête ne peut être que Paris. Nous vous serions dès lors reconnaissants de bien vouloir rédiger un rapport de base[3] sur ce problème, que nous communiquerons à nos missions et qui leur servira de document de travail initial.

Comme l'intégration européenne donne déjà lieu à une information exhaustive, il n'est pas nécessaire d'entrer dans les détails de ce sujet qu'il suffirait de situer.

Ceci dit, nous n'avons nullement l'intention de limiter le champ de votre analyse ni de vous en fixer le plan. Vous êtes mieux à même que nous de déterminer les questions cruciales. Ce n'est donc qu'à titre purement indicatif que nous énumérons ci-dessous les points qui, pour l'instant, nous préoccupent le plus.

Nous aimerions pouvoir fixer dans une vision d'ensemble la position de la France dans les domaines suivants:

militaire[4] (OTAN, Alliance atlantique, défense tous azimuts)

monétaire[5] (or, dollar)

économique[6] (en particulier, par rapport au défi américain et à l'aide au tiers-monde)

énergétique et scientifique[7] (notamment en ce qui concerne la collaboration avec la Grande-Bretagne)

diplomatique[8] (USA, URSS, Allemagne, Chine, Vietnam, Moyen-Orient, ONU, tiers-monde)

linguistique[9] (Québec, Afrique, Wallonie, Jura).

D'autre part, est-il possible de discerner, dans les objectifs du général de Gaulle, ceux qui lui paraissent essentiels et ceux qui ne sont que tactiques, qui ne représentent qu'une manœuvre de diversion ou une monnaie d'échange?

---

2. Cf. la c*irculaire de P. Micheli à diverses représentations suisses à l'étranger du 27 février 1968,* dodis.ch/32793.

3. *Lettre de P. Dupont à W. Spühler du 27 janvier 1968,* dodis.ch/32786.

4. *Cf. la notice* La politique française et les problèmes militaires *du 20 décembre 1967,* dodis.ch/32784.

5. *Cf. la notice* Politique économique et monétaire *de E. Bauermeister,* E2001E#1980/83#2359* (B.73.0.Uch).

6. *Cf. la notice* Die Politik der Dritten Welt gegenüber *de R. Bär du 10 janvier 1968*, *ibid.*

7. *Cf. la notice* Wissenschafts- und Forschungspolitik *de R. Bär du 10 janvier 1968, ibid.*

8. *Cf. la notice* Les relations extérieures *de A. Rappard, ibid. Cf. aussi le rapport politique Nº 33 de F. Schnyder du 26 avril 1968; la notice de K. Fritschi du 9 mai 1968; la lettre de B. Turrettini à P. Micheli du 17 juillet 1968, ibid.*

9. *Cf. la notice de R. Bär du 10 janvier 1968,* dodis.ch/32791. *Cf. aussi doc. 19,* dodis.ch/32591; *doc. 38,* dodis.ch/32700; *doc. 156,* dodis.ch/32599 et *la lettre de Ph. Zutter à P. Micheli du 14 mai 1968, ibid.*

Enfin nous nous demandons, comme tout le monde, ce qu'il adviendra de la politique gaulliste après de Gaulle. Changera-t-elle autant qu'on l'espère à Londres et à Washington ou peut-on déjà estimer que certains de ses éléments, comme l'anti-américanisme, ont des chances d'être durables?

On pourrait peut-être réduire toutes les questions que nous nous posons à l'une ou l'autre de ces formules:

Jusqu'où ira le renversement des alliances? ou

La France n'étant pas de taille à devenir une superpuissance, faisant obstacle à l'intégration européenne qui seule pourrait donner naissance à une 3e force, peut-elle poursuivre une politique d'indépendance sans faire le jeu de l'URSS et susciter de ce fait l'hostilité de l'Allemagne et par là l'éclatement de l'Europe des six?

Nous nous rendons compte que nous vous demandons un travail considérable. Mais son utilité est indéniable puisque notre politique devra forcément tenir compte des réalités de l'Europe de demain.

60

dodis.ch/33642

Notice interne du Département politique[1]

Relations de la Suisse avec l'Afrique australe. Réunion inter-départementale du 29 novembre

[Berne,] 13 décembre 1967

La Suisse a été l'objet d'attaques[2] durant la 22ème session de l'Assemblée générale de l'ONU. Sans prendre ces attaques au tragique, on doit se demander si elles ne sont pas le prélude à une campagne plus vaste et si elles ne risquent pas d'affecter notre position dans plusieurs organisations internationales. Il conviendrait d'abord d'évaluer la situation, puis de voir si des mesures devraient être prises pour réfuter ces critiques. Enfin, nous pourrions examiner si des actions concrètes pourraient être envisagées pour corriger la situation.

I. Appréciation de la situation

M. Bühler: En ce qui concerne la Rhodésie[3], le Conseil fédéral a pris une décision qui est suivie d'exécution. Les statistiques pour 1967 font prévoir que le volume des échanges ne dépassera pas le plafond autorisé. L'Afrique du Sud est un partenaire économique très important, le seul pays d'Afrique avec lequel notre balance commerciale est active. Le Mozambique offre également

1. *Notice:* E2003A#1980/85#1967* (o.713.76). *Rédigée et signée par F. Pictet.*

2. *Cf. la notice de F. Pictet du 17 novembre 1967, doss. comme note 1. Sur la question de la compatibilité des relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud avec les décisions de l'ONU, cf. aussi DDS, vol. 22, doc. 33,* dodis.ch/30386; *DDS, vol. 23, doc. 7,* dodis.ch/31045 *et doc. 156,* dodis.ch/31047.

3. *Cf. doc. 171,* dodis.ch/30859.

d'intéressantes perspectives de débouchés. La Suisse, en commerçant ou en investissant dans ces régions n'a aucun mobile politique et n'a pas l'intention de venir en aide aux gouvernements au pouvoir.

M. Gelzer: Nous ne pouvons négliger ces accusations d'autant plus qu'elles ont trouvé un écho dans des publications de l'ONU. Les puissances en compagnie[4] desquelles nous sommes accusés peuvent peut-être les ignorer. Je pense plutôt que nous devrions réagir et cela en informant ceux qui nous attaquent. En ce qui concerne les livraisons d'armes, l'embargo à destination de l'Afrique du Sud[5] est total depuis 1963, ainsi qu'en Rhodésie[6]. Il est vrai que nous n'avons pas les moyens légaux d'interdire des cessions de licences[7]. La politique d'apartheid est susceptible de provoquer un jour de graves tensions internes ou un conflit international. Devons-nous mettre en garde notre industrie?

M. Marcuard: Les attaques étaient prévisibles et d'ailleurs prévues. Je pense qu'elles se multiplieront. Nous devons être attentifs. Pourrions-nous dans nos relations avec l'Afrique australe faire une distinction entre la position officielle, celle du Conseil fédéral, et le comportement des milieux privés, notamment économiques, qui sont, selon nos conceptions, indépendants du gouvernement? Dans le cas de la Rhodésie, le Conseil fédéral a pris une décision claire. Pourrait-on concevoir qu'il prenne aussi une position vis-à-vis de l'apartheid que les représentants suisses dans les conférences internationales[8] ont d'ailleurs pour instruction de désavouer. Sur le plan économique, pourrions-nous marquer notre réserve, par exemple en refusant l'octroi de la garantie des risques à l'exportation en Afrique du Sud?

M. Bühler: La garantie est un instrument au service de notre économie, qui n'a jamais été utilisé à des fins politiques. L'opinion publique n'accepterait pas une telle mesure. Son effet serait de toute façon très limité. L'Afrique du Sud, disposant de devises en abondance, nos exportateurs ne recourent à la garantie que pour parer aux risques de fabrication. La garantie ne sert donc pas à stimuler nos exportations dans ce pays. Par contre, on pourrait concevoir une politique restrictive dans l'octroi de la garantie des risques aux investissements[9] le jour où celle-ci existerait.

M. Thalmann: Nous sommes donc tous conscients de l'existence d'un problème. Nous ne devons cependant pas dramatiser les choses ni prévoir des mesures spectaculaires ou brutales. Voyons plutôt comment corriger l'optique de nos accusateurs.

---

4. *Aux côtés de la Suisse sont souvent mentionnées la Grande-Bretagne, la France, la République fédérale d'Allemagne et les Etats-Unis. Cf. la notice de F. Pictet du 17 novembre 1967, doss. comme note 1.*
5. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 187,* dodis.ch/30436.
6. *Cf. le PVCF N° 2189 du 17 décembre 1965,* dodis.ch/31953.
7. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 84,* dodis.ch/31040, *en particulier note 6.*
8. *Cf. doc. 80,* dodis.ch/33245.
9. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant un projet de loi fédérale sur la garantie contre les risques de l'investissement *du 10 septembre 1969, FF, 1969, II, pp. 961–991.*

II. Examen des méthodes

M. Thalmann: Nous pourrions constituer un dossier[10] où figureraient des renseignements sur l'embargo sur les armements, sur l'application des sanctions contre la Rhodésie, etc. Ce dossier serait destiné à notre mission à New York, à nos postes en Afrique et à nos délégations commerciales ou autres.

M. Gelzer: Ce dossier permettrait de réfuter les critiques sur-le-champ, c'est-à-dire sans en référer à la centrale. Il pourrait être utile de mieux informer aussi les collaborateurs du secrétariat de l'ONU.

M. Marcuard: Le dossier permettra également des mises au point auprès des ministères des affaires étrangères lors de la publication d'articles de presse contre la Suisse. Il faut cependant éviter d'être pris dans un engrenage, les mises au point suscitant de nouvelles critiques.

M. Thalmann: Le dossier sera préparé par la Division des organisations internationales et la Division des affaires politiques en collaboration avec la Division du commerce.

III. Actions concrètes possibles

M. Thalmann: Plusieurs mesures concrètes peuvent être envisagées pour créer un certain goodwill: participation aux divers fonds[11] des Nations Unies en faveur des Sud Africains (fonds d'affectation, training and education programme), coopération technique, notamment avec les pays voisins de l'Afrique australe[12], etc.

M. Marcuard: S'il y a un intérêt politique, le service de la coopération technique est prêt à examiner ce qui pourrait être fait dans des pays tels que le Lesotho, Botswana, la Zambie ou le Malawi. La condition sine qua non est qu'il existe des projets valables. Nous étudions actuellement un projet au Malawi.

M. Gelzer: Les fonds ont un but tout à fait politique. En ce qui concerne le fonds d'affectation, je reconnais que des secours aux réfugiés pourraient être examinés, eu égard à l'aspect humanitaire. Il vaut la peine de voir si une contribution est réalisable par l'entremise du Haut Commissaire. Le cas des Tibétins[13] montre que des considérations politiques n'empêchent pas fatalement une action humanitaire. Quant au programme d'éducation, il est prématuré d'en parler avant que New York ait donné les renseignements demandés.

M. Bühler: Il faut éviter de donner au gouvernement Sud Africain l'impression qu'une action de ce genre serait dirigée contre lui. La Division du commerce n'aurait pas d'objection à un éventuel versement d'une contribution au Haut Commissaire. Une réaction de l'opinion publique suisse n'est pas à redouter. Il y aurait peut-être lieu, le moment venu, de consulter le Conseil fédéral.

---

10. *Cf. la circulaire de E. Thalmann aux Ambassades de Suisse en Afrique du 17 avril 1968 contenant ce dossier en annexe, doss. comme note 1.*

11. *Cf. la notice de F. Pictet à R. Pestalozzi du 15 janvier 1968*, dodis.ch/33766 *et la réponse de R. Pestalozzi du 19 janvier 1968,* dodis.ch/33771.

12. *Sur la coopération au développement avec les pays voisins de l'Afrique du Sud, cf. doc. 101,* dodis.ch/32839, *en particulier notes 25–27 et la notice de R. Pestalozzi du 19 janvier 1968,* dodis.ch/33771.

13. *Sur les réfugiés tibétains, cf. doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 29.*

M. Thalmann: La Division des organisations internationales examinera encore de plus près les modalités d'une éventuelle participation suisse à ces fonds. Les administrations intéressées seront encore consultées.

61

dodis.ch/32401

Le Chef du Département militaire, N. Celio, devant le Conseil national, le 20 décembre 1967[1]

Interpellation[2] Bärlocher. Voyage en Pologne du Chef de l'Etat-major général[3]

Celio, conseiller fédéral: Il n'est pas étonnant que la visite du chef de l'état-major général en Pologne ait donné l'occasion de se demander quelle était la nature de tels voyages. Il n'y a certainement rien d'extraordinaire dans le fait que des officiers généraux suisses assistent à l'étranger à des manœuvres ou visitent des troupes[4]; pour les mêmes raisons, nous recevons d'ailleurs régulièrement chez nous des officiers étrangers. Le voyage en Pologne du chef de l'état-major général a permis pour la première fois d'accepter une invitation émanant d'un pays membre du Pacte de Varsovie. Jusqu'ici, des invitations nous ont été faites par des armées d'Etats neutres ou des forces armées de pays faisant partie du Pacte atlantique. Formellement, rien n'oblige à prendre en considération ces seules invitations. Les relations internationales qu'entretient notre pays et des considérations relevant de la politique de neutralité paraissent au contraire indiquer qu'il convient d'observer la même attitude envers tous les Etats lorsqu'il s'agit de répondre à des invitations[5].

Il faut naturellement examiner dans chaque cas si la visite est opportune ou non. A cet égard, la situation politico-militaire du moment joue un rôle évident. Il va de soi que des officiers supérieurs ne sauraient se rendre officiellement dans des pays où règne la guerre ou qui sont secoués par une grave crise politique. Il faut aussi renoncer à des visites pouvant revêtir une signification particulière

---

1. *PVCN délibératif:* E 1301(-) 1960/51 vol. 483.
2. *Interpellation N° 9823 du 6 décembre 1967:* Durant une semaine, la visite qu'a faite notre Chef d'Etat-major général en Pologne, a connu une large publicité. Le Conseil fédéral est invité à dire: 1. S'il faut attribuer à cette visite en Pologne un caractère politico-militaire et de politique extérieure, et 2. S'il est envisagé de la faire suivre d'une série d'autres visites de cette nature et quels résultats en sont attendus. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/32401.
3. *P. Gygli. Sur son voyage en Pologne, cf. doss.* E2001E-01#1988/16#4971* (A.14.41.4); E2200.151#1979/61#4* (101.0); E 5001(G) 1980/31 vol. 71 (6480.57 *et* 6480.58) *et* E 5560(D) 1996/188 vol. 277 (322.136).
4. *Sur les invitations adressées à des personnalités militaires suisses, cf. la circulaire de P. Musy aux attachés militaires, navals et de l'air accrédités à Berne du 20 juillet 1967,* dodis.ch/33167.
5. *Sur les échanges militaires avec les pays d'Europe de l'Est et la politique de neutralité, cf. DDS, vol. 23, doc. 52,* dodis.ch/31863.

en raison de la date choisie par rapport à la situation générale. Enfin, facteur d'ordre interne, les officiers pressentis doivent être disponibles.

Concernant l'invitation faite au colonel commandant de corps Gygli, aucune raison n'aurait pu en motiver le refus. Ce voyage a provoqué une attention toute spéciale, d'une part parce qu'il constituait une innovation, mais bien et surtout à cause de la publicité inhabituelle qui l'a entouré. Les hôtes polonais ont tenu vraisemblablement à faire connaître au public point par point les déplacements de notre chef d'état-major général. Il est naturel que ces communiqués aient été repris et diffusés quotidiennement chez nous par les informateurs de l'opinion publique. Etant donné que les voyages antérieurs de cette nature n'ont fait l'objet que de maigres comptes rendus, tant à l'étranger qu'au pays, la publicité ménagée à la visite du colonel commandant de corps Gygli – qui n'en peut rien – a pris une résonance d'autant plus grande. Cependant, il n'y a eu là aucune intention de la part de notre pays.

Au sujet de la deuxième question de M. l'interpellateur, nous pouvons dire ce qui suit:

– Pas plus qu'à d'autres voyages similaires entrepris dans divers pays par nos officiers généraux, il ne faut prêter à la visite du chef de l'état-major général en Pologne une intention politico-militaire ou de politique étrangère. Elle appartient aux gestes coutumiers internationaux de la courtoisie militaire.

– Comme il n'est guère possible – cela va de soi – de programmer les invitations étrangères qui seraient faites à des officiers généraux de notre armée, invitations qui ne sont d'ailleurs en aucune manière suscitées, on peut seulement dire au sujet «d'une série de nouvelles visites» qu'il n'est pas prévu de modifier notre attitude, assez réservée, dans ce domaine.

Ce que nous venons de dire montre – ce qui permet de répondre à la dernière question de M. l'interpellateur – que nous n'attendons pas de voyages semblables des résultats concrets. Ils permettent certes à quelques hauts gradés de notre armée de voir d'autres cieux, d'élargir leur horizon, de faire d'utiles comparaisons et de glaner quelques expériences. Vous en conviendrez avec moi, cela ne peut que leur être utile.

62

dodis.ch/32400

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Lettre de M. Willy Allgöwer[2], Conseiller national, au sujet de la suppression de l'obligation du visa pour les touristes yougoslaves se rendant en Suisse

Berne, 11 janvier 1968

En 1967, à l'occasion de l'année touristique internationale, la Yougoslavie décida de supprimer unilatéralement les visas pour les touristes étrangers se rendant dans ce pays durant cette année[3]. Par l'entremise de notre ambassade à Belgrade, les autorités yougoslaves nous firent ensuite savoir[4], qu'elles étaient disposées à entamer des négociations avec nous en vue de parvenir à un accord sur la suppression durable des visas entre les deux pays.

Cette question a été examinée pour la première fois au cours d'une conférence interdépartementale le 14 février 1967. Le principe de la suppression réciproque des visas a été admis. La Police fédérale des étrangers a cependant fait observer qu'il existait un risque de voir venir en Suisse des pseudotouristes[5] en quête de travail. En effet, face à une situation économique difficile, la Yougoslavie cherche à absorber son chômage par des mesures de libéralisation prises en matière d'émigration[6]. Notre pays, qui s'efforce de limiter l'afflux de main-d'œuvre étrangère[7], irait à l'encontre de sa politique s'il admettait les ressortissants yougoslaves à venir librement chez nous, sans que pour cela certaines garanties nous soient données. La question du rapatriement de ces derniers, au cas où ils devraient être indigents, se pose avec d'autant plus d'acuité que la plupart des cantons ne sont pas disposés à prendre à leur charge leur retour en Yougoslavie.

La Police fédérale des étrangers estime que ce problème devrait être réglé dans le cadre d'un accord avec la Yougoslavie. C'est dans ce sens qu'elle a proposé des solutions concrètes à l'Ambassade de Yougoslavie à Berne le 4 août 1967[8]. Jusqu'à ce jour, elle n'a pas enregistré de réaction de la part de

---

1. *Notice:* E2001E-01#1982/58#7387* (B.35.51.10). *Rédigée par H. Borner.*
2. *Cf. la lettre de W. Allgöwer à W. Spühler du 29 décembre 1967,* E2001E#1978/84#4149* (B.44.32). *Il s'agit en fait du Conseiller national Walther Allgöwer. Pour la réponse, cf. la lettre de W. Spühler à W. Allgöwer du 22 janvier 1968,* E2001E-01#1982/58#7393* (B.44.32.0).
3. *Cf. la lettre de L. Musy à E. Mäder du 10 décembre 1966,* E2001E#1978/84#4140* (B.35.51).
4. *Cf. la note du Secrétariat d'Etat des Affaires étrangères yougoslave à l'Ambassade de Suisse à Belgrade du 1er décembre 1966, doss. comme note 3.*
5. *Sur cette question, cf. doss.* E4300C-01#1998/299#474* (521.2) *et* E4300C-01#1998/299#1120* (521.2).
6. *Cf. la lettre de G. Lepori à P. Micheli du 17 février 1966,* dodis.ch/31160.
7. *Cf. l'*Arrêté du Conseil fédéral limitant et réduisant le nombre des travailleurs étrangers sous contrôle *du 28 février 1968, RO, 1968, pp. 386–399.*
8. *Cf. la lettre de E. Mäder à B. Veličković du 4 août 1967,* E2001E#1978/84#4149* (B.44.32).

cette Ambassade. Il ne nous appartient donc pas de prendre de nouvelles initiatives au sujet de la suppression réciproque des visas avant de savoir dans quelle mesure les autorités yougoslaves sont disposées à rechercher avec nous une solution au problème du rapatriement de leurs ressortissants indigents, estime la Frepol[9].

Tout récemment, nous avons appris que les Yougoslaves auraient supprimé unilatéralement l'obligation du visa pour les ressortissants suisses porteurs de passeports diplomatiques ou de service, quel que soit le but de leur voyage en Yougoslavie[10]. Si ces informations devaient s'avérer exactes, nous serions alors vraisemblablement amenés à accorder la réciprocité dans ce cas particulier. Vu le caractère confidentiel de ce dernier paragraphe, il serait cependant préférable, à notre avis, de ne pas en donner connaissance à M. Willy Allgöwer, Conseiller national[11].

9. *Cf. la lettre de E. Mäder à P. Micheli du 30 novembre 1967, ibid.*
10. *Cf. la lettre de H. Kaufmann à E. Mäder du 19 janvier 1968,* E2001E-01#1982/58#7393* (B.44.32.0). *Cf. aussi la lettre de E. Mäder à P. Micheli du 25 janvier 1968,* E2001E#1980/83#4571* (B.44.410).
11. *Annotation manuscrite de W. Spühler dans la marge:* Ich bin der Auffassung, dass es doch an der Zeit wäre, die Visumspflicht endlich aufzuheben für Touristen. Die Angelegenheit sollte zu einem Ende geführt werden. *Cf. l'*Accord sur la suppression réciproque du visa entre la Suisse et la République Socialiste Fédérative de Yougoslavie *du 28 novembre 1968,* E4300C-01#1960/27#337* (127.0).

63

dodis.ch/33194

Der Generalstabschef, Oberstkorpskdt. P. Gygli, an den Vorsteher des Militärdepartements, N. Celio[1]

Antwort von Herrn Bundesrat Spühler auf die Interpellation Binder

Persönlich und geheim — Bern, 19. Januar 1968

Ich habe von den Ausführungen des bundesrätlichen Referenten zur Beantwortung der Interpellation Binder[2] auf Seite 2 und 3 des gedruckten Textes Kenntnis genommen. Herr Bundesrat Spühler hat die Frage, ob der Besitz von Atomwaffen die Sicherheit eines kleinen Staates erhöhen könne, trotz der einleitend angebrachten Reserven, mit einem deutlichen Nein beantwortet. Die Presse hat die Rede entsprechend kommentiert. Ich zitiere:

«Der Bundesrat hat, entgegen seinem Beschluss von 1958, in aller Form auf die Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen verzichtet.» (Neue Presse vom 19. 12. 67)

1. *Schreiben (Kopie):* E 5560(D) 1996/188 Bd. 139 (241.1.5). *Kopie an R. Stucki. Handschriftliche Marginalie:* Darf nicht ausgehändigt werden. 3 Expl.
2. *Vgl. dazu Doss.* E2807#1974/12#436* (08-1).

«Willy Spühler oppose un non catégorique à l'arme atomique suisse.» (Le Peuple-La Sentinelle vom 19. 12. 67)

Ich darf darauf hinweisen, dass die von Herrn Bundesrat Spühler zum Ausdruck gebrachte Meinung der abwartenden Haltung des Gesamtbundesrates widerspricht, die sich in seinem Bericht an die Bundesversammlung vom 6. Juni 1966[3] widerspiegelt und die meines Wissens seither nicht geändert worden ist. Über die Frage der Kernwaffen wird dort auf den Seiten 19 und 20 ausgeführt:

«Wir verfolgen die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet mit grösster Aufmerksamkeit und dem aufrichtigen Wunsch, dass sie zu wirklichen Fortschritten führe. Solange aber die erwähnten Waffen vorhanden sind und auch gegen uns eingesetzt werden können, sind wir verpflichtet, die Vor- und Nachteile einer eigenen Nuklearbewaffnung mit allen ihren Auswirkungen zu prüfen. Dazu gehört nicht nur eine gründliche Beurteilung der Schutzmöglichkeiten und der Abschreckungswirkung sowie der Frage, wie weit und unter welchen Voraussetzungen Nuklearwaffen unsere Kampfkraft zu verstärken vermöchten, sondern auch die Prüfung der Grundlagen, die eine Entschlussfassung über eine allfällige Ausrüstung mit Kernwaffen erst ermöglichen könnten. Diese Abklärungen müssen die Frage einschliessen, wann der Punkt erreicht wäre, an dem die weitere Ausbreitung der Kernwaffen unser Land zu ihrer Beschaffung zwingen könnte. Würde man die Durchführung solcher Studien, welche den Entschluss der politischen Behörden über eine Nuklearbewaffnung in keiner Weise präjudizieren dürfen, unterlassen, so käme das dem Verzicht auf eine fundierte Beurteilung aller Aspekte einer eigenen Atomwaffenherstellung gleich. Damit würde sich unser Land seiner Handlungsfreiheit begeben.»

Wie bekannt, sind die erwähnten Studien erst zum Teil eingeleitet. So befasst sich u. a. ein Arbeitsausschuss der Studienkommission für strategische Fragen[4] mit dem Problem einer schweizerischen Nuklearpolitik und das im Verlaufe des Jahres 1968 zu bildende ABC-Büro der Operationssektion ist beauftragt, eine gründliche «Beurteilung des militärischen Nutzens einer Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen» vorzunehmen.

Auf Grund der Rede von Herrn Bundesrat Spühler muss die Öffentlichkeit annehmen, dass der Sicherheitsaspekt bereits restlos abgeklärt ist und dass die beschlossenen Studien eine reine Formsache darstellen, die den Zweck haben, das Rückzugsgefecht des Bundesrates zu untermauern.

Der vom Vorsteher des Politischen Departementes hervorgerufene Eindruck deckt sich in keiner Weise mit dem Ergebnis der Aussprache im EMD vom 5. 10. 67 über Fragen der Atombewaffnung der Armee (vergleiche Beschlussprotokoll vom 6. 10. 67[5]) und der Auffassung, welche die Vertreter

---

3. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung *vom 6. Juni 1966, BBl, 1966, I, S. 853–877.*

4. *Vgl. dazu die Notiz* Die Haltung der Schweiz gegenüber einem Nonproliferationsabkommen *vom 5. Dezember 1967*, dodis.ch/33229 *und die Protokolle der Sitzungen des Arbeitsausschusses Nonproliferation–Nuklearpolitik vom 28. August 1967 und vom 10. Mai 1968, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner Dok. 81,* dodis.ch/32905.

5. *Nicht ermittelt.*

des EMD in der interdepartementalen «Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag» geäussert haben. Das Sitzungsprotokoll[6] dieser Arbeitsgruppe vom 24. 8. 67 hält u. a folgende Voten fest:

Minister Bindschedler: «Das EMD ist vom Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die allfällige atomare Bewaffnung unserer Armee zu verfassen. Die Stellungnahme zur Nonproliferation hängt weitgehend von den Schlussfolgerungen dieses Berichtes ab. Wir brauchen ihn als Arbeitsgrundlage, da er ein sehr wesentliches Element ist. Wieweit ist er gediehen?»

Oberst Senn: «Es ist heute nicht möglich, für oder gegen Atomwaffen für unsere Armee zu entscheiden, da die Unterlagen fehlen. 1963 hat man festgestellt, dass weitere Abklärungen zur Beurteilung des technischen, finanziellen und personellen Aufwandes nötig sind. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Heute steht mit Sicherheit nur fest, dass die Ausrüstung der Armee mit einem strategischen Potential ausgeschlossen ist. Wahrscheinlich wäre es möglich, sie mit taktischen Sprengkörpern und Trägerwaffen auszurüsten. Unsere Verteidigungskraft würde dadurch im Sinne der Erhöhung des Eintrittspreises für einen Gegner gestärkt. Auch in einem solchen Falle werden uns aber die Supermächte in einen Krieg verwickeln oder atomar erpressen können. Bis heute sind aber die Unterlagen nicht ausreichend, um zu beurteilen, ob die atomare Bewaffnung alles in allem sinnvoll wäre.»

Oberst Giudici: «Wir sind heute nicht weiter als 1963. Die Untergruppe Planung wollte dieses Jahr das Problem neu aufgreifen.»

Minister Bindschedler: «Wir müssen heute nicht wissen, ob Atomwaffen eingeführt werden oder nicht. Dagegen ist die Frage zu beantworten, ob heute schon eine negative Entscheidung gefällt werden kann, dass auf längere Frist die atomare Bewaffnung der Schweiz ausgeschlossen ist oder ob wir uns die Handlungsfreiheit für die Zukunft bewahren müssen. In diesem Sinne müssen die Studien und Abklärungen vorerst weitergeführt werden.»

Oberst Senn: «Man kann keineswegs sagen, dass das Problem der taktischen Atomwaffe erledigt ist. Die Abklärungen müssen weiter gehen, auch wenn der Sperrvertrag kommt.»

Am 6. 10. 67 übermittelte der Chef der Operationssektion[7] dem Chef der «Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag»[8] die am Aussprachetag des EMD vom 5. 10. 67 genehmigte Antwort[9] auf die Frage, ob das Bedürfnis der Armee nach Kernwaffen derart zwingend sei, dass unser Staat diesbezüglich die volle Handlungsfreiheit bewahren müsse (vgl. beiliegende Kopie[10]).

Andere Ansichten wurden durch Vertreter des EMD in der «Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag» nicht geäussert. Ihre Verlautbarungen wurden von den Vertretern der andern Departemente nicht bestritten, sondern lediglich zur Kenntnis genommen. Herr Bundesrat Spühler hat somit sicher nicht die Auf-

---

6. Protokoll der 1. Sitzung vom 24. August 1967 *der Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag vom 28. August 1967,* E2003A#1980/85#1895* (o.713.333).
7. *H. Senn.*
8. *R. Bindschedler.*
9. *Schreiben von H. Senn an R. Bindschedler vom 6. Oktober 1967,* E2003A#1980/85#1898* (o.713.333.2).
10. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

fassung der «Arbeitsgruppe Atomsperrvertrag» und wohl kaum diejenige des Gesamtbundesrates vertreten, sondern, entgegen der natürlichen Annahme der Öffentlichkeit, seine höchst persönliche Meinung dargetan.

Es lag mir, Herr Bundesrat, daran, Ihnen von dieser für mich beunruhigenden Sachlage Kenntnis zu geben und eine Klarstellung der Verhältnisse, die wohl vom Bundesrat als solchem auszugehen hätte, zu beantragen.

64

dodis.ch/32651

Der Stellvertreter des Chefs des Rechtsdiensts des Politischen Departements, B. Dumont, an den Direktor der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements, O. Schürch[1]

Bern, 25. Januar 1968

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 19. Januar 1968[2], mit dem Sie uns die Note der indischen Botschaft vom 20. Dezember 1967[3] betreffend die Anwendbarkeit des schweizerisch-britischen Auslieferungsvertrages vom 26. November 1880[4] auf Indien zur Prüfung unterbreitet haben.

Nach unserem Dafürhalten handelt es sich bei der Anfrage der indischen Botschaft sehr wahrscheinlich um eine Routineangelegenheit; denn ein Ersuchen um Aufnahme von Verhandlungen wäre unter Hinweis auf Instruktionen der indischen Regierung sicherlich an das Politische Departement gerichtet worden.

So wie sich die Sachlage heute darstellt, haben wir keine Veranlassung, an der Weitergeltung des schweizerisch-britischen Auslieferungsvertrages im Verhältnis zu Indien zu zweifeln. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unser Schreiben vom 16. April 1958[5].

Unter diesen Umständen scheint es uns angebracht, wenn das Justiz- und Polizeidepartement die Note der indischen Botschaft beantwortet und dabei lediglich bestätigt, dass der schweizerisch-britische Auslieferungsvertrag vom 26. November 1880 von der schweizerischen Regierung im Verhältnis zu Indien als bindend betrachtet werde. Die zusätzlichen Vereinbarungen mit Grossbritannien vom 29. Juni 1904[6] und 19. Dezember

---

1. *Schreiben (Kopie):* E2001E-01#1988/16#3709* (B.14.21.0). *Verfasst von R. Stettler.*
2. *Schreiben von P. Felley an den Rechtsdienst des Politischen Departements vom 19. Januar 1968, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Note der indischen Botschaft in Bern an das Justiz- und Polizeidepartement vom 20. Dezember 1967, Doss. wie Anm. 1.*
4. Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien *vom 26. November 1880, BS, Bd. 12, S. 114–123.*
5. *Schreiben von E. Diez an O. Schürch vom 16. April 1958,* dodis.ch/32655.
6. Übereinkunft betreffend eine Erweiterung von Artikel XVIII des Auslieferungsvertrags vom 26. November 1880 zwischen der Schweiz und Grossbritannien *vom 29. Juni 1904, AS, 1905, S. 181–185.*

1934[7] wären nicht zu erwähnen[8], da in der Note nichts davon gesagt wird.

Wir lassen Ihnen in der Beilage das Original der indischen Note wieder zugehen und wären Ihnen verbunden, wenn Sie uns die Kopie der Antwortnote[9] zustellen, damit wir unsere Botschaft in New Delhi entsprechend orientieren[10] können.

7. Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien *vom 19. Dezember 1934, BS, Bd. 12, S. 124 f.*

8. *Die Note der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements erwähnt aber auch diese Vereinbarungen, vgl. Anm.* 9.

9. *Note der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements an die indische Botschaft in Bern vom 28. Februar 1968, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Schreiben von B. Dumont an R. Fässler vom 16. April 1968, Doss. wie Anm. 1.*

65

dodis.ch/32326

Interne Notiz des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements[1]

Rekrutierung von hochqualifiziertem Personal für ausländische Firmen durch Inserate in der schweizerischen Presse

Bern, 13. Februar 1968

I. In der *Neuen Zürcher Zeitung* Nr. 43 vom 21. Januar 1968 ist ein Inserat von beträchtlicher Grösse erschienen, das auf eine Reihe von freien Stellen aufmerksam macht, die die Flugzeugwerke *Boeing Co. Seattle, Wash[ington], USA* auf verschiedenen Fachgebieten an Techniker und Ingenieure zu vergeben haben. Das gleiche Inserat ist mehrmals erschienen. Anmeldungen sind zu richten an: C. Mangum, Dept. EAO, The Boeing Company c/o Boeing International Corporation, 17, Avenue Matignon, Paris 8, France. Periodische Interviews zwischen dem vorerwähnten Vertreter der *Boeing* und den Bewerbern finden jeweilen in einem Hotel in Zürich statt.

Solche und ähnliche Fälle von systematischer und organisierter Werbung sind bis anhin wohl sporadisch aber doch nur in grösseren Zeitabständen aufgetreten. Unsere Unterabteilung[2] ist dann jeweilen bei den betreffenden Pressestellen und/oder Inseraten-Auftraggebern vorstellig geworden und hat unter Bezugnahme auf Art. 10 des Bundesgesetzes betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen vom 22. März 1888[3] bzw. Art. 42 der

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1980/83#403* (B.31.12.0).

2. *Unterabteilung Arbeitskraft und Auswanderung des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements.*

3. Bundesgesetz betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen *vom 22. März 1888, BS, 10, S. 232–240.*

Vollziehungsverordnung[4] zum vorerwähnten Gesetz die Einstellung solcher Werbekampagnen verlangt.

II. Nachdem Publikationen wie sie die *Boeing* Co. im vorliegenden Fall vorgenommen hat in letzter Zeit häufiger geworden sind, hat es unsere Unterabteilung als angezeigt erachtet, das von ihr in solchen Fällen zu erwartende Verhalten mit anderen interessierten Behördevertretern zu besprechen. Zu diesem Zweck haben sich auf Wunsch unserer Unterabteilungsleitung am Freitag, den 26. Januar 08.30 Uhr zusammengefunden:

Herr Dr. G. Pedotti, Chef der Unterabteilung Arbeitskraft und Auswanderung

Herr Fürspr*[echer]* R. Merlin, Arbeitskraft und Auswanderung

Herr P. Fuhrer, Arbeitskraft und Auswanderung

Herr Dr. P. Dietschi, EPD, politischer Dienst West

Herr O. Uhl, (in Abwesenheit von Herrn Dr. E. Vallotton) EPD, internat*[ionale]* Org*[anisationen]*

Herr Dr. P. Saladin, Sekretär des schweiz*[erischen]* Wissenschaftsrates

Von allen Teilnehmern dieser Besprechung wurde das bisher in solchen Fällen von unserer Unterabteilung angewandte Verhalten gutgeheissen und aus folgenden Gründen auch für die Zukunft als richtig bezeichnet:

– Die Abwanderung von Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftern hält seit Jahren unvermindert an. In prozentualen Verlustzahlen steht die Schweiz an dritter Stelle hinter Grossbritannien und Westdeutschland. Diese Abwanderung verschärft die ohnehin schon ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und verursacht den schweizerischen Arbeitgebern bei der Rekrutierung solcher Fachkräfte wachsende Schwierigkeiten. In gewissen Sparten unserer Industrie sind über 40% ausländische Ingenieure zu verzeichnen, die mangels einheimischen Bewerbern eingestellt werden mussten. Die Rückgewinnungsbestrebungen, die das BIGA gemeinsam mit der Schweizerischen Botschaft in Washington seit ca. 5 Jahren für die in Nordamerika ansässigen schweizerischen Wissenschafter, Ingenieure und Techniker eingeleitet hat, sind bis anhin nur sehr mühsam und mit bescheidenem Ergebnis verlaufen.

– Eindeutig kam bei der Besprechung zum Ausdruck, dass eine Auswanderung nicht verhindert werden darf. Oft handelt es sich auch um junge Kräfte, die spontan eine Auswanderungsmöglichkeit suchen, um ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern, mit denen sie später wieder in die Schweiz zurückkehren. Zwischen einem spontanen Auswanderungsinteressenten und den Bewerbern, die auf Inserate wie dasjenige der *Boeing* Co. ansprechen, liegt jedoch grundsätzlich der Unterschied, dass sich die letztgenannten bis anhin oft gar nicht mit dem Gedanken der Auswanderung getragen haben, sondern dass ihnen dieser erst durch das Erscheinen eines solchen Inserates suggeriert wird.

– Auch im vorliegenden Fall wird unsere Unterabteilung ihre Missbilligung nicht lediglich auf die prekären Verhältnisse auf dem schweizerischen

---

4. Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom 22. März 1888 betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen *vom 10. Juli 1888, BS, 10, S. 241–250.*

Arbeitsmarkt stützen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass junge Schweizer dazu neigen, einen Arbeitsvertrag mit dem inserierenden Arbeitgeber einzugehen, ohne über die problematischen Bestimmungen betreffend die Pflicht zur Dienstleistung in der amerikanischen Armee genügend informiert zu sein[5]. Auch ist es nicht ausgeschlossen, dass einige unserer Landsleute sich zu wenig Rechenschaft geben über die hemmungslose amerikanische Personalpolitik hinsichtlich Entlassung zahlreicher Fachkräfte, z. B. im Falle von Abänderung und/oder Streichung gewisser Produktionspläne (die *Boeing* Co. hat ihre Produktion gegenwärtig auch örtlich aufgeteilt in Defence, Supersonic und Jumbo-Jet Division). Hier handelt es sich um den «Schutz des Auswanderers» durch zuverlässige Informationen, die abzugeben die Aufgabe unseres Auswanderungsdienstes ist.

III. Mr. Carlton W. Mangum, Manager Employment Information Office, *Boeing* International Co. Paris, befand sich am 26. Januar 1968 in der Schweiz und ist unserer Einladung zu einer Besprechung dieser Angelegenheit nachgekommen. Seitens unserer Unterabteilung waren zugegen: Herr Fürspr*[echer]* Merlin und Herr P. Fuhrer.

Mr. Mangum zeigte volles Verständnis für unser Anliegen und erklärte sich bereit, diese Insertionen sofort einzustellen. Seinem Anliegen, mit den bereits angemeldeten Bewerbern in absehbarer Zeit noch eine Besprechung in Zürich durchführen zu können, haben wir selbstverständlich entsprochen.

Mr. Mangum versicherte seine ernsthafte Absicht, bei seinen Rekrutierungsbestrebungen in den ihm zugeteilten Ländern alles unterlassen zu wollen, was bestimmten Gepflogenheiten widersprechen oder die Missbilligung von Regierungs- oder Wirtschaftsbehörden nach sich ziehen könnte. Die in vorangehendem Abschnitt I erwähnten gesetzlichen Bestimmungen wurden von uns nur am Rande erwähnt und Mr. Mangum hat sich auch nicht näher um deren Wortlaut interessiert.

Auf das erste Inserat sind nach Aussagen von Mr. Mangum etwas über 20 Anstellungen zustande gekommen und auf das zweite Inserat waren nach der ersten Woche bereits ca. 25 Bewerbungen eingegangen (diese Zahl dürfte sich u. E. nach etwas längerer Wartefrist mehr als verdoppeln). Mr. Mangum berichtete erfreulicherweise auch über ausgezeichnete berufliche Ausbildung und gute Anspassungsfähigkeiten, die schweizerische Arbeitnehmer in der Regel mit sich bringen. Tatsächlich bekleide ein schweizerischer Ingenieur bereits eine sehr hohe Stellung innerhalb der *Boeing* Co.

Mr. Magnum hat auch von der Rekrutierungsmöglichkeiten Kenntnis genommen, die ihm gewissermassen als Kompromiss in der Schweiz zur Verfügung stehen und von denen angenommen werden darf, dass sie wenigstens auf zusehen hin keinen Anstoss erregen werden:

a) Anmeldung der zu vergebenden Stellen bei der Schweizerischen Technischen Stellenvermittlung in Zürich

b) Information über die freien Stellen an unseren Auswanderungsdienst.

---

5. *Zur Frage der Militärdienstpflicht von Schweizern in den USA vgl. Dok. 37,* dodis.ch/33132, *Anm. 3.*

Wenn sich einer der in Frage stehenden Berufsangehörigen bereits fest für eine Auswanderung nach den USA entschlossen hat und sich herausstellt, dass er diesen Plan auch ohne Anstellungszusicherung auf Distanz durchzuführen gewillt ist, so kann kaum etwas dagegen sprechen, wenn ihn unser Auswanderungsdienst schon vor seiner Abreise auf potentielle Arbeitgeber aufmerksam macht, anstatt dass der Auswanderer durch unsere «Zensur» wertvolle Zeit für die Arbeitssuche in den USA verliert. Dies dürfte um so mehr zutreffen, wenn es sich um eine Firma wie z. B. die *Boeing* Co. handelt, die uns von allen Seiten, einschliesslich unserer dortigen Vertretung, als guter Arbeitgeber bezeichnet worden ist.

Durch ein solches Vorgehen, verglichen mit den in vorangehendem Abschnitt I erwähnten und durch die Firma organisierten Werbeaktionen, versprechen wir uns eine beträchtliche Reduktion der effektiven Auswanderzahl. Auch ist zu bedenken, dass unser Auswanderungsdienst bei diesem Vorgehen die Zahl der zustande gekommenen Anstellungen mehr oder weniger verfolgen und nötigenfalls immer noch mit neuen Vorschlägen intervenieren könnte.

IV. Wie bereits erwähnt, sind ähnliche Werbeaktionen wie die der *Boeing* Co. in letzter Zeit vermehrt aufgetreten. In einem Inserat der NZZ vom 30. Januar 1968 sucht die *Ontario Hydro Electric in Kanada* eine Anzahl Techniker, Konstrukteure und Ingenieure. Die Bewerber werden eingeladen, ihre Anmeldungen an die Niederlassung der betreffenden Firma in London zu senden, wonach ein dortiger Vertreter in bestimmten Zeitabständen den Interessenten in der Schweiz für eine Besprechung zur Verfügung stehen wird. Durch Vermittlung der kanadischen Botschaft in Bern konnte bereits eine Besprechung zwischen einem Vertreter der *Ontario Hydro Electric* und unserer Unterabteilung auf 23. Februar 1968, 15.00 Uhr festgesetzt werden. Wir zweifeln nicht daran, dass sich in diesem und allen noch bevorstehenden Fällen eine Verständigung wird finden lassen, wie dies bei *Boeing* Co. der Fall ist.

Die Besprechung mit den an diesem Problem interessierten Vertretern des EPD und mit dem Sekretär des Wissenschaftsrates war sehr nützlich, gilt es doch, heute vermehrt als früher, die Übersicht über die Probleme der Abwanderung und Rückgewinnung von hochqualifizierten Fachkräften sicherzustellen und entsprechende Bestrebungen oder Massnahmen zwischen den interessierten Stellen zu koordinieren. Die Meinungsäusserungen der vorerwähnten Vertreter dürften als Gutheissung der bisher von unserer Unterabteilung befolgten Politik und deshalb vorläufig auch als richtunggebend für die Zukunft ausgelegt werden.

66

dodis.ch/32685

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder[1]

Bern, 20. Februar 1968

Lieber Felix,

Unsere heutige Mitteilung[2] auf amtlichem Wege hat Dich bereits auf den letzten Stand des Heilmittelproblems[3] gebracht, sodass ich mich auf wenige ergänzende Bemerkungen beschränken kann.

Die Angelegenheit wird in der Schweiz von den Interessenten mit einem ungewöhnlichen Aufwand an Emotionen behandelt. Die Leitung des Chemieverbandes, Präsident Junod und Direktor Egli, nehmen aus nicht ganz durchsichtigen Gründen eine betont «harte» Haltung ein. Sie stehen damit in absolutem Gegensatz zu dreien der vier «Grossen» – Ciba, Sandoz und Geigy – die ihre These, dass auf die Wünsche der Amerikaner bis zu einem gewissen Grade eingelenkt werden müsse, mit ebensoviel Insistenz vertreten.

Das Bundeshaus wird von den drei Firmen ziemlich unverhüllt der Nachlässigkeit in der Wahrung ihrer Interessen geziehen. Herr Dr. Egli wiederum versucht, uns die Situation so darzustellen, dass jegliche Konzession als ein Verrat an den höchsten Gütern des Vaterlandes erscheinen würde. Wir haben somit die Auswahl zwischen verschiedenen Beurteilungen, die alle negativ sind und uns in keineswegs schmeichelhafter Beleuchtung zeigen. Ergänzend füge ich noch bei, dass der Vorort es bisher sorgfältig vermieden hat, Partei zu ergreifen.

In einer solchen Lage kann uns nur das Beamtenethos der absoluten Sachlichkeit helfen. Dass wir dabei ohne Not ungeschickt operieren, gehört allerdings nicht zu unsern Amtspflichten. Ich habe daher für richtig gehalten, an der Sitzung vom 19. Januar, über die wir Euch ausführlich berichteten[4], nicht endgültig Stellung zu beziehen. Höchste Priorität hat für uns ohnehin der Locacortenfall[5]. Im übrigen war es mir nicht unrecht, dass in den letzten Wochen die Spannung erheblich gestiegen ist. Nur so wird der ganze Fragenkomplex meiner Auffassung nach schliesslich reif für eine vernünftige Lösung werden. Wir sind uns gewiss einig darüber, dass maximale Formeln nicht werden durchgesetzt werden können. Das neue schweizerische Instrument der Ersatzinspektion werden wir so teuer als irgend möglich verkaufen. Wo genau der Preis liegt, kann nur die Schlussverhandlung zeigen.

Wie Euch bereits mitgeteilt, drängt die Industrie darauf, dass ich meinen bevorstehenden Aufenthalt in Washington dazu benutze, mich auch noch selbst

---

1. *Schreiben:* E2200.36#1980/24#342* (422.2).
2. *Vgl. das Telegramm Nr. 22 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 20. Februar 1968,* E2001E#1980/83#1146* (B.11.42.0).
3. *Vgl. dazu Dok. 26,* dodis.ch/32619, *bes. Anm. 3.*
4. *Schreiben von A. Weitnauer an F. Schnyder vom 22. Januar 1968, Doss. wie Anm. 2.*
5. *Vgl. dazu Dok. 26,* dodis.ch/32619, *Anm. 8.*

mit den amerikanischen Behörden über die Angelegenheit zu unterhalten. Das Rennen nach dem Alibi hat m. a. W. kräftig eingesetzt. Mir selbst liegt namentlich daran, mich persönlich mit Dir an Ort und Stelle beraten zu können; unsere Verantwortung werden wir beide übernehmen.

Leider trifft es sich so, dass ich mit der EWG über eine recht schwierige Frage in Unterhandlung bin, die mitten in den virulenten Milchkrieg, der gegenwärtig auch in der Schweiz tobt, eingreift, nämlich das Problem der Käseeinfuhr. Es mag Dir recht technisch erscheinen; in Wirklichkeit ist es ein hochpolitisches Problem, und auch hier wird mit wildem Gefuchtel nach dem «Schuldigen» gesucht. Die Märzsession der eidgenössischen Räte verspricht recht bewegt zu werden, und ich kann Bundesrat Schaffner während dieser Zeit unmöglich im Stich lassen. Der früheste Zeitpunkt für eine Amerikareise ist somit Anfang April[6]. Aber einmal weiss ich nicht, ob dann die Gespräche mit der EWG bereits beendet sein werden, ob der Locacortenfall erledigt ist, und dann kommt ja auch bald Ostern. Es ist somit realistisch, wenn ich annehme, eher nach als vor Ostern in Washington sein zu können. Das von Dir zu vollbringende Kunststück würde somit darin bestehen, einerseits den Locacortenfall gesondert vom Hauptproblem zu regeln und andererseits die Amerikaner für die Fortführung der Verhandlungen auf April zu vertrösten.

Es würde mich natürlich sehr interessieren, Deine Ansicht zu hören.

Mit herzlichen Grüssen, auch an Sigi und besten Wünschen für gute Gesundheit verbleibe ich,

Dein Albert

6. *Zu den Verhandlungen von A. Weitnauer in Washington vom 25. bis 26. April 1968 vgl. den Bericht von J. Bourgeois vom 1. Mai 1968, Doss. wie Anm. 3.*

67

dodis.ch/33199

L'Ambassade de Belgique à Berne au Département politique[1]

Berne, 27 février 1968

L'Ambassade de Belgique présente ses compliments au Département politique fédéral et a l'honneur de porter à sa connaissance ce qui suit.

Lors de la visite que S.A.R. le Prince de Liège[2] et M. Jacques Van Offelen, Ministre belge des Affaires Economiques, rendirent à M. le Conseiller fédéral Schaffner le mardi 28 novembre 1967[3], dans le cadre de la mission d'information relative à l'encouragement d'investissements suisses en Belgique, certaines questions avaient été soumises du côté suisse pour examen par les départements ministériels belges intéressés.

1. *Note:* E2001E-01#1982/58#1858* (C.41.157.0). *Copie à P. A. Nussbaumer.*
2. *A. de Saxe-Cobourg et Gotha.*
3. *Cf. doss.* E7001C#1978/59#11* (004.10).

1) En ce qui concerne le souhait suisse de voir la Confédération et la Belgique entamer des négociations en vue de signer une convention préventive de la double imposition, on se souviendra que des pourparlers techniques ont déjà eu lieu de 1952 à 1954[4]. A l'époque, ces pourparlers avaient été interrompus parce qu'ils avaient laissé subsister de grandes divergences de vues sur des problèmes essentiels, notamment sur le régime fiscal des revenus mobiliers.

Depuis lors, il semble que les positions respectives des deux pays se sont rapprochées, par suite notamment des travaux effectués au sein du Comité fiscal de l'OCDE[5] et par suite de la réforme fiscale belge de 1962.

Dans ces conditions, le Ministère belge des Finances estime que des pourparlers techniques pourraient être repris dans un avenir proche. Il propose que la fixation de la date et du lieu de la rencontre soit discutée entre les administrations fiscales compétentes, dont les délégués se rencontrent périodiquement au Comité fiscal de l'OCDE, à Paris.

L'Administration belge des Contributions directes envisage, quant à elle, de proposer une rencontre[6] en septembre 1968 soit à Bruxelles, soit en Suisse.

2) L'encouragement d'investissements suisses en Belgique[7] pouvant se heurter à la perception du précompte mobilier sur les dividendes et intérêts de source belge, le vœu avait été exprimé par M. le Conseiller fédéral Schaffner de voir les autorités belges lever cet obstacle.

Le Ministère belge des Finances tient à déclarer qu'il ne peut envisager de renoncer complètement au précompte mobilier dû à la source sur les dividendes et intérêts. Cette position est dans la ligne traditionnelle des conventions pour éviter la double imposition conclues par la Belgique.

Depuis la réforme fiscale de 1962, ces conventions – basées du reste sur le modèle de l'OCDE[8] – se bornent à limiter à 15% du montant brut le précompte mobilier exigible sur les intérêts et dividendes attribués à des résidents de l'Etat co-contractant. Le Ministère fait remarquer que, malgré la perception du précompte mobilier de 15% sur les dividendes attribués par des sociétés belges, la charge globale frappant ces revenus est sensiblement inférieure à celle qui s'applique, dans les autres Etats membres de la CEE, aux dividendes provenant de sociétés qui y sont établies.

3) En ce qui concerne la demande du Département fédéral de l'Economie publique tendant à faire réexaminer la réglementation en vigueur du prix des produits colorants, il apparaît que M. le Ministre des Affaires Economiques, qui avait eu l'intention de s'opposer à la hausse des prix déclarée en 1967, est revenu sur cette prise de position et a autorisé la vente des produits colorants sans limitation de prix. Dans ces conditions, il ne devrait plus y avoir de problème pour l'exportation des colorants suisses vers l'UEBL.

---

4. *Cf. doc. 82,* dodis.ch/32330.
5. *Cf. doss.* E2001E#1976/17#554* (B.34.12.0).
6. *Sur les négociations à Bruxelles du 23 au 26 septembre 1968, cf. la notice de Ch. Rubin à E. Diez du 1er octobre 1968,* dodis.ch/33629.
7. *Cf. la lettre de P. Aebi à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 11 novembre 1967,* dodis.ch/33203. *Sur la nouvelle usine d'Aluminium Suisse SA en Belgique, cf. la lettre de J. Richard à P. R. Jolles du 3 février 1969,* dodis.ch/33204.
8. *Cf. doc. 82,* dodis.ch/32330, *en particulier note 4.*

Quant aux produits pharmaceutiques[9], qu'il s'agisse de produits conditionnés en Suisse ou de produits exportés en vrac et conditionnés en Belgique ou enfin de produits fabriqués en Belgique sous licence suisse, la réglementation en vigueur ne peut être modifiée du fait qu'elle est intimement liée à l'intervention du système belge d'assurance maladie et invalidité. En effet celui-ci prévoit un plafond maximum des modalités de remboursement.

9. *Sur le problème des prix maxima pour les produits pharmaceutiques, cf. la lettre de J.-L. Pahud du 10 janvier 1967,* dodis.ch/33207; *la notice de P. R. Jolles du 16 novembre 1967,* dodis.ch/33206; *la notice de E. Moser à P. R. Jolles du 3 novembre 1967,* dodis.ch/33208 *et la lettre de Ph. Zutter à P. R. Jolles du 15 février 1968,* dodis.ch/33209.

68

dodis.ch/33241

Der Chef des Integrationsbüros, J. Iselin, an diverse schweizerische Vertretungen[1]

Inhalt der in den EWG-Hauptstädten und bei der EG-Kommission in Brüssel vor dem 9. März durchzuführenden diplomatischen Demarche, die lediglich mündlich zu erfolgen hat

[Bern,] 4. März 1968

Der Zweck dieser Demarche ist es, zunächst zu verhindern, dass allfällige Verhandlungen, z. B. über ein handelspolitisches Arrangement[2], mit den vier Beitrittskandidaten[3] eingeleitet würden und Länder wie die Schweiz, die kein neues formelles Gesuch[4] an die Gemeinschaft gerichtet haben, erst nachträglich beigezogen würden. Ein zweites Ziel besteht darin, diejenigen, die solche Ideen in der EWG vertreten, in ihrem Vorhaben zu bestärken. Die bisher vorliegenden eher negativen Stellungnahmen der Benelux-Staaten und Grossbritanniens lassen es angezeigt erscheinen, dass wir unsererseits ein positives Interesse manifestieren. Eine solche schweizerische Demarche könnte dazu beitragen, dass die Reaktionen anderer Staaten nicht allzu einseitig ausfallen.

Da die Pläne sich zur Zeit allerdings erst in einem frühen Diskussionsstadium befinden, kann die Schweiz dazu noch nicht im einzelnen Stellung

1. *Notiz:* E7113A#1979/23#412* (777.03). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Kopenhagen, Lissabon, London, Oslo, Stockholm, Wien, Helsinki, Brüssel, Den Haag, Köln, Paris, Rom, Moskau und Washington, die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel und die schweizerischen Delegationen bei der OECD in Paris und bei der EFTA in Genf. Kopie u. a. an P. Micheli, P. Aebi, M. Redli, R. Juri, O. Fischer, W. Jucker, P. A. Nussbaumer, B. Müller, P. R. Jolles, A. Weitnauer, A. Grübel, P. Languetin, R. Probst, H. Marti, H. Bühler, E. Moser, J. Iselin, V. Frank, M. Jaeger, A. Hugentobler, N. Nagy und S. Arioli.*
2. *Vgl. dazu Dok. 145,* dodis.ch/33236, *Anm. 3.*
3. *Dänemark, Grossbritannien, Irland und Norwegen.*
4. *Vgl. dazu Dok. 165,* dodis.ch/33034, *Anm. 13.*

nehmen[5]. Dies könnte uns zudem als Beeinflussungsversuch verübelt werden. Die Demarche sollte daher grundsätzlichen Charakter haben und mündlich erfolgen. Sie hätte folgendes zu beinhalten:

1. Es wäre anzuknüpfen an die bundesrätliche Stellungnahme im Nationalrat am 27. Juni 1967, als Bundesrat Schaffner die Interpellation Weber beantwortete. Diese Erklärung wurde damals den Regierungen der EWG-Staaten auf diplomatische Weise notifiziert[6]. Unter anderem führte Bundesrat Schaffner aus: «Die Schweiz würde auch neuartige Lösungsmöglichkeiten, wie sie etwa kürzlich von einzelnen EWG-Staaten angetönt worden sind, keinesfalls ausschliessen.» Die EG-Kommission, welche ebenfalls orientiert wurde, hat die schweizerische Erklärung, wonach unser Verhandlungsgesuch pendent gehalten wird, in ihrem Erweiterungsbericht vom 29. September 1967[7] denn auch gebührend registriert.

2. Im Sinne dieser eindeutigen schweizerischen Absichtserklärung verfolgt der Bundesrat mit grossem Interesse die gegenwärtigen Diskussionen über handelspolitische Zwischenlösungen und andere Vorschläge zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa auf verschiedenen Gebieten. Er hofft, dass diese konstruktiven Bemühungen fortgesetzt und den Ausgangspunkt für einen weiteren Abbau der Handelsschranken in Europa bilden werden. Diese frühzeitige Manifestierung des schweizerischen Interesses darf umsoweniger verwundern,

- als die Schweiz schon geographisch und kulturell die engsten nachbarlichen Beziehungen zu der EWG unterhält;
- wirtschaftlich mit dem EWG-Raum auf allen Gebieten intensiv verflochten ist[8];
- unter den Drittstaaten mit Grossbritannien nach USA in absoluten Zahlen den zweitwichtigsten Kunden der EWG darstellt;
- pro Kopf einen intensiveren Warenaustausch mit der EWG aufweist als die meisten EWG-Staaten unter sich;
- pro Kopf der weitaus wichtigste Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse der EWG ist;
- 12% der EWG-Agrarausfuhren aufnimmt;
- und der EWG im Jahre 1967 die Erzielung des bisher höchsten Aussenhandelsüberschusses gegenüber der Schweiz, nämlich 5'038 Millionen Franken, ermöglicht hat.

3. Die Schweiz wünscht im jetzigen Zeitpunkt zu den in Diskussion stehenden Plänen jedenfalls solange nicht Stellung zu nehmen, als eine Einigung der sechs EWG-Staaten noch nicht zustande gekommen ist. Sie möchte jedoch schon jetzt ihrer bestimmten Erwartung Ausdruck verleihen, dass angesichts der Eindeutigkeit der von ihr bisher eingenommenen Haltung derartige Pläne

---

5. *Vgl. dazu auch die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 1. März 1968,* dodis.ch/33520 *sowie die Notiz von H. Schaffner an den Bundesrat vom 4. März 1968,* dodis.ch/33521.

6. *Vgl dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238.

7. *Vgl. dazu Dok. 165,* dodis.ch/33034, *Anm. 11.*

8. *Vgl. dazu die Notiz* Chiffres indiquant l'interdépendance économique entre la Suisse et la CEE *vom November 1969,* dodis.ch/33563.

eine Mitwirkung der Schweiz gleichzeitig mit den vier Beitrittskandidaten von Anfang an vorsehen würden. Nur wenn auch andere interessierte EFTA-Staaten einbezogen werden, kann ein echter Fortschritt in Richtung eines grossen europäischen Marktes erzielt und eine weitere Spaltung des europäischen Wirtschaftsraumes vermieden werden. Die Schweiz steht bekanntlich mit den anderen EFTA-Staaten auf dem Standpunkt, dass die in der EFTA verwirklichte Zollfreiheit aufrecht erhalten bleiben muss.

4. Sobald die Vorschläge einmal genügend präzisiert sein werden, um überblickbarer zu sein (was vor allem für den Verhandlungsplan über den Industrie-Zollabbau und den Inhalt der landwirtschaftlichen Regelungen gilt), ist die Schweiz bereit, ihr Interesse an einer Mitwirkung schriftlich zu bekunden.

Wie gesagt, wären diese Erwägungen mündlich vorzutragen. Sollten es die Gesprächspartner unserer Botschafter in den EWG-Staaten allerdings ausdrücklich wünschen, könnte ihnen auch ein entsprechendes Memorandum überreicht werden[9].

Für den Fall, dass die Gesprächspartner besondere Fragen über die schweizerische Haltung zum Benelux-Plan[10] stellen sollten, könnte ihnen im Sinne früherer Weisungen geantwortet werden. Demnach wären Voraussetzungen für eine schweizerische Mitwirkung:

– dass auch diese Pläne sich nicht auf die vier Beitrittskandidaten beschränken, sondern allen interessierten EFTA-Staaten offen stehen würden;
– dass im Rahmen der EWG Einhelligkeit für derartige Lösungen erzielt werden kann;
– dass die im Benelux-Plan getrennt erwähnten Gebiete für wirtschaftliche und politische Konsultationen und Aktionen auch getrennt behandelt würden.

Im übrigen ist daran zu erinnern, dass von den im Benelux-Plan genannten, unter den Römer Vertrag fallenden wirtschaftlichen Fragen[11] (Patente, Gesellschaftsrecht, Technologie) einer europäischen Zusammenarbeit, diejenigen eines europäischen Patentrechtes bereits Gegenstand schweizerischer Demarchen war. Damit wurde unser Interesse an einer Mitwirkung bekundet.

Dem allfälligen Einwand, den Beitrittskandidaten müsse deshalb Priorität eingeräumt werden, weil die in Diskussionen stehenden Vorschläge den späteren Beitritt erleichtern sollen, könnte mit dem Argument begegnet werden, dass auch die schweizerische Zielsetzung auf die Schaffung eines erweiterten europäischen Marktes ausgerichtet bleibt. Die erwähnte Erklärung von Bundesrat Schaffner vom 27. Juni enthält diesbezügliche Angaben, die auch die

---

9. *Vgl. dazu das Memorandum von M. Troendle an K. G. Kiesinger vom 7. März 1968,* dodis.ch/33522; *das Telegramm Nr. 114 von P. Dupont an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. März 1968; das Telegramm Nr. 45 der schweizerischen Botschaft in Rom an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. März 1968 sowie das Telegramm Nr. 40 von P. H. Wurth an P. R Jolles, A. Weitnauer und J. Iselin vom 8. März 1968,* E2807#1974/12#382* (060-11). *Vgl. ferner die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 9. März 1968,* dodis.ch/33523.

10. *Vgl. dazu Dok. 81,* dodis.ch/32905, *Anm. 16.*

11. *Zur Frage der Patente vgl. Dok. 162,* dodis.ch/32504 *und zur Frage der Technologie Dok. 178,* dodis.ch/33038.

schweizerische Stellungnahme zu den politischen Zielen umreissen. An dieser Einstellung hat sich nichts geändert. Im übrigen scheint nach bisherigen Informationen die EWG nicht bereit zu sein, eine spezifische Verpflichtung bezüglich des späteren Überganges der Vorschaltphase auf einen Beitritt zu übernehmen. Somit lässt sich eine Unterscheidung zwischen Beitrittskandidaten und Ländern wie der Schweiz unter keinem Gesichtspunkt rechtfertigen.

69

dodis.ch/32480

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Conseil de l'Europe; Séance avec la délégation suisse à l'Assemblée consultative[2]; 13 mars, 14 h 30

Confidentielle *[Berne,]* 5 mars 1968

Vu le temps limité dont vous disposez, nous avons pensé que vous pourriez ouvrir la séance en faisant un *tour d'horizon* pour exposer notre conception du rôle de l'Assemblée et du Conseil en général et mentionner les principaux problèmes du moment. Cet exposé, qui serait suivi d'une discussion, précédera trois exposés sur *l'intégration européenne*[3] (M. Iselin), la *politique et la coopération scientifique*[4] (M. Vallotton) et la *réforme éventuelle des structures du Conseil*[5] (M. Gagnebin). En cas de besoin, ces trois derniers sujets pourraient être traités en votre absence.

Nous avons préparé, à votre attention, le canevas suivant d'un exposé général:

1) Conformément au statut du Conseil, les représentants à l'Assemblée siègent à titre personnel. Cette indépendance est bénéfique, car elle permet de lancer librement des idées nouvelles et de susciter des actions gouvernementales (exemple: lutte contre la pollution des eaux[6], collaboration technologique[7]). La Suisse a des intérêts identiques à défendre dans les deux grands organes du Conseil. Des échanges du vues entre le Conseil fédéral et nos parlementaires sont donc souhaitables, même s'ils n'ont pas pour but d'aboutir à une identité de vues.

Nous attachons une grande importance à l'Assemblée et au rôle de notre délégation. Les activités de l'Assemblée intéressent le grand public, qui ne sait

1. *Notice:* E2807#1974/12#410* (071-06). *Rédigée par F. Pictet et signée par E. Thalmann.*
2. *Cf. le procès-verbal de cette séance du 30 avril 1968,* dodis.ch/32481.
3. *Exposé de J. Iselin* Europäische Integration: Vorschläge für ein handelspolitisches Arrangement *du 30 avril 1968,* dodis.ch/30866. *Cf. aussi doc. 145,* dodis.ch/33236.
4. *Exposé de E. Valloton du 30 avril 1968,* dodis.ch/33681.
5. *D. Gagnebin n'a pas pris part à la séance du 30 avril. Cf. le procès-verbal de cette séance,* dodis.ch/32481, *p. 1.*
6. *Cf. doss.* E2003A#1980/85#190* (o.121.320.11).
7. *Sur la collaboration technologique en Europe, cf. doc. 178,* dodis.ch/33038. *Sur le Conseil de l'Europe, cf. doss.* E2003A#1980/85#993* (o.320.021.2).

pas grand chose de ce qui se fait au niveau gouvernemental; dans l'opinion, le Conseil, c'est surtout l'Assemblée. C'est d'ailleurs ce côté parlementaire qui fait l'originalité principale de l'Organisation. N'oublions pas que le Conseil est la plus ancienne organisation européenne[8] et qu'il est issu d'un mouvement populaire. Le fait qu'il n'a jamais eu un caractère technocratique prédominant lui vaut de garder la faveur du public.

Les contacts personnels que les délégués peuvent avoir avec leurs collègues de l'AELE *et aussi de la CEE* nous sont très utiles. C'est une occasion unique de faire connaître notre position au sein des autres parlements.

2) Sur le plan gouvernemental, la collaboration suisse avec le Conseil demeure intense et se déroule harmonieusement. L'affaire de *Carona*[9] a pourtant quelque peu troublé nos relations avec le secrétaire général. Ce projet a dû être abandonné, ce dont M. Smithers a conçu de l'amertume. Ce moment difficile s'achève et le climat se rassérène. Nous inviterons le secrétaire général prochainement à Berne[10] pour mettre un point final à l'affaire et constater que celle-ci ne met pas en cause notre volonté de coopération avec le Conseil. Il paraît aussi que le soin avec lequel nous suivons les travaux des experts, l'attention que nous portons aux questions budgétaires et la lutte que nous menons contre les dépenses exagérées et les doubles emplois sont parfois interprétés comme les indices d'un esprit négatif. Rien n'est plus faux.

Il reste néanmoins que le secrétariat passe par une phase de transition. M. Smithers est un homme susceptible qui nourrit de grandes ambitions. Dans certains domaines, il mène une politique personnelle, parfois contre la volonté des Etats membres. Il n'est pas toujours bien entouré. Quelques-uns de ses collaborateurs agissent à son insu et donnent l'impression de vouloir jouer l'Assemblée contre les ministres et vice versa. Le départ de M. *Modinos* va priver le secrétariat d'un homme de grande valeur qui était un élément pondérateur. Aucun des deux successeurs proposés (le Turc Akbil et l'Italien Sforza) n'ont vraiment l'envergure nécessaire. Le risque existe que le Conseil entre dans une période de faiblesse, surtout si le Conseil ne fait pas appel à une personnalité de premier plan pour succéder l'an prochain à M. Smithers[11].

3) Le *rôle* du Conseil est double

a) il est d'abord un *instrument permanent de coopération européenne dans les domaines juridique et technique*, à même de trouver des solutions embrassant les Six et les Sept, ce qui facilite à long terme le rapprochement des

---

8. *Cf. DDS, vol. 17, doc. 115,* dodis.ch/4429; *DDS, vol. 18, doc. 1,* dodis.ch/5020; *DDS, vol. 21, doc. 76,* dodis.ch/15520 *et DDS, vol. 22, doc. 120,* dodis.ch/30487.

9. *Sur la «Fondazione Celestina, Rencontres Européennes d'Arbea», cf. la notice de H.-P. Tschudi aux membres du Conseil fédéral du 17 octobre 1967,* dodis.ch/33685; *le lettre de P. Smithers à W. Spühler du 8 février 1968,* dodis.ch/33686 *et la notice de E. Thalmann à W. Spühler du 9 février 1967,* dodis.ch/33687. *L'affaire a été discutée par le Conseil fédéral, cf. le PVCF délibératif de la 61ème séance du 29 septembre 1967, p. 1 et le PVCF délibératif de la 67ème séance du 24 octobre 1967,* E1003#1994/26#8*, *p. 2*.

10. *Sur le déjeuner offert en l'honneur de P. Smithers le 18 novembre, cf. la notice de E. Thalmann du 18 novembre 1968,* E2807#1974/12#405* (071-01).

11. *L. Tončić-Sorinj a succédé à P. Smithers. Cf. aussi la lettre de P. Smithers à W. Spühler du 10 septembre 1969,* dodis.ch/33294.

deux groupes en évitant que chacun d'eux évolue isolément. La coopération européenne à Strasbourg est donc le prélude à l'intégration. Le *programme de travail* constitue le cadre de cette coopération, qui incombe au premier chef aux comités d'experts[12] et exige des administrations nationales un effort d'adaptation constant, une gymnastique intellectuelle fort utile. Dans ce domaine, l'Assemblée est le *catalyseur* des idées, elle donne des *impulsions*. Son rôle doit aussi être de faciliter l'adoption des conventions conclues par les gouvernements en *préparant le terrain dans les parlements nationaux*. Nous souhaitons cependant que l'Assemblée ne multiplie pas trop ses initiatives. Les gouvernements ne peuvent matériellement donner suite à toutes, et cette abondance engendre la lassitude. Il faudrait aussi éviter de voter des recommandations qui équivalent à empiéter sur les activités d'une autre organisation. Par exemple, la recommandation no 500[13] invitait les gouvernements membres du Conseil à convoquer une conférence des pays industrialisés pour définir une politique commune à la conférence UNCTAD de Delhi[14]. Or, l'OCDE[15] est en permanence, depuis des années, cet organe de coordination.

b) Le Conseil est aussi une *organisation politique* et cela sur le plan du Comité des ministres comme sur celui de l'Assemblée.

Selon le statut, cette activité devrait s'exercer dans le *cadre européen*. En fait, on constate que l'Assemblée déborde fréquemment ce cadre. Cela vient du fait que le secrétariat a tendance, lorsque la construction européenne marque le pas, de chercher un *dérivatif* en dehors du cercle des Etats membres. Exemple: les relations Est – Ouest[16] depuis deux ans.

4) En résumé, si l'on veut fixer des priorités, nous pensons que le Conseil devrait poursuivre, dans l'ordre, les objectifs suivants:

a) *La coopération entre les membres*, par un effort sans relâche en vue de faciliter la fin de la division économique de l'Europe occidentale. Les *conventions* jouent à cet égard un rôle capital. Nous allons probablement pouvoir en

---

12. *Pour un aperçu des organes et comités du Conseil de l'Europe dans lesquels la Suisse est représentée, cf. la notice de la Division des organisations internationales du Département politique du 20 septembre 1968,* dodis.ch/32482. *Sur la question de la scolarisation des enfants des travailleurs immigrés, cf. doc. 166,* dodis.ch/32356.

13. Recommandation 500 relative aux relations entre l'Europe et les pays en voie de développement dans le cadre de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement (CNUCED – UNCTAD) *du Conseil de l'Europe du 27 septembre 1967,* E2003A#1980/85#115* (o.121.21).

14. *Sur la deuxième conférence de la CNUCED à New Delhi du 1er février au 29 mars 1968, cf. la notice de P. R. Jolles du 12 février 1968,* dodis.ch/33682; *la notice de P. R. Jolles du 2 avril 1968,* dodis.ch/33683 *et le PVCF N° 1343 du 28 août 1968,* E1004.1#1000/9#737*. *Sur la CNUCED en général, cf. le PVCF N° 1319 du 11 août 1967*, dodis.ch/32987; *la déclaration d'ouverture de P. R. Jolles et la déclaration suisse sur l'intégration régionale entre pays en voie de développement à la cinquième session du Conseil de la CNUCED d'août 1967,* dodis.ch/32988 *et* dodis.ch/32989.

15. *Sur les relations de l'OCDE avec les pays en voie de développement, cf. le PVCF N° 250 du 12 février 1969,* dodis.ch/33693. *Sur le CAD, cf. doc. 125,* dodis.ch/32843. *Sur l'OCDE en général, cf. doc. 71,* dodis.ch/33017 *et doc. 128,* dodis.ch/33024.

16. *Cf. le* Protokoll der Schweizer Delegation beim Europarat Sitzung *du 8 mars 1967*, dodis.ch/33633.

signer prochainement plusieurs. La signature éventuelle de la Convention des droits de l'homme[17] retient toute notre attention. Il serait bon que la délégation parlementaire veille à préparer le terrain aux Chambres fédérales.

b) Maintien de la *cohésion interne*. La situation en Grèce[18] a jeté un trouble profond dans le Conseil. Les initiatives des scandinaves sont excessives (appui au parti de M. André Papandreou) et peuvent avoir de graves conséquences. En raison de sa neutralité, la Suisse doit agir avec modération et chercher des solutions constructives. Cette attitude n'exclut pas la fermeté, car nous ne pouvons fermer les yeux sur une violation du statut (cf. votre intervention à Paris en décembre[19]). Ce genre de pression ferme, mais sans brutalité, aura sûrement plus d'effet que des démarches qui pousseraient la Grèce aux extrémités.

c) *Relations avec le reste du monde*. Il serait faux que le Conseil vive en vase clos sans tenir compte de l'évolution du monde qui l'entoure et qui a beaucoup changé depuis sa fondation. Mais il importe d'éviter une dispersion excessive qui aboutit d'ailleurs à des résultats parfois contradictoires. *Le comité des ministres n'a pas l'intention de donner suite à des recommandations de l'Assemblée qui concernent des problèmes étrangers à l'Europe.* Il est regrettable que le greffe paraisse entretenir sur ce point les illusions de l'Assemblée.

Le problème des *relations avec l'Europe orientale* est très important. La Suisse neutre est intéressée à ce que la détente progresse et à ce que le Conseil ne soit pas confondu, comme il l'est encore parfois en Europe orientale, avec une filiale de l'OTAN. La détente est cependant un objectif à long terme qui ne doit pas nous détourner de l'objectif principal: l'union plus étroite entre les membres du Conseil. Dans tous les cas, le rôle du Conseil ne peut être que modeste car la détente en Europe est étroitement liée au règlement du problème allemand[20] par les superpuissances. Par la force des choses, le champ d'action du Conseil est donc limité au domaine technique. Sur ce plan, le Conseil a sans doute une carte à jouer, bien que le Secrétaire général ne paraisse pas toujours juger la situation de l'Est avec réalisme et objectivité. Il est convaincu que l'Europe orientale éprouve un vif intérêt pour une collaboration multilatérale avec l'ouest et qu'elle cherche un forum approprié, et craint d'être pris de vitesse par d'autres organisations (CEE-ONU, UNESCO). L'exactitude de cette thèse n'est pas vérifiée. La méfiance envers le Conseil demeure grande en URSS (exemple récent: l'URSS s'est opposée à New York à ce que le Conseil soit invité comme observateur à la conférence des Nations Unies sur les droits de l'homme à Téhéran[21]). Les autres pays d'Europe orientale ne disposent pas

---

17. *Sur la Convention européenne des droits de l'homme, cf. DDS, vol. 23, doc. 141,* dodis.ch/31820; *le discours de W. Spühler à la manifestation publique pour le suffrage féminin du 1er février 1968,* dodis.ch/34084; *le PVCF N° 420 du 20 mars 1968,* dodis.ch/33645; *l'exposé de H. Langenbacher à la séance des déléguées de l'Association suisse pour le suffrage féminin les 15 et 16 juin 1968 à Lucerne,* dodis.ch/34085 *et le PVCF N° 1964 du 9 décembre 1968,* dodis.ch/33644.

18. *Cf. doc. 36,* dodis.ch/32733 *et doc. 186,* dodis.ch/33247.

19. *Déclaration de W. Spühler à Paris du 11 décembre 1967,* dodis.ch/32751.

20. *Cf. doc. 5,* dodis.ch/32461.

21. *Cf. doc. 80,* dodis.ch/33245.

encore d'une liberté de mouvement suffisante. En ce qui concerne l'Assemblée, le fait qu'il n'y a pas de communistes dans les délégations nationales, les invitations faites à des parlementaires américains aussi réactionnaires que M. W. Hayes[22], l'existence de la commission des nations non représentées jouent un rôle négatif.

Quoi qu'il en soit, à l'Est comme à l'Ouest, la plupart des pays ont une politique étrangère active et cherchent à améliorer leurs relations sur une base *bilatérale* de façon à en tirer un avantage politique (échanges commerciaux etc.). La détente est d'abord une affaire *intergouvernementale* où le plan bilatéral a la priorité, le multilatéral devant se contenter des résidus. On pourrait dire que le domaine laissé aux organisations internationales représente ici le plus petit commun dénominateur des membres. Pour la Suisse, qui n'a pas une politique étrangère aussi active avec les pays de l'Est, les activités multilatérales revêtent pourtant un plus grand intérêt. L'attitude que nous avons jusqu'à présent défendue au Comité des ministres (contacts techniques, l'initiative devant être prise par les pays de l'Est) correspond au mandat donné à M. Smithers et demeure valable.

22. *Il s'agit de W. Hays.*

70

dodis.ch/32884

L'Ambassadeur de Suisse à Helsinki, J.-J. de Tribolet, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Helsinki, 6 mars 1968

Le Président du Parlement finlandais, le Dr. Johannes Virolainen, sera les 13 et 14 mars prochains l'hôte à Berne des Présidents du Conseil national et du Conseil des Etats[2]. Il prononcera à l'Hôtel Bellevue, le 13 mars à 17.00 heures, une conférence en langue allemande, intitulée «Die Stellung Finnlands in der heutigen weltpolitischen Situation»[3].

Je désire vous rappeler à cette occasion que depuis que j'occupe le poste d'Ambassadeur en Finlande, j'ai eu deux fois lieu de constater que notre Administration entretenait au sujet de la neutralité finnoise[4] une opinion plutôt réservée.

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#2235* (B.25.31.6). *Annotation manuscrite dans la marge de P. Micheli:* M. Miesch prière de voir avec M. Natural si le rapport N° 3 de M. de T*[ribolet]* devrait être communiqué à M. Conzett. Il faudra préparer une réponse. *Deuxième annotation manuscrite:* noté.

2. *H. Conzett et E. Wipfli.*

3. *Doss. come note 1. Sur la visite de J. Virolainen, cf. aussi la lettre de J.-J. de Tribolet à P. Micheli du 16 août 1967,* dodis.ch/32883.

Le Professeur Bindschedler m'a déclaré naguère que cette réserve était partagée en son temps par la Suède et par l'Autriche et que c'est pour cela que la Finlande n'avait pas été priée de participer aux consultations[5] qui ont eu lieu entre nous et ces deux pays pour accorder les attitudes des neutres vis-à-vis de la CEE.

Plus récemment, alors que je m'entretenais de l'intérêt des Finlandais à consulter la Suisse avec M. Janner, ce dernier m'a fait une question assez dure pour la Finlande: «Pourrait-on être sûr que Kekkonen n'irait pas répéter certaines choses aux Russes?»

Comme vous le savez, lors de la rencontre des Ministres de l'EFTA à Lausanne[6], M. Karjalainen a effectivement fait à M. le Conseiller fédéral Schaffner des ouvertures dans ce sens. Les instructions que j'ai reçues à ce sujet de la Division du Commerce et que vous avez approuvées m'obligent à me taire et à attendre que les Finlandais confirment leur désir. Ils le feront peut-être par le canal de leur nouvel Ambassadeur[7] à Berne.

Il me semble ainsi que nous ne sommes plus aussi méfiants que naguère vis-à-vis de la neutralité finnoise.

Quoi qu'il en soit, la visite de M. Virolainen pourrait offrir à nos parlementaires l'occasion de sonder leur hôte sur les aspects de la neutralité finnoise dans lesquels le Département estime ne pas voir encore très clair.

C'est pourquoi aussi il m'a paru opportun de passer en revue dans mon rapport politique N° 3[8], celles des dernières déclarations de M. Kekkonnen et de M. Karjalainen qui me semblent apporter le plus de lumière sur ce sujet.

D'autre part, comme M. Virolainen a été lui-même Ministre des Affaires Etrangères et qu'il appartient au même parti que le Président Kekkonen et que le Ministre des Affaires Etrangères Karjalainen, je pense que le Département politique trouvera bon d'envoyer quelqu'un écouter sa conférence.

Je prendrai naturellement connaissance avec le plus grand intérêt de celles des déclarations faites par M. Virolainen à cette occasion qui auront paru le plus intéressantes à votre observateur, ainsi que de celles qu'il exprimera peut-être en cours de conversation avec ses collègues suisses.

[...][9]

---

4. C*f. aussi la lettre de J.-J. de Tribolet à P. Micheli du 29 novembre 1968,* dodis.ch/32888.

5. *Sur les consultations entre l'Autriche, la Suisse et la Suède, cf. DDS, vol. 22, doc. 6,* dodis.ch/30122; *doc. 17,* dodis.ch/30126; *doc. 42*, dodis.ch/30179; *doc. 46,* dodis.ch/30184; *doc. 74,* dodis.ch/30217, *en particulier note 3 et la notice de P. R. Jolles du 21 juin 1967,* dodis.ch/33846. *Sur les consultations avec l'Autriche, cf. DDS, vol. 23, doc. 148,* dodis.ch/31105 *et la notice* Beamtenbesprechung Schweiz/Österreich über Integrationsfragen 27./28. Juni 1968 in Bern *du 2 juillet 1968,* dodis.ch/33815. *Sur les consultations avec la Suède, cf. DDS, vol. 23, doc. 66,* dodis.ch/31196 *et les notices de J. Iselin du 5 avril 1967,* dodis.ch/33845 *et de janvier 1968,* dodis.ch/33844.

6. *Sur la conférence de l'AELE à Lausanne du 26 octobre, cf. le PVCF N° 1917 du 17 novembre 1967,* E1004.1#1000/9#728* *et le programme pour H. Schaffner du 20 octobre 1967,* E7001C#1978/59#776* (2520.08).

7. *B.-O. Alholm.*

8. *Rapport politique N° 3 de J.-J. de Tribolet à W. Spühler du 15 février 1968,* dodis.ch/32885.

9. *Pour le postscriptum, cf.* dodis.ch/32884.

71

dodis.ch/33017

Notiz für den Vorsteher des Departement des Innern, H.-P. Tschudi[1]

Bern, 7. März 1968

Die Ständige Wirtschaftdelegation hat sich an ihrer letzten Sitzung[2] mit verschiedenen hängigen OECD-Fragen befasst und in diesem Zusammenhang auch eine Aussprache über den Bericht[3] betreffend die Untersuchung der OECD über das technologische Gefälle zwischen den Mitgliedstaaten geführt. Herr Professor Hochstrasser hat an dieser Sitzung teilgenommen. Da dieser Bericht Gegenstand der Aussprache an der bevorstehenden dritten Konferenz der Wissenschaftsminister[4] bilden wird, hat mich die Ständige Wirtschaftsdelegation gebeten, Sie über die an unserer Sitzung zum Ausdruck gebrachten Erwägungen zu orientieren. Gleichzeitig beehre ich mich, Ihnen einen Textvorschlag für eine kurze schweizerische Stellungnahme zu unterbreiten (Beilage[5]).

Die in der Ständigen Wirtschaftsdelegation vertretenen schweizerischen Wirtschaftkreise hatten anlässlich einer ersten Aussprache im März v. J.[6] das der Umfrage zugrunde gelegte Frageschema als unrealistisch und für unsere Verhältnisse wirklichkeitsfremd empfunden. In der Folge wurde versucht, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, was aber aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich war. Dementsprechend hat unser Land an der Untersuchung der OECD über das technologische Gefälle nicht mitgewirkt. Dies bedeutet aber keineswegs, dass sich die Schweiz demonstrativ von der ganzen Angelegenheit distanzieren möchte. Wir haben im Gegenteil ein Interesse, den Bericht, nachdem er nun vorliegt, zur Kenntnis zu nehmen und zu untersuchen, ob daraus Schlussfolgerungen mit Bezug auf die industrielle Forschung in der Schweiz und die nationale Wissenschaftspolitik gezogen werden können. Dementsprechend ist der OECD-Bericht von der Handelsabteilung bereits einer Reihe von Persönlichkeiten der schweizerischen Wirtschaft unterbreitet worden; der Vorort hat seinerseits diesen Bericht seinen Sektionen zur Vernehmlassung zugestellt. Die meisten Antworten stehen noch aus; doch

---

1. *Notiz:* E3801#1975/8#267* (1-03.7). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*
2. *Sitzung vom 28. Februar 1968. Vgl. dazu die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 28. Februar 1968,* dodis.ch/33580.
3. Rapport général sur les écarts technologiques entre pays membres *des Komitees für Wissenschaftspolitik der OECD vom 2. Februar 1968,* E2001E#1980/83#735* (C.41.753.8.10).
4. *Zur Konferenz vom 11.–12. März in Paris vgl. das BR-Prot. Nr. 317 vom 28. Februar 1968,* E1004.1#1000/9#731*.
5. Entwurf einer schweizerischen Erklärung über das technologische Gefälle, E7113A#1979/23#338* (771.2).
6. *Vgl. das Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 22. März 1967,* dodis.ch/33314.

überwog in der Ständigen Wirtschaftdelegation die Auffassung, der Bericht sei realistischer ausgefallen, als befürchtet wurde, und trage jedenfalls dazu bei, allzu einseitige und simplifizierte Vorstellungen über das technologische Gefälle zu korrigieren. Demgegenüber sind die Empfehlungen des Komitees für die Wissenschaftspolitik[7] über die an der Konferenz der Wissenschaftsminister zu diskutierenden Fragen und insbesondere die im Entwurf des Pressecommuniqués[8] enthaltenen Schlussfolgerungen zum Teil als unrealistisch und irreführend formuliert empfunden worden. Insbesondere wird von einer betont etatistischen Konzeption ausgegangen, die dem heutigen Stand der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht genügend Rechnung zu tragen und die Möglichkeit staatlicher Lenkungsmassnahmen zu überschätzen scheint. Auch dieser Umstand führt nicht etwa zum Schluss, dass sich die Schweiz jeglichen Kommentars enthalten sollte. Die Schweiz wird ihre Zustimmung zum Pressecommuniqué nicht verweigern können, und es ist daher umso wichtiger, dass sie in der Diskussion ihre grundsätzliche Auffassung über die Optik, in der wir die Zusammenhänge sehen, zum Ausdruck bringt. Eine hochspezialisierte Industrie wie die schweizerische ist an technologischen Belangen natürlich stark interessiert und kann Anspruch erheben, bei Fragen der internationalen Zusammenarbeit ein massgebliches Wort mitzusprechen. Auch wird die Technologie gegenwärtig von verschiedenen Seiten zum Angelpunkt für pragmatische europäische Integrationslösungen[9] gemacht, sodass auch aus diesem weiteren Grund ein Eintreten der Schweiz auf den ganzen Fragenkomplex gegeben erscheint.

Von diesen Überlegungen ausgehend, kam die Ständige Wirtschaftsdelegation zum Schluss, Ihnen folgendes Vorgehen zu empfehlen:

1. Bekundung des grundsätzlichen schweizerischen Interesses;
2. Hinweis auf unsere privatwirtschaftliche Konzeption;
3. Spezifische Zustimmung zu denjenigen Anregungen des Wissenschaftskomitees, die unserer Konzeption entsprechen, wie z. B. Begünstigung der Forschung durch eine entsprechend massvolle Steuerpolitik und Abbau staatlicher Schranken, Erweiterung der Märkte, Förderung des internationalen Erfahrungsaustausches.

Auf diesen Gesichtspunkten beruht der beiliegende Text einer kurzen schweizerischen Erklärung.

Was die Fragen der Grundlagenforschung anbetrifft, die ebenfalls in Paris zur Diskussion stehen werden, hat die Ständige Wirtschaftsdelegation auf eine Meinungsäusserung verzichtet. Es wurde lediglich die Frage aufgeworfen, ob es zweckmässig sei, schon jetzt die Äufnung eines besonderen Fonds ins Auge zu fassen. Diese Zweifel wurden durch die Tatsache bestärkt, dass offenbar noch gar kein konkretes Programm vorliegt, das aus diesem Fonds finanziert werden könnte, und die Erfahrungen des

---

7. *Notiz des Komitees für Wissenschaftspolitik der OECD vom 26. Januar 1968, Doss. wie Anm. 3.*

8. *Notiz des Sekretariats der OECD* Troisième Conférence Ministérielle sur la Science. Note sur la préparation du Communiqué de Presse, E2001E#1980/83#790* (C.41.780.0).

9. *Vgl. dazu Dok. 178,* dodis.ch/33038.

Euratom[10] als abschreckendes Beispiel gelten müssen. Im übrigen hat der Vertreter der Eidg. Finanzverwaltung[11] die Stellungnahme seines Departements vorbehalten.

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 66,* dodis.ch/10187.
11. *M. Redli.*

72

dodis.ch/32796

Der Vizedirektor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in Guatemala, J. Humbert[1]

Die regionalen Entwicklungsbanken

Bern, 13. März 1968

Auf Grund der Lektüre des Kreisschreibens Nr. 2 der 5. Session des Rates der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung[2] erkundigten[3] Sie sich nach der schweizerischen Haltung gegenüber den regionalen Entwicklungsbanken. Wir möchten Sie zu Ihrer persönlichen Orientierung wie folgt informieren:

Für die Schweiz handelt es sich im wesentlichen darum, jeweils die den Besonderheiten des Einzelfalls entsprechende Lösung für die Beziehungen zu den regionalen Entwicklungsbanken zu finden. Dabei braucht die schweizerische Beteiligung bzw. Mitwirkung nicht die Form einer Kapitalzeichnung anzunehmen. Ferner muss dabei auch die derzeitige Lage der Bundesfinanzen in Rechnung gestellt werden, wie die nachfolgenden vier Beispiele zeigen.

1. Die Interamerikanische Entwicklungsbank[4] hat ihre Mitgliedschaft zum vorneherein auf die Länder der Region beschränkt. Sie suchte aber bald einmal die Kapitalbasis zu erweitern, indem sie ausserregionale Länder um die Gewährung von Krediten ersuchte oder in diesen Staaten Anleihen aufnahm; dabei war aber bisher nie die Rede davon, die Mitgliedschaft auf diese Länder auszudehnen. Sie wandte sich infolgedessen auch an die schweizerischen Behörden und Banken. Angesichts der grossen Bedeutung Lateinamerikas für die schweizerische Exportwirtschaft konnten uns diese Bestrebungen nicht

1. *Schreiben:* E2200.199#1982/166#75* (531.0). *Verfasst von A. Fankhauser.*
2. *Vgl. den Bericht der Schweizer Delegation bei der 5. UNCTAD-Sitzung vom 15. August bis zum 9. September 1967,* E7110#1978/50#322* (799.1.3.0).
3. *Schreiben von J. Humbert an P. R. Jolles vom 17. Oktober 1967, ibid. Vgl. ferner das Schreiben von J. Humbert an P. R. Jolles vom 13. Februar 1968,* E7110#1979/14#315* (799.1.3.0). *Für die Antwort vgl. das Schreiben von J. Humbert an P. R. Jolles vom 27. März 1968, ibid.*
4. *Zur Interamerikanischen Entwicklungsbank und der schweizerischen Anleihe von 60 Mio. Fr. vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 150,* dodis.ch/30945. *Vgl. ferner das Schreiben von F. Schnyder an P. Micheli und P. R. Jolles vom 12. Mai 1967,* dodis.ch/34000; *die Notiz über den Besuch einer Mission der Interamerikanischen Entwicklungsbank in der Schweiz von H. Hofer vom 8. Juni 1967,* dodis.ch/34004; *das Schreiben von H. Bühler an E. Bernath vom 19. Dezember 1968,* dodis.ch/32815 *sowie Doss.* E2001E#1978/84#7273* (C.41.731.1).

gleichgültig lassen. Wie Sie wissen, kam es dann zu einer Anleihe auf dem schweizerischen Kapitalmarkt. Wie wir Ihnen vertraulich mitteilen können, ist eine zweite Anleihe[5] für Ende dieses Jahres geplant, sofern sich die Verhältnisse am schweizerischen Kapitalmarkte nicht wesentlich ändern. In der Zwischenzeit hat übrigens die Bank den Grundsatz stipuliert, dass Lieferungen für Projekte, die von der Bank finanziert werden, nur noch an Firmen in Ländern vergeben werden dürfen, die der Bank annähernd im gleichen Masse Kapital zur Verfügung stellen. So sind zum Beispiel französische Lieferanten zurzeit von den Ausschreibungen ausgeschlossen.

2. Im Gegensatz zu der Interamerikanischen und der Afrikanischen Entwicklungsbank, die beide früher gegründet wurden, sind bei der Asiatischen Entwicklungsbank[6] von Anbeginn an die ausserregionalen Industriestaaten und zwar auch die Ostländer zur Kapitalzeichnung eingeladen worden. Heute beträgt die Kapitalzeichnung der westlichen ausserregionalen Länder 350 Mio. Dollar bei einem gezeichneten Gesamtkapital von annähernd 1 Milliarde Dollar[7]. Frankreich ist als einziges westliches Industrieland dieser Institution ferngeblieben. Die Schweiz wurde gleichzeitig wie die andern Länder zur Mitwirkung eingeladen, vollzog den Beitritt aber erst, nachdem das Institut gegründet worden war. Für die schweizerischen Erwägungen, die zum Beitritt führten, dürfen wir Sie auf die Botschaft vom 2. Juni 1967[8] verweisen.

3. Dem amerikanischen Beispiel folgend haben die afrikanischen Staaten noch vor den asiatischen Ländern eine Entwicklungsbank[9] gegründet. Dabei wurden ausserregionale Länder nicht aufgenommen, weil die afrikanischen Staaten strikt unter sich bleiben wollten. Die Arbeiten dieses Institutes kommen nur langsam vom Fleck. Schon die Einstellung des qualifizierten Personals, bei dem es sich gemäss Statuten wenn immer möglich um Afrikaner handeln sollte, bereitet Schwierigkeiten. Der Bank mangelt aber insbesondere ein Kredit-«Standing», das es ihr erlauben würde, Fremdgelder von ausserafri-

---

5. *Vgl. dazu die* Notiz über die Sitzung vom 6. März 1968 mit Vertretern der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) *von H.-U. Greiner vom 7. März 1968,* E7110#1979/14#2041* (853.3.3) *sowie die Notiz von R. Probst an E. Léchot vom 8. April 1968,* E7110#1979/14#2043* (853.5).

6. *Zur Asiatischen Entwicklungsbank vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 121,* dodis.ch/31703; *das Schreiben von P. R. Jolles an B. Müller, K. Locher, H. Zoelly und O. Morand vom 7. Februar 1967,* dodis.ch/32803; *die Notiz der Handelsabteilung vom 2. August 1967,* dodis.ch/30854; *das Protokoll der Sitzung vom 12. September 1967 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 20. September 1967,* dodis.ch/32213; *die Notiz von B. de Riedmatten vom 19. Oktober 1967,* dodis.ch/32810 *und das Protokoll der Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaft des Ständerats vom 20. November 1967,* dodis.ch/32212.

7. *Fussnote im Originaltext:* was der Bank mit den 200 Mio., die Japan zeichnete, ein gutes Kreditstanding verleiht.

8. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank *vom 2. Juni 1967, BBl, 1967, I, S. 1082–1126. Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 945 vom 2. Juni 1967,* dodis.ch/32805 *sowie das BR-Prot. Nr. 2125 vom 18. Dezember 1967,* E1004.1#1000/9#729*.

9. *Zur Afrikanischen Entwicklungsbank vgl. das Rundschreiben von H. Bühler vom 2. Dezember 1964,* dodis.ch/31736 *und das Schreiben von P. R. Jolles an H. Monfrini vom 15. Dezember 1967,* dodis.ch/32799.

kanischen Ländern zu konventionellen Bedingungen entgegenzunehmen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank ist hier wesentlich besser gestellt, weil ihr die Kapitalzeichnung der Vereinigten Staaten, die ungefähr 2/5 des gesamten Kapitals beträgt, das nötige Kreditstanding verleiht, um in den Vereinigten Staaten und andern Industrieländern Gelder beschaffen zu können. (Wie erwähnt, hat die Asiatische Bank den Fehler der Afrikanischen Bank nicht wiederholt; sie befasst sich denn auch bereits mit Vorbereitungsarbeiten für die Aufnahme von Anleihen in den Vereinigten Staaten.) Die Leitung der Afrikanischen Entwicklungsbank ist nunmehr bestrebt, den in den Statuten vorgesehenen Fonds, aus dem Darlehen zu weichen Bedingungen gewährt werden sollen, mit Mitteln zu alimentieren, indem sie die Industrieländer zur Mitwirkung einlud. Deren Reaktion war unterschiedlich; eine überschwengliche Begeisterung war jedoch nirgends festzustellen. Wir haben das erste nicht präzis gefasste Begehren[10] zur Prüfung entgegengenommen, haben uns aber bisher wie andere Länder aufs Abwarten verlegt und eine endgültige Stellungnahme vermieden. Die Einzelheiten des Projektes sind uns bisher nicht zur Prüfung vorgelegt worden.

4. Für die Zentralamerikanische Integrationsbank[11] wäre die Auflage einer Anleihe in der Schweiz nicht möglich gewesen. Es zeigte sich aber auch bald, dass die Banken nicht bereit waren, diesem Institut einen langfristigen Kredit ohne ERG-Deckung zur Verfügung zu stellen. Da wir aber hier aus den Ihnen bekannten Gründen nicht abseits stehen konnten, wurde für eine schweizerische Unterstützung die unter den vorliegenden Umständen einzig mögliche Lösung eines Rahmenkreditabkommens[12] gewählt, worüber Sie ja informiert sind.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen werden Sie aber auch verstehen, weshalb wir einen schweizerischen Vorstoss auf Erweiterung der Mitgliedschaft[13] oder auch nur Sondierungen oder Anregungen in dieser Richtung nicht als angezeigt erachten können.

Zusammenfassend möchten wir deshalb bemerken, dass es sich auch in Zukunft darum handeln dürfte, in Berücksichtigung der Finanzlage des Bundes, im Einzelfall eine den gegebenen Verhältnissen und den schweizerischen Interessen entsprechende Lösung zu finden. Schon aus innenpolitischer Rücksichtnahme können wir uns bei derartigen Finanzierungsaktionen multilateraler Institute nicht vordrängen. Auf dem Gebiet der multilateralen Finanzhilfe wird ohnehin der Prüfung der Frage des eventuellen Beitritts der Schweiz zu Weltbank und Währungsfonds[14] für die nächste Zeit die Priorität vor allen andern Projekten zukommen.

---

10. *Vgl. das Aide-mémoire der Afrikanischen Entwicklungsbank vom 29. November 1966 sowie das Schreiben von M. A. Alamoody an H. Monfrini vom 2. November 1967,* E2001E#1978/84#1318* (C.41.731); *vgl. ferner Doss.* E2001E#1980/83#720* (C.41.731.0).

11. *Zur Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration vgl. die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 22. Dezember 1966,* dodis.ch/31404.

12. *Zur Gewährung eines Rahmenkredites von 20 Mio. Fr. an die Zentralamerikanische Integrationsbank vgl. das BR-Prot. Nr. 1228 vom 24. Juni 1967,* dodis.ch/32812.

13. *Fussnote im Originaltext:* auf (westeuropäische) Industrieländer.

14. *Vgl. das Schreiben von P. R. Jolles an G. Woods vom 12. Januar 1967,* dodis.ch/32816; *das*

Wir möchten nicht unterlassen, Ihnen für das bekundete grosse Interesse in dieser Frage sehr zu danken. Wir möchten Ihnen bei dieser Gelegenheit zur Wahl auf Ihren neuen Posten[15] die besten Wünsche entbieten und möchten hoffen, dass Ihnen unsere Ausführungen auch in Ihrem neuen Arbeitsbereich noch von Nutzen sein werden.

BR-Prot. Nr. 74 vom 17. Januar 1968, dodis.ch/32216; *das Schreiben von F. Schnyder an P. Micheli vom 10. Dezember 1968,* dodis.ch/32817; *das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer vom 4. Februar 1969,* dodis.ch/32818; *die Notiz von R. Wilhelm vom August 1969,* dodis.ch/32821; *das BR-Prot. Nr. 246 vom 10. Februar 1967,* E1004.1#1000/9#718*; *die Notiz* Das Verhältnis der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung *vom 31. Juli 1968,* E2005A#1980/82#5* (t.311). *Zur schweizerischen Anleihe an die Weltbank vgl. ferner Doss.* E2001E-01#1982/58#499* (C.41.103.2.01).

15. *Ernennung durch den Bundesrat zum Beobachter des Politischen Departements bei den internationalen Organisationen in Genf. Vgl. das BR-Prot. Nr. 199 vom 7. Februar 1968,* E1004.1#1000/9#730*.

73

dodis.ch/32304

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Verhandlungen über die Revision des schweizerisch-spanischen Sozialversicherungsabkommens aus dem Jahre 1959 in Madrid

Bern, 19. März 1968

In der Zeit vom 7. bis 14. März 1968 fanden in Madrid Verhandlungen zwischen einer schweizerischen und einer spanischen Delegation über die Revision des schweizerisch-spanischen Sozialversicherungsabkommens[2] statt. Schweizerischerseits waren die Herren Vizedirektor Dr. Motta, Dr. Hans Naef, Dr. Jean-Daniel Baechtold, Herr Charles Villars vom Bundesamt für Sozialversicherung und der Unterzeichnete anwesend; über die Zusammensetzung der spanischen Delegation orientiert beiliegende Teilnehmerliste[3].

Die Verhandlungen fanden in einer sehr freundschaftlichen und offenen Atmosphäre statt. Gelegentlich hatte man aber den Eindruck, dass sich die Mitglieder der spanischen Delegation für die Verhandlungen nicht gründlich vorbereitet hatten. Auch wurden sie immer wieder durch die ordentlichen Geschäfte absorbiert, was sich auf die Verhandlungen zum Teil verzögernd auswirkte. Manchmal wurden sie sich auch der Konsequenzen dieser oder jener Lösung für die spanische Seite nicht recht bewusst.

---

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1980/83#2147* (B.31.31.0.1). *Verfasst und unterzeichnet von M. Leippert. Kopie an die schweizerische Botschaft in Madrid und den politischen Dienst West des Politischen Departements.*

2. Abkommen zwischen der Schweiz und Spanien über soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll und Briefwechsel) *vom 21. September 1959, AS, 1960, S. 795–804.*

3. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

Die Verhandlungen haben zu einem gegenüber dem ersten spanischen Entwurf wesentlich anderen Text geführt, der sich teilweise an das Abkommen mit Italien[4], teilweise an jenes mit Luxemburg[5] anlehnt. Die Lösungen sind, was die Schweiz anbetrifft, äusserst günstig. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass die Spanier auf den einen oder andern Punkt noch zurückkommen könnten.

Die zweite Verhandlungsphase[6] ist für den Monat September in Bern vorgesehen. Vorher sollen innert drei Monaten die Delegationschefs[7] ihre allfälligen Bemerkungen[8] zum jetzigen Abkommensentwurf bekanntgeben. Die spanische Seite hätte es sogar gern gesehen, wenn nach diesen drei Monaten, d. h. noch vor dem neuen Zusammentreffen in Bern, das Abkommen[9] unterzeichnet werden könnte, um die zweite Verhandlungsphase in Bern in erster Linie der Ausarbeitung einer Verwaltungsvereinbarung zu widmen. Das Schlussprotokoll, das jeweils integrierender Bestandteil des Abkommens ist, konnte nicht mehr im Entwurf festgelegt werden; dagegen wurden die darin zu behandelnden Punkte am letzten Sitzungstag noch kurz besprochen.

Über einzelne Punkte sei folgendes kurz festgehalten:

1. Gegenüber dem jetzigen Abkommen aus dem Jahre 1959 werden auch die Versicherung gegen die Folgen von Invalidität, Familienzulagen sowie die Freizügigkeit in der Krankenversicherung vorgesehen.

2. Auf dem Gebiet der AHV wird die jetzige Minimalfrist für die Erwerbung einer ordentlichen Rente von fünf auf ein Jahr herabgesetzt. Gleich wie beim Italienerabkommen kann aber eine ordentliche Teilrente, die nicht mehr als 15% der ordentlichen Vollrente ausmacht, unter bestimmten Voraussetzungen ausgekauft werden.

3. Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung wurde eine gegenüber den bisherigen revidierten Abkommen neuartige Lösung getroffen. Diese besteht darin, dass die Invalidenversicherung sozusagen als reine Risikoversicherung geführt wird: Ein Spanier hat nur dann Anspruch auf Leistungen der schweizerischen Invalidenversicherung, wenn er in der Schweiz ist und invalid wird. Wird er in Spanien invalid, hat die spanische Sozialversicherung die Leistungen zu übernehmen. Dagegen kann eine in der Schweiz bereits zugesprochene Rente ins Ausland mitgenommen werden.

---

4. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 14. Dezember 1962, AS, 1964, S. 727–742. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 103,* dodis.ch/18769; *Dok. 169,* dodis.ch/18960 und *Dok. 180,* dodis.ch/18770.

5. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Grossherzogtum Luxemburg über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 3. Juni 1967, AS, 1969, S. 411–425. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 171,* dodis.ch/31661; *das Schreiben des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen an das Bundesamt für Sozialversicherung des Departements des Innern vom 27. April 1967,* dodis.ch/32322 *und das Referat von C. Motta vom 15. November 1968,* dodis.ch/32323.

6. *Zur zweiten Verhandlungsphase vom 8.–9. Januar 1969 vgl. die Notiz von M. Leippert vom 17. Januar 1969, Doss. wie Anm. 1.*

7. *C. Motta und A. Garcia Lahiguera.*

8. *Vgl. das Schreiben von C. Motta an F. Abella Martin vom 10. Dezember 1968,* dodis.ch/32305.

9. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Spanien über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 13. Oktober 1969, AS, 1970, S. 953–968.*

Diese Lösung für die IV war notwendig, weil nach der spanischen Sozialversicherungsgesetzgebung eine Rente für Invalidität grundsätzlich nur dann ausbezahlt wird, wenn einer vollständig invalid ist und das 45. Altersjahr erreicht hat, sofern er die sehr langen Beitragszeiten nachweisen kann, währenddem in der schweizerischen IV grundsätzlich schon bei einer 50%igen Invalidität nach einem Beitragsjahr eine Rente zugesprochen werden kann. Die getroffene Lösung ist eindeutig im schweizerischen Interesse, u. a. auch deshalb, weil die meisten spanischen Gastarbeiter innerhalb von 5 Jahren definitiv in die Heimat zurückkehren. Sie hat auch zur Folge, dass die schweizerischen Versicherungsorgane keine Invalidenfälle im Ausland abzuklären haben, was zu einer wesentlichen administrativen Vereinfachung führt.

4. In bezug auf die Unfallversicherung wurde die gleiche Regelung getroffen wie mit Luxemburg und Italien.

5. Ebenso ist vorgesehen, gegenseitig die Familienzulagen zu gewähren.

6. Bei den Unterstellungsbestimmungen ist in bezug auf die Angehörigen des diplomatischen und konsularischen Korps bzw. das auf dem Platz angestellte Personal die gleiche Regelung vorgesehen wie in früheren revidierten Sozialversicherungsabkommen. So sind die Angehörigen des diplomatischen und konsularischen Korps der heimatlichen Sozialversicherung unterstellt, währenddem die auf dem Platz Angestellten grundsätzlich der Gesetzgebung des Gastlandes unterstehen, aber die Möglichkeit haben, sich innert drei Monaten ebenfalls der Sozialversicherungsgesetzgebung ihres Heimatstaates anzuschliessen.

Das Schlussprotokoll wurde, wie schon erwähnt, nicht mehr zu Entwurf gebracht. Es ist aber vorgesehen, darin wie schon im ersten Abkommen die freiwillige AHV für Auslandschweizer aus dem Abkommen auszunehmen. Umgekehrt aber können die Schweizer, die nach der Schweiz zurückkehren, die spanische Sozialversicherung freiwillig fortführen. Auch können wie bisher die schweizerischen Lehrer an schweizerischen Schulen in Spanien von der spanischen Sozialversicherung ausgenommen werden, da sie der schweizerischen EVK unterstellt sind. Ebenso wird die Freizügigkeit in der Krankenversicherung unter bestimmten Bedingungen vorgesehen. Die Spanier haben ebenfalls wie Italien[10] die Frage aufgeworfen, ob die in Spanien wohnenden Familienangehörigen von in der Schweiz arbeitenden spanischen Gastarbeitern in die Krankenversicherung einbezogen werden können. Wir haben auf die Schwierigkeiten, die wir deswegen mit Italien haben, hingewiesen, worauf die Spanier nicht weiter insistierten.

Abschliessend ist noch festzuhalten, dass die spanische Haltung zur Emigration ihrer Angehörigen eine grundsätzlich andere zu sein scheint, als jene der italienischen Behörden. Spanien hat kein unbedingtes Interesse daran, dass seine Landsleute im Ausland bleiben. Es ist an einer Repatriierung interessiert, mit dem Hinweis darauf, dass es die Arbeitskräfte selber nötig habe. Nach offizieller Darstellung soll es in Spanien keine Arbeitslosen geben. Die meisten Spanier sollen denn auch in den ersten fünf Jahren definitiv nach Spanien zurückkehren.

---

10. *Vgl. dazu Dok. 56,* dodis.ch/32300.

74

dodis.ch/33240

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Dringend Bern, 20. März 1968

Anbei der Bericht[2] von Botschafter Schnyder über seine Gespräche in Washington. Die Amerikaner sind zufrieden über unsere Unterstützung i. S. *Beschleunigung Kennedy-Runde-Inkraftsetzung*[3], der Idee einer *Konferenz* gegenüber aber sehr negativ. Offenbar befürchten sie, dass die Franzosen, bzw. die EWG, eine solche Zusammenkunft nur zu Verschleppungsmanövern benutzen würden. Schade! Anderseits glaube ich, dass wir mit unserm Vorschlag[4] der EWG gegenüber gerade richtig liegen.

1. *Notiz:* E7001C#1982/115#962* (2540.1). *Unterzeichnet von A. Weitnauer.*
2. *Vgl. das Telegramm Nr. 148 von F. Schnyder an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 19. März 1968,* E7110#1979/14#2175* (804).
3. *Zur Inkraftsetzung der Zollsenkungen im Rahmen der Kennedy-Runde vgl. das BR-Prot. Nr. 2162 vom 22. Dezember 1967,* dodis.ch/33806; *den Bericht von R. Bosshard vom 22. September 1967,* dodis.ch/33937; *das BR-Prot. Nr. 2010 vom 10. Dezember 1968,* dodis.ch/33769; *das BR-Prot. Nr. 2065 vom 16. Dezember 1968,* dodis.ch/33775 *sowie das BR-Prot. Nr. 2226 vom 23. Dezember 1969,* dodis.ch/33786.
4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 127 von A. Weitnauer an die schweizerische Botschaft in Washington vom 18. März 1968,* dodis.ch/33765.

75

dodis.ch/32171

Bericht des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

Zusammenfassender Bericht über den Besuch von Herrn Mai Van Bo, Abgesandter der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) in Bern vom 19. bis 22. März 1968

Geheim Bern, 25. März 1968

1.) Es sei eingehend daran erinnert, dass der Aufenthalt Van Bos in Bern eine Erwiderung der Besuche darstellte, welche die Herren Botschafter Keller im Jahre 1966[2] und Rossetti im Februar 1968[3] von Peking aus den

1. *Bericht:* E2001E#1980/83#4510* (B.73.0.(07)). *Verfasst von H. Miesch und H. Kaufmann. Das Original ging an P. Micheli. Visiert von P. Micheli.*
2. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Keller an W. Spühler vom 22. Dezember 1966,* dodis.ch/31141.
3. *Vgl. dazu den Bericht von O. Rossetti vom 20. Februar 1968,* dodis.ch/32183 *sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 19. März 1968,* dodis.ch/32175.

Behörden in Hanoi abstatteten. Die Reise von Herrn Keller führte zu einer ersten Kontaktnahme, und es standen weiter die rein humanitären Belange im Vordergrund. Herr Rossetti sollte versuchen, die angebahnten Beziehungen zu institutionalisieren und anderseits den Vertretern der DRV – abgesehen von der Weiterführung der humanitären Hilfe seitens des SRK und auch des IKRK, d. h. Milderung des Loses der Kriegsopfer – die Bereitschaft der Schweiz zur allfälligen Leistung guter Dienste im Hinblick auf eine Beendigung des Konflikts sowie ferner die Möglichkeit eines Wirksamwerdens des IKRK oder der schweizerischen Behörden im Interesse der Kriegsgefangenen näher bringen[4]. Es ist in der Folge Herrn Rossetti gelungen, als Vertreter des EPD beim Aussenministerium der DRV anerkannt zu werden[5] und die Grundlagen für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu schaffen. Allerdings wurde seitens der DRV das Interesse an einer weiteren Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen bzw. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Ausdruck gebracht. Während einer Weiterführung einer humanitären Hilfe durch SRK und IKRK (Klinobox) seitens der DRV grosses Interesse entgegengebracht wurde, ergab sich, dass mit Bezug auf Kriegsgefangene und Friedensbemühungen im Augenblick schweizerischerseits über die Bereitschaftserklärung hinaus kaum etwas getan werden konnte. Herr Rossetti musste feststellen, dass das Vertrauen der DRV in einen schliesslichen Sieg über die amerikanischen und südvietnamesischen Streitkräfte zufolge des günstigen Verlaufs der Tet-Offensive auf einem Höhepunkt angelangt war und die San-Antonio-Formel Präsident Johnsons[6] abgelehnt wurde. In der Kriegsgefangenenfrage wurde die These vertreten, es gebe mangels einer Kriegserklärung keine Kriegsgefangenen und abgesehen davon sei für alle im Süden gefangenen feindlichen Kriegsteilnehmer der FNL zuständig. Diese zuletzt umrissenen Verhältnisse bestanden unvermindert weiter zur Zeit des Aufenthaltes des Herrn Mai Van Bo in Bern, welcher der von Hanoi angeregten und vom EPD vorgenommenen Einladung zum Gegenbesuch in der Schweiz schon rund einen Monat nach der Reise Rossettis Folge leistete. Das Aktionsfeld im Sinne der schweizerischen Ideen war somit von Anfang an beschränkt.

2.) Betreffend *Besuchsprogramm* sei auf die beiliegende Notiz[7] verwiesen.

3.) Die *Atmosphäre des Besuchs* kann als angenehm bezeichnet werden. Mai Van Bo war bestrebt, die Lage in Vietnam und die Haltung seiner Regierung in ruhigem Ton und so sachlich, wie es ihm möglich war, darzulegen. Insbesondere liess er in seinen Ausführungen in keinem Moment den starken Hass Oberhand gewinnen, den nach seinen Aussagen die Bevölkerung Vietnams gegen die Amerikaner empfindet. Auch wo er Wünsche an die Adresse der schweizerischen Regierung vortrug (offizielle Stellungnahme zum Vietnam-Konflikt

---

4. *Zur humanitären Hilfe der Schweiz in Vietnam vgl. das BR-Prot. Nr. 246 vom 14. Februar 1968,* dodis.ch/32188; *das BR-Prot. Nr. 247 vom 14. Februar 1968,* dodis.ch/32524 *sowie das Schreiben von E. Thalmann an O. Rossetti vom 7. Mai 1968,* dodis.ch/32189.

5. *Vgl. dazu die Notiz von H. Kaufmann vom 22. Juni 1967,* dodis.ch/32181.

6. *Vgl. dazu den Bericht von O. Rossetti vom 20. Februar 1968,* dodis.ch/32183.

7. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

und Aufnahme diplomatischer Beziehungen) blieb er zurückhaltend und insistierte nicht in ungebührlicher Weise. Die schweizerischen Erklärungen nahm er jeweils mit Aufmerksamkeit entgegen. Während der ganzen Zeit erwies sich Mai Van Bo als diplomatisch äusserst geschickter und zielbewusster, aber auch als höflicher und korrekter Vertreter seines Landes. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass er keinerlei Hand bot zur Verwirklichung irgendwelcher Vietnam-Demonstrationen in der Schweiz während seines Aufenthalts und dass er von der Möglichkeit, sich gegenüber der Presse auszusprechen, von einer unter nicht ganz klaren Verhältnissen vorgekommenen Ausnahme abgesehen, keinerlei Gebrauch machte. Es steht lediglich fest, dass er Kontakte hatte mit PdA-Vertretern[8], die für ihn einen Empfang veranstalteten.

4.) Mai Van Bo hatte offensichtlich den Auftrag, das von Herrn Rossetti geschaffene Vertrauensverhältnis mit dem Ziel der baldigen *Aufnahme diplomatischer Beziehungen*[9] weiter auszubauen. Wie er erwähnte, würde dieser Geste im jetzigen Augenblick seitens der DRV grösste Bedeutung beigemessen. Der Departementsvorsteher[10] erklärte demgegenüber, das bisher Geschehene sei ein Anfang. Es sei erfreulich, dass nun beidseitig die Türen für Besuche offen ständen. Die Aufnahme eigentlicher diplomatischer Beziehungen würde die Zustimmung des Parlaments voraussetzen und die entsprechende Prozedur nähme 6–9 Monate in Anspruch. Wir könnten also, wenn wir es auch wollten, nicht schon heute die diplomatischen Beziehungen aufnehmen. Alles brauche Zeit zum Reifen. Vorläufig hätten wir die nun etablierten Kontakte, die beiden Seiten dienten. Die gelegentliche Aufnahme voller Beziehungen möchte er nicht zum vorneherein als unmöglich betrachten. Van Bo nahm Kenntnis von dieser Stellungnahme und kam in der Folge höchstens noch ganz indirekt auf das Problem zurück.

5.) Des weiteren war es Van Bo besonders daran gelegen, den *Standpunkt seiner Regierung zum Konflikt* ausführlich darzulegen und zu versuchen, die schweizerische Regierung, entsprechend dem Vorgehen z. B. der finnischen,

---

8. *Darunter u. a. E. Woog.*

9. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Nordvietnam vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 144,* dodis.ch/31184, *bes. Anm. 7; DDS, Bd. 24, Dok. 30,* dodis.ch/32170; *das Schreiben von O. Rossetti an P. Micheli vom 18. Mai 1967,* dodis.ch/32179 *sowie das Rundschreiben von H. Miesch an die diplomatischen Vertretungen der Schweiz vom 21. Mai 1968,* dodis.ch/32174. *Vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 42. Sitzung vom 23. Juni 1967,* E1003#1994/26#8* *sowie das BR-Verhandlungsprot. der 59. Sitzung vom 21. September 1967, ibid., S. 3,* W. Spühler berichtet über die Bemühungen mit Nordvietnam ins Gespräch zu kommen. Botschafter Keller sei dort gewesen. Sein Nachfolger Rossetti habe Kontakt mit den nordvietnamesischen Botschafter in Peking aufgenommen. Dann sei eine Einladung nach Hanoi gekommen. Die Reise sei hinausgeschoben worden. Wegen der Behandlung der Kriegsgefangenen hätten die Amerikaner ein grosses Interesse an diesen Kontakten. *[...]* Man sehe eine Art Zwischenstufe zwischen einem diplomatischen Posten und dem heutigen Zustand vor. Man würde einen Delegierten des EPD beim Aussenministerium von Hanoi bezeichnen, ohne diplomatische Beziehungen aufzunehmen. *Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 73. Sitzung vom 14. November 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 3,* W. Spühler signale que l'ambassadeur de Suisse à Pekin a reçu le «feu vert» pour Hanoi. Il s'agira de s'occuper du sort des prisonniers de guerre américains, en attendant de faire plus.

10. *W. Spühler.*

schwedischen und französischen Regierung, zu einer *offiziellen Erklärung* zu bewegen, worin das Begehren der DRV nach bedingungsloser Einstellung der Bombardierungen und anderen feindlichen Handlungen gegen ihr Gebiet zwecks Ermöglichung von Gesprächen unterstützt worden wäre.

Der Departementsvorsteher, der Generalsekretär[11] und Herr Prof. Bindschedler erklärten Herrn Mai Van Bo im Verlaufe der Gespräche eingehend das Werden und Wesen der schweizerischen Neutralität und insbesondere den Inhalt der schweizerischen Neutralitätspolitik, die eine solche Stellungnahme nicht zulassen, indessen die Möglichkeit humanitärer Aktionen und der Leistung guter Dienste in technischem und politischem Sinn im Interesse beider Seiten eröffnen. Van Bo schien Verständnis für unsere Haltung aufzubringen.

6.) Die *Erklärungen Mai Van Bos zur Lage in Vietnam*

[…][12]

Nach diesen Ausführungen müssen die Aussichten dafür, dass die DRV schon bald von der schweizerischen Bereitschaft zur Leistung guter Dienste im Interesse einer Beilegung des Konflikts Gebrauch machen wird, zur Zeit eher als gering beurteilt werden.

7.) *Humanitäre Hilfe:* Nach den Ausführungen des Abgesandten der DRV wird alle materielle und humanitäre Hilfe dankbar entgegengenommen. Er betonte aber auch in diesem Zusammenhang, dass gegenwärtig vor allem die politische Unterstützung begrüsst werde. Die dringendsten Bedürfnisse an materieller Hilfe liegen nach Angaben des Besuchers vor allem auf dem Gebiete der kleinen Chirurgie und der dazu benötigten Besteckgarnituren für die über das ganze Land verteilten kleinen beweglichen medizinischen Stationen, deren Personal befähigt ist, Notfalloperationen durchzuführen. Es wurde Van Bo erklärt, dass wir durch Vermittlung des IKRK eine weitere Klinobox zur Verfügung stellen möchten, dass wir vom Mangel an Besteckgarnituren Notiz genommen hätten und dass wir uns auch nach der Wunschliste des Roten Kreuzes der DRV richten könnten. Als Anlieferungsweg wurde derjenige über die UdSSR von Van Bo als der schnellste bezeichnet.

8.) *Beziehungen DRV–IKRK:* Herr Botschafter Thalmann benützte die Gespräche über humanitäre Hilfe, um Van Bo über die engen Beziehungen zwischen Schweizer Regierung und IKRK zu orientieren und – bei allem Verständnis für die bestehenden Schwierigkeiten – dem Bedauern darüber Ausdruck zu verleihen, dass das IKRK der DRV nicht jene Dienste leisten könne, zu denen es befähigt sei, nachdem die DRV den Konventionen beigetreten sei. Er verwies im Sinne eines Beispiels auf die Weiterleitung nordvietnamesischer Proteste betreffend die Verletzung der Konventionen und unterstrich das bedeutende moralische Gewicht, welches das IKRK besitze und das noch mehr zu Gunsten der DRV zur Geltung gebracht werden könnte, wenn das IKRK an Ort und Stelle vertreten wäre.

---

11. *P. Micheli.*

12. *Es folgt eine Übersicht über die Geschichte der amerikanischen Interventionen in Vietnam seit 1954 sowie über die Gestaltung der Zukunft Vietnams aus der Sicht Hanois. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32171.

Nach Angaben Van Bos ist einer seiner Mitarbeiter seitens der Regierung beauftragt worden, die Kontakte zum IKRK wahrzunehmen. Dieser soll schon mehrmals von einem Vertreter des IKRK namens Ullmann (?) empfangen worden sein (bisher gelang es nicht, dessen Identität festzustellen). Bei aller Bereitschaft zu solchen Kontakten stelle aber die Anwesenheit eines Vertreters des IKRK politische Probleme, die die DRV berücksichtigen müsse. Bei den *gefangenen amerikanischen Piloten,* mit denen das IKRK in Verbindung treten wolle, handle es sich um ein Problem, das nach Angaben Van Bos einen humanitären und einen politischen Aspekt habe, wobei er wiederholte, was schon Herrn Rossetti in Hanoi erklärt worden ist: Es entspricht den Traditionen der Gastfreundschaft des vietnamesischen Volkes, dass den Piloten humanitäre Behandlung und Pflege gewährt wird. Die Piloten erhalten auch Briefe von ihren Familien. Einzelne wurden sogar freigelassen. In politischer Hinsicht wird aber auf den zu den Konventionen gemachten Vorbehalt hingewiesen, wonach Kriegsverbrecher nicht den Schutz der Konventionen beanspruchen dürfen. Letzteres trifft zu für die Piloten, weil die DRV ohne Kriegserklärung angegriffen wurde, was einer Rechtsverletzung gleichkommt. Ausserdem greifen die Piloten die Bevölkerung mit unmenschlichen Mitteln an (Napalm, Plastiksplitterbomben, wobei die Splitter kaum aus dem Körper herausoperiert werden können; neue wirkungsvollere Kampfgase in Vorbereitung).

Einem erneuten Hinweis auf die Nützlichkeit eines IKRK-Vertreters an Ort und Stelle im Zusammenhang mit dem zuletzt Gesagten hielt Van Bo entgegen, die Amerikaner hätten aus rein politischen Gründen verschiedentlich auf den Konventionen beharrt. Damit wollten Sie den Konflikt als einen normalen Krieg camouflieren und ihre Kriegsverbrecher decken. Es handle sich aber um einen ungerechten Aggressionskrieg. Dass nach Art. 2 die Anwendung der Konventionen keineswegs der Anerkennung eines klassischen Kriegszustandes gleichkommt und die Konventionen auch in blossen bewaffneten Konflikten mit Verwundeten Anwendung finden, wollte Van Bo für Vietnam nicht gelten lassen.

9.) *Austausch der Schwerkriegsverletzten und Rückschaffung von Gefangenen:* Auf die Frage, wie sich Hanoi zu einem Austausch von Schwerkriegsverletzten stelle, ging Van Bo nicht ein. Was die im Norden gefangenen amerikanischen Piloten anbetrifft, wird auf das unter Ziff. 8 Gesagte verwiesen. Nachdem sich die Nordvietnamesen Herrn Rossetti gegenüber vor allem an einer bedingungslosen Rückschaffung von aus ihrem Küstengebiet verschleppten «Zivilisten», die nicht als Gefangene betrachtet werden, interessiert gezeigt hatten, wurde Van Bo die Frage unterbreitet, auf welchem Wege diese nach dem Norden zurückgebracht werden könnten. Van Bo unterstrich erneut, die Rückgabe habe bedingungslos zu erfolgen. Der Weg der Rückgabe sei weniger wichtig. Es gebe noch immer die früher benützte Brücke in der demilitarisierten Zone (die Amerikaner erklärten uns kürzlich, dieser Weg sei nicht mehr gangbar).

10.) Während des Aufenthalts von Mai Van Bo in der Schweiz wurden die zwei beiliegenden Pressecommuniqués[13] veröffentlicht, wovon das Schluss-

13. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

communiqué im Einvernehmen mit dem Besucher. Die Publikation im Anschluss an die Orientierung des Bundesrates durch den Departementsvorsteher gab zu Einwänden seitens des Gastes Anlass, die er bei der Abschiedsvisite geltend machte:

a) Zwischen der DRV und den USA hat sich eine Terminologie eingespielt, die, um Missverständnissen vorzubeugen, peinlich genau eingehalten wird. Es ist gefährlich, sich davon zu entfernen, da dies sofort zu ungenauen Spekulationen Anlass geben kann. So spricht man nicht von einem bedingungslosen Anhalten (arrêt) der Bombardemente, sondern von einer bedingungslosen Einstellung (cessation) der Bombardemente, da das Wort «Anhalten» die Möglichkeit einschliesst, dass die Bombardemente später wieder aufgenommen werden. Anderseits vermeidet die nordvietnamesische Regierung, von Friedensverhandlungen (négociations de paix) zu sprechen und bedient sich des Wortes «Gespräche» (conversations), ohne Beifügung des Wortes «Friedens».

b) Unser Text könnte den Eindruck erwecken, dass die Mission Van Bos mit einem Misserfolg endete, da davon die Rede sei, die nordvietnamesische Regierung habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gewünscht, der Bundesrat aber sei zur Auffassung gelangt, es sei verfrüht, davon zu sprechen. Nach langen Diskussionen wurde das beiliegende Schlusscommuniqué vereinbart, wobei sich Van Bo die Möglichkeit offenhielt, nach seiner Rückkehr nach Paris noch einige persönliche Bemerkungen beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat Van Bo gemäss beiliegendem Communiqué AFP vom 23. März aus Paris Gebrauch gemacht.

11.) *Schlussfolgerungen:* Als positiv muss gewertet werden, dass die bestehenden Kontakte und das gegenseitige Vertrauen im Rahmen einer angenehmen Gesprächsatmosphäre vertieft werden konnten. Wenn auch unsere Zurückhaltung mit Bezug auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen für Mai Van Bo eine Enttäuschung bedeutete, so hatte er anderseits die Genugtuung, uns die Situation seines Landes und den Standpunkt seiner Regierung ausführlich darlegen zu können. Dass wir aus Gründen der Neutralität diesen Standpunkt nicht in einer offiziellen Erklärung unterstützen können, scheint er begriffen zu haben. Unsere Einstellung bildet kein Hindernis für die Weiterverfolgung und Entwicklung der angebahnten Kontakte sowie für die Leistung weiterer materieller und humanitärer Hilfe, die seitens der DRV dankbar entgegengenommen wird. Angesichts des unerschütterlichen Vertrauens der DRV in ihre eigene militärische Kraft und in die Unterstützung seitens der gesamten Bevölkerung im Norden und Süden bzw. in den schliesslichen Endsieg erscheint zur Zeit die Möglichkeit, dass von unserer Bereitschaft zur Leistung guter Dienste im Hinblick auf die Beendigung des Konflikts Gebrauch gemacht wird, als gering. Das Gleiche gilt angesichts der grundsätzlichen Einstellung der DRV mit Bezug auf die Kriegsgefangenenfrage. Dieses Problem kann aber im Lichte der Informationen Mai Van Bos sowie der letzten Berichte Botschafter Rossettis weiterverfolgt werden, jedoch mit Zurückhaltung.

76

dodis.ch/33200

Notiz für den Unterstabschef Front der Armee, R. Stucki[1]

Gedanken über eine Zusammenarbeit mit Österreich im Hinblick auf die Führung von Gesprächen mit Verteidigungsminister Prader[2]

Vertraulich Bern, 25. März 1968

1. In einer Koalition Neutraler[3] ist das Schicksal der Partner untrennbar verbunden. Ein schwacher Partner kann die besten militärischen Anstrengungen des starken Partners zunichte machen. Eine Koalition mit einem schwächeren Partner bietet daher für eine starken Neutralen kein Interesse.

2. Im Frieden ist beschränkte Zusammenarbeit mit Österreich[4] denkbar und zwar auf folgenden Gebieten:

– Rüstung[5] (zur Erreichung grösserer Serienzahlen und evt. zur Angleichung der Ausrüstung)
– Austausch von Offizieren[6]
– gegenseitige Information über die Konzeption der Neutralität[7] (auf politischer Ebene[8])

3. Im Krieg, d. h. nach Aufgabe sowohl der schweizerischen als auch der österreichischen Neutralität, sind gemeinsame Abwehroperationen[9] denkbar. Dabei wäre die Schweiz an einer möglichst umfangreichen Rücknahme der österreichischen Truppen in Richtung Vorarlberg und österreichische Westalpen interessiert. Dazu wären Vorbereitungen an sich erwünscht. Sie müssten absolut vertraulich geführt werden und ebenso vertraulich bleiben. Sicher könnte aber auf unterer Ebene ein Austausch von Nachrichten erfolgen.

---

1. *Notiz (Kopie):* E 5560(D) 1996/188 Bd. 143 (241.3.32). *Unterzeichnet von H. Senn.*
2. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Prader an N. Celio vom 8. Februar 1967,* dodis.ch/33333; *das Schreiben von N. Celio an G. Prader vom 16. Februar 1967,* dodis.ch/33334 *sowie das Protokoll von P. Gygli vom 30. April 1968,* dodis.ch/33349.
3. *Zur Kooperation mit Schweden vgl. Dok. 167,* dodis.ch/32962.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 63,* dodis.ch/31092 *und Dok. 148.* dodis.ch/31105, *bes. Anm. 9.*
5. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 13. November 1967,* dodis.ch/33873.
6. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Prader an N. Celio vom 17. Mai 1968,* dodis.ch/33335 *und das Protokoll von H. Wildbolz und G. Habermann vom 18. September 1968,* dodis.ch/33351.
7. *Zur österreichischen Neutralität vgl. Dok. 21,* dodis.ch/33202.
8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1666 vom 23. Oktober 1968,* dodis.ch/33353 *und die Notiz von E. Diez vom 9. April 1969,* dodis.ch/33352.
9. *Zur Konzeption der österreichischen Landesverteidigung vgl. Doss.* E 5001(G) 1982/18 Bd. 109 (6480.16).

77

dodis.ch/32552

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst, à diverses représentations suisses[1]

PROBLÈMES HORLOGERS

Berne, 4 avril 1968

Ainsi que vous le savez peut-être déjà, une vaste opération d'assainissement du marché horloger a dû être engagée à Hong Kong, en accord et avec l'appui direct du gouvernement de la Colonie, pour chercher à mettre fin aux nombreux et criants abus qui y ont été constatés, tels que l'usurpation de marques de montres suisses (Enicar, Leuba, Titus, Borel, etc.) et l'utilisation de fausses indications d'origine[2] (Swiss, Swiss made, etc.) pour des montres comportant par exemple un mouvement russe dans une boîte de Hong Kong et destinées à l'usage local ou à l'exportation en Extrême-Orient, ou ailleurs.

Jusqu'ici, les résultats des démarches[3] qui ont été entreprises sur demande des organisations horlogères suisses sont encourageants et permettent d'espérer une amélioration de la situation à plus ou moins brève échéance et pour un certain temps tout au moins. Les mesures prises par le gouvernement de Hong Kong suivent en tout cas leur cours et ont déjà permis de démanteler certaines officines détenant ou utilisant des poinçons contrefaits; le mois dernier deux cas précis ont été déférés d'office devant les tribunaux.

En Suisse, cette entreprise de «nettoyage» est suivie avec attention et secondée le mieux possible, tant par l'administration fédérale que par nos organisations professionnelles intéressées. Ce qui se passe à Hong Kong en ce moment ne saurait en effet être sous-estimé; d'une part parce que la Colonie représente en importance le second débouché horloger de notre pays[4] et, d'autre part, parce qu'elle influe largement sur des marchés tiers qu'elle alimente en montres suisses et … autres. Il n'est de plus pas interdit de penser que l'épuration qui a été déclenchée pourrait inciter d'aucuns à reprendre ailleurs leur triste besogne, par exemple à Singapour[5], où certains indices sérieux sont déjà apparus. A cet égard, une attention accrue est de rigueur, afin de pouvoir dépister rapidement toute activité nocive de ce

---

1. *Lettre:* E2200.10#1987/36#59* (511.26). *Rédigée par E. Töndury. Adressée aux Ambassades de Suisse à Tokio, Manille, Singapour et Djakarta. Cette version a été adressée au Consulat général de Suisse à Hong Kong. Copies à R. Retornaz, M. Gygax, Ch.-M. Wittwer, K. Ledermann, A. Weitnauer, R. Probst, H. Marti, H. Bühler, H. Hofer et E. Töndury.*
2. *Cf. la notice de R. Probst à H. Schaffner du 15 juin 1967,* dodis.ch/32551.
3. *Cf. doss.* E2200.10#1987/36#50* (511.26). *Cf. aussi la lettre de R. Probst à P. E. Jaccaud du 11 septembre 1967,* dodis.ch/32553.
4. *Cf. la notice de R. Probst sur son voyage avec H. Schaffner au Japon et à Hong Kong,* dodis.ch/32485, *en particulier pp. 17–19.*
5. *Sur les questions horlogères en relation avec Singapour, cf. la lettre de H. Bühler à H. Suter du 4 avril 1968,* dodis.ch/33358; *la lettre de H. Suter à Ch.-M. Wittwer du 5 septembre 1968,* dodis.ch/33357 *et la lettre de J. Etter à P. R. Jolles du 22 avril 1969,* dodis.ch/33359.

genre. Bien entendu, nos organisations horlogères et leurs agents sur place s'y emploient, mais la coopération de nos représentations diplomatiques et consulaires dans les pays concernés est loin d'être superflue, elle reste au contraire nécessaire.

Quant à la répression des actes délictueux commis à l'étranger, nombre de difficultés restent à aplanir. Parmi celles-ci, la définition de ce qui peut être considéré comme montre suisse et par conséquent bénéficier en exclusivité de l'appellation «Swiss made», etc., n'est pas la moindre. Les consultations y relatives continuent, un résultat pourrait intervenir cet été[6]. En attendant et pour parer au plus pressé, la Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie et l'Union suisse des fabricants de boîtes de montres ont signé le 16 novembre 1967 une convention[7] de droit privé concernant l'apposition de l'indication de provenance suisse sur les boîtes de montres. Cet accord est encore partiel, car il n'a trait qu'aux boîtes et ne lie pas les fabricants Roskopf, ni les dissidents. Des efforts ont toutefois lieu pour amener les premiers à y adhérer. Par ailleurs, la question de la collaboration éventuelle de la Direction générale des douanes (cf. chiffre 5 de l'accord) est ouverte.

D'entente avec les deux organisations signataires, nous vous remettons néanmoins le texte de cet accord qui, par sa nature, n'est pas forcément restreint aux rapports avec Hong Kong, mais pourra par la suite aussi régir ceux avec d'autres débouchés horlogers suisses. Bien que ne clarifiant par ailleurs pas tous les cas possibles (boîtes usinées en Suisse et terminées par exemple à Hong Kong, et vice versa) et ne constituant pas de précédent pour la définition officielle du «Swiss made», il représente un bon début de l'œuvre d'assainissement engagée à Hong Kong et de celles qui pourraient suivre dans d'autres pays.

En ce qui concerne votre Ambassade, il s'agira en premier lieu de suivre attentivement l'évolution dans votre pays de résidence[8] (pour Tokio aussi la Corée) et de nous signaler, ainsi que cela s'est déjà fait, les abus éventuels que vous pourriez déceler, et de nous fournir toutes indications et précisions utiles à ce sujet. Nous serons alors en mesure d'examiner ces cas avec les organisations professionnelles suisses intéressées et de décider en commun accord avec vous de la suite à donner. Celle-ci pourra emprunter soit la voie administrative, soit la voie judiciaire, une combinaison des deux n'étant par ailleurs pas exclue d'emblée.

Vous estimerez en outre peut-être indiqué de porter le texte de l'accord Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie / Union suisse des

---

6. *Cf. la circulaire de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 7 juillet 1971,* dodis.ch/34169.

7. Convention concernant l'apposition de l'indication de provenance suisse sur les boîtes de montres *entre l'USFB et la FH du 16 novembre 1967, doss. comme note 1. Cf. aussi la lettre de P. E. Jaccaud à P. R. Jolles du 17 novembre 1967,* dodis.ch/32554.

8. *Sur les Philippines, cf. la lettre de R. Probst à M. Grossenbacher du 4 septembre 1968,* dodis.ch/32235; s*ur le Japon, cf. doc. 25,* dodis.ch/32485, *note 10 et sur la Corée du Sud, cf. la lettre de J. de Rham à P. R. Jolles du 30 mars 1967,* dodis.ch/33556 *et la lettre de E. Stadelhofer à P. R. Jolles du 10 novembre 1967,* dodis.ch/33557.

fabricants de boîtes de montres à la connaissance des autorités de votre pays de résidence[9], la République de Corée y comprise, afin de leur permettre de voir comment le «Swiss made» est conçu pour les boîtes de montres et de les inciter éventuellement à surveiller de leur côté ce qui se passe dans ce domaine. D'avance nous vous en remercions.

Nous adressons une copie de la présente au Consulat général de Suisse à Hong Kong, qui poursuit ses démarches, ainsi que par lettre d'accompagnement distincte[10] à l'Ambassade de Suisse à Washington et au Consulat général à New York qui s'occupent des problèmes spéciaux que pose le dédouanement des boîtes de montres[11].

9. *Cf. la note de l'Ambassade de Suisse à Manille au Ministère des Affaires étrangères philippin du 18 avril 1968; la lettre de J.-F. Revilliod à P. R. Jolles du 21 juin 1968; la note verbale de l'Ambassade de Suisse à Tokio au Ministère des Affaires étrangères japonais du 12 juillet 1968 et la lettre de H. Suter à P. R. Jolles du 8 août 1968,* E7110#1979/14#2297* (865.2). *Cf. aussi la lettre de H. Lacher à P. R. Jolles du 19 avril 1968,* E7110#1979/14#2193* (841.8).
10. *Lettre de R. Probst à H. Lacher du 5 avril 1968,* E7110#1979/14#2193* (841.8).
11. *Cf. doc. 3,* dodis.ch/33140.

78

dodis.ch/33018

Der schweizerische Botschafter in Pretoria, R. Hunziker, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

Südafrika: Gold

Kapstadt, 9. April 1968

Mit Schreiben vom 19. März[2] orientierte ich Sie über die am Vortage von Finanzminister Dr. Diederichs im Parlament abgegebene Erklärung[3]; sie befasste sich, wie Sie sich erinnern werden, mit der Goldpolitik Südafrikas im Lichte des Beschlusses vom 17. März[4] der in Washington versammelten Direktoren der Zentralbanken betreffend die Einführung des Zweipreissystems.

Die von der südafrikanischen Regierung hinsichtlich der Goldfrage eingenommene abwartende Haltung wurde anlässlich der soeben beendeten

1. *Schreiben:* E2001E#1980/83#669* (C.41.121.0).
2. *Schreiben von R. Hunziker an P. Micheli vom 19. März 1968,* E2001E#1980/83#901* (C.41.133.0).
3. Statement by Dr. N. Diederichs, Minister of Finance, before the House of Assembly of the Republic of South Africa *vom 8. April 1968, ibid.*
4. *Über die Konferenz der führenden Notenbanken in Washington im März 1968 vgl. das Schreiben von E. Stopper an F. Schnyder vom 6. Juni 1968,* dodis.ch/34150 *sowie die Notiz von R. Lademann vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/33705.

Budgetdebatte von der oppositionellen United Party zum Anlass genommen, um den Finanzminister wegen mangelnder Orientierung der Öffentlichkeit zu kritisieren. In seiner gestrigen, die Debatte abschliessenden Ansprache, nahm Dr. Diederichs zu diesem Vorwurf Stellung. Er erklärte, es liege nicht im Interesse Südafrikas, wenn die Regierung im jetzigen Zeitpunkt Gold verkaufe. Infolgedessen werde die Reserve Bank in Pretoria bis auf weiteres alles in Südafrika neugeförderte Gold aufkaufen. Wenn der Zeitpunkt kommt, in welchem Südafrika aus wirtschaftlichen Überlegungen sein Gold verkaufen müsse, werde sich die Regierung das Recht vorbehalten, auch Gold auf dem freien Markt abzusetzen. Es erübrige sich indessen, heute schon zu sagen, welchen Prozentsatz des hiesigen Goldes man dann dem freien Markte werde zufliessen lassen. Selbstverständlich werde die Regierung nach wie vor der Bekämpfung allfälliger inflatorischer Einflüsse die nötige Aufmerksamkeit schenken.

Obschon die Äusserungen des Finanzministers äussert vorsichtig und teilweise absichtlich vage waren, mussten die Interpellanten der United Party schliesslich doch einsehen, dass die «wait and see»-Politik der Regierung den südafrikanisch Interessen zweifellos dienlich ist, und sie erklärten sich von der erhaltenen offiziellen Antwort befriedigt.

In hiesigen Börsenkreisen rechnet man damit, dass die gestrige Erklärung Finanzminister Diederichs die Kurswerte der Goldvaloren kaum beeinträchtigen werde.

Ich hatte am letzten Samstag Gelegenheit, mich mit Herrn Dr. Diederichs zu unterhalten und stellte ihm dabei auch die Frage, ob die hiesigen Presseberichte zutreffend seien, wonach – im Hinblick auf südafrikanische Goldverkäufe auf dem freien Markt – eine ganze Anzahl schweizerischer Bankiers gegenwärtig in Südafrika weile. Mein Gesprächspartner antwortete, er könne meine Frage weder bejahen noch verneinen, da allfällige schweizerische Interessenten sich wohl ausschliesslich zur Reserve Bank nach Pretoria begäben.

Der Vollständigkeit halber übermittle ich Ihnen einen heute in der Cape Times unter dem Titel «Gentlemen versus Gnomes; The gold battle between London and Zurich» erschienenen Artikel[5] aus der Feder des finanziellen Korrespondenten dieses Blattes aus London.

---

5. *Cape Times vom 9. April 1968,* dodis.ch/34160. *Zur Goldfrage vgl. ferner Dok. 116,* dodis.ch/33022 *und das Schreiben von R. Keller an P. Micheli vom 9. August 1968,* dodis.ch/32473. *Zur Entwicklung des Zürcher Goldmarktes vgl das Schreiben von R. Keller an P. Micheli vom 8. Dezember 1969,* dodis.ch/32445.

79

dodis.ch/33711

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Berne, 29 avril 1968

M. Long m'a remis à votre intention les notes[2] ci-jointes qui relatent l'essentiel de ses conversations avec M. Bouteflika. Il m'a encore fait part des considérations suivantes:

Ses entretiens se sont déroulés dans une atmosphère amicale et confiante. M. Long a évité de donner l'impression qu'il était envoyé par vous en Algérie en mission spéciale[3]. M. Bouteflika ne l'a pas non plus traité comme un ambassadeur particulier, mais comme un ami avec lequel on parle en toute confiance.

Selon M. Long, la situation générale en Algérie n'est pas telle que la dépeignent nos journaux. Entre autres, les articles de M. et Mme Grousset publiés par le *Journal de Genève* ne donnent pas une idée exacte de l'état de choses actuel. En réalité, l'Algérie fait un grand effort pour surmonter ses difficultés et certains résultats sont évidents. Le lendemain de l'attentat contre le Président Boumediene tout était calme à Alger[4].

M. Long nous déconseille toute action «offensive» qui ne ferait que durcir la position algérienne et conduirait à une escalade dans laquelle nous nous essoufflerions rapidement.

Il préconise la patience et la compréhension. Il pense qu'il faut causer le plus souvent possible avec les Algériens. Ceux-ci sont ultra sensibles. Ils sont difficiles, mais sincèrement désireux de maintenir avec la Suisse de bonnes relations.

M. Long croit qu'une partie du prestige dont nous jouissons auprès du tiers-monde provient de la propagande que nous a faite l'Algérie après les accords d'Evian[5]. L'Algérie pourrait tout autant provoquer une vague d'hostilité à notre égard. Nous en subirions alors d'assez durables préjudices. Notre intérêt est de ne pas brusquer les Algériens.

Ayant eu ce matin l'occasion de téléphoner à M. Long, je lui ai dit que vous le recevriez volontiers le 15 mai, après 16 heures.

---

1. *Notice:* E2807#1974/12#443* (09). *Rédigée et signée par P. Micheli. Copie à E. Thalmann et à M. Gelzer.*

2. *Cf. la notice de O. Long d'avril 1968,* dodis.ch/33987. *Sur le voyage de S. Marcuard en Algérie, cf. la notice de S. Marcuard de juillet 1968,* dodis.ch/33983.

3. *Cf. aussi doc. 24,* dodis.ch/33255, *note 6.*

4. *Le 25 avril 1968, un homme tire au fusil mitrailleur sur la voiture de H. Boumédiène qui échappe à l'attentat. Cf. la lettre de A. R. Ganz à P. Micheli du 30 avril 1968,* E2300-01#1973/156#185* (A.21.31).

5. *Sur les accords d'Evian, cf. DDS, vol. 22, doc. 56,* dodis.ch/10392 *et doc. 77,* dodis.ch/10397. *Sur les relations entre la Suisse et l'Algérie, cf. aussi doc. 104,* dodis.ch/33713 *et doc. 137,* dodis.ch/33712.

80

dodis.ch/33245

Déclaration suisse à la Conférence des Nations Unies sur les droits de l'homme[1]

Déclaration du Chef de la délégation suisse M. l'Ambassadeur Lindt, à la Conférence des Nations Unies sur les droits de l'homme, à Téhéran, à l'occasion de la discussion sur la politique d'apartheid du 2 mai 1968[2]

Téhéran, 2 mai 1968

Les sociétés multiraciales posent des problèmes complexes et graves, et chacune d'elles révèle des particularités, des contingences et des difficultés spéciales. En tout premier lieu il appartient aux entités politiques elles-mêmes de trouver une solution originale aux problèmes multiraciaux qui se posent dans leur sein.

Peut-être n'y a-t-il pas encore aujourd'hui de sociétés multiraciales parfaites. Aucun Etat n'est à l'abri d'une défaillance. Nous sommes donc fréquemment témoins, un peu partout dans le monde et non seulement dans les sociétés multiraciales, de violations plus ou moins graves des droits de l'homme. Ce qui nous paraît important, c'est que l'Etat en question reconnaisse au moins tacitement ces insuffisances et aspire à y porter remède. Dans ces cas, tout en déplorant les violations, nous ne pensons pas qu'il soit utile de porter des jugements officiels qui risquent d'envenimer la situation et rendre encore plus compliquée sa solution.

Mais tout autre est le cas d'une transgression constante des droits de l'homme, transgression qui découle du fonctionnement normal d'institutions politiques, fondée sur ce que la «Déclaration sur la race et les préjugés raciaux»[3], élaborée par d'éminents experts internationaux, et publiée en 1967 par l'UNESCO, appelle et je cite: «L'idée fallacieuse que des relations discriminatoires entre groupes (raciaux) sont justifiables du point de vue biologique». C'est le cas pour l'apartheid. Ici la discrimination raciale est érigée en système politique qui nie ouvertement un principe universellement admis figurant en tête de la déclaration des droits de l'homme: l'égalité de tous les êtres humains. Ce système est en opposition aussi avec la dignité de la personne et le respect des droits individuels. Nous nous trouvons en face d'une société où des hommes, uniquement à cause de leur différence raciale, sont entièrement isolés les uns des autres. Une minorité raciale impose à une majorité d'une autre race un développement différent au point de vue juridique, économique et éducatif, et

1. *Déclaration:* E2003A#1980/85#1865* (o.713.22.5).

2. *Le Conseil fédéral a décidé le 20 mars 1968 d'accepter l'invitation du Secrétaire général de l'ONU et d'envoyer A. R. Lindt comme chef de la délégation suisse, cf. le PVCF N° 419 du 20 mars 1968,* E1004.1#1000/9#732*.

3. UNESCO, Statement on race and racial prejudice *du 2 octobre 1968,* E2003A#1990/3#1864* (o.734.330.Uch).

ceci sans consulter cette majorité et sans lui donner le moindre droit à participer aux décisions qui règlent d'une manière si décisive et si injuste son travail, son éducation, sa vie, toute son existence et son destin.

Il importe dès lors de constater cet état de fait, comme l'ont constaté des juristes, des économistes, des sociologues qu'on ne saurait soupçonner de partialité, ainsi que des études pertinentes du secrétariat des Nations Unies, de l'UNESCO et du BIT. Lorsqu'on met en parallèle tout le système de l'apartheid et les conditions d'existence que ce système impose à un groupe racial, avec la déclaration universelle des droits de l'homme, il ressort de cette comparaison une incompatibilité flagrante.

La Suisse a toujours approuvé la déclaration universelle et elle ne peut rester silencieuse devant une violation délibérée et constante. Enfin, toute la tradition démocratique et humanitaire de mon pays repousse l'image d'une société telle que la crée l'apartheid. Les autorités suisses ne peuvent dès lors que condamner moralement ce système.

D'autre part, comme non-membre des Nations Unies, la Suisse ne saurait se prononcer sur des mesures politiques[4], prévues dans le mécanisme de cette organisation et pour lesquelles d'autres organes sont compétents. Etat pacifique et neutre, elle espère une solution pacifique, sachant que l'application de la force est apte à créer de nouveaux problèmes[5].

---

4. *Cf. aussi les* Instructions aux délégations suisses dans les conférences internationales au sujet de l'admission et de l'exclusion de certains pays *du 10 avril 1968,* dodis.ch/33555.

5. *Cette déclaration a suscité des critiques et le Département a été amené à justifier sa prise de position contre l'apartheid. Cf. la notice de M. Gelzer du 14 mai 1968,* dodis.ch/33763; *la notice de E. Thalmann à W. Spühler du 14 mai 1968,* dodis.ch/33764; *l'intervention de W. Spühler au Conseil national du 13 juin 1968,* dodis.ch/33783, *p. 7 et la notice de H. Bühler à P. R. Jolles du 8 juillet 1968,* dodis.ch/33672. *Cf. aussi la circulaire du Département politique aux Ambassades de Suisse et aux diverses missions auprès des organisations internationales du 16 mai 1968, doss. comme note 1.*

81

dodis.ch/32905

Protokoll der schweizerisch-norwegischen Arbeitssitzung vom 2. April 1968[1]

Staatsbesuch[2] des norwegischen Königs Olaf V vom 1.–4. April 1968

Vertraulich 3. Mai 1968

Traktanden
1. Vietnam[3]
2. Non-Proliferation
3. Integration
4. Korps für die Hilfe bei Katastrophen[4]

Herr Spühler dankt dem norwegischen Aussenminister für seine Bereitschaft, sich für eine politische Aussprache zur Verfügung zu stellen und präsentiert ihm die Mitglieder der schweizerischen Delegation.

Herr Lyng dankt seinerseits für die ihm gebotene Gelegenheit, sich mit Vertretern der schweizerischen Behörden zu einer Arbeitssitzung zusammenfinden zu können. Er beabsichtigt nicht, fest umschriebene Thesen seiner Regierung zu plädieren, sondern möchte lediglich einen gegenseitigen Gedankenaustausch pflegen.

[...][5]

2. Non-Proliferation

Herr Lyng: Welches ist die schweizerische Haltung gegenüber dem Problem der Non-Proliferation?

Herr Spühler: Wir haben am 17. November 1967 den Regierungen der beiden Staaten, die das Präsidium der Genfer Abrüstungskonferenz innehaben, ein die Non-Proliferation betreffendes Aide-mémoire[6] überreicht. Diesem

---

1. *Protokoll:* E2001E#1980/83#3519* (B.15.51.2). *Norwegische Delegation: J. Lyng, S. Sommerfelt, P. Borgen, K. Colding; schweizerische Delegation: W. Spühler, P. Micheli, P. R. Jolles, E. Thalmann, H. Miesch, J. Iselin, F. Blankart (Protokoll). Beginn: 11.00 Uhr. Schluss: 12.25 Uhr. Kopie an die schweizerischen Botschaften in Athen, Bankgkok, Belgrad, Brüssel, Den Haag, Djakarta, Dublin, Helsinki, Köln, Kopenhagen, Kuala Lumpur, London, Lissabon, Madrid, Moskau, Oslo, Paris, Peking, Rom, Stockholm, Tokio, Washington und Wien, die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die schweizerischen Delegationen bei der EFTA in Genf und bei der OECD in Paris, die schweizerische Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf, das Büro des schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York und an das schweizerische Generalkonsulat in Saigon.*
2. *Vgl. dazu auch das Schreiben von P.-H. Aubaret an P. Micheli vom 27. März 1967,* dodis.ch/32901; *das Schreiben von P.-H. Aubaret an Ch.-A. Wetterwald vom 24. Januar 1968,* dodis.ch/32902; *das Schreiben von P.-H. Aubaret an P. Micheli vom 26. Januar 1968,* dodis.ch/32903 *und die Fotos des Besuchs,* dodis.ch/32894.
3. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/32170.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Spühler an K. Furgler vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/ 32525.
5. *Traktandum 1: Vietnam. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32905.
6. *Vgl. Dok. 87,* dodis.ch/33144, *Anm. 6.*

Dokument ist zu entnehmen, dass sich die Schweiz grundsätzlich positiv zur Idee eines Atomsperrvertrages einstellt, zum vorliegenden Abkommensentwurf[7] aber einige Bemerkungen, Wünsche oder Vorbehalte anzubringen hat; diese lauten:

1. Vereinheitlichung des Kontrollsystems und Möglichkeit, Inspektoren abzulehnen.

2. Verpflichtung der Nuklearmächte zur Weitergabe von Informationen, die der friedlichen Verwendung der Kernenergie nützlich sind; der Vertrag soll bei der zivilen Nutzung der Kernenergie[8] nicht diskriminierend wirken.

3. Die Schweiz kann den Vertrag nicht unterzeichnen, wenn dieser nicht die meisten Mächte bindet, die imstande sind, Atomwaffen herzustellen.

4. Begrenzung der Vertragsdauer.

5. Verpflichtung der Grossmächte, Mittel zur Beendigung ihres Wettrüstens zu suchen und darauf zu verzichten, Unterzeichnerstaaten, die keine Kernwaffen besitzen, jemals mit solchen zu bedrohen.

6. Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens.

Vorläufig warten wir die weitere Entwicklung ab; denn wir können hierzu erst endgültig Stellung nehmen, wenn ein vollständiger Vertragsentwurf vorliegt. Was Pt. 3 betrifft, so ist für uns vornehmlich die Haltung der Bundesrepublik Deutschland[9] von Bedeutung, was nicht besagen will, dass wir unsern Entscheid von jenem der Bundesrepublik abhängig machen werden.

Herr Lyng: Die norwegische Regierung ist der Ansicht, dass ein wenn auch unvollkommener Atomsperrvertrag stets noch besser ist als gar keiner. Sie hat deshalb im Sinn, den Vertrag, wie immer er im einzelnen auch lauten mag, zu unterzeichnen. Anlässlich der Besprechung, die ich kürzlich mit dem deutschen Bundeskanzler[10] sowie mit seinem Aussenminister[11] geführt habe, habe ich den Eindruck gewonnen, die Bundesrepublik Deutschland werde sich schliesslich doch bereitfinden, den Vertrag zu unterzeichnen, dies allerdings erst, nachdem sämtliche Möglichkeiten der Einflussnahme ausgeschöpft sein werden. Strauss soll erklärt haben, aus der Regierung auszutreten, falls der Vertrag unterzeichnet würde, doch sei diese Drohung nicht allzu ernst zu nehmen.

3. Integration

Herr Lyng: Die norwegische Regierung ist der Ansicht, dass es noch viele Jahre dauern wird, bis das Problem der europäischen Integration auch nur

---

7. Draft Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, E2003A#1980/85#1895* (o.713.333).

8. *Vgl. dazu den Bericht von U. Hochstrasser vom 21. März 1967,* dodis.ch/33228 *und die Notizen von A. Natural vom 29. März 1968,* dodis.ch/33231, *S. 2 und vom 28. Juni 1968,* dodis.ch/33230, *S. 2.*

9. *Vgl. dazu Dok. 155,* dodis.ch/33145; *den Politischen Bericht Nr. 3 von J.-D. Grandjean vom 15. Februar 1967,* dodis.ch/33226; *den Politischen Bericht Nr. 12 von M. Troendle vom 20. Februar 1969,* dodis.ch/33395 *und die* Aufzeichnungen über den Besuch von Bundesaussenminister Brandt bei Bundespräsident Spühler *vom 2. September 1969,* dodis.ch/33264.

10. *K. G. Kiesinger.*

11. *W. Brandt.*

annähernd gelöst werden kann. Sie folgert hieraus, dass die EFTA[12] zu stärken und weiterhin auszubauen ist. Am 22./24. April wird in Kopenhagen eine Zusammenkunft der Staats-, Aussen- und Handelsminister der skandinavischen Länder stattfinden, um Möglichkeiten für eine noch engere nordische Zusammenarbeit zu prüfen. Diese Zusammenarbeit soll aber – wie ich mit Nachdruck betonen möchte – die Verfolgung der allen EFTA-Staaten gemeinsamen Ziele nicht beeinträchtigen.

Herr Spühler: Die Schweiz ist der nordischen Zusammenarbeit stets positiv gegenübergestanden; sie hat hierin nie einen Widerspruch zur Zusammenarbeit innerhalb der EFTA gesehen. Wir bedauern, dass die EFTA durch verschiedene, zum Teil miteinander unvereinbare Initiativen in ihrer Kohärenz geschwächt worden ist. Hierbei sind die Demarchen Grossbritanniens[13] die auffälligsten, zugleich aber auch jene, die auf Grund der innerstaatlichen, ökonomischen Situation noch am ehesten erklärlich sind. All diese Vorstösse haben eines gemeinsam, nämlich die geringe Chance, in absehbarer Zukunft zum Erfolg geführt werden zu können. Der Bundesrat geht deshalb mit der norwegischen Regierung insofern einig, als auch er für eine konsequentere Zusammenarbeit in der EFTA eintritt. Er verpflichtet, wie auch Ihre Regierung es wiederholt getan hat, den Standpunkt, dass eine gesamteuropäische Lösung angestrebt werden muss und dass hierzu ein geschlossenes Auftreten der EFTA-Staaten mehr Erfolg verspricht als verschiedene, untereinander gar widersprüchliche Demarchen einzelner Mitgliedstaaten.

Herr Jolles: Wir haben den Eindruck, dass die EWG in den nächsten Jahren der innern Konsolidierung (Agrarpolitik[14], Ausbau der vollständigen Wirtschaftsunion, Fusion der drei Verträge) Priorität verleihen wird. Dieses Problem wird die Politiker des Gemeinsamen Marktes vollauf beschäftigen, weshalb wir uns die Frage stellen müssen, welche Möglichkeiten uns in dieser «Zwischenzeit» offenstehen. Es will mir scheinen, dass im besten Falle eine Kombination der deutsch-französischen und der Benelux-Pläne verwirklicht werden könnte. Beide Pläne streben nicht eine Erweiterung, sondern höchstens den Status einer «Vorstufe» an. Die Chancen für das Gelingen einer solchen Kombination sind zwar gering. Dennoch sollten derartige Initiativen nicht durch allzu doktrinäre Äusserungen entmutigt werden. Nachdem die Franzosen (und selbst deren Präsident[15]) wiederholt von der Möglichkeit einer «Zwischenlösung» gesprochen haben, können sie diesen Gedanken heute, da er konkret diskutiert werden soll, nicht einfach zurückweisen. Deshalb besteht nach wie vor die – wenn auch geringe – Möglichkeit, dass ein handelspolitisches Arrangement verbunden mit einem Konsultationsmechanismus gefunden werden kann[16]: In den gemeinsamen Interessen liegt

---

12. *Zur EFTA vgl. Dok. 117,* dodis.ch/33014.
13. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*
14. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/32941.
15. *Ch. de Gaulle.*
16. *Zu den unterschiedlichen Plänen vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer über die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 28. Februar 1968,* dodis.ch/33580 *und die Rede von P. Languetin vom 4. Juni 1968,* dodis.ch/30864. *Vgl. ferner Dok. 145,* dodis.ch/33236, *Anm. 3.*

der Anknüpfungspunkt, von dem aus pragmatisch substantielle Lösungen gefunden werden können. Will man «alles oder nichts», so dürfte man in der gegenwärtigen Situation wohl «nichts» erreichen. Um so weniger sollte die Zusammenarbeit innerhalb der EFTA weiteren Belastungsproben ausgesetzt werden. Es ist aber auch aussichtslos, die EWG spalten zu wollen, wie dies britischerseits versucht worden ist. Deshalb bleibt auch das Benelux-Memorandum letztlich fragwürdig: Die «gesamteuropäische Lösung», von welcher der Bundespräsident eben gesprochen hat, soll ein Arrangement zwischen *ganzer* EWG und *ganzer* EFTA herstellen, ansonst die Spaltungen vermehrt werden, was einen Rückschritt innerhalb der Integrationsentwicklung darstellen würde.

Herr Sommerfelt: Grossbritannien scheint seine dogmatische Haltung zu Gunsten von pragmatischen Teillösungen allmählich aufzugeben. Sektorenweisen Teillösungen gegenüber besteht aber norwegischerseits nach den Erfahrungen der Kennedy-Runde[17] etwelche Skepsis. Zudem müssten derartig Lösungen GATT-konform sein, da es nicht angeht, legitime amerikanische Interessen zu diskriminieren. Dennoch stehen wir den von Herrn Jolles genannten «Konsultationsmechanismen» positiv gegenüber; dies umso mehr als wir in Brüssel gegenwärtig nur verhältnismässig geringe Kontakte haben. An solchen Zwischenlösungen müssten aber alle EFTA-Staaten teilhaben. Es wäre deshalb vorteilhaft, wenn anlässlich der im Mai stattfindenden EFTA-Ministerkonferenz in London[18] ein gemeinsames materielles Konsultationsprogramm aufgestellt werden könnte. Dies setzte aber eine faktische Stärkung der Solidarität unter den Mitgliedstaaten voraus. Wie Sie wissen, werden wir in der Aluminiumbranche von britischer Seite einer merklichen Diskrimination ausgesetzt. Es fällt uns deshalb sowohl auf innen- wie auf aussenpolitscher Ebene schwer, glaubwürdig von einem EFTA-Arbeitsprogramm zu sprechen, solange wir gleichzeitig von einem Mitgliedstaat in einer für uns so wesentlichen Angelegenheit im Stich gelassen werden.

Herr Jolles: Es versteht sich von selbst, dass sich die EFTA-Staaten vor Abschluss eines Arrangements darüber im klaren sein müssen, welche Sektoren, die für einzelne Mitgliedstaaten besonders wichtig erscheinen, ausgenommen bleiben sollen. Wir selbst haben für das Problem solcher Ausnahmen Verständnis; doch scheint es uns nicht Grund dafür zu sein, Verhandlungen *a limine* auszuschliessen. Vielmehr sind es die Ausnahmen selbst, die u. a. Gegenstand von Verhandlungen werden müssen. Vermutlich würde die EWG ihre diesbezüglichen Verhandlungsrichtlinien flexibel gestalten, da ein Arrangement auch für sie nicht ohne Vorteile wäre. Zur Frage der GATT-Konformität: Grundsätzlich sind wir ebenso der Ansicht, dass das Prinzip der Meistbegünstigung nicht unnötig in Frage gestellt werden sollte. Umgekehrt erheischt die Gegenwart in zahlreichen Sektoren ein pragmatisches Vorgehen. So wurde etwa an der UNCTAD-Konferenz in

---

17. *Vgl. dazu Dok. 15,* dodis.ch/33250.

18. *Zur EFTA-Ministerkonferenz in London vom 9.–10. Mai 1968 vgl. das BR-Prot. Nr. 683 vom 1. Mai 1968,* dodis.ch/34163 *und das BR-Prot. Nr. 897 vom 10. Juni 1968,* E1004.1#1000/9#735*.

New Dehli[19] der grundsätzliche Beschluss gefasst, inskünftig Präferenzen für Entwicklungsländer zu schaffen. Falls das Prinzip der Meistbegünstigungsklausel weiter durchlöchert wird, so sollte dies wenigstens dazu benützt werden, die Regelung unseres Verhältnisses zur EWG zu erleichtern. Die Rücksichtsnahme gegenüber den amerikanischen Interessen ist im Rahmen der Gegenseitigkeit auch unser Anliegen. Doch ist uns die definitive amerikanische Haltung noch nicht bekannt. Sollten die USA tatsächlich eine Importsteuer erheben oder Exportsubventionen gewähren, so dürfte sich ein Neuüberdenken unserer diesbezüglichen Politik aufdrängen. Es versteht sich von selbst, dass das angedeutete «Arrangement» den Zusammenhalt innerhalb der EFTA-Staaten nicht belasten darf. Dies bedingt eine vorgängige Absprache und alsdann ein gemeinsames, solidarisches Vorgehen.

Herr Spühler: Die Geschichte der Freihandelsassoziation zeigt, dass unsere beiden Länder stets auf Seiten der Solidarität gestanden, mithin nicht versucht haben, einem gemeinsamen Vorgehen vorzugreifen. Leider ist diese Politik nicht von allen Mitgliedstaaten in ebensolcher Weise durchgehalten worden.

Herr Lyng: Dem Einschlagen einer pragmatischen Methode sind wir angesichts der heutigen Situation nicht abgeneigt. Wir sind zur Teilnahme an allen Verhandlungen bereit, die dazu führen können, die Stagnation der Integrationslage zu beenden. In diesem Sinne haben wir sowohl auf den Vorstoss der Benelux-Staaten wie auf jenen Italiens positiv reagiert, doch haben wir stets zu verstehen gegeben, dass wir keiner Methode oder Lösung Hand bieten würden, die eine Spaltung der EFTA zur Folge hätte. In dieser Beziehung ist für uns vor allem das Verhältnis zu Schweden von Bedeutung.

Herr Jolles: Um alle Missverständnisse auszuschalten, möchte ich festhalten, dass es uns fern liegt, grundlos amerikanische Interessen zu diskriminieren oder die Glaubwürdigkeit der GATT-Regeln zu schwächen. Dennoch ist es unser aller Ziel, einen integrierten europäischen Markt zu schaffen. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels mögen temporär für gewisse aussereuropäische Länder zu Härten führen, insofern das Prinzip der Meistbegünstigung nicht durchwegs wird durchgehalten werden können. Doch ist dies von vorübergehender Bedeutung. Auch dürften die bisherigen französischen Angebote eines minimalen Zollabbaus auf lange Sicht nicht das letzte Wort darstellen. Pragmatische Lösungen sind auch für uns Provisorien mit allen Nachteilen, die diese implizieren können. Zur norwegisch-britisch Aluminiumangelegenheit[20]: Die Schweiz ist bereit, Norwegen bei der Suche einer Lösung, die EFTA-konform ist, zu helfen. Ist einmal abgeklärt, in welchen Punkten das britische Vorgehen den Regeln der Freihandelsassoziation widerspricht, werden wir uns für die Rückkehr zur Vertragskonformität einsetzen.

[...][21]

---

19. *Vgl. dazu Dok. 69,* dodis.ch/32480, *Anm. 14.*

20. *Vgl. Anm. 18.*

21. *Traktandum 4: Korps für die Hilfe bei Katastrophen. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32905.

82

dodis.ch/32330

Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat[1]

DOPPELBESTEUERUNGSVERHANDLUNGEN[2] MIT BELGIEN, PORTUGAL UND ÖSTERREICH

Bern, 7. Mai 1968

I. In den Jahren 1952 bis 1954 wurde auf Wunsch interessierter schweizerischer Wirtschaftskreise in technischen Vorbesprechungen[3] abgeklärt, ob mit *Belgien* Doppelbesteuerungsabkommen auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern abgeschlossen werden könnten. Die damaligen Abklärungen haben ergeben, dass nur auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern eine Einigung möglich wäre, nicht aber auf dem Gebiet der direkten Steuern, weil das damals geltende belgische Einkommenssteuerrecht zu grosse Unterschiede gegenüber den schweizerischen Besteuerungsgrundsätzen aufwies.

Im Jahre 1962 hat Belgien eine grundlegende Reform seines direkten Steuerrechts durchgeführt und seither mit verschiedenen europäischen und aussereuropäischen Staaten Abkommen auf der Basis des OECD-Musterabkommens vom Juli 1963[4] abgeschlossen.

Anlässlich der Informationsreise einer belgischen Delegation unter der Führung des Prinzen von Liège[5] und des belgischen Wirtschaftsministers Van Offelen vom 28. November 1967[6] kam auf schweizerischen Wunsch auch das Fehlen eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Belgien zur Sprache. Dies gab der belgischen Botschaft Anlass, der Schweiz mit Note vom 27. Februar 1968 (vgl. Beilage 1[7]) namens des belgischen Finanzministeriums vorzuschlagen, die seit 1954 unterbrochenen technischen Vorbesprechungen im September 1968[8] weiterzuführen.

Schweizerischerseits steht nichts entgegen, diese Verhandlungsofferte anzunehmen, wobei in erster Linie abzuklären sein wird, wie ein auf der Basis des OECD-Entwurfs konzipiertes schweizerisch-belgisches Doppelbesteuerungsabkommen aussehen würde. Den belgischen Behörden wäre dementsprechend in Beantwortung der Note vom 27. Februar 1968 durch das Politische Departement die grundsätzliche Bereitschaft der Schweiz mitzuteilen, wobei

1. *Antrag:* E1004.1#1000/9#734*. *Unterzeichnet von R. Bonvin.*
2. *Zur Doppelbesteuerung vgl. die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T573.
3. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1969/121#2874* (B.34.12.0).
4. *Mitteilung der OECD vom 19.* November 1963, E2001E#1976/17#554* (B.34.12.0). *Vgl. dazu ferner das BR-Prot. Nr. 1408 vom 22. August 1967,* dodis.ch/32331.
5. *A. von Saxen Coburg und Gotha.*
6. *Vgl. dazu Dok. 67,* dodis.ch/33199.
7. *Note der belgischen Botschaft an das Politische Departement vom 27. Februar 1968,* E2001E-01#1982/58#1858* (C.41.157.0).
8. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Rubin an E. Diez vom 1. Oktober 1968,* dodis.ch/33629.

Verhandlungszeitpunkt und -ort durch die beiderseitigen Delegationschefs zu vereinbaren wären[9].

II. Mit Note vom 23. Februar 1968[10] beantragt die *österreichische* Botschaft namens der zuständigen österreichischen Stellen die möglichst baldige Gesamtrevision des schweizerisch-österreichischen Doppelbesteuerungsabkommens vom 12. November 1953[11] (vgl. Beilage 2). Das österreichische Begehren wird mit der Einführung des gespaltenen Körperschaftsteuertarifs in Österreich, mit einem finanziellen Ungleichgewicht des geltenden Abkommens zulasten Österreichs, mit der günstigen Steuergesetzgebung der Schweiz und schliesslich damit begründet, dass das Abkommen von 1953 veraltet sei.

Wiewohl die von österreichischer Seite zur Begründung des Revisionsbegehrens angeführten Argumente nicht überzeugend erscheinen, wird man schweizerischerseits auf den österreichischen Wunsch um Aufnahme der Verhandlungen eintreten müssen. In der schweizerischen Antwort auf die österreichische Note, die durch das Politische Departement zu erteilen wäre, müsste indessen deutlich darauf hingewiesen werden, dass die Schweiz eine Revision des heutigen Abkommens weder als notwendig noch als dringlich erachtet und dass ihr deshalb gar eine Gesamtrevision des Abkommens nicht als opportun erscheint. Immerhin sei die Schweiz bereit, eine österreichische Delegation zur Begründung ihrer Begehren zu empfangen[12], wobei sich die zuständigen schweizerischen Stellen ihre Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten müssen. Das heutige schweizerisch-österreichische Abkommen enthält die gegenseitige vollständige Freistellung von Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, was offenbar nicht mehr den heutigen österreichischen Auffassungen entspricht. Die schweizerisch-österreichischen Wirtschaftsinteressen sind indessen nicht derart, dass schweizerischerseits Konzessionen wie gegenüber Frankreich oder allenfalls gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in Erwägung gezogen werden müssten[13]. Die schweizerischen Unterhändler sind deshalb anzuweisen, den österreichischen Begehren gegenüber Zurückhaltung zu zeigen.

III. Portugal ist das einzige EFTA-Land, mit dem die Schweiz bisher kein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat. Im Rahmen der EFTA befasst sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage der Schaffung eines multilateralen Doppelbesteuerungsabkommens unter den EFTA-Staaten[14]. Die 1965 begonnenen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Immerhin hat sich wäh-

---

9. *Vgl. die Note des Politischen Departements an die belgische Botschaft vom 20. Juni 1968,* E2001E#1980/83#1487* (B.34.12.0).

10. *Note der österreichischen Botschaft an das Politische Departement vom 23. Februar 1968,* dodis.ch/33628.

11. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Erbschaftssteuern *vom 12. November 1953, AS, 1954, S. 1083–1097.*

12. *Zu den Verhandlungen mit Österreich vom November 1968 vgl. die Notiz von Ch. Rubin an E. Diez vom 19. November 1968,* E2001E#1980/83#1441* (B.34.12.0).

13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 177,* dodis.ch/31445.

14. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443.

rend dieser Arbeiten gezeigt, dass speziell im Verhältnis zu Portugal einige Schwierigkeiten zu überwinden sind. Auf portugiesisches Begehren haben im Frühjahr 1964, vor Aufnahme der EFTA-Arbeiten, erste Gespräche[15] zwischen Vertretern der portugiesischen und der eidgenössischen Steuerverwaltung stattgefunden. Dieser erste Kontakt liess es als angezeigt erscheinen, weitere bilaterale Gespräche auszustellen, bis die Arbeiten der EFTA-Arbeitsgruppe für Doppelbesteuerung einen gewissen Fortschritt erreicht hätten. In der Zwischenzeit hat Portugal mit verschiedenen EFTA- und Nicht-EFTA-Staaten Doppelbesteuerungsverhandlungen aufgenommen und den Wunsch geäussert, auch mit der Schweiz die 1964 begonnenen Gespräche fortzuführen. Es scheint zweckmässig, diesem Wunsch eines EFTA-Partners in Form der Weiterführung technischer Gespräche zu entsprechen. Das Ziel der schweizerischen Unterhändler wird sein, abzuklären, ob die portugiesische Verhandlungsbereitschaft sich seit 1964 so weit entwickelt hat, dass mit einem vernünftigen, dem Abkommen Schweiz-Spanien[16] entsprechenden Doppelbesteuerungsvertrag mit Portugal gerechnet werden könnte.

IV. Gestützt auf die vorstehenden Erklärungen beehren wir uns *zu beantragen:*

1. Vom vorliegenden Bericht des Finanz- und Zolldepartements über die Aufnahme von Doppelbesteuerungsgesprächen mit Belgien, Österreich und Portugal wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Es werden folgende Verhandlungsdelegationen bestellt:
   a. *Belgien […]*[17]; b. *Österreich […]*[18]; c. *Portugal […]*[19]
3. Der Delegationschef wird ermächtigt, nötigenfalls weitere Experten aus dem Kreis der kantonalen Steuerverwaltungen oder der schweizerischen Wirtschaft beizuziehen.
4. Über das Ergebnis der einzelnen Verhandlungen wird das Finanz- und Zolldepartement dem Bundesrat zu gegebener Zeit Bericht[20] erstatten[21].

---

15. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443, *bes. Anm. 26.*
16. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *vom 26. April 1966, AS, 1967, S. 294–311. Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 86,* dodis.ch/31041 *und Dok. 177,* dodis.ch/31445.
17. *K. Locher, M. Widmer, Ch. Rubin und Th. Faist.*
18. *K. Locher, M. Widmer, Ch. Rubin und ein Vertreter der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren.*
19. *K. Locher, M. Widmer, Ch. Rubin und Th. Faist.*
20. *Zu Belgien und Portugal vgl. das BR-Prot. Nr. 383 vom 4. März 1974,* E1004.1#1000/9#804*. *Zu Österreich vgl. das BR-Prot. Nr. 1643 vom 1. Oktober 1973,* E1004.1#1000/9#799*.
21. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 823 vom 29. Mai 1968,* dodis.ch/32330.

83

dodis.ch/32172

Der Chef des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch, an den schweizerischen Botschafter in Peking, O. Rossetti[1]

Geheim Bern, 8. Mai 1968

Die jüngste Entwicklung – Einigung zwischen Hanoi und Washington, die Vorgespräche in Paris abzuhalten – hat die von Ihnen wie von Herrn Botschafter Dupont in unserem Auftrag noch kürzlich unternommenen Bemühungen zugunsten Genfs[2] in gewissem Sinne hinter sich gelassen; wir neigen aber zur Ansicht, dass diese Bemühungen dennoch nicht überflüssig waren, denn nach wie vor liegen Indizien dafür vor, dass Vorgespräche und eigentliche Verhandlungen nicht am selben Ort stattfinden sollen. Aus den Bemerkungen Mai Van Bos[3], die er gegenüber Botschafter Dupont anlässlich dessen Vorsprache zugunsten Genfs machte, liess sich indirekt entnehmen, dass Hanoi nicht deswegen nicht für Genf optierte, weil es etwas gegen diese Stadt gehabt hätte, sondern weil es bewusst und aus verhandlungstaktischen Gründen Washington die Wahl des Ortes möglichst erschweren wollte; Mai Van Bo wiederholte zudem, die nun beginnenden Vorgespräche hätten erst den Zweck, einerseits die vollständige und bedingungslose Einstellung der Bombardierungen zu erreichen und anderseits den Ort, den Zeitpunkt und das Rangniveau für die späteren eigentlichen Verhandlungen festzulegen. Wenn man dazu die von Botschafter Loan Ihnen gegenüber gemachte Bemerkung hält, dass Hanoi dem Ort für Vorgespräche keine allzu grosse Bedeutung beimesse, dass aber an den Ort für eine umfangreichere Konferenz höhere Ansprüche gestellt werden müssten (wobei diese Ansprüche das Vorhandensein einer diplomatischen Vertretung nicht unbedingt einschlössen), so glauben wir daraus die Folgerung ziehen zu dürfen, dass Genf nach wie vor Chancen für die eigentlichen, späteren Verhandlungen hat. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass der 1. Sekretär[4] der Botschaft der UdSSR in Paris einem Mitarbeiter[5] Botschafter Duponts kürzlich[6] erklärt hat, die eigentlichen Verhandlungen würden «sans

1. *Schreiben:* E2200.174#1985/195#38* (332.1). *Verfasst von H. Kaufmann.*
2. *Zum Versuch, die Friedensverhandlungen im Vietnamkonflikt nach Genf zu bringen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 157,* dodis.ch/30940; *die Notiz von H. Miesch vom 9. April 1968,* dodis.ch/32190 *sowie das Telegramm Nr. 185 von F. Schnyder an W. Spühler vom 4. April 1968,* dodis.ch/32186.
3. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 166 des Politischen Departements an F. Schnyder vom 5. April 1968,* dodis.ch/32177 *sowie das Telegramm Nr. 167 des Politischen Departements an F. Schnyder vom 6. April 1968,* dodis.ch/32178. *Zum Besuch Mai Van Bo in Bern vom 19. bis 22. März 1968 vgl. Dok. 75,* dodis.ch/32171.
4. *J. W. Dubinin.*
5. *R. Bär.*
6. *Vgl. das Telegramm Nr. 95 vom Politischen Departement an A. R. Lindt vom 9. April 1968,* E2807#1974/12#491* (09) *sowie das Telegramm Nr. 209 von P. Dupont an das Politische Departement vom 30. April 1968,* E2001E#1980/83#4510* (B.73.0.(07)).

aucun doute» in Genf stattfinden, und zwar aus symbolischen Gründen, da die östlichen Staaten ja immer eine Rückkehr zu den Genfer Abkommen von 1954 verlangt hätten. (Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass gerade hier ein weiterer Grund dafür liegt, dass Hanoi vorläufig nicht Genf gewählt hat: auch Hanoi hat ja immer wieder darauf hingewiesen, dass die Genfer Abkommen die Grundlage für neue Vietnam-Verhandlungen abgeben müssten; wenn nun die Vorgespräche abklären sollen, ob eine Einigung über die Grundlagen für eigentliche Vietnam-Verhandlungen erzielt werden kann, dann dürfte es in den Augen Hanois ein Präjudiz darstellen, schon für diese Vorgespräche Genf zu wählen.) Der oben zitierte sowjetische Gewährsmann schloss übrigens kategorisch eine Konferenz beispielsweise in Wien aus. (Es dürfte Sie eventuell interessieren, was der österreichische Aussenminister[7] anlässlich seiner kürzlichen Gespräche mit Bundespräsident Spühler zu diesem Thema ausführte; Sie finden zu Ihrer persönlichen und vertraulichen Information beiliegend ein Exemplar des betreffenden Protokolls[8].)

Es liegt somit in unseren Augen kein Grund vor, nicht weiterhin aktiv für Genf als Ort für die eigentliche Vietnam-Konferenz zu werben[9].

Der kürzliche Besuch des nordvietnamesischen Botschafters auf Kuba in Mexiko[10] scheint einen rein «informativen» Zweck gehabt zu haben, d. h. er diente der Darlegung des Standpunktes des DRVN im Vietnamkonflikt (und war übrigens schon vor der Erklärung Johnsons vom 31. März[11] vereinbart worden); er stellte sich damit in eine Reihe mit anderen Besuchen diplomatischer Vertreter der DRVN in westlichen Hauptstädten.

Dem westlichen Beobachter muss auffallen, dass Hanoi nun mit dem Einschwenken auf Paris den USA doch ziemlich rasch und mindestens bis zur Mitte entgegengekommen ist. (Auch wenn Washington bestimmt mit Paris gewisse unangenehme Assoziationen verknüpft, so hat es doch durchgesetzt, dass es weder nach Warschau noch Phnom Penh gehen musste). Der Eindruck verstärkt sich, dass Hanoi seinerzeit mit der Tet-Offensive alles auf eine Karte setzte, um die Lage doch noch zu seinen Gunsten zu beeinflussen; als der erhoffte Volksaufstand unterblieb und die Offensive, trotz massiven Verlusten der Südseite, letztlich doch keinen entscheidenden Erfolg brachte, war es «à bout de souffle». Auch die gegenwärtige neue Offensive scheint sich ja – wenigstens soweit dies heute beurteilt werden kann – eher als Störmanöver denn als entscheidender Schlag zu entwickeln.

Es fällt auch auf, dass in der gegenwärtigen Phase der Sondierungen zwischen Hanoi und Washington der FNL fast gar nicht in Erscheinung tritt. Noch vor einem Jahr (vgl. Beilage zu Bulletin N° 16/1967[12]) wurde alles unternom-

---

7. *K. Waldheim.*
8. *Vgl. das Protokoll von H. Kaufmann vom 26. April 1968,* dodis.ch/33385.
9. *Vgl. dazu den Bericht von O. Rossetti an W. Spühler vom 16. Juni 1968,* dodis.ch/32185.
10. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 21 von J.-L. Pahud an das Politische Departement vom 30. April 1968,* E2001E#1980/83#4506* (B.73.0.(02)).
11. *Zur Erklärung von L. B. Johnson über die Einstellung der Bombardierungen Nordvietnams und Verzichtserklärung auf Wiederwahl vgl. das Telegramm Nr. 173 der schweizerischen Botschaft in Washington an W. Spühler vom 31. März 1968,* E2807#1974/12#491* (09).
12. *Vgl. Doss.* E2814#1988/159#34* (02).

men, um den FNL als den primären Kampf- und damit Verhandlungs-Partner der USA im Süden zu plakatieren. Davon ist heute offensichtlich nicht mehr die Rede. Auch Mai Van Bo operierte in Bern, als er uns über die Lage in Vietnam «indoktrinierte», nicht mehr mit der Fiktion, die Lage im Süden sei eine Angelegenheit des Südens und mithin der FNL, sondern vielmehr mit der neuen Fiktion, der Norden fühle sich für den Süden verantwortlich, und die amerikanische Präsenz im Süden sei ein Angriff auf Vietnam schlechthin. Hat man Hanoi, nach der Tet-Offensive und dem Ausbleiben der einkalkulierten Levée en masse, eingesehen, dass die Behauptung, wonach der FNL für Südvietnam allein repräsentativ sei, einfach nicht den Tatsachen entspricht, und die Konsequenzen gezogen? (Laus «Newsweek» sollen ja die Nordvietnamesen vom Gelingen des Tet-Aufstandes so völlig überzeugt gewesen sein, dass sie sogar sowjetische Journalisten aus Hanoi einluden, sich für einen baldigen Transport nach Süden bereitzuhalten, damit sie über die dortige «Revolution» berichten könnten.)

P. S.

Es dürfte Sie interessieren, dass der schwedische Aussenminister[13] auf eine Interpellation[14] im Reichstag kürzlich erklärt hat, Schweden habe bei seinen Kontakten nicht nur Mitteilungen und Signale übermittelt, sondern mit den Parteien auch gewisse eigene Vorschläge über das Zustandekommen von Verhandlungen diskutiert. Er könne allerdings vorläufig darüber nichts aussagen. – Man geht wohl nicht fehl, darin einen Hinweis auf Botschafter Petris «Aktivitäten» zu sehen. Offensichtlich konnte Petri auch den Stockholmer Korrespondenten[15] der «Washington Post» von seiner (in seinen Augen) wichtigen Rolle beim Zustandekommen der gegenwärtigen Kontakte zwischen Hanoi und Washington überzeugen; der Washingtoner Korrespondent[16] von «Dagens Nyheter» berichtet[17] jedenfalls über einen entsprechenden Artikel in der «Washington Post», fügt allerdings bei, dass dieses Bild von Schwedens Aktivität und Bedeutung im Vietnamkonflikt in Washington «keine grosse Unterstützung» finde und dass er selbst anlässlich eines Besuches in Hanoi in keiner Weise den Eindruck erhalten habe, dass Schweden eine so bedeutende Rolle als Kontaktvermittler gespielt haben solle. (Paris-Match hat ja im Gegenteil angedeutet, die Erklärung Johnsons vom 31. März sei im Anschluss an Mitteilungen via schweizerische Kanäle erfolgt.)

---

13. *T. Nilsson. Zu den schwedisch-nordvietnamesischen Beziehungen vgl. auch Dok. 173,* dodis.ch/32173.

14. *Für die Antwort von T. Nilsson vom 18. April 1968 vgl. Doss. wie Anm. 10.*

15. *W. Fleisher.*

16. *S. Öste.*

17. *Vgl. den Artikel* Friedensbotschaft via Schweden *vom 13. April 1968, vgl. Doss. wie Anm. 10.*

84

dodis.ch/32622

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Bern, 14. Mai 1968

Frage 2: Worin und wie weit besteht die Gefährdung der schweizerischen pharmazeutischen Industrie durch die gesetzgeberischen Arbeiten in Indien, Kolumbien und Peru? Gibt es Interventionsmöglichkeiten des Bundes[2]?

Antwort betreffend Indien:

Schon seit längerer Zeit[3] ist die indische Regierung bestrebt, das Patentgesetz aus dem Jahre 1911, weil angeblich den indischen Verhältnissen nicht mehr angemessen, völlig neu zu gestalten. Der Entwurf zu einem neuen Patentgesetz hätte im Verlauf der Wintersession 1967 im indischen Parlament behandelt werden sollen, doch wurde diese Beratung aus Zeitgründen auf die kommende nächste Session verschoben[4]. Die Revisionsbestrebungen betreffen nicht nur die pharmazeutische, sondern auch die gesamte übrige Industrie.

Es sind vor allem folgende Punkte des neuen Entwurfes, die von unserem Standpunkt aus zur Beanstandung Anlass geben: Regierung und Regierungs-Organisationen würden ermächtigt, ohne Pflicht zur Entschädigung Patentrechte zu suspendieren, wenn sie im nationalen Interesse Produkte, Apparate oder Maschinen importieren bzw. selbst fabrizieren wollen; der Patentschutz für Arznei- und Nahrungsmittel soll auf 10 Jahre vom Zeitpunkt der Anmeldung an befristet sein; es soll das System von Zwangslizenzen eingeführt werden, wobei die Lizenzgebühren bei Arznei- und Nahrungsmitteln höchstens 4% betragen dürfen.

Da der Erlass eines Patentgesetzes in die ausschliessliche Kompetenz der indischen Regierung und des indischen Parlaments fällt, sind unsere Interventionsmöglichkeiten schon zum vornherein beschränkt. Unsere Botschaft in New Delhi hat aber in ständigen Kontakt mit den interessierten schweizerischen Kreisen die Entwicklung aufmerksam verfolgt und jede Gelegenheit wahrgenommen, um die zuständigen indischen Instanzen auf die negativen Auswirkungen des neuen Gesetzes auf das wissenschaftliche und technische Wachstum und damit auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Indiens hinzuweisen[5]. Auch hat sie des öftern ihrer Hoffnung

1. *Notiz:* E2807#1974/12#284* (043.1-03).
2. *Die Frage wurde von U. Luder in der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats aufgeworfen und mit vorliegender Notiz beantwortet. Vgl. die Notiz von P. Micheli vom 6. Mai 1968, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner das Protokoll der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats vom 27. und 28. Mai 1968, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 123,* dodis.ch/30923.
4. *Vgl. dazu die Notiz von R. Beaujon vom 10. Juni 1968,* dodis.ch/32626.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Heimo an P. R. Jolles vom 20. November 1968,* dodis.ch/32628;

Ausdruck gegeben, dass die indische Regierung ihren Entwurf dem von den «Vereinigten Internationalen Büros zum Schutze des geistigen Eigentums» in Genf speziell für Entwicklungsländer geschaffenen Modell eines Patentgesetzes[6] anpassen werde.

Antwort betreffend Kolumbien:

Seit einigen Jahren ist in Kolumbien ein Gesetz betreffend den Schutz des geistigen Eigentums in Vorbereitung. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden ausserdem durch einen Gerichtsentscheid diejenigen Artikel des vorläufig noch geltenden Gesetzes aufgehoben, die den Patentschutz für Substanzen gewährten. Seither ist nur noch die Patentierung der Verfahren möglich, was aber der in den meisten Ländern (so auch der Schweiz) geltenden Regelung entspricht. Extreme Tendenzen in Kolumbien wollen offenbar durch das in Vorbereitung befindliche neue Gesetz jede Patentierbarkeit für pharmazeutische Produkte aufheben, was zur Folge haben könnte, dass der schweizerischen Pharmaindustrie wegen der Konkurrenz nachgeahmter Produkte der kolumbianische Markt teilweise verlorengehen könnte. Die Schweizerische Botschaft in Bogota verfolgt diese Entwicklung mit der gebotenen Aufmerksamkeit und hat – im Einvernehmen mit den interessierten Kreisen der Industrie – bisher auch schon verschiedene Schritte im Hinblick auf eine für unser Land möglichst günstige Regelung unternommen[7]. Der Erlass eines Gesetzes betreffend das geistige Eigentum ist jedoch eine interne Angelegenheit Kolumbiens, auf die das Ausland nur in sehr beschränktem Masse Einfluss nehmen kann.

Antwort betreffend Peru:

Mit Dekret vom 29. September 1967[8] wurden in Peru die Patente für pharmazeutische Produkte als nichtig erklärt. Die peruanische Regierung erliess im übrigen Massnahmen, um die Medikamentenpreise möglichst tief zu halten, was besonders wegen der Abwertung des Sol zu Nachteilen für die schweizerischen Lieferfirmen führte. In bezug auf die Preisgestaltung konnte inzwischen eine vorläufig befriedigende Lösung erzielt werden. Von grösserer Bedeutung ist aber, dass die peruanische Regierung durch ein Dekret vom 15. März 1968[9] den früheren Zustand betreffend den Patentschutz pharmazeutischer Produkte praktisch wiederherstellte. Diese Regelung, die den schweizerischen Interessen entspricht, ist vor allem auf die intensiven

---

die Notiz von X. Merz an H. Miesch vom 9. September 1969, dodis.ch/32625 *und das Schreiben von F. Bohnert an P. R. Jolles vom 17. September 1969,* dodis.ch/32643.

6. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Janner an R. Fässler vom 17. November 1967,* dodis.ch/32635.

7. *Vgl. dazu das Schreiben E. Léchot an J. Merminod vom 12. Juli 1967,* dodis.ch/33607; *das Schreiben von A. Kamer an P. Micheli vom 21. September 1967,* E2001E#1978/84#4373* (B.34.814) *sowie das Schreiben von J. Merminod an P. Micheli vom 7. Dezember 1967, ibid.*

8. *Für das Dekret vom 29. September 1967 vgl. das Schreiben der schweizerischen Botschaft in Lima an P. R. Jolles vom 24. Oktober 1967,* E2001E#1980/83#3670* (B.34.814.0).

9. *Für das Dekret vom 15. März 1967 vgl. das Schreiben von H. Hess an P. Micheli vom 27. März 1968, ibid.*

Bemühungen der Vertreter der schweizerischen Pharmaindustrie und der Schweizerischen Botschaft in Lima zurückzuführen[10]. Die Gefahr ist somit einstweilen gebannt, doch wird die Entwicklung auf diesem Sektor von der Botschaft weiterhin aufmerksam verfolgt.

10. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Léchot an H.-U. Greiner vom 2. April 1969,* dodis.ch/33818 *sowie das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 17. März 1969,* E7110#1980/63#1804* (873.1). *Zu Peru vgl. ferner Dok. 121,* dodis.ch/33129.

85

dodis.ch/32361

Der Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, M. Holzer, an den Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern, H. Rogger[1]

Zusatzunterricht in spanischer Sprache und Kultur

Bern, 30. Mai 1968

Sie haben uns von Ihrem Schreiben vom 17. Mai 1968[2] an den Botschaftssekretär der spanischen Botschaft in Bern, Herrn Dr. Luis Cuervo, Kenntnis gegeben, und wir danken Ihnen für diese Mitteilung. Es erscheint verdienstvoll, dass die zuständigen kantonalen Behörden aus eigener Initiative darnach trachten, den Kindern spanischer Arbeitskräfte, ähnlich wie dies für italienische Arbeitskräfte[3] bereits geschieht, einen Zusatzunterricht in spanischer Sprache und Kultur zu vermitteln.

In Ihrem Schreiben vom 17. Mai 1968 führen Sie aus, dass der Zusatzunterricht in italienischer Sprache und Kultur im Abkommen[4] unseres Landes mit Italien vom 10. August 1964 über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz vorgesehen ist. Diese Feststellung beruht auf einem Irrtum, indem die Frage nicht im Abkommen bzw. im Schlussprotokoll, welches einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet, geregelt, sondern lediglich in Abschnitt V der Gemeinsamen Erklärungen behandelt wurde. Diesem Umstand kommt insofern besondere Bedeutung zu, als Italien auf Grund des Abkommens, soweit es um die Frage des Unterrichts in italienischer Sprache geht, gegenüber der Schweiz keine Forderungen erheben kann.

Sowenig wir Italien im Rahmen eines Abkommens auf diesem Gebiet Zugeständnisse machen konnten, sowenig wäre dies Spanien gegenüber

1. *Brief (Kopie):* E2001E-01#1982/58#3154* (B.41.11.1). *Kopie an das Politische Departement, das Departement des Innern und die Fremdenpolizei des Justiz- und Polizeidepartements.*
2. *Schreiben von H. Rogger an L. Cuervo vom 17. Mai 1968,* dodis.ch/34180.
3. *Vgl. Dok. 166,* dodis.ch/32356.
4. *Zum Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte in die Schweiz vom 10. August 1964 vgl. Dok. 10,* dodis.ch/32342, *Anm. 3.*

möglich. Der Hinweis in Ihrem Schreiben vom 17. Mai, dass eine Übereinkunft über die Schulung spanischer Kinder wünschenswert sei, wäre deshalb besser unterblieben. Selbstverständlich bleibt es den spanischen Behörden unbenommen, gelegentlich – z. B. bei Anlass einer nächsten Zusammenkunft der in Art. 18 des Abkommens[5] vom 2. 3. 61 zwischen der Schweiz und Spanien über die Anwerbung spanischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in der Schweiz vorgesehenen gemischten Kommission[6] – dieses Problem aufzugreifen. Wir hätten es vorgezogen, wenn in dieser Frage, soweit es um Verhandlungen geht, die schweizerischerseits auf Bundesebene geführt werden müssen, die Initiative den spanischen Behörden überlassen worden wäre[7].

5. Abkommen zwischen der Schweiz und Spanien über die Anwerbung spanischer Arbeitskräfte und deren Beschäftigung in der Schweiz *vom 2. März 1961, AS, 1961, S. 982–988.*
6. *Vgl. dazu Doss.* E7170B#1977/67#1392* (241.21).
7. *Zu den spanischen Vorschlägen zur Schulung der spanischen Kinder in der Schweiz vgl. das Protokoll der Sitzung der gemischten Kommission vom 27. Februar 1971, Doss. wie Anm. 1.*

86

dodis.ch/33269

Der Sektionschef für Lateinamerika der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Léchot, an den schweizerischen Botschafter in Bogota, J. Merminod[1]

Kolumbien – Berichte; Kredit

[Bern,] 30. Mai 1968

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Schreiben vom 16. und 17. Mai 1968[2] worin Sie über die Informationsreise von Herrn Dr. Kamer nach Medellin und die Zusammenarbeit zwischen dem Fondo de Inversiones Privadas (FIP) und der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) berichten und zudem Probleme der Kreditfristen für Lieferungen nach Kolumbien zur Diskussion stellen. Für Ihre Ausführungen danken wir Ihnen sehr.

Es ist zweifellos nützlich, dass Herr Kamer Gelegenheit zur Kontaktnahme mit Wirtschaftskreisen in Medellin erhielt. Wir haben denn auch bereits vor einiger Zeit dem EPD empfohlen, diese Reise nachträglich zu sanktionieren.

An sich ist es erfreulich, dass die bereits vor einiger Zeit angebahnten Kontakte zwischen FIP und SBG, nun offenbar doch zu konkreteren Resultaten führen werden. Die Probleme, die sich für die SBG, und natürlich auch für uns, stellen werden, haben wir bereits in unserem Brief vom 8. Ja-

1. *Schreiben:* E2200.93#1987/111#81* (521.61). *Verfasst von H.-U. Greiner.*
2. *Vgl. die Schreiben von J. Merminod an P. R. Jolles vom 16. Mai 1968 und vom 17. Mai 1968,* E7110#1979/14#2011* (841.0).

nuar 1968[3] an Sie skizziert (Gesamtengagement des Bundes (ERG) für Kolumbien, Ausnützung des Rahmenkredites, Parallelfinanzierungsaktion der Weltbank, etc.). Sie wären, sollte die Bank die ERG-Seite grundsätzlich abklären wollen, heute nicht kleiner. Sollten wir von Fortschritten hören, würden wir Sie orientieren.

Der *«Rahmenkredit Kolumbien»*[4] hat seinen Ursprung in einem Begehren einer kolumbianischen Finanzmission, die unserem Lande im Mai 1962 einen Besuch abstattete. Diese wies damals u. a. auf die Devisenschwierigkeiten hin und drohte, den Import aus Ländern zu stoppen, die keine Kredite erteilten. Das Begehren uns gegenüber lautete auf 10 Mio. Dollar auf 5–7 Jahre mit 2 Jahren Karenzfrist. Unsere damalige Gegenofferte ist Ihnen bekannt. Wir verweisen diesbezüglich auf unsern Bericht an Sie vom 30. Mai 1962[5], sowie auf den Antrag an den Bundesrat vom 25. Oktober 1962[6]. Angesichts der damaligen, wenig Vertrauen erweckenden wirtschaftlichen und politischen Lage Kolumbiens hatten wir keinen Grund, über das Minimum hinauszugehen.

Die Festsetzung von Minimalbeträgen von Fr. 100'000.– resp. Fr. 50'000.– pro Geschäft und, für kleine Geschäfte, auch einer kürzeren Rückzahlungsfrist, war angesichts der sich abzeichnenden Tendenz, den Kredit auch für Kleinstgeschäfte zu beanspruchen, erforderlich und am Platze.

Im Falle *Ecuador*[7] bestanden andere Voraussetzungen. Ein 10-Jahresplan für die wirtschaftliche Entwicklung war mit Hilfe internationaler Institutionen aufgestellt worden. Die Interamerikanische Entwicklungsbank stellte sich als Finanzagent der Regierung Ecuadors zur Verfügung. Der Kredit soll mit der Finanzierung von Importen die zum Auf- und Ausbau mittlerer und kleinerer Industrien notwendig sind, dienen.

Der Kredit wurde nicht unter Druck gewährt. Es handelte sich, neben den eigentlichen schweizerischen Interessen, um einen Akt internationaler Solidarität einem Entwicklungsland gegenüber, das sich bemühte, seine Probleme zu lösen (vgl. dazu auch den Antrag an den Bundesrat vom 26. April 1966[8], wovon Sie Kopie erhielten).

In diesem Zusammenhang wäre vielleicht auch noch zu sagen, dass Kolumbien das zweite Land in Lateinamerika ist, dem die Schweiz oder besser gesagt, schweizerische Banken mit Hilfe des Bundes (ERG), einen Rahmenkredit einräumte. Chile[9] machte den Anfang; doch handelte es sich bei diesem Land

---

3. *Schreiben von H. Hofer an J. Merminod vom 8. Januar 1968, Doss. wie Anm. 1.*

4. *Zum Rahmenkredit für Kolumbien vgl. Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner zum Freundschaftsvertrag mit Kolumbien von 1908,* E2200.93#1987/111#99* (541.1).

5. *Schreiben von W. Kobel an Ch. Dubois vom 30. Mai 1962,* dodis.ch/33841.

6. *Für den Antrag zur Gewährung von Lieferkrediten mit Bundesgarantie für Kolumbien von H. Schaffner an den Bundesrat vom 25. Oktober 1962 vgl. das BR-Prot. Nr. 1916 vom 2. November 1962,* E1004.1#1000/9#668*.

7. *Zum Investitionsschutzabkommen mit Ecuador vgl. das Schreiben von E. Léchot an G. Broquet vom 25. März 1966,* dodis.ch/31900.

8. *Für den Antrag von H. Schaffner an den Bundesrat vom 26. April 1966 vgl. das BR-Prot. Nr. 913 vom 6. Mai 1966,* dodis.ch/31901.

9. *Vgl. das Schreiben von J. de Rham an R. Stiner vom 23. Juni 1960,* dodis.ch/14932 *sowie den Antrag von F. T. Wahlen an den Bundesrat vom 13. September 1960,* dodis.ch/14929.

nicht nur darum, zusätzliche Exportmöglichkeiten zu schaffen oder Entwicklungshilfe zu leisten, sondern, und dies in erster Linie, mitzuhelfen, die Folgen der furchtbaren Erdbebenkatastrophe, die dieses Land im Jahr 1960 heimsuchte, zu mildern. Aus diesem Grunde erhielt der Kredit eine Laufzeit von 10 Jahren. Seit 1962 ist auch eine gewisse Evolution in Bezug auf die Entwicklungshilfe, die bei Rahmenkrediten bekanntlich eine wichtige Rolle spielt, eingetreten[10].

Ganz allgemein wäre noch festzuhalten, dass Rahmenkredite, obwohl zugegebenermassen spektakulär, nicht nur Vorteile bringen. In Bezug auf die Gestaltung der Zahlungskonditionen wirken sie, für den Verkäufer wie auch für den Käufer, wie ein Korsett. Sie nivellieren und verunmöglichen die Flexibilität. In der Regel sind sie auch noch teurer als gewöhnliche Lieferantenkredite; in Kolumbien nicht nur durch die von Ihnen am 16. Mai erwähnte Bankgarantie, sondern auch noch durch die, von Kolumbien verlangte, Pflicht zur frühzeitigen Eröffnung eines Akkreditivs.

In Bezug auf die *Zahlungsfristen* im allgemeinen ist zu sagen, dass ihre Gestaltung nicht nur von der Exportrisikogarantie abhängt. Bekanntlich deckt diese ja nur einen Teil des Risikos und ermöglicht folglich dem Exporteur auch nur eine teilweise Refinanzierung (Abtretung der ERG als Sicherheit für einen Bankkredit). Den Rest des Risikos hat der Exporteur selbst zu tragen bzw. die erforderlichen Mittel zur Restfinanzierung des Auftrages selbst aufzubringen. Der Lieferant ist also in hohem Masse daran interessiert, die bestmöglichen Zahlungsbedingungen herauszuholen. Das Bundesengagement aus der Exportrisikogarantie ist hoch (Fakturabetrag Ende 1967 rund 3 Mia. Fr.). Auch die ERG kann ihre Verpflichtungen nicht unbesehen ins uferlose anwachsen lassen. In andern Industriestaaten sind die Verhältnisse ähnlich. Deshalb hat die «Berner Union», der die Exportrisikogarantie-Institute der wichtigen Länder angehören, auch Empfehlungen hinsichtlich der zu garantierenden Zahlungsfristen aufgestellt. Danach sollen Konsumgüter grundsätzlich bar (180 Tage) bezahlt werden, während für Kapital-(Investitions-)güter nicht ohne zwingende Gründe über 5 Jahre akzeptiert werden sollen. Heute besteht allerdings die Tendenz, den Wünschen der Entwicklungsländer nach einer Ausdehnung der Laufzeit der Lieferantenkredite für Investitionsgüter eher nachzugeben. Als Richtlinie, allerdings nur für Grossprojekte, können 10 Jahre angesehen werden. Sie wurden bisher nur in wenigen, ganz besonders gelagerten Einzelfällen überschritten.

Da die Exportrisikogarantie reale Verpflichtungen zu übernehmen hat, ist die zuständige Kommission von Gesetzes wegen verpflichtet, jedes Gesuch sorgfältig zu prüfen. Der Massstab für diese Prüfung wird natürlich strenger, sobald erhöhte Risiken, z. B. grosse Beträge und/oder lange Zahlungsfristen, bestehen. Längere Zahlungsfristen werden übrigens häufig mit einem Hinweis auf Angebote seitens der Konkurrenz begründet. In solchen Fällen kommt der Informationsdienst im Rahmen der «Berner Union» zum Spielen.

Für Kolumbien-Geschäfte hat die ERG schon 1966 Lieferantenkredite mit einer Laufzeit von 10 Jahren garantiert. Ob diese Geschäfte (Sulzer, BBC, Charmilles) in der Folge auch durchgeführt werden könnten, entzieht sich

---

10. *Zum Rahmenkredit für die technische Zusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 173.*

unserer Kenntnis. Auch im Rahmen der Weltbank-Parallelfinanzierungsaktion ist sie bereit, analoge Laufzeiten zu akzeptieren. Im grossen und ganzen ist die Kommission, bei aller gebotenen Zurückhaltung, doch flexibel. Im Rahmen des Möglichen wird den jeweiligen Umständen Rechnung getragen; alle Begehren seitens der Exportwirtschaft werden ernsthaft geprüft und «selon les mérites du cas» entschieden.

Ein Beweis für diese Flexibilität ist in der Behandlung des von Ihnen erwähnten Falles zu erblicken. Mit ihrem ersten Entscheid veranlasste die Kommission den schweizerischen Exporteur abzuklären, ob die 5 Jahre wirklich nicht genügten um den Auftrag zu erhalten. Als festgestellt war, dass dies nicht der Fall ist, ging sie auf 7 Jahre.

Lateinamerika im allgemeinen und Kolumbien im besondern kommen bei der Exportrisikogarantie sicher nicht zu kurz. Der schweizerische Gesamtexport belief sich 1967 auf rund 3'500 Mio. Dollar; davon gingen 196 Mio. oder 5,6% auf das Konto lateinamerikanischer Länder. Kolumbien nahm uns Waren im Werte von etwa 14 Mio. Dollar ab, was ca. 7% unseres Exportes nach Lateinamerika entspricht. Demgegenüber beanspruchte Lateinamerika Ende 1967 nicht ganz 550 Mio. Franken oder 19,4% des gesamten ERG-Engagements und Kolumbien rund 13% des «Lateinamerika-Engagements».

87

dodis.ch/33144

Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Lindt, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Die Schweiz und das Anti-Proliferationsabkommen

Vertraulich Moskau, 6. Juni 1968

1. Die bisherige schweizerische Haltung zum Entwurf des Anti-Proliferationsvertrages[2] – klare Formulierung unserer Wünsche und eine gewisse Zurückhaltung betreffs unserer Bereitschaft, den Vertrag zu unterzeichnen – trug dazu bei, dass der Entwurf verbessert wurde.

2. Heute aber laufen wir eine gewisse Gefahr, einer Isolierung zu verfallen. Österreich hat sich von anfang an zu Gunsten der Unterzeichnung des Vertrages ausgesprochen[3], argumentierend, ein unvollkommener Vertrag sei besser als kein Vertrag. Ihm lag daran, in keiner Weise in einen Gegensatz zu

1. *Schreiben:* E2807#1974/12#436* (08-01).
2. *Vgl. dazu Dok. 63,* dodis.ch/33194; *das BR-Prot. Nr. 873 vom 26. Mai 1967,* dodis.ch/33215; *das BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 26. Mai 1967,* dodis.ch/33942, *S. 2–5*; das *BR-Prot. Nr. 1865 vom 10. November 1967,* dodis.ch/33218; *das Communiqué des Politischen Departements vom 14. November 1967,* dodis.ch/33225; *die Notiz von A. Natural vom 29. März 1968,* dodis.ch/33231 *und das BR-Beschlussprot. II vom 28. August 1968*, dodis.ch/33290, *S. 1.*
3. *Vgl. dazu Dok. 155,* dodis.ch/33145; *das Protokoll von F. Blankart vom 15. Mai 1967,* dodis.ch/33382, *S. 16–18 und das Protokoll von F. Blankart und H. Zimmermann vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/33813, *S. 19 f.*

den massgebenden Unterzeichnern seines Staatsvertrages zu treten. Sowohl Podgorny wie Kossygin haben denn auch Bundespräsident Jonas im Kreml ihre Anerkennung für diese österreichische Haltung ausgesprochen.

Schweden hat bis vor kurzem eine ähnliche Stellung wie wir eingenommen[4]. Nach dem Tass-Ticker hat nun aber gestern Frau Myrdal in New York erklärt, dass Schweden den Vertrag, wenn auch widerstrebend, annehme.

Damit wäre die Schweiz unter den drei echten Neutralen der einzige, der weiterhin eine reservierte Haltung einnehmen würde[5].

3. In unseren Verlautbarungen haben wir unsere endgültige Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten. In Artikel 4 der beiden Aide-mémoires[6] steht: «La Suisse, quant à elle, ne pourrait participer au traité que si la plupart des Puissances susceptibles de disposer d'armes nucléaires y adhérent.» Wie interpretieren wir «la plupart des Puissances»? Konkret handelt es sich um die Frage, ob Deutschland beitreten werde oder nicht[7]. Unabhängig davon, zu welchem Entschluss sich Bonn schliesslich durchringt, sollten wir – dies scheint mir wichtig – nicht den Eindruck erwecken, dass wir für die Zögerung (oder eventuell für einen negativen Entscheid) der BRD eine Art Rückendeckung bilden. Dass unsere Motive für den Vorbehalt in Art. 4 damit nichts zu tun haben, ist klar. Dass aber Bonn sich auf die schweizerische Haltung berufen könnte, ist möglich; dass Moskau darin eine schweizerische Schützenhilfe für die Bundesrepublik Deutschland erblicken würde, deren Entwicklung sie gegenwärtig stark beunruhigt, scheint mir wahrscheinlich.

Wie mir der rumänische Botschafter[8] sagt, hat Bukarest betreffs der Unterzeichnung des Vertrages noch keinen Entscheid gefällt, möchte aber wenn möglich vermeiden sich in gleichen Lager wie Bonn zu befinden.

4. Vielleicht wäre es richtig, kurz nach der Abstimmung in der UNO[9] eine Erklärung abzugeben, in der wir trotz unserer Bedenken positiv Stellung beziehen.

---

4. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Keller an W. Spühler vom 30. März 1967 und die Notiz von R. Bindschedler vom 1. März 1968, Doss. wie Anm. 1.*

5. *Zur Stellung der Schweiz an der Konferenz der Nichtnuklearstaaten vom 29. August bis zum 28. September 1968 in Genf vgl. das BR-Prot. Nr. 1307 vom 28. August 1968,* dodis.ch/33234; *den Bericht von R. Bindschedler vom 15. November 1968,* dodis.ch/33308 *und die Erklärung von R. Bindschedler vom 10. September 1968,* dodis.ch/33306.

6. *Memorandum des Politischen Departements an die sowjetische und amerikanische Botschaft in Bern vom November 1967,* dodis.ch/33224. *Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 701 vom 8. Mai 1968,* dodis.ch/33233.

7. *Vgl. dazu Dok. 88,* dodis.ch/32905, *bes. Anm. 9.*

8. *T. Marinescu.*

9. *Vgl. dazu die Resolution 2373(XXII) der Generalversammlung der UNO vom 12. Juni 1968,* E2806#1971/57#62* (14-4).

88

dodis.ch/33019

Notice pour le Chef du Service juridique du Département Politique, E. Diez[1]

Fonds déposés en Suisse par l'ancien président N'Krumah

[Berne,] 10 juin 1968

En prévision de la visite de l'Ambassadeur du Ghana[2] et de son avocat, Me Zellweger, M. Nussbaumer a réuni, le 10 juin, MM. Markees et Felley, de la Division de la police du DFJP, M. le Ministre Gelzer et MM. Grob, Wipfli et le soussigné pour fixer l'attitude des autorités suisses à l'égard de la demande d'entraide judiciaire du Ghana. Il s'agit d'un aide-mémoire de l'Ambassade[3] (rédigé par Me Zellweger) qui demande la levée du secret bancaire[4] (notamment) dans l'intérêt de la procédure ouverte au Ghana contre l'ancien président N'Krumah et divers «complices».

Comme dans l'affaire Khider[5], il n'existe pas d'obligation conventionnelle d'entraide entre le Ghana et la Suisse. Le Traité d'extradition entre la Suisse et la Grande-Bretagne, du 26 novembre 1880[6], applicable dans les relations entre notre pays et le Ghana, ne contient en effet pas de règles sur l'entraide judiciaire en matière pénale. En principe, cela n'empêcherait cependant pas la Suisse d'accorder cette entraide sur une base volontaire. Deux conditions toutefois: que les cantons soient disposés à transmettre aux banques la demande de renseignements et que les banques acceptent de fournir ces informations.

M. Gelzer souhaiterait éviter que les Algériens puissent nous reprocher d'avoir accordé au Ghana ce que nous leur avons refusé dans le cas des «millions du FLN»[7]. La situation était cependant différente dans l'affaire Khider, car il existait alors une enquête qui suivait son cours à Genève parallèlement à l'instruction d'Alger. Conformément à une pratique constante, les autorités suisses s'étaient alors refusées, dans le souci d'éviter deux condamnations pénales (peut-être contradictoires) dans des Etats différents, de prêter leur concours pour les besoins de l'action pénale étrangère. En outre, dans le cas Khider, il s'agissait d'obtenir la récupération des fonds, alors que dans l'affaire N'Krumah, les Ghanéens cherchent à obtenir des renseignements destinés à confirmer les indices réunis au cours de l'enquête qui s'est déroulée au Ghana.

Pour M. Markees, la décision à prendre est de nature politique. Elle revêt une certaine importance. D'autres cas analogues peuvent se présenter à bref

1. *Notice:* E2001E#1980/83#685* (C.41.129.1.(04)). *Rédigée et signée par M. Krafft.*
2. *K. B. Asante.*
3. *Cf. doss. comme note 1.*
4. *Sur la question du secret bancaire, cf. doc. 23,* dodis.ch/33015.
5. *Cf. doc. 104,* dodis.ch/33713, *note 12.*
6. Traité d'extradition entre la Suisse et la Grande-Bretagne *du 26 novembre 1880, RS, 12, pp. 126–134. Cf. aussi doc. 64,* dodis.ch/32651.
7. *Cf. doc. 137,* dodis.ch/33712.

délai[8]. On a cité à cet égard l'exemple de l'Indonésie qui, en 1966, avait déjà essayé d'obtenir la levée du secret bancaire pour des fonds déposés en Suisse par l'ancien président Soekarno. Pour le moment, il a été décidé de chercher à gagner du temps, en demandant des renseignements supplémentaires aux Ghanéens (en particulier: nature de la poursuite engagée contre N'Krumah et consorts, autorité instruisant l'affaire), et d'attendre de voir ce que demandera Me Zellweger.

8. *Cf. aussi doc. 175,* dodis.ch/33035 *et la lettre de M. Gelzer à W. Guldimann et H. Walder du 18 janvier 1968,* dodis.ch/33752.

89

dodis.ch/32410

Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Vorsteher des Militärdepartements, N. Celio[1]

Beitritt des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes zur Europäischen Unteroffiziersvereinigung

Bern, 18. Juni 1968

Mit Schreiben vom 28. Mai 1968[2] ersuchen Sie uns um unsern Bericht zur Frage eines allfälligen Beitritts des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes (SUOV) zur Association Européenne des Sous-Officiers de Réserve (AESOR). Sie hatten auf eine entsprechende Anfrage im Jahre 1962[3] aus neutralitätspolitischen Gründen von einem Beitritt abgeraten, wären aber heute bereit, angesichts des inzwischen erfolgten Beitritts Österreichs zur AESOR Ihre bisherigen Bedenken fallen zu lassen.

Anhand der uns von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen[4] stellen wir fest, dass das Hauptgewicht der AESOR nach wie vor bei den Verbänden aus NATO-Staaten liegt, wogegen die Mitwirkung des österreichischen Verbandes mehr zufällig erscheint. Die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt sich nicht nur auf die Pflege der Kameradschaft und des Wehrsportes, sondern umfasst auch eine Zusammenarbeit auf militärtechnischem Gebiet, die so weit umschrieben ist, dass ihre Grenzen zu wenig ersichtlich sind. Dabei soll es sich, wie in den Statuten zum Ausdruck kommt, um eine dauerhafte Verbindung handeln. Die Vollmitgliedschaft des SUOV brächte zudem die Verpflichtung zu periodischer Durchführung von Veranstaltungen in der Schweiz mit sich. Zufolge des obligatorischen Charakters der Abhaltung solcher Anlässe wäre es jeweilen schwierig, die Teilnahme eines Verbandes aus einem bestimmten Staat

1. *Schreiben:* E 5001(G) 1982/18 Bd. 105 (6251.12). *Verfasst von H. Miesch, visiert von A. Kaech und H. R. Kurz.*
2. *Schreiben von N. Celio an W. Spühler vom 28. Mai 1968,* dodis.ch/32411.
3. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.*
4. Statuts de l'AESOR *vom 25. Januar 1964*, *Doss. wie Anm. 1.*

abzulehnen, auch wenn sie in einer gegebenen Situation unerwünscht wäre. Nachdem indessen den Unteroffiziersvereinen im Rahmen des typisch schweizerischen Milizsystems eine grosse Bedeutung zukommt, sollte jeder Zweifel darüber ausgeschlossen werden, dass sie eine Bindung eingehen, die sich mit der schweizerischen Neutralitätspolitik als unvereinbar erweisen könnte. Es wäre sonst mit Reaktionen in der schweizerischen Öffentlichkeit zu rechnen. In diesem Sinne handelt es sich mehr um ein innenpolitisches Problem als um eine Frage der Aussenpolitik. Obschon zuzugeben ist, dass sich durch den Beitritt Österreichs die Verhältnisse geändert haben, kommen wir aus den angeführten Überlegungen zum Schluss, dass die grundsätzlichen Bedenken gegen einen Beitritt des SUOV zur AESOR damit keineswegs behoben sind[5].

5. *Handschriftliche Marginalie von A. Kaech:* Man wird das dem UOV klarmachen müssen. 20. Juni 1968.

90

dodis.ch/32289

Der Direktor des Luftamts des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, W. Guldimann, an den Generalsekretär der Swissair, H. Haas[1]

[Bern,] 21. Juni 1968

Ich nehme Bezug auf unsere Korrespondenz von 29. Mai / 4. Juni betr. Philippinen[2], auf Ihre Zuschrift vom 5. Juni[3] betr. Orientierung unserer Missionen im Ausland sowie auf die mit Ihnen am 10. und mit Herrn Dr. Hottinger am 20. Juni geführten Besprechungen.

Ich lege sehr grossen Wert auf eine klare Abgrenzung und möchte nach Rücksprache mit dem Politischen Departement und der Handelsabteilung folgendes festhalten:

1. Es ist selbstverständlich, dass die Swissair bezüglich der Anwendung der Luftverkehrsabkommen und der amtlichen Nebenvereinbarungen direkte Beziehungen zu den ausländischen Luftfahrtbehörden unterhält und darüber mit diesen im Rahmen der massgebenden Bestimmungen und Übungen auch direkte Verhandlungen führt[4]. Unsere Missionen im Ausland unterstützen sie

1. *Schreiben (Kopie):* E8150B#1981/120#187* (149). *Kopie an das Politische Departement, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartement, die Abteilung für internationale Beziehungen, den Rechtsdienst und die Geschäftsleitung des Luftamts des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement.*
2. *Schreiben von M. Hottinger an W. Guldimann vom 29. Mai 1968 und Schreiben von W. Guldimann an das Generalsekretariat der Swissair vom 4. Juni 1968,* E8150B#1981/120#151* (140).
3. *Schreiben von H. Haas an W. Guldimann vom 5. Juni 1968, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Haas an W. Guldimann vom 13. August 1968,* dodis.ch/32292.

dabei im Rahmen der allgemeinen oder nach Massgabe besonderer Instruktionen nach Bedarf und Möglichkeit.

2. Es kann hingegen nicht Sache der Swissair sein, mit ausländischen Behörden Vorverhandlungen über den Abschluss neuer Luftverkehrsabkommen oder über die Abänderung oder Ergänzung bestehender Abkommen oder amtlicher Nebenvereinbarungen zu führen. Dies gilt auch für einzelne Punkte aus dem ganzen Verhandlungskomplex.

In der praktischen Anwendung wird es sich nicht vermeiden lassen, dass gelegentlich in Ihren Verhandlungen ein Punkt zur Sprache kommt, der zum zweiten dieser Fragekreise gehört, und ich möchte in dieser Beziehung durchaus nicht starr und unvernünftig sein. Wenn aber Ihr Herr Dr. Hottinger, dessen Art und dessen Fähigkeiten ich im übrigen ausserordentlich schätze,

– im Hinblick auf die bevorstehende Verhandlungen[5] Malta besucht und darüber auch mit dem Leiter der maltesischen Zivilluftfahrtbehörde[6] sich ausspricht,
– eine Besprechung beim Leiter der philippinischen Luftfahrtbehörde[7] organisiert, um mit ihm «den besten Weg zu einer definitiven, positiven Fixierung»[8] von Rechten abzuklären, die im Abkommen[9] nicht mehr verankert sind,
– im Hinblick auf die bevorstehende zweite Verhandlungsrunde mit Indien[10] eine Aussprache mit unseren Verhandlungspartnern organisiert, um ihnen einen für die Verhandlungen wichtigen Punkt vorzutragen und sie zum Verhandlungstermin zu interpellieren,

so ist damit die Grenzlinie eindeutig überschritten, an der ich im Interesse einer sauberen Ordnung sowie zur Vermeidung von Missverständnissen und nachfolgenden Klärungsaktionen bei ausländischen Behörden festhalten muss.

Den sehr interessanten Bericht über Malta[11] verdanke ich; die Angelegenheit Philippinen ist auf das richtige Geleise gestellt; dem bereist organisierten Vorhaben Indien habe ich – mit den angebrachten Vorbehalten – zugestimmt. Damit dürften die aufgelaufenen Pendenzen erledigt sein.

Ihrer Anregung vom 5. Juni werde ich im Einvernehmen mit dem Politischen Departement gerne Folge leisten.

Im übrigen wäre es vielleicht zweckmässig, wenn wir uns mit einiger Regelmässigkeit – d. h. etwa alle drei oder vier Monate – über die luftverkehrspolitischen Entwicklungen aussprechen würden[12].

---

5. *Vgl. dazu Doss.* E8150B#1981/120#133* (140).
6. *G. H. Ferro.*
7. *P. V. Agcaoili.*
8. *Vgl. Anm. 2.*
9. Abkommen über den Luftverkehr zwischen der Schweiz und der Philippinischen Republik *vom 8. März 1952, AS, 1953, S. 1215–1220.*
10. *Zu den Verhandlungen in New Delhi vom 24. bis 31. Oktober 1968 vgl. Doss.* E8150B#1981/120#111* (140).
11. *Schreiben von M. Hottinger an W. Guldimann vom 4. April 1968, Doss. wie Amn. 5.*
12. *Vgl. dazu auch das Schreiben von H. Haas an W. Guldimann vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/32290.

91

dodis.ch/32283

Protokoll der Sitzung des interdepartementalen Arbeitsausschusses vom 4. Juni 1968[1]

Bern, 3. Juli 1968

1. Die Konstituierung des interdepartementalen Arbeitsausschusses

Dir[ektor] Schürch: Bisher waren keine besonderen Probleme zu diskutieren, die ein Zusammenkommen des Arbeitsausschusses gerechtfertigt hätte. Ich bin der Meinung, dass von regelmässigen Zusammenkünften abgesehen werden sollte und der Ausschuss nur von Fall zu Fall für die gemeinsam zu lösenden Probleme zusammenkommt, wobei sowohl das EPD wie das EFZD das Begehren zur Abhaltung einer Sitzung stellen können. Ich würde es begrüssen, wenn nach Möglichkeit immer die gleichen Herren an den Sitzungen teilnehmen könnten.

Fürspr[echer] Jaccard: Ich bin damit einverstanden.

Fürspr[echer] Ernst: Ich bin mit dem Vorschlag ebenfalls einverstanden, wobei ich mir vorbehalten muss, mich nötigenfalls durch einen meiner Mitarbeiter vertreten zu lassen.

2. Übernahme von Heimschaffungskosten von Missionaren und Laien

Es wird auf den Sonderbericht[2] von Herrn Fürspr*[echer]* Mumenthaler verwiesen.

3. Übernahme von Fürsorgeleistungen an Schweizerbürger im Ausland durch den Bund

Dir[ektor] Schürch: Bisher wurden die Fürsorgeleistungen an Schweizer im Ausland durch die Kantone und Gemeinden erbracht. Diese haben aber keine rechtliche Verpflichtung ihre Mitbürger ins Ausland zu unterstützen. Die Fürsorgedirektoren-Konferenz hat schon früher und auch jetzt wieder das Gesuch[3] gestellt, der Bund möchte die Unterstützung der Schweizer im Ausland übernehmen. Dazu hat aber bisher die rechtliche Basis gefehlt. Mit dem neuen Verfassungsartikel 45bis kann nun der Bund in Berücksichtigung der besondern Verhältnisse der Schweizer im Ausland die zur Regelung ihrer Rechte und Pflichten erforderlichen Bestimmungen erlassen, namentlich über die Ausübung politischer Rechte, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Unterstützung, wobei letztere wohl der konkreteste Teil ist. Die Unterschiedlichkeit in der Unterstützungspraxis ist von Kanton zu Kanton gross. Eine Vereinheitlichung drängt sich auf. Es stellt sich die Frage, ob der Bund die Unterstützungen zu 100% übernehmen soll, oder ob die Kantone z. B. mit 40, 50 oder 60% zu beteiligen sind. Darüber kann diskutiert werden. Wir haben keinen fertigen Entwurf, bevor wir aber weiter machen, möchten wir doch das EPD und das

---

1. *Protokoll:* E4260D-01#1995/258#198* (360.0.2). *Vorsitz: O. Schürch. Anwesend: H.-U. Ernst, M. Jaccard, H. Mumenthaler, P. Otth. Beginn 15.00 Uhr. Schluss 16.50 Uhr.*

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Vgl. dazu die Notiz von H. Mumenthaler an O. Schürch vom 16. April 1968, Doss. wie Anm. 1.*

EFZD zur Stellungnahme einladen. Es kann selbstverständlich nicht darum gehen heute schon verbindliche Beschlüsse zu fassen.

Fürspr[echer] Mumenthaler: Es können verschiedene Varianten zur Diskussion gestellt werden, wie z. B. Beteiligung der Kantone, Subventionsgesetz oder Konkordat, wobei aber bei den letzteren Lösungen unser Einfluss auf die Gestaltung der Auslandschweizerunterstützung in Frage gestellt würde. Wir sind uns auch noch nicht im Klaren ob sich der Bund bei den Unterstützungen an heimgekehrte Auslandschweizer während einer gewissen Zeit noch beteiligen soll. Da sich die Hilfe nach dem Wohnsitzprinzip richtet, wäre allenfalls ein finanziell- und zeitlich beschränktes Mitmachen angebracht.

Dir[ektor] Schürch: Die für die Unterstützung von Schweizerbürgern im Ausland zu entrichtenden Unterstützungen werden, inkl. den Aufwendungen aus unseren Fürsorgeabkommen mit Deutschland[4] und Frankreich[5], auf ca. 2 Mio. Franken im Jahr geschätzt.

Fürspr[echer] Jaccard: Die NHG wurde bereits 1966 eingeladen[6] ihre Vorschläge über die Ausführungsgesetzgebung zum Auslandschweizerartikel 45bis zu unterbreiten. Diese Vorschläge stehen noch aus. Verschiedene Gründe haben bei der Verzögerung mitgespielt. In bezug auf das Militärwesen (Militärsteuern, Dienstbüchlein, Militärgerichtsbarkeit) ist verschiedenes im Tun. Was die politischen Rechte angelangt ist man bemüht, den Auslandschweizer-Organisationen einen öffentlichen-rechtlichen Anstrich zu geben.

Was nun die Fürsorge anbetrifft, sollte die Polizeiabteilung als Clearingstelle eingesetzt werden, die auch in finanziellen Fragen ihr Wort zu sagen hätte. Eine Gleichbehandlung der Unterstützungsbedürftigen in ein und demselben Land ist anzustreben. Die Kosten sollten nicht zu 100% durch den Bund getragen, sondern den Kantonen mit z. B. 50% auferlegt werden.

Ich bin der Meinung, dass der Bund auch in finanzieller Hinsicht den Kantonen Auflagen machen kann. Der Beschluss sollte kurz gefasst werden und es sollten daraus nicht zuviele Rechtsansprüche abgeleitet werden können. Den ausländischen Gesetzgebungen ist Rechnung zu tragen. Dagegen könnten die Ausführungsbestimmungen ausführlicher gestaltet werden. Es sollten verschiedene Alternativ-Vorschläge zur Diskussion gestellt werden.

Dir[ektor] Schürch: Die Meinung ist die, dass unsere Hilfe immer subsidiärer Natur bleiben soll. Leistungen des Aufenthaltsstaates, der Hilfsorganisationen usw. sind zu berücksichtigen.

Fürspr[echer] Ernst: Die Finanzverwaltung widersetzt sich nicht zum vornherein einer Lösung, die die Übernahme der Unterstützung der Schweizer im Ausland durch den Bund zum Ziele hat. Sie ist bereit, die Frage materiell

---

4. Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Fürsorge für Hilfsbedürftige (mit Schlussprotokoll) *vom 14. Juli 1952, AS, 1953, S. 423-428. Vgl. ferner das Schreiben von O. Schürch an P. Micheli vom 21. Juli 1967,* dodis.ch/33463.

5. Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über die Fürsorge für Unbemittelte (mit Unterzeichnungsprotokoll) *vom 9. September 1931, BS, 14, S. 128–133. Vgl. ferner Dok. 168,* dodis.ch/32872, *Anm. 24.*

6. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#352* (A.15.06.542).

zu diskutieren. Es stellt sich indessen die Frage der Dringlichkeit. Mit den immer fortschrittlicheren Sozialleistungen auch im Ausland, sollte das Fürsorgeproblem in den Hintergrund treten. Die Zahl der Unterstützungsfälle dürfte zurückgehen. Was die Beteiligung des Bundes an den Unterstützungen nach Rückwanderung anbelangt, kann man sich fragen, ob, wenn vom Wohnsitzprinzip ausgegangen wird, nicht gerade hier eine Hilfe angebracht wäre. Das ganze Problem ist erst jetzt neu an mich herangetreten, sodass ich es vorerst noch studieren muss. Die Eingabe der Fürsorgedirektoren-Konferenz ist nicht ausschlaggebend, geht es ihr doch sicher vorwiegend darum, den Kantonen eigene Mittel zu ersparen.

Dir[ektor] Schürch: Kein Staat ist völkerrechtlich verpflichtet Ausländer zu unterstützen, es sei denn, es bestünden zwischenstaatliche Vereinbarungen. Wie schon gesagt, soll die Hilfe subsidiärer Natur bleiben. Alle andern Hilfsmöglichkeiten sind vorab auszuschöpfen. Massgebend für unseren Vorstoss ist nicht das Gesuch der Fürsorgedirektoren-Konferenz, sondern die Dringlichkeit eine rechtsgleiche Behandlung der Auslandschweizer herbeizuführen.

Fürspr[echer] Mumenthaler: Mit dem Verfassungsartikel 45bis ist uns die Aufgabe gegeben, die Frage der Unterstützung der Schweizer im Ausland zu überprüfen. Die Schaffung der Rechtsgleichheit unserer Landsleute im Ausland auf diesem Gebiet ist ein dringendes Gebot.

Fürspr[echer] Jaccard: Die schweizerische Gesetzgebung ist auf Inlandschweizer zugespitzt und hat auf die Auslandschweizer keine Rücksicht genommen. Der Verfassungsartikel ist nicht etwa wegen der schönen Augen der Auslandschweizer geschaffen worden. Es gibt Länder mit keiner oder sehr ungenügender Sozialversicherung, weshalb etwas getan werden muss. Man braucht keine überbordende Ausgleichslösung, sondern eine solche die sich in vernünftigem Rahmen hält. Die Rechtsgleichheit steht im Vordergrund.

Dir[ektor] Schürch: Grosse Differenzen in der Unterstützungspraxis im Ausland, wie sie bis anhin bei den verschiedenen Kantonen existierten, sollten in Zukunft vermieden werden.

Fürspr[echer] Ernst: erwartete Darstellung der Probleme mit Lösungsmöglichkeiten, wobei die Grössenordnung der voraussichtlich benötigten Mittel bekanntzugeben wäre.

Dir[ektor] Schürch: im 10 Jahresbudget-Plan sind bereits bestimmte Beträge für diesen Zweck eingesetzt worden. Im Übrigen ist es schon so, dass die Zahl der Unterstützungsfälle dank der fortschrittlichen Sozialpolitik zurückgegangen ist. Es bleiben aber die kostspieligen Dauerpflegefälle wie z. B. die psychisch Kranken. Die Kosten dürften sich ungefähr im gleichen Rahmen halten.

Wir werden die Frage, ob die Kantone zu einem Unterstützungsbeitrag für Schweizer im Ausland verpflichtet werden können, der Justizabteilung unterbreiten.

92

dodis.ch/32824

Notice interne de la Division des organisations internationales du Département politique[1]

Recrutement de délégués pour le CICR

[Berne,] 3 juillet 1968

Le 1. 7. 1968, M. R. Gallopin, Directeur général du CICR, est venu, accompagné de M. Basset, entretenir le Chef de la Division[2] des soucis que cause au CICR le recrutement des délégués pour ses missions à l'étranger.

Les rangs de la «vieille garde», qui a fait ses preuves dans le passé, s'éclaircissent de plus en plus. Les GMI ont été largement utilisés, mais il est douteux qu'on puisse encore beaucoup faire appel à eux. Quant aux délégués récemment mis en action, les expériences n'ont pas toujours été très favorables (par exemple au Proche-Orient ou au Nigéria[3]). De toute manière, il s'avère très difficile de recruter de nouveaux délégués en nombre suffisant.

M. Gallopin a demandé:

1. Si le Département pourrait prêter au CICR le concours de certains de ses agents en service (ni débutants, ni arrivés à un grade si élevé – ambassadeur – qu'ils rendent délicate leur utilisation) pour quelques mois.

M. Thalmann serait heureux de pouvoir donner une suite favorable à cette requête. Des missions du genre de celles dont il s'agirait seraient certainement précieuses, d'ailleurs, pour le développement professionnel des agents du Département. Nous connaissons toutefois aussi, actuellement, des difficultés de personnel telles qu'il ne serait guère possible de donner satisfaction au CICR. M. Thalmann en parlera quand même à l'Ambassadeur Bieri, Chef de la Division des Affaires administratives.

2. Si le Département de l'Economie publique ne pourrait intervenir auprès des grandes entreprises industrielles suisses pour qu'elles acceptent de mettre à disposition du CICR certains de leurs collaborateurs, pour quelques mois également.

En effet, ces entreprises ont à leur service des hommes expérimentés, formés aux négociations délicates, connaissant les langues étrangères et les pays où le CICR peut être appelé à intervenir. Le CICR pense qu'il aurait pu obtenir le concours de quelques-uns d'entre eux s'ils avaient eu l'approbation de leurs employeurs et la certitude de ne pas pâtir matériellement de leur absence momentanée.

M. Thalmann voudrait parler de cela, avant toute autre démarche, à l'Ambassadeur Jolles.

---

1. *Notice:* E2003A#1980/85#861* (o.253.2). *Rédigée et signée par H. Voirier.*
2. *E. Thalmann.*
3. *Sur le soutien financier de la Confédération aux activités du CICR au Vietnam, au Proche-Orient et au Nigéria, cf. le PVCF N° 247 du 14 février 1968,* dodis.ch/32524.

Dans la conversation, l'accent est porté sur le poids prépondérant que pourrait avoir l'appui d'organisations comme le Directoire (Vorort) de l'Union suisse du commerce et de l'industrie (et tout particulièrement de son président, M. H. R. Schwarzenbach, et de son directeur, M. P. Aebi), l'Union suisse des arts et métiers, l'Association suisse des banquiers, l'Association des compagnies d'assurance suisses (elle-même membre du Vorort). Les noms de MM. Umbricht, Stopper et Deonna sont également mentionnés. Les interventions personnelles des membres du CICR pourraient jouer un rôle important encore. L'OFIAMT devrait peut-être aussi être consulté.

Avant de lancer une campagne systématique, il serait indispensable d'avoir le patronage du Conseiller fédéral Schaffner, en accord avec M. Spühler – et éventuellement avec le Conseiller fédéral Celio, en raison de l'étendue de ses relations avec les milieux économiques suisses.

M. Thalmann appelle l'attention de M. Gallopin sur les possibilités que peuvent offrir la télévision et la radiodiffusion pour faire connaître les besoins du CICR. Des annonces de grand format dans les principaux journaux suisses donneraient peut-être, en outre, des résultats. M. Gallopin prend acte avec beaucoup d'intérêt de ces suggestions.

Le Chef de la Division entretient encore M. Gallopin de l'étude[4] entreprise par M. S. de Dardel, au sein de notre Division, en vue de la constitution d'un groupe d'intervention en cas de catastrophes à l'étranger. Il devra être tenu compte dans cette étude des besoins du CICR.

M. Gallopin a évoqué accessoirement le préjudice que peuvent causer occasionnellement des missions du CICR à la carrière militaire des délégués. C'est un aspect de la question qu'il y aurait lieu éventuellement d'examiner avec le Département militaire fédéral.

En terminant, M. Gallopin annonce qu'il renseignera les membres du CICR, le 3. 7. 1968, sur son entretien avec le Chef de la Division. Il attendra ensuite des nouvelles de celui-ci, après ses contacts avec M. Jolles.

P. S.: Le CICR nous est reconnaissant de lui avoir signalé les noms de plusieurs anciens agents du Département et nous saurait gré de continuer à le faire. M. Basset nous l'a confirmé par téléphone le lendemain de l'entretien.

---

4. *Rapport* Actions suisses de secours en cas de catastrophes *de S. de Dardel du 16 avril 1969,* E2003A#1980/85#673* (o.220.1).

93

dodis.ch/33021

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Bern, 8. Juli 1968

Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat am 4. Juli eine ganztägige Diskussion über das Integrationsproblem durchgeführt. Neben den Direktoren des Vororts, des Bauernverbandes, des Gewerbeverbandes und des Gewerkschaftsbundes und den üblichen Verwaltungsstellen haben an dieser Sitzung auch Vertreter der Bankiervereinigung und der Kartellkommission teilgenommen[2]. Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat der Lagebeurteilung, wie sie von Ihnen am 12. Juni im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht[3] im Parlament abgegeben worden ist und meinerseits erneut einzeln erläutert worden ist, einstimmig und vorbehaltlos beigepflichtet. Die Ständige Wirtschaftsdelegation teilt somit voll und ganz die Auffassung, dass ein schweizerischer Vorstoss[4] in der Richtung einer gesamteuropäischen Lösung aussichtslos und daher inopportun wäre, dass jedoch in der Zwischenzeit die Idee handelspolitischer Zwischenlösungen[5] unterstützt zu werden verdient und parallel dazu auf bilateralem Wege der Versuch zur pragmatischen Lösung von Einzelproblemen, wie dies bei den Käserestitutionen[6] mit Erfolg geschehen ist und nun auch für den Textilveredelungsverkehr[7] angestrebt wird, fortzusetzen sei.

Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat sodann von den neuen Berichten der Arbeitsgruppen[8] über neutralitätspolitische Fragen, staatsrechtliche Fragen, Landwirtschaft, Kartellrecht und Fiskalfragen Kenntnis genommen. Sie stellte vorderhand fest, dass eine nützliche Arbeit geleistet worden ist, die jedoch noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann. Insbesondere vermitteln diese Berichte ein allzu statisches Bild, da wohl die bisherigen EWG-Erlasse, nicht aber die wahrscheinlichen weitern Entwicklungstendenzen berücksichtigt worden sind. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht darin, dass die gemeinsame Agrarpolitik der EWG auf einen grössern Widerstand zu stossen beginnt, so dass im Herbst in Brüssel eine Gesamtbestandesaufnahme erfolgen soll.

---

1. *Notiz (Kopie):* E7113A#1979/23#338* (771.2). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*
2. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. Juli 1968,* dodis.ch/33310.
3. Geschäftsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1967 *vom 3. April 1968. Zum Votum von H. Schaffner im Nationalrat vgl. das NR-Verhandlungsprot. vom 12. Juni 1968,* E 1301(-)1960/51 Bd. 495, *S. 189–203.*
4. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/33241.
5. *Vgl. dazu Dok. 145,* dodis.ch/33236, *Anm. 3.*
6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1122 vom 10. Juli 1968,* dodis.ch/32943 *und das Protokoll von M. Jaeger und J.-J. Andres vom 15. Oktober 1968,* dodis.ch/33868, *S. 18–24.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von H. Marti an A. Weitnauer vom 22. Januar 1968,* dodis.ch/33491 *und das BR-Prot. Nr. 1145 vom 2. Juli 1969,* dodis.ch/33500.
8. *Vgl. dazu Dok. 165,* dodis.ch/33034.

Die Ständige Wirtschaftsdelegation nimmt daher in Aussicht, nach den Sommerferien, beginnend am 14. August[9], die einzelnen Berichte der Arbeitsgruppen einlässlich durchzubesprechen. Sie hofft, danach dem Bundesrat einen Gesamtüberblick über die Problematik unterbreiten zu können, wird jedoch davon absehen, in diesem Stadium schon Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Gleichzeitig wird die Ständige Wirtschaftsdelegation auch diejenigen Anpassungen auf den einzelnen Sachgebieten hervorzuheben versuchen, die von unserer Wirtschaft auch im Falle einer länger andauernden Aussenseiterstellung ins Auge gefasst werden müssten.

Parallel zur verwaltungsinternen Bestandesaufnahme hat der Vorort anfangs dieses Jahres bei seinen Sektionen eine Enquete durchgeführt, von der allerdings grundsätzliche Fragen und Zollprobleme ausgeschlossen wurden. Die Umfrage bezog sich somit lediglich auf Einzelprobleme, die auf bilateralem Weg oder im Rahmen von Zwischenlösungen zu behandeln wären. Zwei Drittel der angefragten Sektionen haben es für überhaupt nicht nötig erachtet, eine Antwort zu erteilen, woraus der Vorort schliesst, dass keinerlei wirtschaftliche Veranlassung für ein rasches Vorgehen bestehe. Die eingetroffenen Antworten werden jetzt durch den Vorort gesichtet und auf ihre «Verhandlungsfähigkeit» geprüft werden. Es soll sich nicht um sehr gewichtige Fragen handeln.

Wir haben in Aussicht genommen, in einem späteren Zeitpunkt auf den von uns bereits letztes Jahr vorgeschlagenen Versuch der Erteilung einer wirtschaftlichen Bilanz zurückzukommen. Die Einzelprüfung der Berichte der Arbeitsgruppen dürfte zeigen, wie wichtig es wäre, sich über die wirtschaftlichen Auswirkungen der einzelnen Schwierigkeiten und Anpassungen Rechenschaft zu geben.

9. *Vgl. dazu die Notiz von P. R Jolles an H. Schaffner vom 18. Dezember 1968,* dodis.ch/33307 *und Doss.* E2001E#1980/83#665* (C.41.110.1).

94

dodis.ch/32865

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Sekretär der Vereinigung der industriellen Holdingsgesellschaften, Th. Faist[1]

Bern, 19. Juli 1968

Als der für Lateinamerika zuständige Delegierte für Handelsverträge habe ich mit grossem Interesse von Ihrem Vortrag[2] Kenntnis genommen, den Sie im Juni vor dem «Comité Européen de la Coopération avec l'Amérique La-

1. *Schreiben (Kopie):* E2001E#1980/83#676* (C.41.124.5.0). *Visiert von R. Probst und Ch. Rubin. Kopie an E. Diez und P. A. Nussbaumer.*

2. *Th. Faist,* La protección de las inversiones extranjeras en la América latina*, in: Suiza-América latina: revista para el fomento de las relaciones entre Suiza y América latina, Nr. 4, 1968. S. 18–24. Vortrag gehalten am 11. Juni 1968 an einem Seminar des Comité Europeo de Cooperación con la América latina in Vevey.*

tine» über den Schutz ausländischer Investitionen in Lateinamerika[3] gehalten haben. Ich beglückwünsche Sie zu diesen Ausführungen, in denen Sie eine vielschichtige Materie übersichtlich und klar zur Darstellung bringen. Obwohl Sie in Ihrem Zirkular an die Mitgliedfirmen Ihrer Vereinigung den Abdruck Ihres Referates in der Revue «Suiza-America Latina» ankünden, wäre ich Ihnen doch sehr verbunden, wenn Sie veranlassen könnten, dass mir für meine persönlichen Handakten ein separates deutsches Exemplar davon zugestellt wird. Besten Dank zum voraus.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zur Frage der Investitionsschutzverträge. Sie erwähnen in diesem Zusammenhang, dass von den insgesamt 103 seitens der wichtigsten westlichen Industriestaaten mit Entwicklungsländern abgeschlossenen bilateralen Verträgen, die Bestimmungen über ausländische Investitionen enthalten, lediglich deren 19 mit lateinamerikanischen Staaten zustande kamen. Dieser Umstand ist tatsächlich charakteristisch. Was die Schweiz anbelangt, so bestehen Investitionsschutzverträge im lateinamerikanischen Raum lediglich mit Costa Rica (1965)[4], Honduras (1966)[5] und Ecuador (1968)[6], obwohl wir im Verlaufe der letzten Jahre sämtlichen lateinamerikanischen Staaten den Abschluss solcher Verträge gemäss dem schweizerischen Mustertypus[7] vorgeschlagen hatten. Mit einigen weiteren Staaten, so namentlich mit den zentralamerikanischen Republiken Panama, Nicaragua, Salvador und Guatemala sind Verhandlungen[8], die einige Aussicht auf Erfolg lassen, noch im Gang. Doch sind dies alles kleinere Länder ohne wirkliches Gewicht. Die führenden lateinamerikanischen Staaten wie Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien, Chile etc. scheinen vorderhand nicht gewillt, auf unsere Vorschläge einzugehen, so dass bei ihnen die Verhandlungen stagnieren, auch wenn wir versuchen, durch periodische Rechargen das Schiff wieder flott zu machen.

Eine ähnliche Situation zeigt sich übrigens auch hinsichtlich der Initiative, die vor einigen Jahren vom Bundesrat zwecks Abschlusses neuer Schieds- und Vergleichsverträge unternommen wurde. Auch sie stiess, wie die Investitionsschutzverträge (die bekanntlich ebenfalls eine Schiedsklausel enthalten) in

---

3. *Zur Frage der Investitionsschutzabkommen mit Lateinamerika vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 8,* dodis.ch/31413 *und Dok. 163,* dodis.ch/31582; *das Schreiben von E. Diez an P. R. Jolles vom 8. April 1968,* dodis.ch/34067; *das Referat von R. Probst zum schweizerischen Kapitalengagement in Lateinamerika gehalten am 12. September 1968 im Rahmen des Lateinamerika-Symposiums in Rigi-Kaltbad,* J1.301#2003/74#33*; *das Schreiben von Ch. Masset an P. R. Jolles vom 29. September 1969,* dodis.ch/34081 *sowie das Schreiben von E. Léchot an B. Dumont vom 10. Oktober 1969,* dodis.ch/34082.

4. *Zum Abkommen mit Costa Rica vom 1. September 1965 vgl. AS, 1966, S. 1305–1306; die Botschaft des Bundesrats vom 28. Dezember 1965, BBl, 1965, III, S. 676 und das BR-Prot. Nr. 1575 vom 17. September 1965,* dodis.ch/31902.

5. *Zur Frage des Abschlusses eines Investitionsschutzabkommens mit der Republik Honduras vgl. das BR-Prot. Nr. 1360 vom 15. Juli 1966,* dodis.ch/31908.

6. *Zur Gewährung eines Rahmenkredites mit Bundesgarantie für Ecuador vgl. das BR-Prot. Nr. 913 vom 6. Mai 1966,* dodis.ch/31901.

7. Accord entre la Confédération Suisse et … relatif à la protection et à l'encouragement des investissements, *Entwurf vom 4. März 1964, vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 19*, dodis.ch/31784, *Anm. 12.*

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 19,* dodis.ch/31784, *Anm. 9.*

Lateinamerika, von einer Ausnahme (Costa Rica)[9] abgesehen, auf nicht viel Gegenliebe. Die Ursache dafür ist wohl vor allem in der historisch und geographisch (Nachbarschaft der USA) bedingten eifersüchtigen Wachsamkeit dieser Staaten gegenüber allem, was als eine Einschränkung ihrer Souveränität aufgefasst werden könnte, zu suchen.

Ein besonders krasses Beispiel bildet in dieser Hinsicht Mexiko. Eine Bestimmung seiner Verfassung (Art. 27) wird von der mexikanischen Regierung dahin interpretiert, dass jede diplomatische Intervention fremder Staaten zugunsten mexikanischer Gesellschaften, die über ausländisches Kapital verfügen, unzulässig sei. Dementsprechend pflegen die mexikanischen Behörden nach uns vorliegenden Informationen neuerdings von Gesellschaften, die mit ausländischer Beteiligung in Mexiko errichtet werden, offenbar sogar eine Erklärung zu verlangen, womit solche Gesellschaften auf jeden Schutz und jede Demarche seitens der Regierung des Landes, aus dem das Kapital stammt, grundsätzlich Verzicht leisten.

Dies ist natürlich eine sehr weitgehende Forderung, die mit der schweizerischen Konzeption in Widerspruch steht. Die Schweiz ist in der Tat, wie Sie wissen, seit jeher, namentlich auch in der Frage des Investitionsschutzes, bei der Gewährung des diplomatischen Schutzes vom Kontrollprinzip ausgegangen, das uns erlaubt, nicht nur die nach schweizerischem Recht errichteten Firmen, sondern auch die gemäss dem ausländischen Recht inkorporierten Gesellschaften, an denen ein überwiegend schweizerisches Interesse besteht, gegenüber ausländischen Staaten zu vertreten. Freilich wird unsere Auffassung über das Kontrollprinzip, wie namentlich die ausführlichen Diskussionen im Hinblick auf die Ausarbeitung einer multilateralen Konvention über den Schutz ausländischer Investitionen im Rahmen der OECD[10] dargetan hatten, nicht von allen Staaten geteilt. Daraus können sich u. U., namentlich wo so extreme Auffassungen wie in Mexiko vertreten werden, ernstliche Komplikationen ergeben. Doch vermag uns dies natürlich nicht davon abzuhalten, nötigenfalls im Sinne unserer Konzeption, die auch im Völkerrecht Rückhalt findet, ein legitimes schweizerisches Interesse von Staates wegen zu verteidigen. Dazu würde gegebenenfalls auch eine schweizerische Auslandinvestition gehören, sogar wenn die Gesellschaft, welche die Investition verkörpert, gegenüber dem ausländischen Staat, in dem sie errichtet wurde, auf die Anrufung eines solchen Schutzes verzichtet hätte.

Unnötig beizufügen, dass eine Haltung wie die geschilderte seitens eines Entwicklungslandes schwerlich geeignet ist, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Eine gewisse Einsicht in diese Verhältnisse scheint sich bei einer Anzahl aufgeklärterer Entwicklungsländer doch langsam Bahn zu brechen.

---

9. *Zur Ratifizierung von Vergleichs-, Gerichts-, und Schiedsverträgen mit Costa Rica vgl. die Notiz von R. Bindschedler vom 23. September 1965,* dodis.ch/32072 *und den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 20. Juli 1966,* dodis.ch/32073. *Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 19,* dodis.ch/31784, *Anm. 14.*

10. *Vgl. das Schreiben von A. Hurni an P. R. Jolles vom 10. Februar 1967,* dodis.ch/32859 *sowie das Schreiben von R. Beaujon an E. Reinhardt vom 16. August 1967,* dodis.ch/32862.

95

dodis.ch/32418

L'Ambassadeur de Suisse à Londres, R. Keller,
au Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Londres, 8 août 1968

Avec la modestie que vous lui connaissez, M. Edwin Stopper, Président du Directoire de la Banque nationale suisse, m'a rapporté les conversations[2] qu'il vient d'avoir, au cours de déjeuners intimes, avec le Premier Ministre Harold Wilson et le Chancelier de l'Echiquier Roy Jenkins. (Pour donner une idée de l'audience mondiale dont jouit M. Stopper, il n'est que de savoir que, non seulement, ces rencontres ont eu lieu sur l'initiative des hommes d'Etat travaillistes, mais que le leader conservateur Edward Heath se rend régulièrement à Zurich pour l'y rencontrer. Le Général de Gaulle lui a deux fois envoyé un émissaire en la personne d'Antoine Pinay.)

M. Wilson a produit une impression certaine sur M. Stopper. Pragmatique, il fait fi des théories doctrinaires, moins marxistes qu'humanitaires d'inspiration chrétienne, dont tant de travaillistes sont prisonniers. En dépit de charges écrasantes qui accableraient le commun des mortels, Wilson est décontracté (il se livre à sa partie de golf hebdomadaire) et juge avec humour que la cote de sa popularité est étonnamment élevée eu égard à toutes les mesures déplaisantes qu'il doit prendre.

Par ailleurs, le goût du pouvoir transparaît dans ses propos. C'est ainsi qu'il a relaté avec complaisance la nomination d'évêques.

Durant l'entretien, auquel il s'était visiblement préparé, le Chef du gouvernement posa des questions précises et nota avec soin les réponses. Il mit tout au long l'accent sur l'amélioration de la productivité, dont il s'attribue une bonne part du mérite: la concurrence est encouragée – lui seul le peut –, quand bien même c'est courtiser l'impopularité, les appels aux syndicats ne demeurent pas sans écho, on gagne les entreprises à la bonne cause en leur décernant des diplômes, des louanges publiques, ou encore en élevant les dirigeants les plus méritoires à un «Knighthood» ou à la pairie.

Le chômage est évidemment un gros souci, mais il faut le supporter si c'est là le prix du rétablissement de l'économie. Les impôts sont d'un maniement délicat: Les travaillistes sont en principe opposés à l'imposition indirecte, mais il faut y recourir de plus en plus pour freiner la consommation. Cette exigence rend difficile l'allègement de l'impôt sur le revenu, désirable en soi comme stimulant.

M. Wilson a plaidé qu'il était lourd de faire face à la fois à £ 4 milliards de dettes (Sterlings holdings) qui sont, en fait, des dettes de guerre, et aux crises de structure que connaissent les charbonnages, les aciéries, les chantiers navals,

---

1. *Rapport politique N° 11:* E2300-01#1973/156#224* (A.21.31). *Annotation manuscrite dans la marge de A. Natural:* Monsieur le Président. Intéressant. *Visé par W. Spühler.*
2. *Cf. aussi la lettre politique N° 30 de R. Keller à P. Micheli du 9 août 1968,* dodis.ch/32473.

l'industrie textile. (M. Stopper relève que c'est moins un phénomène cumulatif qu'une relation de cause à effet: la révélation de la faiblesse de l'économie britannique rend la dette plus criarde. Au chiffre précité s'ajoutent 6 milliards de dollars engagés pour le soutien de la Livre).

Il est significatif de la confiance dont jouit M. Stopper que M. Wilson l'ait interrogé au sujet du Gouverneur de la Banque d'Angleterre, Sir Leslie O'Brien[3]. On a peine à se faire une opinion de ceux qui gravitent dans l'ombre du Gouverneur car, en public, celui-ci a seul voix au chapitre. La désignation de Sir Leslie, en 1966, par le gouvernement Labour tenait donc un peu du coup de dé. M. Stopper a entièrement rassuré M. Wilson. En peu de temps, Sir Leslie a acquis le calibre et le poids qu'on peut attendre du titulaire d'un tel poste.

M. Stopper a, entre autres, émis les avis suivants:

a) il est de bon augure que l'accroissement de la productivité permette d'escompter que, d'ici à la fin de l'année, le Royaume-Uni aura une balance des paiements active. Pour en convaincre le reste du monde, ne serait-il pas indiqué de réunir des journalistes étrangers influents. M. Wilson a noté la suggestion;

b) pour ce qui est de l'aide de deux milliards de dollars pour le soutien de la Livre[4], une telle action ne se renouvellera pas avant longtemps;

c) au sujet du Marché Commun[5], il vaudrait mieux que le Royaume-Uni tempère son insistance. Une adhésion à court terme provoquerait une nouvelle pression sur la Livre, car une opinion très répandue est que le Royaume-Uni devrait encore abaisser la parité s'il veut prendre place dans la construction européenne. M. Wilson rétorque que, sur le plan politique, le Royaume-Uni ne peut pas faire machine arrière. Si des possibilités s'offrent, il faut les saisir. Mais il reconnaît la justesse du raisonnement et n'exclut donc pas qu'une sourdine soit mise à toute l'orchestration.

M. Jenkins est, lui aussi, un pragmatique. Il pourrait tout aussi bien appartenir aux rangs des Conservateurs. Ses qualités sont évidentes. «Que feriez-vous à ma place si le franc français devait être dévalué en octobre[6]? Introduire un cours flottant ou un contrôle des changes plus accentué?» M. Stopper estime que le franc, si jamais il devait être dévalué, ne le serait pas en octobre, mais plutôt en fin d'année (la France, avec ses chômeurs, a une réserve de production en même temps qu'une réserve de productivité. Un processus d'expansion pourrait être déclenché par la hausse des salaires, facteur qui n'affecterait pas nécessairement la capacité de concurrence des produits français, car l'expansion et la productivité accrue sont aptes à abaisser les coûts de production. Les chômeurs britanniques n'ouvrent pas de telles perspectives. Ils préfèrent stagner dans leur région en proie à une crise de structure plutôt que de chercher du travail dans les zones qui se développent.)

---

3. *Cf. aussi doc. 181,* dodis.ch/32446.

4. *Sur le soutien international à la livre sterling, cf. DDS, vol. 23, doc. 128,* dodis.ch/31415 *et DDS, vol. 24, doc. 116,* dodis.ch/33022.

5. *Sur la demande d'adhésion à la CEE de la Grande-Bretagne, cf. doc. 33,* dodis.ch/33238, *note 3.*

6. *Sur la dévaluation effective le 8 août 1969, cf. doc. 142,* dodis.ch/33246, *note 7.*

La dévaluation[7] n'était pas indispensable en novembre dernier, car les prix britanniques étaient compétitifs. Répéter l'opération, dans l'hypothèse d'une dévaluation du franc français, serait tout à fait néfaste – Jenkins en convient –, car ce serait un nouvel oreiller de paresse pour l'économie. Surtout pas de cours flottant: son introduction entraînerait fatalement un contrôle des changes renforcé. Recourez donc à celui-ci, si nécessaire, et au lieu de deux maux, vous n'en aurez qu'un. Les restrictions quantitatives doivent être évitées. Elles ne feraient que renforcer la protection de l'industrie britannique que l'on veut, au contraire, exposer au grand vent de la concurrence internationale. Jenkins est d'accord.

Que penser de la taxation? Les vues de M. Jenkins rejoignent celles du Premier Ministre. Politiquement, il est quasi impossible d'abaisser l'imposition des sociétés au moment où l'on accroit les impôts indirects (judicieusement appliqués, ceux-ci sont séduisants: à un rendement de £ 50 millions ne correspond qu'une hausse de 0,1% de l'index du coût de la vie). Mais un effort peut être tenté pour l'imposition des personnes.

Faut-il défendre la position de la Livre comme monnaie de réserve? Oui, répond M. Stopper, car il importe de ralentir une évolution inexorable afin de la rendre mieux supportable à tous. En fait, l'érosion est irréversible et, à terme, la Livre est condamnée en tant que monnaie de réserve. Mais il faut ajourner l'échéance.

Abordant les investissements, M. Stopper recommande des mesures adéquates pour encourager l'épargne, de manière que le taux, qui n'est que de 15–18%, se rapproche du taux normal dans les pays industrialisés occidentaux de 25–28%.

7. *Cf. la notice de E. Langenegger de la mi-décembre 1967,* dodis.ch/33277.

96

dodis.ch/32222

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Abschiedsbesuch des ungarischen Botschafters Gyémánt

Bern, 9. August 1968

Die Herren Botschafter Micheli, Minister Diez und der Unterzeichnete haben dem Ungarischen Botschafter anlässlich von dessen Abschiedsvisite das noch stets ungelöste Entschädigungsproblem[2] in Erinnerung gerufen. Es wäre der Sache zweifellos förderlich, wenn auch Sie das Problem mit Herrn Gyémánt, wenn er Ihnen seinen Abschiedsbesuch macht, kurz erörtern würden.

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#2684* (B.51.358.0). *Verfasst und unterzeichnet von H. Miesch. Visiert von W. Spühler, P. Micheli und E. Diez.*

2. *Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. DDS, Bd. 23 Dok. 21* dodis.ch/31540, *insb. Anm. 2. Zum*

Es handelt sich vor allem um schweizerische Entschädigungsansprüche aus der Nationalisierungswelle des Jahres 1952 (Grundeigentum), die mithin vom schweizerisch-ungarischen Entschädigungsabkommen von 1950[3] nicht erfasst sind. Verhandlungen mit Ungarn über diese offenen vermögensrechtlichen Fragen wurden in den Jahren 1955, 1963, 1965 und zuletzt im August 1966 in Budapest geführt. Anlässlich dieser letzten Verhandlungsetappe konnte zwar eine Einigung über zahlreiche Fragen erzielt werden, doch führte schliesslich das ungenügende ungarische Angebot hinsichtlich der Entschädigungssumme verbunden mit unannehmbaren Gegenforderungen (insbesondere Frage der erblosen Vermögen[4]), zu einem Unterbruch auf unbestimmte Zeit.

Die dadurch entstandene Lage behindert auch heute noch eine völlige Normalisierung der bilateralen Beziehungen.

Das Problem wurde anlässlich des Besuches[5] des ungarischen Vizeaussenministers Szilagyi in Bern, im April dieses Jahres, wieder aufgenommen.

Die Schweiz ist jederzeit bereit, zu einer Behebung dieses unerfreulichen Zustandes Hand zu bieten. Vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen sollten aber die ungarischen Behörden den grundsätzlichen Willen zu einer befriedigenden Regelung der schweizerischen Entschädigungsansprüche erkennen lassen. Wir nehmen zu diesem Zwecke ein Sondierungsgespräch[6] mit dem ungarischen Delegationschef Reti in Aussicht, wobei versucht werden soll, eine neue Grundlage für eine annehmbare Regelung herauszuarbeiten. Sollte dieses Gespräch positiv verlaufen, könnten die eigentlichen Verhandlungen wieder aufgenommen werden[7].

Abschiedsbesuch von A. Gyémánt vgl. auch die Notiz von E. Diez vom 12. August 1968, Doss. wie Anm. 1.

3. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn abgeschlossen in Budapest am 19. Juli 1950, dodis.ch/2520.

4. *Zur Frage der erblosen Vermögen vgl. Dok. 151,* dodis.ch/32250.

5. *Zum Besuch von B. Szilágyi vgl. die Notiz von H. Miesch an P. Micheli vom 24. April 1968, Doss. wie Anm. 1, und die Notiz von F. Moser vom 25. April 1968,* E2001E#1980/83#2658* (B.15.50.4).

6. *Zur ersten Gesprächsrunde zwischen E. Diez und K. Réti vgl. die Notiz* Schweizerisch-ungarische Besprechungen über vermögensrechtliche Fragen in Budapest am 10./11. April 1969 *von E. Diez vom 16. April 1969,* dodis.ch/32223.

7. *Handschriftliche Marginalie von W. Spühler:* Ich habe diesen Wunsch vorgebracht am 15. 8. 68.

97

dodis.ch/33020

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Nachträgliche Bewilligungserteilung an ausländische Banken, in der Schweiz Vertretungen zu unterhalten

Bern, 13. August 1968

Den Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat vom 19. Juli 1968 ist uns zum Mitbericht unterbreitet worden. Anfang August haben wir zustimmend dazu Stellung genommen[2]. Die bisherige Praxis der Bankenkommission war rechtlich mehr als zweifelhaft. Wenn diese Behörde ihre Praxis nunmehr korrigieren will, um sie mit dem Wortlaut von Art. 2 des Bankengesetzes besser in Einklang zu bringen, so ist diese Absicht zu begrüssen.

Die Zahl der Vertreter ausländischer Banken in der Schweiz nimmt zu[3]. Bereits sind, soviel wir wissen, zwei neue Zulassungsgesuche eingetroffen (Ungarische Nationalbank, Budapest[4]; National and Grindlays Bank, London[5]). Es liegt im Allgemeininteresse, einer zu starken Proliferation solcher Vertreter entgegenzuwirken und sie gleichzeitig einer verstärkten behördlichen Einflussnahme zu unterwerfen, besonders wenn es sich um Vertreter von Instituten in Ostblockstaaten[6] handelt. Ferner sind wir mit der Einführung des Bewilligungssystems besser in der Lage, unsere Ansprüche auf Einräumung des Gegenrechts durchzusetzen.

Die von der Bankenkommission vorgeschlagene Regelung betrifft nur die in der Schweiz tätigen *Vertreter* ausländischer Banken. Das Verfahren zur Behandlung von Gesuchen um Gründung *ausländischer Banken* in der Schweiz erfährt vorderhand keine Änderung. Die weit bedeutsameren und gewichtigeren Probleme, die sich in diesem Zusammenhang stellen, werden erst bei der Revision des Bankengesetzes angepackt werden können. Das Finanz- und Zolldepartement beabsichtigt, den ersten Entwurf für ein solches Gesetz Ende dieses Jahres den Verbänden zur Vernehmlassung zu unterbreiten[7].

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#722* (C.41.731.0.(1)). *Verfasst und unterzeichnet von P. A. Nussbaumer. Kopien an P. Micheli, F. Blankart und L. Rochat. Handschriftliche Marginalie von W. Spühler:* erl*[edigt]* durch BRB v. 14. 8. 68.
2. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1226 vom 14. August 1968,* E1004.1#1000/9#737*.
3. *Vgl. z. B. DDS, Bd. 23, Dok. 67,* dodis.ch/30943.
4. *Aufgrund der Intervention des Politischen Departements nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei zog das Finanz- und Zolldepartement den Antrag um Bewilligung des Gesuchs der ungarischen Nationalbank zurück. Vgl. dazu Doss.* E7001C#1982/115#672* (161.10).
5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1376 vom 4. September 1968,* E1004.1#1000/9#738*.
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 126,* dodis.ch/31034.
7. *Zur Ausarbeitung eines dringlichen Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht ausländischer Banken vgl. das BR-Prot. Nr. 1668 vom 23. Oktober 1968,* dodis.ch/34166 *und zur Genehmigung vgl. das BR-Prot. Nr. 1820 vom 13. November 1968,* E1004.1#1000/9#740*. *Vgl. ferner die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines dringlichen Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für ausländisch beherrschte Banken *vom 13. November 1968*, *BBl, 1968, S. 756–771.*

98

dodis.ch/32294

Le Chef-suppléant de la Division des organisations internationales du Département politique, H. Langenbacher, au Directeur de l'Office fédéral des assurances sociales du Département de l'intérieur, M. Frauenfelder[1]

CONFÉRENCE INTERNATIONALE DES MINISTRES RESPONSABLES DE LA PROTECTION SOCIALE

Berne, 15 août 1968

Vous avez manifesté l'intention[2] de faire une déclaration[3] d'ordre général sous le point 12 de l'ordre du jour: la coopération internationale en matière de coopération sociale.

A cet égard et du point de vue de notre département, nous pensons qu'il serait souhaitable que la délégation suisse[4] souligne l'importance qu'elle attache à la protection sociale des travailleurs migrants et à la coopération internationale[5] dans ce domaine.

Outre l'intérêt intrinsèque du problème, une telle déclaration d'intention venant d'un pays d'immigration aurait certainement un écho favorable.

---

1. *Lettre:* E3340B#1989/175#11* (710.4). *Rédigée par F. Pometta. Copie à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail.*

2. *Lettre de C. Motta à E. Thalmann du 9 août 1968, doss. comme note 1.*

3. *Déclaration de la délégation suisse de septembre 1968,* dodis.ch/32296. *Sur le déroulement général de la Conférence internationale des ministres responsables de la protection sociale qui s'est tenue au siège de l'ONU à New York du 3 au 12 septembre 1968, cf. le rapport de la délégation suisse du 15 novembre 1968,* dodis.ch/32297.

4. *Sur la composition et le mandat de la délégation suisse, cf. le PVCF N° 1201 du 14 août 1968,* E1004.1#1000/9#737*.

5. *Sur les négociations en matière d'assurances sociales avec l'Italie, cf. doc. 56,* dodis.ch/32300; *doc. 106,* dodis.ch/32667; *doc. 120,* dodis.ch/32837; *doc. 129,* dodis.ch/32639 *et doc. 157,* dodis.ch/32303; *avec l'Espagne, cf. doc. 73,* dodis.ch/32304; *avec l'Autriche, cf. doc. 17,* dodis.ch/32313; *avec les Pays scandinaves, la France et l'Australie, cf. doc. 168,* dodis.ch/32872 *et le PVCF N° 2006 du 24 novembre 1969,* dodis.ch/32310; *avec le Luxembourg, cf. la lettre de K. Sovilla à l'Office fédéral des assurances sociales du Département de l'intérieur du 27 avril 1967,* dodis.ch/32322 *et le procès-verbal d'une commission ad hoc du Conseil des Etats,* dodis.ch/32321; *avec la Grande-Bretagne, cf. la lettre de G. Brunner à P. Micheli du 5 septembre 1967,* dodis.ch/32320; *la lettre de H. Wolf à P. Micheli du 2 octobre 1967,* dodis.ch/32319 *et l'exposé de C. Motta du 31 octobre 1968,* dodis.ch/32323; *avec la Turquie, cf. la lettre de A. Marcionelli à P. Micheli du 17 janvier 1968,* dodis.ch/32306; *le PVCF N° 636 du 16 avril 1969,* dodis.ch/32308 *et la notice de M. Leippert du 6 mai 1969,* dodis.ch/32309; *avec les Etats-Unis, cf. la notice de M. Leippert du 20 mai 1968,* dodis.ch/32312 *et le PVCF N° 970 du 24 juin 1968,* dodis.ch/32311; *avec les Pays-Bas, cf. la notice de M. Leippert du 28 novembre 1968,* dodis.ch/32317 *et la notice de M. Leippert du 2 septembre 1969*, dodis.ch/32318 *et avec la Grèce, cf. la lettre de M. Leippert à M. Gelzer du 23 juin 1969,* dodis.ch/32298 *et la lettre de J.-A. Cuttat à P. Micheli du 7 novembre 1969,* dodis.ch/32302.

99

dodis.ch/33249

Der schweizerische Botschafter in Kuala Lumpur, Th. Schmidlin, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

Kuala Lumpur, 20. August 1968

Als ich dem Premierminister Tunku Abdul Rahman am 17. d. M. meinen Antrittsbesuch abstattete, nahm ich die Gelegenheit wahr, ihn über den Stand der folgenden bilateralen Sachgeschäfte des nähern zu unterrichten:
– Investitionsschutzvertrag[2];
– Luftverkehrsabkommen[3];
– Doppelbesteuerungsabkommen für Schiffs- und Fluggesellschaften[4];
– Doppelbesteuerungsabkommen[5].

Mein Gesprächspartner, der, wie hier beigefügt sei, auch Aussenminister ist, zeigte sich über diese Angelegenheiten gut unterrichtet und versprach mir, das Seinige zu einvernehmlichen Lösungen beizutragen.

Auf innen- und aussenpolitische Aspekte[6] meines Gastlandes, die der Premierminister im Verlaufe des Gesprächs erwähnte, werde ich in Rahmen meiner laufenden politischen Berichterstattung zurückkommen.

---

1. *Schreiben:* E2001E-01#1982/58#5155* (C.41.157.0). *Visiert von P. A. Nussbaumer und Th. Schopfer. Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.*
2. *Vgl. die Notiz von W. Schwendener vom 4. August 1969,* dodis.ch/33345. *Zu anderen handelspolitischen Fragen, z. B. im Zusammenhang mit dem Patentrecht vgl. das Schreiben von F. Châtelain an die Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie vom 11. Juni 1968,* dodis.ch/33355.
3. Accord aérien entre la Suisse et la Malaisie *vom 6. September 1968,* K 1(-) 2373. *Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 1155 vom 7. Juli 1969,* dodis.ch/33347.
4. *Vgl. dazu das Doss.* E2001E#1980/83#3280* (B.34.12.1).
5. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1978/84#4794* (B.34.12) *und* E2001E-01#1987/78#4029* (B.34.12.0).
6. *Vgl. z. B. das Schreiben von Th. Schmidlin an P. R. Jolles vom 12. Juni 1969,* dodis.ch/33348 *und das Telegramm Nr. 14 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Kuala Lumpur vom 14. August 1969,* dodis.ch/33350.

100

dodis.ch/32192

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Unterredung mit Geschäftsträger Fedor A. Mikhailov, UdSSR, vom 21. August 1968

Bern, 21. August 1968

Der sowjetische Geschäftsträger hat um ca. 16.30 Uhr durch den Protokollchef[2] eine dringliche Audienz bei mir verlangt, um eine Mitteilung der Sowjetunion vorzutragen. Geschäftsträger Mikhailov hat in Begleitung eines Übersetzers um 17.30 Uhr vorgesprochen.

Er erklärte, er habe den Auftrag seiner Regierung, den Bundespräsidenten persönlich über die Ereignisse in der Tschechoslowakei[3] zu informieren. Infolge der Verschwörung der imperialistischen Kräfte und der Reaktion ausserhalb und innerhalb der Tschechoslowakei habe sich die Regierung der CSSR an die Regierungen der Warschau-Pakt-Staaten[4] gewandt, mit der Bitte, eine unmittelbare militärische Hilfe zu leisten. Die Sowjetunion und die andern Staaten hätten mehrmals erklärt, der Verlauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei bedeute eine Verletzung des zwischen ihnen abgeschlossenen gegenseitigen Vertrages. Sie bedeute eine Bedrohung des Friedens in Europa und der internationalen Sicherheit. Die Sowjetunion habe deshalb mit den andern Staaten beschlossen, der Bitte der tschechischen Regierung zu entsprechen und hätte deshalb die Anweisung erteilt, mit militärischen Einheiten das Territorium der CSSR zu betreten. Die Regierungen der betreffenden Länder würden die Truppen unverzüglich zurückziehen, sobald sie zur Überzeugung kämen, dass die Lage in der Tschechoslowakei wieder derart gefestigt sei, dass die andern Länder sich in ihrer bisherigen Politik nicht mehr bedroht fühlten. Diese Stellungnahme der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sei nicht gegen irgendeinen Staat gerichtet, sondern erfolge nur aus der Besorgnis um die Erhaltung der bisherigen Staatsstruktur und des bisherigen Regimes. Es sei zu hoffen, dass die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion davon nicht beeinflusst würden.

Ich erkläre von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen, wonach die Streitkräfte der Sowjetunion von der Regierung der Tschechoslowakei gerufen worden seien. Diese Mitteilung stehe allerdings im Widerspruch zu den Mitteilungen[5],

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#485* (09).
2. *Ch. A. Wetterwald.*
3. *Vgl. dazu auch Dok. 102,* dodis.ch/32194; *Dok. 105,* dodis.ch/32176; *Dok. 108,* dodis.ch/33048 *sowie die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T941.
4. *Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen, Rumänien und die UdSSR. Die DDR und Rumänien beteiligten sich nicht an der Militäraktion gegen die Tschechoslowakei.*
5. *Vgl. diverse Agenturmitteilungen, Doss. wie Anm. 1. Zur Berichterstattung über die weitere Entwicklung der Lage in der Tschechoslowakei vgl. das Telegramm Nr. 209 der schweizerischen Botschaft in Prag an das Politische Departement vom 30. August 1968,* dodis.ch/6160; *das Telegramm Nr. 228 der schweizerischen Botschaft in Prag an das Politische Departement*

die heute aus der Tschechoslowakei selber gekommen seien. Danach hätten die Regierungen der Sowjetunion und ihrer Alliierten die Tschechoslowakei von sich aus okkupiert. Die kommenden Tage würden zeigen, wo die Wahrheit liege. Das Schweizervolk habe mit Erschütterung die Ereignisse in der Tschechoslowakei verfolgt[6]. Der Geschäftsträger werde wohl nicht im Zweifel darüber sein, dass die Gefühle des Schweizervolks ganz auf der Seite des tschechischen Volkes seien. Unser Volk habe die Überzeugung, dass das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Staates, sein Streben, nach eigener und unabhängiger Art sein Leben einzurichten, gegenüber dem Herrschaftsanspruch einer Grossmacht nicht zähle.

Der Geschäftsträger hat in seinen Darlegungen besonders Gewicht darauf gelegt, dass die Äusserungen der tschechischen Presse sehr schwerwiegend gewesen seien und dass daraus die grössten Schwierigkeiten für das Verhältnis zu den übrigen kommunistischen Ländern entstanden seien. Ich antworte, dass die Pressefreiheit die Grundlage einer Demokratie sei und wo diese nicht vorhanden sei, es auch keine Demokratie gebe. Der Einmarsch der Sowjettruppen bedeute einen schweren Schlag gegen[7] die Entspannung, die in den letzten Monaten eingetreten sei[8].

---

vom 1. September 1968, dodis.ch/32209; *das Schreiben von S. F. Campiche an P. Micheli vom 8. Oktober 1968,* dodis.ch/32516; *das Schreiben von S. F. Campiche an P. Micheli vom 5. Februar 1969,* dodis.ch/32210 *sowie den Politischen Bericht Nr. 4 von S. F. Campiche an W. Spühler vom 1. April 1969,* dodis.ch/32211.

6. *Zu den Reaktionen in der Schweiz vgl. Dok. 102,* dodis.ch/32194.

7. *Handschriftliche Korrektur von W. Spühler aus:* für.

8. *Handschriftliche Marginalie von W. Spühler:* Dauer des Gesprächs ca. 1 Viertelstunde.

101

dodis.ch/32839

Le Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard, à diverses représentations diplomatiques suisses dans les pays en voie de développement[1]

Coopération technique

Berne, 22 août 1968

J'ai l'honneur de vous communiquer pour votre information le texte de trois notices[2] rédigées par les chefs des groupes régionaux de la Section Projets à la suite des voyages qu'ils ont récemment effectués dans la région du monde pour laquelle ils sont compétents. Je souligne qu'il s'agit de

---

1. *Circulaire:* E2005A#1980/82#160* (t.311).

2. *Cf. le projet de notice de P. Wiesman du 16 mai 1968,* E2005A#1980/82#160* (t.311); *la notice de S. Salvi à S. Marcuard du 8 mars 1968 et la notice de S. Salvi du 17 juillet 1968,* E2005A#1980/82#134* (t.311.2) *et la notice de J. Spiro du 17 juillet 1968,* dodis.ch/33993.

notices sommaires, destinées à notre service seulement; j'ai pensé qu'il vous intéresserait néanmoins d'en prendre connaissance et que leur lecture vous donnerait éventuellement l'occasion de formuler certaines observations nous permettant d'orienter toujours mieux nos actions ou d'augmenter leur efficacité[3].

I. Afrique

A. En général

L'Afrique a reçu au cours de ces dernières années un peu plus du 40% des crédits alloués au tiers-monde par le Délégué à la coopération technique dans le cadre de l'aide bilatérale. Cette proportion sera vraisemblablement maintenue en 1968.

En Afrique, la majorité des nations faisant appel à l'assistance technique étrangère entre dans l'une des deux catégories suivantes:

1) Les unes possèdent certains éléments économiques et sociaux qui permettent d'entrevoir à plus ou moins longue échéance un développement intéressant de leur économie. Ces pays reçoivent en général une assistance très substantielle des grandes puissances[4], ce qui les rend assez exigeants à notre égard. C'est dans ces mêmes pays que se rencontrent le plus d'investissements privés et c'est avec eux que la Suisse entretient les relations économiques les plus intenses (Côte d'Ivoire, Ghana, Nigeria, Uganda, Cameroun, Kenya, Tanzanie et Afrique du Nord)[5].

---

3. *Pour un aperçu de la question, cf. aussi la liste des pays en voie de développement avec lesquels la Suisse a conclu des accords de coopération technique du 23 août 1968,* dodis.ch/32948 *et la liste des pays en voie de développement pour lesquels la Suisse a souscrit un engagement du 15 janvier 1969,* dodis.ch/32947.

4. *Sur la coopération au développement entre la Chine et les pays d'Afrique et d'Asie, cf. la lettre de O. Rossetti à S. Marcuard du 7 novembre 1969,* dodis.ch/32932.

5. *Sur les perspectives économiques en Afrique, cf. la lettre de H. Bühler à R. Montandon du 20 octobre 1967,* dodis.ch/33861 *et la lettre de F. Bernoulli à S. Marcuard du 26 novembre 1969,* dodis.ch/34109. *Sur la Côte d'Ivoire, cf. la notice de R. Kohli à M. Petitpierre du 23 janvier 1961,* dodis.ch/15584 *et le PVCF N° 911 du 15 mai 1962,* dodis.ch/30609. *Sur le Ghana, cf. la lettre de H. Bühler à C. Caillat du 15 février 1968,* dodis.ch/34030 *et la lettre de F. Schnyder à P. R. Jolles du 22 avril 1969,* dodis.ch/34032. *Cf. aussi le* Protocol between the Government of Ghana and the Swiss Federal Council on the possibilities for promoting trade between Switzerland and Ghana *du 11 mars 1957,* dodis.ch/17737 *et le PVCF N° 726 du 2 avril 1957,* dodis.ch/12655. *Sur le Nigéria, cf. DDS, vol. 22, doc. 10,* dodis.ch/30683; *doc. 23,* dodis.ch/30368; *DDS, vol. 23, doc. 28,* dodis.ch/31386; *la lettre de E. Diez à F. Real du 5 décembre 1968,* dodis.ch/34158 *et la notice de H. Grob du 5 juin 1969,* dodis.ch/33820. *Sur l'Ouganda, cf. le PVCF N° 487 du 17 mars 1967,* dodis.ch/34108; *la lettre de H. K. Frey à P. R. Jolles du 11 janvier 1968,* dodis.ch/34048 *et la notice de H. K. Frey du 15 août 1969,* dodis.ch/34050. *Sur le Cameroun, cf. DDS, vol. 22, doc. 119,* dodis.ch/30608 *et le PVCF N° 1155 du 7 juillet 1969,* dodis.ch/33347. *Sur le Kenya, cf. le PVCF N° 487 du 17 mars 1967,* dodis.ch/34108 *et la notice de H. Grob du 9 avril 1968,* dodis.ch/34040. *Sur la Tanzanie, cf. le PVCF N° 715 du 23 avril 1965,* dodis.ch/32076; *le PVCF N° 969 du 1er juin 1965,* dodis.ch/32075; *la lettre de H. K. Frey à W. Spühler du 13 février 1967,* dodis.ch/34033 *et le PVCF N° 487 du 17 mars 1967,* dodis.ch/34108. *Sur l'Algérie, cf. DDS, vol. 20, doc. 14,* dodis.ch/12014; *DDS, vol. 22, doc. 132,* dodis.ch/30376; *doc. 134,* dodis.ch/30378; *doc. 159,* dodis.ch/30418; *doc. 184,* dodis.ch/30413 *et doc. 185,*

2) Les autres pays beaucoup plus pauvres en ressources naturelles et en personnel qualifié laissent beaucoup plus de liberté aux assistances techniques étrangères qui veulent bien réaliser des projets sur leurs territoires. Economiquement parlant, leurs perspectives de développement sont beaucoup plus réduites et l'assistance technique étrangère y est plus faible (Dahomey, Tchad, Rwanda, Burundi, Mauritanie, Haute-Volta).

L'objectif général de la coopération technique suisse bilatérale peut se résumer comme suit:

1) Apporter aux nations du tiers monde qui manifestent elles-mêmes clairement la volonté de se développer et qui l'ont prouvé par des actes, notre appui pour leur permettre d'atteindre leur but.

2) Renforcer les liens internationaux et créer un climat propice à la solution des problèmes qui peuvent surgir entre les intéressés et la Suisse.

Compte tenu de ces divers éléments, nous sommes d'avis que nos actions doivent se développer d'une part dans les nations potentiellement riches, soit: *Tunisie, Cameroun* et *Kenya* et d'autre part au *Dahomey, Rwanda, Burundi* et *Tchad* qui sont plus pauvres.

Ces options n'excluent pas des actions isolées et choisies en fonction des besoins d'autres pays africains et sur recommandation de nos représentations diplomatiques au Nigeria, Ghana et Côte d'Ivoire par exemple.

Le choix des projets est actuellement conditionné par deux facteurs principaux:

1) l'éventail des propositions que nous soumettent les pays intéressés;

2) nos possibilités financières et de recrutement de personnel valable.

Ces contraintes nous conduisent souvent à envisager la réalisation d'actions originales qui sortent parfois un peu du cadre de l'assistance technique traditionnelle (par exemple école assistants sociaux, coopératives de consommation). Cette originalité offre l'avantage que même si l'effort suisse est relativement modeste, il est cependant remarqué dans le pays bénéficiaire; elle offre, en outre, à nos experts la satisfaction de réaliser du neuf. Nous continuerons donc à soutenir ce genre d'actions dans les pays

---

dodis.ch/30419; *DDS, vol. 23, doc. 22,* dodis.ch/31346; *DDS, vol. 24, doc. 79,* dodis.ch/33711; *doc. 104,* dodis.ch/33713; *doc. 137,* dodis.ch/33712 *et doc. 164,* dodis.ch/32244. *Sur la Tunisie, cf. DDS, vol. 21, doc. 125,* dodis.ch/15813; *DDS, vol. 22, doc. 5,* dodis.ch/30626; *DDS, vol. 23, doc. 26,* dodis.ch/31967; *la notice de R. Probst à E. Moser et J.-D. Vermeil du 10 mai 1967,* dodis.ch/34039; *la lettre de E. Moser à R. Stoudmann du 30 mai 1967,* dodis.ch/34041 *et le PVCF N° 1507 du 10 septembre 1969,* dodis.ch/34043. *Sur le Maroc, cf. DDS, vol. 20, doc. 124,* dodis.ch/12038; *la notice de J.-D. Vermeil du 21 septembre 1967,* dodis.ch/34024; *la notice de P. A. Nussbaumer du 29 août 1967,* dodis.ch/34025; *la notice de P. Micheli du 22 avril 1968,* dodis.ch/34026 *et le PVCF N° 1741 du 22 octobre 1969,* dodis.ch/32355. *Sur l'Egypte, cf. DDS, vol. 19, doc. 81,* dodis.ch/9191; *DDS, vol. 20, doc. 77,* dodis.ch/13075; *DDS, vol. 21, doc. 36,* dodis.ch/15547; *DDS, vol. 22, doc. 76,* dodis.ch/30465; *doc. 173,* dodis.ch/30484 *et doc. 188,* dodis.ch/30486; *DDS, vol. 23, doc. 23,* dodis.ch/31746; *DDS, vol. 24, doc. 16,* dodis.ch/32243 *et doc. 159,* dodis.ch/32242. *Sur la Libye, cf. la notice de R. Probst à P. Micheli du 14 janvier 1964,* dodis.ch/31773; *la notice de R. Probst à P. Micheli et M. Grässli du 1er septembre 1964,* dodis.ch/31774; *la notice de C. Ochsenbein à R. Probst du 22 septembre 1964,* dodis.ch/31775; *la lettre de G. Stucky à R. Stoudmann du 15 juin 1967,* dodis.ch/33794 *et la lettre C. Gander à P. Micheli du 24 novembre 1969,* dodis.ch/33793.

qui offrent des garanties raisonnables de reprise en charge. D'une manière générale, les projets valables, dont la dimension est à notre portée, élaborés par des Africains, seront étudiés avec intérêt, car ils offrent très souvent l'avantage d'être adaptés au milieu auquel ils sont destinés. Les priorités dans les domaines d'activités énoncées dans les communications antérieures du Délégué (agriculture, formation professionnelle, etc.) resteront en vigueur. La dimension des projets se situera en règle générale aux environs de Fr. 500'000 par an. Un à deux projets seulement dépassant ce montant peuvent être réalisés dans les pays choisis comme centre de gravité. En effet, les petits projets présentent pour nous l'avantage de la souplesse dans la direction et permettent une remise des responsabilités plus simple aux pays bénéficiaires.

B. En particulier

1. Rwanda: Objectifs prioritaires: Stabilisation et consolidation du travail entrepris.

L'important engagement de la coopération technique suisse dans ce petit pays atteint un degré qui ne sera vraisemblablement pas dépassé au cours de ces prochaines années. Les actions engagées seront poursuivies de manière à obtenir une pleine efficacité des moyens engagés, mais aucune nouvelle action importante n'est envisagée.

Le poste de conseiller économique à la présidence[6] sera repourvu tant que le président de cette république nous en fera la demande. La coopérative Trafipro[7] entre dans une phase de stabilisation et de consolidation qui durera vraisemblablement plusieurs années. Notre action d'animation agricole en préfecture de Kibuye devra elle se prolonger pendant plusieurs années avant de pouvoir être reprise en charge par le gouvernement rwandais. Pour la direction du service géologique national, deux boursiers sont en Suisse actuellement et nous espérons qu'ils reprendront la charge de ce service après avoir terminé leurs études. L'on cherchera dès que possible à remettre la responsabilité de la direction du sanatorium national et de l'hôpital, encore entre les mains d'un médecin suisse, à des rwandais, ou, si possible à une autre puissance européenne (éventuellement Autriche). De petites actions de soutien (écoles de forgerons, participation à l'étude de l'implantation d'une industrie) seront éventuellement engagées ces prochaines années. Notre soutien, au Département Missionnaire Romand, pour la création du Collège officiel de Kigali devra vraisemblablement se poursuivre, sous forme de subventions aux frais de fonctionnement, au-delà de la période de construction[8].

2. Tunisie: Ligne directrice jusqu'à fin 1969, consolidation dans le secteur enseignement et expansion dans le domaine de l'industrie du froid. Notre travail dans ce pays se poursuivra avant tout dans le domaine de la formation

---

6. *Cf. doc. 150,* dodis.ch/32575.

7. *Cf. doc. 52,* dodis.ch/32560.

8. *Pour un aperçu de la coopération au développement entre la Suisse et le Rwanda, cf. doc. 51,* dodis.ch/32558, *en particulier note 2.*

professionnelle qui a jusqu'à présent donné des résultats encourageants. Outre la poursuite des actions en cours, une école du froid liée à un entrepôt frigorifique pilote est à l'étude. Cette étude débouchera probablement sur un projet important (plus de 3 millions) dont l'exécution nécessitera plus de six ans. Un poste d'expert auprès du Commissaire général au tourisme et au thermalisme sera éventuellement occupé par un compatriote. L'inspectorat fédéral des forêts nous a également approchés pour nous soumettre un avant-projet d'école forestière en Tunisie. Les cours professionnels organisés en Suisse pour des ressortissants tunisiens sont poursuivis[9].

3. Cameroun: Objectif prioritaire: consolidation de l'action dans le domaine social et appui circonstancié des actions d'éducation. A l'exception du domaine social où la Confédération intervient directement à la demande du gouvernement fédéral du Cameroun, la majorité de notre activité dans ce pays passe par le canal des institutions privées. La politique de laïcisation de l'enseignement est poursuivie de plus en plus systématiquement par les autorités locales ce qui ne facilitera pas la tâche des institutions privées suisses. Jusqu'à fin 1969, l'école d'éducateurs et d'assistants sociaux de Bétamba aura atteint ses dimensions optimales. Notre appui à cette institution et aux services qui lui sont liés devra se poursuivre pendant plusieurs années. Une bonne collaboration dans ce domaine avec les autorités de la ville et du canton de Genève se dessine nettement ces derniers temps et il est à souhaiter qu'elle s'intensifiera encore à l'avenir. Un centre de formation agricole est en voie de réalisation dans le Nord de la Fédération, d'autres projets d'institutions privées nous sont annoncés dans le même domaine pour les prochains mois. Le ministère du plan devrait lui-même également nous soumettre un projet de production et de commercialisation de produits agricoles. Au Cameroun occidental un projet d'amélioration des constructions rurales sera prochainement réalisé en régie par une institution privée suisse. Un autre projet d'amélioration de la production laitière nous a été remis sous forme d'ébauche. En outre, les institutions privées continuent à nous proposer des projets dans le domaine de l'enseignement secondaire et de l'industrie légère[10].

4. Autres pays d'Afrique du Nord (Tunisie exclue)

Algérie: L'action de reboisement réalisée par l'Aide Suisse à l'Etranger sera poursuivie selon le programme proposé il y a plusieurs années par cette institution. Il en va de même pour l'école professionnelle réalisée à Alger par l'OSEO. Les autres projets qui nous ont été soumis (bourses d'études en Suisse, usine de conditionnement de fruits, école horlogère, etc.) sont actuellement en

---

9. *Sur la Tunisie, cf. DDS, vol. 22, doc. 28,* dodis.ch/30624; *la notice à J. Ruedi du 8 mars 1967,* dodis.ch/34013; *le PVCF N° 1526 du 30 septembre 1968,* dodis.ch/34035; *la notice de G. Ducrey du 11 octobre 1968,* dodis.ch/34014 *et la lettre de S. Marcuard à P. R. Jolles du 9 juin 1969,* dodis.ch/34034. *Cf. aussi doss.* E2005A#1980/82#888* (t.311.09) *et* E2005A#1980/82#891* (t.311.14).

10. *Sur le Cameroun, cf. le PVCF délibératif de la 39ème séance du 9 juin 1967,* dodis.ch/33283; *le PVCF N° 988 du 9 juin 1967,* E1004.1#1000/9#723*; *le PVCF N° 577 du 17 avril 1968,* E1004.1#1000/9#733*; *le PVCF N° 1087 du 10 juillet 1968,* E1004.1#1000/9#736*; *les PVCF N° 419 et N° 420 du 10 mars 1969,* E1004.1#1000/9#744* *et doss.* E2005A#1980/82#396* (t.311) *et* E2005A#1980/82#402* (t.311.007).

veilleuse; ils seront repris dans la mesure où l'ensemble de nos relations avec l'Algérie s'amélioreront[11].

Maroc: Une brève mission géologique qui constitue la poursuite d'une action antérieure est provisoirement maintenue. Un comité d'action pour l'aide au tiers-monde s'est constitué à Nyon avec le but de réaliser une action d'animation agricole au Maroc; ce projet est toutefois encore très vague et le choix du pays bénéficiaire n'est en réalité pas encore définitif.

La coopération suisse avec le Maroc pourrait être activée du moment où le problème de l'indemnité des biens suisses nationalisés aura pu être réglé[12].

RAU: Une demande de subvention d'un service social[13] au Caire nous est annoncée par une institution privée suisse. Nous attendons pour nous prononcer des précisions d'ordre technique.

5. Autres pays d'Afrique occidentale

Congo-Kinshasa: Le Collège Pestalozzi réalisé par l'EPER continuera à recevoir notre appui financier pour son fonctionnement. Cette institution s'efforce d'africaniser aussi rapidement que possible ses cadres. Une action dans le domaine médical est envisagée en 1969 pour assurer une transition sans heurts trop violents à l'hôpital suisse de Kintambo d'où la Croix-Rouge Suisse se retirera prochainement[14].

Dahomey: Outre les actions de notre section des volontaires qui s'étendent en harmonieuse collaboration avec le travail de l'USC. La création d'une coopérative de consommation sera prochainement entreprise en régie par cette même USC. Cet important projet nous permettra d'exploiter les expériences réalisées au Rwanda. Elle contribuera à la stabilisation du coût de la vie[15].

Tchad: Le programme d'animation agricole réalisé par la coopération technique suisse et par l'Aide Suisse à l'Etranger au sud du Tchad se développe de façon satisfaisante. Cette action sera poursuivie avec l'aide de notre service des volontaires. Son objectif principal est la création de nouveaux centres et la remise successive des anciens centres aux homologues tchadiens. Une petite action d'animation rurale féminine nous a récemment été soumise par une institution privée suisse. Elle est actuellement à l'étude[16].

---

11. *Sur l'Algérie, cf. DDS, vol. 22, doc. 127,* dodis.ch/30370*; doss.* E2005A#1978/137#139* (t.311.002); E2005A#1983/18#180* (t.311.002); E2005A#1980/82#147*(t.311.18); E2005A#1980/82#142* (t.311.10); E2005A#1980/82#146*(t.311.17) *et* E2005A#1978/137#149* (t.311.012).

12. *Sur le Maroc, cf. la lettre de R. Probst au Service de la Coopération technique et à la Division des affaires politiques du 13 avril 1967,* dodis.ch/34023; *doss.* E2005A#1983/18#570* (t.311.8) *et* E2005A#1983/18#569* (t.311.4).

13. *Sur le projet Service Social Boulac au Caire proposé par l'Entraide des Eglises Protestantes Suisses (EPER), cf. doss.* E2003A#1980/85#811* (o.222) *et* E2003A#1984/84#831* (o.222).

14. *Sur le Congo, cf. doc. 39,* dodis.ch/33051 *et la notice de S. Marcuard du 3 avril 1970,* dodis.ch/33050.

15. *Sur le Benin et le projet d'une coopérative de consommation, cf. le PVCF N° 1187 du 14 août 1968,* dodis.ch/34052.

16. *Cf. l'*Accord de commerce, de protection des investissements et de coopération technique entre la Confédération suisse et la République du Tchad du *21 février 1967, RO, 1968, pp. 9–13. Cf. aussi le PVCF N° 1806 du 29 octobre 1969,* E1004.1#1000/9#751*; *doss.* E2005A#1980/82#854* (t.311.003) *et* E2005A#1983/18#841* (t.311.0059). *Sur la question de*

Nigéria et Côte d'Ivoire: Dans ces deux pays, notre action se limitera à un soutien aux écoles d'horlogers-rhabilleurs créées par la Fédération horlogère. D'autres interventions mineures (bourses d'étude, stages etc.) ne sont cependant pas exclues[17].

Haute-Volta, Ghana: Seules quelques actions d'institutions privées isolées recevront une subvention[18].

Sénégal: Une action de moyenne envergure dans le domaine social est à l'étude[19].

Guinée: Les cours pour employés de banque organisés par un expert suisse continueront à fonctionner[20].

6. Autres pays d'Afrique orientale

Tanzanie: L'action d'animation agricole entreprise dans le sud du pays sera renforcée par l'envoi de trois experts en remplacement de M. R. Pasquier, chef du projet, qui rentre à la centrale. Le service des volontaires continue à nous donner dans ce domaine son appui en personnel. Les institutions privées continuent à développer une activité très positive dans le domaine de la coopération pour le développement. C'est ainsi qu'un bloc pathologique sera construit sous l'égide de la Fondation bâloise à l'université de Dar es Salaam. Un projet d'école artisanale est attendu pour l'année prochaine de la part d'une mission catholique suisse[21].

Madagascar: Le projet de lutte contre la bilharziose au sud-ouest de Madagascar se poursuivra avec l'appui supplémentaire de deux volontaires suisses. A l'instigation d'un expert suisse de la FAO, un spécialiste suisse fera prochainement une expertise de courte durée sur l'utilisation de matériel de laiterie pour la valorisation de la récolte de fruits. Au moins deux projets émanant d'institutions privées sont annoncés dans le domaine de la formation artisanale et agricole[22].

Kenya: Faute de trouver un expert qualifié, la mission d'étude projetée dans le domaine de la formation hôtelière n'a pas encore pu être réalisée. En ce qui concerne la mission vétérinaire, prolongation de la mission de courte durée réalisée l'an passé, les candidats experts pressentis pour la réaliser ne

---

la promotion de la femme dans le cadre de la coopération au développement, cf. le compte rendu de E. Feller du 6 avril 1967, dodis.ch/32945.

17. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 79,* dodis.ch/30252 *et doss.* E2005A#1980/82#659* (t.311.002) *et* E2005A#1983/18#299* (t.311.002).

18. *Sur le Ghana, cf. DDS, vol. 22, doc. 79,* dodis.ch/30252; *la lettre de S. Marcuard à F. Schnyder du 22 novembre 1967,* dodis.ch/34031; *la lettre de L. Battista à F. Schnyder du 17 mars 1969,* E2005A#1980/82#260* (t.311) *et l'*Accord de commerce, de protection des investissements et de coopération technique entre la Confédération suisse et la République de Haute Volta *du 6 mai 1969, RO, 1969, pp. 1060–1064.*

19. *Cf. doss.* E2005A#1983/18#784* (t.311.012).

20. *Sur la Guinée, cf. le PVCF N° 1576 du 18 septembre 1967,* dodis.ch/32871 *et doss.* E2005A#1980/82#277* (t.311.09).

21. *Sur la Tanzanie, cf. le PVCF N° 1407 du 11 septembre 1968,* E1004.1#1000/9#738* *et le PVCF N° 2028 du 16 décembre 1968,* E1004.1#1000/9#741*. *Cf. aussi doss.* E2005A#1980/82#828* (t.311.500); E2005A#1980/82#815* (t.311.009) *et* E2005A#1980/82#817* (t.311.012).

22. *Sur Madagascar, cf. la lettre de C. Ochsenbein à E. Moser du 26 mars 1969,* dodis.ch/34046. *Cf. aussi doss.* E2005A#1980/82#514* (t.311.013) et E2003A#1984/84#780* (o.222).

seront vraisemblablement pas disponibles avant l'hiver prochain. La mission d'expert en entomologie agricole qui se poursuit depuis plusieurs années devra vraisemblablement être une fois de plus prolongée. Toutefois, la présence d'étudiants kenyans en entomologie permet d'entrevoir la reprise du poste occupé par notre expert dans un avenir pas trop éloigné[23].

Burundi: Nous avons reçu une demande d'une institution privée pour la subvention à une deuxième phase de construction à l'école secondaire de Ngozi. D'autres demandes nous parviendront prochainement pour la construction d'un bâtiment universitaire et pour un petit projet d'animation agricole dans la plaine de la Ruzizi. La mission de professeur en statistique économique sera prolongée. La Croix-rouge suisse envisage également une action de formation technique de personnel de la Croix-rouge du Burundi[24].

Malawi: Les pourparlers pour la conclusion d'un accord avec cet état dans le but de réaliser un projet de construction de meubles à l'échelon semi-industriel seront poursuivis[25].

Ethiopie: Il est possible que nous recevions d'ici quelques mois une demande d'assistance dans le domaine de l'animation agricole au centre du pays.

Lesotho, Botswana et Swaziland: Une demande d'assistance à l'université commune à ces trois pays nous est parvenue. Elle est à l'étude. Nous avons l'intention d'explorer systématiquement les possibilités de coopération technique avec ces trois pays à la fin de cette année. Nous désirons ainsi permettre à ces pays de diversifier un peu leurs sources d'assistance[26].

Zambie: Un projet de construction d'école secondaire à Sefula va être réalisé avec notre appui financier par une institution privée (DMR)[27].

II. Asie

Bis heute hat sich der Einsatz der schweizerischen technischen Zusammenarbeit in Asien vor allem auf den indischen Raum konzentriert[28]. Hauptgrund dafür ist die starke Präsenz schweizerischer Privatorganisationen: SAH, HELVETAS (Nepal), konfessionelle Organisationen etc. Die Arbeit in den

---

23. *Sur le Kenya, cf. la notice de O. Hafner du 21 août 1967,* dodis.ch/34042 *et la notice de H. Grob du 9 avril 1968,* dodis.ch/34040. *En juillet 1969 le Conseil fédéral a décidé d'autoriser la négociation d'un accord-cadre de coopération technique et scientifique avec la République du Kenya; PVCF N° 1185 du 9 juillet 1969,* E1004.1#1000/9#748*. *Cf. aussi doss.* E2005A#1983/18#488* (t.311.006); E2005A#1980/82#469* (t.311.007) *et* E2005A#1980/82#471* (t.311.009).

24. *Sur le Burundi, cf. la lettre de H. K. Frey à S. Marcuard du 9 mai 1967,* dodis.ch/34045 *et le PVCF N° 1903 du 12 novembre 1969,* dodis.ch/34044. *Cf. aussi doss.* 2005A#1980/82#197* (t.311.003) *et* E2005A#1980/82#199* (t.311.007).

25. *Cf. le PVCF N° 378 du 11 mars 1968,* E1004.1#1000/9#732* *et doss.* E2005A#1980/82#550* (t.311.01).

26. *Sur le Lesotho, cf. la lettre de A. Escher à P. Micheli du 10 avril 1967,* dodis.ch/32533. *Cf. aussi doss.* E2005A#1980/82#178* (t.311).

27. *Cf. doss.* E2005A#1980/82#920* (t.311.02).

28. *Vgl. dazu die Notiz von Th. von Fellenberg vom 16. Januar 1968,* dodis.ch/32640 *und die Notiz* Asienprojekte *vom September 1969,* dodis.ch/32949.

Siedlungen für Tibeter-Flüchtlinge[29], die in Nepal und Indien ziemlich stark ins Gewicht fällt, hat ihren speziellen historischen Hintergrund (Übernahme der Aktion vom IKRK in Nepal). Es stellt sich nun die Frage, ob wir das Bundesprogramm mit Ausnahme der laufenden Unterstützungen privater Hilfsorganisationsprojekte und bereits erfolgter Zusagen über den indischen Raum hinaus erweitern wollen oder nicht. Nach Abwägen aller Vor- und Nachteile kommen wir zum Schluss, dass *Indien* weiterhin unser Hauptschwerpunktland bleiben soll. Wenn wir uns auch gewissen zunehmenden Schwierigkeiten politischer und administrativer Natur bewusst sind, so muss doch daran erinnert werden, dass Indien pro Kopf der Bevölkerung von allen Entwicklungsländern, die der UNO angeschlossen sind, noch am wenigsten technische Hilfe erhalten hat. Aber wichtig ist vor allem, dass wir dank unseres bisherigen Einsatzes schon wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, dass unsere Aktionen (vor allem Kerala und Tibeter Projekte) in Regierungskreisen über ein gewisses Prestige verfügen, und dass sich im Anschluss an einzelne Projekte neue Entwicklungsmöglichkeiten abzeichnen. Das Viehzuchtprojekt in Kerala hat Ausstrahlungsmöglichkeiten vor allem auf dem Wege der künstlichen Besamung in Kerala selbst, dann nach Madras und Mysore (offizielle Anfragen liegen vor) sowie eventuell nach Himachal Pradesh und Nepal. Im Anschluss an die tibetischen Siedlungsprojekte Mundgod und Bylakuppa in Mysore sind landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte in den umliegenden indischen Panchayats in Vorbereitung (Bewässerung, teilweise Mechanisierung, besseres Saatgut, Viehzucht). In Maharashtra und Gujarat, wo die SAH (Schweiz. Auslandhilfe) seit Jahren aktiv ist bestehen Anschlussprojekte an die bisher unterstützten landwirtschaftlichen Schulen. Als neue Aktion ist ein Brunnenbohrprogramm im Punjab (Moga) in Abklärung, wobei Nestlé (Food Specialities Ltd.) als ausführendes Organ eingesetzt werden soll. Wieweit die Aktionen der konfessionellen Organisationen (vor allem Schulen, Spitäler, technische Ausbildung, landwirtschaftliche Extension) in den kommenden Jahren einen gewissen Rückgang erfahren werden (Visaschwierigkeiten, etc.) ist abzuwarten[30].

---

29. *Zu Indien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929, *Anm. 20; das Schreiben von R. Fässler an S. Marcuard vom 1. Februar 1967,* dodis.ch/32661; *das Protokoll von A. Boss vom 17. Juli 1968,* dodis.ch/32664; *das BR-Prot. Nr. 1656 vom 23. Oktober 1968,* dodis.ch/32662 *und das Schreiben von A. R. Lindt an P. Micheli vom 18. Oktober 1969,* dodis.ch/32666. *Zu Nepal vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 112,* dodis.ch/30931, *Anm. 14; die Notiz von R. Wilhelm vom 23. Februar 1967,* dodis.ch/32820; *das PR-Prot. Nr. 98 vom 24. Januar 1968,* dodis.ch/32861; *die Notiz von H. Miesch vom 7. Mai 1968,* dodis.ch/32870; *den Bericht von P. Wiesmann vom 12. Juni 1969,* dodis.ch/32869; *das Memorandum des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements an den Vertreter des Dalai Lama in Genf vom 28. Oktober 1969,* dodis.ch/32868 *sowie das Schreiben von A. R. Lindt an S. Marcuard vom 23. Dezember 1969,* dodis.ch/32867.

30. *Zu Indien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929; *die Notiz von Th. von Fellenberg an S. Marcuard vom 27. Juni 1967,* dodis.ch/32678; *die Notiz von J.-F. Giovannini vom 7. August 1968,* dodis.ch/32679; *die Notiz von H. Bühler vom 30. August 1968,* dodis.ch/32683; *die Notiz von J.-F. Giovannini vom 14. April 1969,* dodis.ch/32709; *den Bericht von M. Heimo vom 6. Juni 1969,* dodis.ch/32656 *und die Notiz von R. Högger vom 22. September 1969,* dodis.ch/32682; *zu den Visaschwierigkeiten vgl. Dok. 12,* dodis.ch/32673; *zu Kerala vgl. das Schreiben von R. Pestalozzi an R. Fässler vom 14. Juni 1967,* dodis.ch/32676 *und das BR-Prot. Nr. 981 vom 9. Juni 1969,*

Nepal bleibt unser zweites Schwerpunktland. Das Tibeter-Teppichprojekt wird von uns noch weiterhin beratend unterstützt, vor allem auf dem Sektor Vermarktung. Die Tibeter-Landwirtschaftsaktionen sollen nach Möglichkeit in grössere Entwicklungsprojekte eingebaut werden. Die Freiwilligenaktion des Bundes wird noch ausgeweitet (möglichst in Zusammenhang mit eigenen Projekten). Eine engere Zusammenarbeit mit SATA (Helvetas) wurde eingeleitet (Gründung eines SATA-Pools) wobei der Bund grössere finanzielle Leistungen erbringen und SATA die grösseren Projekte in Regie weiterführen wird. Eine Ausdehnung der Aktion soll vor allem in Anlehnung an die schon bestehenden Projekte ins Auge gefasst werden: landwirtschaftliche Extension in Ostnepal, Elektrizitätsabteilung Balaju, sowie Kleinkraftwerke. Weitere Möglichkeiten: ein Zentrum für Berglandwirtschaft in Westnepal, eventuell auch ein landwirtschaftliches Projekt im Terai; Beteiligung beim Brücken- und Strassenbau (im Zusammenhang mit eigenen Projekten)[31].

Unsere Zusammenarbeit mit *Pakistan* soll aktiviert werden. Für diesen Entschluss sprechen neben wirtschaftlichen Gründen (Pakistan hat eine stark passive Handelsbilanz mit der Schweiz) auch politische Gründe (gewisses Gegengewicht gegenüber starkem Einsatz in Indien). Die begonnene Obstbauaktion wird im nördlichen Berggebiet weitergeführt. Zwei Stipendiaten sind zur Ausbildung in der Schweiz. Nach ihrer Rückkehr wird der Einsatz von weiteren Schweizer Experten (eventuell Freiwilligen) geprüft. Aus der Kurzmission Teppichexpertin resultiert voraussichtlich eine Zusammenarbeit mit dem geplanten «Institute of Industrial Design» in Karachi. Eine Anfrage besteht ferner zur Zusammenarbeit mit der «Agricultural Development Authority» auf dem Sektor Viehzucht und Futterbau in der Gegend von Rawalpindi. Die Schweizerische Stiftung für Entwicklungshilfe plant die Eröffnung einer Feinmechanikerwerkstätte in Ostpakistan, ähnlich derjenigen in Karachi, wobei auch eine Abteilung Elektronik eingeschlossen würde. Es soll schrittweise vorgegangen werden, da man zuerst Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den pakistanischen Behörden sammeln will[32].

Kleinere Aktionen in anderen asiatischen Staaten sind in Vorbereitung. Sie ergeben einen gewissen Risikoausgleich zur stärkeren Konzentration im indisch-pakistanischen Raum.

Malaysia: Aus der Mitarbeit bei der «Federal Industrial Development Authority» resultieren vielleicht gewisse Möglichkeiten auf dem Gebiete der Kleinindustrie[33].

E1004.1#1000/9#747*; *zum Bewässerungsprojekt in Moga vgl. Doss.* E2005A#1980/82#355* (t.311.045); *zur Schweizerischen Auslandhilfe vgl. Doss.* E2005A#1980/82#366* (t.311.055), E2005A#1983/18#385* (t.311.047) *und* E2005A#1983/18#387* (t.311.054).

31. *Zu Nepal vgl. Dok. 183,* dodis.ch/32819; *zur Mission von M. Grässli vgl. das Schreiben von M. Grässli an S. Marcuard vom 8. September 1969,* dodis.ch/32857 *und das Schreiben von A. R. Lindt an P. R. Jolles vom 25. Oktober 1969,* dodis.ch/32855.

32. *Zu Pakistan vgl. das Schreiben von S. Marcuard an S. Masnata vom 25. September 1967,* dodis.ch/32813. *Zum Transferkredit und den Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 144,* dodis.ch/32801.

33. *Zu Malaysia vgl. die Notiz von W. Schwendener vom 4. August 1969,* dodis.ch/33345.

Ceylon: Eine kombinierte Freiwilligenaktion (Community Development) ist in Vorbereitung. Ein Projekt zur Förderung des Tourismus wird erwartet[34].

Thailand: Im Anschluss an das vom Bund finanzierte Hochspannungslabor soll in der zweiten Phase ein Kursprogramm auch für die umliegenden Länder durchgeführt werden[35].

Indonesien: Eventuell eine Aktion in Landwirtschaft (Bewässerungsprojekt; Schädlingsbekämpfung) oder in Berufsausbildung (Projekt wird erwartet).

Die Anfrage zur Förderung des Tourismus und der Hotellerie (Fachlehrer) ist zurückzustellen[36].

Türkei: Das im Rahmen des Konsortialkredites OECD verwirklichte Milchwirtschaftsprojekt Kars/Istanbul entwickelt sich normal. Die Bauphase ist mehr oder weniger abgeschlossen. Der Betrieb der Fabriken wird im Frühjahr 1969 aufgenommen[37]. Sonst sind für die nähere Zukunft keine grösseren Aktionen geplant.

III. Amérique latine[38]

A. En général

Dans le cadre des deux premiers crédits de programme accordés par le Parlement à la coopération technique, ce n'est que le 6% de nos moyens que nous avons consacré à l'Amérique latine. Les pays qui ont bénéficié de cette aide modeste ont été pour des raisons qui sautent aux yeux, les pays dans lesquels nous avions une forte colonie suisse, d'importants intérêts et une représentation

---

34. *Zum Tourismusprojekt vgl. die Notiz von R.-E. Troillet an P. Wiesmann vom 15. September 1969,* dodis.ch/32474. *Zum Community Development Movement vgl. Doss.* E2005A#1980/82#209* (t.311.001).

35. *Zu Thailand vgl. das Schreiben von H. Bühler an F. Schnyder vom 3. November 1967,* dodis.ch/33910; *das Schreiben von R. Hartmann an S. Marcuard vom 17. Juli 1969,* dodis.ch/33913 *sowie das Schreiben von H. Bühler an R. Hartmann vom 10. November 1969,* dodis.ch/33914.

36. *Zu Indonesien vgl. Dok. 184,* dodis.ch/33254 *sowie das Schreiben von P. Wiesmann an vom J.-F. Revilliod vom 27. November 1968,* dodis.ch/33438.

37. *Zum OECD-Konsortium vgl. das Schreiben von W. Fuchss an P. Micheli vom 18. Marz 1963,* dodis.ch/19033; *das Schreiben von P. Micheli an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 14. Oktober 1963,* dodis.ch/19040; *das BR-Prot. Nr. 382 vom 26. Februar 1965,* dodis.ch/31849; *die Schreiben von A. Marcionelli an P. R. Jolles vom 2. Mai 1967,* dodis.ch/33003 *und* dodis.ch/33008; *das Schreiben von A. Marcionelli an P. R. Jolles vom 22. November 1967,* dodis.ch/33006 *und das BR-Prot. Nr. 1342 vom 28. August 1968,* dodis.ch/33009. *Zum Milchwirtschaftsprojekt vgl. die Notiz von R. Willhelm vom 20. Oktober 1962,* dodis.ch/19046 *und die Schreiben von A. Marcionelli an S. Marcuard vom 14. August und vom 21. Oktober 1968,* dodis.ch/32999 *und* dodis.ch/33000.

38. *Pour un aperçu sur la coopération technique suisse en Amérique du Sud, cf. la lettre de G. Baechtold à W. Spühler du 11 avril 1968,* dodis.ch/33989; *les notices de J. Spiro du 17 juillet 1968,* dodis.ch/33993; *du 22 août 1968,* dodis.ch/33996 *et du 11 septembre 1968,* dodis.ch/33998. *Pour l'Amérique centrale, cf. aussi la lettre de A. Escher à S. Marcuard du 28 septembre 1967,* dodis.ch/33990 *et la notice de H.-P. Cart et de R. Dannecker du 10 octobre 1969,* dodis.ch/33999.

diplomatique; il s'agissait notamment de l'Argentine, du Brésil, du Chili, de la Colombie et du Pérou[39].

Lors de la conférence annuelle de la coopération technique d'avril 1967, l'on exprima le vœu que notre service montre davantage d'intérêt vis-à-vis de cette région du monde. Au Conseil national, des députés s'étaient déjà prononcés dans le même sens. Enfin, eu égard aux emprunts qu'elle était autorisée à placer sur le marché suisse, la Banque Interaméricaine du Développement (BID) acceptait de traiter notre pays de la même manière que les pays membres de cet établissement bancaire pour la fourniture de biens d'équipement; cette faveur ne pouvait qu'encourager le développement de nos exportations vers ces pays, notre balance commerciale s'est encore améliorée vis-à-vis de l'Amérique latine, ce qui justifie également un effort accru de la part de la coopération technique à l'égard de ce sous-continent.

Les pays latino américains les plus avancés offrent un intérêt certain pour le secteur privé suisse (l'importance de nos investissements en Argentine p. e., au Brésil[40] ou au Pérou[41] en témoignent); il paraît dès lors logique d'orienter dans une mesure sensiblement plus importante l'aide directe de la Confédération vers les pays de l'Amérique latine qui sont le plus en retard, qui par conséquent ont un urgent besoin d'une aide extérieure et qui cependant offrent à moyen terme des perspectives économiques intéressantes.

Ceci dit, je retiens du voyage que j'ai récemment effectué les aspects suivants:

1) L'intérêt que les gouvernements du Paraguay, de la Bolivie et de l'Equateur témoignent vis-à-vis des méthodes de la coopération technique suisse[42]. Le fait que nos actions soient basées sur une véritable coopération dont toute notion d'assistance et toute ingérence politique sont bannies contraste avec la manière de faire d'autres pays. L'attitude positive de ces gouvernements à notre égard représente un gage de succès pour les programmes que nous entreprendrions.

2) Les perspectives commerciales que ces pays peuvent offrir au nôtre. J'ai parlé de l'élevage valable pour les trois pays précités à la condition que l'on prenne la peine de s'en occuper. Puis l'appui de bureaux d'ingénieurs-conseils, avec comme conséquence logique, la préparation de projets où du matériel suisse pourra être utilisé. Certes, des facilités financières devront être accordées, mais dans un cadre raisonnable.

3) Quel contenu donner à notre effort? L'expérience péruvienne peut servir d'exemple et il convient d'en tirer parti. Une trop grande multiplication

---

39. *Sur les colonies suisses et les relations économiques avec l'Argentine, le Brésil et le Chili, cf. la notice de J. Ruedi du 29 septembre,* dodis.ch/33901.

40. *Cf. doc. 113,* dodis.ch/33260; *le PVCF N° 1460 du 1er septembre 1967,* dodis.ch/33605 *et la notice de P.-Y. Simonin à G. E. Bucher du 29 mai 1969,* dodis.ch/33754.

41. *Cf. le PVCF N° 1160 du 24 juin 1967,* dodis.ch/33956; *la lettre de H. Hess à S. Marcuard du 31 décembre 1968,* dodis.ch/33959; *la notice de S. Marcuard du 6 août 1968,* dodis.ch/33958 *et le PVCF N° 1224 du 18 juillet 1969,* dodis.ch/33960. *Cf. aussi doc. 121,* dodis.ch/33129.

42. *Sur la Bolivie, cf. le PVCF N° 1487 du 23 septembre 1968,* dodis.ch/33897 *et la lettre de E. Léchot à H. Hess du 14 mai 1969,* dodis.ch/33890. *Sur l'Equateur, cf. le PVCF N° 1310,* dodis.ch/34064.

de petits projets n'est pas recommandable et sans vouloir retomber dans le projet unique, un juste milieu doit être trouvé. En effet, dans les pays andins, où des différences profondes existent en raison de la géographie qui leur est si particulière, il est logique de ne pas limiter un projet d'élevage à une seule station si l'on veut que l'expérience soit valable non seulement sur le plan d'une assistance technique étroite et localisée, mais bien sur celui plus large d'une véritable coopération bilatérale entre deux gouvernements.

C'est ainsi que pour la Bolivie, dont l'énorme potentiel herbager devrait être mieux exploité pour faciliter le retour à une économie équilibrée, c'est le développement de l'élevage qui devrait être considéré comme prioritaire.

C'est à des fins similaires que l'on arrivera avec les programmes projetés pour l'Equateur et le Paraguay. Le premier, en étant doté d'un crédit de coopération technique pourra financer des études globales ou sectorielles dans la région de Guyaquil et aborder éventuellement les problèmes que posent par exemple la reconversion des plantations bananières ou d'autres cultures, dont celles herbagères destinées à l'élevage. Le second aidera les coopératives agricoles à améliorer les méthodes de production de leurs membres et à diversifier leurs sources de revenus en dépassant la monoculture.

J'en arrive à la conclusion que les pays du «groupe andin», à l'exception de deux extrêmes, la Colombie et le Chili[43], forment un ensemble, qui logiquement constituerait un véritable «Schwerpunkt» ou si l'on préfère, l'extension du «Schwerpunkt» péruvien. Mêmes finalités (amélioration de l'élevage et de l'affouragement), bien que les moyens pour y parvenir soient différents.

L'autre «Schwerpunkt» latino-américain est constitué par le marché commun de l'Amérique centrale. Pour cette région, d'autres buts doivent être atteints, puisqu'ils concernent avant tout l'intégration. Certes de petites actions isolées peuvent être envisagées pour l'un ou l'autre des pays, mais cela ne devrait en aucun cas devenir une règle. C'est ainsi que l'école professionnelle de San José est ouverte ou le sera pour des candidats des républiques voisines. Un autre projet à l'étude vise à la création d'une faculté de zootechnie centre-américaine, à Guatemala. En agissant ainsi, on ne peut que hâter cette intégration si nécessaire au développement des économies régionales, en même temps que démontrer une unité d'action dans la politique d'aide que notre pays entend mener dans cette zone.

B. En particulier

Des suggestions rapportées de mon voyage, certaines ont déjà pris forme et font l'objet de propositions au Conseil fédéral.

Au *Paraguay*[44], un centre de formation théorique et pratique de conseillers en coopératives agricoles pouvant agir également sur le plan de la vulgarisation. Mise en place des premiers éléments industriels pour la valorisation de la production agricole d'une coopérative.

---

43. *Cf. le PVCF N° 1796 du 13 novembre 1968,* dodis.ch/33899 *et la notice de J. Keller du 17 septembre 1969,* dodis.ch/33911.

44. *Sur le Paraguay, cf. doss.* E2005A#1980/82#676* (t.311).

En *Bolivie,* création d'un laboratoire universitaire de recherches appliquées dans le domaine de la nutrition animale et de trois centres d'élevage en vue du croisement des races locales avec du bétail importé des races brunes des Alpes et d'Hérens. Chacun d'eux doté d'une petite laiterie pilote.

En *Ecuador*[45]: A l'appui d'un crédit de 10 millions accordé avec la garantie de la Confédération, octroi d'un crédit additionnel d'un million destiné à financer les études par des bureaux d'ingénieurs-conseils suisses dans les domaines industriels et agro-industriels. Un projet industriel pilote susceptible de valoriser les excédents bananiers et éviter le gaspillage de cette denrée alimentaire.

Au *Panama*, des experts étudieront le problème que représente une utilisation rationnelle des ordures ménagères de la ville de Panama. Cette mission est confiée à l'Institut fédéral pour la protection des eaux de l'Ecole polytechnique fédérale.

Au *Pérou*[46], un expert de très haut niveau conseillera le Ministère des finances et la Banque centrale en matière de politique financière.

En *Amérique centrale,* la création d'une faculté d'ingénieurs sanitaires au Guatemala est étudiée par l'Ecole polytechnique fédérale.

Enfin, plusieurs missions de bureaux d'ingénieurs-conseils comme de voyages d'études en Suisse sont examinées à l'intention de diverses organisations demanderesses. Il est encore prématuré de faire des pronostics quant à leur aboutissement.

---

45. *Cf. le PVCF N° 913 du 6 mai 1966,* dodis.ch/31901 *et le PVCF N° 1310 du 28 août 1968,* dodis.ch/34064.

46. *H. Bachmann. Cf. la notice sur la réunion avec H. Bachmann de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 13 novembre 1969,* dodis.ch/33947.

102

dodis.ch/32194

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

[Bern,] 27. August 1968

Am 26. August wünscht der sowjetische Geschäftsträger[2] bei Herrn Generalsekretär Micheli vorzusprechen; da dieser beschäftigt ist, stellt er dem Geschäftsträger anheim, später zu kommen oder bei Herrn Dr. Miesch vorzusprechen. Herr Mikhailov entscheidet sich für letzteres; er erscheint um 17.30 Uhr, in Begleitung vom zweiten Sekretär Karsov (der als Übersetzer amtet).

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#4249* (B.73.0.(3)). *Verfasst von H. Kaufmann. Kopien an W. Spühler, P. Micheli und Ch. A. Wetterwald.*

2. *F. A. Michailow.*

Herr Mikhailov weist zuerst auf die Intervention[3] von Herrn Bundesrat Spühler wegen unserer Botschaft in Prag hin; sobald er eine Antwort aus Moskau habe, werde er uns diese mitteilen[4]. Heute habe er indessen folgende Fragen bei Herrn Dr. Miesch vorzubringen.

In unmittelbarer Nähe des Botschaftsgeländes – allerdings ausserhalb davon – würden Plakate beleidigenden Inhaltes aufgehängt. Bei Ein- und Ausfahrt aus der Botschaft werden die Botschaftsangehörigen belästigt. Man hämmert mit Fäusten auf Fahrzeuge, und in einem Falle wurde eines beschädigt. Herr Mikhailov hofft, dass Herr Miesch diesen Fragen seine Aufmerksamkeit schenkt.

Die Woschod-Bank[5] in Zürich wurde furchtbar beschmiert; die Art der Schmierereien ist beleidigender Natur (Mikhailov weist ein Bild in einer Tageszeitung[6] vor).

Bei der Aeroflot-Vertretung wurde das Firmenschild abgerissen; in Kloten wurde die sowjetische Flagge weggenommen.

Schliesslich sei die Sicherheit der Aeroflot-Flüge nach und von Zürich[7] gefährdet. Letzten Samstag habe eine Aeroflot-Maschine die Landeerlaubnis in Kloten angefordert, wobei ihr der Kontrollturm zuerst mit Beschimpfungen geantwortet habe und erst dann die Erlaubnis erteilt habe. (Aeroflot habe Herrn Guldimann bereits informiert.) Dann werde zu Demonstrationen und Drohungen gegen Aeroflot-Flugzeuge aufgerufen. Die Sicherheit dieser Flüge sei deshalb nicht mehr gewährleistet; das Botschafts-Personal benutze aber diese Flüge regelmässig, und gerade in diesen Tagen kehrten die auf Besuch in Bern weilenden Kinder zum Beginn des sowjetischen Schuljahres wieder nach Moskau zurück. All das seien unangenehme Fragen, aber man sei gezwungen, sich deswegen an uns zu wenden.

Herr Miesch nimmt von den Ausführungen Mikhailovs Kenntnis und weist darauf hin, dass die Ereignisse in der CSSR für das Schweizervolk eine unangenehme Erfahrung waren, was zu entsprechenden Reaktionen[8] führte. Die Botschaft steht unter Polizeischutz (was von den Besuchern bestätigt wird), die Woschod- und Aeroflot-Vertretungen sind von uns aus gesehen private Unternehmungen, für deren Schutz die Stadtpolizei Zürich zuständig ist. Wegen der

---

3. *Zur Zitation von F. A. Michailow wegen der Beschiessung und Abriegelung der schweizerischen Botschaft in Prag durch sowjetische Truppen vgl. die Notiz von W. Spühler vom 22. August 1968,* E2001E#1980/83#4241* (B.51.30). *Zur Audienz von F. A. Michailow bei W. Spühler am 21. August vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192.

4. *Vgl. die Notiz von H. Miesch vom 16. September 1968,* dodis.ch/32184.

5. *Zur Woschod Handelsbank AG vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 126,* dodis.ch/31034 *und die Notiz von H. Miesch vom 16. Februar 1968,* dodis.ch/32800.

6. *Der Bund vom 26. August 1968,* E2001E#1980/83#4246* (B.73.0).

7. *Zur Eröffnung der Flugverbindung Zürich–Moskau vgl. Dok. 44,* dodis.ch/32783.

8. *Zu den Reaktionen der Bevölkerung vgl. z. B. das Schreiben von E. Munz-Liechti an W. Spühler und den Bundesrat vom 22. August 1968,* dodis.ch/32197; *das Schreiben von F. Altdorfer an die sowjetische Botschaft in Bern vom 24. August 1968,* dodis.ch/32195; *das Schreiben von J. Wagner und H. Lehnherr an den Bundesrat vom 4. September 1968,* dodis.ch/32196 *sowie Doss.* E2001E#1980/83#4247* (B.73.0.(1)). *Vgl. ferner die Notiz von H. Kaufmann vom 3. Oktober 1968,* dodis.ch/32198.

Flugsicherheit werden wir uns mit Herrn Guldimann in Verbindung setzen. Falls die Botschaft vermehrten Polizeischutz wünscht, wird dies veranlasst werden; allerdings ist unsere Polizei nicht sehr gross und bereits überbeansprucht und zudem beim Schutze beispielsweise der sowjetischen Botschaft dem Volkszorn ausgesetzt. Die Regierung kann der Bevölkerung den Protest nicht verbieten, ganz abgesehen davon, dass jeder derartige Versuch zu gesteigerter Empörung im Volke führen würde.

Mikhailov räumt ein, dass er nicht berechtigt sei, etwas von uns zu «fordern». Man verstehe den schweizerischen Standpunkt der privaten Meinungsfreiheit, und man wolle sich da nicht einmischen. Aber man habe das EPD informieren wollen, weil dieses besser verstehe, wie bei den schweizerischen Verhältnissen vorzugehen sei. Er bitte Herrn Miesch nochmals, entsprechende Massnahmen zu veranlassen.

Herr Miesch stellt in Aussicht, das Problem zuständigenorts zu unterbreiten.

Es fällt auf, dass der Ton der Vorsprache überraschend gemässigt (um nicht zu sagen: kleinlaut) ist.

103

dodis.ch/32152

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

Transfert de siège d'entreprises suisses en temps de guerre; projet d'échange de notes[2] avec l'Australie

Confidentiel Berne, 28 août 1968

I. Par l'article 16 de la loi fédérale sur la préparation de la défense nationale économique du 30 septembre 1955[3], entrée en vigueur le 5 janvier 1956, le Conseil fédéral a reçu la compétence de prendre toutes mesures nécessaires à l'effet de protéger les biens, les droits ainsi que les intérêts économiques et financiers du peuple suisse tant à l'intérieur qu'à l'étranger, pour le cas où notre pays serait entraîné dans un conflit international. Sur cette base légale, le Conseil fédéral a promulgué, le 12 avril 1957, un arrêté protégeant par des mesures conservatoires les personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles (transfert de siège)[4] et un arrêté concernant la protection des papiers-valeurs et titres analogues par des mesures

1. *Proposition:* E1001#1974/83#8*. *Rédigée par Ch. Rubin.*
2. Draft Swiss note *et* Draft Australian reply to Swiss note, E2010A#1996/397#911* (C.22.91.1(6)). *L'échange de notes s'est déroulé à Canberra le 23 novembre 1968; cf.* Echange de lettres confidentiel concernant le transfert temporaire en Australie de sièges de maisons suisses en cas et pour la durée d'une crise internationale *du 23 novembre 1968,* dodis.ch/33640.
3. Loi fédérale sur la préparation de la défense nationale économique *du 30 septembre 1955, RO, 1956, pp. 89–104.*
4. Arrêté du Conseil fédéral protégeant par des mesures conservatoires les personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles *du 12 avril 1957, RO, 1957, pp. 337–349.*

conservatoires[5], ainsi qu'une ordonnance d'exécution[6] du premier de ces deux arrêtés. Ces textes sont entrés en vigueur le 1er mai 1957. Le 4 juillet 1958[7], l'arrêté relatif au transfert de siège a fait l'objet de quelques modifications, applicables dès le 15 juillet de la même année.

II. La mesure de protection la plus importante prévue par les arrêtés susmentionnés est le transfert temporaire de siège en cas de conflit armé. Elle peut s'appliquer aussi bien aux sociétés, avec ou sans personnalité juridique, qu'aux raisons individuelles. Les intéressés ont la faculté de décider que leur siège sera transféré, en Suisse ou à l'étranger, soit dans un lieu choisi par eux (élection volontaire de siège), soit dans la localité où siégera le gouvernement suisse constitutionnel (transfert automatique de siège), ou encore de combiner les deux possibilités. Si elles optent pour cette dernière faculté, les entreprises auront alors leur siège dans la localité où siégera le gouvernement suisse constitutionnel; si ce gouvernement se trouve dans l'impossibilité de siéger en Suisse ou à l'étranger, le transfert au lieu choisi par elles produira ses effets. La décision de transfert de siège ne provoque pas immédiatement un transfert effectif; elle ne fait que le préparer, pour le cas où la Suisse serait entraînée dans une guerre ou en prévision d'autres circonstances exceptionnelles qui priveraient les intéressés de la libre disposition de leurs biens. Indépendamment du fait que le choix d'un nouveau siège est l'affaire des intéressés eux-mêmes, il appartient aux autorités fédérales de prendre contact avec certains gouvernements étrangers afin de voir s'ils seraient disposés à recevoir en temps de guerre les entreprises suisses qui désireraient transférer leur siège sur leur territoire. Après examen de la situation et guidés essentiellement par des critères tant géographiques (éloignement des zones probables de conflits), politiques (stabilité des institutions) que juridiques (législation nationale favorable à l'accueil d'entités commerciales étrangères), nous nous sommes trouvés en face d'un nombre assez limité d'Etats pouvant entrer effectivement en ligne de compte. Ceux-ci ont préalablement, soit conclu avec notre gouvernement un accord-cadre, comme le Canada[8], prévoyant dans les meilleures conditions possibles «la transplantation» de l'économie suisse en temps de guerre dans des territoires probablement épargnés, soit pris de leur propre initiative des dispositions internes en ce sens, tels que Panama[9] et les Antilles néerlandaises[10].

---

5. Arrêté du Conseil fédéral concernant la protection des papiers-valeurs et titres analogues par des mesures conservatoires *du 12 avril 1957, RO, 1957, pp. 355–358.*

6. Ordonnance d'exécution de l'arrêté du Conseil fédéral concernant la protection par des mesures conservatoires des personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles *du 12 avril 1957, RO 1957, pp. 350–354.*

7. Arrêté du Conseil fédéral qui modifie l'arrêté du Conseil fédéral protégeant par des mesures conservatoires les personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles *du 4 juillet 1958, RO, 1958, pp. 424 s.*

8. Echange de lettres confidentiel (3 pièces) concernant le transfert temporaire au Canada du siège d'entreprises suisses en temps de guerre *du 15 octobre 1958,* dodis.ch/17841.

9. *Cf. doss.* E2010A#1996/397#929* (C.22.91.1(6)).

10. *Pour Curaçao, cf. la note du Département politique à l'Ambassade des Pays-Bas du 29 mai 1969,* E2010A#1996/397#922* (C.22.91.1(6)).

Des sondages sont opérés depuis quelque temps avec la Nouvelle-Zélande[11]. Ceux entrepris dès le début de 1961 avec l'Australie[12] ont maintenant abouti à la mise au point d'un projet d'échange de notes entre notre Ambassade à Canberra et le «Department of External Affairs».

III. Ce projet – que nous vous soumettons ci-joint – est, comme dans le précédent canadien, divisé en quatre chapitres traitant successivement du statut des entreprises suisses d'après la législation australienne, des effets sur lesdites entreprises de la législation australienne relative aux biens ennemis, des questions fiscales, des problèmes d'immigration et de visas.

ad 1. Statut juridique des entreprises suisses transférées en Australie.

Selon la législation interne suisse concernant le transfert de siège, le but à atteindre consiste précisément à éviter que l'entreprise n'apparaisse rattachée à la Suisse par le siège de ses organes ou de ses propriétaires et qu'elle ne soit considérée comme une entreprise contrôlée par les «ennemis». En même temps, l'entreprise doit rester une entité suisse, tant dans l'intérêt de l'économie de notre pays que dans son propre intérêt, car si elle ne continuait pas à être soumise, du point de vue de son statut juridique, au droit suisse, elle se verrait contrainte de s'adapter au droit, souvent fort différent, du pays de refuge. C'est pourquoi, l'ACF du 12 avril 1957 / 4 juillet 1958 fixe le principe que l'entreprise qui aura décidé de transférer son siège hors de Suisse conservera néanmoins son statut juridique suisse, sans liquidation ni réorganisation. Il fallait s'assurer que les autorités australiennes partagent une telle manière de voir.

D'après le droit australien en vigueur, une entreprise suisse qui serait transférée temporairement en Australie lors d'un conflit international ne perdrait ni son caractère suisse ni sa personnalité juridique si elle la possédait selon le droit suisse. Bien plus, au cas où une succursale d'entreprise suisse serait déjà installée en Australie, elle pourrait être transformée en siège principal pour toute la durée des hostilités. Si l'entreprise principale voulait alors poursuivre une activité commerciale, elle serait en mesure de le faire moyennant son inscription dans le registre des entreprises étrangères et l'observation des dispositions prescrites à ce sujet dans la législation australienne. En d'autres termes, une société constituée en Suisse, qui transférerait son siège en Australie en cas de conflit international, y conserverait son statut sans «réincorporation», tant et aussi longtemps qu'elle garderait ce statut d'après la législation que les tribunaux australiens considèrent comme la loi applicable, c'est-à-dire en principe la loi de l'Etat sous la juridiction duquel la société a été créée, sous réserve cependant de la jurisprudence suivie par l'Australie en matière de règles de droit international privé.

---

11. *Cf. la notice de Ch. Rubin du 8 novembre 1967,* E2010A#1996/397#928* (C.22.91.1(6)).
12. *Cf. la lettre de E. de Graffenried à P. Micheli du 11 janvier 1968,* dodis.ch/32127.

ad 2. Effets sur les entreprises suisses de la législation australienne relative aux biens ennemis.

Aux termes de la législation australienne en vigueur durant la seconde guerre mondiale, la définition de sujet ennemi était appliquée aux personnes résidant ou déployant une activité en territoire ennemi. Si la Suisse avait été occupée par un Etat avec lequel l'Australie était en guerre, elle serait devenue pour l'Australie un territoire ennemi. Mais si une entreprise suisse en Australie avait pu démontrer aux autorités australiennes que son commerce ne profitait pas aux ennemis réels de l'Australie, elle aurait été autorisée à poursuivre son activité. La législation suisse relative au transfert de siège a apporté un élément d'importance à cette situation, en ce sens qu'elle prévoit une nette séparation entre une entreprise qui aurait transféré son siège ou son établissement principal hors de suisse d'une part, et les biens que cette entreprise aurait laissés au pays d'autre part. De plus, les personnes dirigeantes restées en Suisse n'auraient aucun pouvoir pour administrer les biens situés à l'étranger, hors de la portée de l'ennemi ou des alliés de celui-ci. Toute influence ou pression d'un ennemi éventuel serait écartée.

Dans ces conditions, sur la base des expériences faites pendant la seconde guerre mondiale et en considération de la nouvelle législation suisse, la réglementation adoptée, le cas échéant, par l'administration australienne aboutirait vraisemblablement à ce que toute entreprise suisse qui aurait transféré temporairement son siège ou son établissement principal en Australie ne serait pas traitée par le Contrôleur des biens ennemis comme propriété ennemie. Afin de faciliter la tâche du Contrôleur, les entreprises en cause fourniront de Suisse tous renseignements nécessaires à l'information de celui-ci. Cependant, si une législation appropriée est promulguée ultérieurement en Australie, sa portée véritable et ses modalités d'application pourront faire l'objet de pourparlers entre les gouvernements suisse et australien.

ad 3. Questions fiscales.

Il faut envisager ici un double problème. Premièrement, les entités collectives et individuelles qui feront usage des mesures de protection offertes ne doivent pas être à même d'en abuser pour éluder le paiement des impôts dus en Suisse; c'est pourquoi, la possibilité est donnée à l'Administration fédérale des contributions et aux fiscs cantonaux d'exiger d'avance des sûretés de la part des sociétés inscrites sur le registre spécial tenu par l'Office fédéral du registre du commerce. Deuxièmement, le transfert de siège ne doit nullement faciliter une émigration définitive des entreprises commerciales, industrielles ou financières du pays. De toute façon, en transférant leur siège à l'étranger, les entreprises suisses tomberont également dans la compétence fiscale du pays d'accueil, d'où l'utilité d'une entente préalable à ce sujet avec l'Etat en cause.

Selon la législation fiscale en vigueur en Australie, les sociétés suisses qui, après avoir transféré leur siège ou leur établissement principal dans ce pays, déploieraient une activité économique en Australie avec l'aide de leur Etat-major central, seraient considérées comme y résidant. Par consé-

quent, elles seraient assujetties au fisc australien pour les revenus provenant de leur activité en Australie. Ainsi, ces sociétés pourraient bénéficier des conventions contre la double imposition[13] conclues par l'Australie avec des pays tiers.

ad 4. Problèmes d'immigration et de visas.

Un accord est également souhaitable dans ce secteur, pour obtenir des autorités du pays d'accueil qu'elles facilitent, dans toute la mesure du possible, l'entrée sur leur territoire de personnalités dirigeantes d'entreprises suisses qui y auraient momentanément transféré leur siège.

Il est ainsi convenu que l'octroi de visas et le renouvellement périodique de ceux-ci, en faveur de dirigeants d'entreprises et de leur proche famille, devraient s'effectuer sans difficulté, à condition que le nombre des requérants ne soit pas excessif. Afin de prévenir tout abus dans ce sens, les demandes de visas passeront par les autorités suisses avant d'être transmises aux autorités australiennes par l'intermédiaire de notre Ambassade à Canberra. De plus, pour que le transfert ait tout de même lieu sans retard en cas de crise internationale soudaine, l'administration australienne s'est déclarée prête à faire état de sa bonne volonté si les formalités normales d'immigration temporaire de personnes ne pouvaient, de par les circonstances, être rigoureusement observées.

IV. Pour apprécier en toute connaissance de cause le résultat des négociations menées avec l'Australie, il y a lieu de prendre en considération divers éléments. D'abord, c'est après l'aboutissement favorable des pourparlers avec le Canada[14] que nous avons jugé opportun d'ouvrir la discussion avec l'un ou l'autre pays du Commonwealth qui pourrait se prêter, à long terme, à une entente de ce genre. Ensuite, il convient de relever que nous sommes demandeurs sur toute la ligne; nous n'avons pas de contre-prestations à offrir, d'autant plus que les Australiens n'ont jamais exigé le bénéfice de la réciprocité. Enfin, vu la nature d'un tel accord, dont la portée pratique est actuellement quasi impossible à évaluer, il ne paraît pas réalisable d'en faire un instrument de monnaie d'échange dans le cadre général de nos relations avec l'Australie. Mais, étant donné notamment l'évidente bonne volonté dont nos interlocuteurs ont fait preuve tout au long des entretiens, nous sommes d'avis que l'entente intervenue est satisfaisante, bien qu'elle constitue une simple déclaration d'intention de la part de partenaires dignes de confiance plutôt qu'un véritable accord international conclu en bonne et due forme.

Dès lors, d'entente avec le Département de justice et police, le Département des finances et des douanes et le Département de l'économie publique, le Département politique a l'honneur de proposer:

---

13. *Sur les négociations entre la Suisse et l'Australie pour la conclusion d'une convention en vue d'éviter la double imposition, cf. doc. 107,* dodis.ch/32130. *Sur les accords conclus par l'Australie, cf. doss.* E2001E-01#1988/16#2055* (B.72.11).

14. *Cf. le PVCF N° 22 du 8 janvier 1960,* dodis.ch/15560.

1. Le présent rapport est approuvé.

2. Le Département politique est invité à charger l'Ambassade de Suisse à Canberra[15] à procéder à un échange de notes, au sens du projet ci-joint, avec le «Department of External Affairs»; il est autorisé, en cas de besoin, à ouvrir ultérieurement de nouveaux pourparlers avec les autorités australiennes.

3. Le Département politique est autorisé à renseigner les intéressés[16] sur les possibilités qui leur sont ainsi offertes en Australie[17].

---

15. *Télégramme N° 32 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Canberra du 24 septembre 1968, doss. comme note 2.*

16. *Cf. la circulaire de E. Diez du 6 novembre 1968, doss. comme note 2.*

17. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 1485 du 23 septembre 1968,* dodis.ch/32152.

104

dodis.ch/33713

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Schweizerisch-algerische Beziehungen: Jüngster Stand

[Bern,] 4. September 1968

Die schon seit einiger Zeit andauernden, auf verschiedene Faktoren zurückzuführenden Spannungen in den schweizerisch-algerischen Beziehungen veranlassten uns, unser Verhältnis zu diesem Lande einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Im Einvernehmen mit der Handelsabteilung und anderen Dienststellen sind wir nach einlässlicher Analyse der Situation zur Überzeugung gelangt, dass wir die Initiative zu einer Auflockerung der erstarrten Fronten ergreifen sollten. Dies schon im Hinblick auf die beträchtlichen schweizerischen Interessen, die es zu wahren gilt, dann aber auch deshalb, weil Algerien mit seinem Reichtum an Erdöl und Naturgas sowie als Absatzgebiet schweizerischer Erzeugnisse und für Dienstleistungen ein potentiell interessanter Partner für uns darstellt.

Inoffizielle Sondierungen[2], die Herr Botschafter Long kurz vor Antritt seiner neuen Funktionen an der Spitze des GATT[3] dieses Frühjahr in Algier unternahm, vermochten das Eis etwas zu brechen. Diese Fühlungnahme zeigt eindeutig, dass auch auf algerischer Seite der Wunsch nach einem Abbau der bestehenden Hindernisse vorhanden ist. Diese Erkenntnis gab uns Anlass, im vergangenen Juli Herrn Marcuard, Delegierten für Technische Zusammenarbeit und früheren Botschafter in Algerien, mit einer eigentlichen, vertraulichen

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#443* (09). *Verfasst von E. Klöti und unterzeichnet von M. Gelzer. Von P. Micheli an W. Spühler weitergeleitet.*

2. *Vgl. dazu Dok. 79,* dodis.ch/33711.

3. *Vgl. dazu Dok. 24,* dodis.ch/33255, *Anm. 6.*

Aufklärungsmission in Algier zu betrauen[4]. Wir haben damit unsere Bereitschaft zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen[5] unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Dank diesen beiden Sondermissionen gelang es denn auch, die Atmosphäre zu verbessern. Wir zeigten uns dem von algerischer Seite geäusserten Wunsch für Globalverhandlungen zugänglich, in deren Verlauf die Gesamtheit der hängigen Probleme zwischen den beiden Staaten zu prüfen wäre. Dass es sich bei der Verhandlungsbereitschaft unserer Partner nicht nur um leere Worte handelte, bewies die Tatsache, dass die inzwischen im Sinne eines «test case» abgehaltenen Besprechungen zwischen Herrn Moser, Vizedirektor bei der Handelsabteilung, und einer algerischen Delegation zum Abschluss eines auch für die Schweiz interessanten Kompensationsgeschäftes Wein-Käse[6] geführt haben.

Im Bestreben, nichts unversucht zu lassen, um eine Entspannung und wenn möglich die Wiederherstellung des früheren guten Einvernehmens herbeizuführen, haben wir beschlossen, dem Bundesrat die Aufnahme von Globalverhandlungen mit Algerien zu beantragen[7]. Diese werden sich schweizerischerseits voraussichtlich auf folgende Punkte konzentrieren:

- *Handelsfragen*, wobei auch die allfällige Anpassung des schweizerisch-algerischen Handelsvertrages aus dem Jahre 1963[8] erörtert werden soll;
- *Nationalisierung schweizerischer Vermögenswerte:* Entschädigungsfrage[9];
- *Kreditfrage*: allfällige Gewährung eines ERG-gedeckten Rahmenkredites für Lieferungen schweizerische Investitionsgüter;
- *Technische Zusammenarbeit*: wir denken dabei weniger an eigentliche neue, sondern eher an den Ausbau bereits laufender Projekte[10];
- *Haftfälle und Radioproblem*[11]: allfälligen schweizerischen Konzessionen in den obigen Punkten müssten natürlich algerische Zugeständnisse für eine befriedigende Regelung der nach wie vor ungelösten Haftfälle und

---

4. *Zur Mission von S. Marcuard vgl.* Notes sur mon voyage en Algérie du 2 au 6 juillet 1968, dodis.ch/33983.

5. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an P. Micheli vom 14. November 1967,* dodis.ch/34012; *die Notiz von R. Probst an H. Schaffner vom 24. Juli 1969,* dodis.ch/34011 *und das Schreiben von J.-D. Grandjean an P. Micheli vom 29. September 1969,* dodis.ch/34007.

6. *Vgl. dazu die* 3 Briefwechsel betr. Kompensationen Wein gegen Schweizer Käse; das Problem des direkten oder indirekten Importes von Wein; die Ausfuhr von Rindern nach Algerien gegen Eröffnung eines Zusatzkontingents von algerischem Rotwein *vom 11. November 1969*, K 1(-) 2747.

7. *Vgl. das BR-Prot. 1525 vom 30. September 1968,* dodis.ch/33994. *Zu den Globalverhandlungen vgl. ferner die Notiz von E. Klöti an J. Ruedi vom 29. März 1968,* dodis.ch/33992; *den Bericht von R. Probst vom Oktober 1968,* dodis.ch/33995 *und das BR-Prot. Nr. 317 vom 26. Februar 1969,* dodis.ch/33982.

8. Handelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Algerischen demokratischen Volksrepublik *vom 5. Juli 1963, AS, 1990, S. 248–251.*

9. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung vom 27. Mai 1969 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. Juli 1969,* dodis.ch/33052, *S. 22 f. und die Notiz von O. Long vom April 1968,* dodis.ch/33987. *Zu den Nationalisierungen vgl. ferner Dok. 159,* dodis.ch/32242.

10. *Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 11.*

11. *Vgl. dazu Dok. 137,* dodis.ch/33712.

im Gebiet der Störungen des Landessenders Beromünster durch die Sendestation Ain-Beida gegenüberstehen.

Die Beschwerden, welche die Algerier wahrscheinlich an den Verhandlungstisch mitbringen werden, dürften sich vornehmlich auf die noch immer ungelöste Frage des ehemaligen FLN-Kriegsfonds (sog. Khider-Affäre[12]), die angebliche politische Tätigkeit algerischer Oppositionselemente in der Schweiz, vermehrte Zusammenarbeit im Wirtschaftssektor (Kredite, Investitionen usw.), Zulassung von algerischen Arbeitskräften in unserem Lande und eventuell noch auf andere Begehren beziehen.

Als Delegationschef nehmen wir Herrn Botschafter Raymond Probst, Delegierten für Handelsverträge, in Aussicht, der neben den handelspolitischen Fragen auf Grund seiner früheren Tätigkeit im Politischen Departement auch mit den politischen Aspekten der zu behandelnden Probleme vertraut ist. Begleitet würde Herr Probst von Mitarbeitern der Handelsabteilung und des Politischen Departements sowie nötigenfalls von Experten.

---

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 41,* dodis.ch/31499; *DDS Bd. 24, Dok. 88,* dodis.ch/33019 *und die Notiz von R. Probst vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/34006.

105

dodis.ch/32176

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

Zusammentreffen des Bundespräsidenten[2] mit dem Aussenminister der Tschechoslowakei Jiri Hajek am 5. 9. 1968 anlässlich eines Mittagessens im Lohn (anwesend waren ausserdem die Botschafter Winkler, Micheli, Thalmann sowie Dr. Miesch)

Geheim *[Bern,]* 5. September 1968

Aussenminister Hajek hatte schon vor den dramatischen Ereignissen in der Tschechoslowakei[3] den Wunsch geäussert, anlässlich seiner Teilnahme an der Konferenz der Nichtnuklearstaaten in Genf[4] den Bundespräsidenten aufzusuchen[5]. Noch am 20. August wurden seitens Berns Datenvorschläge für ein solches Zusammentreffen nach Prag gekabelt[6]; vorgesehen war die Zeit zwischen dem 4. und 6. September.

---

1. *Notiz:* E2806#1971/57#160* (17-93).
2. *W. Spühler.*
3. *Vgl. dazu Dok. 100,* dodis.ch/32192.
4. *Zur Konferenz der Nichtnuklearstaaten vom 29. August bis zum 28. September 1968 vgl. Dok. 87,* dodis.ch/33144*, Anm. 5.*
5. *Vgl. das Telegramm Nr. 89 der schweizerischen Botschaft in Prag an das Politische Departement vom 2. August 1968,* E2001E#1980/83#4246* (B.73.0).
6. *Vgl. das Telegramm Nr. 75 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft*

Als in der Nacht vom 20. auf den 21. August der Einmarsch der Warschaupaktmächte in die Tschechoslowakei einsetzte, befand sich H*[ájek]* nach Darstellung der tschechoslowakischen Botschaft[7] in Jugoslawien in den Ferien. Er reiste dann von dort nach New York, wo er in der tschechoslowakischen Sache vor dem Sicherheitsrat eine Erklärung[8] abgab. Später reiste er in die Schweiz ein, angeblich um an der Konferenz der Nichtnuklearen teilzunehmen. Auf ein solches Auftreten wurde in der Folge verzichtet. Es war uns hingegen bekannt, dass sich H*[ájek]* am Orte der ständigen tschechoslowakischen Delegation in Genf mit einer Anzahl tschechoslowakischer Botschafter (Rom, Bonn, Washington, Wien) traf. H*[ájek]* selbst fügte dem noch bei, er habe in Genf noch mit anderen «unserer Freunde» Fühlung genommen.

Das Gespräch mit H*[ájek]* vom 5. September war sehr offen und ergab ein eindrückliches Bild der tschechoslowakischen Angelegenheit. Zusammenfassend seien hier einige wesentlichen Punkte festgehalten:

1. Bestätigung der Absicht Hajeks, über Wien nach Prag zurückzukehren.

2. Das vorläufige Misslingen der Pläne der tschechoslowakischen Führer ist nach Auffassung Hajeks u. a. darauf zurückzuführen, dass das eingeschlagene Tempo zu rasch war. Nachdem einmal der progressive Kurs in Partei und Regierung sich durchsetzen konnte, wurden die Liberalisierungszeichen von den Intellektuellen sofort übernommen und in eine raschere Gangart übersetzt («Manifest der 2'000 Worte»). Die Bewegung geriet dann den Führern etwas zu sehr aus den Händen.

Andererseits waren die Russen offensichtlich schlecht informiert über die Haltung der tschechoslowakischen Führung und des Volkes. Sie glaubten, zwischen Arbeiterschaft und Führung klaffe ein Graben und dass sie ohne Schwierigkeiten eine ihnen genehme Regierung auf dieser Grundlage einsetzen könnten. Dass dem nicht so war, ergab sich nach H*[ájek]* aus der Tatsache, dass das Zentralkomitee, nach dem Einmarsch, sich geheim auf einem Industrieareal unter dem Schutze der Arbeitermiliz treffen konnte.

Dubcek hat von Anfang an eine Haltung eingenommen, die allein der Wahrheit verpflichtet war. Er wollte das Volk nicht anlügen; damit ist heute seine Stellung schwierig geworden. Wenn auch nach dem Moskauer Treffen[9] den Worten nach die Gestaltung der inneren Angelegenheiten Sache der Tschechoslowakei geblieben ist, so ist doch der Spielraum wegen der den Russen gemachten Konzessionen äusserst gering geworden. Es wird viel Geduld

---

in Prag vom 20. August 1968, Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch Doss. E2001E#1980/83#4198* (B.15.50.4).

7. *Vgl. die Notiz* Zusammenfassung der Unterhaltung zwischen Herrn Bundespräsident Spühler und Herrn Botschafter Pavel Winkler am 22. August 1968, 18.00 Uhr *von P. Micheli,* dodis.ch/32193.

8. *Zur Rede von J. Hájek vor dem Sicherheitsrat vgl. das Telegramm Nr. 225 des schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York an das Politische Departement vom 24. August 1968 und das provisorische stenografische Protokoll der 1445. Sitzung des Sicherheitsrats der UNO vom 24. August 1968, Doss. wie Anm. 5.*

9. *Zur Moskauer Konferenz vom 23.–26. August 1968 und zur Unterzeichnung des Moskauer Abkommens vgl. das Schreiben von S. F. Campiche an P. Micheli vom 3. September 1968,* E2300-01#1973/156#238* (A.21.31).

brauchen, die noch bestehenden Freiheiten abzusichern und auszubauen. H*[ájek]* glaubt an das tschechoslowakische Volk, das die Situation begriffen hat und seinen Führern helfen will, die «Normalisierung» durchzustehen bis zu dem Zeitpunkt, wo mit dem Abzug der Okkupationstruppen begonnen werden wird. Dies ist jetzt das erste Ziel. Dann kann man wieder weiter sehen. Es handelt sich um eine Wanderung auf äusserst schmalem Grate und es wird in der nächsten Zeit Vieles geschehen müssen, was nach aussen als Rückkehr zum orthodoxen System erscheint. Es geschieht dies aber nur im Hinblick darauf, eine neue Ausgangslage zur Durchführung des ursprünglichen Liberalisierungskurses zu gewinnen.

3. Dieser vorübergehende «zweideutige» Zustand wird sich auch auf die Aussenpolitik übertragen müssen. Vieles, was man tschechoslowakischerseits unternehmen möchte, wird unterbleiben müssen, um gegenüber den Russen den Eindruck intensiverer Zusammenarbeit mit dem Westen zu vermeiden. Es ist insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet mit einer Zurückhaltung gegenüber dem Westen zu rechnen. Am ehesten sieht H*[ájek]* noch die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den «weniger verdächtigen» Neutralen.

4. Die Russen müssen andererseits begreifen, dass die Tschechoslowaken Kommunisten sind, die ihren eigenen Weg suchen wollen, ohne jedoch von den kommunistischen Grundprinzipien abzuweichen. Auf die Frage, ob sich Liberalisierung d. h. Freiheitsstreben und Kommunismus überhaupt miteinander vereinbaren lassen, erklärt H*[ájek]*, dass es um die Humanisierung des Kommunismus im Sinne der ursprünglichen Lehren des Marxismus/Leninismus gehe. Die Tschechoslowaken sehen hier eine besondere Aufgabe.

5. Auf die Frage, warum es für die Russen notwendig war, ein derart ausserordentliches Kontingent an Truppen aufzubieten, um die tschechoslowakische Angelegenheit zu regeln, gibt H*[ájek]* der Auffassung Ausdruck, es handle sich um eine Machtdemonstration. Für die Russen gehe es um eine erneute tiefgreifende politische und militärische Sicherung des Warschaupaktraumes.

6. H*[ájek]* dankt für die einmütige und kräftige Demonstration von Regierung, Parlament und Volk der Schweiz zu Gunsten der tschechoslowakischen Sache[10]. Was sein Zusammentreffen mit dem Bundespräsidenten anbetrifft, so wünscht er, dieses möge vertraulich behandelt werden. Er habe Wert darauf gelegt, den Bundespräsidenten über die Lage zu unterrichten, wie er, Hajek, sie sehe. Das Bekanntwerden seiner Stellungnahme und insbesondere der von ihm gemachten Ausführungen könnte ihm unter Umständen Schwierigkeiten bereiten. Er wisse ja nicht, was ihn erwarte[11].

7. Zum Abschluss wird schweizerischerseits noch die Frage des allfälligen Besuches von Botschafter Jolles an der Brünner Messe[12] aufgeworfen. Jolles

---

10. *Zu den Reaktionen auf die Krise in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 102,* dodis.ch/32194, *bes. Anm 8.*

11. *Zum Rücktritt von J. Hájek als Aussenminister am 19. September 1968 vgl. die Note der tschechoslowakischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 20. September 1968,* E2001E#1980/83#4197* (B.15.41.1).

12. *Vgl. Doss.* E7001C#1982/115#837* (2130.3).

könnte in eine etwas heikle Situation geraten, da er ja irgendwie öffentlich wird auftreten und eine Ansprache halten müsse. Er würde dabei nicht darum herumkommen, die Ereignisse zu erwähnen und dazu Stellung zu nehmen, was aber unter Umständen schädlich für die tschechoslowakische Sache sein könnte. H*[ájek]* meint, er könne sich allenfalls nach seiner Rückkehr dazu äussern, wenn einmal die tschechoslowakischen Führer von dem vorgesehenen neuen Treffen mit den Warschaupaktpartnern zurück seien. Man würde es an sich doch begrüssen, wenn Botschafter Jolles' Besuch nicht unterbleiben müsste.

106

dodis.ch/32667

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

[Bern,] 5. September 1968

Im Hinblick auf den Besuch[2] des italienischen Aussenministers Medici betreffend bilaterale Beziehungen Schweiz – Italien:

Handelssektor
Es liegen gegenwärtig von schweizerischer Seite keine besonderen Probleme vor, die erwähnenswert wären. Gewisse Schwierigkeiten technischer Natur betreffend Käseexport konnten kürzlich beseitigt werden[3].

Fremdenpolizei
Auf dem Gebiete der italienischen Arbeitskräfte herrscht im Moment Ruhe, und es stellen sich keine besonderen Fragen für uns. Auch von italienischer Seite wurden in letzter Zeit, abgesehen von Problemen der Krankenversicherung (vgl. unten), keine neuen Forderungen erhoben. Die fremdenpolizeilichen Massnahmen des Bundes betreffend die tschechischen Flüchtlinge[4] berühren die italienischen Arbeitskräfte nicht.

Fiskalsektor (Doppelbesteuerungsabkommen)
Bereits aufgenommene technische Verhandlungen[5] im Hinblick auf den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens sollen im Verlaufe der nächsten Zeit fortgesetzt werden. Angesichts der für die schweizerische Wirtschaft auf dem Spiele stehenden Interessen messen die schweizerischen Behörden diesen Verhandlungen grösste Bedeutung bei, worauf Ihr Gesprächspartner, wenn sich dazu Gelegenheit bieten sollte, hingewiesen werden könnte.

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#2959* (B.15.50.4). *Verfasst und unterzeichnet von M. Gelzer. Visiert von W. Spühler.*
2. *Der Besuch fand am 5. September 1968 statt. Vgl. Doss.* E2001E#1980/83#2959* (B.15.50.4).
3. *Die Schwierigkeiten waren mit der Verzollung von Käse-Exporten an den Grenzposten verbunden. Vgl. dazu Doss.* E7110#1979/14#857* (841.1).
4. *Zur Krise in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443, *Anm. 19 sowie Doss.* E2001E#1978/84#3914* (B.34.12) *und* E2001E#1980/83#3014* (B.34.12.0).

Sozialversicherung

Die äusserst komplexe Frage der Krankenversicherung[6] für Angehörige der italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz befindet sich noch immer im Studium (das Politische Departement bereitet zur Zeit seinen Mitbericht vor). Das Departement des Innern gelangt in seinem Antrag zu einer Ablehnung des italienischen Begehrens[7]. Dies nicht zuletzt, weil im Falle einer Gutheissung ein schwerwiegender Präzedenzfall für die übrigen Rekrutierungsländer für ausländische Arbeitskräfte geschaffen werden könnte und unter Umständen auch die schweizerischen Arbeiter zu weitergehenden Forderungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung veranlasst werden könnten.

Bei dieser Sachlache erscheint es nicht tunlich, die Frage der Krankenversicherung von schweizerischer Seite aufzuwerfen.

---

6. *Vgl. dazu Dok. 56,* dodis.ch/32300.

7. *Für den Antrag des Departements des Innern vom 9. August 1968 und den Mitbericht des Politischen Departements vom 12. November 1968 vgl. das BR-Prot. Nr. 1975 vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/33663.

107

dodis.ch/32130

Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio[1]

Australien: Besuch des Finanzministers[2]

Bern, 17. September 1968

Am 20. September werden Sie Herrn William Mc Mahon, Finanzminister Australiens, zum Mittagessen im Wattenwylhaus empfangen[3]. Ihr Gast begibt sich zur Konferenz der Finanzminister des britischen Commonwealth nach London; er benützt die Gelegenheit, um mit Bankiers der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz Fühlung zu nehmen.

Das Luftamt und die Steuerverwaltung haben vorgeschlagen, anlässlich dieses Besuchs[4] das schweizerische Interesse an der Regelung zweier Fragen zu bekunden, welche unser Verhältnis zu Australien berühren.

Die erste betrifft den Abschluss eines Luftfahrtabkommens[5]. Kontaktnahmen mit den australischen Behörden, die sich über die letzten zehn Jahre erstrecken, war bis heute kein Erfolg beschieden. Ein Abkommen dieser Art ist

---

1. *Schreiben (Kopie):* E2001E#1980/83#1892* (B.34.12.0). *Verfasst von R. Beaujon. Diese Kopie ging an Ch. Rubin.*

2. W. McMahon.

3. *Vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an E. von Graffenried vom 1. November 1968, Doss. wie Anm. 1.*

4. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1980/83#1351* (B.15.50.4).

5. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Gut an E. von Graffenried vom 15. Dezember 1969,* dodis.ch/32132. *Vgl. ferner Doss.* E8150B#1981/120#88* (140).

für den Ausbau des Liniennetzes der «Swissair» von grösster Bedeutung[6]; das Luftamt würde daher die Aufnahme konkreter Verhandlungen begrüssen.

Die zweite Frage betrifft den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Australien. Die Steuerverwaltung liess Ihnen zu diesem Thema am 28. August eine Notiz[7] zugehen, auf die ich verweisen darf.

Im Hinblick auf Ihre Begegnung mit Herrn Mc Mahon hat mein Departement ein Aide-mémoire in englischer Sprache[8] verfasst, um Ihnen zu gestatten, Ihrem Gast über die schweizerischen Wünsche zu orientieren und das Gespräch durch Übergabe des Textes festzuhalten.

[…][9]

6. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Haas an W. Guldimann vom 15. Juli 1969,* dodis.ch/32291. *Zur Swissair allgemein vgl. Dok. 90,* dodis.ch/32289.
7. *Nicht ermittelt. Im Schweizerischen Bundesarchiv befinden sich zz. keine Akten der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements* (E 6306). *Zur Doppelbesteuerung vgl. Dok. 82,* dodis.ch/32330.
8. *Aide-mémoire von N. Celio an W. McMahon vom 20. September 1968,* dodis.ch/32131.
9. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32130.

108

dodis.ch/33048

Der Chef der Fürsorgesektion des Justiz- und Polizeidepartements, H. Mumenthaler, an den Chef des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

Dokumentation für Herrn Bundespräsident W. Spühler zur Frage der Aufnahme und Eingliederung der tschechoslowakischen Staatsangehörigen

[Bern,] 18. September 1968

I. Als am 21. 8. 1968 der Einmarsch von Truppen des Warschaupaktes[2] in der Tschechoslowakei bekannt wurde, hatte man sich bewusst zu sein, dass sich zu diesem Zeitpunkt mehrere Hundert, unter Umständen sogar über 1'000 Tschechoslowaken als Touristen in der Schweiz aufhielten, die hier durch die Ereignisse in ihrer Heimat überrascht worden sind. Diese Tatsache und der Umstand, dass die hier weilenden Tschechoslowaken nur über beschränkte

1. *Notiz (Kopie):* E2807#1974/12#485* (09). *Handschriftliche Marginalie von W. Spühler:* Max. 2 Seiten. *Die Dokumentation ist identisch mit der Notiz* zur Frage der Aufnahme und Eingliederung der tschechoslowakischen Staatsangehörigen *von H. Mumenthaler vom 18. September 1968, die an alle Bundesräte und an die Bundeskanzlei ging. Vgl. Doss.* E4001D#1976/136#683* (097.09). *Die Dokumentation wurde zur Vorbereitung der Antwort W. Spühlers auf die Interpellation von M. Aebischer vom 16. September 1968 verwendet. Vgl. dazu die Antwort von W. Spühler vom 24. September 1968 und die anschliessende Diskussion, Sten. Bull. NR, 1968, S. 484–518.*
2. *Vgl. dazu Dok. 100,* dodis.ch/32192.

Devisen verfügten, veranlasste die Polizeiabteilung noch am gleichen Tag eine erste Weisung[3] an die Kantone zu richten. In dieser wurden die Frage der Betreuung sowie der Aufenthaltsregelung der Tschechoslowaken festgelegt. Durch Kreisschreiben vom 23. 8. 1968 der Polizeiabteilung an die kantonalen Fürsorgedirektionen[4] sowie der Polizeiabteilung und der Eidgenössischen Fremdenpolizei an die Fremdenpolizeibehörden[5] der Kantone wurden die ersten Weisungen ergänzt. Namentlich wurde unterstrichen, dass die Tschechoslowaken, unabhängig davon, ob sie als Flüchtlinge anerkannt werden möchten, nicht zum Ausländerbestand gemäss Bundesbeschluss vom 28. 2. 1968[6] über die Begrenzung und Herabsetzung ausländischer Arbeitskräfte zu rechnen seien.

Polizeiabteilung und Fremdenpolizei legten sodann am 28. 8. 1968[7] fest, unter welchen Voraussetzungen Übersiedlungsgesuchen tschechoslowakischer Staatsangehöriger, die im Drittausland weilten, zu entsprechen sei. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, dass sämtliche Tschechoslowaken, die in der Schweiz Verwandte oder persönliche Bekannte haben, die Möglichkeiten hätten, ohne weiteres in unser Land einzureisen. Es wurde auch Wert darauf gelegt, dass diese Begehren umgehend und ohne Formalitäten erledigt würden. Für die übrigen Personenkategorien wurde, soweit es sich nicht um an der Grenze gestellte Asylbegehren handelte, festgehalten, dass Einreisebegehren auf dem üblichen Wege zu erfolgen hätten.

II. Auf Grund verschiedener Erscheinungen sowie der Intervention namhafter Politiker entschied sich unser Departement am 30. 8. 1968[8] grundsätzlich jedem Tschechoslowaken, unabhängig davon, ob er um Asyl nachsuche oder nicht, in der Schweiz mindestens vorübergehend Aufnahme zu gewähren. Unsere Auslandsvertretungen sowie die Grenzdienststellen wurden noch am gleichen Tag entsprechend orientiert[9]. Das vollständige Öffnen der Grenzen

---

3. *Telegramm von H. Mumenthaler an die Polizeikommandos der Kantone z. H. der kantonalen Fremdenpolizeichefs sowie der Fürsorgedirektoren vom 21. August 1968,* E4280A#1998/296#1153* (777.24/02.1).

4. *Kreisschreiben* Hilfeleistung an tschechoslowakische Staatsangehörige *von O. Schürch an die kantonalen Fürsorgedirektionen vom 23. August 1968,* E4280A#1998/296#1141* (777.24/00.1).

5. *Kreisschreiben* Tschechoslowakische Flüchtlinge *von E. Mäder und O. Schürch an die Fremdenpolizeibehörden der Kantone vom 23. August 1968,* dodis.ch/32206.

6. Bundesbeschluss über die Begrenzung und Herabsetzung der Zahl der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte *vom 28. Februar 1968, AS, 1968, S. 362–370. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 10. Sitzung vom 10. Februar 1967,* dodis.ch/33265, *S. 5 f.; das BR-Verhandlungsprot. der 75. Sitzung vom 21. November 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 11 f. und das BR-Beschlussprot. II vom 13. November 1969*, dodis.ch/33296, *S. 1–4.*

7. *Interne Weisung Nr. 3/68 der Eidgenössischen Fremdenpolizei* Bewilligungspraxis für Einreisegesuche von tschechoslowakischen Staatsangehörigen aus westlichen Staaten sowie aus Jugoslawien und Rumänien *von E. Mäder vom 28. August 1968,* E4280A#1998/296#1149* (777.24/004.1).

8. *Vgl. die Notiz von A. Riesen vom 30. August 1968,* E4001D#1976/136#683* (097.09).

9. *Schreiben von E. Mäder an die schweizerische Botschaften in den westeuropäischen Staaten vom 31. August 1968 sowie das Telegramm von E. Mäder an die Polizeikommandos der Kantone vom 30. August 1968, Doss. wie Anm. 8.*

sowie die Tatsache, dass sich über 10'000 Tschechoslowaken in Österreich aufhielten, zwangen die Polizeiabteilung, einen Teil des für solche Ereignisse vorgesehenen Dispositivs in Kraft zu setzen. Das Schweizerische Rote Kreuz[10] wurde ersucht, in St. Margrethen und Buchs zwei Grenzsammelstellen zu eröffnen. Diese konnten bereits am Sonntag, 1. 9. 1968 in Betrieb genommen werden. Das Bekanntwerden der schweizerischen Aufnahmepraxis hatte einen Ansturm auf unsere Auslandsvertretungen zur Folge. Namentlich unsere Botschaften in Wien und Prag erteilten seit dem 1. 9. zahlreiche Visa. Die Gesamtzahl der seit diesem Datum an tschechoslowakische Staatsangehörige erteilten Visa dürfte zwischen 6'500 und 7'000 liegen[11]. Seit dem 1. 9. bis zum 16. 9. sind allein zwischen St. Margrethen und Buchs über 4'200 Tschechoslowaken auf dem Schienen- und Strassenwege eingereist[12]. Von diesen hielten sich rund 3'000 Personen bisher für 24–48 Stunden in den beiden Grenzsammelstellen auf. Zählt man die in der gleichen Zeit bei den übrigen Grenzen Eingereisten sowie die durch die Ereignisse in ihrer Heimat in der Schweiz überraschten Tschechoslowaken dazu, müssen wir davon ausgehen, dass sich gegenwärtig über 5'000 Tschechoslowaken in der Schweiz aufhalten[13].

III. Bei der Aufnahme und Eingliederung der Tschechoslowaken in der Schweiz[14] musste zwischen zwei Kategorien unterschieden werden. Bei all den Personen, die sich im Zeitpunkt der Ereignisse in der Tschechoslowakei schon in der Schweiz aufhielten, sowie bei denen, die in unserem Land Verwandte oder persönlich Bekannte haben, lässt sich die Betreuung ohne Schwierigkeiten sicherstellen. Die örtlichen Fürsorgebehörden wurden verhalten, die allenfalls notwendige Hilfe zu gewähren. Die Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt lässt sich, dank der Befreiung von den für ausländische Arbeitskräfte im allgemeinen geltenden Nebenerscheinungen ohne Schwierigkeiten durchführen. Etwas schwieriger ist die Situation bei den Tschechoslowaken, die über keinerlei Beziehungen zu unserem Land verfügen. Hier hat sich die Einrichtung der beiden Grenzsammelstellen bewährt. Sämtliche Neueinreisenden wurden grundsätzlich in diesen beiden Stellen untergebracht. Von dort aus erfolgte ihre Weiterleitung in das Landesinnere. Die Hilfsbereitschaft der Kantone und Gemeinden ermöglichte es, die bisher eingereisten Personen rasch provisorisch zu platzieren. Damit wurde ihnen ein langes Lagerleben erspart. Dass auch diese Lösung gewisse Nachteile hatte, wie beispielsweise die, dass die Arbeitgeber in dieser Phase die Frage der beruflichen Erfassung nicht vornehmen konnten, sei vollständigkeitshalber beigefügt. Sollte der Zufluss der Tschechoslowaken[15] anhalten, wofür

---

10. *Zur Tätigkeit des Schweizerischen Roten Kreuzes im Zusammenhang mit der Krise in der Tschechoslowakei vgl. das BR-Prot. Nr. 1359 vom 4. September 1968,* dodis.ch/32199.

11. *Handschriftliche Korrektur aus:* schwanken.

12. *Vgl. Doss.* E4280A#1998/296#1170* (777.24/15.2).

13. *Vgl. dazu den* Bericht über die Beurteilung der Situation hinsichtlich der tschechoslowakischen Touristen und Flüchtlinge *von H. Mumenthaler vom 17. September 1968, Doss. wie Anm. 8.*

14. *Vgl. dazu Doss.* E4280A#1998/296#1163* (777.24/10).

15. *Zur Entwicklung der Einreise und Aufnahme von Tschechoslowaken vgl. die Notiz*

allerdings keine Anhaltspunkte bestehen, würde sich die Polizeiabteilung gezwungen sehen, eigentliche Flüchtlingslager zu errichten. Sie hat hierfür die nötigen Vorbereitungen eingeleitet, wobei sich verdankenswerter Weise die Zivilschutzstellen der Gemeinden Bern, Lausanne, Luzern und St. Gallen zur Verfügung gestellt haben. Es bleibt zu hoffen, dass dieser zweite Teil des Dispositivs nicht eingespielt werden muss.

IV. Die ganze Aktion zeigte, wie dies in allen Hilfsaktionen der Fall ist, neben den vielen erfreulichen auch einige unerfreuliche Seiten.

Vorab sei erwähnt, dass in Österreich die schweizerische Hilfsbereitschaft dazu geführt hat, dass die sich dort aufhaltenden Tschechoslowaken gewissermassen zur Weiterreise in unser Land animiert wurden. Die österreichischen Behörden haben ihnen sogar die Reisekosten bis an die Schweizergrenze bezahlt.

In der Schweiz selbst war vor allem die Feststellung etwas bemühend, dass verschiedene Industriebetriebe die Befreiung der Tschechoslowaken von den Kontingentierungsmassnahmen dazu benützt haben, um ihre Bestände mit solchen Arbeitskräften aufzufüllen[16], die sie direkt in Wien holten. Solche Aktionen haben mit Humanität nichts mehr zu tun. Aber auch die übrigen Stellenangebote zeigten leider oft, um was es den betreffenden Personen ging. Auch bei den Angeboten an Wohnungen musste die Feststellung gemacht werden, dass es vor allem die Besitzer von relativ aufwendigen Neuwohnungen waren, die erhofften, durch das zur-Verfügung-stellen von geeignetem Wohnraum ihr Mieterproblem lösen zu können.

Schliesslich bleibe nicht unerwähnt, dass auch bei den Tschechoslowaken selbst da und dort gewisse Missbräuche[17] festgestellt werden mussten. So gab es verschiedene, die den uneingeschränkten schweizerischen Helferwillen ausnützten, um die gleiche Hilfeleistung mehrfach in Anspruch zu nehmen. Auch zeigte es sich, dass man recht bald hinsichtlich der Ansprüche unbescheiden wurde. Doch wäre es verfehlt, aus diesen Erscheinungen verallgemeinern zu wollen. Im grossen und ganzen darf die Zusammensetzung der tschechoslowakischen Emigration sowie deren Haltung als sehr gut bezeichnet werden[18].

---

von E. Mäder und O. Schürch vom 19. November 1968, dodis.ch/32200 *und den Bericht von H. Mumenthaler vom 20. August 1969,* dodis.ch/32208. Vgl. auch die Diskussionen im Bundesrat in den *BR-Beschlussprot. II vom 4., 11., 16., 20. und 23. September 1968,* E1003#1994/26#12*.

16. *Vgl. dazu die Notiz von W. Wächli an M. Holzer vom 9. September 1968,* dodis.ch/33792.

17. *Vgl. z. B. das Telegramm Nr. 229 von A. Escher an H. Mumenthaler vom 13. September 1968,* dodis.ch/32204.

18. *Vgl. z. B . zum Asylgesuch von O. Šik die Notiz von H. Miesch an W. Spühler vom 14. Oktober 1968,* dodis.ch/32202; *für eine Dankschrift tschechoslowakischer Flüchtlinge vgl. das Schreiben von V. Vysko il an W. Spühler vom 29. Oktober 1968,* dodis.ch/32207 *und zum Asylgesuch von R. Fajfr vgl. die Notiz von H. Mumenthaler vom 30. Dezember 1969,* dodis.ch/32203. *Zu den Reaktionen der tschechoslowakischen Behörden auf die Schweizer Flüchtlingspolitik vgl. das Schreiben von H. Miesch an S. F. Campiche vom 26. September 1968,* dodis.ch/32205 *und die Notiz von H. Miesch vom 12. Dezember 1968,* dodis.ch/32201.

V. Es stellt sich heute die Frage, ob mit der Zeit nicht die Gefahr besteht, dass durch die uneingeschränkte Hereinnahme von Tschechoslowaken eine Verwässerung des Asylbegriffs[19] bewirkt wird. Es scheint uns, dass nunmehr doch bald einmal der Zeitpunkt kommen sollte, in dem der einzelne Tschechoslowake sich zu entschliessen hat, was er zu tun gedenkt. Wenn er als Flüchtling hier bleiben möchte, wird er dies tun können. Sollte er aber diesen Schritt nicht machen wollen, wird er sich darüber im klaren sein müssen, dass er weiterhin als Tschechoslowake betrachtet wird, womit er dann den Bestimmungen für den Ausländer im allgemeinen unterstellt würde.

19. *Allgemein zur Asylpolitik vgl. Dok. 172,* dodis.ch/32362.

109

dodis.ch/33169

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Buenos Aires, A. Janner[1]

Paraguay – Handels- und Investitionsschutzabkommen

[Bern,] 27. September 1968

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 10. September 1968[2] (541.1.PAR) betr. Ihre Besuche in Asunción resp. die erste Reaktion der paraguayischen Behörden auf Ihre Vorschläge für den Abschluss eines Handelsabkommens und eines Investitionsschutzabkommens. Für ihre interessanten Ausführungen danken wir Ihnen sehr. Es ist sehr erfreulich, dass die Stellungnahme bezüglich des Handelsabkommens positiv ausgefallen ist und wir hoffen, dass sich Paraguay schliesslich auch dem Problem des Investitionsschutzes gegenüber nicht ablehnend verhalten wird. Jedenfalls wissen wir es sehr zu schätzen, dass Sie Ihre Bemühungen fortsetzen werden.

Unsere Bestrebungen, mit Paraguay ein Meistbegünstigungsabkommen abzuschliessen, gehen bis ins Jahr 1949[3] zurück. Damals, und seither in mehr oder weniger grossen Abständen, letztmals 1964[4], wurden diesem Land Abkommensentwürfe zugestellt. Die erste Reaktion auf unsere Vorschläge waren praktisch und grundsätzlich immer wieder mehr oder weniger positiv. Im Jahre 1953 sogar so bejahend, dass wir dem Bundesrat bereits den Vertragstext unterbreiteten und den damaligen schweizerischen Gesandten in Buenos Aires, Herrn Dr. Fumasoli, zur Unterzeichnung ermächtigen liessen[5]. Jedesmal aber traten in der Folge Hindernisse – Paraguay forderte u. a. Kre-

1. *Schreiben (Kopie):* E2200.79#1989/156#55* (541.1). *Verfasst von H.-U. Greiner.*
2. *Schreiben von A. Janner an P. R. Jolles vom 10. September 1968,* dodis.ch/33756.
3. *Vgl. dazu Doss.* E7110#1967/32#36026* (821).
4. *Vgl. dazu die Notiz von C. Jagmetti vom 21. Januar 1964,* dodis.ch/31448 *sowie das Schreiben von E. Stopper an O. Seifert vom 20. März 1964,* dodis.ch/31685.
5. *Vgl. den Antrag des Volkswirtschaftsdepartement vom 10. August 1953,* dodis.ch/9513.

dite[6] – auf, die schliesslich den Abschluss verunmöglichten. Es dürfte deshalb nicht unverständlich sein, wenn wir die definitive Stellungnahme Paraguays auf Ihre letzten Vorschläge abwarten möchten, bevor wir uns wieder an den Bundesrat wenden.

Bilaterale Meistbegünstigungsabkommen haben, ganz allgemein gesehen, in der heutigen Zeit gegenüber früheren Jahren wesentlich an Bedeutung verloren. Im Falle Paraguays wird einem solchen Vertrag noch insofern ein gewisser Wert zukommen, da dieses Land nicht GATT-Mitglied ist und die Schweiz deshalb auf diesem Weg nicht in den Genuss der Meistbegünstigung gelangt. Wichtiger sind heute Investitionsschutzabkommen[7]. Wenn auch einem solchen Vertrag mit Paraguay nicht ein besonders grosser direkter Wert beigemessen werden darf, so könnte ihm doch u. U., als weitere Vereinbarung mit einem lateinamerikanischen Land, eine gewisse Präjudizwirkung nicht abgesprochen werden. Es wird uns deshalb sehr interessieren, zu gegebener Zeit die Reaktion der paraguayischen Behörden auf unsern Entwurf kennen zu lernen.

In Paraguay dürften übrigens keine sehr grossen schweizerischen Investitionen zu verzeichnen und zu schützen sein. Im Investitionsschutzvertrag könnte aber, neben der Präjudizwirkung, doch auch als gewisses Stimulans auf potentielle schweizerische Investoren wirken[8]. Zwar darf auch diese Seite nicht überschätzt und dürfen vor allem bei den Paraguayern keine unerfüllbaren Hoffnungen geweckt werden. Trotzdem schiene es uns zweckmässig, wenigstens ein Minimum an Investitionsschutz zu erreichen. Als, wenn auch nicht vollwertigen, Ersatz für eine umfassenderes Abkommen könnte deshalb vielleicht an eine mehr allgemein formulierte Erklärung, die in Form eines weiteren Artikels (Art. 7 Ihres Entwurfes) in das Handelsabkommen aufzunehmen wäre, gedacht werden. Einen diesbezüglichen Text haben wir kürzlich, zusammen mit dem Rechtsdienst des EPD ausgearbeitet. Er wird in dem demnächst mit Ober-Volta[9] zu unterzeichnenden Handelsabkommen, als Artikel 7, Platz finden. In der Beilage[10] übermitteln wir Ihnen eine Photokopie dieses Textes. Bevor allerdings im Falle Paraguay in dieser Richtung weiter sondiert wird, müsste mit einiger Sicherheit feststehen, dass dieses Land eine umfassende Regelung des Investitionsschutzes mit uns in absehbarer Zeit nicht unterzeichnen wird[11]. Auch müssten die Gründe dieser negativen Haltung bekannt sein. Den auf diese Weise beim allfälligen Abschluss des Meistbegünstigungsabkommens eintretenden Zeitverlust würden wir ohne weiteres in Kauf nehmen. Allerdings schiene es uns zweckmässig, wenn Sie,

---

6. *Vgl. das Schreiben von A. Dominicé an J. Hotz vom 24. August 1954,* dodis.ch/9248.

7. *Für einen Überblick über verschiedene Abkommenstypen mit lateinamerikanischen Staaten vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 19,* dodis.ch/31784.

8. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 8. August 1967,* dodis.ch/33773.

9. *Vgl. dazu das Schreiben* Abkommen über den Handelsverkehr, den Investitionsschutz und die technische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Obervolta *von H. Bühler an die Bundeskanzlei vom 1. Oktober 1969,* E7110#1980/63#1558* (821).

10. *Vgl.* Article 7. Protection des investissements, *Doss. wie Anm. 1.*

11. *Das Handelsabkommen mit Paraguay wurde am 2. April 1969 unterzeichnet. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 159 vom 29. Januar 1969,* dodis.ch/33755 *und zum Austausch der Ratifikationsurkunden das BR-Prot. Nr. 914 vom 28. Mai 1969,* E1004.1#1000/9#746*.

nach Eintreffen der definitiven Antwort hinsichtlich des Handelsabkommens, versuchen würden, auch das Resultat der Prüfung unseres Entwurfes zu einem Investitionsschutzabkommen[12] durch die paraguayischen Behörden möglichst bald zu erhalten.

Ihren künftigen Berichten über die Entwicklung dieser Angelegenheit sehen wir mit grossem Interesse entgegen[13].

---

12. *Zum Versuch mit Paraguay ein Investitionsschutzabkommen abzuschliessen vgl. das Schreiben von A. Janner an P. R. Jolles vom 17. Dezember 1969,* dodis.ch/33770.

13. *Zu den von Paraguay nachträglich beantragten Änderungen des Handelsabkommens in Bezug auf Entwicklungshilfe vgl. das Schreiben von A. Janner an S. Marcuard vom 11. April 1969,* dodis.ch/33768.

110

dodis.ch/32370

Notice interne du Département politique[1]

Définition du territoire douanier de la Communauté économique européenne

Berne, 1er octobre 1968

Le 29 mai 1968, la Commission[2] de la CEE a élaboré un projet de règlement concernant la définition du territoire douanier. Son but est de déterminer dans quelle mesure

1) une partie du territoire national d'un Etat membre peut ne pas faire partie du territoire douanier de la Communauté,

2) une partie du territoire d'un pays tiers peut faire partie du territoire douanier de la Communauté.

Comme exemples du premier des deux points précités, il y a lieu de mentionner

- les zones franches de Gex et de la Haute-Savoie[3], qui ne font pas partie du territoire douanier français, en vertu des Traités de Paris[4] et de Turin[5];
- Livigno, Campione et certaines zones frontalières du lac de Lugano, qui ne font pas partie du territoire douanier italien[6];
- Büsingen, qui ne fait pas partie du territoire douanier allemand et est considéré comme territoire douanier suisse;

---

1. *Notice (copie):* E2001E#1980/83#2264* (B.11.21.2.3). *Signée par G. Riva. Annotation manuscrite dans la marge:* à M. Gottret, le 2. X. *et* tél. de Riva du 11. 10. 68. (Hôtel Alba, Genève) 9 h 30.

2. *Correction à la main de:* Communauté.

3. *Cf. DDS, vol. 9, table méthodique:* 8.3. Zonenfrage und Schiedsvertrag *et DDS, vol. 10, table méthodique:* 11.5. Affaire des zones.

4. *Conclu le 20. 11. 1815.*

5. *Conclu le 16. 3. 1816.*

6. *Cf. la lettre de P.-H. Wurth à J. Iselin du 25 juillet 1968, doss. comme note 1.*

– les ports francs, situés tant en Allemagne qu'en France, en Italie ou au Benelux (qui ne font pas partie des territoires douaniers de la Communauté et qui font l'objet d'une réglementation particulière).

Quant au deuxième point, il faut considérer notamment

– le Kleinwalsertal, qui fait partie politiquement de l'Etat autrichien et qui est englobé au territoire douanier allemand;
– la Principauté de Monaco, qui, en fait, est partie du territoire douanier français;
– la République de San Marino, qui fait partie du territoire douanier italien.

Le projet susmentionné de règlement a été adopté par le Conseil de la CEE en date du 30 juillet 1968. Il n'a cependant pas encore été publié au journal officiel de la Communauté[7], son texte devant être au préalable mis au net du point de vue rédactionnel. Selon les renseignements fournis par notre mission à Bruxelles[8], ce texte dispose notamment que Livigno, Campione, les zones frontalières du lac de Lugano et Büsingen ne feront pas partie du territoire douanier de la Communauté. Les zones franches de Gex et de la Haute-Savoie ne sont en revanche pas mentionnées; le Conseil a pris acte cependant d'une déclaration de la Délégation française relevant qu'il existe un régime spécial pour lesdites zones, basé sur les Traités de Paris et de Turin et confirmé par l'Arrêt de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye. Cette déclaration inscrite au procès-verbal ne sera pas publiée. Notre mission à Bruxelles a ajouté à ce propos que tous les interlocuteurs interpellés sur cette question ont confirmé que ni la CEE ni la France n'envisagent de modifier le régime dont il s'agit.

La teneur de cette déclaration française ne nous est pas encore connue[9]. Pour se prononcer sur sa portée, il est évidemment nécessaire d'en connaître exactement le contenu. Nous avons dès lors chargé[10] la mission suisse auprès de la Communauté européenne à Bruxelles de nous procurer dès que possible le texte de cette déclaration et de s'efforcer de connaître les motifs pour lesquels les zones franches de Gex et de la Haute-Savoie n'ont pas été mentionnées dans le texte du règlement sur la définition du territoire douanier[11]. Il importe, en effet, d'éclaircir notamment la question de savoir si et, éventuellement, dans quelle mesure la réglementation du Marché commun est applicable dans lesdites zones.

---

7. *Sur le texte final adopté et publié au journal officiel de la CEE, cf. la lettre de J. Iselin à G. Riva du 9 octobre 1968, doss. comme note 1.*

8. *Cf. le télégramme N° 154 de M. Feller au Bureau de l'intégration du 6 septembre 1968, doss. comme note 1.*

9. *Sur le texte exact de la déclaration, cf. le télégramme N° 167 de P.-H. Wurth à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 7 octobre 1968, doss. comme note 1.*

10. *Télégramme N° 49 du Département politique à la Mission suisse auprès des Communautés européennes à Bruxelles du 1er octobre 1968, doss. comme note 1.*

11. *Note en marge:* Envoyé telegr. le 1er oct.

Sur le plan purement juridique, la réglementation en question doit être considérée par nous, comme «res inter alios acta», c'est-à-dire que ses[12] effets juridiques sont strictement limités au cercle des contractants et ne sauraient ni nuire ni profiter à nos droits[13].

12. *Correction à la main de:* leurs.
13. *Sur l'évolution de la question des zones franches, cf. doc. 129,* dodis.ch/32639; *la notice pour P. Micheli du 23 octobre 1968,* dodis.ch/32378; *la notice pour R. Bindschedler du 29 novembre 1968,* dodis.ch/32373; *le compte rendu de la session de la Commission permanente franco-suisse des zones franches des 27 et 28 janvier 1969,* dodis.ch/32379; *la notice de l'Ambassade de Suisse à Paris du 12 mars 1969,* dodis.ch/32377 *et la lettre de M. Feller à P.-H. Wurth du 26 mars 1969,* dodis.ch/32092.

111

dodis.ch/32600

Rapport au Chef du Département politique, W. Spühler[1]

La manifestation jurassienne au siège du Conseil de l'Europe à Strasbourg le 24 septembre 1968

Berne, 7 octobre 1968

Le 24 septembre dernier, l'Association féminine pour la défense du Jura, représentée par une cinquantaine de jeunes femmes, auxquelles s'étaient joints quelques membres du «Groupe Bélier», a manifesté durant une heure environ à Strasbourg devant l'immeuble où siège l'Assemblée Consultative du conseil de l'Europe. Les manifestants, qui ont observé calme et retenue, étaient munis de drapeaux jurassiens et de banderoles portant la mention «Jura libre». Ils ont également distribué le tract ci-joint[2] qui, sous le titre «Un peuple de langue française lutte pour sa liberté», présente le problème jurassien[3] en déformant ses antécédents historiques et son état actuel, demande la création d'un état jurassien au sein de la Confédération et revendique «la possibilité de choisir librement la place du Jura dans l'Europe nouvelle, en pleine cohésion avec la communauté française et tous les autres groupes ethniques».

L'Ambassadeur Gagnebin, Représentant permanent de Suisse auprès du Conseil de l'Europe, a fait rapport téléphoniquement sur la démonstration alors qu'elle était en cours. Une délégation des manifestantes a demandé à être reçue par Sir Geoffrey de Freytas, le Président de l'Assemblée consultative.

1. *Rapport:* E2807#1974/12#541* (16-11). *Signé par M. Gelzer et C. van Muyden. Copie à l'Ambassade de Suisse à Paris.*
2. *Cf. le tract de l'Association féminine pour la défense du Jura du 25 septembre 1968, doss. comme note 1. Cf. aussi la notice de H. Langenbacher à P. Micheli du 29 novembre 1968,* dodis.ch/32605.
3. *Sur la question d'une éventuelle indépendance du Jura, cf. la compilation thématique* dodis.ch/T1021.

Celui-ci, sur l'avis donné par le Conseiller National Olivier Reverdin, qui était en séance, chargea le chef de son cabinet de recevoir le groupe et de lui exposer que le Conseil de l'Europe n'était pas compétent pour traiter de questions internes intéressant un Etat membre. Les Jurassiennes firent alors remettre au Président la lettre ci-annexée dont la teneur correspond pratiquement au texte du tract.

Ayant trouvé sur son chemin deux parlementaires français de l'Union Démocratique (gaulliste) MM. Radius, Strasbourg, et Nessler, Paris, la délégation obtint de ce dernier qu'il l'a reçoive dans une des salles de commissions. En disposant d'une telle salle sans l'accord du Greffe de l'Assemblée, M. Nessler contrevint au règlement du Conseil de l'Europe. Cette entrevue aurait duré un quart d'heure et M. Nessler aurait engagé ses interlocuteurs à évoquer la Convention européenne des droits de l'homme[4]. A cela, une des Jurassiennes aurait fait observer au parlementaire français que la Suisse n'avait pas signé cette convention. M. Nessler aurait alors suggéré à ses interlocutrices de saisir le Président de l'Assemblée d'une demande en vue de faire inscrire la question jurassienne pour un débat à l'Assemblée. Sur ce, les manifestantes se sont retirées et, dans le calme, ont regagné la gare de Strasbourg.

Informé de cet incident, le Président du Comité des Délégués à l'Assemblée consultative exprima à notre Représentant permanent ses regrets concernant l'initiative de M. Nessler et tint à ce que celui-ci s'en expliqua devant M. Gagnebin. Le délégué gaulliste chercha à parer aux reproches de notre Ambassadeur en minimisant le rôle l'Assemblée du Conseil de l'Europe qu'il traita «d'Académie».

Le 26 septembre le Conseiller aux Etats Willi Rohner, chef de la délégation parlementaire suisse auprès du Conseil de l'Europe, accompagné des Conseillers nationaux Walther Hofer, Max Weber, Kurt Furgler et Olivier Reverdin, membres de cette délégation, fit part au Secrétaire général du Département politique[5] de son intention d'adresser un télégramme de protestation, concernant l'attitude de M. Nessler, au Président de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe. Le Département Politique ayant approuvé cette manière de faire, le télégramme suivant fut expédié à Strasbourg:

«La délégation suisse proteste contre la réception au siège du Conseil de l'Europe par le représentant français Nessler d'une délégation de femmes séparatistes jurassiennes. Elle considère que les conditions dans lesquelles M. Nessler a obtenu une salle et la nature des conseils qu'en sa qualité de membre de la commission politique il a donnés à ses hôtes ont toutes les apparences d'une ingérence du Conseil de l'Europe dans les affaires intérieures d'un pays membre. Elle demande que la question soit mise à l'ordre du jour de la prochaine réunion de la commission permanente. Au nom de la délégation suisse Willi Rohner, Président.»

---

4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 141,* dodis.ch/31820; *le discours de W. Spühler du 1er février 1968,* dodis.ch/34084; *le PVCF N° 420 du 20 mars 1968,* dodis.ch/33645; *l'exposé de H. Langenbacher du 15 juin 1968,* dodis.ch/34085; *le PVCF N° 1964 du 9 décembre 1968,* dodis.ch/33644 *et le PVCF délibératif de la 7ème séance du 27 janvier 1967,* E1003#1994/26#8*.

5. *P. Micheli.*

Comme convenu avec la délégation le texte de ce télégramme fut aussi communiqué à l'Ambassade de Suisse à Paris[6] en chargeant cette dernière d'en donner connaissance au Ministère des Affaires Etrangères et de souligner que notre pays ne saurait admettre une immixtion étrangère dans une affaire interne suisse. Cette démarche fut faite le 27 septembre auprès de M. Tine, chargé des affaires d'Europe au Quai d'Orsay, qui était au courant de l'incident et attendait le rapport du représentant permanent de la France à Strasbourg. Il promit une réponse pour le lundi 30 septembre en déclarant que, de toute manière, la Quai ne pouvait que déplorer ce qui s'est passé.

Le Ministre Tine convoqua le Chargé d'affaires de Suisse lundi soir pour lui dire que M. Nessler avait agi en son nom personnel et sous sa seule responsabilité, qu'il avait été officiellement rendu attentif au fait que son comportement était contraire à la règle de la non-immixtion dans les affaires internes d'un état étranger, et qu'il en avait été blâmé. Il constata qu'il n'existe donc aucun malentendu sur le plan officiel et que l'incident peut être considéré comme clos.

D'autre part, Sir Geoffrey de Freytas répondit par lettre du 27 septembre (ci-jointe en copie[7]) à la protestation télégraphique de la délégation parlementaire suisse. Il se déclare d'accord de donner suite à la demande suisse et d'inscrire l'affaire à l'ordre du jour de la Commission permanente, et confirme que M. Nessler n'était pas autorisé à tenir une réunion à titre personnel au siège du Conseil.

6. *Cf. le télégramme N° 292 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Paris,* E 2200.41(-) 1984/95 vol. 36 (315.1).
7. *Cf. la lettre de G. de Freitas à W. Rohner du 27 septembre 1968, doss. comme note 1.*

112

dodis.ch/32151

Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 16. August 1968[1]

Auszug 9. Oktober 1968

[…][2]

7. Frage Schaller vom 3. Juli 1968: Normalisierung unserer Beziehungen zum Vatikan

Herr Schaller hat folgende Frage eingereicht:

Wäre es nicht an der Zeit, die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl durch Entsendung eines schweizerischen Botschafters zu regularisieren?

1. *Protokoll:* E 1050.12(-) 1995/511 Bd. 4. *Verfasst von F. Blankart.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32151.

Herr Spühler antwortet wie folgt:

Vor etwas über einem Jahr hatte ich Gelegenheit, mich im Ständerat über die Frage der Errichtung einer diplomatischen Vertretung der Schweiz beim Heiligen Stuhl zu äussern[3]. Ich möchte auch an dieser Stelle zum besseren Verständnis dieses Problems die historischen Vorgänge kurz zusammenfassen.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vatikan[4] gehen ins 16. Jahrhundert zurück, als die erste ständige Nuntiatur auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft errichtet wurde. Der Vatikan unterhielt offizielle Beziehungen allerdings nur zu den katholischen Orten der damaligen Zeit. Erst während der Mediation wurde der päpstliche Nuntius bei der Eidgenossenschaft akkreditiert. Im Zeichen des Kulturkampfes kam es 1874 zum Bruch[5] zwischen der Eidgenossenschaft und dem Vatikan. Der Bundesrat stellte im Anschluss an heftige Auseinandersetzungen dem damaligen päpstlichen Geschäftsträger[6] die Pässe zu. Erst 1915 wurden die Beziehungen wieder aufgenommen. Ein ausserordentlicher päpstlicher Delegierter[7] nahm in Freiburg Residenz, und es wurde ihm vom Bundesrat *de facto* die Stellung eines diplomatischen Vertreters des Vatikans eingeräumt. Am 18. Juni 1920[8] beschloss der Bundesrat, der Wiedererrichtung der Nuntiatur zuzustimmen. Er konnte dies in eigener Kompetenz tun, so dass die eidgenössischen Räte dazu überhaupt nicht Stellung zu nehmen hatten. Die Motivierung seines Schrittes bestand darin, eine der letzten Spuren vergangener religiöser Streitigkeiten zum Verschwinden zu bringen. Dabei gab der Bundesrat der Hoffnung Ausdruck, dass das Volk dies verstehen werde und dass keine Befürchtungen politischer Art wach würden. Wie in den Jahrhunderten zuvor blieb jedoch die Vertretung einseitig. Der Vatikan hatte damals dieser einseitigen Lösung ausdrücklich zugestimmt. Es ist in der Tat so, dass die Schweiz das einzige Land ist, in dem ein päpstlicher Nuntius Sitz hat, seinerseits aber keine diplomatische Vertretung beim Vatikan unterhält. Trotzdem darf man wohl sagen, dass die Beziehungen zum Vatikan in der letzten Zeit herzlich und ungetrübt waren. Bei wichtigen Anlässen liess sich der Bundesrat jeweils durch Sonderbotschafter vertreten, so anlässlich der Krönung Johannes XXIII.[9], ebenso bei seinem 80. Geburtstag[10] und bei der Verleihung des Balzan-Friedenspreises[11] an ihn, ferner bei seinem Begräbnis[12] und schliesslich auch wieder bei der Krönung von Papst

---

3. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 20. Februar 1967,* E2004B#1972/120#3* (a.123.2.(2)).
4. *Vgl. dazu den Bericht von A. Natural vom 24. April 1967,* dodis.ch/32517.
5. *Vgl. DDS, Bd. 3, thematisches Verzeichnis:* 1. Der Kulturkampf.
6. *G. B. Agnozzi.*
7. *F. Marchetti.*
8. *Vgl. DDS, Bd. 7-II, thematisches Verzeichnis:* II.16 Vatican.
9. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Celio an M. Petitpierre vom 28. November 1958,* dodis.ch/14901.
10. *Vgl. dazu die Notiz von R. Aman an F. T. Wahlen vom 19. Oktober 1961,* E2001E#1978/84#7020* (B.15.81).
11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 792 vom 26. April 1963,* dodis.ch/18783 *und das Schreiben von Ph. Zutter an F. T. Wahlen vom 14. Mai 1963,* dodis.ch/18784.
12. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 10.*

Paul VI.[13] Es ist, ich möchte das ausdrücklich erklären, nicht zu verkennen, dass das Fehlen einer diplomatischen Vertretung beim Vatikan an und für sich eine Anomalie darstellt. Die Errichtung einer solchen Vertretung entspräche einem Gebot internationaler Courtoisie und wäre gleichzeitig eine von der Schweiz ausgesprochene Anerkennung des Wirkens des Heiligen Stuhles auf humanitärem Gebiet und im Dienste des Friedens. Diese Überlegung hat zweifellos doppelte Bedeutung im Blick auf das Wirken der beiden letzten Päpste, das zu einer fühlbaren Behebung an sich überlebter Spannungen auch in unserem Lande beitrug. Im gleichen Sinne ist auf die Bemühungen von Papst Paul VI. um einen Frieden in Vietnam hinzuweisen[14].

Anlässlich der Behandlung des hier zur Frage stehenden Problems in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates im September 1963[15] äusserte sich der damalige Vorsteher des Politischen Departements, Herr Bundesrat Wahlen, wie folgt: «Ich bin der Auffassung, dass die Frage der Errichtung einer Vertretung beim Vatikan nicht mehr eine grundsätzliche, sondern lediglich eine Frage der Zeit sei. Ich bin in der Lage, Ihnen zu sagen, dass der einhellige Bundesrat diese Auffassung teilt. Sie entspricht dem Prinzip der Universalität unserer diplomatischen Beziehungen, das sich in den letzten Jahren mit wenigen begründeten Ausnahmen durchgesetzt hat.» Und weiter: «Nun erscheint es mir viel dringlicher, und auch vom Standpunkt unserer katholischen Miteidgenossen viel wichtiger, zuerst die wirklichen Reste des Kulturkampfes, die Ausnahmeartikel der BV, aus dem Wege zu schaffen, und alles zu vermeiden, was dieses Anliegen gefährden könnte. Man kann sich darüber streiten, ob die Errichtung einer Botschaft beim Vatikan eine solche Gefährdung darstellen würde. Sie liegt im Kompetenzbereich des Bundesrates und der eidgenössischen Räte.»

Der Bundesrat teilt nach wie vor die Auffassung, dass die Errichtung einer diplomatischen Vertretung beim Heiligen Stuhl eine Frage ist, die keiner grundsätzlichen Prüfung mehr bedarf, sondern durchaus positiv beantwortet werden kann. Er war bisher indessen der Meinung, die Beseitigung der konfessionellen Ausnahmeartikel sei wichtiger und es gelte somit sorgfältig abzuwägen, ob die Errichtung einer Vertretung beim Vatikan die bedeutungsvollere Frage der Verfassungsrevision nicht stören könnte. Ob diese Bertachtungsweise weiterhin Gültigkeit hat, ist nicht zuletzt eine Frage, die sich unsere katholischen Mitbürger in den eidgenössischen Räten ernstlich überlegen müssen. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich betont, dass es nicht etwa in der Absicht des Bundesrates liegt, von der Kompetenz, die ihm durch das Bundesgesetz gegeben wird, Gebrauch zu machen und von

---

13. *Ibid. Zum Besuch Papst Pauls VI. in Genf am 10. Juni 1969 vgl. die Notiz von Ch.-A. Wetterwald an L. von Moos, W. Spühler, H. Schaffner, R. Bonvin und K. Huber vom 6. Mai 1969,* dodis.ch/32133; *das BR-Beschlussprot. II vom 23. Mai 1969*, dodis.ch/33142 *und die Notiz von J. Iselin vom 6. Juni 1969,* dodis.ch/32134.

14. *Vgl. die Notiz von H. Kaufmann vom 20. Juni 1966,* dodis.ch/31172.

15. *Die Kommission behandelte die Frage im August 1963 und nicht im September. Vgl. das Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 27.–28. August 1963,* E2004B#1972/120#1* (a.123.2.(2)) *und die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 21. August 1963,* dodis.ch/18831.

sich aus einen Vertreter beim Heiligen Stuhl zu akkreditieren. Die Frage ist von derart politischer Bedeutung und so sehr historisch belastet, dass es selbstverständlich ist, dass sich die eidgenössischen Räte mit dieser Angelegenheit befassen müssten.

Ich bin mir bewusst, dass noch geraume Zeit vergehen wird, bis die konfessionellen Ausnahmeartikel im Rahmen der geplanten Totalrevision aus der Bundesverfassung verschwinden. Dies führt dazu, dass sich – sofern an der eben dargelegten Auffassung festgehalten wird – die Akkreditierung eines diplomatischen Vertreters beim Vatikan zeitlich nicht bestimmen lässt. Es ist dies insofern unbefriedigend, als die Errichtung einer derartigen Mission für die Schweiz – wie gesagt – unbestrittenermassen wertvoll wäre.

113

dodis.ch/33260

Der Sektionschef für Lateinamerika der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Léchot, an G. Stäubli, Firma Gebr. Stäubli & Co.[1]

Warenverkehr mit Brasilien

Bern, 18. Oktober 1968

Ihr an Herrn Botschafter Stopper, seit nunmehr rund zwei Jahren Präsident der Generaldirektion der Schweiz. Nationalbank, gerichtetes Schreiben vom 15. Oktober 1968[2] ist uns zugegangen. Ebenso die darin erwähnte Photokopie des Berichtes der Firma Erismann & Cia, Ltda, Sao Paulo, an Sie vom 3. Oktober 1968[3].

Wie sehr sich die Anstrengungen der schweizerischen Wirtschaft im allgemeinen, die auf die Eroberung und Sicherung eines Anteils an den lateinamerikanischen Märkten abzielen[4], lohnen, zeigt die Entwicklung der schweizerischen Ausfuhr nach dieser Region. Von 608 Mio. Fr. im Jahre 1960 stieg der Export auf 847 Mio. Fr. im Jahre 1967; die Maschinenindustrie im weitern Sinne ist an dieser Steigerung mit nahezu 100 Mio. Fr. beteiligt. Der Bund zeigt sich diesen Bemühungen gegenüber sehr aufgeschlossen, sei es, dass er die Exportrisikogarantie in soupler Weise gewährt, sei es,

---

1. *Schreiben (Kopie):* E7110#1979/14#1916* (861.5). *Verfasst von H.-U. Greiner. Kopien an E. Léchot, H. Hofer, H.-U. Greiner und an das schweizerische Generalkonsulat in São Paulo.*
2. *Schreiben von G. Stäubli an E. Stopper vom 15. Oktober 1968, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Schreiben der Firma Erismann & Cia. an die Gebrüder Stäubli vom 3. Oktober 1968, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu Dok. 94,* dodis.ch/32865; *das Referat von R. Probst an der Jahresversammlung der lateinamerikanischen Handelskammer in der Schweiz vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/34005 *sowie das Schreiben von R. Montandon an die schweizerischen Wirtschaftsorganisationen vom 28. August 1968,* dodis.ch/34027.

dass er andere ihm zur Verfügung stehende Möglichkeiten[5] (z. B. besondere Bundesgarantie bei Stand-by-Krediten, Bewilligungen zur Aufnahme von Anleihen, Abschluss von Handelsabkommen und Investitionsschutzverträgen, etc.) einsetzt.

Brasilien, das für Sie im Vordergrund steht, ist durch seine Grösse und seinen Entwicklungsstand bedingt, traditionell einer unserer bedeutendsten Handelspartner in Lateinamerika. Unsere Ausfuhr dorthin erreichte 1960 den Betrag von 109 Mio. Fr., 1966 147 Mio. Fr. und 1967 164 Mio. Fr. (8 Monate 1968 bereits 142 Mio. Fr.). Maschinen, Instrumente, Apparate und dgl. wurden für 38,3; 45,5 und 65,2 Mio. Fr. geliefert, wobei der Anteil der Textilmaschinen (Pos. 8436-40) 5,9; 2,8 und 9,8 Mio. Fr. ausmachte. In der Entwicklung unseres Exportes spiegeln sich nicht nur die Anstrengungen der schweizerischen Wirtschaft, sondern auch jene des Bundes wieder. So haben wir seinerzeit die Gewährung bedeutender Stand-by-Kredite ermöglicht, haben Hand geboten zur Konsolidierung bedeutender kommerzieller Aussenstände und auch neue Kreditfazilitäten zugesagt[6]. Nach Überwindung der wirtschaftlich schwierigen Jahre durch Brasilien haben wir, durch die Zusage der Exportrisikogarantie für schweizerische Lieferungen, die Basis für die Mitfinanzierung bedeutender Projekte im Sektor der Elektrizitätsversorgung[7] (Ilha Solteira) geschaffen und auch die Koordinierung bestimmter anderer Lieferungen (Universitäten) ermöglicht. Es handelt sich dabei um «Massarbeit», d. h. um die präzise Anpassung der Exportrisikogarantie an die Erfordernisse der betreffenden Projekte. Der von Grossbritannien für den Bau der Brücke von Rio nach Niteroi vorgesehene Kredit ist mit unseren Aktionen vergleichbar.

Bei *Rahmkrediten* zur Finanzierung des Bezuges von Investitionsgütern handelt es sich, im Gegensatz zu den oben erwähnten Aktionen, um «Konfektion». Hier wird einem Partner praktisch zugesagt, die Finanzierung bestimmter Käufe, zum voraus festgesetzten Kreditbedingungen. Solche Zusagen haben nicht nur Vorteile sondern auch sehr bedeutende Nachteile, indem den Erfordernissen des Einzelfalles nicht mehr Rechnung getragen werden kann; mit anderen Worten: sowohl Verkäufer wie auch Käufer werden ihrer Verhandlungsfähigkeit beraubt. Die schweizerische Maschinenindustrie liebt, wie Umfragen des VSM ergaben, solche Einschränkungen nicht sehr. Sie stellt Qualitätserzeugnisse her und ist im allgemeinen beweglich genug, um sie auch verkaufen zu können. Sie zieht es deshalb in der Regel vor, dass die Exportrisikogarantie zu Bedingungen gewährt wird, die den im Einzelfall erforderlichen Zahlungskonditionen, so weit wie möglich, angepasst sind. Die oben erwähnte Entwicklung unserer Ausfuhr nach Brasilien ist nicht

---

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 8,* dodis.ch/31413; *Dok. 150,* dodis.ch/30945 *sowie Dok. 163,* dodis.ch/31582.

6. *Zur Vorfinanzierung der Konsolidierung von Brasiliens Schulden vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 62,* dodis.ch/31530. *Zu einem möglichen Stand-by Kredit für Argentinien vgl. die Notiz vom 5. Juni 1967,* dodis.ch/33581 *sowie das Schreiben von P. R. Jolles an die Crédit Suisse vom 30. September 1967,* dodis.ch/33569.

7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 399 vom 3. März 1967,* E1004.1#1000/9#720*.

zuletzt auf diese Souplesse zurückzuführen. Wir sind überzeugt, dass die schweizerische Maschinenindustrie wenig Freude daran hätte, wenn wir ihr im gegenwärtigen Zeitpunkt, mit einer Initiative zu einem «Brasilien-Rahmenkredit»[8] ins Handwerk pfuschen wollten.

Die Ausstellung amerikanischer Maschinen in São Paulo wurde offensichtlich von den interessierten USA-Kreisen und ihren Vertretungen in Brasilien organisiert. Von ähnlichen Initiativen schweizerischer Firmen ist uns bis jetzt nichts bekannt. Wir bzw. die für Fragen einer offiziellen Beteiligung an Ausstellungen im Ausland zuständigen Schweizerische Zentrale für Handelsförderung wären gerne bereit, diesbezügliche konkrete Vorschläge schweizerischer Interessenten-Gruppen zu prüfen.

Bei der «Allianz für den Fortschritt»[9] handelt es sich um den von Präsident Kennedy vertretenen Plan zur gemeinsamen Entwicklung Lateinamerikas. Die von den USA zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten, sehr bedeutenden Geldmittel werden u. W. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (Sonderfonds) verwaltet und dienen nicht der Finanzierung kommerzieller Importe. Es würde uns deshalb interessieren, in diesem Zusammenhang Näheres, vor allem in Bezug auf die Kreditbedingungen der Amerikaner, zu erfahren.

Wir verfolgen die Entwicklung der schweizerisch-brasilianischen Handelsbeziehungen mit Aufmerksamkeit und zögern nicht, die den jeweiligen Situationen angepassten Schlüsse zu ziehen und sinnvolle Aktionen durchzuführen bzw. zu ermöglichen[10]. Ein Globalkredit im Sinne der Ausführungen der Firma Erismann scheint uns, aus den oben erwähnten Gründen, in der gegenwärtigen Lage kaum zweckmässig. Es dürfte vielmehr angezeigt sein, dass Sie, zusammen mit Ihrer Bank und der Exportrisikogarantie, prüfen, wie weit Sie in Bezug auf die Zahlungsbedingungen gehen können um die Bemühungen Ihres Vertreters im Kampfe gegen die drittländische Konkurrenz zu unterstützten.

---

8. *Zu einem möglichen Rahmenkredit für Brasilien vgl. die Notizen von R. Probst vom 11. Oktober 1967,* dodis.ch/33639; *vom 19. Oktober 1967,* dodis.ch/33641 *sowie vom 29. Mai 1968,* dodis.ch/33661.

9. *Vgl. das Schreiben von E. Léchot an J. Humbert vom 9. Dezember 1966,* dodis.ch/31590.

10. *Zur Exportförderung in Brasilien vgl. das Schreiben von G. Bucher an R. Montandon vom 26. September 1968,* dodis.ch/33724.

114

dodis.ch/32168

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Mexiko Anleihe. Anleihen der Weltbank. Anleihe der Interamerican Development Bank

Bern, 23. Oktober 1968

1. Mexiko-Anleihe[2]

Aus Bankenkreisen war zu erfahren, dass die Mexiko-Anleihe einen Tag vor Zeichnungsschluss knapp[3] zur Hälfte gezeichnet war. Ein krasser Misserfolg konnte in letzter Minute durch sog. organisierte Grosszeichnungen ausländischer Banken vermieden werden, so dass zum Schluss eine Überzeichnung entstand. Die Verhältnisse sollen bei allen drei Grossbanken ähnlich gewesen sein. An sich ist die negative Reaktion des schweizerischen Publikums verständlich. Sie dürfte nicht nur mit den politischen Unruhen in Mexiko kurz vor der Olympiade zusammenhängen[4], sondern auch mit dem Umstand, dass zurzeit Anleihen zu 5½% derselben Laufdauer erstklassiger amerikanischer Industrieadressen gezeichnet werden können. (Mexiko-Anleihe: 6%, Ausgabekurs 99%, 15 Jahre.) Für die Zukunft am bedeutungsvollsten scheint mir aber, dass mit diesem Misserfolg die Bereitschaft der Banken, Anleihen von Entwicklungsländern aufzulegen, stark leiden könnte. Ob bessere Zinskonditionen im vorliegenden Fall den Erfolg nachhaltig hätten beeinflussen können, ist zumindest fraglich.

2. Anleihen der Weltbank[5] *und der Interamerikanischen Bank*[6]

Die 75 Mio. Mai-Anleihe der Weltbank wurde zu 5¼% mit einem Ausgabekurs von 100% und der Dauer von 15 Jahren begeben. Ihr Kurs beträgt zurzeit ca. 99½%. Die Zeichnungsfrist für die zweite Anleihe von 80 Mio. Fr. beginnt morgen (24. Oktober). Die Bedingungen lauten: 5¼%, Ausgabekurs 99%, 16 Jahre. Die Anleihe der Interamerican Development Bank vom September (60 Mio., 5½%, Emissionspreis 99%, Laufzeit 15 Jahre) hat derzeit

---

1. *Notiz (Kopie):* E7110#1979/14#2057* (861.5). *Verfasst und unterzeichnet von A. Fankhauser. Kopien an R. Probst, H. Bühler, H. Hofer, A. Dunkel und A. Fankhauser.*
2. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1024 vom 12. Juni 1967,* dodis.ch/32169; *das Schreiben von R. Probst an J.-L. Pahud vom 26. Juli 1967,* E7110#1978/50#2048* (861.5) *sowie die Notiz von H. Hofer an H. Bühler vom 12. August 1969,* E2001E-01#1982/58#5333* (C.41.152.0).
3. *Das Wort* knapp *wurde vom Empfänger durchgestrichen.*
4. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Hunziker an P. Micheli vom 12. April 1967,* dodis.ch/33779; *das Schreiben von H.-K. Frey an P. Micheli vom 27. Februar 1968,* dodis.ch/32166; *das Schreiben von J.-L. Pahud an W. Spühler vom 25. September 1968,* dodis.ch/32164 *sowie das Schreiben von J.-L. Pahud an F. Bieri vom 19. November 1968,* dodis.ch/32167.
5. *Vgl. dazu Dok. 72,* dodis.ch/32796, *Anm. 14.*
6. *Zur Beteiligung der Schweiz an den Entwicklungsbanken vgl. Dok. 72,* dodis.ch/32796, *bes. Anm. 4 und 5.*

einen Kurs von 99%. Vergleicht man die Konditionen anderer Schuldner, so sind nach Ansicht von Bankkreisen alle drei Anleihen zum tiefstmöglichen Zinssatz aufgelegt worden, was sich natürlich bei der Zeichnung und bei der späteren Kursentwicklung auswirken muss (Für amerikanische Firmen erhält man 5½%). Man ist deshalb in bezug auf die zweite Weltbankanleihe keineswegs optimistisch gestimmt. Die erste Weltbankanleihe war schwächer überzeichnet als jene der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Wenn in beiden Fällen Luftzeichnungen vorhanden waren, so dürften sie im Falle der Interamerikanischen Bank doch eher kleiner gewesen sein. (Für einen Erfolg einer Anleihe ist stets eine gewisse Überzeichnung notwendig, da Mehrfachzeichnungen meist auftreten). Sollte für die Mai-Weltbankanleihen in der nächsten Zeit ein gewisser Kursdruck eintreten, so dürfte m. E. damit zu rechnen sein, dass die Weltbank über ihr befreundete Institute in der nächsten Zeit eine gewisse Kurspflege betreiben wird, um die Zeichnung der zweiten Anleihe zu erleichtern.

3. Verhandlungsklima mit der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Das Klima in den Verhandlungen mit der Interamerikanischen Bank wurde als wesentlich besser bezeichnet als jenes mit der Weltbank. Die frühere Stimmung gegenüber der Leitung der Weltbank hat sich durch das jüngste Zürcher Gespräch McNamara's kaum verbessert[7]. Man empfand seine Forderungen in bezug auf die Zeichnung neuer Anleihen als zuweitgehend. Nebenbei bemerkt ist auch der Aufwand, den die Verhandlungsdelegation der Weltbank in persönlicher Hinsicht getrieben hat, nicht gerade wohlwollend vermerkt worden, weil er mit den Einsparungsbegehren (Kommissionen), die die Bank stellt und der Schilderung ihrer Notlage nicht unbedingt in Einklang steht.

---

7. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an P. Micheli vom 10. Dezember 1968,* dodis.ch/32817.

115

dodis.ch/30266

Le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann, à diverses universités et institutions suisses pour la recherche[1]

Berne, 5 novembre 1968

Les possibilités d'une coopération bilatérale plus étroite entre la Suisse et les Etats-Unis[2], dans des domaines de recherche fondamentale, ont fait l'objet ces derniers mois de divers entretiens, à Washington et à Berne[3]. Le plus concret de ces entretiens a eu lieu à la fin de juin[4] entre notre Conseiller scientifique[5] à Washington, M. Charles Tavel, et M. David Beckler, assistant du Conseiller scientifique du Président, M. Hornig, et chargé en outre, à l'«Office of science and technology», de tout ce qui a trait à la coopération internationale.

Les conclusions auxquelles l'on est parvenu de part et d'autre, à la suite de ces échanges de vues préliminaires, peuvent se résumer en deux points:

1. Il ne serait pas raisonnable de viser à la conclusion d'un accord intergouvernemental *per se,* si un tel accord ne devait être qu'une enveloppe vide de contenu. Si l'on devait néanmoins envisager de recourir un jour à quelque accord, il serait préférable de se limiter à un accord-cadre très souple. L'accord entre les Etats-Unis et l'Allemagne fédérale en est un exemple: lorsqu'un des deux gouvernements estime qu'il pourrait être intéressant de collaborer sur un sujet précis, avec l'apport d'une équipe déterminée, il en fait la proposition à l'autre gouvernement; si ce dernier est intéressé à son tour et trouve, chez lui, une équipe adéquate, chaque gouvernement libère, dans le cadre de l'accord, les crédits nécessaires au support de *son* équipe de recherche.

2. Une coopération n'est étroite et efficace que si elle profite de façon substantielle aux deux parties. C'est pourquoi les Etats-Unis recherchent autant que possible une collaboration avec l'ensemble de l'Europe (OCDE, Communauté européenne, etc.) plutôt qu'avec les Etats européens pris isolément, dont la contrepartie est moins intéressante parce que éparpillée et de ce fait d'une

---

1. *Circulaire (copie):* E2003A#1980/85#979* (o.320.). *Rédigée par Ch. Tavel. Copie à S. Barandun, K. Brunner, H. Isliker, P .Sträuli, F. Berger et B. Thürlimann.*

2. *Sur la question scientifique dans les relations bilatérales, cf. le rapport de F. Walthard* Die Schweiz und das sogenannte «technological gap» zwischen den USA und Europa *du 26 août 1968,* dodis.ch/33917. *Sur la politique scientifique, cf. aussi DDS, vol. 20, doc. 33,* dodis.ch/11215; *DDS, vol. 21, doc. 26,* dodis.ch/14482 *et DDS, vol. 23, doc. 88,* dodis.ch/31322.

3. *Cf. p. ex. la* Aktennotiz über «Informationslunch» mit USA-Vertretern. Wissenschaftliche Beziehungen mit USA *de R. Hartmann du 23 mai 1967, doss. comme note 1.*

4. *Cf. la lettre de F. Schnyder à E. Thalmann du 28 juin 1968, doss. comme note 1.*

5. *Sur les attachés scientifiques auprès des ambassades de Suisse à l'étranger, cf. doc. 22,* dodis.ch/32486; *le PVCF N° 1813 du 31 octobre 1967,* dodis.ch/30774; *le PVCF délibératif de la 69ème séance du 31 octobre 1967,* dodis.ch/34168 *et le rapport de J.-J. Rollard de janvier 1969,* dodis.ch/30467.

dimension souvent par trop réduite. Néanmoins, à l'occasion, une coopération bilatérale peut être intéressante, mais à condition que soient bien repérés de part et d'autre des objets très concrets, des «points de force» représentant un apport réel pour chaque partenaire.

Ainsi donc, il existe du côté des Etats-Unis une certaine ouverture, qui ne pourra toutefois être concrétisée que si l'on repère en Suisse de tels «points de force», qui pourraient intéresser à leur tour les Etats-Unis. En fait, M. Beckler a conclu l'entretien de juin en laissant à notre pays le soin de faire les pas suivants en sélectionnant des domaines ou des sujets concrets, qui pourraient faire ensuite l'objet d'une confrontation.

M. Tavel a rédigé des suggestions sur la façon dont on pourrait procéder pour déterminer s'il existe de notre côté des possibilités de coopération autres que celles qui se sont déjà très utilement matérialisées sur le plan des relations directes entre instituts ou entre professeurs. Vous voudrez bien trouver ces suggestions en annexe[6]. Bien entendu, les domaines qui y sont mentionnés comme pouvant faire éventuellement l'objet d'une coopération ne le sont qu'à titre d'exemple. Rien n'empêche qu'une collaboration porte sur d'autres secteurs de recherche.

Nous devons insister, pour terminer, sur le fait qu'il ne s'agit pour le moment que d'une première prospection. Même si elle devait permettre de déceler quelques domaines pouvant intéresser les deux pays, encore faudra-t-il ensuite examiner de quelle façon supporter ces domaines. Le problème d'un accord-cadre se posera alors, de même que le difficile problème des crédits qu'exigerait la conclusion d'un tel accord. Il est donc réaliste de prévoir que la solution de ces problèmes soulèvera certaines difficultés et prendra du temps.

Nous vous saurions gré de bien vouloir nous faire part de toute observation que ce problème important d'une éventuelle promotion de la coopération avec le Etats-Unis pourrait appeler de votre part et de nous faire connaître tout domaine ou sujet de coopération qui pourrait à votre avis présenter un réel intérêt pour notre pays comme aussi pour les Etats-Unis.

---

6. Suggestions relatives aux domaines dans lesquels une collaboration américano-suisse en recherche fondamentale aurait les plus grandes chances de se réaliser et d'avoir des effets positifs *de Ch. Tavel,* dodis.ch/30266. *Cf. aussi l'exposé de Ch. Tavel du 5 novembre 1968,* dodis.ch/30100.

116

dodis.ch/33022

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Berichte[2] der Schweizerischen Nationalbank über Goldpolitik und Währungshilfen an Grossbritannien

Vertraulich Bern, 11. November 1968

1. Goldpolitik

Die Schweizerische Nationalbank spielt in der internationalen Diskussion über die Goldfrage eine aktive Rolle. Bei der Formulierung der Vorschläge, welche die führenden Notenbanken in dieser Frage Südafrika unterbreiteten, hat sie den schweizerischen Standpunkt wirksam zur Geltung gebracht.

In diesen Vorschlägen ist das amerikanische Anliegen berücksichtigt, die (westliche) Gold-*Neu*produktion solange auf den freien Markt zu lenken, als dort der Preis $ 35.– übersteigt, um damit einen Druck auf den freien Goldpreis auszuüben. Insofern wird auch die Bewegungsfreiheit der Schweizerischen Nationalbank im Interesse einer internationalen Kooperation in der Goldfrage eingeengt. Nicht durchgesetzt haben sich die Vereinigten Staaten mit ihrer weiteren Forderung, die bestehenden Währungs-Goldbestände auf dem jetzigen Stand einzufrieren, wohl in der langfristigen Absicht, die Rolle des Goldes in den Währungsreserven immer mehr in den Hintergrund zu drängen.

Die Südafrika[3] präsentierten Vorschläge wurden bekanntlich von diesem Land nicht akzeptiert. Wahrscheinlich wird die Diskussion erst weitergeführt werden können, wenn die amerikanische Administration auf diesem Sektor wieder handlungsfähig ist.

2. Währungshilfe

a) Der Bericht[4] der Schweizerischen Nationalbank gibt materiell zu keinen Bemerkungen Anlass. Formell kann man sich indessen fragen, ob der Bundesbeschluss vom 4. 10. 1963[5] alle bisherigen Hilfsmassnahmen[6]

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#380* (060-09). *Verfasst und unterzeichnet von P. A. Nussbaumer. Kopie an P. Micheli und P. Wipfli.*
2. *Notizen von R. Lademann vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/33049 *und* dodis.ch/33705.
3. *Zur Goldpolitik Südafrikas vgl. Dok. 78,* dodis.ch/33018.
4. *Notiz von R. Lademann vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/33049.
5. Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen *vom 4. Oktober 1963, BBl, 1963, II, S. 809 f.*
6. *Zur schweizerischen Beteiligung an der internationalen Währungshilfe für Grossbritannien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 128,* dodis.ch/31415; *das BR-Prot. Nr. 526 vom 29. März 1967,* dodis.ch/33272; *das Schreiben von O. Long an P. Micheli vom 13. Oktober 1967,* dodis.ch/33285; *das BR-Prot. Nr. 1916 vom 17. November 1967,* dodis.ch/33273; *das Schreiben von P. A. Nussbaumer an O. Long vom 30. November 1967,* dodis.ch/33259; *das Schreiben von A. Künzli an R. Bonvin vom 1. Juni 1968,* dodis.ch/33289; *das Schreiben von E. Stopper und H. Huber an N. Celio vom 15. Juli 1968,* dodis.ch/33281; *das BR-Prot. Nr. 1505 vom 23. September 1968,* dodis.ch/33282 *und das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 17. November 1967,* E1003#1994/26#8*. *Zum internationalen Währungssystem vgl. Dok. 35,* dodis.ch/33016.

deckt. Diese sind zum Teil (zurzeit ca. 144 Millionen Franken) im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF, zum anderen Teil (zurzeit ca. 692 Millionen Franken) ausserhalb dieser Vereinbarungen erfolgt. Als Rechtsgrundlage für die letzteren Massnahmen verweist die Schweizerische Nationalbank auf Art. 3 Abs. 2 des erwähnten Bundesbeschlusses, der folgenden Wortlaut hat:

«Falls sich eine Hilfsleistung schon vor Einleitung einer Aktion auf Grund der Allgemeinen Kreditvereinbarung des Internationalen Währungsfonds vom 5. Januar 1962 als angezeigt erweist, kann der Bundesrat die Schweizerische Nationalbank hiezu im Rahmen von Artikel 2 ermächtigten.»

Da im vorliegenden Fall u. a. Massnahmen zur Diskussion stehen, die *ausserhalb* der Allgemeinen Kreditvereinbarungen ergriffen wurden, so sind diese dem Buchstaben nach durch Art. 3 Abs. 2 nicht gedeckt. Diese Situation ist sicher nicht befriedigend. Kurzfristig betrachtet kann man sich damit abfinden, dass die bisher getroffenen Massnahmen wenn nicht streng juristisch, so doch dem Sinn und Geist nach durch den Bundesbeschluss gedeckt sind. Längerfristig sollte das Problem aber doch nicht vergessen werden.

b) Am Schluss ihres Berichtes stellt die Schweizerische Nationalbank fest: «... Die Schweiz kann zu Hilfeleistungen im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen lediglich angehalten werden, wenn ‹Implementing Agreements› mit dem unterstützen Land besteht. Solche Vereinbarungen sind bisher lediglich mit den *USA* und *Grossbritannien*[7] abgeschlossen worden. Andere Länder können daher keine schweizerischen Währungskredite auf Grund der Allgemeinen Kreditvereinbarungen beanspruchen.»

Es dürfte zurzeit keine Gefahr bestehen, dass die Schweiz zugunsten der USA Hilfsmassnahmen ähnlicher Art ergreifen muss, wie sie Grossbritannien beansprucht. Immerhin ist darauf hinzuweisen, dass die Schweizerische Nationalbank auf dem Währungssektor sehr eng mit den USA zusammenarbeitet und in dieser Hinsicht stark engagiert ist. So hält sie in ihrem Portefeuille sog. Roosa-Bonds (amerikanische Schatzanweisungen) im Betrag von ca. 1,5 Milliarden Schweizerfranken mit einer Laufzeit von 6 resp. 3 Monaten. Ferner besteht im Verhältnis Schweiz/USA eine Swap-Limite in der Höhe von 1,2 Milliarden Dollar (600 Millionen Dollar mit der Federal Reserve Bank in New York und 600 Millionen Dollar über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel). Die Ausnutzung dieser Limite erreicht im Moment nur 120 Millionen Dollar, kann aber jederzeit wieder ansteigen.

Zweifellos hat unsere Währungshilfe an die USA[8] einen anderen Charakter als im Falle Grossbritanniens. Die Vereinigten Staaten sind wirtschaftlich gesund, haben aber ein aussenwirtschaftliches Liquiditätsproblem. Die Hilfe an Grossbritannien präsentiert sich in Form von Krediten an ein Land, dass mit fundamentalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

---

7. Implementing Agreement *zwischen der Schweizerischen Nationalbank und der Federal Reserve Bank of New York vom 12. November 1964,* E6100C#1998/106#2521* (980.10). *Vgl. dazu ferner DDS, Bd.* 22, *Dok. 118,* dodis.ch/30726 *und DDS, Bd. 23, Dok. 58,* dodis.ch/31749.

8. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1980/83#1246* (C.41.121.0).

Der sehr grossen – auch politischen – Bedeutung der Sache wegen kann man sich fragen, ob die Nationalbank bei Gelegenheiten nicht über Umfang und Charakter ihrer Hilfe an die USA berichten sollte. Gegebenenfalls könnte dieser Punkt in einem Brief aufgenommen werden, mit dem Sie der Schweizerischen Nationalbank den Empfang der hier diskutierten Berichte verdanken.

117

dodis.ch/33014

Der Präsident der ständigen Wirtschaftsdelegation, P. R. Jolles, an deren Mitglieder[1]

Vertraulich Bern, 27. November 1968

An unserer letzten Sitzung vom 13. November[2] haben wir die von der Schweiz in der Integrationsfrage anlässlich der EFTA-Ministerkonferenz in Wien einzunehmende Haltung vorbesprochen. Wir waren damals übereinstimmend der Auffassung, dass, selbst im Falle eines britischen Beharrens auf dem dogmatischen Standpunkt des Beitritts zur EG aus politischen Gründen und eines entsprechenden formellen Junktims zwischen Stufenlösungen und Beitrittsverhandlungen, die Schweiz in konsequenter Verfolgung ihrer bisherigen Linie sich für ein Eintreten auf die Idee von handelspolitischen Arrangements einsetzten sollte. Dabei wäre jedoch die Notwendigkeit der GATT-Konformität besonders zu betonen, um den amerikanischen Einwendungen zu begegnen. Ferner teilten Sie unsere Auffassung, dass die Handelsarrangements auch schweizerischerseits in die Optik einer engen europäischen Zusammenarbeit zu stellen seien, um nicht negative Reaktionen, vor allem seitens der Holländer, auszulösen.

Die Erklärung[3], die Bundesrat Schaffner in Wien zur Integrationsfrage abgegeben hat, hat diesen Erwägungen Rechnung getragen, und ich lasse Ihnen zu Ihrer Orientierung den vollen Wortlaut im Originaltext zugehen. Die schweizerische Argumentation hat die anderen EFTA-Partner weitgehend zu überzeugen vermocht und ihren Niederschlag im Schlusscommuniqué[4] gefunden. Natürlich hat Grossbritannien in der Eintretensdebatte eine entgegengesetzte Haltung eingenommen und einmal mehr betont, dass seine Ziele politischer Natur seien und daher nur durch Vollmitgliedschaft erreicht

1. *Schreiben:* E2001E#1980/83#785* (C.41.775.03). *Gerichtet an P. Micheli, P. Aebi, M. Redli, R. Juri, O. Fischer, W. Jucker, Ch. Lenz, W. Clavadetscher, H. P. Keller, A. Weitnauer, A. Grübel, P. Languetin, R. Probst, H. Marti, H. Bühler, E. Moser und J. Iselin. Kopie an P. A. Nussbaumer, B. Müller, F. Rothenbühler, R. Bosshard, L. Jeanrenaud, A. Brugger, R. Ulrich, K. Jacobi, H. Brunner, M. Lusser und G.-A. Cuendet.*
2. *Vgl. dazu die* Protokollnotiz über die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation *vom 13. November 1968,* E2001E#1980/83#665* (C.41.110.1).
3. *Erklärung von H. Schaffner vom 21. November 1968,* dodis.ch/33007. *Zur Ministerkonferenz in Wien vom 21.–22. November 1968 vgl. das Telegramm Nr. 211 von P. H. Wurth an das Integrationsbüro vom 30. November 1968,* dodis.ch/33010.
4. *Vgl. Doss.* E7001C#1982/115#939* (2520.1).

werden könnten. Einzig politische Erwägungen würden Grossbritannien[5] dazu führen, «das wirtschaftliche Opfer einer Teilnahme am Gemeinsamen Markt zu erbringen» und die Vereinigten Staaten und das Commonwealth handelspoltisch zu benachteiligen. Der britische Sprecher – Staatsminister Mulley – erklärte, dass Holland, Italien und Präsident Rey weiterhin auf einem Junktim bestünden, sodass vorerst ein gemeinsamer Vorschlag der Sechs abgewartet werden müsse, bevor die EFTA Stellung nehmen sollte. Im übrigen wären Handelsarrangements auf Grund der bisherigen Vorschläge wirtschaftlich nicht interessant und inhaltlich unausgeglichen.

Auch Dänemark äussere sich skeptisch, erhob jedoch keinen Anspruch auf ein Junktim zwischen Stufenlösungen und späterem Vollbeitritt. Der dänische Marktminister (Andersen) bekundete Interesse an einem GATT-konformen, völligen Zollabbau in Europa, vorausgesetzt, dass die EG bereit wäre, auch landwirtschaftliche Konzessionen einzuräumen. Die französische Offerte[6] müsse daher vorerst verbessert werden. Im übrigen plädierte Dänemark für eine koordinierte Stellungnahme und ein gegenseitig abgestimmtes Vorgehen der EFTA-Staaten.

Interessanterweise schlossen sich nicht nur die neutralen Staaten, inkl. Finnland, sondern auch Norwegen und Portugal der schweizerischen Argumentation an. Dieser Umstand ist von Bedeutung, weil er dazu beitragen kann, die Befürchtungen der Holländer und der USA zu zerstreuen, dass Zwischenlösungen einen kommerziellen Selbstzweck darstellen. Die schweizerische These, dass Handelsarrangements[7] als Vorstufe für die weitere Integrationsentwicklung angesehen werden müssen, gewinnt an Glaubhaftigkeit.

Selbstverständlich war die Wiener Tagung durch die Währungskrise überschattet und die seither sowohl von Frankreich als auch von Grossbritannien ergriffenen Massnahmen[8] dürften eine Konkretisierung der Vorschläge für Handelsarrangements zum mindesten zeitlich bremsen. Gleichzeitig ist durch diese Massnahme aber auch klar geworden, dass schon aus wirtschaftlichen Gründen die weitere Integrationsentwicklung nur vorsichtig und schrittweise über Zwischenlösungen denkbar ist.

Wir lassen Ihnen in der Beilage den Text des Wiener Communiqués und der im Communiqué nicht erwähnten, sondern im Sitzungsprotokoll festgehaltenen Verfahrensbeschlüsse[9] zugehen.

Zusammenfassend möchten wir das Konferenzergebnis aus schweizerischer Sicht wie folgt bewerten:

1. Die Schweiz darf sich von diesem Ergebnis befriedigt zeigen, da, schliesslich sogar mit britischer Zustimmung, das Communiqué in der Integrationsfrage eine den Umständen entsprechende realistische Haltung zum Ausdruck bringt.

---

5. *Zum britischen EWG-Beitrittsgesuch vgl. Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*

6. *Zum deutsch-französischen Vorschlag eines handelspolitischen Arrangements vgl. Dok. 81,* dodis.ch/32905, *Anm. 16.*

7. *Vgl. dazu Dok. 145,* dodis.ch/33236, *Anm. 3.*

8. *Zu Grossbritannien vgl. Dok. 116,* dodis.ch/33022 *und zu Frankreich Dok. 142,* dodis.ch/33246.

9. Vgl. *Doss. wie Anm. 1.*

2. Die EFTA hat in einer Weise, die über die Formulierung des Londoner Communiqués vom letzten Mai[10] hinausgeht, zu den Vorschlägen für handelspolitische Zwischenlösungen eindeutig positiv Stellung genommen, um dadurch eine Einigung der Sechs in Brüssel zu erleichtern, die allerdings angesichts der erwähnten Verhältnisse längere Zeit erfordern dürfte.

3. Dieses Interesse ist nicht nur in deklamatorischer Form zu Ausdruck gebracht worden, sondern hat zu einem konkreten Verfahrensbeschluss geführt. Statt passiv das weitere Ergebnis der Beratung in Brüssel abzuwarten, haben die EFTA-Minister ihren ständigen Vertretern in Genf zwei Studienaufträge erteilt, die auf die Anregung von Bundesrat Schaffner zurückgehen.

4. Durch diese Studienaufträge soll vor allem zum Ausdruck gebracht werden, dass die Bemühungen fortgesetzt werden müssen, um den Inhalt eines allfälligen Handelsarrangements in einer Art zu verbessern, die den Interessen der verschiedenen EFTA-Staaten Rechnung trägt, und um zusätzliche Gebiete für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EFTA und EWG zu finden. Es herrschte Einigkeit, dass insbesondere der Anwendungsbereich des präferenziellen Zollabbaus über die Positionen hinaus, die in der Kennedy-Runde[11] um 50% gesenkt wurden, ausgedehnt werden müsste. Ferner ist eindeutig – auch in der kategorischen Formulierung des Communiqués – die Bedeutung zum Ausdruck gekommen, die alle EFTA-Staaten der Herstellung der GATT-Konformität beimessen. Schliesslich wurde in verschiedenen Voten darauf hingewiesen, dass nicht nur auf dem Industrie-, sondern auch auf dem Agrarsektor[12] die gegenseitige Ausgewogenheit allfälliger Konzessionen angestrebt werden müsste. Als zusätzliche Gebiete für eine europäische Zusammenarbeit, neben denjenigen der Technologie[13] und des Patentrechtes, kämen wohl vor allem die Standardisierung, die Abstimmung der Vorschriften über Zulassungskriterien für Heilmittel[14] und die gegenseitige Anerkennung von Tests sowie der Beitritt zur EG-Konvention über die Vollstreckung von Gerichtsurteilen in Frage.

5. Der dritte schweizerische Vorschlag betreffend die Bekundung der Bereitschaft zu Konsultationen mit den EG-Staaten ist nicht eingehend besprochen, aber immerhin durch den Hinweis in Absatz (b) des Arbeitsmandates gedeckt worden. Die gewählte Formulierung verweist auf die Beschlüsse der Ministerkonferenz in Wien vom Jahre 1965[15], die vor allem darin bestanden, gemeinsame Konsultationen mit der EG vorzuschlagen. Diese Frage wird im Lichte der Arbeiten der EFTA-Gruppe in Genf erneut aufgegriffen werden.

6. Das Wiener Communiqué bringt ferner durch den Hinweis auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorschlages der Sechs und einer Ausgewogenheit der Vorteile für jeden EFTA-Staat zum Ausdruck, dass Zwischenlösungen

---

10. *Vgl. Doss.* E7001C#1982/115#940* (2520.1).
11. *Vgl. dazu Dok. 15,* dodis.ch/33250.
12. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/32941.
13. *Vgl. dazu Dok. 178,* dodis.ch/33038.
14. *Vgl. dazu Dok. 116,* dodis.ch/32506.
15. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 99,* dodis.ch/31418, *Anm. 9.*

für alle EG-Staaten annehmbar sein und alle interessierten EFTA-Staaten, ohne Unterschied zwischen Beitrittskandidaten und übrigen Ländern, zur Mitwirkung zugelassen werden müssten. Spaltungsversuche werden in beide Richtungen entmutigt. In der Diskussion wurde jedoch nicht bestritten, dass gewisse Länder, die an Handelsarrangements besonders interessiert sind, selbst dann auf derartige Lösungen eintreten könnten, wenn andere EFTA-Staaten aus politischen Erwägungen vorziehen würden, in der Expektative zu beharren.

Die Währungsdiskussionen in Bonn[16] sollten übrigens zur Genüge gezeigt haben, dass die Mitwirkung aller interessierten Länder zur Lösung der europäischen Wirtschaftsprobleme unerlässlich ist.

7. Grossbritannien hat natürlich auf die Forderung eines Junktims noch nicht verzichtet, jedoch von den übrigen EFTA-Staaten kaum Unterstützung erhalten. Die EFTA-Gruppe in Genf wird sich voraussichtlich nun vor allem bemühen müssen, realistischeren Vorstellungen über die mögliche Ausgestaltung der Handelsarrangements zum Durchbruch zu verhelfen.

16. *Zur Währungskonferenz in Bonn vom 20.–22. November 1968 vgl. Doss.* E2807#1974/12#380* (060-09).

118

dodis.ch/33266

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Ausfuhr von Kriegsmaterial

Bern, 29. November 1968

Sie haben Auskunft zu den beiden folgenden Fragen gewünscht[2]:

1. Was wurde vom Moment an unternommen, da festgestellt worden war, dass die Vorschriften über die Ausfuhr von Kriegsmaterial von schweizerischen Exporteuren eventuell umgangen wurden?

2. Welche Massnahmen zur Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften drängen sich für die Zukunft auf?

1. *Notiz:* E2807#1974/12#269* (042.3-03). *Verfasst von C. Jagmetti und unterzeichnet von M. Gelzer.*

2. *Für eine Übersicht über die illegalen Waffenausfuhrgeschäfte der Oerlikon-Bührle AG vgl. die Antwort von W. Spühler auf verschiedene parlamentarische Vorstösse im Nationalrat vom 19. Dezember 1968,* dodis.ch/33440; *das Protokoll der Sitzung der Ständerätlichen Kommission zur Beratung der Motion Renschler vom 7. Februar 1969,* dodis.ch/33434 *sowie die Antwort von W. Spühler auf die Interpellation Bodenmann im Ständerat vom März 1969,* dodis.ch/33447. *Aufgrund der Interpellation von Nationalrat W. Renschler beauftragte der Bundesrat eine Expertenkommission einen Bericht über die grundsätzliche Problematik der Waffenausfuhr zu erarbeiten. Vgl. den Bericht vom November 1969,* dodis.ch/33432. *Vgl. ferner die Notiz* Note concernant les réactions de la presse étrangère à la suite de l'affaire Bührle *vom 23. Januar 1969,* dodis.ch/33466.

ad 1: Im Anschluss an die Berichte[3] von Herrn Botschafter Real aus Lagos betreffend das Vorhandensein von Oerlikon-Kanonen in Nigeria überprüften wir sämtliche Lieferungen solcher Geschütze nach Afrika. Dabei fiel uns ein grosses Geschäft mit Äthiopien besonders auf, und wir unterbreiteten die von der Firma Bührle vorgelegte, von den äthiopischen Behörden ausgestellte Nichtwiederausfuhrerklärung unserer Botschaft in Addis Abeba zur Überprüfung. Die Abklärungen von Herrn Botschafter Bernoulli bei den äthiopischen Behörden ergaben, dass das Dokument gefälscht war[4]. Von diesem Moment an unterbreiteten wir die Nichtwiederausfuhrerklärungen für alle Lieferungen von einigem Umfang unseren Auslandvertretungen zur Überprüfung. Dies führte zur Aufdeckung weiterer Fälschungen betreffend angebliche Lieferungen nach Iran[5] und Frankreich[6], die – soweit das Ermittlungsverfahren bei Bührle bisher ergab – offenbar aber nach Israel, Ägypten, Saudi-Arabien, Nigeria und Südafrika[7] umgeleitet wurden.

ad 2: mit Rücksicht auf die guten Ergebnisse dieses Überprüfungsverfahrens erscheint es als angezeigt, auch in Zukunft so vorzugehen. Dies gibt uns Gewähr dafür, dass die bewilligten Exporte tatsächlich für den angegebenen Empfängerstaat bestimmt sind, so dass der schweizerische Exporteur kein falsches Bestimmungsland vortäuschen kann. Selbstverständlich schliesst dies aber nicht aus, dass sich ein Empfängerstaat über die eingegangene Verpflichtung hinwegsetzen und das Material trotzdem weiterexportieren kann. Sollte dies jedoch vorkommen, so wäre das betreffende Land wohl sofort mit einem Embargo zu belegen.

Wenn wir davon ausgehen, dass grundsätzlich die bisherige Regelung der Kriegsmaterial-Ausfuhr beibehalten wird, erscheint uns das oben erwähnte Überprüfungsverfahren als genügend, und es drängen sich nach unserem Dafürhalten keine anderen Massnahmen auf.

Für alle Fälle sei darauf hingewiesen, dass das Überprüfungsverfahren beim Militärdepartement, beim Politischen Departement und bei den dabei eingeschalteten Auslandvertretungen zu einer gewissen Mehrbelastung führt[8].

---

3. *Vgl. die Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 16. Mai 1968,* dodis.ch/33501 *und vom 12. Juni 1968,* dodis.ch/33502. *Für eine Übersicht dieser Korrespondenz vgl. die Notiz der Bundesanwaltschaft vom 16. Dezember 1968,* dodis.ch/33433 *und die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 16. Dezember 1968,* dodis.ch/33499. *Vgl. auch Bd. 23, Dok. 28,* dodis.ch/31386, *bes. Anm. 17.*

4. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Bernoulli an P. Micheli vom 22. Juli 1968,* E2001E#1980/83#3506* (B.51.14.21.20) *sowie das Schreiben von F. Bernoulli an P. Micheli vom 25. Juli 1968,* dodis.ch/33452.

5. *Vgl. dazu das Schreiben von M. König an P. Micheli vom 23. September 1968,* E2001E#1980/83#2857* (B.51.14.21.20).

6. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Gelzer an H. Walder und A. Kaech vom 3. Dezember 1968,* dodis.ch/33481 *und das Schreiben von J. Ruedi an H. Walder vom 14. November 1968,* E 5001(G) 1982/18 Bd. 128 (793.21).

7. *Zu Kriegsmaterialexporten nach Südafrika vgl. Dok. 147,* dodis.ch/33270.

8. *Zum verwaltungsinternen Kontrollverfahren betreffend Kriegsmaterialexport vgl. Dok. 132,* dodis.ch/33268.

119

dodis.ch/32506

Notiz für den Chef des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

Heilmittelkontrolle Grossbritannien

Bern, 6. Dezember 1968

Sie haben mich gebeten, an Ihrer Stelle an der Sitzung betreffend die Angelegenheit der Heilmittelkontrolle im Verhältnis zu Grossbritannien[2] teilzunehmen, die am 4. Dezember[3], 15 Uhr unter dem Vorsitz von Botschafter Weitnauer stattfand. Verlauf und Ergebnis der Besprechung können wie folgt zusammengefasst werden:

Herr Weitnauer referierte einleitend über seine kürzlichen Sondierungen in London[4] (Board of Trade), die gezeigt hätten, dass die Engländer, entgegen seiner Erwartung, offenbar die in Vorbereitung befindliche Draft Convention der EFTA[5] anders auslegen als wir, d. h. die Möglichkeit von Inspektionen auf dem Gebiete eines Drittstaates nicht ausschliessen. Was Grossbritannien vorschwebt, ist eine Art permanente Zusammenarbeit der *Instruktoren*, die sehr weit gehen kann, jedenfalls weiter als uns das lieb ist. Trotz dieser Diskrepanz der Auffassungen hätte er, Weitnauer, jedoch den Eindruck gewonnen, dass London zu bilateralen Verhandlungen bereit sei und zwar unabhängig von den laufenden EFTA-Besprechungen[6] in Genf.

Die darauffolgende Diskussion, die zur Hauptsache von den Herren Egli (Schweiz*[erische]* Ges*[ellschaft]* für chem*[ische]* Industrie) und Fischer (IKH) bestritten wurde, zeitigte nachstehende Resultate:

1. Die Aufnahme bilateraler Gespräche mit Grossbritannien ist nicht nur jederzeit möglich, sondern unsererseits auch erwünscht.

2. Auf Grund der neuen britischen «Medicines Act» scheint eine für beide Seiten befriedigende Lösung denkbar.

3. Schweizerischerseits gilt es nun vor allem das Vertrauen in unser Inspektionssystem bei den Engländern herzustellen, d. h. unsern Gesprächspartnern

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#2439* (B.11.42.0). *Verfasst und unterzeichnet von P. Dietschi. Handschriftliche Marginalie von M. Gelzer:* mit bestem Dank.

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 87,* dodis.ch/31434 *und Dok. 113,* dodis.ch/31433 *sowie das Schreiben von A. Weitnauer an O. Long vom 26. Oktober 1967,* dodis.ch/32505. *Zur Frage der verbotenen Handlungen für einen fremden Staat in der Schweiz vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32619.

3. *Vgl. dazu auch das Schreiben von A. Weitnauer an R. Keller vom 10. Dezember 1968,* E7110#1979/14#63* (225.4).

4. *Zur Besprechung in London, die am 6. November 1968 beim britischen Gesundheitsministerium und nicht beim Board of Trade stattfand, vgl. die Notiz von R. Gächter vom 7. November 1968,* E7110#1979/14#63* (225.4).

5. *Für die verschiedenen Versionen der* Draft Convention for the mutual recognition of inspections in respect of the manufacture of pharmaceutical products *vgl. Doss.* E2001E#1980/83#788* (C.41.775.09).

6. *Vgl. dazu die Notiz von G. Hentsch vom 5. März 1968,* dodis.ch/32512 *und die Notiz von M. Krafft an E. Diez vom 21. Mai 1969,* dodis.ch/32513.

klar zu machen, dass unser System dem ihren ebenbürtig ist. Dabei sollte vermieden werden, in allfälligen Konzessionen soweit zu gehen, wie gegenüber den USA[7] («evaluation»), die das Maximum des für uns gerade noch Tragbaren darstellen (die Engländer scheinen vorderhand über unsere Absprache mit Washington nicht informiert zu sein).

4. Die bilateralen Verhandlungen mit Grossbritannien wären mit den multilateralen in der EFTA zu koordinieren, wobei wir danach trachten sollten, mit den Engländern zu einer Absprache zu kommen, bevor die Verhandlungen in der EFTA (die sich noch über gute zwei Jahre hinziehen dürften) abgeschlossen sind.

Als konkretes Ergebnis der Sitzung wurde beschlossen, die Engländer im Januar nach Bern einzuladen[8], wobei zunächst weniger an substantielle Verhandlungen als an eine Vertiefung des Gedankenaustausches insbesondere über die Absichten der EFTA-Konvention gedacht wird.

---

7. *Vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32619 *sowie Dok. 66,* dodis.ch/32685.

8. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 312 von R. Keller an A. Weitnauer vom 24. Dezember 1968,* dodis.ch/32507. *Zum Treffen in Bern vom Mai 1969 vgl. Doss.* E7110#1980/63#70* (255.4). *Zum Folgetreffen in London vgl. den Bericht von G. Hentsch an A. Weitnauer vom 22. Oktober 1969,* dodis.ch/32508.

120

dodis.ch/32837

Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Chef du Département politique, W. Spühler, et au Chef du Département de justice et police, L. von Moos[1]

Visite de M. Enrico Martino, Ambassadeur d'Italie

Berne, 10 décembre 1968

L'Ambassadeur d'Italie me fait part de la vive préoccupation de son gouvernement au sujet des manifestations de xénophobie[2] qui se répètent en Suisse à l'égard d'ouvriers italiens. En particulier, la mort de l'ouvrier italien[3] à St. Moritz, il y a une quinzaine de jours[4], qui avait été attaqué par trois Suisses a soulevé un grand émoi en Italie et dans la communauté italienne en Suisse. L'Ambassadeur d'Italie me remet l'aide-mémoire[5] ci-joint.

---

1. *Notice:* E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1). *Copies à C. Motta, M. Gelzer, M. Jaccard, à l'Ambassade de Suisse à Rome et à la Police fédérale des étrangers du Département de justice et police.*

2. *Cf. la notice de M. Gelzer du 14 juin 1967,* dodis.ch/32652.

3. *A. Tonola, cf. la notice de M. Gelzer à W. Spühler du 31 décembre 1968,* dodis.ch/32838.

4. *Dans la nuit du 22 au 23 novembre 1968, cf. la lettre de E. Martino à P. Micheli du 19 décembre 1968 et les coupures de presse qui y sont annexées, doss. comme note 1.*

5. *Aide-mémoire de l'Ambassade d'Italie à Berne au Département politique de décembre 1968,* dodis.ch/33791.

Il pense qu'un geste de la part de la Suisse serait de nature à calmer les esprits. Il demande si le Conseil fédéral ne pourrait pas faire une déclaration déplorant cette agression et appelant la population suisse à se conduire correctement vis-à-vis des ouvriers étrangers; il suggère également qu'une réparation morale soit allouée à la famille. (L'ouvrier assassiné laisse une femme et quatre petits enfants.)

M. Martino saisit l'occasion pour s'enquérir de la suite donnée par les autorités fédérales au problème de l'assurance des familles d'ouvriers italiens demeurées en Italie[6]. Je le prépare à une prise de position négative, lui disant que le Conseil fédéral avait examiné un rapport[7] de l'Office fédéral des assurances sociales d'où il ressort que dans l'état actuel des choses il ne serait guère possible de déférer à la requête italienne. L'Ambassadeur d'Italie reprend à nouveau tous les arguments déjà exposés préalablement dans cette affaire. Il souligne qu'une fin de non-recevoir pourrait avoir de sérieuses conséquences et se réfère à un entretien qu'il a eu avec Monsieur le Conseiller fédéral Tschudi et M. le Vice-Directeur Motta[8].

6. *Cf. doc. 56,* dodis.ch/32300.
7. *Cf. le PVCF N° 1975 du 9 décembre 1968,* dodis.ch/33663.
8. *Cf. notamment la lettre de H.-P. Tschudi à C. Motta du 12 décembre 1967,* E3340B#1989/175#1009* (797.272/J3).

121

dodis.ch/33129

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements[1]

Besuch[2] einer peruanischen Finanzdelegation in Zürich (am Sitz des Schweiz. Bankvereins) vom 18. Dezember 1968

Bern, 20. Dezember 1968

Nach einer einleitenden Begrüssung durch den Vorsitzenden, erläutert der *peruanische Wirtschaftsminister, General Valdivia*, in grossen Zügen, das Aktionsprogramm seiner Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist grundsätzlich in zwei Abschnitte zu teilen:

1. Meisterung der gegenwärtigen Situation;
2. künftige Entwicklung.

1. *Notiz:* E7110#1979/14#2090* (861.5). *Unterzeichnet von H.-U. Greiner. Kopien an die schweizerische Botschaft in Lima, die Abteilung für Politische Angelegenheiten und den Dienst für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, die Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements und die Geschäftsstelle für Exportrisikogarantie sowie an R. Probst, H. Bühler, W. Kobel, H. Hofer, H. Aebli, H.-U. Greiner.*
2. *Vgl. dazu auch das Schreiben von H. Hess an E. Léchot vom 27. Dezember 1968,* dodis.ch/33819 *sowie zu späteren Treffen die* Notiz über den Besuch von Botschafter José de la Puente *vom 3. September 1969,* dodis.ch/33943.

ad 1) Stabilisierung der Staatsfinanzen durch: Erschliessung neuer permanenter Einnahme-Quellen, Verbesserung der Erhebungsmethoden und Eliminierung des Budgetdefizits.

– Stand-by-Kredite. Der IWF hat bereits 75 Mio. $ gewährt; 70 Mio. $ stammen aus den USA und Kanada. Verträge über 25 Mio. $ sollen in den kommenden Tagen mit europäischen Banken abgeschlossen werden. (GB [8 Mio. $], BRD [4,5 Mio. $], Frankreich [3,5 Mio. $], Schweiz [2.75 Mio. $], Skandinavische Banken [1 Mio. $], Belgien [1 Mio. $]; mit Italien [4,25 Mio. $] tauchten Schwierigkeiten auf, die möglicherweise auf den kürzlichen Regierungswechsel zurückzuführen sind.)

– Private Investitionen. Hier weist General Valdivia einerseits auf die Wichtigkeit ausländischer Investitionen für die peruanische Wirtschaft hin; sie seien in Peru nach wie vor sehr erwünscht. Gemäss den peruanischen Gesetzen seien Ein- und Ausfuhr von Kapital, die Überweisung von Amortisationen und Erträgnissen, etc., frei; die Transfers hätten im Rahmen der Devisenbestimmungen des Banco Central de Reserva mit Devisenzertifikaten zu erfolgen. Andrerseits gibt der General bekannt, dass für die nächsten drei Jahre bereits Investitionen im Werte von mindestens 360 Mio. $ (American Smelting allein 330 Mio. $) vorgesehen seien. Der Fall der International Petroleum Company sei ein ganz besonders gelagerter Einzelfall[3], der kein Präjudiz für die Haltung der peruanischen Regierung gegenüber ausländischen Investitionen bedeute und der nicht falsch interpretiert werden sollte. Im übrigen handle es sich hier nicht um eine Konfiskation sondern um eine Expropriation, die im öffentlichen Interesse liege; eine Handlung also, die grundsätzlich von allen Ländern der Welt vorgenommen werden könne. Eine Schätzung der Aktiven der IPC sei bereits im Gange. An dieser Stelle lassen sich unsere Bankiers bestätigen, dass namentlich Lima Light and Power[4] nicht gefährdet ist.

ad 2) Die künftige Entwicklung soll gefördert werden durch:

– besseren Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel;

– rationelle Durchführung der Pläne, die auf lange Sicht (20 Jahre), mittlere Sicht (5 Jahre) und kurze Sicht (1 Jahr) aufgestellt und harmonisch koordiniert wurden. (Vgl. dazu Berichte der Schweiz. Botschaft in Lima vom 6. und 9. Dezember 1968[5]).

Der Hauptzweck der Reise nach Europa bestehe im Abschluss der Verhandlungen über die Refinanzierungskredite und die Stand-by-Kredite zur Entlastung der Zahlungsbilanzen der Jahre 1968 und 1969. Ferner wolle man in Zürich abklären, was die Schweiz, ausser dem Stand-by-Kredit[6], noch an Hilfe leisten könne. Einen gut gelungenen Beitrag stelle die Lima Light and

---

3. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 20. Dezember 1968,* E7110#1979/14#2082* (832).

4. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 7. Dezember 1967,* E2001E#1978/84#5555* (C.41.157).

5. *Vgl. Doss.* E2005A#1980/82#679* (t.311).

6. *Vgl. das Schreiben von R. Probst an die Generaldirektion des Schweizerischen Bankvereins vom 14. Januar 1969,* E7110#1980/63#1794* (861.5).

Power dar. Unter dem Vollmachtenregime sei u. a. auch diese Gesellschaft zu einem Status-Wechsel gezwungen worden. Die heutige Regierung sei jedoch bemüht, ihr die Aufgabe zu erleichtern. (Es ist uns bekannt, dass das Begehren der Lima Light and Power, das die Nominalisierung der Aktien zum Gegenstand hatte, bereits erfüllt wurde.) Es gelte, die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen durch weitere Leistungen auszubauen. Zur Abklärung stünden zwei Gruppen von Hilfeleistungen:

a) Hilfe vom privaten Sektor;

b) Hilfe aus dem öffentlichen Sektor.

ad a) Hierunter versteht der General u. a. die Eröffnung von Kreditlinien der Banken an peruanische Institute, wie Banco Industrial, Fondo de Fomento und insbesondere auch an den Fondo de Inversiones Privadas (FIP), zum Ankauf schweizerischer Maschinen etc.

ad b) Hier denkt der General an Leistungen des Bundes im Rahmen der technischen Zusammenarbeit.

Dr. Kuczinsky (Gerente Banco Central de Reserva) erläutert Sinn und Zweck des FIP, der erst vor kurzem gegründet worden sei und vom Banco Central de Reserva verwaltet werde. Dieser Fonds soll dem Ankauf von Investitionsgütern (mittelfristige Kredite für die Sektoren Maschinen, Landwirtschaft und Minen) im Ausland dienen und ganz allgemein mithelfen, die Wirtschaft anzukurbeln sowie namentlich auch die privaten Banken zum Einsatz von Mitteln zugunsten der Industrie anregen. Über die definitive Form des Wirkens des FIP habe man bereits gewisse Vorstellungen (die aber noch nicht ganz gefestigt scheinen). Der Fonds sollte über Kreditlinien in möglichst vielen Ländern verfügen, damit die Importeure Perus ihre Käufe nach kaufmännischen Regeln tätigen könnten, ohne auf ein bestimmtes Land angewiesen zu sein. Von der USAID sei eine «soft loan» von 7,5 Mio. $, gebunden an die Lieferung von Maschinen aus den USA, gewährt worden. Die Tschechoslowakei habe 6 Mio. $ zum Ankauf von tschechischen Maschinen zur Verfügung gestellt. Mit andern Ländern, d. h. der BRD, Belgien und Italien stehe man in Diskussion. Frankreich dagegen sei momentan nicht aktuell. Eine Kreditlinie der Schweiz von ungefähr 3–5 Mio. $, insbesondere für den Ankauf von Textilmaschinen, wäre sehr willkommen. Auf eine Frage der Bankiers hin wird bestätigt, dass der Banco Central de Reserva, also die Staatsbank, als Kreditnehmer auftreten würde. Herr *Paltzer* nimmt eine kleine Dokumentation über diese neue Einrichtung mit Dank in Empfang, bringt dem FIP Sympathie entgegen, weist aber gleichzeitig auch auf die Bedeutung der ERG hin und bittet Herrn *Léchot*, sich zu diesem Punkt zu äussern. Dieser weist auf die wohlwollende Haltung der Behörden und das Interesse der schweizerischen Wirtschaft gegenüber Peru hin und hebt die beträchtlichen bisherigen schweizerischen Leistungen hervor (steigender Warenaustausch, Investitionen, Schweizer-Kolonie, etc.)[7]. Auch wir sind an einem Ausbau der guten Wirtschaftsbeziehungen interessiert.

---

7. *Vgl. das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 7. März 1968,* dodis.ch/33949 *sowie die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 13. November 1969,* dodis.ch/33947.

Der FIP ist für uns nichts Neues. Über seine Aktivität ist jedoch noch wenig bekannt. Rahmenkredite, deren Ausnützung in manchen Fällen unbefriedigend ist, nivellieren oft die Zahlungskonditionen in dem Einzelfall nicht angepasster Weise. Es gibt souplere Lösungen, die befriedigendere Resultate ergeben. Die Behörden sind bereit, die Angelegenheit in Zusammenarbeit mit Banken und Industrie näher zu prüfen. Herr Kuczinsky wurde gebeten, zu diesem Zwecke genauere Angaben über die zu finanzierenden Objekte bzw. Investitionsgüter zu machen und uns auch über die Resultate, die die Verhandlungen mit andern Ländern ergaben, zu informieren. Beim Mittagessen stellt Dr. Kuczinsky Vorschläge für Januar 1969 in Aussicht.

In Bezug auf die technische Hilfe[8] schildert Herr Léchot die Politik des EPD und stellt fest, dass Peru im lateinamerikanischen Raum der wichtigste Konzentrationspunkt unserer Aktionen ist. Die bisherigen Leistungen schliessen nicht aus, dass neue, konkrete Vorschläge, die in einem gewissen Zusammenhang mit den bereits in Ausführung stehenden Programmen stehen und die von der peruanischen Regierung auszugehen hätten, schweizerischerseits mit Wohlwollen geprüft werden.

Herr *Wehrli* (SBG) beleuchtet gewisse Aspekte der offiziellen und privaten Leistungen der schweizerischen Entwicklungshilfe, im besonderen jene die in Peru geleistet wird.

In Bezug auf die privaten Investitionen hebt Herr *Léchot* die Wichtigkeit des guten Investitionsklimas hervor. Ein Abkommen über den Schutz und die Förderung von Investitionen, wie es bereits mit andern Ländern, auch lateinamerikanischen, abgeschlossen wurde, könnte in verschiedener Hinsicht nützlich sein (Klima, Investitionsrisikogarantie). Auch würde es nur eine Bestätigung der bisherigen, liberalen Praxis Perus sowie der im Völkerrecht enthaltenen Zusicherungen darstellen. *General Valdivia* zeigt sich interessiert. Er will unsern Muster-Text[9], von dem wir ihm einige Exemplare (französisch und spanisch) übergeben, prüfen lassen.

Stand-by-Kredit

In London offen gebliebene, banktechnische Fragen wurden (in geradezu freundschaftlicher Weise) bereinigt. Weil es nicht sicher ist, dass Italien noch mitmacht, stimmen die Banken auch einer evtl. Erhöhung des Betrages um eine halbe Million Dollar zu. (Der ursprüngliche Betrag von 6–7 Mio. $, den die schweizerischen Banken übernehmen sollten, war inzwischen auf 2,75 Mio. $ oder 11,8525 Mio. *Franken* reduziert worden und zwar in Übereinstimmung mit der von Peru gewünschten Herabsetzung des Beitrages der europäischen Banken von 40 auf 25 Mio. $.)

Nach dem gemeinsamen Mittagessen schritten die Banken (Vertreter der Volksbank und der Bank Leu wurden eilends aufgeboten) zur Unterzeichnung des Vertrages über die Gewährung des Stand-by-Kredites in der Höhe von vorläufig 11,8525 Millionen Franken.

---

8. *Zur technischen Hilfe an Peru vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 134,* dodis.ch/31350; *Dok. 158,* dodis.ch/31347 *und DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *bes. Anm. 41 und Anm. 46.*

9. *Vgl. Dok. 94,* dodis.ch/32865, *bes. Anm. 7.*

Während des Mittagessens ergab sich auch Gelegenheit, das Konsolidierungsgesuch Sulzer/MFO (Beilage 2[10]) zur Sprache zu bringen. Die Herren *Kuczinsky* und *Meneses* wiesen darauf hin, dass dieses Begehren nichts mit der Regierungspolitik (Situation der Zahlungsbilanz und Konsolidierung) zu tun habe. Die Asignación Departamental de Loreto verfüge über ein Budget; ihre Mittel reichten nun aber offenbar nicht aus, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ein Zusammenhang dieser Lage mit der Abwertung könne bestehen. Herr Kuczinsky ist *persönlich* der Meinung, dass der Tarif für den Verkauf von Elektrizität in Iquitos vielleicht etwas zu tief angesetzt wurde. Es sei auch nicht ausgeschlossen, dass es die Verwaltung des Werkes schwierig habe, die Konsumenten elektrischen Stroms zum Zahlen zu bewegen. Seiner persönlichen Ansicht nach könnte man auf einer rechtzeitigen Zahlung der Amortisationsquoten insistieren. (Bei der endgültigen Beurteilung des vorliegenden Gesuches, dürfte aber auch die Tatsache, dass es sich beim Schuldner um einen guten Kunden der schweizerischen Industrie handelt, eine Rolle spielen.) Dr. Meneses dagegen will sehen, was sich in Peru tun lässt. Er wird unserer Botschaft in Lima Bescheid geben.

Die peruanische Delegation hinterliess einen sehr guten Eindruck. Der Wirtschaftsminister äusserte sich in klarer, offener Sprache und namentlich auch Dr. Kuczinsky scheint ein aufgeschlossener, kompetenter Fachmann, dem unsere Banken vertrauen, zu sein.

10. *Vgl. Doss. Anm. 1.*

122

dodis.ch/33047

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Exportrisikogarantie/Revision der Vollziehungsverordnung

[Bern,] 8. Januar 1969

Ich beziehe mich auf Ihr Gespräch mit Herrn Marcuard und die Absetzung der Vorlage von der Tagesordnung der heutigen Bundesratssitzung. Herr Jolles wurde von mir informiert und wird Herrn Bundesrat Schaffner orientieren. Herr Jolles war ziemlich ungehalten[2] und stellte in Aussicht, sich unseren Ergänzungsvorschlägen zu widersetzen.

Für den Fall, dass es zu einer Diskussion im Bundesrat kommt[3], sind hier einige Fakten:

1. *Notiz:* E2807#1974/12#564* (17-03). *Verfasst und unterzeichnet von R. Pestalozzi. Visiert von W. Spühler.*
2. *Zu den Divergenzen zwischen dem Politischen Departement und dem Volkswirtschaftsdepartement in Sachen Entwicklungszusammenarbeit, resp. Wirtschaftsförderung, vgl. Dok. 34,* dodis.ch/32830, *Anm. 8.*
3. *Im Beschlussprotokoll II der Bundesratssitzung vom 8. Januar 1969 wurde das Thema nicht protokolliert, vgl. Doss.* E1003#1994/26#12*.

1. Die Vorlage ist im Mitberichtsverfahren erst am 7. Januar in den Besitz des Politischen Departements gelangt. Ein gründliches Studium bis zur Sitzung des Bundesrates vom 8. Januar mit Gegenvorschlägen war nicht möglich.

2. Schwerwiegender ist die Tatsache, dass das Politische Departement im Vorverfahren nicht begrüsst wurde (im Gegensatz zur Finanzverwaltung und zur Justizabteilung). Dies ist um so weniger verständlich, als die Handelsabteilung von unserem Wunsch, an allen Vorlagen, welche die Entwicklungshilfe betreffen, mitzuarbeiten weiss, und uns bei ähnlichen Vorlagen, wie etwa der Investitionsrisikogarantie[4], beigezogen hat.

Im Bericht des Volkswirtschaftsdepartementes[5] wird mit Recht darauf hingewiesen, dass es sich bei der ERG um «einen wesentlichen Bestandteil unserer Entwicklungshilfe» handelt.

Wenn wir eine konsequente und widerspruchslose Politik gegenüber den Entwicklungsländern befolgen wollen, müssen die Vorlagen des Volkswirtschaftsdepartementes und des Politischen Departementes unter diesen beiden Departementen koordiniert werden. Der Wunsch des Politischen Departementes, zum Zwecke dieser Koordination ein interdepartementales Komitee für Entwicklungshilfe[6] zu schaffen, hat sich bis heute nicht verwirklichen lassen. Um so wichtiger sind die informellen Kontakte auf der Stufe der zuständigen Abteilungen.

3. Die Revision der Vollziehungsverordnung sollte Anlass sein, bei den Krediten an Entwicklungsländer das Element Entwicklungshilfe angemessen zu erwähnen. Eine erste rasche Lektüre der Verordnung ergibt, dass nirgends auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer Bezug genommen wird. Unseres Erachtens sollte die Verordnung Weisungen an die Ausführungsorgane in dieser Beziehung enthalten. Nur wenn bei der Erteilung der ERG auch auf die Interessen der Entwicklungsländer Rücksicht genommen wird, kann man sie als eine Entwicklungshilfe betrachten. Deshalb sollte die ERG nicht für sämtliche Exportkredite an Entwicklungsländer in Frage kommen, etwa für Konsumgüter mit Luxuscharakter, die für die Entwicklung des Landes keine Priorität haben. Ferner sollte in Fällen, wo ein Entwicklungsland überschuldet ist, Zurückhaltung geübt werden, nicht nur mit Rücksicht auf das Entwicklungsland selber, sondern auch auf jene entwickelten Länder, die Kredite zu weichen Bedingungen gewähren und uns vorwerfen könnten, dass ihre weichen Darlehen zur Bedienung unserer harten Darlehen dienen.

4. Wir halten es unter diesen Umständen für nötig, mit der Handelsabteilung Besprechungen im Hinblick auf eine allfällige Ergänzung des Verordnungstextes zu führen. *Das Geschäft kann am 15. Januar*[7] *behandelt werden* und am selben Tag in Kraft treten, womit die vom Volkswirtschaftsdepartement geltend gemachten Dringlichkeitsgründe Berücksichtigung finden.

---

4. *Vgl. dazu Dok. 94,* dodis.ch/32865.
5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 71 vom 15. Januar 1969,* E1004.1#1000/9#742*.
6. *Vgl. dazu das Referat von R. Pestalozzi vom 10. September 1968,* dodis.ch/32899 *und die Notiz von R. Pestalozzi an W. Spühler vom 24. November 1969,* dodis.ch/32895.
7. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 71 vom 15. Januar 1969,* E1004.1#1000/9#742*.

123

dodis.ch/32909

La Division des organisations internationales du Département politique à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève[1]

50ème anniversaire du choix de Genève comme siège de la SDN

[Berne,] 18 janvier 1969

Par note du 16 décembre 1968[2], vous attirez notre attention sur la date du 29 avril prochain: il y aura, ce jour là, 50 ans que Genève a été choisie comme siège de la SDN[3]. Le Conseil d'Etat genevois se demande comment va être célébré cet anniversaire, et M. Gottret attend que nous fassions des propositions éventuelles.

Nous sommes d'avis qu'il est préférable que cet événement soit commémoré sur le plan genevois. Sans vouloir oublier l'importance et la portée considérables de la décision prise à Paris le 29 avril 1919, à longue échéance, pour la Suisse entière, nous pensons qu'il est peu indiqué actuellement de raviver, dans les mémoires de nos compatriotes, certains souvenirs de l'époque de la SDN[4].

Au moment où ce département se donne pour tâche d'intéresser la population de notre pays à l'ONU, de la préparer à se prononcer sur une éventuelle adhésion de la Suisse à cette organisation[5], une évocation trop bruyante de la SDN, en retour sur une passé malheureux à bien des égards risqueraient de nuire, en définitive, à nos efforts.

---

1. *Notice:* E 2210.7(A) 1987/57 vol. 14 (7.a00.1). *Rédigée par A. Coigny et signée par H. Langenbacher.*
2. *Notice de J. Humbert à la Division des organisations internationales du Département politique du 16 décembre 1967,* E2003A#1980/85#2* (o.104.0).
3. *Sur la question du siège de la SDN, cf. DDS, vol. 7-I, doc. 207; doc. 209; doc. 236; doc. 289; doc. 305; doc. 326; doc. 328; doc. 332; doc. 343 et doc. 346.*
4. *Annotation dans le texte original:* La Confédération se ferait bien entendu représenter aux manifestations qui seraient organisées à Genève.
5. *Cf. doc. 4,* dodis.ch/33242 *et doc. 32,* dodis.ch/32940.

124

dodis.ch/33248

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Südafrika

Bern, 18. Januar 1969

Das Politische Departement hat uns mit Schreiben vom 9.[2], das auch an die Finanzverwaltung ging, in Bezug auf unsere Finanzbeziehungen zu Südafrika folgendes mitgeteilt.

– Das EPD hat weiterhin Bedenken auf dem Gebiet des Kapitalexportes[3] und zwar wegen den Reaktionen in der UNO[4].

– Eine vom EPD veranstaltete Umfrage[5] bei europäischen Staaten und bei Australien hat ergeben, dass kein Land daran denkt, seine Beziehungen zu Südafrika einzuschränken.

– Eine analoge Umfrage[6] bei afrikanischen Staaten ergab, dass ihre Haltung viel weniger aggressiv ist als man dies nach den Reaktionen in der UNO erwarten dürfte[7].

---

1. *Notiz:* E7110#1980/63#1475* (861.5). *Verfasst und unterzeichnet von H. Bühler.*

2. *Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Handelsabteilung und die Finanzverwaltung vom 9. Januar 1969,* E2003A#1980/85#1971* (o.713.763).

3. *Zum schweizerischen Kapitalexport nach Südafrika vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 14,* dodis.ch/8771; *Dok. 45,* dodis.ch/8772 *und Dok. 129,* dodis.ch/8770; *DDS, Bd. 19, Dok. 95,* dodis.ch/9344 *und Dok. 99,* dodis.ch/9345; *DDS, Bd. 20, Dok. 46,* dodis.ch/13244; *DDS, Bd. 21, Dok. 92,* dodis.ch/16078; *DDS, Bd. 23, Dok. 156,* dodis.ch/31047; *die interne Notiz von L. Rochat an P. Micheli vom 8. März 1968,* dodis.ch/33761; *das Schreiben von L. Rochat an die E. Stopper vom 18. März 1968,* dodis.ch/33676; *die Notiz von R. Beaujon an P. A. Nussbaumer vom 10. April 1968,* dodis.ch/33759; *die Notiz von G. Ducrey und F. Pictet vom April 1968,* dodis.ch/33757; *das Schreiben von H. Bühler an P. A. Nussbaumer vom 22. Mai 1968,* dodis.ch/33670; *das Schreiben von W. Spühler an E. Stopper vom 25. Juni 1968,* dodis.ch/33671; *die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 8. Juli 1968,* dodis.ch/33672; *das Schreiben von N. Celio an den Präsidenten des Mouvement anti-apartheid de Genève vom 14. April 1969,* dodis.ch/33673 *und die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 14. Mai 1969,* dodis.ch/33758. *Zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Schweiz und Südafrika vgl. das Protokoll der* Ständerätlichen Kommission für die Vorberatung des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des von der Schweiz mit Südafrika abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung *vom 21. November 1967,* dodis.ch/33774. *Das Abkommen trat am 11. Juli 1968 in Kraft vgl. AS, 1968, S. 1051–1066.*

4. *Zur Kritik innerhalb der UNO betreffend die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika vgl. Dok. 60,* dodis.ch/33642.

5. *Vgl. dazu das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer vom 12. Juli 1968 sowie das Schreiben von P. A. Nussbaumer an B. Turrettini vom 16. Dezember 1968,* E2003A#1980/85#1971* (o.713.763).

6. *Vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die schweizerischen Botschaften in Afrika vom 11. Juli 1968 sowie das Schreiben von P. A. Nussbaumer an B. Turrettini vom 16. Dezember 1968, ibid.*

7. *Der schweizerische Beobachter bei der UNO in New York relativierte diese Auffassung. Vgl. dazu das Schreiben von B. Turrettini an P. Micheli vom 5. Februar 1969,* dodis.ch/33669.

– In der UNO selbst wird die Kritik natürlich weitergehen. Um die Schweiz möglichst abzuschirmen, hat unsere Botschaft in Pretoria nun beim südafrikanischen Finanzministerium erreicht[8], dass unser Land in den vierteljährlichen Bulletins der Reserve Bank (Foreign liabilities of South Africa) nicht mehr namentlich aufgeführt wird, sondern unter «Westeuropa» figuriert.

(Wie Sie wissen, hatte ich Mr. de Kock von der Reserve Bank und Mr. Brown vom Finanzministerium schon anlässlich meines Besuches im April 1968[9] auf dieses Problem hingewiesen und sie gebeten, unserer besonderen Lage bei den Publikationen Rechnung zu tragen.)

8. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Hunziker an P. Micheli vom 19. Dezember 1968,* E 2200.178(-) 1984/167 Bd. 5 (521.6).

9. *Vgl. den* Bericht über die Reise nach Südafrika vom 18. bis 27. April 1968 *von H. Bühler vom 4. Juni 1968,* dodis.ch/33777.

125

dodis.ch/32843

Bericht des Vorsitzenden des Entwicklungskomitees der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit, E. M. Martin[1]

Comments by the Chairman of the DAC on the 1968 Annual Review of Switzerland

[Paris, 23 January 1969][2]

The first[3] examination in depth of the Swiss development assistance efforts and policy, though necessarily somewhat exploratory, has been of particular interest to the Members of the Development Assistance Committee. The Committee was impressed by the detailed presentation of the Swiss program[4] and by the explanations given by your representatives[5] during the review. In a sense, the Swiss situation is unique among DAC countries. Switzerland reaches and even exceeds in most years the one per cent of national income target, but this is achieved by almost exclusive reliance on private capital flows. Thus, Switzerland is the country with the highest percentage of private capital flows in relation to national income among DAC Members, while at

1. *Bericht:* E 2210.2(-) 1986/62 Bd. 36 (N.12.61).

2. *Ort und Datum wurden dem Begleitschreiben entnommen. Vgl. Doss. Anm. 1.*

3. *Der Bundesrat beschloss am 8. Mai 1968 dem DAC beizutreten. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 710 vom 8. Mai 1968,* E1004.1#1000/9#734*. *Zur Frage des Beitritts vgl. auch die Notiz von R. Pestalozzi an W. Spühler vom 19. Januar 1968,* dodis.ch/34115. *Am 10. Dezember 1968 wurde die Entwicklungspolitik der Schweiz erstmals vom DAC geprüft. Vgl. dazu Doss.* E 2210.2(-) 1986/62 Bd. 36 (N.11.41) und E2001E#1980/83#791* (C.41.780.003).

4. Comité d'aide au Développement, Examen annuel de l'aide 1967, Memorandum de la Suisse, E 2210.2(-) 1986/62 Bd. 36 (N.11.41).

5. *Die schweizerische Delegation bestand aus: C. Caillat, A. Dunkel, R. Pestalozzi, A. Hegner, F. R. Staehelin, R. Beaujon, M. Constantin und P. Gygi. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.*

the same time it ranks as by far the lowest contributor of official aid on a national income basis.

The major issue which concerned the Committee was clearly the volume of the Swiss official assistance program. While gross official disbursements have gradually expanded during the last few years, net official disbursements have remained more or less static at around $ 3 to $ 4 million, corresponding to not more than 0,03 per cent of Swiss national income or to 2,7 per cent of the total Swiss flow to developing countries in 1967. While the Committee fully recognized Switzerland's tradition of economic liberalism in matters of development, it was pointed out that certain essential requirements by less-developed countries could only be met by official assistance at soft terms. Responsibility for satisfying these requirements must be increasingly shared by all industrial countries, irrespective of the level of their private flows to less-developed countries. Even though there are no agreed targets for official aid alone, it is apparent that the Swiss record in this respect is still well below the level which is required and which could eventually be expected from a country with a high per capita national income[6].

The Committee has been somewhat encouraged by the forecasts at the review meeting on the prospective growth of the program in 1968 and 1969. In particular, it has noted that the introduction of official bilateral credits constitutes a major innovation in Swiss aid policy. It is greatly to be hoped that a faster rate of expansion of net official flows can be achieved, but this will require adequate budgetary authorizations over the next few years. It is, therefore, important that, when new requests for technical and humanitarian assistance as well as for capital flows are submitted to parliament, due account is taken of the need for a substantial strengthening of the official effort.

The Committee discussed the potential difficulties in such a course of action. It is unlikely that the balance of payments situation would prove an obstacle to an expansion of the program; on the contrary, the present large surplus in the overall current account should facilitate an expansion of official aid. Equally, budgetary problems do not appear to be more serious than those faced by most other DAC countries. But, as your delegates pointed out, it has to be recognized that the relative smallness of the Federal budget as compared with local budgets and the absence of a tradition of public expenditures outside the Confederation represents a psychological hurdle which it will require serious efforts to overcome. In this respect, the Government might study the possibility of encouraging, to the extent possible, the Cantonal and other local authorities to share in the common aid effort.

This brings me to what appears to be a major obstacle to a rapid increase in official aid. Public opinion, although generally favourable towards promoting development in the Third World by way of traditionally liberal approaches, is

---

6. *Zur Frage der Erhöhung der staatlichen Leistungen der Schweiz im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im DAC vgl. die* Notiz über die Finanzhilfe *der Handelsabteilung vom 21. Oktober 1968,* dodis.ch/34016; *die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 18. November 1969,* dodis.ch/33562 *und die Notiz von S. Marcuard an W. Spühler vom 1. Dezember 1969,* dodis.ch/32846.

apparently still rather reluctant to support a substantial strengthening of the public sector in the field of development assistance, outside emergency and humanitarian considerations. It is, I suggest, a task for the Swiss authorities to create here a wider understanding of the needs and thus to secure a greater public involvement. I hope that membership of the DAC, by facilitating a comparison of the Swiss program with that of other Committee Members, will be increasingly helpful to the Swiss authorities in this respect.

The present intentions for expansion of your assistance program may, as you have indicated, in large part take the form of mixed official-private export credits, similar to those accorded to India[7]. While appreciating your reasons for expanding official aid by intensified collaboration with the private sector, the Committee was somewhat concerned about the impact which this might have on your future financial terms performance in relation to the recommendations of the DAC. I do not need to elaborate here on the DAC's concern about the deteriorating external debt situation of developing countries and the need to meet this, at least in part, by a softening of aid terms. A greater reliance on mixed credits may make it very difficult to secure improvement in your future financial terms, unless you are prepared to extend the official part of these credits at very soft terms. The Committee appreciated the statement of the Swiss representative at the review meeting that you are fully aware of this situation.

I would also urge you to strengthen the selective character of these credits by concentrating on specially useful types of investments with a high "development effect", so as to make export credits more comparable to true development loans. While the utility of export credits for some purposes is not questioned, they very often reflect primarily commercial considerations which are not necessarily identical with the highest development priorities of recipient countries.

Apart from official loans and export credits, it is clear that there is scope for a progressive expansion in Swiss technical assistance (for which there is a large and rising demand), as well as for further contributions to multilateral agencies, which provide an increasingly appropriate channel for aid contributions – particularly for those donor countries which lack the necessary "on the spot" experience in developing countries. Apart from its intrinsic value, technical assistance is a particularly useful means for familiarizing wider sections of the public with the problems of development. With regard to multilateral contributions, the Swiss decisions to contribute to the International Development Association[8] and to join the Asian Development Bank[9] are particularly welcome; it is to be hoped that this kind of participation can be extended as opportunity permits.

In conclusion, I would assure you that both I and the Committee appreciate the special difficulties which face the Swiss authorities at this time and are encouraged by this first examination to hope that Switzerland will be able

---

7. *Vgl. dazu Dok. 144,* dodis.ch/32801, *Anm. 8.*

8. *Zur Botschaft über das Darlehen der Schweiz an die IDA vgl. Dok. 34,* dodis.ch/32830.

9. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 72,* dodis.ch/32796, *bes. Anm. 6.*

to share increasingly with other Members in meeting the urgent challenges of the development situation.

We are looking forward to the new progress in your program which the Swiss delegation will undoubtedly be able to report at the next annual review meeting[10].

10. *Für eine Übersicht über die Leistungen der Schweiz an die Entwicklungsländer 1967 und 1968 im Zusammenhang mit den Empfehlungen des DAC vgl. den Bericht des Politischen Departements an die Finanzkommission des Nationalrats vom 29. April 1969,* dodis.ch/32845.

126

dodis.ch/33715

Der schweizerische Botschafter in Havanna, A. Fischli, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Geheim Havanna, 3. Februar 1969

Fidel Castro gab mir in der Unterredung[2] vom 1. Februar etwas verklausuliert, aber doch unmissverständlich und wiederholt zu verstehen, dass ihm an einer Entspannung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gelegen ist. Er betonte mehrmals, dass seine Note betreffend die Flugzeugentführungen[3] ganz unpolemisch gehalten sei und es im Interesse der Sache liege, Polemik zu vermeiden. Die Mitarbeiter des Aussenministeriums fragen übrigens die westlichen Diplomaten schon seit einigen Wochen, ob sie auch bemerkt hätten, wie zurückhaltend FC in seinen Äusserungen über USA geworden sei.

Der Ministerpräsident führte aus, die Vereinigten Staaten hätten in Lateinamerika den falschen Weg eingeschlagen und sollten doch aufhören, sich in die inneren Verhältnisse der anderen Staaten einzumischen[4]. Damit wollte er offensichtlich meine Gegenfrage nach der Unterstützung der Guerilleros durch Kuba provozieren. Dies gab ihm die gewünschte Gelegenheit zu sagen, es wäre wohl am Besten, wenn jedermann die Anderen in Ruhe lassen könnte, schliesslich müsse jedes Land die Lösung seiner Probleme selbst suchen. Es sei vergebliche Mühe, Änderungen herbeiführen zu wollen, bevor die Situation dafür reif sei.

1. *Schreiben:* E2001E#1980/83#1176* (B.24.2). *Visiert von W. Spühler. Handschriftliche Marginalie von H.-U. Greiner:* am 15. 7. 69 in die Kanzlei gelangt.
2. *Zu weiteren Treffen mit F. Castro vgl. das Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 28. Mai 1968,* dodis.ch/33734.
3. *Note Nr. 5581 der kubanischen Regierung an die amerikanische Regierung vom 10. Februar 1969,* E 2200.176(-)1989/77 Bd. 14 (B.1). *Zur Problematik der Flugzeugentführungen vgl. ferner das Schreiben von F. Dufour an A. Fischli vom 6. Februar 1969,* dodis.ch/33736 *sowie das Schreiben von W. Bossi an P. Micheli vom 17. Februar 1969,* dodis.ch/33678.
4. *Zu den amerikanisch-kubanischen Beziehungen vgl. auch Dok. 7,* dodis.ch/33714.

Da FC von sich aus in diesem Zusammenhang meine für Anfang März geplante Reise[5] nach Washington erwähnte, darf man wohl annehmen, dass die Erklärung für das State Department bestimmt war. Sie bedeutet, falls ernst gemeint, eine grundlegende Schwenkung der Lateinamerikapolitik[6] Castros, wenn sie auch abgeschwächt wird durch den Hinweis auf die nordamerikanische Einmischung in Lateinamerika.

Zum mindesten darf daraus der Schluss gezogen werden, dass FC bereit ist, das Problem der kubanischen Subversion in Lateinamerika zu diskutieren, und wahrscheinlich auch, dass der Fehlschlag der Unternehmungen[7] in verschiedenen Ländern ihn davon überzeugte, dass die Lage für einen von links unten kommenden gewaltsamen Umsturz noch nicht reif sei – im Gegensatz zu den Putschen der meist rechts oben stehenden Generalitäten.

Ich habe am 27. Januar berichtet[8], dass Protokollchef Melendez mich ermuntert habe, den Wunsch Kubas nach Entspannung in Washington vorzubringen. Am 31. Januar traf ich in Gesellschaft Botschafter Neira, der im Aussenministerium für Westeuropa, Nord- und Südamerika zuständig ist. Er bat mich noch viel eindringlicher als Melendez, und sogar vor dem belgischen Botschafter[9], im State Department für Entkrampfung des Verhältnisses Kuba – USA einzutreten. Ich wiederholte, was ich schon Melendez gesagt hatte, nämlich dass meines Erachtens vorerst jede Seite, ohne *formelle* Verhandlungen, in unabhängigen Gesten eine Verbesserung der Atmosphäre anstreben könnte, was Neira lebhaft bejahte. Er bat mich, vor der Abreise noch bei ihm vorbeizukommen und den Fragenkomplex näher zu erörtern.

Warum wird diese diplomatische Aktion gerade jetzt gestartet, durch die schweizerische Botschaft, aber wahrscheinlich auch auf anderen Wegen? Schliesslich habe ich jedesmal, wenn ich nach den Vereinigten Staaten ging, dies den hiesigen Behörden vorher mitgeteilt und gefragt, ob sie irgend eine Botschaft zu übermitteln wünschten, und stiess früher immer auf kühle Interessenlosigkeit.

Hat FC den Eindruck, sein Regime sei politisch und wirtschaftlich so stark, dass es unter günstigen Voraussetzungen verhandeln könne? Oder fürchtet er einen Fehlschlag und möchte sich mit dem Hauptgegner noch rechtzeitig verständigen? Sucht er Rückendeckung gegen Russland, dessen Einfluss hier in letzter Zeit sehr gestiegen ist, oder haben ihn die Russen im Zuge ihrer Beschwichtigungskampagne nach der Besetzung der Tschechoslowakei dazu ermuntert? Sucht er ernsthaft eine Verständigung, oder rechnet er mit der

---

5. *Vgl. dazu Dok. 133,* dodis.ch/33716.

6. *Zur Interessensvertretung von lateinamerikanischen Staaten durch die Schweiz vgl. die Notiz* au sujet du retrait des intérêts haïtiens à Cuba *vom 9. März 1967,* dodis.ch/33675 *sowie die Notiz* Intérêts du Venezuela à Cuba *vom 24. April 1967,* dodis.ch/33677.

7. *Zur kommunistischen Tätigkeit F. Castros in Lateinamerika sowie zum Tod E. Guevaras in Bolivien vgl. das Schreiben von H. Vogt an P. Micheli vom 17. Oktober 1967,* dodis.ch/32265.

8. *Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 27. Januar 1969,* E2001E#1980/83#1176* (B.24.2). *Vgl. ferner zu einem nachfolgenden Treffen mit C. Neira das Schreiben von A. Fischli an W. Spühler vom 13. Februar 1969,* dodis.ch/33735.

9. *G. Elliott.*

Ablehnung seiner Avancen durch die Vereinigten Staaten, was wieder einmal erlauben würde, als der friedliebende Kleine sich zu präsentieren, dessen böser grosser Nachbar nicht in Frieden mit ihm leben will? Ich kann zurzeit keine fundierte Antwort auf diese Fragen geben, werde jedoch versuchen, Anhaltspunkte zu finden.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Schweiz von Kuba in eine diplomatische Aktion hineingezogen wird, die weit über unser Mandat[10] als Vertreter der USA hinausgeht.

Grosse Erwartungen hinsichtlich einer grundlegenden Änderung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten hege ich nicht. Politisch, sozial und wirtschaftlich sind die Gegensätze zu gross, ganz abgesehen von Stellung und Charakter Fidel Castros. Das Argument, schliesslich unterhielten die Vereinigten Staaten doch Beziehungen mit den kommunistischen Staaten Osteuropas überzeugt nicht. Gerade weil Kuba vor der Türe Nordamerikas liegt, ist es ein Problem sui generis.

Es wäre jedoch schon von Gutem, wenn in manchen Fragen des Nebeneinanderlebens erträglichere Regelungen gefunden werden könnten.

Wir sollten uns deshalb dem kubanischen Wunsch nicht entziehen. Sonst könnte mit einigem Recht der Vorwurf erhoben werden, die Schweiz hätte ihre Mitwirkung an einer Friedensaktion verweigert.

Anderseits sind Überlegung, Vorsicht und Diskretion unerlässlich, damit einerseits keine Möglichkeit nutzbringender guter Dienste vernachlässigt wird und anderseits ein allfälliges Scheitern der anzubahnenden Kontakte nicht uns zu Last gelegt werden kann.

Es dürfte auch im Interesse unseres Mandanten USA gelegen sein, über die Intentionen Kubas offen und vollständig orientiert zu werden.

Ich wäre dankbar, wenn ich diese Probleme vor der Reise nach Washington mit dem Departement besprechen könnte. Darf ich Sie bitten, mir zu telegraphieren[11], ob ich schon am 18. statt am 25. Februar hier abfliegen und mich in Bern melden soll?

---

10. *Zur Vertretung der amerikanischen Interessen in Kuba vgl. Dok. 7,* dodis.ch/33714. *Zu den Herausforderungen im Zusammenhang mit der amerikanischen Interessensvertretung vgl. ferner das Telegramm Nr. 71 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 4. Februar 1969,* dodis.ch/33735.

11. *Die Abreise wurde von P. Micheli auf den 18. Februar 1969 gesetzt. Vgl. das Schreiben von P. Micheli an F. Schnyder vom 7. Februar 1969, Doss. wie Anm. 1.*

127

dodis.ch/32173

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Relations diplomatiques avec le Vietnam du Nord

Berne, 5 février 1969

Lorsque la question de nos relations avec les pays divisés[2] avait été discutée à la Commission des affaires étrangères du Conseil national au printemps 1968[3], nous avions envisagé un programme d'action qui peut se résumer comme suit:

Objectif final: normaliser nos relations avec les deux parties des Etats divisés là où cela paraîtrait conforme à nos intérêts, en application du principe d'universalité de nos relations diplomatiques, corollaire de notre politique de neutralité.

Marche à suivre: les trois cas envisagés (Vietnam, Corée, Allemagne) se présentant chacun d'une façon différente, nous avions prévu de ne pas procéder de façon uniforme.

Avec le Vietnam du Nord[4], les choses étaient plus avancées qu'avec les deux autres pays. Des relations de fait avaient été établies entre Berne et Hanoï par les visites de MM. Hans Keller et Oscar Rossetti à Hanoï[5], celle de M. Mai Van Bo à Berne[6] et l'accréditation de M. Rossetti[7] comme représentant du Département politique fédéral auprès du Ministère des affaires étrangères de la République démocratique du Vietnam. Au cours de ces contacts, le Gouvernement Nord vietnamien avait formellement exprimé le désir d'établir des relations diplomatiques normales avec la Suisse. A ces avances, nous avions répondu qu'en principe nous serions prêts à y répondre aussitôt que les circonstances ne donneraient plus à ce geste un caractère politique qui ne serait pas compatible avec notre neutralité. Dans notre esprit, le moment serait venu lorsque les négociations qui devaient s'engager entre le Vietnam du Nord et le FNL d'une part, les Etats-Unis et le Vietnam du Sud d'autre part, seraient entrées dans une phase décisive.

Avec la Corée du Nord[8], la situation se présentait d'une façon différente car, contrairement au Gouvernement de Saigon, celui de Séoul se basant sur

---

1. *Notice:* E2807#1974/12#491* (09).
2. *Sur la question des Etats divisés, cf. DDS, vol. 23, doc. 43,* dodis.ch/31039; *le discours de W. Spühler devant le Conseil national du 13 juin 1968,* dodis.ch/33783 *et la circulaire de H. Miesch aux représentations suisses du 21 mai 1968,* dodis.ch/32174.
3. *Cf. l'exposé de W. Spühler devant la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 16 mai 1968,* dodis.ch/9561.
4. *Cf. doc. 30,* dodis.ch/32170.
5. *Sur la visite de O. Rossetti à Hanoï, cf. doc. 75,* dodis.ch/32171, *note 3.*
6. *Cf. doc. 75,* dodis.ch/32171.
7. *Cf. la notice de H. Kaufmann du 22 juin 1967,* dodis.ch/32181.
8. *Sur les relations avec la Corée du Sud et la Corée du Nord, cf. doc. 158,* dodis.ch/33139 *et doc. 169,* dodis.ch/33133.

une résolution des Nations Unies prétendait être le seul gouvernement légitime pour l'ensemble de la Corée et menaçait de rompre les relations diplomatiques avec tout Etat qui reconnaîtrait le Gouvernement de Pyong-Yang. Comme le Gouvernement de Hanoï, celui de Pyong-Yang avait formellement demandé, par l'entremise de son ambassadeur en Roumanie[9] venu exprès à Berne, l'établissement de relations diplomatiques entre la Corée du Nord et la Suisse. Nous avions répondu avec plus de réserve qu'envers Hanoï, expliquant qu'en acceptant de procéder à un échange d'ambassadeurs nous porterions préjudice aux intérêts importants que nous avons en Corée du Sud et que, par conséquent, nous ne pouvions l'envisager pour l'instant. En attendant, nous nous sommes déclarés prêts à examiner la possibilité de la création en Suisse d'une représentation commerciale nord-coréenne, sans statut diplomatique.

Avec la DDR[10], le problème était plus délicat encore. Nos liens avec la BRD sont étroits et, bien qu'assouplie, la doctrine de Hallstein, n'a pas encore été complètement abandonnée. Il est donc exclu de nouer avec la DDR des relations diplomatiques qui ne répondent pas à un véritable besoin et qui compromettraient nos relations avec la BRD. Aucune réponse ne fut donc donnée aux différentes démarches du Gouvernement de la DDR en vue d'être reconnu par la Suisse. Cependant, le Conseil fédéral accepta qu'une rencontre officieuse eût lieu entre des représentants de la Chambre Est-Allemande pour le Commerce extérieur et de la Division du Commerce au cours de laquelle l'on examina la possibilité d'admettre à Zurich une représentation de ladite institution, sans caractère officiel, analogue à celles existant déjà dans plusieurs capitales de l'Europe occidentale. L'invasion de la Tchécoslovaquie[11] donna un coup de frein à ces pourparlers préliminaires qui ne furent plus repris depuis lors.

La récente décision du Gouvernement suédois d'établir des relations diplomatiques avec le Gouvernement de Hanoï crée une situation nouvelle qu'il convient d'analyser soigneusement.

Depuis longtemps, la Suède cherche à jouer sur la scène internationale un rôle humanitaire et un rôle de médiatrice[12]. Elle voudrait supplanter la Suisse dans ces deux domaines. En particulier en Extrême-Orient son Ambassadeur[13] à Pékin a déployé une intense activité afin que son pays contribue au règlement du conflit vietnamien et à la reconstruction du Vietnam. En soi, la reconnaissance par la Suède du Gouvernement Nord-Vietnamien n'est pas surprenante. Est-elle intervenue au moment opportun et est-elle de nature à procurer des avantages à la Suède? Telles sont les questions que nous avons à examiner.

La réaction américaine au geste de Stockholm a été plutôt modérée. Officiellement, le State Department s'est borné à dire qu'il ne le considérait pas comme de nature à favoriser le rétablissement de la paix; pour lui, ce

---

9. *Kim The Hi.*

10. *Sur les relations avec la République démocratique allemande, cf. doc. 57,* dodis.ch/32891; *doc. 127,* dodis.ch/32461 *et doc. 149,* dodis.ch/32468.

11. Cf. *doc. 100,* dodis.ch/32192, *en particulier note 3.*

12. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 71,* dodis.ch/31193.

13. *L. Petri.*

geste a été dicté par des considérations de politique intérieure suédoise. Quelques articles de presse ont été plus vifs et ont qualifié l'attitude suédoise comme inamicale à l'égard des Etats-Unis. Dans les entretiens privés, les hauts fonctionnaires du State Department que j'ai rencontrés ne se sont livrés à aucun commentaire. Quelques collaborateurs de rang moins élevé ont confié aux membres de notre ambassade que la reconnaissance par la Suède du Gouvernement de Hanoï était très fâcheuse en ce moment, car elle donnait un avantage moral à une des parties au début d'une négociation difficile; elle avait été fortement ressentie par le Gouvernement de Saigon et le Gouvernement américain a dû intervenir auprès de celui-ci pour qu'il ne rompe pas avec Stockholm; à Saigon, la politique suédoise n'est plus considérée comme neutre et les autorités du Vietnam-Sud récuseraient probablement la Suède si, plus tard, il devait être question d'elle pour participer à des commissions de surveillance qui pourraient être instituées à la suite d'un armistice.

Le projet suédois de reconstruction du Vietnam auquel M. Nilsson a fait allusion lorsqu'il a annoncé la reconnaissance du Vietnam du Nord ne semble pas être connu à Washington; il s'agit sans doute d'une idée encore vague qui n'a pas fait l'objet d'échange de vues entre Stockholm et Washington. En résumé, l'on peut dire que la décision du Gouvernement suédois a plus agacé les Américains qu'elle ne les a irrités; on ne lui a attaché qu'une importance relative; le fait qu'elle soit intervenue pendant la césure entre l'ancienne et la nouvelle administration, et avant que M. Cabot-Lodge n'ait pris la tête de la délégation américaine aux négociations de Paris[14], a peut-être atténué son effet.

Il est trop tôt pour déterminer si l'opération suédoise se solde par un avantage ou non. Elle constitue un pas vers la normalisation des relations diplomatiques de la Suède avec les deux parties d'un Etat divisé. Dans les circonstances actuelles où l'impartialité d'un pays neutre est rarement reconnue par tous, les Suédois seront peut-être considérés dorénavant comme les neutres des pays communistes de l'Extrême-Orient et non plus comme les neutres des Etats-Unis; il n'est pas exclu qu'il en résulte un renforcement de la position internationale de la Suède; cela dépendra en partie de l'avenir du régime de Saigon. Sur ce point, j'ai constaté une différence entre d'une part l'appréciation suédoise et dans une certaine mesure la nôtre, et d'autre par l'appréciation américaine. Alors qu'à Stockholm il est clair que l'on considère le régime de Saigon comme appelé à disparaître et par conséquent comme quantité négligeable, on le tient à Washington pour représentatif, ayant derrière lui une grande partie de la population du Vietnam-Sud et par conséquent digne d'attention.

Quelles conclusions sont à tirer pour nous de ce qui précède et quelle doit être notre attitude dans les circonstances présentes?

Notre objectif doit demeurer, me semble-t-il, l'établissement de relations diplomatiques avec le Vietnam-Nord. Il avait été arrêté, d'entente avec la Commission des affaires étrangères du Conseil national, d'une part en application du principe de l'universalité de nos relations diplomatiques, corollaire de notre politique de neutralité, et, d'autre part, pour être en mesure de prêter

14. *Cf. doc. 83,* dodis.ch/32172.

éventuellement nos bons offices pour le règlement pacifique du conflit vietnamien. Le choix du moment où réaliser cet objectif doit donc tenir compte de ces deux motifs. En d'autres termes, puisque notre volonté d'établir des relations diplomatiques avec le Vietnam-Nord découle de notre politique de neutralité, conformément à cette même politique elle ne doit pas favoriser une partie à un conflit par rapport à une autre. Nous avions envisagé, l'an dernier, de procéder à un échange d'ambassadeurs avec le Gouvernement de Hanoï lorsque des négociations de paix seraient sérieusement engagées. Nous constatons aujourd'hui que cette notion est trop vague, car entretemps les négociations ont débuté mais sont loin d'aboutir et que d'ici là les combats continueront d'une façon intense. En suivant l'exemple de la Suède, il est clair que nous apporterions un appui moral à l'un des camps dans une lutte serrée qui se poursuit aussi bien autour de la table de négociation que sur le terrain. Nous ne devrions le faire que si le second motif, c'est-à-dire notre désir de contribuer à la recherche d'une solution pacifique, devait nous y inciter. Or, à cet égard, il convient en premier lieu de se représenter la nature des bons offices que nous pourrions prêter. Un rôle de médiation est hors de question puisque des pourparlers directs se sont engagés et que les parties au conflit n'ont pas besoin d'intermédiaire[15]. Reste donc l'hospitalité que nous offririons aux négociateurs; l'action humanitaire que nous pourrions déployer en faveur des victimes de la guerre et des prisonniers de guerre; et enfin notre participation aux organes de contrôle qui seraient ultérieurement créés.

Les négociations ont débuté à Paris. Il paraît peu vraisemblable qu'elles se transportent en un autre lieu, à moins que le premier round se solde par un échec et que, en vue de les relancer, il s'avère nécessaire de changer de cadre. Pour une telle éventualité, nous avons intérêt à demeurer discrets et à ne pas faire en ce moment de gestes spectaculaires. Il en est de même pour entrer en ligne de compte lorsque l'on aura besoin de pays tiers afin de surveiller l'exécution d'un accord d'armistice ou le déroulement d'élections dans le Vietnam-Sud.

Restent donc les services que, conformément à notre tradition, nous pourrions peut-être rendre dans le domaine humanitaire. A cet égard, nous sommes handicapés par le fait que le CICR est hors d'état d'agir au Vietnam[16]. Cependant, c'est dans cette direction que, le cas échéant, il y aurait quelque chose d'utile à faire. Je crois que cet élément doit déterminer finalement le moment où nous reconnaîtrons officiellement le Vietnam du Nord.

Jusqu'à maintenant, les autorités de Hanoï ont été très réticentes, pour ne pas dire négatives, lorsque nous avons abordé avec elles le sujet d'une action de la Suisse en faveur des prisonniers de guerre; elles l'ont été un peu moins lorsqu'il s'agissait d'une aide aux victimes de la guerre. Il faudrait, à mon avis, que M. Rossetti centre là-dessus les conversations qu'il aura lorsqu'il se rendra à Hanoï. Je verrais donc de la façon suivante les instructions à lui donner:

Réaffirmer notre intention de principe de normaliser nos relations diplomatiques avec le Gouvernement de la République démocratique du Vietnam. Expliquer les difficultés que nous éprouvons, en vertu de notre politique

15. *Sur la question d'une éventuelle médiation, cf. DDS, vol. 23, doc. 144,* dodis.ch/31184.
16. *Cf. doc. 75,* dodis.ch/32171, *note 4.*

de neutralité, de le faire aussi longtemps que les combats se poursuivent et qu'une solution pacifique du conflit n'est pas en vue. Rappeler notre tradition humanitaire et déclarer que ces difficultés seraient atténuées si nous pouvions la poursuivre au Vietnam du Nord et en particulier si le CICR était admis à y exercer son activité.

En ce qui concerne la Corée du Nord, nous avons reçu des autorités de Pyong-Yang des propositions pour l'ouverture d'une mission commerciale à Zurich[17]. Nous avons l'intention de poursuivre les conversations, étant entendu que cette représentation ne devrait avoir aucun caractère diplomatique.

Pour ce qui est de la DDR, nous ne voyons pas l'utilité de pousser à la reprise des conversations officieuses amorcées l'an dernier. Notre intention est de laisser pour le moment les Allemands de l'Est revenir à la charge et de ne pas prendre, quant à nous, d'initiatives.

17. *Cf. doc. 169,* dodis.ch/33133.

128

dodis.ch/33024

Déclaration suisse à l'OCDE[1]

Déclaration sur la politique économique
faite par M. le Conseiller fédéral H. Schaffner
à l'occasion de la réunion ministérielle du Conseil de l'OCDE
le 13 février 1969[2] à Paris

[Paris,] 18 février 1969

Dans son rapport, le Secrétaire général[3] a constaté que de nombreux pays Membres de notre Organisation ont eu à faire face, depuis la dernière réunion du Conseil au niveau ministériel[4], à des difficultés plus ou moins sérieuses pour concilier l'expansion avec la stabilité économique intérieure ou extérieure. Il a relevé que les interventions dans le domaine des échanges commerciaux et des flux financiers sont de plus en plus utilisées par certains pays comme instruments de leur politique économique générale. Cette situation – qui présente des aspects préoccupants – l'a amené à émettre le vœu que les Etats membres parviennent à des vues plus concertées sur un certain nombre de questions touchant la politique économique. C'est à ces questions que j'aimerais m'attacher plus particulièrement ici.

Comment, se demande tout d'abord notre Secrétaire général, faire en sorte que les mesures de régulation de la demande soient prises suffisamment à temps pour prévenir l'apparition d'importants déséquilibres intérieurs et extérieurs?

1. *Déclaration:* E2807#1974/12#416* (076).
2. *Cf. le PVCF N° 250 du 12 février 1969,* dodis.ch/33693.
3. *Rapport de Th. Kristensen du 14 novembre 1968,* E7113A#1979/23#19* (753.4.1.1).
4. *Sur la 7ème session du Conseil de l'OCDE au niveau des ministres les 30 novembre et 1er décembre 1967, cf. le PVCF N° 1991 du 28 novembre 1967,* E1004.1#1000/9#728*.

Force est de constater que les excès qui peuvent apparaître du côté de la demande jouent presque toujours le rôle prédominant dans ces déséquilibres. Ces excès peuvent résulter de circonstances accidentelles ou de charges pesant occasionnellement sur les économies de certains pays. Mais, dans de nombreux autres cas, des objectifs de croissance économique ambitieux peuvent conduire les autorités responsables à laisser la demande croître jusqu'à l'extrême limite des possibilités de l'économie nationale. Les mesures que ces autorités sont alors contraintes de prendre en vue de freiner la demande interviennent souvent trop tard, ainsi que certaines expériences de ces dernières années l'ont montré. Indépendamment des obstacles auxquels elle peut se heurter, la régulation de la conjoncture[5] par des méthodes ressortissant à la politique fiscale ne produit pas toujours les résultats souhaités dans les délais voulus.

Comme les pays dont les taux de croissance dépassent les capacités voient de ce fait l'équilibre de leur balance des paiements perturbé, les pays Membres de notre Organisation qui peuvent faire état d'une balance des paiements courants excédentaire se voient régulièrement recommander de relancer la demande intérieure. Toutefois, il reste à démontrer qu'il est effectivement possible – en partant des ressources disponibles – de réaliser une croissance plus rapide sans s'exposer à des mouvements inflationnistes.

En ce qui nous concerne, nous avons certains doutes quant au bienfondé – en toutes circonstances et pour tous les pays – de politiques économiques axées sur la primauté d'un taux de croissance rapide. Après avoir connu une période d'emballement de la conjoncture, l'économie suisse est revenue à une situation plus tranquille et plus équilibrée. Les taux de croissance de ces dernières années ont effectivement été assez modérés. Cela nous paraît inévitable pour un certain nombre de raisons. Tout d'abord, notre économie non seulement connaît le plein emploi, mais doit recourir à une nombreuse main-d'œuvre étrangère[6]. A plusieurs signes importants, on a pu s'apercevoir qu'une nouvelle accélération de la conjoncture aurait rapidement des effets inflationnistes. Nous nous attendons d'ailleurs à une reprise plus marquée de l'activité économique, sous l'impulsion de la demande extérieure. Nous jugeons dans ces conditions qu'il serait dangereux pour la stabilité à terme de précipiter ce mouvement de reprise.

Pour ce qui est de la deuxième question posée par le Secrétaire général, nous sommes d'avis que la formation de l'épargne est conditionnée, au premier chef, par l'existence d'une situation économique et monétaire à la fois saine et stable. L'amélioration des marchés des capitaux, dont nous sommes heureux que l'Organisation s'occupe activement, resterait inopérante s'il n'y avait pas au départ une épargne suffisante. Pour sa part, la Suisse – les besoins en capitaux étant satisfaits à l'intérieur – s'est efforcée de faciliter l'utilisation de l'excès d'épargne en admettent le plus librement possible le placement

---

5. *Cf. le rapport* Stellungnahme des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements zum Länderbericht Schweiz 1967 der OECD *du 13 février 1968,* dodis.ch/33696.

6. *Cf. doc. 10,* dodis.ch/32342; *doc. 56,* dodis.ch/32300; *doc. 73,* dodis.ch/32304; *doc. 85,* dodis.ch/32361; *doc. 98,* dodis.ch/32294; *doc. 120,* dodis.ch/32837; *doc. 129,* dodis.ch/32639; *doc. 157,* dodis.ch/32303 *et doc. 166*, dodis.ch/32356.

d'émissions étrangères sur le marché suisse. Au cours de l'année passée, cette politique a pleinement atteint son but, puisque l'excédent de la balance des paiements courants a été compensé par le déficit de la balance des capitaux, de sorte que les réserves sont restées pratiquement sans changement. Dans ces conditions, il est juste d'affirmer que la politique économique et financière de la Suisse n'a pas contribué à accenteur les déséquilibres relevés dans le rapport de M. Kristensen.

Je me contenterai d'être très bref sur le troisième point soulevé par le Secrétaire général. En effet, la question de savoir comment renforcer la politique des revenus et éviter des grèves dangereuses par l'amélioration des relations entre employeurs et salariés ne revêt heureusement pas un caractère d'actualité pour la Suisse, où le régime de la «paix du travail» marque depuis de longues années déjà les relations entre employeurs et salariés. Ce régime est caractérisé par la négociation de contrats entre les représentants des employeurs et ceux des salariés. Les principes dont s'inspirent ces discussions correspondent dans l'ensemble aux vues gouvernementales, notamment quant à la stabilité des prix et, par conséquent, la nécessité de ne pas laisser les augmentations de salaires dépasser l'accroissement de la productivité.

Pour ce qui est, enfin, des nouveaux progrès que les pays Membres de l'OCDE. pourraient accomplir sur la voie de la libéralisation des échanges après les négociations Kennedy[7], j'aimerais indiquer d'emblée que la sympathie de notre pays est acquise à toute initiative dans ce sens. Je me plais à espérer que cette attitude est partagée par tous les pays Membres de notre Organisation. Je suis en particulier certain que les Etats-Unis – auxquels ont été dues les grandes initiatives lancées dans ce domaine jusqu'à maintenant – ne renieront pas une tradition dont ils peuvent être justement fiers. Par conséquent, nous devons tous nous atteler à une tâche très importante: celle de préparer soigneusement le terrain, dans le cadre du GATT, pour une négociation future. Sera-ce une entreprise aussi complète que l'était le Kennedy-Round ou s'agira-t-il plutôt de négociations individuelles portant sur des secteurs déterminés et posant des problèmes particulièrement urgents? La suite des travaux décidés à Genève lors de la dernière session annuelle du GATT en novembre 1968[8] nous l'apprendra. Comme vous le savez, ces travaux portent également sur les restrictions dites «non tarifaires» dont l'importance ne cesse d'augmenter. Vous me permettrez de souligner ici tout le prix que nous attachons à ce qu'une de ces restrictions qui a fait l'objet d'une transaction équilibrée dans la négociation Kennedy soit supprimée dans les meilleurs délais: je pense au système dit de l'«American Selling Price»[9]. Nos amis américains sont certainement conscients de la grande valeur psychologique qu'aurait une telle décision.

Nul doute qu'il convient à notre Organisation d'apporter son plein appui à tous ces efforts et d'œuvrer en faveur d'une libéralisation toujours plus poussée du commerce mondial. Une élimination complète et aussi rapide

---

7. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. 15,* dodis.ch/33250.

8. *Cf. le PVCF N° 2065 du 16 décembre 1968,* dodis.ch/33775.

9. *Cf. le PVCF N° 2199 du 22 décembre 1969,* dodis.ch/33785 *et la notice de A. Weitnauer à H. Schaffner du 22 décembre 1969,* dodis.ch/33237.

que possible des entraves aux échanges qui subsistent encore entre nos pays nous permettra de jouer d'autant plus efficacement un rôle constructif. En particulier, comme M. le Ministre Fayat l'a indiqué, il est essentiel que notre Organisation s'attache à prévenir le recours à des mesures de restriction des échanges. Aux quatre conditions mentionnées par M. Fayat pour le cas où un tel recours est inévitable, je suggère d'en ajouter une cinquième: la condition de non-discrimination[10], soit entre les pays, soit entre les secteurs touchés par les mesures restrictives. Cette remarque m'amène d'ailleurs à aborder brièvement, pour terminer, le problème des restrictions imposées par certains pays sur les allocations touristiques. Dans son rapport, notre Secrétaire général a très justement souligné que ces dépenses sont souvent restreintes les premières et libérées les dernières, parce qu'assimilées à des dépenses de luxe. Il a relevé que les pays dont le tourisme est une des activités importantes – et c'est là le cas de la Suisse – sont de ce fait plus fréquemment frappés par les difficultés de paiements des autres pays et subissent ainsi une discrimination injustifiée. Je voudrais ajouter à ce propos que l'effet psychologique de telles restrictions risque d'aggraver les crises de confiance et les perturbations monétaires qui en résultent. Je ne puis dès lors qu'appuyer la suggestion tendant à renforcer, dans l'intérêt général, les règles du Code de la Libération des Opérations Invisibles Courantes[11] à ce sujet.

10. *Cf. doc. 24,* dodis.ch/33255; *la notice de A. Cuendet du 22 mai 1967,* dodis.ch/32511 *et la notice de E. Moser du 13 novembre 1967,* dodis.ch/33695.
11. *Cf. la notice* OCDE: Renforcement du Code de la libération des opérations invisibles courantes dans le domaine du tourisme *du 19 mai 1969,* dodis.ch/34159.

129

dodis.ch/32639

L'Ambassadeur de Suisse à Rome, J. de Rham,
au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Problèmes des Italiens en Suisse

Confidentiel Rome, 27 février 1969

Le Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère des affaires étrangères, M. Mario Pedini, qui est responsable du problème de l'émigration, m'avait invité aujourd'hui à participer à un déjeuner donné en l'honneur des inspecteurs d'écoles italiennes à l'étranger qui dépendent du Ministère. Il a profité de cette occasion pour me prier de passer, auparavant, à son bureau où, en compagnie de ses principaux collaborateurs, il m'a rendu compte de sa récente visite en Suisse et a tenu à m'exposer confidentiellement les aspects politiques des trois problèmes concernant les ouvriers italiens en Suisse qui le préoccupent actuellement.

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1). *Copies à M. Jaccard, à C. Motta et W. Martel.*

Primo. Il s'agit de la question des écoles italiennes en Suisse[2]. Il y aurait, paraît-il, neuf écoles dirigées par des missionnaires italiens et deux écoles contrôlées par l'Etat. Conformément à l'accord[3] qui avait été conclu en son temps, quelques cantons demandent maintenant que les classes organisées par les écoles des missionnaires se limitent aux deux premières années après quoi les élèves italiens devront fréquenter les écoles suisses de leur lieu de résidence. Le Sous-Secrétaire d'Etat est très préoccupé de cette menace, car il m'explique que, si elles ne sont pas parfaites, les écoles dirigées par les missionnaires constituent un contrepoids extrêmement précieux aux éléments pro-communistes[4] des colonies italiennes qui s'efforcent d'exercer leur influence sur les jeunes générations. Le nombre des jeunes Italiens qui fréquentent ces écoles n'est, paraît-il, pas nombreux, environ 1'200 sur 120'000 écoliers, mais le gouvernement italien attacherait un grand prix à ce que le statu quo soit respecté, s'engageant lui-même à favoriser autant que possible notre politique d'intégration et en nous donnant l'assurance qu'aucune nouvelle école italienne ne serait ouverte en Suisse. Le Sous-Secrétaire d'Etat a parfaitement compris que nous devons respecter l'autonomie cantonale aussi bien que communale, mais s'il insiste sur le concours de la part des autorités fédérales, c'est qu'il se dit convaincu qu'il serait aussi bien dans l'intérêt de la Suisse que de l'Italie de ne pas paralyser ou rendre plus difficile l'activité des écoles italiennes dont l'influence, du point de vue politique, doit être considérée comme bienfaisante.

Le second problème concerne l'assurance-maladie ou plutôt l'assurance des personnes apparentées aux ouvriers italiens résidant en Suisse mais qui sont domiciliées en Italie[5]. L'Italie a prorogé pour un an la loi actuellement en vigueur qui assure, unilatéralement, cette assurance familiale, mais elle estime que la Suisse devrait équitablement fournir une contribution puisqu'elle bénéficie du fait que les parents des ouvriers italiens ne sont pas domiciliés en Suisse, ce qui se traduit par certaines économies pour la Suisse. Ici encore, le Sous-Secrétaire d'Etat voit avant tout la question sous l'angle politique, étant donné la pression qu'exercent les communistes et les socialistes (lui-même est démo-chrétien) auprès du gouvernement pour qu'un accord intervienne avec la Suisse au sujet du règlement de cette affaire. Quant au fond, le Sous-Secrétaire d'Etat n'ignore pas les difficultés auxquelles nous devons faire face, mais il espère malgré tout qu'un arrangement sera encore possible.

La troisième question est celle du paiement de la pension aux ouvriers qui ont atteint l'âge de 60 ans et qui, d'après la législation en vigueur en Italie, auraient droit au paiement de la pension, tandis que selon la législation suisse ce droit ne leur échoit qu'à partir de leur 65ème anniversaire. Du côté suisse, l'on s'était déclaré d'accord[6] d'accorder à titre temporaire et ceci jusqu'au mois

---

2. *Cf. doc. 166,* dodis.ch/32356.

3. *Cf. la notice* Schulung der italienischen Fremdarbeiterkinder in der Schweiz / Aussprache vom 9. 10. 69 *du 9 octobre 1969,* dodis.ch/32351.

4. *Cf. la lettre de A. Amstein à P. Micheli du 25 avril 1967,* dodis.ch/32646.

5. *Cf. doc. 56,* dodis.ch/32300 *et la lettre de C. Motta à P. Micheli du 6 juin 1969,* dodis.ch/32301. *Sur le regroupement familial en général, cf. DDS, vol. 23, doc. 37,* dodis.ch/30798.

6. *Cf. la* Convention entre la Confédération suisse et la République italienne relative à la sécurité sociale (avec protocole final) *du 14 décembre 1962, RO, 1964, pp. 730–744.*

d'août 1969 le versement de la pension aux ouvriers italiens ayant atteint l'âge de 60 ans. Le Sous-Secrétaire d'Etat voudrait beaucoup que cet arrangement puisse être prolongé d'une ou deux années en tout cas, de manière à ce que la question de l'âge des pensionnés soit résolue sur le plan européen où elle est, paraît-il, en discussion.

M. Pedini devra, probablement dans deux ou trois semaines, prendre part à un débat sur l'émigration devant le Parlement et il est visiblement préoccupé des réponses qu'il devra donner sur ces différentes questions aux auteurs des motions déposées tant à la Chambre des députés qu'au Sénat. Il me laisse entendre qu'une réponse négative sur toute la ligne le mettrait dans une situation très difficile, mais qu'il verrait d'un bon œil un arrangement sur l'ensemble de ces questions ou tout au moins l'octroi de quelques concessions, tout en soulignant que le problème scolaire est pour le gouvernement italien le plus important.

D'après ce que m'a dit le Ministre Savina, adjoint du Sous-Secrétaire d'Etat, qui a eu de nombreux contacts avec les représentants des colonies italiennes en Suisse[7], l'atmosphère qu'il a rencontrée dans les milieux italiens était assez lourde et très critique à l'égard du gouvernement italien. Je pense que ceci est pour beaucoup la volonté du Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère des affaires étrangères, lui-même démo-chrétien et devant par conséquent défendre sa position vis-à-vis des socialistes, de ne pas arriver les mains vides devant les Chambres. Il est certain que cet aspect de la question est extrêmement important vu d'ici et c'est pourquoi je me permets de vous l'exposer, bien que je sache que M. Pedini a déjà eu l'occasion de s'entretenir du détail de tous ces problèmes avec les personnes qui s'en occupent en Suisse.

7. *Sur la question des colonies libres italiennes en Suisse, cf. doss.* E7170B#1977/67#1386* (241.10).

130

dodis.ch/33710

Notiz des stellvertretenden Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten, M. Gelzer[1]

Klotener Attentat

Vertraulich *[Bern,]* 28. Februar 1969

Am 28. Februar 1969 empfängt der Departementschef, auf entsprechende Einladung hin, in der Angelegenheit des Klotener Zwischenfalls[2], einzeln die Botschafter Libanons, Israels, Jordaniens sowie den Generalkonsul Syriens.

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1980/83#231* (B.11.40.1.Uch).
2. *Zum Attentat von Kloten vgl. Dok. 177,* dodis.ch/33291, *bes. Anm. 3.*

Vorsprache des Herrn Michel Farah, Botschafter Libanons, 10.30 Uhr

Herr Bundesrat Spühler gibt von den wesentlichen Punkten der Protestnote[3] Kenntnis und händigt diese dem Besucher aus. Herr Farah, der dem Departementschef während seiner Ausführungen mehrfach ins Wort fällt, erklärt, er werde seine Regierung entsprechend verständigen. Schon jetzt mache er allerdings auf die Schwere der erhobenen Anschuldigungen aufmerksam, die auf Erhebungen beruhten, von denen die Behörden in Beirut keine Kenntnis hätten. Das Ergebnis der Untersuchung stehe im übrigen im Widerspruch zu den Feststellungen seiner Regierung. Er befürchte, dass die schweizerische Demarche sich nachteilig auf die sonst so guten libanesisch-schweizerischen Beziehungen auswirken könnte.

Im Verlaufe des Gesprächs stellt der libanesische Botschafter insbesondere *in Abrede*

- dass die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» über einen libanesischen Sender die Verantwortung für den Anschlag übernommen habe. Die erste Meldung dieser Art sei vielmehr von Amman aus erfolgt.
- dass die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» ihren Sitz in Beirut habe; deren Sitz befinde sich vielmehr in Amman; in Beirut existiere lediglich ein Zweigbüro wie in anderen arabischen Staaten sowie auch z. B. in Paris.
- dass der Chef der Organisation in Beirut residiere.

Anderseits räumt der Botschafter ein, dass die arabischen Regierungen den verschiedenen palästinischen Befreiungsbewegungen ihre moralische Unterstützung angedeihen liessen.

Herr Bundesrat Spühler erklärt, von den Einwänden des Botschafters Kenntnis zu nehmen.

Die Unterredung dauert ca. 20 Minuten.

Vorsprache des Herrn Arye Levavi, Botschafter Israels, 11.30 Uhr

1) Herr Bundesrat Spühler bringt einleitend nochmals das Beileid des Bundesrates zum Tode Herrn Eschkols zum Ausdruck. Hierauf erläutert er die wesentlichen Punkte der für Herrn Levavi bestimmten Note[4] und händigt diese aus. Herr Levavi erklärt, er werde seine Regierung über die schweizerische Demarche informieren und fügt bei:

Nach den der Botschaft zur Verfügung stehenden Informationen waren die Befugnisse des Herrn Mordechai Rachamim begrenzt. Sein amtlicher Auftrag beschränkte sich darauf, im Innern des Flugzeuges, während sich dieses in der Luft befindet, sicherzustellen, dass kein Entführungsversuch unternommen wird. Seine Handlungsweise in Kloten lag demnach ausserhalb seiner Instruktionen und erfolgte auf Grund seiner persönlichen Einschätzung der Situation, wobei, nach allem was bisher bekannt sei, ein Fall von Notwehr vorliege. Es handelt sich somit nicht um eine verbotene Amtshandlung im Sinne des schweizerischen Rechts.

---

3. *Vgl. die Note des Politischen Departements an die libanesische Botschaft in Bern vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/34029.

4. *Note des Politischen Departements an die israelische Botschaft in Bern vom 28. Februar 1969,* E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1).

Herr Bundesrat Spühler bemerkt hierzu, dass eine Verantwortung des Staates gegeben sei, auch wenn der betreffende Sicherheitsbeamte seine Instruktionen überschritten haben sollte.

2) Herr Levavi bringt hierauf folgendes zur Sprache:

In Israel wird das Zürcher Strafverfahren begreiflicherweise sehr eingehend verfolgt. Die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte wird anerkannt. Ohne sich in irgendeiner Weise in das Verfahren einmischen zu wollen, hätten die israelischen Behörden angesichts des politischen Charakters der Angelegenheit und aus optischen Gründen den Wunsch, dass, sofern Gerichtsverhandlungen stattfinden sollten, der israelische Staatsangehörige nicht im gleichen Verfahren gemeinsam mit den arabischen Angeschuldigten abgeurteilt werde. Falls die Botschaft richtig beraten sei, sollte es vom prozessrechtlichen Standpunkte aus möglich sein, eine solche Trennung der Verfahren vorzunehmen, und bei den zuständigen richterlichen Instanzen zeichne sich bereits eine Tendenz in dieser Richtung ab. Die israelische Regierung würde es begrüssen, wenn auch die politischen Behörden einen Einfluss in dieser Hinsicht geltend machen könnten.

Herr Bundesrat Spühler nimmt von diesem Anliegen Kenntnis, weist auf das Prinzip der Gewaltentrennung hin, erklärt sich indessen bereit, den israelischen Wunsch weiterzugeben.

3) Abschliessend übergibt der israelische Botschafter Herrn Bundesrat Spühler informationshalber die beiliegende Fotokopie eines Schreibens[5] der Schweizerischen Liga für Menschenrechte betr. eine dieser Organisation zugegangene anonyme Zuschrift eines Juden im Irak.

Die Unterredung dauert ca. 30 Minuten.

Vorsprache des Herrn M. Allaf, Generalkonsul Syriens in Genf, 14.45 Uhr[6]
(Vgl. Notiz des Herrn Natural.)[7]

Vorsprache des Herrn Abdel El Hamid Siraj, Botschafter Jordaniens, 18.00 Uhr

Herr Bundesrat Spühler gibt mündlich vom Inhalt der Protestnote[8] Kenntnis. Er wird dabei von Anfang an häufig durch Einwände des jordanischen Botschafters unterbrochen. Dieser erklärt, die jordanische Regierung habe mit dem Zürcher Attentat nicht das Geringste zu tun. Sie sei weder direkt noch indirekt für die Attentäter, deren Ausbildung und deren Vorgehen in Zürich verantwortlich. Dies sei dem Politischen Departement bereits mit einer Note[9] der jordanischen Botschaft mitgeteilt worden. Er sei nicht in der Lage, die Protestnote entgegenzunehmen, da durch deren Annahme eine

5. *Schreiben von Y. Pougatz an A. Levavi vom 25. Februar 1969, Doss. wie Anm. 4.*
6. *Vgl. dazu die Note des Politischen Departements an das syrische Konsulat in Genf vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/34029.
7. *Notiz von A. Natural vom 28. Februar 1969, Doss. wie Anm. 4.*
8. *Note des Politischen Departements an die jordanische Botschaft in Rom vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/34029.
9. *Note der jordanischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 21. Februar 1969,* dodis.ch/34029.

Anerkennung der erhobenen ungerechtfertigten Anschuldigungen impliziert wäre. Indessen sei er bereit, seine Regierung über die heutige Aussprache zu informieren. (Der jordanische Botschafter lässt die Protestnote auf dem Tisch liegen.)

Zur Erläuterung seiner Haltung macht der jordanische Botschafter im wesentlichen folgendes geltend:

Die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» sei in der Tat in Jordanien vertreten. Ihre Tätigkeit, insbesondere die Guerilla-Aktionen, entzögen sich indessen jeglicher Kontrolle der jordanischen Regierung und würden von dieser – im Gegensatz zur Haltung anderer Staaten, wie beispielsweise derjenigen Algeriens und der VAR – nicht geschätzt. Es möge sein, dass in Jordanien Ausbildungslager für Freiheitskämpfer bestünden; derartige Lager existierten aber «überall» (gemeint waren offensichtlich die übrigen arabischen Staaten), insbesondere in Syrien. Es möge auch zutreffen, dass die vier in Rede stehenden Attentäter in Jordanien ausgebildet worden seien. Für diese beiden Umstände treffe die jordanische Regierung jedoch keinerlei Verantwortung.

Israel schleuse laufend aus den von ihm besetzten Gebieten Tausende und Abertausende von Palästinensern nach Jordanien ein. Ihre Gesamtzahl belaufe sich heute auf über 2 Mio. Menschen. Diese stellten ein Potenzial dar, dem die jordanische Regierung machtlos gegenüberstehe. Jedes Eingreifen müsste unweigerlich zum Bürgerkrieg führen, eine Gefahr, der sich Jordanien angesichts der gleichzeitigen dauernden Bedrohung von Aussen nicht aussetzen könne. Die jordanische Regierung verurteile Terrorakte wie denjenigen von Kloten. Angesichts der geschilderten Situation sehe sie sich indessen nicht in der Lage und verfüge ganz einfach nicht über die notwendigen Mittel, irgendeine Kontrolle über allfällige Trainingslager palästinensischer Freiheitskämpfer auszuüben, geschweige denn eine solche Ausbildungstätigkeit zu verhindern. Wenn einzelne der Angeschuldigten mit jordanischen Pässen in die Schweiz eingereist sein sollten, so sei damit keineswegs erwiesen, dass es sich tatsächlich um jordanische Staatsangehörige handle. Es sei leider notorisch, dass die Palästinenser meist über gefälschte Ausweispapiere verfügten. Aus all diesen Gründen müsse er die gegenüber der jordanischen Regierung erhobenen Anschuldigungen bestreiten und zurückweisen. Seine Regierung sei interessiert an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur neutralen Schweiz.

Die Unterredung, in welcher der jordanische Botschafter immer wieder die gleichen Argumente wiederholt, dauert 45 Minuten.

131

dodis.ch/32369

Le Chef du Département fédéral des transports et communications et de l'énergie, R. Bonvin, au Chef du Département politique, W. Spühler[1]

Berne, 1er mars 1969

Prochainement le gouvernement français – m'a-t-on dit – nous aborderait pour discuter des problèmes des zones franches dont l'existence serait contraire au Traité de Rome, en vue de rédiger cette convention pour l'harmoniser aux engagements des membres de la CEE. La France, dans l'hypothèse que se réalise cette démarche, étant pour une fois demanderesse, je vous suggère de grouper, en vue des pourparlers qui résulteront de cette démarche, tous les problèmes en suspens dans nos relations avec notre voisine de l'ouest. Me viennent à l'esprit les questions suivantes:

1. Connexion des routes nationales suisses avec les autoroutes françaises[2].
2. Limitation des constructions sur sol français par suite de la construction de la 2ème piste de l'aéroport de Cointrin[3].
3. Possibilité pour Swissair d'ouvrir une ligne Lyon-Genève.
4. Pourparlers franco-suisses concernant la modification du plan de masse de l'aéroport de Bâle-Mulhouse nécessaire pour la prolongation indispensable des pistes[4].

Pourparlers franco-suisses concernant la situation juridique des commerces annexés à l'aéroport de Bâle-Mulhouse et situés dans le secteur français.

5. Trains TEE/CFF reliant la Suisse à Paris et que la SNCF voudrait supprimer.
6. Amélioration de l'exploitation du chemin de fer Chamonix-Martigny.
7. Passage en Suisse du gazoduc prévu entre les Pays-Bas et l'Italie.
8. Rectification de la frontière franco-suisse sur le Doubs (Canton de Berne): M. le Prof. Bindschedler, Président de la Délégation suisse pour l'aménagement du Doubs, est au courant[5].
9. Demandes du Canton de Bâle-Campagne concernant des prélèvements d'eau opérés dans le Lörzbach: le Service juridique du DPF dirige l'affaire[6].

---

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#2264* (B.11.21.2.3). *Visée par W. Spühler. Annotation manuscrite dans la marge:* erh*[alten]* 4. 4. 69. *Pour la réponse, cf. la lettre de W. Spühler à R. Bonvin du 23 avril 1969,* dodis.ch/34078.
2. *Sur les liaisons routières entre Genève et la France, cf. doss.* E3212B#1978/24#134* (2.132).
3. *Sur les projets d'extension de l'aéroport de Genève-Cointrin, cf. doss.* E8150B-01#1991/101#32* (411) *et* E2001E#1980/83#2267* (B.11.31.1).
4. *Cf. doss.* E2003A#1990/3#1294* (o.652.143) *et* E6100C#1993/200#361* (570.14).
5. *Cf. les notices pour R. Bindschedler du 23 septembre 1968,* dodis.ch/34079 *et du 25 juin 1969,* dodis.ch/32389. *Sur les discussions générales en vue de rectifications de frontières entre la France et la Suisse, cf. la note de P. Dupont au Ministère des Affaires étrangères de la France du 14 novembre 1968,* dodis.ch/32380.
6. *Cf. doss.* E2001E-01#1987/78#2880* (B.11.11.03).

132

dodis.ch/33268

Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech, an den Bundesanwalt, H. Walder[1]

Bern, 7. März 1969

In Ihrem Schreiben vom 27. Februar 1969[2] haben Sie im Zusammenhang mit der Angelegenheit Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon Bührle AG (WO) zwölf Fragen gestellt[3]. Auftragsgemäss lasse ich Ihnen die Antworten der direkt betroffenen Funktionäre auf diese Fragen zugehen (Beilage)[4]. Dazu erlaube ich mir folgende Hinweise allgemeiner Art:

– Die Kontrollstelle für den Handel mit Kriegsmaterial (KHK) ist ein «Einmannbetrieb». Schon aus diesem Grund sind ihrer Kontrolltätigkeit relativ enge Schranken gesetzt. Es fehlen namentlich die personellen und materiellen Voraussetzungen für eine Überwachung in kriminaltechnischer Hinsicht. Die äusserst sparsame Ausgestaltung des Kontrollsystems schien vertretbar, weil für die Herstellung und Ausfuhr von Waffen, Munition und Sprengmitteln nur ganz wenige bestens bekannte Schweizer Firmen in Frage kommen. Die Beziehungen zwischen den zuständigen Dienststellen des Eidg. Militärdepartements und den leitenden Personen dieser Firmen sind wegen unserer eigenen Entwicklungs- und Beschaffungsaufträge sehr eng. Über den Charakter dieser Beziehungen schrieb Dr. D. Bührle in seinem Memorandum[5] über die Besprechung beim Vorsteher des Eidg. Politischen Departements vom 19. Dezember 1963 folgendes:

«Abschliessend möchte die Oerlikon-Bührle-Gruppe ihren aufrichtigen Willen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Eidg. Politischen Departement, dem Eidg. Militärdepartement und der Kriegstechnischen Abteilung, als dem für die Industrie zuständigen Verbindungsorgan, zum Ausdruck bringen und versichern, dass sie alles in ihren Kräften Stehende tun wird, im gegenseitigen Einvernehmen den Interessen des Landes zu dienen.»

Es muss wohl als ausserhalb der normalen Erwartung liegend bezeichnet werden, dass Vertreter dieser gleichen Gruppe die Bundesbehörden mit falschen Angaben und durch Vorlage gefälschter Dokumente arglistig täuschten.

---

1. *Schreiben (Kopie):* E 5001(G) 1982/19 Bd. 137 (79.1).
2. *Das Dokument befindet sich vermutlich in einem Dossier, in welches die Einsicht verweigert wurde; vgl. Anhang X, Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv.*
3. *Die Bundesanwaltschaft befragte auch das Politische Departement über seine Funktion bei der Kontrolle der Kriegsmaterialausfuhr. Vgl. das Schreiben von M. Gelzer an H. Walder vom 26. März 1969,* dodis.ch/33449. *Zum Verfahren gegen die Oerlikon-Bührle AG vgl. auch das BR-Beschlussprot. II der 42. Sitzung vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/33276; *das BR-Beschlussprot. II der 4. Sitzung vom 29. Januar 1969,* dodis.ch/33288 *sowie das Schreiben von R. Ochsner an C. Weidenmann vom 13. März 1969,* dodis.ch/33469.
4. *Vgl. Doss.* E2001E#1980/83#495* (B.51.14.21.20.(05a)).
5. Memorandum über die Besprechung beim Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes vom 19. Dezember in Bern *von D. Bührle vom 22. Januar 1964,* dodis.ch/31930.

Die Nachteile, die in kontrolltechnischer Hinsicht aus der gegebenen Organisation resultieren, können nicht den beteiligten Funktionären zur Last gelegt werden. Sie lassen sich nur durch eine entsprechende Ergänzung des Kontrollapparates beseitigen. Eine Einschaltung der Bundesanwaltschaft erscheint notwendig.

– Die Minimaldotation der KHK in personeller Hinsicht wurde einigermassen kompensiert durch ein an sich sehr zweckmässiges Formularsystem und die Mitwirkung der eidgenössischen Zollbehörden. Wenn man von der Möglichkeit krimineller Verletzungen des Kriegsmaterialbeschlusses absieht, so ergeben sich für die KHK keine Probleme von besonderer Bedeutung. Die wichtigen und grundsätzlichen Entscheide im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Kriegsmaterial werden durch das Eidg. Politische Departement[6], allenfalls sogar den Bundesrat, getroffen. Nur wenn dabei militärische Interessen geltend zu machen sind, ergibt sich die Notwendigkeit der Einschaltung des Departementes (Meinungsaustausch mit Eidg. Politischem Departement, Mitberichtsverfahren vor Bundesrat). In allen übrigen Fällen ist jedoch «durch den Formularfluss» in einfacher Weise Gewähr dafür geboten, dass der KHK je nach politischer Opportunität das «grüne oder rote Licht» erteilt wird.

Die nun vorliegenden negativen Erfahrungen sind zum Teil eine Folge des «Formularautomatismus». Im Eidg. Militärdepartement stellte man darauf ab, dass die wichtigen Entscheide im Eidg. Politischen Departement gefällt werden. Dieses seinerseits konnte sich darauf verlassen, dass Kontrolle und Prüfung der Dokumente – da Sache der KHK – beim Eidg. Militärdepartement erfolge.

Dieser Dualismus ist einer wirksamen Kontrolle nicht förderlich. Bei einer Revision der Vorschriften wird man diesem Punkt Beachtung schenken müssen. Auch aus diesem Grund drängt sich die Schaffung einer «Zentralstelle» bei der Bundesanwaltschaft auf.

– Es ist kritisiert worden, dass vom Auftauchen ernster Verdachtsgründe bis zur Anzeige lange Zeit verstrichen sei. Der Verdacht, dass Waffen der WO illegal ins Ausland (Nigeria) gelangt sein konnten, konkretisierte sich anfangs 1968[7]. Erstmals sah sich das Eidg. Politische Departement veranlasst, nicht nur die Kopien der Berichte des Botschafters in Lagos[8] zuzustellen, sondern in einem Schreiben ausdrücklich dazu Stellung zu nehmen (Brief[9] vom 10. 1. 68). Durch dieses Schreiben bekam auch der Unterzeichnete erstmals Kenntnis von der Angelegenheit. Nach Absprachen mit den Sachbearbeitern des Eidg. Politischen Departements schlug mir der Chef des Rechtsdienstes[10] vor, durch Abklärungen im Ausland das Beweismaterial sicherzustellen, das nötig war, um die Funktionäre der WO zu überführen.

---

6. *Zur Frage, in welchen Fällen dem Politischen Departement Bewilligungsgesuche für Kriegsmaterial unterbreitet werden sollten, vgl. das Schreiben von M. Gelzer an A. Kaech,* dodis.ch/33425.

7. *Vgl. das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 29. Dezember 1967,* E2001E#1980/83#3506* (B.51.14.21.20).

8. *F. Real. Vgl. Dok. 118,* dodis.ch/33266, *bes. Anm. 3.*

9. *Schreiben von J. Ruedi an A. Kaech vom 10. Januar 1968,* E2001E#1980/83#3506* (B.51.14.21.20).

10. *E. Diez.*

Der Firma gegenüber sollten diese Massnahmen verschleiert werden. Insoweit sich Verdachtsmomente konkretisierten, sollten ohne eingehendere Begründung die erteilten Bewilligungen gesperrt werden. Dieses Vorgehen schien sinnvoll und in Anbetracht aller Umstände zweckmässig. Es wurde von mir gebilligt und bis zur Anzeige konsequent angewendet. Die Nachforschungen im Ausland beanspruchten notgedrungen einige Zeit. Die Verfolgung einer durch den Botschafter in Lagos aufgezeigten, möglicherweise falschen Fährte dauerte einige Wochen[11]. Schliesslich gelang es im Falle Äthiopien nicht nur die Fälschung der Endverbraucherzeugnisse nachzuweisen, sondern auch darzutun, dass WO mit fiktiven Vertragspartnern arbeitete[12]. Damit war die Möglichkeit der Gutgläubigkeit der WO ausgeschlossen. Die Anzeige konnte auf sichern Grundlagen erstattet werden.

Ich legte Wert darauf, Ihnen neben den Antworten der direkt betroffenen Funktionäre auch noch diese allgemeinen Gesichtspunkte darzulegen. Einige der Fragen sind eher summarisch beantwortet, weil sich die Akten bei Ihnen befinden. Sollten Sie mehr Einzelheiten wünschen, wäre wohl ein Befragen der Herren Clerc und Grognuz unter Konsultation der Akten angezeigt.

---

11. *Dabei handelte es sich um Kriegsmaterialexporte nach Niger. Vgl. dazu die Antwort von W. Spühler auf verschiedene parlamentarische Vorstösse im Nationalrat vom 19. Dezember 1968,* dodis.ch/33440, *S. 8–9. Vgl. dazu auch das Schreiben von H. Monfrini an P. Micheli vom 10. Mai 1969,* dodis.ch/33454 *und die Notiz von P. Dietschi vom 15. August 1969,* dodis.ch/33478.
12. *Vgl. dazu Dok. 118,* dodis.ch/33266.

133

dodis.ch/33716

L'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder, au Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Confidentiel Washington, 11 mars 1969

Après des discussions techniques en rapport avec la représentation par la Suisse des intérêts américains à Cuba[2], l'Ambassadeur Fischli a eu l'occasion, au cours d'un entretien[3] et d'un déjeuner avec M. Alexis U. Johnson, Under Secretary for Political Affairs au Département d'Etat, d'aborder le sujet plus général des relations entre Cuba et les Etats-Unis.

L'entretien, auquel ont assisté en outre, du côté américain, M. Viron P. Vaky, Acting Assistant Secretary for Inter-American Affairs et M. John F. Fitzgerald, Coordinator of Cuban Affairs, ainsi que le soussigné et M. Andres, chargé

---

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#1176* (B.24.2). *Rédigée par E. Andres. Copie à A. Fischli.*
2. *Sur la représentation des intérêts américains à Cuba par la Suisse, cf. doc. 7,* dodis.ch/33714.
3. *Sur d'autres entretiens similaires, cf. la lettre de A. Fischli à L. Mossaz du 12 janvier 1968,* dodis.ch/33733.

dans l'Ambassade des intérêts américains, s'est déroulé dans une atmosphère empreinte de cordialité, et M. Johnson a tenu, pour commencer, à exprimer toute la gratitude du gouvernement américain pour l'excellent travail que la Suisse accomplit à Cuba dans le cadre d'une mission souvent délicate et qui demande, par surcroît, une disponibilité de chaque instant.

M. Fischli a alors fait part à M. Johnson du message personnel[4] que Fidel Castro l'a chargé de transmettre au gouvernement américain, à savoir que le gouvernement cubain, désireux d'établir un dialogue, était disposé à discuter le problème de l'immixtion «étrangère en Amérique latine», ce qui signifie un changement considérable de la politique suivie jusqu'ici par Cuba.

M. Johnson a qualifié cette ouverture cubaine de très intéressante et de «really something new». M. Fischli a pu confirmer à son interlocuteur qu'il s'agissait là d'un désir formel du leader cubain d'entrer en dialogue avec les Américains, et que Fidel Castro attendait une réponse de ces derniers par l'intermédiaire de la Suisse. A ce sujet, notre Ambassadeur à La Havane a pu dire à M. Johnson que le Chef du Département Politique[5] l'avait autorisé[6] à prêter son concours dans une affaire qui dépassait le cadre normal de la représentation des intérêts américains à Cuba. M. Johnson déclara que «we certainly will not reject this offer out of hand» et que la chose serait étudiée attentivement. Il fut convenu que le Secrétaire d'Etat en serait informé à temps pour la visite de courtoisie que je devais lui rendre le lendemain avec M. Fischli, mais que nous laissions le soin à M. Rogers d'aborder le sujet s'il le désirait.

M. Rogers, après avoir lui aussi remercié chaleureusement notre pays pour les très grands services que nous rendions dans des circonstances souvent difficiles, se fit répéter par mon collègue ce qui avait été dit à M. Johnson, et dont il avait été informé hier déjà. Après une discussion d'une demi-heure, il autorisa M. Fischli à déclarer au gouvernement cubain[7] que les Etats-Unis étaient très intéressés par le message qui venait de leur être transmis, qu'ils allaient l'examiner soigneusement et transmettraient leur réponse, le moment venu, par l'entremise de notre Ambassade à La Havane. En attendant, nous pouvions proposer aux Cubains de continuer les discussions techniques, hijackers[8], réfugiés à Guantanamo, plus tard éventuellement prisonniers américains[9] etc. En ce qui concerne Guantanamo, problème que Fidel Castro avait quelque peu lié avec celui du détournement d'avions, nous pouvions dire que les Etats-Unis, tout en maintenant le droit d'asile et ne désirant pas construire un mur de Berlin pour empêcher l'entrée de

---

4. *Sur l'entretien entre F. Castro et A. Fischli avant sa visite à Washington, cf. doc. 126,* dodis.ch/33715.

5. *W. Spühler.*

6. *Cf. aussi la notice de A. Fischli du 20 mars 1969,* dodis.ch/33745.

7. *Sur l'entretien avec R. Roa après la visite à Washington, cf. la lettre de A. Fischli à P. Micheli du 18 mars 1969,* dodis.ch/33743 *et sur d'autres entretiens, cf. la lettre de A. Fischli à P. Micheli du 21 novembre 1969,* dodis.ch/33748.

8. *Cf. doc. 126,* dodis.ch/33715, *note 3.*

9. *Cf. le télégramme N° 246 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à La Havane du 11 mars 1969,* E 2003-06(-)1982/68 vol. 47 (o.841.921).

réfugiés dans la base, étaient prêts à examiner toute proposition concrète cubaine tendant à décourager le franchissement illégal de la frontière. Enfin, notre Ambassadeur pouvait faire comprendre que l'issue des discussions techniques ne resterait pas sans influencer les négociations plus amples qui pourraient intervenir plus tard.

134

dodis.ch/33023

Protokoll der Sitzung vom 17. März 1969
der Delegation des Bundesrates für Finanz und Wirtschaft[1]

Streng vertraulich (departementsintern)

I. Zinsentwicklung

Herr Stopper schildert die Entwicklung auf dem Euromarkt, der einen wertmässigen Umfang von 30 Milliarden Dollar erreicht haben dürfte. Dieser Markt bedeutet eine potentielle Gefahr für das internationale Währungssystem, da im Krisenfall ein grosser Teil dieser Mittel den europäischen Notenbanken zum Umtausch in Dollars zufliessen könnte. Eine solche Befürchtung ist nicht rein hypothetisch, wenn man bedenkt, dass in den USA die Inflationsneigung weiter anhält und die grundlegenden Fakten der amerikanischen Zahlungsbilanz, insbesondere die Handelsbilanz, unbefriedigend sind. Die amerikanischen Behörden betreiben aus diesen Gründen eine restriktive Zinspolitik. Diese hat sich auf dem Euromarkt ausgewirkt, der von den amerikanischen Interessenten als Ausweich-Geldquelle benutzt wird. Die Tatsache, dass somit Dollars zu gewinnbringenden Sätzen angelegt werden können (7½ bis 8½%), hat das Ansehen dieser Währung, trotz nicht besonders guter Fundierung, gestärkt. Die Schweizerische Nationalbank hat gegen diese Entwicklung solange nichts einzuwenden, als in den USA die Inflationsneigung anhält. Es ist nur zu hoffen, dass die Bemühungen der Administration Nixon, der Inflation die Spitze zu brechen, von Erfolg begleitet sein werden. Indessen hat die Zinshausse auch auf den schweizerischen Geldmarkt übergegriffen und ist im Begriff, sich auf dem Kapitalmarkt geltend zu machen. Gemäss Herrn Stopper sollten wir vorderhand nicht dagegen ankämpfen. Eine Verflüssigung des Geldmarktes durch die Schweizerische Nationalbank würde übrigens den sofortigen Abfluss schweizerischer Mittel in den Euromarkt zur Folge haben und damit zinspolitisch wirkungslos bleiben. Auch konjunkturpolitisch dürfte sich ein Eingriff z. Z. nicht empfehlen, da in unserem Land alle Anzeichen auf eine bevorstehende

1. *Protokoll:* E2807#1974/12#568* (17-07). *Verfasst und unterzeichnet von P. A. Nussbaumer. Visiert von W. Spühler. Kopien an W. Spühler, P. Micheli, E. Thalmann, S. Marcuard, E. Diez, M. Gelzer, H. Miesch, R. Pestalozzi, H. Langenbacher, A. Natural. Anwesend waren die Bundesräte H. Schaffner (Vorsitz), W. Spühler und N. Celio, eine Delegation der Schweizerischen Nationalbank bestehend aus E. Stopper, A. Hay und F. Leutwiler sowie die Vertreter der Bundesverwaltung H. Letsch, B. Müller, A. Peter und P. A. Nussbaumer.*

Überhitzung der Wirtschaft hindeuten. Somit möchte Herr Stopper zurzeit von einer Diskontsatzerhöhung (der bei unseren Verhältnissen vorwiegend die Bedeutung eines «Signals» zukäme) absehen.

Bundesrat Schaffner ist damit einverstanden.

Der Kapitalexport ist trotz Zinshausse weiter notwendig. Die zugeflossenen, sehr umfangreichen Kapitalien müssten, falls sie in der Schweiz blieben, die Konjunktur nur noch zusätzlich anheizen. Die unter Art. 8 des Bankgesetztes bewilligten Exporte stellen bloss einen kleinen Teil der ausgeführten Kapitalien dar, sodass der damit gebotenen Steuerungsmöglichkeit beschränkte Wirksamkeit zukommt. Ein besonderes Problem stellt die Wohnbauförderung dar. Offenbar sind die wenigsten Gemeinden bereit, eine aktive Erschliessungspolitik zu treiben, da auf diese Weise die Landpreise relativ hoch gehalten werden können. Ein Fonds, der zum Ziele hätte, durch Bereitstellung zinsverbilligter Gelder die Landerschliessung zu erleichtern, könnte geeignet sein, den Vorwand der Gemeinden unglaubhaft erschienen zu lassen, sie verfügten zu Landerschliessung über zu wenig Kapital.

Die Diskussion ergibt, dass diese Frage z. Z. wohl schwer zu lösen ist. Im Moment, da eine Überhitzung unserer Wirtschaft vor der Tür steht, wäre es ferner widersprüchlich, eine Förderung der Landerschliessung in dieser Weise vorzusehen. Im übrigen sei unser Bankensystem durchaus in der Lage, die erforderlichen Kapitalien zu relativ günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

II. BIZ-Tagung vom 8./9. März

Herr Stopper skizziert kurz den Gang der Verhandlungen. Die sozialen Unruhen in Frankreich[2] haben dem Problem einer allfälligen Franc-Abwertung[3] wieder Aktualität verschafft. Offenbar ist die französische Wirtschaft auf Abwertung eingestellt; sie versucht, die Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Wie die Ereignisse vom vergangenen November gezeigt haben, sind die politischen Behörden geneigt, aus dieser Frage eine Prestige-Angelegenheit zu machen. Falls Frankreich zu einer Paritätsänderung gezwungen würde, bestünde somit die Gefahr einer Überabwertung, um damit u. a. das Pfund zum Nachziehen zu zwingen. Die neuesten Rückschläge der englischen Zahlungsbilanz[4] und die damit verbundene neuerliche Vertrauenseinbusse der englischen Währung sind in diesem Zusammenhang als schlechtes Zeichen zu werten. Rein technisch ist die französische Währung durch relativ hohe Reserven und die Möglichkeit, Kredite und IMF-Ziehungsrechte in Anspruch zu nehmen, gut gesichert. Auf dem Währungssektor spielen indessen psychologische Momente eine grosse Rolle; es steht fest, dass weite Kreise mit einer Abwertung rechnen und durch ihr Verhalten den Eintritt dieses Ereignisses begünstigen können. Für die Schweiz besteht keine un-

---

2. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 254 von P. Dupont an das Politische Departement vom 21. Mai 1968,* dodis.ch/32368.

3. *Zur Abwertung des französischen Francs am 8. August 1969 vgl. Dok. 142,* dodis.ch/33246, *Anm. 7.*

4. *Vgl. dazu den Bericht* Die Abwertung des Pfund Sterlings *vom Dezember 1967,* dodis.ch/33277.

mittelbare Gefahr, sofern der Dollar weiterhin stark bleibt und keine neue Aufwertungsspekulation einsetzt. In Deutschland[5] ist diese Diskussion noch nicht ganz verstummt.

III. Instrumentarium der Nationalbank[6]

Bundesrat Celio berichtet, dass ihm Herr Ötterli den Entwurf zweier Konventionen vorgelegt hat, welche zwischen der Nationalbank und den bedeutendsten schweizerischen Banken abzuschliessen wären. Die eine Konvention befasst sich mit der «zulässigen Kreditausweitung» der Banken, die andere mit der Einführung von Mindestguthaben[7]. Die Konventionen übernehmen fast wörtlich die im bundesrätlichen Gesetzesentwurf enthaltenen Vorschriften. Nach den vorgeschlagenen Kriterien wären ungefähr 3–400 Banken zur Unterschrift verpflichtet. Es fehlen Vorschriften über eine Entscheidungsinstanz. Die Konventionsentwürfe bedürfen der Genehmigung durch den Verwaltungsrat der Bankiervereinigung.

Die Diskussion ergibt, dass die neueste Entwicklung nur begrüsst werden kann. Falls eine befriedigende Kreditbeschränkungs- und Mindestguthabenregelung auf dem Konventionsweg zu erreichen ist, sollte diese Art des Vorgehens nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Während sich Herr Bundesrat Schaffner mit einer Kündigungsmöglichkeit nach 2–3 Jahren zufrieden geben könnte, möchte sie Herr Stopper erst nach mindestens 5 Jahren in Aussicht nehmen. Die Frage der Entscheidungsinstanz müsste ebenfalls befriedigend gelöst werden. Als Positivum zu werten wäre die Tatsache, dass der Abstimmungskampf mit all seinen Nebenerscheinungen wegfallen würde. Auch die Verfassungsfrage würde sich nicht mehr stellen.

Bundesrat Celio wird die Verhandlungen mit der Bankiervereinigung weiterführen.

IV. Internationale Stützungsoperationen

Die Besprechung über den Carli-Plan (automatische Rückführung von spekulativ abgeflossenen Mitteln in ihre Herkunftsländer) und über den Schiller-Carli-Plan[8] (Zurückholen der abgeflossenen Mittel durch das eigene

---

5. *Zur Aufwertung der D-Mark vgl. Dok. 179,* dodis.ch/33041.

6. *Zur Überprüfung der Grundsätze zum Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 55. Sitzung vom 8. September 1967,* E1003#1994/26#8*, *S. 3:* Herr Bundespräsident *[R. Bonvin]* führt aus, dass unser Land mit seiner bescheidenen Wirtschaft dank seines Sparkapitals den Banken eine finanzielle Kraft gegeben habe, die unsere volkswirtschaftlichen Grundlagen weit übersteigt. Die Banken seien stärker als der Bundesrat, dessen Politik sie bekämpfen können, wenn sie ihnen nicht passt. *Vgl. auch das BR-Beschlussprot. der 18. Sitzung vom 7. Mai 1969,* E1003#1994/26#12*.

7. *Die Schweizerische Nationalbank und die Schweizer Banken schlossen am 1. September 1969 eine «Rahmenvereinbarung» über die Mindestguthaben und die zulässige Kreditausweitung ab. Vgl. die* Bankpolitische Korrespondenz der Schweizerischen Bankiervereinigung, Basel Nr. 69/33 *vom 4. September 1969,* E2001E#1980/83#608* (C.40.11).

8. *Vgl. das Telegramm Nr. 88 der schweizerischen Botschaft in Rom an das Politische Departement vom 13. März 1969,* E2001E#1980/83#669* (C.41.121.0) *sowie den Bericht von G. Carli* Sur les Problèmes de l'adhesion de la Grande-Bretagne au Marché Commun en ce qui concerne les questions monétaires *vom Juli 1969, ibid.*

Bankensystem) haben gezeigt, dass dem Spekulationsproblem auf diese Weise kaum beizukommen ist. Den Krisen wird somit nach wie vor durch Kredite an währungsschwache Länder begegnet werden müssen. Für solche Transaktionen ist die Schweiz schlecht gerüstet. Die durch den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963[9] festgesetzte Limite von 200 Millionen Dollar ist fast erreicht. Zudem werden die Währungskredite in letzter Zeit nicht mehr auf die Allgemeinen Kreditvereinbarungen des IMF gestützt (dabei darf strikte genommen nach dem Bundesbeschluss ein schweizerischer Währungskredit nur bei Aktionen im Rahmen der erwähnten Vereinbarungen gewährt werden). Die Nationalbank ist daneben in der Lage, kurzfristige Hilfen anzubieten, wie z. B. im Falle Frankreichs. Befriedigend ist diese Lösung indessen nicht.

Der Generaldirektor[10] des IMF kennt die schweizerische Situation und ist bereit, auf unsere Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen.

Nach *Herrn Stopper* stellt sich somit die Frage, ob der Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 nicht in nächster Zeit erweitert oder zum mindesten den neuen Umständen angepasst werden sollte. Die Schweizerische Nationalbank wird dem Bundesrat in diese Richtung gehende Vorschläge unterbreiten.

Bundesrat Schaffner nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis, bemerkt indessen, dass in der Schweiz die Gefühle Grossbritannien gegenüber nicht besonders freundschaftlich sind. England ist praktisch zahlungsunfähig und behandelt uns auf dem Integrationssektor äusserst schlecht. Daher würden Massnahmen, die als Unterstützung Grossbritanniens erscheinen, in der Schweiz kaum auf Gegenliebe stossen[11].

V. Währungsfonds[12]

Herr Stopper bemerkt, ein Beitritt zum Währungsfonds würde sich nur rechtfertigen, wenn wir damit die Möglichkeit erhalten, in dieser Organisation durch einen Exekutivdirektor vertreten zu sein. Für diesen Fall müsste die schweizerische Beteilungsquote 4–500 Millionen Dollar betragen. Davon wären ein Viertel in Gold und der Rest in Schweizerfranken zu entrichten. Nicht sicher zu beantworten ist die Frage nach der weiteren Ausgestaltung und den finanziellen Auswirkungen der Sonderziehungsrechte. Unter Zugrundelegung einer Beteilungsquote von 2–2½% könnte die Schweiz, falls Sonderziehungsrechte im Betrag von 4 Milliarden Dollar aktiviert werden, zu Zahlungen von bis zu 200 Millionen Dollar im Jahr (zweimal 100 Millionen, wobei 100 Millionen 2½% von 4 Milliarden entsprechen) verpflichtet werden. Dies sind nicht unbedeutende Beträge, wenn man die schweizerischen Stützungskredite hinzuzählt.

Auch die Frage der Bandbreiten bedarf noch der näheren Abklärung. Schweizerischerseits besteht bekanntlich die Möglichkeit einer Abweichung

---

9. Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen, *BBl, 1963, II, S. 809–810.*

10. *P.-P. Schweitzer.*

11. *Zum britischen EWG-Beitrittsgesuch vgl. Dok. 33,* dodis.ch/33238 *und zur schweizerischen Währungshilfe an Grossbritannien seit 1964 vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 128,* dodis.ch/31415 *und DDS, Bd. 24, Dok 116,* dodis.ch/33022. *Vgl. ferner Dok. 181,* dodis.ch/32446.

12. *Vgl. dazu Dok. 72,* dodis.ch/32796.

nach oben und unten von 1,7%, wogegen die Statuten des IMF nur 1% zulassen. Was den Dollar betrifft, so liegt unser Interventionspunkt z. Z. bei 1,7% unter der Parität. Der Beitritt zum IMF würde uns also zwingen, den Dollar um 0,7% aufzuwerten. Dies wäre sicher ein Schritt in der falschen Richtung. In diesem Punkt werden indessen im Rahmen des IMF Besprechungen geführt, deren Resultat abzuwarten bleibt.

Die Diskussion ergibt, dass wir im Prinzip der Frage eines Beitritts zum Währungsfonds weiterhin positiv gegenüberstehen sollten. Immerhin sind nicht unbedeutende Schwierigkeiten vorhanden. Wenn das Parlament einen Beitritt akzeptieren soll, werden dessen Mitglieder auf die hohen «Kosten» vorbereitet werden müssen. Zudem sehen wir noch nicht genau, wie stark uns die Aktivierung von Sonderziehungsrechten in Zukunft belasten wird. Falls wir zur Finanzierung solcher Ziehungsrechte in wesentlichen Umfang Währungsreserven zur Verfügung stellen müssten, wäre eine parlamentarische Zustimmung zum Beitritt mehr als fraglich. *Bundesrat Spühler* unterstreicht, dass wir weniger die Schwierigkeiten eines Beitritts als die Notwendigkeit in Auge fassen sollten, bei einem Unternehmen ganz mitzumachen, für das wir uns schon stark engagiert haben. Seines Erachtens sollte die Möglichkeit einer Überwindung der technischen Schwierigkeiten durchaus gegeben sein.

135

dodis.ch/33630

Referat des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, vor der Gruppe Biel der Neuen Helvetischen Gesellschaft vom 25. März 1969[1]

Das Verhältnis der Schweiz zu den Oststaaten

Auszug

[...][2]

Es mag nach diesem gedanklichen Höhenflug vermessen erscheinen, zum Abschluss Ihre Aufmerksamkeit noch auf etwas so Konkretes und Materialistisches zu lenken wie unsern *Handelsverkehr mit den Oststaaten*[3]. Beweist

1. *Referat:* J1.301#2003/74#34* (51). *Der Referatstext wurde an die schweizerischen Vertretungen im Ausland und an hochrangige Beamte von Politischem und Volkswirtschaftsdepartement versandt. Vgl. das Kreisschreiben* Verhältnis der Schweiz zu den Oststaaten *von R. Probst an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 2. April 1969,* E2001E#1980/83#61* (A.14.62.3.0).

2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33630.

3. *Vgl. dazu Dok. 48,* dodis.ch/32688; *das Protokoll der Sitzung der schweizerischen Delegation beim Europarat vom 8. März 1967,* dodis.ch/33633; *das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» vom 6. Juli 1968,* dodis.ch/33634; *das Referat von M. Troendle vom 6. Juli 1968,* dodis.ch/33635; *das Referat von A. Grübel vom 6. Juli 1968,* dodis.ch/33636; *den Bericht von R. Schwertfeger vom 7. August 1968,* dodis.ch/33632 *und den Artikel von H. Schaffner,* dodis.ch/33631.

nicht gerade der Umstand, dass wir mit dem Osten Handel treiben, ihm die Erzeugnisse unserer Industrie liefern, bei ihm kaufen, damit Geld verdienen, dass uns, wenn es um den Profit geht, der Sinn für das Höhere schwindet? Sie kennen diese Töne; man hört sie, auch bei uns, nicht selten. Es mag ein Kern Wahrheit, mitunter auch mehr darin stecken.

Indes muss man die Dinge auch wieder sehen, wie sie sind. Schliesslich ist die Schweiz ein Land, für dessen wirtschaftliche Existenz der Aussenhandel aus naturgegebenen Gründen im wahrsten Sinne des Wortes vital ist. Doch gilt diese Betrachtungsweise nicht nur merkantilistisch (wobei ich den Ausdruck keineswegs bloss abschätzig verstanden wissen möchte). Darüber hinaus hat gerade unsere schon frühzeitig einsetzende intensive Verquickung mit dem Welthandel, die für ein Binnenland ohne Rohstoffe und Naturschätze nur durch persönliche Initiative, Individualismus, Wagemut und Liberalismus zu erreichen war, schon bald zu einer gewissen Weltläufigkeit und Weltoffenheit geführt, die aus ihrem eigenen Werte heraus weiterwirken kann. Sogar im Verkehr mit dem Osten könnte dies, auch wenn wir uns selbst nicht überschätzen wollen, eine Ausstrahlung zeitigen.

Fassbarer scheint mir eine andere, nüchternere Überlegung. In den grimmigsten Zeiten des kalten Krieges mochte es einen gewissen Sinn haben, dem Osten den Zugang zu dem, was strategisches Material genannt wurde, zu verwehren, obwohl sich gerade die Schweiz aus Gründen der Neutralitätspolitik in dieser Hinsicht eine gewisse Autonomie wahren musste[4]. Heute stehen aber dem Osten praktisch alle Türen offen. Die westlichen Mächte bemühen und überbieten sich, dem Osten ihre Erzeugnisse zu offerieren. Ein Abseitsstehen der Schweiz aus ideellen Gründen wäre deshalb unter den gegenwärtigen Umständen völlig wirkungslos. Der Osten könnte sich, was wir zu offerieren haben, nicht nur mühelos anderswo beschaffen; wir würden selbst auf den östlichen Märkten, auf denen wir ohnehin bereits einen Rückstand aufweisen, unsere *potentiellen Chancen* für die Zukunft von vorneherein zugunsten unserer westlichen Konkurrenten einbüssen. Schon unser wirtschaftliches Interesse spricht also dafür, jenen beträchtlichen Teil unserer Erdkugel, der politisch dem Osten zugehört, nicht zu vernachlässigen. Auch die stagnierende integrationspolitische Situation in Westeuropa[5] macht es für uns zur Notwendigkeit, die äusseren Märkte zu pflegen.

Der Handelsverkehr bringt auch *menschlichen Kontakt.* Er ist heute oft sogar einer der wenigen Wege, die ihn ermöglichen. Was der Kontakt dem Menschen im Osten an Zuversicht bieten kann, habe ich schon angedeutet. Hinzu kommt eine weitere Dimension. Der *modernen Industriegesellschaft* wohnt eine *Dynamik* inne, die auf die Dauer ein Regime des Zwanges, das Joch überholter Doktrinen, welche den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen, nicht ertragen kann. Nun entwickeln sich aber auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten unvermeidlich immer rascher zu modernen Industriegesellschaften. Durch den wirtschaftlichen Kontakt mit dem Westen, dem sich der Osten in

---

4. *Zum sogenannten* Gentlemen's Agreement *bezüglich des Ost-West-Handels vgl. Dok. 189,* dodis.ch/33136.

5. *Vgl. dazu Dok. 145,* dodis.ch/33236.

manchem Bereiche angleichen muss, wenn seine Leistungsfähigkeit Schritt halten soll, wird die Entwicklung beschleunigt. Der Handelsaustausch spielt in diesem Prozess eine bedeutsame Rolle. Es entstehen neue Bedingungen, die auf längere Sicht wohl auch eine gewandelte Beziehung und eine intensivere Verquickung bewirken können.

Mit diesen Hinweisen möchte ich keinesfalls etwa einer Apologie des Osthandels das Wort reden. Denn ich glaube, dass er dessen nicht mehr bedarf[6]. Auf der andern Seite dürfen die Erwartungen, die man an den Osthandel knüpft, auch nicht übertrieben werden[7]. Einem raschen Fortgang stehen viele Hindernisse entgegen. Die Wirtschaft ist in der östlichen Welt nach wie vor etwas anderes als in der westlichen. Eine *formale Annäherung* ist zwar im Gang. Der Osten sah sich genötigt, seine Industrie zu modernisieren, zu rationalisieren, zaghaft gewisse Wettbewerbselemente einzuführen und die individuellen Konsumbedürfnisse im Rahmen seiner Planwirtschaft stärker zu berücksichtigen. Man erkannte auch, dass eine intensivere Aussenhandelsverflechtung mit den westlichen Industriestaaten anstelle einer rein östlichen Autarkie den technischen Fortschritt fördern und das gesamtwirtschaftliche Wachstum beschleunigen könnte. Die freie Marktwirtschaft ihrerseits hat seit der Weltwirtschaftskrise einsehen gelernt, dass das Prinzip des Wettbewerbs als Organisationsmittel von Massengesellschaften nur funktionsfähig ist, wenn eine klare Rahmenordnung die freie Konkurrenz sicherstellt und eine geeignete Sozialpolitik die Einkommensverteilung angemessen ausgleicht.

In allen grundsätzlichen Fragen hingegen bleiben die *wesentlichen Systemunterschiede* bestehen. Damit ist der Spielraum für die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung weiterhin recht eng. Einer Ausdehnung der West-Ost-Beziehungen sind neben allen politischen und ideologischen Behinderungen in der Sache selbst Grenzen gesetzt.

Schon die *Motive der Produktion* und der wirtschaftlichen Tätigkeit sind verschieden. Für den Westen steht das Streben des Einzelnen, handle es sich um ein Individuum oder ein Unternehmen, nach ökonomischer Selbstbehauptung im Vordergrund. Eine gewisse, seit Jahrzehnten wachsende Solidarität und zwischenmenschliche Rücksichtnahme haben das Bild zwar gemildert. Im Prinzip ist aber der Einzelne im stählenden Wettbewerb auf seine eigenen Qualitäten gestellt.

Völlig anders ist die Lage im Osten. Auch wenn dort eine Dezentralisation Platz greifen sollte, bleiben die Fundamente unverändert. Die einzelnen Unternehmen sind in eine Gesamtkonzeption der wirtschaftlichen Entwicklung eingespannt. Ihr Daseinszweck und zentrales Motiv bleibt Dienst an der anonymen, staatlichen Kollektivität, die dem Individuum vorgeht.

Daraus folgt, dass man auch an den Aussenhandel mit *gänzlich verschiedenen Voraussetzungen* herantritt. Für den westlichen Geschäftsmann geht es beim Osthandel in erster Linie um eine private Operation. Anders

---

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 44,* dodis.ch/30154, *bes. Anm. 4 und 5 sowie Dok. 88,* dodis.ch/30156, *Anm. 2.*

7. *Vgl. dazu Dok. 48,* dodis.ch/32688.

für den Ostpartner: für ihn gehört der Westhandel, wie aller Binnen- und Aussenhandel, zur zentralen Planung. Dazu kommt, dass der Aussenhandel im kommunistischen Osten grundsätzlich sekundäre Bedeutung aufweist. Er ist irgendwie Ausdruck eines momentanen Mangels, und man sollte ihn möglichst rasch durch Eigenproduktion, zumindest innerhalb des kommunistischen Wirtschaftsraumes, überflüssig machen. In letzter Zeit ist freilich ein gewisser Wandel sowie eine langsam zunehmende Einsicht in das wirtschaftliche Prinzip der internationalen Arbeitsteilung, und zwar über den Kreis des kommunistischen Binnenhandels hinaus, bemerkbar. Es bleibt aber doch symptomatisch, dass die Sowjetunion, einer der Giganten unserer Welt, 1967 zwar einen gesamten Aussenhandel nach beiden Richtungen (also Importe und Exporte zusammen) im Umfang von rund 18 Milliarden US Dollar aufwies, woran aber die nicht-kommunistischen Staaten (also die westlichen und die Entwicklungsländer) nur mit 5,8 Milliarden Dollar partizipierten. Das Aussenhandelsvolumen der bevölkerungsmässig 40mal kleineren Schweiz betrug demgegenüber im gleichen Jahr insgesamt rund 7,7 Milliarden Dollar. Im internationalen Vergleich ist die sowjetische Aussenhandelsintensität somit noch gering. Um einen anderen Vergleich heranzuziehen, betrug der sowjetische Aussenhandelsumsatz je Einwohner 1966 rund 70 Dollar, während die gleiche Verhältniszahl beispielsweise für die Schweiz 1'170 Dollar und für die Bundesrepublik 640 Dollar ausmachte.

Aus der grundsätzlichen Verschiedenartigkeit der Wirtschaftssysteme in Ost und West fliessen auch zahlreiche *praktische Schwierigkeiten*. Zu nennen sind namentlich der schwerfällige sowjetische Einkaufsapparat, das dem europäischen Markt oft kaum gerecht werdende östliche Güterangebot und so manches andere, womit sich der kommerzielle Praktiker zu plagen hat.

Wie hat sich, angesichts dieser Hemmnisse, der *schweizerische Osthandel* entwickelt? Gestatten Sie mir nur einige ganz summarische Hinweise. Auf seinen tiefsten Stand fiel er 1962/63, als die osteuropäischen Staaten nur noch mit 1,9% am schweizerischen Gesamtimport und mit 2,6% am Export beteiligt waren. In den letzten Jahren ist dieser Rückgang wieder aufgefangen worden, ohne freilich das weit höhere Niveau vor dem Zweiten Weltkrieg zu erreichen, nicht zu sprechen von der Periode vor dem Ersten Weltkrieg, als Russland allein beispielsweise 10% unserer gesamten Uhrenausfuhr abnahm.

Immerhin hat sich der prozentuale Anteil des schweizerischen *Exports* nach den Oststaaten, d. h. nach der Sowjetunion und ihren europäischen Satelliten, in den letzten Jahren überdurchschnittlich entwickelt. Der Ausfuhrwert stieg 1968 auf den bisher höchsten Stand von 607 Mio. Fr., was 3,5% der schweizerischen Gesamtexporte entspricht. Zählt man die Ausfuhr nach Jugoslawien, das einen Sonderfall darstellt, aber auch nach China und den anderen ostasiatischen kommunistischen Ländern hinzu, so ergibt sich ein Total von 872 Mio. Fr. und ein entsprechender Anteil von 5% unserer Gesamtexporte nach der ganzen Welt.

Der *Import* aus den europäischen kommunistischen Staatshandelsländern ist niedriger. Vergangenes Jahr erreichte er den Wert von 388 Mio. Fr. Dies sind 2% des schweizerischen Gesamtimports. Berücksichtigt man ausserdem

wiederum Jugoslawien, China und die andern kommunistischen Staaten Asiens, so gelangt man auf rund 518 Mio. Fr. oder einen Anteil von 2,7% unserer Totalimporte.

In diesen steigenden Handelswerten, die aber am Ganzen gemessen weiterhin recht gering sind, findet allmählich doch eine vermehrt national gefärbte Auflockerung der kommunistischen Gesamtplanung, namentlich seitens der europäischen Satelliten, ihren Widerhall. Die Wirtschaftspolitik dieser Länder beginnt sich aus ihrer Erstarrung zu lösen und gerät langsam in Bewegung. Auf der *Exportseite* steht bezeichnenderweise Jugoslawien[8], das sich auf dem Wege der politischen Emanzipation und der wirtschaftlichen Liberalisierung am weitesten vorgewagt hat, mit 180 Mio. Fr. als Kunde der Schweiz an der Spitze. Die UdSSR[9] und die Tschechoslowakei[10] halten sich mit 116 bzw. 111 Mio. die Waage, gefolgt von Rumänien[11] mit fast 100 Mio. Wenn man von der Sowjetunion absieht, deren Käufe im Verhältnis zu ihrer Dimension kaum sehr eindrücklich erscheinen, so drängen sich neben Jugoslawien bezeichnenderweise, mit der Tschechoslowakei und Rumänien, die beiden am stärksten nach Bewegungsfreiheit strebenden Satellitenstaaten in den Vordergrund.

Ein ähnliches Phänomen zeigt sich auf der *Importseite*, wo die Tschechoslowakei mit 123 Mio. mehr als den doppelten Wert der sowjetischen Verkäufe nach der Schweiz aufweist. Die Tschechoslowakei ist übrigens der einzige osteuropäische Staat, der im Handel mit der Schweiz einen Aktivsaldo verzeichnet. Mit allen andern Ländern ist das Verhältnis umgekehrt.

Es ist anzunehmen, dass das Volumen des Osthandels weiter anwachsen wird. Solange freilich in den Oststaaten generell ein unbewegliches System unserer freiheitlichen Konzeption gegenübersteht, bleiben der Ausweitung recht enge Grenzen gesetzt. Mit allzu grossen Verschiebungen ist daher nicht zu rechnen. Immerhin entspricht der Osthandel, auch realistisch betrachtet, noch nicht den vorhandenen Möglichkeiten. Jede Steigerung sollte aber gleichzeitig schweizerischerseits mit dem Bestreben parallel gehen, unsere eigenen Interessen gegenüber diesen Staaten angemessen zu verteidigen.

[...][12]

---

8. *Zu den Handelsbeziehungen mit Jugoslawien vgl. Dok. 170,* dodis.ch/32381.
9. *Zu den Handelsbeziehungen mit der UdSSR vgl. Dok. 44,* dodis.ch/32783, *bes. Anm. 7.*
10. *Zu den Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei vgl. die Notiz von L. Roches vom 10. September 1969,* dodis.ch/32182.
11. *Zu den Handelsbeziehungen mit Rumänien vgl. Dok. 140,* dodis.ch/32536, *Anm. 11.*
12. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33630.

136

dodis.ch/33251

Stellungnahme des Politischen Departements zu Handen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats[1]

Streng vertraulich Bern, 1. April 1969

Frage III.3.: Welches war die Tätigkeit des Politischen Departements innerhalb der Hilfsaktion[2] zu Gunsten Biafras und welche Erfahrungen konnte man bei dieser Gelegenheit sammeln?

Antwort:

I

Das Politische Departement ist seit einem Jahr auf den folgenden Gebieten intensiv tätig:

a) Finanzielle Leistungen[3] *und Hilfe in Milchprodukten*

Bis 12. Februar 1969 wurden bekanntlich für das gesamte vom Nigeria-Konflikt betroffene Gebiet 13'717'384 Franken geleistet, wovon 6'030'000 Franken in Form von Milchprodukten und 7'687'384 Franken in bar. Hauptsächliche Aktionsträger sind: IKRK, Schweizerisches Rotes Kreuz, Hilfswerk der evang. Kirchen der Schweiz und Schweiz. Caritas-Verband, Kinderhilfswerk der UNO. Es ist kaum möglich, die Spenden zwischen Nigeria und Biafra aufzuteilen, ausgenommen die den beiden konfessionellen Organisationen zugeleiteten Mittel, die für ärztliche Hilfe in Biafra bestimmt waren. Die Leistungen des Bundes wurden ohne Unterschied auf die Opfer auf beiden Seiten der Front verteilt, doch ist es sehr wahrscheinlich, dass wegen der sehr hohen Transportkosten (ausschliesslich mit Flugzeug) ein überwiegender Teil dieser Beträge für Biafra Verwendung fand. Es ist anzunehmen, dass auch ein Grossteil des neuen Kredits von 6 Millionen Franken (BRB vom 17. März 1969[4] zur Unterstützung des Operationsplanes März–August 1969 des IKRK in Nigeria und Biafra) der Finanzierung der Hilfe an Biafra dienen wird.

---

1. *Bericht:* E2807#1974/12#265* (042.2-04). *Antwort auf die Frage, die laut Geschäftsprüfungskommissionsbeschluss vom 24. Februar 1969 dem Bundesrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen wurde. Die Antwort wurde am 19.–21. Mai 1969 von der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats diskutiert. Vgl. Doss.* E1050.7A#1995/503#18*.
2. *Für eine Übersicht und den Ablauf der Ereignisse vgl. das Protokoll der Sitzung vom 16. August 1968 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 9. Oktober 1968,* dodis.ch/32151.
3. *Vgl. dazu auch die Notiz von H. Langenbacher an W. Spühler vom 14. August 1968,* dodis.ch/33810.
4. *Im Originaltext fälschlicherweise 1967; vgl. das BR-Prot. Nr. 463 vom 17. März 1969,* E1004.1#1000/9#744*.

b) Aktionen auf diplomatischem Gebiet

Erwähnung verdienen:

- die unzähligen Demarchen[5] unseres Botschafters[6] in Lagos bei den nigerianischen Behörden zur Unterstützung der Schritte, die Botschafter Lindt für die Öffnung von Zufahrten nach Biafra, den Schutz der dortigen Rotkreuz-Equipen, usw. unternahm;
- der Entscheid des Bundesrats[7], in Äquatorial-Guinea, das im Herbst 1968 die Unabhängigkeit erlangt hatte, sehr rasch einen Botschafter zu akkreditieren (Luftbasis des IKRK in Santa Isabel auf der Insel Fernando Póo);
- die rege Informationstätigkeit unserer diplomatischen Vertretungen in London beim Foreign Office[8] und in Washington beim State Departement[9];
- die Demarchen unserer Botschafter in diesen beiden Hauptstädten und in Paris zur Unterstützung der Verhandlungen, die mehrere hohe Mitglieder des IKRK im Zusammenhang mit seiner Kampagne zur Beschaffung der nötigen Mittel dort führten[10];
- die in Paris vorgenommenen Sondierungen zur Errichtung einer zweiten Luftbrücke des IKRK in Cotonou;
- diejenigen, die mit dem gleichen Ziel und zur Wiederherstellung der Luftbrücke von Fernando Póo in verschiedenen andern westlichen und afrikanischen Hauptstädten vorgenommen worden sind[11].

c) Technische und ärztliche Hilfe zu Gunsten von Äquatorial-Guinea[12]

Ein schweizerischer Experte wurde soeben vom Dienst für Technische Zusammenarbeit den dortigen Behörden zum Auf- und Ausbau des Aussenministeriums in Santa Isabel zur Verfügung gestellt. Ein Projekt für eine ärztliche Hilfsaktion wird ebenfalls geprüft[13].

---

5. *Vgl. Doss.* E2003A#1980/85#761* *und* E2003A#1980/85#762* (o.222.4).
6. *F. Real.*
7. *BR-Prot. Nr. 1733 vom 4. November 1968,* dodis.ch/34162. *Vgl. ferner das Telegramm Nr. 378 der Schweizerischen Botschaft in Lagos an das Politische Departement vom 24. Oktober 1968,* dodis.ch/33620; *das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 20. Januar 1969,* dodis.ch/33625 *sowie den Politischen Bericht Nr. 1 von F. Real an W. Spühler vom 23. April 1969,* dodis.ch/33648.
8. *Vgl. dazu Doss.* E2300-01#1973/156#224* *und* E2300-01#1977/28#43* (A.21.31).
9. *Vgl. dazu Doss.* E2300-01#1973/156#255* *und* E2300-01#1977/28#76* (A.21.31).
10. *Vgl. u. a. den Politischen Bericht Nr. 16 von R. Keller vom 4. Dezember 1968,* E2300-01#1973/156#224* (A.21.31). *Vgl. ferner die Notiz von R. Keller vom 1. Juli 1968,* dodis.ch/33780 *sowie das Telegramm Nr. 658 der Schweizerischen Botschaft in Washington an das Politische Departement vom 14. November 1968,* dodis.ch/33748.
11. *Vgl. dazu die Notiz von D. Werner vom 29. Januar 1969,* E2003A#1980/85#762* (o.222.4).
12. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 378 der Schweizerischen Botschaft in Lagos an das Politische Departement vom 24. Oktober 1968,* dodis.ch/33620.
13. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Spühler an N. Celio vom 21. Mai 1969,* dodis.ch/33626.

d) Personal

Dem IKRK steht seit Juli 1968 unser ehemaliger Botschafter in Moskau, Dr. Lindt, zur Verfügung[14]; dazu kamen später sukzessive zwei weitere diplomatische Mitarbeiter[15] des Politischen Departements. (Das Militärdepartement und die PTT-Verwaltung haben ihrerseits die Kader der «Mission Lindt» ergänzt und erneuern sie von Monat zu Monat.)

e) Übernahme von Kriegsrisiken durch den Bund

für Flugzeuge und Besatzungen des IKRK (in der Regel durch Balair gestellt). Gewisse dem IKRK zur Verfügung stehende ausländische Flugzeuge wurden in der Schweiz *immatrikuliert*. (Die entsprechenden Vereinbarungen sind in Zusammenarbeit mit dem Luftamt und der Eidg. Finanzkontrolle getroffen worden).

f) Benützung des Übermittlungsdienstes des Departements

Dem IKRK und seinen Delegationen stehen die Verbindungen zwischen der Zentrale in Bern und den Auslandvertretungen zur Verfügung. Für Biafra (wo die Schweiz keine Vertretung unterhält) erteilten die PTT eine Konzession zum Betrieb eines besonderen *Radiosenders*, der der direkten Verbindung mit Genf dient.

g) Intervention beim Welternährungsprogramm

Diese Organisation wurde ersucht, gemäss den Empfehlungen des UNO-Generalsekretärs[16] und gleich wie das Kinderhilfswerk der UNO, dem IKRK dringend Nahrungsmittel und Geldspenden zu überlassen, dies zu Gunsten der Opfer in Biafra, wo die UNO keinen Zugang hat. Dieser im November 1968 unternommene Schritt war von raschem Erfolg gekrönt[17].

II

Die gesammelten Erfahrungen

1) Allgemeine Erfahrungen

Die schweizerische Regierung steht im Blickfeld:

a) des Inlands, wo die öffentliche Meinung auf die Auswirkungen des Krieges und der Hungersnot in Biafra und den heroischen Kampf seiner Bevölkerung sehr empfindlich reagiert. In Petitionen, die Lehrer und Schüler verschiedener Kantone und Gruppen Erwachsener letztes Jahr an Bundesrat oder Bundespräsident richteten, wurde dringend gefordert Biafra zu Hilfe zu

---

14. *Zur Leitung der IKRK-Aktion in Nigeria durch A. R. Lindt, der zu diesem Zeitpunkt noch akkreditierter Botschafter in Moskau war, vgl. das Schreiben von F. Real an E. Thalmann vom 14. Juni 1968,* dodis.ch/33772; *die Notiz von E. Thalmann vom 17. Juli 1968,* dodis.ch/33790 *sowie das Schreiben von W. Spühler an A. R. Lindt vom 14. Februar 1969,* dodis.ch/33809.

15. *F. Pictet und J. P. Zehnder.*

16. *S. U Thant.*

17. *Vgl. dazu Doss.* E2003A#1980/85#774* (o.222.4.06.09) *und* E7110#1979/14#1664* (875.0.2).

kommen, mehr zu tun, oder Biafra als unabhängigen Staat anzuerkennen[18]. In allen Bevölkerungsschichten besteht indessen der Hang, sich von Emotionen mitreissen zu lassen. Man hat wenig Verständnis dafür, dass die offizielle Schweiz nicht wie der einzelne Bürger reagieren kann.

b) im Blickfeld des Auslands, wegen der bekannten Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und dem IKRK[19]. In Afrika wie anderswo wird das Rote Kreuz immer wieder mit dem Schweizer Kreuz verwechselt[20]. Unsere Politik muss dieser Tatsache Rechnung tragen. (Die Regierung der Vereinigten Staaten hat kürzlich beispielsweise den Wunsch geäussert, die Schweiz möge schweizerische Inspektoren bezeichnen, um die Ladungen der von Sao Tomé nach Biafra fliegenden Flugzeuge der Kirchlichen Hilfswerke zu kontrollieren. Das Departement musste darauf verzichten, diesem Wunsch Folge zu leisten, um nicht die Aktionsfreiheit des IKRK auf beiden Seiten der Front aufs Spiel zu setzen).

2) Erfahrungen in finanzieller Hinsicht

Die Ausmasse des Dramas machten die Einleitung von Hilfsaktionen von ausserordentlichem Umfange unter Inanspruchnahme von ausserordentlich kostspieligen Transportmitteln nötig. Im amerikanischen Senat wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob solche Unternehmungen noch einer Privatorganisation wie dem Roten Kreuz überlassen werden können, mit anderen Worten, ob das *IKRK* noch zu genügen vermöge. Für seinen Aktionsplan November 1968–Februar 1969 musste das IKRK kurzfristig 32 Millionen Franken aufzubringen versuchen. Angesichts unserer früheren Leistungen[21] geschah dies ohne Beteiligung unseres Landes.

Der neue Aktionsplan des IKRK umfasst sechs Monate (März bis August 1969) und sieht die Bereitstellung von 330 Millionen Franken vor, wovon 230 Millionen für Nahrungsmittel und Medikamente und 100 Millionen für

---

18. *Zur Frage der Anerkennung Biafras vgl. die Notiz für W. Spühler vom 6. August 1968,* dodis.ch/33821 *und das BR-Prot. Nr. 1446 vom 16. September 1968,* E1004.1#1000/9#738*.

19. *Zu den Schwierigkeiten und der Kritik an der IKRK-Aktion in Nigeria vgl. das Schreiben von F. Real an E. Thalmann vom 5. Juni 1968,* dodis.ch/33767; *das Protokoll der Sitzung vom 16. August 1968 der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 9. Oktober 1968,* dodis.ch/32151; *das Schreiben von F. Real an E. Thalmann vom 11. Oktober 1968*, dodis.ch/33823; *das Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 26. November 1969 der Aussenpolitischen Kommission des National- und Ständerats vom 17. Januar 1969,* dodis.ch/33812; *das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 17. Juli 1969,* dodis.ch/33829 *sowie die Karikatur aus der Zeitung «New Nigerian» vom 20. August 1969,* dodis.ch/33831. *Vgl. auch die* Antwort auf die Dringliche kleine Anfrage von Nationalrat Hubacher betreffend Beschuldigungen gegen Botschafter Dr. Lindt *vom 19. Juni 1969,* E2003A#1980/85#762* (o.222.4).

20. *Zur Problematik der engen Kooperation zwischen der Schweiz und dem IKRK und der Wahrnehmung, die Schweiz und das IKRK seien identisch vgl. das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 8. Juli 1969,* dodis.ch/33822 *sowie das Schreiben von F. Real an E. Thalmann vom 11. Oktober 1968,* dodis.ch/33823.

21. *Vgl. dazu u. a. das BR-Prot. Nr. 1977 vom 28. November1967,* dodis.ch/33753 *und das BR-Prot. Nr. 247 vom 14. Februar 1968,* dodis.ch/32524. *Für eine Übersicht über die Bundesratsbeschlüsse vgl. die Notiz* Décisions du Conseil fédéral pour l'aide au Nigéria/Biafra depuis le début du conflit jusqu'à la fin de la période 1967/1969, E2003A#1980/85#754* (o.222).

Transport- und Verteilungskosten bestimmt sind. Zur Deckung dieser Ausgaben muss das IKRK einen Betrag von 84 Millionen Franken finden. Die amerikanische Regierung hatte dem Komitee mitgeteilt, sie sei bereit, die Hälfte dieses Betrags zu übernehmen, wenn andere Staaten entsprechende Anstrengungen unternähmen. Dieses in den USA geläufige Verfahren des «matching» hat den Bundesrat veranlasst[22], kurzfristig einen Global-Beschluss für den gleichen Zeitraum von sechs Monaten zu fassen. Bei der Bereitstellung eines neuen Kredits von 6 Millionen Franken musste jedoch eine Budgetüberschreitung in Kauf genommen werden.

Die vor Jahresfrist zugunsten des IKRK getroffenen Massnahmen (BB vom 13. 3. 1968[23]) schienen damals sehr grosszügig. In der heutigen Lage erweisen sie sich jedoch als völlig ungenügend. Dasselbe gilt vom Rahmen-Kredit von 43 Millionen für die Weiterführung internationaler Hilfswerke[24]. Seine bescheidene Reserve für Notfälle (weniger als 5 Millionen für drei Jahre) reicht nicht aus, um auszuhelfen.

3) Rivalität unter den Hilfswerken

Das Departement hat mit grossem Bedauern während der letzten Monate Spannungen festgestellt, die zwischen den Organisationen des Roten Kreuzes und den in Biafra tätigen grossen konfessionellen Organisationen entstanden sind. Diese Spannungen scheinen u. a. durch die Unterstützung bedingt zu sein, die das Rote Kreuz auf verschiedenen Gebieten seitens der öffentlichen Hand geniesst (Finanzhilfe des Bundes, Radiosender), mit andern Worten durch eine weitverbreitete Unkenntnis des besondern Status des Roten Kreuzes, der auch Pflichten in sich schliesst. Zudem entspricht seine traditionell neutrale Haltung der schweizerischen Politik. Von den übrigen privaten Organisationen gehören mehrere *internationalen* Institutionen an und folgen damit Grundsätzen, die nicht von der gleichen Neutralität inspiriert sind. Dazu gesellt sich der Wunsch der Behörden, den privaten Organisationen die ihnen eigene Rolle zu belassen, die darin besteht, das Gewissen des Einzelnen wachzurütteln und seine Freigebigkeit zu wecken, aber auch die Sorge, Präzedenzfälle zu vermeiden, die den Bundesrat dazu führen könnten, nach allen Seiten Bundesbeiträge entrichten zu müssen.

4) Die Bedeutung Afrikas

Die Erfahrungen haben den schwankenden und explosiven Charakter von ganz Afrika und die Empfindlichkeit der Führer der kürzlich unabhängig gewordenen Staaten erkennen lassen. Daher die Bedeutung dieses Kontinents bei der Suche und Aufrechterhaltung des Weltfriedens. (Der Kaiser von Äthiopien[25], Führer des schwarzen Afrikas und Vermittler im Nigeria-Konflikt,

---

22. *Vgl. Anm. 4.*

23. Bundesbeschluss betreffend Erhöhung der Finanzhilfe des Bundes an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz *vom 13. März 1968, BBl, 1968, I, S. 533–534.*

24. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1297 vom 12. Juli 1966,* dodis.ch/31758 *und das BR-Prot. Nr. 617 vom 16. April 1969,* dodis.ch/32518.

25. *H. Selassie.*

sieht sich in seinen Bemühungen, in den kriegführenden Gebieten Frieden zu stiften, durch die Furcht vor einem Zerfall des eigenen Landes behindert. Äquatorial-Guinea, sieht sich, kaum entstanden, vor das gleiche Problem gestellt. Andererseits versteift sich sein Präsident[26] angesichts von Vorschlägen, die ihn an seine ehemaligen Herren erinnern: daraus ergaben sich etwa Schwierigkeiten bei der Erneuerung des seinerzeit zwischen dem IKRK und Madrid unterzeichneten Vertrags über die Luftbrücke von Santa Isabel nach Biafra). Aus dieser Situation ergibt sich 1) die Dringlichkeit, Spezialisten für diesen Kontinent auszubilden; 2) nach Möglichkeit unsere diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Afrika zu verstärken; 3) die Notwendigkeit einer laufenden und vollständigen Information; 4) die Pflicht, sich für den Fall weiterer «Explosionen» bereit zu halten – bereit insbesondere, das IKRK auch anderswo als heute und erst noch grosszügig zu unterstützen; schliesslich sind mit der Organisation für afrikanische Einheit die Beziehungen anzuknüpfen, die sich als möglich erweisen.

5) Technische Einrichtungen

a) *Unsere Botschaften:* Zufolge der dem Departement auferlegten Sparmassnahmen verfügen heute nur die «grossen Botschaften» über kostspielige Apparate, die die direkte Übermittlung und das automatische Chiffrieren und Dechiffrieren von Nachrichten erlauben. Die übrigen Posten (und zu dieser Kategorie gehört fast ganz Afrika) sind gezwungen, nach einem Übermittlungssystem zu arbeiten, bei dem das Chiffrieren nur mühsam vor sich geht und das, sobald die Mitteilungen häufiger werden, einen beträchtlichen Verlust an Zeit und Mitteln mit sich bringt. Die Information ruft heute überall nach der raschesten Verbindung. In der ganzen Welt gewährleistet das Politische Departement die Übermittlung von Nachrichten des IKRK an seine Delegierten und umgekehrt – und sollte das gleiche für das Schweiz. Rote Kreuz tun. Es wäre deshalb erwünscht, eine grössere Zahl schweizerischer Vertretungen, vor allem in Afrika, mit modernen Apparaten und dem nötigen spezialisierten Personal ausrüsten zu können, ohne auf den Ausbruch neuer Katastrophen zu warten[27].

Zur Begründung dieses Wunsches, die Infrastruktur, d. h. das Nachrichtennetz unserer Posten in Afrika zu verstärken, zwei Beispiele:

1. Im Kongo wurden – anlässlich der Söldneraffäre[28] – zahlreiche dringende Mitteilungen des IKRK an seine Delegierten und umgekehrt angesichts der Langsamkeit und Unzulänglichkeit unseres Übermittlungsdienstes über den *amerikanischen* Chiffredienst geleitet.

2. Ebenfalls im Kongo-Kinshasa mussten die zwischen dem Schweiz. Roten Kreuz und der schweizerischen Ärztemission in Kintambo[29] ausgetauschten Mitteilungen über die *Vereinten Nationen* geleitet werden.

---

26. *F. Macías Nguema.*

27. *Handschriftliche Marginalie:* Wie gross wären Kosten?

28. *Zur Evakuierung von Söldnern aus dem Kongo durch das IKRK vgl. Dok. 41,* dodis.ch/33135, *Anm. 10.*

29. *Vgl. dazu Dok. 39,* dodis.ch/33051.

Die Zuflucht zu solchen Massnahmen ist bedauerlich:

a) in den Augen des Auslandes erscheint die Schweiz als unfähig, dem IKRK und dem Schweiz. Roten Kreuz den vollen Beistand zu leisten, den diese Organisationen benötigen;

b) man läuft Gefahr, dass der Schwerpunkt der genannten Institutionen verschoben wird, was schwerwiegende Auswirkungen haben könnte, besonders in Bezug auf das IKRK;

c) das Politische Departement wird einer aussergewöhnlichen Informationsquelle beraubt, die zufolge der Verwendung anderer Informationsträger andern Regierungen zugute kommt.

b) *Flugzeuge:* Zufolge der Biafra-Hilfe unterhält das Departement seit Monaten einen fast täglichen Austausch von Mitteilungen mit der BALAIR, der einzigen Gesellschaft der Schweiz, die in der Lage ist, dem IKRK oder dem Schweiz. Roten Kreuz die für ihre Missionen geeigneten Transport-Flugzeuge zu beschaffen. Der Flugzeug-Park, über den die Schweiz verfügt, hat sich indessen als sehr begrenzt erwiesen. Diese Situation stimmt noch bedenklicher, wenn man weiss, dass das Schwedische Rote Kreuz kürzlich mit 7 Flugzeugen ausgerüstet wurde, die ihm eine ausserordentliche Beweglichkeit geben und seine Wirksamkeit rund verzehnfachen werden.

6) Personal

Im Personalsektor macht sich jedoch in der Schweiz der Mangel am empfindlichsten und schwersten bemerkbar:

a) Seit Monaten stehen die Sektion für internationale Hilfswerke der Abteilung für internationale Organisationen und der Telegrammdienst des Departements – da ihr Personalbestand ungenügend ist – unter Druck. Diese Situation ist zum Teil auch auf Platzmangel zurückzuführen.

b) Noch offenkundiger aber ist der Mangel an Kader für die Erfüllung der Aufgaben des IKRK, dessen dringend nötige Behebung sich als schwierig erweist. (Die Abteilung für Adjutantur des EMD bemüht sich aktiv darum; die Lage bleibt aber gespannt).

7) Die Schweden

Ausser den Gründen, die von sich aus für eine Intensivierung der Bundeshilfe an die Opfer des Nigeria-Konflikts sprechen, gibt es noch was man «den Fall Schweden» nennen könnte. Seit langem beneidet Schweden die Schweiz um das in seiner Form einzigartige IKRK. Jede Schwäche des Komitees oder der Schweiz könnte den Schweden als Vorwand für eine Initiative dienen (es gab deren schon mehrere) mit dem Ziele, das IKRK zu stürzen und an seine Stelle eine schwedische Körperschaft oder eine Organisation unter vorwiegend schwedischem Einfluss zu setzen. Zu ihren Gunsten können die Schweden anführen:

a) eine bemerkenswerte Wirksamkeit. Das nach den Schweizern stärkste Kontingent bei den IKRK-Aktionen in Nigeria und hauptsächlich Biafra (wo die Gefahr grösser ist), stellen die Schweden. Das Personal ist auf seine Aufgabe bemerkenswert gut vorbereitet. (Bei den Schweden gab es übrigens Tote, bei den Schweizern nicht);

b) der Schweiz offensichtlich bedeutend überlegene finanzielle Regierungsmittel: dies gilt für die schwedische Präsenz in allen internationalen Organisationen;

c) eine unerschütterliche Einsatzfreudigkeit.

Aus diesem Grunde ist es doppelt dringlich, das *IKRK*, das Mangel an Mitteln, Kader und Ausrüstungen leidet *um jeden Preis zu unterstützen.* Während die Luftbrücke des IKRK zwischen Santa Isabel und Biafra unterbrochen war, meldete das IKRK, dass schwedische Flugzeuge (unter schwedischem Hoheitszeichen) die Hilfssendungen von einem Brückenkopf zum andern transportierten. Wir sind vertraulich darüber informiert, dass zur Zeit eine schwedische Luftbrücke in Reserve gehalten wird für den Fall, dass das IKRK versagen sollte.

8) «Entente cordiale»

Die Schweden sind übrigens nicht die einzigen, die die Schweiz beneiden. Eine ähnliche, wenn auch weniger zur Geltung gebrachte Haltung nehmen die Niederlande ein (Rivalität zwischen dem Haager und dem Genfer Recht?). Diese Haltung der Holländer mag der Grund sein, weshalb die Schweiz nicht von Anfang an eingeladen wurde, als kürzlich von der niederländischen Regierung eine Initiative zur Schaffung einer westlichen, im Nigeria-Konflikt neutralen Staatengruppe ergriffen wurde. Die Gruppe[30] hat zum Ziel, alle Anstrengungen zur Hilfeleistung an die Bevölkerung Biafras auf Regierungsebene zu intensivieren und zu koordinieren. Die von den Niederlanden zuerst konsultierten Länder waren: Schweden, Norwegen, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Vereinigte Staaten und Kanada. Inzwischen wurden auch Dänemark, Finnland, Irland und die Schweiz eingeladen.

Folgerungen[31]

Die Eidgenossenschaft muss dem IKRK ihre volle moralische, materielle und finanzielle Unterstützung gewähren und vor allem die technischen Einrichtungen innerhalb der Bundesverwaltung vorsehen, die seine Aufgabe erleichtern können. Diese Massnahmen sind nicht nur dringlich sondern liegen mehr denn je im ureigenen Interesse unseres Landes.

---

30. *Zur sog. Haager-Gruppe vgl. die Notiz* Die schweizerischerseits gemachten Erfahrungen im Bürgerkrieg in Nigeria (humanitäre Hilfe) *vom 1. Mai 1970,* dodis.ch/33817.

31. *Für eine Bilanz vgl. ibid.*

137

dodis.ch/33712

Notice du Chef du Service des Suisses à l'étranger du Département politique, M. Jaccard[1]

Négociations avec l'Algérie

Confidentielle Berne, 3 avril 1969

Le 1er avril 1969, le Chef du Département politique[2] reçoit, en présence de M. l'Ambassadeur Micheli, Secrétaire général, de M. l'Ambassadeur Probst, Chef de la délégation suisse, et du soussigné, le Chef de la délégation algérienne, le Ministre Yaker, l'Ambassadeur d'Algérie à Berne, Monsieur Yousfi, et le premier collaborateur de celui-ci, Monsieur Khelladi.

Résumé de la discussion

Le Chef du Département et Yaker expriment leur satisfaction de voir les négociations se poursuivre.

1) *Fond FLN*[3]

Yaker répète les mêmes arguments que ceux qu'il a présentés lors des conversations politiques qui ont eu lieu la nuit précédente.

Spühler: Les autorités suisses sont disposées à faire ce qu'elles peuvent. Toutefois, il serait souhaitable que les autorités algériennes, de leur côté, donnent des informations plus précises que jusqu'ici. Il faut également tenir compte de la séparation des pouvoirs[4].

2) *Opposition algérienne*[5]

Yaker: Il s'agit d'un problème qui a une importance considérable. Il constitue un obstacle à l'amélioration des rapports entre les deux pays[6]. Le droit d'asile, pratiqué par la Suisse, n'est pas contesté par l'Algérie. En revanche, celle-ci doit demander aux autorités suisses d'exercer un contrôle beaucoup plus efficace de l'opposition algérienne. Des complots sont en préparation sur territoire helvétique, ce que le gouvernement algérien ne peut pas tolérer.

Spühler décrit en détail le droit d'asile et exprime sa satisfaction de voir les autorités algériennes ne pas le contester. Il s'agit pour nous d'un principe important et de respecter les droits de l'homme. Nous faisons ce que nous pouvons pour contrôler l'opposition. Toutefois, les autorités algériennes doivent nous fournir la preuve que cette opposition ne respecte pas les obligations qui lui sont imposées. Les affirmations générales ne suffisent pas. Aussi longtemps

1. *Notice (copie):* E2807#1974/12#443* (09).
2. *W. Spühler.*
3. *Cf. aussi doc. 88,* dodis.ch/33019.
4. *Sur l'affaire Khider, cf. doc. 104,* dodis.ch/33713, *note 12.*
5. *Cf. la notice de R. Probst du 29 octobre 1968,* dodis.ch/33991.
6. *Sur les relations entre la Suisse et l'Algérie, cf. doc. 79,* dodis.ch/33711 *et doc. 104,* dodis.ch/33713, *en particulier note 5.*

que nous n'avons pas à notre disposition des informations précises, nous ne pouvons agir autrement.

Yaker: Les autorités algériennes n'entendent pas exercer un contrôle de police sur territoire suisse. Toutefois, à Alger, on constate les conséquences de ce qui se prépare en Suisse. Nous avons la volonté de coopérer en la matière avec les autorités helvétiques.

Micheli explique en détail le mécanisme tel qu'il fonctionne chez nous. Sur quoi repose la conviction de Yaker?

Yaker: La police suisse a donné des avertissements à certains membres de l'opposition algérienne. Ce fait est significatif et prouve que des agissements intolérables se produisaient jusqu'ici.

Probst: L'opposition est composée de plusieurs groupements. En Italie et en France on constate également une telle activité. Les agissements de l'opposition ont toutefois cessé en Suisse depuis que les avertissements ont été donnés.

Spühler: Nous avons le sentiment que cette activité est beaucoup plus manifeste en France par exemple qu'en Suisse.

Yaker: Nous sommes, bien entendu, en discussion également avec le gouvernement français. Nous poursuivrons la discussion avec le gouvernement suisse.

3) *Nationalisations et investissements*[7]

Yaker parle des plans d'investissements établis par le gouvernement algérien et la politique de diversification. Celle-ci est nécessaire pour des raisons de dignité nationale. De nombreuses firmes suisses travaillent aujourd'hui déjà avec l'Algérie. La coopération technique doit être développée[8].

Spühler: Nous souhaitons que cette coopération devienne de plus en plus efficace. Toutefois, la coopération concerne à la fois le passé et l'avenir. Nous avons une filiation de problèmes et de personnes. Nous ne pouvons pas dissocier le passé à l'avenir.

Yaker: L'opinion publique suisse est mal renseignée sur les problèmes algériens. Nous comprenons que le problème des nationalisations soit préoccupant pour la Confédération. L'Algérie a toutefois dû prendre des mesures de nationalisations contre les Européens-colonisateurs. La question des biens vacants est le résultat de la politique coloniale européenne. Nous devons tout éviter pour créer un précédent, notamment à l'égard de la France. En revanche, les cas particulièrement dignes d'intérêt et concernant des requérants honnêtes pourraient être réglés par un système prioritaire. En ce qui concerne les nationalisations, proprement dites, il y a des ordonnances algériennes qui prévoient une procédure d'indemnisation.

Spühler: La Suisse ne peut accepter d'être traitée en la matière sur le même pied que la France. La position de la France face aux problèmes algériens est totalement différente de celle de la Suisse. Nous n'avons pas colonisé l'Algérie. Comment voyez-vous la solution pratique du problème?

---

7. *Sur les négociations concernant les nationalisations en Algérie, cf. doc. 104,* dodis.ch/33713.

8. *Cf. doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 11.*

Yaker: Nous ne contestons pas l'existence du problème. Pour le moment, il faut maintenir le dialogue. Les autorités algériennes sont entièrement disposées à poursuivre la discussion avec la Suisse.

4) *Cas des quatre prisonniers*[9]

Spühler: La libération des quatre prisonniers le 19 décembre 1968 à la suite de nos nombreuses interventions a été accueillie avec soulagement par le Gouvernement suisse[10]. Malheureusement, nous avons dû constater, dans les semaines qui ont suivi, que les détenus avaient subi de mauvais traitements.

Yaker: Il s'agit d'une affaire pénible et le Gouvernement algérien en ressent une profonde amertume. De graves charges existent contre les anciens prisonniers. Malgré cela, le Gouvernement algérien s'est décidé à accomplir un geste. Il doit constater aujourd'hui que non seulement le Gouvernement suisse n'a pas apprécié ce geste à sa juste valeur, mais a fait rebondir l'affaire. Le mémorandum suisse est défectueux quant à la forme et quant au fond[11]. Si la presse suisse, immédiatement avant l'arrivée de la délégation algérienne, a parlé de cette affaire, elle l'a fait sur l'instigation de ceux qui empêchent les relations algéro-suisses de s'améliorer.

Spühler: Nous souhaitons qu'une solution puisse être apportée à ce problème dans le contexte de nos négociations globales. Il est évident que nous ne pouvons passer sous silence les tortures relatées par les intéressés.

5) *Radio Beromünster*[12]

Spühler: Il s'agit d'un problème qui intéresse pour ainsi dire le peuple tout entier. Si nous voulons améliorer nos relations, il faut trouver une solution à ce problème qui est important aussi au point de vue psychologique.

Yaker: Nous ferons tout pour rechercher une solution.

---

9. *Cf. la notice du Département politique* Ständerätliche Geschäftsprüfungskommission *du 27 mars 1969,* E2004B#1982/69#10* (a.123.30).

10. *Sur la libération de D. Baumgartner, A. Juillard, A.-W. Schlatter et J.-M. Ruff, cf. aussi le PVCF de décision II de la 2ème séance du 15 janvier 1969,* E1003#1994/26#12*, *p. 2.*

11. *Sur le mémorandum suisse du 11 mars 1969, cf. la notice de M. Jaccard du 2 avril 1969,* E2001E#1980/83#921* (B.15.21).

12. *Cf. le procès-verbal de la séance du 27 mai 1969 de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 16 juillet 1969,* dodis.ch/33052, *pp. 24 s.*

138

dodis.ch/32241

Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio[1]

Bern, 10. April 1969

Etwa zwei Drittel der Bevölkerung der Vereinigten Arabischen Republik, rund 20 Millionen Menschen, sind von der Bilharziose betroffen, einer Infektionskrankheit, bei der der Erreger aus verseuchtem Wasser durch die Haut in den menschlichen Körper dringt und dort Verdauungsorgane, Leber, Herz und Lunge angreift. Die VAR steht damit prozentual an der Spitze der Länder, in der die Krankheit auftritt. Man schätzt, dass ihre Auswirkungen die landwirtschaftliche Produktion um 30% verringern. Anfällig sind vor allem Kinder, da als Folge der ständigen Wiederansteckung mit der Zeit eine teilweise Immunität erreicht wird.

Es ist zu befürchten, dass der Staudamm von Assuan[2] der Krankheit neue Gebiete erschliesst. Die Bewässerungsgräben für die 650'000 ha, die aus der Wüste gewonnen werden sollen, bieten ideale Verhältnisse für die Zwischenträger des Erregers, bestimmte Schneckenarten. Im untern Niltal dagegen wird sich der Wegfall der jährlichen Überschwemmungs- und Trockenperiode auswirken. Die Dürre hatte jeweils eine Dezimierung der Parasiten und Schnecken zur Folge und erlaubte wegen der verhältnismässig geringen Infektionsgefahr eine intensive ärztliche Kampagne. Die Vereinigte Arabische Republik schenkt deshalb heute dem Kampf gegen die Bilharziose ganz besondere Aufmerksamkeit. Mit der Bundesrepublik Westdeutschland wurde kürzlich ein Vertrag abgeschlossen, in dessen Anwendung die Bundesrepublik seit Herbst 1968 in der etwa eine Million Einwohner zählenden Oase Fayoum einen Grossversuch mit dem Bayer-Produkt Baylucid durchführt, das die Parasiten-Zwischenträger vernichtet. Dieser Versuch könnte durch eine gleichzeitige gezielte ärztliche Behandlung wirksam ergänzt werden. Vom CIBA-Produkt Ambilhar versprechen sich die Gesundheitsbehörden der VAR in dieser Beziehung besondere Erfolge. Das Gesundheitsministerium ist deshalb mit der Bitte an unsere Botschaft in Kairo herangetreten[3], auch die Schweiz möchte sich an dieser Aktion in der Oase Fayoum beteiligen und für die Behandlung von 100'000 Kindern im Alter von 5–15 Jahren 525 kg Ambilhar zur Verfügung stellen.

---

1. *Schreiben (Kopie):* E2003A#1984/84#831* (o.222).

2. *Zur Frage der Beteiligung der Schweiz an UNESCO-Hilfsaktionen zur Rettung von Kulturdenkmälern, die vom Assuan-Staudamm bedroht wurden, vgl. das Schreiben von S. Masnata an J. Burckhardt vom 13. September 1961,* dodis.ch/30450; *das BR-Prot. Nr. 457 vom 28. Februar 1964,* dodis.ch/31751; *das Schreiben von A. Parodi an P. Micheli vom 26. Juli 1969,* dodis.ch/32077 *und das Schreiben von J. Ruedi an A. Parodi vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/31777.

3. *Die Anfrage des ägyptischen Gesundheitsministeriums erfolgte via das ägyptische Aussenministerium. Vgl. das Schreiben des ägyptischen Aussenministeriums an die schweizerische Botschaft in Kairo vom 11. Februar 1969,* E2200.39#1995/155#322* (772.0).

Das Eidgenössische Gesundheitsamt[4] und die Weltgesundheitsorganisation[5] haben gegen die Durchführung eines solchen Versuchs nichts einzuwenden, sind aber der Meinung, dass sie rasch erfolgen sollte, um einen erfolgreichen Anschluss an den laufenden deutschen Versuch zu gewährleisten. Wie unsere Botschaft und die Vertreter der schweizerischen chemischen Industrie in Kairo sind sie der Ansicht, die Gesundheitsorganisation der VAR biete die nötigen Garantien für eine erfolgreiche Verwirklichung des Projekts[6]. Eine diskrete Überwachung durch unsere Vertreter ist möglich.

Die Handelsabteilung unterstützt den Vorschlag, weil sie sich positive Auswirkungen auf die Stellung unserer chemischen Industrie in der VAR verspricht[7]. Zudem bestimmt das Gesundheitsministerium als höchste Instanz die Einfuhrpolitik auf dem Gebiet der Pharmazeutika.

Soweit bekannt, war die private schweizerische humanitäre Hilfe für den Nahen Osten in der letzten Zeit fast ausschliesslich nach Israel gerichtet. Ein gewisser Ausgleich durch einen schweizerischen Beitrag an die Bilharziose-Bekämpfung in der VAR lässt sich aus dieser Sicht rechtfertigen, besonders auch, da diese Hilfe rein humanitärer Natur ist und völlig ausserhalb des politischen Spannungsfeldes liegt. Mit der Handelsabteilung sind auch wir der Meinung, dass sich der so geschaffene «good will» auf unsere Beziehungen zur VAR nur positiv auswirken kann.

Die CIBA schliesslich ist an dem Projekt ausserordentlich interessiert und würde die erforderliche Menge «Ambilhar» zu einem Spezialpreis von Fr. 195'300.– CIF Kairo liefern.

Wir beabsichtigen, dem Gesuch der Gesundheitsbehörden der Vereinigten Arabischen Republik Folge zu geben und die CIBA zu beauftragen, 525 kg Ambilhar gemäss Spezifikationen des Gesundheitsministeriums in Kairo zur Verfügung zu stellen. Der Betrag von Fr. 195'300.– wird dem Kredit von 43 Millionen zur Weiterführung der internationalen Hilfswerke 1967/69 (Bundesbeschluss vom 30. November 1966[8]) belastet.

Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob Sie mit diesem Beitrag an die Bilharziose-Bekämpfung in der Vereinigten Arabischen Republik einverstanden sind.

---

4. *Vgl. dazu das Schreiben von J.-P. Perret an E. Thalmann vom 20. März 1969, Doss. wie in Anm. 1.*

5. *Vgl. die Notiz von H. Vogt an E. Thalmann vom 24. März 1969, Doss. wie in Anm. 1.*

6. *Vgl. dazu das Schreiben der Ciba an die Sektion Internationale Hilfswerke des Politischen Departements vom 28. Februar 1968; das Schreiben von A. Parodi an E. Thalmann vom 20. Januar 1969 sowie das Schreiben von A. Parodi an E. Thalmann vom 6. März 1969, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Bühler an E. Thalmann vom 11. März 1969,* E2003A#1984/84#831* (o.222).

8. *Vgl. BBl 1966, II, S. 991–992.*

139

dodis.ch/32142

Der schweizerische Botschafter in Warschau, G. Keel, an das Politische Departement[1]

Schlussbericht des Missionschefs

Auszug Warschau, 30. April 1969

[…][2]

1. Stand der Beziehungen mit Polen

Im wesentlichen setzen sich die Beziehungen mit einem kommunistisch regierten Staat aus drei – gewissermassen «klassisch» zu bezeichnenden – Komponenten zusammen: politische Beziehungen, kulturelle Beziehungen, Wirtschaftsbeziehungen. Dabei machen in marxistischer Sicht Kultur- und Wirtschaftsaustausch einen integrierenden Bestandteil der zwischenstaatlichen Politik aus. Mehr als es zwischen «freien Nationen» der Fall zu sein pflegt, sind für die Beurteilung des Standes die Gesamtheit der drei Komponenten ausschlaggebend.

Als ich Ende 1965 meine ersten offiziellen Kontakte in Polen aufnahm, erklärten sich meine Gesprächspartner von der Entwicklung der polnisch-schweizerischen Beziehungen befriedigt. Hierbei stellten sie vorab auf zwei Fakten ab:

1) Die von Pro Helvetia im Frühsommer gleichen Jahres veranstaltete schweizerische Kunstausstellung: «Von Hodler bis zur Gegenwart»[3], die sowohl in Warschau wie in Krakau mit grossem Erfolg gezeigt worden war.

2) Der positive Abschluss[4] (schon im Sommer 1964) einer mehrjährigen und schwierigen Verhandlungsphase, wobei mittels dreier Vereinbarungen der polnisch-schweizerische Handels- und Zahlungsverkehr neu geregelt und zugleich eine Einigung über die Abtragung der polnischen Nationalisierungs-Restschuld durch handelspolitische Konzessionen erzielt worden war.

Mit diesen Vereinbarungen war das letzte bedeutende «Contentieux», das die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet hatte, in zufriedenstellender Weise beigelegt worden.

Unter Hinweis auf diese Ergebnisse wurde mir indessen bedeutet, dass im Vergleich mit der Intensität der Beziehungen zu anderen europäischen Nationen, darunter auch Kleinstaaten wie Österreich, Belgien und die skandinavischen Länder, die Schweiz noch sehr im Rückstand sei. Man erwarte deshalb, dass der aufsteigende Trend der letzten Zeit nicht nur andauern, sondern sich noch verstärken werde.

---

1. *Bericht:* E2024A#1993/354#2241* (a.721.81). *Visiert von W. Spühler und F. Bieri.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32142.
3. *Vgl. dazu Doss.* E2003A#1978/29#770* (o.352.60).
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 32,* dodis.ch/31318.

In den ersten zwei Jahren meiner Mission verlief die Entwicklung insofern positiv, als sich der Beginn einer gegenseitigen Besuchsdiplomatie abzeichnete. In chronologischer Reihenfolge seien festgehalten:

Dezember 1966: Besuch des Chefs der Sektion Ost des EPD, Dr. Janner[5], in Warschau; Kontakte im polnischen Aussenministerium.

April 1967: Einladung von Aussenhandelsminister Trampczynski[6] (nebst Gattin[7] und Mitarbeiter[8]) in die Schweiz; Besuch schweizerischer Industriebetriebe, Empfang an der Basler Mustermesse, offizielle Kontakte in Bern.

Juli 1967: Reise nach Polen des zuständigen Delegierten für Handelsverträge, Minister Grübel[9]; Besprechungen im hiesigen Aussenhandelsministerium und Besuch der Posener Messe.

November 1967: Polnische Einladung des schweizerischen Generalstabschefs, Oberstkorpskommandant Gygli[10] (nebst zweier Generalstabsoffiziere[11]); Kontakte mit dem polnischen Verteidigungsminister[12] und hohen polnischen Offizieren; Besichtigung militärischer und ziviler Anlagen; Erlass einer schweizerischen Gegeneinladung an den Generalstabschef[13] der polnischen Armee.

Dezember 1967: Schweizer Reise Vizeministers Olechowskis vom Aussenhandelsministerium (nebst mehrerer Wirtschaftsspezialisten) zwecks Prospektierung polnischer Exportmöglichkeiten.

Juni 1968: Besuch des polnischen Vizeaussenministers Wolniak[14] in Bern; Kontaktnahme mit Vorsteher[15] und Generalsekretär[16] des EPD.

Ebenfalls für das Jahr 1968 wurde polnischerseits versucht, den Generalsekretär des EPD, Botschafter Micheli, zu einer Besuchsreise nach Polen zu bewegen. Diese Einladung, die mehr privaten Charakter haben sollte, war grundsätzlich angenommen worden[17].

Auch der schweizerisch-polnische Kulturaustausch nahm in den Jahren 1966/67 einen befriedigenden Fortgang. Zwar konnte nach dem starken finanziellen Engagement, das die Kunstausstellungen in Warschau und Krakau von 1965 für Pro Helvetia bedeutet hatten, die Inangriffnahme grösserer schweizerischer Pläne nicht sogleich ins Auge gefasst werden. Nichtsdestoweniger gelang die Beteiligung des «Orchestre de Chambre de Lausanne» am musikalischen September-Festival 1967 in Warschau, wobei Werke der Schweizer

---

5. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1980/83#3714* (B.15.21).
6. *Zum Besuch von W. Trąmpczyński in der Schweiz vgl. Doss.* E7110#1978/50#1078* (890.0).
7. *R. Trąmpczyńska.*
8. *S. Długosz.*
9. *Vgl. dazu den Bericht von A. Grübel* Reise nach Polen vom 19. bis 23. Juni 1967 mit Besuch der Messe in Posen, *Doss. wie Anm. 6.*
10. *Vgl. dazu Dok. 61,* dodis.ch/32401.
11. *C. Weidenmann und J. Racine.*
12. *M. Spychalski.*
13. *W. Jaruzelski.*
14. *Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 25. Juni 1968,* E2001E#1980/83#3715* (B.15.50.4).
15. *W. Spühler.*
16. *P. Micheli.*
17. *Vgl. dazu Dok. 45,* dodis.ch/32145.

Komponisten Constantin Regamey[18] und Klaus Huber aufgeführt wurden. Es kamen ferner zahlreiche schweizerische Wissenschaftler oder Schriftsteller (Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt) nach Polen. Die Botschaft befasste sich auch mit dem Gedanken, einen Gastspielaustausch zwischen einer schweizerischen und einer polnischen Theatergruppe zu organisieren. Eine Einladung Pro Helvetias an den Generaldirektor[19] des polnischen Verbandes der Künstler des Theaters und des Films (SPATIF) zu den Zürcher Festspielen 1967 sollte (im Nebenzweck) der Vorabklärung dieser Frage dienen. Angesichts der grossen Beliebtheit, der sich die schweizerischen Theaterautoren Dürrenmatt und Frisch in Polen erfreuen, wäre mit dem sicheren Erfolg eines solchen Planes zu rechnen gewesen.

Es kam das unglückselige Jahre 1968: Niederschlagung patriotisch gestimmter Studentenkundgebungen[20] in Warschau und anderswo; Richtungskämpfe in der Parteiführung[21] und als Ablenkungsmanöver dazu das Hochgehen einer antisemitischen Welle[22]; aktive Beteiligung Polens an der Invasion der Tschechoslowakei. Diese Ereignisse haben das Bild Polens im Ausland verfinstert und namentlich nach dem 21. August (CSSR) zu einer Depression der Beziehungen zu den Ländern der «freien Welt» geführt. In der Schweiz reagierten Öffentlichkeit und Regierung scharf und einhellig gegen die Urheberstaaten der Vergewaltigung des tschechoslowakischen Volkes[23]. Es folgte ein jäher Zusammenbruch unserer Beziehungen auf politischem und kulturellem Gebiet. Festgehalten seien: Absage des für Oktober 1968 vorgesehenen Besuchs des polnischen Generalstabschefs in der Schweiz (Gegenvisite zum Besuch Gygli); unbefristete Verschiebung der Polenreise von Generalsekretär Micheli (EPD); Verzicht der offiziellen Delegation des Schweizerischen Tonkünstlerverbandes auf Teilnahme am Warschauer Musikfestival 1968; Annullierung des Fussball-Länderspiels Schweiz–Polen; Nichtbeteiligung schweizerischer Professoren oder Wissenschaftler an Kongressen in Polen und dgl. mehr.

Als ich in jenen spannungsreichen Tagen bei einem Vizeminister[24] im Aussenministerium vorsprach, sah ich mich zur Feststellung genötigt, dass man sich bezüglich der schweizerisch-polnischen Beziehungen vor einem «Scherbenhaufen» befinde. Im Anschluss daran beobachtete ich – um meine Haltung

---

18. *Zur Weigerung der polnischen Behörden, C. Regamey ein Einreisevisum auszustellen, vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 131,* dodis.ch/31306.

19. *S. Siekierko, vgl. Doss.* E2001E#1978/84#5620* (B.15.50).

20. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 5 von G. Keel vom 20. März 1968,* E2300-01#1973/156#254* (A.21.31).

21. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Keel an W. Spühler vom 3. September 1968,* dodis.ch/32146.

22. *Für die antisemitischen Massnahmen in Polen und die Asylgesuche von jüdischen Polinnen und Polen in der Schweiz vgl. das Schreiben von E. Brunner an E. Mäder vom 11. Juni 1969,* dodis.ch/32556; *das Schreiben von B. Stämpfli und R. Prögler an G. Brunschvig vom 11. September 1969,* dodis.ch/32602 *und das Schreiben von G. Keel an E. Mäder vom 19. September 1969,* dodis.ch/32144.

23. *Zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192.

24. *A. Kruczkowski. Vgl. das Schreiben von G. Keel an W. Spühler vom 3. September 1968,* dodis.ch/32146.

auf die des Bundesrats und des Schweizervolkes abzustimmen – gegenüber polnischen Veranstaltungen eine gewisse Distanz. Auch Einladungen polnischer Vertreter von Ministerien zu Diners auf der Botschaft wurden für mehrere Monate sistiert. Da es überdies keine konkreten Demarchen zu unternehmen gab, verzichtete ich darauf, bloss informations- oder kontaktshalber auf dem Aussenministerium vorzusprechen. Eine analoge Haltung hatten während der letzten Monate des Jahres die Mehrzahl meiner westlichen Kollegen eingenommen.

Polnischerseits erfolgte mir gegenüber keine spürbare Reaktion. Man stellte mich weder wegen der brüsken Absage von Veranstaltungen, noch wegen der Verlautbarungen[25] des Bundesrates im Fall CSSR, noch wegen der heftigen Schreibweise der Schweizerpresse zur Rede. Auch die Demonstrationen vor der polnischen Botschaft in Bern blieben unerwähnt. Dagegen wurde meinem diplomatischen Mitarbeiter[26], der in anderer Angelegenheit beim Sachbearbeiter Schweiz[27] des Aussenministeriums vorsprach, das Befremden über den Ausschluss der polnischen Botschaft in Bern aus dem Patronat der Solothurner «Kosciuszko-Gesellschaft» ausgedrückt. Dies geschah aber mehr beiläufig und – obwohl es sich um eine für das polnische Prestige peinliche Massnahme handelte – erfolgte anschliessend weder beim Departement noch in Warschau ein formeller Protest. Erwähnt sei noch, dass Mitte September vor Antritt seines Heimaturlaubes der polnische Botschafter[28] in Bern bei Generalsekretär Micheli vorsprach: Er wies auf die verschiedenen Polen- oder Warschaupakt-feindlichen Kundgebungen der schweizerischen Öffentlichkeit hin und wollte sich erkundigen, was er in seinem Aussenministerium über Berns Absichten für die künftige Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen berichten könne. Die ihm erteilte Antwort konnte begreiflicherweise nur unverbindlich ausfallen.

In der Gesamtheit gesehen blieb somit die polnische Haltung gegenüber der Schweiz während der krisenhaften Monate abwartend und eher konziliant. Das verdient festgehalten zu werden, zumal hohe Beamte des hiesigen Aussenministeriums gegenüber anderen westlichen Missionschefs (z. B. Grossbritanniens[29], Belgiens[30] und Schwedens[31]) den Unmut über die antipolnischen Reaktionen in jenen Ländern nicht verbargen. Mit der auf Anfang 1969 erfolgten Neubesetzung des Aussenministerpostens[32] – nach vielmonatiger Vakanz seit dem selbstgewählten Ausstand Rapackis – zeichnete sich eine neue Linie ab. Sie bestand in einer vorerst vorsichtigen, aber zunehmend stärker betonten Wiederaufnahme einer «Offensive des Charmes» gegenüber einzelnen europäischen

---

25. *Vgl. dazu Dok. 102,* dodis.ch/32194, *bes. Anm. 8.*
26. *E. Brunner.*
27. *1968 und 1969 waren A. Willmann und E. Kucza als Sektionschefs für die Europa- bzw. Mitteleuropa-Abteilung verantwortlich. J. Czyrek war als Vizedirektor, St. Kaźmierczak als Sachbearbeiter für die Schweiz und Österreich zuständig.*
28. *T. Kropczyński.*
29. *Th. Brimelow.*
30. *J. F. Herpin.*
31. *E. Kronvall.*
32. *Durch S. Jędrychowski.*

Staaten, namentlich Frankreich, Belgien, Österreich und den skandinavischen Ländern. Offensichtlich ist man bestrebt, die während 1968 im westlichen Ausland erlittene Prestigeeinbusse Polens wieder aufzurichten. Auch die Schweiz scheint in diese «Klimaverbesserung» einbezogen zu werden. Anzeichen hiefür kann man in Folgendem erblicken: Die Einladung an Generalsekretär Micheli zu einer Polenreise ist mit Nachdruck erneuert[33] worden; der polnische Erste Vizeaussenminister Winiewicz hat den Anlass seiner Anwesenheit an der CEE-Konferenz in Genf wahrgenommen, um am 22. April d. J.[34] in Bern bei Herrn Bundesrat Spühler vorzusprechen; die Einstellung, die von offizieller polnischer Seite gegenüber unserer Botschaft bekundet wird, ist nicht mehr bloss korrekt, sondern neuerdings ausgesprochen freundlich zu nennen.

Somit kann im Zeitpunkt, wo der neue Schweizer Botschafter[35] seine Mission in Warschau antreten wird, der Stand der schweizerisch-polnischen Beziehungen stimmungsmässig als normalisiert betrachtet werden. Einen etwaigen Rückstand an politisch-rechtlichen Streitfragen gibt es – wie schon oben gesagt – nicht mehr zu diskutieren. Indessen ist man von der Wiederaufnahme eines intensiveren Austauschs politisch-kultureller Art noch ein gutes Stück entfernt. Die Möglichkeit hiezu dürfte auch davon abhängen, wie bald und wie weit in der schweizerischen Öffentlichkeit die Verstimmung gegenüber dem polnischen Regime und seinen jüngsten politischen Aktionen abklingen wird. Überdies kann man bei der engstirnig dogmatischen und völlig sowjethörigen Linie Gomułkas nicht voraussagen, ob es nicht abermals zu innen- oder aussenpolitischen Rückfällen in den «Neostalinismus à la Breschnew» kommen wird. Notwendigerweise werden das weitere Verhältnis Schweiz/Polen und die Natur der damit einhergehenden Beziehungen von dieser künftigen Entwicklung belichtet oder beschattet sein.

Ein kurzes Wort ist noch den Wirtschaftsbeziehungen[36] zu widmen. Sie wurden bisher nicht erörtert, weil sie sich weitgehend unabhängig von den politischen Geschehnissen entwickelt haben. Gegenüber gefühlsmässig bedingten Schwankungen zeigten sie eine starke Immunität.

[…][37]

---

33. *Zur Polenreise des Generalsekretärs des Politischen Departements vgl. die Notiz von P. Micheli* Voyage en Pologne, Finlande et Suède du 8 au 23 septembre 1969 *vom 25. September 1969*, dodis.ch/32890.

34. *Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli vom 22. April 1969,* E2001E#1980/83#3715* (B.15.50.4).

35. *P. Frochaux.*

36. *Zu den Handelsbeziehungen mit Polen vgl. z. B. das BR-Prot. Nr. 2019 vom 1. Dezember 1967,* dodis.ch/32143.

37. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32142.

140

dodis.ch/32536

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Aufzeichnung (aus dem Gedächtnis) über den Besuch Bundesrat Spühlers beim Präsidenten des rumänischen Staatsrates und Parteichef Ceausescu und beim rumänischen Ministerpräsidenten Maurer am 21. April 1969

Vertraulich *[Bern, 30. April 1969]*[2]

Die Unterhaltung während der beiden Besuche und während des anschliessenden Mittagessens in kleinstem Kreise spielte sich in freundschaftlicher und offener Weise ab. Währenddem Präsident Maurer, jovial und von Vitalität überbordend, sich in seinen Äusserungen wenig Zurückhaltung auferlegte, zeigte sich Präsident Ceausescu als der Partei-Puritaner, der jedes Wort wohl überlegt und abwägt. Es war klar, dass er keinerlei Zweifel aufkommen lassen wollte mit Bezug auf seine politischen Überzeugungen und seine Treue zum kommunistischen Lager. Anderseits hämmerte er aber mit ebensolcher Klarheit und Unmissverständlichkeit den rumänischen Standpunkt der Unabhängigkeit und Souveränität der Nationen sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten heraus. Typisch für diese Haltung war es etwa, dass er es vorzog, die Verwerflichkeit der Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht an Hand der Intervention in der Tschechoslowakei[3], wie suggeriert, sondern an Hand des Vietnam-Konfliktes[4] zu entwickeln, wobei jedoch die Gewaltanwendung als Mittel zur Lösung des Konfliktes unmissverständlich verurteilt werden konnte.

Beide Gesprächspartner zeigten sich hocherfreut über den Besuch[5] des Departementschefs und stellten auch mit Befriedigung fest, dass sich die gegenseitigen Beziehungen in günstigem Sinne entwickeln.

1) Gespräch mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Maurer

Dem eigentlichen Gespräch geht ein Austausch von Höflichkeitsantworten voran und Präsident Maurer bringt die Wertschätzung zum Ausdruck, die Rumänien der Schweiz entgegenbringt. Hauptthema der Unterredung bildet alsdann das Thema der *Integration im Ostblock*. Präsident Maurer

1. *Notiz:* E2807#1974/12#478* (09). *Verfasst und unterzeichnet von H. Miesch. Kopien an P. Micheli, den politischen Dienst Ost und den politischen Dienst West des Politischen Departements, A. Natural, F. Blankart und Ch. A. Dubois. Visiert von W. Spühler.*
2. *Das Datum wurde auf der «grünen Kopie» ergänzt. Vgl. Doss.* E2001E#1980/83#3858* (B.15.21.(1)).
3. *Zur Krise in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*
4. *Vgl. dazu Dok. 75,* dodis.ch/32171.
5. *Zur Vorbereitung des Besuchs vgl. z. B. die Notiz von H. Miesch für W. Spühler vom 4. Februar 1969,* dodis.ch/32539. *Bereits 1966 hatte I. G. Maurer die Schweiz besucht. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 143,* dodis.ch/31543, *Anm. 2. Für den Bericht W. Spühlers an den Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 23. April 1969*, dodis.ch/33297, *S. 2 f.*

legt die Schwierigkeiten dar, denen sich die Ostblockstaaten, insbesondere aber Rumänien in diesem Zusammenhang seitens Moskaus ausgesetzt sehen. Diesen Integrationsbestrebungen liegen in allererster Linie politische Motive zugrunde.

Bundesrat Spühler legt die schweizerische Auffassung zu den westeuropäischen Integrationsbestrebungen[6] dar. Wir wollen keine supranationalen Behörden und interessieren uns allein für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bis jetzt hätten die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den westeuropäischen Integrationsbemühungen prävaliert.

Präsident Maurer sieht eine gewisse Parallelität der Situation, doch stehe im Osten eindeutig das Bemühen um eine politische Integration im Vordergrund. Dies sei gerade die Schwierigkeit. Rumänien, das den Standpunkt der *Unabhängigkeit, Souveränität und Nichteinmischung* verfechte, widersetze sich supranationalen Ideen mit aller Kraft und befinde sich damit innerhalb des Ostblocks in einer schwierigen Situation.

Präsident Mauerer greift dann die Blockpolitik an. Diese sei verwerflich, da innerhalb eines Blocks immer eine Macht die Hegemonie ausübe. Es gelte dies für den Osten wie für den Westen. Wir müssten davon loskommen, dann erst sei eine wahre Integration d. h. ohne Hegemonie einer Grossmacht möglich.

Bundesrat Spühler unterstreicht, dass sich hier die rumänischen und die schweizerischen Auffassungen stark decken.

Präsident Maurer weist dann erneut darauf hin, wie schwierig es sein werde, den rumänischen Standpunkt gegenüber Moskau und anderen Mitgliedern des Comecon bzw. Warschaupakts durchzusetzen, weil diese einen starken Druck ausübten. Allfälligen Drohungen oder gar einer gewaltsamen Einmischung werde sich Rumänien energisch, wenn nötig mit Waffengewalt widersetzen. Das Volk stehe in dieser Hinsicht entschlossen hinter der Regierung und würde diese desavouieren, wenn sie sich nicht bis zum äussersten zur Wehr setzte.

Bundesrat Spühler zeigt volles Verständnis für diese Gesichtspunkte, bringt aber gewisse Zweifel mit Bezug auf die wirklichen Ausweichmöglichkeiten Rumäniens gegenüber der sowjetischen Übermacht zum Ausdruck.

Präsident Maurer erwidert daraufhin, dass Rumänien sich hart und entschlossen verhalten werde. Es sei zwar richtig, dass zwischen den rumänischen und sowjetischen Führern anlässlich ihrer Treffen Bruderküsse ausgetauscht werden und man drücke sich auch die Hand. Das wolle aber nicht heissen, dass Rumänien nicht mit aller Energie sich für seine Unabhängigkeit wehren werde. Russland habe kein Interesse an einem weiteren Bruderzwist innerhalb des Ostblocks und Rumänien habe auch aus diesem Grunde eine gute Chance, seinen Standpunkt durchsetzen zu können.

Bundesrat Spühler bringt dann das Gespräch auf den *Ussuri-Konflikt zwischen USSR und China*[7] und erkundigt sich darnach, welcher der beiden Staaten

---

6. *Vgl. dazu Dok. 68.* dodis.ch/33241 *und Dok. 81,* dodis.ch/32905.

7. *Zum sino-sowjetischen Grenzkonflikt am Ussuri vgl. den politischen Bericht Nr. 1 von O. Rossetti vom 5. März 1969,* dodis.ch/33535; *das Schreiben von O. Rossetti vom 26. März*

an einer Aufbauschung dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse habe.

Präsident Maurer erklärt, es sei schwierig, hier Gewissheit zu erhalten. Er verweist dann auf seine seinerzeitigen Bemühungen (zu Zeiten Khruschtschews), zwischen Moskau und Peking zu vermitteln. Die Russen seien immer misstrauisch gewesen in Bezug auf die chinesischen Grenzansprüche und waren daher nie zu einer wirklichen Diskussion bereit. Zu Recht oder zu Unrecht fürchteten sie, ihre Bereitschaft zu kleinen Grenzkorrekturen könnte den Hunger Chinas auf beanspruchte weitere Gebiete wecken. Er habe die Russen davor gewarnt, dass ihre abweisende Haltung in der Grenzfrage mit der Zeit zu einer Entfremdung zwischen Moskau und Peking führen könnte, die nicht im Interesse des kommunistischen Lagers sei.

2) Gespräch mit dem Präsidenten des rumänischen Staatsrates und Parteichef Ceausescu

Einleitend, noch in Anwesenheit der TV-Leute, beginnt Präsident Ceausescu vom langen Winter zu reden, wobei der Departementschef dieses Thema in einer Art und Weise aufgreift und weiterspinnt, die dazu führt, dass Gastgeber und Gast sich – sous-entendu natürlich –plötzlich nicht mehr über das Wetter, sondern über die Politik unterhalten.

Gegenstand des anschliessenden Gesprächs ist zunächst die *europäische Sicherheitskonferenz*[8] bzw. der Budapester Appell, zu dem sich Rumänien auf Grund eines besonderen «eigenständigen» Beschlusses bekennt. Nach rumänischer Auffassung sollte nun auf breiter Basis sowohl bilateral als multilateral ein Meinungsaustausch zwischen den interessierten Nationen Platz greifen, der die nötige Vertrauensbasis für die eigentlichen Sicherheitsverhandlungen schaffen würde. Rumänien verwirft die Blockpolitik, von der man loskommen muss. Die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten muss ausgeschaltet und die Unabhängigkeit und Souveränität der Nationen muss respektiert werden. Der Verhandlungsweg ist als das einzige vertretbare Mittel zum Ausgleich von internationalen Konflikten zu anerkennen. Jeder Vertrag bedeute allerdings Einbusse an Souveränität, doch erfolge diese dann freiwillig[9].

Bundesrat Spühler weist in diesem Zusammenhang auf die von der Schweiz unternommenen Bemühungen zur Förderung der schiedsrichterlichen Erledigung von zwischenstaatlichen Streitfällen[10] hin. Er kommt dann auf die

---

1969, dodis.ch/33536 *und das Schreiben von O. Rossetti an W. Spühler vom 21. Juni 1969,* dodis.ch/33134.

8. *Zur Europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 154,* dodis.ch/32403.

9. *Zur Haltung Rumäniens gegenüber einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. auch Dok. 154,* dodis.ch/32403; *Dok. 188,* dodis.ch/32405; *die Notiz von H. Miesch* Vorsprache des rumänischen Botschafters Georgescu beim Departementschef, am 15. April 1969 *vom 29. April 1969,* dodis.ch/33744; *das Schreiben von Ch. A. Dubois* La Conférence européenne de sécurité dans l'optique roumaine *an P. Micheli vom 12. November 1969; die Notiz von P. Micheli* La Roumanie et la Conférence de la sécurité européenne *an W. Spühler vom 21. November 1969 und das Telegramm Nr. 262 der schweizerischen Botschaft in London an das Politische Departement vom 28. November 1969, Doss.* E2001E#1980/83#540* (B.72.09.15.1).

10. *Vgl. dazu Dok. 9,* dodis.ch/32154.

Rolle der mittleren und kleinen Staaten bei einer allfälligen europäischen Sicherheitskonferenz zu sprechen und legt im übrigen dar, dass eine solche Konferenz gründlich vorbereitet werden müsste und dass auch aussereuropäische Staaten mit legitimen Interessen daran teilnehmen müssten.

Rumänischerseits wird die Auffassung geteilt, dass bei dieser Konferenz den mittleren und kleinen Staaten ein Mitspracherecht eingeräumt werden muss. Die Frage kann nicht dem alleinigen Entscheid der beiden Grossmächte überlassen werden. Auch wenn wir realistisch bleiben und uns keine Illusionen machen, müssen wir in den Verhandlungen unseren Einfluss zur Geltung bringen. Wenn wir auch unter diesen Umständen nicht alles so haben werden, wie wir es wünschen, so wird doch das Ergebnis anders aussehen. Mit der Voraussetzung einer gründlichen Vorbereitung sind die Rumänen unter den obwaltenden Umständen natürlich besonders einverstanden. Auf die Frage der Beteiligung der USA kommt Präsident Ceausescu nicht näher zurück.

Bundesrat Spühler weist dann darauf hin, dass einer solchen Sicherheitskonferenz Aufgaben überbunden wären, die eigentlich mit der Liquidation des zweiten Weltkrieges zusammenhängen und normalerweise im Rahmen einer Friedenskonferenz gelöst werden müssten. Es handle sich insbesondere um das Deutschlandproblem.

Präsident Ceausescu führt dazu aus, dass niemand, weder im Osten noch im Westen, irgendein Interesse an der *Wiedervereinigung der beiden Deutschland* habe. Dazu komme es vielleicht einmal nach langer, langer Zeit. Heute müssten aber die gegenwärtigen Grenzen als Realität betrachtet werden. Mit Absprachen über die europäische Sicherheit könne nicht zugewartet werden, bis das Problem einer Verständigung zwischen den beiden Deutschland eine Lösung gefunden habe.

Präsident Ceausescu benützt dann diese Wendung des Gesprächs, um das Problem der *Anerkennung der DDR* zur Sprache zu bringen. Seines Erachtens sollten alle Staaten die DDR anerkennen. Wenn man die DDR isoliere, so sei das nicht gut, d. h. sie würde immer näher zu Moskau geschoben. Eine Aufnahme des Kontakts seitens des Westens könnte in Berlin eine Auflockerung zur Folge, d. h. nur einen günstigen Einfluss haben. Auch die Schweiz sollte diesen Schritt unternehmen.

Bundesrat Spühler erklärt unsere Haltung gegenüber der DDR[11] und die Gründe, die uns bisher an einer Aufnahme offizieller Beziehungen mit Pankow gehindert haben. Faktische Beziehungen auf technischen Gebieten bestünden seit geraumer Zeit.

Präsident Ceausescu scherzt und fragt, ob uns Rumänien in dieser Frage helfen könne, er sehe morgen Ulbricht anlässlich des Comecon-Treffens in Moskau.

Ein Versuch Bunderat Spühlers, Präsident Ceausescu zu einer Beurteilung der russischen Intervention und der gegenwärtigen Lage in der *CSSR* zu bewegen, stösst bei Ceausescu auf Widerstand. Er erklärt, mit Bezug auf die CSSR sei es schwierig zu sagen, wie sich die Lage entwickeln werde, und greift

11. *Vgl. dazu Dok. 149,* dodis.ch/32468.

dann sofort das Beispiel des *Vietnamkonflikts* auf, um darzulegen, dass Gewaltanwendung in den zwischenstaatlichen Beziehungen keine Früchte trage. Amerika habe einsehen müssen, dass sich Gewalt nicht bezahlt mache, leider allzu spät. Das Geld, das für kriegerische Zwecke ausgegeben wurde, hätte für Entwicklungszwecke bessere Verwendung finden können. Anschliessend verurteilt Ceausescu den Kolonialismus und Imperialismus. Der Bevormundung ganzer Völker durch einzelne Grossmächte müsse ein für allemal ein Ende gesetzt werden.

Auf die Frage Bundesrat Spühlers nach dem Stande der *Beziehungen Rumäniens zur Sowjetunion* erwidert Präsident Ceausescu, diese seien gut. Auch mit den beiden Deutschland würden gute Beziehungen unterhalten, mit der BRD vor allem auf dem Handels- und Wirtschaftssektor. Auch zu China unterhalte man gute Beziehungen. Dieses sei eine Macht, die nicht ignoriert werden könne. Es sei falsch, dieses Land zu isolieren, es gehöre in die UNO. Rumänien suche möglichst, die *Universalität* seiner Aussenbeziehungen zu verwirklichen.

Als von Herrn Bundesrat Spühler die *bewaffnete Neutralität der Schweiz* erwähnt wird, erklärt Präsident Ceausescu, im Zeitalter des Atomkriegs sei es höchst zweifelhaft, ob diese Neutralität noch einen Sinn habe. Atombomben, auch wenn sie ausserhalb des Gebietes neutraler Staaten abgeworfen würden, könnten dort grösste Verheerungen anrichten. Es müsse daher verhindert werden, dass es zu einem Atomkrieg komme.

3) Anlässlich des anschliessenden Mittagessens werden vor allem *bilaterale Probleme*[12] zur Sprache gebracht. Bundesrat Spühler erwähnt die Möglichkeit praktischer Hilfe der Schweiz beim Aufbau der rumänischen Touristen-Industrie, die industrielle Zusammenarbeit[13] sowie den Vorschlag der FH betreffend Zusammenarbeit bei der beruflichen Ausbildung von Uhrenverkäufern und von Uhrmachern im Zusammenhang mit dem Verkauf von Schweizeruhren[14].

Rumänischerseits ist man an all diesen Vorschlägen sehr interessiert.

---

12. *Vgl. dazu das* Protokoll der Arbeitssitzung vom 19. April 1969, im rumänischen Aussenministerium, Bukarest *von F. Blankart vom 30. Mai 1969,* dodis.ch/32537 *sowie die* Notiz über die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Rumänien *von L. Roches,* dodis.ch/32538. *Für weitere bilaterale Fragen vgl. das Schreiben von E. Suter an E. Thalmann vom 13. Januar 1967,* dodis.ch/32240; *die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 1. November 1967,* dodis.ch/32540; *die Notiz* Compte-rendu de mon voyage en Roumanie et en Turquie 29 mai au 8 juin 1968 *von P. Micheli an W. Spühler,* dodis.ch/32541 *und die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 14. Juni 1968,* dodis.ch/32542.

13. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1980/83#3894* (C.41.111.0).

14. *Vgl. dazu das Memorandum von R. Retornaz vom 17. April 1969, Doss. wie Anm. 2.*

141

dodis.ch/32892

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Berne, 30 avril 1969

Le Chef du Département a eu l'occasion de rencontrer U Thant, Secrétaire général des Nations Unies, lors de la célébration du 50ème anniversaire de la décision prise par la Conférence de la Paix, à Paris, de désigner Genève comme siège de la Société des Nations[2].

Au cours de l'entretien, les sujets suivants ont été brièvement abordés:

1. Participation de la Suisse aux travaux de la 6ème Commission des Nations Unies

Le Chef du Département remercie le Secrétaire général des indications qu'il lui avait précédemment données sur la façon de procéder pour que la Suisse soit admise à la 6ème Commission des Nations Unies. Entretemps, nous avons participé aux travaux de cet important organisme et croyons lui avoir apporté une contribution de valeur[3].

Le Secrétaire général est heureux que ses conseils nous aient été utiles.

2. Participation de la Suisse au Comité pour la 2ème décennie du développement

Le Chef du Département demande au Secrétaire général ce qu'il pense de l'opposition de l'URSS à la participation d'Etats non membres des Nations Unies au Comité pour la 2ème décennie; cette attitude est-elle de nature à porter préjudice à la position de notre observateur à New York?

U Thant a l'air de prendre avec une certaine philosophie la décision de l'URSS de ne pas participer au Comité. Il précise qu'il n'y a aucune controverse au sujet de la participation de la Suisse. C'est uniquement la participation de la BRD qui a provoqué la réaction soviétique. Celle-ci est en relation avec les efforts déployés par l'URSS sur d'autres plans pour faire entrer la DDR dans des organismes internationaux[4] (candidature de la DDR à l'OMS). L'URSS voudrait créer quelque part un précédent au bénéfice de la DDR. Pour U Thant, la position de notre observateur auprès des Nations Unies n'est nullement en danger.

3. Voyage du Chef du Département en Roumanie[5]

Le Secrétaire général interroge le Chef du Département sur son voyage en Roumanie. M. Spühler explique l'attitude de ce pays en ce qui concerne son

1. *Notice:* E2806#1971/57#57* (12-26).
2. *Cf. doc. 123,* dodis.ch/32909.
3. *Sur ce sujet, cf. aussi doc. 57,* dodis.ch/32891, *note 4.*
4. *Sur la question de la participation de la République démocratique allemande à l'ONU, cf. doc. 57,* dodis.ch/32891.
5. *Cf. doc. 140,* dodis.ch/32536.

indépendance et son intégrité nationale. Aussi bien le Ministre des affaires étrangères, M. Manescu, que le Premier Ministre, M. Maurer, et le Chef de l'Etat, M. Ceaucescu, se sont prononcés catégoriquement contre la conception soviétique de la souveraineté limitée. La détermination roumaine de poursuivre dans cette voie est nette. C'est la raison pour laquelle les Roumains sont en faveur d'une Conférence de la sécurité européenne. Ils pensent y trouver un appui pour leur politique.

4. Conférence de la sécurité européenne[6]

Le Chef du Département demande au Secrétaire général comment il juge la résolution de Budapest et les chances d'une Conférence de la sécurité européenne.

U Thant déduit de différentes de ses conversations que l'URSS est prête à accepter la participation des USA. De ce côté, pas de difficultés à prévoir; en revanche, il y aura la participation de la DDR qui posera le même problème que pour le Comité pour la 2ème décennie du développement. U Thant ne voit guère ce que la conférence pourrait faire d'utile dans le domaine de la sécurité. Par contre, il pense qu'elle serait susceptible de promouvoir la coopération européenne dans le domaine économique, social, etc. Une réunion en 1969 est hors de question; au plus tôt, elle pourrait entrer en ligne de compte en 1970; mais cela dépend de l'évolution de la situation internationale. M. Spühler se demande si le but de l'URSS n'est pas avant tout de faire entrer la DDR dans le concert européen. U Thant ne se prononce pas clairement sur ce point.

5. Evolution de la situation générale

U Thant constate que de grands changements sont en cours à l'Est (Tchécoslovaquie[7], Roumanie) et à l'Ouest (décision du Canada concernant ses troupes en Europe, reconnaissance de la Chine par l'Italie). Tout est en train de bouger. Il est impossible de prévoir ce que l'avenir nous réserve. L'entrée de la Chine dans les Nations Unies ne pourra probablement pas avoir lieu avant 8 à 10 ans. Elle se heurte actuellement à l'intransigeance de Mao comme de Chiang Kai-shek. Tous deux n'acceptent pas la division de leur pays[8] et ils ont chacun leurs partisans aux Nations Unies.

6. Communautés juives dans les pays arabes[9]

La Fédération des églises protestantes de la Suisse s'inquiète du sort des communautés juives dans les pays arabes. Elle a pris contact avec le Département politique pour déterminer ce qu'elle pourrait entreprendre en leur faveur. M. Spühler demande si une action à laquelle la Fédération pourrait,

---

6. *Sur la Conférence européenne de sécurité, cf. doc. 154,* dodis.ch/32403.
7. *Sur la crise en Tchécoslovaquie, cf. doc. 100,* dodis.ch/32192, *en particulier note 3.*
8. *Sur la question des Etats divisés, cf. doc. 127,* dodis.ch/32173.
9. *Cf. la lettre de P. Dumont à P. Micheli du 18 janvier 1969,* dodis.ch/33888. *Sur la démarche de la Fédération des Eglises protestantes de la Suisse, cf. la notice de M. Gelzer du 28 avril 1969,* E2003A#1980/85#795* (0.222.07.1).

le cas échéant, s'associer est entreprise par les Nations Unies ou par le Haut-Commissaire pour les réfugiés.

Le Secrétaire général répond qu'il s'agit d'un problème humanitaire qui ne le laisse pas indifférent. Les communautés israélites dans différents pays font beaucoup de bruit à ce sujet. U Thant est d'avis qu'une action discrète serait plus efficace. Après l'exécution à Bagdad de juifs accusés d'espionnage, il était lui-même intervenu auprès du gouvernement irakien. Depuis lors, il n'y a plus eu de juifs condamnés à mort. U Thant ne peut dire si c'est un résultat de son intervention et de celle du gouvernement français survenue au même moment, mais il est convaincu que dans cette affaire un grand tapage dessert la cause de ceux auxquels on veut venir en aide. Il en a parlé au Haut-Commissaire pour les réfugiés qu'il vient de rencontrer à Rome. Peut-être serait-il bon que la Fédération des églises protestantes de Suisse prenne contact avec le Prince Sadruddin Aga Khan.

7. Participation de la Suisse à l'action des Nations Unies à Chypre

Le Chef du Département annonce au Secrétaire général son intention de proposer aux Chambres fédérales de poursuivre la participation de la Suisse à l'action des Nations Unies à Chypre[10]. Le Secrétaire général remercie. Les propositions que le gouvernement chypriote vient de faire aux communautés turque et grecque lui paraissent importantes. Il ne sait pas si elles seront acceptées, mais elles sont constructives.

8. Rapport aux Chambres fédérales sur les relations de la Suisse avec l'ONU

Le Chef du Département renseigne le Secrétaire général sur le rapport qui sera prochainement présenté aux Chambres fédérales concernant les relations de la Suisse avec l'ONU[11]. Ce rapport ne contiendra pas une proposition d'adhésion à l'ONU. Il est destiné à préparer le moment où un tel pas pourra être fait. Il tendra aussi à développer la coopération entre la Suisse et l'ONU[12]. Le Secrétaire général semble comprendre la situation et ne fait pas de commentaire.

---

10. *Sur la participation de la Suisse aux opérations de maintien de la paix de l'ONU, cf. le rapport de la Commission d'études interdépartementale du 24 avril 1967,* dodis.ch/32908; *le PVCF N° 1404 du 11 septembre 1968,* dodis.ch/32907 *et la notice de H. Langenbacher à W. Spühler du 6 mai 1969,* dodis.ch/33148.

11. *Cf. Doc. 32,* dodis.ch/32940.

12. *Cf. Doc. 32,* dodis.ch/32940, *note 4.*

142

dodis.ch/33246

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 17. Sitzung vom 30. April 1969[1]

Auszug *[Bern,]* 1. Mai 1969

I. Umfrage

Herr Spühler orientiert über die Situation nach der Niederlage und der Demission von General de Gaulle[2] in Frankreich. Die grossen historischen Verdienste des Generals liegen zweifellos in seiner Haltung im Zweiten Weltkrieg (résistance)[3] sowie in der Lösung des Algerien-Problems[4]. Bestritten sind hingegen seine aussenpolitischen Aktionen, namentlich seine Haltung der atlantischen Gemeinschaft und dem Osten gegenüber[5], doch wird das definitive Urteil natürlich erst durch spätere Generationen gefällt. Die Nachfolge ist noch offen, doch auch wenn ein Gaullist gewählt wird, so ist mit einer gewissen Erosion der bisherigen Aussenpolitik Frankreichs zu rechnen. Man denkt namentlich an eine Änderung der Haltung gegenüber Kanada, der atlantischen Allianz und dem Mittleren Osten[6]. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die Lage in Frankreich momentan ruhig. Ob diese Ruhe von Dauer ist, ist aber eine andere Frage. Die finanztechnische Stellung des französischen Francs ist derzeit relativ stark. Es bestehen erhebliche Reserven. Eine Abwertung ist für die allernächste Zeit nicht zu befürchten[7], doch ändert sich zwangsläufig die Situation, wenn es zu einer Aufwertung der D-Mark[8] kommen sollte. In der Haltung Frankreichs gegenüber dem Beitrittsbegehren Englands zur EWG[9] wie auch anderer Staaten, die sich um eine Mitgliedschaft interessieren, ist

1. *BR-Beschlussprot. II:* E1003#1994/26#12*. *Am 10. Januar 1968 beschloss der Bundesrat keine ausführlichen* Notizen aus der Sitzung des Bundesrates *über die Beratungen der Regierung mehr zu verfassen, sondern ein* Beschlussprotokoll II *(grün) zu führen. Die letzte Sitzung des Bundesrats, die mit ausführlichen Protokollnotizen protokolliert wurde, fand am 8. Februar 1968 statt; die erste Sitzung, an der ein Beschlussprotokoll II verfasst wurde, fand am 11. März 1968 statt. Für ein Beispiel einer alten Protokollnotiz vgl. Dok. 29,* dodis.ch/33283.
2. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 21 von P. Dupont an W. Spühler vom 28. April 1969,* E2300-01#1977/28#55* (A. 21.31).
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 14, thematisches Verzeichnis:* 2.9.2. Relations avec la «France libre» *und DDS, Bd. 15, thematisches Verzeichnis:* II.10.2. France gaulliste.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 49,* dodis.ch/30353 *und Dok. 67,* dodis.ch/10395.
5. *Vgl. dazu Doss.* E2300-01#1973/156#142* (A.21.31) *und* E2300-01#1973/156#236* (A.21.31).
6. *Vgl. dazu Doss.* E2300-01#1977/28#55* (A. 21.31).
7. *Zur Abwertung des französischen Francs am 8. August 1969 vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer an W. Spühler vom 11. August 1969,* dodis.ch/34143 *und das BR-Beschlussprot. II der 29. Sitzung vom 13. August 1969,* dodis.ch/33293.
8. *Die Deutsche Mark wurde im Oktober 1969 aufgewertet. Vgl. dazu Dok. 179,* dodis.ch/33041.
9. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*

keine rasche Änderung zu erwarten. Vieles hängt nun davon ab, wer als neuer Präsident[10] gewählt wird und ob die Nationalversammlung aufgelöst wird[11]. Angesichts dieser ungelösten Fragen ist kurzfristig eher mit einer Blockierung der Integrationsbewegung in Europa zu rechnen.

Herr Schaffner teilt die Beurteilung der Lage durch den Chef des EPD in allen Punkten. Er stellt ferner fest, dass auch die Kapitalflucht[12] bisher nicht übermässig war und die Schweiz dabei mehr als Transitland denn als Zufluchtsort benützt wurde[13]. In Deutschland sind die Meinungen über die Opportunität einer Aufwertung nach wie vor geteilt. Sehr schwach ist das englische Pfund[14]. Im Falle einer Belebung der Verhandlungen zwischen England und der EWG würde sich mit grosser Wahrscheinlichkeit zeigen, dass England den Anschluss an die EWG gar nicht mit der immer wieder betonten Ernsthaftigkeit sucht. Ein Mitmachen Englands in der EWG wäre, mit Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Schwäche, für dieses Land ein geradezu gefährliches Unterfangen. Was unsere eigenen Beziehungen mit Frankreich anbetrifft, werden diese, wer auch immer das Rennen um die Präsidentschaft gewinnen mag, nicht leichter werden.

Herr Bundespräsident von Moos teilt seinerseits die Auffassungen der Vorredner, macht aber bezüglich der Haltung Englands darauf aufmerksam, dass sich doch beide grossen Parteien auf den Beitritt zur EWG festgelegt haben, so dass sie nun das Problem aus politischen Gründen geradezu neu aufgreifen müssen. Es wird auch interessant sein, die Haltung Brüssels zu beobachten: Bisher konnte stets mit dem Hinweis auf die Haltung des französischen Staatspräsidenten ausgewichen werden, inskünftig spielt dieses Alibi nicht mehr. Das wird sich auf die Verhandlungen auswirken. Bezüglich der Information der Presse wird der Bundeskanzler[15] zur Erklärung ermächtigt, dass sich der Bundesrat im Rahmen der Instruktionserteilung für die Ministertagung der EFTA zwangsläufig auch mit der integrationspolitischen Lage auf Grund der neuen Entwicklung in Frankreich befasst habe.

[...][16]

---

10. *G. Pompidou wurde am 15. Juni 1969 gewählt.*

11. *Die Nationalversammlung wurde nicht aufgelöst.*

12. *Zur Frage der Kapitalflucht vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 91,* dodis.ch/30740; *DDS, Bd. 23, Dok. 67,* dodis.ch/30943; *Dok. 125,* dodis.ch/31831 *und Dok. 177,* dodis.ch/31445; *DDS, Bd. 24, Dok. 175,* dodis.ch/33035 *und Dok. 181,* dodis.ch/32446.

13. *Zu den französischen Kontrollmassnahmen gegen Kapitalflucht vgl. Doss.* E2001E#1980/83#2369* (C.41.132.0). *Zu den Philippinen vgl. ferner Dok. 47,* dodis.ch/32230; *zu Ghana vgl. Dok. 88,* dodis.ch/33019; *zu Grossbritannien vgl. Dok. 142,* dodis.ch/32446 *und zu den Entwicklungsländern vgl. Dok.* 175, dodis.ch/33035.

14. *Zur Währungshilfe der Schweiz an Grossbritannien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 128,* dodis.ch/31415 *und DDS, Bd. 24, Dok. 116,* dodis.ch/33022.

15. *K. Huber.*

16. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33246.

143

dodis.ch/33201

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Die schweizerisch-österreichischen politischen Beziehungen

Vertraulich Bern, 6. Mai 1969

1) Grundsätzlich ist festzuhalten, dass unsere Beziehungen zu Österreich herzlich und freundschaftlich sind[2] und von keinerlei schwerwiegenden Problemen belastet werden. Allfällig auftretende Fragen oder Differenzen lassen sich im allgemeinen durch Besprechungen oder Verhandlungen lösen, ohne dass sich eigentliche diplomatische Interventionen aufdrängen würden. Seit der Unabhängigkeit Österreichs fanden zahlreiche Besuche von österreichischen und schweizerischen Staatsmännern[3] statt.

2) Zwischen dem Politischen Departement und dem österreichischen Aussenministerium findet ein regelmässiger Gedankenaustausch auf der Ebene der Chefs der politischen Abteilungen[4] statt. Wien ist uns vor allem Quelle für interne Informationen aus der UN[5] sowie für den südost- und osteuropäischen Raum.

3) Wien legt Gewicht darauf, dass die österreichische Neutralität nicht im Staatsvertrag[6] von den Besatzungsmächten postuliert worden sei, sondern auf freiem österreichischem Entschluss beruhe; dies wohl nicht zuletzt als Alibi dafür, dass sich Wien in der Handhabung seiner Neutralitätspolitik gelegentlich – nach schweizerischen Massstäben – etwas frei bzw. sorglos zeigt.

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#1417* (B.15.51.13).
2. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Spühler an K. Waldheim vom 13. November 1969,* dodis.ch/33378 *und das Schreiben von K. Waldheim an W. Spühler vom 26. November 1969,* dodis.ch/33380.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 46,* dodis.ch/30181; *DDS, Bd. 23, Dok. 63,* dodis.ch/31092; *Dok. 108,* dodis.ch/31397, *Anm. 6 und Dok. 148,* dodis.ch/31105; *DDS, Bd. 24, Dok. 21,* dodis.ch/33202; *das Protokoll von H. Kaufmann vom 26. April 1968,* dodis.ch/3385; *die Notiz von C. Sommaruga vom 9. Mai 1969,* dodis.ch/33388; *das Protokoll von H. Kaufmann vom 22. Mai 1969,* dodis.ch/33389; *das Schreiben von W. Spühler an den Regierungsrat des Kantons Bern vom 23. Mai 1969,* dodis.ch/33390 *und das Protokoll von F. Blankart und H. Zimmermann vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/33813.
4. *Zu den Chefbeamtenbesprechungen vgl. das Protokoll von H. Kaufmann vom 18. November 1968,* dodis.ch/33391; *für die technische Zusammenarbeit vgl. das Protokoll von R. Högger vom 8. Januar 1969,* dodis.ch/33372 *und für die europäische Integration vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 21. Juni 1967,* dodis.ch/33846 *und die Notiz* über die Beamtenbesprechung Schweiz/Österreich über Integrationsfragen 27./28. Juni 1968 in Bern *vom 2. Juli 1968,* dodis.ch/33815.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von B. Turrettini an R. Bindschedler vom 13. März 1967,* E 2210.5(-) 1981/113 Bd. 28 (7-i).
6. *Zum österreichischen Staatsvertrag vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 7,* dodis.ch/10072 *und Dok. 10,* dodis.ch/10061. *Zur österreichischen Neutralität vgl. Dok. 21,* dodis.ch/33202, *Anm. 4.*

4) Wien sucht bekanntlich einen Zugang zur EWG[7], da nach seiner Auffassung seine Ausfuhren im EWG-Raum in wirtschaftlich untragbarer Weise diskriminiert werden. Die entsprechenden Vorstösse Wiens sind nicht immer mit den Bestrebungen der Schweiz innerhalb der EFTA[8] konzertiert und werden im Grunde genommen – nach schweizerischer Ansicht – gegen besseres Wissen unternommen (der sowjetische Widerstand gegen irgendwelche Form einer österreichischen Annäherung an die EWG ist offensichtlich, und auch Frankreich verfolgte bisher gegenüber den Vorstössen Wiens nur eine höfliche Hinhaltetaktik).

5) Österreich ist am Ausbau des Hochrheins zur Schiffbarmachung[9] interessiert; mit dem Aufkommen der Atomkraftwerke fällt indessen die für die Schiffbarmachung bisher finanziell gewichtige Mitwirkung der Elektrizitätsunternehmungen durch den Bau von Flusskraftwerken dahin, so dass in schweizerischer Sicht ein Ausbau des Hochrheins vorläufig aus finanziellen Erwägungen zurückgestellt werden muss.

6) An einer von Österreich und der Bundesrepublik gewünschten Neuregelung der Seepolizei-Hoheit auf dem Bodensee[10] hat die Schweiz solange kein Interesse, als mit ihr ein Einbruch in die bisher von der Schweiz hochgehaltene Realteilung des Bodensees verknüpft ist.

7) Wien ist offensichtlich bestrebt, unter Ausnützung des von gewissen Genfer Kreisen geschaffenen Malaises in UN-Kreisen, einzelne UN-Spezialagenturen nach Wien zu ziehen. Schweizerischerseits wurde in Wien klargemacht, dass wir diese Konkurrenzierung Genfs[11] nicht ohne weiteres hinzunehmen gewillt sind; seither legt sich Wien einige Zurückhaltung auf.

8) Vorübergehend vermutete Italien, aus Österreich geflüchtete Südtirol-Terroristen[12] könnten sich auf schweizerisches Gebiet geflüchtet haben; eingehende Abklärungen ergaben die Haltlosigkeit dieser Vermutung. (Es bleibt dahingestellt, wie weit Italien den Vorwurf, angesichts der regelmässigen Kontakte Bern - Wien, lediglich aus taktischen Gründen erhob).

9) Der Vollständigkeit halber sei angeführt, dass sich seit einiger Zeit eine militärische Zusammenarbeit[13] zwischen der Schweiz und Österreich angebahnt hat (Besuche hoher Offiziere, Erfahrungsaustausch).

---

7. *Zum österreichischen Versuch einer EWG-Assoziation vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 148,* dodis.ch/31105, *Anm. 13; die Notizen von H. Schaffner an die Mitglieder des Bundesrats vom 12. Januar 1967,* dodis.ch/33375 *und vom 12. Februar 1968,* dodis.ch/33374.

8. *Zur EFTA vgl. Dok. 117,* dodis.ch/33014.

9. *Vgl. dazu die Notiz von E. Diez an A. Janner vom 6. April 1967,* dodis.ch/33363.

10. *Vgl. dazu die Notiz von E. Diez vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/33916.

11. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 148,* dodis.ch/31105, *Anm. 16; das Schreiben von R. Pestalozzi an J. Humbert vom 28. Mai 1968,* dodis.ch/32915; *das Schreiben von B. Turrettini an E. Thalmann vom 25. Oktober 1968,* dodis.ch/32913; *das Schreiben von B. Turrettini an E. Thalmann vom 1. November 1968,* dodis.ch/32914 *und das Schreiben von B. Turrettini an W. Spühler vom 18. Januar 1969,* dodis.ch/33393.

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 20,* dodis.ch/31057; *die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 18. September 1967,* dodis.ch/32671 *und die Notiz von M. Gelzer vom November 1967,* dodis.ch/32674.

13. *Vgl. dazu Dok. 76,* dodis.ch/33200.

144

dodis.ch/32801

Zusammenfassung des Antrags des Volkswirtschaftsdepartements vom 19. Mai 1969[1]

[Bern,] 19. Mai 1969

Mit dem beiliegenden Antrag[2] unterbreiten wir Ihnen die Entwürfe einer Botschaft[3] und eines Bundesbeschlusses[4] für einen neuen Transferkredit an Pakistan. Am 22. Juni 1964[5] wurde Pakistan, gestützt auf das Bundesgesetz vom 26. September 1958[6] über die Exportrisikogarantie, für den Bezug schweizerischer Investitionsgüter ein erster Transferkredit von 38,7 Mio. Fr. (Lieferwert 43 Mio.) gewährt, der am 9. Januar 1967[7] auf 56,7 Mio. (Lieferwert 63 Mio.) erhöht wurde. Der Kredit wurde durch ein schweizerisches Bankenkonsortium bereitgestellt; der Bund gewährt für alle Lieferungen die Exportrisikogarantie zum Höchstsatz von 85%. Die Rückzahlung erfolgt in 20 gleichen Semesterraten ab Beanspruchung, der Zins beträgt 6 ¾% (3 ¾% über dem Diskontsatz). Für alle Lieferungen bezahlt Pakistan 10% des Wertes bei Vertragsschluss aus eigenen Devisen; für die bei Versand fälligen 90% beansprucht es den Kredit. Die 63 Mio. Fr. Lieferwert sind durch Bestellungen nahezu ausgenützt.

Schon bei Anlass des schweizerischen Transferkredites an Indien im Jahre 1966[8] (Mischkredit 50% Banken, 50% Bund) gab Pakistan der bestimmten Erwartung auf einen Kredit zu gleichen Bedingungen Ausdruck. Das formelle Begehren wurde uns Anfang 1968[9] unterbreitet.

---

1. *Notiz:* E7110#1980/63#2223* (821).
2. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 19. Mai 1969 vgl. das BR-Prot. Nr. 916 vom 28. Mai 1969,* dodis.ch/32794.
3. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung eines Transferkredites an die Islamische Republik Pakistan *vom 27. Juni 1969, BBl, 1969, I, S. 1229–1240. Für den Entwurf vgl. Doss. Anm. 1.*
4. Bundesbeschluss über die Gewährung eines Transferkredites an die Regierung der Islamischen Republik Pakistan *vom 27. Juni 1969, BBl, 1969, I, S. 1241 f. Für den Entwurf vgl. Doss. Anm. 1.*
5. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung Pakistans über die Eröffnung von Transferkrediten *vom 22. Juni 1964, AS, 1965, S. 61–65.*
6. Bundesgesetz über die Exportrisikogarantie *vom 26. September 1958, BBl, 1958, II, S. 799–803. Zur Frage der Exportrisikogarantie vgl. Dok. 86,* dodis.ch/33269; *Dok. 113,* dodis.ch/33260; *Dok. 122,* dodis.ch/33047 *sowie Dok. 125,* dodis.ch/32843.
7. Notenaustausch zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung Pakistans betreffend Erhöhung der Transferkredite *vom 9. Januar 1967, AS, 1967, S. 163 f.*
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 79,* dodis.ch/30926; *das Schreiben von H. Bühler an F. Bohnert vom 5. Juli 1968,* dodis.ch/32645; *das Schreiben von H. Bühler an M. Heimo vom 14. Februar 1969,* dodis.ch/32648 *und das Schreiben von F. Bohnert an P. R. Jolles vom 25. Februar 1969,* dodis.ch/32649.
9. *Note der pakistanischen Botschaft in Bern an die Handelsabteilung des Volkswirtschafts-*

Nach Abklärung mit Industrie und Banken sehen wir vor, Pakistan einen neuen Kredit von 45 Mio. Fr. (Lieferwert 50 Mio.), zu den gleichen Bedingungen wie Indien, für den Bezug von Kapitalgütern zu gewähren. Es handelt sich um einen Mischkredit, der je zur Hälfte durch eine Bankengruppe und durch den Bund eröffnet würde. Die Rückzahlung erfolgt in 20 Semesterraten, für die Bankentranche (nach einer Karenzfrist von 5 Jahren) vom 6.–10. Jahr, für die Bundestranche (nach einer Karenzfrist von 10 Jahren) vom 11.–15. Jahr. Die Bankentranche würde mit 6 ¾% (3 ¾% über dem Diskontsatz), die Bundestranche mit 3% verzinst. Die Zahlungsbedingungen wären die gleichen wie beim Kredit 1964, d. h. Pakistan zahlt 10% bei Abschluss des Liefervertrages aus eigenen Devisen und 90% bei Versand aus dem Kredit. Für diese 90% wird der pakistanische Staat Schuldner für Kapital und Zinsen; er hat alle Zahlungen in freien Schweizerfranken zu leisten. Neben die Zahlungsgarantie des pakistanischen Staates tritt, soweit es die Bankentranche betrifft, die Exportrisikogarantie zum Höchstsatz von 85% des Lieferwertes plus Zinsen, mit Einschluss des Delkredererisikos. Die Unterstellung der einzelnen Lieferungen bedarf der Zustimmung beider Regierungen und des Bankenkonsortiums. Wie beim ersten Kredit wäre auch hier ein Regierungsabkommen[10] und parallel dazu ein Abkommen zwischen Pakistan und der Bankengruppe[11] abzuschliessen.

Begründung:

Pakistan hat sich seit Jahren mit Erfolg angestrengt, seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Ohne Hilfe von aussen kann es aber seine Ziele nicht erreichen. Das Hilfskonsortium der Weltbank bemüht sich, die Leistungen der Geberländer zu koordinieren und zu steigern. Pakistan mit seinen 120 Mio. Einwohnern ist ein nicht zu unterschätzender Absatzmarkt[12]. Unsere Handelsbilanz weist von 1962–68 im Durchschnitt einen jährlichen Aktivsaldo von rund 43 Mio. Fr. auf. In die Beurteilung des Kredites sind aber insbesondere auch die allgemeinen Überlegungen zur schweizerischen Entwicklungshilfe einzubeziehen. (Botschaft vom 7. Juli 1967[13] über

---

departements vom 23. Januar 1968, E7110#1979/14#2525* (821). *Vgl. dazu ferner das Schreiben von H. Bühler an S. Masnata vom 30. November 1967,* dodis.ch/32792; *die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 1. Mai 1968,* dodis.ch/32789; *das Schreiben des Schweizerischen Bankvereins an H. Bühler vom 6. November 1968,* dodis.ch/32790 *und das Protokoll der Kommission für Aussenwirtschaft des Ständerats vom 23. Oktober 1969,* dodis.ch/32804.

10. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über die Gewährung von Transferkrediten *vom 16. April 1970, AS, 1970, S. 580–584.*

11. Agreement made between the Government of the Islamic Republic of Pakistan on the one part and the Swiss Bank Cooperation, the Swiss Credit Bank, the Union Bank of Switzerland and the Banque Populaire Suisse on the other part *vom 18. Juni 1970,* E7110#1981/41#2228* (821).

12. *Vgl. dazu das Schreiben von S. Masnata an P. R. Jolles vom 2. März 1967,* dodis.ch/32808 *und die Notiz von P. Saladin an H. Bühler vom 8. September 1969,* dodis.ch/32802. *Zum pakistanischen Export in die Schweiz vgl. das Schreiben von S. Masnata an P. R. Jolles vom 22. Dezember 1967,* dodis.ch/32806 *und den politischen Bericht Nr. 3 von S. Masnata an W. Spühler vom 23. Oktober 1968,* dodis.ch/32782.

13. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Wirtschafts- und Finanz-

Wirtschafts- und Finanzhilfe an Entwicklungsländer und Gewährung eines Darlehens and die IDA). Ferner dürfen wir uns auf Ihre Zustimmung zu der Ihnen mit Antrag vom 18. Dezember 1968[14] unterbreiteten «Notiz über die Finanzhilfe»[15] stützen, die auf die Notwendigkeit hinwies, in gewissen Fällen Mischkredite zu gewähren.

Der neue Transferkredit sieht eine Bundestranche vor und bedarf daher der Zustimmung des Parlaments, die in Form eines einfachen Bundesbeschlusses erteilt werden kann.

---

hilfe an die Entwicklungsländer und insbesondere die Gewährung eines Darlehens an die Internationale Entwicklungs-Organisation (IDA) *vom 7. Juni 1967, BBl, 1967, II, S. 1–45. Vgl. dazu auch Dok. 34,* dodis.ch/32830.

14. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 22 vom 8. Januar 1969,* E1004.1#1000/9#742*.

15. Notiz über die Finanzhilfe *der Handelsabteilung vom 21. Oktober 1968,* dodis.ch/34016.

145

dodis.ch/33236

Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer[1]

Abklärung der Möglichkeit pragmatischer Lösungen mit der EWG[2]

Streng vertraulich Bern, 19. Mai 1969

Unter dem Vorsitz von Botschafter Jolles und im Beisein der Botschafter Micheli, Weitnauer und Wurth war diese Frage heute Gegenstand einer Besprechung, an der auch die Oberzolldirektion, die Abteilung für Landwirtschaft, das Integrationsbüro, der Vorort und der Bauernverband vertreten waren.

Übereinstimmend war man der Meinung,

– die «grosse Lösung» (Erweiterung der EWG durch Beitritte oder europäische Assoziationen, eventuell Bildung einer gesamteuropäischen Freihandelszone) liege noch in weiter Ferne und
– auch der Realisierung von «Zwischenlösungen»[3] (Handelsarrangements usw.) stünden immer noch grosse Schwierigkeiten entgegen,

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#763* (C.41.770.0). *Kopie an W. Spühler, P. Micheli, E. Thalmann, E. Diez, M. Gelzer, H. Miesch und A. Natural.*

2. *Für einen Überblick über die verschiedenen Optionen der Schweiz vgl. die Notiz von R. Bindschedler vom 21. Juni 1967,* dodis.ch/33597; *die Notiz von A. Weitnauer vom 15. Januar 1968,* dodis.ch/33600; *die Notiz des Integrationsbüros von Mitte April 1968,* dodis.ch/30865; *das Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 10. Februar 1969 der Aussenpolitischen Kommission und der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/33870 *und die Notiz von M. Feller vom 2. September 1969,* dodis.ch/33236.

3. *Vgl. dazu Dok. 81,* dodis.ch/32905, *Anm. 16; die Notiz von J. Iselin vom Januar 1968,* dodis.ch/33844; *das Referat von J. Iselin vom 30. April 1968,* dodis.ch/30866; *das Schreiben von H. Schaffner an J. M. Luns vom 15. Mai 1968,* dodis.ch/33005; *die Notiz* über die Beamtenbesprechung Schweiz/Österreich über Integrationsfragen 27./28. Juni 1968 in Bern *vom 2. Juli*

– weshalb die Schweiz weiterhin in *bilateralen Kontakten* mit der EWG Lösungen für *konkrete Einzelprobleme*[4] suchen müsse.

Solche Probleme stellen sich z. B. bei Geweben, Werkzeugmaschinen, Schiffsmotoren, der Chemie, den Uhren, der Landwirtschaft usw.

Botschafter Weitnauer wurde ermächtigt, in engem Kontakt mit der schweizerischen Wirtschaft bei der EG-Kommission *Sondierungen* mit dem vorläufigen Ziel aufzunehmen, einen *Katalog* der hängigen bilateralen Probleme aufzustellen. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Es kommen nur Lösungen nach dem Meistbegünstigungsprinzip, also keine präferenziellen Abmachungen in Frage; immerhin müsste das Hauptgewicht auf spezifisch die Schweiz und die EWG berührende – nachbarliche – d. h. Dritte nur wenig interessierende Probleme gelegt werden. Die «grosse Lösung» oder «präferenzielle Zwischenlösungen» müssten vorbehalten bleiben; der pragmatische «approach» ist kein Ersatz für spätere «grössere» Lösungen.

2. Durch Sondierungen kann, auch wenn sie ohne konkrete Resultate bleiben, wertvolle Vorarbeit im Hinblick auf «grössere» Lösungen geleistet werden. Zudem sind wir zurzeit in der Lage, in aller Ruhe zu diskutieren, da wir von Seiten der Wirtschaft nicht unter Druck stehen.

3. Die EFTA-Partner brauchen wir nicht zu begrüssen. Unsere EFTA-Verpflichtungen stehen einem Abkommen auf Meistbegünstigungsbasis nicht im Wege (siehe auch die Haltung Österreichs, Nordek usw.).

4. Sehr heikel ist die Sache im Verhältnis zur EWG. In einem Moment, da die Erweiterungsfrage noch offen ist, wird die EWG alles vermeiden, was ihre Haltung präjudizieren könnte. Unsere Demarchen dürfen also keinesfalls den Anschein erwecken, als wolle die Schweiz auf Umwegen ein Sonderabkommen schliessen und damit «wieder einmal die Rosinen aus dem Kuchen picken».

5. Die Demarchen von Herrn Weitnauer müssen sich also auf Sondierungen bei der EG-Kommission beschränken. Kontakte in den EWG-Hauptstädten sind zu unterlassen. Die Frage einer Weiterführung der Sondierungen und ob hierfür gegebenenfalls ein Mandat des EG-Ministerrates anzustreben ist, wird später im Lichte der weiteren Entwicklungen zu prüfen sein. In diesem Moment wird sich auch das Problem der schweizerischen Gegenleistungen stellen; wir dürfen im Hinblick auf spätere, «grössere» Lösungen nicht die ganze Verhandlungsmunition verschiessen.

Botschafter Weitnauer ist auf Grund der bisher in Brüssel und in anderen EWG-Hauptstädten gewonnenen Eindrücke[5] der Meinung, dass die Aussichten, auf dem Weg pragmatischer Lösungen weiter zu kommen, gut sind.

1968, dodis.ch/33815; *das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. Juli 1968,* dodis.ch/33310; *das Referat von H. Schaffner vor den Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats vom Februar 1969,* dodis.ch/33872; *die Notiz von P. R. Jolles vom 7. Juli 1969,* dodis.ch/33840 *und die* Motion Furgler. Verhältnis der Schweiz zu den europäischen Gemeinschaften *vom 9. Dezember 1969, Sten. Bull. NR, 1968, S. 634–640.*

4. *Vgl. dazu die Notiz* Inventar möglicher Verhandlungsgegenstände Schweiz/EWG *vom 5. März 1968,* dodis.ch/33601 *sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 1. Juli 1969,* dodis.ch/33867.

5. *Zum Besuch von A. Weitnauer in Köln vgl. das Schreiben von M. Troendle an P. Micheli vom 19. Dezember 1968,* dodis.ch/33256.

146

dodis.ch/33261

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat[1]

Kriegsmaterialausfuhr nach Afrika, Indien und Pakistan

Vertraulich Bern, 22. Mai 1969

I. *Afrika*

1. Im Sinne der ständigen bundesrätlichen Praxis, keine Kriegsmaterialexporte nach Gebieten zuzulassen, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen, wurden in den vergangenen Jahren Ausfuhrverbote gegenüber den nachstehenden Ländern erlassen[2]:

1955: Israel und die arabischen Staaten[3]

1963: Südafrika[4]

1965: Rhodesien.

Die Gründe, die den Bundesrat dazu bewogen haben, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach diesen Ländern zu untersagen, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden.

Was Nigeria anbelangt, so besteht gegen dieses Land ein *de facto* Embargo, da mit Ausnahme eines Gesuchs betreffend den Überflug schweizerischen Territoriums durch Flugzeuge, die für Nigeria bestimmt waren, nie um Ausfuhrbewilligungen nachgesucht wurde.

Im Hinblick auf seine eindeutige Parteinahme zugunsten der arabischen Länder im Nahost-Konflikt, unterseht der Sudan seit 1955 ebenfalls einem *de facto* Embargo.

2. Nachdem somit – abgesehen von Nigeria – nicht nur der Süden, sondern auch der Norden des afrikanischen Kontinents für schweizerische Waffenexporte gesperrt sind, stellt sich, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den jüngsten Vorkommnissen auf dem Kriegsmaterial-Sektor, die Frage, ob es

---

1. *Antrag:* E1004.1#1000/9#747*.

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 176,* dodis.ch/31195.

3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 36,* dodis.ch/10920. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Israel vgl. die Notiz von J. Ruedi vom 26. Oktober 1967,* dodis.ch/31710; *das Schreiben von A. Kaech an die Direktion der Pilatus-Flugzeugwerke vom 9. Februar 1968,* dodis.ch/33508; *die Notiz von C. Jagmetti vom 20. März 1968,* dodis.ch/33552; *das Schreiben von J. Ruedi an A. Kaech vom 5. August 1968,* dodis.ch/33509; *das Schreiben von J. de Stoutz an P. Micheli vom 17. Februar 1969,* dodis.ch/33510; *das Schreiben von J. Ruedi an A. Kaech vom 25. September 1968 und das Schreiben von J. Ruedi an P. R. Jolles vom 13. Oktober 1969,* dodis.ch/33511. *Zur Spionage-Affäre Frauenknecht vgl. Dok. 173,* dodis.ch/33275. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Libanon vgl. die Notiz von J. Ruedi vom 28. Oktober 1967,* dodis.ch/33505 *sowie das Schreiben von R. Gächter an H. Walder vom 13. Oktober 1970,* dodis.ch/33504. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Iran vgl. das Schreiben von C. Weidenmann an A. Guisolan vom 11. Juli 1969,* dodis.ch/33507 *und das BR-Prot. Nr. 1759 vom 22. Oktober 1969,* dodis.ch/33506. *Vgl. ferner auch die Notiz von P. Niederberger vom 10. Juli 1967,* dodis.ch/33422.

4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 187,* dodis.ch/30436. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Südafrika vgl. auch DDS, Bd. 24, Dok. 147,* dodis.ch/33270.

nicht angezeigt wäre, ganz Afrika mit einem Embargo zu belegen[5]. Die vom Bundesrat am 8. Januar 1969 eingesetzte interdepartementale Arbeitsgruppe[6] hat in ihrer letzten Sitzung dieses Problem geprüft und ist dabei zu folgenden Schlüssen gelangt:

3. Die Kriegsmaterialexporte nach den afrikanischen Ländern halten sich, wie die nachstehende Übersicht zeigt, in bescheidenem Rahmen:

Jahr	total in Mio. Fr.	nach afrikanischen Staaten in Mio. Fr.
1968	162	6,7
1967	121	5
1966	90	0,1
1965	64	0,5
1964	80	2,1
1963	105	16,7 (davon 16,4 für Südafrika)
1962	88	0,4
1961	58	0,75
1960	60	0,8

Nachdem die wichtigeren potentiellen Absatzmärkte wie Südafrika und die arabischen Staaten für Kriegsmaterial-Exporte bis auf weiteres ohnehin ausgeschaltet sind, würde die Ausdehnung des Embargos auf ganz Afrika für unsere Industrie kaum schwerwiegende Konsequenzen zeitigen.

4. Auch vom politischen Standpunkt aus betrachtet, wäre eine vollständige Sperre, wie sie etwa von Schweden gehandhabt wird, zu verantworten. Die Problematik von Kriegsmaterial-Lieferungen nach Ländern, die mit Entwicklungshilfe bedacht werden und in denen immer wieder humanitärer Beistand erforderlich ist, erscheint in der Tat in keiner Weltgegend als so schwerwiegend wie gerade in Afrika. Das Beispiel Nigeria/Biafra[7] zeigt dies mit aller Deutlichkeit.

5. Anderseits besteht zur Zeit kein unmittelbarer Anlass für eine ganz Afrika umfassende Ausfuhrsperre. Auch sollte davon Abstand genommen werden, ein Embargo über ganze Kontinente zu verhängen, da dies in der Öffentlichkeit leicht zu unerwünschten Kontroversen führen könnte, indem etwa die Frage aufgeworfen würde, warum, wenn schon Afrika mit einem Embargo belegt wird, ein solches nicht auch gegenüber Asien[8] oder dem südamerikanischen Kontinent[9] verhängt werden sollte, wo sich ebenfalls

---

5. *Vgl. dazu auch das BR-Beschlussprot. II der 14. Sitzung vom 2. April 1969,* E1003#1994/26#12*.

6. *Vgl. dazu BR-Prot. Nr. 6 vom 8. Januar 1969,* E1004.1#1000/9#742*.

7. *Zum illegalen Kriegsmaterialexport der Oerlikon-Bührle AG u. a. auch nach Nigeria vgl. Dok. 118,* dodis.ch/33266 *und Dok. 132,* dodis.ch/33268. *Zur Schweizer Beteiligung an der IKRK-Mission in Nigeria vgl. Dok. 136,* dodis.ch/3351.

8. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach den USA und dem Risiko eines Einsatzes in Vietnam vgl. Dok. 43,* dodis.ch/33141.

9. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Chile und Argentinien vgl. das Schreiben von R. Dürr an P. R. Jolles vom 4. März 1968,* dodis.ch/33574; *die Notiz von C. Jagmetti vom*

periodisch Unruhen und Umstürze zu ereignen pflegen. Die Schaffung eines Präzedenzfalls, dessen Anwendung auf andere Kontinente oder Weltgegenden für unsere Industrie weit schwerwiegendere Folgen haben müsste als für Afrika, sollte daher vermieden werden.

6. Wenn somit die Verhängung eines Waffenausfuhr-Embargos über ganz Afrika aus prinzipiellen Erwägungen als nicht angebracht erscheint, so sollten wenigstens diejenigen Staaten, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft von kriegs- oder konfliktbeherrschten Gebieten befinden oder sonstwie mit diesen in Beziehung stehen, mit einem de facto Embargo belegt werden. Es sind dies die folgenden:

a) Für den Krisenherd Rhodesien: Mozambique, Tansania und Zambia[10] (für welches in letzter Zeit Ausfuhrbewilligungen ohnehin nicht mehr erteilt worden sind);
b) für den Krisenherd Nigeria/Biafra: Niger, Dahomey, Gabon;
c) die portugiesischen Überseegebiete Angola, Mozambique[11] und port. Guinea, sowie der an Angola angrenzende Kongo-Kinshasa, resp. das port. Guinea benachbarte Guinea.

ad a) Mit Beschluss vom 17. Dezember 1965 hat der Bundesrat gegen Rhodesien ein Kriegsmaterialausfuhr-Embargo[12] verhängt. Er tat dies unter dem Eindruck der wenige Tage zuvor erfolgten einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Regimes Jan Smith, sowie der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen Rhodesien ergriffenen Sanktionsmassnahmen. Diese wurden in der Folge verschiedentlich verschärft und gipfelten am 29. Mai vorigen Jahres in der Verhängung eines totalen Wirtschafts- und Dienstleistungs-Embargos[13]. Es ist eine unbestrittene Tatsache, das Rhodesien seine Wirtschaft nur dank massiven Zulieferungen durch die den Boykott des Sicherheitsrates missachtenden Nachbarländer Südafrika und Mozambique am Leben erhalten kann; anderseits operieren sowohl von Sambia als auch von Tansania aus Untergrundorganisationen (FRELIMO) gegen Rhodesien, deren erklärtes Ziel es ist, das weisse Minderheitsregime in Salisbury zu Fall zu bringen. Zu ihrer Bekämpfung sind wiederholt rhodesische, ja sogar südafrikanische Ordnungskräfte eingesetzt worden. Eine Abschwächung dieser latenten Krisenlage ist vorläufig nicht abzusehen.

ad b) Gegen Nigeria wurde, wie erwähnt, am 28. April 1967 ein *de facto* Kriegsmaterial-Embargo[14] verhängt. Die Folgen des blutigen Bürgerkriegs haben sich inzwischen auch auf gewisse Nachbarländer ausgewirkt. So besteht

---

14. November 1968, dodis.ch/33575 *sowie die Notiz von C. Jagmetti vom 29. November 1968,* dodis.ch/33572. *Zum Besuch von D. Bührle in Argentinien vgl. das Schreiben von M. Gelzer an A. Janner vom 7. Februar 1969,* dodis.ch/33582.

10. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Gelzer an H. K. Frey vom 7. Februar 1969,* dodis.ch/33566.

11. *Zur Frage des Exports von Pilatus-Flugzeugen nach Mozambique vgl. das Schreiben von J. Etter an P. Micheli vom 4. Oktober 1967,* dodis.ch/33568.

12. *BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965,* dodis.ch/31953.

13. *Zu den UNO-Sanktionen betreffend Rhodesien vgl. Dok. 171,* dodis.ch/30859.

14. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Gelzer an die Handelsabteilung und die Direktion der Militärverwaltung vom 28. April 1967,* E2001E#1980/83#3506* (B.51.14.21.20).

der dringliche Verdacht, dass Geschütze der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon von Niger nach Nigeria gelangt sind[15]. Anderseits sollen von Gabon aus beträchtliche Waffenlieferungen nach Biafra erfolgen. Auch Dahomey dürfte in jüngster Zeit in vermehrtem Masse in das Waffengeschäft einbezogen worden sein. Der Einschluss dieser drei Randstaaten in das Nigeria-Embargo erscheint daher als angezeigt.

ad c) Die politische Spannung in den portugiesischen Besitzungen in Afrika hat sich in letzter Zeit ebenfalls erheblich verstärkt. Wenn es auch den untereinander uneinigen «Befreiungsbewegungen» bisher scheinbar nicht gelungen ist, grössere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, so nimmt doch die Guerilla-Tätigkeit in Angola, Mozambique und port. Guinea ständig zu. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die in Angola operierenden Rebellen teils im Kongo ausgebildet werden, teils von dort beträchtliche materielle Unterstützung empfangen. Ähnliches gilt von Guinea, welches seinerseits aufrührerische, gegen port. Guinea gerichtete Bewegungen schürt. Aus diesen Gründen dürfte es angezeigt sein, das Kriegsmaterial-Embargo auch auf den Kongo-Kinshasa und Guinea auszudehnen.

Mit zwei der oben genannten Staaten, resp. ihren Überseegebieten sind zur Zeit noch Kriegsmaterialausfuhr-Gesuche hängig; sie sind Gegenstand der beigehefteten Notiz[16].

II. *Indien und Pakistan*

Im September 1965 beschloss der Bundesrat im Hinblick auf die Entwicklung des Kriegs um Kaschmir, jede Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Indien und Pakistan zu untersagen[17]. Nachdem es den beiden Konfliktparteien gelungen war, an der Konferenz von Taschkent ihre Differenzen zu bereinigen, wurde dieses Ausfuhrverbot im Mai 1966[18] mit gewissen Vorbehalten wieder aufgehoben.

Im Zusammenhang mit einem von Schweden gegen die beiden Staaten erlassenen Embargo ist die Frage nun erneut aufgeworfen worden. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe besteht jedoch gegenwärtig keine Veranlassung, auf den Beschluss vom 10. September 1965 zurückzukommen. Weder haben sich die innerpakistanischen Unruhen zu einer eigentlichen Krise ausgeweitet, noch ist in den aussenpolitischen Beziehungen zwischen Pakistan und Indien eine Verschlechterung eingetreten, die den Erlass eines neuerlichen Embargos rechtfertigen würde.

Gestützt auf diese Überlegungen beehrt sich das Politische Departement im Einvernehmen mit dem Militärdepartement dem Bundesrat zu

beantragen

1. Vom Erlass eines Kriegsmaterial-Embargos gegenüber ganz Afrika wird Abstand genommen. Hingegen wird, abgesehen von den bereits bestehenden de

---

15. *Vgl. Anm. 7.*

16. *Notiz des Politischen Departements über die hängigen Gesuche betr. Niger und Portugal,* E 5001(G) 1982/19 Bd. 138 (793.24).

17. *BR-Prot. Nr. 1529 vom 10. September 1965,* dodis.ch/30898. *Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 152,* dodis.ch/30895, *bes. Anm. 4.*

18. *BR-Prot. Nr. 909 vom 6. Juni 1966,* E1004.1#1000/9#711*.

facto Embargos betreffend Nigeria und Sudan, der Export von Kriegsmaterial bis auf weiteres nach den folgenden afrikanischen Ländern untersagt:

Sambia, Tansania, Niger, Gabon, Dahomey, Angola, Mozambique, port. Guinea, Guinea und Kongo-Kinshasa.

2. Für Kriegsmaterial-Exporte nach Indien und Pakistan können im Rahmen des Bundesratsbeschlusses vom 28. März 1949[19] über das Kriegsmaterial nach wie vor Bewilligungen erteilt werden[20].

---

19. *BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949,* dodis.ch/6460

20. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 939 vom 2. Juni 1969,* dodis.ch/33261.

147

dodis.ch/33270

Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech, an die Oerlikon-Bührle AG[1]

Transitgesuch der Méditerranéenne de Transit Marseille

Bern, 22. Mai 1969

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Mai[2] in oben vermerkter Angelegenheit[3]. Wir nehmen Kenntnis von Ihrer Erklärung, wonach sämtliche bisher aus Italien ausgeführten und die von dort noch auszuführenden 16 weiteren 35 mm Geschütze bei der Oerlikon Italiana in Mailand hergestellt wurden bzw. werden.

Trotzdem die schweizerische Kriegsmaterialgesetzgebung[4] somit auf dieses Geschäft nicht anwendbar ist, gibt das den französischen Behörden eingereichte Gesuch[5] der Méditerranéenne de Transit Marseille zu schweren Bedenken Anlass.

Im Gesuch dieser Firma wird als «pays d'origine» die Schweiz angegeben. Unter der Rubrik «Profession et adresse de l'expéditeur» wird angeführt: Oerlikon-Bührle SA, 155 Birchstrasse-Zürich (Suisse). Ihr Schreiben vom 9. Mai 1969 enthält keinen Hinweis auf die Gründe, welche die Méditerranéenne veranlasst haben könnten, im Transitgesuch Angaben zu machen, die, obwohl sie nach Ihren Erklärungen falsch sind, bei Publikwerden zu einer

---

1. *Schreiben (Kopie):* E2001E#1980/83#495* (B.51.14.21.20.(05a)). *Handschriftliche Marginalie:* recht deutlich.

2. *Schreiben von D. Bührle an die Direktion der Militärverwaltung des Militärdepartements vom 9. Mai 1969,* E2001E#1980/83#499* (B.51.14.21.30).

3. *Vgl. dazu auch die Notiz von P. Dietschi vom 14. Mai 1969,* dodis.ch/33483. *Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Südafrika vgl. ferner DDS, Bd. 22, Dok. 33,* dodis.ch/30386; *Dok. 174,* dodis.ch/30415 *und Dok. 187,* dodis.ch/30436; *DDS, Bd. 23, Dok. 28,* dodis.ch/31386, *bes. Anm. 15 und die Notiz von A. Fankhauser vom 28. Februar 1967,* dodis.ch/33487.

4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 176,* dodis.ch/31195.

5. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 14 der schweizerischen Botschaft in Paris an die Direktion der Militärverwaltung des Militärdepartements vom 7. Mai 1969, Doss. wie Anm.* 1.

für unser Land aber auch für Ihre Firma wiederum höchst peinliche Situation führen müssten.

Es ist auch unerklärlich, dass – wie Sie schreiben – das Transitgesuch ohne Ihr Wissen oder das Wissen der Oerlikon Italiana den zuständigen französischen Behörden eingereicht werden konnte. Nachdem nur noch 16 Geschütze aus Italien nach Südafrika ausgeführt werden sollen, vermag Ihr Hinweis, dass mit dem Gesuch zum Transit von 50 Geschützen eine «Transitreserve» geschaffen werden sollte, nicht zu überzeugen.

Sie werden verstehen, dass solche Vorkommnisse nicht geeignet sind, das Vertrauen, um welches Sie sich bemühen, wieder herzustellen[6]. Wir können uns deshalb auch nicht mit den in Ihrem Schreiben vom 9. Mai 1969 enthaltenen Erklärungen begnügen. Wir ersuchen Sie vielmehr, uns wissen zu lassen, wie Sie verhindern wollen, dass von Ihnen beauftragte Firmen weiterhin in ähnlicher Weise schweizerische Interessen gefährden. Eine offene Darlegung der zwischen der Oerlikon Italiana und der Südafrikanischen Union noch abzuwickelnden Geschäfte würde uns zudem als angezeigt erscheinen[7].

---

6. *Zur Bührle-Affäre vgl. Dok. 118,* dodis.ch/33266; *Dok. 132,* dodis.ch/33268; *das Schreiben von J. Ruedi an H. Walder vom 22. Januar 1969,* dodis.ch/33472 *und das Schreiben von R. Hunziker an P. Micheli vom 30. Januar 1969,* dodis.ch/33476.

7. *Laut der handschriftlichen Notiz von P. Dietschi zum Besuch von R. Balsiger von der Oerlikon-Bührle AG vom 18. Juni 1968 wurde das Transitgesuch rückgängig gemacht und das Herkunftsland Italien von Oerlikon Italiana bestätigt. Der Transport sollte in der Folge durch die südafrikanische Botschaft in London geregelt werden. Vgl. Doss. wie Anm. 1. Schliesslich gelang es der Oerlikon-Bührle AG die Geschütze nach Südafrika zu exportieren; vgl. dazu die Notiz von P. Dietschi vom 15. August 1969,* dodis.ch/33478.

148

dodis.ch/33142

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 20. Sitzung vom 21. Mai 1969[1]

Auszug *[Bern,]* 23. Mai 1969

I. Umfrage

Herr Schaffner macht darauf aufmerksam, dass zwischen der Beantwortung der Interpellation Wartmann[2] betreffend den Zwischenfall in Lucens[3] und dem Kreditbegehren[4] von 2,8 Mio. Franken für die Abklärung der Gründe

---

1. *BR-Verhandlungsprot.:* E1003#1994/26#12*.

2. *Vgl. dazu Doss.* E8001C#1979/44#494*.

3. *Zum Reaktorunfall in Lucens vom 21. Januar 1969 vgl. das Schreiben der schweizerischen Vereinigung für Atomenergie an H. R. Siegrist vom 4. März 1969,* dodis.ch/33186; *das BR-Prot. Nr. 492 vom 17. März 1969,* dodis.ch/33338 *und den Bericht von O. Huber, J. Halter und P. Winiger vom 31. März 1969,* dodis.ch/33337.

4. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 907 vom 28. Mai 1969,* dodis.ch/33188. *Für den Entschluss des Probebetriebes des Versuchs-Kernkraftwerks Lucens vgl. das BR-Prot. Nr. 1109 vom 23. Juni 1967,* dodis.ch/34164.

dieses Vorfalles ein gewisser Widerspruch herausgelesen werden könnte. Der Chef[5] des EVD ist bereit, Herrn Bundesrat Bonvin, der nicht anwesend ist, in einer Notiz[6] seine Bemerkungen zur Kenntnis zu bringen.

[...][7]

5. *H. Schaffner.*
6. *Nicht ermittelt.*
7. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33142.

149

dodis.ch/32468

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

Beziehungen zur DDR. Gespräch mit Frau Wittkowski[2]

Vertraulich *[Bern,]* 29. Mai 1969

1. Wenn wir uns ein Urteil bilden wollen, müssen wir uns zunächst folgendes vor Augen halten:

a) Die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands wird von der Sowjetunion als Garantie für ihre Sicherheit betrachtet. Hierin wird sie von ihren Satelliten voll und ganz unterstützt. Eine Ausklammerung der DDR aus dem Ostblock, etwa auf Grund einer intern-politischen Entwicklung heraus, würde die Sowjetunion nie zulassen.

Unter diesen Umständen wird die Aufspaltung Deutschlands in zwei Staaten noch lange Zeit eine Realität bleiben.

b) Wir haben nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, uns der im Gebiete der DDR niedergelassenen zahlreichen Schweizer[3] und der dort notleidenden schweizerischen Vermögenswerte[4] anzunehmen. Im Moment haben wir keine Möglichkeit, dies zu tun. Es ist eigentlich verwunderlich, dass dieser Zustand bisher im Parlament nur zu sporadischen Vorstössen geführt hat.

Anderseits besteht vom Standpunkt der wirtschaftlichen Beziehungen für die Schweiz kein starkes Bedürfnis nach einer Annäherung an die DDR. Auf Seiten der DDR liegt ein wirtschaftliches, vor allem aber ein eminent politisches Interesse an der Aufnahme offizieller Kontakte mit der Schweiz vor[5].

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#1012* (B.15.11.2.(1)).
2. *Zur Besprechung mit G. Wittkowski vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 12. Mai 1969,* dodis.ch/32471.
3. *Zur Situation der Schweizer Bürgerinnen und Bürger in der DDR vgl. z. B. das Schreiben von M. Corti an P. Micheli vom 6. Dezember 1967,* dodis.ch/32284; *das Telegramm Nr. 33 der schweizerischen Delegation in Berlin an das Politische Departement,* dodis.ch/32462 *und das Schreiben von M. Corti an P. Micheli vom 7. August 1968,* dodis.ch/32463.
4. *Vgl. die Notiz* Schweizerische Vermögensinteressen in der DDR *von H. Kaufmann vom 16. April 1968,* dodis.ch/32467.
5. *Zur Frage der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik vgl. z. B. DDS, Bd. 21,*

c) Jeder Versuch, die Konsequenzen aus dieser beidseitigen Interessenlage zu ziehen, der über die Etablierung rein «privatrechtlicher» handelsmässiger Institutionen hinausgeht, stösst auf den erbitterten Widerstand der BRD, wo wir verglichen mit der DDR natürlich weit schwerwiegendere Interessen zu wahren haben[6]. Die Hallstein-Doktrin[7] ist allerdings angeschlagen: Ausnahmen für die Sowjetunion, für Jugoslawien und Rumänien[8]. Unsicherheit mit Bezug auf die Reaktion gegenüber Kambodscha[9]. Man neigt in Bonn dazu, die Reaktion je nach der Interessenlage abzustimmen und kommt damit ins Schlingern. Anderseits bestehen zwischen BRD und DDR zahlreiche Verwaltungskontakte; es wird also hier das Bestehen gewisser echter Interessen anerkannt, mit Bezug auf welche eine Verständigung als zulässig erscheint. Neue Entwicklungen mögen sich nach den Bundestagswahlen in Deutschland ergeben.

d) Die BRD hat das Weiterbestehen der mit dem damaligen Reich abgeschlossenen Verträge anerkannt[10]. Sie ist auch den finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nachgekommen[11], jedoch nur für ihr Teilgebiet, d. h. für das Gebiet der DDR wurde stets ein Abzug einkalkuliert. Anderseits hatten wir während zwanzig Jahren keine Möglichkeit, unsere Interessen in der DDR zu wahren. Der in den 50er Jahren unternommene Versuch, die Situation zu regeln, scheiterte an der Haltung der DDR[12]. Wenn wir heute einen neuen Versuch mit der DDR unternehmen wollen, wird sich die BRD auf die Hallstein-Doktrin berufen. Demgegenüber können wir auf unser echtes Interesse verweisen. Wir können aber auch hervorheben, dass uns die BRD ja nicht helfen kann. Es bestände wohl die Möglichkeit, das schweizerische Interesse durch Interventionen in unserem Parlament noch untermauern zu lassen. Jedenfalls sollte man unter den geschilderten Umständen für eine etwas

---

Dok. 38, dodis.ch/15230 *und Dok. 56,* dodis.ch/15241; *DDS, Bd. 23, Dok. 82,* dodis.ch/31183 *sowie DDS, Bd. 24, Dok. 5,* dodis.ch/32461 *und Dok. 57,* dodis.ch/32891.

6. *Vgl. dazu Dok. 179,* dodis.ch/33041, *Anm. 7.*

7. *Zur Hallstein-Doktrin vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 137,* dodis.ch/11457.

8. *Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion, zu Rumänien und Jugoslawien vgl. den Politischen Bericht Nr. 6 von R. Hunziker an M. Petitpierre vom 14. September 1955,* E2300#1000/716#599* (114); *den Politischen Bericht Nr. 1 von Ch. A. Dubois an W. Spühler vom 15. Februar 1967,* E2300-01#1973/156#103* (A.21.31) *sowie das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 7. Mai 1968,* E2300-01#1973/156#191* (A.21.31).

9. *Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kambodscha vgl. Doss.* E2001E#1980/83#1021* (B.22.52).

10. *Zur Frage der Rechtsnachfolge der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf das Deutsche Reich vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 59,* dodis.ch/7983 *und Dok. 88,* dodis.ch/7927 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 122,* dodis.ch/31216.

11. *Zum Londoner Schuldenabkommen vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 132,* dodis.ch/8086; *Dok. 137,* dodis.ch/7200 *und Dok. 143,* dodis.ch/8021; *DDS, Bd. 19, Dok. 28,* dodis.ch/10297; *das Schreiben von P. A. Nussbaumer an M. Troendle vom 18. November 1968,* dodis.ch/33403; *das Schreiben von P. Micheli an die Petitionskommission des Nationalrats vom 28. Januar 1969,* dodis.ch/33399; *das BR-Prot. Nr. 1737 vom 22. Oktober 1969,* dodis.ch/33402 *und das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Petitionskommission des Nationalrats vom 2. Dezember 1969,* dodis.ch/33400.

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 19, Dok. 102,* dodis.ch/9043. *Vgl. auch Doss.* E2001E#1969/121#2210* (B.31.02) *und* E2001E#1967/113#3462* (B.31.0.2).

über die reine Handelskammervertretung hinausgehende Lösung bei der BRD Verständnis erwirken können, umsomehr als es ja nicht um die Anerkennung der DDR bzw. Aufnahme diplomatischer Beziehungen geht.

e) Die öffentliche Meinung in der Schweiz steht der Aufnahme irgendwelcher Beziehungen mit der DDR im allgemeinen ablehnend gegenüber, dürfte aber für das Bedürfnis nach Betreuung unserer Landsleute und für die Wahrung notleidender schweizerischer Vermögenswerte Verständnis haben, wenn dafür kein allzu hoher Preis bezahlt werden muss.

2. Aus den ostdeutscherseits gemachten Vorschlägen ergibt sich vorläufig folgendes Bild:

a) Was sich bereits anlässlich der Gespräche vom 5./6. Juni 1968[13] gezeigt hat, wurde auch von Frau Wittkowski bestätigt. Die DDR möchte über das Konzept einer rein privaten Handelsvertretung hinausgehen, d. h. sie strebt eine Vertretung mit gewissen konsularischen Befugnissen an, die ausserdem in einer Vereinbarung zwischen staatlichen Stellen zu verankern wäre. Mit der Schweiz möchte man in der Tat einen Präzedenzfall für einen neuen Typ von Handelsvertretung schaffen. Was die Gegenleistung anbetrifft, so würde man es ostdeutscherseits am liebsten sehen, wenn die Schweiz ebenfalls eine derartige Vertretung in der DDR errichten würde. Einer Ausdehnung der Aktivität der schweizerischen Delegation in Berlin auf das Gebiet der DDR könnte die DDR nicht mehr zustimmen. Eher noch könnte ein Schweizer Diplomat von einem Ostblockstaat aus schweizerische Interessen in der DDR wahrnehmen.

b) Bezüglich der Geltendmachung von Vermögensansprüchen wiesen die Handelskammervertreter[14] im Juni 1968 darauf hin, dass die Regelung solcher Fragen einem späteren Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsste. Entsprechende Verhandlungen könnten im übrigen nach ostdeutscher Auffassung nur auf diplomatischem Wege durchgeführt werden, würden also die formelle Anerkennung voraussetzen. Frau Wittkowski war weniger ablehnend, wenn sie sagte, seit dem gescheiterten Versuch der 50er Jahre hätten sich die Verhältnisse geändert und die DDR sei bereit, über alles, was die Schweiz interessiere, mit sich reden zu lassen. Immerhin unterstrich auch sie, dass gerade gewichtige vermögensrechtliche Ansprüche nur auf Grund staatlicher Vereinbarungen geregelt werden könnten.

c) Was schliesslich den in der minimalen schweizerischen Offerte enthaltenen Vorschlag betreffend grössere Bewegungsfreiheit und Kontaktmöglichkeit für schweizerische Kaufleute im Gebiete der DDR anbetrifft, so dürfte sich dieses Begehren durchsetzen lassen.

3. Was kann nun aus der unter Ziffer 1 und 2 geschilderten Situation herausgeholt werden?

---

13. *Zum Gespräch mit einer Delegation der DDR-Aussenhandelskammer in Zürich vgl. das BR-Prot. Nr. 809 vom 29. Mai 1968,* dodis.ch/32465 *und das Kreisschreiben von P. Micheli an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 20. Juni 1968,* dodis.ch/32464. *Vgl. auch das Referat von W. Spühler vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. Mai 1968,* dodis.ch/9561 *und das Schreiben von H. Schaffner an W. Spühler vom 15. Oktober 1968,* dodis.ch/32469.

14. *Die Kammer für Aussenhandel der DDR wurde an den Gesprächen von K. Wolf vertreten.*

a) Als Gegenleistung für die Annahme ihres Vorschlags würden es uns die Ostdeutschen wohl ohne weiteres ermöglichen, in der DDR einen Delegierten zu unterhalten, der sich weniger mit Handelsfragen, als mit der Betreuung der Schweizer abgeben und daneben noch als Visumstelle fungieren würde. Auch die grössere Freizügigkeit für schweizerische Kaufleute sollte sich in diesem Rahmen verwirklichen lassen. Mit dieser Lösung hätten wir auch ein Minimum an Beziehungen mit der DDR hergestellt und dort einen Beobachter, der uns auch über die allgemeinen Verhältnisse berichten könnte.

b) Unklar bleibt die Frage der Wahrung unserer notleidenden Vermögensinteressen, die sich ohne zwischenstaatliche Vereinbarung kaum bewerkstelligen lässt. Es muss aber auf diesem Gebiet etwas geschehen, ansonst eine Annäherung an die DDR weder intern noch gegenüber der BRD gerechtfertigt werden könnte. Dass die DDR mit sich darüber reden lassen würde, wie Frau Wittkowski sich ausdrückte, heisst noch nicht viel. Denkbar wäre eine Verpflichtung für eine spätere Regelung, wobei die DDR vorläufig Hand bieten würde zur verbindlichen Feststellung der eingetretenen Schäden.

c) Ein besonders wichtiger Punkt ist die Frage, wo für die BRD die Reizschwelle liegt. Man sollte annehmen dürfen, dass für unser Recht auf Wahrung unserer Interessen Verständnis erweckt werden kann, solange in der Anerkennungsfrage nichts provoziert wird. Unsere Beziehungen mit der DDR müssten wohl weniger weit gehen als formelle konsularische Beziehungen, die einer de facto Anerkennung gleich kämen. Allenfalls könnte schweizerischerseits eine ausdrückliche Erklärung abgegeben werden (sog. Negativ-Erklärung).

Nach den Ausführungen Frau Wittkowskis scheint man sich in der DDR bewusst zu sein, dass eine Anerkennung nicht in Frage kommt.

Sofern in materieller Hinsicht mit der DDR eine Verständigung erzielt werden kann (notleidende Vermögensinteressen) dürfte man ohne weiteres eine auch für die BRD annehmbare Form finden.

4. Für das weitere Vorgehen scheinen folgende Punkte wichtig:

a) Die Frage, ob ostdeutscherseits auf dem vermögensrechtlichen Sektor überhaupt etwas geboten werden kann, ist noch nicht genügend abgeklärt.

b) Bei den bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik (Bundestagswahlen) wird zweifellos die Ostpolitik[15] eines der Hauptthemen sein und damit wird die Empfindlichkeit während der kommenden Monate sich steigern. Ein schweizerisches Experiment während dieser Zeit würde daher ganz besonders der Kritik ausgesetzt sein.

Von Interesse wird für uns sein, wie die Fälle Kambodscha, Irak[16] und Sudan[17] von der BRD erledigt werden.

c) Angemessene Vorbereitung der Bonner Regierungskreise: Es wäre interessant abzutasten, wie Bundeskanzler Kiesinger auf die schweizerischen Absichten reagiert. Sondierungen bei dem mit dem Bundeskanzler sehr ver-

---

15. *Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 5,* dodis.ch/32461.

16. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 3 von P. Dumont an W. Spühler vom 7. Mai 1969,* E2300-01#1977/28#7* (A.21.31).

17. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Dubois an P. Micheli vom 5. Juni 1969,* E2300-01#1977/28#34* (A.21.31).

hängten Pressechef Diehl und bei anderen Persönlichkeiten (von Gutenberg, Jahn etc.) dürften sich empfehlen.

d) Ebenso müssten die schweizerischen parlamentarischen und öffentlichen Kreise vorbereitet werden (vgl. Ziffer 1 e).

5. Vorschlag für einen Arbeitsplan:

a) Anlässlich des nächsten Gesprächs mit Vertretern der DDR sollten insbesondere die Möglichkeiten auf dem vermögensrechtlichen Sektor weiter sondiert werden, nachdem die Grenzen auf dem rein handelsmässigen Gebiet auf Grund des Kontaktes vom letzten Jahr ziemlich klar abgesteckt sind. Es müsste dafür gesorgt werden, dass auf der DDR-Seite ein kompetenter Sprecher auftritt.

b) Je nach dem Ausgang dieser Sondierung Beschränkung auf die kleine Lösung oder in Aussichtnahme der mittleren Lösung (im Sinne des Berichts von Botschafter Grübel).

Im letzteren Falle Anhandnahme der Vorbereitungsarbeiten gemäss Ziffer 4 c und d mit entsprechendem «Timing» gemäss 4 b. Ausserdem nähere Abklärung der schweizerischen Forderungen sowie der völkerrechtlichen Situation (wie weit können wir gehen, ohne dass unser Vorgehen einer Anerkennung der DDR gleichkommt).

6. In formeller Hinsicht muss vor der nächsten Gesprächsrunde[18] der Bundesrat über den Verlauf des Kontaktes 1968 sowie über die neuen Verhandlungsabsichten orientiert werden.

---

18. *Zum Gespräch mit I. Oeser und Ch. Meyer vom 28./29. August 1969 in Zürich vgl. den Bericht von H. Miesch und H. Marti,* dodis.ch/32470. *Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 1380 vom 20. August 1969,* E1004.1#1000/9#749*.

150

dodis.ch/32575

L'Ambassadeur de Suisse à Nairobi, H. K. Frey, au Chef de la Division des affaires administratives du Département politique, F. Bieri[1]

Nairobi, 6 juin 1969

M. Etienne Suter, Conseiller du Président de la République Rwandaise, vous a adressé, le 29 mai dernier, une lettre[2] au sujet de son titre diplomatique. Après avoir discuté la question avec lui lors de mon dernier voyage à Kigali[3], je vous communique ci-après mon commentaire[4].

---

1. *Lettre:* E2024-02A#1999/137#2333* (a.215).
2. *Lettre de E. Suter à F. Bieri du 29 mai 1969, doss. comme note 1.*
3. *Concernant le voyage de H. K. Frey à Kigali en mai 1969, cf. doss.* E2200.235A#1991/282#22* (771.20.06).
4. *Annotation manuscrite dans la marge de F. Bieri:* Prière demander l'avis de M. Marcuard 23. 6. 69.

Lorsqu'en 1963, le Président Kayibanda avait demandé l'attribution d'un conseiller suisse à la Présidence[5], c'est qu'il voulait avoir auprès de lui quelqu'un pouvant le conseiller librement dans les domaines juridique, économique et administratif. Ce désir répondait à deux impératifs: disposer d'un conseiller non-belge et non-ressortissant d'une grande puissance et porter son choix sur un Suisse afin de favoriser un éventuel renforcement de l'aide suisse au Rwanda. Or, comme ma nomination suscita le ressentiment d'experts étrangers – notamment Belgique, France et Allemagne qui sont les principaux donateurs – le Président n'a pas voulu m'intituler «Conseiller du Président», mais «Conseiller juridique et économique à la Présidence» afin de ne pas éveiller la jalousie des autres experts étrangers.

J'ai fait mes débuts à une époque où les relations du Rwanda avec l'extérieur étaient troublées – séparation économique du Burundi, agression des réfugiés rwandais établis dans les pays limitrophes, rébellion au Congo. Par la force des choses, j'ai été plongé dans les questions relatives aux relations économiques internationales, au droit international, CICR, Haut Commissariat des N*[ations]* U*[nies]* pour les réfugiés[6]. Et c'est précisément cette activité qui a distingué ma position de celle qu'occupait et qu'occupe d'ailleurs toujours le «Conseiller juridique à la Présidence», M. de Wolff, expert belge voué aux questions relevant du droit rwandais. Je n'avais donc pas besoin d'un titre particulier pour m'assurer de jure la place de «Conseiller du Président» que j'occupais de facto.

Toutefois, comme les Autorités rwandaises savaient que j'avais eu le titre de «Ministre Conseiller» à l'Ambassade de Suisse à Washington, c'est sous cette étiquette, à laquelle je n'avais en fait plus droit, que je leur étais connu et j'avoue que cela m'a été fort utile pour renforcer sans que je le veuille ma position particulière auprès du Président.

Les choses ont changé depuis l'arrivée de M. Heimo[7] qui, en tant que «Conseiller économique à la Présidence» s'est concentré – avec beaucoup de succès d'ailleurs – sur les problèmes économiques. M. Suter[8], lui, a redonné au poste son cahier des charges initial. Le Président m'a dit combien il est satisfait des services que lui rend son conseiller. Le fait qu'il lui a confié des tâches importantes – analyse de l'administration, pourparlers avec la East African Community, participation à des conférences internationales à Dar es Salaam et à Addis Abeba – prouve bien qu'il a confiance en lui et le considère en fait comme son conseiller personnel.

Il est évident que si la personne chargée de cette mission auprès du Président réussit, il n'a pas besoin de titre et s'il ne réussit pas, le titre n'y change pas grand' chose. Mais dans cette situation très spéciale à Kigali, je comprends le souci de M. Suter de voir confirmer vis-à-vis des autres experts la position distincte qu'il occupe.

---

5. *Cf. doss.* E2500#1990/6#758* (a.21).
6. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 24,* dodis.ch/31351; *doc. 89,* dodis.ch/31353; *doc. 162,* dodis.ch/31360 *et doc. 178,* dodis.ch/31359.
7. *Cf. doss.* E2024-02A#1999/137#1070* (a.215 P) *et doss.* E2005A#1978/137#1013* (t.441.1).
8. *Cf. doss*. E2024-02A#1999/137#2333* (a.215 P).

Toutefois, le titre d'Ambassadeur ne me paraît pas opportun. Le Conseiller du Président doit être une personnalité indépendante, même surtout à l'égard de la Suisse. Son titre ne devrait pas prêter à croire qu'il est le représentant de la Suisse au Rwanda[9]. Ceci pourrait en outre créer des difficultés avec le représentant à Kigali de l'Ambassadeur de Suisse à Nairobi et faire naître des confusions. Cependant, étant donné que le Conseiller du Président est un diplomate de carrière, il me semble justifié de lui conférer un titre diplomatique en tenant compte de sa position particulière et de sa profession. Le titre de Ministre Plénipotentiaire me paraîtrait convenir le mieux, d'autant plus que sur le plan interne, M. Suter a déjà accédé à la Classe I A[10]. Celui-ci serait ainsi mis au bénéfice d'une carte diplomatique et jouirait du même statut qui était le mien au Rwanda[11].

9. *Concernant la question de la représentation des intérêts suisses au Rwanda, cf. la notice de R. Pestalozzi du 17 juin 1966,* dodis.ch/31349 *et la notice de S. Marcuard du 6 juin 1967,* dodis.ch/32568.
10. *Cf. le PVCF N° 2023 du 16 décembre 1968,* E1004.1#1000/9#741*.
11. *Le titre de Ministre est attribué à E. Suter par le Conseil fédéral le 3 septembre 1969, cf. le PVCF N° 1469 du 3 septembre 1969,* E1004.1#1000/9#750*.

151

dodis.ch/32250

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Erblose Vermögen

[Bern,] 12. Juni 1969

Herr Dr. Weber, Chef der Meldestelle, spricht am 6. Juni 1969 bei Herrn Dr. Zoelly in Anwesenheit des Unterzeichneten vor, um die Frage der *Verschollenheitsverfahren*[2] zu besprechen. Herr Dr. Zoelly erläutert zunächst die Gründe, weshalb das Politische Departement wegen der seit dem 21. August 1968 eingetretenen Entwicklung[3] in den Oststaaten noch keine materielle Stellungnahme übermitteln konnte. Herr Dr. Weber schildert zunächst, dass er viele Schreiben von schweizerischen Anwälten von Personen in den Oststaaten erhielt, in denen er dringend ersucht wurde, unter keinen Umständen irgendwelche Anfragen an Behörden in Oststaaten zu richten. Es bestehe sogar Gefahr für das Leben der Betreffenden; ein Brief mit einer Andeutung eines Bankverkehrs mit der Schweiz genüge. Dr. Weber hat sich deshalb immer strikte an die Richtlinien des EPD vom 20. November

1. *Notiz:* E2001E-01#1982/58#381* (B.42.13). *Verfasst und unterzeichnet von F. Moser. Handschriftliche Marginalie:* Herrn Minister Diez z. K.
2. *Vgl. dazu die Notiz von F. Moser vom 20. Juni 1968,* dodis.ch/32251 *und das Schreiben von E. Diez an H. Weber vom 4. September 1968,* dodis.ch/32249.
3. *Zur Krise in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*

1964[4] gehalten, die vor allem auch Nachforschungen durch schweizerische Botschaften verbieten.

Gemäss Art. 9 BB[5] wäre nach durchgeführtem Verschollenheitsverfahren nochmals ein Aufruf (Erbenruf) durchzuführen (vgl. Art. 555 ZGB). Dr. Weber sieht vor, die beiden Verfahren zusammenzufassen, also bei der Publikation des Verschollenerklärungsgesuches auch den Erbenruf zu erlassen. Diese Änderung sollen in dem Kreisschreiben des Bundespräsidenten an die Kantone[6], das er vorsehe, enthalten sein. Der Bundesbeschluss laufe am 31. August 1973 aus. Gerichte und Vormundschaftsbehörden bedürften nun dringend eines solchen Kreisschreibens für das weitere Vorgehen. Dr. Weber erwähnt dann noch verschiedene Fälle von «gesteuerten Briefen» von Privatleuten aus Oststaaten, die gezwungen wurden, an Banken in der Schweiz zu schreiben. Personen, die in die Schweiz flüchten konnten, hätten nachträglich den Banken auf den Knien gedankt, dass sie nicht geantwortet hatten.

Es sei mit einer grossen Hellhörigkeit der Behörden in den Oststaaten zu rechnen. Das Gesuch um Verschollenerklärung werde nicht nur in den kantonalen Amtsblättern, sondern auch im Bundesblatt, im SHAB und in den Lokalzeitungen publiziert werden. Das Generalsekretariat JPD wünsche eine weitgehende Streuung, und es sei zudem erforderlich, in der Publikation möglichst ausführliche Angaben zu machen.

Wir führen aus, dass grundsätzlich zwei verschiedene Fälle denkbar sind:

1. Der Eigentümer des deponierten Vermögens lebt noch. Dann hätte er theoretisch die Möglichkeit gehabt, sich an die Bank zu wenden. Es sind aber zahlreiche Gründe dafür denkbar, dass er dies nicht wollte oder nicht konnte (Devisenvorschriften, Zensur, Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse oder auf eine Flucht in die Schweiz). Wird nun in einem solchen Fall das Gesuch auf Verschollenerklärung publiziert, so kommt der Eigentümer – weil mit Sicherheit damit zu rechnen ist, dass das Gesuch bei den Amtsstellen der Oststaaten verbreitet wird und irgendeine Behörde den Zusammenhang mit dem Eigentümer herstellt – in allergrösste Schwierigkeiten wegen Nichtanmeldung von Devisen, Unterlassung des Transfers in den Wohnsitzstaat usw.

2. Für den Fall, dass der Eigentümer nicht mehr lebt, ist der Sinn des Bundesbeschlusses der, allfällige Erben zu ermitteln. Wird das Gesuch um Verschollenheitserklärung publiziert, so werden auch solche Erben von den Behörden der Oststaaten mit Sicherheit eruiert werden. Zwar sollten nach rechtsstaatlichen Grundsätzen diese Erben nicht in Schwierigkeiten kommen, wenn sie von dem Vorhandensein des Vermögens nichts wussten; denn es würde hier am subjektiven Tatbestand fehlen. In den Oststaaten ist aber anzunehmen, dass die Erben vielen Unannehmlichkeiten ausgesetzt wären und jedenfalls

---

4. *Schreiben von E. Diez an O. Schürch vom 20. November 1964,* E2001E#1978/84#957* (B.42.13).

5. Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen *vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432. Vgl. dazu auch Dok. 6,* dodis.ch/32245, *bes. Anm. 5.*

6. *Kreisschreiben von L. von Moos an die Vormundschaftsbehörden und kantonalen Zivilgerichte vom 12. März 1970, Doss. wie Anm. 1.*

kaum in den Genuss des Vermögens gelangen würden. Die Erben könnten vom Staat gezwungen werden, «gesteuerte Briefe» an die schweizerischen Behörden zu richten und sich zu melden. Das Bestreben um Ermittlung der Erben hat hinter diesen Gesichtspunkten des Schutzes vor Unannehmlichkeiten zurückzutreten.

Man könnte zwar daran denken, die Publikation des Verschollenheitsgesuches möglichst neutral durchzuführen, doch könnten auch dann die Behörden der Oststaaten den Zusammenhang mit dem Vorhandensein eines Vermögens in der Schweiz herstellen (denn wozu würde sonst ein Verschollenheitsverfahren in der Schweiz durchgeführt?).

Es sei zu prüfen gewesen, ob gewisse Oststaaten, mit denen zwischenstaatliche Vereinbarungen mit Bezug auf die erblosen Vermögen bestehen, Anspruch auf die Durchführung eines Verschollenerklärungsverfahrens haben. Wir hätten weder in den Vereinbarungen mit der Tschechoslowakei noch mit Ungarn oder Polen[7] Ansatzpunkte für einen solchen Anspruch dieser Staaten gefunden. Es sei aber mit entsprechenden Demarchen zu rechnen. Es werde den Oststaaten nicht entgehen, dass keine Verschollenheitsverfahren durchgeführt werden. Ferner werde es zu gegebener Zeit zu entsprechenden Erörterungen in den eidgenössischen Räten kommen.

Im übrigen hätten wir uns überlegt, was mit den Fällen geschehe, in denen kein Verschollenheitsverfahren durchgeführt werde. In diesen Fällen könne offensichtlich kein Erbgang eröffnet und somit das Vermögen auch nicht in den Fonds gelegt werden.

Dr. Weber bestätigt zu letzterem Punkt, dass in dieser Hinsicht im BB eine Lücke besteht. Er wird dem JPD beantragen, diese Frage zu entscheiden. Nach seiner Auffassung kommt es nicht in Frage, diese Fälle auf unbestimmte Zeit pendent zu halten.

Dr. Weber wird nun seinen Entwurf zu einem Kreisschreiben im Sinne der heutigen Aussprache ergänzen, in dem Sinne, dass in den Fällen, in denen die Vermögenseigentümer aus Ländern des Ostblocks stammen, grundsätzlich auf die Durchführung des Verschollenheitsverfahrens verzichtet werden soll.

Wir präzisieren noch, dass es sich nicht um einen eigentlichen Verzicht handeln kann, sondern nur um die Feststellung, dass unter den heutigen Verhältnissen Art. 8, Abs. 3 des Bundesbeschlusses angewandt und somit das Verfahren auf Verschollenerklärung zurzeit nicht durchgeführt wird. Die Verhältnisse können sich aber ändern. Ferner geben wir zu bedenken, dass auch der Kreis der Fälle etwas anders umschrieben werden müsste. Es sollten auch solche Fälle erfasst werden, in denen anzunehmen ist, dass der Vermögenseigentümer, aus welchem Land er immer stamme, oder dessen Erben in Oststaaten leben.

---

7. *Zur Tschechoslowakei vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 179,* dodis.ch/31451, *bes. Anm. 21; zu Ungarn vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 21,* dodis.ch/31540, *Anm. 2 und zu Polen vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 134,* dodis.ch/4760.

152

dodis.ch/33134

Der schweizerische Botschafter in Peking, O. Rossetti, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Peking, 21. Juni 1969

Gestern empfing mich Vizeaussenminister Lo Kwei-po zu einer längeren Besprechung. Der Genannte, der mehrere Monate im «Landdienst»[2] verbracht hat, übernahm vor einigen Wochen wieder seinen früheren Posten im Aussenministerium. Trotz der von ihm während der Kulturrevolution verfolgten scharfen Linie ist Lo Kwei-po nicht ins Zentralkomitee gewählt worden. Früher war er unter den ersten stellvertretenden Mitgliedern und dürfte nach der Epuration des Jahres 1967 Vollmitglied geworden sein. Bei dem über 1½ Stunden dauernden Tour d'horizon kamen folgende Punkte zur Sprache.

1. Beziehungen Schweiz-China

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und China sind ausgezeichnet. Sie wurden in den letzten Jahren durch gewisse Zwischenfälle[3], die bei der chinesischen Regierung Missfallen erregt hatten, getrübt. Da aber beide Regierungen den Grundsatz der Koexistenz befolgen, sind diese Schwierigkeiten endgültig erledigt worden. Die wirtschaftlichen[4] und kulturellen Beziehungen können auch in Zukunft weiterentwickelt werden, was im Interesse beider Länder liegt. Die chinesische Regierung hat ihren guten Willen gezeigt, indem sie vor zwei Wochen den frühern Botschaftsrat[5] wieder nach Bern zurücksandte. Gegenwärtig ist sie daran, sämtliche Botschafterposten mit den befreundeten Ländern wieder zu besetzen, was ebenfalls als Ausdruck des guten Willens, die Beziehungen zu Westeuropa auszubauen, gewertet werden kann.

Ich unterliess es, um nicht den Eindruck eines allzu grossen Interesses zu erwecken, im einzelnen auf die Frage der Botschafterentsendung[6] nach Bern einzutreten. Dagegen benützte ich die Ausführungen Lo Kwei-pos um ihn auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

---

1. *Schreiben:* E2001E-01#1982/58#2391* (B.15.21). *Visiert von W. Spühler und H. Miesch. Handschriftliche Marginalie von E. Hofer:* am 15. 7. 69 erhalten. *Handschriftliche Marginalie von H. Miesch:* Kopie hat zirkuliert.
2. *Zur Kulturrevolution vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 167,* dodis.ch/30917 *und Dok. 175,* dodis.ch/30922.
3. *Vgl. z. B. DDS, Bd. 23, Dok. 175,* dodis.ch/30922.
4. *Zu den wirtschaftlichen Beziehungen vgl. z. B. die Notiz von L. Roches vom 17. Juli 1967,* dodis.ch/30869 *oder den Bericht über die* Schweizerische Instrumenten- und Uhrenausstellung in Peking vom 20. Mai bis 3. Juni 1968, dodis.ch/33541.
5. *Wu Hua-yuan.*
6. *Zur Vakanz des chinesischen Botschafterpostens in Bern vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 175,* dodis.ch/30922.

a. Die Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern werden immer noch getrübt durch die Tatsache, dass der Schweizerbürger Alfred Knuchel[7] seit genau 1½ Jahren in Peking zurückgehalten wird. Die schweizerische Regierung würde grössten Wert darauf legen, wenn die zuständigen chinesischen Behörden diesen Fall bald erledigten und Herrn Knuchel das Ausreisevisum erteilten.

b. Um die kulturellen Beziehungen gemäss dem Wunsche der chinesischen Regierung auszubauen, sollten die zuständigen chinesischen Behörden in der Erteilung von Einreisebewilligungen für Professoren, Künstler und Journalisten etwas entgegenkommender sein. Es seien solche Gesuche anhängig und ich wäre dankbar, wenn die zuständigen Stellen im obigen Sinne angewiesen würden, diese rasch und wohlwollend zu behandeln.

Zum Fall Knuchel erklärte der Vizeaussenminister, er könne mir zuhanden der schweizerischen Regierung zusichern, dass diese Angelegenheit in raisonabler Weise und bald erledigt würde. Er werde sich des Falles annehmen und den zuständigen chinesischen Behörden die nötigen Empfehlungen erteilen.

Zur Frage von Studienreisen und dem Besuch von Journalisten erklärte er folgendes:

Gegenwärtig seien sämtliche Behörden im ganzen Lande mit der Realisierung der Erfolge der Kulturrevolution stark beschäftigt. Die Leute hätten gegenwärtig kaum Zeit, Besucher zu empfangen. Er werde auch diesen Wunsch den zuständigen Stellen übermitteln, könne mir aber für die nächsten Monate keinerlei Zusicherungen diesbezüglich geben. Ich hatte den bestimmten Eindruck, dass gegenwärtig die Reorganisation der gesamten Administration des Landes im Gange ist und dass man nicht gewillt ist, ausländische Besucher vor dem Abschluss dieser Aktion zu empfangen. Das dürfte kaum vor dem 1. Oktober der Fall sein.

2. Beziehungen zum Ausland

Die chinesische Regierung hat seit der Gründung der Volksrepublik ihre Aussenpolitik auf dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz aufgebaut. Sie wird auch in Zukunft an diesen Prinzipien festhalten und mit jeder Regierung, die gewillt ist, nach den fünf Koexistenzpunkten zu handeln, diplomatische Beziehungen aufnehmen. Entsprechende Verhandlungen sind mit Kanada und Italien im Gange.

Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat seit Truman bis zum heutigen Tage gegenüber der Volksrepublik eine feindliche Politik betrieben. Sie hat es darauf abgesehen, um China herum einen Kreis feindlich gesinnter Staaten zu organisieren. Besonders schwerwiegend ist der Umstand, dass die Vereinigten Staaten einen Teil des chinesischen Territoriums, nämlich Taiwan, besetzt halten und dort die Verrätercliqué Chiang Kai-shek unterstützen. Solange die Vereinigten Staaten sich nicht aus Taiwan und der Taiwan-Strasse zurückziehen und solange sie fortfahren, Chiang Kai-shek zu unterstützen, könne trotz allen Versicherungen von Präsident Nixon an die Aufnahme irgendwelcher konstruktiver Kontakte nicht gedacht werden. Die Vereinigten Staaten müssten durch Tatsachen und

7. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1980/83#1786* (B.32.11) *und* E2200.174#1983/84#6* (110.0).

nicht durch Worte ihren guten Willen, mit China die Beziehungen normalisieren zu wollen, unter Beweis stellen.

Meine Frage, ob er eine Möglichkeit sehe, dass diejenigen amerikanischen Kreise, die die Politik der Entspannung zwischen den beiden Ländern befürworten, mit der chinesischen Regierung ins Gespräch kommen könnten, beantwortete er mit einem glatten nein. Er wiederholte, dass solange Taiwan durch die Amerikaner besetzt sei, die chinesische Regierung keine Möglichkeit sehe, mit irgendwelchen politischen oder privaten Kreisen der Vereinigten Staaten ins Gespräch zu kommen. Diese Auffassung entspricht meinen seinerzeitigen Ausführungen[8] betreffend den eventuellen Besuch von Senator Kennedy.

3. Vietnam[9]

Die chinesische Regierung hat eine grosse Hochachtung vor dem vietnamesischen Volk, das seit Jahren einen Kampf um seine Unabhängigkeit und Freiheit führt und das mit seinem Kampfwillen der amerikanischen Aggression standhalten konnte. Die Amerikaner hätten eingesehen, dass sie den Krieg nicht gewinnen können. Sie seien aber noch nicht bereit, ihre Truppen abzuziehen. Ebenso versuchen sie, dem südvietnamesischen Volk eine Koalitionsregierung ihrer Gnaden aufzuzwingen, was von den Vietnamesen nicht akzeptiert werden könne. Es sei sehr schwer, die Amerikaner zu veranlassen, ihre Truppen aus Südvietnam zurückzuziehen, daher könne nicht mit einer raschen Beendigung des Krieges gerechnet werden.

Ich stellte bei diesen Ausführungen eine gewisse Unsicherheit meines Gesprächspartners fest. Wohl drückte er sich ziemlich pessimistisch aus und betonte wiederholt, dass der Krieg noch lange dauern werde. Er unterliess es aber, irgendwelche scharfe Ausdrücke gegenüber den Vereinigten Staaten zu verwenden und liess die Möglichkeit offen, dass in Paris doch eine Einigung bezüglich der Koalitionsregierung gefunden werden könnte, die einen raschen Truppenabzug in Gang bringen würde. Es scheint, als habe Peking den frühern Einfluss auf Hanoi und die Front etwas eingebüsst, was meinen Eindrücken während meinen Besprechungen in Hanoi[10] entspricht. Auf jeden Fall hat Lo Kwei-po es unterlassen zu unterstreichen, dass die chinesische Regierung die Vietnamesen anhalte, ihren Kampf bis zum Endsieg durchzuführen.

4. Sino-sowjetische Grenzprobleme

Lo Kwei-po gab mir eine ausführliche Erklärung über diesen Problemkomplex und bat mich, sie der schweizerischen Regierung zu unterbreiten. *[...]*[11]

---

8. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 3 der schweizerischen Botschaft in Peking an das Politische Departement vom 22. Januar 1969,* dodis.ch/33534. *Zu den Sondierungen von E. M. Kennedy als Vermittler zwischen Washington und Peking vgl. die Notiz von E. Thalmann für W. Spühler vom 10. Januar 1969,* dodis.ch/33533.

9. *Zum Vietnamkrieg vgl. Dok. 30,* dodis.ch/32170 *sowie Dok.75,* dodis.ch/32171.

10. *Zur Reise O. Rossettis nach Nordvietnam vgl. den Bericht von O. Rossetti vom 18. Juni 1969,* dodis.ch/32185.

11. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33134. *Zum sino-sowjetischen Grenzkonflikt am Ussuri vgl. Dok. 140,* dodis.ch/32536, *Anm. 7.*

153

dodis.ch/32372

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Konferenz der Blockfreien

Bern, 25. Juni 1969

1.) Die «Institution» der Konferenzen blockfreier Staaten geht zurück auf die denkwürdige afro-asiatische Konferenz von Bandung[2] (1955); im folgenden Jahr (1956) trafen sich Tito, Nehru und Nasser nochmals und formulierten die Grundlagen einer «positiven Neutralität» (des Neutralismus)[3], die zur Politik der blockfreien Staaten der Welt werden sollte. Es gelang indessen nicht, die Blockfreien zu einer handlungsfähigen Einheit zu verschmelzen; die Sonderinteressen erwiesen sich immer wieder als zu übermächtig. Die Staaten der dritten Welt kamen in mehr oder weniger grossen Abständen unter sich in den «Trikontinentalen Solidaritätskonferenzen» zusammen (wo sich Moskau und Peking gegenseitig den Einfluss streitig machten), und dies nahm den Konferenzen der Blockfreien zum vorneherein etwas Wind aus den Segeln.

2.) Eine erste Konferenz der Blockfreien fand 1961 in Belgrad[4] statt; nach einleitenden Sondierungen[5] bei uns, wurde von einer Einladung an die Schweiz abgesehen. Die nächste dieser Konferenzen fand 1964[6] in Kairo statt; auch hier wurden wir nicht eingeladen, aber von Belgrad eingehend orientiert[7]. Schweden, Österreich und Finnland wurden eingeladen[8]; lediglich Finnland liess sich (durch einen Beobachter) vertreten. Auch für die jetzt geplante dritte Konferenz[9] erhielten wir bisher keine Einladung (und erwarten auch keine). Moskau betrachtet die Initiative Titos zu dieser Konferenz offensichtlich mit ironischer Ablehnung. Bei den Blockfreien scheint, soweit wir bis heute orientiert sind, der Enthusiasmus nicht sehr gross (obschon die Trikontinentale Solidaritätskonferenz, nach dem Fiasko von Algier[10], als Konkurrenz kaum mehr in Betracht fällt.)

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#462* (09). *Verfasst von H. Kaufmann.*
2. *Zur Konferenz von Bandung vgl. DDS, Bd. 20, Dok 5,* dodis.ch/12134.
3. *Zur sogenannten Brioni-Deklaration vgl. das Schreiben von J. F. Wagnière an A. Zehnder vom 2. August 1956,* E2300#1000/716#78* (018).
4. *Zur Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 3,* dodis.ch/30896, *Anm. 6 sowie den Politischen Bericht Nr. 9 von A. R. Ganz an F. T. Wahlen vom 5. September 1961,* E2300#1000/716#81* (018).
5. *Vgl. die Notiz von R. Kohli vom 23. Mai 1961,* E2001E#1976/17#704* (B.73.8.21).
6. *Zur Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 3,* dodis.ch/30896 *und* Dok. 40, dodis.ch/31553 *sowie den Politischen Bericht Nr. 17 von R. Maurice vom 15. Oktober 1964,* E2300#1000/716#361* (075).
7. *Vgl. die Notiz von P. Micheli vom 13. März 1964 sowie das Schreiben von G. Lepori an P. Micheli vom 28. Mai 1964,* E2001E#1978/84#1053* (B.73.8).
8. *Vgl. das Schreiben von R. Maurice an P. Micheli vom 4. Juni 1964, ibid.*
9. *Zur Konferenz der blockfreien Staaten in Lusaka vgl. Doss.* E2001E#1980/83#550* (B.73.8.21).
10. *Zur Konferenz der afro-asiatischen Staaten in Algier vgl. den Politischen Bericht Nr. 9 von S. Marcuard vom 5. November 1965,* E2300#1000/716#10* (005).

3.) Dass die «Institution» der Blockfreiheit und der dazugehörigen Konferenzen etwas aus der Mode gekommen ist, dürfte zwei Gründe haben: einerseits ist (bzw. war) die «positive Neutralität» (d. h. des Neutralismus) eine Neutralität in Funktion zum West-Ost-Konflikt; die Blockfreien nahmen zwischen den Fronten des Kalten Krieges eine neutrale Stellung ein, nicht aber gegenüber anderen Problemen der Weltpolitik. Nachdem heute der Kalte Krieg weitgehend einer Ost-West-Entspannung Platz gemacht hat, sehen sie sich im Grunde genommen ihrer «raison d'être» beraubt. Andererseits hat heute die seinerzeitige Euphorie der jungen Staaten dem grauen Alltag mit seinen zahlreichen Problemen Platz gemacht; aussen- und innenpolitische Schlappen haben diesen Staaten einen realistischen Massstab für ihre tatsächliche Macht und Rolle innerhalb des weltpolitischen Geschehens beigebracht; und sie haben erkannt, dass sie letzten Endes unter den heutigen Verhältnissen in den UN weit besser zum Zuge kommen können.

Tito sucht diesen veränderten Verhältnissen dadurch Rechnung zu tragen, dass er das Schwergewicht der Thematik an der geplanten Konferenz vom politischen auf das wirtschaftliche Feld zu verlegen sucht (gemeinsame Haltung gegenüber den Industriestaaten).

4.) Im Hinblick auf diese Verhältnisse gilt nach wie vor was in einer Mitteilung[11] an unsere diplomatischen Vertretung im Juni 1964 ausgeführt wurde:

«Es liegt auf der Hand, dass eine schweizerische Beteiligung auch nur in der Form eines Beobachters nicht in Frage kommt. Die Tatsache, dass sich die Teilnehmer als keinem Block verpflichtet betrachten (wobei es eine Untersuchung wert wäre, inwieweit dies heute bei Jugoslawien noch zutrifft), verhindert nicht, dass die Konferenz starke politische Akzente tragen und setzen wird. Dies geht u. a. eindeutig daraus hervor, dass auch nationale Bewegungen und provisorische Regierungen noch nicht unabhängiger Gebiete als Vollmitglieder zugelassen sind. Ferner vermöchte die Schweiz schwerlich, etwas zur Lösung der Probleme beizutragen. Auch waren die Ergebnisse der Belgrader Konferenz von 1961 eher dürftig und mehr propagandistischer Art. Schliesslich haben wir alles Interesse, den Unterschied zwischen Neutralität und Neutralismus nicht verwischen zu lassen.»

---

11. *Vgl. die Mitteilung* Zweite Neutralistenkonferenz Oktober 1964 Kairo *von P. Micheli an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 11. Juni 1964, Doss. wie Anm. 7.*

154

dodis.ch/32403

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

Conférence européenne de sécurité

Confidentiel Berne, 25 juin 1969

I. L'appel de Budapest

1. Le 17 mars 1969, les Puissances membres[2] du Pacte de Varsovie ont lancé de Budapest un appel[3] visant à la réunion d'une conférence européenne de sécurité. Le Département politique en a été saisi[4] officiellement par l'Ambassadeur de Hongrie à Berne[5]. L'Ambassadeur d'URSS[6] a appuyé[7] la démarche de son collègue.

Les extraits suivants de l'appel de Budapest en caractérisent la substance:

«Voici près de trois ans, les Etats membres du Traité de Varsovie ont, au cours de leur réunion de Bucarest, proposé la convocation d'une conférence paneuropéenne en vue de discuter des questions de la sécurité européenne et de la coopération pacifique[8]. Les rencontres personnelles qui ont eu lieu depuis ce temps là démontrent qu'aucun gouvernement européen ne s'oppose à l'idée d'une conférence paneuropéenne et qu'il existe des possibilités réelles de tenir une telle conférence…

Une telle conférence répondrait aux intérêts de tous les Etats européens. Elle permettrait de trouver la voie et les moyens de mettre fin à l'état de scission où se trouve l'Europe, divisée en blocs militaires, et de contribuer à la coopération pacifique entre ces Etats et leurs peuples…

L'intérêt vital des peuples européens réside dans la prévention de nouveaux conflits militaires, dans le renforcement des relations économiques, politiques et culturelles entre Etats, fondées sur l'égalité des droits, le respect de l'indépendance de la souveraineté des pays. Un système cohérent de sécurité européenne crée la possibilité réelle et la nécessité d'accomplir des objectifs importants dans les domaines de l'énergétique, des transports, de l'utilisation des eaux et de l'atmosphère, ainsi que de la santé publique,

---

1. *Proposition:* E1004.1#1000/9#748*. *Rédigée par A. Natural et signée par W. Spühler.*
2. *Il s'agit de la Bulgarie, de la Hongrie, de la République démocratique allemande, de la Pologne, de la Roumanie, de l'Union des républiques socialistes soviétiques et de la Tchécoslovaquie.*
3. Obraščenie gosudarstv-učastnikov Varšavskogo Dogovora ko vsem evropejskim stranam / Appel adressé aux pays européens par les Etats membres du Traité de Varsovie *du 17 mars 1969*, *doss.* E2001E#1980/83#540* (B.72.09.15.1). *Cf. aussi l'annexe N° 3 de la proposition, doss. comme note 1.*
4. *Notice de W. Spühler du 28 mars 1969,* E2001E#1980/83#540* (B.72.09.15.1).
5. *I. Beck.*
6. *A. S. Tchistiakov.*
7. *Cf. la notice de H. Miesch du 9 avril 1969, doss. comme note 4.*
8. *Sur la Déclaration de Bucarest, cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 29 juillet 1966,* dodis.ch/31870.

objectifs qui sont tous étroitement liés à la prospérité de la population de tout le continent. C'est juste ce qui est commun et qui doit fournir la base de la coopération européenne.

L'une des conditions essentielles de la garantie de la sécurité européenne est l'inviolabilité des frontières qui existent en Europe – y compris la frontière Oder-Neisse et les frontières entre la RDA et la RFA, la reconnaissance de l'existence de la RDA[9] et de la RFA, l'abandon par la RFA de ses prétentions à représenter tout le peuple allemand et à avoir accès à l'armement atomique[10]. Berlin-Ouest conserve son statut particulier et n'appartient pas à l'Allemagne de l'Ouest.

Un premier pas pratique vers le renforcement de la sécurité européenne serait la réunion dans le plus proche avenir de représentants de tous les pays européens intéressés afin d'établir d'un commun accord les modalités de la convocation de la conférence et le contenu de son ordre du jour.»

Ce n'est pas la première fois qu'un appel de ce genre est lancé. Dans le passé, la Suisse a déjà été à trois reprises invitée à se prononcer. La notice ci-jointe trace une rétrospective de ces appels (annexe No 1)[11].

2. Les Puissances occidentales ont réagi très froidement à l'appel de Budapest, mais elles ne l'ont pas rejeté. Elles ont chargé le Conseil de l'OTAN de dresser une liste des questions concrètes qui se prêtent le mieux à des conversations fructueuses et à un règlement rapide ainsi que d'étudier comment pourrait s'engager, le moment venu, un processus de négociation. Ce rapport sera présenté en décembre 1969.

D'ores et déjà, tous les Occidentaux ont fait savoir que la conférence proposée n'aurait de sens qu'avec la participation des Etats-Unis et du Canada.

Quant aux pays de l'Est, s'ils militent en faveur de la conférence, ils ne semblent pas en attendre tous les mêmes effets et ils ne paraissent pas avoir des idées très arrêtées sur la procédure à adopter (cf. annexe No 2: réactions à l'appel de Budapest[12]).

3. Passons maintenant en revue avec plus de détail la position des neutres et citons l'opinion personnelle de U Thant.

a) L'Autriche[13] reconnaît la signification d'une telle conférence mais considère qu'elle doit être soigneusement préparée et ouverte à tous les pays intéressés. Une intensification de la collaboration intereuropéenne dans les domaines les plus variés comme l'économie, la science et la culture contribuerait à favoriser l'idée d'une conférence de sécurité. Ces contacts existent déjà dans d'autres cadres, mais ils devraient être développés, car ils pourraient

---

9. *Sur la reconnaissance diplomatique de la République démocratique allemande par la Suisse, cf. doc. 149,* dodis.ch/32468.

10. *Sur la position adoptée par la République fédérale d'Allemagne sur la question de l'armement atomique, cf. doc. 87,* dodis.ch/33144 *et doc. 155*, dodis.ch/33145.

11. *Notice de A. Natural du 1er avril 1969,* dodis.ch/32404.

12. *Notice de A. Natural* Les réactions à l'appel de Budapest *du 16 avril 1969, doss. comme note 1.*

13. *Sur la position de l'Autriche à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. le télégramme N° 43 de H. Zimmermann au Département politique du 11 avril 1969,* E2001-05#1979/137#178* (B.58.71.Uch).

créer le climat de confiance indispensable pour aborder utilement les difficiles problèmes politiques.

La préparation de la conférence devrait viser également à obtenir une certaine entente sur les buts qu'elle devrait atteindre. Cette préparation pourrait se faire aussi bien par la voie bilatérale que multilatérale, les deux approches ne s'excluant pas mais pouvant au contraire être combinées.

b) La Suède[14] a réagi positivement à l'idée d'une conférence sur la sécurité européenne, mais pose comme condition qu'elle soit bien préparée et que les Etats-Unis y participent, dès sa phase initiale. Une conférence préparatoire devrait avoir lieu qui examinerait les possibilités d'arriver à une entente sur ses buts et son ordre du jour.

Stockholm estime que la préparation de cette conférence est l'affaire des grandes puissances. Il n'appartient pas à la Suède, qui n'a pas été belligérante, de prendre d'initiatives à cet égard. Toutefois, elle est disposée à participer à une réunion préparatoire et à collaborer sur des sujets où la Suède a quelque chose à dire.

c) Quant à la Finlande, elle n'est pas restée aussi réservée. Elle a pris l'initiative de proposer Helsinki comme lieu de réunion de l'éventuelle conférence.

Voici les passages essentiels du mémorandum[15] remis au Département politique le 5 mai par l'Ambassadeur de Finlande[16]:

«Le Gouvernement de Finlande a pris une position positive à l'égard de la convocation d'une conférence sur les questions de sécurité européenne. La réussite d'une telle conférence demande des préparatifs fondamentaux. Cela est indispensable en vue d'assurer une participation assez représentative, ainsi que d'assurer la réalisation des questions d'ordre technique. Vu la grande importance des questions de sécurité européenne, il faudrait tâcher de garantir la réussite de la conférence envisagée aussi bien que possible. Le Gouvernement de Finlande estime qu'il faudrait commencer le travail préparatoire de la conférence par une consultation des gouvernements respectifs et après avoir établi les conditions suffisantes, il faudrait convoquer une réunion sur les questions relatives à l'organisation de la conférence.

La Finlande a de bonnes relations avec tous les pays portant intérêt à la sécurité de l'Europe et sa position sur le problème de la sécurité européenne le plus essentiel, la question de l'Allemagne, a été appréciée par différents partis à cause de son caractère impartial. Pour cette raison le Gouvernement de Finlande est prêt à proposer la Finlande comme pays-hôte de la conférence en question, ainsi que comme celui de la réunion sur les questions relatives à l'organisation de cette conférence, si les gouvernements respectifs le jugent approprié.»

d) Au cours d'une conversation[17] privée, U Thant a déclaré au Chef du Département politique[18] qu'il ne voyait guère ce que la Conférence pourrait

---

14. *Cf. la notice de l'Ambassade de Suède à Berne du 11 juillet 1969, doss. comme note 4.*
15. *Ibid.*
16. *B.-O. Alholm.*
17. *Cf. doc. 141,* dodis.ch/32892.
18. *W. Spühler.*

faire d'utile dans le domaine de la sécurité. Mais il pensait qu'elle serait susceptible de promouvoir la coopération européenne en matière économique, sociale, scientifique, etc. Elle ne pourrait en tout cas pas avoir lieu avant 1970.

Il avait acquis la conviction que le problème de la participation des Etats-Unis ne poserait pas de difficultés. En revanche, celle de la DDR se heurtera aux mêmes obstacles qu'au Comité pour la deuxième décennie du développement.

II. Appréciation sur l'opportunité d'une conférence

1. Les chances de succès d'une conférence européenne sont minces puisqu'on ne discerne pour l'instant aucune perspective de rapprochement entre les thèses de l'Est et de l'Ouest sur l'Allemagne. En outre, on n'est pas au clair sur la sincérité du désir de détente des Soviétiques et encore moins sur leur aptitude à faire des concessions.

2. Il y a une ambiguïté fondamentale dans la conception même d'une conférence sur la sécurité européenne. Elle devrait d'une part aborder des problèmes qui découlent en premier lieu de la guerre, donc s'apparenter à une conférence de la paix, et d'autre part essayer d'établir un modus vivendi sur la base des conditions actuelles.

En d'autres termes, elle devrait s'attaquer au problème allemand (frontières, réunification)[19] qui à l'heure actuelle n'est pas soluble, et permettre à l'Europe de vivre à l'abri d'une éventuelle menace allemande ainsi que d'une très réelle menace soviétique.

Pour pouvoir réaliser son second objectif (la sécurité) elle devrait donc tenir le premier (l'Allemagne) pour réglé, ce qui est loin d'être le cas.

3. Chaque pays envisage cette conférence avec des arrières-pensées très différentes. En raison du scepticisme général sur ses possibilités d'aboutir, chacun espère améliorer ses positions dans certains domaines. La Roumanie[20] par exemple y voit le moyen de renforcer la souveraineté des petits pays, la Pologne[21] d'ancrer le statu quo, la République fédérale[22] de prouver sa bonne volonté, les Etats-Unis[23] d'amener les Soviétiques à des gestes concrets de détente. Quant à ces derniers[24], leurs intentions de propagande

---

19. *Cf. la lettre de M. Troendle à E. Diez du 28 mars 1968,* dodis.ch/33462. *Sur la question des Etats divisés, cf. doc. 127,* dodis.ch/32173.

20. *Sur la position de la Roumanie à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. doc 140,* dodis.ch/32536, *en particulier note 9.*

21. *Sur la position de la Pologne à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler* Visite de M. T. Kropczynski, Ambassadeur de Pologne *du 1er avril 1969, doss. comme note 4 et la notice de P. Micheli* Voyage en Pologne, Finlande et Suède du 8 au 23 septembre 1969 *du 25 septembre 1969*, dodis.ch/32890.

22. *Sur la position de la République fédérale d'Allemagne à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. le télégramme N° 50 de J. A. Graf au Département politique du 12 avril 1969, doss. comme note 4.*

23. *Sur la position des Etats-Unis à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. le rapport politique N° 31 de F. Schnyder du 11 avril 1969,* dodis.ch/33423.

24. *Sur la position de l'Union soviétique à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne,*

sont évidentes bien qu'elles ne soient probablement pas leur seul mobile. On peut se demander s'ils ne pensent pas, en proposant une conférence européenne, encourager les Etats-Unis à engager avec eux des négociations bilatérales bien plus prometteuses. Et cette perspective là, par un effet de boomerang, pourrait inciter les puissances européennes à se réunir, afin de n'être pas placées devant des faits accomplis, un diktat ou un nouveau partage du monde.

4. Ces diverses considérations ne nous conduisent pas à accueillir avec enthousiasme l'appel de Budapest. Mais malgré ses ambiguïtés, ses illogismes et en dépit des difficultés de sa réalisation, il ne doit pas être rejeté d'entrée de cause.

La seule alternative à la détente est la guerre, froide ou chaude. Dès lors le monde est condamné à rechercher la détente, aussi vagues que soient ses perspectives. Une conférence européenne de sécurité ne paraît pas susceptible d'aboutir à des résultats substantiels. Mais sa préparation, les discussions qu'elle entraînera, les débats qu'elle occasionnera peuvent permettre certains rapprochements, refréner certains appétits, enrober des points de friction, établir un modus vivendi tolérable.

Il ne semble pas que ce soit une bonne méthode mais elle est peut-être moins mauvaise que les autres méthodes possibles.

Du fait qu'on n'est pas parvenu en 25 ans à conclure un traité de paix avec l'Allemagne, il est difficile de concevoir maintenant une conférence de la paix du type de celle de 1919. D'autres procédures doivent être adoptées sur lesquelles on est dans l'incertitude, une telle situation ne connaissant pas de précédents dans l'histoire moderne.

III. Position de la Suisse

1. Au cas où la grande majorité des pays intéressés accepterait le principe d'une telle conférence, nous ne devrions pas rester à l'écart car elle traiterait de questions qui nous concernent directement et indirectement.

2. Cela dit, il est évident que nous ne pouvons pas nous engager à l'aveuglette.

A l'instar de la plupart des puissances, nous devons exiger la participation des Etats-Unis (et du Canada), par réalisme, parce qu'ils ont joué un rôle déterminant dans la guerre et l'après-guerre et par souci d'équilibre entre l'Est et l'Ouest.

D'autre part, nous devons demander une préparation minutieuse. Celle-ci devrait porter

– sur le choix des participants
– sur l'objectif précis, c'est-à-dire sur quoi la conférence devrait déboucher, sur quelle sorte de traité, d'accord, de convention ou de résolution

---

cf. la notice de H. Miesch Besuch des sowjetischen Botschafters bei Herrn Bundesrat Spühler (9. 4. 69) *du 16 avril 1969, doss. comme note 4 et la notice de H. Miesch* Höflichkeitsbesuch Vizeaussenministers Winogradow (USSR) beim Departementschef, am 14. April 1969 *du 29 avril 1969,* dodis.ch/33604.

– sur son ordre du jour, sur les matières et sujets qu'elle devrait aborder ou laisser de côté.

3. La réponse à ces questions ne doit pas être laissée à la discrétion des seuls promoteurs de la conférence. Au contraire, elle doit ressortir de consultations diplomatiques préliminaires et être sans doute clarifiée au cours d'une conférence préparatoire. On peut prévoir que ces préparatifs seront très laborieux, et que leur aboutissement n'est nullement assuré.

Dans ce contexte, nous devrons souligner que la Suisse est disposée à participer à toutes les discussions ayant trait à la sécurité européenne, mais qu'elle se réserve de s'abstenir en ce qui concerne la liquidation directe des séquelles de la guerre, et en particulier les questions de frontières, conformément à sa politique de neutralité permanente et en considération du fait qu'elle n'a pas été impliquée dans le conflit.

Bien qu'il soit évident qu'une conférence européenne de sécurité n'aurait pas de signification en l'absence des deux Allemagne ou de l'une d'entre elles, nous devrions adopter le point de vue que les modalités de la participation de la DDR sont du ressort des ex-belligérants.

4. Le Chef du Département politique a déjà eu l'occasion d'avancer les idées qui précèdent au cours des conversations qu'il a eues avec des hommes d'Etats étrangers, notamment MM. Erlander[25], Waldheim[26], Karjalainen[27] et Manescu[28].

5. En tant qu'état neutre, la Suisse ne devrait pas prendre d'initiatives dans la préparation de cette conférence. Elle devrait se borner pour l'instant à faire connaître son point de vue à l'Ambassadeur de l'Hongrie, qui lui avait communiqué officiellement l'appel de Budapest. Elle ne participerait à une conférence préparatoire que si celle-ci comprenait également les Etats-Unis.

En outre, la Suisse devrait répondre positivement à l'initiative finlandaise. En raison des réserves que nous devons formuler, il n'est pas opportun que nous proposions que cette réunion se déroule en Suisse. La situation serait différente si la majorité des puissances intéressées exprimaient le désir de siéger à Genève.

---

25. *Cf. le procès-verbal de H. Kaufmann* Offizieller Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander vom 9./10. April 1969, dodis.ch/32953.

26. *Cf. la notice de C. Sommaruga* Besprechung von Herrn Bundesrat Spühler mit dem österreichischen Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Waldheim, am 8. Mai 1969 in Genf *du 9 mai 1969,* dodis.ch/33388 *et le procès-verbal de H. Kaufmann* Gespräch mit Bundesminister Waldheim (im Rahmen des Staatsbesuches von Bundespräsident Jonas) *du 22 mai 1969,* dodis.ch/33389.

27. *Cf. le rapport politique N° 6 de J.-J. de Tribolet à W. Spühler du 11 juin 1969, doss. comme note 13*: A peine le Ministère des Affaires Etrangères avait-il fait distribuer au corps diplomatique le texte de l'aide-mémoire que l'Ambassadeur Alholm a remis le 5 mai au Secrétaire Général du Département que j'apprenais par la presse que M. Karjalainen vous avait personnellement causé à ce sujet à Genève à l'occasion de la réunion ministérielle de l'EFTA. *Sur la Réunion ministérielle du Conseil de l'AELE et du Conseil mixte Finlande-AELE à Genève les 8 et 9 mai 1969, cf. doss.* E2003A#1980/85#354* (o.122.20).

28. *Cf. doc. 140,* dodis.ch/32536.

6. Au cas où l'idée d'une conférence paneuropéenne de sécurité prendrait corps, il serait utile de constituer un groupe de travail destiné à élaborer les desiderata de notre pays et à déterminer les objectifs qui dans notre optique renforceraient la sécurité européenne.

Vu ce qui précède, le Département politique a l'honneur de
proposer:

1. de prendre acte du présent rapport;

2. de charger le Département politique de faire connaître au gouvernement hongrois, dans la forme qui lui paraîtra appropriée

a) que la Suisse reconnaît l'intérêt d'une conférence sur la sécurité européenne si cette conférence est ouverte également aux Puissances extra-européennes qui contribuent à la sécurité du Continent et si elle est l'objet d'une préparation approfondie;

b) que sa participation éventuelle aux discussions concernant la sécurité européenne ne se conçoit que dans la ligne de sa politique de neutralité et compte tenu du fait qu'elle n'a pas pris part à la deuxième guerre mondiale;

3. de demander au Département politique de faire savoir à l'Ambassade de Finlande qu'il considère avec faveur l'initiative de son gouvernement[29];

4. d'autoriser le Département politique à constituer, en cas de besoin et le moment venu, un groupe de travail[30] destiné à clarifier les desiderata de la Suisse en matière de sécurité européenne[31].

---

29. *Cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 24 juillet 1969, doss. comme note 4*: Conformément aux instructions du Conseil fédéral *[…]* j'ai fait part aujourd'hui à l'Ambassadeur de Hongrie et au Chargé a. i. de Finlande de la position de la Suisse à l'égard du projet d'une Conférence européenne de la sécurité. Je leur ai remis à tous deux, en allemand et en français, le texte du communiqué que nous donnerons ce soir à la presse.

30. *Pour la constitution du groupe de travail, cf. doc. 188,* dodis.ch/32405.

31. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 306 du 9 juillet 1969,* dodis.ch/32403. *Sur la position du Département de l'économie publique à l'égard d'une Conférence de sécurité européenne, cf. la notice de A. Weitnauer à H. Schaffner du 30 juin 1969,* dodis.ch/33592.

155

dodis.ch/33145

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner[1]

Atomsperrvertrag

[Bern,] 30. Juni 1969

Im Hinblick auf die *Sitzung des Bundesrates vom 9. Juli*[2] möchte ich Ihnen zum Traktandum «Atomsperrvertrag» meine Auffassung wie folgt bekanntgeben:

1. Es scheint mir *nicht möglich*, dass die Schweiz prinzipiell die Unterzeichnung des Abkommens *verweigert*[3]. Es liesse sich mit andern Worten kaum geltend machen, dass dies der reinste Ausdruck unserer Neutralitätspolitik wäre, obwohl – und dies ist dem Gegner der Unterzeichnung, Prof. Bindschedler, zuzugeben – der Vertrag *diskriminatorisch* ist, will er doch den Zustand der atomischen «haves» und «have nots» perpetuieren. Damit in Konkurrenz aber steht die Erwägung, dass die schweizerische Neutralität, obwohl sie bewaffnet ist, nichts «Kriegerisches» an sich hat, und dieses Element ist m. E. ausschlaggebend.

2. Eine zweite Gruppe von Erwägungen hat mit der Situation der *Nachbarstaaten* der Schweiz zu tun. Italien und Österreich[4] haben den Vertrag unterzeichnet (allerdings noch nicht ratifiziert); Frankreich hingegen ist – obwohl Atommacht – bekanntlich den Verhandlungen, die zum Abschluss des Vertrages führten, ferngeblieben und hat auch von vornherein erklärt, dass es ihn nicht unterschreiben werde. Anderseits hat die Pariser Regierung durchblicken lassen, dass sie sich *de facto* an die leitenden Prinzipien des Vertrages zu halten beabsichtige. Die Bundesrepublik Deutschland wiederum nimmt im vorliegenden Zusammenhang eine eigentliche Schlüsselstellung ein[5]. Vor allem um die Bundesrepublik vom Besitz von Atomwaffen permanent auszuschliessen, hat die Sowjetunion auf die Verhandlung des Vertrages eingelenkt. Hingegen wird nichts im Vertragstext die Amerikaner dran hindern, das deutsche Territorium für den Einsatz ihrer eigenen Atomwaffen zu benutzen. Nicht von ungefähr ist die Unterzeichnung des Vertrages in der Bundesrepublik sehr umstritten. Sie wird bestimmt nicht vor den kommenden Wahlen vollzogen werden. Hauptbefürworter ist Aussenminister Brandt, Hauptgegner der Finanz- und ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Strauss. Die Schweiz hat in ihren bisherigen Äusserungen klargemacht, dass eine schweizerische Unterzeichnung des Vertrages unter anderem von seiner

---

1. *Notiz:* E7001C#1982/116#269* (120.06). *Unterzeichnet von A. Weitnauer. Handschriftliche Marginalie:* haben keine Möglichkeit.
2. *Vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 10. Juli 1969*, dodis.ch/33302.
3. *Zur Unterzeichnung des Vertrags durch die Schweiz am 27. November 1969 vgl. das BR-Prot. Nr. 2004 vom 24. November 1969,* dodis.ch/33146 *und das BR-Beschlussprot. II vom 27. November 1969*, E1003#1994/26#12*.
4. *Vgl. dazu Dok. 87,* dodis.ch/33144, *Anm. 3.*
5. *Vgl. dazu Dok. 88,* dodis.ch/32905, *Anm. 9.*

Universalität abhängen würde[6] (d. h. Unterschrift möglichst aller Länder der Welt). In concreto bedeutet dies aber vor allem die Beteiligung der Bundesrepublik. Dieser Standpunkt scheint mir richtig. Es wäre m. E. eine extreme Rücksichtnahme auf Frankreich, wenn wir wegen des Abseitsstehens dieses Nachbarlandes dem Atomsperrvertrag ebenfalls fernblieben. So sollte m. E. die deutsche Unterzeichnung die schweizerische nach sich ziehen. Die Frage bleibt offen, ob wir auch auf *Japan* warten wollen, das bisher nicht unterschrieben hat. Ich würde diese Frage verneinen, da Japan in einen doch wesentlich anderen weltpolitischen Zusammenhang gehört. Auf dem Politischen Departement besteht eher die Tendenz, auch die japanische Unterschrift abzuwarten, dies u. a., um die gewichtige Frage der Bindung Westdeutschlands nicht allzu sehr zu unterstreichen. Zu zeigen, dass auch wir dieses Element nach seiner vollen Bedeutung zu würdigen wissen, scheint mir aber gerade im Hinblick auf unsere geographische Lage als neutraler Staat zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Machtbereich keineswegs vom Übel.

6. *Vgl. dazu Dok. 87,* dodis.ch/33144*, bes. Anm. 6.*

156

dodis.ch/32599

La Police fédérale du Département de justice et police au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli[1]

Berne, 3 juillet 1969

Nous apprenons qu'un Congrès de la francophonie[2] aura lieu prochainement à Paris, probablement du 10 au 18 juillet. Ce congrès serait organisé par le Gouvernement français et M. Georges *Pompidou* se serait lui-même occupé du déroulement de cette réunion de représentants de tous les pays francophones, avant sa désignation comme Président de la République française.

Les participants seraient conviés chaque matin à des stages politiques, au cours desquels des exposés seraient faits sur la francophonie, la civilisation, l'histoire, etc., alors que l'après-midi serait réservé à des visites diverses à Paris et dans les environs.

Des représentants du «Groupe Bélier»[3], organisation de jeunesse du Rassemblement jurassien[4], ont été invités à participer à ce congrès. La délégation sera conduite par M. Daniel *Jeanbourquin* de Tavannes, membre du

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#2360* (B.73.0.1.(5)). *Signée par E. Müller. Copie à L. von Moos.*
2. *Cf. la lettre de R. Bär à P. Micheli du 11 juillet 1969,* E 2200.41(-) 1984/95 vol. 36 (315.1). *Sur la question de la francophonie, cf. doc. 38,* dodis.ch/32700, *en particulier note 9.*
3. *Cf. doss.* E2807#1974/12#541* (16-11).
4. *Cf. aussi doc. 111,* dodis.ch/32600.

Comité directeur du «Groupe Bélier». On ignore encore quels seront les autres membres de la délégation.

Nous vous saurions gré de bien vouloir orienter notre Ambassade à Paris, en la priant de faire part des renseignements qu'elle pourrait posséder ou faire recueillir sur le déroulement dudit congrès.

157

dodis.ch/32303

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Schweizerisch-italienische Verhandlungen über die Zusatzvereinbarung zum Abkommen über soziale Sicherheit mit Italien

Bern, 4. Juli 1969

In der Zeit vom 30. Juni bis 4. Juli 1969 fanden in Bern Verhandlungen zwischen einer schweizerischen[2] und einer italienischen[3] Delegation über eine Zusatzvereinbarung[4] zum Abkommen über soziale Sicherheit[5] mit Italien statt.

Folgende Punkte wurden behandelt und geregelt:

1. Transfer der an die AHV/IV geleisteten Beiträge durch italienische Gastarbeiter zwecks Verbesserung der Leistungen der italienischen Sozialversicherung unter Verzicht auf Ansprüche gegenüber der schweizerischen Versicherung.

2. Transfer der unter der Herrschaft des ersten Abkommens geleisteten Beiträge (es handelt sich um rund 2 bis 3'000 Fälle).

3. Gewährung von Eingliederungsmassnahmen an Grenzgänger mit Domizil in Italien.

4. Gleichstellung in der Invalidenversicherung von in Italien geborenen Kindern mit solchen, die in der Schweiz geboren sind, sofern die Aufenthaltsdauer der Mutter in Italien während der Schwangerschaft drei Monate nicht übersteigt.

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#2999* (B.31.31.0.1). *Verfasst von M. Leippert.*
2. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1126 vom 2. Juli 1969,* E1004.1#1000/9#748*.
3. *Vgl. die Note der italienischen Botschaft an das Politische Departement vom 24. Juni 1969, Doss. wie Anm. 1.*
4. Zusatzvereinbarung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit vom 14. Dezember 1962 (mit Schlussprotokoll) *vom 4. Juli 1969*, *AS, 1973, S. 1185–1190.*
5. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 14. Dezember 1962, AS, 1964, S. 727–742*. *Vgl. dazu auch DDS, Bd. 22, Dok 103,* dodis.ch/18769; *Dok. 169,* dodis.ch/18960 *und Dok. 180,* dodis.ch/18770; *DDS, Bd. 24, Dok. 129,* dodis.ch/32639 *und das Schreiben von C. Motta an P. Micheli vom 6. Juni 1969,* dodis.ch/32301.

5. Aufstellung von Regeln über die Auslegung von Art. 8, lit. b des Abkommens aus dem Jahre 1964 bezüglich der Bestimmung «affiliés à la législation italienne».

In bezug auf das insbesondere das Politische Departement beschäftigende Problem der notleidenden Pensionen von schweizerischen Witwen italienischer Funktionäre[6] wurde eine entsprechende Bestimmung ins Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Darin wird erklärt, dass die schweizerische Delegation auf die unbefriedigende Situation dieser Witwen hingewiesen hat. Die italienische Delegation ihrerseits weist darauf hin, dass aufgrund eines italienischen Gesetzes das Verfahren für den Erlass eines Dekretes durch den Präsidenten der Republik[7] im Gange ist. Die schweizerische Delegation gibt ihrerseits der festen Erwartung Ausdruck, dass italienischerseits, nicht zuletzt im Hinblick auf die Konzessionen, welche von der Schweiz im Zusatzabkommen gemacht werden, alles unternommen wird, um das Problem rasch zu lösen.

Die Verhandlungen waren hart. Die Italiener stellten insbesondere zwei Forderungen, die schweizerischerseits inakzeptabel waren. So meinten sie, dass Italiener, welche die Beiträge nach Italien überwiesen haben, später trotzdem Anspruch auf die ausserordentliche Rente haben sollten. Noch schwieriger waren die Verhandlungen über die Auslegung von Artikel 8, Absatz 2. Dabei ging es um die Berücksichtigung der «périodes assimilées», wie z. B. während einer Krankheit, Erholungskur, Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit, während welcher keine Beiträge bezahlt werden. Hier verlangte die schweizerische Delegation, dass sich solche Perioden unmittelbar an die Periode anschliessen sollen, während der der Interessierte obligatorisch versichert war. Schlussendlich liess man eine Übergangsperiode zu, die aber nicht länger als 10 Wochen dauern darf, während welcher der Interessierte genügend Zeit hat, sich der italienischen Versicherung anzuschliessen. Dem weiteren Begehren, auch die Zeit des Militärdienstes gleichzustellen, wurde nicht entsprochen. Die Verhandlungen standen auf Messers Schneide. Es brauchte eine massive Intervention des schweizerischen Delegationschefs beim italienischen Delegationschef, Herrn Minister Savina, um die Italiener zum Einlenken zu bewegen. Herr Motta wies darauf hin, dass die Geduld erschöpft sei. Er beklagte sich auch über das bei gewissen Delegationsmitgliedern herrschende Misstrauen. Die Gelegenheit wurde auch benützt, um auf die unbefriedigende Situation auf dem Gebiet der Abklärung der Invalidenfälle hinzuweisen. Das Invalidenrisiko bei den Italienern scheint viel höher zu sein, als bei den Staatsangehörigen der übrigen Vertragsstaaten. Auch melden sich viele bei Erreichen des 55. resp. 60. Altersjahres, ohne invalid zu sein. Eine längere Wartefrist als 10 Wochen konnte schon mit Rücksicht auf die Gleichbehandlung der Schweizer im Ausland nicht in Erwägung gezogen werden.

Am 4. Juli 1969 wurde dann die Zusatzvereinbarung unterzeichnet. Sie besteht aus der eigentlichen Vereinbarung und einem Schlussprotokoll. Daneben wurde ein Verhandlungsprotokoll erstellt, in dem, wie schon erwähnt, das Problem der schweizerischen Witwen italienischer Funktionäre figuriert.

---

6. *Vgl. dazu die Notiz von P. Barraz vom 15. Oktober 1968, Doss. wie Anm. 1.*
7. *G. Saragat.*

Der Unterzeichnete hat die Gelegenheit benützt, auch ausserhalb der Verhandlungen mit dem für diese Fragen zuständigen italienischen Delegationsmitglied, Herrn Legationsrat Luigi Cristofanelli vom Aussenministerium, zu sprechen. Ich habe auf die Dringlichkeit des Problems hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass unsere Öffentlichkeit und die Presse deswegen sensibilisiert sind. Eine Lösung sei umso mehr angezeigt, als nun nicht nur eine Zusatzvereinbarung zum bestehenden Abkommen unterzeichnet werde, das Konzessionen schweizerischerseits enthalte, sondern auch, weil umgekehrt unsere Staatskasse ohne Rücksicht auf die Nationalität Pensionen an italienische Witwen von schweizerischen Staatsbeamten auszahlt. Herr Cristofanelli hat dies begriffen und versprochen, alles zu unternehmen, um die Sache rasch zu regeln. Seines Erachtens wird wohl ein präsidentieller Erlass genügen. Ein entsprechendes Gesetz soll bereits erlassen sein. Heute gehe es nur noch darum, es richtig auszulegen. Darum werde nun die Angelegenheit vorerst dem Ministerrat und nachher den parlamentarischen Kommissionen unterbreitet. Dann gehe es an den Präsidenten der Republik zum Erlass des entsprechenden Dekretes.

158

dodis.ch/33139

Le Chef-suppléant de la Division des affaires politiques du Département politique, H. Miesch, au Chargé d'affaires de l'Ambassade de Suisse à Séoul, M. Leu[1]

Confidentiel Berne, 7 juillet 1969

Nous vous remercions de votre rapport du 16 juin[2] dernier dont nous avons pris connaissance avec intérêt.

En ce qui concerne le cas des frères Benz[3], nous partageons, d'entente avec la Division des affaires administratives, vos conclusions énoncées au quatrième paragraphe de votre lettre.

Par ailleurs, vous aurez appris entre-temps que M. Pil Shik Chin, Vice-Ministre des Affaires étrangères de votre pays de résidence, est venu nous faire une visite-éclair le 1er de ce mois. Pour vos dossiers, nous joignons à ces lignes le texte du communiqué de presse[4] que nous avons publié à cette occasion. A l'issue de ses brefs entretiens chez le Chef[5] puis le Secrétaire général[6] du Département organisés à la dernière minute vu la soudaineté de cette visite,

1. *Lettre:* E2200.24#1990/35#38* (332.1). *Rédigée par F. Châtelain.*
2. *Cf. la lettre de M. Leu à P. Micheli du 16 juin 1969,* dodis.ch/33828.
3. *Sur P. Benz et G. Benz, cf. aussi doc. 22,* dodis.ch/32486.
4. *Doss. comme note 1.*
5. *W. Spühler.*
6. *P. Micheli.*

M. Chin fut retenu à déjeuner par le soussigné et son suppléant[7]. Immédiatement après, il reprit l'avion pour Séoul.

Nous retirâmes l'impression que cet arrêt en Suisse d'un très haut fonctionnaire sud-coréen, qui venait de faire une tournée en Scandinavie, s'inscrivait dans le cadre d'une campagne très hâtivement entreprise par Séoul pour essayer de contrecarrer sans retard les efforts déployés par Pyongyang pour développer ses contacts à l'Ouest. Comme vous l'aviez d'ailleurs vous-même relevé[8], Séoul s'inquiète de cette situation. Ainsi M. Chin, dans ses propos sur lesquels il ne nous paraît guère nécessaire de nous étendre en détails, a bien relevé qu'il comprenait notre politique inhérente à notre neutralité, mais que le «timing» lui paraissait particulièrement mal choisi de l'intérêt montré de notre côté aux avances des Coréens communistes[9], alors en effet que ceux-ci redoublent d'agressivité[10] depuis deux ou trois ans contre le Sud où en revanche on n'aspire qu'à la paix[11] pour pouvoir parachever avec tout le succès désiré la reconstruction économique, l'industrialisation et la modernisation du pays grâce aux plans en vigueur et à l'aide technique et financière étrangère nécessaire[12]. Or, de l'avis de notre visiteur, tout rapport de notre part avec la Corée du Nord ne peut que lui fournir malgré nous une *caution morale* qu'elle recherche et qu'elle s'emploiera sans doute à exploiter dans sa propagande, au détriment bien entendu des intérêts de la Corée du Sud et des autres pays d'Asie qui s'opposent à l'expansion du communisme, ce qui en fin de compte, sur le plan économique par exemple, est aussi à notre avantage.

Dans une atmosphère très détendue et amicale, ces entretiens de M. Chin à Berne furent plutôt des monologues de sa part, empreints de franchise à tout le moins. Nous ne voulions toutefois pas manquer de vous en donner connaissance à toutes fins utiles.

---

7. *F. Châtelain.*

8. *Cf. aussi la lettre de E. Stadelhofer à P. Micheli du 11 décembre 1968,* dodis.ch/33830.

9. *Cf. doc. 169,* dodis.ch/33133.

10. *Sur l'attentat dirigé contre le Président sud-coréen Ch. H. Park et la capture du navire USS Pueblo par la marine de Corée du Nord en janvier 1969, cf. le rapport de P. Barbey au Conseil fédéral du 17 juin 1968,* dodis.ch/33824. *Sur l'initiative des Etats-Unis à propos d'une possible médiation suisse dans l'affaire «Pueblo», cf. la notice de H. Kaufmann du 30 janvier 1968,* dodis.ch/33826.

11. *Sur la visite d'une délégation militaire de Corée du Sud en Suisse, cf. la lettre de M. Leu à W. Wetterwald du 16 septembre 1969,* dodis.ch/33564.

12. *Sur l'engagement économique et financier de la Suisse en Corée du Sud, cf. DDS, vol. 23, doc. 124,* dodis.ch/31373 *et doc. 133,* dodis.ch/31376.

159

dodis.ch/32242

Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler[1]

Besprechung mit Zakaria Tawfik und dem Ägyptischen Botschafter Abdel Fattah vom 6. Juli in meiner Wohnung

Bern, 8. Juli 1969

Ich benütze den Aufenthalt von Zakaria Tawfik in Bern zu einem Gespräch über den Stand der Abwicklung des Nationalisierungsabkommens[2]. Nach den letzten Berichten von Herrn Parodi und den Telegrammen der Botschaft Kairo[3] bestehen Schwierigkeiten, insbesondere in bezug auf die Sequesterfälle und die Fälle der Agrarreform. Ich mache Z*[akaria]* T*[awfik]* darauf aufmerksam, dass wir bei den *Sequesterfällen* nicht mehr recht weiterkommen, weil der Sequester nie richtig Stellung bezieht. Den schweizerischen Vorschlag eines «package deal» habe der «Sequestre général» im Juli 1968 abgelehnt. Da wir für das «special account» bis Ende des Vertragsjahres noch rund 175'0000 Leg. benötigen, um die Quote auszunützen, sollten wir alles versuchen, um auch bei den Sequesterfällen weiterzukommen. Ich stelle Z*[akaria]* T*[awfik]* die Frage, ob er eine Möglichkeit sehe?

Z*[akaria]* T*[awfik]* ist der Meinung, wir sollten versuchen, eine Lösung zu finden, die mit einer gewissen Reduktion der schweizerischen Forderungen verbunden wäre. Besonders schwierig seien die Erbschaftsfälle; vielleicht wäre es einfacher, die Erbschaften zu de-sequestrieren. Wenn wir im Sinne der Lösung mit reduzierten Forderungen einen Vorschlag hätten, so würde er bitten, dass er ihm von Herrn Caratsch vorgelegt werde. Z*[akaria]* T*[awfik]* würde dann den Vorschlag mit Cherbini prüfen. Wenn der Vorschlag von ihm und Cherbini befürwortet würde, so würde nach seiner Ansicht auch der «Sequestre général» zustimmen. Ich nehme diese Mitteilung zur Kenntnis und erkläre Z*[akaria]* T*[awfik]*, dass ich die Frage mit dem EPD möglichst rasch prüfen werde[4]. Zu meinem Hinweis betreffend schleppende Behandlung der Fälle der *Agrarreform* erklärt Z*[akaria]* T*[awfik]*, soweit er orientiert sei, sei die Sache auf gutem Wege.

Investitionen: Z*[akaria]* T*[awfik]* weist auf die kürzlich in Ägypten erschienenen Artikel hin, in welchen leitende Persönlichkeiten der Regierung fremde Investitionen als wünschbar erklärten. Die VAR brauche neue Investitionen, insbesondere solche, die mit technischem «know how» verbunden sind.

---

1. *Notiz (Kopie):* E7110#1980/63#1432* (863.0.1).
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 76,* dodis.ch/30465; *DDS, Bd. 23, Dok. 23,* dodis.ch/31746, *bes. Anm. 5; die Notiz von H. Jossen an M. Gelzer vom 18. September 1967,* dodis.ch/32261; *das Schreiben von H. Bühler an A. Parodi vom 15. Januar 1968,* dodis.ch/31510; *das Schreiben von J. Ruedi an A. Parodi vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/31777 *und das Schreiben von A. Parodi an P. R. Jolles vom 26. Juli 1969,* dodis.ch/32077.
3. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an H. Büler vom 11. August 1969, Doss. wie Anm. 1.*

Ich weise darauf hin, dass natürlich ein angemessenes Klima die erste Voraussetzung für neue Investitionen sei, und dass die Investoren nach den mit der Nationalisierung gemachten Erfahrungen wahrscheinlich nur zögernd an neue Investitionen herangehen würden. Eine nationale Gesetzgebung für Investitionsschutz sei an sich schon positiv zu werten, könne aber, insbesondere bei einem Regierungswechsel, ohne weiteres geändert werden. Viel grössere Sicherheit biete ein Investitionsschutzabkommen, das als Staatsvertrag die Regierung überdauere. Wir hätten bereits mit 19 vorwiegend afrikanischen Ländern solche Abkommen abgeschlossen und stünden mit 22 weitern Ländern in Verhandlung[5]. Meine Gesprächspartner zeigen Interesse für diese Idee. Der ägyptische Botschafter bittet mich, ihm zwei Exemplare unseres Standardtextes zu überlassen, von denen er 1 Exemplar an die zuständige Behörde in Kairo und 1 Exemplar an Z*[akaria]* T*[awfik]* senden werde (ich habe dem Botschafter heute die zwei verlangten Exemplare bereits zugestellt).

Technische Zusammenarbeit: Der ägyptische Botschafter wird in nächster Zeit mit Herrn Marcuard zusammenkommen, um die Möglichkeiten technischer Hilfe an die VAR zu erörtern[6]. Er hatte der T*[echnischen]* Z*[usammenarbeit]* bereits verschiedene Projekte vorgelegt, die aber offenbar nicht angenommen werden konnten. Bis jetzt habe die VAR lediglich zwei Stipendien für Ausbildung in der Milchproduktion.

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 100,* dodis.ch/31763, *Anm. 29.*
6. *Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 5.*

160

dodis.ch/33267

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an diverse schweizerische diplomatische Vertretungen[1]

Argentinienreise von Bundesrat Schaffner

Auszug Vertraulich Bern, 14. Juli 1969

[...][2]

Die wichtigsten Gespräche

Es würde zu weit führen, alle Gespräche und Eindrücke dieser reich befrachteten Woche auch nur annähernd wiedergeben zu wollen. Nachstehend das Wesentliche. Besonders gehalt- und aufschlussreich erwies sich der wiederholte

1. *Bericht:* E2005A#1980/82#156* (t.311). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in La Paz, Buenos Aires, Rio de Janeiro, Santiago de Chile, San José, Quito, Guatemala, Bogotá, Havanna, Mexiko, Lima, Asunción, Montevideo, Caracas, Washington und Madrid. Kopie u. a. an P. Micheli, E. Thalmann, F. Bieri, S. Marcuard, M. Gelzer, J. Ruedi, H. Letsch, F. Walthard, P. R. Jolles, A. Weitnauer, P. Languetin, H. Bühler, E. Moser, H. Hofer, E. Léchot, H.-U. Greiner, H. Aebli, K. Jacobi, M. Lusser, A. Dunkel, F. R. Staehelin, L. Roches, J.-E. Töndury und M. Jost.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33267.

Gedankenaustausch mit dem ehemaligen argentinischen Wirtschaftsminister und Botschafter in den USA, *Dr. Roberto Alemann*[3]. Als Argentinier der vierten Generation ist er, gleich den andern Gliedern seiner Familie, mit der alten schweizerischen Heimat eng verbunden geblieben. Wir haben in ihm einen verlässlichen Freund. Obwohl kein öffentliches Amt mehr bekleidend – er wirkt heute u. a. als Vertreter und Vertrauensmann der Schweizerischen Bankgesellschaft in Buenos Aires –, hat er doch einen massgeblichen Einfluss bewahrt und unterstützt die liberale Wirtschaftstendenz. Vom amtierenden Zentralbankpräsidenten[4] am Lunch des ersten Besuchtages um seine Meinungsäusserung gebeten, entwickelte er eine an Prägnanz und Konzision meisterhafte Analyse der argentinischen Wirtschaftspolitik. Von den positiven Seiten war schon die Rede. Ebenso deutlich nannte er aber auch die noch bestehenden Mängel: eine überalterte, trotz beträchtlicher Fortschritte noch allzu protektionistische Zollstruktur; überhöhte Zinsen; Schwäche des Kapitalmarkts; immer noch übersetzte Staatsausgaben für Bürokratie und Soziallasten. Hier ist seines Erachtens mit weiteren Reformen anzusetzen[5].

Die Audienz bei *General Ongania* wurde schon erwähnt. Der Staatspräsident beeindruckt durch sein klares, nüchternes, sogar strenges Wesen und den offenbaren Ernst, mit dem er seiner keineswegs einfachen Aufgabe unerschütterlich gegenübertritt. Persönliche Ambitionen scheinen ihm eher fern zu liegen, und seine Integrität wird von niemandem angezweifelt. Dagegen erfüllt ihn offenbar echte Sorge um die Zukunft des Staates. An die Spitze seiner Erklärungen stellt er die Befriedigung über den Besuch aus der Schweiz, wobei er nicht unterlässt, daran zu erinnern, dass unser Land als erstes nach dem Umsturz gegenüber der neuen Regierung eine Geste des guten Willens tat (Anspielung auf Besuch Stopper[6]). Das argentinische Regime sehe sich in der verworrenen Lage, die es bei Übernahme der Regierungsverantwortung angetroffen hat, genötigt, vom Volk viele Opfer zu verlangen. Ökonomisch sei eine Sanierung erreicht, an der festgehalten werden muss, damit die allmähliche Strukturwandlung in einen modernen Industriestaat, die gleichzeitig einen Mentalitätswandel bedeute, durchgeführt werden kann. Regierung und Volk müssten noch aktiver als bisher dazu beitragen. Darüber hinaus gelte es nun aber, nach den ersten dringendsten Erfolgen im Wirtschaftssektor auch sozial und politisch einen gangbaren Weg in die Zukunft zu finden. Hier liege zurzeit das Hauptproblem. Als diese Worte gesprochen wurden, machten sich in der Provinz erste Anzeichen der Unrast geltend, die sich inzwischen zu einer ernsthaften Krise auswuchs. Die unverkennbare politische Besorgnis des Präsidenten wirkt aus der Rückschau symptomatisch.

Für uns am gewichtigsten waren die wiederholten Gespräche Bundesrats Schaffners mit *Wirtschaftsminister Krieger Vasena.* Sie beschlugen sowohl

---

3. *Zu R. Alemann vgl. auch das Schreiben von O. Seifert an P. R. Jolles vom 10. November 1967,* dodis.ch/33585 *sowie die Notiz von R. Beaujon an P. A. Nussbaumer vom 27. Februar 1968,* dodis.ch/33586.

4. *E. Iannella.*

5. *Zur Einsetzung von J. C. Onganía vgl. den Politischen Bericht Nr. 14 von A. Janner an P. Micheli vom 7. November 1969,* dodis.ch/33567.

6. *Vgl. dazu Dok. 49,* dodis.ch/33263.

internationale Probleme wie auch bilaterale Fragen. Hinsichtlich der Agrarpolitik wurde weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt. Argentinien wisse es zu würdigen, dass die Schweiz trotz eigener Probleme ihren Markt für landwirtschaftliche Produkte möglichst offen hält. Man sei auch für die freundschaftliche Erklärung Bundesrat Schaffners an der Tagung der OECD-Landwirtschaftsminister vom vergangenen November in Paris[7] sehr dankbar, wo er sich für die traditionellen Agrarlieferanten aus der Dritten Welt, wie namentlich Argentinien, die gleichzeitig unsere guten Kunden sind, eingesetzt hatte. Indessen möchte Argentinien den Kreis seiner bisherigen agrarischen Exportprodukte beispielsweise auch auf den argentinischen Wein ausdehnen[8]. (Näheres zur Weinfrage vgl. folgende Ziffer[9].) Besonders geschätzt werde das Wirken schweizerischer Firmen in Argentinien. Die bisherigen Erfahrungen seien ausgezeichnet, und man möchte schweizerische Unternehmen zu neuen Investitionen ermuntern. Dabei mache es keinen Unterschied, ob die Methode der «joint venture» oder die Errichtung von Niederlassungen gewählt werde; das eine wie das andere sei willkommen. Der Entscheid würde allein dem privaten Sektor überlassen. Man hoffe, dass von den so geschaffenen Produktionsstätten aus nicht nur der argentinische Bedarf gedeckt, sondern sukzessive auch der Markt anderer lateinamerikanischer Staaten erfasst würde. Für das Gedeihen einer international konkurrenzfähigen Industrie seien freilich – schon Roberto Alemann hatte es erwähnt – die argentinischen Zölle noch immer zu hoch. Man habe sie zwar schon halbiert, werde sie indessen noch weiter beschneiden müssen, um die argentinische Produktion stärkerem Wettbewerb auszusetzen und sie dadurch zu kräftigen. Schliesslich hege Argentinien den Wunsch, wieder auf den schweizerischen Kapitalmarkt zurückzukehren.

Bundesrat Schaffner versicherte seinen Kollegen unseres Verständnisses für seine Anliegen. Im Sinne einer vermehrten Berücksichtigung Argentiniens sei man u. a. auch bestrebt, grössere Mengen Weizens, welchen die Schweiz im Rahmen der internationalen Weizenübereinkunft als Nahrungsmittelhilfe an Indien[10] (10'000 t) und Paraguay (zunächst 5'000 t) zu liefern beabsichtigt, aus Argentinien zu beziehen. Erfreulich sei die argentinische Aufnahmebereitschaft für Auslandkapital. Mit wiedergekehrtem Vertrauen sei die schweizerische Investitionstätigkeit in Argentinien, wo unser Land 1968 mit neuen Anlagen hinter den USA, aber noch vor der BRD im zweiten Rang figurierte, bereits wieder im Wachsen begriffen. Neue Projekte[11]

---

7. *Zur OECD-Tagung vom 28.–29. November 1968 vgl. das BR-Prot. Nr. 1877 vom 25. November 1968,* E1004.1#1000/9#740*.

8. *Vgl. dazu das Schreiben von H.-U. Greiner an A. Janner vom 17. April 1968,* dodis.ch/33587 *sowie das Schreiben von A. Janner an P. R. Jolles vom 5. November 1969,* dodis.ch/33591.

9. *Für die nachfolgenden Punkte des Berichtes vgl.* dodis.ch/33267.

10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 503 vom 26. März 1969,* E1004.1#1000/9#744*.

11. *Zur Tätigkeit des Schweizer Uhrenverbands in Argentinien vgl. das Schreiben von A. Janner an P. R. Jolles vom 12. Dezember 1968,* dodis.ch/33576 *sowie die Notiz von H.-U. Greiner vom 29. August 1969,* dodis.ch/33589. *Zu weiteren Projekten schweizerischer Firmen vgl. das Schreiben von H. Hofer an O. Seifert vom 10. November 1967,* dodis.ch/33584 *sowie die Notiz von R. Probst an H. Schaffner vom 17. Oktober 1969,* dodis.ch/33590.

(Uhrenindustrie, Elektromechanik, Bauwesen, Lizenzverträge) seien übrigens in Vorbereitung. Auch für das Bestreben, in den traditionellen Kapitalmärkten wieder Anschluss zu finden, hätten wir alle Sympathie. Doch sei in dieser Hinsicht ein wohlüberlegtes «timing» psychologisch besonders wichtig.

161

dodis.ch/33643

Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, an den kenianischen Generalstaatsanwalt, C. Njonjo[1]

Nairobi, 16. Juli 1969

As you know, Federal Councillor Dr. Willy Spühler, the Swiss Minister for Foreign Affairs and former President of the Swiss Confederation, is in East Africa for a semi-official visit[2]. On Monday, he was received by the Vice-President[3], by the Minister of State for Foreign Affairs[4] who offered together with Mr. Slade a luncheon in his honour at the Parliament Buildings which was a great success. Dr. Spühler who is accompanied by his wife[5] is leaving today for Dar es Salaam and will then spend a few days in the Kenya national parks before proceeding to Uganda and Rwanda.

As the main objective of this trip is to see Swiss technical assistance projects[6] and to establish contacts with the Governments in view of increasing Swiss contributions, Dr. Spühler has asked to call on the Presidents of the four countries concerned. He will meet President Nyerere tomorrow and President Obote in a week.

It has not been possible so far to arrange a meeting with H. E. the President of the Republic of Kenya[7] although this has been asked some weeks ago through the channel of the Ministry of Foreign Affairs. As Dr. Spühler is coming back from Dar es Salaam tomorrow evening and will leave again the next day at noon, he is still available for a call on Friday morning. As Dr. Spühler is the first Swiss member of Government to undertake such a trip and as he is the

---

1. *Schreiben (Kopie):* E 2200.185(-) 1985/156 Bd. 1 (101.0).
2. *Zur Reise von W. Spühler in Ostafrika vgl. den Brief von H. K. Frey an W. Spühler vom 7. März 1969,* dodis.ch/33803; *die Notiz von H. K. Frey vom 15. Juli 1969,* dodis.ch/33805 *sowie die Notiz von H. K. Frey von August 1969,* dodis.ch/33807. *Am 13. August 1969 berichtet W. Spühler in der Sitzung des Bundesrates* über seinen Eindruck auf seiner Ostafrikareise. Sie habe ihn darin bestärkt, dass wir mit unserer Entwicklungspolitik auf dem richtigen Wege sind, wenn man auch die einzelnen Projekte stets kritisch betrachten muss. *Vgl. das BR-Beschlussprot. II der 29. Sitzung vom 13. August 1969,* E1003#1994/26#12*.
3. *D. a. Moi.*
4. *M. Koinange.*
5. *A. P. Spühler-Vogel.*
6. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika vgl. Dok. 101,* dodis.ch/32839.
7. *J. Kenyatta.*

man responsible for Swiss technical aid, I think it would be highly desirable not to miss this last chance to make this meeting possible[8].

I would be obliged to you if you could help to bring this call about and I am looking forward to discussing the matter with you this afternoon after Parliament.

8. *Das Treffen zwischen W. Spühler und J. Kenyatta fand am 18. Juli 1969 statt. Vgl. dazu die Notiz von H. K. Frey von August 1969,* dodis.ch/33807.

162

dodis.ch/32504

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Kartellverfahren der EG-Kommission gegen europäische Farbstoffhersteller

[Bern,] 18. August 1969

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat mit Entscheid vom 24. Juli 1969[2] die Basler Firmen Ciba, Geigy und Sandoz und weitere europäische Firmen inner- und ausserhalb des Gemeinsamen Marktes wegen Preisabsprachen auf dem Farbstoffmarkt mit hohen Geldbussen belegt.

Am 15. August 1969[3] fand eine Besprechung zwischen Vertretern der drei Firmen und der Bundesverwaltung unter dem Vorsitz des Unterzeichneten statt. Sie diente der Beurteilung der Lage und der Frage eines allfälligen behördlichen Einschreitens. Es wurde festgestellt, dass der Entscheid der Kommission keine Völkerrechtsverletzung darstellt. Auch die Zustellung der einzelnen Entscheide erfolgte diesmal[4] ohne Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit[5], indem sich die Kommission hiefür an die Tochtergesellschaften der drei Firmen im EG-Raum wandte. Herr Botschafter Wurth hatte die Gewährung von Rechtshilfe zu diesem Zweck nach unseren Instruktionen abgelehnt.

Die Firmen haben nun die Möglichkeit, an den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zu gelangen. Im dortigen Verfahren können alle Einwände materieller und formeller Natur – kein Verstoss gegen die EWG-Kartellvorschriften, Ungültigkeit der Zustellung nach EWG-Recht und weitere

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#754* (C.41.765.12). *Verfasst von F. Moser und unterzeichnet von E. Diez.*
2. *Vgl. die Notiz der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom Juli 1969, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu die Notiz von J. Manz vom 15. August 1969,* dodis.ch/32503.
4. *Zur Eröffnung des Verfahrens durch die EG-Kommission vgl. das Telegramm Nr. 3 von P. H. Wurth an E. Diez vom 8. Januar 1968,* dodis.ch/32500; *das Schreiben von E. Diez an F. Vischer vom 11. Januar 1968,* dodis.ch/32484; *die Notiz von F. Moser vom 17. Januar 1968,* dodis.ch/32501 *und die Notiz von S. Arioli vom 1. April 1969,* dodis.ch/32502.
5. *Zur Frage der verbotenen Handlungen für einen fremden Staat in der Schweiz vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32619.

Verfahrensmängel, aber auch die Frage der Unterwerfung von Firmen mit Sitz ausserhalb der EG – geltend gemacht werden.

Seitens der schweizerischen Behörden besteht deshalb kein Anlass zu irgendwelchen Schritten. Für eine diplomatische Intervention fehlt es wie erwähnt an der Völkerrechtswidrigkeit, aber auch an andern Voraussetzungen (Erschöpfung des Instanzenzuges usw.). Wir werden Herr Botschafter Wurth in diesem Sinne orientieren[6].

6. *Telegramm Nr. 16 vom Politischen Departement an die schweizerische Mission bei den europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom 19. August 1969,* E7113A#1980/62#450* (777.08.1).

163

dodis.ch/32701

L'Ambassadeur de Suisse à Moscou, J. de Stoutz, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli[1]

Moscou, 20 août 1969

J'ai eu la visite ce matin de l'Ambassadeur Tchistiakov qui regagne la Suisse ce jour même après un séjour de vacances en URSS. Il m'a fait part de sa satisfaction de l'invitation[2] faite par le Conseil fédéral au Ministre du Commerce, M. Patolichev, qu'il a vu récemment. Il m'a paru significatif que l'Ambassadeur soviétique ait aussitôt ajouté que les perspectives d'un développement des relations commerciales[3] entre nos deux pays sont bonnes, et qu'il l'ait même répété au cours de notre entretien. Mon impression est qu'il ne faisait que reprendre une opinion qu'il a dû entendre de M. Patolichev. Il a d'ailleurs relevé, dans la suite de la conversation, que le développement des relations bilatérales aurait avantage à s'étendre à divers domaines. J'ai fait alors référence au protocole horloger[4] dont il est à souhaiter qu'il puisse être bientôt signé, aux bons contacts qui s'étaient établis ici en ce qui concerne la science des hautes énergies, lors du séjour du Professeur Hochstrasser[5], et à un projet de visite de M. Pronskij[6], du Comité d'Etat pour la Science et la

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#3912* (B.15.11.(02)). *Visée par H. Miesch et F. Châtelain.*
2. *Cf. la lettre de H. Schaffner à N. S. Patolitchev du 7 août 1969,* E 2200.157(-) 1988/213 vol. 32 (541.1(1)). *Pour la réponse de N. S. Patolitchev, cf. la notice de A. Weitnauer à H. Schaffner du 2 décembre 1969,* dodis.ch/32778. *Sur les invitations précédentes adressées au Ministre du Commerce extérieur de l'URSS, cf. DDS, vol. 23, doc. 51,* dodis.ch/31030.
3. *Cf. aussi doc. 48,* dodis.ch/32688.
4. *Sur l'historique de la mise en œuvre de l'accord-cadre horloger entre la Suisse et l'URSS, cf. la notice de R. Probst à H. Schaffner du 3 septembre 1968,* dodis.ch/32775.
5. *Cf. le rapport de J.-P. Blaser et R. Meier* Reisebericht über den Besuch einer schweizerischen Delegation beim Staatskomitee für Atomenergie der UdSSR vom 19.–27. Juli 1969 *d'août 1969*, dodis.ch/30283.
6. *Cf. la lettre de O. Exchaquet à P. R. Jolles du 30 avril 1969,*dodis.ch/32779.

Technique, à l'Union du Commerce et de l'Industrie à Zurich. J'ai mentionné aussi qu'il était réjouissant que des musiciens et des groupes de chanteurs ou de danseurs soviétiques[7] se produisent assez souvent en Suisse où ils connaissent un indéniable succès, mais que quelque chose devrait être fait pour encourager la présentation d'artistes suisses[8] sur les scènes soviétiques.

L'Ambassadeur de l'URSS m'a parlé alors de Leniniana que l'on souhaite obtenir ici de la Suisse, l'Archiviste fédéral ayant lui-même dit l'intérêt qu'il aurait à recevoir des archives soviétiques certains documents qui concernent l'histoire suisse. Une invitation a, paraît-il, été adressée au Dr. Haas par son homologue russe[9] qui l'accueillerait à Moscou en septembre. M. Tchistiakov me demande d'appuyer ses efforts tendant à faire en sorte que les Leniniana soient remis à son pays où l'on s'inquiète des délais dans lesquels ce geste suisse pourrait intervenir. Le centenaire de la naissance de Lénine se situe en avril prochain et il n'y a plus beaucoup de temps d'ici là. J'ai assuré l'Ambassadeur que l'affaire était à l'examen auprès des autorités suisses qui ne négligeraient pas cette question de temps[10].

En conclusion, je voudrais noter que mes premières expériences des quelques contacts que j'ai eux avec les officiels soviétiques ont été bonnes et m'inspirent l'idée que les circonstances devraient actuellement se prêter à une évolution favorable de nos relations avec l'URSS. Quelques questions d'importance secondaire demandent sans doute à être réglées et je me réserve d'en traiter avec votre division lors de mon prochain séjour en Suisse.

---

7. *Cf. p. ex. DDS, vol. 21, doc. 7,* dodis.ch/14420 *et doc. 155,* dodis.ch/14396, *en particulier note 23 et DDS, vol. 23, doc. 27,* dodis.ch/31014, *en particulier note 8.*
8. *Sur les échanges culturels entre la Suisse et l'URSS, cf. aussi la lettre de A. R. Lindt à P. Micheli du 16 février 1967,* dodis.ch/32809; *la notice de R. Hartmann du 5 juillet 1967,* dodis.ch/30167; *la notice de H. Miesch du 16 février 1968,* dodis.ch/32800 *et la lettre de A. R. Lindt à M. Stettler du 19 juin 1968,* dodis.ch/32807.
9. *G. A. Belov.*
10. *Annotation manuscrite dans la marge:* Bundesarchivar Dr. Haas erhielt Kopie von diesem Passus. *Sur le traitement de la question des Leniniana par les Archives fédérales, cf. doss.* E3120B#1996/434#897* (6132.04).

164

dodis.ch/32244

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Bern, den 25. August 1969

Vor allem in Entwicklungsländern besteht die Gefahr – bei Algerien ist es bereits eine Erfahrungstatsache –, dass Nationalisierungsmassnahmen nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen wegen den daraus resultierenden Entschädigungsforderungen belasten, sondern zusätzlich die enteignende

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#921* (B.15.21). *Verfasst von T. Voegeli.*

Regierung dazu veranlassen, durch gezielte Aktionen auf andern Gebieten den entschädigungsberechtigten Staat unter Gegendruck zu setzen, um vom Kernproblem abzuweichen und den Entschädigungsanspruch «herunterzuspielen».

Algerien handelte seit dem Zeitpunkt, da die beschränkenden Massnahmen einsetzten, d. h. seit Ende 1962[2], ungefähr nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Es sucht Zeit zu gewinnen, vertröstet auf später ...

2. Es beschränkt sich bei den zwischenstaatlichen Desiderata nicht auf einen zumutbaren Wunschkatalog, sondern meldet extrem hohe Forderungen an.

3. Es unternimmt gezielte Aktionen, um Druck auszuüben, und steigert diese bis zu solchen mit aggressivem Charakter.

4. Nachdem sich auf diese Weise ein ganzer Ballast in den zwischenstaatlichen Beziehungen angehäuft hat, werden die Probleme gegenseitig «relativiert» (bzgl. Bedeutung und bzgl. Präzedenz).

Trotz bescheidener Erfahrung auf der diplomatischen Bühne und namhafter Störungen auf innenpolitischem Gebiet hat sich Algerien mit seinen Methoden stark nach vorne gearbeitet. Dabei hat es sich nicht nur viel – besonders zu Lasten der westlichen Industriestaaten – erkämpft, sondern auch das Gesetz des Handelns an sich zu reissen gewusst.

Um unglücklichen Entwicklungen dieser Art vorzubeugen, gilt es wohl vor allem, das Hauptproblem der gegenseitigen Belastungen raschestens aus dem Wege zu räumen und dabei das Gesetz des Handelns nicht an den Gegenspieler abtreten zu müssen. Vom Beispiel Algerien ausgehend bedeutet dies die vordringliche Regelung des Verstaatlichungskomplexes[3], damit dieser nicht zum Ausgangspunkt einer (künstlich hervorgerufenen) Eskalation werde, die ihrerseits die verschiedensten Beeinträchtigungen der zwischenstaatlichen Interessen mit sich bringt.

Bereits bei dieser grundlegenden Forderung scheint mir, es fehle uns – wie wohl weitgehend bei den westlichen Kulturvölkern – an der «unité de doctrine», dies sowohl in theoretischer als auch in taktischer Hinsicht. Um schlagkräftig reagieren zu können, muss das Kernproblem in seiner Bedeutung rasch erkannt werden. Dazu gehört, dass uns dessen Vorrang gegenüber andern Belangen der zwischenstaatlichen Beziehungen zunächst auf dem internen schweizerischen Plan zum Bewusstsein kommt. Mit der Erkenntnis in der Spitze der Verwaltung ist es aber nicht getan. Dieselbe muss auch den an weitern Aspekten des zwischenstaatlichen Verkehrs interessierten Stellen (Verwaltung, Firmen, Private) vermittelt werden. Ausserdem gilt es, die Massenmedien gezielt in die Beeinflussung der öffentlichen Meinung einzuspannen. Schwieriger und auch folgenschwerer ist sodann die taktische Linie, die es nach allseitig gewonnener Erkenntnis einzuschlagen gilt. Um wirksam zu sein, müssen Druckmittel verschiedenen Grades «greifbar» gemacht werden. In enger Zusammenarbeit mit andern Dienststellen wäre raschestens ein entsprechender Katalog vorzubereiten. Das Schwergewicht der Druckmittel

---

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 185,* dodis.ch/30419.

3. *Vgl. dazu z. B. DDS, Bd. 23, Dok. 26,* dodis.ch/31967 *und DDS, Bd. 24, Dok. 159,* dodis.ch/32242, *bes. Anm. 2.*

dürfte meistens auf handelspolitischer Ebene liegen; doch müsste die Auswahl unserer Trümpfe vielgestaltig sein.

Die Anwendung von Druckmitteln erhält bei uns rasch einen Beigeschmack, nicht zuletzt wegen der äusserst unbekümmerten Wahl derselben durch gewisse Regierungen. Nun stehen uns aber völkerrechtlich durchaus einwandfreie Mittel zur Verfügung, und deren Anwendung stellt lediglich die Kunst einer aktiven Aussenpolitik dar. Die Politik der zaghaften kleinen Schritte wird von einem Land «à la Algérie» nur als Schwäche und Naivität ausgelegt und weckt bei ihm stets neuen Appetit. In wenigen Jahren hat sich – besonders im Rahmen des öst-westlichen Spannungsbereiches – bei einer grossen Zahl von Staaten (vor allem bei neu entstandenen) eine Grundhaltung entwickelt, die von der Diplomatie ein beträchtliches Umdenken erfordert. Es scheint mir daher nur richtig, dass der Fall Algerien zum Anlass einer Art Standortbestimmung genommen wird.

Die Bedeutung einer Verstaatlichungsaktion kann sehr variieren, sowohl hinsichtlich des Umfanges wie auch bezüglich der Entschädigungsbereitschaft. Algerien steht hierbei «links aussen» (460 Fälle, keine Entschädigungsklauseln). Im Zeichen eines dynamischen Wirtschaftsdenkens, das sich in der Schweiz stark in den Vordergrund gespielt hat, besteht nun die Gefahr, die Bedeutung einer Verstaatlichungsaktion geringer einzusetzen und deren Regelung den dynamisch gelagerten Interessen hintenanzustellen. Meines Erachtens erfordert eine Standortbestimmung, dass die Nationalisierungen auch unter diesem Gesichtspunkt einer Prüfung unterzogen werden und eine «unité de doctrine» vor allem mit der Handelsabteilung des EVD gewährleistet wird. Die Interessen liegen hier auf sehr verschiedener Ebene. So geht es dem Polit. Departement nicht einfach um die Schadloshaltung unserer Landsleute und das Einhandeln eines ziffermässig umschreibbaren materiellen Vorteils; weit wichtiger ist für dasselbe die Einhaltung der völkerrechtlichen Grundsätze, die Vermeidung von Präzedenzfällen, die Schule machen könnten, usw. Das Volkswirtschaftsdepartement seinerseits vertritt die direkten materiellen Interessen unseres Aussenhandels; je nach Konjunkturlage kommt dessen Postulaten verschieden starkes Gewicht zu. Der Entscheid über den Vorrang der Interessen wird aber stets ein politischer sein müssen, der sich vornehmlich auf grundsätzliche Überlegungen abzustützen hat.

Die obigen Betrachtungen beschränkten sich auf den (vielleicht besonders typischen) Fall, da die Nationalisierung mit der spolativen Absicht des Urhebers den Ausgangspunkt einer Eskalation bildet. Die aus einer solchen Konstellation gewonnenen Erkenntnisse sind aber – mutatis mutandis – auch auf andere Vorkommnisse anwendbar, demnach auch allfällige Aktionspläne.

Herrn Voegeli[4]

Besten Dank für Ihre Darlegungen. Dass wir uns stets um eine «Standortbestimmung» und um eine «unité de doctrine» bemühen, beweist gerade der Fall Algerien, sind wir doch zur Überzeugung gelangt, dass mit diesem Land

4. *Ergänzung von M. Jaccard vom 26. August 1969.*

Globalverhandlungen[5] geführt werden müssen. Im Rahmen dieser Globalverhandlungen haben bekanntlich zwei Phasen stattgefunden[6]. Diese Methode hat u. U. auch ihre Nachteile. Es kann sich als notwendig erweisen, Schritt für Schritt Einzelfragen einer Lösung entgegenzuführen[7].

5. *Vgl. dazu Dok. 104,* dodis.ch/33713, *Anm. 7.*
6. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an F. Blankart und E. Klöti vom 27. Juni 1969, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Handschriftliche Marginalie vom 3. September 1969:* eingesehen.

165

dodis.ch/33034

Notiz über die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 28. August 1969[1]

Streng vertraulich *[Bern,]* 28. August 1969

1. Die Ständige Wirtschaftsdelegation bespricht vorerst die *bereinigten Zusammenfassungen der Arbeitsgruppenberichte*[2] und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen, insbesondere auf dem Gebiet der Fiskalpolitik und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer[3]. Die einzelnen Arbeitsgruppen werden den gewünschten redaktionellen Änderungen wenn möglich in den Zusammenfassungen und allenfalls in den Berichten Rechnung tragen. Daneben besteht auch die Möglichkeit, abweichende Meinungen der Ständigen Wirtschaftsdelegation als Anmerkung zu den Arbeitsgruppenberichten bzw. in einem Übermittlungsschreiben zum Gesamtbericht dem Bundesrat zur Kenntnis zu bringen.

Eine grundsätzliche *Diskussion* entsteht im Zusammenhang mit dem komplexen Problem der indirekten Steuern, wo sich hinsichtlich der Preiswirksamkeit der Steuern und deren wettbewerbspolitischer Bedeutung für unsere Exportindustrie selbst die wissenschaftlichen Geister scheiden. So wird unter anderem geltend gemacht, für die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie sei nicht so sehr die Relation zwischen direkten und indirekten Steuern, sondern die Gesamtsteuerbelastung entscheidend. Im Hinblick auf das Umsatzsteuergefälle zwischen der Schweiz und den EWG-Staaten und den

1. *Notiz:* E7113A#1980/62#285* (771.2).
2. *Bericht von R. Bindschedler* Die Schweiz und die EWG; Staatsrechtliche Probleme *vom 15. März 1967,* dodis.ch/33832. *Für die anderen Berichte und Zusammenfassungen vgl. Doss.* E2001E#1980/83#764* (C.41.770). *Zu den Arbeitsgruppen vgl. die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 29. März 1967,* dodis.ch/33315; *das Protokoll von J. Iselin vom 2. Mai 1967,* dodis.ch/33834; *das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. Juli 1968,* dodis.ch/33310; *das BR-Beschlussprot. II der 27. Sitzung des Bundesrats vom 9. Juli 1969 vom 10. Juli 1969,* dodis.ch/33302 *und das BR-Prot. Nr. 502 vom 26. März 1969,* dodis.ch/33691.
3. *Vgl. dazu die Notiz von J. Faillettaz vom 26. Juni 1968,* dodis.ch/33512 *und die Notiz zur Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 26. Juni 1969,* dodis.ch/33033.

Grenzausgleich der Umsatzsteuern scheint es allgemein vertretbar, zumindest von der Möglichkeit gewisser wettbewerbsbenachteiligender Auswirkungen zu sprechen.

Beim Bericht «Freizügigkeit der Arbeitnehmer» macht Nationalrat Fischer den Vorschlag, angesichts unserer besonderen demographischen Verhältnisse von der Notwendigkeit eines «dauernden Sonderstatus» für die Schweiz zu sprechen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe Freizügigkeit mit der Forderung nach einem Sonderstatut ihr Mandat einer reinen Bestandesaufnahme – wenn auch verständlicherweise – bereits in dem Sinne überschritten habe, als bestimmte Lösungsmöglichkeiten skizziert wurden. Es wäre jedoch nicht tunlich, unsere Verhandlungsposition bereits im heutigen Stadium zu präzisieren, obwohl naheliegend sei, dass eine zeitlich befristete Übergangslösung nicht genügen würde. Schliesslich einigt sich die Ständige Wirtschaftsdelegation darauf, eine Teilnahme der Schweiz an der EWG komme nur in Frage, wenn uns auf dem Gebiet der Freizügigkeit der Arbeitnehmer «nicht lediglich eine Übergangslösung, sondern ein Sonderstatut zugestanden werde».

2. Der Vorsitzende[4] stellt anschliessend den vom Integrationsbureau ausgearbeiteten *«Gesamtbericht über wirtschaftliche und politische Probleme einer Teilnahme oder Nichtteilnahme der Schweiz an der EWG»*[5] zur Diskussion, der eine Synthese der Zusammenfassungen der Arbeitsgruppenberichte enthält. Zugleich soll er einleitend den integrationspolitischen Hintergrund der Bestandesaufnahme schildern und in der Schlussfolgerung eine vorläufige Lagebeurteilung vornehmen, die wenn möglich die einhellige Meinung der Verwaltung und der Spitzenverbände der Wirtschaft zum Ausdruck bringen soll.

Zu einer grundsätzlichen *Diskussion* gibt der Satz auf Seite 2 des Gesamtberichtes «… behält die Schweiz stets ihr Fernziel einer Teilnahme an einer gesamteuropäischen Regelung im Falle einer Erweiterung der EWG im Auge» Anlass. Diese Formulierung entspricht sinngemäss der Stellungnahme des Bundesrates in den «Richtlinien für die Regierungspolitik»[6]. Nationalrat Fischer, unterstützt von Direktor Aebi, würde jedoch die vom Bundesrat in der Beantwortung der Interpellation Weber im Juni 1967[7] verwendete Formulierung «… Fernziel einer Mitwirkung am Ausbau eines integrierten europäischen Marktes» vorziehen, weil sonst auf das Anstreben einer Mitgliedschaft in der EWG geschlossen werden könnte. Der Vorsitzende erachtet diese Version deshalb als unzweckmässig, weil, neben den rein wirtschaftlichen Aspekten, im Falle einer gesamteuropäischen Regelung auch der politische Standort der Schweiz, nämlich die besondere Rolle, die ein neutraler und unabhängiger Kleinstaat weiterhin in Europa spielen kann, überprüft und zum Ausdruck

---

4. *P. R. Jolles.*

5. *Bericht des Integrationsbüros vom September 1969,* dodis.ch/33833. *Zur Diskussion darüber im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II der Sitzung vom 5. Dezember 1969 vom 13. Januar 1970,* dodis.ch/33295.

6. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1968–1971 *vom 15. März 1968, BBl, 1968, I, S. 1204–1248.*

7. *Sten. Bull. NR, 1967, S. 297–304. Vgl. dazu auch Dok. 33,* dodis.ch/33238.

gebracht werden müsste. Schliesslich einigt sich die Ständige Wirtschaftsdelegation auf den Wortlaut «… hat die Schweiz als Fernziel die Beteiligung in einer für sie annehmbaren Form an einer gesamteuropäischen Regelung stets im Auge behalten».

Die Lesung der «Beurteilungselemente der Integrationsfrage» gibt dem Vorsitzenden Gelegenheit, zur Frage einer Assoziierung der Schweiz mit der EWG zu präzisieren, dass eine nähere Prüfung der Österreich-Verhandlungen[8] zeige, dass sich die EG-Kommission der Satellisierungsgefahr der Österreicher bewusst gewesen sei und beabsichtigt habe, dieser Problematik durch Einschränkung des Vertragsinhaltes zu begegnen. Die sich damals abzeichnende, wegen des italienischen Vetos allerdings schubladisierte Regelung hätte einen Ansatzpunkt für eine beschränkte Zwischenlösung darstellen können.

3. Die *Schlussfolgerungen* des Gesamtberichtes werden von der Ständigen Wirtschaftsdelegation grundsätzlich genehmigt. Sie sind durch einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die sich im weiteren Verlauf der Entwicklung, sowohl im Falle einer Teilnahme als auch bei einer Aussenseiterstellung, ergeben können, zu ergänzen.

Anschliessend skizziert der Vorsitzende die neueste *integrationspolitische Entwicklung.* Wiewohl die Fronten etwas in Bewegung zu geraten scheinen, sei wohl kaum mit baldigen Grossbritannien-Verhandlungen[9] zu rechnen. Mit der Idee einer Gipfelkonferenz der Sechs[10], an der vorerst eine gemeinschaftsinterne Einigung erzielt werden sollte, hätten die Franzosen einen Sieg errungen. Immerhin steht eine wichtige Etappe bevor, indem die Kommission den Erweiterungsbericht vom September 1967[11] à jour bringen soll. Es wäre für unser Land von einigem Vorteil, wenn der Fall Schweiz in diesem Dokument in positivem Sinne erwähnt würde, um in die Gesamtüberlegungen der Gipfelkonferenz einbezogen zu werden. Da aufgrund von Gesprächen mit Kommissionsmitgliedern Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies ohne entsprechende schweizerische Initiative nicht der Fall sein wird, gedenkt der Vorsitzende, dem Bundesrat vorzuschlagen, es sei in Brüssel – ähnlich wie 1967[12] – auf diplomatischem Wege eine Demarche zu unternehmen. Anschliessend könnte auch in den EG-Hauptstädten an unser pendentes Verhandlungsgesuch von 1961[13] erinnert und die Erwartung ausgesprochen werden, dass

---

8. *Vgl. dazu Dok. 143,* dodis.ch/33201, *Anm. 7.*

9. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*

10. *Zur EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag vom 1.–2. Dezember 1969 vgl. Dok. 180,* dodis.ch/33243, *Anm. 3.*

11. Avis de la Commission au Conseil concernant les demandes d'adhésion du Royaume-Uni de l'Irlande, du Danemark et de la Norvège en vertu des articles 273 du Traité CEE, 205 du Traité CEEA et 98 du Traité CECA *vom 29. September 1967,* E2001E#1978/84#1345* (C.41.765). *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 6. Oktober 1967,* dodis.ch/33516; *die Notiz von P. R. Jolles vom 20. Oktober 1967,* dodis.ch/33518 *und die Notiz von H. Schaffner an den Bundesrat vom 6. Oktober 1969,* dodis.ch/33526.

12. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/33241.

13. *DDS, Bd. 22, Dok. 34,* dodis.ch/30143. *Vgl. ferner, DDS, Bd. 22, Dok. 3,* dodis.ch/30118; *Dok. 4,* dodis.ch/30120; *Dok. 6,* dodis.ch/30122; *Dok. 17,* dodis.ch/30126; *Dok. 30,* dodis.ch/30140 *und Dok. 32,* dodis.ch/30142 *und die Notiz von J. Iselin vom 5. April 1967,* dodis.ch/33845.

die Schweiz angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung von Anfang an in die Erweiterungsgespräche einbezogen wird.

Zum Abschluss verdankt der Vorsitzende die offen geführte Aussprache, die im Hinblick auf die Vorlage an den Bundesrat eine begrüssenswerte «unité de doctrine» und eine dementsprechend gewichtige und zuverlässige Meinungsgrundlage ergeben hat.

166

dodis.ch/32356

Interne Notiz des Departements des Innern[1]

Die Schulung der Fremdarbeiterkinder in der Schweiz, mit besonderer Berücksichtigung der Italienerkinder. Arbeitsunterlage

Genf, September 1969

Am 8. Mai 1969 ist der Generalsekretär des Eidg. Departements des Innern[2] mit einem Schreiben[3] an den Vorstand der kantonalen Erziehungsdirektoren gelangt, worin das Problem der Schulung der italienischen Kinder[4] in der Schweiz aufgeworfen wurde. Diesem Schreiben war die Übersetzung eines «Aide-mémoire»[5] beigefügt, das die Botschaft Italiens dem Eidg. Politischen Departement zugestellt hatte. In der Folge wurde man sich darüber einig, dass zwischen den Bundesstellen und dem Konferenzvorstand, vorgängig einer direkten Aussprache mit Vertretern Italiens, eine Besprechung stattfinden solle. In diesem Sinne schrieb der Konferenzpräsident, Ständerat Dr. H. Hürlimann, dem Vorsteher des Eidg. Departements des Innern, Bundesrat Dr. H. P. Tschudi, am 20. Mai. Bundesrat Tschudi machte dem Politischen Departement von der Abmachung am 27. Mai Mitteilung[6]. Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz beauftragte hierauf seinen Sekretär[7], in einer Umfrage[8] an die Kantone zu ermitteln, welches der heutige Stand in der Schulung der Fremdarbeiterkinder sei. Zugleich sollte der Konferenzsekretär, der an einer eben diesem Thema gewidmeten Expertensitzung des

1. *Notiz:* E7170B#1977/67#1388* (241.12). *Beilage zum Schreiben von W. Martel an H. Hürlimann, P. Micheli, A. Grübel, E. Mäder und E. Egger vom 22. September 1969.*
2. *W. Martel.*
3. *Schreiben von H.-P. Tschudi an H. Hürlimann vom 8. Mai 1969,* E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1).
4. *Vgl. dazu die Notiz von G. Pedotti an A. Grübel vom 9. Oktober 1969,* dodis.ch/32351.
5. *Memorandum der italienischen Botschaft an das Politische Departement vom 3. April 1969,* dodis.ch/33659.
6. *Für beide Dokumente vgl. das Schreiben von H.-P. Tschudi an W. Spühler vom 27. Mai 1969, Doss. wie Anm. 3.*
7. *E. Egger.*
8. *Vgl. die Notiz* Die Schulung der Fremdarbeiterkinder in der Schweiz. Ergebnis einer Umfrage *vom September 1969, Doss. wie Anm. 1.*

Europarates[9] teilgenommen hatte, in einem Bericht für die voraussichtliche Besprechung zwischen den erwähnten Bundesstellen und dem Konferenzvorstand Grundsätze und Vorschläge erarbeiten. Er gelangte daher am 31. Mai in einer Rundfrage an alle kantonalen Erziehungsdirektionen. Nachdem nun vor wenigen Tagen die letzten Antworten – mit Ausnahme der Kantone Wallis und Schwyz – eingegangen sind, sei hier versucht, ein Arbeitsdokument für die in Aussicht genommene Besprechung abzufassen.

Die Frage der Beschulung der Fremdarbeiterkinder hat drei Aspekte, und zwar

1. einen quantitativ-statistischen Aspekt;
2. einen pädagogisch-sozialen Aspekt und
3. einen innen- und einen aussenpolitischen Aspekt.

Es soll im folgenden versucht werden, zu diesen drei Gesichtspunkten Stellung zu nehmen und einerseits die Wünsche der italienischen Botschaft, andererseits die Empfehlungen der Spezialkommission des Europarates näher zu betrachten.

1. Der quantitativ-statistische Aspekt

Dieser hat wiederum zwei Seiten:

In einem Bericht der Spezialkommission des Europarates[10] wurde die Behauptung aufgestellt es besuchten rund 25% der in der Schweiz lebenden schulpflichtigen Fremdarbeiterkinder keine Schule. Diese Behauptung muss unbedingt richtiggestellt werden. Der Berichterstatter tat dies bereits mündlich an der oben erwähnten Sitzung[11]. Die Fehlerquellen dieses Europaratberichtes liegen einerseits in einer falschen Beurteilung der schweizerischen Schulverhältnisse, indem generell für die Berechnung der zu beschulenden Kinder ein Schuleintrittsalter von 6 Jahren und eine Dauer der Schulpflicht von 9 Jahren vorausgesetzt wurden. Es ist bekannt, dass diese Situation auf viele Kantone nicht zutrifft. Dass hier in der Statistik bereits grosse Unterschiede entstehen, liegt auf der Hand. Andererseits müssen wir aber zugeben, dass unsere Schulstatistiken so lückenhaft waren, dass kaum auf genaue Zahlen Bezug genommen werden konnte. Wir haben daher in der Umfrage versucht, vorerst nähere Auskünfte über die wirkliche Zahl der Fremdarbeiterkinder zu erhalten. Wenn im Europaratbericht gesagt wird, dass in der Schweiz rund 24'000 Ausländerkinder zur Schule gehen, so ergab unsere Erhebung eine Zahl von 30'000. Nach dieser neuen Berechnung darf demnach angenommen werden, dass 100% der Ausländerkinder im Schulpflichtalter beschult werden.

Dies ist aber nur der eine Teil des quantitativen Aspektes, der andere ist für uns noch bedeutsamer. Wenn sich nämlich nach Angaben unserer Amtsstellen

---

9. *Zur Sitzung vom 7.–9. Mai 1969 vgl. Doss.* E2003A#1980/85#173* (o.121.313.32). *Allgemein zum Europarat, vgl. Dok. 69,* dodis.ch/32480.

10. *Protokoll des* Sous-Comité pour la scolarisation des enfants des travailleurs migrants du Conseil de l'Europe. Conclusions de la 2ème réunion *vom 29. Oktober 1968, ibid.*

11. *Vgl. die Notiz des Europarats* Document concernant les conclusions provisoires de la 3ème réunion du Sous-Comité pour la Scolarisation des Enfants des Travailleurs Migrants (7–9 mai 1969), *ibid.*

die in der Schweiz lebenden Fremdarbeiterkinder nach Altersgruppen wie folgt verteilen: 0–5jährige 71%, 5–10jährige 19%, 10–16jährige 10%, dann muss in den nächsten Jahren mit einer starken Zunahme dieser Kinder in unseren Schulen gerechnet werden. Dies verlangt von den Kantonen eine weiterhin andauernde und voraussichtlich vermehrte Anstrengung und bedeutet zugleich eine ständige Zunahme von sprachlich wahrscheinlich benachteiligten Kindern in unseren Primar- und Elementarschulen. Denn selbst wenn die heute 0–5jährigen zu einem grossen Teil in der Schweiz aufwachsen, dürften ihre Deutsch- (bzw. Französisch-) Kenntnisse beim Schuleintritt ungenügend sein. Diese Tatsache hat auch gewisse Konsequenzen für die Schweizer Kinder und Eltern.

2. Der pädagogisch-soziale Aspekt

Auch hier sind verschiedene Punkte zu unterscheiden:

a. Die Information der Einwanderer vor ihrer Ankunft in der Schweiz bzw. vor der Einreise der Kinder. Sie muss durch die zuständigen Emigrationsstellen in Italien oder spätestens durch die Erziehungsdirektion im Kanton erfolgen. Man kann sich fragen, ob hierfür in italienischer und allenfalls spanischer Sprache ein allgemeiner Text zu verfassen wäre, der über wichtigste Punkte Aufschluss gäbe, z. B. das Schuleintrittsalter, die Adresse der Schuldirektion, die Dauer der Schulpflicht und die Gliederung der Oberstufe der Pflichtschulzeit. Eine solche objektive Information in der Muttersprache der Kinder könnte von vornherein manches klären.

b. Einschulung der Kinder. Zwei Massnahmen sind zu unterscheiden. Einmal wird von italienischer Seite das Postulat zugunsten von Italienschulen erhoben mit der Begründung, dass viele Kinder wieder in ihre Heimat zurückkehren. Im vorerwähnten Aide-mémoire wird bemängelt, dass nicht alle Kantone die gleiche Politik verfolgen. Es dürfte sich deshalb eine Aussprache zwischen den Kantonen aufdrängen. Indessen muss auch der Vorwurf der Italiener, ihre Schulen in der Schweiz würden oftmals aus mangelndem Verständnis für die Lage dieser Kinder aufgehoben bzw. der Besuch zeitlich begrenzt, zurückgewiesen werden. Der Grund für solche Massnahmen liegt vielfach darin, dass verantwortungsbewusste Schuldirektionen die Erlaubnis zur Führung von Italienerschulen erst geben wollen, wenn für die gebührliche Qualität des Lehrpersonals und das Einhalten des Lehrprogrammes Gewähr gegeben ist.

Die zweite Massnahme der Einschulung betrifft die Sprachkurse. Aus der Umfrage geht hervor, dass die meisten Kantone solche Anstrengungen unternehmen, wobei besondere Kurse während und ausserhalb des Schulprogrammes oder, in einzelnen Fällen, private Nachhilfestunden organisiert werden. Diese Hilfe wird praktisch durchwegs von den Schulgemeinden oder den Kantonen getragen. Das Endziel ist selbstverständlich der Eintritt in die öffentliche Schule, die Integration in die schweizerische Schulgemeinde. Dies bedingt aber, dass die Kinder lange genug in unserem Land bleiben. Man hat bei uns in der Praxis für eigene Italienerschulen eine Dauer von zwei Jahren vorgesehen, wogegen Kinder, die über zwei Jahre in der Schweiz bleiben, in der öffentlichen Schule integriert werden sollten. Es wird in diesem Zusam-

menhang interessieren, dass die Expertenkommission des Europarates, im Gegensatz zur italienischen Botschaft, nur Schulen mit einer Dauer von einem Jahr empfiehlt und die Integration all jener Fremdarbeiterkinder wünscht, die sich länger als ein Jahr im Ausland aufhalten. Daraus ist zu ersehen, dass hier die schweizerische Praxis nicht eng, wie das Aide-mémoire zu verstehen geben möchte, sondern vielmehr grosszügig ist! Wir sind der Meinung, dass diese Politik auch für die italienischen Familien die angebrachte ist.

c. Die Rückschulung oder Rückwanderung. In vielen Fällen werden Italienerkinder in die Heimat zurückkehren, sei es weil die ganze Familie die Schweiz verlässt, sei es um dort höhere Schulen zu besuchen. Aus diesem Grunde wurde denn auch der Wunsch geäussert, es möchte selbst bei Integration in unsere öffentlichen Schulen dafür gesorgt werden, dass diese Kinder ihrer Heimat nicht völlig entfremden. Zu diesem Zweck sollen Kurse in Muttersprache, allenfalls kulturelle Lektionen wie Geschichte, Geographie, etc. erteilt werden. Manche Kantone treffen diese Massnahmen. Sie hängen indessen von zwei Bedingungen ab: zum ersten muss eine gewisse Grössenordnung gegeben sein, damit diese Kurse rentabel sind. Ferner muss geeignetes Lehrpersonal zur Verfügung stehen. Überall dort, wo die italienischen Konsulate Lehrer für solche Kurse zur Verfügung stellten, ist man bis heute den Bemühungen sehr grosszügig begegnet.

d. Massnahmen im Heimatland. In der Spezialkommission des Europarates wurde auch darauf hingewiesen, dass selbstverständlich die Ursprungsländer ihrerseits den Rückwanderern keine Schwierigkeiten in den Weg legen sollten, sei es in bezug auf Stipendien, das Weiterstudium oder Anstellungsmöglichkeiten. Tatsache ist aber, dass vielfach bei uns erworbene Diplome in Italien faktisch nicht anerkannt sind, und es wäre doch zu erwarten, dass hier Gegenrecht gehalten würde.

3. Der innen- und aussenpolitische Aspekt

Es ist wichtig zu erkennen, dass die Italienerschulen innenpolitisch ein Problem darstellen. Dies aus zwei Gründen: einmal wird über die Italienerschule im Grunde genommen oftmals die konfessionelle Schule angestrebt. Ihre Kinder in eine solche Schule zu schicken ist das gute Recht der Eltern. Die Frage muss aber doch im Zusammenhang mit der kantonalen Schulpolitik bewertet und beachtet werden. Mit dem Hinweis darauf, dass mit der konfessionellen Schule allfälligen politischen Strömungen unter den Emigranten entgegengewirkt werden kann, wird ein schweizerisches Schulproblem nicht gelöst. Die Italienerschulen sind aber vielfach – im Unterschied zu den öffentlichen Schulen – nicht nur konfessionelle Schulen, sondern in jedem Fall eigentliche Schulen für sprachliche Minderheiten. Es ist gut zu verstehen, dass auch diese Tatsache innenpolitische Schwierigkeiten heraufbeschwören kann, nämlich dann, wenn in ein und derselben Stadt der sprachlichen Minderheit schweizerischen Ursprungs eine eigene Schule nach dem Schulrecht verweigert, eine solche für Fremdarbeiterkinder aber gestattet werden müsste. Diese Gründe müssen sorgfältig abgewogen werden; jedenfalls drängt sich gerade deshalb eine zeitliche Beschränkung von Sondermassnahmen zugunsten der Fremdarbeiterkinder auf.

Wir sind uns auch bewusst, dass die Eingliederung der Fremdarbeiterkinder in unseren Schulen einen aussenpolitischen Aspekt aufweisen kann. Hier sind Toleranz und Zusammenarbeit am Platz und alles muss getan werden, um zu verhindern, dass diese Kinder sozusagen zu Abschlussklassen- oder Werkschülern verurteilt werden. Sonst bekäme die Behauptung jener Leute Stoff, die sagen, man begünstige die Integration dieser Kinder nur deshalb, weil man sie als Handlanger (infolge ihrer verfehlten Schulung) in unserem Lande festzuhalten gedenke. Es scheint uns daher, dass in verschiedenen Gebieten die Zusammenarbeit ausgedehnt werden könnte und zwar

a. in der Information. Hier könnte eine interkantonale Zusammenarbeit wertvolle Dienste leisten. Vielfach lohnt es sich bei allgemeinen Orientierungen ja nicht, in jedem Kanton eigene Texte zu drucken;

b. im Erfahrungsaustausch mit Einschulungskursen und mit sprachlichen sowie kulturhistorischen Sonderkursen. Hier bestünde vielleicht die Möglichkeit, dass unter Beizug von Speziallehrern Lehrmittel oder Leitfäden ausgearbeitet und den Schulen zur Verfügung gestellt würden;

c. in der Abfassung der Abgangszeugnisse und Diplome in der Muttersprache der Kinder, wobei nebst unserer Schulterminologie womöglich auch der equivalente Begriff im Ursprungsland zu nennen wäre. Diese Massnahme könnte in manchen Fällen die Weiterschulung oder die Anstellung im Heimatland wohl erleichtern. Übrigens treffen sich diese Bemerkungen mit den Empfehlungen der Expertenkommission des Europarates[12].

Zum Schluss dürfen wir darauf hinweisen, dass die bei den Kantonen durchgeführte Umfrage über folgende Verhältnisse Aufschluss gibt:

1. Zahl der heute in den Kantonen beschulten Fremdarbeiterkinder.
2. Einschulungsmassnahmen durch die Kantone.
3. Die Information der Eltern hinsichtlich Schulverhältnisse und Schulmöglichkeiten.
4. Die Organisation von Ergänzungskursen in Muttersprache und Kulturgeschichte des Ursprungslandes.
5. Besondere Sozialmassnahmen zugunsten der Fremdarbeiterkinder.
6. Allfällige Hilfe bei der Rückwanderung.
7. Die zeitliche Begrenzung der Italienerschule.

Wir hoffen, dass die Zusammenstellung im Anhang[13], so unvollständig und uneinheitlich sie sein mag, für die Diskussion zwischen den Bundesstellen und dem Vorstand der EDK die notwendige Unterlage bietet, auf Grund derer eine einheitliche Stellungnahme und allfällige einheitliche Vorschläge an die italienische Botschaft vorbereitet werden können[14].

---

12. *Vgl. Anm. 10.*

13. *Vgl. Anm. 8.*

14. *Vgl. dazu die Notiz des Departements des Innern vom 22. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1; das Schreiben von W. Martel an P. Micheli vom 4. Dezember 1969 sowie die Notiz des Politischen Departements* Schulungsproblem betreffend Kinder italienischer Gastarbeiter in der Schweiz *vom 23. Januar 1970, Doss. wie Anm. 3.*

167

dodis.ch/32962

Notiz für den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi[1]

Zusammenarbeit Schweden/Schweiz auf militärtechnischem Gebiet

Vertraulich Bern, 23. September 1969

Nachdem seit dem Notenaustausch[2] über die Zusammenarbeit mit Schweden auf militärtechnischem Gebiet (4. 8. 66) über drei Jahre verstrichen sind, scheint es zweckmässig, eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen.

Die Gemischte Kommission ist erstmals im Februar 1968[3] in Schweden zusammengetreten und traf sich seither einmal in der Schweiz[4] und einmal in Schweden[5]. Vorgängig dieser Zusammenkünfte hatten sich Vertreter beider Seiten einige Male getroffen, um unter anderem das Procedere der militärtechnischen Zusammenarbeit festzulegen und die diesbezüglichen Anträge an die Regierungen auszuarbeiten[6]. Es wurde danach getrachtet, möglichst direkte Kontakte zwischen den beidseitig interessierten Instanzen herzustellen. Infolge unterschiedlicher Organisation und unterschiedlichen Verwaltungsaufbaues in den beiden Ländern war dies nicht sehr einfach.

Heute bestehen Zusammenarbeitsregelungen auf folgenden Gebieten[7]:

- Verstärkung des Geländes
- Individuelle Ausrüstung, Biwak- und Unterkunftsmaterial
- Verteidigungsmedizinische Forschung und San*[itätsa]*usrüstung
- Lebensmittel
- Fliegerabwehr
- Fliegerabwehr-Lenkwaffe Bloodhound M*[ar]*k 2
- Panzerabwehr[8]
- Panzerkampfwagen und Panzerfahrzeuge, einschliesslich Feuerleitgeräte und optische und elektrooptische Instrumente
- Kampfflugzeuge

---

1. *Notiz (Kopie):* E2001E-01#1987/78#579* (B.51.13.009). *Unterzeichnet von A. Kaech.*
2. *Schreiben von W. Spühler an K. Böök und von K. Böök an W. Spühler vom 4. August 1966,* dodis.ch/33848. *Zur militärtechnischen Zusammenarbeit mit Schweden vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 160,* dodis.ch/31211; *die Notiz von F. Blankart vom 29. Mai 1967,* dodis.ch/34092; *die Notiz von W. Wyttenbach an R. Bindschedler vom 14. Juli 1967,* dodis.ch/32954 *und das Schreiben von Ch. Schaefer an C. Weidemann vom 3. Dezember 1968,* dodis.ch/32956.
3. *Zu den Besprechungen vom 27.–29. Februar in Stockholm vgl. die Notiz von A. Kaech und N. Simonsson vom 29. Februar 1969, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Zu den Besprechungen vom 10.–14. November 1968 in Bern vgl. die Notiz von A. Kaech und S. Marcus vom 14. November 1968, Doss. Anm. 1.*
5. *Zu den Besprechungen in Abisko vom 2.–3. Juli 1969 vgl. die Notiz von S. Marcus und H. Wildholz vom 4. Juli 1969, Doss. wie Anm. 1.*
6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1989 vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/32961.
7. *Vgl. dazu auch das Protokoll von A. Kaech und C. Voegelin vom 30. Januar 1969,* dodis.ch/32957. *Zu den einzelnen Gebieten vgl. Doss.* E 5560(D) 1996/188 Bd. 143 (241.3.32).
8. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Riklin an H. Wildholz vom 13. Februar 1968,* dodis.ch/32955.

– C-Waffen
– Kriegsbrückenmaterial, Übersetzmittel und zugehörige Materialfragen
– Artillerie
– Wasserversorgung und -Aufbereitung

Zwei weitere Zusammenarbeitsregelungen[9] sind in Aussicht genommen, nämlich:
– Nachtsehmittel
– Landminen

Bei diesen Zusammenarbeitsregelungen steht der Informationsaustausch im Vordergrund. Es dauerte zum Teil über ein Jahr, bis dieser Informationsaustausch im Fluss kam. Anlässlich der letzten Zusammenkunft der Gemischten Kommission vom 1.–4. 7. 69[10] wurden die bestehenden Zusammenarbeitsregelungen im einzelnen geprüft. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass sie auch weiterhin als wertvoll und interessant betrachtet werden können. Sie sind auf fünf Jahre befristet, und es wird zu gegebener Zeit zu prüfen sein, welche davon über diesen Zeitpunkt hinaus weitergeführt werden sollen. Der Informationsaustausch, der durch ein Geheimhaltungsabkommen[11] erleichtert wird, kann schon an sich als wertvoll beurteilt werden und dürfte die damit verbundenen Umtriebe und Aufwendungen als sinnvoll erschienen lassen. Es muss allerdings bemerkt werden, dass die Zusammenarbeit eine nicht unbeträchtliche Belastung der daran unmittelbar interessierten Dienststellen mit sich bringt.

Man ist sich auf beiden Seiten einig, dass die Zusammenarbeit über diesen Informationsaustausch hinausgehen sollte. Das Ziel besteht darin, durch gemeinsame Entwicklung und allenfalls Beschaffung rationellere Wege für die Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte zu finden. Es hat sich gezeigt, dass dies nur in Ausnahmefällen möglich sein wird, da die Definition der militärischen Anforderungen von Land zu Land naturgemäss verschieden ist. Eine über den Informations- und Erfahrungsaustausch hinausgehende praktische Zusammenarbeit kann nur erreicht werden, wenn Projekte in einem möglichst frühen Stadium, d. h. von der Festlegung der militärischen Anforderungen (Pflichtenhefte), aufeinander abgestimmt werden. Aus dieser Erkenntnis ist die Gemischte Kommission zur Auffassung gekommen, dass zur Vorbereitung ihrer Arbeit Gespräche im kleinen Kreis zwischen den verantwortlichen Planungs- und technischen Instanzen Platz greifen müssen. Eine erste solche Zusammenkunft hat im März 1969 stattgefunden, eine zweite ist für diesen Herbst vorgesehen[12]. Der Zweck dieser Gespräche besteht in einer frühzeitigen Erfassung der kommenden Bedürfnisse und im Versuch, die an künftiges Kriegsmaterial zu stellenden Anforderungen aufeinander abzustimmen. Wenn diese Fragen gelöst werden können und wenn es auch gelingt, in bezug auf die

---

9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1756 vom 22. Oktober 1969,* E1004.1#1000/9#751*.
10. *Vgl. Anm. 5.*
11. Geheimschutz-Vereinbarung *zwischen S. Synnergren und Ch. Schaefer vom 13. April 1967, Doss. wie Anm. 7.*
12. *Vgl. dazu die Notiz* Organisatorische Fragen der Zusammenarbeit *vom 25. Juni 1969, Doss. wie Anm. 7.*

industrielle Fertigung, bei der naturgemäss in beiden Ländern eine Konkurrenzsituation bestehen wird, eine Lösung zu finden, dürfte es möglich sein, zu praktischen Formen der Zusammenarbeit zu kommen. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht für alle Zusammenarbeitsregelungen gelingen wird. Wenn indessen das angestrebte Ziel auch nur im einen oder andern Fall erreicht werden kann, dürften sich, im ganzen gesehen, die Aufwendungen lohnen.

Nach der heutigen Beurteilung besteht bei folgenden Projekten am ehesten Aussicht auf konkrete Resultate:

– Panzerabwehrsysteme der nächsten Generation
– Panzer und Schützenpanzer der nächsten Generation
– Kampfhelikopter bzw. Helikopterbewaffnung
– Kurz- und Mittelstrecken-Flablenkwaffen

Der bisherige Erfahrungs- und Informationsaustausch erwies sich insbesondere auf dem Gebiet der Verstärkung des Geländes und der Panzerkampfwagen und Panzerfahrzeuge als fruchtbar. Er führte zu gegenseitigem Austausch von Material zu Erprobungszwecken. Möglicherweise ergibt sich dadurch eine Ersparnis bei Entwicklungsarbeiten.

Da der Gemischten Kommission auch je ein Vertreter[13] des Politischen Departements bzw. des Utrikesdepartementes angehört, gaben die Sitzungen zudem Gelegenheit, inoffizielle Gespräche über verschiedene Probleme der Neutralitäts- und der Aussenpolitik, soweit sie militärische Aspekte aufweist, zu führen. So orientierte man sich gegenseitig über Fragen, die mit den Atomwaffen[14] und den chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln zusammenhängen sowie über die Kriegsmaterialausfuhr[15], die europäische Sicherheitskonferenz[16] und die Friedens- und Konfliktsforschung[17]. Die erhaltenen Informationen waren nützlich und stellen vielleicht einen Beitrag zu einer Annäherung der Haltung beider Staaten in gewissen Punkten dar. Diese Gespräche sollten im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik[18] weitergeführt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die angebahnte Zusammenarbeit auf militärtechnischem Gebiet sich als nützlich erweist. Spektakuläre Resultate sind in nächster Zukunft jedoch nicht zu erwarten. Die Anlaufzeit, d. h. das Herstellen direkter Kontakte zwischen den beidseitig interessierten Stellen, die Beseitigung administrativer Hindernisse und die Regelung der Geheimhaltungsfragen, hat verhältnismässig viel Zeit in Anspruch genommen. Die Tatsache, dass der «Viggen» aus der weitern Evaluation der von uns zu beschaffenden Kampfflugzeuge ausgeschieden ist, hat natürlich unsere schwedischen Partner enttäuscht. Ihr Wille, trotz des Rückschlages aus der technischen Zusammenarbeit das Beste herauszuholen, besteht indessen nach wie vor.

---

13. *R. Bindschedler und H. Blix.*
14. *Vgl. dazu Dok. 63,* dodis.ch/33194; *Dok. 87,* dodis.ch/33144 *und Dok. 155,* dodis.ch/33145.
15. *Zum schweizerischen Kriegsmaterialexport vgl. Dok. 135,* dodis.ch/33261.
16. *Zur Europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 154,* dodis.ch/32403.
17. *Vgl. dazu die Notiz von H. Langenbacher vom 15. August 1968,* dodis.ch/34146.
18. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 104,* dodis.ch/31614; *Dok. 152,* dodis.ch/30895 *sowie Dok. 169,* dodis.ch/31454.

Die Kontakte werden, wie erwähnt, künftig vermehrt zwischen den Planungs- und technischen Stellen stattfinden müssen. Die Gemischte Kommission ist deshalb von einem halbjährigen zu einem ganzjährigen Turnus ihrer Zusammenkünfte übergegangen. Der Aufwand kann auf diese Weise herabgesetzt werden.

168

dodis.ch/32872

Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung, M. Frauenfelder[1]

Sozialversicherungsbeziehungen[2] mit den skandinavischen Ländern, Frankreich und Australien[3]

Bern, 26. September 1969

1) Am Auslandschweizertag, der Ende August in Montreux[4] stattgefunden hat, wurde unter anderem das schweizerisch-dänische Sozialversicherungsabkommen[5] kritisiert, dem hauptsächlich vorgeworfen wird, dass es weder die Rückerstattung der geleisteten Beiträge noch den Export der Renten vorsieht.

Wie Sie wissen, geht es aber nicht nur um *Dänemark,* sondern auch um *Schweden, Finnland* und *Norwegen.* Es ist nur einem Zufall zuzuschreiben, dass der Ihnen bekannte Herr Nagel, Norrköping, Präsident des Vorortes der Schweizervereine in den nordischen Ländern, am Auslandschweizertag nicht ebenfalls das Wort ergriffen hat, um den Behörden des Bundes Vorwürfe zu machen.

Wenn man die einzelnen Dossiers über Sozialversicherung mit den skandinavischen Ländern[6] durchsieht, kann man es den dortigen Landsleuten nicht verargen, wenn sie ihre Geduld verlieren. Es würde zu weit führen, hier alle Vorgänge, Demarchen, Eingaben und Versprechen aufzuzählen, um den Beweis für unsere Behauptung anzutreten. Einige wenige Beispiele sollen genügen.

---

1. *Schreiben:* E3340B#1989/175#949* (797.170/D1). *Verfasst von M. Leippert.*
2. *Vgl. dazu Dok. 98,* dodis.ch/32294, *Anm. 5.*
3. *Handschriftliche Marginalie von H. Wolf:* Der Zeitablauf hat uns den Verzicht auf eine Antwort nur noch erleichtert. 1. 11. 1971.
4. *Vgl. dazu die Notiz von A. Diener vom 3. Oktober 1969,* E2004B#1982/69#832* (a.814.4).
5. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über Sozialversicherung *vom 21. Mai 1954, AS, 1955, S. 283–294 und* Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 21. Mai 1954 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über Sozialversicherung *vom 15. November 1962, AS, 1962, S. 1419 f.*
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 149,* dodis.ch/31201.

Die Bemühungen, das Sozialversicherungsabkommen mit *Schweden* vom 17. Dezember 1954[7] zu revidieren, lassen sich bis zum November 1960[8] zurückverfolgen.

Norwegen, mit dem wir bis heute kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen haben, hat sich schon im Januar 1952[9] mit unserem Departement in Verbindung gesetzt, um abzuklären, ob wir bereit wären, mit der norwegischen Regierung ein derartiges Abkommen abzuschliessen. Aufgrund Ihrer zustimmenden Antwort vom 7. Februar 1952[10] haben wir am 19. Februar 1952[11] die norwegische Gesandtschaft in Bern in diesem Sinne orientiert. In der Zwischenzeit haben einmal Vorbesprechungen in Oslo[12] stattgefunden, ohne dass es dabei zu greifbaren Ergebnissen gekommen wäre.

Demgegenüber besteht ein Sozialversicherungsabkommen mit *Dänemark,* das aber keine Rückzahlung der geleisteten Beiträge vorsieht und die Auszahlung der Leistungen an die Angehörigen des andern Staates für beide Teile nur auf das eigene Staatsgebiet beschränkt. Auch hier lassen sich die Bestrebungen[13] um eine Revision dieses nicht sehr befriedigenden Abkommens auf viele Jahre zurückverfolgen. Ähnlich ist die Situation in *Finnland*[14].

Die Sachlage hatte bekanntlich den Vorsitzenden des Vorortes der Schweizervereine vor mehreren Jahren auf den Plan gerufen. Am 24. Januar 1967[15] stellte er Ihnen eine generelle Eingabe zu. In Ihrer Antwort vom 25. April 1967[16], in der Sie alle Pro und Contra gegeneinander abwägen, schrieben Sie am Schluss des Briefes: «Dieses Verfahren erscheint gerade bei den nordischen Staaten angezeigt, und wir erwägen die Entsendung einer kleinen Expertengruppe zu den dortigen zuständigen Ministerien.»

Ein Jahr später erfolgte auf Ihrem Amt eine Unterredung[17] mit Herrn Nagel, worauf Sie ihm den Inhalt dieser Aussprache im Brief vom 2. Mai 1968[18]

---

7. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Schweden über die Sozialversicherung *vom 17. Dezember 1954, AS, 1955, S. 758–768.*

8. *Vgl. dazu das Schreiben von E. von Graffenried an A. Saxer vom 9. November 1960,* E2001E-01#1982/58#6713* (B.31.31.01).

9. *Vgl. dazu die Notiz des Politischen Departements vom 25. Januar 1952,* E2001E-01#1982/58#5537* (B.31.31).

10. *Schreiben von A. Saxer an A. Zehnder vom 7. Februar 1952, ibid.*

11. *Note des Politischen Departements an die norwegische Gesandtschaft vom 20. Februar 1952, ibid.*

12. *Die Vorbesprechungen fanden im Mai 1954 in Oslo statt* vgl. *Doss.* E3340B#1989/175#775* (797.10/N2).

13. *Vgl. dazu Doss.* E2001E#1976/17#2364* (B.31.31.01) *und* E 2001(E)-01 1991/17 Bd. 726 (B.31.31.Dan.0).

14. *Vgl. dazu das Schreiben von C. Motta an M. Leippert vom 9. Juni 1964,* dodis.ch/31806 *und das Schreiben von D. Bridel an J.-J. de Tribolet vom 28. März 1967,* dodis.ch/33877.

15. *Schreiben von Th. Nagel an M. Frauenfelder vom 24. Januar 1967, Doss. wie Anm. 1.*

16. *Schreiben von C. Motta an Th. Nagel vom 25. April 1967,* dodis.ch/32875.

17. *Zur Aussprache vom 29. März 1968 vgl. die Notiz von M. Leippert vom 29. März 1968,* E 2001(E)-01 1991/17 Bd. 726 (B.31.31.Dan.01) *und die Notiz der Sektion Internationales und Sozialversicherungsabkommen des Bundesamts für Sozialversicherung vom 3. April 1968,* E3340B#1989/175#957* (797.170/S1).

18. *Schreiben von C. Motta an Th. Nagel vom 2. Mai 1968, Doss. wie Anm. 8.*

bestätigten und in Aussicht nahmen, dass eine Neuregelung, auch wenn sie aus Ihrer Sicht an Dringlichkeit verloren habe, in nicht zu ferner Zukunft an die Hand genommen werden müsse. Seither hat auch, wie Sie wissen, Schweden mit Jugoslawien[19] ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen, während anderseits Norwegen und Finnland mit den USA[20] eine Vereinbarung über die gegenseitige Auslandszahlung der Pensionen an die Angehörigen beider Länder abgeschlossen haben. Endlich möchten wir erwähnen, dass schon am Auslandschweizertag 1968[21] in Schaffhausen ein Votant das Begehren aufgestellt hat, man solle doch wenigstens mit Dänemark versuchen, auf dem Wege eines Notenaustausches die Rückzahlbarkeit der an die dänische Sozialversicherung geleisteten Beiträge zu erreichen. Der Vertreter Ihres Amtes antwortete, man werde dieses Problem eingehender prüfen müssen.

Wir sind uns wohl bewusst, dass im Verhältnis zu Schweden die Situation sich insofern gebessert hat, als früher bestehende diskriminierende schwedische Bestimmungen gegenüber ausländischen Staatsangehörigen in der Zwischenzeit aufgrund der innerstaatlichen Gesetzgebung ausgemerzt worden sind, so dass heute noch, soweit wir es überblicken können, das Problem des Exportes der Volkspension besteht. Dringender scheint dagegen eine Revision des Sozialversicherungsabkommens mit Dänemark zu sein.

Mit Rücksicht auf die schon früher gemachten Versprechungen gegenüber den Schweizern in den skandinavischen Ländern und das immer noch bestehende Bedürfnis, die genauen Verhältnisse an Ort und Stelle abzuklären, sind wir der Meinung, dass nun die schon vor mehr als zwei Jahren in Aussicht genommenen Besprechungen auf Expertenebene demnächst durchgeführt werden sollten. Die Sondierungen in Strassburg und Genf[22], die von Ihnen in verdankenswerter Weise in den letzten Monaten und Jahren gemacht worden sind, führen anscheinend nicht zu brauchbaren Ergebnissen. Wir sind auch bereit, Ihre Bemühungen auf diplomatischem Weg zu unterstützen.

2) Dieses Verfahren kann sich unter Umständen positiv auswirken. Wir verweisen auf das Beispiel *Frankreichs* und auf die Unterredung, die wir am 2. September 1969 mit einem Vertreter der französischen Botschaft[23] in Bern hatten. Bekanntlich steht seit Jahren die Revision des schweizerisch-französischen Sozialversicherungsabkommens[24] zur Diskussion. Da die Schweizerkolonie in

---

19. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Jaccard an M. Frauenfelder vom 13. September 1969,* E3340B#1989/175#1043* (797/S1).

20. *Zu Finnland vgl. das Schreiben von J.-J. de Tribolet an M. Frauenfelder vom 10. Juli 1968,* E3340B#1989/175#769* (797.10/F1). *Zu Norwegen vgl. das Schreiben von P.-A. Aubaret an M. Frauenfelder vom 4. Juli 1968,* E2001E-01#1982/58#5537* (B.31.31).

21. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 4.*

22. *Vgl. dazu das Schreiben von C. Motta an P. Micheli vom 26. September 1969,* dodis.ch/32876.

23. *S. de Tschaikowsky.*

24. Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über die Alters- und Hinterlassenenversicherung *vom 9. Juli 1949, AS, 1950, S. 1133–1143,* Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die Stellung gewisser schweizerischer Benützer französischer Grundstücke unter den Gesetzgebungen über Familienzulagen *vom 24. September 1958, AS, 1962, S. 981–983 und* Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich zur Regelung der Stellung

Frankreich nahezu einen Drittel des gesamten Bestandes sämtlicher Schweizer im Ausland umfasst und die Sozialversicherungsgesetzgebungen in den beiden Ländern in den letzten zwanzig Jahren eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht haben, kann eine weitere Verzögerung der Revisionsverhandlungen, die ohnehin lange dauern werden, nicht mehr verantwortet werden. Aber auch in bezug auf Frankreich erwarten unsere Partner eine offizielle Demarche (vergl. unsere Aktennotiz vom 4. September 1969[25] im Falle Mme. Replumaz).

3) Wir benützen die Gelegenheit, um Sie auf die immer noch hängige Angelegenheit mit *Australien* hinzuweisen. Wie wir einem soeben bei uns eingetroffenen Schreiben[26] unseres Botschafter in Canberra entnehmen (Herr von Graffenried war früher Botschafter in Schweden), erwartet er immer noch eine Antwort auf seine Schreiben vom 13. Oktober, 6. Dezember 1966, 21. Juni, 8. Oktober 1968 und 23. April 1969[27]. Wohl sind wir uns bewusst, dass Sie mit Arbeit überlastet sind; dies sollte aber doch nicht hindern, zu Briefen Stellung zu nehmen, die bis zu drei Jahren zurückliegen.

4) Unseres Erachtens sollten die organisatorischen Massnahmen getroffen werden, damit in einem etwas schnelleren Rhythmus die sich aus verschiedenen Gründen aufdrängenden Verhandlungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung durchgeführt werden können. Am 21. Juli 1961[28] haben Sie unserer Botschaft in Stockholm unter anderem mitgeteilt, dass, weil gegenwärtig dreizehn bilaterale Abkommen in Kraft stünden, sich trotz aller gebotenen Eile eine Staffelung der Verhandlungen über einen Zeitraum von etwa zwei bis drei Jahren als unvermeidlich erweise. Dieses Ziel wurde, wie unsere Darlegungen zeigen, nicht erreicht, obwohl seit Ihrem Brief vom 21. Juli 1961 acht Jahre verstrichen sind.

Wir wären Ihnen für eine möglichst schnelle Prüfung unseres Wunsches sehr dankbar und wiederholen, dass wir Ihnen gerne behilflich sind, dort wo dies möglich erscheint. Eine dringende Behandlung ist um so notwendiger, als im nächsten Frühling die üblichen Jahreskongresse der interessierten Schweizervereine im Ausland stattfinden und wir an diesen Tagungen Auskunft darüber geben müssen, was die Bundesbehörden konkret zur Lösung der offenen Fragen getan haben.

---

der unselbständig erwerbenden Grenzgänger an der französisch-genferischen Grenze unter den Gesetzgebungen über Familienzulagen *vom 16. April 1959, AS, 1961, S. 24–28. Vgl. dazu auch das BR-Prot. Nr. 2006 vom 24. November 1969,* dodis.ch/32310.

25. *Notiz von M. Jaccard vom 4. September 1969,* dodis.ch/33876.

26. *Schreiben von E. von Graffenried an P. Micheli vom 28. August 1969,* E2001E-01#1982/58#1607* (B.31.31.0.1).

27. *Schreiben von E. von Graffenried an P. Micheli vom 13. Oktober 1968, vom 6. Dezember 1968, vom 8. Oktober 1968 und vom 23. April 1969, ibid. und vom 21. Juni 1968,* dodis.ch/33882.

28. *Schreiben von A. Saxer an E. von Graffenried vom 21. Juli 1961,* dodis.ch/34177.

169

dodis.ch/33133

Bericht des Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge, R. Probst[1]

Verhandlungen mit Nordkorea

Vertraulich *[Bern, 30.]* September 1969[2]

I. Ausgangslage

Die Behörden der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) bemühen sich schon seit einiger Zeit, mit den westeuropäischen Staaten, darunter auch der Schweiz, in näheren Kontakt[3] zu gelangen. Einerseits kommt darin das allgemeine Bestreben zum Ausdruck, sich international grössere Geltung zu verschaffen. Das Feld im Westen soll nicht mehr allein der Republik Korea (Südkorea) überlassen bleiben. Darüber hinaus ist auch der Wunsch erkennbar, das Land aus der übermächtigen Umklammerung durch China und die Sowjetunion etwas herauszulösen.

Erste Annäherungen an die Schweiz gehen auf den Juni 1967 zurück, als der nordkoreanischen Botschafter in Rumänien, Kim The Hi, Bern einen Höflichkeitsbesuch abstattete und bei dieser Gelegenheit vom Generalsekretär[4] des EPD empfangen wurde. Dieser Besuch wiederholte sich im Sommer 1968[5], wobei Kim The Hi u. a. auch mit dem IKRK Fühlung nahm und dem Chef des EPD, Bundespräsident Spühler, seine Aufwartung machen durfte. Der Unterzeichnete, als Vertreter der Handelsabteilung, nahm beide Male an den Gesprächen teil. Ende 1968 begab sich sodann der schweizerische Botschafter in Peking, Herr Rossetti, im Auftrag des EPD nach Pyongyang, wo er vom Aussenminister[6], vom Vize-Aussenhandelsminister[7] sowie andern Persönlichkeiten empfangen wurde[8]. Mehrere weitere Kontakte zwischen den Botschaften der Schweiz und Nordkoreas in der chinesischen Kapitale kamen seither hinzu.

Von Seiten Pyongyangs war schon 1967 andeutungsweise und 1968 direkt der Wunsch nach Aufnahme gegenseitiger diplomatischer Beziehungen geäussert worden. Auf diese Begehren konnte nicht eingetreten werden. Einer-

---

1. *Bericht:* E7001C#1982/116#551* (2310.1).
2. *R. Probst übermittelte den Bericht am 30. September 1969 an H. Schaffner. Vgl. die Notiz von R. Probst vom 30. September 1969, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Für eine Zusammenstellung der* Vorstösse Nordkoreas zum Zwecke der Herstellung engerer Beziehungen mit der Schweiz *vgl. die Notiz von A. Lacher vom 13. Juni 1967,* dodis.ch/33545. *Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 91,* dodis.ch/31372 *und Dok. 184,* dodis.ch/31369.
4. *P. Micheli. Vgl. die Notiz von J. E. Töndury vom Juni 1967,* dodis.ch/33546 *und den Bericht von H. Kaufmann vom 29. Juni 1967,* E2001E#1980/83#1912* (B.15.11.1).
5. *Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 11. Juli 1968,* dodis.ch/33548 *und den Bericht von H. Kaufmann vom 22. Juli 1968, Doss. wie Anm. 4.*
6. *Pak Seung Tcheun.*
7. *Heu Dam.*
8. *Vgl. dazu das Schreiben von O. Rossetti an W. Spühler vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/33550. *Für den ausführlichen Reisebericht O. Rossettis vgl. Doss. wie Anm. 4.*

seits liegt zwar ein gewisser Ausbau unseres Verhältnisses zu Nordkorea durchaus im Rahmen unseres neutralitätspolitischen Postulates möglichster Universalität unserer Aussenbeziehungen. In diesem Sinne ergänzt die Fühlungnahme mit Nordkorea durchaus folgerichtig unser Verhalten gegenüber Nordvietnam[9], wo Botschafter Rossetti schon vor einiger Zeit zum Vertreter des EPD beim Aussenministerium in Hanoi ernannt worden war. Auch die auf den koreanischen Waffenstillstand von 1953 zurückgehende Teilnahme der Schweiz an der neutralen Überwachungskommission[10] in Panmunjom spricht für Kontakte mit Süd und Nord. Anderseits glauben wir, unser Verhältnis mit Südkorea, mit dem wir diplomatische Beziehungen unterhalten und das sich in den letzten Jahren zu einem interessanten Handelspartner entwickelt[11], nicht unnötig belasten zu sollen. Wir hatten uns zwar gegenüber der Regierung in Seoul, die sich neuerdings zu einer Art Hallstein-Doktrin bekennt, seinerzeit, als wir eine südkoreanische Botschaft in Bern zuliessen, unsere Handlungsfreiheit bezüglich des Nordens vorbehalten. Eine gewisse Reserve erscheint aber dennoch am Platz. Schliesslich ist darauf zu achten, dass unsere Annäherung an Nordkorea im ungefähren Gleichschritt mit der Entwicklung unseres Verhältnisses zu den übrigen geteilten Staaten[12] (Nordvietnam, DDR) bleibt und dass namentlich nicht ein allzu rasches Vorprellen in Nordkorea die Situation gegenüber der DDR präjudiziert.

Unter diesen Umständen stellte sich die Frage, was den Nordkoreanern, da diplomatische Beziehungen vorderhand ausser Betracht fallen, allenfalls als «Ersatz» geboten werden könnte. Schon 1968 hatte Nordkorea durch Botschafter Kim The Hi subsidiär den Wunsch vorgebracht, in Bern zumindest eine offizielle nordkoreanische Handelsvertretung zu errichten. Zu diesem Zweck sollte ein Vertrag nach dem Muster der Vereinbarungen unterzeichnet werden, die das nordkoreanische «Committee for the Promotion of International Trade» schon im Dezember 1960 mit der «Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs» und im April 1967 mit dem staatlichen französischen «Centre National du Commerce Extérieur» abgeschlossen hatte. Gestützt darauf besteht heute übrigens eine koreanische Handelsvertretung in Paris, während die schon zuvor eröffnete Vertretung in Wien, da offenbar wirtschaftlich nicht mehr interessant genug, 1967 zurückgezogen wurde.

---

9. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/33133.

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 135,* dodis.ch/31366 *und das Schreiben von A. Janner an E. Stadelhofer vom 27. Oktober 1967,* dodis.ch/33827.

11. *Fussnote im Originaltext:* Der Handel mit *Südkorea* ist in den letzten Jahren rapid gewachsen. Importe 1968: 7,9 Mio. Fr.; 8 Monate 1969: 4,2 Mio. Exporte 1968: 26,6 Mio.; 8 Monate 1969: 21,2 Mio. ERG-Engagement: 121 Mio. (Fakturawert 170 Mio.), plus 70 Mio. GA. Indessen hat auch der noch vor kurzem praktisch inexistente Handel mit *Nordkorea* einen gewissen Aufschwung genommen. Importe (namentlich Zink) 1968: 4,2 Mio.; 8 Monate 1969: 6,1 Mio. Exporte 1968: 1,7 Mio.; 8 Monate 1969: 1,1 Mio. ERG-Engagement: 0,1 Mio., plus 7 Mio. GA. *Zu den Handelsbeziehungen mit Südkorea vgl. auch das Schreiben von J. de Rham an P. R. Jolles vom 30. März 1967,* dodis.ch/33556; *das Schreiben von E. Stadelhofer an P. R. Jolles vom 10. November 1967,* dodis.ch/33557 *und die Notiz von H. Bühler an R. Probst und J. E. Töndury vom 23. Januar 1969,* dodis.ch/33559. *Zu den Handelsbeziehungen mit Nordkorea vgl. die Notiz von J. E. Töndury vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/33551.

12. *Zur Frage der geteilten Staaten vgl. Dok. 137,* dodis.ch/32173.

EPD und Handelsabteilung betrachteten indessen auch diesen Vorschlag unter den gegebenen Umständen als zu weitgehend. Es wäre zudem schwer gewesen, für das nordkoreanische «Committee», wenn man staatliche Stellen aus dem Spiel lassen wollte, einen geeigneten schweizerischen Vertragspartner zu finden. Unsere Antwort hatte deshalb gelautet, dass lediglich die Errichtung einer *privaten* nordkoreanischen Handelsvertretung *erwogen* werden könne und dass wir *bereit* seien, ein entsprechendes nordkoreanisches Gesuch *zur Prüfung* entgegenzunehmen. Mehr wurde vorderhand, trotz wiederholter nordkoreanischer Insistenz, nicht zugestanden. – Die Vorsteher der beiden interessierten Departemente waren darüber orientiert.

II. Verhandlungen vom September 1969

Dies war die Ausgangslage, als uns von nordkoreanischer Seite Ende Juni[13] die Entsendung einer Delegation des «Committee for the Promotion of International Trade» nach der Schweiz angekündigt wurde, welche beauftragt sei, im Hinblick auf die Eröffnung einer Handelsvertretung Gespräche zu führen und praktische Erkundigungen einzuziehen. Die Abordnung traf anfangs September bei uns ein. Sie war vom Vizepräsidenten des Komitees, Bang Ki Yong, geleitet, dem drei seiner Mitarbeiter[14] zur Seite standen. Auf schweizerischer Seite gehörten der vom Unterzeichneten geleiteten Delegation die Herren Töndury von der Handelsabteilung und Dr. Kaufmann vom Politischen Departement sowie Dr. Wehrli, Sekretär des Vororts, und Herr Bürge von der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung[15] in Zürich an.

Um die Besprechungen eines allzu offiziellen Charakters zu entkleiden, wurden sie von Anfang an nach Zürich, und zwar in die Amtsräume der OSEC verlegt, die gewissermassen als Gastgeberin auftrat und der nordkoreanischen Delegation auf ihren Wunsch Fabrikbesichtigungen (Bührle Oerlikon, Sulzer Winterthur, International Watch Schaffhausen) und Gespräche mit Handelsfirmen (Debrunner, Siber Hegner) vermittelte. Das Begehren der nordkoreanischen Delegation, auch nach Bern zu kommen, um dem Bundespräsidenten[16], dem schweizerischen Aussenminister[17], dem Wirtschaftsminister[18] und dem Aussenhandelsdirektor[19] ihre Aufwartung zu machen, wurde von uns als leider nicht realisierbar höflich abgewiesen.

Die eigentlichen Gespräche zwischen den beiden Delegationen waren auf die Tage des 8. und 9. September sowie, nach einem Unterbruch zwecks Berichterstattung und Lagebeurteilung mit dem Chef des EPD, auf den 11. September konzentriert. Sie wickelten sich, via einen koreanischen Dol-

---

13. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 21 der schweizerischen Botschaft in Peking an das Politische Departement vom 23. Juni 1969, Doss. wie Anm. 4.*
14. *Baik In Su, Choi Bong Chun und Bai Gyong Hak.*
15. *Zu den Kontakten der SZH mit Nordkorea vgl. z. B. das Protokoll der* Sitzung vom 9. Januar 1968, am Sitz Zürich der Handelszentrale, mit einer nordkoreanischen Handelsdelegation *von A. Bürge vom 10. Januar 1968,* dodis.ch/33553.
16. *L. von Moos.*
17. *W. Spühler.*
18. *H. Schaffner.*
19. *P. R. Jolles.*

metscher[20], in englischer Sprache ab. In der Anfangsphase waren auch die Herren Direktor Montandon von der OSEC und Botschafter Rossetti aus Peking anwesend. Über den Gang der Besprechungen hat Dr. Kaufmann vom EPD eine ausführliche Aufzeichnung[21] erstellt, der – falls gewünscht – das Nähere entnommen werden kann. Wir beschränken uns hier auf das Wesentliche.

Infolge der sturen Hartnäckigkeit unserer Partner gestalteten sich die Verhandlungen überaus mühsam. Auf die frühere Position Pyongyangs zurückfallend, versuchten die Nordkoreaner immer wieder, uns doch noch eine offizielle Handelsvertretung, und zwar in Bern selbst, abzuringen. Von der – unzutreffenden – Behauptungen ausgehend, dies sei schon von Generalsekretär Micheli und Botschafter Rossetti zugesichert worden, verlangten sie ausserdem erneut den Abschluss eines sofortigen Vertrages. Dieser sollte, allenfalls in Form eines Briefwechsels, folgende *Klauseln* enthalten:

- Grundsatzerklärung, die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen erweitern und entwickeln zu wollen.
- Zulassung einer Handelsvertretung.
- Volle Freiheit für deren Aktivität.
- Minimalbestand der Vertretung von 7 koreanischen Funktionären. (Die nordkoreanische Vertretung in Frankreich werde gegenwärtig mit französischer Zustimmung von 8 auf 12 Einheiten erhöht.)
- Garantie für die räumliche und persönliche Sicherheit der Vertretung und ihrer Mitglieder.
- Recht auf Benützung von Handels-Codes.
- Gewährung jeglicher Hilfe bei der Entsendung von Geschäftsleuten und bei der Abwicklung von Geschäften.
- Bestimmungen über die Geltungsdauer des Vertrages (einjährige Geltung, jeweils stillschweigende Verlängerung, sechsmonatige Kündigungsfrist).
- Exemption von Steuern und Zöllen.

Die Forderungen waren natürlich *unannehmbar*. Sie gingen weit über das hinaus, was den Nordkoreanern als mögliche Regelung in Aussicht gestellt worden war. Es bedurfte geduldiger Beharrlichkeit, um sie von ihrer fixen Idee abzubringen, dass der grundsätzliche Entscheid bereits vorliege und folglich nur noch einzelne Modalitäten technischer Natur zu regeln seien. Gewisse Klippen konnten auch im direkten Gespräch zwischen den beiden Delegationschefs überwunden werden, als sich herausstellte, dass Bang Ki Yong die russische Sprache beherrscht[22]. Die Berufung auf ein anscheinend vorliegendes Missverständnis über die Tragweite der früheren Gespräche erlaubte es endlich unsern asiatischen Partnern «das Gesicht zu wahren». Da sie aber offenbar unter dem Zwang standen, bei der Heimkehr etwas Schriftliches vorzuweisen, kam man überein, das äusserste schweizerische Entgegenkommen nach gemeinsamer

---

20. *Bai Gyong Hak.*

21. *Bericht von H. Kaufmann, Doss. wie Anm. 4.*

22. *R. Probst beherrschte auf Grund der Herkunft seiner Mutter, S. Probst-Gigovsky, sowie der Schulausbildung in Lettland und Estland die russische Sprache. Vgl. dazu Doss.* E2024-02A#1999/137#1933* (a.215 P).

Diskussion in einem einseitigen Brief festzuhalten. Um schweizerische Behörden damit nicht direkt zu exponieren, wurde dieser Brief indessen nicht durch den Berichtenden selbst, sondern vom Direktor der OSEC, Herrn Montandon, unterzeichnet. Was vorliegt, ist also eine Mitteilung der nichtoffiziellen schweizerischen Handelszentrale an das ihr funktionsmässig einigermassen entsprechende nordkoreanische Komitee zur Förderung des internationalen Handels. Der Text des Briefes, vom 16. September[23] datiert, ist beigeheftet.

Die ganze Materie ist in diesem Schriftstück eindeutig auf unsere *ursprüngliche Konzeption zurückgeschraubt:*

- Es wird zwar gesagt, dass die schweizerischen Behörden bereit seien, «to consider in a constructive way that a Representation of the Committee for the Promotion of International Trade of the Democratic People's Republic of Korea be opened on Swiss territory».
- Das eigentliche Gesuch um Zulassung und Erteilung der hierfür benötigten schweizerischen Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen müsse aber, am besten über die schweizerische Botschaft in Peking, erst noch eingereicht werden. Die Freiheit unseres Entscheids bleibt dadurch fürs nächste gewahrt.
- Die nordkoreanische Handelsvertretung wird gegebenenfalls «according to Swiss legislation», ausdrücklich ohne Gewährung diplomatischer oder konsularischer Immunitäten und Privilegien, errichtet.
- Es wird als angemessen bezeichnet, dass die Vertretung ihren Sitz in einem Wirtschaftszentrum wie Zürich wählt; mündlich wurde beigefügt, dass eine Bewilligung für Bern nicht erhältlich wäre.
- Für den Mitarbeiterstab der Vertretung wird – gegenüber den bedeutend weitergehenden nordkoreanischen Forderungen – ein Maximalbestand von 4–5 Personen (einschliesslich des Vertreters selbst sowie des administrativen und des Hilfspersonals) als oberste Grenze fixiert.
- Hinsichtlich der Code-Benützung wird die künftige Vertretung auf das «right of using commercial code within the framework of the corresponding Swiss legislation»[24] beschränkt.
- Schliesslich wird eine formelle Zusicherung der Reziprozität verlangt. Pyongyang hat sie bisher nur mündlich in Aussicht gestellt.

III. Schlussbetrachtungen

Es ist anzunehmen, dass Nordkorea wünschen wird, seine Handelsvertretung in der Schweiz, gestützt auf die Zürcher Gespräche, möglichst bald zu errichten. Diese Vertretung soll, wie mündlich versichert wurde, nur in der Schweiz tätig sein.

Das EPD hat sich schon zum voraus für alle Fälle die Zustimmung der eidgenössischen und kantonalen Fremdenpolizei-Behörden gesichert. Auch mit dem BIGA wird sich eine Einigung finden lassen. Fiskalische Erleichterungen

---

23. *Vgl. Doss. Anm. 1.*

24. *Fussnote im Originaltext:* Vollziehungsverordnung II zum Bundesgesetz bertreffend den Telegraphen- und Telephonverkehr, vom 30. Januar 1939 (Telegraphenordnung). *Vgl. dazu AS, 1939, S. 197–225.*

werden den Nordkoreanern nicht gewährt. Sie werden für ihre Vertretung, je nachdem, ob diese direkt Geschäfte abschliessen oder solche nur vermitteln will, im Rahmen von ZGB oder OR die geeignete Rechtsform finden müssen.

Obwohl für Pyongyang wahrscheinlich das *politische* Interesse an einer – wenn auch minimalen – Präsenz in der Schweiz überwiegt, ist doch anzunehmen, dass, wie Bang Ki Yong betonte, am Bezug schweizerischer Produkte, namentlich der Maschinenbranche, zwecks beschleunigter industrieller Entwicklung Nordkoreas ebenfalls ein konkretes *wirtschaftliches* Interesse besteht.

Die von uns für die nordkoreanische Vertretung erwogene Regelung geht entschieden weniger weit als das, was von österreichischer oder französischer Seite eingeräumt worden war. Sie stellt ungefähr ein Minimum dessen dar, was erforderlich sein dürfte, damit eine solche Handelsvertretung funktionieren kann. Hinsichtlich der übrigen geteilten Staaten erscheint nichts Wesentliches präjudiziert. Ein gewisser Fortschritt zugunsten Nordkoreas könnte sich sogar, wie vom Vorort bemerkt wurde, auf die DDR heilsam auswirken.

Es ist anzunehmen, dass sich auch Südkorea mit unserem Vorgehen abfinden wird. Zwar hat der südkoreanische Handelsrat[25] in Bern, der schon zuvor durch Herrn Châtelain (EPD) orientiert worden war, nach den Zürcher Gesprächen bei mir vorgesprochen, um seiner Beunruhigung Ausdruck zu geben. Doch hat er, als ich ihm unsere Haltung erläuterte und an die seinerzeit vorbehaltene, von Südkorea ausdrücklich attestierte schweizerische Handlungsfreiheit gegenüber dem Norden[26] erinnerte, von einer Dramatisierung abgesehen. Dies schliesst natürlich nicht aus, dass von südkoreanischer Seite, so bei unserem Geschäftsträger[27] in Seoul, neue Vorstösse[28] unternommen werden.

Abschliessend sei hier dankbar hervorgehoben, wie wertvoll es uns war, dass sich Vorort und OSEC zu einer aktiven Teilnahme an den Gesprächen, Dir. Montandon sogar zur Unterzeichnung des schweizerischen Briefes, bereit fanden. Die Aufgabe wurde uns dadurch in jeder Hinsicht erleichtert.

---

25. *Hyo Koun Lee. Vgl. dazu auch das Telegramm Nr. 842 des Politischen Departements an die schweizerische Delegation in Panmunjom vom 25. September 1969,* E2001E-01#1988/16#2695* (B.15.21).

26. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Escher an P. Micheli vom 12. Februar 1962,* E2001E#1976/17#2230* (B.22.20.1).

27. *M. Leu.*

28. *Zu den Reaktionen Seouls vgl. Dok. 158,* dodis.ch/33139 *und den Brief von E. Stadelhofer an P. Micheli vom 11. Dezember 1968,* dodis.ch/33830.

170

dodis.ch/32381

Notiz des schweizerischen Botschafters in Belgrad, H. Keller[1]

NOTIZ ÜBER DEN STAND UNSERER BILATERALEN BEZIEHUNGEN ZU JUGOSLAWIEN AM 1. OKTOBER 1969

[Belgrad,] 1. Oktober 1969

Parlamentarische Besuche

Die Schweiz ist eines der ganz wenigen Länder Europas, welche mit Jugoslawien noch keine Besuche dieser Art ausgetauscht haben. Ich verweise auf das Schreiben der Abteilung für Politische Angelegenheiten vom 17. Februar 1969[2] an diese Botschaft (I/Ref. o.713.491. – AE). Ich habe deshalb, obwohl ich schon gut 2½ Jahre in Belgrad tätig bin, dem Präsidenten[3] der hiesigen Bundesregierung den üblichen protokollarischen Besuch noch nicht abgestattet, um nicht an dieses heisse Eisen rühren zu müssen. 1963 besuchte eine Delegation der Schweizer Gruppe der Interparlamentarischen Union Belgrad und organisierte anschliessend die bekannte Hilfsaktion[4] für Skopje. Die Nationalräte Bringolf, Schaffhausen, Conzett, Zürich, und Ketterer, Winterthur, spielten dabei eine führende Rolle. Es ist mir bekannt, dass prominente Mitglieder des hiesigen Parlamentes, darunter gute Freunde unseres Landes, eine schweizerische Initiative erwarten.

Konsularische Vertretungen

Unser Konsulat in Zagreb ist eine der ältesten konsularischen Vertretungen in der kroatischen Hauptstadt, die zugleich ein Wirtschaftszentrum erster Ordnung darstellt. Die meisten andern Länder, darunter Österreich, Italien, Frankreich, Westdeutschland, England und Schweden unterhalten in Zagreb

---

1. *Notiz:* E2001E#1980/83#4530* (B.15.21.Uch). *Diese Notiz wurde im Hinblick auf den offiziellen Besuch von W. Spühlers in Belgrad vom 28. Oktober bis 1. November 1969 erstellt. Vgl. dazu das* Protokoll der beiden Arbeitssitzungen im Aussenministerium vom 29. und 30. Oktober 1969 *von F. Blankart,* dodis.ch/32393; *die Notiz* Audienz bei Präsident Tito am 29. 10. 1969 17.00–18.10 *von H. Keller,* dodis.ch/32395 *und das* Protokoll der Arbeitssitzung in der jugoslawischen Bundeswirtschaftskammer vom 31. Oktober 1969, 9.30–11.45 *von E. Klöti,* dodis.ch/32394. *Es handelt sich um den Gegenbesuch zur Visite von M. Tepavac in Bern im Juni 1969. Vgl. dazu das* Protokoll der Arbeitssitzungen im Rahmen des Besuches des jugoslawischen Aussenministers Tepavac in Bern *vom 27. Juni 1969*, dodis.ch/32392 *und Doss.* E2001E#1980/83#4531* (B.15.50.4).

2. *Schreiben von F. Châtelain an H. Keller vom 17. Februar 1969,* E2200.48#1987/158#115* (752.1(3)).

3. *M. Ribičič.*

4. *Zur Hilfsaktion für die Opfer Erdbebenkatastrophe vom 26. Juli 1963 in Skopje vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 15. Sitzung vom 21. Februar 1964,* dodis.ch/31970, *S. 6 f.; das BR-Verhandlungsprot. der 36. Sitzung vom 15. Mai 1964,* dodis.ch/31967, *S. 10; das BR-Verhandlungsprot. der 42. Sitzung vom 5. Juni 1964,* dodis.ch/31986, *S. 3 und die Notiz von E. Vallotton an P. Micheli vom 26. Juni 1969,* dodis.ch/32391.

Berufs-General-Konsulate. Die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten scheint sich mit dem Plan zu befassen, unser Konsulat gelegentlich in ein Generalkonsulat[5] umzuwandeln, was sich m. E. rechtfertigen würde.

Jugoslawien ist im Begriffe in Zürich eine Vertretung der jugoslawischen Bundeswirtschaftskammer zu errichten, neben dem bereits bestehenden Generalkonsulat.

Swissair

Steigende Umsätze. Momentan keine Probleme, die die Intervention unserer Behörden erfordern.

Warenaustausch[6]

Dieser wächst in beiden Richtungen weiterhin. Nach wie vor übersteigen unsere Exporte die Importe erheblich, aber neuerdings nimmt die Einfuhr aus Jugoslawien mehr zu als unsere Ausfuhr. Das komplizierte jugoslawische Einfuhrregime verursachte bisher keine allzu grossen Hindernisse für unsern Export. Neben den Gesamtumsätzen entwickelt sich auch die Struktur unseres Exportes befriedigend; auch unsere Konsumwaren wie Uhren, Textilien, Bücher, Lebensmittel, usw. kommen zum Zug. Rückläufig ist leider unser Export an Zuchtvieh. Durch Kontakte zwischen Fachkreisen und die Einladung einer jugoslawischen Delegation nach der Schweiz hofft man, unsern Anteil am jugoslawischen Zuchtviehimport wieder zu erhöhen. Bei den Büchern sind unsere hohen Preise ein Hindernis, noch mehr aber die Exporthilfen[7], welche unsere Konkurrenten aus Österreich, Frankreich, Westdeutschland, usw. von ihren Regierungen erhalten. Ausführliches Zahlenmaterial[8] samt Kommentar wird von der Handelsabteilung noch geliefert.

Fremdenverkehr[9]

Immer mehr Schweizer Feriengäste besuchen Jugoslawien. 1969 erreicht ihre Zahl wahrscheinlich 120–130'000. Die jugoslawische Nationalbank schätzt die Einnahmen aus dem Zustrom schweizerischer Gäste natürlich sehr. Umgekehrt werden auch jugoslawische Besucher in der Schweiz, besonders an Messen und Ausstellungen wieder etwas mehr gezählt. Mit der Zeit wird sich vielleicht die Schaffung einer Konsularvertretung, z. B. eines Honorarkonsulates, an der Adria als nötig erweisen, wo mangels schweizerischer Vertretungen Schwierigkeiten entstehen, die weder unsere in Not

---

5. *Zur Umwandlung des Konsulats in Zagreb in ein Generalkonsulat vgl. Doss.* E2004B#1982/69#174* (a.162.4).

6. *Vgl dazu auch die Diskussion um die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs mit Jugoslawien, Dok. 20,* dodis.ch/32396.

7. *Zu den vom Bundesrat gewährten Exportrisikogarantien für Jugoslawien vgl. das BR-Prot. Nr. 788 vom 7. Mai 1969,* dodis.ch/32399.

8. *Marginalie:* angeheftet. *Vgl. die Notiz* Schweizerischer Aussenhandel mit Jugoslawien *von R. Probst,* dodis.ch/32381.

9. *Vgl. dazu auch die Diskussion um die Abschaffung der Visumspflicht für Touristen, Dok. 62,* dodis.ch/32400.

geratenen Landsleute noch unsere Vertretungen in Belgrad oder Zagreb beheben können. Holland, Schweden und England haben deshalb an der Adria bereits Honorarkonsulate errichtet.

Industrielle Zusammenarbeit

Nachdem *Sulzer* schon vor vielen Jahren erstmals einen Lizenzvertrag mit einer jugoslawischen Werft[10] abschloss, sind in den letzten Jahren weitere Vereinbarungen solcher Art zustande gekommen. Die letzten Fälle betreffen Knorr, Suchard und Nestlé. Aber auch Ciba, Sandoz, Geigy, Brown Boveri, Schindler, um nur die wichtigeren Firmen zu nennen, haben Abkommen über die Zusammenarbeit mit jugoslawischen Partnern unterzeichnet. Die meisten Vereinbarungen dieser Art schienen befriedigend zu funktionieren. Jugoslawien besitzt überschüssige Kapazität und Arbeitskräfte, aber ungenügende Erfahrungen und know how. Die beiden Länder ergänzen sich also bis zu einem gewissen Grad recht günstig.

Ausländische Kapitalanlagen

Aus den bekannten Gründen sind die jugoslawischen Hoffnungen, die an das zu diesem Zweck erlassende Gesetz geknüpft wurden, bisher nur in sehr bescheidenem Ausmass in Erfüllung gegangen und keine einzige Schweizerfirma hat sich bisher bereit gefunden, neue Kapitalien auf Grund des erwähnten Gesetztes in Jugoslawien anzulegen. Von jugoslawischer Seite wird immer wieder bedauert, dass neben italienischen, englischen und deutschen Firmen nicht auch schweizerische Unternehmen sich engagieren wollen. Ob eine hier in Aussicht gestellte Neuauflage des Gesetzes die Situation verbessert, bleibt abzuwarten.

Errichtung von Firmenvertretungen

Die jugoslawische Gesetzgebung verbietet es unsern Exportfirmen, Schweizerbürger oder andere Ausländer in Jugoslawien als Vertreter zu etablieren. Solche Vertretungen dürfen nur von jugoslawischen Aussenhandelsfirmen ausgeübt werden, die oft nicht befriedigend arbeiten. Es ist offensichtlich, dass die Aussenhandelsfirmen alles unternehmen, um ihr gegenwärtiges Monopol zur Ausübung von Vertretungen langfristig zu schützen. Daraus ergeben sich für schweizerische Exportfirmen laufend Schwierigkeiten.

Kulturelle und Pressebeziehungen

Obwohl kein Kulturabkommen besteht, entwickeln sich auch diese Beziehungen erfreulich, besonders seit die Pro Helvetia über vermehrte Mittel verfügt und schweizerische Orchester, Theatergruppen oder einzelne Künstler in die Lage versetzt, auch in Jugoslawien aufzutreten. Noch viel zahlreicher sind jugoslawische Theatergruppen und Künstler, die für kürzere oder längere Zeit in der Schweiz tätig sind. Pro Helvetia hat auch einige jugoslawische Schriftsteller und Journalisten in die Schweiz eingeladen. Leider besitzen die beiderseitigen Zeitungen keine permanenten Korrespondenten im andern

10. *Brodogradalište 3. Maj.*

Lande. Trotzdem haben sich auch die Pressebeziehungen verbessert, seit die Redaktionen grosser Blätter dazu übergingen, hin und wieder Redaktionsmitglieder zum Besuche der Schweiz bzw. Jugoslawiens zu entsenden. 1970 wird die Pro Helvetia in Jugoslawien eine Architektur-Ausstellung organisieren, die in Belgrad, Zagreb und Ljubljana gezeigt werden soll. Das Interesse jugoslawischer Studenten und Professoren für die Schweiz ist grösser als umgekehrt, so dass die von Belgrad jedes Jahr offerierten Stipendien für Schweizer Studenten nicht immer ausgenützt werden können. Die wissenschaftlichen Kontakte, der Austausch von Fachliteratur und andere Formen der Zusammenarbeit wären noch verbesserungsfähig. Über Zürcher Galerien sind zahlreiche jugoslawische Maler, besonders die Naiv-Maler, im Ausland bekannt geworden.

Technische Hilfe

Die Schweiz leistet Jugoslawien nach wie vor solche Hilfe[11], aber nur in bescheidenem Ausmass. Die administrative Behandlung solcher Fälle durch die jugoslawischen Behörden ist leider eher ein Hindernis als eine Hilfe.

Jugoslawische Gastarbeiter in der Schweiz[12]

Die jugoslawische Presse veröffentlicht oft Artikel[13], aus denen hervorgeht, dass es den 15'000 in der Schweiz lebenden jugoslawischen Gastarbeitern im allgemeinen gut geht, und dass Belgrad froh wäre, wenn die Verhältnisse in andern europäischen Emigrationsländern ebenso gut wären wie in der Schweiz. Unsere jugoslawischen Gastarbeiter sind ungefähr zur Hälfte Intellektuelle, was zur Folge hat, dass die von ihnen regelmässig an ihre Familien adressierten Geldsendungen beträchtliche Summen erreichen und der Nationalbank entsprechende Deviseneinnahmen verschaffen. Seinerzeitige Bedenken, die Jugoslawen könnten sich politisch betätigen, sind nach Auskunft der zuständigen schweizerischen Behörden bisher völlig unbegründet gewesen[14].

---

11. *Zur technischen Hilfe an Jugoslawien und inwiefern diese Frage während des Besuchs von W. Spühler in Belgrad diskutiert werden sollte vgl. die Notiz von S. Marcuard vom 15. Oktober 1969,* dodis.ch/33371.

12. *Zu den jugoslawischen Arbeitskräften in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 130,* dodis.ch/14680; *DDS, Bd. 22, Dok. 109,* dodis.ch/30012*; DDS, Bd. 23, Dok. 59,* dodis.ch/31140; *das Schreiben von G. Pedotti an H. Miesch vom 9. November 1967,* dodis.ch/32374 *sowie die Notiz von H. Miesch vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/32340.

13. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Keller an W. Jaeggi vom 27. Dezember 1968,* dodis.ch/32375.

14. *Vgl. dazu den Bericht von E. Rüthemann an A. Amstein vom 7. Juni 1967,* dodis.ch/32376.

171

dodis.ch/30859

Protokoll der Botschafterkonferenz 1969[1]

Auszug *[Bern,]* 10. Oktober 1969

[...][2]

I. Rhodesien

Herr Bundesrat Spühler begrüsst die Anwesenden und bittet Herrn Minister Gelzer, einleitend über die Rhodesien-Frage[3] zu referieren.

Herr Minister Gelzer: Drei Daten markieren die «Leidensgeschichte» der Rhodesien-Sanktionen: Am 20. November 1965, kurz nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Regimes Smith, hat die UNO beschlossen, freiwillige Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien zu ergreifen. Da dieser Empfehlung kein Erfolg beschieden war, sah sich der Sicherheitsrat auf Betreiben der britischen Regierung am 16. Dezember 1966 veranlasst, gezielte Sanktionsmassnahmen zu beschliessen. Nachdem auch diese nicht zu der angestrebten Rückführung der abtrünnigen Kolonie in die «legality» geführt hatten, erliess der Sicherheitsrat am 29. Mai vorigen Jahres ein praktisch totales Wirtschafts- und Dienstleistungsembargo gegenüber Rhodesien[4]. Die Schweiz wurde jeweils über diese Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates orientiert und eingeladen, dem Generalsekretär über die getroffenen Massnahmen Bericht zu erstatten.

In seiner Stellungnahme[5] ist der Bundesrat zum Schlusse gekommen, dass sich unser Land als neutraler Staat[6] den Sanktionsmassnahmen nicht unterziehen kann; gleichzeitig bekundete er jedoch seinen Willen, dazu beizutragen, dass die Sanktionspolitik der UNO nicht durch Umgehungsmöglichkeiten durchkreuzt werde. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Bundesrat in autonomer Weise und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht

---

1. *Protokoll:* E2004B#1990/219#65* (a.133.41). *Protokoll der Plenarsitzung zu den Themen «Rhodesien», «Europäische Sicherheitskonferenz», «Das Verhältnis der Schweiz zum IKRK» vom 4. und 5. September 1969.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/30859.
3. *Für eine Übersicht über die Rhodesien-Frage vgl. auch DDS, Bd. 23, Dok. 130,* dodis.ch/31089 *und den* Bericht der Arbeitsgruppe des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartements betreffend die Haltung der Schweiz in der Sanktionenfrage gegen Rhodesien *vom 11. Januar 1967,* dodis.ch/33750.
4. *Zur Position der Schweiz zu den Verschärfungen der UNO-Sanktionen, u. a. auch im finanzwirtschaftlichen Bereich vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Micheli vom 3. April 1968,* dodis.ch/33720 *sowie die Notiz* Rhodesien: Die Haltung der Schweiz zu den UNO-Sanktionen *vom August 1969,* dodis.ch/33749.
5. *Erklärung von F. T. Wahlen vor der Presse am 17. Dezember 1965. Vgl. dazu das Schreiben von E. Thalmann an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 2,* dodis.ch/31066.
6. *Zur Frage der Neutralität in Zusammenhang mit UN-Sanktionen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 120* dodis.ch/31085, *bes. Anm. 7; den Bericht vom 11. Januar 1967,* dodis.ch/33750 *sowie das Referat von W. Spühler* vor den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der Eidgenössischen Räte *vom 23. bzw. 25. Januar 1968,* dodis.ch/34088.

beschlossen[7], die Einfuhr aus Rhodesien der Bewilligungspflicht im Rahmen des «courant normal»[8] zu unterstellen. Von einer Restriktion der Exporte, die laufend überwacht werden, konnte bisher abgesehen werden, da diese quantitativ kaum ins Gewicht fallen und daher für den Erfolg oder Misserfolg der Sanktionsmassnahmen bedeutungslos sein dürften.

Soviel zum Sachverhalt. Im folgenden seien drei Fragen gestreift, deren Beurteilung durch unsere Aussenposten für uns von besonderem Interesse ist.

1. Wir waren uns von Anfang an bewusst, dass die schweizerische Haltung nicht überall verstanden werden würde und dass befürchtet werden musste, unser Land könnte gemeinsam mit Südafrika und Portugal für das Scheitern der Sanktionen verantwortlich gemacht werden. Auf Grund unserer bisherigen Feststellungen glauben wir jedoch, annehmen zu können, dass zwischen der besondern Atmosphäre in New York und der Haltung der Regierungskreise in den Mitgliedstaaten unterschieden werden muss. Jedenfalls hatten wir mit weit stärkeren Reaktionen[9], namentlich seitens der schwarzafrikanischen Länder, gerechnet; statt dessen wurde unsere Stellungnahme, soweit sie überhaupt registriert worden ist, ohne besondere Emotion, ja zum Teil mit Verständnis, aufgenommen. Trotzdem sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns auch weiterhin über diese Frage orientiert halten und insbesondere allfällige unbegründete Anschuldigungen bezüglich unserer Haltung jeweils sogleich richtigstellen wollten.

2. Aus Berichten unserer Botschaften in Europa[10] geht mitunter hervor, dass einzelne Regierungen zwar formell den Willen bekunden, die Sanktionsbeschlüsse des Sicherheitsrates anzuwenden, dass diese in praxi jedoch, teils mangels gesetzlicher Grundlagen nicht befolgt, teils ganz einfach umgangen werden. Ihre Beobachtungen auch auf diesem Gebiete sind für uns wertvoll.

3. Das Wirtschafts- und Dienstleistungsembargo vom 29. Mai letzten Jahres sieht u. a. – im Sinne einer Empfehlung – die Schliessung sämtlicher Konsular- und Handelsvertretungen vor[11]. Es wäre für die Zentrale von Interesse, darüber

---

7. *BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965,* dodis.ch/31953.

8. *Für eine Definition des «courant normal» im Zusammenhang mit Importen aus Rhodesien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 154,* dodis.ch/30859.

9. *Vgl. dazu den Bericht des Politischen Diensts West über* das Echo auf die schweizerische Stellungnahme betreffend die UN-Sanktionsmassnahmen gegen Rhodesien *vom 29. März 1967,* dodis.ch/33666 *sowie das Telegramm Nr. 187 des Büros des schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York an das Politische Departement vom 24. September 1969,* dodis.ch/33746.

10. *Vgl. dazu die Notiz von E. Diez an M. Gelzer vom 26. Juni 1968,* E2001E#1980/83#3845* (C.23.20.(1)).

11. *In diesem Zusammenhang stellte die Frage der Regelung der Nachfolge des langjährigen Konsuls, J. Knüsi, in Salisbury die Schweiz vor Schwierigkeiten. Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an E. Diez vom 21. Juni 1968,* dodis.ch/33722 *und das Schreiben von G. Brunner an P. Micheli vom 31. Januar 1968,* dodis.ch/33730. *Eine ähnliche Situation stellte nach der Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens die Frage der Anerkennung und der Abberufung des Konsuls dar. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965,* dodis.ch/31953. *Die Schweiz wurde zudem von den USA, Kanada, Grossbritannien, Italien und Belgien für die*

auf dem laufenden gehalten zu werden, was andere Staaten in dieser Beziehung vorzukehren gedenken; dies insbesondere für den Fall, dass in Rhodesien die Republik ausgerufen werden sollte.

Herr Minister Bühler: Die mit Bundesratsbeschluss vom 10. Februar 1967[12] verfügten Exportrestriktionen, wonach die Einfuhr von Waren aus Rhodesien durch mengenmässige Jahreskontingente auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre (1964/66) beschränkt wurde, werden sehr streng gehandhabt. Tatsächlich ist die Gesamteinfuhr aus Rhodesien, die im Jahre 1967 3'367 t erreichte, im Vorjahr auf 2'477 t, d. h. also um 26% gesunken. Wertmässig ergab sich ein Rückgang von 11,5%. Angesichts dieser allgemein rückläufigen Tendenz, die zur Hauptsache den Tabak- und Fleischimporteuren zu danken ist, die sich durchwegs an das mit ihnen getroffene Gentleman's Agreement[13] gehalten haben, drängt sich in der geltenden Regelung keine Änderung auf.

Wenn auf dem Exportsektor im vergangenen Jahr ein leichtes Ansteigen festgestellt werden musste (10,8 Mio. Fr. gegenüber 8,4 Mio. im Jahre 1967 und 8,2 Mio. im Jahre 1966), so ist dieses auf eine einmalige Lieferung von chemischen Produkten, die via Südafrika nach Rhodesien gelangt sind, zurückzuführen[14]. Abgesehen von diesem bedauerlichen «Betriebsunfall», der sich nicht wiederholen sollte, halten sich unsere Ausfuhren durchaus im Rahmen eines theoretischen «courant normal», so dass zur Zeit kein Anlass besteht, die schweizerischen Exporte nach Rhodesien, die im übrigen monatlich überwacht werden, der Bewilligungspflicht zu unterstellen[15]. Ein entsprechender Bundesratsbeschluss könnte jedoch gegebenenfalls sofort in Kraft gesetzt werden.

Herr Botschafter Turrettini: Den Ausführungen der Herren Minister Gelzer und Bühler war zu entnehmen, dass in Bern keine Absicht besteht, die gegenwärtige Regelung betreffend den schweizerischen Rhodesienhandel zu ändern. In New York wird dieses Problem aber in der Tat anders gesehen[16]. Die Frage erscheint daher berechtigt, ob unsere Haltung dem schweizerischen Image in der Dritten Welt und insbesondere in Schwarzafrika nicht Schaden zufügen könnte. Man ist in UNO-Kreisen davon überzeugt, dass

---

Übernahme ihrer Interessen in Rhodesien angefragt. Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 130, dodis.ch/31089 *sowie das Schreiben von J. Ruedi an G. Brunner vom 3. Juli 1969,* dodis.ch/33742.

12. *BR-Prot. Nr. 237 vom 10. Februar 1967,* dodis.ch/33664.

13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 138,* dodis.ch/31090, *bes. Anm. 22 und Anm. 23 sowie das Schreiben* von H. Bühler an den Verband der schweizerischen Tabakindustrie vom 14. November 1967, E7110#1978/50#1694* (863.9).

14. *Dabei ging es um eine Lieferung von Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmittel der CIBA AG. Vgl. die Notiz* Rhodesien: Die Haltung der Schweiz zu den UNO-Sanktionen *vom August 1969,* dodis.ch/33749.

15. *Zur Frage der Beschränkung der schweizerischen Exporte nach Rhodesien und der Gewährung der Exportrisikogarantie vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer an H. Bühler vom 22. März 1968,* dodis.ch/33718; *die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 7. August 1968,* dodis.ch.33725 *und das PR.-Prot. Nr. 1361 vom 4. September 1968,* dodis.ch/33727.

16. *Zur Berichterstattung des schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York über den Rhodesien-Konflikt vgl. ferner Dok. 8,* dodis.ch/33239.

sich das Regime Smith auf die Dauer nicht halten oder auch nur aus seiner derzeitigen Isolation herauskommen kann. Auch scheint man je länger je weniger geneigt zu sein, zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern einen Unterschied zu machen. Die kürzliche Reaktion der algerischen Delegation im Komitee der Sieben im Zusammenhang mit der Nitrex-Affäre[17] deutet in diese Richtung.

Herr Botschafter de Keller wirft drei Fragen auf:

1. Welche Instruktionen würde der Bundesrat einem Vertreter der Schweiz erteilen, wenn diese der UNO als Vollmitglied angehörte, und dort die Frage der Rhodesiensanktionen aufgegriffen würde?

2. Die Grössenordnung der schweizerischen Exporte nach Rhodesien ist in der Tat gering. Sollten diese aber weiter ansteigen, wäre das, vom Standpunkt der Moralität aus gesehen, höchst unerwünscht. Gibt es in dieser Beziehung Anhaltspunkte für das Verhalten anderer Staaten?

3. Könnte der «courant normal» nicht auf den symbolischen Wert von 100 Franken herabgesetzt werden? Unser Bekenntnis zur Neutralität und unser Desinteressement am Rhodesienhandel liesse sich dadurch eindrücklich dokumentieren.

Herr Botschafter H. K. Frey: Für die Regierungen Ostafrikas ist Rhodesien eine Frage der Verantwortlichkeit Grossbritanniens, mit andern Worten, London ist in ihren Augen verpflichtet, die Rebellen in Salisbury mit dem Mittel der Macht zu zerschlagen. Die UNO-Sanktionen sind daher für die Afrikaner nichts weiter als ein fauler Kompromiss, der angesichts der Komplizität Südafrikas und Mozambiques von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Da wir nicht Mitglied der UNO sind, nimmt man unsere Haltung hin, ohne sie jedoch zu verstehen. Die Differenz zwischen New York und den Kapitalen der Mitgliedstaaten ist somit nur eine scheinbare: Die Sanktionen sind ein UNO-Problem, während man in den Hauptstädten bestrebt ist, das bilaterale Verhältnis nicht unnötig zu belasten.

Der Rhodesien-Konflikt ist aber nicht nur ein Anwendungsfall, sondern hängt zutiefst mit dem Problem der Rassendiskriminierung zusammen. Als Vollmitglied der UNO müssten wir in dieser Frage, die für die Dritte Welt von ausschlaggebender Bedeutung ist, Farbe bekennen. De facto sind wir nur in Europa eine «moralische Grossmacht», in Afrika müssen wir diese Qualifikation erst noch unter Beweis stellen.

Herr Botschafter René Keller: Die Passivität, mit der Grossbritannien auf die Forderung nach Machtanwendung gegenüber dem Regime Smith zu reagieren pflegt, erklärt sich aus dem hohen Emotionsgehalt, mit dem die Rhodesienfrage für die Briten angereichert ist. Keine britische Regierung, wie immer sie auch politisch orientiert sein mag, könnte sich diesem Postulat beugen. Was das von Herrn Minister Gelzer angeschnittene Problem der Beibehaltung unserer konsularischen Vertretung in Salisbury anbelangt, so

---

17. *Dabei verkaufte die schweizerische Unternehmung Nitrex AG in einem Dreiecksgeschäft Stickstoffdünger nach Rhodesien ohne dass dieser schweizerisches Territorium berührte. Vgl. dazu die Notiz vom August 1969,* dodis.ch/33749 *sowie Doss.* E2001E#1980/83#3845* (C.23.20.(1)).

stellt sich die Frage, was geschehen soll, wenn in Rhodesien die Republik ausgerufen wird. Schliesslich wirft auch die neue Tabakordnung[18] ein Problem auf, in dem sie vorsieht, dass Tabaklieferungen, die im Freilager liegen und nicht für den Import in die Schweiz bestimmt sind, in unserer Einfuhrstatistik aufscheinen. Dies sollte nicht nur aus optischen Gründen, sondern auch im Interesse der Glaubwürdigkeit der vom Bundesrat getroffenen Massnahmen vermieden werden können.

Herr Botschafter Hunziker: Die Rhodesienfrage wird auch für Südafrika, das zwar jede Teilnahme an Sanktionen der UNO ablehnt und die seit der UDI eingetretene Entwicklung als reinen Verfassungskonflikt zwischen London und Salisbury betrachtet, zu einer immer grösseren Belastung. Andererseits ergibt sich daraus für Pretoria der nicht unwillkommene Vorwand, die von Norden her eindringenden Terroristen bereits auf rhodesischem Territorium abzufangen. Was den südafrikanisch-rhodesischen Handel anbelangt, so sind hierüber keine zuverlässigen Angaben erhältlich. Die gegenseitige Verflechtung dürfte jedenfalls schon sehr weit fortgeschritten sein. Auch Tochtergesellschaften von schweizerischen Firmen sind im übrigen an diesem Geschäft beteiligt, ohne dass die südafrikanische Regierung dagegen einschreiten würde. Die Schweizer Kolonie in Südafrika hat denn auch der bundesrätlichen Haltung in der Rhodesienfrage nie viel Verständnis entgegenzubringen vermocht.

[...][19]

Herr Bundesrat Spühler: Auf die hypothetische Frage, welche Instruktionen einem Schweizer UNO-(Voll)Vertreter in der Rhodesienfrage erteilt würden, kann auch nur eine hypothetische Antwort erteilt werden. Allgemein gesagt, müsste unsere Haltung in erster Linie nach den Grundsätzen des Völkerrechts ausgerichtet werden. Auch hätten wir als Vollmitglied der UNO den Standpunkt des Vermittlers einzunehmen und die Grundprinzipien der Menschenrechte hochzuhalten. Dabei wären wohl auch gewisse wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen.

[...][20]

---

18. Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung *vom 21. März 1969, AS, 1969, S. 645–670.*

19. *Für die Voten der Botschafter H. Monfrini, A. Parodi, J. de Rham, H. Keller, E. Stadelhofer sowie der Minister H. Bühler und M. Gelzer vgl.* dodis.ch/30859.

20. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/30859.

172

dodis.ch/32362

Circulaire du Chef du Département de justice et police, L. von Moos[1]

Admission de réfugiés; procédure en matière d'asile

Berne, 10 octobre 1969

Lors de l'accueil des ressortissants tchécoslovaques dans notre pays[2], nous vous avons renseignés à diverses reprises sur la procédure à suivre pour l'admission de réfugiés. Nous tenons à récapituler ci-après les principes essentiels qui régissent actuellement notre pratique dans le domaine de l'asile.

Au cours de ces dernières années, le Conseil fédéral a souligné plusieurs fois sa volonté d'assurer une politique libérale en matière d'asile. C'est ainsi que la Suisse accorde l'asile – et ceci en interprétant de façon extensive les dispositions de la loi fédérale du 8 octobre 1948[3] sur le séjour et l'établissement des étrangers, du règlement d'exécution y relatif[4], du 1er mars 1949, et de la convention internationale du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés[5], qui a été ratifiée par la Suisse – non seulement lorsque le requérant rend vraisemblable qu'il serait exposé, dans son pays d'origine ou dans le pays de sa dernière résidence, à des persécutions en raison de sa race, de sa religion, de sa nationalité, de son appartenance à un certain groupe social ou en raison de ses convictions politiques. La pratique admet qu'il suffit à l'intéressé, pour obtenir l'asile, de faire valoir d'une manière plausible qu'il éprouvait, en raison du régime politique de ce pays, une contrainte morale fondée sur ces mêmes motifs. Nous interprétons ainsi la notion de réfugié d'une manière plus large que ne le font la plupart des autres Etats.

A l'occasion d'événements d'une nature particulière, tels que ceux qui se sont produits en automne 1956 en Hongrie[6] et en août 1968 en Tchécoslova-

---

1. *Circulaire:* E2001E#1980/83#455* (B.41.20.1). *Rédigée en allemand par H. Mumenthaler. Envoyée aux départements de police des cantons, aux représentations diplomatiques et consulaires de Suisse en Europe et à la Direction générale des douanes du Département des finances et des douanes. Copie aux départements cantonaux de l'assistance publique, au Département politique, à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et travail du Département de l'économie publique, à la Division fédérale de la police, à la Police fédérale des étrangers et au Service de police du Ministère public de la Confédération du Département de justice et police et à l'Office central suisse d'aide aux réfugiés. Pour la version allemande, cf.* dodis.ch/32362.
2. *Cf. doc. 108,* dodis.ch/33048.
3. Loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers *du 8 octobre 1948, RO, 1949, vol. I, pp. 225–231.*
4. Règlement d'exécution de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers *du 1er mars 1949, RO, 1949, vol. 1, pp. 232–249.*
5. Convention relative au statut des réfugiés (avec annexe) *du 28 juillet 1951, RO, 1955, pp. 461–481.*
6. *Sur l'accueil de réfugiés hongrois, cf. la notice de O. Schürch à M. Feldmann du 19 novembre 1956,* dodis.ch/17173 *et les propositions du Département de justice et police au Conseil fédéral du 6 novembre,* dodis.ch/12321 *et du 5 décembre 1956,* dodis.ch/12322.

quie, il se peut que les circonstances commandent d'admettre en Suisse les personnes qui en sont les victimes, sans que l'on examine dans chaque cas individuel si les conditions susmentionnées sont réalisées. Cette pratique doit toutefois être limitée à de telles périodes extraordinaires, sous peine d'affaiblir la notion de réfugié.

L'octroi de l'asile et la procédure y relative sont régis d'une manière générale par les *principes et directives* qui suivent:

1. *Principe*

1.1. Il est fait droit à une demande d'asile lorsque le requérant rend vraisemblable

– qu'il se trouvait menacé, dans son pays d'origine ou dans le pays de sa dernière résidence, en raison de sa race, de sa religion, de sa nationalité, de son appartenance à un certain groupe social ou de ses convictions politiques ou qu'il y éprouvait, pour les mêmes motifs, une contrainte morale résultant du régime politique de ce pays, et
– qu'il n'avait, pour se soustraire à cette menace ou à cette pression psychique, pas d'autre possibilité que de se réfugier en Suisse.

1.2. On considère que la venue en Suisse était pour le requérant la *seule possibilité* de chercher refuge s'il est entré dans notre pays par une voie plus ou moins directe, en règle générale dans un délai de dix jours à compter du moment où il a quitté son pays d'origine ou le pays de sa dernière résidence.

1.3. Il est possible de renoncer à la condition définie sous chiffre 1.2. si le requérant a en Suisse de proches parents de nationalité suisse ou étrangère et qu'il veuille se réunir avec eux. Sont en règle générale considérés comme proches parents les parents en ligne directe ascendante ou descendante, de même que, exceptionnellement, si des circonstances particulières le justifient, les parents en ligne collatérale au deuxième ou au troisième degré.

1.4. La Suisse n'est pas considérée comme le seul lieu de refuge entrant en ligne de compte lorsqu'un requérant se trouvant en Suisse a la possibilité de se rendre régulièrement dans un autre pays et qu'il peut raisonnablement être astreint à le faire. Cette condition est remplie notamment lorsque le requérant a dans le pays en question des parents, de proches connaissances ou d'autres attaches personnelles. En pareil cas, l'intéressé peut présenter une demande d'asile, mais il doit être astreint à quitter la Suisse. La décision sur la demande d'asile lui sera communiquée à l'étranger.

2. *Admission à la frontière*

2.1. Les services du contrôle frontière admettent provisoirement dans leur propre compétence les étrangers qui, sans être en possession d'un visa d'entrée suisse, demandent l'asile en arrivant à la frontière et sont en mesure de justifier de leur identité,

– à condition qu'ils fassent valoir de façon plausible qu'ils sont menacés dans *le pays limitrophe* pour des raisons inhérentes au régime politique de ce pays et que, pour se soustraire à cette menace, ils n'ont pas d'autre possibilité que de se réfugier en Suisse, ou

– lorsqu'ils ont en Suisse des parents en ligne directe ascendante ou descendante, de nationalité suisse ou étrangère, avec lesquels ils veulent se réunir et à condition qu'ils puissent faire valoir qu'ils sont menacés dans leur *pays d'origine* et, en règle générale, qu'ils aient quitté celui-ci depuis dix jours au plus.

2.2. Si ces conditions ne sont pas remplies, les requérants seront invités à s'adresser au consulat de Suisse le plus proche.

2.3. Lors d'événements particuliers, la division de police du Département fédéral de justice et police, d'entente avec le département, peut autoriser certains postes frontières ou les postes de secteurs entiers de la frontière à admettre provisoirement, dans leur propre compétence, les ressortissants d'un pays déterminé, à condition que ces derniers rendent vraisemblable qu'ils sont menacés pour des raisons inhérentes au régime politique de ce pays et, en règle générale, qu'ils aient quitté celui-ci depuis dix jours au plus.

2.4. La division de police et la police fédérale des étrangers seront informées par écrit de l'admission et du refoulement d'étrangers qui demandent l'asile.

2.5. En cas de doute, les services du contrôle frontière peuvent consulter par téléphone la division de police avant de prendre une décision.

3. *Octroi de l'autorisation d'entrée par des représentations diplomatiques et consulaires de Suisse en vue de l'examen de la demande d'asile*

3.1. Les représentations suisses à l'étranger peuvent accorder, dans leur propre compétence, l'autorisation d'entrée en Suisse aux personnes qui demandent l'asile à la Suisse et font valoir de façon plausible qu'elles sont menacées, pour l'une des raisons susmentionnées, sur le territoire de l'Etat où se trouve la représentation en question. Elles en informeront simultanément la division de police et la police fédérale des étrangers. L'autorisation sera seulement accordée à la condition que le requérant ne soit pas ressortissant d'un Etat tiers dans lequel il pourrait raisonnablement être astreint à se rendre, qu'il ne paraisse pas indigne de l'asile ou n'ait pas lésé des intérêts suisses par son activité ou son attitude.

3.2. Si le requérant ne peut pas rendre vraisemblable qu'il se trouve menacé ou si, pour une autre raison, les conditions requises ne sont pas remplies, ou lorsqu'il se trouve déjà dans un pays tiers dans lequel il pourrait en soi obtenir l'asile, la demande d'asile sera transmise, par l'entremise de la police fédérale des étrangers, à la division de police pour décision.

3.3. Lorsque la représentation suisse accorde le visa dans sa propre compétence, elle enjoint au requérant de se présenter au service suisse du contrôle frontière, afin que ce dernier puisse lui assigner un lieu de séjour après avoir pris contact avec la division de police.

4. *Octroi de l'autorisation de séjour aux réfugiés qui ont déjà obtenu l'asile dans un pays tiers*

4.1. Pour les étrangers qui ont déjà obtenu l'asile dans un pays tiers et que les autorités de police des étrangers autorisent à venir en Suisse pour y travailler ou pour d'autres motifs, la Suisse deviendra en principe, après un séjour ininterrompu de deux ans, le pays de second asile. La division de police est disposée à soumettre de tels étrangers, sur demande, aux dispositions de

l'arrêté fédéral du 26 avril 1951[7] concernant la participation de la Confédération aux frais d'assistance de réfugiés et à leur délivrer un titre de voyage suisse en vertu de la convention internationale relative au statut des réfugiés.

4.2. L'octroi de secours selon les dispositions de l'arrêté fédéral concernant la participation de la Confédération aux frais d'assistance de réfugiés pendant le délai de deux ans susmentionné n'est possible que dans des cas spéciaux et à la condition que la division de police l'ait promis avant l'entrée en Suisse de l'intéressé.

5. *Procédure*

5.1. Les étrangers qui demandent l'asile à l'intérieur du pays ou qui ont été autorisés à entrer en Suisse par les services du contrôle frontière sur la base de la demande d'asile qu'ils ont présentée en arrivant à la frontière seront entendus par les services de police du canton de séjour ou du canton frontière; un procès-verbal d'audition sera établi d'après le schéma ci-joint. Il en sera de même pour les étrangers autorisés à entrer en Suisse sur la base d'une demande d'asile présentée auprès d'une représentation suisse à l'étranger.

5.2. Le procès-verbal d'audition sera transmis sans délai, en deux exemplaires et accompagné des pièces de légitimation du requérant, par l'entremise de la police des étrangers du canton de séjour, à la division de police pour décision.

5.3. A moins que des tiers n'aient garanti son entretien ou ne soient tenus légalement de l'assister, le requérant peut au besoin être hébergé provisoirement, par les soins des autorités locales d'assistance, à des conditions aussi avantageuses que possible, aux frais de la division de police. Une facture indiquant le détail des dépenses engagées pour chaque personne sera adressée chaque mois à la division de police.

5.4. Avant qu'une décision soit prise sur la demande d'asile, aucun appartement ne devrait être procuré au requérant. Celui-ci ne doit jusque là être autorisé à prendre un emploi qu'à titre provisoire et révocable.

5.5. L'incarcération d'un étranger qui demande l'asile ne sera tout au plus ordonnée que s'il existe des doutes au sujet de son identité.

Nous vous serions obligés de porter les principes et directives ci-dessus à la connaissance des services qui vous sont subordonnés et auxquels il incombe de les appliquer.

Par ailleurs, nous nous permettons de relever que notre circulaire du 26 novembre 1948[8] concernant le passage de la frontière et l'admission de réfugiés, à laquelle on se réfère encore quelquefois, doit être considérée comme annulée. Sont également annulés le chiffre 1 de la circulaire[9] de la division de police aux départements de l'assistance publique des cantons, du 22 mai 1969, de même

---

7. Arrêté fédéral du 26 avril 1951 concernant la participation de la Confédération aux frais d'assistance de réfugiés *du 26 avril 1951, RO, 1970, pp. 1010–1014.*

8. *Circulaire du Département de justice et police aux directions de police des cantons du 26 novembre 1948,* dodis.ch/34172.

9. *Circulaire du Département de justice et police aux départements de l'assistance publique des cantons du 22 mai 1969,* dodis.ch/34174.

que le chiffre II de la circulaire N° 35/68[10] que la police fédérale des étrangers a adressée le 5 décembre 1968 aux représentations de Suisse à l'étranger, aux polices cantonales des étrangers et aux postes frontières.

10. *Circulaire de la Police fédérale des étrangers du Département de justice et police du 5 novembre 1968,* dodis.ch/34173.

173

dodis.ch/33275

Notiz des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

[Bern,] 10. Oktober 1969

Am 7. Oktober spricht der libanesische Botschafter, Herr Michel Farah, auf eigenes Begehren bei mir vor. Er erklärt, er empfinde nach seiner vor kurzem erfolgten Rückkehr aus den Ferien im Libanon das Bedürfnis nach einer «informellen Aussprache auf persönlicher Basis». Irgendwelche konkreten Begehren habe er keine zu stellen. F*[arah]* bringt dabei u. a. folgende Angelegenheiten zur Sprache:

1. Spionageangelegenheit Frauenknecht[2]

F*[arah]* drückt sein Bedauern aus, dass gerade die Schweiz Schauplatz dieser Spionageangelegenheit geworden sei, wobei er allerdings seine Genugtuung darüber, dass die beteiligten israelischen Stellen sich ins Unrecht versetzt haben, sowie namentlich auch über die schweizerische Reaktion (persona non grata-Erklärung des Militärattachés[3]) kaum zu verbergen vermag. In diesem Zusammenhang macht F*[arah]* Andeutungen, wonach in Zukunft eventuell noch «andere Dinge» ans Tageslicht kommen könnten. Meiner Aufforderung, seinen Hinweis näher zu präzisieren, weicht er zunächst mit dem Bemerken aus, die Verfolgung derartiger Angelegenheiten falle nicht in seinen Aufgabenbereich und er enthalte sich selbstverständlich strikte jeglichen unerlaubten Informationsdienstes. Alsdann fügt er allerdings bei, die Vertreter der arabischen Staaten in der Schweiz hätten Kenntnis davon, dass die israelischen Behörden bei Schweizer Bankinstituten schon verschiedentlich zur

1. *Notiz (Kopie):* E2001E#1980/83#244* (B.11.43.1).
2. *Vgl. dazu die Notiz des Militärdepartements vom 30. September 1968; die Schreiben von A. Parodi an P. Micheli vom 23. Oktober 1969,* dodis.ch/33554 *und vom 30. Oktober 1969,* dodis.ch/32264; *das BR-Beschlussprot. II der 36. Sitzung vom 29. September 1969,* dodis.ch/33303, *S. 5; das Schreiben von P. R. Jolles an R. Eibel vom 20. Januar 1970,* dodis.ch/33558; *das BR-Prot. Nr. 112 vom 21. Januar 1970,* dodis.ch/33561 *sowie das Rundschreiben des Politischen Departements an die schweizerischen Botschaften vom 21. Januar 1970,* dodis.ch/33565.
3. *Z. Alon. Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II der 37. Sitzung vom 6. Oktober 1969,* E1003#1994/26#12*, *S. 1 und Doss.* E2001E#1980/83#2900* (B.22.84.51).

Finanzierung von Waffenlieferungen aus Drittstaaten beträchtliche Zahlungen vorgenommen hätten; Dayan selbst habe zweimal anlässlich von Aufenthalten in der Schweiz derartige Zahlungen getätigt. F*[arah]* ist sich bewusst, dass die schweizerischen Behörden kaum über eine rechtliche Handhabe verfügten, um derartige Transaktionen zu unterbinden. Das Vorgehen der israelischen Regierung, die sich für die Abwicklung solcher Transaktionen offensichtlich die israelophile Stimmung in der Schweiz zunutze mache, erscheine indessen nicht unbedenklich.

2. Strafverfahren gegen die El Al-Attentäter[4]

F*[arah]* kommt alsdann auf das Strafverfahren[5] gegen die Klotener Attentäter zu sprechen. Er möchte sich, wie er betont, in keiner Weise in diese Angelegenheit einmischen oder sich für die Angeschuldigten verwenden, von welchen sich die libanesische Regierung von allem Anfang an ausdrücklich distanziert habe. Als Vertreter eines mit der Schweiz befreundeten Staates halte er es aber für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, dass die nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in der Schweiz selbst (Reaktion des Zürcher Anwaltsverbandes im Zusammenhang mit der Mandatsniederlegung der Herren Treadwell und Meister) lautgewordene Kritik betreffend gewisse angebliche Mängel bei der Durchführung des Strafverfahrens das Verhältnis der Schweiz zu den arabischen Staaten mehr und mehr belaste und damit zu einer Beeinträchtigung der Beziehungen führe, die ihn mit Sorge erfülle. Ob die im Verfahren geäusserte Kritik begründet sei, vermöge er nicht zu beurteilen. Er möchte sich dazu, wie er betont, auch gar nicht äussern. Indessen stehe man vor der Tatsache, dass Vertreter der Zürcher Justiz in eine Kontroverse einbezogen und damit in gewissem Sinne zur Partei geworden seien. Ein Strafverfahren, das unter derartigen Bedingungen durchgeführt werde, berge die Gefahr in sich, dass auch ein daraus resultierendes Urteil mit dem Verdacht der Parteilichkeit behaftet sei. Er frage sich unter diesen Umständen, ob es nicht im Interesse der Sache, ja auch der Beteiligten selbst läge, wenn sich die – vielleicht zu Unrecht – dem Vorwurf der Parteilichkeit ausgesetzten Personen in den Ausstand begäben und die weitere Verfolgung der Angelegenheit einer anderen richterlichen Behörde übertragen würde. Auf diese Weise würde nach Auffassung F*[arah]*s wesentlich zu einer Beseitigung des herrschenden Missbehagens beigetragen, was sich auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und den arabischen Staaten günstig auswirken dürfte.

Nach Anhören dieser Ausführungen beschränke ich mich darauf, meinem Gesprächspartner gewisse Grundsätze der Gewaltentrennung, wie sie in der Schweiz Anwendung findet, sowie der Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen in Erinnerung zu rufen. Ich verweise auch darauf, dass die schweizerische Gesetzgebung den Angeschuldigten Möglichkeiten biete, sich gegen Mängel des Verfahrens zu Wehr zu setzen, wodurch allfällige Irrtümer korrigiert werden können.

---

4. *M. Abu El Heiga, I. T. Yousef, A. Dahbor und A. M. Hassan.*
5. *Vgl. dazu Dok. 177,* dodis.ch/33291.

F*[arah]* ist offensichtlich nicht sonderlich befriedigt von meiner Reaktion. Ähnlich wie die Vertreter anderer arabischer Staaten scheint er Misstrauen gegenüber gewissen Vertretern der Zürcher Justiz zu hegen und neigt dazu, diesen Eindruck in ungerechtfertigter Weise zu verallgemeinern.

174

dodis.ch/33128

Notice pour le Chef de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève, J. Humbert[1]

AFFAIRE KOTCHEGAROV

Secret *[Berne,]* 14 octobre 1969

Le cas Kotchegarov dont vous avez eu à vous occuper dernièrement n'est malheureusement pas la seule affaire d'espionnage qui se soit produite durant ces dernières années à Genève et dans laquelle un fonctionnaire international de nationalité soviétique a été impliqué.

Nous vous rappelons l'affaire Petrov[2] qui s'était produite au printemps 1967 à l'UIT où M. Petrov exerçait la fonction de vice-président du Comité international d'enregistrement des fréquences. Cette position particulière, qui ne nous permettait pas d'assimiler sans autres l'intéressé à un fonctionnaire international dont nous aurions pu demander au secrétaire général[3] de l'organisation que son immunité de juridiction soit levée, nous avait amenés à charger votre prédécesseur[4] de demander à Mme Mironova son rappel par les autorités soviétiques.

Par ailleurs, il s'était avéré en automne de cette même année 1967 qu'un fonctionnaire soviétique de l'OIT, M. Kleimenov, avait trempé dans une importante affaire d'espionnage[5] découverte en Italie. M. l'Ambassadeur Keller avait alors aussitôt demandé à M. Morse le départ de cette personne qui avait d'ailleurs déjà quitté le territoire suisse, le BIT étant informé peu après par les autorités soviétiques que Kleimenov, terrassé par une crise cardiaque à Moscou, ne regagnerait pas son poste à Genève. M. Morse avait au demeurant, avec notre accord, informé Mme Mironova de cette affaire. Votre collègue soviétique est par conséquent parfaitement au courant de ces trois affaires.

Devant une telle recrudescence de cas d'espionnage dans lesquels des fonctionnaires internationaux soviétiques se trouvent compromis, nous nous voyons obligés, d'entente avec le Service politique Est, de vous prier d'effectuer une démarche auprès de Mme Mironova. Cette démarche devrait avoir pour

1. *Notice:* E 2210.7(A)1987/57 vol. 9 (7-022.51). *Rédigée par F. Pictet et signée par E. Thalmann.*
2. *Sur l'affaire Petrov, cf. la notice de A. Janner à W. Spühler du 6 février 1967,* dodis.ch/33341.
3. *M. E. Mili.*
4. *R. Keller.*
5. *Sur cette affaire, cf. la lettre de L. von Moos à W. Spühler du 25 avril 1967,* dodis.ch/33342.

but de faire part à la représentante permanente de l'URSS combien les autorités fédérales sont désagréablement surprises de constater le rôle que des ressortissants soviétiques jouent dans notre pays sous le couvert de leur statut de fonctionnaire international et d'exprimer notre ferme espoir que de tels faits ne se reproduiront plus. Nous ne pensons pas, pour le moment tout au moins, qu'il convienne de formuler une protestation en bonne et due forme; votre interlocutrice devrait toutefois comprendre que tel est bien le but de votre intervention.

C'est à dessein que nous vous chargeons de cette mission plutôt que de faire des représentations à l'ambassadeur d'URSS[6] à Berne de manière à ne pas transposer ces affaires, qui ont toutes eu Genève pour théâtre, sur le plan de nos relations bilatérales.

Nous vous saurions gré de nous faire rapport[7], ainsi qu'au Service politique Est, sur votre entretien.

---

6. *A. S. Tchistiakov.*
7. *Cf. la lettre de J. Humbert à E. Thalmann du 23 octobre 1969*, E2001E#1980/83#3910* (B.11.43).

175

dodis.ch/33035

Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique, S. Marcuard, au Service économique et financier du Département politique[1]

Postulat Ziegler du 24 juin 1969[2]. Capitaux en fuite des pays en développement affluant en Suisse

[Berne,] 15 octobre 1969

En réponse à votre lettre du 2 octobre[3], voici notre position à l'égard du postulat Ziegler.

Le problème soulevé par M. Ziegler est celui des capitaux en fuite qui proviennent des pays de développement et affluent vers des banques et instituts financiers domiciliés en Suisse; il invite le Conseil fédéral à soumettre aux Chambres des dispositions concrètes permettant d'endiguer le flot de ces capitaux. L'une d'entre elles, suggérée par M. Ziegler, serait de soumettre à autorisation fédérale toute demande de dépôt adressée à une banque suisse par un ressortissant d'un pays avec lequel la Suisse a signé une convention de coopération technique.

---

1. *Notice:* E2001E#1980/83#683* (C.41.129.1). *Rédigée par Ch. H. Steinhäuslin.*
2. *Doss. comme note 1. Cf. aussi doc. 47,* dodis.ch/32230 *et doc. 88,* dodis.ch/33019.
3. *Lettre de P. A. Nussbaumer au Délégué à la coopération technique du Département politique, à la Division du commerce du Département de l'économie publique et à l'Administration des finances du Département des finances et des douanes du 2 octobre 1969,* dodis.ch/33144.

La Suisse a conclu des accords de coopération technique[4] (accords-cadre et accords tripartites) avec 22 pays en voie de développement: 14 pays africains, 4 sud-américains, 2 asiatiques et 2 européens (Yougoslavie et Malte). Ainsi, la mesure proposée par M. Ziegler ne pourrait s'appliquer qu'à l'encontre des citoyens d'une petite minorité de pays en développement et serait partant discriminatoire. Elle pourrait en outre inciter certains pays à dénoncer leur accord ou d'autres pays à ne pas conclure d'accord avec la Suisse, ce qui serait préjudiciable aux populations de ces pays et à la coopération technique suisse en général.

Le problème de la fuite des capitaux en provenance des pays en développement se pose pourtant et il est choquant. Mais la législation suisse étant ce qu'elle est, il n'est pas possible pour notre pays de prendre des mesures efficaces dans ce domaine. En admettant même que la Suisse modifie sa législation bancaire[5], il n'en resterait pas moins qu'une mesure unilatérale de sa part serait inopérante.

Le problème de la fuite des capitaux est d'ailleurs à l'étude sur le plan international; toutefois, pour les raisons que nous venons d'indiquer, nous ne croyons pas non plus que la Suisse puisse adhérer à une convention internationale, si tant est qu'une telle convention puisse être élaborée.

Enfin, en ce qui concerne la question que vous avez soulevée, à savoir le contrôle de l'utilisation des fonds de la coopération technique suisse, ce problème est résolu, puisque nous ne mettons pas des sommes d'argent à la disposition des pays en développement, mais du matériel, des experts, des bourses, etc.

4. *Cf. doc. 101,* dodis.ch/32839.
5. *Cf. doc. 23,* dodis.ch/33015 *et doc. 76,* dodis.ch/33138.

176

dodis.ch/32371

Le Directeur de la Police fédérale des étrangers du Département de justice et police, E. Mäder, aux polices des étrangers des cantons de Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Soleure, Berne, Neuchâtel, Vaud, Genève et Valais[1]

Frontaliers non français domiciliés en France et travaillant en Suisse

Berne, 23 octobre 1969

Ayant reçu ces derniers temps des informations selon lesquelles les autorités françaises auraient décrété de nouvelles dispositions relatives aux frontaliers non français domiciliés en France et travaillant en Suisse, nous avons chargé[2]

1. *Lettre:* E2001E#1980/83#2260* (B.11.21.1.(2)). *Copies à la Direction générale des douanes du Département des finances et des douanes, à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail du Département de l'économie publique, à l'Ambassade de Suisse à Paris et au Kantonales Arbeitsamt des Kantons Baselland.*
2. *Cf. la lettre de H. Tzaut à P. Dupont du 23 juillet 1969,* E 2200.41 1984/95 vol. 48 (473.13).

l'Ambassade de Suisse à Paris de se renseigner auprès du Ministère de l'Intérieur sur la réglementation envisagée et les conséquences que celle-ci aura pour les frontaliers de nationalité autre que française. Nous vous transmettons en annexe une photocopie de la réponse[3] de notre représentation diplomatique que nous pouvons résumer comme suit:

1) *Frontaliers algériens;* en application de l'accord franco-algérien du 27 décembre 1968, seuls les Algériens titulaires d'un certificat de résidence en cours de validité, celle-ci étant selon les cas de cinq ou dix ans, seront autorisés à conserver leur résidence en France tout en travaillant en Suisse, mais, semble-t-il, uniquement pendant la durée de validité de leur titre de séjour. Arrivés à échéance, les certificats de résidence ne seraient plus renouvelés si leurs titulaires poursuivent leur activité en Suisse. Quant aux Algériens nouvellement arrivés en France, ils n'obtiendront pas de certificat de résidence et leur retour en France ne sera de ce fait pas assuré.

Vu ce qui précède, nous n'autoriserons dorénavant l'octroi de visas permanents aux Algériens pour prise d'emploi en qualité de frontaliers qu'à la condition qu'ils soient en possession d'un certificat de résidence dont la durée de validité devra être supérieure à celle du visa.

2) *Frontaliers ressortissants d'autres pays;* seuls les frontaliers titulaires d'une carte de résidant privilégié sont assurés de pouvoir résider en France tout en travaillant en Suisse comme frontaliers. Dès lors l'octroi d'une autorisation pour prise d'emploi en qualité de frontalier – carte frontalière pour prise d'emploi ou, le cas échéant, visa permanent – sera en principe liée à la condition que le requérant soit en possession d'une carte de résidant privilégié.

Il ressort de la lettre de notre Ambassade ainsi que de communications provenant d'autorités régionales françaises, que celles-ci disposeraient d'une certaine latitude pour régler la situation d'étrangers qui ne rempliraient pas les conditions ci-dessus. Nous vous prions par conséquent de prendre contact en cas de besoin, de la façon que vous jugerez appropriée, avec l'autorité française compétente en vue d'obtenir en faveur de certains requérants ne possédant pas la carte de résidant privilégié une garantie de retour en France pour la durée de l'emploi en Suisse.

3) *Période transitoire;* de nombreux ressortissants de pays tiers ont obtenu, notamment pendant les premiers mois de cette année, des visas permanents ou cartes frontalières valables un an sur la base de garanties de retour en France ne correspondant plus aux nouvelles prescriptions françaises. Il faut dès lors prévoir qu'à partir du 1er janvier 1970 bon nombre de frontaliers, en particulier des Algériens, se trouveront en difficultés du fait que leur retour en France ne sera plus assuré. Ils pourraient alors profiter de leur autorisation frontalière suisse pour se rendre dans notre pays où ils se trouveraient bloqués. En vue de trouver une solution à ce problème, nous avons pris contact avec le Ministère de l'Intérieur à Paris et lui avons proposé d'honorer pendant une période transitoire les garanties de retour en France délivrées sous l'ancien régime[4].

---

3. *Lettre de A. Rappard à E. Mäder du 5 septembre 1969, doss. comme note 1.*

4. *Annotation manuscrite dans la marge:* pas par l'ambassade.

Nous ne manquerons pas de vous faire part le plus rapidement possible du résultat de notre démarche[5].

On peut s'attendre que la mise en application des nouvelles dispositions françaises soulèvera au début encore quelques questions d'ordre administratif qui devront être réglées avec les autorités françaises. Nous vous saurions gré de nous en informer au fur et à mesure afin que nous puissions renseigner les autres cantons intéressés et, si nécessaire, prendre de notre côté des mesures qui pourraient s'imposer.

5. *Cf. la lettre de E. Mäder aux polices des étrangers des cantons de Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Soleure, Berne, Neuchâtel, Vaud, Genève et Valais du 8 décembre 1969, doss. comme note 2.*

177

dodis.ch/33291

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 40. Sitzung vom 5. November 1969[1]

Auszug *[Bern,]* 6. November 1969

[...][2]

Strafverfahren gegen die Attentäter von Kloten[3]

Herr Bundespräsident von Moos orientiert über die Situation und macht darauf aufmerksam, dass die vor kurzem noch diskutierte Möglichkeit einer Rücknahme des Verfahrens und dessen Übertragung an das Bundesstrafgericht heute praktisch unmöglich ist, da die Zürcher Behörden die Überweisung an ihr Geschworenengericht bereits vorgenommen und das Datum für den Prozess angesetzt haben. Welches aber der Entscheid des Bundesrates sei, muss dem arabischen Anwaltsverband und dem Regierungsrat des Kantons Zürich noch Bescheid gegeben werden. *Herr Spühler* bedauert, dass der Bundesrat nicht früher Stellung nehmen konnte, denn es steht fest, dass eine Rücknahme des Prozesses aus verschiedenen Gründen besser gewesen wäre. Jetzt ist dies aber tatsächlich schwer geworden. Immerhin sollte man noch abklären, ob nicht

1. *BR-Beschlussprot. II:* E1003#1994/26#12*.
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33291.
3. *Vgl. dazu Dok. 130,* dodis.ch/33710; *das BR-Beschlussprot. II der 8. Sitzung vom 19. Februar 1969,* dodis.ch/33286; *das Rundschreiben von M. Gelzer an die schweizerischen Vertretungen vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/34029; *die Notiz von M. Gelzer vom 28. Februar 1969,* dodis.ch/33710; *das BR-Prot. Nr. 527 vom 26. März 1969,* dodis.ch/33973; *die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 12. August 1969,* dodis.ch/34021; *das Schreiben von M. Gelzer an A. Kaech vom 29. Oktober 1969,* dodis.ch/33977; *das Telegramm Nr. 216 des Politischen Departements an das Büro des schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York vom 3. Dezember 1969,* dodis.ch/34020 *und das Telegramm Nr. 228 der schweizerischen Botschaft in Beirut an das Politische Departement vom 30. Dezember 1969,* dodis.ch/33883.

das Verfahren in Zürich zusammen mit der allfälligen Anrufung des Kassationshofes doch etwa gleich viel Zeit beansprucht wie das Verfahren vor dem Bundesstrafgericht allein. Herr Spühler wäre noch heute, wenn der Bundesrat dieser Auffassung ist, mit einer Rücknahme einverstanden. Für die Zukunft sollte man aber auf jeden Fall die Lehre ziehen und in all diesen Fällen, da politische und diplomatische Überlegungen eine Rolle spielen, nicht mehr die kantonale Gerichtsbarkeit beauftragen.

Herr Celio hält dafür, dass heute eine Rücknahme praktisch nicht mehr in Frage kommt. Dies wäre nur damals denkbar gewesen, als die Zürcher Behörden das Verfahren ungeschickt und schleppend einleiteten. Gleicher Auffassung sind die *Herren Bonvin und Gnägi,* wobei der letztere allerdings die Frage aufwirft, ob nicht selbst gegen das Verfahren in Zürich noch verzögernde Rechtsmittel möglich sind, weil wir dann eine nochmalige Verschleppung erfahren könnten. *Herr Bundespräsident von Moos* ist bereit, diese von Herrn Gnägi aufgeworfene Frage noch zu prüfen. In der weiteren Diskussion wird von Herrn Spühler noch die Frage aufgeworfen, wie sich die Lage im Falle der Zurücknahme und der Überweisung des Prozesses an das Bundesstrafgericht in internationaler Sicht präsentiert. Er stellt fest, dass in diesem Falle gegen eine Kaution, welche Libyen offeriert hat, auch die arabischen Häftlinge freigegeben werden könnten. Der Rat bespricht kurz auch diesen Gesichtspunkt, bleibt aber dabei, dass eine Rücknahme im jetzigen Moment ohne eine begründete Desavouierung der Zürcher Justiz nicht mehr möglich ist. Es wird beschlossen, in diesem Sinne dem arabischen Anwaltsverband und dem Regierungsrat des Kantons Zürich Bescheid zu geben. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, diese Schreiben im Einvernehmen mit den beiden beteiligten Departementen auszuarbeiten und namens des Bundesrates abgehen zu lassen.

[...][4]

4. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/33291.

178

dodis.ch/33038

Le Chef du Département politique, W. Spühler,
au Président du Conseil des Communautés européennes, J. Luns[1]

Berne, 12 novembre 1969

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 4 novembre 1969[2], par laquelle vous me faites part de l'intérêt que les Etats membres des Communautés européennes attacheraient à la participation de la Suisse à la coopé-

1. *Lettre (copie):* E 2210.1(-) 1984/119 Bd. 172 (7-11b.8). *Cette copie a été adressée à la Mission suisse auprès les Communautés européennes à Bruxelles* avec prière de bien vouloir transmettre l'original au destinataire. *Annotation manuscrite dans la marge:* Urgent. Veuillez faire le nécessaire (pour le Secrétaire général du Conseil?).
2. *Lettre de H. J. de Koster à W. Spühler du 4 novembre 1969, doss. comme note 1.*

ration qu'ils envisagent de réaliser dans le domaine de la recherche scientifique et technique[3]. Vous me priez de vous faire connaître l'opinion du Conseil fédéral sur les propositions que renferment votre lettre et les documents qui y sont annexés[4].

Je tiens à vous déclarer que les autorités suisses saluent l'initiative prise par les Etats membres des Communautés européennes. Nous avons procédé à un premier examen des actions proposées par vous et des méthodes envisagées pour leur réalisation. Les milieux industriels et scientifiques intéressés ont été associés à cet examen[5]. Ce dernier, qui n'a pu porter en raison du temps disponible sur tous les aspects des projets choisis, a permis de constater que les actions suggérées rencontrent en Suisse un intérêt marqué. Nous estimons que notre pays pourrait fournir une contribution utile aux travaux prévus.

J'ai donc l'honneur de vous faire savoir que le Conseil fédéral suisse accepte volontiers votre invitation et se déclare prêt à prendre part, de concert avec les Etats membres des Communautés européennes et des autres pays européens intéressées, à l'examen commun des projets retenus et des modalités qui pourraient être adoptées pour leur mise en œuvre. Les autorités suisses poursuivent l'étude de vos propositions et se permettront de préciser leur point de vue à un stade ultérieur.

---

3. *Sur la collaboration scientifique en technologique en Europe, cf. doc. 69,* dodis.ch/32480; *doc. 71,* dodis.ch/33017; *la notice de E. Thalmann à W. Spühler du 25 novembre 1967,* dodis.ch/33624 *et le PVCF N° 502 du 26 mars 1969,* dodis.ch/33691.

4. *Doss. come note 1.*

5. *Cf. doss.* E7113A#2001/191#284* (777.741.4).

179

dodis.ch/33041

Notice interne du Département politique[1]

Maintien de la parité du franc suisse après la réévaluation du deutsche mark de 8,5% (ou 9,3%)

Berne, 17 novembre 1969

Le 6 octobre dernier[2], soit quelques jours après la décision du Gouvernement allemand de laisser flotter le cours du mark, le Conseil fédéral déclara dans un communiqué officiel qu'il était décidé à maintenir la parité du franc.

---

1. *Notice:* E2001E#1980/83#669* (C.41.121.0). *Rédigée par J. Failletaz. Envoyée aux Missions diplomatiques suisses, à la Mission suisse auprès des Communautés européennes à Bruxelles, à la Délégation suisse près l'OCDE à Paris, au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès de l'ONU à New York et au Consulat général de Suisse à New York.*

2. *Communiqué de presse de la Chancellerie fédérale du 6 octobre 1969,* E2807#1974/12#576* (17-15). *Cf. aussi le PVCF de décision II de la 36ème séance du 29 septembre 1969,* dodis.ch/33303, *p. 3 et le PVCF de décision II de la 37ème séance du 9 octobre 1969,* E1003#1994/26#12*, *pp. 1 s.*

Par la suite, le Chef du Département des finances et des douanes[3] réaffirma à plusieurs reprises, notamment le 24 octobre, jour de la fixation de la nouvelle parité du mark, que notre monnaie ne serait pas réévaluée.

Nos autorités ont bien accueilli la réévaluation allemande dans la mesure où celle-ci a mis fin à une longue période d'incertitude et où, faisant suite aux dévaluations britannique[4] et française[5], elle devrait contribuer à un meilleur équilibre du système monétaire international. Toutefois, les responsables de notre politique économique et monétaire ont dû en même temps constater que la réévaluation allemande survenait à un moment peu propice pour notre pays étant donné que notre économie se trouve au seuil d'une période de surchauffe[6].

La République fédérale allemande est notre principal partenaire commercial[7]. En 1968, nos exportations à destination de la RFA ont représenté 14,2% de nos exportations totales tandis que la relation atteignait 29,5% pour les importations. Or, comme on le sait, la réévaluation du mark devrait, d'une part, entraîner une hausse des prix des biens importés de la République fédérale et, d'autre part, donner une nouvelle impulsion à nos exportations vers ce pays ainsi que vers les marchés tiers où nos produits sont en concurrence avec les produits allemands. Aussi est-il à craindre que ces deux facteurs conjugués, auxquels il faut encore ajouter l'effet de rapatriements de fonds, n'accroissent sensiblement la surchauffe économique qui se dessinait déjà, cela d'autant plus que le taux de réévaluation du mark finalement choisi est plus élevé que celui auquel on s'attendait généralement[8]. A noter que d'éventuelles hausses de salaires dans l'industrie privée pourraient contribuer à aggraver la situation.

Tout en reconnaissant les avantages qu'une réévaluation du franc aurait éventuellement eus du point de vue de la lutte contre l'inflation, les responsables de notre politique économique n'ont pu toutefois ignorer les sérieux inconvénients d'une telle mesure. Ceux-ci peuvent être brièvement présentés comme suit:

1. Rappelons tout d'abord que nos autorités ont déclaré à plusieurs reprises, ces dernières années, que les parités monétaires ne devraient, en principe, pas être modifiées à des fins conjoncturelles. La conjoncture est en effet mouvante par nature et de trop fréquentes manipulations ne manqueraient pas d'entraîner une insécurité dans les relations commerciales et financières. Des modifications de parités ne devraient donc en définitive

---

3. *N. Celio.*

4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 128,* dodis.ch/31415 *et DDS, vol. 24, doc. 116,* dodis.ch/33022.

5. *Sur la dévaluation effective le 8 août 1969, cf. doc. 142,* dodis.ch/33246, *note 7.*

6. *Cf. aussi doc. 128,* dodis.ch/33024.

7. *Cf. la lettre de W. Clavadetscher à P. R. Jolles du 28 février 1967,* dodis.ch/33484; *la lettre de la Banque nationale suisse à H. Marti du 28 août 1968,* dodis.ch/33492 *et la lettre de W. Sigg à P. R. Jolles du 28 novembre 1969,* dodis.ch/33489.

8. *Annotation dans le texte original:* Il faut cependant tenir compte de la décision parallèle du gouvernement allemand de supprimer les mesures correctives du commerce extérieur (taxe de 4% sur les exportations et détaxe du même montant sur les importations) ce qui diminue le taux effectif de la réévaluation.

intervenir que dans des *situations extrêmes,* par exemple lorsqu'il s'agit de remédier à des déséquilibres fondamentaux.

Contrairement à cette position traditionnelle de nos autorités, certains financiers et économistes défendent la thèse que les gouvernements devraient avoir plus fréquemment recours à des modifications de parités. Il semble que les nouveaux dirigeants allemands[9], en particulier le ministre de l'économie, M. Karl Schiller, ne soient pas opposés à cette idée. Il était dès lors indispensable que la Suisse ne donnât pas l'impression de se trouver dans le sillage de la République fédérale et que le sort du franc ne parût pas lié à celui du mark.

2. La situation économique n'est pas la même en Suisse qu'en Allemagne. Si la balance des revenus des deux pays (balance des paiements courants) présente un appréciable excédent, celui-ci est dû essentiellement, en République fédérale, au surplus de la balance commerciale. L'excédent de la balance suisse des revenus résulte en revanche du surplus des recettes provenant des capitaux et des services, alors que notre balance commerciale demeure nettement déficitaire. Or, il n'est pas exclu qu'un changement de parité ait pu, à long terme, mettre en danger la position concurrentielle de nos *exportateurs.*

En effet, si la République fédérale est notre premier client, ce sont les USA[10] qui, du point de vue de nos exportations, viennent en deuxième position. Et l'on ne sait encore si l'administration américaine parviendra à résister aux pressions des milieux protectionnistes.

D'autre part, en ce qui concerne nos exportations vers les pays en voie de développement[11] qui représentent environ 1/5ème de nos exportations totales, il faut tenir compte du fait que les prix des produits n'entrent pas seuls en ligne de compte mais que les crédits accordés[12] jouent souvent un rôle décisif. Or, les exportateurs allemands offrent à cet égard de meilleures conditions que les exportateurs suisses.

En outre, nos entreprises souffrent d'une certaine discrimination de la part du Marché commun et elles doivent en plus affronter une concurrence accrue à mesure qu'entrent en vigueur les résultats du Kennedy-Round[13] (prochain abaissement tarifaire au début de 1970).

On sait enfin que, d'une manière générale, les marchés extérieurs se perdent vite et qu'il est très difficile de les reconquérir une fois qu'ils sont perdus. C'est pourquoi, dans un pays comme le nôtre, dont la croissance économique dépend dans une très forte mesure des exportations, on hésitera plus que dans un autre à prendre une mesure qui aurait pour conséquence de freiner ces exportations même si, du point de vue de la conjoncture présente, un tel ralentissement paraît indiqué.

---

9. *Gouvernement de W. Brandt. Sur son élection, cf. aussi doc. 180,* dodis.ch/33243.

10. *Cf. la notice* Stand der Handelsbeziehungen Schweiz-USA *du 22 juillet 1967,* dodis.ch/33929.

11. *Cf. l'exposé de P. R. Jolles du 2 octobre 1968,* dodis.ch/32918.

12. *Sur la question de la garantie des risques à l'exportation, cf. doc. 86,* dodis.ch/33269; *doc. 113,* dodis.ch/33260; *doc. 122,* dodis.ch/33047 *et doc. 125,* dodis.ch/32843. *Sur le crédit de transfert avec le Pakistan, cf. doc. 144,* dodis.ch/32801.

13. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. 15,* dodis.ch/33250.

3. Une réévaluation du franc suisse aurait affecté notre industrie du *tourisme*[14] qui devrait en revanche tirer grand profit de celle du mark. Elle aurait eu en outre des répercussions défavorables en matière de circulation des capitaux ainsi que sur l'activité de nos banques et de nos compagnies d'assurances, activité qui, comme on le sait, est très développée avec l'étranger.

D'une manière plus générale et à plus longue échéance, il y a lieu de rappeler que notre pays a toujours été profondément attaché à la stabilité de sa monnaie. Le franc suisse n'a en fait subi, depuis sa création en 1850, qu'une seule modification de parité, en septembre 1936[15], après que plusieurs autres monnaies eurent été dévaluées. Cette stabilité explique en grande partie la confiance dont jouit notre monnaie dans le monde ainsi que le développement considérable de notre pays en tant que *place financière internationale*[16]. D'ailleurs, s'il n'y a pratiquement pas eu de spéculation sur le franc suisse lors des récents événements monétaires, cela tient sans doute en partie à ce que nous n'avons pas réévalué en 1961 après la réévaluation allemande[17], mais aussi au fait que l'on est convaincu à l'étranger que la Suisse, en raison du rôle qu'elle joue sur le plan financier international n'a pas lieu de modifier la parité de sa monnaie. Il est en effet dans notre intérêt de ne pas perturber cette importante activité financière grâce à laquelle nous comblons le déficit de notre balance commerciale ainsi que les sorties de fonds résultant des transferts effectués par les travailleurs étrangers.

4. Une réévaluation aurait dû être soumise à *l'approbation du parlement* et au référendum facultatif étant donné que la parité du franc est indiquée expressément à l'art. 2 de la loi fédérale du 17 décembre 1952 sur la monnaie[18]. Afin que la modification ait pu entrer immédiatement en vigueur, il aurait été nécessaire de recourir à un arrêté fédéral urgent au sens de l'art. 89bis de la Constitution fédérale. Toutefois, lorsque le référendum est demandé, les arrêtés fédéraux de ce type perdent leur validité un an après leur adoption s'ils ne sont pas approuvés par le peuple dans ce délai. On saisit immédiatement les difficultés techniques qu'aurait soulevées une telle procédure.

Mais il est de toute manière très peu probable que le parlement, au vu des avantages et des inconvénients respectifs d'une réévaluation, eût donné, cet automne, son accord. On peut penser qu'il aurait été d'autant moins prêt à le faire que, selon certains spécialistes, une telle mesure ne serait guère efficace lorsqu'elle survient à un moment où l'économie du pays est déjà engagée dans

---

14. *Cf. aussi doc. 128,* dodis.ch/33024, *note 11.*

15. *Cf. DDS, vol. 11, table méthodique:* V. La politique monétaire de la Suisse et la dévaluation du franc.

16. *Cf. aussi doc. 6,* dodis.ch/32245; *doc. 23,* dodis.ch/33015; *doc. 47,* dodis.ch/32230; *doc. 58,* dodis.ch/33138; *doc. 88,* dodis.ch/33019; *doc. 97,* dodis.ch/33820 *et doc. 175,* dodis.ch/33035.

17. *Sur la réévaluation de 1961 et l'emprunt Yong, cf. le PVCF N° 1737 du 22 octobre 1969,* dodis.ch/33402 *et la lettre de P. A. Nussbaumer à H. Lacher du 18 novembre 1969,* dodis.ch/33403.

18. *Annotation dans le texte original:* Signalons toutefois qu'une motion a été déposée (motion Biel) qui tend à conférer à l'exécutif – comme c'est le cas dans les autres pays – la compétence nécessaire pour fixer la parité du franc. *Cf. aussi la* Loi fédérale sur la monnaie *du 17 décembre 1952, FF, 1952, III, pp. 853–857.*

une période de surchauffe. La possibilité d'un fléchissement de la conjoncture internationale aurait pu également avoir une influence sur l'issue du vote. A noter d'ailleurs que la Hollande, la Belgique et l'Autriche, pays dont on pensait qu'ils pourraient aussi réévaluer, sont arrivés à la même conclusion que nos autorités.

Ajoutons enfin que ces dernières suivent de très près l'évolution de la situation économique. Elles examinent en particulier quels moyens pourraient être mis en œuvre si les premiers signes d'inflation que se manifestent actuellement devaient s'accentuer. Des mesures ont d'ailleurs déjà été prises dont il faut attendre qu'elles produisent leurs effets: limitation de l'accroissement des crédits, relèvement du taux d'escompte, projet de budget de la Confédération quasiment équilibré pour 1970[19].

19. *Cf. l'*Arrêté fédéral concernant le budget de la Confédération suisse pour l'année 1970 et ouvrant des crédits d'ouvrages *du 17 décembre 1969, FF, 1969, II, pp. 1527 s.*

180

dodis.ch/33243

Der Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, W. Brandt[1]

Bern, 24. November 1969

Mein Glückwunschtelegramm[2] anlässlich Ihrer Übernahme des Bundeskanzleramtes hat die hohe Genugtuung, dass Ihnen als Führer der deutschen Sozialdemokratie die Leitung der politischen Geschicke der Bundesrepublik zugefallen ist, auch nicht annähernd zum Ausdruck bringen können. Nicht nur Ihre politischen Freunde, sondern weiteste Volkskreise unseres Landes verfolgen mit deutlicher Sympathie und wachem Interesse die Politik Ihrer Regierung.

Sie werden in wenigen Tagen, anlässlich der Gipfelkonferenz der sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaften im Haag[3], über die zukünftige wirtschaftliche und politische Gestaltung Westeuropas richtungweisende Beschlüsse zu treffen haben. Mit grosser Befriedigung haben wir Ihrer Regierungserklärung entnommen, dass Ihnen dabei auch am Einbezug der neutralen Staaten in eine Gesamtregelung gelegen sein wird und dass Ihnen hierfür neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit vorschweben.

Lassen Sie mich versichern, dass die Schweiz die Rolle, die einem neutralen Staat in einer auf Entspannung ausgerichteten europäischen Friedenspolitik

1. *Schreiben (Kopie):* E2807#1974/12#396* (062-0).
2. *Telegramm vom W. Spühler an W. Brandt vom 20. Oktober 1969,* E2001E-01#1982/58#986* (B.15.41.1).
3. *Vgl. dazu Dok. 186,* dodis.ch/33247; *das Schreiben von P. R. Jolles an C. Caillat vom 11. Dezember 1969,* dodis.ch/33593; *das BR-Prot Nr. 2200 vom 22. Dezember 1969,* dodis.ch/33594 *und das Schreiben von W. Spühler an W. Brandt vom 23. Dezember 1969,* dodis.ch/33596.

zufällt, erkennt und zu übernehmen bestrebt ist. Die positive Haltung der neuen deutschen Regierung gegenüber dem Atomsperrvertrag[4] z. B. hat es mir entschieden erleichtert, dem Bundesrat den Antrag auf Unterzeichnung des Vertrages zu unterbreiten. Dieser hat denn auch in seiner heutigen Sitzung die Ermächtigung[5] dazu erteilt. Was die wirtschaftliche Seite der Integration anbetrifft, darf ich Sie daran erinnern, dass der Bundesrat am 15. Dezember 1961[6] in Brüssel ein Verhandlungsgesuch gestellt und dieses seither mehrmals, auch in jüngster Zeit, ausdrücklich bestätigt hat. Angesichts der zwingenden Gründe, die im Falle der Inaussichtnahme einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften für eine Gesamtregelung des Integrationsproblems sprechen, wäre es für die Schweiz unverständlich, wenn die Gipfelkonferenz die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Fühlungnahme mit den Neutralen und die Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen mit diesen Ländern[7] nicht klar zum Ausdruck bringen würde. Die von mir angedeuteten zwingenden Gründe haben vor allem mit der zentralen Rolle zu tun, die gerade die Schweiz als Wirtschaftspartner[8] der EWG, und insbesondere der Bundesrepublik, auf den Gebieten des Aussenhandels, der Dienstleistungen, des Verkehrs und der finanziellen und währungspolitischen Kooperationen spielt und die an Bedeutung von allen europäischen Drittstaaten nur noch von Grossbritannien gelegentlich übertroffen wird.

Selbstverständlich muss nach so langer Wartezeit vermieden werden, die allfälligen Verhandlungen mit Grossbritannien[9] durch zusätzliche Komplikationen zu verzögern. Gerade weil, wegen der inneren wirtschaftlichen Zusammenhänge, schliesslich eine Gesamtlösung zustande kommen muss, erachten wir es jedoch für wichtig, dass frühzeitig auch über mögliche Regelungen für die neutralen Staaten nachgedacht wird. Hierfür aber ist es unerlässlich, dass die spätere Aufnahme von Verhandlungen durch eingehende, frühzeitig einzuleitende Gespräche über die Art und Weise, wie den Interessen aller Beteiligten am besten Rechnung getragen werden könnte, vorbereitet werden. Der schweizerische Bundesrat ist zur Aufnahme derartiger Gespräche jederzeit bereit.

Wir haben am letzten Freitag gegenüber Herrn Jean Rey, Präsident der Europäischen Kommission, anlässlich seines offiziellen Besuches in Bern[10]

---

4. *Vgl. dazu Dok. 81,* dodis.ch/32905, *Anm. 9.*
5. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 2004 vom 24. November 1969,* dodis.ch/33146.
6. *Zum Verhandlungsgesuch vgl. Dok. 165,* dodis.ch/33034, *Anm. 13 und zu dessen Bestätigung Dok. 33,* dodis.ch/33238 *sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 20. Oktober 1969,* dodis.ch/33854.
7. *Vgl. dazu das Protokoll von F. Blankart und H. Zimmermann vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/33813; *das Telegramm Nr. 22 von P. R. Jolles an P. H. Wurth vom 28. Oktober 1969,* dodis.ch/33862 *und das Schreiben von H. Schaffner an J. Rey vom 11. Dezember 1969,* dodis.ch/33864.
8. *Vgl. dazu Dok. 179,* dodis.ch/33041 *und das Schreiben von W. Brandt an W. Spühler vom 28. November 1969,* dodis.ch/33595.
9. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238, *Anm. 3.*
10. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 46 des Politischen Departements an P. Micheli, vom 24. November 1969,* dodis.ch/33865 *sowie die Notiz von M. Feller vom 26. November 1969,* dodis.ch/33866.

diese Bereitschaft bekräftigt und ihn ermächtigt, unsere Stellungnahme an der nächsten Sitzung des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften und allenfalls an der Gipfelkonferenz zu eröffnen.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie den hier vorgebrachen Überlegungen Ihre Aufmerksamkeit schenken möchten.

181

dodis.ch/32446

Die Schweizerische Nationalbank an die Generaldirektionen des Schweizerischen Bankvereins, der Schweizerischen Bankgesellschaft und der Schweizerischen Kreditanstalt[1]

Devisenoperationen mit Kontrahenten im Sterlinggebiet

Vertraulich Zürich, 25. November 1969

Wie Ihnen bekannt ist, brachte der «Daily Mirror» in der ersten November-Hälfte zwei gross aufgemachte Artikel[2] über die Mitwirkung schweizerischer Banken an Geschäften, die den Zweck verfolgen, englischen «residents» in Umgehung der Devisenvorschriften ihres Landes Kapitalverschiebungen ins Ausland zu ermöglichen. Am 13. November d. J. wurde die Angelegenheit vom Labour Abgeordneten Joel Barnett auch im englischen Unterhaus zur Sprache gebracht[3].

Im Anschluss hieran hat der Gouverneur der Bank of England, Sir Leslie O'Brien, in einem Gespräch mit dem Erstunterzeichneten[4] seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, dass einzelne Banken in der Schweiz Hand zu Operationen bieten, welche die Kapitalflucht aus dem Sterlinggebiet erleichtern; er erklärte, es sei für die Bank of England unannehmbar, dass Institute, die in Grossbritannien Niederlassungen oder Tochterbanken unterhalten, sich an solchen Operationen beteiligen oder deren Abschluss durch ihr Verhalten begünstigen. In einer schriftlichen Mitteilung[5], worin er den Erstunterzeichneten nach dem erwähnten Gespräch über eine Unterredung mit einem schweizerischen Bankenvertreter[6] orientierte, bestätigte Sir Leslie seine Stellungnahme wie folgt:

"I then said that while we could not, of course, expect banks abroad to conduct their business with due regard to our regulations, still less to police

1. *Schreiben (Kopie):* E2001E#1980/83#2502* (C.41.132.3.0). *Verfasst von H. Huber und unterzeichnet von E. Stopper und H. Huber. Mit Schreiben vom 26. November 1969 erhielt der Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements eine Kopie zur* vertraulichen Orientierung.
2. *Daily Mirror vom 5. und 13. November 1969, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu das Schreiben R. Keller an P. Micheli vom 28. November 1969,* dodis.ch/32449.
4. *E. Stopper. Zu seinen Kontakten in Grossbritannien vgl. auch Dok. 95,* dodis.ch/32418.
5. *Schreiben von L. O'Brien an E. Stopper vom 19. November 1969,* dodis.ch/32447.
6. *Zum Treffen zwischen L. O'Brien mit H. Bär vgl. die Notiz von R. Keller vom 12. Dezember 1969,* dodis.ch/32450.

them, we did regard it as unacceptable provocation for such a bank to take the initiative in telling British residents how they could avoid our regulations when that bank had an affiliate or branch here which had been granted the privilege (and the responsibilities that entails) of being an authorised bank in the U. K. for the purpose of those regulations. I also pointed out that this privilege was one which we not only conferred but could in the last resort take away."

Aus den vorliegenden Äusserungen haben wir den Eindruck gewonnen, dass die englischen Behörden dem Verhalten schweizerischer Banken, die durch Filialbetriebe in England vertreten sind, in nächster Zeit ein besonderes Augenmerk[7] zuwenden werden. Wir wollten nicht verfehlen, Ihnen hievon Kenntnis zu geben. Unter den geschilderten Umständen scheint uns, dass es nicht unnütz sein könnte, wenn auch die nachgeordneten Stellen, denen die Beratung der Kundschaft aus Grossbritannien obliegt, in geeigneter Weise orientiert werden, damit sich unliebsame Reaktionen von britischer Seite, wie sie mangels der gebotenen Zurückhaltung zu gewärtigen wären, vermeiden lassen.

7. *Vgl. dazu die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 28. November 1968,* dodis.ch/32448.

182

dodis.ch/32847

Vortrag des Vorstehers des Politischen Departements, W. Spühler, vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats[1]

Vertraulich Bern, 26. November 1969

[...][2]

1. Vorlage Nr. 10278 s – Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Weiterführung

Herr Spühler: Die Vorlage über technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern[3] ist die vierte[4] ihrer Art im Laufe dieses Jahrzehnts, des sogenannten ersten Entwicklungsjahrzehnts. Heute stehen wir an der Schwelle

1. *Protokoll:* E2004B#1972/120#3* (a.123.2.(2)).
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32847. *Vgl. ferner das Votum von W. Spühler im Ständerat vom 7. Oktober 1969,* dodis.ch/32849.
3. *Vgl. die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern *vom 21. Mai 1969, BBl, 1969, I, S. 1325–1392. Zur Ausarbeitung der Botschaft vgl. die Notiz von R. Pestalozzi an W. Spühler vom 20. Mai 1969,* dodis.ch/32848.
4. *Zum 1. Rahmenkredit vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 119,* dodis.ch/15567. *Zum 2. Rahmenkredit vgl. die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit den Entwicklungsländern *vom 29. Mai 1964, BBl, 1964, I, S. 1069–1094. Zum 3. Rahmenkredit für Entwicklungszusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 173,* dodis.ch/31734; *das Schreiben von S. Marcuard an A.-M. Im Hof-Piguet vom 16. Januar 1967,* dodis.ch/32854 *sowie die Notiz von S. Marcuard an W. Spühler vom 13. März 1967,* dodis.ch/32858.

des zweiten Entwicklungsjahrzehnts. Entwicklungsländer und industrialisierte Länder setzen sich in verschiedenen internationalen Gremien zusammen, um für dieses zweite Entwicklungsjahrzehnt gewisse Richtlinien für ein gemeinsames Vorgehen[5], eine Entwicklungsstrategie, aufzustellen. Einerseits gilt es dabei, die Erfahrungen der bisherigen Bemühungen um die Hebung der Entwicklungsländer zu nützen, anderseits die Mittel und Wege zu finden, um diese Anstrengungen in Zukunft quantitativ und qualitativ zu verbessern. Es dürfte unbestritten sein, dass die gegenwärtigen Anstrengungen, sowohl von Seiten der Entwicklungsländer wie von Seiten der industrialisierten Länder, nicht genügen, um das Ziel zu erreichen, die viel zu grossen Unterschiede im wirtschaftlichen und sozialen Niveau der verschiedenen Glieder der Völkergemeinschaft zu verringern. Wir wissen heute besser als vor zehn Jahren, wie wir vorzugehen haben, um mit den verfügbaren Mitteln eine optimale Wirkung zu erzielen. Es gilt aber auch, diese Mittel der Aufgabe entsprechend zu vermehren. Wie alle andern Länder muss sich auch die Schweiz die Frage vorlegen, ob sie jenen Beitrag an die allgemeine Aufgabe leistet, den man von ihr erwarten darf, den man erwarten darf von einem Land, das über eines der höchsten Einkommen pro Kopf der Bevölkerung verfügt, einem Land, das wirtschaftlich eng mit dem Ausland verknüpft ist, gerade auch mit den Entwicklungsländern, einem Land schliesslich, das die «Solidarität» als aussenpolitische Devise aufgestellt hat, und dies nicht im Sinne eines schönen Aushängeschildes, sondern aus innerer Überzeugung.

Wir haben Ihnen in der Botschaft vom 21. Mai[6] (S. 26) einen Überblick über das gegeben, was die Schweiz zu Gunsten der Entwicklungsländer unternimmt[7]. Die Zahlen für 1968 waren im Zeitpunkt der Herausgabe der Botschaft noch provisorischer Natur. Wir haben heute die definitiven Angaben. Für die staatlichen Leistungen hat sich die Zahl von 81,7 Millionen nicht verändert, desgleichen die Zahl von 20 Millionen für die privaten unentgeltlichen Leistungen, d. h. die Leistungen der Hilfswerke. Für die Leistungen der Privatwirtschaft ergeben sich dagegen auf Grund neuster Untersuchungen folgende Zahlen: Direktinvestitionen 368 Millionen, Anleihen auf dem Kapitalmarkt 161 Millionen, total 529 Millionen, und für die Exportkredite 482 Millionen[8]. Total für private Leistungen somit über eine Milliarde, genau gesagt 1'031 Millionen. Staatliche und private Leistungen zusammen machen 1'113 Millionen aus oder 1,52% des Bruttosozialprodukts. Mit dieser Zahl stehen wir im internationalen Vergleich sehr gut da. Man muss aber sofort hinzufügen, dass der Anteil der privaten Leistungen dabei sehr hoch ist, nämlich fast zwölf mal höher als der Anteil der staatlichen Leistungen, während sich in den übrigen entwickelten

---

5. *Zum Austausch zwischen der Schweiz und Österreich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Notiz von S. Marcuard an W. Spühler vom 30. Januar 1967,* dodis.ch/33368; *das Protokoll der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 9. Oktober 1968,* dodis.ch/32151; *die Notiz von S. Marcuard vom 15 Oktober 1969,* dodis.ch/33371 *sowie das Protokoll von R. Högger von 8. Januar 1969,* dodis.ch/33372.

6. *Vgl. Anm. 3.*

7. *Für eine Übersicht vgl. auch Dok. 101,* dodis.ch/32839.

8. *Für eine Übersicht über den Kapitalexport nach Entwicklungsländern 1945–1967 vgl. die Tabelle vom 21. Mai 1968,* dodis.ch/34111.

Ländern staatliche und private Leistungen ungefähr die Waage halten. Die staatlichen Leistungen allein genommen, steht die Schweiz dagegen von allen entwickelten Ländern, immer gemessen am Bruttosozialprodukt, an letzter Stelle[9]. Nun wäre es sicher falsch, die Leistungen der Privatwirtschaft etwa deshalb als weniger wertvoll zu bezeichnen, weil sie, von den Leistungen der Hilfswerke abgesehen, aus geschäftlichem Interesse, in Erwartung eines entsprechenden wirtschaftlichen Gewinns, einer entsprechenden Gegenleistung, erfolgen. Auf der andern Seite müssen wir feststellen, dass zahlreiche, für die Entwicklung wichtige Aufgaben nicht von der Privatwirtschaft übernommen werden können und dass ihre Leistungen in vielen Fällen zu einer Verschuldung der Entwicklungsländer geführt haben, einer Verschuldung, die nicht mehr weiter gesteigert werden darf, ohne den Entwicklungsprozess in schwerwiegender Weise zu hemmen. Die privatwirtschaftlichen Leistungen werden nicht geschenkweise oder, bei Krediten zu weichen Bedingungen, gewährt. Das ist der staatlichen Hilfe und derjenigen der privaten Hilfswerke vorbehalten. Gerade in den Ländern, die in ihrer Entwicklung noch am weitesten zurückliegen und damit die Hilfe am nötigsten haben, ist staatliche Hilfe unumgänglich. Auch die internationalen Organisationen sind, wenn wir von den Anleihen der Entwicklungsbanken auf dem Kapitalmarkt absehen, auf staatliche Beiträge angewiesen. Der staatliche Sektor der Hilfe von aussen ist deshalb, gesamthaft gesehen, für die Entwicklungsländer ausserordentlich wichtig.

Auch wenn die Schweiz immer wieder darauf hinweist, wie wichtig die Leistungen der schweizerischen Privatwirtschaft für die Entwicklungshilfe sind, kann sie sich den Aufgaben nicht entziehen, die sich speziell der staatlichen Entwicklungshilfe stellen. Der Bundesrat ist deshalb der Auffassung, dass die staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz in den kommenden Jahren gesteigert werden muss. Das schliesst keineswegs aus, dass der Bund auch die privaten Leistungen nach Möglichkeit fördert, etwa durch die Exportrisikogarantie[10], aber auch durch Einführung einer Investitionsrisikogarantie (worüber die Eidgenössischen Räte demnächst eine Botschaft[11] zugestellt erhalten werden).

Die staatliche Hilfe ihrerseits ist sowohl auf dem Gebiete der technischen Hilfe wie auf jenem der Finanzhilfe zu steigern. Die Vorlage, die Sie zu beraten haben, ist eine in diese Richtung zielende Massnahme. Sie wird die Schweiz instandsetzen, ihrem Potential entsprechend einen Beitrag an die dringendsten Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu leisten; solch ein Beitrag entspricht den Grundsätzen unserer Aussenpolitik.

Ein Teil der Mittel für die technische Zusammenarbeit soll multilateral, ein anderer bilateral verwendet werden. Die Kontroverse, welche Methode besser sei, scheint mir wenig fruchtbar. Der Bundesrat ist überzeugt, dass bei-

---

9. *Vgl. dazu auch Dok. 125,* dodis.ch/32843 *und das Referat von P. R. Jolles vor der Parlamentarischen Gruppe für Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern vom 2. Oktober 1968,* dodis.ch/32918.

10. *Zur Exportrisikogarantie vgl. Dok. 113,* dodis.ch/33260 *und Dok. 122,* dodis.ch/33047. *Zu den Entwicklungsbanken vgl. Dok. 72,* dodis.ch/32796.

11. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend ein Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie *vom 10. September 1969, BBl, 1969, II, S. 953–984. Zu den Investitionsschutzverträgen mit Lateinamerika vgl. Dok. 94,* dodis.ch/32865.

de notwendig sind. Die internationalen Organisationen spielen heute in der Entwicklungshilfe eine bedeutende und nicht mehr wegzudenkende Rolle. Ich darf Sie hierzu auf den Bericht des Bundesrates über die Beziehungen zur UNO[12] verweisen. Es entspricht den dort zum Ausdruck gebrachten Überlegungen, wenn wir die internationalen Organisationen in ihren Bemühungen um die Hebung der Entwicklungsländer kräftig unterstützen. Aber auch der bilateralen Hilfe kommen wichtige Aufgaben zu. Sie ergänzt in nützlicher Weise die Aktionen der internationalen Organisationen und ist ein wichtiges Element in der Förderung der Beziehungen zwischen der Schweiz und den einzelnen Entwicklungsländern. Die Erhöhung der Mittel für die technische Zusammenarbeit soll erlauben, sowohl die multilaterale wie die bilaterale Hilfe zu steigern.

Da Sie heute auch noch eine Vorlage über die humanitäre Hilfe[13] zu beraten haben, ist es angezeigt, auch ein Wort über das Verhältnis von Nothilfe und zu Entwicklungshilfe zu sagen. Im einen Fall handelt es sich um Hilfe in Situationen, die durch ausserordentliche Ereignisse, durch Katastrophen, entstanden sind, seien es nun Naturkatastrophen oder menschenbedingte Katastrophen wie Krieg oder Flüchtlingselend. Im andern Fall handelt es sich um Notlagen, die strukturbedingt sind und die deshalb nur durch langfristige Massnahmen behoben werden können, Massnahmen, die auf eine Verbesserung der Voraussetzungen zielen, unter denen sich die Entwicklungsländer selber zu helfen vermögen. Im einen Fall kommt der spontane Helferwille, Not unmittelbar zu lindern, zum Ausdruck. Im andern Fall handelt es sich um Aufbauarbeit, die zwar auch teilweise humanitären Motiven entspringt, aber weit über blosse Wohltätigkeit hinausgeht. Politische und wirtschaftliche Überlegungen und die Idee, wie die Beziehungen unter den Völkern in Zukunft zu gestalten seien, sind für die Entwicklungshilfe entscheidend. Aus diesem Grund hält es der Bundesrat für richtig, Ihnen wie schon bisher zwei getrennte Rahmenkredite zu beantragen[14].

[...][15]

---

12. *Vgl. dazu Dok. 32,* dodis.ch/32940.

13. *Vgl. dazu Doss. wie in Anm. 1. Zur humanitären Hilfe vgl. ferner das Schreiben von W. Spühler an K. Furgler vom 30. Oktober 1968,* dodis.ch/32525; *das BR.-Prot. Nr. 617 vom 16. April 1969;* dodis.ch/32518; *die Notiz von H. Langenbacher vom 5. Mai 1969,* dodis.ch/32519; *das Referat von W. Alder vom Juni 1969,* dodis.ch/32521 *und das Protokoll der Sitzung vom 8. September 1969 der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 22. September 1969,* dodis.ch/32520.

14. *Das Parlament verabschiedete die Vorlage zur Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit einstimmig am 7. Oktober 1969 respektive am 4. Dezember 1969. Vgl. Sten. Bull. NR, 1969, S. 919–930 und Doss.* E1401#1960/59#39*. *Für eine Würdigung dieses Entscheids und zu dessen Bedeutung für die schweizerische Entwicklungshilfe vgl. die Notiz von S. Marcuard vom 9. Dezember 1969,* dodis.ch/32851.

15. *Nach dem Vortrag von W. Spühler äusserte sich auch S. Marcuard zu der Vorlage bevor diese von den Nationalräten diskutiert wurde. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/32847.

183

dodis.ch/32819

Interne Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements[1]

Einsatz eines Koordinators für technische Zusammenarbeit in Nepal

Bern, 27. November 1969

Am 25. April 1968[2] stimmte die nepalesische Regierung dem schweizerischen Vorschlag zu, dass alle in Nepal tätigen schweizerischen Organisationen unter dem seit langem eingeführten Namen «Swiss Association for Technical Assistance» (SATA) arbeiten und durch den Teamleiter von Helvetas gegenüber den nepalesischen Behörden vertreten werden sollten. Damit war nach längeren Bemühungen eine Vereinheitlichung erreicht worden, die den Missverständnissen auf nepalesischer Seite über den Charakter und die verschiedenen Aufgaben von Bund und Privatorganisationen in Nepal ein Ende bereitete. Nach aussen bilden die Schweizer seither eine geschlossene Organisation. An der inneren Aufteilung der Pflichten änderte sich jedoch nichts. Helvetas, Emmaus, die Freiwilligensektion und die Sektion «Projekte» des DftZ bezeichnen nach wie vor je einen Vertreter, der ihnen direkt verantwortlich ist[3]. Die interne Koordination unter den vier Organisationen erfolgt an regelmässigen Sitzungen der Verantwortlichen in Nepal einerseits, in der Schweiz andererseits (SATA-Pool).

Der gegenwärtige Umfang und der geplante Ausbau der schweizerischen technischen Zusammenarbeit mit Nepal[4] hat sowohl bei den Bundesstellen als auch bei Helvetas das Bedürfnis geweckt, die in den letzten Jahren erreichte Koordination noch zu verbessern. In anderen Ländern ist dies bereits früher geschehen: So hat der Delegierte in Peru einen Projektkoordinator[5] eingesetzt, der eng mit der schweizerischen Botschaft in Lima zusammenarbeitet. In Rwanda[6] widmet sich ein Mitarbeiter der Botschaft ausschliesslich den Fragen der technischen Zusammenarbeit. In Indien hat

1. *Notiz:* E2005A#1983/18#618* (t.311.013). *Verfasst und unterzeichnet von R. Högger.*
2. *Note des nepalesischen Aussenministeriums an die schweizerische Botschaft in New Delhi vom 25. April 1968,* E2005A#1983/18#616* (t.311.010).
3. *Zur Koordination vgl. die Notiz von P. Arbenz vom 22. November 1967,* dodis.ch/32822 *und die Notiz mit Organigramm von R. Wilhelm vom 27. Oktober 1969,* dodis.ch/32823.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 93,* dodis.ch/31022, *bes. Anm. 3; die Notiz vom S. Marcuard vom 9. April 1968,* dodis.ch/32863; *das Schreiben von F. Lüthi an S. Marcuard vom 29. März 1969,* dodis.ch/32832; *das Schreiben von M. Heimo an S. Marcuard vom 4. April 1969,* dodis.ch/32850; *die Notiz von X. Merz an H. Miesch vom 9. September 1969,* dodis.ch/32625; *das Schreiben von R. Pestalozzi an die schweizerische Botschaft in New Delhi vom 28. August 1969,* dodis.ch/32860 *und das Schreiben von A. R. Lindt an S. Marcuard vom 9. Dezember 1969,* dodis.ch/32853.
5. *K. Burri. Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/32839, *bes. Anm. 41.*
6. *Vgl. dazu die Notiz von S. Marcuard an F. Bieri vom 6. Juni 1967,* dodis.ch/32568 *und das Schreiben von H. K. Frey an F. Bieri vom 11. Januar 1968,* dodis.ch/32569.

ein vom Delegierten entsandter spezieller Mitarbeiter[7] auf der schweizerischen Botschaft alle Aufgaben im Zusammenhang mit der technischen Zusammenarbeit übernommen. Eine ähnliche Lösung soll nun in Nepal angestrebt werden.

Der Bund plant im Einverständnis mit den Privatorganisationen Helvetas und Emmaus, einen offiziellen Vertreter nach Nepal zu entsenden, dessen Aufgabe wie folgt umschrieben werden können:

3.1 Verbindung und Vertretung gegenüber der Regierung Nepals und verschiedenen dort tätigen internationalen und anderen Hilfsorganisationen.

3.2 Einheitliche Führung und Koordination aller schweizerischer Projekte.

3.3 Abklärung und Planung neuer Projekte, Berichterstattung und Antragstellung an den DftZ.

3.4 Information des DftZ und der Botschaft in New Delhi über die allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung in Nepal. Voraussichtlich sollen diesem Koordinator auch die Funktionen eines schweizerischen Konsularagenten für Nepal[8] übertragen werden.

Da der Bund die beiden grössten Helvetas-Projekte[9] (Jiri und BYS) zu 100% finanziert, gilt es Doppelspurigkeiten zwischen einem TZ-Koordinator und dem Helvetas-Teamleiter zu vermeiden. Helvetas ist deshalb bereit, statt eines Teamleiters künftig einen Administrator für seine Projekte nach Nepal zu entsenden und die allgemeine Führung dieser Projekte dem TZ-Koordinator zu überlassen. Dieser ist zwar dem DftZ unterstellt, arbeitet aber in allen Fragen, welche die Helvetas-Projekte berühren, mit deren schweizerischer Leitung in Zürich zusammen.

Im Laufe des kommenden Jahres, sollen alle schweizerischen Projekte in Nepal in einem neuen Rahmenvertrag[10] mit der nepalesischen Regierung eine neue Grundlage erhalten. Der 1959 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen Helvetas und der Regierung Nepals[11] soll damit durch einen Vertrag mit dem Bund ersetzt werden. Es ist wichtig, dass der künftige TZ-Koordinator in Nepal mit allen Projekten in diesem Lande und mit deren Vorgeschichte vertraut ist und die schweizerischen Privatorganisationen Helvetas und Emmaus kennt. Es ist deshalb vorgesehen, Herrn Rudolf Högger, Mitarbeiter beim DftZ, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Ein Nachfolger für Herrn Högger konnte gefunden werden. Er wird seine Arbeit beim DftZ zu Beginn des nächsten Jahres aufnehmen, sodass Herr Högger ab 1. März einen Teil seiner Arbeitszeit den

---

7. *J.-F. Giovannini. Zu seiner Tätigkeit vgl. die Notiz von S. Marcuard an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements vom 5. Dezember 1967,* dodis.ch/32668.

8. *Vgl. dazu die Notizen von S. Marcuard an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements vom 3. Oktober 1969,* dodis.ch/32826 *und vom 20. November 1969,* dodis.ch/32831.

9. *Zu den Helvetas-Projekten in Jiri und Balayu vgl. das Schreiben von S. Marcuard an A. R. Lindt vom 28. November 1969,* dodis.ch/32852.

10. Abkommen über die technische Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Königreichs Nepal *vom 18. August 1972, AS, 1973, S. 887–892.*

11. Agreement between His Majesty's Government of Nepal and the Swiss Association for Technical Assistance *vom 16. Februar 1959,* E2003A#1971/44#383* (o.223).

konkreten Vorbereitungen seiner neuen Aufgabe widmen könnte. Von diesem Datum an soll er als Experte angestellt werden. Die Abreise nach Nepal ist auf Ende Juni 1970 vorgesehen.

184

dodis.ch/33254

Der Vize-Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in Den Haag, C. Caillat[1]

IGGI-Konferenz Dezember 1969

Bern, 28. November 1969

Mit Schreiben[2] vom 12. November d. J. teilen Sie uns mit, dass Ihnen der indonesische Botschafter[3] kürzlich die Frage unterbreitete, ob die Schweiz bereit wäre, ihren Beistand an Indonesien, der bisher in Form der Bewilligung der Exportrisikogarantie[4] gewährt wurde, auch auf direkte Wirtschafts- und Finanzhilfe auszudehnen.

Über diese Frage sowie über die weitere mögliche Hilfeleistung der Schweiz an Indonesien möchten wir Sie im Hinblick auf die bevorstehende IGGI-Konferenz vom 10.–12. Dezember 1969[5] wie folgt unterrichten.

Anlässlich des Berner Besuches des Vizegouverneurs der Bank Negara Indonesia (Staatsbank), Mr. Rachmat Saleh, am 23. Oktober, fand unter dem Vorsitz von Herrn Direktor Jolles ein Informationsaustausch, welcher der Schilderung der allgemeinen Lage und dem langfristigen Kreditbedarf Indonesiens gewidmet war, statt. Im Rahmen der sehr offen geführten Diskussion wurde die schweizerische Haltung zur Frage der direkten Wirtschafts- und Finanzhilfe, d. h. der Gewährung eines langfristigen Bundeskredites an Indonesien klar umrissen. In der beigefügten vom Unterzeichnenden über die Aussprache vom 23. Oktober erstellten Notiz[6] werden u. a. diese Stellungnahme und die ihr zugrunde liegenden Argumente festgehalten.

---

1. *Schreiben:* E2200.49#1987/162#151* (523.1). *Verfasst von M. Jost.*
2. *Schreiben von C. Caillat an P. R. Jolles vom 12. November 1969,* E7110#1980/63#2090* (861.5).
3. *T. Natadiningrat.*
4. *Zur Exportrisikogarantie vgl. die Notiz von M. Jost an P. R. Jolles vom 22. Oktober 1968,* dodis.ch/33443.
5. *Für den Konferenzbericht vgl. das Schreiben von C. Caillat an P. R. Jolles vom 16. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 2.*
6. *Notiz von H. Bühler vom 3. November 1969,* dodis.ch/33451. *Zur Einschätzung des Politischen Departements vgl. die Notiz von P. Micheli an P. R. Jolles vom 3. Oktober 1969,* dodis.ch/33448. *Zu früheren Anfragen Indonesiens betreffend die Gewährung von Wirtschaftshilfe und zur Konsolidierung der indonesischen Aussenschuld vgl. das Telegramm Nr. 4 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Den Haag vom 20. Juni 1967,* dodis.ch/33453; *die Notiz von W. Vaterlaus an P. A. Nussbaumer vom 13. Oktober 1967,* dodis.ch/33441; *die Notiz von M. Jost an H. Bühler vom 14. Oktober 1967,* dodis.ch/33442 *sowie das Schreiben von M. Jost an P. Micheli vom 19. April 1968,* dodis.ch/33450.

Wir ersuchen Sie daher – falls der schweizerische Vertreter[7] an der Konferenz von Amsterdam ebenfalls gebeten werden sollte, die Haltung unseres Landes zur Frage der direkten Finanzhilfe bekanntzugeben – die Stellungnahme der Schweiz gemäss den einschlägigen Ausführungen der zitierten Notiz darzulegen.

Was die kurzfristigen Möglichkeiten der Hilfeleistung auf dem Gebiet der Technischen Zusammenarbeit anbelangt, verweisen wir auf die Darlegungen auf Seite 2 unten und Seite 3 oben der vorerwähnten Notiz.

Die vom indonesischen Botschafter unterbreitete Frage ist somit ebenfalls gemäss den in der beigelegten Aufzeichnung enthaltenen Darlegung zu diesem Punkt zu beantworten.

Angesichts der schweizerischen Haltung zur Kardinalfrage der direkten Finanzhilfe sowie im Hinblick darauf, dass unsere bisherigen Schwerpunkte der Hilfeleistung für Asien in Indien, Pakistan und Nepal[8] liegen, besteht u. E. keine Veranlassung, den schweizerischen Beobachter-Status in die Stellung eines «pays participant» überzuführen.

Die Schweiz wird zweifelsohne inskünftig die Entwicklung des Indonesien-Problems an den IGGI-Tagungen auch in ihrer Eigenschaft als Beobachter-Land verfolgen können. Ausserdem dürfte unsere Bereitschaft, Indonesien – im Rahmen des Möglichen – insbesondere auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit[9] und allenfalls der Nahrungsmittelhilfe[10] vermehrt Hilfeleistung anzubieten, den Status eines eigentlichen Teilnehmerlandes wohl kaum erfordern.

Für die Zustellung des in Englisch und Französisch abgefassten Berichtes[11] über die nicht-offizielle Sitzung der Intergouvernementalen Gruppe für Indonesien vom 10. Oktober danken wir Ihnen bestens.

---

7. *Die Schweiz wurde an der Amsterdamer Konferenz von H.-W. Wymann vertreten.*

8. *Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/32839; *zu Indien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929 *und DDS, Bd. 24, Dok. 12,* dodis.ch/32673 *und zu Nepal vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 158,* dodis.ch/18988; *DDS, Bd. 23, Dok. 93,* dodis.ch/31022; *Dok. 100,* dodis.ch/31763, *bes. Anm. 22 und Dok. 112,* dodis.ch/30931 *und DDS, Bd. 24, Dok. 183,* dodis.ch/32819.

9. *Zur technischen Zusammenarbeit mit Indonesien vgl. die Notiz von R. Wilhelm vom 8. November 1967,* dodis.ch/33435; *den Bericht von P. Wiesmann vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/33437; *das Schreiben von P. Wiesmann an J. F. Revilliod vom 27. November 1968,* dodis.ch/33438 *sowie die Notiz von P. Wiesmann vom 10. September 1969,* dodis.ch/33439.

10. *Vgl. dazu z. B. das Schreiben von W. Alder an J. F. Revilliod vom 27. Juni 1968,* dodis.ch/33445. *Vgl. ferner das Schreiben von J. F. Revilliod an P. Micheli vom 20. März 1969,* dodis.ch/33444.

11. *Vgl. das* Compte rendu sommaire *in der Anlage des Schreibens von C. Caillat an P. R. Jolles vom 17. November 1969, Doss. wie Anm. 2.*

185

dodis.ch/33253

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler[1]

Nigeria/Biafra: Mercy-week

[Bern,] 29. November 1969

I.

Die Vorbereitungen und Konsultationen[2] zur Verwirklichung des Projekts einer «mercy-week» sind durch die unverständliche Indiskretion von Nationalrat Franzoni an Radio und Fernsehen am 25./26. November jäh gestört worden und haben eine neue Lage[3] geschaffen. Franzoni hat weder vor noch nach seiner Erklärung mit dem Politischen Departement Fühlung genommen. Da er noch am gleichen Tag in den Tessin zurückgekehrt ist, war es bisher nicht möglich, in einer Aussprache die Motive seines Verhaltens zu klären.

Die Auswirkungen der Indiskretion, die sehr wahrscheinlich zum Scheitern unserer Bemühungen führen werden, lassen sich – soweit sie heute schon in ihrer vollen Tragweite überblickbar sind – wie folgt zusammenfassen:

1. Die *befreundeten Staaten,* mit denen wir in Verbindung standen, und die wir um strikte Geheimhaltung ersucht hatten (Schweden, Österreich, Jugoslawien[4]) sind über die Indiskretion *enttäuscht* und angesichts des überraschenden Ansturms ihrer Massenmedien in eine *missliche Lage* versetzt worden. Die Indiskretion ist aus ihrer Sicht umso schwerwiegender als der Urheber ein Parlamentarier und Mitglied der auswärtigen Kommission ist. Inskünftig dürfte man von uns in Fällen dieser Art wohl zusätzliche Sicherheitsmassnahmen und Garantien verlangen.

2. In *Lagos*[5], das ebenso sehr überrascht wurde, hat die Meldung, dass Ojukwu uns um Vermittlung[6] ersuchte, zu *tiefem Misstrauen* und Konfusion geführt: jede Aktion der Schweiz und der anderen Neutralen wäre für die Bundesregierung nunmehr ein von Ojukwu inspiriertes Unternehmen. Die für eine Aktion notwendige Vertrauensbasis ist wesentlich geschmälert worden.

3. Aber auch auf lange Sicht, im Hinblick auf andere zukünftige Vermittlungsbemühungen, ist durch die Indiskretion die schweizerische Stellung, unsere Vertrauenswürdigkeit, geschwächt worden.

---

1. *Notiz:* E2807#1974/12#414* (074). *Verfasst und unterzeichnet von H. Langenbacher.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von E. Thalmann vom 18. November 1969,* dodis.ch/33610. *Zur Orientierung des Bundesrats über den Plan eines Waffenstillstands vgl. das BR-Beschlussprot. II der 42. Sitzung vom 19. November 1969,* E1003#1994/26#12*. *Vgl. dazu auch die Notiz von M. Gelzer an W. Spühler vom 12. Dezember 1968,* dodis.ch/33618.
3. *Zur Orientierung des Bundesrats über die neue Situation vgl. das BR-Beschlussprot. II der 44. Sitzung vom 1. Dezember 1969,* E1003#1994/26#12*.
4. *Zur Besprechung des Plans einer «Mercy-week» mit Jugoslawien vgl. das Protokoll zum offiziellen Besuch von W. Spühler in Belgrad vom 29. und 30. Oktober 1969,* dodis.ch/32393.
5. *Zu den ersten Reaktionen der nigerianischen Regierung vgl. das Telegramm Nr. 466 von F. Real an das Politische Departement vom 27. November 1969, Doss. wie in Anm. 1.*
6. *Vgl. dazu das Schreiben von C. O. Ojukwu an L. von Moos vom 15. Oktober 1969, Doss. wie Anm. 1. Zu früheren Anfragen von Seiten Biafras nach den «Guten Diensten» der Schweiz vgl. die Notiz von M. Gelzer vom 21. Juni 1968,* dodis.ch/33776.

Enttäuschung darüber lassen auch die ersten Reaktionen befreundeter Staaten erkennen, die nicht eingeweiht waren, mit denen wir jedoch auf humanitärem Gebiet in der Biafra-Frage zusammenarbeiten.

II.

Die *Konsultationen* sind inzwischen im Lichte dieser neuen Entwicklung abgeschlossen worden. Sie ergeben das folgende Bild:

1. Während *Österreich* nach wie vor bereit ist, den Weg, zusammen mit uns, bis zum Ende zu gehen, will sich *Jugoslawien*[7] nicht mehr beteiligen. Belgrad möchte dabei der Meinung Haile Selassies Rechnung tragen, der für den Augenblick angesichts seiner eigenen Vermittlungsbemühungen von jeglicher Aktion ausserafrikanischer Staaten abrät. Der Kaiser hofft, in den nächsten Tagen eine afrikanische Vermittlungsaktion erfolgreich durchzuführen und wünscht, dass Störungen von aussen unterbleiben.

Stockholm[8] ist auf seinen ursprünglichen negativen Entscheid zurückgekommen und wäre grundsätzlich zu einer Teilnahme an einem humanitären Projekt in geeigneter Form bereit.

2. Ein Vertreter[9] der *Botschaft Nigeriens in Bern* wies im Auftrage seiner Regierung darauf hin[10]

– dass die allgemeine politische Lage «angesichts der abnehmenden Widerstandskraft Ojukwus für Aktionen neutraler Staaten ungünstig sei»,
– dass jede Aktion in erster Linie Ojukwu diene und als von ihm angeregt in Nigerien bei Regierung und Bevölkerung grossem Misstrauen begegne,
– dass der Konflikt eine afrikanische Angelegenheit sei und sofern Hilfe von aussen komme, sie höchstens von Haile Selassie bzw. der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) kommen sollte.

Botschafter Real in Lagos ist indessen der Meinung[11], dass unser Projekt noch eine gewisse Chance habe, sofern nicht eine allgemeine Waffenruhe, sondern lediglich eine limitierte Neutralisierung des Flugplatzes Uli vorgeschlagen werde.

3. Schliesslich sei noch erwähnt, dass Premierminister *Wilson*[12] eine erfolgreiche Aktion der Schweiz und anderer Neutraler begrüssen würde. Wir seien indessen mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die anderen, die sich bisher um eine Vermittlung bemüht haben.

---

7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 100 der schweizerischen Botschaft in Belgrad an das Politische Departement vom 28. November 1969,* E2003A#1980/85#762* (o.222.4).

8. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 167 der schweizerischen Botschaft in Stockholm an das Politische Departement vom 27. November 1969, ibid.*

9. *R. O. Omotoye.*

10. *Vgl. die Notiz von H. Langenbacher an W. Spühler vom 27. November 1969, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 469 von F. Real an das Politische Departement vom 28. November 1969, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 261 der schweizerischen Botschaft in London an das Politische Departement vom 28. November 1969, Doss. wie Anm. 7.*

III.

Angesichts dieser Lage und mit der, wenn auch minimalen Aussicht auf Verwirklichung des Projekts, haben wir uns im Einvernehmen mit Wien entschlossen, der Regierung in Lagos durch unseren Botschafter vertraulich mitteilen zu lassen, dass wir *nicht an eine politische Vermittlung, sondern an einen humanitären Vorschlag denken*[13]. Diese Mitteilung wird zur wünschbaren Beruhigung der nigerianischen Regierung beitragen und allfälligen Reaktionen des Unwillens vorbeugen.

Gleichzeitig wird Botschafter Real dem Aussenminister[14] mitteilen, dass wir die Absicht hätten, den beiden Parteien in Form eines Aufrufes unser Projekt «mercy-week» zu unterbreiten. Von der Stellungnahme der nigerianischen Regierung wird das weitere Vorgehen abhängen.

Im Falle einer Absage werden wir auf das Projekt wohl verzichten und unsere humanitären Bemühungen in Zusammenarbeit mit den im Einsatz stehenden *Hilfsorganisationen,* aber auch in der sog. *«Haager Gruppe»*[15] weiterverfolgen müssen; diese Gruppe europäischer Länder sucht zurzeit ebenfalls nach praktikablen Lösungen, um der notleidenden Bevölkerung Biafras zu helfen[16]. Unsere Erfahrungen werden ein nützlicher Beitrag zu dieser Arbeit sein.

Mit dem letzten Schritt in Lagos haben wir jedenfalls alles unternommen, was in der gegebenen Situation noch möglich ist. Im Falle eines «nein» aus Lagos werden wir – trotz der misslichen Entwicklung – nach Aussen und Innen einigermassen das Gesicht wahren können.

Ein ausführliches *Pressekommuniqué*[17] wird schliesslich u. a. mit aller Deutlichkeit hervorheben müssen, dass im subtilen Bereiche der guten Dienste bei aller Bereitschaft zur Information die Diskretion erstes Gebot der Stunde ist[18].

---

13. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 418 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Lagos vom 29. November 1969 sowie das Telegramm Nr. 471 von F. Real an das Politische Departement vom 1. Dezember 1969,* E2003A#1980/85#755* (o.222).

14. *O. Arikpo.*

15. *Zur sog. Haager-Gruppe vgl. auch Dok. 136,* dodis.ch/33251, *bes. Anm. 30.*

16. *Die Schweiz versuchte es dennoch weiter im Alleingang ohne die Haager Gruppe aber über die Afrikanische Union. Vgl. das Telegramm Nr. 27 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Addis Abeba vom 5. Dezember 1969,* dodis.ch/33617.

17. *Pressemitteilung des Politischen Departements vom 3. Dezember 1969,* dodis.ch/33616.

18. *Für eine Übersicht über die Reaktionen der schweizerischen und ausländischen Presse zu dem schweizerischen Vermittlungsversuchs vgl. die Notiz der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 17. Februar 1970,* dodis.ch/33814.

186

dodis.ch/33247

Notice interne de l'Ambassade de Suisse à Paris[1]

Entrevue au Quai d'Orsay entre M. le Conseiller fédéral Spühler et M. Maurice Schumann, ministre des Affaires étrangères

Paris, 12 décembre 1969

M. Schumann, en compagnie de M. de Lipkowski, au ministère des Affaires étrangères, reçoit M. Spühler.

1. M. Spühler évoque la récente conférence au sommet de La Haye[2] et exprime les très vifs remerciements des autorités fédérales pour l'appui si précieux que la France a apporté aux thèses suisses. Il souligne combien nous avons apprécié de voir le communiqué final[3], en son point 14, tenir compte du cas des pays non candidats et par conséquent de celui de la Suisse. M. Schumann dit à son tour combien son pays a toujours eu en vue nos intérêts et s'est préoccupé de notre situation à l'égard du Marché commun. Il rappelle à cette occasion l'entretien que le soussigné[4] avait eu avec lui en novembre dernier au cours duquel il avait lui-même esquissé dans ses grandes lignes la position qui fut finalement adoptée à La Haye.

Ayant interrogé le ministre sur l'interprétation qu'il fallait donner aux termes du communiqué (point 14), qui précisait que, dès que des négociations auront été ouvertes avec l'Angleterre[5], la discussion pourra s'instaurer avec les pays tiers non candidats, M. Schumann précise qu'il s'agit bien, dans l'esprit de la France, d'une simultanéité entre les négociations d'une part, et la discussion d'autre part; simultanéité qui peut évidemment subir un léger décalage mais qui n'en reste pas moins une nécessité. Mais, ajoute M. Schumann, nos partenaires n'aiment pas beaucoup entendre parler de simultanéité et chaque fois que le sujet est évoqué ils tentent de l'interpréter. Ils ont, pour reprendre les termes de M. Schumann (à l'égard de la simultanéité) «le désir de l'entraver sournoisement». Mais la France continuera à défendre cette thèse.

D'une manière générale, la conférence de La Haye s'est bien déroulée et la procédure devrait suivre son chemin.

Interrogés sur la question de savoir s'il ne serait pas opportun, le cas échéant, que la Suisse marque son intérêt[6] à l'égard du point 14 du communiqué, on peut déduire de la réponse des deux interlocuteurs français que ceux-ci n'estiment pas inutile que la Suisse envoie suffisamment tôt une lettre marquant d'une part sa satisfaction et, d'autre part, son désir de voir s'entamer la discussion.

---

1. *Notice (copie):* E2001E#1980/83#2281* (B.15.21). *Rédigée par P. Dupont. Visée entre autres par W. Spühler et M. Gelzer. Annotation manuscrite dans la marge:* interessant.
2. *Cf. doc. 180,* dodis.ch/33243, *note 3.*
3. *Cf. doss.* E2001E#1980/83#787* (C.41.775.03.1).
4. *P. Dupont.*
5. *Sur la demande d'adhésion de la Grande-Bretagne à la CEE, cf. doc. 33,* dodis.ch/33238, *note 3.*
6. *Cf. le PVCF N° 2200 du 22 décembre 1969,* dodis.ch/33594.

2. Mais l'intérêt principal de M. Schumann semble résider dans la réunion du comité des ministres du Conseil de l'Europe, qui doit se tenir demain[7]. Il en vient donc immédiatement à ce sujet. Il fait part brièvement du récent entretien qu'il a eu avec M. Pipinellis et du fait que ce dernier lui aurait annoncé qu'il ferait une déclaration acceptant en substance les conclusions du rapport de la Commission des droits de l'homme[8]. Il est vrai que dans l'intervalle une déclaration retentissante en sens contraire est parvenue de Grèce. M. Schumann n'ayant pas revu M. Pipinellis ignore finalement quelle position il adoptera. La France est partagée à l'égard de la Grèce[9] et, appelée à voter sur sa suspension, elle préférerait s'abstenir. Elle craint en effet qu'une décision de ce genre ne précipite ce pays dans une voie encore plus totalitaire. M. de Lipkowski lui passe alors le projet d'amendement suisse[10] que M. Thalmann lui avait remis le même jour en fin de matinée. M. Schumann marque immédiatement son très vif intérêt pour ce texte. Il le trouve parfaitement acceptable, car il est, selon ses termes, démocratique, habile et utile. Il vise, certes, la suspension, mais en termes modérés, laissant ainsi à la Grèce une dernière possibilité d'introduire les réformes nécessaires. Certes, il ne croit pas que trois mois de plus ou de moins modifieront quoi que ce soit à la situation, mais il veut tout mettre en œuvre pour éviter que la Grèce, en se retirant du Conseil de l'Europe, ne s'engage définitivement plus avant dans la voie de la dictature et ne s'enferre dans ses erreurs. Il souhaiterait vivement que le texte suisse soit déposé sur le bureau du Président[11] afin que, conformément à la procédure en vigueur au Conseil de l'Europe, les amendements – il s'agit en l'espèce d'un amendement au projet suédois[12] – soient soumis au vote en même temps que le texte d'amendement allemand[13] moins satisfaisant. En agissant ainsi, pour reprendre ses propres termes, «nous lui rendrions service». Il ajoute qu'il est prêt non seulement à voter le texte suisse, mais même à y apposer, en cas de besoin, sa signature. Il correspond parfaitement à ce qu'il a dit de la Suisse en Conseil des ministres, à savoir qu'il convenait de s'appuyer sur un pays exerçant un magistère moral. Il rappelle d'ailleurs les grandes dates de notre histoire à cette occasion. Il demande à M. Spühler si ce texte

---

7. *Sur la 45ème séance du Comité des ministres du Conseil de l'Europe du 12 décembre 1969, cf. le PVCF N° 2095 du 8 décembre 1969,* E1004.1#1000/9#753* *et le PVCF de décision II du 8 décembre 1969,* E1003#1994/26#12*. *Sur le Conseil de l'Europe, cf. aussi doc. 69,* dodis.ch/32480.

8. *Projet de Rapport* Publication du rapport de la Commission Européenne des Droits de l'Homme sur la question grecque *de la Commission des questions juridiques du Conseil de l'Europe du 6 août 1969,* E2003A#1980/85#315* (o.121.360).

9. *Sur la position de la France à l'égard de la Grèce au sein du Conseil de l'Europe, cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 1er décembre 1969,* E2003A#1980/85#314* (o.121.360).

10. Projet de Déclaration sur la Grèce et le Conseil de l'Europe, *ibid. W. Spühler n'a pas pu intervenir, la Grèce ayant annoncé d'elle-même son retrait du Conseil de l'Europe. Cf. le télégramme N° 62 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Athènes du 12 décembre 1969, ibid.*

11. *L. Tončić-Sorinj.*

12. Projet de résolution scandinave. Suspension of Greece, *Doss. comme note 9.*

13. Entschliessungsentwurf *de la République fédérale d'Allemagne*, *ibid.*

a recueilli également l'accord des Autrichiens[14]. M. Spühler lui répond affirmativement et lui explique les hésitations qu'il éprouve à déposer ce texte sur le bureau. Il voudrait en effet éviter à tout prix que la présence de deux textes qui ne recueilleraient pas la majorité désirée aboutisse finalement à ce qu'une décision ne puisse être prise ni dans un cas ni dans l'autre. Car, ajoute M. Spühler, nous craignons que notre proposition ne recueille pas le nombre de voix nécessaire, la proposition suédoise ou allemande semblant mieux convenir à la fois aux pays nordiques, à l'Angleterre et à d'autres pays. M. Schumann confirme que M. Thomson votera la suspension de la Grèce. Il le verra d'ailleurs immédiatement après la visite de M. Spühler. L'Allemagne, naturellement, défendra son texte. La Turquie peut-être choisira-t-elle la proposition suisse, ainsi que l'Irlande et Chypre? Mais cela n'est pas certain. La position de la Belgique, de même que celle de l'Italie, sont encore incertaines.

M. Schumann n'insiste pas auprès de M. Spühler mais il souligne combien il serait heureux que pour la seconde fois les intérêts suisses et français se rencontrent et il marque tout l'intérêt que présenterait pour son pays la proposition suisse qu'il pourrait voter sans difficulté. Le problème de la procédure est évoqué rapidement.

M. de Lipkowski, qui représentera la France demain, souligne que celle-ci reste en faveur de la majorité des 2/3. Il reconnaît qu'il n'y a pas convergence de vues sur ce point entre Berne et Paris, mais il n'insiste pas. On convient de maintenir le contact et de se tenir au courant de l'évolution de la situation. La délégation suisse, pour sa part, poursuivra son sondage.

3. L'audience touche à sa fin car M. Schumann attend encore d'autres visiteurs. M. Spühler et lui-même évoquent l'harmonie des relations franco-suisses sur le plan bilatéral[15]. M. Spühler dit en passant qu'il y a encore certains dossiers, mais aucun ne soulève de problèmes spéciaux. Tout au plus peut-on évoquer le cas des Suisses victimes des événements d'Algérie[16]. M. Schumann se déclare tout prêt à se pencher sur cette question qui, pour l'instant, est en main de M. de Chambrun. Le soussigné remettra prochainement un aide-mémoire à ce sujet soit à M. de Beaumarchais, soit au Secrétaire Général, M. Alphand. M. Schumann déclare qu'il vouera toute son attention à ce problème.

Il n'a pas été possible d'évoquer encore le problème de la conférence sur la sécurité européenne[17]. Toutefois le Chef du Département a pu s'en entretenir au cours d'un dîner offert par le ministre des Affaires étrangères, tant avec le Secrétaire Général, M. Alphand, qu'avec M. de Lipkowski et M. Schumann personnellement. Ce fut l'occasion de préciser de part et d'autre la position respective des deux pays. On a rappelé l'attitude négative des Etats-Unis à l'égard de ce genre de conférence. En ce qui concerne la position française,

---

14. *Sur l'échange de vues entre W. Spühler et K. Waldheim sur la position de la Grèce au sein du Conseil de l'Europe, cf. la notice de E. Thalmann à W. Spühler du 24 octobre 1969,* dodis.ch/33369.

15. *Sur les relations bilatérales entre la Suisse et la France, cf. doc. 110,* dodis.ch/32370 *et doc. 131,* dodis.ch/32369.

16. *Cf. doc. 19,* dodis.ch/32591 *et doc. 164,* dodis.ch/32244.

17. *Sur la Conférence européenne de sécurité, cf. doc. 154,* dodis.ch/32403.

elle est bien connue: la conférence doit être soigneusement préparée et il faut également prendre le plus grand soin d'éviter que, par le biais d'une telle réunion, on aboutisse à la reconstitution de blocs, à laquelle la politique française demeure toujours opposée. On a ainsi pu constater, en conclusion, que du côté français régnait le même scepticisme quant à la possibilité de réunir,

187

dodis.ch/32665

La Division des organisations internationales au Service juridique du Département politique[1]

[Berne,] 23 décembre 1969

La Division de la police nous[2] a communiqué copie des lettres qu'elle vous a adressées les 17 et 19 décembre 1969[3] au sujet de l'attitude des autorités italiennes concernant certaines catégories de personnes qui passent clandestinement d'Italie en Suisse.

Sans entrer dans les détails, nous nous permettons d'appeler votre attention sur un aspect psychologique du problème qui pourrait peut-être bien expliquer cette attitude de nos voisins du Sud. Il s'agit du fait que le dialogue se déroule entre deux Etats qui ne se trouvent pas sur pied d'égalité en matière de réfugiés: l'Italie, pays de «premier asile», subit depuis plus de 25 ans, de façon presque ininterrompue, l'arrivée clandestine de vagues, parfois considérables, de réfugiés sur son territoire, avec toutes les charges morales et matérielles qui en découlent; la Suisse – mieux protégée – choisit ses réfugiés et en limite le nombre[4].

Qu'un certain esprit de «Schadenfreude» anime nos voisins, lorsque l'équilibre dont nous jouissons est momentanément rompu et nous place précisément dans la situation où l'Italie se trouve en permanence, ne nous étonnerait pas. A notre connaissance, plus d'un Italien, et non des moindres, estiment contraire à l'équité que leur pays, sous peine de paraître manquer d'humanité, doive indéfiniment absorber des réfugiés, alors que le nôtre peut se défendre et poser ses conditions.

Les accords de voisinage cités dans la lettre de la Division de police du 19 décembre 1969, à savoir p. ex. entre l'Autriche et la République fédérale d'Allemagne, et l'Italie et l'Autriche, reflètent, croyons-nous, une situation différente en ce sens qu'une certaine égalité existe entre ces Etats dans le

---

1. *Notice:* E2001E-01#1987/78#3624* (B.14.21.17). *Rédigée et signée par D. Werner. Copie à la Division de police du Département de justice et police et à l'Ambassade de Suisse à Rome.*
2. *Division des organisations internationales du Département politique*.
3. *Lettre de F. Guéra au Service juridique du Département politique du 17 décembre 1969, doss. comme note 1 et lettre de O. Schürch à la Division des affaires juridiques du 19 décembre 1969,* dodis.ch/33609.
4. *Sur la reprise par l'Italie de réfugiés entrés illégalement en Suisse, cf. la lettre de H. Mumenthaler, à la Division des affaires politiques du Département politique,* dodis.ch/32663.

domaine des réfugiés: l'Italie et l'Autriche, comme l'Allemagne, sont tous des pays de premier asile (qui n'ont pas de «revanche» à prendre les uns sur les autres!). Enfin, peut-on attendre de l'Italie, lorsqu'il s'agit de la Suisse, qu'elle oublie son problème d'excédent de main-d'œuvre[5]?

Nous nous demandons aussi si une mesure de rétorsion qui tendrait à interrompre l'action d'accueil de petits contingents annuels de réfugiés âgés, malades ou handicapés (hard core) en provenance d'Italie atteindrait son but? Ne frapperait-elle pas surtout les réfugiés auxquels nous avons à cœur de venir en aide?

Tout en vous faisant part de ce qui précède, nous regrettons naturellement vivement les difficultés[6] rencontrées par la Division de police.

---

5. *Sur l'Accord du 10 août 1964 entre la Suisse et l'Italie relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, cf. doc. 10,* dodis.ch/32342, *note 3.*

6. *Cf. le projet de lettre qui n'a pas été envoyée de la Division de la police du Département de justice et police au Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, doss. comme note 1.*

188

dodis.ch/32405

Protokoll der Arbeitsgruppe zur Europäischen Sicherheitskonferenz des Politischen Departements[1]

Europäische Sicherheitskonferenz. Protokoll der Besprechung vom 16. Dezember 1969, 15.00 Uhr

Vertraulich *[Bern,]* 29. Dezember 1969

Herr Micheli erläutert kurz den Zweck dieser Besprechung (Beurteilung der östlichen Initiativen zugunsten einer europäischen Sicherheitskonferenz; Bildung einer Arbeitsgruppe, für die bereits die Ermächtigung[2] des Bundesrates vorliegt) und gibt für einleitende Bemerkungen Herrn Miesch das Wort.

Herr Miesch verweist auf das den Anwesenden übermittelte Arbeitspapier[3] sowie die darin erwähnten Unterlagen und beschränkt sich auf einige wenige Anmerkungen:

Östliche Initiativen zugunsten einer europäischen Sicherheitskonferenz sind nicht neu (Rapacki-Plan[4] usw.), sie werden heute jedoch mit einer

---

1. *Protokoll:* E2001E#1980/83#540* (B.72.09.15.1). *Verfasst von K. Fritschi. Teilnehmer: P. Micheli (Vorsitz), R. Bindschedler, M. Gelzer, H. Miesch, A. Natural, P. A. Nussbaumer, F. Châtelain, K. Fritschi, F. Birrer und L. Wildhaber (in Vertretung von E. Diez). Abwesend: E. Thalmann.*

2. *Vgl. dazu Dok. 154,* dodis.ch/32403.

3. *Notiz von K. Fritschi vom 11. Dezember 1969,* dodis.ch/32406.

4. *Zum Rapacki-Plan vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 164,* dodis.ch/31628, *Anm. 4 und die Notiz von A. Natural vom 1. April 1969,* dodis.ch/32404.

gewissen Insistenz vorgetragen. Auch die NATO hat bekanntlich schon in Reykjavik[5] Vorschläge auf militärischem Gebiet unterbreitet, die soeben in Brüssel[6] bekräftigt wurden (Abrüstung, Truppenverminderungen).

Interessant an den Appellen der Warschauer Pakt-Staaten ist die Tatsache, dass sich dahinter verschiedene Interessen einerseits der UdSSR, andererseits ihrer Verbündeten geltend machen. Rumänien[7] und Polen[8] setzen in eine solche Konferenz Hoffnungen auf grössere aussenpolitische Bewegungsfreiheit, Hoffnungen, die wohl als Illusionen bezeichnet werden können.

Moskau[9] zeigte sich zuerst zurückhaltend, hat jedoch inzwischen ein allgemeines Interesse für die Abhaltung einer solchen Konferenz festgestellt. Für den Kreml stellt sich das Problem, den Ostblock unter Kontrolle zu halten. Die sowjetische Haltung hat stark propagandistischen Charakter, der sich schon darin zeigt, dass für die Einberufung der Konferenz – ohne dass vorher die NATO-Länder dazu Stellung genommen hätten – ein sehr frühes Datum in Vorschlag gebracht wurde.

Die Sowjetunion lässt sich in dieser Sache wohl von folgenden Beweggründen leiten:

Die UdSSR will – übrigens nicht nur in Europa, sondern auch Ostasien – als Friedensstifter auftreten, eine Rolle, die sich namentlich im nächsten Jahr, dem 25jährigen Jubiläum der UNO, gut macht. Sie unternimmt Initiativen für Frieden und Sicherheit in Europa zu einem Zeitpunkt, da die CSSR-Krise[10] kaum vorbei ist. Starkes Misstrauen ist deshalb berechtigt. Moskau will ferner den status quo in Europa festigen, ins westliche Lager Zwiespalt bringen und einer zu grossen Konzentration wirtschaftlicher Macht im Westen entgegenwirken.

Den Neutralen möchte die UdSSR offenbar eine aktive Rolle unterschieben und diese Länder für eine Sicherheitskonferenz als Aushängeschild in Dienst nehmen[11].

Die beiden östlichen Diskussionsvorschläge betreffend Gewaltverzicht und Zusammenarbeit[12] sind wenig präzis und beinhalten namentlich Schlagworte.

---

5. *Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 24. und 25. Juni 1968 in Reykjavík vgl. Doss.* E2200.209#1986/20#118* (742.0).

6. *Zur* Déclaration du Conseil de l'Atlantique Nord *vom 5. Dezember 1969 vgl. das Schreiben von Ph. Zutter an P. Micheli vom 11. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Zur Haltung Rumäniens gegenüber einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 140,* dodis.ch/32536, *bes. Anm. 9.*

8. *Zur Haltung Polens gegenüber einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 154,* dodis.ch/32403, *Anm. 22; das Telegramm Nr. 184 von P. Frochaux an das Politische Departement vom 2. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1 sowie das Schreiben von R. Keller an P. Micheli vom 15. Dezember 1969,* dodis.ch/33741.

9. *Zur sowjetischen Haltung gegenüber einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 154,* dodis.ch/32403, *Anm. 25; das Schreiben von J. de Stoutz an P. Micheli vom 19. November 1969,* dodis.ch/32781 *und die Notiz von A. Weitnauer an H. Schaffner vom 2. Dezember 1969,* dodis.ch/32778.

10. *Zur Krise in der Tschechoslowakei vgl. Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*

11. *Vgl. dazu das Schreiben von J. de Stoutz an das Politische Departement vom 1. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Zur* Déclaration adoptée à la consultation des ministres des affaires étrangères des

Im Textentwurf über den Gewaltverzicht sollen wichtige Aspekte des Deutschlandproblems geregelt und die Breschnew-Doktrin sanktioniert werden; in jenem über die Zusammenarbeit fehlen die kulturellen Beziehungen. Für Abrüstungsfragen scheint die Sowjetunion – im Gegensatz zu Polen – keinerlei Interesse zu zeigen.

Die NATO-Mitglieder sind gegenüber den Initiativen und Vorschlägen der Warschauer Pakt-Staaten skeptisch. In ihrer jüngsten Erklärung[13] wird besonderes Gewicht auf Abrüstungsmassnahmen gelegt und für vorherige bilaterale Gespräche (z. B. der Bundesrepublik mit der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern) eingetreten. Erwartet werden zunächst östliche Zeichen des guten Willens. Die NATO äussert sich nicht zur Frage des Datums, lässt aber durchblicken, dass vor einer Konferenz gewisse Regelungen gefunden werden müssen und dass das für ein solches gesamteuropäisches Treffen günstige Klima noch nicht gegeben ist.

Für die Schweiz steht zwar im vorneherein fest, dass sie an der Regelung jener Fragen, die ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg haben, nicht teilnehmen kann. Unser Land kann jedoch nicht völlig abseits stehen, dies schon deshalb nicht, weil die Lösung der europäischen Friedens- und Sicherheitsprobleme nicht ganz den Grossmächten überlassen werden sollte.

Der Bundesrat hat seine allgemeine grundsätzliche Haltung gegenüber dem Konferenzprojekt vorläufig festgelegt[14]. Der Departementschef[15] hat in letzter Zeit namentlich auch auf die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens hingewiesen, welche vor einer Konferenz geschaffen werden müsse. Er hat zudem auf die Feststellung Wert gelegt, dass an einer solchen Konferenz die nationale Souveränität aller Staaten, d. h. das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Staates, Anerkennung finden muss[16].

Es stellt sich nun die Frage der Bildung einer Arbeitsgruppe, welche die Probleme prüft, die sich der Schweiz im Zusammenhang mit einer europäischen Sicherheitskonferenz ergeben. Soll diese Gruppe jetzt geschaffen und soll sie departementsintern oder zwischendepartemental gebildet werden? Im erwähnten Arbeitspapier sind einige jener Fragen aufgezählt, mit denen sich diese Arbeitsgruppe zu befassen hätte.

états-membres du Traité de Varsovie *in Prag vom 31. Oktober 1969 vgl. die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 31. Oktober 1969 und für die nachgereichten Dokumente über Vereinbarungen zu Gewaltverzicht und Zusammenarbeit vgl. die Notiz von H. Miesch an W. Spühler vom 10. November 1969, Doss. wie Anm. 1.*

13. *Vgl. Anm. 6.*

14. *Vgl. dazu Dok. 154,* dodis.ch/32403 *und die Pressemitteilung des Politischen Departements vom 24. Juli 1969, Doss. wie Anm. 1.*

15. *W. Spühler.*

16. *Vgl. z. B. die Deklaration von W. Spühler am Treffen des Ministerkomitees des Europarats in Paris vom 12. Dezember 1969; die Notiz* Projet de déclaration du Chef du département sur le sujet «relations avec les Etats tiers» *von F. Pictet an W. Spühler vom 10. Dezember 1969 und das Protokoll Nr. 5 des Ministerkomitees des Europarates der Sitzung vom 12. Dezember 1969,* E2003A#1980/85#332* (o.121.53)).

Herr Micheli: Unsere Vorbereitung auf eine mögliche Konferenz kann auf zwei Arten geschehen:

– extern aufgrund von bilateralen Kontakten, die bereits bisher stattfanden und die jedoch in Allgemeinheiten verblieben. So haben z. B. die Holländer grosses Interesse daran gezeigt, auch diese Frage mit uns besprechen zu können (Anfang Februar wird uns der Generaldirektor der Politischen Angelegenheiten des niederländischen Aussenministeriums, de Ranitz, einen Besuch[17] abstatten);
– intern unter den Departementen.

Bei der Frage, ob die zu bildende Arbeitsgruppe lediglich innerhalb des EPD zu schaffen ist oder ob noch Vertreter anderer Departemente zugezogen werden sollen, ist davon auszugehen, dass sich diesem Gremium eine doppelte Aufgabe stellt. Die Arbeitsgruppe wird sich mit zwei Problemkreisen zu beschäftigen haben, die einerseits die politischen Aspekte der Vorschläge von Warschauer Pakt und NATO betreffen und die andererseits Fragen der Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten zum Gegenstand haben. Da in letzterer Gruppe von Fragen die Gebiete der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Kultur zur Diskussion stehen, wären hier gegebenenfalls Kontakte mit anderen Departementen zu suchen.

Zu den politischen Fragen hat der Bundesrat insofern bereits Stellung genommen, als er erklärte[18], dass die Schweiz sich nicht an der Lösung von Problemen beteiligen könne, die ihren Grund im letzten Weltkonflikt haben. Eine Unterscheidung zwischen diesen Problemen und solchen, die nicht im Zweiten Weltkrieg entstanden sind, ist jedoch keineswegs leicht, weil sie untereinander verzahnt sind.

Darüber hinaus stellt sich für die Arbeitsgruppe die Frage, welche Haltung unser Land zum Problem des Gewaltverzichts einnehmen soll. Ist es angezeigt, dass die neutralen Staaten sich am Austausch von Gewaltverzichtserklärungen beteiligen? Sollen sie hiefür Initiativen ergreifen oder eher Zurückhaltung an den Tag legen?

Auf den Gebieten der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit stellt sich die Frage, ob die Neutralen, also auch die Schweiz, eine spezifische Rolle spielen können, was französischen Vorstellungen zu entsprechen scheint. Hinzu kommt die Frage, ob diese Zusammenarbeit überhaupt im Rahmen einer europäischen Sicherheitskonferenz diskutiert und vereinbart werden soll oder ob es nicht angezeigt ist, diese Zusammenarbeit zuerst in anderem multilateralem Rahmen oder auf bilateraler Ebene zu suchen und zu verbessern.

Herr Bindschedler teilt grundsätzlich die eingangs gegebene Beurteilung der Situation in Sachen europäische Sicherheitskonferenz. Zu ergänzen wäre lediglich noch ein Hinweis auf die sowjetischen Stabilisierungswünsche in Europa, weil die UdSSR wegen China[19] im Osten grössere Handlungsfreiheit

---

17. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 110 von C. Caillat an P. Micheli vom 24. November 1969, Doss. wie Anm. 1.*
18. *Vgl. dazu Dok. 154,* dodis.ch/32403.
19. *Zum sino-sowjetischen Grenzkonflikt am Ussuri vgl. Dok. 140,* dodis.ch/32536, *Anm. 7.*

anstrebt. Ferner: die zwei östlichen Dokumente über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit sind keine Vertragsentwürfe, sondern blosse Deklarationen, d. h. Verbalmanifestationen.

Bei der Frage, was eine solche Konferenz anstreben und erzielen kann, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass nichts dahinter steckt. In ihrer gegenwärtigen Form sind die Vorschläge eine Täuschung, weil keine Grundprobleme gelöst werden sollen. Im Gegenteil, diese Probleme werden zugedeckt, um darauf ein Verbalgebäude zu errichten. Gewaltverzicht ist lediglich ein neues Wort für Nichtangriffspakt. Bekanntlich waren Nichtangriffspakte schon früher nichts wert. Das Prinzip des Gewaltverzichts ist im übrigen in der UNO-Charta[20] verankert und gilt heute im allgemeinen Völkerrecht als Gewohnheitsrecht. Sowohl die Bundesrepublik wie die DDR haben die Prinzipien der UNO-Charta anerkannt. Ein Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ist somit überflüssig, weil blosse Wiederholung.

Ein System von kollektiver Sicherheit ist – wenn überhaupt – universell (UNO-Charta) wirksamer als auf regionaler Ebene (vgl. Vertrag von Locarno[21], der nicht länger als sechs, sieben Jahre dauerte). Die notwendige Übermacht der Verteidiger des Rechts gegenüber dem Angreifer besteht regional noch weniger als universal; ebenso fehlt die Elastizität der Staatengruppierungen noch mehr. Zudem können wir uns den präsumtiven Angreifer – Mitglied des Systems – wohl vorstellen.

Was die Auflösung der Blöcke angeht, so hat die Schweiz daran kein Interesse, weil sie selbst vom Bestehen des NATO-Bündnisses profitiert. Länder wie Jugoslawien und Rumänien machen sich Illusionen, wenn sie an diese Auflösung glauben. Wo deren Limiten liegen, haben die Ereignisse in der Tschechoslowakei deutlich gezeigt.

An Abrüstungsmassnahmen wie Räumung der ausländischen Stützpunkte und gegenseitige Truppenverminderung ist die Sowjetunion nicht interessiert, weil sie ihre Satelliten an der Kandare halten muss. Aber selbst wenn sich Amerikaner und Russen zurückzögen, entstünde für Europa wegen der Distanzen eine gefährliche Situation, an der auch amerikanische Vorkehren wie *big lift*[22] nicht viel ändern würden. Eine solche Situation ist für uns keineswegs wünschenswert.

Abrüstung ist in erster Linie Sache der Supermächte. Sie ist deshalb im Rahmen einer europäischen Sicherheitskonferenz ein irreales Postulat.

Zu einer Erklärung zugunsten von Unabhängigkeit und Nichteinmischung wäre der Osten bereit. Wir wissen jedoch was diese wert ist. Hiefür liefert die Breschnew-Doktrin das jüngste Beispiel. Der Westen müsste darauf beharren, dass diese Prinzipien auch unter den jeweiligen Verbündeten gelten: gerade dies kann aber vom Osten kaum erreicht werden.

Bleibt so hinter den politisch-militärischen Postulaten nichts übrig, so ist in Sachen Zusammenarbeit die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme zwischen

---

20. *Zur Charta der Vereinten Nationen vgl. DDS, Bd. 16, Dok. 48,* dodis.ch/54.
21. *Zum Vertrag von Locarno vgl. DDS, Bd. 9, Dok. 122.*
22. *Lufttransportmanöver der US-Streitkräfte im Herbst 1963.*

Ost und West[23] das Hindernis. Hier spielen nämlich z. B. nicht handelstechnische (Zölle usw.), sondern politische Gründe eine Rolle.

Für die Verbesserung der gegenseitigen Handelsbeziehungen ist keine Konferenz notwendig. Handel kann bilateral stattfinden; in multilateralem Rahmen könnte sich die Europäische Wirtschaftskommission in Genf mit diesen Fragen befassen. Alles andere ist östliches *window-dressing*. Ein Gleiches gilt für die Wissenschaft[24]. Und normale kulturelle Beziehungen will der Osten nicht, weil er sich vor westlicher Beeinflussung fürchtet.

Alles in allem genommen, es bleiben viele leere Worte und – etwas Gefährliches – die Schaffung von Illusionen, die wir aus den 20er und 30er Jahren kennen.

Es fragt sich nun, was die Schweiz tun soll.

Wollen wir die Zementierung des status quo, die Teilung Deutschlands, die vielleicht machtpolitisch auch für uns erwünscht, aber etwas Künstliches ist, und die Sanktionierung der Verhältnisse im Ostblock? Es ergeben sich auch Probleme der Neutralitätspolitik, weil die Fragen, die der Friedenskonferenz vorbehalten sein sollten, nur schwer abzugrenzen sind. Dies zeigt sich auch in der Gewaltverzichtsfrage. Es wäre vernünftig, zuerst eine Friedenskonferenz abzuhalten und dann erst die übrigen Probleme zu lösen.

Zu befürchten ist, dass schweizerische Initiativen zugunsten der einen und zulasten der anderen Partei gehen würden. Es ist schwierig, einen Mittelweg zu finden. Somit wirken sich Initiativen einseitig aus. Auf jeden Fall wird deren Wirkung gering sein.

Ein Postulat bleibt von Interesse: eine Sicherheitskonferenz böte Gelegenheit, die Neutralität anerkennen zu lassen. Die Frage der Anerkennung der Neutralität ist namentlich mit Bezug auf die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und die UNO nicht oder nicht eindeutig geregelt.

Wir könnten uns dabei an Staaten halten, die ein gleiches Interesse haben oder die uns unterstützen. Mit Bezug auf die Neutralen bleibt allerdings zu bemerken, dass Österreich eine Anerkennung seiner Neutralität nicht nötig hat, Schweden sie wegen seiner spezifischen Neutralitätspolitik wohl nicht wünscht und Finnland in dieser Beziehung eine besondere Politik verfolgen muss.

Zudem bestehen die Risiken, dass

- die UdSSR die Frage der Anerkennung der Neutralität für ihre eigenen Ziele nützen möchte (vgl. sowjetische Initiativen vom Anfang der 50er Jahre: Schaffung einer «Neutralen Zone»[25] einseitig zulasten des Westens);
- die Anerkennung der Neutralität mit Bedingungen verknüpft würde;
- unsere Stellung schwächer würde, sollte es zu dieser Anerkennung nicht kommen.

Es ist deshalb Skepsis am Platz, auch wenn die Anerkennungsfrage nicht im vorneherein von unserer Diskussion ausgeschlossen werden sollte.

---

23. *Zum Ost-West-Handel vgl. Dok. 135,* dodis.ch/33630.

24. *Zur möglichen Ernennung eines Wissenschaftsattachés in Moskau vgl. Dok. 48,* dodis.ch/32688, *Anm. 5.*

25. *Zur Note von J. W. Stalin vom 10. März 1952 vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 138,* dodis.ch/7700.

Die Schlussfolgerung drängt sich auf, dass es für die Schweiz vor allem darum geht, an einer solchen Konferenz, wenn sie zustande kommen sollte, präsent zu sein.

Für die Arbeitsgruppe stellt sich die Frage, wie sie zusammengesetzt werden soll. Dabei ist davon auszugehen, dass es bei der Diskussion über eine europäische Sicherheitskonferenz ausschliesslich um ein aussenpolitisches Problem geht; alles andere ist Dekoration. Die Arbeitsgruppe ist deshalb aus Vertretern des EPD zusammenzusetzen; hinzugezogen werden kann darüber hinaus ein Vertreter der Handelsabteilung.

Herr Miesch: Über die Beteiligung der Schweiz an einer europäischen Sicherheitskonferenz hat der Bundesrat noch nicht entschieden. Gegenüber den Appellen der Warschauer Pakt-Staaten wurde eine zu positive Haltung vermieden. Auch die finnische Initiative war ja keine Einladung, sondern lediglich eine Konsultation. Der Departementschef[26] hat gegenüber diesen Vorstössen und Vorschlägen auf eine realistische Haltung Wert gelegt. Aufgabe der Arbeitsgruppe wird es sein, dem Bundesrat die schweizerische Stellungnahme vorzuschlagen und namentlich auch den neuen Departementschef[27] über das Konferenzprojekt zu orientieren.

Herr Micheli: Die Arbeitsgruppe wird tatsächlich die beiden Hauptfragen abzuklären haben: 1. Beteiligung oder nicht, 2. wenn ja, Vorbereitung dieser Beteiligung.

Herr Nussbaumer äussert sich zu Herrn Bindschedlers Bemerkungen über die vom Osten vorgeschlagene Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels. Hier geht es zum Teil um die Frage der Meistbegünstigung, die schon Gegenstand von Diskussionen im Rahmen des GATT und der OECD ist. Darüber herrscht im Westen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten keine Einigkeit. Die USA gewähren die Meistbegünstigung gegenüber Polen und sind im Prinzip bereit, sie – wenn Europa ein Gleiches tut – auf andere Länder Osteuropas auszudehnen. Die wichtigsten westeuropäischen Länder haben dem Osten keine Meistbegünstigung zugestanden, vorwiegend um für Verhandlungen etwas in der Hand zu haben. Es ist kaum anzunehmen, dass auf diesem Gebiet an einer europäischen Sicherheitskonferenz eine Lösung gefunden werden könnte.

Die Schweiz hat den Oststaaten die Meistbegünstigung zuerkannt, wenn man von vier Restriktionen absieht, die nicht schwer ins Gewicht fallen:

- Strategische Güter[28], für die wir das Prinzip des «courant normal» beobachten;
- Preisüberwachung bei Textileinfuhren;
- Eiereinfuhren;
- Clearing[29].

Da diese Restriktionen unseren Handel mit dem Osten praktisch nicht beeinträchtigen, liegt die Schweiz in dieser Frage ausserhalb der Schusslinie.

---

26. *W. Spühler.*
27. *P. Graber.*
28. *Vgl. dazu Dok. 189,* dodis.ch/33136.
29. *Vgl. dazu Dok. 20,* dodis.ch/32396.

Unser Land ist eher daran interessiert, diese Probleme bilateral zu lösen. So sind wir bereit, die einzelnen Clearings aufzugeben; bei dieser Gelegenheit wäre zu versuchen, dafür etwas einzuhandeln. Somit ist, alles in allem genommen, kein unmittelbares schweizerisches Wirtschaftsinteresse an einer grossen Konferenz vorhanden.

In politischer Sicht ist immerhin von Bedeutung, dass im Osten gewisse Reformtendenzen auf dem Wirtschaftssektor zu verzeichnen sind. So wird in Ungarn[30] der Versuch unternommen, langfristig und schrittweise vom Zwangsplan auf einen Indikativplan überzugehen, dies allerdings mit Absicherungsmassnahmen für den Fall, dass es in dieser Richtung zu weit gehen sollte. Die Bedürfnisse des Marktes sollen in vermehrtem Masse Berücksichtigung finden. Ähnliche Tendenzen sind auch anderswo festzustellen. Von solchen Reformbestrebungen könnten politische Rückwirkungen ausgehen, die es auch im Zusammenhang mit der Sicherheitskonferenz zu berücksichtigen gilt.

Herr Natural: Es besteht für die Schweiz, wenn die Konferenz zustande kommt, kein Grund, nicht daran teilzunehmen, weil unser Land seine Interessen wahren muss.

Wohl ist Skepsis am Platz, aber es ist auch möglich, dass mit einer europäischen Sicherheitskonferenz ein Anfang gemacht würde, der zu einem Friedensvertrag führen könnte. Wenn die Schweiz nicht von Anfang an dabei ist, könnten ihr Schwierigkeiten entstehen, später «einzusteigen» (vgl. die Situation in den westeuropäischen Einigungsbestrebungen[31]). Unser Interesse für die Konferenz ist somit sicher angezeigt.

Im Ostblock sehen wir zwei Tendenzen: die UdSSR will die Zementierung des status quo, währenddem Rumänien mit der gleichen Konferenz die Auflösung der Blöcke anstrebt. Die Frage verdient deshalb eine Prüfung, ob eine europäische Sicherheitskonferenz in der einen oder in der anderen Richtung gehen wird. Eine europäische Sicherheitskonferenz setzt Entspannung zwischen Ost und West voraus. Die Geschichte lehrt uns aber, dass Entspannung der Sowjetunion Schwierigkeiten bereitet (vgl. Beria[32], Chruschtschew[33]; Budapest[34], Prag).

Auch wenn die Schweiz für die Konferenz grosses Interesse zeigen soll, so wird sie doch hiefür keine eigenen Initiativen ergreifen wollen.

Herr Gelzer ist ebenfalls der Auffassung, dass der Konferenzvorschlag grosse Skepsis verdient. Die Öffentlichkeit hat jedoch – bedingt durch Erklärungen von Regierungsseite[35] – das Bild von einer durchaus positiven schweizerischen

---

30. *Vgl. z. B. das Exposé* Quelques considérations sur le nouveau mécanisme économique hongrois à la lumière des expériences suisses *von L. Mordasini,* E2001E#1980/83#2685* (C.41.100.0).

31. *Vgl. dazu Dok. 33,* dodis.ch/33238; *Dok. 68,* dodis.ch/33241 *und Dok. 180,* dodis.ch/33243.

32. *Zur Entmachtung von L. P. Berija vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 69,* dodis.ch/9557.

33. *Zur Entmachtung von N. S. Chruschtschow, dem Initiator der sog. «Koexistenzpolitik», vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 47,* dodis.ch/31312, *Anm. 2.*

34. *Zur Krise in Ungarn vgl. DDS, Bd. 20, thematisches Verzeichnis:* I.6. Die Krisen in Suez und Ungarn.

35. *Vgl. etwa die Pressemitteilung des Politischen Departements vom 24. Juli 1969, Doss. wie Anm. 1.*

Haltung. Es fragt sich deshalb, ob angesichts der herrschenden Skepsis nicht eine gewisse Zurückhaltung von offizieller Seite angebracht wäre.

Herr Miesch: Die Beantwortung der Interpellationen Renschler im Nationalrat und Hefti[36] im Ständerat wird Gelegenheit geben, die Haltung des Bundesrats zu präzisieren.

Herr Micheli fasst die Diskussion zusammen und schlägt aufgrund des Meinungsaustauschs vor, dass zunächst eine Arbeitsgruppe innerhalb des EPD unter Beizug eines Vertreters der Handelsabteilung[37] gebildet wird. Sollte es sich später als notwendig erweisen, könnten auch Vertreter der EDI, des EMD und eventuell des EVED zugezogen werden.

Die Arbeitsgruppe setzt sich auf folgenden Herren zusammen:

Botschafter Bindschedler, Vorsitz; Minister Miesch; Minister Gelzer; Minister Diez; Natural; Nussbaumer; Fritschi; ein Vertreter der IO[38]; ein Vertreter der Handelsabteilung.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe wird Ende Januar stattfinden.

---

36. *Zur Interpellation von W. Renschler vom 2. Juni 1969 vgl. die* Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Sommersession 1969, 2. bis 27. Juni 1969, *S. 59; zur Interpellation von P. Hefti vom 26. November 1969 vgl. die* Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Wintersession 1969, 24. November bis 19. Dezember 1969, *S. 57.*
37. *A. Weitnauer.*
38. *E. Thalmann.*

189

dodis.ch/33136

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder[1]

West-Ost-Handel[2] Gentlemen's Agreement

Bern, 29. Dezember 1969

Das im Jahre 1951 mit den Vertretern der amerikanischen Behörden getroffene mündliche Gentlemen's Agreement[3] auf dem Gebiet der überwachten Waren führte bekanntlich zu einer schweizerischen Quotenregelung in bezug auf die Ausfuhr von Listenwaren nach Oststaaten. Ursprünglich stützten wir uns dabei auf den «courant normal» der Jahre 1949/50, d. h. auf die Zahlen der

---

1. *Schreiben (Kopie):* E7110#1980/63#1906* (843.0.1). *Verfasst von M. Krell. Kopie u. a. an P. R. Jolles, A. Weitnauer, R. Probst, K. Jacobi, L. Roches, A. Bürki und M. Krell.*
2. *Zu den Entwicklungen des West–Ost-Handels vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 109,* dodis.ch/3981; *DDS, Bd. 18, Dok. 25,* dodis.ch/7202 *und Dok. 106,* dodis.ch/7230; *DDS, Bd. 19, Dok. 124,* dodis.ch/10152; *DDS, Bd. 23, Dok. 119,* dodis.ch/31851 *sowie DDS, Bd. 24, Dok. 41,* dodis.ch/33135 *und Dok. 135,* dodis.ch/33630.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 18, Dok. 106,* dodis.ch/7230.

effektiv getätigten schweizerischen Ausfuhren an Gütern, wie sie damals auf den internationalen Listen der strategisch wichtigen Erzeugnisse umschrieben waren. Daraus ergab sich für jede Warenbezeichnung ein gesondertes Ausfuhrkontingent, dessen Höhe wir unsern amerikanischen Gesprächspartnern bekanntgaben. Diese Regelung blieb während 7 Jahren in Kraft.

Als Folge der im Jahre 1958 vorgenommenen Revision der Internationalen Überwachungslisten wurden eine grosse Anzahl Waren von der für die Mitgliedstaaten des COCOM verbindlichen Embargoliste (Int. Liste I) gestrichen und andere hinzugefügt. Dies hatte uns damals veranlasst, das schweizerische autonome Ausfuhrüberwachungs-System den neuen Gegebenheiten anzugleichen[4], umsomehr als bei verschiedenen, neu in die Liste aufgenommenen Produkten ein courant normal entsprechend der ursprünglichen Basis nicht mehr festgestellt werden konnte, weil die Jahre 1949/50 schon zu weit zurücklagen.

Wir hatten den amerikanischen Gesprächspartnern – ausser Kontakten, die in Washington stattfanden, war Mr. Douglas Henderson zwecks Fortführung des Gesprächs von 1951 nach Bern gekommen – unsern autonomen Entscheid bekanntgeben[5], dass wir ab 1. Juli 1959 auf die vorher für jedes einzelne Produkt festgelegten courant normal-Quoten verzichtet und für alle im damaligen schweizerischen Fabrikationsprogramm figurierenden Waren der Int. Liste I ein Globalkontingent von 18 Mio. Franken pro Jahr anwenden werden. Die amerikanischen Behörden hatten diese unsererseits vorgenommene Anpassung, wenn auch ohne Begeisterung, akzeptiert.

Ein ganzes Jahrzehnt lang haben wir uns strikte an diese Regelung gehalten. Ohne Ausnahme haben wir durch Ihre Vermittlung die halbjährlichen Aufstellungen über die effektiv getätigten Exporte von Listenwaren nach Oststaaten abgegeben, woraus regelmässig hervorging, dass das Globalkontingent von uns nur relativ gering ausgenützt worden war. In unseren Begleitschreiben[6] an Sie haben wir jeweils den Grad der Ausnützung der Jahresquoten erwähnt.

Diese Situation wird nun in verschiedener Hinsicht beeinflusst von den veränderten Verhältnissen des beginnenden neuen Jahrzehnts, die uns veranlassen, eine Neuorientierung in bezug auf das Listenwarenkontingent vorzunehmen. In den Jahren 1962, 1964 und 1966 sind im COCOM Revisionen der Int. Liste I vorgenommen worden. Einzelne gestrichene Warendefinitionen wurden durch neu hinzugekommene ersetzt; die Anzahl der Positionen ist nahezu die gleiche geblieben (ungefähr deren 100). Der Vergleich der heutigen Umschreibungen der strategisch wichtigen Güter mit dem schweizerischen Produktionsstand führt aber zu einem andern Ergebnis als 1958. Dies kommt

---

4. *Vgl. dazu Doss.* E7110#1970/113#1371* (843.0.2).

5. *Zu den Listenrevisionen vgl. die Notiz von M. Krell an die Ständige Wirtschaftsdelegation vom 21. März 1959,* E7110#1970/114#2039* (843.0.1) *sowie die* Mutual defense assistance control lists *vom 1. Oktober 1962,* E7110#1973/41#2192* (843.0.1).

6. *Vgl. die Liste* Swiss Exports of International List-Commodities to Eastern Countries *vom 1. Januar–30. Juni 1969 im Anhang des Schreibens von A. Weitnauer an F. Schnyder vom 15. August 1969, Doss. wie Anm. 1.*

einesteils von den inzwischen erfolgten Neuumschreibungen in der Liste her und andernteils vom inzwischen gewachsenen Fabrikationsprogramm der hiesigen Hersteller. Es ist selbstverständlich, dass die schweizerische Industrie unterdessen produktionsmässig expandiert hat und auch in Bereiche vordringt, die 1958 ausserhalb der direkten schweizerischen Interessen lagen. Dies ist nur eine Seite der Angelegenheit.

Daneben können wir folgende Fakten nicht länger übersehen: Es ist in den letzten 10 Jahren in unserem Land eine beträchtliche Geldentwertung eingetreten, die allein schon die Erhöhung des Kontingents rechtfertigt, weil es sich bekanntlich um ein Wertkontingent handelt. Die meisten unserer Exporte zulasten des Kontingents entfallen auf den Maschinensektor. Die hiesigen Verkaufspreise liegen heute für Maschinen gleicher Grösse und gleichen Typs 2,5mal höher als 1959. Diese Verteuerung ist bedingt durch gestiegene Material- und Lohnkosten. Ausserdem sind die Maschinen durch technische Verfeinerungen und Präzision seit 1958 vervollkommnet worden und deshalb gleichzeitig im Preis entsprechend gestiegen. Durch den Preisfaktor haben wir somit stark an Spielraum im Rahmen des Kontingents eingebüsst, den es nun auszugleichen gilt.

Wir sehen uns aus allen diesen Gründen veranlasst, ab 1. Juli 1970 eine Erhöhung des Jahreskontingents auf *35 Mio. Fr.* vorzunehmen. Dabei werden *sämtliche* Positionen der heutigen Int. Liste, die Erzeugnisse der schweizerischen Produktion berühren anspruchsberechtigt sein. Mit anderen Worten, wir verzichten darauf uns auf ganz bestimmte Positionsnummern zu beschränken, wie dies bis anhin der Fall war. Selbstverständlich beschränkt sich der Kontingentsanspruch nach wie vor ausschliesslich auf Produkte schweizerischen Ursprungs. Wir wollen auch, soweit dies möglich ist, bestrebt sein, die auf Grund des Kontingents erteilten Ausfuhrbewilligungen sowohl auf die einzelnen Bestimmungsländer als auch auf die einzelnen Listenpositionen einigermassen gleichmässig zu verteilen.

Mit dieser wohlbegründeten Erhöhung des Globalkontingents, für die wir das amerikanische Einverständnis erhoffen, dürften wir für die nächsten Jahre gemäss unsern Berechnungen über genügend Bewegungsfreiheit in bezug auf den Export von Listenwaren nach den Oststaaten verfügen. Aber nur so werden wir den Bedürfnissen der Firmen Rechnung tragen können. Hinter der rein betragsmässigen Erhöhung steht nicht etwa die Absicht, den Export an Listenwaren nach dem Osten auszubauen. Ohne unser Dazutun hat der Maschinenexport nach diesen Ländern ohnehin die Tendenz, sich auszuweiten, und zwar keineswegs nur was Listenwaren betrifft. Die Anpassung an die heutige Situation soll unter Wahrung der Grundsätze erfolgen, von denen wir uns gegenüber den USA seit jeher bei der Überwachung der Exporte leiten liessen. Dass wir das zur Verfügung stehende Kontingent voraussichtlich voll werden ausnützen müssen, im Gegensatz zu der bescheidenen Inanspruchnahme in früheren Jahren, erachten wir als der freien schweizerischen Entscheidung überlassen.

Wir wären Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie Ihren amerikanischen Gesprächspartnern von den vorstehenden Überlegungen und unserer Absicht einer Erhöhung des Jahreskontingents Kenntnis geben würden. Am

1. Juli 1970 wird die neue Kontingentsperiode beginnen. Wir legen Wert darauf, unsere Partner des Gentlemen's Agreement *vorher* zu orientieren[7]. Für die Durchführung dieser Vorsprache dürfte die Anwesenheit Herrn Krells in Washington von Nutzen sein, der die praktische Handhabung des Gentlemen's Agreements in der Schweiz aus eigener Erfahrung kennt.

7. *Vgl. dazu Doss.* E7110#1981/41#1929* (843.0.1).

190

dodis.ch/33638

Der schweizerische Geschäftsträger a. i. in Bagdad, P. Dumont, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

Vertraulich Bagdad, 30. Dezember 1969

Mit Interesse habe ich Ihre Mitteilung[2], die meiner Ansicht nach angeblichen Gründe vernommen, die die irakische Regierung zum Rückzug unseres Schutzmachtmandates in der Bundesrepublik führten. Was Ihre Weisungen an Herrn Botschafter Dominicé[3] betreffen, so möchte ich mich hierzu wie folgt äussern:

Es ist für mich eindeutig klar, dass – wie ich es übrigens schon zu verschiedenen Malen erwähnte[4] – die zwei der Schweiz gegenüber unfreundlichen Gesten Bagdads (Schliessung der Botschaft in Bern und Rückzug des Schutzmachtmandates)[5] trotz allen Beteuerungen hochpolitische Akte bedeuten, die im Zusammenhang mit dem Prozess in Winterthur[6] zu werten sind.

Die angeblichen Reibereien in Köln[7] waren für die irakischen Behörden der Grund zur fraglichen Massnahme, und es ist auch nicht von ungefähr, dass auf meine unter verschiedenen Malen (beim Unterstaatssekretär[8] und Protokoll-

1. *Schreiben:* E2003-06#1982/68#393* (o.841.02). *Das Original ging an die Abteilung für Fremde Interessen des Politischen Departements. Kopie an die schweizerische Botschaft in Beirut* unter Bezugnahme auf den telefonischen Anruf von Herrn Botschafter Dominicé vom 28. Dezember 1969 *und an M. Gelzer. Handschriftliche Marginalie:* Reçu le 21. 1. 70 à 16 h 30.
2. *Telegramm Nr. 54 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Bagdad vom 23. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Telegramm Nr. 171 des Politischen Departements an A. Dominicé vom 23. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. das Schreiben von P. Dumont an P. Micheli vom 5. Dezember 1969,* dodis.ch/33881.
5. *Vgl. dazu die Notiz von Ch.-A. Wetterwald an P. Micheli vom 5. November 1969,* E2001E#1980/83#2788* (B.22.20.2).
6. *Zum Strafverfahren gegen A. Frauenknecht wegen der Weitergabe von Unterlagen über Mirage-Triebwerkfabrikation an israelische Agenten vgl. Dok. 173,* dodis.ch/33375.
7. *Vgl. dazu das Schreiben von J. A. Graf an P. Micheli vom 10. Dezember 1969,* dodis.ch/33886.
8. *Ne'ma al-Ne'ma. Zur Unterredung vgl. die Notiz von P. Dumont vom 8. Dezember 1969,* dodis.ch/33885.

chef[9]) geltend gemachten Hinweise, dass – falls wirklich Reibereien bestanden hätten – es am Platze gewesen wäre, diese den schweizerischen Behörden in Bern oder in Bagdad zu melden, um Remedur zu schaffen, mit einem blossen Achselzucken geantwortet wurde.

Ich bin überzeugt, dass die irakischen Behörden, die mir die Notifikation des Rückzuges[10] in Aussicht stellten, nicht auf ihren Entschluss zurückkommen werden. Sollte dies wider Erwarten doch der Fall sein, so würden irakischerseits sicherlich Bedingungen gestellt, die schwerlich annehmbar wären. Es darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Schweiz ihren Nimbus als traditionelle Schutzmacht par excellence sehr wahrscheinlich in der gesamten arabischen Welt, sicherlich aber im Irak, nicht mehr besitzt; dies umsomehr nach dem Prozess von Kloten[11].

Ich glaube daher, dass eine eventuelle Demarche von Herrn Botschafter Dominicé erfolglos verlaufen würde und dem schweizerischen Ansehen eher noch schaden könnte; denn eine solche Intervention würde von der Regierung in Bagdad als ein Gang nach Kanossa betrachtet, was für uns nach arabischer Ansicht einem Verlieren des Gesichtes entsprechen würde.

---

9. *Zur Unterredung mit al-Nouri, dem Stellvertreter des erkrankten Protokollchefs, vgl. das Schreiben von P. Dumont an P. Micheli vom 3. Dezember 1969, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Note des irakischen Aussenministeriums an die schweizerische Botschaft in Bagdad vom 14. Januar 1970,* E2200.88-04#1985/53#28* (823).

11. *Zu den irakischen Reaktionen vgl. das Telegramm Nr. 228 der schweizerischen Botschaft in Beirut an das Politische Departement vom 30. Dezember 1969,* dodis.ch/33883. *Zum Prozess vgl. Dok. 130,* dodis.ch/33710; *Dok. 173,* dodis.ch/33275 *und Dok. 177,* dodis.ch/33291.

ANHANG / ANNEXES / APPENDICE

VII. THEMATISCHES VERZEICHNIS / TABLE MÉTHODIQUE TAVOLA METODICA

Die Zahlen des thematischen Verzeichnisses verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les chiffres de la table méthodique renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

Le cifre della tavola metodica rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

1. Grundfragen der Aussenpolitik / Questions générales de politique étrangère / Questioni generali della politica estera
Diplomatische Beziehungen / Relations diplomatiques / Relazioni diplomatiche 5, 9, 30, 45, 57, 67, 127, 140, 149, 158, 169, 171
Völkerrechtliche Fragen / Questions de droit international / Questioni di diritto internazionale 9, 64
Neutralität / Neutralité / Neutralità 4, 21, 43, 70, 153
Beziehungen zu kommunistischen Staaten / Relations avec les Etats communistes / Relazioni con gli Stati comunisti 5, 11, 14, 20, 30, 40, 42, 44, 45, 48, 57, 62, 75, 96, 97, 100, 102, 127, 135, 139, 140, 149, 152, 158, 163, 169, 170, 174, 189
Krise in der Tschechoslowakei / Crise en Tchécoslovaquie / Crisi in Cecoslovacchia 100, 102, 105, 108, 139
Haltung gegenüber politischen Umwälzungen / Attitude face aux bouleversements politiques / Attitudine di fronte a sconvolgimenti politici 36, 186

2. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen / Relations économiques et financières / Relazioni economiche e finanziarie 20, 67, 114, 128, 135, 189
Kennedy Round 15, 24, 53, 74, 128
Doppelbesteuerung / Double imposition / Doppia imposizione 25, 67, 82, 99, 106, 107
Nationalisierungen / Nationalisations / Nazionalizzazioni 13, 18, 19, 96, 104, 137, 159, 164
Bankenfragen / Questions bancaires / Questioni bancarie 6, 23, 47, 58, 78, 88, 97, 151, 175, 181
Nachrichtenlose Vermögen / Avoirs en déshérence / Averi in giacenza 6, 151
Währungsfragen / Questions monétaires / Questioni monetarie 35, 72, 95, 116, 134, 179, 181
Uhrenfrage / Question horlogère / Questione orologiera 3, 15, 46, 77
Industrie / Industrie / Industria 26, 37, 38, 66, 84, 119, 135, 138, 162
Ausländische Kontrollen / Contrôles étrangers / Controlli esteri 26, 66, 119
Kriegsmaterialexport / Exportation de matériel de guerre / Esportazioni di materiale da guerra 43, 146; Oerlikon Bührle, 118, 132
Verkehrsfragen / Transports / Trasporti 1, 25, 37, 44, 90, 99, 107, 131
Energie- und Rohstofffragen / Energie et matières premières / Energia e materie prime 29, 148

3. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern / Coopération économique et technique avec les pays en voie de développement et les nouveaux pays industrialisés / Cooperazione economica e tecnica con i paesi in via di sviluppo e di recente industrializzazione 18, 34, 53, 54, 92, 101, 122, 141, 175, 182
Afrika / Afrique / Africa 1, 16, 39, 51, 52, 79, 101, 104, 138, 150, 159, 161, 171
Asien / Asie / Asia 12, 47, 77, 101, 144, 158, 183, 184
Lateinamerika / Amérique latine / America latina 46, 49, 86, 94, 101, 109, 114, 113, 121, 160
Exportrisikogarantie / Garantie contre les risques à l'exportation / Garanzia contro i rischi delle esportazioni 1, 86, 101, 113, 122, 137, 160

4. Internationale Organisationen / Organisations internationales / Organizzazioni internazionali 4, 8, 50, 54, 57, 72, 89, 123, 128, 141, 153, 171, 174
Frage des UNO-Beitritts / Question de l'adhésion à l'ONU / Questione dell'adesione all'ONU 4, 32, 38
Sanktionen der UNO gegen das Apartheid-Regime in Südafrika / Sanctions de l'ONU contre le régime de l'Apartheid en Afrique du Sud / Sanzioni dell'ONU contro il regime dell'apartheid in Sudafrica 8, 60, 78, 80, 124

5. Europapolitik / Politique européenne / Politica europea 27, 33, 41, 55, 59, 68, 69, 81, 93, 110, 111, 117, 142, 145, 165, 178, 180, 186

6. Gute Dienste und humanitäre Aktionen / Bons offices et activités humanitaires / Buoni uffici e attività umanitarie 39
Vertretung fremder Interessen / Représentation d'intérêts étrangers / Rappresentanza di interessi esteri 7, 29, 37, 126, 133, 190
Vietnamkrieg / Guerre du Vietnam / Guerra del Vietnam 30, 43, 75, 83, 127
Sechstagekrieg / Guerre des Six jours / Guerra dei sei giorni 28, 29, 38, 50
Biafrakrieg / Guerre du Biafra / Guerra del Biafra 136, 185

7. Migrations- und Flüchtlingspolitik / Politique de migration et des réfugiés / Politica migratoria e dei rifugiati
Auslandschweizer / Suisses de l'étranger / Svizzeri all'estero 37, 41, 65, 91
Ausländerpolitik / Politique des étrangers / Politica degli stranieri 10, 62, 85, 129, 166, 176
Sozialversicherungen / Sécurité sociale / Previdenza sociale 10, 17, 56, 73, 91, 98, 106, 129, 157, 168
Flüchtlings- und Asylpolitik / Politique de l'asile / Politica d'asilo 14, 40, 108, 172, 187
Fremdenfeindlichkeit / Xénophobie / Xenofobia 120

8. Innenpolitische Aspekte der Aussenpolitik / Enjeux de politique intérieure en politique étrangère / Aspetti di politica interna della politica estera
Parlament / Parlement / Parlamento 61, 69, 70, 112, 141, 148
Wissenschaftsfragen / Questions scientifiques / Questioni scientifiche 22, 71, 115, 163, 178
Kultur- und Sprachenfragen / Questions culturelles et linguistiques / Questioni culturali e linguistiche 19, 38, 85, 163, 166, 170
Religiöse Fragen / Questions religieuses / Questioni religiose 112, 141
Jurafrage / Question jurassienne / Questione giurassiana 19, 111, 156

9. Innere und äussere Sicherheitspolitik / Politique de sécurité intérieure et extérieure / Politica di sicurezza interna ed esterna 2, 37, 41, 61, 148
Europäische Sicherheitskonferenz / Conférence européenne de sécurité / Conferenza europea per la sicurezza 140, 141, 154, 188
Militärische Zusammenarbeit / Coopération militaire / Cooperazione militare 61, 76, 89, 143, 167
Frage der Atombewaffnung / Question de l'armement atomique / Questione dell'armamento nucleare 45, 63, 81, 87
Spionage / Espionnage / Spionaggio 173, 174
Terrorismus / Terrorisme / Terrorismo 130, 143, 173, 177
Massnahmen für den Kriegsfall / Mesures en cas de guerre / Misure in caso di guerra 2, 103

VIII. REGISTER / INDEX / INDICE

VIII.1. PERSONENREGISTER
INDEX DES NOMS DE PERSONNES
INDICE DELLE PERSONE

Nebst dem Namen und der Funktion während der Periode des Bandes der betreffenden Person führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), in welcher zusätzliche biografische Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les noms des personnes de l'index et les fonctions des personnes pour la période du volume sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations biographiques et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

I nomi delle persone dell'indice recano, oltre alle loro funzioni durante il periodo del volume, anche il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni biografiche e documenti supplementari. Le cifre rimandano **ai numeri dei documenti** nel volume.

Abdel Fattah, Mohamed Tewfik (ägyptischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P45338, **28, 159**

Abdel Fattah, Zakaria Tawfik (Unterstaatssekretär im ägyptischen Wirtschaftsministerium) dodis.ch/P39307, **16, 159**

Abdul Rahman, Tunku (malaysischer Premier- und Aussenminister) dodis.ch/P27729, **99**

Abella Martin, Francisco (Generaldirektor des spanischen Arbeitsministeriums) dodis.ch/P43793, **73**

Abu el Heiga, Mohamed (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45300, **173**

Aebi, Peter (Direktor des Vororts) dodis.ch/P192, **25, 67, 68, 92, 93, 117, 165**

Aebischer, Max (Nationalrat, 1968/69 Nationalratspräsident) dodis.ch/P40069, **108**

Aebli, Hans (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41885, **13, 121, 160**

Aga Khan, Sadruddin (Hoher Flüchtlingskommissar der UNO) dodis.ch/P17071, **60, 141**

Agcaoili, Pacifico V. (Leiter der philippinischen Luftfahrtbehörde) dodis.ch/P44655, **90**

Agnozzi, Giovanni Battista (ehem. Geschäftsträger des Heiligen Stuhls in Luzern) dodis.ch/P32869, **112**

Akbil, Melih (türkisches Mitglied des Europarats) dodis.ch/P43558, **69**

Alamoody, Mohammad Azziz (Vizepräsident der Afrikanischen Entwicklungsbank) dodis.ch/P44254, **72**

Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (belgischer Kronprinz) dodis.ch/P44660, **67, 82**

Alder, Walter (Mitarbeiter des Diensts für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2831, **182, 184**

Alemann, Roberto (Vertreter der Schweiz. Bankgesellschaft in Buenos Aires, ehem. argentinischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P17640, **160**

Alholm, Björn-Olof (finnischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41822, **70, 154**

Allaf, Mouwaffaq (syrischer Generalkonsul in Genf) dodis.ch/P45440, **130**

Allgöwer, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P19607, **62**

Allilujewa, Swetlana Iossifowna (Tochter von J. W. Stalin) dodis.ch/P40914, **14**

Alon, Zvi (israelischer Militärattaché in Bern) dodis.ch/P45522, **173**

Alphand, Hervé (Generalsekretär des französischen Aussenministeriums) dodis.ch/P200, **186**

Altdorfer, Frieda (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P42984, **102**
Alturky, Abdulrahman (saudi-arabischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P45482, **28**
Aman, Richard (ehem. Protokollchef des EPD) dodis.ch/P1425, **112**
Amstein, André (Chef der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P3010, **129, 170**
Andersen, Poul Nyboe (dänischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P45257, **117**
Andina, Umberto (Sektionschef der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P9847, **25**
Andres, Ernst (schweiz. Botschaftssekretär in Washington) dodis.ch/P15998, **133**
Andres, Jean-Jacques (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P44048, **93**
Anker, Roger (Direktor der Omega Louis Brandt & Frère SA) dodis.ch/P44705, **46**
Arbenz, Peter (Geschäftsleiter der Helvetas) dodis.ch/P24378, **183**
Arikpo, Okoi (nigerianischer Aussenminister) dodis.ch/P44837, **185**
Arioli, Silvio (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24523, **58, 68, 162**
Asante, Kwaku Baprui (ghanaischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P35030, **88**
Aubaret, Pierre-Henri (schweiz. Botschafter in Oslo) dodis.ch/P216, **81, 168**
Babey, Michel (Inspektor der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P41265, **40**
Bachmann, Albert (Generalstabsoffizier) dodis.ch/P41081, **2**
Bachmann, Hans (Professor an der Hochschule St. Gallen, Entwicklungsexperte in Lateinamerika) dodis.ch/P1875, **101**
Baczoni, Jenő (stv. ungarischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P41793, **42**
Baechtold, Gilbert (Nationalrat) dodis.ch/P41878, **101**
Baechtold, Jean-Daniel (Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P26156, **73**
Bagaragaza, Thaddée (ruandischer Minister für internationale Zusammenarbeit und Planung) dodis.ch/P42245, **51**
Bai Gyong Hak (Vertreter des nordkoreanischen Committee for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44905, **169**
Baik In Su (Adjunkt des nordkoreanischen Committee for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44887, **169**
Baistrocchi, Ettore (italienischer Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P44904, **1**
Baldinger, Ernst (Professor für Physik an der Universität Basel) dodis.ch/P42094, **22**
Balsiger, Rolf (Mitarbeiter der Oerlikon-Bührle AG) dodis.ch/P45532, **147**
Bang Ki Yong (Vizepräsident des nordkoreanischen Committee for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44886, **169, 179**
Bär, Hans (Partner der Bank Julius Bär & Co. AG) dodis.ch/P28901, **181**
Bär, Roger (schweiz. Botschaftssekretär in Paris) dodis.ch/P16243, **19, 38, 59, 83, 156**
Barandun, Silvio (Direktor des Instituts für Tumorforschung des Berner Tiefenauspitals) dodis.ch/P45009**, 115**
Barbey, Bernard (schweiz. Vertreter bei der UNESCO in Paris) dodis.ch/P234, **4**
Barbey, Pierre (Chef der Schweizer Delegation der NNSC) dodis.ch/P18992, **158**
Bärlocher, Remigius (Nationalrat) dodis.ch/P42018, **61**
Barnett, Joel (britischer Parlamentarier) dodis.ch/P43461, **181**
Barraz, Pierre (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P15419, **157**
Basset, Pierre (Vizedirektor des IKRK) dodis.ch/P41742, **92**
Battista, Louis de (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P41496, **101**
Bauder, Robert (Berner Regierungsrat, Vorsteher der Polizeidirektion) dodis.ch/P28955, **19**
Bauermeister, Ernest (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P4745, **59**
Baumann, Ernst (Professor für Physik an der ETH Zürich) dodis.ch/P16969, **22**
Baumgartner, Dante (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P45306, **137**
Beaujon, Robert (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15418, **84, 94, 107, 124, 125, 160**
Beaumarchais, Jacques de (Sektionschef im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P45304, **186**
Beck, István (ab Oktober 1968 ungarischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41596, **154**
Beckler, David (Mitarbeiter des Office of Science and Technology der USA) dodis.ch/P39059, **115**
Below, Gennadi Alexandrowitsch (Vorsteher der sowjetischen Hauptarchivverwaltung) dodis.ch/P44858, **163**

Bensouda, Mohammed (marokkanischer Attaché in Bern) dodis.ch/P45483, **28**
Bentsur, Shmuel (israelischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14143, **28**
Benz, Guido (stv. schweiz. Honorarkonsul in Seoul bis April 1969) dodis.ch/P42456, **158**
Benz, Paul (schweiz. Honorarkonsul in Seoul bis April 1969, Vertreter der Ciba AG) dodis.ch/P22280, **22, 158**
Berger, Fritz (Delegierter des Bundesrats für Wohnungsbau) dodis.ch/P45013, **115**
Beria, Lawrenti Pawlowitsch (ehem. sowjetischer Innenminister) dodis.ch/P2163, **188**
Bernath, Erwin (schweiz. Botschafter in Kopenhagen) dodis.ch/P1133, **72**
Bernhard, Rudolph (Chefredaktor der Stuttgarter Nachrichten) dodis.ch/P45486, **24**
Bernoulli, Fernando (schweiz. Botschafter in Addis Abeba) dodis.ch/P1112, **101, 118**
Bertossa, Antonio (schweiz. Geologe, Sektionschef im ruandischen Ministerium für Wirtschaft, Aussenhandel und Minen) dodis.ch/P43138, **51**
Bielka, Erich (Generalsekretär des österreichischen Aussenministeriums) dodis.ch/P2988, **4**
Bieri, Fred (Chef der Abteilung für administrative Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P122, **22, 92, 114, 139, 149, 160, 183**
Binder, Julius (Nationalrat) dodis.ch/P41593, **63**
Bindschedler, Rudolf (Rechtsberater des EPD) dodis.ch/P1396, **2, 9, 32, 57, 63, 70, 75, 87, 94, 110, 131, 143, 145, 154, 165, 167, 188**
Birrer, Franz (Mitarbeiter des Diensts für politische Dokumentation des EPD) dodis.ch/P16179, **188**
Bíró, József (ungarischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P43275, **42**
Blankart, Franz (Mitarbeiter des EPD, ab 1969 Sekretär des Departementschefs des EPD) dodis.ch/P22246, **21, 28, 45, 81, 87, 97, 112, 140, 143, 164, 167, 170, 180**
Blaser, Jean-Pierre (Direktor des Schweiz. Instituts für Nuklearforschung) dodis.ch/P31269, **163**
Blix, Hans (Rechtsberater des schwedischen Aussenministeriums) dodis.ch/P43212, **167**
Bock, Fritz (österreichischer Vizekanzler und Handelsminister) dodis.ch/P6368, **17, 21**
Bodenmann, Hermann (Ständerat) dodis.ch/P35441, **118**
Bohnert, Fritz (schweiz. Botschaftssekretär in New Delhi) dodis.ch/P15967, **84, 144**
Bomboko, Justin Marie (Aussenminister von Kongo Kinshasa) dodis.ch/P27664, **1**
Bonneau, Gabriel (französischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41326, **19**
Bonvin, Roger (Bundesrat, 1967 Bundespräsident, Vorsteher des EFZD, ab Juli 1968 Vorsteher des EVED) dodis.ch/P12130, **4, 12, 14, 23, 29, 35, 44, 47, 82, 112, 116, 131, 134, 148, 177**
Böök, Klas (schwedischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P13566, **167**
Borgen, Per (stv. Sektionschef im norwegischen Aussenministerium) dodis.ch/P44982, **81**
Borner, Harald (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15375, **62**
Boss, Anita (Mitarbeiterin des Schweiz. Roten Kreuzes) dodis.ch/P44673, **40, 101**
Bosshard, Rudolf (Mitarbeiter der Schweiz. Handelskammer, ab 1968 Sekretär des Vororts) dodis.ch/P17458, **41, 74, 117**
Bossi, Walter (schweiz. Botschafter in Caracas) dodis.ch/P1139, **126**
Boumédiène, Houari (algerischer Staatspräsident) dodis.ch/P33898, **79**
Bourgeois, Jean (schweiz. Botschaftssekretär in Washington) dodis.ch/P15383, **3, 15, 66**
Bourgnon, Etienne (schweiz. Botschaftssekretär in Athen) dodis.ch/P17411, **36**
Bouteflika, Abd al-Aziz (algerischer Aussenminister) dodis.ch/P42084, **5, 79**
Brahier, Maurice (schweiz. Rechtsanwalt) dodis.ch/P45069, **12**
Brandt, Willy (Aussenminister, ab Oktober 1969 Bundeskanzler der BRD) dodis.ch/P15409, **81, 155, 179, 180**
Brasch, Heinz (Leiter der Schweiz. Übersee-Handel AG) dodis.ch/P45065, **25**
Breschnew, Leonid Iljitsch (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P15543, **11, 188**
Bretscher, Willy (Nationalrat) dodis.ch/P1325, **4, 32**
Bridel, Danielle (Adjunktin des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P40744, **168**
Briemelow, Thomas (britischer Botschafter in Warschau) dodis.ch/P44792, **139**
Bringolf, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P305, **28, 170**
Broquet, Germain (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Quito) dodis.ch/P2471, **86**

Browne, Gerald William Gaylard (Sekretär des südafrikanischen Finanzministeriums) dodis.ch/P44756, **124**
Brugger, Alfred (Adjunkt der Abteilung für Landwirtschaft des EVD) dodis.ch/P40078, **117**
Brunner, Edouard (schweiz. Botschaftssekretär in Warschau) dodis.ch/P19047, **139**
Brunner, Gustav Albert (schweiz. Konsul in Manchester) dodis.ch/P14181, **98, 171**
Brunner, Hans (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2142, **27, 117**
Brunner, Kurt (Arzt im Berner Inselspital) dodis.ch/P45010, **115**
Brunschvig, Georges (Präsident des Schweiz. Israelitischen Gemeindebunds) dodis.ch/P315, **139**
Buch, Friedrich (Botschafter der BRD in Bern) dodis.ch/P41189, **5**
Buchbinder, Heinrich (Mitgründer und Leiter der Schweiz. Bewegung gegen die atomare Aufrüstung) dodis.ch/P29026, **30**
Bucher, Giovanni Enrico (schweiz. Botschafter in Rio de Janeiro) dodis.ch/P10060, **101, 113**
Bühler, Hans (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P322, **13, 16, 25, 34, 60, 68, 72, 77, 80, 101, 109, 114, 117, 121, 124, 138, 144, 159, 160, 169, 171, 181, 184**
Bührer, Rudolf (ehem. Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2680, **39**
Bührle, Dieter (Direktor der Oerlikon-Bührle AG) dodis.ch/P19875, **132, 146, 147**
Burckhardt, Jacob (ehem. Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2430, **138**
Bürge, Alfred (Mitarbeiter der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P44916, **169**
Bürki, Albert (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37786, **189**
Burri, Kurt (Leiter der schweiz. Projekte der technischen Zusammenarbeit in Peru) dodis.ch/P41450, **183**
Caillat, Claude (Botschafter, Chef der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris) dodis.ch/P2697, **101, 125, 180, 184, 188**
Calmes, Christian (Generalsekretär der EG) dodis.ch/P44811, **55**
Campiche, Roger-Etienne (Chef der Personalsektion des EPD, ehem. Chef der Abteilung für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2687, **1, 7**
Campiche, Samuel François (schweiz. Botschafter in Prag) dodis.ch/P1323, **100, 105, 108**
Capone, Al (berühmter amerikanischer Verbrecher) dodis.ch/P44762, **58**
Caratsch, Claudio (schweiz. Botschaftssekretär in Kairo) dodis.ch/P15359, **159**
Carbó, Héctor (Geschäftsführer der kubanischen Nationalbank) dodis.ch/P42853, **13**
Carli, Guido (Gouverneur der Banca d'Italia) dodis.ch/P14835, **134**
Cart, Henri-Philippe (Sektionschef des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P31398, **101**
Castro, Fidel (kubanischer Staatspräsident) dodis.ch/P14631, **13, 126, 133**
Ceaușescu, Nicolae (rumänischer Staatspräsident, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens) dodis.ch/P15499, **140, 141**
Celio, Enrico (ehem. schweiz. Gesandter in Italien) dodis.ch/P343, **112**
Celio, Nello (Bundesrat, Vorsteher des EMD, ab Juli 1968 Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P26988, **4, 14, 40, 50, 61, 63, 76, 89, 92, 107, 116, 124, 134, 136, 138, 177, 179**
Chaban-Delmas, Jacques (Präsident der französischen Nationalversammlung) dodis.ch/P13786, **19, 38**
Chagla, Mahommedali Currim (indischer Aussenminister) dodis.ch/P41494, **12**
Chambrun, Gilbert de (Mitarbeiter des französischen Aussenministeriums) dodis.ch/P41470, **186**
Chang Yun (chinesischer Kulturattaché, bis August 1967 Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P44822, **40**
Châtelain, François Pierre (schweiz. Generalkonsul in Hongkong, ab Juni 1967 Sektionschef im politischen Dienst Ost des EPD) dodis.ch/P2752, **25, 40, 47, 48, 99, 158, 163, 169, 170, 188**
Chau Sik-Nin (Hongkonger Unternehmer und Politiker) dodis.ch/P43867
Chelli, Zouhir (tunesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P39186, **28, 29**
Chiang Kai-shek (taiwanesischer Staatspräsident) dodis.ch/P1017, **141, 152**
Chin Pil Shik (stv. südkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P44966, **158**
Choi Bong Chun (Sektionschef im nordkoreanischen Committee for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44888, **169**

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (ehem. Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, ehem. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P14485, **41, 188**
Clark, Ramsey (Justizminister der USA) dodis.ch/P43460, **58**
Clavadetscher, Walter (Direktor der Abteilung für Landwirtschaft des EVD) dodis.ch/P17004, **117, 179**
Clerc, Philippe (Adjunkt des Rechtsdiensts der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15726, **132**
Coigny, André (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P21915, **123**
Colding, Kjell (Mitarbeiter des norwegischen Aussenministeriums) dodis.ch/P44983, **81**
Constantin, Michel (Mitarbeiter der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P42579, **125**
Conzett, Hans (Nationalrat, 1967/68 Nationalratspräsident) dodis.ch/P12141, **70, 170**
Corminboeuf, Paul (schweiz. Geologe, Mitarbeiter des ruandischen Ministeriums für Wirtschaft, Aussenhandel und Minen) dodis.ch/P44670, **51**
Corthésy, Jean-Constant (Verwaltungsratsmitglied der Nestlé Alimentana AG) dodis.ch/P17469, **13**
Corti, Max (Botschaftsrat, Chef der schweiz. Delegation in Berlin) dodis.ch/P1565, **149**
Couve de Murville, Maurice (französischer Aussenminister) dodis.ch/P364, **19**
Cristofanelli, Luigi (italienischer Sozialattaché in Bern) dodis.ch/P44765, **157**
Cuendet, Albert (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P2492, **9, 128**
Cuendet, Georges-André (Adjunkt, ab Januar 1968 Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35724, **27, 117**
Cuénoud, Claude (schweiz. Kanzleisekretär in Manila) dodis.ch/P44993, **47**
Cuervo y Fábrega, Luis (spanischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P45481, **85**
Curchod, Theodor (schweiz. Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P9900, **1, 39**
Cuttat, Jacques-Albert (schweiz. Botschafter in Athen) dodis.ch/P368, **36, 98**
Czyrek, Józef (Vizedirektor des polnischen Aussenministeriums) dodis.ch/P44031, **139**
Dahbor, Amena (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45311, **173**
Dahlgaard, Tyge (dänischer Handelsminister) dodis.ch/P43903, **27**
Däniker, Armin (ehem. schweiz. Botschafter in London) dodis.ch/P150, **9**
Dannecker, Rudolf (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P31662, **101**
Dardel, Simon de (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P45487, **92**
Dayan, Moshe (israelischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P42925, **173**
Deonna, Raymond (Nationalrat, Generaldirektor der schweiz. Gesellschaft zur Förderung der schweiz. Wirtschaft) dodis.ch/P25011, **92**
Desrochers, Jean-Louis (Mitarbeiter im kanadischen Aussenministerium) dodis.ch/P44665, **38**
Dessoulavy, Roger (Professor für Elektronik an der Universität Lausanne) dodis.ch/P42096, **22**
Diederichs, Nicolaas (südafrikanischer Finanzminister) dodis.ch/P31666, **78**
Diehl, Günter (Leiter des Presse- und Informationsamts der Regierung der BRD) dodis.ch/P45282, **149**
Diener, Anna (Kanzleimitarbeiterin des EPD) dodis.ch/P45543, **168**
Dietschi, Peter (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P17152, **43, 65, 119, 131, 147**
Diez, Emanuel (Chef des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P1692, **6, 13, 25, 37, 42, 47, 64, 67, 76, 82, 88, 94, 96, 101, 103, 119, 132, 134, 143, 145, 151, 154, 162, 171, 188**
Długosz, Stanisław (Vizedirektor des polnischen Aussenhandelsministeriums) dodis.ch/P44793, **139**
Dominicé, André (schweiz. Botschafter in Beirut, ehem. schweiz. Legationsrat in Buenos Aires) dodis.ch/P1134, **109, 190**
Douay, Nadim (syrischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P45484, **28**
Drury, Charles Mills (kanadischer Industrieminister) dodis.ch/P44662, **38**
Dubček, Alexander (Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei von Januar 1968 bis April 1969) dodis.ch/P38233, **105**
Dubinin, Juri Wladimirowitsch (Erster Sekretär der sowjetischen Botschaft in Paris) dodis.ch/P45262, **83**
Dubois, Charles Albert (schweiz. Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P1140, **86, 140, 149**

Dubois, Gustave (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Karthum) dodis.ch/P15373, **149**
Ducrey, Guy (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15378, **52, 101, 124**
Dufour, Ferdinand (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2709, **126**
Duft, Emil (Nationalrat) dodis.ch/P12137, **33**
Dumont, Beat (Stellvertreter des Chefs des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P2694, **64, 94, 149, 190**
Dumont, Pierre (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Bagdad) dodis.ch/P2447, **141**
Dunkel, Arthur (Adjunkt, ab Januar 1968 Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P26681, **25, 114, 125, 160**
Dupont, Pierre (schweiz. Botschafter in Paris) dodis.ch/P136, **19, 33, 59, 68, 83, 131, 142, 176, 186**
Dürr, Roger (schweiz. Botschafter in Santiago de Chile) dodis.ch/P2645, **146**
Dürrenmatt, Friedrich (schweiz. Schriftsteller) dodis.ch/P13527, **139**
Efremov, Mikhaïl Timofeïevitch, cf. Jefremow, Michail Timofejewitsch
Egger, Eugène (Sekretär der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz) dodis.ch/P43664, **166**
Egli, Jean (Direktor der Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie) dodis.ch/P28962, **66, 119**
Eibel, Robert (Nationalrat) dodis.ch/P25014, **173**
Eisenhower, Dwight David (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P407, **3**
Eisenring, Paul (Nationalrat) dodis.ch/P31677, **33**
Elliott, Georges (belgischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P45028, **126**
Epprecht, Georg W. (Professor für Elektrizitätslehre und Hochfrequenztechnik an der ETH Zürich) dodis.ch/P42095, **22**
Erb, Paul (schweiz. Geschäftsträger in Wellington) dodis.ch/P17279, **9**
Erlande, Tage (schwedischer Ministerpräsident) dodis.ch/P13556, **154**
Ernst, Hans-Ulrich (Sektionschef der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P31680, **91**
Escher, Alfred (schweiz. Botschafter in Wien) dodis.ch/P413, **17, 21, 101, 108, 169**
Eschkol, Levi (israelischer Premierminister) dodis.ch/P45414, **130**
Etter, Jakob (schweiz. Konsul in Maputo, ab Dezember 1968 schweiz. Geschäftsträger a. i. in Singapur) dodis.ch/P16171, **77, 146**
Exchaquet, Olivier (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD bis Mai 1967, schweiz. Botschaftsrat in Moskau bis Dezember 1969) dodis.ch/P1216, **13, 19, 163**
Faillettaz, Jacques (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P45150, **165, 179**
Faist, Theodor (Sekretär der Vereinigung der industriellen Holdingsgesellschaften) dodis.ch/P17646, **82, 94**
Fajfr, Radko (tschechoslowakischer Botschaftsrat und Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P42694, **108**
Fankhauser, Alexander (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37785, **72, 114, 147**
Farah, Michel (libanesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41381, **28, 29, 130, 173**
Fardel, Jacques (Ingenieur der Firma Brown, Boveri & Cie., ab 1969 schweiz. Wissenschaftsattaché in Moskau) dodis.ch/P39074, **48**
Fässler, René (schweiz. Botschafter in New Delhi, ab Mai 1968 in Stockholm) dodis.ch/P1142, **40, 64, 84, 101**
Fayat, Hendrik (belgischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P45181, **128**
Fehrenbach, Theodor R. (amerikanischer Autor) dodis.ch/P23648, **23**
Feldmann, Markus (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EJPD) dodis.ch/P2802, **172**
Fellenberg, Theodor von (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24388, **101**
Feller, Elisabeth (Mitglied der Kommission für technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P43309, **101**
Feller, Max (Botschaftsrat der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, ab März 1969 Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P16242, **110, 145, 180**
Felley, Pierre (Sektionschef der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P45046, **64, 88**
Ferro, Gerald H. (Leiter der maltesischen Zivilluftfahrtbehörde) dodis.ch/P44654, **90**
Fischer, Otto (Nationalrat, Direktor des Schweiz. Gewerbeverbands) dodis.ch/P16465, **93, 117, 165**
Fischer, Peter (Direktor der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel) dodis.ch/P42773, **26, 119**

Fischli, Alfred (schweiz. Botschafter in Havanna) dodis.ch/P433, **7, 13, 126, 133**
Fitzgerald, John F. (Sektionschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P43106, **133**
Fleisher, Wilfred (Korrespondent der «Washington Post» in Stockholm) dodis.ch/P45317, **83**
Foley, Arthur (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P42584, **41**
Foot, Hugh Macintosh (britischer Botschafter bei der UNO in New York) dodis.ch/P45544, **8**
Forcart, Kurt (schweiz. Mitarbeiter der FAO) dodis.ch/P2221, **54**
Fortier, D'Iberville (Chef der Presseabteilung im kanadischen Aussenministerium) dodis.ch/P44743, **38**
Frank, Vincent (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41694, **2, 24, 68**
Franzoni, Enrico (Nationalrat) dodis.ch/P39146, **185**
Frauenfelder, Max (Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen des EDI) dodis.ch/P15156, **98, 167**
Frauenknecht, Alfred (Mitarbeiter der Gebrüder Sulzer AG) dodis.ch/P43353, **146, 173, 190**
Frei, Walter (Adjunkt des Eidg. Luftamts des EVED) dodis.ch/P42744, **25**
Freitas, Geoffrey de (Vorsitzender der Beratenden Versammlung des Europarats) dodis.ch/P42921, **111**
Frey, Emilie (Mitarbeiterin des EVD) dodis.ch/P45128, **35**
Frey, Hans Karl (schweiz. Botschafter in Nairobi, ehem. Berater des ruandischen Präsidenten) dodis.ch/P2685, **51, 52, 101, 114, 146, 150, 161, 171, 183**
Frisch, Max (schweiz. Schriftsteller) dodis.ch/P181, **139**
Fritschi, Karl (schweiz. Botschaftssekretär in Köln) dodis.ch/P16389, **59, 188**
Frochaux, Pascal (ab Juli 1969 schweiz. Botschafter in Warschau) dodis.ch/P5382, **139, 188**
Fuchss, Werner (schweiz. Botschafter in Budapest, ehem. schweiz. Botschafter in Athen) dodis.ch/P114, **42, 101**
Fuhrer, Peter (Mitarbeiter des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P43681, **65**
Fumasoli, Mario (ehem. schweiz. Gesandter in Buenos Aires) dodis.ch/P125, **109**
Furgler, Kurt (Nationalrat) dodis.ch/P12150, **32, 81, 111, 145, 182**
Fürst, Hans (ab 1968 schweiz. Bundesanwalt) dodis.ch/P10140, **47**
Gächter, Richard (schweiz. Botschaftssekretär in London) dodis.ch/P19659, **119, 146**
Gagnebin, Daniel (Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Paris) dodis.ch/P2702, **69, 111**
Gallopin, Roger (Direktor des IKRK) dodis.ch/P4127, **92**
Gander, Christian (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Tripolis) dodis.ch/P2820, **101**
Gandhi, Indira (indische Premierministerin) dodis.ch/P40558, **12**
Ganz, Anton Roy (schweiz. Botschafter in Algier, ehem. schweiz. Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P140, **5, 79, 153**
García de Sáez, Miguel (Generaldirektor des spanischen Instituts für Auswanderung) dodis.ch/P43705, **10**
García Lahiguera, Antonio (Sektionschef im spanischen Aussenministerium) dodis.ch/P42323, **10**
Garneau, René (kanadischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41182, **38**
Gasser, Hans Wilhelm (schweiz. Botschafter in Ottawa) dodis.ch/P1115, **38**
Gaulle, Charles de (französischer Staatspräsident) dodis.ch/P460, **19, 30, 38, 41, 59, 81, 95, 142**
Gautschi, Olivier (Adjunkt des Rechtsdiensts der schweiz. Bundesanwaltschaft) dodis.ch/P43409, **47**
Gbiatene Gbiatibua, Marie-Antoinette (Ehefrau von J. D. Mobutu) dodis.ch/P45509, **1**
Gelzer, Michael (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P2735, **1, 7, 9, 13, 16, 18, 19, 25, 26, 28, 29, 32, 36, 37, 43, 58, 60, 76, 79, 80, 88, 98, 104, 106, 111, 118, 119, 120, 130, 132, 134, 140, 141, 143, 145, 146, 159, 160, 171, 173, 176, 185, 186, 188, 190**
Georgescu, Ion (rumänischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40929, **140**
Gerber, Hans (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P45093, **12**
Geshey Ugen Chiten (tibetischer Geistlicher) dodis.ch/P44987, **40**
Giovannini, Jean-François (schweiz. Entwicklungsattaché in New Delhi) dodis.ch/P43997, **101, 183**

Giudici, Erminio (Sektionschef in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P40922, **63**
Gnägi, Rudolf (Bundesrat, Vorsteher des EVED, ab Juli 1968 Vorsteher des EMD) dodis.ch/P12312, **4, 12, 14, 19, 24, 29, 44, 45, 167, 177**
Goddard, James (Chef der Food and Drug Administration der USA) dodis.ch/P43154, **26**
Gomułka, Władysław (Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) dodis.ch/P18141, **139**
Gotelli, Luis María (Staatssekretär im argentinischen Energieministerium) dodis.ch/P41986, **49**
Gottret, Paul (Chef des Protokoll- und Informationsdiensts des Kantons Genf) dodis.ch/P2737, **110, 123**
Graber, Pierre (Nationalrat, ab Februar 1970 Bundesrat und Vorsteher des EPD) dodis.ch/P4171, **188**
Graf, Josef Anton (Chef des Politischen Dokumentationsdiensts des EPD, ab April 1968 schweiz. Botschaftsrat in Köln) dodis.ch/P2646, **29, 154, 190**
Graffenried, Egbert von (schweiz. Botschafter in Canberra) dodis.ch/P1137, **103, 107, 168**
Grandjean, Jean-Denis (schweiz. Botschaftsrat in London, ab Dezember 1968 schweiz. Botschafter in Algier) dodis.ch/P2727, **81, 104**
Grässli, Max (ehem. Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P103, **101**
Greiner, Hans-Ulrich (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P17637, **25, 46, 72, 84, 86, 109, 113, 121, 126, 160**
Grob, Hermann (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P4807, **88, 101**
Grognuz, Jean-Louis (Mitarbeiter des Rechtsdiensts der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P45465, **132**
Gromyko, Andrei Andrejewitsch (sowjetischer Aussenminister) dodis.ch/P489, **29**
Grosew, Gero (Erster stv. bulgarischer Ministerpräsident) dodis.ch/P44688, **11**
Grossenbacher, Marcel (schweiz. Botschafter in Manila, ehem. schweiz. Botschaftsrat in Tokio) dodis.ch/P1654, **25, 47, 77**
Grozev, Guero vgl. Grosew, Gero
Grübel, Albert (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P6640, **13, 20, 25, 27, 42, 68, 117, 135, 139, 149, 166**
Guéra, Frédéric (Adjunkt der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15784, **187**
Guevara, Ernesto (argentinischer Revolutionär in Kuba) dodis.ch/P26619, **126**
Guggenheim, Paul (Professor am HEI) dodis.ch/P1904, **32**
Guillaume, Lucien (schweiz. Botschafter in Sofia) dodis.ch/P4263, **11, 48**
Guisolan, Antoine (schweiz. Militär- und Luftattaché in Ankara) dodis.ch/P44130, **146**
Guldimann, Werner (Direktor des Eidg. Luftamts des EVED) dodis.ch/P43133, **88, 90, 102, 107**
Gut, Gottlieb (Sektionschef im Rechtsdienst des EPD) dodis.ch/P131, **39, 107**
Guttenberg, Karl Theodor zu (Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt der BRD) dodis.ch/P39143, **149**
Gyémánt, András (ungarischer Botschafter in Bern bis August 1968) dodis.ch/P40918, **42, 96**
Gygax, Maurice (Präsident der Union suisse des fabricants de boîtes de montres) dodis.ch/P44761, **77**
Gygi, Pierre (Mitarbeiter der Handelsabteilung) dodis.ch/P45546, **125**
Gygli, Paul (Generalstabschef der Schweizer Armee) dodis.ch/P15066, **61, 63, 76, 139**
Haas, Heinz (Generalsekretär der Swissair AG) dodis.ch/P14869, **25, 90, 107**
Haas, Leonhard (Direktor des schweiz. Bundesarchivs des EDI) dodis.ch/P23701, **163**
Habermann, Gustav (Sektionschef im österreichischen Verteidigungsministerium) dodis.ch/P44918, **76**
Hafner, Othmar (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit, bis Juli 1967 Vertreter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit in Ruanda) dodis.ch/P42247, **51, 52, 101**
Hájek, Jiří (tschechoslowakischer Aussenminister von April bis September 1968) dodis.ch/P15507, **105**
Hallstein, Walter (ehem. Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD) dodis.ch/P2869, **5, 127, 149, 169**
Halm, Fritz (Delegierter des Bundesrats für wirtschaftliche Kriegsvorsorge) dodis.ch/P2174, **2**

Halstead, John (Sektionschef im kanadischen Aussenministerium) dodis.ch/P44664, **38**
Halter, Joseph (Experte in der Kommission zur Überwachung der Radioaktivität) dodis.ch/P45541, **148**
Hammarskjöld, Dag (ehem. Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P1686, **4**
Harriman, Averell (Ambassador at Large im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P6306, **37**
Hartmann, Rudolf (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD, ab Juni 1969 schweiz. Botschafter in Bangkok) dodis.ch/P2732, **25, 31, 101, 115, 163**
Hassan, Abdel Mohsen (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45302, **173**
Häusler, Fritz (stv. Berner Staatsschreiber) dodis.ch/P43862, **19**
Hausner, Franz (Sektionschef im österreichischen Ministerium für soziale Verwaltung) dodis.ch/P43632, **17**
Hay, Alexandre (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P1643, **134**
Hayes, John (Botschafter der USA in Bern) dodis.ch/P40870, **41**
Hays, Wayne (Mitglied des Repräsentantenhauses der USA) dodis.ch/P43607, **69**
Heath, Edward (Vorsitzender der britischen Conservative Party) dodis.ch/P13966, **95**
Hefti, Peter (Ständerat) dodis.ch/P31801, **188**
Hegner, Anton (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P19510, **125**
Heimo, Marcel (schweiz. Berater des ruandischen Präsidenten, ab Juli 1968 schweiz. Botschafter in New Delhi) dodis.ch/P1214, **51, 84, 101, 144, 150, 183**
Henderson, Douglas (ehem. Botschafter der USA in Bern) dodis.ch/P12552, **189**
Hentsch, Guy (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P38119, **119**
Herpin, Jan-Frans (belgischer Botschafter in Warschau) dodis.ch/P44781, **139**
Herter, Christian (ehem. Staatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P13899, **3**
Hess, Hansjörg (schweiz. Botschafter in Lima) dodis.ch/P525, **84, 101, 121**
Heu Dam (stv. nordkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P44884, **169**
Hickenlooper, Bourke (Senator der USA) dodis.ch/P45247, **18**
Hirohito (japanischer Kaiser) dodis.ch/P66, **25**
Hochstrasser, Urs Walter (Delegierter des Bundesrats für Atomfragen, Professor an der ETH Zürich) dodis.ch/P16060, **71, 81, 163**
Hodler, Ferdinand (schweiz. Maler) dodis.ch/P13383, **139**
Hofer, Edouard (Kanzleimitarbeiter des EPD) dodis.ch/P45467, **152, 160**
Hofer, Hermann (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14220, **13, 25, 46, 72, 77, 86, 113, 114, 121**
Hofer, Walther (Nationalrat) dodis.ch/P24640, **111**
Högger, Rudolf (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P43669, **101, 143, 182, 183**
Holzer, Max (Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P1871, **10, 40, 85, 108**
Hottinger, Max (Mitarbeiter der Swissair AG) dodis.ch/P42746, **90**
Hotz, Jean (ehem. Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P46, **109**
Huber, Ahmed (schweiz. Journalist) dodis.ch/P41597, **42**
Huber, Hans (Professor für Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Bern) dodis.ch/P550, **32**
Huber, Hans (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P5542, **116, 181**
Huber, Karl (Generalsekretär des EVD, ab 1968 Bundeskanzler) dodis.ch/P9621, **2, 46, 112, 142**
Huber, Klaus (schweiz. Komponist) dodis.ch/P44777, **139**
Huber, Otto (Professor für Physik an der Universität Freiburg) dodis.ch/P45540, **148**
Hugentobler, Arnold (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P16090, **68**
Humbert, Jean (schweiz. Botschafter in Guatemala, ab 1968 schweiz. Beobachter beim Sitz der UNO in Genf) dodis.ch/P2178, **72, 113, 123, 143, 174**
Hunziker, Roy (schweiz. Botschafter in Pretoria, ehem. Geschäftsträger a. i. in Moskau) dodis.ch/P142, **78, 114, 124, 147, 149, 171**
Hürlimann, Hans (Ständerat) dodis.ch/P25145, **166**

Hurni, Auguste (Botschaftssekretär der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris) dodis.ch/P1999, **94**
Hyo Koun Lee (südkoreanischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P44972, **169**
Iannella, Egidio (Präsident der argentinischen Zentralbank) dodis.ch/P45223, **160**
Ibuka, Masaru (Präsident der Sony Corporation) dodis.ch/P44686, **25**
Iklé, Max (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P2605, **23, 35**
Iljaschenko, Kirill Fjodorowitsch (stv. sowjetischer Staatspräsident) dodis.ch/P43864, **44**
Im Hof-Piguet, Anne-Marie (Stiftungsrätin der Schweiz. Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit) dodis.ch/P2615, **182**
Imboden, Max (Präsident des Schweiz. Wissenschaftsrats) dodis.ch/P27144, **22**
Inglés, José (Unterstaatssekretär im philippinischen Aussenministerium) dodis.ch/P44977, **47**
Iselin, Jürg (Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD, ab Februar 1969 Botschaftsrat in London) dodis.ch/P2141, **25, 27, 33, 68, 69, 70, 81, 110, 117, 145, 165**
Isliker, Henri (Professor für Medizin an der Universität Lausanne) dodis.ch/P45011, **115**
Jaccard, Maurice (Chef der Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P4611, **17, 21, 25, 31, 91, 120, 129, 137, 164, 168**
Jaccaud, Paul Etienne (schweiz. Generalkonsul in Hong Kong) dodis.ch/P9720, **77**
Jacobi, Klaus Christoph (schweiz. Botschaftsrat in Washington bis Dezember 1967, Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P19511, **15, 117, 160, 189**
Jaeger, Max (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P41698, **68, 93**
Jaeggi, Walter (Chef des Informations- und Pressediensts des EPD) dodis.ch/P1429, **21, 25, 38, 41, 170**
Jagmetti, Carlo (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P19512, **13, 43, 109, 118, 146**
Jahn, Gerhard (parlamentarischer Staatssekretär im Aussenministerium der BRD) dodis.ch/P44286, **149**
Janáček, Leoš (ehem. tschechischer Komponist) dodis.ch/P43264, **42**
Janner, Antonino (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts Ost des EPD, ab März 1968 schweiz. Botschafter in Buenos Aires) dodis.ch/P1399, **9, 11, 12, 13, 14, 21, 25, 30, 40, 42, 44, 48, 70, 84, 109, 138, 143, 146, 160, 169, 174**
Jaruzelski, Wojciech (polnischer Generalstabschef) dodis.ch/P43245, **139**
Jean XXIII, cf. Johannes XXIII.
Jeanbourquin, Daniel (Vorstandsmitglied der Groupe Bélier) dodis.ch/P45322, **156**
Jeanrenaud, Louis G. (Delegierter des Schweiz. Bauernverbands) dodis.ch/P1780, **117**
Jędrychowski, Stefan (ab Dezember 1968 polnischer Aussenminister) dodis.ch/P573, **139**
Jefremow, Michail Timofejewitsch (stv. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P40952, **44**
Jenkins, Roy (britischer Schatzkanzler) dodis.ch/P15451, **95**
Jivkov, Todor, cf. Schiwkow, Todor
Johannes XXIII. (ehem. Papst) dodis.ch/P26127, **112**
Johnson, Alexis Ural (ab Februar 1969 Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P18944, **133**
Johnson, Lyndon B. (Staatspräsident der USA bis Januar 1969) dodis.ch/P13907, **3, 24, 41, 58, 75, 83**
Jolles, Paul Rudolf (Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2763, **1, 2, 3, 4, 11, 13, 21, 24, 25, 26, 27, 33, 34, 38, 39, 48, 49, 53, 55, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 77, 80, 81, 84, 86, 92, 93, 94, 99, 101, 105, 109, 113, 114, 117, 121, 122, 124, 143, 144, 145, 146, 149, 159, 160, 163, 165, 169, 171, 173, 179, 180, 181, 182, 184, 189**
Jonas, Franz (österreichischer Bundespräsident) dodis.ch/P15529, **87**
Jongchay (tibetischer Geistlicher) dodis.ch/P44989, **40**
Jossen, Hermann (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P43327, **16, 159**
Jost, Max (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42832, **13, 25, 160, 184**
Jost, Ruedi (Aargauer Politiker) dodis.ch/P44320, **36**
Jucker, Waldemar (Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes) dodis.ch/P35079, **68, 93, 117**
Juillard, André (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43949, **137**

Junod, Etienne (Präsident der Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie) dodis.ch/P18, **66**
Juri, René (Direktor des Schweiz. Bauernverbands) dodis.ch/P16466, **68, 93, 117**
Kaech, Arnold (Direktor der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15107, **89, 118, 132, 146, 147, 167, 177**
Kamer, Armin (schweiz. Botschaftssekretär in Bogotá) dodis.ch/P16097, **84, 86**
Kanno, Wataro (japanischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P44070, **25**
Kapcsos, Károly (ungarischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P15825, **42**
Kappeler, Gaston (schweiz. Botschaftssekretär in Havanna) dodis.ch/P4824, **7**
Karjalainen, Ahti (finnischer Aussenminister) dodis.ch/P15255, **70, 154**
Karlen, Hans-Ruedi (schweiz. Vizekonsul in Manila) dodis.ch/P17241, **47**
Karsow, Wladimir Michailowitsch (zweiter Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P44871, **102**
Kaufmann, Hansjakob (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16150, **14, 30, 62, 75, 83, 102, 112, 127, 142, 149, 153, 154, 158, 169**
Kayibanda, Grégoire (ruandischer Staatspräsident) dodis.ch/P17423, **51, 101, 150**
Kaźmierczak, Stanisław (Sachbearbeiter im polnischen Aussenministerium) dodis.ch/P45279, **139**
Keel, Guido (schweiz. Botschafter in Warschau bis Mai 1969) dodis.ch/P161, **139**
Kekkonen, Urho (finnischer Staatspräsident) dodis.ch/P15249, **70**
Kellenberger, Walter (Leiter eines Projekts der schweiz. technischen Hilfe in Indien) dodis.ch/P45092, **12**
Keller, Guy von (schweiz. Botschafter in Dublin) dodis.ch/P2480, **171**
Keller, Hans (schweiz. Botschafter in Peking, ab Januar 1967 in Belgrad) dodis.ch/P184, **30, 40, 127, 149, 170, 171**
Keller, Hans Peter (Direktor der Eidg. Getreideverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2169, **117**
Keller, Julius (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P45149, **101**
Keller, René (schweiz. Beobachter beim Sitz der UNO in Genf, ab Mai 1968 schweiz. Botschafter in London) dodis.ch/P1109, **78, 87, 95, 119, 136, 171, 174, 181, 188**
Kennedy, Edward Moore (Senator der USA) dodis.ch/P42012, **152**
Kennedy, John Fitzgerald (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13582, **24, 41, 113**
Kenyatta, Jomo (kenianischer Präsident) dodis.ch/P39514, **161**
Ketterer, Karl (Nationalrat) dodis.ch/P27020, **170**
Khelladi, Khaled (algerischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P45380, **137**
Khider, Mohamed (algerischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P15558, **88, 104**
Khrouchtchev, Nikita Sergueïevitch, cf. Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch
Kiesinger, Kurt Georg (Bundeskanzler der BRD bis Oktober 1969) dodis.ch/P15408, **68, 81, 149**
Kim The Hi (nordkoreanischer Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P40910, **127, 169**
Kisseljow, Gennadi Alexejewitsch (sowjetischer Botschafter in Bern bis September 1968) dodis.ch/P40871, **44**
Klaus, Josef (österreichischer Bundeskanzler) dodis.ch/P15312, **21**
Kleimjonow, Michail (sowjetischer Botschaftsrat beim BIT) dodis.ch/P44185, **174**
Klöti, Eugen (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15426, **101, 164, 170**
Knoepfler, Jacques (Direktor der Enicar AG, Mitglied der schweiz. Uhrendelegation in Mexiko 1967) dodis.ch/P44706, **46**
Knuchel, Alfred (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P44995, **152**
Knüsi, Jacques (schweiz. Konsul in Salisbury) dodis.ch/P15181, **171**
Kobel, Willy (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P610, **86, 121**
Kocher, Silvan (Vizepräsident des Verbandes der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P42615, **46**
Kock, Gerhard de (Wirtschaftsberater der südafrikanischen Nationalbank) dodis.ch/P13672, **124**
Kohli, Robert (ehem. Generalsekretär des EPD, ehem. Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P97, **101, 153**
Koinange, Peter Mbiyu (kenianischer Aussenminister) dodis.ch/P42719, **161**

Kōjun (japanische Kaiserin) dodis.ch/P1975, **25**
König, Max (schweiz. Botschafter in Teheran) dodis.ch/P1143, **118**
Korner, Hans (Nationalrat) dodis.ch/P37555, **12**
Kosciusko-Morizet, Jacques (französischer Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P45435, **1**
Kossygin, Alexei Nikolajewitsch (sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15549, **44, 87**
Koster, Henri Johann de (stv. niederländischer Aussenminister) dodis.ch/P45529, **178**
Kotschegarow, Jewgeni Michailowitsch (sowjetischer Funktionär bei der ITU) dodis.ch/P44180, **174**
Krafft, Matthias (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P24549, **88, 119**
Krell, Max (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41280, **15, 189**
Krieger Vasena, Adalbert (argentinischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P41996, **49, 160**
Kristensen, Thorkil (Generalsekretär der OECD) dodis.ch/P25665, **128**
Kronvall, Erik (schwedischer Botschafter in Warschau) dodis.ch/P45183, **139**
Kropczyński, Tadeusz (polnischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P27283, **45, 139, 154**
Kruczkowski, Adam (stv. polnischer Aussenminister) dodis.ch/P43247, **139**
Kucza, Ernest (Vizedirektor in polnischen Aussenministerium) dodis.ch/P45278, **139**
Kuczinsky, Pedro-Pablo (Leiter der peruanischen Zentralbank) dodis.ch/P45174, **121**
Künzli Antony (schweiz. Staatangehöriger) dodis.ch/P45186, **116**
Kurz, Hans Rudolf (Chef des Pressedienstes des EMD) dodis.ch/P24793, **89**
Kusho Lori (tibetischer Geistlicher) dodis.ch/P44988, **40**
Lacher, Adolf (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16173, **40, 169**
Lacher, Hans (schweiz. Generalkonsul in New York) dodis.ch/P637, **77, 179**
Lademann, John (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P41255, **35, 78, 116**
Langenbacher, Heinz (Sektionschef, ab Januar 1968 Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P5076, **4, 32, 50, 69, 98, 111, 123, 124, 135, 141, 167, 182, 185**
Langenegger, Edwin (Mitarbeiter der Swissair AG) dodis.ch/P44160, **95**
Languetin, Pierre (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P16455, **13, 25, 27, 33, 35, 68, 81, 117, 160**
Larin, Aquilino (philippinischer Funktionär) dodis.ch/P44975, **47**
László, István (Dritter Sekretär der ungarischen Botschaft in Bern bis Mai 1967) dodis.ch/P41424, **42**
Léchot, Ernst Henri (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2434, **13, 25, 72, 84, 86, 94, 101, 113, 121, 160**
Leddy, John (Sektionschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P17943, **37, 41**
Ledermann, Kurt (Sektionschef im Generalsekretariat des EVD) dodis.ch/P44089, **77**
Lehnherr, Hans (Gemeindeschreiber von Zunzgen) dodis.ch/P43463, **102**
Leippert, Max Josef (Adjunkt der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P40105, **17, 56, 73, 98, 157, 168**
Lenin, Wladimir Iljitsch (ehem. Revolutionär und sowjetischer Parteiführer) dodis.ch/P1295, **44, 163**
Lenz, Charles (Direktor der Zollverwaltung des EFZD) dodis.ch/P10147, **117**
Lepori, Guido (ehem. schweiz. Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P2699, **20, 62, 153**
Letsch, Hans (ab 1968 Generalsekretär des EVD) dodis.ch/P42687, **134, 160**
Leu, Max (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Seoul) dodis.ch/P21992, **22, 158, 169**
Leutwiler, Fritz (ab 1968 Mitglied des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P3832, **134**
Levavi, Arieh (israelischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14779, **130**
Lindt, August Rudolf (schweiz. Botschafter in Moskau, ab Oktober 1969 in New Delhi, schweiz. Delegationschef für die UNO-Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968, IKRK-Generalkommissar in Nigeria von Juli 1968 bis Juni 1969) dodis.ch/P83, **14, 18, 21, 44, 48, 80, 83, 87, 101, 136, 163, 183**
Lipkowski, Jean de (Staatssekretär im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P45301, **186**
Lo Kwei-po (stv. chinesischer Aussenminister) dodis.ch/P44994, **152**
Locher, Kurt (Vizedirektor der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P9761, **25, 72, 82**
Lodge, Henry Cabot Jr. (Botschafter der USA in Saigon) dodis.ch/P14782, **127**

Lojendio Irure, Juan Pablo de (spanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14153, **10**
Long, Olivier (schweiz. Botschafter in London, ab Mai 1968 Generaldirektor des GATT) dodis.ch/P1110, **24, 79, 104, 116, 119**
Lord Caradon vgl. Foot, Dingle Macintosh
Luder, Ulrich (Ständerat) dodis.ch/P42659, **84**
Luns, Joseph Marie (niederländischer Aussenminister) dodis.ch/P14246, **145, 178**
Lusser, Markus (Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P22765, **58, 160**
Lusser, Milan (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35089, **25, 27, 117**
Lüthi, Ferdinand (schweiz. Vizekonsul in Kalkutta bis Oktober 1968) dodis.ch/P16422, **183**
Macías Nguema, Francisco (Staatspräsident von Äquatorialguinea) dodis.ch/P43851, **136**
Lyng, John (norwegischer Aussenminister) dodis.ch/P13826, **81**
Mäder, Elmar (Direktor der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P2925, **10, 62, 108, 139, 166, 176**
Maffli, André (stv. Direktor der Rechtsabteilung der Nestlé Alimentana AG) dodis.ch/P29185, **13**
Maheu, René (Generaldirektor der UNESCO) dodis.ch/P40917, **29**
Mai Van Bo (Abgesandter der nordvietnamesischen Regierung in Paris) dodis.ch/P16741, **83, 127**
Maire, Louis (ehem. Präsident der FAO) dodis.ch/P16564, **54**
Manescu, Corneliu (rumänischer Aussenminister) dodis.ch/P15500, **141, 154**
Mangum, Carlton (Manager des Employment Information Office der Boeing Co.) dodis.ch/P45423, **65**
Manz, Johannes (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P20813, **162**
Mao Zedong (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas) dodis.ch/P12354, **40, 141**
Marchetti, Francesco (ehem. ausserordentlicher Delegierter des Vatikans in Luzern) dodis.ch/P37376, **112**
Marcionelli, Arturo (schweiz. Botschafter in Ankara) dodis.ch/P1144, **98, 101**
Marcuard, Sigismond (Delegierter für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P688, **12, 13, 18, 25, 51, 52, 60, 79, 101, 104, 109, 122, 125, 134, 150, 153, 159, 160, 170, 175, 182, 183**
Marcus, Stig (Sektionschef im schwedischen Verteidigungsministerium) dodis.ch/P44996, **167**
Marinescu, Teodor (rumänischer Botschafter in Moskau) dodis.ch/P45242, **87**
Markees, Curt Alfred (Sektionschef der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15785, **58, 88**
Marro, Jean-Louis (Sektionschef im Amt für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P43856, **25**
Martel, Wilfried (Generalsekretär des EDI) dodis.ch/P13540, **129, 166**
Marti, Hans (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P690, **2, 13, 25, 68, 77, 93, 117, 149, 179**
Martin, Edwin McCammon (Vorsitzender des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD) dodis.ch/P27935, **125**
Martin, Victor (stv. Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P1470, **23, 39**
Martino, Edoardo (EG-Kommissar für Aussenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik) dodis.ch/P45323, **55**
Martino, Enrico de (italienischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43479, **120**
Masnata, Silvio (schweiz. Botschafter in Karachi und Islamabad, ehem. schweiz. Botschaftsrat in Kairo) dodis.ch/P3080, **16, 101, 138, 144**
Masset, Charles (schweiz. Botschafter in Guatemala) dodis.ch/P2753, **94**
Maurer, Ion Gheorghe (rumänischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15323, **140, 141**
Maurer, Otto (Adjunkt der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P19563, **47**
Maurice, Robert (ab März 1967 schweiz. Botschafter in Madrid, ehem. schweiz. Botschafter in Kairo) dodis.ch/P118, **16, 153**
Maury, Jean-Marie (apostolischer Nuntius in Kinshasa) dodis.ch/P44865, **1**
McMahon, William (australischer Finanzminister) dodis.ch/P43234, **107**
McNamara, Robert Strange (Präsident der Weltbank) dodis.ch/P13909, **114**
Medici, Giuseppe (italienischer Aussenminister) dodis.ch/P15459, **106**
Meier, Rudolf (Chef der Abteilung Reaktorphysik des Eidg. Instituts für Reaktorforschung) dodis.ch/P39073, **163**

Meister, Jürg (Mitglied des Schweiz. Anwaltsverbands) dodis.ch/P45376, **173**
Mejia, Jaime (philippinischer Funktionär) dodis.ch/P44976, **47**
Melendez, Roberto (kubanischer Protokollchef) dodis.ch/P41406, **126**
Meneses, Alvaro (Leiter der peruanischen Nationalbank) dodis.ch/P45169, **121**
Merlin, Roger (Adjunkt des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P3216, **65**
Merminod, Jean (schweiz. Botschafter in Bogotá) dodis.ch/P138, **84, 86**
Merz, Xaver Ferdinand (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P45185, **84, 183**
Meyer, Christian (Abteilungsleiter im Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR) dodis.ch/P45288, **149**
Michailow, Fjodor Alexandrowitsch (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P43503, **100, 102**
Micheli, Pierre (Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, Generalsekretär des EPD) dodis.ch/P86, **1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13, 14, 16, 20, 21, 22, 25, 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 56, 58, 59, 62, 68, 70, 72, 75, 78, 79, 81, 84, 91, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 110, 111, 114, 116, 117, 118, 120, 124, 126, 127, 129, 132, 133, 134, 136, 137, 139, 140, 141, 143, 145, 146, 147, 149, 153, 154, 156, 157, 158, 160, 163, 166, 167, 169, 170, 171, 173, 180, 181, 184, 186, 188, 188, 190**
Miesch, Hans (schweiz. Botschaftsrat in Tokio, ab Januar 1968 Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P2757, **10, 11, 25, 70, 75, 81, 83, 84, 89, 96, 101, 102, 105, 108, 127, 128, 140, 145, 149, 152, 154, 158, 163, 170, 183, 188**
Mikhaïlov, Fiodor Alexandrovitch, vgl. Michailow, Fjodor Alexandrowitsch
Miki, Takeo (japanischer Aussenminister) dodis.ch/P40972, **25**
Mili, Mohamed Ezzedine (Generalsekretär der ITU) dodis.ch/P44767, **174**
Mills, Wilbur (Vorsitzender eines Ausschusses im Repräsentantenhauses der USA) dodis.ch/P45001, **3, 41, 43**
Miranda, Olga (Direktorin der Rechtsabteilung im kubanischen Aussenministerium) dodis.ch/P43043, **13**
Mironowa, Soja Wassiljewna (sowjetische Vertreterin beim Sitz der UNO und den internationalen Organisationen in Genf) dodis.ch/P43514, **174**
Mobutu, Joseph Désiré (Präsident von Kongo Kinshasa) dodis.ch/P27678, **1**
Modinos, Polys (stv. Generalsekretär des Europarats bis 1968) dodis.ch/P41721, **69**
Moi, Daniel Toroitich arap (kenianischer Vizepräsident) dodis.ch/P44853, **161**
Monfrini, Henri (schweiz. Botschafter in Abidjan) dodis.ch/P15950, **72, 132, 171**
Monnier, Arthur (schweiz. Botschaftsrat in Havanna) dodis.ch/P13416, **13**
Montandon, Robert Karl (Direktor der schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P23605, **101, 113, 169**
Moos, Ludwig von (Bundesrat, 1969 Bundespräsident, Vorsteher des EJPD) dodis.ch/P2815, **4, 10, 14, 42, 58, 112, 120, 142, 151, 156, 169, 171, 174, 177, 185**
Morand, Oswald (Chef des Diensts für Finanz- und Wirtschaftsfragen des EPD) dodis.ch/P2117, **23, 72**
Mordasini, Luciano (schweiz. Botschaftssekretär in Budapest) dodis.ch/P15358, **188**
Morse, David (Generaldirektor des BIT) dodis.ch/P12892, **174**
Moser, Emilio (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14195, **13, 25, 67, 68, 101, 104, 117, 128, 160**
Moser, Friedrich (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P15429, **96, 151, 162**
Mossaz, Lucien (Chef der Abteilung für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2648, **7, 133**
Motta, Cristoforo (Vizedirektor des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P12953, **17, 56, 73, 98, 120, 129, 157, 168**
Muggli, Richard (Direktor bei der Nestlé Alimentana AG) dodis.ch/P35160, **13**
Müllenheim-Rechberg, Burkard Freiherr von (Botschafter der BRD in Kinshasa) dodis.ch/P45427, **1**
Müller, André (Generaldirektor der Nestlé Alimentana AG) dodis.ch/P19164, **13**
Müller, Bruno (Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2688, **34, 68, 72, 117, 134**

Müller, Charles (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P1258, **37, 41**
Müller, Emile (Kommissär der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P10430, **156**
Müller, Hans (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P121, **25**
Mulley, Fred (Staatsminister im britischen Aussenministerium) dodis.ch/P45256, **117**
Mumenthaler, Hans (Sektionschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15783, **91, 108, 172, 187**
Munz-Liechti, Elisabeth (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P43419, **102**
Musy, Pierre (Chef der Unterabteilung Nachrichtendienst und Abwehr in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD bis 1967) dodis.ch/P15064, **14, 61, 62**
Muyden, Claude van (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P747, **111**
Myrdal, Alva (schwedische Ministerin für Abrüstung) dodis.ch/P44164, **87**
Nadhmi, Jamal Omar (irakischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P37950, **28**
Naef, Hans (Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P26155, **73**
Nagel, Theo (Präsident des Vororts der Schweiz. Vereine nordischer Staaten) dodis.ch/P43171, **168**
Nagy, Laszlo (Redaktor der «Gazette de Lausanne») dodis.ch/P38182, **42**
Nagy, Nicolas (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P41692, **68**
Nasser, Gamal (ägyptischer Staatspräsident) dodis.ch/P17767, **16, 29, 153**
Natadiningrat, Taswin (indonesischer Botschafter in Den Haag) dodis.ch/P45042, **184**
Natural, Albert (Chef der Politischen Studien des EPD) dodis.ch/P2696, **36, 59, 70, 81, 87, 95, 112, 130, 134, 140, 145, 154, 188**
Ne'ma, Ne'ma al- (Unterstaatsekretär im irakischen Aussenministerium) dodis.ch/P45017, **190**
Nehru, Jawaharlal (ehem. indischer Ministerpräsident) dodis.ch/P1521, **153**
Neira, Carlos (Abteilungschef im kubanischen Aussenministerium) dodis.ch/P43040, **13, 126**
Nessler, Edmond (französischer Parlamentarier) dodis.ch/P45515, **111**
Ngo Ninh Loan (nordvietnamesischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P40953, **30, 83**
Niederberger, Peter (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P17139, **146**
Nilsson, Torsten (schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P13823, **83, 127**
Nixon, Richard Milhous (ab Januar 1969 Präsident der USA) dodis.ch/P13584, **134, 152**
Njonjo, Charles Mugane (kenianischer Staatsanwalt) dodis.ch/P42721, **161**
Nkrumah, Kwame (ehem. ghanaischer Präsident) dodis.ch/P19716, **88**
Nouri, al- (stv. Protokollchef des irakischen Aussenministeriums) dodis.ch/P45039, **190**
Nsanzimana, Sylvestre (ruandischer Minister für Wirtschaft, Aussenhandel und Minen) dodis.ch/P43933, **51**
Nussbaumer, Pierre André (Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P2824, **20, 23, 24, 47, 48, 52, 54, 58, 67, 68, 71, 72, 81, 88, 94, 97, 99, 101, 107, 116, 117, 124, 125, 134, 142, 145, 149, 160, 171, 175, 179, 184, 188**
Nyerere, Julius Kambarage (tansanischer Präsident) dodis.ch/P31963, **161**
Obote, Milton (ugandischer Präsident) dodis.ch/P42723, **161**
O'Brien, Leslie Kenneth (Gouverneur der Bank of England) dodis.ch/P31551, **95, 181**
Ochsenbein, Claude (ehem. Konsularassistent in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P17212, **101**
Ochsner, Richard (schweiz. Militär- und Luftattaché in Köln) dodis.ch/P25037, **132**
Oeser, Ingo (Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR) dodis.ch/P45287, **149**
Oetterli, Max (Erster Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P1219, **58, 134**
Offelen, Jaques Van (belgischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P44661, **67, 82**
Ojukwu, Chukwuemeka Odumegwu (Gouverneur der ostnigerianischen Regionalregierung) dodis.ch/P42754, **185**
Olav V. von Norwegen (norwegischer König) dodis.ch/P43878, **81**
Olechowski, Tadeusz (stv. polnischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P44773, **139**

Oliva, Giorgio (Unterstaatssekretär für Auswanderung im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P44759, **56**
Omotoye, Rufus Olatona (nigerianischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P45365, **185**
Onganía, Juan Carlos (argentinischer Präsident) dodis.ch/P40927, **160**
Oser, Charles (Bundeskanzler bis 1967) dodis.ch/P1127, **4, 14, 29**
Öste, Sven (Korrespondent der «Dagens Nyheter» in Washington) dodis.ch/P45314, **83**
Otth, Paul (Sektionschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P27865, **91**
Pahud, Jean-Luis (schweiz. Botschafter in Brüssel, ab September 1967 in Mexiko, ehem. Botschafter in Kairo) dodis.ch/P145, **16, 46, 67, 83, 114**
Pak Seung Tcheun (nordkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P44881, **169**
Paltzer, Edgar (Generaldirektor des Schweiz. Bankvereins) dodis.ch/P18828, **121**
Papandreou, Andreas (griechischer Politiker) dodis.ch/P778, **69**
Paravicini, Johann Friedrich (Verwaltungsratspräsident der Bank Paravicini AG) dodis.ch/P17630, **58**
Park Chung Hee (südkorenischer Staatspräsident) dodis.ch/P37069, **158**
Parodi, André (ab April 1967 schweiz. Botschafter in Kairo) dodis.ch/P130, **16, 138, 159, 171, 173**
Pasquier, Roger (Leiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Tansania) dodis.ch/P44044, **101**
Patolitschew, Nikolai Semionowitsch (sowjetischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P40951, **163**
Patricio, António (portugiesischer Botschafter bei der UNO in New York) dodis.ch/P45289, **8**
Paul VI. (Papst) dodis.ch/P14393, **4, 112**
Paul-Boncour, Joseph (französischer Delegierter an der Konferenz in San Francisco 1946) dodis.ch/P22651, **38**
Pearson, Lester Bowles (kanadischer Premierminister) dodis.ch/P1483, **38**
Pedini, Mario (Unterstaatssekretär im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P44663, **129**
Pedotti, Georges (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P17073, **65, 166, 170**
Pelletier, Gérard (kanadischer Parlamentarier) dodis.ch/P44666, **38**
Pérez, Orlando (Präsident der kubanischen Nationalbank) dodis.ch/P41465, **13**
Perret, Jean-Paul (Vizedirektor des Eidg. Gesundheitsamts des EDI) dodis.ch/P43577, **138**
Perrin, René (Bundesrichter am Bundesgericht) dodis.ch/P45316, **32**
Pestalozzi, Richard (Stellvertreter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P2691, **12, 32, 34, 60, 101, 122, 125, 134, 143, 150, 182, 183**
Peter, Adolf (Mitarbeiter der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P43545, **134**
Petitpierre, Max (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P5, **38, 101, 112, 149**
Petri, C. J. Lennart (schwedischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P30795, **83, 127**
Petrow, Iwan Jakowljewitsch (Vizepräsident des Internationalen Ausschusses für Frequenzregistrierung der ITU) dodis.ch/P43809, **174**
Phala Thubten Wonden (Persönlicher Repräsentant des Dalai Lama für Europa) dodis.ch/P41049, **40**
Pictet, François (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P17262, **54, 57, 60, 69, 124, 136, 174, 188**
Pinay, Antoine (ehem. französischer Ministerpräsident) dodis.ch/P13655, **95**
Pipinelis, Panagiotis (griechischer Aussenminister) dodis.ch/P15274, **186**
Podgorny, Nikolai Wiktorowitsch (sowjetischer Staatspräsident) dodis.ch/P15544, **44, 87**
Pometta, Francesca Maria Renata (Mitarbeiterin in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P16364, **50, 98**
Pompidou, Georges (französischer Ministerpräsident, ab Juni 1969 Staatspräsident) dodis.ch/P15264, **142, 156**
Pougatz, Yvette (Sekretärin der Schweiz. Liga für Menschenrechte) dodis.ch/P45416, **130**
Prader, Georg (österreichischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P15479, **76**
Primault, Edgar (Präsident der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung, Vizepräsident der Swissair AG) dodis.ch/P2419, **25**
Probst, Raymond (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge, ehem. Sektions-

chef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P11, **3, 7, 13, 16, 22, 25, 32, 39, 41, 43, 44, 46, 47, 48, 68, 72, 77, 94, 101, 104, 109, 112, 113, 114, 117, 121, 135, 137, 160, 163, 164, 169, 170, 189**

Probst-Gigovsky, Susanna (Mutter von R. Probst) dodis.ch/P44903, **169**

Prögler, Rainer (Delegierter des Verbands der Studierenden an der ETH Zürich) dodis.ch/P43832, **139**

Pronski, Dmitri Nikolajewitsch (Abteilungsleiter des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P44856, **163**

Puente, José de la (Chef der Ständigen Delegation Perus bei der UNO in Genf) dodis.ch/P45101, **121**

Quijano-Caballero, Santiago (Direktor der Abteilung für technische Zusammenarbeit der ONUDI) dodis.ch/P42899, **32**

Rachamim, Mordechai (israelischer Sicherheitsbeamter) dodis.ch/P45303, **130**

Racine, Joël (Sektionschef im Kommando Flieger- und Fliegerabwehrtruppen des EMD) dodis.ch/P44828, **139**

Radius, René (französischer Parlamentarier) dodis.ch/P43564, **111**

Ranitz, Jean de (Sektionschef im niederländischen Aussenministerium) dodis.ch/P43901, **188**

Rapacki, Adam (polnischer Aussenminister bis Dezember 1968) dodis.ch/P15318, **139, 188**

Rappard, Alfred (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P1136, **59, 176**

Real, Friedrich (schweiz. Botschafter in Lagos) dodis.ch/P141, **101, 117, 132, 136, 185**

Redli, Markus (Direktor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P17067, **68, 71, 117**

Regamey, Constantin (Komponist, Professor für Sprachwissenschaft an den Universitäten Freiburg und Lausanne) dodis.ch/P41436, **139**

Reichmann, Hans (Botschafter im österreichischen Aussenministerium) dodis.ch/P44854, **17**

Reinhardt, Eberhard (Generaldirektor der Schweiz. Kreditanstalt) dodis.ch/P24, **18, 94**

Renschler, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P29759, **118, 188**

Replumaz (französische Staatsangehörige) dodis.ch/P44769, **168**

Réti, Károly (Sektionschef im ungarischen Finanzministeriums) dodis.ch/P27286, **42, 96**

Retornaz, René (Direktor des Verbandes der Schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P25311, **77, 140**

Reverdin, Olivier (Nationalrat) dodis.ch/P11967, **36, 111**

Revilliod, Jean-François (schweiz. Botschafter in Jakarta) dodis.ch/P2747, **77, 101, 184**

Rey, Jean (Präsident der Exekutivkommission der EWG) dodis.ch/P14120, **55, 117, 180**

Rham, Jean de (schweiz. Botschafter in Tokio bis Januar 1967, ab September 1967 in Rom, ehem. Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P844, **22, 25, 56, 77, 86, 129, 169, 171**

Rham-Campanari, Irina de (Ehefrau von J. de Rham) dodis.ch/P42881, **25**

Ribičič, Mitja (jugoslawischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15466, **170**

Richard, Jean (schweiz. Botschaftsrat in Brüssel) dodis.ch/P135, **67**

Riedmatten, Bernard de (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P21813, **72**

Riesen, Armin (Departementssekretär des EJPD) dodis.ch/P7662, **42, 108**

Riklin, Peter (Sektionschef in der Gruppe für Ausbildung des EMD) dodis.ch/P44192, **167**

Riva, Guido (Adjunkt des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P2734, **110**

Roa García, Raúl (kubanischer Aussenminister) dodis.ch/P26830, **133**

Rochat, Louis (Mitarbeiter des Diensts für Finanz- und Wirtschaftsfragen des EPD) dodis.ch/P43894, **23, 97, 124**

Roches, Louis (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P11698, **11, 25, 48, 140, 152, 160, 189**

Rogers, William Pierce (ab Februar 1969 Aussenminister der USA) dodis.ch/P15538, **133**

Rogger, Hans (Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Luzern) dodis.ch/P45480, **85**

Rohner, Willy (Ständerat, 1966/67 Ständeratspräsident, schweiz. Delegationschef beim Europarat) dodis.ch/P12328, **111**

Rollard, Jean-Jacques (schweiz. Wissenschaftsattaché in Washington, ab Februar 1969 in Tokio) dodis.ch/P38926, **115**
Rosario, Manuel del (Mitarbeiter des philippinischen Aussenministeriums) dodis.ch/P44974, **47**
Rossetti, Oscar (ab März 1967 schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P2031, **30, 40, 83, 101, 127, 140, 152, 169**
Rothenbühler, Fritz (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P14589, **117**
Rubin, Charles (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P44162, **67, 82, 94, 103, 107**
Ruedi, Jacques (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2809, **13, 101, 104, 118, 132, 146, 147, 159, 160, 171**
Ruff, Jean-Maurice (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43955, **137**
Rusk, Dean (Aussenminister der USA bis Januar 1969) dodis.ch/P12696, **7, 37, 41, 53**
Rüthemann, Emil (Inspektor bei der Bundespolizei) dodis.ch/P43713, **170**
Saladin, Peter (Sekretär des schweiz. Wissenschaftsrats des EDI) dodis.ch/P44283, **65**
Saladin, Peter (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P43126, **144**
Saleh, Rachmat (Vizepräsident der Bank of Indonesia) dodis.ch/P45047, **184**
Salvi, Serge François (Adjunkt des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P15380, **101**
Saragat, Giuseppe (italienischer Staatspräsident) dodis.ch/P2954, **157**
Sarasin, Alfred (Präsident der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P1835, **58**
Satō, Eisaku (japanischer Ministerpräsident) dodis.ch/P40533, **25**
Sauter, Arnold (Direktor des Eidg. Gesundheitsamts) dodis.ch/P1256, **10**
Savina, Paolo (stv. Generaldirektor des italienischen Aussenministeriums) dodis.ch/P43694, **129, 157**
Saxer, Arnold (ehem. Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung) dodis.ch/P884, **168**
Scalabrino, Louis (schweiz. Honorarkonsul in Osaka) dodis.ch/P4806, **22**
Schaefer, Charles (schweiz. Militärattaché in Stockholm) dodis.ch/P41932, **167**
Schaeren, Walter (Vizedirektor der Mido AG, Mitglied der schweiz. Uhrendelegation in Mexiko 1967) dodis.ch/P44707, **46**
Schaffer, Emil (Nationalrat) dodis.ch/P43073, **14**
Schaffner, Hans (Bundesrat, Vorsteher des EVD) dodis.ch/P1652, **2, 3, 10, 14, 18, 21, 22, 24, 25, 27, 29, 33, 34, 35, 43, 45, 49, 53, 66, 67, 68, 70, 74, 77, 86, 92, 93, 104, 112, 117, 122, 128, 135, 142, 143, 145, 148, 149, 154, 155, 160, 163, 165, 169, 180, 188**
Schaffner-Rudolf, Ruth (Ehefrau von H. Schaffner) dodis.ch/P41434, **25**
Schaller, Alfred (Nationalrat, 1966/67 Nationalratspräsident) dodis.ch/P11254, **19, 38, 112**
Scheurer, Max (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P45005, **47**
Schiller, Karl (Wirtschaftsminister der BRD) dodis.ch/P15412, **179**
Schindler, Dietrich (Professor für internationales Recht und Verfassungsrecht an der Universität Zürich) dodis.ch/P12770, **32**
Schiwkow, Todor (bulgarischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15343, **11**
Schlatter, Arthur-Wilfried (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43954, **137**
Schlup, Walter (Verwaltungsratspräsident der Rado Uhren AG) dodis.ch/P44740, **46**
Schmidlin, Théodore (schweiz. Botschafter in Kuala Lumpur) dodis.ch/P2644, **99**
Schmitt, Henri (Nationalrat) dodis.ch/P42165, **4**
Schnebli, Adolphe (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P16869, **25**
Schneeberger, Jean (schweiz. Botschaftsrat in Stockholm) dodis.ch/P2748, **45**
Schnyder, Felix (schweiz. Botschafter in Washington) dodis.ch/P84, **3, 7, 14, 15, 26, 30, 31, 37, 41, 58, 59, 66, 72, 74, 78, 83, 114, 115, 126, 133, 154, 189**
Schnyder, Friedrich (schweiz. Botschaftsrat in Wien, ab Juli 1967 schweiz. Botschafter in Accra) dodis.ch/P1653, **17, 101**
Schnyder-Bucher, Sigrid (Ehefrau von Felix Schnyder) dodis.ch/P45531, **66**
Schopfer, Theodor (wissenschaftlicher Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P21069, **99**
Schulthess, Alfred von (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43229, **13**
Schumann, Maurice (französischer Aussenminister) dodis.ch/P7260, **186**

Schürch, Oscar (Direktor der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P920, **64, 91, 108, 151, 172, 187**
Schwarzenbach, Hans Robert (Präsident des Vororts) dodis.ch/P4122, **92**
Schweingruber, Alix (schweiz. Kanzleichef in Budapest bis April 1967) dodis.ch/P19852, **42**
Schweitzer, Pierre-Paul (Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds) dodis.ch/P40153, **134**
Schwendener, Werner (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41580, **99, 101**
Schwertfeger, Richard (Mitarbeiter der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P41858, **135**
Seifert, Otto Karl (schweiz. Botschafter in Buenos Aires) dodis.ch/P120, **49, 109, 160**
Selassie, Haile (äthiopischer Kaiser) dodis.ch/P4300, **136, 185**
Senn, Hans (Sektionschef in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P24571, **63, 76**
Sforza, Sforza-Galeazzo (ab 1968 stv. Generalsekretär des Europarat) dodis.ch/P43559, **69**
Sherab Gyaltsen (tibetischer Geistlicher) dodis.ch/P44990, **40**
Shiseki, Yoshira (stv. japanischer parlamentarischer Minister für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P45125, **25**
Sieber, Hans (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41693, **25**
Siegrist, Hans Rudolf (Direktor des Amts für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P2799, **148**
Siekierko, Stanisław (Generaldirektor der Vereinigung polnischer Theater- und Filmschaffender) dodis.ch/P44789, **139**
Sigg, Werner (schweiz. Botschaftsrat in Köln) dodis.ch/P16134, **33, 55, 179**
Šik, Ota (Professor für Ökonomie, stv. tschechoslowakischer Ministerpräsident von April bis September 1968) dodis.ch/P40873, **108**
Simonin, Pierre-Yves (schweiz. Botschaftssekretär in Rio de Janeiro) dodis.ch/P15417, **101**
Simonsson, Nils Viktor (Abteilungschef im schwedischen Verteidigungsministerium) dodis.ch/P43215, **167**
Siraj, Abd El Hamid (jordanischer Botschafter für die Schweiz mit Sitz in Rom) dodis.ch/P42585, **130**
Slade, Humphrey (Vorsitzender des kenianischen Parlaments) dodis.ch/P42920, **161**
Smith, Ian (rhodesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P36196, **8, 171**
Smithers, Peter (Generalsekretär des Europarats bis September 1969) dodis.ch/P3099, **69**
Soekarno vgl. Sukarno
Sommaruga, Cornelio (Botschaftssekretär der schweiz. Delegation bei der EFTA in Genf) dodis.ch/P23436, **143, 154**
Sommerfelt, Søren (norwegischer Botschafter bei der UNO in Genf) dodis.ch/P18279, **81**
Sotolongo, Andrés (Funktionär im kubanischen Handelsministerium) dodis.ch/P43005, **13**
Sovilla, Kurt (Sekretär des Zentralverbands schweiz. Arbeitgeber-Organisationen) dodis.ch/P43684, **98**
Spiro, Jean Théodore (Adjunkt des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P41401, **101**
Spühler, Willy (Bundesrat, 1968 Bundespräsident, Vorsteher des EPD) dodis.ch/P2111, **1, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 21, 22, 25, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 50, 51, 56, 58, 59, 61, 63, 69, 70, 75, 76, 79, 80, 81, 83, 84, 87, 89, 92, 95, 96, 97, 100, 101, 102, 104, 105, 106, 107, 108, 111, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 125, 126, 127, 130, 131, 132, 133, 134, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 149, 152, 154, 158, 161, 162, 166, 167, 169, 170, 171, 174, 177, 178, 180, 182, 185, 186, 188**
Spühler-Vogel, Anna Pauline (Ehefrau von W. Spühler) dodis.ch/P41433, **161**
Spychalski, Marian (polnischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P15493, **139**
Stadelhofer, Emile (schweiz. Botschafter in Havanna, ab Mai 1967 in Tokio) dodis.ch/P2647, **7, 18, 25, 77, 158, 169, 171**
Stadlin, Manfred (Nationalrat) dodis.ch/P12316, **4**
Staehelin, Fritz Rudolf (Botschaftssekretär der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris, ab April 1969 Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P20811, **125, 160**
Stalin, Iossif Wissarionowitsch (ehem. Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P955, **14, 188**

Stämpfli, Bernhard (Delegierter des Verbands der Studierenden an der ETH Zürich) dodis.ch/P43831, **139**
Stäubli, Gérard Hugo (Chef der Firma Gebr. Stäubli & Co.) dodis.ch/P45041, **113**
Steck, Fritz (Korrespondent der «NZZ») dodis.ch/P43805, **25**
Steinhäuslin, Charles Henri (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P19934, **32, 175**
Stettler, Michael (Präsident der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P40550, **31, 163**
Stettler, Rudolf (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P20206, **64**
Stiner, Sven (ehem. schweiz. Botschafter in Santiago de Chile) dodis.ch/P1130, **86**
Stopper, Edwin (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank, ehem. Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P972, **10, 35, 49, 58, 78, 92, 95, 109, 113, 116, 124, 134, 160, 181**
Stoudmann, René (schweiz. Botschafter in Tunis) dodis.ch/P1132, **101**
Stoutz, Jean de (schweiz. Botschafter in Tel Aviv, ab Juni 1969 in Moskau) dodis.ch/P2695, **6, 50, 146, 163, 188**
Sträuli, Peter (Arzt am pathologischen Institut der Universität Zürich) dodis.ch/P45012, **115**
Strauss, Franz Josef (bis Oktober 1969 Finanzminister der BRD) dodis.ch/P15208, **81, 155**
Stucki, Robert (Unterstabschef Front der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P28523, **63, 76**
Stucky, Georg (schweiz. Honorarkonsul in Tripolis) dodis.ch/P15349, **101**
Stutz, Rudolf Eduard (schweiz. Honorarkonsul in Kobe, Vertreter der Geigy AG in Japan) dodis.ch/P19710, **22, 25**
Sukarno (ehem. indonesischer Staatspräsident) dodis.ch/P12795, **88**
Suter, Etienne (schweiz. Botschaftsrat in Madrid, ab Mai 1968 Berater des ruandischen Präsidenten) dodis.ch/P2704, **140, 150**
Suter, Heinz (schweiz. Generalkonsul und Oktober 1967 bis Dezember 1968 schweiz. Geschäftsträger a. i. in Singapur) dodis.ch/P19866, **77**
Synnergren, Stig (schwedischer Generalstabschef) dodis.ch/P44973, **167**
Szalai, Béla (stv. ungarischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P43268, **42**
Szilagyi, Béla (stv. ungarischer Aussenminister) dodis.ch/P42863, **42, 96**
Taylor, Henry (leitender Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P42729, **7**
Tchang Kaï-chek cf. Chiang Kai-shek
Tchistiakov, Anatoli Semionovitch, cf. Tschistjakow, Anatoli Semjonowitsch
Tenzin Gyatso (tibetisches Oberhaupt, 14. Dalai Lama) dodis.ch/P23544, **40, 101**
Tenzin Phuntsog (tibetischer Geistlicher) dodis.ch/P44991, **40**
Tepavac, Mirko (jugoslawischer Aussenminister) dodis.ch/P15469, **170**
Thalmann, Ernesto (Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD, Vertreter des UNO-Generalsekretärs in Jerusalem von August 1967 bis September 1967) dodis.ch/P997, **4, 19, 22, 25, 32, 39, 42, 50, 57, 60, 69, 75, 79, 80, 81, 92, 98, 105, 115, 134, 136, 138, 140, 143, 145, 152, 160, 170, 174, 178, 185, 186, 188**
Thévenaz, Henri-Louis (Professor an der juristischen Fakultät der Universität Neuenburg) dodis.ch/P1386, **32**
Thomson, George (Staatssekretär im britischen Aussenministerium) dodis.ch/P43464, **186**
Thürlimann, Bruno (Professor an der ETH Zürich) dodis.ch/P45014, **115**
Tiné, Jacques (Sektionschef im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P43853, **111**
Tissot, Luc (Mitarbeiter der Firma Tissot, Mitglied der schweiz. Uhrendelegation in Mexiko 1967) dodis.ch/P44708, **46**
Tito, Josip Broz (jugoslawischer Staatspräsident, Vorsitzender des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens) dodis.ch/P1002, **153, 170**
Tokugawa Iemochi (ehem. Shōgun Japans) dodis.ch/P37528, **25**
Tončić-Sorinj, Lujo (österreichischer Aussenminister bis Januar 1968, ab September 1969 Generalsekretär des Europarats) dodis.ch/P15481, **17, 69, 186**
Töndury, Jean-Eugène (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2113, **25, 27, 77, 160, 169**
Tonola, Attilio, (italienischer Arbeiter in der Schweiz) dodis.ch/P45508, **120**
Torras, Raúl (stv. kubanischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P42627, **13**

Trąmpczyńska, Róża (Ehefrau von W. Trąmpczyński) dodis.ch/P44772, **139**
Trąmpczyński, Witold (polnischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P42827, **139**
Treadwell, Robert Frederick (Mitglied des Schweiz. Anwaltsverbands) dodis.ch/P44600, **173**
Treu, Emanuel (österreichischer Diplomat) dodis.ch/P44921, **21**
Tribolet, Jean-Jacques de (schweiz. Botschafter in Helsinki) dodis.ch/P2657, **70, 154, 168**
Tripet, André (schweiz. Botschaftssekretär in Kinshasa) dodis.ch/P15115, **1**
Trivedi, Vishnuprasad Chunilal (indischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40986, **12**
Troendle, Max (schweiz. Botschafter in Köln bis Februar 1969) dodis.ch/P80, **57, 68, 81, 135, 145, 149, 154**
Troillet, Roland-Edmond (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P43680, **101**
Tschaikowsky, Serge de (französischer Handelsattaché in Bern) dodis.ch/P42150, **168**
Tschistjakow, Anatoli Semjonowitsch (ab September 1968 sowjetischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P39231, **154, 163, 174**
Tschudi, Hans Peter (Bundesrat, Vorsteher des EDI) dodis.ch/P11670, **4, 14, 56, 69, 71, 120, 166**
Turrettini, Bernard (schweiz. Beobachter bei der UNO in New York) dodis.ch/P2656, **4, 8, 21, 43, 50, 57, 59, 81, 105, 124, 143, 170, 171**
Tzaut, Henri (Vizedirektor der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P3215, **176**
Uhl, Othmar (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P16000, **65**
Ulbricht, Walter (Staatspräsident der DDR, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED) dodis.ch/P2597, **140**
Ullmann (Vertreter des IKRK) dodis.ch/P45277, **75**
Ulrich, Richard (Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P1932, **52, 117**
Umbricht, Victor Hermann (schweiz. Experte bei internationalen Organisationen) dodis.ch/P1670, **92**
U Thant, Sithu (Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P15551, **4, 8, 50, 80, 136, 141**
Vaky, Viron P. (Sektionschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P44934, **133**
Valdivia, Angel (peruanischer Finanzminister) dodis.ch/P45076, **121**
Vallotton, Etienne (Chef der Wissenschaftlichen Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2149, **65, 69, 170**
Vannotti, Alfredo (Professor für innere Medizin an der Universität Lausanne) dodis.ch/P16715, **1**
Vaterlaus, Walter (Mitarbeiter des Diensts für Finanz- und Wirtschaftsfragen des EPD) dodis.ch/P17317, **184**
Veličković, Borivoje (jugoslawischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P42140, **62**
Vermeil, Jean-Daniel (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P21245, **25, 101**
Vigny, Pierre (schweiz. Vizekonsul in Kinshasa) dodis.ch/P17156, **1**
Villar Mir, Juan Miguel (Generaldirektor der spanischen Arbeitsmarktverwaltung) dodis.ch/P42329, **10**
Villars, Charles (Adjunkt des Bundesamts für Sozialversicherung des EVD) dodis.ch/P43510, **73**
Vinogradov, Vladimir Mikhaïlovitch, cf. Winogradow, Wladimir Michailowitsch
Virolainen, Johannes (finnischer Parlamentspräsident) dodis.ch/P15256, **70**
Vischer, Frank (schweiz. Rechtsanwalt) dodis.ch/P22542, **162**
Voegeli, Traugott (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2821, **164**
Voegelin, C. (Mitarbeiterin der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P44206, **167**
Vogt, Hannes (schweiz. Geschäftsträger in La Paz, ab 1969 Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P19463, **126, 138**
Vogt, Rolf (Mitglied der schweiz. Uhrendelegation in Mexiko 1967) dodis.ch/P44709, **46**
Voirier, Henri (Adjunkt der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P5489, **92**
Vyskočil, Viktor (tschechoslowakischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P43420, **108**
Wagner, Jakob (Gemeindepräsident von Zunzgen) dodis.ch/P43462, **102**

Wagnière, Jean Frédéric (ehem. schweiz. Gesandter in Belgrad) dodis.ch/P146, **153**
Wahlen, Friedrich Traugott, (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD, ehem. Direktor der Abteilung für Landwirtschaft der FAO, ehem. Vizedirektor der FAO) dodis.ch/P1047, **54, 86, 112, 153, 170**
Wälchli, Walter (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P19118, **108**
Walder, Hans (schweiz. Bundesanwalt bis 1967) dodis.ch/P43487, **88, 118, 132, 146, 147**
Waldheim, Kurt (österreichischer Botschafter bei der UNO in New York, ab Januar 1968 österreichischer Aussenminister) dodis.ch/P15484, **21, 83, 143, 154, 186**
Walthard, Friedrich (Beauftragter für die Uhrenindustrie und internationale Industriefragen des EVD) dodis.ch/P2991, **3, 115, 160**
Wartmann, Rudolf (Nationalrat) dodis.ch/P40067, **148**
Weber, Felix (Vizekanzler bis 1967) dodis.ch/P7860, **29**
Weber, Hans (Adjunkt der Meldestelle für Vermögen verschwundener Ausländer des EJPD) dodis.ch/P22792, **151**
Weber, Max (Nationalrat) dodis.ch/P1055, **33, 68, 111, 165**
Wehrli, Bernhard (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P16950, **169**
Wehrli, Erwin (stellvertretender Direktor der Schweiz. Bankgesellschaft) dodis.ch/P44962, **121**
Weidemann, Carl (Sektionschef in, ab 1969 Chef der Unterabteilung Nachrichtendienst und Abwehr in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P45516, **132, 139, 146, 167**
Weitnauer, Albert (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P2132, **3, 13, 15, 24, 25, 26, 27, 33, 41, 42, 43, 44, 48, 66, 68, 74, 77, 93, 117, 119, 128, 145, 154, 155, 160, 163, 188, 189**
Werner, Denise (Sektionschefin in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P20211, **136, 187**
Wetterwald, Charles-Albert (Protokollchef des EPD) dodis.ch/P2684, **81, 100, 102, 112, 158, 190**
White, Eric Wyndham (bis Mai 1968 Generaldirektor des GATT) dodis.ch/P31281, **24**
Widmer, Max (Sektionschef in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16732, **82**
Wiesmann, Peter (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24379, **101, 184**
Wildbolz, Hans (Unterstabschef Planung in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P5298, **76, 167**
Wildhaber, Luzius (Mitarbeiter des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P24566, **188**
Wilhelm, Rolf (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24367, **72, 101, 183, 184**
Willmann, Adam (Direktor im polnischen Aussenministerium) dodis.ch/P44778, **139**
Wilson, Harold (britischer Premierminister) dodis.ch/P13688, **95, 185**
Winiewicz, Józef (stv. polnischer Aussenminister) dodis.ch/P43250, **139**
Winiger, Paul (Forscher am Physikalischen Institut der Universität Freiburg) dodis.ch/P45542, **148**
Winkler, Pavel (tschechoslowakischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40872, **105**
Winogradow, Wladimir Michailowitsch (stv. sowjetischer Aussenminister) dodis.ch/P40875, **154**
Wipfli, Emil (Ständerat, 1967/68 Ständeratspräsident) dodis.ch/P42657, **70**
Wipfli, Paul (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16207, **88, 116**
Wittkowski, Grete (Präsidentin der Staatsbank der DDR) dodis.ch/P45281, **149**
Wittwer, Charles-Maurice (Generaldirektor der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P14112, **77**
Wolf, Hans (Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P41541, **98, 168**
Wolf, Kurt (Vizepräsident der Kammer für Aussenhandel der DDR) dodis.ch/P45339, **149**
Wolff, René (belgischer juristischer Berater des ruandischen Präsidenten) dodis.ch/P44712, **150**
Wolniak, Zygfryd (stv. polnischer Aussenminister) dodis.ch/P44012, **139**

Woods, George David (Präsident der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA) dodis.ch/P40081, **34, 72**
Woog, Edgar (Zentralsekretär der PdA, ehem. Nationalrat) dodis.ch/P12052, **75**
Wu Hua-yuan (chinesischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P41223, **152**
Wurth, Paul-Henri (Chef der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P1522, **25, 33, 55, 68, 110, 117, 145, 162, 180**
Wymann, Hans-Werner (schweiz. Vizekonsul in Den Haag) dodis.ch/P45045, **184**
Wyttenbach, Wilhelm (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P44188, **167**
Yaker, Layachi (Sektionschef im algerischen Aussenministerium) dodis.ch/P39246, **137**
Yang Hsu (chinesischer Handelsattaché, ab August 1967 Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P41478, **40**
Yousef, Ibrahim Tawfik (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45310, **173**
Yousfi, M'hammed (algerischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40931, **28, 137**
Zehnder, Alfred (ehem. Generalsekretär des EPD, ehem. Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P79, **5, 153, 168**
Zehnder, Jean Pierre (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P19603, **136**
Zellweger, Eduard (Ständerat, Rechtsanwalt) dodis.ch/P1092, **32, 88**
Zhiri, Kacem (Direktor des Büros der Arabischen Liga in Genf) dodis.ch/P45523, **28**
Ziegler, Jean (Nationalrat) dodis.ch/P27154, **58, 175**
Zimmermann, Hans (schweiz. Botschaftsrat in Wien) dodis.ch/P2736, **5, 45, 87, 143, 154, 180**
Zoelly, Henry R. (Stellvertreter des Chefs des Rechtsdiensts des EPD) dodis.ch/P1097, **9, 72, 151**
Zogg, Christian (schweiz. Botschaftsrat in Rom) dodis.ch/P17276, **54**
Zutter, Philippe (schweiz. Botschafter in Rom, ab September 1967 in Brüssel) dodis.ch/P152, **59, 67, 112, 188**

VIII.2. KÖRPERSCHAFTSREGISTER
INDEX DES ORGANISATIONS
INDICE DELLE ORGANIZZAZIONI

Neben dem Namen der Körperschaft führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), in welcher zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Verwaltungseinheiten und Regierungsstellen der einzelnen Staaten sind im Register nicht aufgeführt, da sie in den Dokumenten anhand des Registers der geografischen Bezeichnungen auffindbar sind.

Les noms des organisations de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les structures administratives et gouvernementales des différents Etats n'ont pas été prises en compte, dans la mesure où elles peuvent être trouvées dans les documents grâce à l'index des noms géographiques.

I nomi delle organizzazioni dell'indice sono completati con il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai numeri **dei documenti** nel volume. Nell'indice le strutture delle amministrazioni dei singoli Stati non sono state considerate perché rintracciabili nei documenti attraverso l'indice dei nomi geografici.

Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) dodis.ch/R1534, **3, 4, 15, 20, 24, 25, 27, 33, 41, 53, 55, 74, 81, 104, 109, 117, 128, 179, 188**
–, Secrétariat dodis.ch/R25941, **15**
AELE dodis.ch/R10096, **20, 21, 27, 33, 55, 68, 69, 70, 81, 82, 117, 119, 142, 143, 145, 154**
–, Conférence des ministres dodis.ch/R22565, **33, 81, 117, 154**
Aeroflot dodis.ch/R23734, **102**
Afrikanische Entwicklungsbank dodis.ch/R23253, **72**
Agence France-Presse (AFP) dodis.ch/R4773, **75**
AHV dodis.ch/R22782, **73, 157**
AI cf. Assurance-invalidité
Aide aux lépreux Emmaüs dodis.ch/R25673, **183**
Aide suisse à l'Europe (ASE) dodis.ch/R7310, **101**
Aïn Beïda Radio dodis.ch/R25458, **104**
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen vgl. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
–, Sekretariat vgl. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce, Secrétariat
Alliance pour le progrès / Allianz für den Fortschritt dodis.ch/R23148, **113**
Alters- und Hinterlassenenversicherung vgl. AHV
Aluminium Suisse SA dodis.ch/R1013, **67**
American Smelting and Refining Company (ASARCO) dodis.ch/R25954, **121**
Arabische Liga dodis.ch/R965
–, Büro in Genf dodis.ch/R23682, **28**
Arab Lawyers Union (ALU) / Arabischer Anwaltsverband dodis.ch/R26151, **177**
Asiatische Entwicklungsbank (AEB) dodis.ch/R23274, **72, 125**
Assemblée parlementaire de la Francophonie dodis.ch/R25498, **19, 38**
Association de la Presse Etrangère en Suisse dodis.ch/R5040, **23, 47**
Association des compagnies suisses d'assurances concessionnées dodis.ch/R1825, **13, 92**
Association des libraires suisses dodis.ch/R6404, **25**
Association des musiciens suisses dodis.ch/R6401, **139**
Association de solidarité française dodis.ch/R26031, **19**
Association européenne de libre-échange cf. AELE
Association Européenne des Sous-Officiers de Réserve (AESOR) dodis.ch/R25383, **89**
Association féminine pour la défense du Jura (AFDJ) dodis.ch/R25366, **111**
Association suisse des banquiers (ASB) dodis.ch/R14, **23, 58, 92, 93, 134**
Association Suisse des Sous-Officiers dodis.ch/R24617, **89**

Association Suisse-Japon dodis.ch/R14741, **25**
Association suisse pour l'énergie atomique dodis.ch/R10878, **148**
Association suisse pour le suffrage féminin (ASSF) dodis.ch/R740, **69**
Assurance-invalidité dodis.ch/R23278, **73, 157**
Assurance-vieillesse et survivants (AVS) vgl. AHV
Ateliers de construction d'Oerlikon dodis.ch/R311, **121**
Ateliers des Charmilles SA dodis.ch/R278, **86**
Balair AG / Balair SA dodis.ch/R18516, **136**
Bâloise-Accidents (La), Compagnie Générale d'Assurances dodis.ch/R26164, **13**
Bâloise (La), Compagnie d'Assurances contre les risques de transports dodis.ch/R1648, **13**
Bâloise (La), Compagnie d'Assurances contre l'Incendie dodis.ch/R1649, **13**
Banco Industrial del Perú dodis.ch/R25955, **121**
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) dodis.ch/R266, **116, 134**
Bank Leu dodis.ch/R268, **121**
Bank Negara Indonesia dodis.ch/R25870, **184**
Bank of England dodis.ch/R1110, **95, 181**
Bank Paravicini AG dodis.ch/R25705, **58**
Banque africaine de développement cf. Afrikanische Entwicklungsbank
Banque asiatique de développement cf. Asiatische Entwicklungsbank
Banque centrale du Pérou dodis.ch/R24635, **101, 121**
Banque centraméricaine d'intégration dodis.ch/R23279, **72**
Banque d'Angleterre cf. Bank of England
Banque des règlements internationaux (BRI) cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Banque interaméricaine de développement (BID) dodis.ch/R22331, **72, 86, 101, 113, 114**
Banque internationale pour la reconstruction et le développement (BIRD) dodis.ch/R586, **72, 86, 114, 144**
–, Association internationale de développement (IDA) dodis.ch/R16862, **34, 125, 144**
Banque Leu SA cf. Bank Leu
Banque nationale d'Afrique du Sud dodis.ch/R9775, **78, 124**
Banque nationale de Cuba dodis.ch/R17842, **13**
Banque nationale de Hongrie dodis.ch/R97, **97**
Banque nationale des Etats-Unis dodis.ch/R2292, **116**
Banque nationale suisse (BNS) dodis.ch/R30, **10, 23, 58, 116, 134, 179, 181**
–, Conseil de banque dodis.ch/R22250, **58**
–, Direction générale dodis.ch/R25074, **35, 49, 95, 113**
Banque nationale de Yougoslavie dodis.ch/R1888, **170**
Banque Paravicini SA cf. Bank Paravicini AG
Banque populaire suisse (BPS) dodis.ch/R1642, **121, 144**
Basler Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft gegen Unfall vgl. Bâloise-Accidents, Compagnie Générale d'Assurances
Basler Transport-Versicherungs-Gesellschaft vgl. Bâloise, Compagnie d'Assurances contre les risques de transports
Basler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerschaden vgl. Bâloise, Compagnie d'Assurances contre l'Incendie
Bayer AG dodis.ch/R7453, **138**
Berner Union dodis.ch/R18312, **86**
Bewegung der Blockfreien Staaten dodis.ch/R23875, **20, 153**
BIRD cf. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BIRPI dodis.ch/R15614, **84**
BIT dodis.ch/R1601, **80, 174**
BIZ vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BNS cf. Banque nationale suisse
Boeing Co. dodis.ch/R26106, **65**
BPS cf. Banque populaire suisse
BRI cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Brown, Boveri & Cie (BBC) dodis.ch/R272, **86, 170**
Brünner Messe dodis.ch/R25994, **105**
Bührle & Co. dodis.ch/R274, **118, 132, 146, 147, 169**
Bureau international du travail cf. BIT
Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle cf. BIRPI
Caisse fédérale d'assurance dodis.ch/R7570, **73**
Cape Times dodis.ch/R23833, **78**
Caritas dodis.ch/R1525, **136**
CE dodis.ch/R9899, **15, 21, 24, 27, 33, 41, 53, 55, 59, 66, 67, 68, 69, 70, 74, 81, 93, 95, 110, 115, 117, 131, 134, 139, 142, 143, 145, 162, 165, 178, 179, 180, 186**
–, Commission exécutive dodis.ch/R19371, **55, 68, 110, 145, 162, 165, 180**
–, Conseil des ministres dodis.ch/R23652, **33, 55, 110, 145, 165, 178, 180**

–, Cour de justice européenne dodis.ch/R23967, **162**
CEE cf. CE
Centrale nucléaire de Lucens dodis.ch/R23839, **148**
Centre national du commerce extérieur de la France (CNCE) dodis.ch/R25798, **169**
CFF dodis.ch/R1760, **131**
Chambre de commerce pour l'Amérique latine dodis.ch/R10693, **113**
Chambre est-allemande pour le commerce dodis.ch/R10425, **127, 149**
Chambre suisse de l'horlogerie (CSH) dodis.ch/R48, **24, 46**
Chemins de fer fédéraux suisses cf. CFF
Ciba AG / Ciba SA dodis.ch/R1787, **22, 26, 66, 138, 162, 170, 171**
CICR dodis.ch/R69, **4, 37, 41, 75, 92, 101, 127, 136, 146, 150, 169, 171**
–, Groupe pour les missions internationales dodis.ch/R26165, **92**
CNUCED dodis.ch/R23118, **4, 53, 69, 72, 81**
–, Conseil du commerce et du développement dodis.ch/R23248, **4, 69**
CoCom dodis.ch/R10097, **189**
COMECON dodis.ch/R11549, **140**
Comité européen de la coopération avec l'Amérique latine (CECAL) dodis.ch/R25832, **94**
Comité international de la Croix-Rouge cf. CICR
Commission des cartels dodis.ch/R23286, **93**
Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée, dodis.ch/R9203, **4, 25, 169**
Commission fédérale des banques (CFB) dodis.ch/R1795, **97**
Commission permanente franco-suisse des zones franches dodis.ch/R18361, **110**
Committee for the Promotion of International Trade (North Korea) dodis.ch/R25786, **169**
Commonwealth of Nations dodis.ch/R825, **38, 53, 103, 107, 117**
Communauté d'Afrique de l'Est (CAE) dodis.ch/R25429, **150**
Communauté économique européenne cf. CE
Communauté européenne cf. CE
Communauté européenne de l'énergie atomique (EURATOM) dodis.ch/R9898, **71, 165**
Compagnie suisse de réassurances dodis.ch/R1574, **13**
Compañia Nacional de Alimentos SA dodis.ch/R17650, **13**
Confédération autrichienne des syndicats dodis.ch/R25742, **17**
Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
Conseil d'assistance économique mutuelle cf. COMECON
Conseil de l'Europe dodis.ch/R2382, **69, 111, 135, 166, 186**
–, Assemblée consultative dodis.ch/R4760, **69, 111**
–, Comité des Ministres dodis.ch/R4766, **69, 186, 188**
–, Commission européenne des droits de l'homme dodis.ch/R23258, **186**
–, Secrétariat dodis.ch/R24645, **69**
Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST) dodis.ch/R22533, **22, 65**
Conservas Selectas SA dodis.ch/R17652, **13**
Conservative Party (UK) dodis.ch/R1109, **95**
Coordinating Committee for Multilateral Export Controls vgl. CoCom
Cour internationale de Justice (CIJ) dodis.ch/R212, **57, 110**
Crédit Suisse (CS) dodis.ch/R63, **23, 47, 49, 113, 114, 144, 181**
Croix-Rouge du Burundi dodis.ch/R25460, **101**
Croix-Rouge nord-vietnamienne dodis.ch/R23788, **30, 75**
Croix-Rouge suédoise dodis.ch/R1528, **136**
Croix-Rouge suisse (CRS) dodis.ch/R256, **4, 12, 30, 39, 75, 101, 108, 136**
CSH cf. Chambre suisse de l'horlogerie
Cuba Azucar Cie dodis.ch/R23544, **13**
Dagens Nyheter dodis.ch/R1137, **83**
Daily Mirror dodis.ch/R25110, **181**
Democrazia cristiana (Italia) (DC) / Démocratie chrétienne (Italie) dodis.ch/R1660, **129**
Département missionnaire des Eglises protestantes de la Suisse romande (DMR) dodis.ch/R20575, **51, 101**
Der Bund dodis.ch/R2003, **102**
Dixi SA dodis.ch/R287, **43**
East African Community (EAC) vgl. Communauté d'Afrique de l'Est
Ecole polytechnique fédérale de Zurich (EPFZ) dodis.ch/R712, **101**
EFTA vgl. AELE
–, Ministerkonferenz vgl. AELE, Conférence des ministres
EG vgl. CE

–, Kommission vgl. CE, Commission exécutive
–, Ministerrat vgl. CE, Conseil des ministres
–, Europäischer Gerichtshof (EuGH) vgl. CE, Cour de justice européenne
Eglise catholique dodis.ch/R1624, **50**
Eidgenössische Bankenkommission (EBK) vgl. Commission fédérale des banques
Eidgenössische technische Hochschule Zürich (ETH) vgl. Ecole polytechnique fédérale
Eidgenössische Versicherungskasse (EVK) vgl. Caisse fédérale d'assurance
El Al Israel Airlines Ltd. dodis.ch/R25150, **173**
Enicar AG / Enicar SA dodis.ch/R15981, **77**
Entraide protestante suisse (EPER) dodis.ch/R1936, **12, 101, 136**
Entreprise des postes téléphones télégraphes (PTT) dodis.ch/R1775, **29, 136**
EPFZ cf. Ecole polytechnique fédérale
Erismann & Cia., Ltda. dodis.ch/R25867, **113**
Ernest Borel et Cie SA dodis.ch/R25679, **77**
Ernst Debrunner AG dodis.ch/R23846, **169**
ETH vgl. Ecole polytechnique fédérale
Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) vgl. Communauté européenne de l'énergie atomique
Europäische Freihandelsassoziation vgl. AELE
Europäische Gemeinschaft vgl. CE
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vgl. CE
Europarat vgl. Conseil de l'Europe
–, Beratende Versammlung vgl. Conseil de l'Europe, Assemblée consultative
–, Europäische Kommission für Menschenrechte vgl. Conseil de l'Europe, Commission européenne des droits de l'homme
–, Ministerkomitee vgl. Conseil de l'Europe, Comité des Ministres
–, Sekretariat vgl. Conseil de l'Europe, Secrétariat
EVK vgl. Caisse fédérale d'assurance
EWG vgl. CE
Fabbrica Italiana Automobili Torino (FIAT) dodis.ch/R8022, **48**
FAO dodis.ch/R575, **54, 101**
Favre-Leuba & Co. dodis.ch/R16001, **77**
Federal Reserve Bank (FED) cf. Banque nationale des Etats-Unis
Fédération des Eglises protestantes de Suisse (FEPS) dodis.ch/R2258, **141**
Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (FH) dodis.ch/R2130, **25, 46, 77, 101, 140, 160**
Fédération suisse des ouvriers sur bois et du bâtiment (FOBB) dodis.ch/R4381, **56**
–, Comité central dodis.ch/R25860, **56**
Fédération suisse du tabac dodis.ch/R561, **171**
FIAT cf. Fabbrica Italiana Automobili Torino
FMI dodis.ch/R593, **35, 39, 72, 116, 121, 134**
–, Groupe des Dix dodis.ch/R23168, **35**
Foire de Brno cf. Brünner Messe
Foire de Tokyo dodis.ch/R25878, **25**
Foire internationale de Poznań dodis.ch/R24523, **139**
Foire suisse des échantillons dodis.ch/R10113, **25, 139**
Fondation internationale Balzan dodis.ch/R21096, **112**
Fondation suisse d'assistance au développement technique dodis.ch/R16839, **101**
Fondazione Celestina dodis.ch/R26127, **69**
Fondo de Fomento dodis.ch/R25956, **121**
Fondo de Inversiones Privadas (FIP) (Colombia) dodis.ch/R25841, **86**
Fondo de Inversiones Privadas (FIP) (Perú) dodis.ch/R25957, **121**
Fonds monétaire international cf. FMI
Front de libération du Mozambique (FRELIMO) dodis.ch/R10993, **146**
Front de libération nationale (Algérie) (FLN) dodis.ch/R10899, **88, 104, 137**
Front national pour la libération du Sud-Viêt Nam (FNL) dodis.ch/R22373, **30, 75, 83, 127, 152**
Front populaire de libération de la Palestine (FPLP) dodis.ch/R26024, **130**
GATT cf. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
Gazette de Lausanne dodis.ch/R2408, **40, 42**
Gebrüder Sulzer AG dodis.ch/R173, **25, 86, 121, 169, 170**
Geigy AG / Geigy SA dodis.ch/R2600, **22, 25, 66, 162, 170**
Groupe Bélier dodis.ch/R23234, **111, 156**
Groupement des holdings industrielles dodis.ch/R987, **94**
Groupe romand de l'ethnie française dodis.ch/R25512, **19**
Handelskammer, Frankreich vgl. Centre national du commerce extérieur de la France (CNCE)
Handelskammer Lateinamerikas in der Schweiz vgl. Chambre de commerce pour l'Amérique latine
Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés (UNHCR) dodis.ch/R8974, **141, 150, 187**

Helvetas dodis.ch/R11095, **101, 183**
Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) vgl. Entraide protestante suisse
Hispano-Suiza SA dodis.ch/R298, **43**
Hochkommissariat der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR) vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
IKRK vgl. CICR
–, Gruppe für internationale Missionen vgl. CICR, Groupe pour les missions internationales
IMF vgl. FMI
Institut sérothérapique et vaccinal suisse dodis.ch/R23848, **26**
Institut tibétain de Rikon dodis.ch/R25619, **40**
Interamerikanische Entwicklungsbank vgl. Banque interaméricaine de développement
Intergovernmental-Group on Indonesia (IGGI) dodis.ch/R25871, **184**
Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) dodis.ch/R23691, **26, 119**
International Development Association (IDA) cf. Banque internationale pour la reconstruction et le développement, Association internationale de développement
Internationale Arbeitsorganisation dodis.ch/R224, **4, 224**
–, Internationales Arbeitsamt (IAA) vgl. BIT
Internationale Balzan Stiftung vgl. Fondation internationale Balzan
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
–, Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement, Association internationale de développement
Internationale Fernmeldeunion dodis.ch/R900, **174**
–, Internationaler Ausschuss für Frequenzregistrierung dodis.ch/R25355, **174**
Internationale Messe Posen vgl. Foire internationale de Poznań
Internationaler Gerichtshof (IGH) vgl. Cour internationale de Justice
Internationaler Währungsfonds (IWF) vgl. FMI
–, Pariser Zehner-Klub vgl. FMI, Groupe des Dix
Internationales Arbeitsamt (IAA) vgl. BIT
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) vgl. CICR
International Petroleum Company (IPC) dodis.ch/R25903, **121**
Interparlamentarische Union (IPU) dodis.ch/R2361, **170**
Invalidenversicherung (IV) vgl. Assurance-invalidité
Istituto nazionale per l'assicurazione contro le malattie (INAM) dodis.ch/R20762, **56**
ITU vgl. Internationale Fernmeldeunion
IV vgl. Assurance-invalidité
IWC International Watch Co. AG dodis.ch/R25801, **169**
IWF vgl. FMI
Japan Science and Technology Agency dodis.ch/R25882, **25**
Journal de Genève dodis.ch/R963, **79**
Kammer für Aussenhandel der DDR vgl. Chambre est-allemande pour le commerce
Kartellkommission vgl. Commission des cartels
Katholische Kirche vgl. Eglise catholique
Knorr-Nährmittel AG / Knorr, SA des produits alimentaires dodis.ch/R14141, **170**
Kommunistische Partei Chinas dodis.ch/R1502, **152**
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei dodis.ch/R2335, **105**
–, Zentralkomitee dodis.ch/R25134, **105**
Kommunistische Partei Italiens dodis.ch/R1116, **129**
Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
Kosciuszko-Gesellschaft dodis.ch/R22905, **139**
Labour Party (UK) dodis.ch/R1072, **95, 181**
Latas Modernas SA dodis.ch/R17651, **13**
Lausanner Kammerorchester dodis.ch/R25692, **139**
Le Peuple–La Sentinelle dodis.ch/R3066, **63**
Leprahilfe Emmaus vgl. Aide aux lépreux Emmaüs
Ligue arabe cf. Arabische Liga
–, Bureau à Genève cf. Arabische Liga, Büro in Genf
Ligue suisse des droits de l'homme et du citoyen dodis.ch/R18667, **130**
Lima Light & Power Co. dodis.ch/R10612, **121**
Maschinenfabrik Oerlikon (MFO) vgl. Ateliers de construction d'Oerlikon

Miles-Verlag dodis.ch/R26112, **2**
Mouvement Anti-Apartheid de Genève (MAAG) dodis.ch/R10973, **124**
Mouvement des non-alignés cf. Bewegung der Blockfreien Staaten
Mustermesse Basel (MUBA) vgl. Foire suisse des échantillons
National and Grindlays Bank Limited dodis.ch/R25206, **97**
Nationalbank, Jugoslawien vgl. Banque nationale yougoslave
Nationalbank, Kuba vgl. Banque nationale de Cuba
Nationalbank, Schweiz vgl. Banque nationale suisse (SNB)
Nationalbank, Südafrika vgl. Banque nationale d'Afrique du Sud
Nationalbank, Ungarn vgl. Banque nationale de Hongrie
Nationalbank, USA vgl. Banque nationale des Etats-Unis
Nationalbank, Vereinigtes Königreich vgl. Bank of England
Nationale Front für die Befreiung Süd-Vietnams vgl. Front national pour la libération du Sud-Viêt Nam
NATO dodis.ch/R2837, **59, 61, 69, 89, 142, 188**
–, Nordatlantikrat dodis.ch/R24629, **154, 188**
Nestlé Alimentana AG / Nestlé Alimentana SA dodis.ch/R309**, 13, 170**
Nestlé Cuba dodis.ch/R23543, **13, 18**
Nestlé India Ltd. dodis.ch/R25461, **101**
Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) dodis.ch/R5260, **91**
–, Gruppe Biel dodis.ch/R26100, **135**
Neue Presse dodis.ch/R26136, **63**
Neue Zürcher Zeitung (NZZ) dodis.ch/R627, **4, 21, 25, 65**
Neutrale Überwachungskommission des Waffenstillstandes in Korea / Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC) vgl. Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée
New Nigerian dodis.ch/R25816, **136**
Newsweek dodis.ch/R25581, **83**
Nippon Kōkan KK dodis.ch/R25881, **25**
Nitrex AG dodis.ch/R26039, **171**
Nordatlantikpakt vgl. NATO
Nordek dodis.ch/R25452, **145**
Nouvelle Gazette de Zurich cf. Neue Zürcher Zeitung
Nouvelle Société Helvétique (NSH) cf. Neue Helvetische Gesellschaft
–, Section de Bienne cf. Neue Helvetische Gesellschaft, Gruppe Biel
NZZ vgl. Neue Zürcher Zeitung
OAS dodis.ch/R4602, **38**
OAU dodis.ch/R20598, **136, 185**
OCDE dodis.ch/R600, **20, 25, 33, 53, 67, 68, 69, 71, 81, 82, 94, 101, 115, 128, 160, 179, 188**
–, Comité d'aide au développement (CAD) dodis.ch/R22613, **69, 125**
–, Comité des affaires fiscales dodis.ch/R23886, **67**
–, Conseil des Ministres dodis.ch/R9236, **71, 128**
–, Consortium Turquie dodis.ch/R23989, **101**
–, Secrétariat dodis.ch/R26147 **71**
OECD vgl. OCDE
–, Entwicklungskomitee (DAC) vgl. OCDE, Comité d'aide au développement
–, Komitee für Steuerfragen vgl. OCDE, Comité des affaires fiscales
–, Konsortium Türkei vgl. OCDE, Consortium Turquie
–, Ministerrat vgl. OCDE, Conseil des Ministres
–, Sekretariat vgl. OCDE, Secrétariat
Oerlikon-Bührle AG / Oerlikon-Bührle & Co. vgl. Bührle & Co.
Oerlikon-Bührle Holding AG / Oerlikon-Bührle Holding SA dodis.ch/R17045, **132**
Oerlikon Italiana dodis.ch/R26140, **147**
Œuvre suisse d'entraide ouvrière (OSEO) dodis.ch/R1929, **101**
Office central suisse d'aide aux réfugiés (OSAR) dodis.ch/R6850, **172**
Office intercantonal de contrôle des médicaments (OICM) cf. Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel
Office national suisse du tourisme (ONST) dodis.ch/R1738, **25, 31**
Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) dodis.ch/R344, **25, 31, 113, 169**
OIT cf. Internationale Arbeitsorganisation
OMS dodis.ch/R216, **138, 141**
Ontario Hydro-Electric Power Commission dodis.ch/R26107, **65**
ONU dodis.ch/R202, **4, 8, 28, 32, 38, 50, 57, 59, 60, 69, 80, 81, 87, 98, 101, 105, 123, 124, 127, 136, 140, 141, 143, 146, 153, 154, 171, 177, 179, 182, 188**
–, Assemblée générale dodis.ch/R570, **50, 57, 60, 87**
–, Commission économique pour l'Europe (UNECE) dodis.ch/R1871, **188**

–, Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
–, Conseil de sécurité dodis.ch/R222, **4, 8, 28, 50, 105, 146, 171**
–, Fonds des Nations Unies pour l'enfance (UNICEF) dodis.ch/R738, **136**
–, Force de maintien de la paix dodis.ch/R23291, **4**
–, Force des Nations Unies chargée du maintien de la paix à Chypre (UNFICYP) dodis.ch/R23207, **141**
–, Haut-Commissariat pour les réfugiés cf. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Opération des Nations Unies au Congo (ONUC) dodis.ch/R18430, **4**
–, Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (ONUAA) cf. FAO
–, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO) dodis.ch/R574, **4, 29, 54, 69, 80, 138**
–, Organisation internationale du travail cf. Internationale Arbeitsorganisation
–, Organisation mondiale de la santé cf. OMS
–, Programme alimentaire mondial (PAM) dodis.ch/R23763, **136**
–, Secrétariat dodis.ch/R573, **8, 60, 80**
–, Union internationale des télécommunications (UIT) cf. Internationale Fernmeldeunion
Orchestre de Chambre de Lausanne cf. Lausanner Kammerorchester
Organisation amerikanischer Staaten vgl. OAS
Organisation de Coopération et de Développement Economiques cf. OCDE
Organisation de l'unité africaine (OUA) cf. OAU
Organisation des Etats Américains cf. OAS
Organisation des Nations Unies cf. ONU
Organisation du Traité de l'Atlantique Nord (OTAN) cf. NATO
–, Conseil de l'Atlantique Nord cf. NATO, Nordatlantikrat
Organisation für Afrikanische Einheit vgl. OAU
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vgl. OCDE
Organisation internationale du travail (OIT) cf. Internationale Arbeitsorganisation
–, Bureau international du travail cf. BIT
Organisation mondiale de la santé cf. OMS
OSEC cf. Office suisse d'expansion commerciale
Ostafrikanische Gemeinschaft vgl. Communauté d'Afrique de l'Est
Österreichische Arbeiterkammer (AK) dodis.ch/R25743, **17**
Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB) vgl. Confédération autrichienne des syndicats
OTAN cf. NATO
OUA cf. OAU
Pacte de Varsovie dodis.ch/R14957, **61, 100, 105, 108, 139, 140, 154, 188**
PAM cf. ONU, Programme alimentaire mondial
Paris-Match dodis.ch/R20456, **83**
Partei der Arbeit (PdA) dodis.ch/R502, **75**
Parti communiste chinois cf. Kommunistische Partei Chinas
Parti communiste italien cf. Kommunistische Partei Italiens
Parti communiste tchécoslovaque cf. Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
–, Comité central cf. Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Zentralkomitee
Parti conservateur (Royaume-Uni) cf. Conservative Party
Parti social-démocrate d'Allemagne dodis.ch/R4141, **180**
Parti socialiste italien dodis.ch/R1659, **129**
Parti Suisse du Travail (PDT) cf. Partei der Arbeit
Partito Comunista Italiano (PCI) cf. Kommunistische Partei Italiens
Partito Socialista Italiano (PSI) cf. Parti socialiste italien
Pilatus Flugzeugwerke AG dodis.ch/R1922, **43, 146**
Post, Telephon- und Telegraphenbetriebe (PTT) vgl. Entreprise des postes téléphones télégraphes
Pro Helvetia dodis.ch/R340, **25, 31, 139**
Radio Beromünster dodis.ch/R20577, **104, 137**
Radio Kinshasa dodis.ch/R26109, **1**
Radio Suisse Internationale dodis.ch/R18747, **23**
Rassemblement jurassien (RJ) dodis.ch/R23230, **156**
Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) vgl. COMECON
Rotes Kreuz, Burundi vgl. Croix-Rouge du Burundi

Rotes Kreuz, Nordvietnam vgl. Croix-Rouge nord-vietnamienne
Rotes Kreuz, Schweden vgl. Croix-Rouge suédoise
Rotes Kreuz, Schweiz vgl. Croix-Rouge suisse
Sandoz AG / Sandoz SA dodis.ch/R315, **66, 162, 170**
Sauser AG / Sauser SA dodis.ch/R26125, **43**
SBB vgl. CFF
Schindler & Cie AG / Schindler & Cie SA dodis.ch/R16944, **170**
Schmidheiny & Co. AG dodis.ch/R13524, **16**
Schweiz, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft dodis.ch/R1640, **13**
Schweizer Europahilfe (SEH) vgl. Aide suisse à l'Europe
Schweizerische Aluminium AG vgl. Aluminium Suisse SA
Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) dodis.ch/R55, **86, 114, 121, 144, 160, 181**
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) vgl. Association suisse des Banquiers
Schweizerische Bundesbahnen (SBB) vgl. CFF
Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie (SGCI) dodis.ch/R610, **26, 66, 99, 119**
Schweizerische Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik (SGVS) dodis.ch/R6971, **23**
Schweizerische Kreditanstalt AG (SKA) vgl. Crédit Suisse SA
Schweizerische Liga für Menschenrechte vgl. Ligue suisse des droits de l'homme et du citoyen
Schweizerische Mustermesse (MUBA) vgl. Foire suisse des échantillons
Schweizerische Nationalbank (SNB) vgl. Banque nationale suisse
–, Bankrat vgl. Banque nationale suisse, Conseil de banque
–, Direktorium vgl. Banque nationale suisse, Direction générale
Schweizerischer Bankverein AG (SBV) dodis.ch/R22, **114, 121, 144, 181**
Schweizerischer Bauernverband (SBV) dodis.ch/R508, **48, 93, 145**
Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband (SBHV) vgl. Fédération suisse des ouvriers sur bois et du bâtiment
–, Zentralvorstand vgl. Fédération suisse des ouvriers sur bois et du bâtiment, Comité central
Schweizerischer Buchhändler- und Verlegerverein vgl. Association des libraires suisses
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK) vgl. Fédération des Eglises protestantes de Suisse
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) dodis.ch/R559, **92, 93**
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) dodis.ch/R605, **10, 93**
Schweizerischer Kurzwellendienst vgl. Radio Suisse Internationale
Schweizerischer Tonkünstlerverein vgl. Association des musiciens suisses
Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft AG vgl. Compagnie suisse de réassurances SA
Schweizerischer Unteroffiziersverband (SUOV) vgl. Association Suisse des Sous-Officiers
Schweizerischer Verband für Frauenstimmrecht (SFV) vgl. Association suisse pour le suffrage féminin
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH) vgl. Œuvre suisse d'entraide ouvrière
Schweizerisches Fernsehen (SSR) dodis.ch/R17587, **28**
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK) cf. Croix-Rouge suisse
Schweizerisches Serum- & Impfinstitut vgl. Institut sérothérapique et vaccinal suisse
Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Fondation suisse d'assistance au développement technique
Schweizerische Technische Stellenvermittlung (STS) dodis.ch/R26152, **65**
Schweizerische Uhrenkammer vgl. Chambre suisse de l'horlogerie
Schweizerische Vereinigung für Atomenergie vgl. Association suisse pour l'énergie atomique
Schweizerische Verkehrszentrale vgl. Office national suisse du tourisme
Schweizerische Volksbank vgl. Banque populaire suisse
Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SZH) vgl. Office suisse d'expansion commerciale
Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SZF) vgl. Office central suisse d'aide aux réfugiés
Schweizer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) vgl. Conseil suisse de la science et de la technologie

Schweizerisch-Japanische Gesellschaft vgl. Association Suisse-Japon
Seikō Holdings KK dodis.ch/R23934, **25**
Service technique suisse de placement cf. Schweizerische Technische Stellenvermittlung
Siber Hegner & Cie dodis.ch/R321, **25, 169**
SNB vgl. Banque nationale suisse
SNCF dodis.ch/R10356, **131**
Société anonyme suisse pour l'industrialisation horlogère au Mexique (SAPIAM) dodis.ch/R24406, **46**
Société de Banque Suisse (SBS) cf. Schweizerischer Bankverein
Société commerciale de l'Ouest africain (SCOA) dodis.ch/R26126, **1**
Société des Nations (SdN) dodis.ch/R221, **4, 123, 141**
Société méditerranéenne de transit international (SOMET) dodis.ch/R26141, **147**
Société nationale des chemins de fer français cf. SNCF
Société suisse d'économie et de statistique (SSES) cf. Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft
Société suisse des constructeurs de machines dodis.ch/R830, **113**
Société suisse des industries chimiques cf. Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie
Solvil et Titus SA dodis.ch/R21272, **77**
Sony Corporation dodis.ch/R25877, **25**
South African Reserve Bank cf. Banque nationale d'Afrique du Sud
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) vgl. Parti social-démocrate d'Allemagne
Sozialistische Partei Italien vgl. Parti socialiste italien
Ständige französisch-schweizerische Kommission für die Freizonen vgl. Commission permanente franco-suisse des zones franches
Stäubli & Co., Gebr. / Stäubli Frères et Cie dodis.ch/R25868, **113**
Stimme Amerikas dodis.ch/R24248, **37**
Stuttgarter Nachrichten dodis.ch/R25473, **24**
Suchard Holding SA dodis.ch/R2962, **170**
Suisse (La), Compagnie anonyme d'Assurances générales cf. Schweiz, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Suiza-America Latina dodis.ch/R25804, **94**
Sulzer Frères SA vgl. Gebrüder Sulzer AG
SVB vgl. Banque populaire suisse
Swissair AG / Swissair SA dodis.ch/R331, **25, 44, 90, 107, 131, 170**
SZH vgl. Office suisse d'expansion commerciale
TASS / Telegrafenagentur der Sowjetunion dodis.ch/R332, **87**
Télévision suisse (SSR) cf. Schweizerisches Fernsehen
Tibetinstitut Rikon vgl. Institut tibétain de Rikon
Tokioter Internationale Handelsmesse vgl. Foire de Tokyo
TRAFIPRO (Travail, Fidélité, Progrès) dodis.ch/R22656, **51, 52, 101**
Trans-Europ-Express (TEE) dodis.ch/R24657, **131**
Übersee-Handel AG dodis.ch/R3151, **25**
UBS cf. Schweizerische Bankgesellschaft
UIT cf. Internationale Fernmeldeunion
UNCTAD vgl. CNUCED
–, Rat für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED, Conseil du commerce et du développement
UNESCO vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
UNFICYP vgl. ONU, Force des Nations Unies chargée du maintien de la paix à Chypre
UNHCR vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
UNICEF vgl. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
Union centrale des associations patronales suisses (UCAP) dodis.ch/R558, **73**
Union de banques suisses SA (UBS) cf. Schweizerische Bankgesellschaft
Union de Berne cf. Berner Union
Union des avocats arabes (UAA) cf. Arab Lawyers Union
Union internationale des télécommunications (UIT) cf. Internationale Fernmeldeunion
–, Comité international d'enregistrement des fréquences cf. Internationale Fernmeldeunion, Internationaler Ausschuss für Frequenzregistrierung
Union interparlementaire cf. Interparlamentarische Union
Union interparlementaire des pays de langue française cf. Assemblée parlementaire de la Francophonie

Union minière du Haut Katanga dodis.ch/R11214, **1**
Union pour la nouvelle république (UNR) dodis.ch/R18613, **19, 111**
Union Rückversicherungs-Gesellschaft Zürich / Union-Société de réassurances dodis.ch/R4504, **13**
Union schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten (USEGO) dodis.ch/R22906, **51**
Union suisse des arts et métiers (USAM) cf. Schweizerischer Gewerbeverband
Union suisse des coopératives de consommation (USC) dodis.ch/R1162, **101**
Union suisse des fabricants de boîtes de montres (USFB) dodis.ch/R25407, **77**
Union suisse des paysans (USP) cf. Schweizerischer Bauernverband
Union syndicale suisse (USS) cf. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
United States Agency for International Development (USAID) dodis.ch/R22377, **121**
United Party (South Africa) dodis.ch/R9779, **78**
Unité médicale suisse (UMS) dodis.ch/R22623, **39**
Universität Lausanne / Université de Lausanne dodis.ch/R230, **4**
Universität von Dar es Salaam / Université de Dar es Salaam dodis.ch/R25459, **101**
UNO vgl. ONU
–, Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) vgl. ONU, Force des Nations Unies chargée du maintien de la paix à Chypre
–, Friedenstruppen vgl. ONU, Force de main-tien de la paix
–, Generalversammlung vgl. ONU, Assemblée générale
–, Hochkommissariat für die Flüchtlinge (UNHCR) vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Internationale Arbeitsorganisation vgl. Internationale Arbeitsorganisation
–, Internationale Fernmeldeunion (ITU) vgl. Internationale Fernmeldeunion
–, Kinderhilfswerk vgl. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
–, Konferenz für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
–, Mission im Kongo vgl. ONU, Opération des Nations Unies au Congo
–, Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft vgl. FAO
–, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
–, Sekretariat vgl. ONU, Secrétariat
–, Sicherheitsrat vgl. ONU, Conseil de sécurité
–, Welternährungsprogramm vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
–, Weltgesundheitsorganisation vgl. OMS
–, Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) vgl. ONU, Commission économique pour l'Europe
USAID cf. United States Agency for International Development
USC cf. Union suisse des coopératives de consommation
USEGO vgl. Union schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten
US Time dodis.ch/R26124, **41**
Vanderbilt Tire and Rubber Corporation (VTR) dodis.ch/R25704, **58**
Verband der schweizerischen Tabakindustrie vgl. Fédération suisse du Tabac
Verband der schweizerischen Uhrenindustrie vgl. Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie
Verband konzessionierter schweizerischer Versicherungsgesellschaften vgl. Association des compagnies suisses d'assurances concessionnées
Verband polnischer Theater- und Filmschaffender (SPATiF) dodis.ch/R25693, **139**
Verband schweizerischer Konsumvereine (VSK) vgl. Union suisse des coopératives de consommation
Verein der Ausländischen Presse in der Schweiz vgl. Association de la Presse Etrangère en Suisse
Vereinigte Internationale Büros zum Schutz des geistigen Eigentums vgl. BIRPI
Vereinigung der Europäischen Unteroffiziere der Reserve vgl. Association Européenne des Sous-Officiers de Réserve
Vereinigung der Frauen für die Verteidigung des Jura vgl. Association féminine pour la défense du Jura
Vereinigung schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften vgl. Groupement des holdings industrielles

Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Vereinte Nationen vgl. ONU
Versuchsatomkraftwerk Lucens vgl. Centrale nucléaire de Lucens
Vietcong / Viêtcong vgl. Front national pour la libération du Sud-Viêt Nam
Voice of America / Voix de l'Amérique cf. Stimme Amerikas
Völkerbund vgl. Société des Nations
Volksfront zur Befreiung Palästinas vgl. Front populaire de libération de la Palestine
Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins / Vorort de l'Union suisse du commerce et de l'industrie dodis.ch/R34, **48, 66, 71, 92, 93, 145, 163, 169**
Vorort der Schweizer Vereine der nordischen Staaten dodis.ch/R25504, **168**
VSK vgl. Union suisse des coopératives de consommation
VSM vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Warschauer Pakt vgl. Pacte de Varsovie
Washington Post dodis.ch/R10002, **83**
Weltbank vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
Weltgesundheitsorganisation (WHO) vgl. OMS
WFP vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
Wirtschaftskammer Österreich (WKO) dodis.ch/R23742, **169**
Wozchod Handelsbank AG dodis.ch/R23431, **102**
Zentralamerikanische Integrationsbank vgl. Banque centraméricaine d'intégration
Zentralbank, Peru vgl. Banque centrale du Pérou
Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen (ZSAO) vgl. Union centrale des associations patronales suisses
Zürcher Anwaltsverband dodis.ch/R26128, **173**
Zürcher Woche dodis.ch/R22591, **42**

VIII.3. REGISTER DER GEOGRAFISCHEN BEZEICHNUNGEN
INDEX DES NOMS GÉOGRAPHIQUES
INDICE DEI NOMI GEOGRAFICI

Nebst der geografischen Bezeichnung führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), in welcher zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Die mit einem * gekennzeichneten Dokumente sind für die Beziehungen der Schweiz zu diesem Land besonders relevant. Die Bezeichnungen «Bern» und «Schweiz» sind im Register nicht berücksichtigt, da sie zu häufig in den Dokumenten vorkommen.

Les noms géographiques de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les documents marqués d'un * sont particulièrement pertinents en ce qui concerne les relations entre la Suisse et le pays en question. Les termes «Berne» et «Suisse» n'ont pas été retenus vu leur apparition très fréquente dans les documents.

Oltre ai nomi geografici, l'indice reca i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni e documenti. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. I documenti contrassegnati da un * sono particolarmente rilevanti per le relazioni della Svizzera con il rispettivo paese. I termini «Berna» e «Svizzera», che compaiono molto frequentemente nei documenti, non sono ritenuti nell'indice.

Abisko dodis.ch/G9947, **167**
Accra dodis.ch/G4651, **1**
Addis Abeba dodis.ch/G852, **118, 150, 185**
Adria dodis.ch/G691, **170**
Afrika / Afrique dodis.ch/G900, **1, 4, 8*, 19, 39, 41, 52*, 53, 59, 60*, 72*, 101*, 118, 124*, 136, 146*, 153*, 159, 171, 175**
Afrique du Nord dodis.ch/G901, **101**
Afrique du Sud dodis.ch/G204, **8, 49, 60*, 78*, 80*, 116, 118*, 124*, 146, 147*, 171**
Afrique orientale dodis.ch/G4864, **45, 150, 161*, 171**
Ägypten dodis.ch/G216, **16*, 20, 28*, 29, 101, 118, 130, 138*, 159***
Alger / Algier dodis.ch/G236, **5, 30, 79, 101, 137, 153**
Algérie / Algerien dodis.ch/G896, **4, 5, 18*, 19*, 28*, 29, 37, 79*, 88*, 101, 104*, 118*, 137*, 142, 164*, 176*, 186**
Allemagne (en général) dodis.ch/G5 **69, 127, 140, 149, 154, 188,** cf. aussi Bundesrepublik Deutschland et Deutsche Demokratische Republik
Alto Adige dodis.ch/G645, **143**
Amérique centrale dodis.ch/G334, **72, 101**
Amérique du Nord dodis.ch/G2080, **38, 65, 126**
Amérique latine dodis.ch/G983, **7, 53, 72, 86, 94*, 101*, 109, 113, 126, 133, 160, 175**
Amman dodis.ch/G3484, **130**
Amsterdam dodis.ch/G248, **184**
Andenländer dodis.ch/G9592, **101**
Angola dodis.ch/G4498, **146**
Antananarivo dodis.ch/G9047, **1**
Antilles néerlandaises dodis.ch/G9162, **103**
Äquatorialguinea dodis.ch/G4987, **136**
Arabie saoudite dodis.ch/G217, **28*, 118***
Arabische Staaten / Pays arabes dodis.ch/G4664, **28, 29, 38, 50, 141, 146, 173, 190**
Argentine / Argentinien dodis.ch/G193, **45, 49*, 54, 94, 101, 113, 146, 160***
Arkansas dodis.ch/G9946, **41**
Asie / Asien dodis.ch/G47, **25, 72*, 101*, 125, 135, 153*, 158, 169, 175, 184**
Asie orientale dodis.ch/G2224, **22, 135, 188**
Assouan / Assuan dodis.ch/G3702, **138**
Asunción dodis.ch/G4587, **109, 160**
Athen / Athènes dodis.ch/G467, **36, 81, 186**
Äthiopien dodis.ch/G219, **101, 118*, 132, 136**
Atlantik / Atlantique dodis.ch/G9, **49**
Australie / Australien dodis.ch/G203, **40, 49, 54, 98, 103*, 107*, 124, 168***
Autriche dodis.ch/G31, **4, 17*, 21*, 45, 70, 76*, 82*, 83, 87, 89, 98, 103, 108, 110, 139, 143*, 145, 153, 154, 155, 165, 169, 170, 179, 182, 185*, 186, 187, 188**
Bagdad dodis.ch/G2800, **141, 190**
Bahía Blanca dodis.ch/G9907, **49**

Bâle dodis.ch/G83, **23, 25, 131, 134, 162**
Bâle-Campagne (Canton) dodis.ch/G1985, **131, 176**
Bâle-Ville (Canton) dodis.ch/G1984, **26, 176**
Bandung vgl. dodis.ch/G4040, **153**
Bangkok dodis.ch/G430, **81**
Basel vgl. Bâle
Baselland (Kanton) vgl. Bâle-Campagne
Basel-Stadt (Kanton) vgl. Bâle-Ville
Beijing dodis.ch/G1203, **30, 40, 75, 81, 83, 127, 140, 152, 153, 169**
Beirut /Beyrouth dodis.ch/G997, **130, 177, 190**
Belgien / Belgique dodis.ch/G75, **16, 39, 62, 67*, 82*, 121, 126, 136, 139, 150, 171, 179, 186**
Belgrad / Belgrade dodis.ch/G85, **40, 62, 81, 153, 170, 185**
Benelux / Bénélux dodis.ch/G1432, **17, 67, 68, 81, 110**
Benin / Bénin dodis.ch/G5029, **101, 146**
Berlin dodis.ch/G25, **41, 133, 149**
Berlin-Est dodis.ch/G3061, **140**
Berlin-Ouest dodis.ch/G3581, **149, 154**
Bern (Kanton) / Berne (Canton) dodis.ch/G3360, **56, 131, 143, 176**
Bétamba dodis.ch/G9927, **101**
Biafra dodis.ch/G7241, **136, 146, 185**
Biel / Bienne dodis.ch/G3681, **30, 135**
Birma / Birmanie dodis.ch/G51, **40**
Bodensee dodis.ch/G721, **142**
Bogotá dodis.ch/G41, **84, 86, 160**
Bolivie / Bolivien dodis.ch/G478, **101, 126**
Bonn dodis.ch/G2101, **57, 87, 105, 117, 149**
Botsuana / Botswana dodis.ch/G9182, **60*, 101**
Brasilien / Brésil dodis.ch/G180, **94, 101, 113***
Brüssel / Bruxelles dodis.ch/G137, **33, 55, 67, 68, 81, 93, 110, 117, 142, 145, 162, 165, 178, 179, 180, 188**
Bucarest / Bukarest dodis.ch/G233, **87, 140, 154**
Buchs (SG) dodis.ch/G1368, **108**
Budapest dodis.ch/G8, **42, 96, 97, 141, 154, 188**
Buenos Aires dodis.ch/G208, **49, 109, 160**
Bulgarie / Bulgarien dodis.ch/G284, **11*, 100, 154**
Bundesrepublik Deutschland dodis.ch/G806, **5*, 8, 22, 25, 40, 41, 43, 46, 53, 54, 57*, 59, 60, 65, 81, 82, 87, 91, 107, 115, 117, 121, 127*, 134, 135, 136, 138, 140*, 142, 143, 149*, 150, 154, 155, 160, 170, 179*, 180, 186, 187, 188, 190***
Burma vgl. Birmanie
Burundi dodis.ch/G4589, **101, 150**
Büsingen dodis.ch/G4142, **110**
Bylakuppa / Bylakuppe dodis.ch/G9215, **101**
Cachemire dodis.ch/G1742, **146**
Cambodge dodis.ch/G3764, **149**
Cameroun dodis.ch/G1861, **101**
Campione d'Italia dodis.ch/G4678, **110**
Canada dodis.ch/G230, **19, 31*, 38*, 40, 45, 54, 59, 65, 103, 121, 136, 141, 142, 152, 154, 171**
Canberra dodis.ch/G42, **103, 168**
Caracas dodis.ch/G38, **160**
Ceylan / Ceylon dodis.ch/G1562, **54, 101**
Chamonix dodis.ch/G9867, **131**
Chile / Chili dodis.ch/G205, **86, 94, 101, 146**
China / Chine dodis.ch/G29, **29, 40*, 59, 101, 135, 140*, 141, 152*, 169, 188**
Chypre dodis.ch/G364, **4, 141, 186**
Cointrin dodis.ch/G1233, **25, 130, 131**
Colombie dodis.ch/G206, **84*, 86*, 94, 101**
Commonwealth of Nations dodis.ch/G260, **38, 53, 103, 107, 117**
Congo Kinshasa dodis.ch/G5031, **1*, 4, 39*, 41, 101, 136, 146, 150**
Constance, Lac de cf. Bodensee
Copenhague dodis.ch/G215, **68, 81**
Corée dodis.ch/G33, **4, 25, 127, 169**
Corée du Nord dodis.ch/G1422, **127*, 158*, 169***
Corée du Sud dodis.ch/G1423, **22, 77, 127*, 158*, 169***
Costa Rica dodis.ch/G857, **94**
Côte d'Ivoire dodis.ch/G6968, **19, 101**
Cotonou dodis.ch/G9085, **136**
Cracovie dodis.ch/G4880, **139**
Croatie dodis.ch/G565, **170**
ČSSR dodis.ch/G73, **97, 100*, 102*, 105*, 106, 108*, 121, 126, 127, 135, 139, 140, 141, 151*, 154, 172, 188**
Cuba dodis.ch/G190, **4, 7*, 13*, 18*, 37, 83, 126*, 133***
Curaçao dodis.ch/G8114, **103**
Dahomey vgl. Benin
Dänemark / Danemark dodis.ch/G138, **27*, 33, 54, 68, 117, 136, 165, 168***
Dar es Salaam dodis.ch/G9053, **150, 161**
Den Haag dodis.ch/G88, **68, 81, 110, 165, 180, 184, 186**
Deutsche Demokratische Republik dodis.ch/G283, **5, 57*, 100, 127*, 140*, 141, 149*, 154, 169, 188**
Deutschland (Allgemein) vgl. Allemagne (en général)
Djakarta dodis.ch/G2121, **77, 81**
Doubs dodis.ch/G2582, **131**
Dublin dodis.ch/G4927, **81**
Ecuador / Equateur dodis.ch/G479, **86, 94, 101**

Egypte cf. Ägypten
Elfenbeinküste vgl. Côte d'Ivoire
El Salvador dodis.ch/G783, **94**
Entwicklungsländer dodis.ch/G4633, **4, 12, 26, 34, 48, 53, 55, 59, 69, 79, 84, 86, 94, 101*, 114, 122, 125, 142, 144, 160, 164, 175, 179, 182***
Espagne dodis.ch/G126, **10*, 73*, 82, 85*, 98, 121, 166**
Est (Pays de l') dodis.ch/G936, **5, 20, 41, 48, 69, 72, 135, 140, 142, 149, 151, 154, 188, 189**
Estland / Estonie dodis.ch/G992, **169**
Est-Ouest dodis.ch/G935, **5*, 20*, 41, 48*, 69, 97*, 135*, 149*, 153, 188, 189***
Etats-Unis d'Amérique dodis.ch/G11, **3*, 4, 7*, 14*, 15*, 22, 24, 26*, 29, 37*, 39, 41*, 43*, 45, 53*, 54, 55, 58*, 59, 60, 65, 66*, 68, 72, 74*, 75, 81, 83, 87, 94, 98, 113, 114, 115*, 116, 117, 119, 121, 126*, 127, 128, 133*, 134, 136, 140, 141, 146, 152, 154, 155, 158, 160, 168, 171, 179, 186, 188, 189***
Ethiopie cf. Äthiopien
Europa / Europe dodis.ch/G12, **4, 21*, 24, 25, 27*, 33*, 37, 38, 41, 43, 48, 55*, 59, 68*, 69*, 81*, 82, 89, 93*, 95, 100, 115, 117*, 121, 124, 129, 134, 135*, 137, 139, 140, 141, 143, 145*, 154*, 162, 165*, 167, 170, 171*, 172, 175, 178*, 180*, 185, 186*, 188**
Europe de l'Est dodis.ch/G311, **5, 7, 41, 45, 48, 61, 69, 126, 135, 143, 188**
Europe occidentale dodis.ch/G347, **10, 69, 72, 124, 125, 127, 135, 140, 152, 169, 180**
Evian dodis.ch/G1428, **30, 79**
Extrême-Orient / Ferner Osten dodis.ch/G281, **77, 127**
Fernando Póo dodis.ch/G4984, **136**
Finlande / Finnland dodis.ch/G76, **45, 70*, 75, 117, 136, 153, 154, 168*, 188**
France / Frankreich dodis.ch/G13, **1, 8, 13, 16, 17, 19*, 25, 27, 30, 33, 38, 41, 45, 53, 54, 55, 59*, 60, 65, 72, 74, 75, 81, 82, 91, 95, 98, 110*, 111, 117, 118*, 121, 131*, 134, 137, 141, 142*, 147, 150, 155, 156*, 165, 168*, 169, 170, 176*, 179, 186, 188**
Freiburg / Fribourg dodis.ch/G490, **112**
Gabon / Gabun dodis.ch/G8816, **146**
Genève / Genf dodis.ch/G28, **3, 4*, 15, 21, 24, 26, 28, 40, 55, 57, 68, 72, 79, 81, 83, 84, 88, 101, 105, 110, 112, 117, 119, 123*, 128, 130, 131, 136, 139, 141, 143, 154, 166, 168, 174, 188**
Genève (Canton) / Genf (Kanton) dodis.ch/G4401, **101, 176**
Gex dodis.ch/G8997, **110**
Ghana dodis.ch/G4568, **1, 88*, 101, 142**
Grande-Bretagne dodis.ch/G14, **4, 25*, 26, 28, 29, 33, 38, 40, 41, 53, 54, 59, 60, 64, 65, 68, 77*, 81, 88, 95*, 98, 107, 113, 116*, 117, 119*, 134, 139, 142, 165, 170, 171, 179, 180, 181*, 186**
Grèce / Griechenland dodis.ch/G178, **36*, 69, 98, 141, 186**
Grossbritannien vgl. Grande-Bretagne
Guantánamo dodis.ch/G8839, **133**
Guatemala dodis.ch/G487, **72, 94, 101, 160**
Guinea / Guinée dodis.ch/G4933, **29, 101, 146**
Guinea-Bissau / Guinée-Bissau dodis.ch/G4988, **146**
Guinée équatoriale cf. Äquatorialguinea
Guinée portugaise cf. Guinea-Bissau
Gujarat dodis.ch/G9604, **101**
Guyaquil dodis.ch/G9730, **101**
Haiti / Haïti dodis.ch/G480, **126**
Hanoi / Hanoï dodis.ch/G796, **30, 37, 40, 75, 83, 127, 152, 169**
Harare dodis.ch/G4657, **146, 171**
Haut-Adige cf. Alto Adige
Haute-Savoie / Hochsavoyen dodis.ch/G1138, **110**
Haute-Volta dodis.ch/G7458, **101, 109**
Haut-Katanga dodis.ch/G9925, **1**
Havanna dodis.ch/G188, **13, 18, 126, 133, 160**
Helsinki dodis.ch/G622, **68, 70, 81, 154**
Himachal Pradesh dodis.ch/G9728, **101**
Hochrhein dodis.ch/G5175, **143**
Honduras dodis.ch/G481, **94**
Hong Kong dodis.ch/G52, **25, 45, 77**
Hongrie dodis.ch/G20, **4, 42*, 96*, 97, 100, 151*, 154, 172, 188**
Ilha Solteira dodis.ch/G9795, **113**
Inde / Indien dodis.ch/G201, **12*, 14, 25, 29, 40, 54, 64*, 84*, 90, 101, 144, 146*, 160, 183, 184**
Inde du Sud dodis.ch/G8902, **12**
Indonésie / Indonesien dodis.ch/G49, **4, 40, 88*, 101, 184***
Industriestaaten dodis.ch/G9188, **72, 94**
Iquitos dodis.ch/G9508, **121**
Irak / Iraq dodis.ch/G482, **28*, 130, 141, 149, 190***
Iran dodis.ch/G743, **118*, 146**
Irland / Irlande dodis.ch/G128, **33, 54, 68, 136, 165, 186**
Israel / Israël dodis.ch/G1761, **5*, 28*, 29*, 38, 50*, 118*, 130*, 138, 141, 146, 173*, 190**
Istanbul dodis.ch/G1847, **101**
Italia / Italie / Italien dodis.ch/G77, **1, 4, 10, 40, 41, 54, 56*, 69, 73, 85*, 98, 106*, 110, 117,**

120*, 121, 129*, 131, 136, 137, 141, 143, 147, 152, 155, 157*, 165, 166*, 170, 171, 174, 186, 187*
Japan / Japon dodis.ch/G45, **15, 22*, 25*, 40, 45, 46, 54, 59, 72, 77, 153*, 155**
Jakarta vgl. Djakarta
Jerusalem / Jérusalem dodis.ch/G324, **50**
Jordanie / Jordanien dodis.ch/G2761, **50, 130***
Jugoslawien dodis.ch/G69, **20*, 40, 45, 62*, 105, 108, 135, 149, 153, 168, 170*, 175, 185*, 188**
Jura dodis.ch/G582, **19*, 59, 111*, 156***
Kairo dodis.ch/G40, **16, 29, 101, 138, 153, 158**
Kambodscha vgl. Cambodge
Kamerun vgl. Cameroun
Kanada cf. Canada
Kapstadt dodis.ch/G4287, **78**
Karachi / Karatschi dodis.ch/G1921, **101**
Kars dodis.ch/G971, **101**
Kaschmir vgl. Cachemire
Kenia / Kenya dodis.ch/G4796, **54, 101, 161***
Kerala dodis.ch/G8901, **101**
Kibuye dodis.ch/G9559, **101**
Kigali dodis.ch/G8988, **51, 101, 150**
Kinshasa dodis.ch/G2928, **1, 39**
Kintambo dodis.ch/G9928, **39, 101, 136**
Kleinwalsertal dodis.ch/G9851, **110**
Kloten dodis.ch/G1741, **40, 102, 130, 173, 177, 190**
Kobe dodis.ch/G8712, **22, 25**
Köln dodis.ch/G780, **33, 68, 81, 145, 190**
Kolumbien vgl. Colombie
Kongo Kinshasa vgl. Congo Kinshasa
Kopenhagen vgl. Copenhague
Korea vgl. Corée
Krakau vgl. Cracovie
Kroatien vgl. Croatie
Kuala Lumpur dodis.ch/G821, **81, 99**
Kuba vgl. Cuba
Kyoto dodis.ch/G827, **25**
La Havane cf. Havanna
La Haye cf. Den Haag
La Paz dodis.ch/G4740, **160**
Lagos dodis.ch/G4655, **118, 132, 136, 185**
Lajos-forrás dodis.ch/G9585, **42**
Lateinamerika vgl. Amérique latine
Lausanne dodis.ch/G174, **1, 4, 42, 70, 108**
Le Caire cf. Kairo
Le Cap cf. Kapstadt
Le Locle dodis.ch/G913, **43**
Léopoldville cf. Kinshasa
Lertzbach dodis.ch/G9931, **131**
Lesotho dodis.ch/G9183, **60*, 101**
Lettland / Lettonie dodis.ch/G994, **169**
Liban / Libanon dodis.ch/G483, **28*, 29, 130*, 146, 173***
Libye / Libyen dodis.ch/G4636, **101, 177**
Liège dodis.ch/G1073, **67, 82**
Lima dodis.ch/G213, **84, 121, 160**
Lisbonne / Lissabon dodis.ch/G349, **68, 81**
Livigno dodis.ch/G9739, **110**
Ljubljana dodis.ch/G7274, **170**
London / Londres dodis.ch/G55, **13, 33, 35, 59, 65, 68, 78, 81, 94, 97, 107, 117, 119, 121, 136, 140, 147, 149, 171, 185**
Lörzbach vgl. Lertzbach
Lucens dodis.ch/G9051, **148**
Lucerne / **Luzern** dodis.ch/G531, **69, 108**
Lucerne (Canton) / Luzern (Kanton) dodis.ch/G5382, **85**
Luganersee / Lugano, Lac de / Lugano, Lago di dodis.ch/G2082, **110**
vgl. Lac de Lugano
Lusaka dodis.ch/G9389, **153**
Lüttich vgl. Liège
Luxembourg / Luxemburg dodis.ch/G196, **73, 98, 136**
Lyon dodis.ch/G1135, **131**
Madagascar / Madagaskar dodis.ch/G366, **1, 52, 101**
Madras dodis.ch/G2223, **101**
Madrid dodis.ch/G941, **16, 73, 81, 136, 160**
Maharashtra dodis.ch/G9603, **101**
Mailand dodis.ch/G840, **147**
Malaisie / Malaysia dodis.ch/G822, **99*, 101**
Malawi dodis.ch/G8677, **60*, 101**
Malta / Malte dodis.ch/G4826, **90, 175**
Manila / Manille dodis.ch/G432, **77**
Maroc / Marokko dodis.ch/G975, **18*, 28*, 29, 101**
Marseille dodis.ch/G1042, **146**
Martigny dodis.ch/G2945, **131**
Mauretanien / Mauritanie dodis.ch/G6307, **101**
Medellín dodis.ch/G6663, **86**
Mer Adriatique cf. Adria
Mer Méditerranée dodis.ch/G291, **28**
Mexiko / **Mexique** dodis.ch/G319, **4, 7, 46*, 83, 94, 113, 114*, 160**
Miami dodis.ch/G4767, **7**
Milan / Milano cf. Mailand
Mittelmeer vgl. Mer Méditerranée
Moga dodis.ch/G9767, **101**
Moldavie / Moldawien dodis.ch/G1360, **44**
Monaco dodis.ch/G4023, **110**
Mongolei / Mongolie dodis.ch/G293, **9, 40**
Montevideo dodis.ch/G1346, **160**
Montreal / Montréal dodis.ch/G183, **25, 31, 38**

Montreux dodis.ch/G330, **168**
Mosambik / Mozambique dodis.ch/G4652, **60*, 146, 171**
Moscou / Moskau dodis.ch/G21, **11, 20, 22, 38, 41, 44, 48, 68, 81, 87, 102, 105, 136, 140, 153, 163, 174, 188**
Mühlhausen / Mulhouse dodis.ch/G1036, **131**
Mundgod dodis.ch/G9729, **101**
Mysore dodis.ch/G4581, **101**
Naher Osten dodis.ch/G854, **28*, 29*, 37, 38, 41, 50*, 59, 92, 138*, 142, 146, 173*, 177***
Nairobi dodis.ch/G5150, **150, 161**
Nepal / Népal dodis.ch/G4263, **101, 183*, 184**
Neuchâtel / Neuenburg dodis.ch/G245, **56**
Neuchâtel (Canton) / Neuenburg (Kanton) dodis.ch/G3625, **176**
Neuseeland dodis.ch/G218, **54, 103**
New Delhi dodis.ch/G516, **12, 53, 64, 69, 81, 84, 90, 183**
New York dodis.ch/G23, **8, 14, 21, 57, 60, 69, 77, 81, 87, 98, 105, 116, 124, 141, 171, 177, 179**
Ngozi dodis.ch/G9929, **101**
Nicaragua dodis.ch/G945, **94**
Niederländische Antillen vgl. Antilles néerlandaises
Niederlande dodis.ch/G78, **8, 25, 40, 54, 98, 103, 117, 131, 136, 170, 179, 188**
Niger dodis.ch/G7456, **132, 146**
Nigeria / Nigéria dodis.ch/G4656, **53, 92, 101, 118*, 132, 136*, 137, 146, 185***
Niltal dodis.ch/G4761, **138**
Niterói dodis.ch/G9857, **113**
Nordafrika vgl. Afrique du Nord
Nordamerika vgl. Amérique du Nord
Nordkorea vgl. Corée du Nord
Nordrhodesien dodis.ch/G5036, **60*, 101, 146**
Nordvietnam dodis.ch/G4846, **3, 4, 30*, 40, 75*, 83*, 127*, 152**
Norvège / Norwegen dodis.ch/G194, **33, 68, 81*, 117, 136, 165, 168***
Nouvelle-Zélande vgl. Neuseeland
Nyon dodis.ch/G244, **101**
Ober-Katanga cf. Haut-Katanga
Obervolta vgl. Haute-Volta
Occident dodis.ch/G1858, **18, 20, 69, 108, 130, 134, 136, 139, 140, 141, 154, 158, 188**
Oder-Neisse (Frontière / Grenze) dodis.ch/G4452, **154**
Osaka dodis.ch/G800, **22, 25, 31**
Oslo dodis.ch/G406, **68, 81, 168**
Ostafrika vgl. Afrique orientale
Ostasien vgl. Asie orientale
Ostblock vgl. Est (Pays de l')
Österreich vgl. Autriche
Osteuropa vgl. Europe de l'Est
Ostpakistan dodis.ch/G9439, **101**
Ost-West vgl. Est-Ouest
Ottawa dodis.ch/G169, **38**
Ouganda dodis.ch/G4797, **101, 161***
Oussouri dodis.ch/G9808, **140, 152, 188**
Pakistan dodis.ch/G1433, **54, 101, 144*, 146*, 179, 184**
Pakistan oriental cf. Ostpakistan
Palästina / Palestine dodis.ch/G335, **130**
Panama dodis.ch/G784, **94, 101, 103**
Panama (Stadt / ville) dodis.ch/G4776, **101**
Pankow cf. Berlin-Est
Panmunjom dodis.ch/G4301, **169**
Paraguay dodis.ch/G946, **101, 109*, 160**
Paris dodis.ch/G18, **19, 33, 59, 65, 67, 68, 69, 71, 75, 81, 83, 110, 111, 123, 125, 128, 131, 141, 147, 152, 155, 156, 160, 169, 176, 179, 186**
Pays andins cf. Andenländer
Pays en voie de développement cf. Entwicklungsländer
Pays industriels cf. Industriestaaten
Pays-Bas cf. Niederlande
Pékin / Peking cf. Beijing
Peru / Pérou dodis.ch/G212, **84*, 101, 121*, 183**
Philippinen / Philippines dodis.ch/G46, **47*, 77, 90, 142**
Phnom-Pénh / Pnom-Penh dodis.ch/G3781, **83**
Pjöngjang dodis.ch/G5219, **127, 158, 169**
Polen / Pologne dodis.ch/G68, **45*, 54, 57, 60, 61*, 100, 139*, 151*, 154, 188**
Portugal dodis.ch/G127, **8, 82*, 117, 146, 171**
Portugiesisch-Guinea vgl. Guinée-Bissau
Prag / Prague dodis.ch/G71, **42, 100, 102, 105, 108, 188**
Pretoria / Prétoria dodis.ch/G469, **78, 124, 171**
Preussen / Prusse dodis.ch/G1379, **25**
Proche-Orient cf. Naher Osten
Punjab dodis.ch/G4289, **101**
Pyongyang cf. Pjöngjang
Québec dodis.ch/G9374, **19, 38, 59**
Quito dodis.ch/G7401, **160**
Rawalpindi dodis.ch/G7201, **101**
République Arabe Unie cf. Ägypten
République démocratique allemande cf. Deutsche Demokratische Republik
République fédérale d'Allemagne cf. Bundesrepublik Deutschland

Reykjavik dodis.ch/G4535, **188**
Rhodésie / Rhodesien dodis.ch/G4449, **4*, 8*, 38, 60*, 146, 171**
Rhodésie du Nord cf. Nordrhodesien
Rigi-Kaltbad dodis.ch/G9584, **94**
Rikon dodis.ch/G9780, **40**
Rio de Janeiro dodis.ch/G207, **160**
Rio Negro dodis.ch/G1342, **49**
Roma / Rom / Rome dodis.ch/G361, **1, 33, 54, 55, 68, 81, 105, 120, 129, 130, 131, 134, 141, 187**
Romandie dodis.ch/G2061, **19, 38, 51, 101**
Roumanie / Rumänien dodis.ch/G234, **45, 54, 87, 100, 108, 127, 135, 140*, 141, 149, 154, 169, 188**
Ruanda / Rwanda dodis.ch/G4588, **51*, 52*, 101, 150*, 161*, 183**
Rusizi / Ruzizi dodis.ch/G9731, **101**
Saigon / Saïgon dodis.ch/G431, **81, 127**
Saint-Gall dodis.ch/G562, **108**
Saint-Moritz dodis.ch/G555, **120**
Salisbury cf. Harare
Sambia cf. Nordrhodesien
San Antonio dodis.ch/G9631, **31, 75**
San Francisco dodis.ch/G64, **38**
San José dodis.ch/G2930, **101, 160**
San Marino dodis.ch/G5008, **110**
Santa Isabel dodis.ch/G9689, **136**
Santiago de Chile dodis.ch/G211, **160**
São Paulo dodis.ch/G4069, **113**
São Tomé dodis.ch/G9848, **136**
Saudi-Arabien vgl. Arabie saoudite
Scandinavie dodis.ch/G514, **8, 16, 33, 69, 81, 98, 121, 139, 158, 168, 186**
Schaffhausen / Schaffhouse dodis.ch/G1018, **168, 169, 170**
Schweden dodis.ch/G15, **33, 45, 48, 54, 70, 75, 76, 81, 83, 87, 127, 136, 139, 146, 153, 154, 167*, 168*, 170, 185*, 186, 188**
Schwytz (Canton) / Schwyz (Kanton) dodis.ch/G9932, **166**
Seattle dodis.ch/G4174, **65**
Sefula dodis.ch/G9727, **101**
Senegal / Sénégal dodis.ch/G7455, **19, 54, 101**
Seoul / Séoul dodis.ch/G4261, **22, 127, 158, 169**
Singapur / Singapour dodis.ch/G53, **9, 77**
Skandinavien vgl. Scandinavie
Skopje dodis.ch/G1785, **170**
Sofia dodis.ch/G755, **11**
Soleure / Solothurn dodis.ch/G677, **43**
Soleure (Canton) / Solothurn (Kanton) dodis.ch/G5128, **176**
Soudan dodis.ch/G982, **146, 149**
Sowjetunion dodis.ch/G30, **4, 7, 11, 14*, 20, 29, 38, 40, 41, 44*, 45, 48*, 59, 69, 70, 75, 77, 83, 87, 100*, 102*, 105, 126, 135*, 140*, 141, 143, 149, 152, 154, 155, 163*, 169, 174*, 188**
Spanien vgl. Espagne
Sri Lanka vgl. Ceylan
St. Gallen vgl. Saint-Gall
St. Margrethen dodis.ch/G725, **108**
St. Moritz vgl. Saint-Moritz
Stockholm dodis.ch/G94, **21, 27, 68, 81, 83, 127, 154, 167, 168, 185**
Strasbourg / Strassburg dodis.ch/G2361, **69, 111, 168**
Südafrika vgl. Afrique du Sud
Südamerika vgl. Amérique latine
Sudan vgl. Soudan
Südindien vgl. Inde du Sud
Südkorea vgl. Corée du Sud
Südtirol vgl. Alto Adige
Südvietnam dodis.ch/G4847, **3, 30, 75, 127*, 152**
Suez dodis.ch/G1004, **4, 42, 188**
Swasiland / Swaziland dodis.ch/G9312, **101**
Syrie / Syrien dodis.ch/G485, **28*, 29, 130***
Tachkent dodis.ch/G664, **146**
Taiwan / Taïwan dodis.ch/G32, **152**
Tananarive vgl. Antananarivo
Tansania / Tanzanie dodis.ch/G5025, **52, 101, 146, 161***
Taschkent vgl. Tachkent
Tavannes dodis.ch/G9178, **156**
Tchad dodis.ch/G7461, **54, 101**
Tchécoslovaquie cf. ČSSR
Teheran / Téhéran dodis.ch/G1235, **69, 80**
Tel Aviv dodis.ch/G1766, **6**
Terai / Teraï dodis.ch/G9287, **101**
Tessin (Canton / Kanton) dodis.ch/G688, **185**
Thailand / Thaïlande dodis.ch/G202, **101**
Tibet dodis.ch/G1198, **40, 60, 101**
Ticino (Cantone) cf. Tessin
Tokio / Tokyo dodis.ch/G35, **22, 25, 77, 81**
Torino / Turin dodis.ch/G841, **110**
Tschad cf. Tchad
Tschechoslowakei vgl. ČSSR
Tunesien / Tunisie dodis.ch/G362, **19, 28*, 29, 101**
Türkei / Turquie dodis.ch/G122, **16, 20, 69, 98, 101, 140, 141**
Tyrol du Sud cf. Alto Adige
UdSSR vgl. Sowjetunion
Uganda vgl. Ouganda
Ukraine dodis.ch/G967, **38**
Uli dodis.ch/G9794, **185**
Ungarn vgl. Hongrie

Union soviétique / URSS cf. Sowjetunion
USA vgl. Etats-Unis d'Amérique
USSR vgl. Sowjetunion
Ussuri vgl. Oussouri
Valais (Canton) dodis.ch/G689, **56, 166, 176**
Vallée du Nil cf. Niltal
Varadero dodis.ch/G4765, **7**
Varsovie dodis.ch/G144, **45, 60, 61, 100, 139**
Vaticano / Vatican / Vatikan dodis.ch/G712, **4, 50, 112***
Vaud (Canton) dodis.ch/G1243, **176**
Venezuela dodis.ch/G486, **126**
Vereinigte Arabische Republik vgl. Ägypten
Vereinigte Staaten von Amerika vgl. Etats-Unis d'Amérique
Vevey dodis.ch/G766, **94**
Vienne dodis.ch/G238, **17, 21, 57, 68, 105, 108, 117, 143, 169, 185**
Vietnam dodis.ch/G1434, **4, 29, 30*, 37, 40, 41, 43*, 59, 75*, 81, 83*, 92, 112, 127*, 140, 146, 152**
Vietnam du Nord cf. Nordvietnam
Vietnam du Sud cf. Südvietnam
Vorarlberg dodis.ch/G373, **76**
Waadt (Kanton) vgl. Vaud
Wallis (Kanton) vgl. Valais
Wallonie / Wallonien dodis.ch/G9010, **59**
Warschau vgl. Varsovie
Washington dodis.ch/G16, **3, 7, 15, 25, 26, 30, 37, 41, 44, 53, 58, 59, 65, 66, 68, 74, 77, 78, 81, 83, 105, 115, 119, 126, 127, 133, 136, 150, 152, 160, 189**
Westberlin vgl. Berlin-Ouest
Westen / Westliche Staaten vgl. Occident
Westeuropa vgl. Europe occidentale
Westschweiz vgl. Romandie
Wien vgl. Vienne
Winterthur dodis.ch/G679, **169, 170, 190**
Yougoslavie cf. Jugoslawien
Zagreb dodis.ch/G1258, **170**
Zambia / Zambie cf. Nordrhodesien
Zentralamerika vgl. Amérique centrale
Zimbabwe cf. Rhodésie
Zürich / Zurich dodis.ch/G27, **16, 42, 44, 47, 65, 78, 95, 102, 114, 121, 127, 130, 147, 149, 163, 169, 170, 177, 183**
Zürich (Kanton) / Zurich (Canton) dodis.ch/G3361, **177**
Zypern vgl. Chypre

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE
LISTE DES FONDS UTILISÉS
ELENCO DEI FONDI UTILIZZATI

Die **fett** hervorgehobenen Bestände sind besonders forschungsrelevant.

Les fonds en **gras** sont particulièrement pertinents pour la recherche.

I fondi in **grassetto** sono particolarmente rilevanti per la ricerca.

IX.1. SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV
ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO

IX.1.1. ARCHIV DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES
ARCHIVES DE L'ETAT FÉDÉRAL
ARCHIVIO DELLO STATO FEDERALE

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

E1001*	Bundesrat: Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente / Conseil fédéral: Propositions de la Chancellerie fédérale et des Départements
E1003*	Bundesrat: Verhandlungsprotokolle und Beschlussprotokolle II / Conseil fédéral: Procès-verbaux des délibérations et procès-verbaux de décision II
E1004.1*	Bundesrat: Beschlussprotokolle / Conseil fédéral: Procès-verbaux
E1050.7A*	Bundesversammlung: Geschäftsprüfungskommissionen / Assemblée fédérale: Commissions de gestion
E1050.12*	Bundesversammlung: Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten / Assemblée fédérale: Commissions des affaires étrangères
E1301*	Nationalrat: Protokolle / Conseil national: Procès-verbaux
E1401*	Ständerat: Protokolle / Conseil des Etats: Procès-verbaux

Politisches Departement / Département politique / Dipartimento politico

E2001E*	Abteilung für Politische Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division des affaires politiques: Enregistrement central
E2001E-01*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2001-05*	Abteilung für Politische Angelegenheiten: Politische Dokumentation / Division des affaires politiques: Documentation politique

E2003A*	Abteilung für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Division des organisations internationales: Enregistrement central
E2003-06*	Politische Direktion: Fremde Interessen / Direction politique: Intérêts étrangers
E2004B*	Verwaltungsdirektion im Eidgenössischen politischen Departement: Zentrale Ablage / Division des affaires administratives du Département politique fédéral: Enregistrement central
E2005A*	Delegierter für Technische Zusammenarbeit: Zentrale Ablage / Délégué à la coopération technique: Enregistrement central
E2010A*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2024A*	Verwaltungsabteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division administrative du Département fédéral des affaires étrangères: Enregistrement central
E2024-02A*	Eidgenössiches Department für auswärtige Angelegenheiten: Personaldossiers / Département fédéral des affaires étrangères: Dossiers personnels
E2200	Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz / Représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
E2300*	Eidgenössisches politisches Departement: Politische und militärische Berichte der Auslandvertretungen / Département politique fédéral: Rapports politiques et militaires des représentations à l'étranger
E2300-01*	Eidgenössisches politisches Departement: Politische und militärische Berichte der Auslandvertretungen / Département politique fédéral: Rapports politiques et militaires des représentations à l'étranger
E2500*	Eidgenössisches politisches Departement: Personaldossiers / Département politique fédéral: Dossiers personnels
E2806*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Pierre Micheli / Département politique fédéral: Papiers Pierre Micheli
E2807*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Willy Spühler / Département politique fédéral: Papiers Willy Spühler
E2811*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Ernesto A. Thalmann / Département politique fédéral: Papiers Ernesto A. Thalmann
E2812*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Rudolf Bindschedler / Département politique fédéral: Papiers Rudolf Bindschedler

Departement des Innern / Département de l'intérieur / Dipartimento dell'interno

E3120B*	Schweizerisches Bundesarchiv: Zentrale Ablage / Archives fédérales suisses: Enregistrement central
E3212B*	Eidgenössisches Amt für Strassen- und Flussbau: Zentrale Ablage / Service fédéral des routes et des digues: Enregistrement central
E3340B*	Bundesamt für Sozialversicherung: Zentrale Ablage / Office fédéral des assurances sociales: Enregistrement central
E3375A*	Schweizerischer Wissenschaftsrat: Zentrale Ablage / Conseil suisse de la science: Enregistrement central
E3801*	Eidgenössisches Departement des Innern: Handakten Hans-Peter Tschudi, Bundesrat / Département fédéral de l'intérieur: Papiers Hans-Peter Tschudi, Conseiller fédéral

Justiz- und Polizeidepartement / Département de justice et police / Dipartimento di giustizia e polizia

E4001D*	Departementssekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat du Département fédéral de justice et police: Enregistrement central
E4110B*	Bundesamt für Justiz: Zentrale Ablage / Office fédéral de la justice: Enregistrement central
E4260D-01*	Bundesamt für Polizeiwesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la police: Enregistrement central
E4280A*	Delegierter für das Flüchtlingswesen: Zentrale Ablage / Délégué aux réfugiés: Enregistrement central
E4300C-01*	Bundesamt für Ausländerfragen: Zentrale Ablage / Office fédéral des étrangers: Enregistrement central

Militärdepartement / Département militaire / Dipartimento militare

E5001G*	Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung: Zentrale Ablage / Direction de l'administration militaire fédérale: Enregistrement central
E5560D*	Stab der Gruppe für Generalstabsdienste: Zentrale Ablage / Etat-major du groupement de l'état-major général: Enregistrement central

Finanz- und Zolldepartement / Département des finances et des douanes / Dipartimento delle finanze e delle dogane

E6100B-01*	Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central
E6100C*	Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

Volkswirtschaftsdepartement / Département de l'économie publique / Dipartimento dell'economia pubblica

E7001C*	Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartment: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de l'économie publique: Enregistrement central
E7110*	Handelsabteilung: Zentrale Ablage / Division du commerce: Enregistrement central
E7113A*	Integrationsbüro: Zentrale Ablage / Bureau de l'intégration: Enregistrement central
E7113-02*	Integrationsbüro: Dokumentation über die Entstehung der europäischen Integration / Bureau de l'intégration: Documentation sur les débuts de l'intégration européenne
E7170B*	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Enregistrement central
E7175B*	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Arbeitskraft und Auswanderung / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Main-d'œuvre et émigration

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement / Département des transports et communications et de l'énergie / Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie

E8150B*	Bundesamt für Zivilluftfahrt: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'aviation civile: Enregistrement central
E8809*	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement: Handakten Rudolf Gnägi / Département des transports et communications et de l'énergie: Papiers Rudolf Gnägi

IX.1.2. URKUNDEN / ACTES / DOCUMENTI

K1*	Staatsverträge / Accords bilatéraux
K7*	Urkunden / Actes officiels

IX.1.3. DEPOSITEN UND SCHENKUNGEN DEPÔTS ET DONS / DEPOSITI ET DONAZIONI

J1.223*	Bindschedler, Rudolf
J1.227*	Spühler, Willy
J1.301*	Probst, Raymond

IX.2. SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV, ZÜRICH

Archiv der Gewerkschaft Bau und Industrie / Archives du Syndicat industrie et bâtiment / Archivio del Sindacato dell'edilizia e dell'industria

X.3. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN PUBLICATIONS OFFICIELLES / PUBBLICAZIONI UFFICIALI

- Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse / Raccolta ufficiale delle leggi federali della Confederazione Svizzera
- Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung / Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale / Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
- Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung / Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur sa gestion / Rapporto di gestione del Consiglio federale all'Assemblea federale
- Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Feuille fédérale de la Confédération suisse / Foglio federale della Confederazione Svizzera
- Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung / Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale / Compendio delle deliberazioni dell'Assemblea federale

X.4. HILFSMITTEL / INSTRUMENTS DE TRAVAIL STRUMENTI DI LAVORO

- Das Eidgenössische Politische Departement (Zentrale) von 1848 bis 1970 (Amtschronik), Bern 1971
- Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848 / Banque de données recensant les membres des conseils depuis 1848 / Banca dati dei deputati dal 1848 http://www.parlament.ch
- Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz seit 1798, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern 2010
- Handbuch der Eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern 2010
- Historisches Lexikon der Schweiz / Dictionnaire historique de la Suisse / Dizionario storico della Svizzera, Basel, Hauterive, Locarno 2002 et seq. http://hls-dhs-dss.ch
- Jahrbuch der Eidgenössischen Räte und Gerichte / Annuaire des Autorités fédérales / Annuario delle Autorità federali
- Jahrbuch Schweizerische Politik / Année politique suisse http://www.anneepolitique.ch

– Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Annuaire de la Confédération suisse / Annuario della Confederazione Svizzera

X. VERZEICHNIS NICHT FREIGEGEBENER DOSSIERS DER EIDGENOSSENSCHAFT IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIV LISTE DES DOSSIERS DE LA CONFÉDÉRATION DANS LES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES NON RENDUS ACCESSIBLES ELENCO DEI FASCICOLI DELLA CONFEDERAZIONE NELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO NON RESI ACCESSIBILI

Das Forschungsprojekt Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS) ist ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dazu trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) verabschiedeten Ethik-Kodex und deren Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung (VBGA) veröffentlicht. Die Forschungsgruppe der DDS hat gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) für die Periode des vorliegenden Bandes (1967–1969) insgesamt 70 Einsichtsgesuche gestellt, die eine Vielzahl nicht frei zugänglicher Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv umfassen. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsgruppe der DDS erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller».

Die Einsichtnahme in noch einer Schutzfrist unterstehende Dossiers kann nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Für die Periode des vorliegenden Bandes unterstanden 42 von der Forschungsgruppe der DDS aus freigegebenen Dossiers zur Publikation ausgewählte Dokumente der Auflage der Manuskriptvorlage bei der jeweiligen aktenabliefernden Stelle. Alle diese Dokumente konnten vollumfänglich und ohne Einschränkungen im vorliegenden Band und/oder im Internet in der Datenbank Dodis veröffentlicht werden.

Im vorliegenden Verzeichnis hingegen werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe der DDS die Einsicht verweigert hat.

Eine laufend aktualisierte Liste aller für die Forschungsgruppe der DDS nicht freigegebener Dossiers kann im Internet unter dodis.ch/dds/BGA konsultiert werden.

Le projet de recherche Documents Diplomatiques Suisses (DDS) est une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH). Les membres du groupe de recherche des DDS sont ainsi soumis aux mêmes dispositions juridiques que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe de recherche des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS est soumis au Code d'éthique et aux Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr). Selon l'Article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Les exceptions sont prévues à l'Article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'Article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral en vertu de l'Article 12 sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage (OLAr). Conformément à l'Article 13 de la LAr (Consultation pendant le délai de protection), le groupe de recherche des DDS a adressé 70 demandes de consultation pour la période du présent volume (1967–1969), ce qui correspond à de nombreux dossiers dont la consultation n'est pas libre aux Archives fédérales suisses. Sur la base de l'Article 13, paragraphe 3 de la LAr, les autorisations accordées au groupe de recherche des DDS sont valables «aux mêmes conditions, à toutes les personnes qui en font la demande».

La consultation des dossiers pour l'heure soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», conformément à l'Article 13, paragraphe 3 de la LAr. Pour la période couverte dans le présent volume, 42 documents sélectionnés dans des dossiers dont la consultation a été autorisée étaient soumis à la condition de présentation du manuscrit aux services versants. Tous les documents qui ont été sélectionnés par le groupe de recherche des DDS ont pu être publiés intégralement et sans aucune restriction dans le présent volume et/ou en internet dans la base de donnés Dodis.

Par contre, dans la liste ci-dessous sont mentionnés tous les dossiers dont la consultation a été refusée au groupe de recherche des DDS par l'autorité compétente au sein du Département fédéral concerné.

La liste constamment mise à jour des dossiers dont la consultation a été refusée au groupe de recherche des DDS est consultable sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

Il progetto di ricerca Documenti Diplomatici Svizzeri (DDS) è un'impresa dall'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS). I membri del gruppo di ricerca dei DDS sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale della Confederazione svizzera garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca dei DDS è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al Codice d'etica e ai Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia approvati dalla Società svizzera di storia (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elenco degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione (OLAr). Conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), il gruppo di ricerca dei DDS ha sottoposto 70 richieste di consultazione per il periodo compreso in questo volume (1967–1969). Le richieste riguardano numerosi fascicoli della Confederazione non liberamente accessibili e conservati nell'Archivio federale svizzero. Conformemente all'articolo 13, paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al gruppo di ricerca dei DDS si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di fascicoli soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13, paragrafo 3 della LAr. Per il periodo coperto dal presente volume, 42 documenti selezionati dal gruppo di ricerca dei DDS da dossier soggetti a protezione e resi accessibili sottostavano alla condizione della presentazione del manoscritto ai servizi mittenti. Tutti questi documenti hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume e/o in internet nella banca dati Dodis.

Nel seguente elenco sono invece indicati i fascicoli la cui consultazione è stata negata al gruppo di ricerca dei DDS dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti.

L'elenco, continuamente aggiornato, dei fascicoli che non sono stati resi accessibili al gruppo di ricerca dei DDS si trova all'indirizzo internet dodis.ch/dds/LArc.

Departemente / Départements / Dipartimenti

Dossier Dossier Fascicolo	Datum des ablehnenden Entscheids Date de la décision négative Data della decisione negativa

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten / Département fédéral des affaires étrangères / Dipartimento federale degli affari esteri

E2001E#1978/84#6479* (B.51.14.21.2) Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz nach Südafrika, Bd. II (1964–1967)	16. 8. 2010
E2001E#1978/84#6494* (C.41.152) Schweiz. Anleihen an südafrikanische Firmen (1958–1967)	16. 8. 2010
E2001E#1980/83#889* (B.51.14.21.20) Export schweiz. Kriegsmaterials nach Südafrika (1967–1970)	16. 8. 2010
E2001E#1980/83#902* (C.41.152.0) Schweiz. Anleihen an Südafrika (1968–1970)	16. 8. 2010
E2001E-01#1982/58#785* (C.41.Afr.S.157.0) Ausländische Kapitalbeteiligungen bei Firmen, Südafrika (1968–1972)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1985/134 Bd. 6 (512.12) Importbeschränkungen in Südafrika (1966–1972)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1985/134 Bd. 6 (521.61) Schweiz. Kredite ans Ausland	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1991/276 Bd. 5 (335.0) Kriegsmaterial, Allgemeines (1961–1976)	16. 8. 2010

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement / Département fédéral de justice et police / Dipartimento federale di giustizia e polizia

E 4320(C) 1994/121 Bd. 31 (320/123) Cohn-Bendit, Daniel, (236:245)320/123) (1968–1989)	12. 7. 2011
E 4320(C) 1995/392 Bd. 215 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1968)	11. 4. 2012
E 4320(C) 1995/392 Bd. 215 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1969)	11. 4. 2012
E 4320(C) 1995/392 Bd. 215 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1970)	11. 4. 2012
E 4320(C) 1995/392 Bd. 215 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1971–1975)	11. 4. 2012
E 4320(C) 1995/392 Bd. 216 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 1 / (018)231.0/161 (1967–1970)	11. 4. 2012
E 4320(C) 1995/392 Bd. 216 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 2 / (018)231.0/161 (1967–1970)	11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 216 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 3 / (018)231.0/161 (1967–1970) 11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 216 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 4 / (018)231.0/161 (1967–1970) 11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 217 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Unterlagen EMD / (018)231.0/161 (1967–1968) 11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 217 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Einvernahmen / (018)231.0/161 (1968–1969) 11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 217 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Telefon-Abhör-Protokolle / (018)231.0/161 (1968–1969) 11. 4. 2012

E 4320(C) 1995/392 Bd. 217 (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Bericht BA, Schlussbericht/ (018)231.0/161 (1969–1970) 11. 4. 2012

E 4320(C)-02 1994/161 Bd. 26 (04-00) Diverse Berichte über Auslandsbeziehungen der jurassischen Separatisten (1957–1975) 12. 7. 2011

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport / Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports / Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport

E 5001(G) 1980/31 Bd. 78 (793.1) Monatliche Verzeichnisse der erteilten Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial (1967) 16. 8. 2010

E 5001(G) 1980/31 Bd. 78 (793.7) Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika (1967) 16. 8. 2010

E 5001(G) 1982/18 Bd. 128 (793.08) Rüstungsindustrie in Südafrika (1968) 26. 4. 2011

E 5001(G) 1982/19 Bd. 138 (793.01) Monatliche Verzeichnisse der erteilten Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial (1969) 26. 4. 2011

E 5001(G) 1982/19 Bd. 138 (793.21) Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika MOWAG Kreuzlingen (1969) 26. 4. 2011

E 5001(G) 1982/19 Bd. 138 (793.22) Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika, Oerlikon Italiana (1969–1970) 26. 4. 2011

E 5560(D) 1996/188 Bd. 139 (241.1.5) Nuklearwaffen, Allgemeines (1963–1968) 19. 5. 2010

E 5560(D) 2010/154 Bd. 44 (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Grunddokumente, Regelungen, Konferenz, Berichterstattung, Übersicht Zusammenarbeit (1967–1981) 25. 10. 2011

E 5560(D) 2010/154 Bd. 46 (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Dokumentation, Basispapiere, technische Prognose (1966–1983) 25. 10. 2011

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement / Département fédéral de l'économie / Dipartimento federale dell'economia

E7001C#1978/59#592* (1611.35) Kredit an die Republik Südafrika (1967) 19. 8. 2010

E7001C#1982/115#687* (1611.09) Finanzkredit an die Electricity Supply Commission (ESCOM) Johannesburg (1968) 19. 8. 2010

E7001C#1982/115#722* (1611.45) Kredit an die South African Iron and Steel Industrial Corp. Ltd., Pretoria (1968) 19. 8. 2010

E7001C#1982/115#766* (1612.41) Konversionsanleihe von Fr. 60'000'000 der Republik Südafrika (1968) 19. 8. 2010

E7001C#1982/115#892* (2310.1) Südafrikanische Republik (1968) 19. 8. 2010

E7001C#1982/116#396* (1644.25) Exportkredit von Fr. 10'000'000 an die Electricity Supply Commission Johannesburg (1969) 19. 8. 2010

E7001C#1982/116#416* (1611.45) Gesuch der Netherlands Bank of South Africa Ltd. (1969) 28. 3. 2011

E7110#1978/50#1726* (840.7) Zollagenten Südafrika (1967) 19. 8. 2010

E7110#1978/50#1731* (861.5) Valuta, Schutz des Geldwertes Südafrika (1968) 19. 8. 2010

E7110#1978/50#1737* (872.1) Ausschreibungen Südafrika (1967) 19. 8. 2010

E7110#1979/14#1736* (840.7) Zollagenten Südafrika (1968) 19. 8. 2010

E7110#1979/14#1739* (842) Allgemeines Südafrika (1968) 19. 8. 2010

E7110#1980/63#1467* (840.7) Zollagenten Südafrika (1969) 19. 8. 2010

E7110#1980/63#1450* (842) Allgemeines Südafrika (1968) 19. 8. 2010

E7110#1980/63#1476* (863.9) Boykottmassnahmen Südafrika 19. 8. 2010